

Landesherrliche Städte und Märkte im 17. und 18. Jahrhundert

**Studien zu ihrer ökonomischen, rechtlichen
und sozialen Entwicklung in Oberbayern**

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie
an der Ludwig-Maximilians-Universität
München

vorgelegt von

CARL A. HOFFMANN

aus München

VERLAG MICHAEL LASSLEBEN KALLMÜNZ/OPF.

1997

Referent: Professor Dr. Eberhard Weis

1. Korreferent: Professor Dr. Wilhelm Störmer

2. Korreferent: Professor Dr. Walter Ziegler

Tag der mündlichen Prüfung: 20. Februar 1995

Münchener Historische Studien
Abteilung
Bayerische Geschichte



416 081 120 400 16



UMC 8791

MÜNCHENER HISTORISCHE STUDIEN
ABTEILUNG BAYERISCHE GESCHICHTE

HERAUSGEGEBEN VON WALTER ZIEGLER

BAND XVI

Landesherrliche Städte und Märkte im 17. und 18. Jahrhundert

**Studien zu ihrer ökonomischen, rechtlichen
und sozialen Entwicklung in Oberbayern**

von

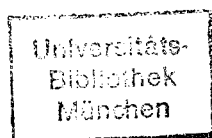
CARL A. HOFFMANN

VERLAG MICHAEL LASSLEBEN KALLMÜNZ/OPF.

1997

7847 3016 7

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG Wort
und der Ludwig-Maximilians-Universität München



ISBN 3 7847 3016 7

Satz, Druck und Einband:
Buchdruckerei Michael Laßleben, 93133 Kallmünz

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIII
 I. Problemstellung – Forschungslage – allgemeine Quellensituation – Methodik	 1
 II. Überlegungen zur einer Typologie der oberbayerischen Städte und Märkte	 11
1. Kategorie Größe	12
2. Kategorie rechtlicher Status	13
3. Kategorie Funktion	15
4. Kategorie ökonomische Bedeutung	16
5. Die Auswahl der Beispielstädte	18
 III. Spannungsverhältnis Stadt-Landsherr	 21
1. Städtische Freiheiten und frühneuzeitlicher Territorialstaat	21
1.1. Forschungsüberblick	21
1.2. Rechtliche Grundlagen	25
1.2.1. Privilegien	25
1.2.2. Mandate, Landes- und Polizeiordnungen	39
1.3. Erweiterung des städtischen Aufgabenbereichs und verstärkte landesherr- liche Kontrolle	44
1.3.1. Zentralbehörden	46
1.3.2. Hofoberrichter	49
1.3.3. Rentmeister und Regierungen	50
1.3.4. Pfleger oder Landrichter	56
1.3.5. Visitationen und Spezialkommissionen	57
1.3.6. Administrationen	58
1.4. Ergebnis	59
2. Territoriale Wirtschaftspolitik und städtische Ökonomie – Elemente des Wirtschaftssystems	60
2.1. Fragestellung	60
2.2. Zeitgenössische Perzeption der ökonomischen Realität in den Städten: Analysemöglichkeiten der Zentralbehörden	62
2.3. Zölle und Außenhandelslenkung	64

2.4.	Zunftverfassung als Grundstruktur der städtischen Wirtschaftsordnung	76
2.4.1.	Entstehung und Vermehrung der Zunftladen	77
2.4.2.	Einfluß der städtischen Obrigkeit und des Landesherrn	78
2.4.3.	Ausbildungsgang und Meisterwerdung	82
2.4.3.1.	Lehrzeit	82
2.4.3.2.	Gesellenzeit	85
2.4.3.3.	Meisterschaft und Gerechtigkeitserwerb	85
2.4.4.	Produktionsbeschränkungen	88
2.4.5.	Zusammenfassung	90
2.5.	Preis- und Lohnfestsetzungen	91
2.6.	Durchbrechung der Zunftverfassung	93
2.6.1.	Landesherrliche Monopole	93
2.6.1.1.	Weißbier	93
2.6.1.2.	Salz	95
2.6.2.	Manufakturen und angegliederte Verlage	98
2.6.3.	Landhandwerk und -krämerei	106
2.6.4.	Freimeister oder Hofschutzverwandte	112
2.7.	Gewerbeschutzmaßnahmen	116
2.8.	Ergebnis: Fiskalismus oder Wirtschaftsförderung?	123
IV.	Bevölkerung und Stadtgröße	127
1.	Bevölkerungsentwicklung Bayerns in der Frühen Neuzeit	127
1.1.	Bis zum Dreißigjährigen Krieg	127
1.2.	Vom Dreißigjährigen Krieg bis um 1800	128
2.	Quellen zur städtischen Demographie	135
3.	Bevölkerungs- und Herdstättenentwicklung der Städte	137
3.1.	Der Zustand um 1800	137
3.2.	Anhaltspunkte zur Frage der Herdstättengrößen	139
3.3.	Die Entwicklung in den vier Beispielstädten	142
3.3.1.	München	142
3.3.2.	Weilheim	155
3.3.3.	Burghausen	163
3.3.4.	Trostberg	168
3.4.	Versuch einer allgemeinen Beschreibung der demographischen Veränderungen in der oberbayerischen Städtelandschaft im 18. Jahrhundert	174
4.	Mobilität	178
4.1.	Mobilität als Folge des Nahrungsstellenmangels	178
4.2.	Quellen	180
4.3.	München	181
4.4.	Weilheim	185
4.5.	Trostberg	187
5.	Häuserzahlen, Stadtwachstum und Vororte	189
5.1.	München	189
5.2.	Weilheim	194

VI

5.3.	Burghausen	198
5.4.	Trostberg	202
6.	Ein Exkurs: die Altersstruktur um 1794	206
7.	Ergebnis	207
V.	Rechtliche Gliederung der Stadtbevölkerung	209
1.	Zur Darstellung sozialer und ökonomischer Schichten in der Frühen Neuzeit	209
2.	Stadtbewohner unter bürgerlicher Jurisdiktion	212
3.	Städtische Führungsgruppen: Positionen, Funktionen und personelle Zusammensetzung	218
3.1.	Definition	218
3.2.	Ratswahl: die Verfassungsnorm	219
3.3.	Personelle Zusammensetzung der Magistrate: die Verfassungswirklichkeit	221
3.3.1.	Burghausen	221
3.3.2.	München	224
3.3.3.	Weilheim	233
4.	Stadtbewohner außerhalb der bürgerlichen Jurisdiktion	235
5.	Juden	239
VI.	Erwerbsstruktur	243
1.	Gewerbestruktur, Handwerkerdichte und Betriebsgrößen um 1800 . . .	243
2.	Gewerbeentwicklung seit 1600	248
2.1.	Allgemeine Tendenzen	248
2.2.	Beispielstädte	255
2.2.1.	München	255
2.2.2.	Weilheim	258
2.2.3.	Burghausen	260
2.2.4.	Trostberg	261
3.	Verlag	263
4.	Ackerbürger, Nebenerwerbslandwirtschaft und Viehhaltung	268
5.	Ergebnis	275
VII.	Warenaustausch	277
1.	Verkehrsanbindung	277
2.	Märkte	278
2.1.	Waren- und Jahrmärkte	279
2.2.	Wochenmärkte	284
2.3.	Viehmärkte	287
2.4.	Getreidemärkte und Schranken	289
3.	Überregionaler Handel	295
4.	Ergebnis	300

VIII.	Vermögens- und Einkommensstruktur	303
1.	Steuerbücher und Steuerordnungen	303
1.1.	München	304
1.2.	Trostberg und die übrigen oberbayerischen Städte	305
2.	Vermögensverteilung	308
2.1.	Die Spitzensteuerzahler	309
2.2.	Allgemeine Vermögensverteilung	310
2.2.1.	München	313
2.2.2.	Weilheim	322
2.2.3.	Burghausen	330
2.2.4.	Trostberg	335
3.	Berufs- und gruppenspezifische Vermögensverteilung	338
3.1.	München	340
3.2.	Weilheim	348
3.3.	Burghausen	353
3.4.	Trostberg und Dachau	357
4.	Produktionswerte und Erträge der Gewerbe um 1800	359
5.	Löhne und Preise	364
6.	Armut	374
6.1.	Mangelnde Arbeitsfähigkeit	375
6.2.	Mangelndes Arbeitseinkommen und mangelnde Arbeitsgelegenheit	387
6.3.	Fremde Bettler, Vaganten und wandernde Handwerksgesellen: mangelnder Arbeitswille?	392
7.	Ergebnis	396
IX.	Grundstrukturen und Entwicklungen städtischer Haushalte und deren Verschuldung	399
1.	Forschungsüberblick, Quellen und Quellenkritik	399
2.	Entwicklung der Haushaltsstruktur und der Verschuldung in vier Beispielsstädten	407
2.1.	München	407
2.2.	Weilheim	417
2.3.	Burghausen	427
2.4.	Trostberg	432
3.	Die allgemeine Schuldensituation städtischer Haushalte	439
4.	Ergebnis	443
X.	Zusammenfassung	447

Anhang	453
1. Die oberbayerischen Städte und Märkte	453
2. Auszug aus: „Rentmeisterische Instruction von Anno 1669“	455
3. Haupt- und Viertelladen des Handwerks im Rentamt Burghausen Ende des 18. Jahrhunderts	462
4. Preisfestsetzung des Rats zu Weilheim aufgrund kurfürstlichen Befehls vom 3. März 1644	463
5. Anteil selbständiger Gewerbetreibender an der Bevölkerung in Ober- und Niederbayern nach der Dachsbergischen Volksbeschreibung von 1771/81 auf dem Land, in den Märkten und in den Städten in ausgewählten Gebieten	466
6. Die Münchener Patriziatsfamilien nach einem „Geschlechter Zett“ aus der Zeit um 1630	468
7. Berufsstruktur der in den Münchener Steuerbüchern verzeichneten Zensiten	469
8. Berufsstruktur Weilheims	476
9. Berufsstruktur Burghausens	479
10. Berufsstruktur Trostbergs	483
11. „Anzeige über die in den Churlanden zu Baiern für dermal vorhandenen Haupt= Land= und Commercial=Straßen. Verfaßt Anno 1766.“	485
12. „Verzeichniß. Der meisten in Baiern derzeit abhaltenden öffentlichen Märkten, zu allgemeiner Nachricht herausgegeben Anno 1765.“	487
13. Gesamtwert von auf den bayerischen Schranken 1803 in 9 Monaten angeliefertem Getreide	493
14. Schranken, Getreidemärkte und Anschütten in den bayerischen Städten und Märkten nach der Neueinteilung von 1770	494
15. Zusammenfassung der wesentlichsten Bestimmungen der Münchener Steuerordnung von 1606	495
16. Berufs- und gruppenspezifische Steuerbuchanalyse Münchens (I)	498
17. Berufs- und gruppenspezifische Steuerbuchanalyse Münchens (II)	506
18. Berufs- und gruppenspezifische Steuerbuchanalyse Weilheims (I)	514
19. Berufs- und gruppenspezifische Steuerbuchanalyse Weilheims (II)	518
20. Berufs- und gruppenspezifische Steuerbuchanalyse Burghausens (I)	521
21. Berufs- und gruppenspezifische Steuerbuchanalyse Burghausens (II)	525
22. Durchschnittliche Bürgersteuer in den Märkten Dachau (1770) und Trostberg (1794)	529
23. Hausbesitz in München	531
24. Erträge der Münchener Gewerbe von 1803 im Vergleich mit den Produktionswerten des Jahres 1792	534
25. Produktionswerte jeweils pro Betrieb und pro Beschäftigter	537

Quellen- und Literaturverzeichnis	539
1. Zitierweise	539
2. Ungedruckte Quellen	539
3. Gedruckte Quellen und Literatur	542
 Bildnachweis	 576
Register	577

Vorwort

Das Vorhaben, eine Städtelandschaft über zweihundert Jahre hinweg selbst nur in ihren Grundstrukturen zu betrachten, birgt die Tendenz und die Gefahr in sich, in einer Monographie nie abgeschlossen zu werden. Das gilt insbesondere dann, wenn Vorstudien zu vielen wichtigen Aspekten fehlen und sich der Forschende in seinem Thema wie auf den berühmten weißen Flecken einer Landkarte seinen Weg selbst suchen muß. Den Abschluß der Recherchen und des Manuskripts bestimmt dann nicht das Gefühl, einen tatsächlichen Endpunkt gefunden zu haben, sondern es sind äußere Zwänge, die diesen zu setzen zwingen. Für die oberbayerische Landschaft glaube ich nun, ein Forschungsstadium erreicht zu haben, in dem erste Entwicklungslinien durch das 17. und 18. Jahrhundert landesherrlicher Stadtgeschichte sichtbar werden. Diese Linien sind an manchen Stellen stärker und besser konturiert, an anderen dagegen nur hauchdünn, mitunter sogar nur gestrichelte Fäden. Das Bild, das daraus entstanden ist, kann allenfalls als Skizze betrachtet werden, als eine Art Entwurfszeichnung für ein Gemälde, das – durch viele Hände gestaltet – noch weit in der Zukunft liegt.

Die Entscheidung, dieses Thema zu bearbeiten und es jetzt abzuschließen, verdanke ich hauptsächlich den beiden verehrten akademischen Lehrern, meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Eberhard Weis, und Herrn Professor Dr. Wilhelm Störmer, die mich ermutigten, mir stets mit Rat zur Seite standen und in Seminaren und Kolloquien immer wieder Gelegenheit boten, verschiedene Thesen und Probleme vorzustellen und zu diskutieren. Die Fertigstellung konnte jedoch nur gelingen, da Herr Professor Dr. Hans Schlosser mich von meinen Dienstverpflichtungen an der Universität Augsburg in der entscheidenden Endphase der Arbeit weitgehend befreite. Er gab auch wichtige Anregungen für die rechtshistorischen Aspekte dieser Studie.

Mein Dank gebührt den Archivaren der verschiedenen genutzten staatlichen, städtischen und kirchlichen Archive. Besonders unterstützten mich Herr Ltd. Archivdirektor a. D. Professor Dr. Hermann-Joseph Busley, Herr Archivdirektor Dr. Joachim Wild (beide Bayerisches Hauptstaatsarchiv München), Herr Archivdirektor Dr. Alfred Tausendpfund (Staatsarchiv München), Frau Ulla Kendlinger (Stadtarchiv Burghausen), Herr Bernhard Wöll (Stadtarchiv Weilheim), die Herrn Hans-Joachim Hecker, Dr. Manfred Peter Heimers, Dr. Ingo Schwab und Dr. Helmuth Stahleder (Stadtarchiv München) sowie Herr Dr. Herbert Wurster (Bistumsarchiv Passau). Wichtige Anregungen durch Diskussion, durch Hinweise auf Quellenmaterial und Literatur erhielt ich von den Damen und Herren Dr. Karl-Ludwig Ay, Dr. Gerhard Hanke, Priv. Doz. Dr. Reinhard Heydenreuter, Professor Dr. Rolf Kießling, Professor Dr. Ferdinand Kramer, Elisabeth Lukas-Götz M. A., Dr. Johannes Merz, Christine Werkstetter M. A.

Eine Art „Rückgrat“ dieser Arbeit stellen die Steuerbuchanalysen der Beispielsstädte Burghausen, München, Trostberg und Weilheim dar. Sie bilden die Grundlage für die Untersuchung der demographischen, Gewerbe- und Ver-

mögensverhältnisse. Die Auswertung dieser Quellen erfolgte EDV-unterstützt am Leibniz-Rechenzentrum der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München. Die Programme hierfür schrieb Herr. Dr. rer. nat. Rudolf Liedl (Universität Tübingen) im Rahmen des Habilitationsprojekts von Professor Dr. Bernd Roeck (Universität Bonn). Für die Überlassung dieser Programme gebührt beiden ein herzlicher Dank, Herrn Liedl darüber hinaus jedoch für die technische Übertragungen des von mir in den Archiven gehobenen Quellenmaterials sowie die Zeichnung der dieser Arbeit beigelegten Grafiken. Frau Gabriele Zielz sei gedankt für die Hilfe bei der Eingabe des Literaturverzeichnisses und des Anhangs.

Das Erscheinen dieses Buches wurde ermöglicht durch Herrn Professor Walter Ziegler, der das Manuskript in die Reihe der Münchener Historischen Studien aufnahm, den Verlag Michael Laßleben, der immer kooperativ, mit großer Sorgfalt und Kompetenz das Manuskript in eine Druckfassung umsetzte, sowie die großzügige Förderung durch Druckkostenzuschüsse des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG Wort und der Ludwig-Maximilians-Universität München. Ihnen allen sei an dieser Stelle ebenfalls gedankt.

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 1994/95 von der Philosophischen Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaften der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen.

München, im Juni 1997

Carl A. Hoffmann

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AEMF	Archiv des Erzbistums München-Freising
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv München
BlIDtLg	Blätter f. deutsche Landesgeschichte
BstB	Bayerische Staatsbibliothek München
Cgm	Codex Germanicus Monacensis
d	Denar (= Pfennig): 1 fl. = 7 ß = 210 d
fl.	Gulden: 1 fl. = 60 x
GL	Gerichtsliteralien
GR	Generalregistratur
GS 1771	Sammlung der neuesten und merkwürdigsten Churbaierischen Generalien und Landesverordnungen, hg. v. anonym/W.X.A. Frhr v. Kreittmayr München 1771
HRG	Handwörterbuch der deutschen Rechtsgeschichte
JbFWG	Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
JNÖSt	Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik
MBM	Miscellanea Bavarica Monacensia
MGS I...	Sammlung der Kurpfalz-Baierischen allgemeinen und besonderen Landes-Verordnungen, hg. v. Georg Karl Meyr, Bd. 1 München 1784, Bd. 2 ...
OA	Oberbayerisches Archiv
Pfd.	Pfund Pfennige: 1 Pfd. = 8 ß = 240 d
PO 1616	Landts- vnd Policy Ordnung, in: Landrecht/Policy: Gerichts- Malefiz- vnd andere Ordnungen des Fürstenthumben Obern vnd Nidern Bayrn, München 1616, 444–728
Rbl.	Churfürstlich Pfalzbaierisches Regierungs- und Intelligenz Blatt und ähnliche Titel
RL	Rentmeisterliteralien
SHVI	Sammelblatt des Historischen Vereins Ingolstadt
StAM	Staatsarchiv München
StMOSB	Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens und seiner Zweige
ß	Schilling
ULF	Unsere Liebe Frau
VHVfN	Verhandlungen des Historischen Vereins für Niederbayern
VSWG	Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
x	Kreuzer
ZbLG	Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte
ZHF	Zeitschrift für Historische Forschung
ZHVS	Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben
ZRG GA	Zeitschrift der Savigni-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung

I. Problemstellung – Forschungslage – allgemeine Quellensituation – Methodik

Drei zeitgenössische Stellungnahmen zur Lage der bayerischen Städte und Märkte zwischen 1600 und 1800 mögen am Anfang stehen, um an ihnen die Problemstellungen der vorliegenden Untersuchung zu verdeutlichen. 1602 begründet Herzog Maximilian I. eine Befragung der Städte und Märkte im Rentamt München¹ nach Möglichkeiten zur Verbesserung der ökonomischen Entwicklung damit, daß

„die burgerliche gewerb vnd handtirungen bey allen vnsern stöten vnnd den befreiten märckhten nit allein seer abgenumen vnd an die anrainende handelsstött gezogen worden, sunder auch an mererlay ortten gleichsam gannz vnd gar erlegen sein solden“.

Am 7. Januar 1669 gab der landständische Ausschuß eine Stellungnahme über den Zustand der Städte und Märkte anläßlich der landesfürstlichen Proposition zum Landtag dieses Jahres. Die Stände schildern darin die Situation nach dem Dreißigjährigen Krieg²:

„Nach deme auch bey denenen Städt= vnd Märckten alle vorneme Commerciën vnd Handlungen verschwunden, so ist fast niemand mehr zu finden, der eines solchen Vermögens were, das, wan gleich handwerchsleuth wurden vorhanden sein, die sich zu fürderung allerley Waaren vnnd Handwerchen gern vnnd williglich gebrauchen lassen wolten, ein solcher den Verlag vnnd Vorrath (wie es zu recht = vnd nahmhaften Handtirungen vonnöthen ist) für sich bringen mechte, gestalten manicher orthten die Bürgerschaft so weith abgenommen hat, das der dritte und theils orthten der vierte Theil, der vor dennen eingefallenen Kriegszeiten gewesen Mannschaft nit mehr vorhanden ist. Dieselbe aber durch die immerdar continuierte einquartierungen und immer dabey vnnterschiedlich mitgefolgte anderre schwere purden (die an villen orthten sich, wie es leicht zuerweisen ist, mehrers als uf die zwey= wohl auch drey ganze Anlagen erstrecken) solchergestalten vfs eusserist aufgesaigeret worden, das keiner dem anderen mehr helfen kann, also das ausz diesem allen, so die vnwidersprechliche notorietet selbst bezeigt, der Schluß leicht zumachen ist, wie hoch nothwendig es seye, ins gesamt die vnderthonnen vnnd die Landt= Ständt Geist= und Weltliche nach souil Jahr aneinander vnufherlich geheberte schwere purden in etwas respirieren zelassen ...“.

Die Oberlandesregierung gab am 23. Juni 1780 folgenden Bericht über den Zustand der Gewerbe in den Städten und Märkten des Kurfürstentums³:

„... beynahe alle städt und märckte seint gegen vorhin von bürgern bis zur helfte lähr und verlassen, in deme sehr ville sich auf die dörffer vnd hofmarchen sogar einige deren-selben auch ausser land ansässig gemacht und gleichsam geflüchtet haben. Der noch zuruckgeblibene überrest bestehet, nur wenige ausgenommen, grossen theils in gandmüssi-

¹ BayHStA GR Fasz. 273 Nr. 4.

² Krenner, 1669, 90f.

³ BayHStA GR Fasz. 836 Nr. 12.

gen, überschulden und verdorbenen leuten oder aber in keiner profession kundigen armen tagwerchern, welche mit arbeit kümmerlich sich und ihre vielle kinder zuernähren vermögen, am ende und bey erraichen höhern alter aber ihren noch übrigen mitbürgern all täglichen um das allmosen für die thuer kommen“.

Alle drei Aussagen haben denselben Grundtenor: Die allgemeine ökonomische Situation der bayerischen Städte wird als äußerst schlecht eingestuft. In den Verallgemeinerungen der Urteile steckt jedoch bei der parallelen Betrachtung die Gefahr, ganz unhistorisch die Verhältnisse um 1600 mit denen am Ende des 18. Jahrhunderts gleichzusetzen. Bestärkt wird der Betrachter in dieser Auffassung durch zahllose, über die beiden Jahrhunderte fast gleichlautende – oder zumindest im gleichen Ton gehaltene – Eingaben und Gesuche der Städte, Stellungnahmen von vorgesetzten Behörden, Begründungen für neue gesetzliche Regelungen etc. Grundsätzlich ist – was noch zu zeigen sein wird – an der Richtigkeit der Darstellungen nicht zu zweifeln. Wichtig erscheint allerdings für eine moderne wissenschaftliche Betrachtung einerseits eine „Historisierung“, d.h. eine Präzisierung durch die Untersuchung der geschichtlichen Veränderungen, und andererseits ein vergleichender Ansatz unterschiedlicher Stadttypen dieser Städtelandschaft.

Dabei ist jedoch nicht nur der aus den Zitaten sprechende ökonomische und soziale Aspekt von Bedeutung. Die *Rechtsstellung* der oberbayerischen Stadt definiert sich zunächst in ihrer Position als Territorialstadt, d.h. in unserem Untersuchungszeitraum zwischen 1600 und 1800 im Spannungsfeld zwischen absolutistischer Herrschaft und städtischen Freiheiten. Dieses Verhältnis erklärt sich nicht allein aus den Privilegierungen bzw. dem Entzug von Rechten, sondern beinhaltet das gesamte Agitationsfeld städtischer Magistrate in politischer, jurisdiktioneller, polizeilicher und wirtschaftlicher Hinsicht. Wesentlich erscheint hier, diesen Bewegungsspielraum im frühneuzeitlichen Staat zu erfassen.

Das Verhältnis Stadt – Landesherr bestimmt sich nicht nur in einer unmittelbaren Beziehung zwischen Fürst und Einzelstadt, sondern auch im *gesamtstaatlichen Rahmen*. So setzte der Territorialherr durch seine landesweite Gesetzgebung gleichmäßige Maßstäbe vor dem Hintergrund der vielfach differierenden einzelstädtischen Privilegierung. Dieser allgemeingültige Normenkatalog ist ein wichtiges Spezifikum des frühneuzeitlichen Staates, der auch als eigentliches Instrument der Integration der Stände, und damit der Stadt in den modernen Staat angesehen werden muß. Außerdem bestimmte der Landesherr die Rahmenbedingungen für das Wirtschaftssystem. Dazu gehörten die Zollpolitik, die neben dem fiskalischen Aspekt auch der Außenhandelslenkung diente, Fragen der Gewerbeverfassung (Zunftsystem und dessen legale Durchbrechung durch Landhandwerk, Manufakturen oder Freimeister) oder protektionistische Maßnahmen wie das Vorgehen gegen Pfuscher und Fürkauf.

Ist mit diesen kurzen Bemerkungen der thematische Rahmen der vorliegenden Untersuchung bestimmt, so bedürfen die geographische und die zeitliche Beschränkung ebenfalls einer Erklärung⁴. *Oberbayern* bestand in der Frühen Neuzeit aus den Rentämtern München und Burghausen, wozu bis 1779 auch das

⁴ Die Auswahl der vier hier immer wieder exemplarisch herangezogenen Städte München, Weilheim, Burghausen und Trostberg soll jedoch erst im folgenden Kapitel, das das typologische Spektrum der untersuchten Städtelandschaft zum Thema hat, begründet werden.

sogenannte Innviertel gehörte. In diesem Gebiet lassen sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts 69 Städte und Märkte feststellen⁵. Dieser Raum stellte auch nach der Wiedervereinigung der altbayerischen Landesteile am Anfang des 16. Jahrhunderts gegenüber Niederbayern eine gewisse Einheit dar. Dies läßt sich nicht nur an stadtrechtlichen Besonderheiten feststellen⁶, sondern auch an der Organisationsstruktur der bayerischen Verwaltung. So werden in den Akten der Zentralbehörden vielfach die Vorgänge des Oberlands (= Oberbayern) und die des Unterlands (= Niederbayern) getrennt behandelt. Der Entschluß, das östliche oberbayerische Rentamt Burghausen in die Untersuchung mit einzubeziehen, hatte als eine Art Nebenziel, die Aussagekraft bestimmter Ergebnisse auf eine breitere Basis zu stellen. Zahlreiche wichtige Quellen mit allgemeingültiger Bedeutung, die sich bei der Recherche unter dem zentralbehördlichen Aktenmaterial befanden, hätten sonst nicht berücksichtigt werden können. Entscheidender war jedoch, hier eine Städte- und Märktegruppe zu betrachten, die sich gerade durch ihre „Residenzstadtferne“ auszeichnet. Die Ausstrahlung der Großstadt in Form von Waren- und Nahrungsmittelzulieferung, Konkurrenzverhältnissen oder Mobilitätsgewohnheiten konnte hier weit weniger greifen als im Umland von München. Um so besser waren durch den Vergleich Spezifika von den allgemeinen Tendenzen zu scheiden. Mit diesem Vorgehen war es auch möglich, eine zweite „Hauptstadt“, Burghausen, in die Überlegungen einzubeziehen.

Der oberbayerische Raum gehörte im gesamtdeutschen Vergleich zu den ökonomischen Randgebieten bis ins 20. Jahrhundert hinein⁷. Trotz einer relativ hohen Gewerbedichte um 1800 – bedingt durch ein ausgedehntes agrarisches Nebenerwerbshandwerk – bezieht die wirtschaftshistorische Forschung ihn nicht in die wichtigeren Gewerbereviere bzw. -landschaften mit ein⁸. Dies erklärt sich aus der geringen Exportkapazität wie auch aus der mangelnden Konzentration von Handwerkern, die einen „Industrieschwerpunkt“ hätten bilden können. Verstärkt wird dieser Standortnachteil durch die verkehrstechnische Randlage⁹.

Die Entscheidung, die Untersuchung auf etwa *zweihundert Jahre bayerischer Stadtgeschichte* auszudehnen, erfolgte unter der Überlegung, vornehmlich die langfristigen Entwicklungstendenzen zu betrachten. Den Rahmen bildet also das Interesse an der „longue durée“, das sich besonders einem strukturgeschichtlichen Ansatz verpflichtet weiß. Ein solches Vorgehen ist keineswegs nur auf den ökonomischen und gesellschaftlichen Bereich beschränkt. Eberhard Weis sieht in ihm vor allem ein Instrument der Erkenntnisfindung: „Die Struktur bezeichnet einen vom Forscher zum Zweck der Analyse ausgesonderten Bereich der Wirklichkeit“¹⁰. Bei diesem sich allen historischen Teilgebieten öffnenden Ansatz „stehen die ‚Verhältnisse‘ und ‚Zustände‘, die überindividuellen Entwicklungen und Prozesse, weniger die einzelnen Ereignisse und Personen im

⁵ Vgl. S. 11.

⁶ Vgl. Hoffmann, Ratswahlordnung, 2.

⁷ Vgl. Zorn, Bayerns Gewerbe; ders., Wirtschafts- und Sozialgeschichte; ders., wirtschaftliche Struktur; ders., L'Industrialisation; Fried, Sozialentwicklung; Schremmer, Wirtschaft Bayerns; Spilker, Bayerns Gewerbe; Bosl, „geminderte“; Hoffmann, Aspekte.

⁸ Vgl. Stromer, Gewerbereviere; Kaufhold, Gewerbelandschaften; Zorn, Schwerpunkte.

⁹ Vgl. Kap. VII.1.

¹⁰ Weis, Forschungsrichtungen, 392.

Vordergrund; sie (die Strukturgeschichte, C.H.) lenkt den Blick eher auf die Bedingungen, Spielräume und Möglichkeiten menschlichen Handelns in der Geschichte als auf individuelle Motive, Entscheidungen und Handlungen selber“ (Kocka)¹¹. Die Strukturgeschichte, die keineswegs nur Teilgebiet einer modernen Sozialgeschichte ist, soll hier nicht verabsolutiert werden¹². Geschichte im Sinne einer „Histoire totale“ ist so nicht zu leisten. Diesen Anspruch hat die vorliegende Arbeit auch nicht. Vielmehr soll hier eine Annäherung an Grundgegebenheiten dieser Städtelandschaft in der Frühen Neuzeit erstmals systematisch versucht werden, die allerdings auf einem breiten Themenspektrum erfolgt. Diese „ausgesonderten Bereiche“ im Sinne von Weis bilden eine Art Konstellationsanalyse¹³ der Bedingtheiten städtischen Daseins und Lebens. Individuelle Leistungen und ereignisgeschichtliche Tatsachen finden nur insofern Berücksichtigung, als sie für das Verständnis der hier im Zentrum stehenden Strukturen dienlich sind.

Durch diesen Ansatz ist es notwendig, auch die Situation vor dem Dreißigjährigen Krieg genauer in die Betrachtung einzubeziehen. Die Forschung hat längst davon Abschied genommen, die ökonomischen Einbrüche des 17. Jahrhunderts allein als Folgen des Großen Krieges zu betrachten¹⁴. Auslöser hierfür waren die Erkenntnisse Wilhelm Abels, daß aus der stark wachsenden Bevölkerung des 16. Jahrhunderts sich eine krisenhafte Verengung des Nahrungsspielraums ergeben hatte. Dies führte auch zu einer sich weitenden Preisschere zwischen wachsenden Kosten für die Nahrungsmittelbeschaffung und sinkenden gewerblichen Erlösen. Kritik an Abels idealtypischer Trennung von Stadt und Land wurde immer wieder vorgetragen, da sie nicht berücksichtigt, daß auch auf dem Land ein immer größerer Anteil der Bevölkerung auf den Zukauf von Nahrungsmitteln angewiesen war. Aus dieser Gruppe rekrutierten sich dann auch die „pauperisierten Teile der Landbevölkerung“¹⁵. Hier muß festgehalten werden, daß diese Preis-Lohn-Entwicklung über den Kaufkraftverlust auch Rückwirkungen auf das städtische Gewerbe gehabt haben muß. Für die Städte spitzt diese Problematik die schwierige ökonomische Situation durch den ohnehin kleiner werdenden Absatzmarkt wegen der Ausweitung des Gewerbes auf dem Land noch zu. Letzteren Prozeß bezeichnete Eckart Schremmer als „Territorialisierung des Gewerbes“¹⁶.

Die vorliegende Untersuchung verdankt den Theorien zu einer „Krise des 17. Jahrhunderts“ verschiedene Anregungen. Auf einen Forschungsüberblick zu diesem Thema kann hier verzichtet werden, da dies zum einen ohnehin bereits verschiedentlich geschehen ist¹⁷, andererseits mit diesem Theoriegebäude als Ganzes hier nicht weiter operiert werden kann. Dies bedarf einer Erklärung.

¹¹ Kocka, Sozialgeschichte, 71.

¹² Zu den Grenzen der Strukturgeschichte auch Kocka, Sozialgeschichte, 77–82.

¹³ Zum Begriff „Konstellationsanalyse“ siehe Kindermann, Methodik, 68–106.

¹⁴ Vgl. Lütge, wirtschaftliche Lage (1958); ders., Wandlungen (1958); Abel, Entwicklung (1961); Bog, Wachstumsprobleme (1966).

¹⁵ Zuletzt Schlögl, Bauern, 23 f.

¹⁶ Literatur hierzu vgl. S. 106 Anm. 556.

¹⁷ Vgl. zur „Krise des 17. Jahrhunderts“ Aston (Hg.), Crisis, hier besonders die Beiträge von Hobsbawm, Overall Crisis, und von Trevor-Roper, General Crisis; außerdem Trevor-Roper, Religion; Schulze, ständische Gesellschaft; Parker, Europe; ders./Smith (Hg.), General Crisis; Koenigsberger, Krise.

Anregend und erkenntnisfördernd waren die von verschiedenen Autoren vertretenen sozio-ökonomischen Hypothesen zu einer seit dem endenden 16. Jahrhundert einsetzenden langandauernden ökonomischen Kontraktionsphase, die sich unabhängig von Kriegen auch in innergesellschaftlichen Verteilungskämpfen artikuliert. Diese erfuhren durch den Finanzbedarf des frühmodernen Staates eine Verschärfung. Dagegen wirkte der Merkantilismus des absoluten Staates auch stabilisierend durch seine protektionistische Außenhandelspolitik und seine Förderung der Binnennachfrage. Folgende Punkte hinsichtlich der bayerischen Gegebenheiten erscheinen jedoch als problematisch: 1. Unterhalb der Ebene dieser sehr anregenden sozio-ökonomischen Grundannahmen werden zu viele gegensätzliche Phänomene unter demselben Dach subsumiert, als daß sie weiter erkenntnisfördernd für unser Thema sein könnten. So fällt es besonders schwer, die aus einer Überbevölkerungskrise entstandenen Probleme mit denen nach den Menschenverlusten des Dreißigjährigen Krieges gleichzusetzen. 2. Diejenigen Annahmen, die von einem entwickelten Kapitalismus in der Weltwirtschaft dieser Zeit ausgehen, spielen nur insofern für Bayern eine Rolle, als der Konkurrenzdruck ausländischer, vielfach großgewerblich produzierter Waren auf einen agrarisch kleingewerblich strukturierten Absatzmarkt traf. Von einem wesentlichen Handelskapital innerhalb des Territoriums kann jedoch keine Rede sein¹⁸. 3. Die überzeitlichen sozio-ökonomischen Krisenerscheinungen lassen sich nicht auf das 17. Jahrhundert beschränken. Vielmehr verstärken sich diese im 18. Jahrhundert in den bayerischen Städten¹⁹.

Insbesondere in letzterem Punkt besteht Übereinstimmung mit der von Wilhelm Abel konstatierten *vorindustriellen Massenverarmung*, deren Beginn er im 16. Jahrhundert ansetzt und besondere Zuspitzungen um 1600 und im 18. Jahrhundert aufgrund des Bevölkerungsdrucks nachweist. Die Ursachen für die Pauperisierung sieht Abel in der agrarisch-kleingewerblichen Wirtschaftsweise, die zu einer Überwindung dieser Krisen nicht in der Lage war. Das konnte erst die Industrialisierung mit ihren neuen Produktionsweisen und -techniken leisten²⁰.

Als Teil des Transformationsprozesses von den europäischen Agrargesellschaften zum entwickelten industriellen Kapitalismus wird seit etwa zwanzig Jahren das Phänomen der „Proto-Industrialisierung“ kontrovers diskutiert²¹. Danach wich das Handelskapital in der „Formationsperiode des europäischen Kapitalismus“ aus den ursprünglichen Produktionszentren, den Städten, auf das Land und in kleine Städte aus, in denen es keine Zünfte gab. Hier habe sich dann eine gewerbliche Warenproduktion im großen Maßstab entwickelt. Kriedte sieht hierin den „historische(n) Ort für die Krise der Städte als Zentren der gewerblichen Warenproduktion in der frühen Neuzeit“²². Das Modell würde also zu dem von Schremmer als „Territorialisierung des Gewerbes“ bezeichneten

¹⁸ Vgl. Kap. VII.3.

¹⁹ Dies läßt sich an verschiedensten Aspekten der folgenden Untersuchung nachweisen, vgl. u. a. Kap. VI.2.1.

²⁰ Abel, Massenarmut; ders., Pauperismus.

²¹ Vgl. u. a. die folgenden Titel zu der noch keineswegs abgeschlossenen Diskussion, dort auch weitere Literaturangaben: Kriedte/Medick/Schlumbohm, Industrialisierung; Kriedte, Stadt; Schremmer, Industrialisierung; Mendels, Proto-Industrialization; Stromer, Gewerbereviere; Mager, Protoindustrialisierung; Jahn/Hartung (Hg.), Gewerbe und Handel; Kießling, Entwicklungstendenzen.

²² Kriedte, Stadt, 50.

Phänomen wie für ein ausgeprägtes Verlagssystem eine Erklärung liefern. Gerade die letztere Begründung trifft nach dem bisherigen Kenntnisstand für die bayerischen Verhältnisse jedoch nicht zu. Es wird Aufgabe dieser Arbeit sein, auch diesem Problem nachzugehen. Darüber hinaus seien hier auch grundsätzlich Zweifel an der Zweckmäßigkeit einer solchen theoretischen Konzeption einer fast ausschließlich am Textilgewerbe exemplifizierbaren „Industrialisierung vor der Industrialisierung“ angebracht. Wolfgang von Stromer, der sich besonders kritisch zu dem Konzept einer Protoindustrialisierung geäußert hat, meint²³: „Selbst im Textilsektor sind ländliche Heimgewerbe weder typische Vorstufen der Fabrikindustrien des 18. Jahrhunderts in England, des 19. auf dem Kontinent, noch konnten sie genetisch oder gar kausal Auslöser und Motoren der großen Industriellen Revolution der Moderne sein. ... Textile Massenproduktion in ländlicher Heimarbeit ... existierte nämlich schon in vielerlei Organisationsformen (grundherrschaftlich, im Kauf- und Verlagssystem, Zunftkauf etc.) über viele Jahrhunderte hinweg als führender Gewerbebezweig großer Wirtschaftsregionen, ohne daß dies dort zu weiterer Industrialisierung führte“.

Fraglich bleibt auch, inwieweit sich das aus dem angelsächsischen Bereich übernommene frühneuzeitliche *Urbanisierungskonzept* für eine Entwicklungsgeschichte der oberbayerischen Städtelandschaft als tragfähig erweist, oder allenfalls ex negativo brauchbar ist, wie unsere einleitenden Zitate nahelegen. Die mittlerweile sehr differenziert geführte Diskussion kann auf folgende Fragestellungen zusammengefaßt werden: 1. Gab es ein langfristiges demographisches Wachstum der Städte durch Verlagerung der Bevölkerung vom Land in die urbanen Zentren? 2. Läßt sich eine Konzentration von Aktivitäten und Funktionen an zentralen Orten feststellen („structural urbanization“)? 3. Wie steht es um einen Mentalitätswandel auch der ländlichen Bevölkerung hin zu urbanem Verhalten, Empfinden und Denken („behavioural urbanization“)?²⁴ Auch Hans-Ulrich Wehler vertritt in einem universaleuropäischen Ansatz weitgehend diese Betrachtungsweise, gesteht der deutschen Stadt sogar bis zum Ende des 17. Jahrhunderts eine „revolutionäre Rolle“ zu, die aus dem Widerstreit zwischen innerstädtischen Bürgertum, wie kapitalkräftiger Unternehmerschaft einerseits und der „aristokratisch patrizisch geprägte[n] Lebenswelt“ andererseits erwuchs. Diese Rolle sei dann in Deutschland „von den Folgen der fürstlichen Staatsbildung und des Stadt-Land-Unterschiede souverän mißachtenden Kapitalismus in den Schatten gestellt [worden], bis die neue industrielle Urbanisierungsphase seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine weitere Umwälzung der Lebensverhältnisse ausdrückte“²⁵. Auch Wehler betont also neben mediatisierenden Tendenzen des Absolutismus das Konzept der Protoindustrialisierung durch Verlagerung von Produktion aufs Land. In unserem Zusammenhang erscheint bei dieser These jedoch unabhängig von genauen zeitlichen Festlegungen bzw. Erklärungsmustern die Abkehr von einer linearen Urbanisierungsentwicklung seit der beginnenden Neuzeit als wichtig.

Verschiedentlich ist in diesem Kapitel bereits ein anderer Aspekt moderner Forschungsdiskussion zur Geschichte der Stadt angeklungen, nämlich die *Interaktion zu ihrem Umland*. Die wissenschaftliche Stadtgeschichte hat diesen

²³ Stromer, Gewerbereviere, 44.

²⁴ Vgl. zu der Diskussion allgemein Schilling, Die Stadt, 56–72.

²⁵ Wehler, Gesellschaftsgeschichte I, 180.

Bezügen – ausgehend von der geographischen Zentralitätsforschung – immer größeres Gewicht beigemessen und in der Habilitationsschrift Rolf Kießlings 1989 einen (vorläufigen) Höhepunkt gefunden²⁶. „Unter zentralen Orten werden Siedlungen verstanden, die Mittelpunkte eines Gebiets sind, Dienste und Güter anbieten, deren Gesamtbedeutung über die eigene Einwohnerzahl hinausgeht und die zur Versorgung dieses Gebiets dienen. Zentralität ist damit die relative Bedeutung einer Siedlung in bezug auf das sie umgebende Gebiet, oder der Grad, in dem der Ort zentrale Funktion ausübt“²⁷. Insbesondere bei der Betrachtung von Territorialstädten ist es kaum möglich, diese als rechtliche und wirtschaftliche „Inseln“ zu betrachten ohne ihre Bezüge zur Landesherrschaft oder ihre vielfältigen Austauschbeziehungen von Menschen und Gütern zu berücksichtigen.

Die *altbayerische Stadtgeschichte* in der Frühen Neuzeit steht bis heute weit im Schatten der auf das Land fixierten Herrschafts- und Agrargeschichte. Will man hierfür neben der simplen Feststellung, daß Bayern eben in dieser Zeit ein Agrarland war und seine Städte kaum je eine größere überregionale Rolle spielten, eine Ursache suchen, so ließe sich u. a. die Schwerpunktsetzung der Forschungen zum Historischen Atlas von Bayern nennen²⁸. Dieses flächendeckende zentrale Unternehmen zum Verständnis der Verwaltungs- und Herrschaftsstrukturen behandelt die Städte meist nur cursorisch, allenfalls die Gerichtskompetenzen erfahren mitunter nähere Aufmerksamkeit²⁹. Unverzichtbares Nachschlagewerk und für viele Städte überhaupt einzige Informationsquelle ist deshalb der zweite Teil des von Erich Keyser und Heinz Stooß herausgegebenen ‚Bayerischen Städtebuches‘³⁰. Die systematische Anlage des Werks in Form eines für alle Städte gleichförmigen Rasters ermöglicht eine schnelle Orientierung über wichtige Daten und Fakten sämtlicher altbayerischer Städte und von zehn weiteren ausgewählten Märkten.

Ausnahme von der Forschungsabstinenz zu altbayerischen bzw. oberbayerischen Städten bildet die Residenzstadt München selbst. Eine Zusammenfassung des derzeitigen Kenntnisstandes bietet die von Richard Bauer 1992 herausgegebene Stadtgeschichte³¹, an der allerdings auch die Desiderate deutlich werden. Unser Wissen über die größte altbayerische Stadt in der Frühen Neuzeit beruht auf einer großen Anzahl von Spezialuntersuchungen zum Verhältnis Stadt-Landesherr, zur Demographie, zur Gewerbe- und Vermögensstruktur etc., die aber vielfach mehr einem Fleckenteppich gleichen als einem geschlossenen Bild. Was fehlt, sind vor allem systematische Forschungen über einen längeren Zeitraum, die die Zusammenhänge rechtlicher, wirtschaftlicher und sozialer Strukturen

²⁶ Kießling, Stadt. Der Begriff „zentraler Ort“ wurde von dem Geographen Christaller 1933 eingeführt (Christaller, zentrale Orte). Zum Verhältnis Stadt-Umland vgl. u. a. auch Schöller, Aufgaben; Irsigler, Stadt und Umland; Meynen (Hg.), Zentralität; Bulst/Hook/Irsigler (Hg.), Bevölkerung; Kießling, Herrschaft-Markt-Landbesitz; ders., Umlandpolitik. Umfangreiches Literaturverzeichnis zur Stadt-Umland-Problematik auf neuestem Stand vgl. Kießling, Stadt.

²⁷ Definition von Schöller, Aufgaben, 172, nach Christaller.

²⁸ Hiereth, Gerichts- und Verwaltungsorganisation; Fried, Entstehung; Störmer, Auswertungsmöglichkeiten; Liebhart, Historischer Atlas von Bayern.

²⁹ Vgl. die entsprechenden Belege in Kap. III.1.2.1.

³⁰ Im folgenden zitiert Keyser/Stooß, Städtebuch.

³¹ Bauer (Hg.), München.

deutlich werden lassen. Die Abkehr vom singulären und spektakulären Fall, der nur allzu häufig durch Absolutsetzung als Exempel für das Allgemeine mißverstanden wurde, wäre deshalb der richtige Weg, um vom oftmals Anekdotenhaften zur Historisierung zu gelangen. Erste Ansätze hierzu auf neuerer methodischer Basis lassen sich hierzu bereits ausmachen³².

Zu anderen oberbayerischen Städten und Märkten sind modernere wissenschaftliche Arbeiten vor allem in regionalen historischen Zeitschriftenreihen publiziert³³, darüber hinaus nur sehr vereinzelt entstanden³⁴. Forschungstendenzen und -schwerpunkte sind hier bisher keine erkennbar. Vielmehr haben die meisten dieser Untersuchungen ein nur sehr beschränktes Interessengebiet, das als singuläres Thema beschrieben, nicht in einen weiteren historischen Kontext gestellt wird. Eine der wenigen Ausnahmen stellen die stadtrechtlichen Aufsätze Reinhard Heydenreuters dar, der eben über die Residenzstadt hinaus immer wieder die „Freiheiten“ anderer Städte und Märkte im Zusammenhang mit der gesamt-bayerischen Normenentwicklung und Rechtspraxis der Frühen Neuzeit betrachtet hat³⁵. Letztlich gelten aber noch mehr als zehn Jahre nach ihrer Niederschrift die Worte Wilhelm Störmers, der die Forschungslage zu den bayerischen Städten und Märkten folgendermaßen zusammengefaßt hat: „Von diesen Landstädten, ihrer Wirtschafts- und Sozialstruktur hat man zumeist nur klischeehafte Vorstellungen“³⁶. Der Plan zu der vorliegenden Untersuchung beruht auf einigen eigenen Vorarbeiten, die diese Forschung erst ermöglichten. Vor allem ist eine Studie über den Markt Trostberg in der Frühen Neuzeit zu nennen, die insbesondere einen ersten Zugang zu den spezifischen Quellen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der altbayerischen Städtelandschaft bot³⁷. Darüber hinaus sind es zwei die verfassungsrechtlichen Grundlagen betreffende Aufsätze, die als Vorüberlegungen zur Untersuchung des Verhältnisses Stadt-Landesherr dienen³⁸.

Aus der in der Landesgeschichte viel ausgeprägteren Vorstellung, die Stadt nicht als Insel zu betrachten, sondern sie in ihren vielfältigen Bezügen und Bedingtheiten innerhalb des Territoriums zu sehen³⁹, resultiert, daß die Kenntnisse über die bayerische Stadt meist aus strukturellen, landesweiten Arbeiten herrühren. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung

³² Vgl. u.a. *Roeck*, München; *Lukas-Götz*, soziale Struktur; *Fleischmann*, Aspekte; *ders.*, Sozial- und Wohnstruktur; *Puschner*, Handwerk. Von der älteren Literatur ist hier besonders *Rost*, München, zu nennen.

³³ Wichtige Arbeiten finden sich besonders in folgenden oberbayerischen historischen Zeitschriften mit wissenschaftlichem und heimatkundlichem Anspruch: ‚Oberbayerisches Archiv‘, ‚Sammelblatt des Historischen Vereins Ingolstadt‘, ‚Lech-Isar-Land‘, ‚Burghauser Geschichtsblätter‘, ‚Das bayerische Inn-Oberland‘, ‚Amperland‘, ‚Landsberger Geschichtsblätter‘, ‚Heimat am Inn‘.

³⁴ Siehe Literaturverzeichnis.

³⁵ Wie Anm. 34.

³⁶ *Störmer*, Wirtschaft und Bürgertum, 245. Dies trifft allerdings auch für die meisten anderen deutschen Territorien wie für die gesamte europäische Städtelandschaft zu: für Mecklenburg-Brandenburg vgl. *Schulz*, Kleinstädte (dort auch die ältere Literatur zu diesem Gebiet); für Hessen vgl. die Arbeiten von *Gräf*; zur europäischen Perspektive im Vergleich vgl. die verschiedenen Aufsätze in *Clark* (Hg.), Small towns.

³⁷ *Hoffmann*, Trostberg.

³⁸ *Hoffmann*, Ratswahlordnung; *ders.*, Instruktionen.

³⁹ Vgl. *Kießling*, Stadt, 2.

für den ersten und bisher einzigen Versuch durch Eckart Schremmer⁴⁰, die altbayerischen Verhältnisse vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert zu beschreiben. Diese 1970 erschienene umfangreiche Studie ist im Hinblick auf die städtischen Entwicklungen bis heute nicht überholt, ja stellt weitgehend den gültigen Forschungsstand dar. Durch die Quellenlage wie auch durch die bis dahin existierenden Vorarbeiten war allerdings für die Frühe Neuzeit eine extreme Schwerpunktsetzung im ausgehenden 18. Jahrhundert und um 1800 für Schremmer unumgänglich. Deshalb muß auch er für die Zeit des 16. bis in die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts in seinen Aussagen vielfach „unscharf“ bleiben. Zu den genannten und auch für uns einschlägigen „Vorarbeiten“ Schremmers gehören die bereits 1907 entstandene und hauptsächlich auf der Dachsberg-Statistik von 1771/81 aufbauende Dissertation Tyszkas über das bayerische Handwerk⁴¹ und die Arbeit Aneggs „Zur Gewerbepolitik und Gewerbestruktur unter der Regierung Montgelas“⁴².

Wie läßt sich nun der eingangs vorgestellte Rahmen der dieser Arbeit zugrundeliegenden Problemstellung in einer Monographie bewältigen? Die Betrachtung der oberbayerischen Städtelandschaft über zweihundert Jahre hinweg stellt den Versuch dar, auf zwei Beschreibungsachsen unterschiedlichste Themen wie Bevölkerungsentwicklung, wirtschaftlichen Aufstieg und Niedergang, Berufs- und Vermögensstruktur, Warenaustausch oder Veränderungen im Verhältnis von Stadt und Landesherr darzustellen. Die erste Achse beschreibt die zeitliche Komponente, die u. a. den Dreißigjährigen Krieg und zwei Erbfolgekriege beinhaltet. Auf der zweiten Achse liegen die 69 Städte und Märkte der beiden Rentämter München und Burghausen, unter denen besondere Berücksichtigung vier Beispielstädte (München, Weilheim, Burghausen und Trostberg) finden.

Dieser Ansatz ist aus der Quellensituation und der historischen Zuständigkeitsverteilung zwischen staatlichen Behörden und Städten heraus bestimmt. Material, das heute zur differenzierten Untersuchung der demographischen, berufs- und vermögensstrukturellen wie zur Haushaltsentwicklung über die gesamte Frühe Neuzeit hinweg dienen kann, war allein von den städtischen Magistraten angelegt und verwaltet worden. Es findet sich bis heute – sofern es erhalten ist – in den jeweiligen Stadtarchiven. Dem stehen die Quellen der ehemaligen Zentral- und Mittelbehörden gegenüber. Ihr Hauptwert für die vorliegende Untersuchung liegt in der generalisierenden Erkenntnismöglichkeit gegenüber den Einzelergebnissen aus den Städten. Ob es sich um allgemeine Umfragen zur Gewerbesituation handelt, spezielle Erhebungen zu Problemen wie Verschuldung oder Armenzahlen, Sammlungen von Privilegien, Generaltabellen der Getreideschranken des Landes und deren Umsätze oder die Rentmeisterumrittsprotokolle, diese Überlieferung ergänzt und kontrastiert die Spezialfälle bestimmter Städte und verifiziert oder falsifiziert Einzelergebnisse.

Diesem Grundmuster der Quellenhebungsstrategie stehen die erheblichen Quellenprobleme einer solchen Untersuchung gegenüber. Größte Schwierigkeit bildet dabei, vergleichbare – wenn möglich auch quantifizierbare – Überlieferungen über das gesamte 17. und 18. Jahrhundert hinweg zu finden. Vorteilhaft wirken sich hierbei die Vereinheitlichungsbemühungen der Zentralbehörden wie

⁴⁰ Schremmer, *Wirtschaft Bayerns*.

⁴¹ Tyszka, *Handwerk*.

⁴² Vgl. auch Haenert, *Preispolitik*.

der Rentmeister aus, die Städte zu einer gleichförmigen und überprüfbaren Schriftführung im ganzen Land zu zwingen. Auffällig ist dabei immer wieder, daß nicht nur von Stadt zu Stadt sondern auch über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg verschiedene Anlageschemata von Rechnungsbüchern, Protokollserien, Steuerregistern etc. weitgehend gleich bleiben. Jedoch selbst wenn Überlieferung und Vergleichbarkeit gewährleistet sind, so stellt sich vor allem bei den quantifizierbaren Quellen das Problem der Interpretation. Meist hat der moderne Historiker ja nicht dieselben Fragen an das Material wie der Zeitgenosse. D. h. ersterer muß sich bei seinen „Sekundäranalysen“⁴³ zunächst intensiv mit der Aussagekraft der Quelle auseinandersetzen. Je länger der zu überblickende Zeitraum nun ist, desto mehr potenzieren sich die entsprechenden Probleme und desto umfangreicher muß auch die dargelegte Quellenkritik ausfallen – auch auf die Gefahr hin, den Leser damit ganz erheblich zu strapazieren. Ein Beispiel ist hierfür die historische Demographie, die in unserem Falle besonders mit Steuerregistern, Herdstättenverzeichnissen, Matrikeln und Einbürgerungsauflistungen operiert, und fast alle tatsächlichen Bevölkerungszahlen rekonstruieren muß, da aus der Zeit vor dem ausgehenden 18. Jahrhundert solche nur in Ausnahmefällen vorhanden sind. Die Diskussion der Quellen wie auch die des jeweiligen speziellen Forschungsstandes zu den hier behandelten Problemstellungen können aufgrund des breiten Themenspektrums nicht in einem Einführungskapitel geleistet werden. Sie finden sich der jeweiligen Untersuchung beigelegt.

Methodisch sehr schwierig ist es, das sich seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts häufende Archivmaterial in einer adäquaten Weise mit dem älteren, weit geringerem in einen Beschreibungskontext zu bringen. Es gibt jedoch auch den großen Glücksfall, daß Berichte aus der Zeit nach 1750 zu älteren Zuständen Stellung nehmen und diese der Schreiber in einen Zusammenhang mit seiner Gegenwart stellt.

Das gestellte Thema hat mit dieser Untersuchung eine erste strukturelle Bearbeitung erfahren. Es konnten hierfür nicht annähernd alle überlieferten Quellen der Beispielstädte wie der Zentral- und Mittelbehörden eingesehen werden. In einigen Teilberichten sind die vorgestellten Fakten nur erste Stichprobenergebnisse. Besonderer Wert wurde jedoch darauf gelegt, daß die untersuchten Einzelthemen Mosaiksteine in der zu rekonstruierenden Gesamtentwicklung dieser Städtelandschaft darstellen, deren Ergebnisse so weit möglich aus verschiedenen Perspektiven abgesichert sind. Dies zu belegen, dienen auch die häufigen Verweise auf andere Kapitel.

⁴³ Unter „Sekundäranalyse“ versteht man „eine Methode, bereits vorhandenes Material (Primärerhebung) unabhängig von dem ursprünglichen Zweck und Bezugsrahmen der Datensammlung auszuwerten“ (*Friedrichs, Methoden*, 553).

II. Überlegungen zu einer Typologie der oberbayerischen Städte und Märkte

Ausgehend von der Verwaltungseinteilung am Ende des 18. Jahrhunderts (1794) finden sich in Oberbayern – d.h. also in den Rentämtern München und Burghausen – 18 Städte, 31 gefreite und 12 nicht gefreite Märkte. Das 1779 an Österreich gefallene Innviertel, das bis zu diesem Zeitpunkt zum Rentamt Burghausen gehörte, umfaßte 2 Städte, 4 gefreite und 2 nicht gefreite Märkte (siehe hierzu die Aufstellung in Anhang Nr. 1). Zusammen sind dies also 20 Städte und 49 Märkte¹.

Zur Darstellung und zum Verständnis dieser Städtelandschaft ist es notwendig, Typen von Städten und Märkten zu bilden. Ein Raster, wie es Max Weber auf Werner Sombart aufbauend² erarbeitet hat, in dem er zwischen „Fürstenstadt“, „Konsumentenstadt“, „Produzentenstadt“, „Händlerstadt“ und „Ackerbürgerstadt“ unterscheidet³, ist als Differenzierungsmuster innerhalb der hier zu untersuchenden Städtelandschaft viel zu grob. Diese Idealtypen enthalten für unsere Untersuchungsobjekte, die sich meist in ihrer Erwerbsgrundstruktur kaum unterscheiden, einen Erkenntniswert lediglich gegenüber Reichsstädten, Städten anderer Territorien oder Städten mit Sonderfunktionen. Darüber hinaus stehen die Weberschen Kategorien zu einem wesentlichen Teil in Verbindung mit dem Anschluß der Städte an das Welthandelssystem. Gerade was die verkehrstechnische Anbindung Altbayerns anbetrifft, kann jedoch dem Territorium allenfalls eine Randlage in der Frühen Neuzeit beigemessen werden. Eine Differenzierung der bayerischen Städte nach den vorhandenen Straßenanbindungen bietet sich deshalb nur auf einer weit bescheideneren Ebene an⁴. Einzig der Fürstenstadtypus, der als ein frühneuzeitlicher Sondertyp der Stadt angesehen wird, findet in München einen Vertreter in Bayern, für den die genannten Typen ein adäquates Beschreibungskriterium bilden und der allein bereits demographisch gegenüber den übrigen Landstädten eine herausragende Position einnahm. Seit 1624 läßt sich der Ausdruck „Haupt- und Residenzstadt“ nachweisen⁵. Die Rolle des Hofes und seiner Angehörigen in Wechselwirkung zu der „bürgerlichen“ Stadt

¹ Die Angaben über die Gesamtzahlen der Städte und Märkte im Herzogtum variieren sehr stark: Eine Landtafel von 1557 nennt 57 Städte und 148 Märkte in den vier Rentämtern (*Schmelzle*, Staatshaushalt, 23), die von 1598 34 Städte und 90 Märkte im gesamten Herzogtum (*Heydenreuter*, Behördenreform, 246), die Landtafel von 1737 im selben Gebiet 33 Städte und 77 gefreite Märkte (*Rall*, Kurbayern, 485 ff). 1770 sollen es 34 Städte und 89 Märkte und nach dem Teschener Frieden 38 Städte und 84 Märkte (*Schmelzle*, Staatshaushalt, 23) gewesen sein.

² *Sombart*, Kapitalismus I/1, 142–175.

³ *Weber*, nichtlegitime Herrschaft; vgl. hierzu *Ay*, *Weber*, 76 f.

⁴ Vgl. Kap. VII.1.

⁵ *Heydenreuter*, Hofrat, 247; *Schattenhofer*, Residenzstadt, 1207; siehe auch *Stenger*, „Fürstliche Stadt München“.

war vielfältig, insbesondere war sie durch die Abnahme von Gewerbeprodukten von großer Bedeutung. So wurden die Hofausgaben ohne Zivilverwaltungskosten 1701 auf 26 %, 1770 auf 25 % und 1799 auf 21 % der gesamten Staatsausgaben Kurbayerns geschätzt⁶. Wenn auch diese Zahlen einer genaueren Überprüfung in einer eigenen Untersuchung über den Staatshaushalt bedürften, so wird doch hinlänglich deutlich, welchen ökonomischen Stellenwert der in der Frühen Neuzeit in München fest etablierte Hof für die Stadt haben mußte. Als Karl Theodor 1788/89 vorübergehend seine Hauptstadt verlassen hatte, bewogen die harten ökonomischen Folgen die Münchener Bürger, in einer Deputation nach Mannheim den ansonsten ungeliebten Kurfürsten um Rückkehr zu bitten⁷. Nicht unwesentlich waren auch die rechtlichen, sozialen, vermutlich auch mentalen Einflüsse durch die Anwesenheit des Hofes in der Stadt. Verschiedentlich werden diese hier noch zu behandeln sein.

Für die übrigen oberbayerischen Landstädte erscheint eine Typologie angemessener, die verschiedene Beschreibungskategorien in ihren Veränderungen verfolgt und integriert. Schilling spricht für die Zeit nach 1500 von „tiefgreifenden strukturellen Veränderungen innerhalb des Städtensystems, die sich als frühneuzeitliche Differenzierung und Funktionalisierung begreifen lassen“ und unterscheidet auf dieser Beobachtung aufbauend zwischen „demographischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Expansions- oder Schrumpfungstypen“⁸. Dieser Ansatz erscheint für unsere Untersuchungsobjekte weit operationalisierbarer als die Webersche Begrifflichkeit. Die Städte werden nach bestimmten Merkmalen⁹ und deren Veränderung befragt, wodurch das statische Bild der Weberschen Kategorien aufgelöst wird, zugunsten einer historisierenden Betrachtung, die sich auch von weitgehend monistischen Beschreibungskriterien befreit.

Wir benutzen als einen ersten Einstieg in die Untersuchung der oberbayerischen Städte und Märkte eine Typologie nach den Grundkategorien Größe, rechtlicher Status, Funktion und ökonomische Bedeutung. Im Hauptteil werden diese Merkmale dann differenziert und unter Einbeziehung weiterer Indikatoren für die Entwicklung dieser Städtelandschaft betrachtet. Am Ende finden sich die Einzelergebnisse dann noch einmal zusammengefaßt und in ihrer Dynamik wie Interdependenz beschrieben.

1. Kategorie Größe

Flächendeckende Einwohnerzahlen der Städte und Märkte gibt es für unseren Untersuchungsraum erst für das ausgehende 18. Jahrhundert. Wir verwenden hier die Werte der Erhebung von 1794 (vgl. Anhang Nr. 1). Weit herausragend stellt sich dabei die Residenzstadt dar. München zählt mit über 34.000 Einwohnern mehr als achtmal so viele Einwohner wie die nächstkleinere oberbayerische Stadt, Ingolstadt, mit einer Bevölkerung von etwas über 4.000 Personen. Im

⁶ Hartmann, *Monarch*, 80; die Berechnungen Hartmanns beruhen auf Zahlen Schmelzles, *Staatshaushalt*, 190 ff., 398–401.

⁷ Rall, *Kurbayern*, 504; Bauer, *Umbruch*, 251.

⁸ Schilling, *Die Stadt*, 20 ff.

⁹ Vgl. hierzu auch Gerteis, *Die deutschen Städte*, 31 f.

gesamten Reichsgebiet gab es um 1800 61 Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern, etwa 30 davon mit mehr als 20.000 und nur sieben Städte hatten bereits eine Grenze von 50.000 Einwohnern überschritten (Hamburg, Königsberg, Berlin, Dresden, Breslau, Prag und besonders Wien, das bereits 230.000 Einwohner zählte)¹⁰. München gehörte damit am Ende unseres Untersuchungszeitraums in die Spitzengruppe der Städte im Reichsgebiet. Eine Stadt wie Augsburg hatte um diese Zeit nur etwa 26.000 Einwohner¹¹, während sie vor dem Dreißigjährigen Krieg noch weitaus bevölkerungsreicher als die benachbarte bayerische Residenzstadt war. Etienne François hat als ein besonderes Charakteristikum des Reichsgebiets in der Frühen Neuzeit gezeigt, daß die Residenzstädte erheblich anwuchsen, während die alten Handels- und Reichsstädte eher stagnierten bzw. sogar Bevölkerung verloren¹². Wir werden zu überprüfen haben, inwieweit diese Entwicklung eine Entsprechung in anderen oberbayerischen Territorialstädten findet, oder ob nicht gar in diesen eine gegensätzliche Entwicklung gegenüber München festzustellen ist¹³.

Die übrigen oberbayerischen Städte umfassen Mittel-, Klein- und Kleinstädte¹⁴. 1794 finden sich hiervon:

Mittelstädte (2000–4000 Einwohner) 7

Kleinstädte (1000–1999 Einwohner) 13

Kleinstädte (unter 1000 Einwohner) 40

Allerdings liegen auch die Mittelstädte in Oberbayern mit einer Ausnahme, Ingolstadt, am unteren Rand der ja in gewissem Sinne willkürlich gesetzten Einwohnergrenzen und sind damit auch kaum von den Kleinstädten zu trennen. Zwischen Städten und Märkten läßt sich größtmäßig keine klare Grenze finden. So zählt die kleinste oberbayerische Stadt 1794 (Rain) 1.122 Personen, während der größte gefreite Markt mit 2.013 Einwohnern (Tölz) bereits in die Kategorie der Mittelstädte hineinragt. Dagegen gaben die kleinsten Märkte mit wenigen hundert Menschen eher den Eindruck größerer Dörfer wieder¹⁵.

2. Kategorie rechtlicher Status

Zur Erlangung der Standschaft war es notwendig, „Träger von Hoheitsrechten (Herrschaft, dominium) und insbesondere Gerichtsrechten“ zu sein¹⁶. Das Vorhandensein einer Bürgergemeinde allein reichte hierzu noch nicht aus. So lagen diese Hoheitsrechte über verschiedene Märkte bei einem Kloster (z. B. Altenmarkt bei Kloster Baumburg, Bruck bei Kloster Fürstenfeld) oder bei einer adeligen Hofmark (z. B. Tüßling), die damit für ihre Hintersassen auch in dem zugehörigen Markt handelten, und nicht bei einem städtischen Magistrat. Darüber hinaus gab es Märkte, die zwar einem anderen Landstand in ihrer Rechtsstellung

¹⁰ Schilling, Die Stadt, 4, 8; François, Républiques, 588, 591.

¹¹ Keyser/Stoob, Städtebuch, 66.

¹² François, Républiques; vgl. auch Rödel, Schatten, 102–106.

¹³ Vgl. Kap. IV.

¹⁴ Zu dieser Gliederung vgl. Schilling, Die Stadt, 8f.

¹⁵ Vgl. Krenner, 1669, 478.

¹⁶ Vgl. hierzu und auch zum folgenden sofern nicht anders zitiert Lieberich, Landstände.

verschiedentlich untergeben waren, aber dennoch die Standschaft selbst erreichten („Freiung“). So war von 1332–1802 das Kloster Ettal Marktherr des Marktes Murnau und beanspruchte die Rechte eines Grund- und Lehensherrn wie auch die der Rechnungsprüfung¹⁷. Dennoch hatte der Markt ebenso wie auch das vergleichbare Holzkirchen, das zum Kloster Tegernsee gehörte, die Landstandschaft erhalten.

Zwischen den Städten und den freigreiten Märkten bestand dagegen rechtlich kein grundsätzlicher Unterschied, wenn auch die Privilegierungen von Stadt zu Stadt und von Markt zu Markt erheblich differieren konnten¹⁸. Sie alle besaßen ein mehr oder weniger großes Spektrum an Niedergerichtsrechten, die sie durch später immer wieder erneuerte Privilegien erhalten hatten. Heinz Stoob hat die bayerischen Märkte unter den Typus der „Minderstädte“ subsumiert. Auch er sieht sie während der Frühen Neuzeit „nach dem Katalog ihrer Rechte den zeitgenössischen Kleinstädten völlig ebenbürtig“ an und interpretiert die Unterscheidung zwischen Stadt und Markt ebenso wie Heinz Lieberich aus ihrer mittelalterlichen Genese¹⁹.

Rechtlich herausgehoben waren die fünf bayerischen Hauptstädte (München, Landshut, Straubing, Burghausen und Ingolstadt), die zumindest seit dem 16. Jahrhundert den Blutbann besaßen²⁰. Diesen hatte im 17. Jahrhundert auch Wasserburg, das bis 1507 selbst Rentamtsitz war. Daraus erklärt sich auch eine gewisse Sonderstellung gegenüber anderen Landstädten²¹. Als Hauptstadt wird 1774 in der Rentmeisterinstruktion schließlich noch Braunau bezeichnet und als vom rentmeisterischen Umritt befreit eingestuft²².

Innerhalb der Hauptstädte hat sich nochmals eine Hierarchie herausgebildet, die in den Präzedenzordnungen für die Landtage ihren Niederschlag gefunden hat. So war München Landshut und Straubing vorangestellt, die wiederum von Burghausen und Ingolstadt gefolgt wurden. Eine Hintanstellung Burghausens nach Landsberg und Wasserburg bei der Landtagsausschreibung von 1669 führte dann auch zu einem heftigen Protest der ostbayerischen Stadt, die ihre gesamten Privilegien und Rechte erläuterte, mit denen sie ihre Vorrangstellung begründete²³. Ursache für den „fauxpas“ bei der Einladung war wohl die erheblich größere ökonomische, demographische und steuerliche Bedeutung der beiden genannten Landstädte gegenüber dem Rentamtsitz (vgl. Anhang Nr. 1). Für die Zeitgenossen war in diesem Fall primär das rechtliche Kriterium von Bedeutung, wobei dieses ja auch ein funktionales war. Die rechtliche Vorrangstellung resultierte aus der „Hauptstadtfunktion“, die lediglich im Falle Burghausens nicht aus der Residenz eines der mittelalterlichen Teilherzogtümer erwachsen war. Hauptstadt bedeutete – mit Ausnahme Ingolstadts – Sitz einer Regierung, also des Rentmeisters als Leiter einer der vier altbayerischen Rentämter. Entsprechend der Bedeutung dieser Ämter wurden den Bürgermeistern und Räten

¹⁷ Keyser/Stoob, Städtebuch, 446.

¹⁸ Vgl. Kap. III.1.2.1.

¹⁹ Stoob, Minderstädte, 23; Lieberich, Landstände, 226; vgl. auch Klebel, Siedlungsgeschichte.

²⁰ Vgl. S. 27–30.

²¹ Christ, Stadt, 216.

²² MGS I, 348, 2.

²³ Krenner, 1669, 240–244; vgl. auch S. 221–224.

dieser Städte auch ganz besondere Qualitäten abverlangt²⁴. Die Vorrangstellung äußerte sich nicht nur durch herausragende Rechte, die Hauptstädte konzentrierten im Laufe der Zeit immer mehr Funktionen für den gesamten Stand der Städte und gefreiten Märkte in sich. So war es bis zum letzten Landtag von 1669 noch üblich, daß jede mit der Landstandschaft begabte Stadt bzw. jeder gefreite Markt einen Deputierten und einen Adjunkten zu den Landtagen entsenden konnte. Dabei ging man von einer grundsätzlichen Gleichheit aller Städte aus. 1669 legte man jedoch fest, daß in den landschaftlichen Ausschuß insgesamt nur noch vier Vertreter des Bürgerstandes entsandt werden sollten, die sich dann bis 1808 stets aus Bürgermeistern der sogenannten Hauptstädte München, Lands- hut, Straubing, Burghausen und Ingolstadt rekrutierten²⁵. Als Sitz der Haupt- laden der Zünfte erhielten die Rentamtssitze außerdem eine Vorrangstellung in der gewerblichen Organisation Bayerns²⁶.

3. Kategorie Funktion

Die funktionalen Merkmale der meisten oberbayerischen Städte und Märkte lassen sich hauptsächlich durch drei Elemente kennzeichnen: Amtssitz, Markt- ort und Gewerbezentrum. Für die beiden letzteren ökonomischen Funktionen genügt hier ihre Nennung; auf sie wird an verschiedenen Stellen genauer einzu- gehen sein. Mit wenigen Ausnahmen sind spätestens im ausgehenden Mittelalter alle Städte und gefreiten Märkte Sitz eines Landrichters geworden²⁷. Hier saßen auch die meisten Zünfte für das jeweilige Gericht. Amtsstädte – allerdings mit weit größerem Einzugsbereich – waren auch die Hauptstädte als Rentamtssitze und natürlich die Residenzstadt mit ihren für das ganze Land zuständigen Zen- tralbehörden. Wie jedoch für Burghausen noch zu zeigen sein wird, ging die funktionale Bedeutung als Sitz einer Mittelbehörde nicht mit einer ökonomi- schen Vorrangstellung einher.

Darüber hinaus lassen sich auch verschiedene andere Sonderfunktionen fest- stellen, die prägend auf das Stadtbild wie das Selbstbewußtsein der Bürger wir- ken konnten. So spielten feste Garnisonen eine mehr (Ingolstadt) oder weniger (Burghausen) wichtige Rolle. Als befestigte Plätze galten im Dreißigjährigen Krieg Ingolstadt, München (seit 1640), Braunau, Schärding, Burghausen, Was- serburg, Straubing, Rain, Landsberg und Aichach²⁸. Eine Universität prägte die ständische Struktur einer Stadt durch eigene Gerichtshoheiten (Ingolstadt)²⁹, und die Lage an der Grenze des Herzogtums bzw. Kurfürstentums war von Bedeutung besonders für Wirtschaft oder Sicherheit einer Stadt (z.B. Lands- berg, Friedberg, Rain, Burghausen, Trostberg). Eine Sonderfunktion kommt auch den Wallfahrtsorten zu. Die Wirtschaftsstruktur wurde u. a. in den Märkten Altomünster und Inchenhofen durch den katholischen Brauch wesentlich beein- flußt³⁰.

²⁴ Vgl. Kap. V. 3.

²⁵ Seitz, landständische Verordnung, 47.

²⁶ Vgl. S. 79 f.

²⁷ Vgl. Lieberich, Landstände, 225 f.

²⁸ Malisch, Auswirkungen, 109.

²⁹ Hofmann, soziale Struktur.

³⁰ Vgl. Liebhart, Kloster.

Die funktionale Differenz der Städte und Märkte drückte sich durch unterschiedliche Sozialstrukturen aus. So standen einer typisch „bürgerlichen“ Schichtung in den meisten Landstädten und Märkten eine immer unübersichtlicher werdende „Gemengelage“ von bürgerlichen, privilegierten und eximierten Gruppen in der Residenzstadt gegenüber, was dort auch zu entsprechenden Konflikten führte³¹.

4. Kategorie ökonomische Bedeutung

Die Städte und Märkte wurden von den landesherrlichen Behörden nicht nur nach ihren Freiheiten und Privilegien beurteilt und in Rangstufen eingeteilt, sondern auch nach ihrer fiskalischen Leistungsfähigkeit. Wichtigstes Beispiel hierfür ist die Standsteueranlage. Sie wurde von den drei Ständen immer als freiwilliger Beitrag verstanden, hielten sie doch stets an ihrem Privileg der Steuerfreiheit fest. Erst 1808 wurde mit der Beseitigung der landständischen Verfassung die allgemeine und gleiche Steuerpflicht eingeführt. Auf dem Landtag von 1525 war das Steuersimplum für alle drei Stände auf 100.000 fl. festgelegt worden, das sich auf Prälaten, Städte und Ritter im Verhältnis 5:4:1 aufteilte. Das bedeutete, daß bei jeder Ausschreibung auf die Städte 40.000 fl. fielen. 1669 wurde das Simplum auf 66.000 fl. herabgesetzt, wobei sich das Verhältnis geringfügig zugunsten der Städte verschob³². Jeder Stand repartierte den auf ihn entfallenden Anteil auf seine Mitglieder. Das Verhältnis der auf die einzelnen Städte und Märkte umgelegten Standsteueranlage veränderte sich zwischen 1525 und 1808 nicht. Die Verminderung um ein Drittel 1669 traf alle gleichmäßig. Schwankungen in der Bevölkerungszahl, der Wirtschaftskraft oder der verkehrstechnischen Bedeutung blieben völlig unberücksichtigt. Zahllose Klagen über die ungerechte Verteilung der Steuerlasten innerhalb des Standes der Städte sind überliefert³³. Deshalb bezeichnet Ludwig Hoffmann die Stand- und Landsteuern nach dem Dreißigjährigen Krieg als „drückenden Anachronismus“³⁴. Es war im 18. Jahrhundert die Höhe der Standsteueranlage für die einzelnen Städte und Märkte längst ein obsoletes Mittel gerechter fiskalischer Belastungen geworden, wie u. a. ein Vergleich der Bevölkerungszahlen mit den Standanlagen am Ende des 18. Jahrhunderts belegt³⁵ (vgl. Anhang Nr. 1). Ein besonders drastisches Beispiel ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Standsteuerbelastung der Märkte Tölz (Rentamt München) und Trostberg (Rentamt Burghausen). In Tölz zählte man Ende des 18. Jahrhunderts 300 Häuser, 560 Bürger und 1.892 Einwohner. Die Zeitgenossen beurteilten seine wirtschaftliche Lage außerordentlich positiv³⁶:

³¹ Vgl. Kap. V.4.

³² *Schmelzle*, Staatshaushalt, 376.

³³ Vgl. *Hoffmann*, Probleme, 147 f.

³⁴ *Hoffmann*, Steuern, 98.

³⁵ Die Summen der Standsteueranlage variierten nach 1669 wie folgt (Quelle siehe Anhang 1):

Städte: Rentamt München: 175–4.000 fl. Rentamt Burghausen: 283–500 fl.
Innviertel: 604 und 917 fl.

Märkte: Rentamt München: 33–350 fl. Rentamt Burghausen: 29–166 fl.
Innviertel: 58–355 fl.

³⁶ *Ströber*, Tölz, 290 f., 301.

„Tölz gehört immerhin unter die ansehnlichen und schönern Märkte Bayerns ... Auch in Rücksicht des Gewerbs hat dieser Markt seinen Rang. Die vorbeystreichende Isar, die dahin bestimmte Holz-, Kohl- und andere Fuhren, das Salztransportwesen im Winter, die zahlreichen Wochenmärkte, die vielen Professionisten und endlich die häufigen Andachten, die das Landvolk weit und breit hinzuziehen, geben ihm solchen. Zugleich ist er der Sitz des Landrichteramts und einer Wasser- und Landmauthstation“.

Trostberg, das zur selben Zeit etwa 100 Häuser, 150 Haushalte und ca. 700 Einwohner hatte, wird dagegen folgendermaßen beschrieben³⁷:

„... die Handwerker darin sind noch übler daran wie die Tagelöhner selbst, und leben in wahrer Armut und im Elend. Ehemals wurden hier wichtige Märkte gehalten, worunter einer 14 Tage dauerte, und man traf allda über 2000 Pferde an, da man jetzt kaum 100 vorfindet. Die 8 Lederer sind auf 2 und die 8 Brauer auf 7 herabgesunken, und selbst diese siedeln nur 4 bis 5, höchstens 6 Mal das Jahr. Eben so geht es den übrigen Handwerkern.“

Das etwa zwei- bis dreimal bevölkerungsreichere Tölz mit seiner günstigen Verkehrslage und guter Gewerbesituation zahlte lediglich 150 fl. Standsteueranlage, Trostberg dagegen 166 fl. 40 x.

Anlässlich einer Taxordnung von 1759, die u. a. die Gebühren für die landesherrliche Bestätigung der Ratswahlen enthielt, wurden die Städte und auch die Märkte jeweils in drei Klassen eingeteilt. Gegenüber der „Hierarchie“, die die Standsteueranlage festlegte, gibt es erhebliche Abweichungen:

*„Schema, welchergestalten die sämtlichen Städte und Märkte sowohl in Baiern, als in der obern Pfalz wegen der Ratswahl jährlich zu bezahlen habenden Taxa in 3. Klassen einzutheilen kommen“ von 1759*³⁸

(Hier mit Ausnahme der Städte 1. Klasse nur die Städte und Märkte der Rentämter München und Burghausen)

Städte 1. Klasse:

Landshut, Straubing, Burghausen, Ingolstadt, Amberg.

Städte 2. Klasse:

RENTAMT MÜNCHEN: Mindelheim, Donauwörth, Aichach, Friedberg, Landsberg, Wasserburg.

RENTAMT BURGHAUSEN: Braunau, Schärding.

Städte 3. Klasse:

RENTAMT MÜNCHEN: Wiesensteig, Wemding, Neustadt, Abensberg, Pfaffenhofen, Schrobenhausen, Rain, Weilheim, Schongau, Traunstein, Reichenhall.

RENTAMT BURGHAUSEN: Neuötting.

Märkte 1. Klasse:

RENTAMT MÜNCHEN: Rosenheim.

RENTAMT BURGHAUSEN: Ried.

Märkte 2. Klasse:

RENTAMT MÜNCHEN: Riedenburg, Vohburg, Dachau, Wolfratshausen, Tölz.

RENTAMT BURGHAUSEN: –

Märkte 3. Klasse:

RENTAMT MÜNCHEN: Kösching, Gaimersheim, Pförring, Siegenburg, Altmannstein, Essing, Rohr, Hohenwart, Geisenfeld, Ainling, Altomünster, Inchenhofen, Bayerbach, Küh-

bach, Bruck, Dießen, Holzkirchen, Murnau, Oberammergau, Aybling, Schwaben, Grafing.

RENTAMT BURGHAUSEN: Altheim, Kraiburg, Mauerkirchen, Mattighofen, Markt,

Trostberg, Tann, Uttendorf.

³⁷ Hazzi, Aufschlüsse, III/2, 694.

³⁸ MGS I 264 ff. (24.1.1759).

Die daraus resultierende Belastung durch die Taxen verteilte sich wie folgt:

Städte	1. Klasse 30 fl.,	2. Klasse 20 fl.,	3. Klasse 15 fl.
Märkte	1. Klasse 15 fl.,	2. Klasse 10 fl.,	3. Klasse 6 fl.

Abgesehen von den rechtlichen Merkmalen der Abgrenzung zwischen Hauptstädten und normalen Landstädten bzw. Märkten geben die zeitgenössischen Einteilungskriterien nach wirtschaftlichen Merkmalen ein wenig verlässliches Raster einer Typologie der oberbayerischen Städte. Dies beruht nicht zuletzt auf der „Statik“ der Zahlenwerte über lange Zeiträume hinweg. Tatsächlich war jedoch – wie noch zu zeigen sein wird – die ökonomische Bedeutung der oberbayerischen Städte und Märkte in der Frühen Neuzeit von einem starken Wandel betroffen. So galt zwar nach wie vor die Stadt als wichtigster Sitz der Gewerbe und Ort des Warenaustausches auf den privilegierten Schranen, Jahr- oder Wochenmärkten, die Städte erlebten aber hier ihren größten Funktionsverlust. Wir werden im Laufe der Untersuchung dies besonders zu beobachten haben und auch zwischen Orten größerer und geringerer Zentralität unterscheiden müssen. Eher sekundär ist damit die Frage nach dem Ackerbürgertum in den oberbayerischen Städten verbunden. Wir gehen dabei im Vorgriff auf die folgenden genaueren Untersuchungen von der Hypothese aus, daß der urbane gewerbliche Funktionsverlust in einem gewissen Verhältnis zur Notwendigkeit des agrarischen Nebenerwerbs für die Bürger stand. Der Erkenntnisstand der bisherigen Forschung, die – unbestritten korrekt – ein in Bayern vorherrschendes dezentrales Gewerbe mit Schwerpunkt auf den sogenannten Grundgewerben annimmt, soll im folgenden transzendiert werden zu einem Einblick in die ökonomischen Veränderungsprozesse während der Frühen Neuzeit in den Städten und Märkten im Oberland des Herzogtums bzw. Kurfürstentums.

5. Die Auswahl der Beispielstädte

Die Auswahl der hier exemplarisch vertieft untersuchten Städte resultiert aus dem vorgestellten typologischen Ansatz. An den ausgewählten vier Städten läßt sich ein relativ breites Spektrum der genannten Merkmale in ihrer Entwicklung verfolgen. Die Residenzstadt München wird dabei kontrastiert mit dem Rentamtssitz Burghausen, ebenfalls einer – wenn auch viel kleineren – „Hauptstadt“. Das weite Spektrum der Landstädte wird durch die Stadt Weilheim repräsentiert, die in ihrer Größe eine mittlere Stellung in der bayerischen Städtelandschaft einnahm und auch sonst durch keine irgendwie gearteten Sonderfunktionen – weder ökonomischer noch administrativer oder rechtlicher Art – heraussticht. Gerade die „Normalität“ war hier eben das Interessante. Ähnliches gilt im Bereich der gefreiten Märkte für Trostberg, wobei hier diese Normalität in gewissem Sinne durch die Grenzlage zum Erzbistum Salzburg durchbrochen wird.

Wichtig war bei der Auswahl auch, je zwei Beispiele aus jedem der beiden Rentämter München und Burghausen heranzuziehen. Die Städte und Märkte Burghausens zeichnen sich nämlich durch die „Residenzstadtferne“ aus, was die Annahme nahelegt, daß dies auf ihre Entwicklung in verschiedener Weise Auswirkungen gehabt haben könnte. Die Erweiterung der Untersuchung durch eine größere Zahl von Beispielstädten hätte die Ergebnisse der angestrebten Typologie weiter differenzieren können, war aber aus arbeitsökonomischen Gründen

nicht mehr zu leisten. Beispielsweise wäre es von großem Reiz gewesen, zwei gleichgroße Städte und Märkte miteinander zu vergleichen, wovon der eine Ort an einer wichtigeren Verkehrsader, z. B. an einem Fluß, der andere aber abseits eines solchen Handelswegs hätte liegen können. Abgesehen davon, daß sich viele unserer Erkenntnisse dabei wohl nur wiederholt hätten, kann dieses „Defizit“ hier zumindest teilweise dadurch ausgeglichen werden, daß wir die mittel- und zentralbehördlichen Quellen mit flächendeckender bzw. allgemeingültiger Aussagekraft mit in die Überlegungen einbeziehen³⁹. Anders als in reinen Typologien, die Idealtypen entwickeln, soll hier versucht werden, nicht nur die Differenzen zu zeigen, sondern auch die Gemeinsamkeiten. So interessieren die die große Residenzstadt mit dem kleinen Markt verbindenden Merkmale, Strukturen und Entwicklungen, die ja über die alleinige Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Herrschaftsverband eine Städtelandschaft erst konstituieren.

³⁹ Vgl. S. 9f.

III. Spannungsverhältnis Stadt-Landesherr

1. Städtische Freiheiten und frühneuzeitlicher Territorialstaat

1.1. Forschungsüberblick

Das Bild der frühneuzeitlichen Territorialstadt wurde in der Forschung seit dem 19. Jahrhundert lange Zeit allein durch Ein- und Unterordnung gegenüber dem modernen Staat geprägt¹ und ihre verfassungsmäßige Entwicklung als „Niedergang und Verfall“² bewertet. Diese Urteile resultieren aus dem Vergleich der im Mittelalter gesammelten bzw. usurpierten Rechte und Privilegien mit dem Versuch des frühneuzeitlichen und absolutistischen Herrschers, die städtische Verwaltung als Unterbehörde in den eigenen Staatsaufbau zu integrieren. Hierbei konnte es auch zur freiwilligen Aufgabe bestimmter Rechte durch die Städte kommen³. Die lange Zeit vorherrschende Präponderanz des Interesses an der mittelalterlichen Stadt kam vielfach aus der Vorbildfunktion der städtischen Libertät für die bürgerliche Emanzipationsbewegung des 19. Jahrhunderts und prägte so die Einschätzung der – aus der Sicht des Bürgertums – die eigene politisch abhängige Stellung begründende frühneuzeitliche Entwicklung⁴.

Bei der obigen Bewertung der frühneuzeitlichen Territorialstädte stehen zu bleiben, würde jedoch eine zu starke Simplifizierung des Konzepts der „Sozialdisziplinierung“ bedeuten. Gerhard Oestreich wies ja selbst ganz betont auf die Differenzen zwischen absolutistischer Herrschaftstheorie und realpolitischer Wirklichkeit hin und beklagte, daß die Forschung vielfach bei der Geschichte der administrativen Entwicklungen verharrete und den inneren Landesausbau des Absolutismus nur insofern berücksichtigte, „als er durch Ordres und Befehle aus den königlichen Kabinetten und den Büros zentralstaatlicher Regierungsstellen in Gang gesetzt worden war“. Auch im Hinblick auf die Städte war für Oestreich der Kampf um das Wohnheits- und Privilegienrecht charakteristisch, wobei es im Verlauf der „langsamen Straffung der Zentralgewalt“ eben gerade *nicht* zu einer „Unterwerfung der lokalen Gewalten“ gekommen sei. Auf der Ebene der Lokalverwaltung „behauptete sich vielmehr fast eine örtliche Souveränität in Justiz, Kirche und Schule, Administration und Polizei“⁵. So weisen jüngere

¹ Vgl. die zusammenfassende Darstellung von Gerteis, *Die deutschen Städte*, 71–81.

² So die Forschung zusammenfassend Schilling, *Territorialstaat*, 20.

³ Isenmann, *deutsche Stadt*, 110.

⁴ Schreiner, „Kommunebewegung“, 167: „Die mittelalterliche Stadt- und Bürgerfreiheit diente damals zum einen als Medium der Kritik, mit dessen Hilfe die politische Entmündigung und soziale Disziplinierung durch den absolutistischen Fürstenstaat gebrandmarkt werden konnte; zum anderen erfüllte sie die Funktion eines geschichtlichen Legitimationsgrundes, der den Neubau eines freiheitlichen Verfassungslebens rechtfertigen sollte.“

⁵ Oestreich, *Strukturprobleme*.

Stadtgeschichtsforschungen auch verstärkt „auf die Widersprüche von Mandat und Durchführung, von Edikten und Wirklichkeit hin“⁶. Damit entstand nun auch ein wesentlich realistischeres Bild einer von den Zeitgenossen als „Monarchia mixta“ verstandenen Verfassungskonstruktion, die sowohl zentralistische Entwicklungen frühneuzeitlicher Staatsbildung beinhaltet, wie auch das weiterwirkende ständische Element berücksichtigt. „Nicht der absolutistische Fürsten- und Gewaltstaat war das „Paradigma“, sondern das *Werden* des frühmodernen Staates, die *Staatsbildung*, nicht die vollentfaltete Staatlichkeit, sondern der Prozeß der Verdichtung“ (Schilling)⁷.

Die vorgegebenen Rechtstraditionen wurden zwar immer stärker von den zentralen Behörden und landesherrlichen Herrschaftsträgern als störend empfunden, ja mitunter versuchte man sie wohl auch solange zu ignorieren und zu übertreten, bis sich der betroffene Stand zu wehren begann. Letztendlich wurden sie aber „als einmal existente und nicht zu beseitigende Fakten ganz selbstverständlich anerkannt“, weil sie einen Teil der Rechtsordnung verkörperten, die nur durch offenen Rechtsbruch hätte beseitigt werden können⁸.

Dieser Ansicht ist zwar auch Walter Hubatsch⁹, dennoch sieht er im Dreißigjährigen Krieg eine „unübersteigbare Barriere, die den Staat des Mittelalters von dem der Neuzeit trennt und mithin auch der Beurteilung der Stadt andere Maßstäbe zukommen läßt“, wobei Vorstufen schon um die Wende zum 17. Jahrhundert festzustellen seien. Angesichts des weitreichenden Reformwerks Maximilians I. vor 1618 wird im folgenden auch zu fragen sein, ob der Krieg in dieser Hinsicht tatsächlich eine so große Zäsur darstellt.

Grundsätzlich neu im absolutistisch neuzeitlichen Staat ist die Stellung der Städte bzw. aller herrschaftlichen Gewalten im Staatsaufbau. Das Mittelalter war charakterisiert durch die verschiedensten personalen Herrschaftsrechte. Seit dem 15. Jahrhundert bildete sich jedoch ein System aus, das in der politischen Theorie wie in der Wirklichkeit ein direktes Gewaltverhältnis zwischen Landesherrn und jedem einzelnen Untertanen annimmt. Ein Hintergrund war die Überzeugung, das Gemeinwohl sei die *suprema lex* des Staates. Erst jetzt werden die verschiedenen Landstände intermediäre Gewalten. Das bedeutet dann auch, daß sie in viel stärkerem Maße zu untergeordneten Herrschaftsträgern wurden. Es kann also völlig zu Recht von einem Übergang von der „autonomen zur beauftragten Selbstverwaltung“ (Luise Wiese-Schorn) gesprochen werden. Willoweit betont hier, auf Otto von Gierke aufbauend, besonders scharf den Gegensatz zwischen genossenschaftlichem Prinzip, wie es in der mittelalterlichen Stadt zu finden war, und dem auf allgemeine Wohlfahrt gerichteten „politische(n) und polizeiliche(n) Denken“ des modernen Obrigkeitsstaates¹⁰. Es wird im folgenden also auch darauf zu achten sein, in welchem Maße diese gegensätzlichen Prinzipien sich jeweils in der historischen Realität Bayerns darstellen.

⁶ Schulze, Oestreichs Begriff, 268.

⁷ Schilling, Die Stadt, 55. Hier kann es nicht darum gehen, die gesamte Diskussion um die Sozialdisziplinierung erneut wiederzugeben, vgl. hierzu neben den bereits genannten Titeln besonders Jütte, Disziplinierungsmechanismen, Dinges, Armenfürsorge, Maier, Sozialdisziplinierung. Das Konzept wird unter Berücksichtigung der zitierten weiteren Forschungsentwicklung in der vorliegenden Untersuchung als erkenntnisfördernd für die Beschreibung der Stellung der intermediären Gewalten im frühneuzeitlichen Staat angesehen.

⁸ Willoweit, Rechtsgrundlagen, 3.

⁹ Hubatsch, Ziele.

¹⁰ Willoweit, intermediäre Gewalten, passim.

Die Untersuchungen über die Territorialstädte des 17. und 18. Jahrhunderts wurden vielfach an Beispielen von großen bzw. Residenzstädten durchgeführt, deren Entwicklung das Bild der Forschung prägt. An der grundsätzlichen Beurteilung der rechtlichen Entwicklung der Territorialstädte wird sich sicherlich manches ändern, wenn die viel größere Zahl von kleineren Städten mit in die Betrachtung einbezogen wird. Es erscheint problematisch, den Sonderfall Residenzstadt weitgehend als *pars pro toto* aller Territorialstädte zu nehmen. Gerade im Absolutismus wurde die Residenz – und damit die Stadt, in der sie angesiedelt war – zum Herrschaftszentrum, zum Sitz einer immer größer werdenden Zahl von Hofangehörigen und „Beamten“, zum geographischen Ausgangspunkt der Disziplinierung aller Untertanen bis in den hohen Adel hinein, zum Gravitationszentrum herrscherlicher Gewalt und – zumindest intendiert – zum Muster eines an Hobbes und Bodin orientierten Staatsaufbaus¹¹.

Die allgemein für das Reichsgebiet geschilderten Tendenzen spiegeln sich auch in den Forschungen zur bayerischen Stadtgeschichte wider, die hier nur in ihren wichtigsten modernen Tendenzen nachzuzeichnen ist. Eine kurze systematische Darstellung des Verhältnisses Stadt-Landesherr unternahm Hans Rall in seiner 1952 erschienenen Arbeit über Kurbayern in der letzten Epoche der alten Reichsverfassung 1745–1801¹². Besonders berücksichtigte er Landstandschaft, Jurisdiktionsgewalt, Steuerrecht, am Rande u. a. auch Gewerbefragen und Bürgerrecht. Durch die Konzentration auf die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts kommt es jedoch bei Rall verschiedentlich zu Fehleinschätzungen der Bedeutung bestimmter Phänomene. So sieht er eine „zunehmende Kontrolle der Ratswahl“ erst für die Regierung Karl Theodors als gegeben an¹³, wie sie schon im 16. Jahrhundert allgemein üblich war¹⁴. Irrtümer dieser Art beruhen allerdings auf einem nicht immer vermeidbaren methodischen Problem: Der Rückschluß von einem speziellen Fall oder Dekret auf eine allgemeine Zeittendenz birgt die Gefahr, vergleichbare Erscheinungen und Regelungen in früherer Zeit nicht zu registrieren und den eigenen „Zufallsfund“ absolut zu setzen.

Das herrschende Bild des Verhältnisses Stadt-Landesherr wird allerdings mitunter auch von sehr krausen Vorstellungen beherrscht. So soll es 1557 zu einer generellen Verleihung der Niedergerichtsbarkeit an alle Städte und Märkte gekommen sein¹⁵. Hier liegt wohl eine Verwechslung mit der Verleihung der Niedergerichtsbarkeit an den Adel über seine einschichtigen Güter im 60. Freiheitsbrief vor. Oder es findet sich die unhaltbare und in keinem Einzelfall belegte Behauptung, „nach dem Dreißigjährigen Krieg übten die landesherrlichen Pfleger Einnahme und Verwaltung städtischer Gelder überhaupt aus“¹⁶.

Die spezifischen Konflikte der Städte um die Erhaltung ihrer Privilegien mit der landesherrlichen Bürokratie wurden verschiedentlich dargestellt¹⁷. Die Sicht der Münchener Verhältnisse wird bis heute von Michael Schattenhofers Untersuchungen weitgehend geprägt. Sein Urteil über die seit Maximilian I. hervorgerufenen Veränderungen ist vernichtend: „Die städtische Obrigkeit wurde durch

¹¹ Vgl. u. a. *Elias*, höfische Gesellschaft; *Kruederer*, Absolutismus; *ders.*, absoluter Fürstenstaat; *Hartmann*, Monarch; *Andermann*, Residenzen.

¹² *Rall*, Kurbayern, 484–512.

¹³ *Ebd.* 495.

¹⁴ Vgl. S. 47.

¹⁵ *Wittmütz*, Gravamina, 34; nach diesem *Christ*, Stadt, 213.

¹⁶ *Bosl*, Repräsentation, 212.

¹⁷ Im einzelnen siehe die folgenden Kapitel.

die Organe der landesherrlichen Staatsgewalt entmachtet, das alte Stadtrecht von 1340 versandete nach und nach im Landrecht, wurde von diesem und den landesherrlichen Mandaten völlig überwuchert und war zuletzt nur noch ein Katalog einzelner Privilegien“¹⁸. Die Münchener Geschichte zwischen 1579 und 1651 stellte jüngst Reinhard Heydenreuter weit differenzierter dar¹⁹. Er betrachtet das Verhältnis Stadt-Landesherr gegliedert nach den Kriterien Rechtspositionen, Gerichtsbarkeit, Polizeigesetzgebung, kommunale Führungsschichten, Bauwesen, Wirtschafts- und Gewerbeüberwachung. Da jedoch auch Heydenreuter hauptsächlich auf diejenigen Ereignisse und Entwicklungen hinweist, in der gerade der Landesherr – und insbesondere Maximilian I. – seine Vorstellungen hinsichtlich der „Disziplinierung der Stadtoberigkeit“ verwirklichen bzw. durchsetzen konnte, kommt auch er zu dem Ergebnis, den Magistrat nur noch als „Befehlsempfänger“ einzuschätzen.

Gerade die Durchsetzbarkeit absolutistischer Staatsvorstellungen kann nicht nur am Beispiel der unmittelbaren Hofumgebung verifiziert bzw. falsifiziert werden. Weit wichtiger erscheint die Frage, in welchem Ausmaß die neuzeitliche Verwaltung den gesamten Staat durchdringen und – am Beispiel der Städte – die mit Sonderrechten begabten Stände in den neuen Staatsaufbau integrieren konnte. Die Einwirkungsmöglichkeiten der Landrichter bzw. Pfleger auf die städtische Verwaltung und Gerichtsbarkeit, und inwieweit sich hier bis um 1800 Veränderungen ergaben, wurde verschiedentlich untersucht²⁰. Die Ergebnisse dieser Forschungen sollen unten detaillierter betrachtet werden. Eine wertvolle Bereicherung von rechtshistorischer Seite brachte die Untersuchung von Hans Schlosser über „Statutarrecht und Landesherrschaft in Bayern“. Er zeigt, in welchem Maße die Rechtsetzungsgewalt in Händen der Städte durch die landesherrliche neuzeitliche Verordnungsproduktion und Polizeigesetzgebung ausgehöhlt wurde²¹.

Die folgenden Überlegungen zum Verhältnis Freiheiten der oberbayerischen Städte versus Territorialstaat orientieren sich an zwei Prämissen:

1. Dieses Verhältnis kann nicht allein daraus verstanden werden, die Verluste mittelalterlicher Privilegien und Freiheiten im Prozeß der frühneuzeitlichen Verstaatlichung nachzuvollziehen, d. h. es allein als einen Prozeß der Unterdrückung zu verstehen. Was Heinz Schilling für die Betrachtung der politischen Kultur der Territorialstädte zwischen Spätmittelalter und entfaltetem Anstaltsstaat des 19. Jahrhunderts gefordert hat, daß nämlich die mittelalterliche Perspektive durch eine „Historisierung“ ersetzt werden muß, gilt auch für die Untersuchung des administrativen und judikativen Bereichs: „Wir müssen folglich ... den Blick auf die Prozeßhaftigkeit staatlicher Verdichtung, auf die Staatsbildung richten, wollen wir die Konsequenzen für die Stellung der Stadt richtig erfassen“²². Im

¹⁸ Schattenhofer, Wittelsbacher, 45 f.; ähnlich ders., Residenzstadt, 1217.

¹⁹ Heydenreuter, Magistrat.

²⁰ Bei diesem Thema sind stets auch die einschlägigen Kapitel des Historischen Atlas von Bayern zu nennen (z. B. Fried, Dachau; Freilinger, Ingolstadt; Hiereth, Moosburg); ansonsten vgl. Mottl, Schrobenhausen; Hiereth, Moosburger Stadtrecht; Heydenreuter, Kaiser Ludwig der Bayer (zu Aichach). Siehe auch Kap. III. 1.2.1.

²¹ Die Annahmen Schlossers der „totale(n) Bevormundung und Rechtsminderung“ oder daß „Städte, Märkte und Grundherrschaften (Hofmarken) rigoros ihrer Privilegien entkleidet“ wurden, geht jedoch zu weit (vgl. Kap. III. 1.2.1).

²² Schilling, Territorialstaat, 21.

Sinne Gerhard Oestreichs muß sich eine moderne Forschung auch darauf konzentrieren, das spezifisch Absolutistische vom eben idealtypisch „Nichtabsolutistischen“ zu trennen.

2. Die Beschränkung auf die Betrachtung der Residenzstadt kann allenfalls einen Indikator für das Verhältnis zwischen Herzog bzw. Kurfürst und der gesamten oberbayerischen Städtelandschaft geben. Die Durchsetzbarkeit des absolutistischen Herrschaftsanspruchs läßt sich eben nicht ausschließlich an seinen Wirkungen im unmittelbaren räumlichen Umfeld belegen, sondern muß auch in dem weiteren Kreis der in die Hundert zählenden heterogenen intermediären Gewalten gemessen werden können. Gerade hier wird aber die Differenz zwischen absolutistischem Anspruch und realpolitischer Verwirklichungsmöglichkeit zu überprüfen sein.

1.2. Rechtliche Grundlagen

Eine Betrachtung des Verhältnisses Territorialstadt-Landesherr muß sich hinsichtlich seiner rechtlichen Grundlagen auf zwei Ebenen vollziehen. Zum einen zeigen die Rechtsinstrumente und deren Weiterentwicklungen bereits die Fundamente des Handlungsspielraums städtischer Obrigkeiten in der Rechtsprechung wie in der Verwaltung. Zum anderen wird aber gerade anhand der Konflikte, die infolge der Umsetzung bzw. Übertretung dieser Richtlinien entstanden, die Verfassungswirklichkeit deutlich. Eine Darstellung beider Elemente kann hier nur in einem Überblick geleistet werden, da die Forschung, namentlich die rechtshistorische, für die Frühe Neuzeit in unserem Raum weitgehend am Anfang steht. Im folgenden soll nun die materiellrechtliche Basis mit der Verfassungswirklichkeit an verschiedenen Beispielen kontrastiert werden. Rechtsquellen stellen einerseits die Privilegien dar, die die Städte und Märkte bis ins 16. Jahrhundert individuell erworben hatten, andererseits die Landes- und Polizeiordnungen sowie die Mandate des Landesherrn der Frühen Neuzeit, die allgemeine Gesetzeskraft beanspruchten.

1.2.1. Privilegien

Das Privileg läßt sich als „einen begünstigenden Herrschaftsakt für einen Einzelpfänger“ definieren²³. Die mittelalterliche Stadtrechtsforschung zeigt allerdings, daß auch bei den Stadtrechten bestimmte Rechtskreise bestanden, wobei für den altbayerischen Raum die sogenannten „Mutterrechtszentren“ München, Landshut und Burghausen Vorbildfunktion hatten²⁴. Auch im 16. Jahrhundert benutzte man noch die Form des Privilegs, selbst wenn man damit eine landesweite bzw. regionale Vereinheitlichung erreichen wollte, indem man das gleiche Recht verschiedenen Empfängern gewährte²⁵.

²³ Hermann Krause, Artikel „Privileg, mittelalterlich“, in: HRG II, Sp. 1999–2005, 1999.

²⁴ Schlosser, Statutarrecht, 181; ders., Zivilprozeß, 411 ff. Vgl. auch Heydenreuter, Kaiser Ludwig der Bayer, 111–130; ders., Marktrecht, 216, 218; Dachs, Dorfen; Leidl, Burghausen, 66 ff.

²⁵ Vgl. Hoffmann, Ratswahlordnung.

Letztendlich blieb das Privileg stets ein widerrufbarer Gnadenakt²⁶. Wenn auch Formulierungen in den jeweiligen Urkunden die „ewigliche“ Geltung der übertragenen Rechte behaupten, ließen sich die Empfänger deshalb diese doch stets von jedem Landesherrn von neuem bestätigen. Auf diese Weise konnte auch dem drohenden Verlust von Rechten durch ihre Nichtausübung begegnet werden²⁷. Die Privilegienbestätigung war Aufgabe des Hofrats, wobei – außer bei den Hauptstädten – eine Stellungnahme des zuständigen Pflegers, später des Rentmeisters eingeholt wurde²⁸. Selbst während der österreichischen Administration Bayerns im Spanischen Erbfolgekrieg ließen sich die Städte ihre Rechte durch Joseph I. bestätigen²⁹.

Die neuzeitliche „Rationalität“ in der Einstellung gegenüber den Privilegien der Städte und Märkte wird besonders unter Maximilian I. deutlich. Er ließ seit 1598 deren gesamte Rechte überprüfen und ging dabei weit über die sonst üblichen Bestätigungen durch jeden neuen Landesherrn hinaus. Nach Ansicht Heydenreuters ging es dem Herzog hauptsächlich darum, an die Kommunen verlorene Rechte wiederzugewinnen. Hilfreich war dabei der Grundsatz, daß die Beweislast für die übertragenen Rechte die Städte trugen³⁰. Vor allem München galt Maximilians besonderes Interesse und hier wiederum dem Albertinischen Rezeß von 1561³¹. Wenn der Herzog auch der Ansicht war, die landesherrlichen Rechte wären durch diesen Rezeß zu sehr eingeschränkt, so wurden am 4. April 1607 die Privilegien der Stadt München doch unverändert bestätigt und mit Erläuterungen veröffentlicht, in denen man sich „mit einer Klärung des bestehenden Rechtszustandes begnügte“ (Heydenreuter)³².

Trotz aller Versuche, Klarheit über die städtischen Rechte zu erlangen, hatte die landesherrliche Bürokratie lange Zeit keinen genauen Überblick. Erst im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Stadt- und Marktinstruktion von 1748 ließ Kreittmayr eine Sammlung der Freiheiten der Städte und Märkte wie auch der Klöster erstellen, die 50 Bände füllten³³. Es dürfte nun für die Städte schwerer geworden sein, sich Rechte anzumaßen, für die sie nie privilegiert worden waren. Beispiele für diese unrechtmäßige Aneignung sind u.a. die Stadt Weilheim, bei der 1669 im Zuge der Visitation illegale Zollerhebungen festgestellt wurden³⁴, und das niederbayerische Dietfurt, das 1776 das *jus obsignandi* et *inventandi* für innerhalb des Burgfriedens verstorbene Geistliche beanspruchte, obwohl nach den erst zehn Jahre früher konfirmierten Privilegien der Stadt ein derartiges Recht nicht zustand³⁵. Eine Folge der neuen Systematisierungsversuche dürfte es auch gewesen sein, daß 1747 verschiedene alte Privilegien nicht mehr bestätigt wurden³⁶.

²⁶ Krause (wie Anm. 23); Krause, Dauer und Vergänglichkeit; Heydenreuter, Kaiser Ludwig der Bayer, 114.

²⁷ Heydenreuter, Marktrecht, 221.

²⁸ Heydenreuter, Hofrat, 257 ff.; ders., Marktrecht, 222.

²⁹ Heydenreuter, Marktrecht, 221

³⁰ Heydenreuter, Hofrat, 248 f.

³¹ Siehe unten in diesem Kapitel.

³² Hofrat, 249.

³³ Vgl. zu diesem Bestand genauer Rall, Kurbayern, 489 f.

³⁴ BayHStA GR Fasz. 266 Nr. 31.

³⁵ Rall, Kurbayern, 495.

³⁶ Ebd., 488.

Grundsätzlich lassen sich im Hinblick auf ihre Privilegierung für Bayern die Städte nach den Hauptstädten und den übrigen Städten bzw. gefreiten Märkten unterscheiden. Die ungefreiten Märkte hatten dagegen kein Stadtrecht „und nähern sich weit mehr den Dörfern als Städten“³⁷. Rechtlich bestand zwischen den kleineren Städten und den gefreiten Märkten kein Unterschied³⁸. Die Hauptstädte waren dagegen umfangreicher privilegiert: sie hatten die hohe³⁹ und niedere Gerichtsbarkeit, empfingen die Generalausreibungen unmittelbar von den Zentralbehörden und waren vom rentmeisterischen Umritt befreit⁴⁰. Die übrigen Städte und Märkte waren diesem Umritt unterworfen, nur mit der niedergerichtlichen Jurisdiktion versehen und erhielten die Generalausreibungen nur „mediate“ durch die Pflug- und Landgerichte⁴¹. Als gemeine Rechte aller Städte nennt Kreittmayr u.a., daß sie privilegierte Landstände mit Sitz und Stimme auf den Landtagen waren, unmittelbar unter dem Hofrate bzw. den Regierungen standen, „das Recht (hatten), einen Gemeinredner, Syndicum, Stadt- oder Marktschreiber zu bestellen, Statuta municipalia oder Stadtordnungen in gewissem Maaße zu machen“⁴², Deputierte zu schicken, ein eigenes Rathaus, Sigill, Archiv oder Registratur zu haben, gemeine Stadtkammerngüter zu erlangen, zu besitzen und zu administrieren ec.“⁴³.

Am Beispiel der *Jurisdiktionsrechte* soll nun gezeigt werden, wie differenziert diese Privilegien unter der Oberfläche der genannten Gemeinsamkeiten sein konnten und welchem Wandel sie in der Frühen Neuzeit unterworfen waren. Dabei muß jedoch auch berücksichtigt werden, daß die Rechtsprechung und die Gesetzgebung ganz allgemein vom Mittelalter, in dem die meisten Privilegien verliehen wurden, bis ins 18. Jahrhundert erhebliche Veränderungen erlebten. Hier kann nur auf das langsame Einfließen römischrechtlicher Tendenzen in die germanischen Rechtstraditionen hingewiesen werden, wie auch auf das unterschiedliche Gesetzgebungsverständnis der Frühen Neuzeit⁴⁴, das seinen Ausdruck in der landeseinheitlichen Normenproduktion findet⁴⁵. Vor diesem Hintergrund lassen sich jedoch erst die Jurisdiktionskompetenzen und deren Wandel verstehen.

Im Herzogtum Bayern erhielten die Blutgerichtsbarkeit nur sehr wenige Städte und diese auch sehr spät. Es handelt sich hierbei um die sogenannten Hauptstädte (München vor 1561, Landshut 1601, Straubing 1602, Burghausen 1581 und Ingolstadt 1504)⁴⁶ und – als einzige Landstadt – um Wasserburg, auf das noch zurückzukommen ist. Für München läßt sich der Zeitpunkt des Übergangs des Blutbanns auf die Stadt nicht genau festlegen. Zumindest 1460, anläßlich

³⁷ Kreittmayr, Anmerkungen V, 770.

³⁸ Ebd.

³⁹ Die Blutbannleihe bezog sich jedoch nur auf den Stadtoberrichter, nicht direkt an die Stadt; vgl. unten in diesem Kapitel.

⁴⁰ Zum Rentmeisterumritt vgl. Kap. III.1.3.3.

⁴¹ Kreittmayr, Anmerkungen V, 771 f.

⁴² So erklärten Oberlandesregierung und Hofkammer noch 1780, das Bürgerrechtsgeld reguliere sich nach dem Herkommen jeder einzelnen Stadt und deshalb lasse sich hier keine Einheitlichkeit herstellen: BayHStA GR Fasz. 836 Nr. 12.

⁴³ Kreittmayr, Anmerkungen V, 771.

⁴⁴ Vgl. Schlosser, Rechtsetzung und Gesetzgebungsverständnis.

⁴⁵ Vgl. Kap. III.1.2.2.

⁴⁶ Rosenthal, Gerichtswesen I, 158 Anm. 7, Gerichtswesen II, 21 f.; Freilinger, Ingolstadt, 71.

einer Beschreibung der Burgfriedensgrenze, behielten sich die Herzöge Johann und Sigmund diese allerdings noch vor. Unklar bleibt jedoch, weshalb der Stadtrat 1427 sich für berechtigt hielt, einige zum Tode verurteilte Pferdediebe zu begnadigen⁴⁷. Bis 1560 hatte die Stadt dann allerdings die Hochgerichtsbarkeit an sich gebracht⁴⁸. Sie wurde vom Stadtoberrichter ausgeübt. Dieser wurde vom Stadtrat gewählt, mußte aber vom Landesherrn bestätigt werden, und nur er erhielt den Blutbann durch den Hofratspräsidenten verliehen⁴⁹. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts hatte den Blutbann verschiedentlich zusätzlich noch ein Innerer Rat inne, um die anstehenden Verfahren nicht unnötig zu verzögern, und am 21.6. 1793 wurde durch kurfürstliches Reskript dem Hofrat befohlen, wegen der Amtssuspendierung des Stadtoberrichters drei Inneren Räten den Blutbann zu verleihen⁵⁰.

Die Gerichtsrechte Ingolstadts scheinen weitgehend denen Münchens entsprochen zu haben. Die Stadt erhielt 1504 den Blutbann, wodurch der Stadtrichter von einem herzoglichen zu einem kommunalen Beamten wurde. Auch hier wurde das Präsentationsrecht der Stadt zu einem Ernennungsrecht, dem Landesherrn blieb nur noch die Bestätigung des jetzt „Oberrichter“ titulierten Beamten. Die Stadtgerichts- und Stadtoberrichterinstruktion von 1780 enthält u.a. folgende Bestimmungen⁵¹:

- Der Stadtoberrichter habe den Blutbann beim Hofrat auf eigene Kosten zu erwirken.
- Bei einer Vacatur des Amtes soll dieses durch einen Inneren Rat besetzt werden.
- Die städtischen Richter sind dem Magistrat sowohl von Amts wegen wie auch persönlich unterstellt.

Die Verleihung des Stadtgerichts – und damit des Blutbanns – an Burghausen am 10.1. 1581 gab der Stadt weitgehend die gleichen Rechte wie sie München und Ingolstadt in bezug auf die Jurisdiktion bereits besaßen. Eine Ausnahme bildeten die Vitztumswängel. Diese blieben nach dem Privileg explizit dem Rentmeister vorbehalten⁵². Nach Heydenreuter war die Strafgewalt des Rentmeisters auf 32 Pfund Pfennige beschränkt⁵³. Es entstand also in Burghausen die seltsame Situation, daß die Stadt zwar die Rechtsprechung sowohl in Polizei- und den meisten Niedergerichtssachen wie auch die Blutgerichtsbarkeit erhielt, den „dazwischenliegenden“ Bereich der Vitztumswängel jedoch nicht. In der Begründung für die Verleihung der Hochgerichtsbarkeit heißt es, der Herzog

⁴⁷ *Wehner*, Gerichtsverfassung, 18, 22.

⁴⁸ Vgl. Münchener Stadtoberrichterordnung von 1560 Art. 1 „... vnnd verrer den pann vber das pluot ze richten von seiner furstlichen genaden oder derselben rathen zu empfahe“: Edition in *Löffelmeier*, Stadtoberrichter, 73; siehe ebenso den Albertinischen Rezeß vom 31.10.1561, Art. 8: „... soll Inen doch solches an dem Malefiz vnnd Halsgerichtlichen Obrighkheit, die Sy in gemain vnnd so wol ob denen, so aus disen dreyen Zunfften vnnd Hanndtwerchen malefizisch verbrochen, Als ob allen andern Vbelthättern vnnd malefizischen Personen haben. Allerdings vnvergriffen vnnd damit nichts daran benomen sein“: Edition in *Ziegler*, Dokumente I, 321.

⁴⁹ *Rosenthal*, Gerichtswesen II, 23.

⁵⁰ *Wehner*, Gerichtsverfassung, 22f.

⁵¹ *Freiling*, Ingolstadt, 71.

⁵² *Huber*, Burghausen, 205f.

⁵³ *Heydenreuter*, Gerichts- und Amtsprotokolle, 18.

genehmige Burghausen die Rechte, um den langandauernden Auseinandersetzungen und Mißverständnissen zwischen dem Rat und dem bisher landesherrlichen Stadtrichter ein Ende zu bereiten. Burghausen zahlte für das Privileg jährlich 50 fl. an den Rentmeister⁵⁴.

Das Jahr der Verleihung des Blutbanns an die Landstadt Wasserburg ist bisher umstritten⁵⁵. Fest steht, daß die Gerichtsbarkeit der Stadt 1615 vorübergehend entzogen wurde. Dies hatte seine Ursache in einem wohl als Amtsvergehen einzustufenden Fall, bei dem Stadtrichter, Gerichtsschreiber und Bürgermeister für die Flucht eines angesehenen Weilheimer Bürgers verantwortlich gemacht wurden, der sich eines Totschlags schuldig gemacht hatte. Sie wurden nicht nur ihres Amtes entsetzt, sondern auch der Stadt verwiesen; die Gerichtsbarkeit ging vorübergehend an den Pfleger über⁵⁶. Noch im selben Jahr erhielt die Stadt die Jurisdiktion gegen eine Zahlung von jährlich 300 fl. wieder zurück. Der Schlußfolgerung Tertulina Burkards, der Rang Wasserburgs als Hochgericht entspreche nicht dem der Hauptstädte, da der Blutbann immer wieder neu an den Stadtrichter verliehen werden mußte und die Stadt dafür eine jährliche Summe zahlte, kann wie anhand vergleichbarer Regelungen in den anderen Städten gezeigt nicht gefolgt werden. Dies gilt auch hinsichtlich der Widerrufbarkeit des Privilegs⁵⁷. Wie wir bereits gesehen haben, ist dieses Element ja geradezu konstitutiv für das Privileg.

Viel zu wenig Beachtung fand die Frage, weshalb die Blutbannverleihungen an verschiedene Städte gerade in eine Zeit fielen, in der sich der Staatsaufbau zentralisierte und der Landesherr versuchte, Sonderrechte stärker unter die eigene Kontrolle zu bekommen, wenn nicht sogar abzuschaffen. Das Problem wird dann verständlich, wenn noch folgende einschlägige Generalia hinsichtlich dieser städtischen Kriminaljustiz in die Überlegungen einbezogen werden:

- Dem Stadtrichter stand die peinliche Gerichtsbarkeit mit der Tortur nicht nur über die Stadtbewohner zu, sondern auch über diejenigen, die ihm aufgrund herzoglichen Befehls zugewiesen wurden⁵⁸.
- Der Stadtrichter mußte der Regierung im Verlauf des Prozesses regelmäßigen Bericht erstatten und ohne deren Genehmigung durfte er die Tortur nicht einsetzen⁵⁹.
- Der Hofrat hatte das Recht, Verfahren, die von der sonst zuständigen Instanz verzögert „oder gar denegiret (wurden) ... aus erheblichen Ursachen immediate“ an sich zu ziehen⁶⁰.
- Den mit dem Blutbann begabten Ständen stand es nicht zu, ohne Consens des Hofrats Landesverweisungen vorzunehmen⁶¹.

⁵⁴ Huber, Burghausen, 205; zu dem Vertretungsanspruch der Burghäuser Bürgermeister bei Vacatur des Amtes oder Abwesenheit des Stadtrichter um 1530 vgl. StadtA Burghausen Akten 721.

⁵⁵ Vgl. Christ, Stadt, 232 Anm. 29.

⁵⁶ Burkart, Wasserburg, 173 f. Anm. 49.

⁵⁷ Ebd. 174 f.

⁵⁸ Huber, Burghausen, 206.

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Hofratsordnung vom 2.6.1750, abgedruckt in GS 1771, 4 Art. 3 § 2; für die Zeit Maximilians I. vgl. Heydenreuter, Hofrat 227; ders., Magistrat, 192.

⁶¹ Hofratsordnung (wie Anm. 60), 5 Art. 3 § 3; Heydenreuter, Kaiser Ludwig der Bayer, 115.

Fassen wir diese verschiedenen Fakten zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Die Städte erhielten durch die Verleihung des Blutbanns de jure wie de facto eine Vermehrung ihrer Rechte. Gleichzeitig wurden deren Verwalter (die Stadtrichter) in das territoriale Rechts- und das landesherrliche Kontrollsystem integriert. Durch die Vermehrung städtischer Freiheiten entsteht so gleichzeitig auch eine verstärkte Integration der Stadt in den neuzeitlichen Staatsaufbau.

Wie beim Blutbann für die Hauptstädte, so liegt auch für die dem Rentmeisterumritt unterworfenen Städte und Märkte keine vergleichende Studie ihrer niedergerichtlichen Rechte vor. Diese beschreibt Kreittmayr als „gemeinlich sehr limitiert“⁶². Eine genauere Betrachtung ergibt jedoch ein höchst differenziertes Bild von Städten ganz unterschiedlicher jurisdiktioneller Kompetenz. Diese Unterschiede finden sich bereits bei der Privilegierung, wurden aber auch durch spätere Auslegungen, Erweiterungen oder Beschränkungen in der Frühen Neuzeit nicht ausgeglichen, ja man versuchte dies auch gar nicht.

Gehen wir von einer Stadt des Münchener Stadtrechtskreises aus. Heydenreuter belegt am Beispiel Aichachs, wie unterschiedlich die Rechte auch innerhalb einer Stadtrechtsfamilie sein konnten. Die Stadt erhielt 1347 von Ludwig dem Bayern das Münchener Recht. Bei genauerer Analyse der Aichacher Privilegien zeigte sich jedoch, daß darin u.a. folgende Freiheiten nicht enthalten waren⁶³:

- die volle Niedergerichtsbarkeit, die München 1294 im Rudolfinum gewährt wurde;
- das Vorschlagsrecht für den Stadtrichter – Stadtrichter war stets der jeweilige Pfleger oder Landrichter;
- die Münchener Handelsvorrechte;
- das 1345 München verliehene Pfändungsrecht im gesamten Vitztumamt/Rentamt München.

„Was Aichach durch das Privileg erhielt, war das Zugeständnis, daß im Rahmen des Stadtgerichts, also für den Gerichtsgebrauch, auch das Münchener Recht Verwendung finden sollte“⁶⁴. Im 16. und 17. Jahrhundert kam es immer wieder zu Konflikten zwischen der Stadt und dem Pfleger im Zusammenhang mit der Abgrenzung der Gerichtskompetenzen und deren finanziellem Ertrag⁶⁵. 1563 bemühte man sich um eine Festlegung der gegenseitigen Kompetenzen. Dabei kam man zu folgender Regelung: Der Pfleger sollte die Mühlen, Maße und Gewichte im Beisein zweier Bürger prüfen und eventuell Vergehen betrafen. Der Rat behielt die übrige Gewerbeaufsicht. Frevel, Verleumdungen, Schlagen, Verletzen, Rumor etc. zwischen Bürgern oblag allein dem Rat – an den Pfleger mußte nur eine Meldung ergehen; dieselben Vergehen unter Beteiligung Fremder wurden gemeinsam abgehandelt, wenn ausschließlich Fremde beteiligt waren, oblag die Verurteilung allein dem Pfleger, wobei die Stadt ein Drittel der Bußgefälle erhielt. Hochzeitsvergehen sollten ebenfalls gemeinsam abgehandelt werden⁶⁶. Aichach hatte damit nicht wie verschiedene andere Städte die volle

⁶² Kreittmayr, Anmerkung V, 772.

⁶³ Heydenreuter, Kaiser Ludwig der Bayer, 115.

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Ebd., 123.

⁶⁶ Liebhart, Bürgermeister, 238.

Niedergerichtsbarkeit. Trotz der Einschränkungen blieb für die Stadt das Vorbild des Münchener Stadtrechts von Bedeutung. Noch 1779 ließ sich der Magistrat in der Residenzstadt eine Kurzfassung von deren Privilegien anfertigen⁶⁷.

Interessant ist, daß in Landsberg ebenfalls 1563 ein ähnlicher Vergleich zustande kam. Hier gewährte Albrecht V. der Stadt jedoch gegen eine Summe von 2.000 fl. die gesamte niedergerichtliche Obrigkeit „außer des Malefiz“. Der Herzog behielt sich zwar die Wiedereinlösung vor. Da dies jedoch nicht geschah, verlor Landsberg erst 1809 wie alle anderen bayerischen Städte seine Rechte⁶⁸.

Überraschend ist, daß ein Markt wie Kösching ebenfalls eine derart weitgehende Gerichtsbarkeit zugestanden bekam wie Landsberg. Der Markt scheint herausragende forensische Bedeutung gegenüber anderen Märkten und wohl auch Städten gehabt zu haben. Nach dem Privileg von 1366 erhielt er die niedere Gerichtsbarkeit „vnnnd was deme anhengig ist, bis an das Malefiz“; Bürgermeister und Rat durften die „Civilsach“, alle Real- und Verbalinjurien, nächtliche Unruhen, Schreien und Juchzen auf den Gassen, Schlägereien mit und ohne Blutvergießen, Leichtfertigkeit, Ehebruch und Schandtaten, alles, was nicht malefizisch war, abhandeln. Bürgermeister und Rat nahmen an den Sitzungen des Pfliegerichts als Geschworene teil⁶⁹. Im 17. und 18. Jahrhundert kam es zwischen Markt und Pfliegericht Kösching bzw. Hofkastenamt Ingolstadt zu langwierigen Streitigkeiten um die Burgfriedensgrenzen⁷⁰. Verluste von Privilegien entstanden erst 1756 im Zusammenhang mit der Vereinigung des Pfliegerichts Kösching mit dem Hofkastenamt Ingolstadt durch Personalunion⁷¹.

Auf der anderen Seite stehen Städte mit weit geringeren jurisdiktionellen Privilegien. Eine Stadt wie Weilheim hatte noch 1619 nicht einmal einen ausgezeichneten Burgfrieden. Der Rat durfte lediglich die bürgerlichen Strafen verhängen, „aber [was] Rumorn, Plutrunsten, Scheltwort und dergleichen belangt, gehört Ew. Drchl. gerichtlichen Obrigkeit“⁷². Um 1770 bemühte sich der Weilheimer Rat erneut, die Niedergerichtsbarkeit verliehen zu bekommen, gegen einen „leydentlichen compositions betrag“. Hintergrund der Bitte, der ein – nach Angaben der Stadt – 134jähriger Streit um die Polizei- und Jurisdiktions-sachen vorausgegangen war, der bis dahin der Stadt 40.000 fl. gekostet haben soll, war die schlechte Finanzlage. Die Gerichtsgefälle sollten als Kassenaufbesserung dienen. Ihre geringen jurisdiktionellen Rechte beschreibt die Stadt folgendermaßen: „folglic kheiner der 4 bürgermaister nicht mehr sovill gewaldt hat, einen solchen bürger, welcher einen aus ihnen bürgermeistern mit verbal injurien oder schmähungen betastet, von rhatt aus der gebühr nach abstraffen zukomme, sonder dergleichen zufahl müssen zu einem hiesigen pfleg=gericht gebracht vnnndt daselbs die satisfaction erwarttet werden“⁷³.

Ähnlich war die Lage in dem Markt Aindling, der 1606 noch keinen ausgezeichneten Burgfrieden hatte und dessen Straßengerichtsbarkeit ausschließlich beim Landrichter lag; die Bürger hatten nie mehr als die freiwillige Gerichtsbarkeit erhal-

⁶⁷ Heydenreuter, Kaiser Ludwig der Bayer, 127.

⁶⁸ Fried, Landsberg, 92 f.

⁶⁹ Freillinger, Ingolstadt, 150 f.

⁷⁰ Ebd. 152.

⁷¹ Ebd. 155.

⁷² Albrecht, Weilheim, 34.

⁷³ BayHStA GR Fasz. 263 Nr. 15.

ten. Allerdings durften die herzoglichen bzw. kurfürstlichen Beamten außer in Fällen des Blut- und Hochgerichts innerhalb des Immunitätsbezirks keinen Bürger verhaften⁷⁴. Vergleichbar in ihren Rechten erscheint auch die Stadt Neustadt a. d. Donau. Trotz der Übertragung Ingolstädter Rechts 1350 gestand das Pfliegergericht der Stadt 1606 lediglich das Steuer-, Musterungs- und Scharwerksrecht sowie „andere bürgerliche Gerechtigkeiten“ zu. „Was sich aber für Fraiß und Frävel so wol mit den Bürgern als Auslenndern inn und außer der Stat zuetregt“, sei Sache des Pfliegergerichts. Wie bei Aichach bedeutete die Translation eines hauptstädtischen Rechts – in diesem Fall des Ingolstädter Rechts – nicht die Ausweisung einer vergleichbaren forensischen Kompetenz⁷⁵. Auch dem Markt Vohburg stand es nicht zu, Fälle von Körperverletzung selbst abzustrafen. Gegenüber dem Pflieger kam es deshalb zu ständigen Jurisdiktionsstreitigkeiten vor dem Hofrat. Die hohen Kosten dafür nahm man in Kauf, da sich nach Ansicht des Rats das Pfliegergericht in die kleinsten bürgerlichen Händel einmischte⁷⁶.

Daß ein Magistrat jedoch selbst bei geringen niedergerichtlichen Zuständigkeiten, sobald Bürger betroffen waren, nicht gänzlich ausgeschaltet werden konnte, wenn auch seine Rechtskompetenzen überschritten waren, zeigen Regelungen gemeinsamer Rechtsprechung von Landrichter oder Pflieger und Stadtrat. Der Markt Dachau hatte dem Weilheimer, Neustädter oder Vohburger Recht vergleichbare Freiheiten. Hinsichtlich der Jurisdiktion heißt es in dem Privileg Herzog Albrechts V. vom 1562: „was nun füran sich für straffen vnd verprechen in seinem markth zue Dachau vnd desselben purkhfrid zwischen burgern allein oder zwischen burgern und außwendtigen, so nit burger sein, begeben vnd zuetragen, das die selben verprecher vnd straffbaren persohnen ain jeder richter zue Dachau sambt zwayen auß dem Rhat daselbs abgehandlet, gestrafft und die straff in zween gleiche thaill gethaillt werden soll“. Auch die Raufhändel wurden im Beisein des Landrichters und des Gerichtsschreibers von Dachau abgestraft. Alle kleineren Rechtshändel wie mündliche und tätliche Beleidigung, Zivilstreitigkeiten sowie notarielle und polizeiliche Befugnisse lagen im alleinigen Zuständigkeitsbereich des Rates⁷⁷. Zu einer ersten Beschreibung der Marktfriedensgrenze kam es in Dachau ebenfalls 1562⁷⁸. Die Beiziehung von zwei Inneren Räten war auch dem Pflieger von Schrobenhausen auferlegt, wenn er Bürger der Stadt verhören mußte. Als er 1666 dies zu verweigern versuchte, wurde ihm dies auf Antrag der Stadt erneut durch den Kurfürsten befohlen⁷⁹. Diese Regelungen

⁷⁴ Liebhart, Aindling, 88ff.

⁷⁵ Freilinger, Ingolstadt, 302ff.

⁷⁶ Ebd., 227–231. Ausführlich und sicherlich exemplarisch zeigt Sebastian Hiereth für die niederbayerische Stadt Moosburg die frühneuzeitlichen Auseinandersetzungen zwischen Stadt und Pflieger in Jurisdiktionsachen. Trotz gewisser Einbußen an Rechten, die sich aus Widersprüchen zwischen den Privilegien der Stadt und dem reformierten Landrecht von 1518 ergeben hatten und 1601 in einem Rezeß zwischen Stadt und Pflieger festgeschrieben wurden, blieben die wesentlichen Freiheiten der Stadt unberührt. In verschiedenen Prozessen um die Abgrenzung der gegenseitigen Jurisdiktionsrechte vor Regierung, Hofkammer und Hofrat setzte sich die Stadt verschiedentlich gegen den Pflieger durch, mitunter versucht sie auch, ihr eigentlich nicht zustehende Rechte einzuklagen: Hiereth, Moosburg, 173–179; vgl. auch ders., Moosburger Stadtrecht.

⁷⁷ Zitiert nach Fried, Dachau, 140.

⁷⁸ Ebd. 140f.

⁷⁹ Mottl, Schrobenhausen, 48.

dürften auf das bayerische Landrecht von 1346 zurückgehen, das die Teilnahme der Bürger am Stadt- bzw. Marktgericht als Beisitzer und Schöffen sicherte⁸⁰.

Das Kompetenzspektrum niedergerichtlicher Rechte der bayerischen Städte und Märkte war also erheblich. Soweit sich bisher sagen läßt, veränderten sich die Jurisdiktionsprivilegien seit dem 16. Jahrhundert kaum mehr⁸¹. Die zahlreichen Streitigkeiten besonders zwischen Pflegergericht und Städten belegen jedoch deutlich, daß hier ein erheblicher Handlungsbedarf des neuzeitlichen Territorialstaates bestanden hätte, die Regelungen genauer zu fassen bzw. vielleicht sogar zu vereinheitlichen. Wie weit die landesherrliche Bürokratie jedoch von einer so durchgreifenden Lösung entfernt war, zeigen die Verhandlungen auf den Landtagen. Als die Städte und Märkte auf dem letzten Landtag von 1669 ihre Gravamina vortrugen, stellten die Fragen der Jurisdiktionszuständigkeiten ein wesentliches Element dar⁸². Die Residenzstadt beschwerte sich darüber hinaus im Namen aller vier Hauptstädte vor allem wegen der Praxis des Hofrats bzw. der jeweiligen Regierungen, daß 1. Bürger und Ratsverwandte ohne schriftlichen Befehl nur noch mündlich vorgeladen würden und 2. obgleich München und teils auch anderen Städten die Verhandlung aller Jurisdiktionsfälle zustehe, ihnen von den kurfürstlichen Beamten „gleichsamb die Straff vorgeschrieben“ wird, „Ja woll gar zu der wirklichen straff gezogen werden“⁸³.

Den Hauptstädten hielt der Kurfürst entgegen, daß bei der „Verschaffung“ ihrer Bürger und Untergebenen in Parteisachen ihnen ordnungsgemäß „zugeschrieben“ wurde, in Polizeisachen jedoch dies zuweilen nicht geschehe, „weil die sachen einer förderlichen Expedition vonnetten vnd das periculum morae nit zuelasse, durch ausfertigung der beuelch vil Zeit zu verlihren“⁸⁴. Der Stand der Städte und Märkte gab sich dann auch mit dieser Erklärung zunächst zufrieden⁸⁵. Am Ende des 18. Jahrhunderts argumentierte Karl Theodor gegenüber dem Münchener Rat in derselben Sache jedoch weit weniger nachsichtig. 1788 hatte sich letzterer wegen der gängigen Praxis bei Gerichtsverfahren vor landesherrlichen Institutionen beschwert und als Grundsätze aufgestellt, daß 1. niemand vor ein kurfürstliches Kollegium oder eine Spezialkommission ohne Mitteilung der Ursache vorgeladen werden könne und 2. kein Bürger ohne Beisein eines Ratsmitglieds vorgeladen oder vernommen werden dürfe. Karl Theodor sah diese Ansichten in einer Rüge des Münchener Magistrats vom 20. Dezember 1788 als „Anmassungen“ der „Landeshoheit“ an, die den „ersten Begriffen einer guten Staats- und Polizeiverfassung schnurgerade entgegenstehen“. Die „Liebe und väterliche Sorge“ des Kurfürsten für die getreuen Untertanen sei besser „als übertriebene und widerrechtlich angemaßte Magistratische Freyheiten“⁸⁶.

⁸⁰ Liebhart, Aindling, 92.

⁸¹ Die Stadt Schrobenhausen soll zu Beginn des 17. Jahrhunderts Einbußen ihrer strafrechtlichen Funktionen erlitten haben. Ursprünglich habe ihr nach *Mottl* mit Ausnahme der Blutgerichtsfälle die Abstrafung aller Zivil- und Strafrechtssachen zugestanden. Jetzt wären ihr von den Strafsachen nur die Fälle „schlechten Ungehorsams“ gegenüber Bürgern und Auswärtigen geblieben. Die zivilrechtliche Zuständigkeit sei jedoch unverändert geblieben (*Mottl*, Schrobenhausen, 82); die Aussagen sind jedoch mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten, da ein genauer Nachweis der jurisdiktionellen Einbußen nicht geführt wird.

⁸² Vgl. *Krenner*, 1669, 474–538.

⁸³ *Ebd.* 486 f.

⁸⁴ *Ebd.* 506 f.

⁸⁵ *Ebd.* 521 f.

⁸⁶ MGS V, 3.

Die übrigen Städte und Märkte beschwerten sich auf dem Landtag von 1669 fast allgemein, daß die kurfürstlichen Beamten die abzustrafenden Fälle, „es seye nun ein Gerichts- oder Pollicey-Verbrechen“, an sich ziehen würden. Selbst Ratsbürger würden von den Amtsleuten abgeführt⁸⁷. Bei den geringeren Städten und Märkten gäbe es ein sehr ungleiches Herkommen. Im Krieg seien die Privilegien der meisten Städte verloren gegangen. Aber selbst dort, wo sie noch erhalten seien, würden sie „gar nit attendiert werden“. Da diese Städte und Märkte einen Prozeß um ihre verlorenen Rechte „bekhandlicher vnuermögenheit“ nicht führen können, und es bereits so weit gekommen sei, daß die kurfürstlichen Beamten ihnen schon gar keine Bestrafung mehr zugestehen, bitten diese Städte um eine „General-Regl ... vnd denenselben ad conseruandam disciplinam ciuilem die Bestrafung nur yber etlich wenig fähl gnädigst benennen vnd einräumen zulassen“. Damit sollten auch die „beschwerliche Weisungs-process“ vermieden werden⁸⁸.

Beachtlich ist hier die Forderung der Städte um eine „General-Regl“, wo doch sonst die individuellen Freiheiten so stark von ihnen betont wurden. Dagegen argumentierte der Kurfürst völlig im Sinne des alten Herkommens. Er erklärte, daß einer neuen Ausfertigung der im Krieg verlorenen Privilegien nichts entgegenstünde, eine „General Regl“ für „Civil-, Policey-, Schuldt- vnd Bestrafungssachen“ lasse sich jedoch wegen des ungleichen Rechts und Herkommens nicht erstellen⁸⁹. Zu einer solchen Bestätigung verlorener Privilegien war es bereits 1660 für Aichach gekommen. Die Urkunden waren 1632 beim Anrücken der Schweden verbrannt und bereits 1636 hatte der Hofrat die Konfirmierung zugesagt. 1660 erhielt die Stadt jedoch nur die Rechte, die sie bis dahin ausgeübt hat, nicht alle des Jahres 1347⁹⁰.

An den unterschiedlichen Gerichtsrechten unter den Städten und Märkten, die dem Rentmeisterumritt unterworfen waren, änderte sich bis um 1800 nichts. Dennoch war das Verhältnis zwischen Landesherr bzw. landesherrlichen Beamten und Städten im Hinblick auf die Jurisdiktionszuständigkeiten keineswegs immer auf der Basis des sich bis ins 16. Jahrhundert ausgebildeten Herkommens. So beanspruchte seit Maximilian I. der Landesherr das Recht, jeden wichtigen Kriminalfall in der Residenzstadt an den Hofrat zu ziehen und dort abhandeln zu lassen⁹¹.

Wie kompliziert ein solches Verfahren jedoch in der Tat war, zeigt ein Hexenprozeß des Jahres 1611⁹². Die Stadt war im Fall der Kürschnerin Unsinnin nicht nach dem Geschmack des Herzogs vorgegangen, und Maximilian wollte die Frau vor das Hofgericht stellen. Das umfangreiche Hofratsgutachten sah für das Vorhaben nur zwei Möglichkeiten, einen Bürger aus der städtischen, nachgeordneten Gerichtsbarkeit herauszulösen: entweder *ob causam negligentiae* oder *ob causam publicae utilitatis*. Da jedoch in diesem Fall die Nichtaufklärung eines starken Tatverdachts durch die Stadt nicht zu beweisen sei, bliebe, nach Ansicht der Hofjuristen, nur die Gemeinwohlbegründung. Otto von Gierke sah gerade

⁸⁷ Krenner, 1669, 489.

⁸⁸ Ebd. 524.

⁸⁹ Ebd. 532.

⁹⁰ Heydenreuter, Kaiser Ludwig der Bayer, 126.

⁹¹ Heydenreuter, Magistrat, 191.

⁹² Kunze, Kompetenzkonflikt.

in der Berufung auf das Gemeinwohl, das der absolute Staat als höchstes Gut ansah, die Möglichkeit des Polizeistaats sich über das Recht zu erheben. Dem öffentlichen Wohl seien alle anderen Staatsfunktionen in Dienst gestellt worden, wodurch sich der Obrigkeitsstaat über die genossenschaftlichen Gemeinwesen hinwegsetzen konnte⁹³.

Derselbe Kurfürst Maximilian drohte auch, bei in seinen Augen zu milden Strafen durch den Stadtberrichter oder zu geringem Eifer bei der Abstrafung der Polizeidelikte der Stadt die Gerichtsbarkeit gänzlich zu entziehen⁹⁴, was allerdings nie geschah. Die städtischen Gerichtsrechte mißachteten verschiedentlich die eigenen Bürger. Sofern sich diese einen Vorteil davon versprachen, wandten sie sich an die herzoglichen bzw. kurfürstlichen Gerichte und untergruben damit die magistratische Autorität. Wittmütz interpretiert dies als „Kontakt- und Vertrauensschwund“ der Bürger⁹⁵.

Wir verlassen nun die Gerichtsrechte und wenden uns noch verschiedenen anderen Bereichen frühneuzeitlichen Privilegienwesens exemplarisch zu. Der spektakulärste und sicherlich auch für viele Städte gravierendste Fall des Entzugs von Privilegien steht im Zusammenhang mit der Einführung des *Salzhandelsmonopols* des Landesherrn. Auf die bisher stets unterschätzten wirtschaftlichen Folgen für die betroffenen Städte wird noch zurückzukommen sein⁹⁶, hier interessiert nur der formale Entzug von Rechten. München erhielt 1332 von Ludwig dem Bayern das Salzhandelsmonopol für das Gebiet zwischen Landshut und dem Gebirge verbunden mit dem Salzstapel und dem Wegezwang sowie 1336 das Privileg, das Salz direkt in Reichenhall kaufen zu dürfen, wodurch der Wasserburger Stapel ausgeschaltet wurde. Die Residenzstadt wurde dadurch zum alleinigen Ort des Salzgroßhandels im Herzogtum⁹⁷. Nur ein Jahr nach München, 1333, gewährte der Kaiser auch Burghausen den Salzstapel und bestimmte, daß alles Halleiner Salz über Burghausen ins Land gebracht werden müsse⁹⁸. Für beide Städte wurde der Salzhandel zum bedeutendsten Wirtschaftszweig. Das Jahr 1587 brachte das Ende dieses einträglichen Gewerbes und die Einführung des herzoglichen Salzhandelsmonopols. Zum Teil bereits schon lange vor 1587 kaufte bzw. sprach der Herzog auch verschiedenen anderen bayerischen Städten wie Reichenhall, Traunstein, Schärding, Rosenheim und Wasserburg Salz-niederlags- bzw. -handelsrechte ab⁹⁹. Den Entzug der alten Rechte begründete der Herzog mit deren widerruflichem Charakter¹⁰⁰. Verschiedene Städte erhielten allerdings gewisse Kompensationen. Münchens Kammer-einkünfte wurden durch Zugeständnisse bei den Zoll- und Stadteinnahmen verbessert¹⁰¹, Burghausen entschädigte der Herzog 1602 durch einen „Salzkreuzer“ von 400 fl. jährlich¹⁰², der auch bis um 1800 bezahlt wurde¹⁰³. Während

⁹³ Gierke, Genossenschaftsrecht I, 643.

⁹⁴ Heydenreuter, Magistrat, 192.

⁹⁵ Wittmütz, Gravamina, 35.

⁹⁶ Vgl. Kap. III.2.6.1.2.

⁹⁷ Vgl. Döbereiner, Residenz- und Bürgerstadt, 77, 82; Hecker, Glaube und Recht, 164.

⁹⁸ Leidl, Burghausen, 78.

⁹⁹ Ockel, Salzmonopol, 10; Schremmer, Wirtschaft Bayerns, 52, 57.

¹⁰⁰ Schwab, Teuerung, 172f; Vietzen, Salzhandel, 125.

¹⁰¹ Vgl. Schwab, Teuerung, 173.

¹⁰² Schärding erhielt 300 fl.: Schremmer, Wirtschaft Bayerns, 57.

¹⁰³ Siehe die Burghauser Kammerrechnungen; Huber, Burghausen, 217.

die Münchener Stadtkammer hieraus zumindest vorübergehend einen Gewinn zog¹⁰⁴, waren die Burghauser Verluste „so viller tausendt Gulden erträgnus“ – wie der Rat 1767 an den Kurfürsten berichtet – nicht mehr auszugleichen. Hinzu kam, daß für den um 1600 gewährten Salzkreuzer kein Inflationsausgleich im Laufe der Zeit zugestanden wurde, was die Burghauser Stadtväter dazu veranlaßte, 1767 zu erklären, die um 1600 gewährten 400 fl. würden heute 800 oder gar 1.000 fl. entsprechen¹⁰⁵. Ein „Ersatzindustriezweig“ hatte sich nicht gefunden. Der Verlust einer reichen Schicht von Salzhändlern und der mit dem Salzhandel verbundenen Sekundäreffekte konnte nicht kompensiert werden, im Falle Burghausens führte er zum ökonomischen Ruin der Stadt¹⁰⁶.

Eine generelle Drohung des *Entzugs von Privilegien* sprach Kurfürst Max III. Josef 1748 in der verbesserten Instruktion für die Städte und Märkte aus¹⁰⁷. Für den Fall nämlich, daß die Städte und Märkte nicht jedes Jahr eine förmliche Ratswahl durchführten, auch wenn keine Ämter neu zu besetzen wären, und diese Wahl dann bei den Rentämtern bestätigen lassen würden, sollte ihnen das Recht, einen eigenen Magistrat zu bestimmen, gänzlich genommen werden. Auch hier ist kein entsprechender Fall bekannt, und erst gegen Ende unseres Untersuchungszeitraums kam es in München bei den Ratswahlordnungen zu gewissen Veränderungen durch den Kurfürsten¹⁰⁸. Vereinzelt finden sich jedoch Fälle temporären Entzugs städtischer Freiheiten. So erklärte der Hofrat die Freiheiten der Stadt Dingolfing in Niederbayern 1604 für verwirkt, als man dem Magistrat Unterschlagungen bei den Nachsteuern nachweisen konnte. Erst 1614 erhielt die Stadt ihre Privilegien wieder zurück¹⁰⁹. Die Hauptstadt Burghausen wurde 1763 unter kurfürstliche Administration gestellt, nachdem sie ihren Bankrott wegen völliger Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit eingestehen mußte¹¹⁰.

Von besonderer Bedeutung für die Sicherung bürgerlicher Ansprüche aus Warenlieferungen war das *Pfändungsrecht* der bayerischen Städte und Märkte¹¹¹. Dieses Privileg, das sich je nach Einfluß einer Stadt auf ein größeres oder kleineres Umfeld außerhalb des Burgfriedens erstreckte, macht ganz besonders sowohl die Zählebigkeit der im Mittelalter von den Städten erworbenen Rechte deutlich, als auch die Inhomogenität der Rechtskreise, die einem einheitlichen Rechtsaufbau des Landes entgegenstand, ja sogar die landesherrlichen Hoheitsrechte schmälerte¹¹². Der städtische Pfänder hatte das Recht, in dem durch das Privileg ausgewiesenen Gebiet Pfändungen auch im Bereich der landesherrlichen Niedergerichtsbarkeit vorzunehmen, bzw. vornehmen zu lassen. Lediglich die gebannten Orte, also die Städte und Märkte wie die geschlossenen Hofmarken, die von der landesherrlichen Niedergerichtsbarkeit eximiert waren, unterlagen nicht dem Pfändungsrecht der privilegierten Bürger. In diesen Fällen

¹⁰⁴ Vgl. Schwab, Teuerung, 173.

¹⁰⁵ StadtA Burghausen Akten 48.

¹⁰⁶ Vgl. u. a. Kap. VII.2.

¹⁰⁷ Hoffmann, Instruktionen, 291 (Art. 7).

¹⁰⁸ Vgl. S. 220f.

¹⁰⁹ Heydenreuter, Hofrat, 259.

¹¹⁰ Vgl. S. 58. Vgl. auch das oben in diesem Kapitel bereits erwähnte Beispiel Wasserburgs, dem vorübergehend die Blutgerichtsbarkeit entzogen wurde.

¹¹¹ Die nachfolgenden Ausführungen zum Pfändungsrecht stützen sich, sofern nicht anders angegeben, auf Steiger, Pfändungsrecht.

¹¹² Steiger, Pfändungsrecht, 134.

kam es zwischen den Städten mitunter zu vertraglichen Vereinbarungen, die sicherstellten, daß „dem Gläubiger vom Heimatgericht des Schuldners nicht ein Gerichtsverfahren oder die Mithilfe bei der Vollstreckung verweigert wurde“¹¹³. Für die betroffenen Schuldner auf dem Land bedeutete dies, „daß sie sich nur durch eine Klage gegen ihren Gläubiger vor dem Stadt- oder Marktgericht gegen die Vollstreckungsmaßnahmen zur Wehr setzen konnten“¹¹⁴. Der Geltungsbe- reich des Privilegs erstreckte sich für die Hauptstädte München und Burghausen auf das ganze Land. Kaiser Sigmund ermächtigte Landsberg am Lech 1436 im gesamten Reichsgebiet Pfändungen vorzunehmen. Die Durchsetzbarkeit dieses Rechts dürfte jedoch fraglich sein. Ebenso war Ingolstadt berechtigt, im gesamen Reichsgebiet zu pfänden. Den meisten Städten und Märkten dürfte das Privileg für das gesamte bayerische Territorium zugestanden haben. Dagegen ist zumindest vom Markt Vilsbiburg bekannt, daß sich nach einer Hofratsentscheidung von 1605 sein Pfändungsrecht lediglich auf sieben vor dem Markt gelegene Häuser erstreckte.

Das Pfändungsrecht der Städte und Märkte war bereits im 16. Jahrhundert umstritten, insbesondere die Hofmarksherren hatten sich darüber beschwert. Auch der Hofrat sprach sich anlässlich der Verhandlungen um die Formulierung des Landrechts von 1616 für ein Übergehen der städtischen Rechte und eine Begrenzung des Pfändungsrechts auf landesrechtlicher Ebene aus¹¹⁵. Herzog Maximilian rührte jedoch nicht an diesen überkommenen Privilegien, so daß die Aufhebung auch dieses städtischen Sonderrechts der Montgelaszeit vorbehalten blieb.

Die Städte übten auch andere polizeirechtliche Funktionen über ihren Burgfriedens hinaus aus. So kam es 1621 zu einem Streit zwischen dem Weilheimer Pfleger, Georg von Guggenberg zu Pettmeß, und der Stadt um die Ausfertigung von *Zunftbriefen* in Stadt und Gericht Weilheim. Die Hofkanzlei entschied schließlich zugunsten der Stadt. Noch 1786 wurde Bürgermeister und Rat der Stadt das Recht bestätigt, sowohl in der Stadt wie im Gericht Weilheim die Lehrbriefe auszufertigen¹¹⁶.

Ebenfalls waren die städtischen Freiheiten betroffen, wenn es um Bevölkerungskreise ging, die nicht der bürgerlichen Jurisdiktion unterstanden. Streitigkeiten zwischen Herzog bzw. Kurfürsten und Magistraten ergaben sich vor allem um die Stellung der *landesherrlichen Beamten, des Hofgesindes und der „Hofschutzverwandten“*, die außerhalb der Zünfte ihr Gewerbe treiben durften. Hierbei handelte es sich um ein Problem, das besonders die Residenzstadt betraf¹¹⁷. Eine weitgehende Klärung verschiedener Streitpunkte wurde hierfür im Albertinischen Rezeß von 1561 gefunden¹¹⁸. Hauptsächlich wurde festgelegt, daß Angehörige des Hofgesindes, die ein bürgerliches Gewerbe ausführen wollten,

¹¹³ Ebd. 4.

¹¹⁴ Ebd. 3.

¹¹⁵ Die Pfändungsgerechtigkeit wurde auch von den adeligen Landständen gefordert, was der Herzog auf dem Landtag von 1612 jedoch ablehnte: *Heydenreuter*, Hofrat, 263 Anm. 143.

¹¹⁶ BayHStA GL Weilheim 43.

¹¹⁷ Vgl. Kap. V.4.

¹¹⁸ Abgedruckt in Rgl. 1802, Sp. 637 f. 652–658, 670 f.; auszugsweiser Abdruck in *Ziegler*, Dokumente, 317–322.

auch zu den bürgerlichen Lasten herangezogen wurden. Witwen und Waisen von herzoglichen Beamten und von Dienern am Hof, mit Ausnahme von herzoglichen Räten und adeligem Hofgesinde, waren nun verpflichtet, um das Bürgerrecht nachzusuchen. Im Hinblick auf die Hofschutzverwandten, die von den bürgerlichen Lasten befreit waren, verpflichtete sich Albrecht V., für diese keine weiteren Schutzbriefe mehr auszustellen¹¹⁹. Bei diesem letzten Punkt kam es allerdings bereits unter Maximilian I. zu einer Korrektur zugunsten des Herzogs. Dieser behielt sich 1607 nach Verhandlungen mit der Stadt in „Erläuterungen“ zum Albertinischen Rezeß vor, weiterhin Hofschutzverleihungen zu gewähren¹²⁰. Ferdinand Maria erklärte die Hofschutzprivilegien auf dem Landtag von 1669 als eine Möglichkeit für ihn, alten wohlverdienten Hofbedienten Nahrung zu geben, indem er ihnen den Ausschank weißen Bieres zugestehe. Es sei jedoch keineswegs beabsichtigt, diese „Exemptiones“ zur Regel werden zu lassen. Die Städte konterten, daß sich unter diesen Weißbierzäpfeln auch junge Männer befänden, die niemals in Dienst gestanden hätten, nun aber von den bürgerlichen Lasten befreit seien. Sie würden so gut verdienen, daß selbst bürgerliche Brau-
bierbrauer daran dächten, ihr Handwerk aufzugeben, um Weißbier auszuschenken¹²¹. Aus diesem immer wieder auftretenden Streitpunkt folgt jedoch auch, daß die Hofschutzverleihungen sich hauptsächlich auf die Bierzäpfler beschränkten¹²², wodurch der Landesherr sich auch einen höheren Absatz des von ihm monopolisierten Produkts erhoffte. Die Belastung für die Städte – besonders München – hatte zwei Aspekte: Zum einen verloren die Brauer natürlich an Umsatz, zum anderen konnte aufgrund der gesetzlichen Regelungen diese Gruppe, die sich in München Ende des 18. Jahrhunderts auf über einhundert Personen belief, nicht für die Besteuerung herangezogen werden. Je größer die Zahl der Bierzäpfler wurde, desto größer wurde auch der steuerliche Verlust der Stadt. An den Vereinbarungen zwischen Stadt und Landesherrn bzw. an den Privilegien der Stadt hatte sich dadurch nichts geändert.

Die Exemption des Hofstaates von der bürgerlichen Obrigkeit blieb ebenso ein ständiger Streitpunkt. Unter den Gravamina des Standes der Städte und Märkte anläßlich des Landtages von 1669 sind auch solche gegen diese Befreiungen. Auch hieran wird das Übergewicht Münchens gegenüber den anderen Städten und Märkten deutlich, da es sich ja fast ausschließlich um ein spezifisches Problem einer Residenzstadt handelte. Unter Berufung auf den Rezeß von 1561 beklagt der Münchener Magistrat, daß viele Hofangehörige, die dazu verpflichtet wären, nicht mehr um das Bürgerrecht bzw. den Beisitz anhalten würden und damit der Stadt wesentliche Einnahmen verloren gingen. Außerdem hätten verschiedene Räte und Hofbediente, die freiwillig Bürger geworden wären, sich geweigert, die Türkensteuer 1664 mitzutragen, statt dessen erlegten sie diese beim Hofrat. Nach Ansicht der Stadt handelte es sich hierbei jedoch um eine Bürgersteuer, die diese Personen entsprechend wie jede andere Steuer mittragen müßten¹²³. Als Beispiel zog der Magistrat den Fall des Pflegverwalters von Tölz, Albrecht Söttner, heran, der auf kurfürstliche Intervention hin Bürger geworden

¹¹⁹ Hecker, Glaube und Recht, 161 f.

¹²⁰ Heydenreuter, Magistrat, 190.

¹²¹ Krenner, 1669, 506.

¹²² Vgl. Kap. III.2.6.4.

¹²³ Krenner, 1669, 483–486.

war, aber bei „extraordinari“ Anlagen aus der Stadtsteuer entlassen wurde. Bei solchen Steuern habe die Stadt aber den Bürgerbeitrag genauso nötig wie bei den gewöhnlichen Steuern¹²⁴. Trotz dieser Interpretationsdifferenzen blieb es jedoch im wesentlichen bei den Bestimmungen von 1561. Grundsätzlich versicherte Ferdinand Maria, daß die alten Privilegien unberührt bleiben sollten, „wann solche nit zu weit extendirt und mißbraucht werden“¹²⁵.

1. 2. 2. Mandate, Landes- und Polizeiordnungen

Die neuzeitliche „Mandatenflut“¹²⁶ der landesherrlichen Verwaltung wird aus der Sicht der Stadthistoriker wie der Rechtsgeschichte vielfach als Einschränkung bzw. gar Aufhebung der alten Privilegien angesehen¹²⁷. Der Landesherr gab mit diesen Verordnungen detaillierte Vorschriften, die immer weitere Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens berührten. Das Spektrum der „Anweisungen“ reichte bei den Städten von der Führung des städtischen Rechnungswesens, über Religionsbestimmungen, Zunftordnungen und das Gerichtswesen bis hin zu Eingriffen in das – aus moderner Sicht – Privatleben der Bürger z. B. mit Hilfe von Hochzeitsordnungen. Vom Ordnungswillen des absoluten Herrschers und seiner führenden Beamten wurden in der Neuzeit Bereiche des Lebens erfaßt, für die bisher kein Regelungsbedarf gesehen worden war. Der „inflationäre Charakter“ (Heydenreuter)¹²⁸ dieser Polizeigesetzgebung trat nun auch verstärkt in Konkurrenz zu der Satzungsvollmacht der Städte für ihren eigenen Jurisdiktionsbereich¹²⁹ und brachte einen „Trend zur Nivellierung“¹³⁰.

Wie Hans Schlosser anhand der bayerischen Landgebote gezeigt hat, lassen sich die Anfänge einer „landeseinheitlichen Normativität“ bereits seit dem 15. Jahrhundert belegen¹³¹. Die bedeutendsten bayerischen Gesetzeswerke des 16. und 17. Jahrhunderts waren die Landes- und Polizeiordnungen. Nach der Wiedervereinigung der Teilherzogtümer Ober- und Niederbayern im Jahre 1505 entstand aus dem Bemühen, eine im gesamten Fürstentum einheitliche Rechtskodifikation zu schaffen, die Landesordnung von 1516. In ihr sind die verschiedensten Rechtsbereiche vereint, hauptsächlich jedoch das Verwaltungs- und Polizeirecht. Die Überarbeitungen der Landesordnung von 1520, 1553 und 1578

¹²⁴ Krenner, 1669, 518.

¹²⁵ Krenner, 1669, 531.

¹²⁶ Der Begriff „Mandat“ ist für die Frühe Neuzeit keineswegs eindeutig: vgl. hierzu H. J. Becker, Artikel „Mandat“, in: HRG Bd. III, Sp. 230ff., und Willoweit, intermediäre Gewalten, 18–20. Hier soll im folgenden unter Mandat eine Anweisung des Landesherrn an einen einzelnen, einen Stand oder an die Allgemeinheit der Untertanen verstanden werden. Diese sehr weite Formulierung muß gewählt werden, da erst im 19. Jahrhundert eine klare Trennung zwischen Mandat, Verordnung und Gesetz festzustellen ist. So lassen sich unter unsere Definition nicht nur einzelne Anweisungen an die Verwaltung verstehen, sondern auch die vielen Ordnungen wie Kleiderordnungen, Rentmeisterordnungen etc.

¹²⁷ Vgl. die Arbeiten von Heydenreuter, Schattenhofer, Schlosser, Willoweit etc., jeweils mit unterschiedlicher Betonung.

¹²⁸ Heydenreuter, Magistrat, 193.

¹²⁹ Kreittmayr, Anmerkungen V, 771, definiert diese nicht näher und spricht nur von dem Recht, „Statuta municipalia ... in gewissem Maaße zu machen“; vgl. Schlosser, Statutarrechte.

¹³⁰ Christ, Stadt, 212.

¹³¹ Schlosser, Rechtsgewalt und Rechtsbildung.

paßten sie jeweils den jüngsten Entwicklungen an¹⁵². Abgelöst wurde sie schließlich durch den Codex Maximilianeus von 1616¹⁵³. Weit umfangreicher als die Werke des 16. Jahrhunderts bietet er in neun Abschnitten (I. Summarischer Prozeß, II. Gandtprozeß, III. Gerichtsordnung, IV. Landrecht, V. Landesfreiheiten, VI. Land- und Polizeiordnung, VII. Forstordnung, VIII. Jagdordnung und IX. Malifizprozeßordnung) die Zusammenfassung aller Rechtsmaterien der Zeit in einem Gesetzbuch, in dem konkurrierende bzw. ergänzende Rechte wie die Reichshandwerkerordnung von 1548 oder die Peinliche Gerichtsordnung von 1532 Berücksichtigung fanden¹⁵⁴. Ein weiterer „Schub“ gesetzgeberischer Aktivitäten läßt sich unter den Kurfürsten Max III. Joseph und Karl Theodor feststellen. Im Vordergrund stehen hier die Gesetzeswerke, die unter Wiguläus Xaverius Aloysius Freiherr von Kreittmayr (1706–1790)¹⁵⁵ entstanden. Mit seinem Privatrecht – dem Codex Maximilianeus Civilis von 1756 – beginnt das Kodifikationszeitalter in Bayern¹⁵⁶. Aber auch die Verwaltungsreformen beanspruchten einen erheblichen Aufwand an legislativer Tätigkeit¹⁵⁷. Das Verwaltungs- und Polizeirecht erhielt im 18. Jahrhundert keine geschlossene neue Kodifikation mehr. Kreittmayr stellte dafür eine Auswahl wichtiger landesherrlicher Mandate zusammen, die den Codex von 1616 bereits ergänzt hatten¹⁵⁸. Diese Sammlung¹⁵⁹ enthält „Generalien und Landesverordnungen“ aus über einhundert Jahren, die zur Zeit ihres Erscheinens 1771 noch gültig waren, u. a. die 1669 in Kraft getretene Rentmeisterinstruktion¹⁴⁰ und die Instruktion für die Städte und Märkte von 1748¹⁴¹. Fortgesetzt wurde die Sammlung Kreittmayrs 1784 und später durch den kurfürstlichen Hofratssekretär und Registrator Georg Karl Meyr¹⁴². Hunderte Mandate die während des 16. bis 18. Jahrhunderts erlassen wurden, haben jedoch nie eine systematische Zusammenfassung erfahren. In vielen Bereichen wie z. B. im Handwerksrecht galt die Polizeiordnung von 1616 auch am Ende des 18. Jahrhunderts noch, sofern nicht konkurrierende neuere Einzelmandate erlassen worden waren¹⁴³.

Nach Willoweit ist an den Polizeiordnungen ablesbar, „mit welcher Intensität die Selbstregierung der Korporationen eingeschränkt und diese auf die gene-

¹⁵² Albrecht, Staat, 656.

¹⁵¹ Schlosser, Rechtsgewalt und Rechtsbildung.

¹⁵² Albrecht, Staat, 656.

¹⁵³ Landrecht/Policey: Gerichts- Malefiz- vnd andere Ordnungen des Fürstenthumben Oberrn vnd Niderrn Bayrn, München 1616. Als moderne Edition ist hieraus bisher nur das Landrecht von Helmut Günter bearbeitet worden.

¹⁵⁴ Landrecht (wie Anm. 153), 610, 794.

¹⁵⁵ Zu Leben und Werk vgl. Bauer/Schlosser, Kreittmayr.

¹⁵⁶ Schlosser, Rechtsetzung und Gesetzgebungsverständnis, 42; ders. Grundzüge 75 f.

¹⁵⁷ Hammermayer, Herrschaftsordnung, 1237–1247.

¹⁵⁸ Ebd. 1248–1252.

¹⁵⁹ Sammlung der neuesten und merkwürdigsten Churbaierischen Generalien und Landesverordnungen, hg. v. anonym/W.X.A. Frhr. v. Kreittmayr, München 1771, in dieser Arbeit zitiert als GS 1771.

¹⁴⁰ GS 1771 547–557 Nr. 1; vgl. auch Auszug in Anhang Nr. 2.

¹⁴¹ GS 1771, 558–574 Nr. 2; moderne Edition in Hoffmann, Instruktionen.

¹⁴² Sammlung der Kurpfalz Baierischen allgemeinen und besonderen Landes-Verordnungen, Bd. 1 ff., München 1784 ff., in dieser Arbeit zitiert als MGS I. ...

¹⁴³ Hugendubel, Handwerksverfassung, 75.

rellen Ziele staatlicher Politik ausgerichtet werden“¹⁴⁴. Im Sinne unseres Forschungsinteresses stellt sich nun eine doppelte Frage: Inwieweit wurden durch diese Mandate und Polizeiordnungen die städtischen Privilegien, die – wie bereits festgestellt – ja weitgehend die Verfassungsgrundlage des Verhältnisses Stadt-Landesherr darstellten, in ihrer Bedeutung beeinflusst, und wie sind die Neuerungen im Sinne einer Modernisierung des Staatswesens und einer Sozialdisziplinierung zu verstehen?

Da hier eine umfassende Analyse dieser Veränderungen nicht geleistet werden kann und auch eine intensivere rechtshistorische Beschäftigung mit diesem Problemkreis voraussetzen würde¹⁴⁵, kann eine Annäherung an die genannten Fragen nur exemplarisch geschehen. Um der Gefahr der Überinterpretation einzelner Mandate zu entgehen, sollen hier besonders zwei umfassende, speziell die städtischen Angelegenheiten betreffende Instruktionen¹⁴⁶ betrachtet werden: die Städte- und Märkteinstruktion von 1670 und ihre erneuerte Fassungen von 1748¹⁴⁷. Die oben gestellte Fragestellung allein mit Hilfe dieser beiden Mandate einer ersten Untersuchung zu unterziehen, erscheint aus folgenden Gründen als legitim: 1. Wegen ihres „universalen“ Charakters, indem sie alle Bereiche städtischer Rechtssprechung und Administration behandeln und die gesamte im Hinblick auf die Städte gültige Gesetzesgrundlage – wenn auch nur ganz pauschal – einbeziehen; 2. weil sie nicht nur den „Sollzustand“ wie in Gesetzestexten, sondern aufgrund von eingeflossenen Visitationsergebnissen¹⁴⁸ auch den „Istzustand“ beschreiben, indem sie auf die Erfüllung bzw. Nichterfüllung der bestehenden landesherrlichen Anordnungen verweisen; 3. weil ihre Gültigkeit zumindest bis 1771 durch die Aufnahme in die Kreittmayrsche Generaliensammlung belegt ist. Der Gültigkeitsbereich der beiden Instruktionen erstreckte sich allerdings nicht auf alle Städte und Märkte, sondern lediglich auf diejenigen, die dem Rentmeisterritt unterworfen waren. „Indessen diene sie (gemeint ist die erweiterte Version von 1748, C. H.) auch den Hauptstädten als Norm, soweit sie nicht mit deren Privilegien und besonderem Herkommen unvereinbar war“¹⁴⁹. Dies läßt sich jedoch an keiner Stelle der Instruktion explizit ablesen, sondern versteht sich nur aus den Freiheiten der Hauptstädte München, Landshut, Straubing, Burghausen und Ingolstadt, die zahlreiche Forderungen, die in der Instruktion formuliert sind, enthoben waren.

Die einzelnen Artikel der Instruktion von 1670 lassen sich in folgende Hauptgruppen zusammenfassen¹⁵⁰:

- An erster Stelle steht das Gerichtswesen. Den Stadträten wird Unparteilichkeit im Verfahren wie die Einhaltung der gültigen Prozeß- und Gerichtsordnungen, der entsprechenden Mandate aber auch des alten Herkommens eingeschärft (Art. 2).

¹⁴⁴ Willoweit, intermediäre Gewalten, 16.

¹⁴⁵ Mandatensammlungen bzw. katalogische Erfassungen entstehen oder bestehen an der Bayerischen Staatsbibliothek, im Bayerischen Hauptstaatsarchiv und an der Universität Augsburg, Lehrstuhl Prof. Dr. Hans Schlosser.

¹⁴⁶ Zum Begriff „Instruktion“ vgl. Hoffmann, Instruktionen, 277.

¹⁴⁷ Vergleichend abgedruckt bei Hoffmann, Instruktionen.

¹⁴⁸ Vgl. Kap. III. 2.2.

¹⁴⁹ Seydel, Staatsrecht I, 41; Kreittmayr, Anmerkungen V, 772.

¹⁵⁰ Die Zählung der Artikel folgt der von 1748; siehe vollständig Hoffmann, Instruktionen.

- Eine große Rolle spielen Anprangerungen von Mißständen, die durch die Nichteinhaltung gesetzlicher Regelungen eingetreten waren, wie bei den laut Polizeiordnung verbotenen aber immer wieder durchgeführten kostspieligen Gastmählern nach Meisterprüfungen und -aufnahmen¹⁵¹, wodurch die gerade zu der neuen Ehre Aufgestiegenen sich vielfach in erhebliche Schulden stürzen mußten (Art. 25).
- Durch die dem Erlaß der Instruktion von 1670 vorausgegangene Visitation waren auch verschiedenste Fälle von Amtsmißbrauch bekannt geworden. Besonders gravierend erscheint dies, wenn sich Ratsmitglieder in sogenannten „Knitlpündt“ zusammenfanden, um die Gläubigerschaft über Mitbürger an sich zu ziehen, letztere dann in Prozesse verstrickten und schließlich deren Besitz vereinnahmten (Art. 3).
- Dem zeitgenössischen Fürsorgegedanken entsprechen Aufforderungen zu Hilfeleistungen gegenüber schutzbedürftigen oder mittellosen bürgerlichen Untertanen. Dabei wird dem Magistrat anbefohlen, sich der armen Witwen und Waisen anzunehmen (Art. 16), unschuldig in Armut und Schulden geratenen Mitbürgern Unterstützung zu gewähren (Art. 4) oder sich um den Schutz von Erbgut zu kümmern (Art. 33).
- Zu den wichtigsten magistratischen Aufgabengebieten gehörte das Polizeiwesen. Die Instruktion schärft den Stadträten die ordentliche Aufsicht über Preise und Produktqualität (Art. 18) sowie über Maße und Gewichte (Art. 19) ein, fordert sie auf, eine Feuerordnung zu erstellen (Art. 23)¹⁵² und gibt Ratschläge für die Schulvisitation (Art. 15).
- Verschiedentlich werden zaghafte Versuche unternommen, wirtschaftsfördernde Maßnahmen direkt vor Ort zu initiieren (Art. 13), wozu auch die Aufforderung zur Verbesserung der Märkte gehört (Art. 20). Substantielle Handlungsvorschläge fehlen jedoch. Konkreter ist der Befehl, für die Bebauung der Grundstücke im Burgfried zu sorgen (Art. 45).
- Bei weitem den größten Umfang nehmen allerdings die Passagen zur Verbesserung des Rechnungs- und Schriftwesens ein. Die Artikel 35 bis 59 sind diesem allein gewidmet und sogar durch eine eigene Überschrift vom übrigen Teil der Instruktion abgesetzt. Aber auch andere Artikel haben diesen Themenbereich zum Inhalt (z. B. Art. 12 und 17). Im Rechnungswesen werden auch tatsächlich Neuerungen gefordert, bzw. die Vereinheitlichung erheblich vorangetrieben. So wird für Städte, die noch kein Grundbuch besitzen, dessen Einführung befohlen (Art. 52). Wegen dieser Aufgabenmehrungen scheint auch die Vielzahl der Ämter und Verwaltungen auf wenigen Schultern nicht mehr praktikabel gewesen zu sein. Es wird deshalb – neben dem Wunsch, durch Ämterakkumulation mögliche unrechtmäßige Vorteilmnahmen auszuschließen – eine Verteilung der Pflichten auf alle zu diesem Zweck tauglichen Mitglieder des Rats gefordert (Art. 8).
- Bei aller (versuchten) Gängelung und allen teilweise beleidigenden Unterstellungen, die sich auch aus der Visitation honorig hervorgegangene Magistrate gefallen lassen mußten, werden jedoch in keinem Fall die alten Rechte und Privilegien der Städte und Märkte angetastet. Ja es wird sogar gefordert,

¹⁵¹ PO 1616 4. Buch, 1. Titel, 10. Artikel.

¹⁵² Feuerordnungen wurden auf lokaler Ebene errichtet; vgl. z. B. die Feuerordnung des Marktes Biburg von 1750. BSStB 2^o J. ferm. 699.

daß diese jährlich bei den Ratswahlen zusammen mit der Instruktion vorgelesen werden, „das hiervon männiglich Wissenschaft haben solle“ (Art. 14).

Der genaue Vergleich der Instruktion von 1748 mit der von 1670 zeigt, daß in die jüngere fast der gesamte Text der älteren übernommen wurde und nur Ergänzungen eingefügt sind. Gerade diese Ergänzungen belegen jedoch sowohl Weiterentwicklungen der städtischen Administration als auch Veränderungen im Verhältnis des Landesherrn zu den Städten und Märkten. Der Herrscher des aufgeklärten Zeitalters mit seinen Beamten des 18. Jahrhunderts wagt sich an manches Tabu der an den Privilegien festhaltenden Städte heran – freilich ohne die Freiheiten bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts anzutasten:

- Besonders häufig sind ergänzte Satzteile, Sätze oder gar ganze Artikel, die sich auf eine immer stärkere Betonung der Schriftlichkeit in der Verwaltung und Jurisdiktion beziehen (Art. 2, 3, 6, 8, 27, 34, 39, 40, 44, 48, 55). Folgerichtig bekommt auch die Qualifikation des Stadt- oder Marktschreibers einen höheren Stellenwert, was sich in einem eigenen, 1748 neu eingefügten Artikel (Art. 5) äußert. Der Kandidat für ein solches Amt muß eine gute Ausbildung und Praxis in Verwaltung und Gerichtswesen nachweisen, wie auch sich seine Qualifikation vom Hofrat oder einem Rentamt bestätigen lassen.
- Am Beispiel des Stadt- oder Marktschreibers wird die verstärkte Einwirkung landesherrlicher Macht in bisher ureigene städtische Kompetenzen deutlich. Die Anstellung des Schreibers war nunmehr nämlich ohne die „Verpflichtung“ durch den Hofrat oder das Rentamt nicht mehr gültig. Diese Eingriffe in die Privilegien und die bisher autonome Rechtssphäre der Städte wird auch an anderen Stellen sichtbar. Einmal droht der Landesherr mit dem Entzug des Wahlrechts für den Rat, wenn die Wahl nicht jedes Jahr ordnungsgemäß durchgeführt wird (Art. 7), ein anderes Mal wird den Gerichtsbeamten „von Oberinspectionswegen“ erlaubt, in den Städten direkt einzugreifen und Bestrafungen vorzunehmen, wenn der Magistrat seine Polizeiaufsicht vernachlässigt (Art. 18). Auch werden den Städten in Zukunft unnötige Rechtsstreitigkeiten ohne Konsens übergeordneter Behörden untersagt (Art. 57). Ein solcher Konsens war jetzt auch notwendig bei öffentlichen Bauten, die eine Kostengrenze von 50 fl. überschritten (Art. 48), beim Kauf oder Verkauf von Immobilien der Stadt oder der milden Stiftungen (Art. 43)¹⁵³ und für Nachlaßgewährungen bei Freigeld und Nachsteuer (Art. 41)¹⁵⁴.
- Die verstärkte legislative Aktivität des Landesherrn belegen auch die 1748 zahlreicher gewordenen Verweise auf neue Mandate und Ordnungen (u. a. Art. 1, 15, 16, 47). 1670 genügte meist noch die Zitierung der Polizeiordnung von 1616.
- Daß sich die wirtschaftliche Situation mitunter weiter verschlechtert hatte, läßt sich in der Instruktion mit einem umfangreichen neuen Passus in Arti-

¹⁵³ Dieser Konsens war jedoch schon in der PO 1616 gefordert worden: vgl. S. 45.

¹⁵⁴ Die Nachsteuer zog man von Vermögenswerten ein, die aus der Stadt verbracht wurden, als eine Art Ersatz für entgangene Steuerleistungen. Das Freigeld ist hiervon nur ein Spezialfall für Kapitalien, die ins Ausland gingen. Während die Nachsteuer der Stadt verblieb, ging das Freigeld in voller Höhe an den Landesherrn: *Kreittmayr*, Anmerkungen V, 785–799; *Schmelzle*, Staatshaushalt, 280 ff.; *Hoffmann*, Trostberg, 72 Anm. 25.

kel 15 belegen. Für den Fall, daß sich nämlich bestimmte Zünfte als übersetzt erweisen sollten, wurde den Magistraten freigestellt, die Handwerkerstellen in diesen Gewerben zu reduzieren.

1.3. Erweiterung des städtischen Aufgabenbereichs und verstärkte landesherrliche Kontrolle

Freiheiten, wie die Niedergerichtsbarkeit auszuüben und eigene Registraturen zu führen oder Stadtordnungen in gewissem Umfange zu errichten, hatten den Städten und gefreiten Märkten innerhalb des werdenden Territorialstaates unterbehördliche Funktionen zuwachsen lassen, wie sie auch die Landgerichte oder Hofmarken ausübten. Aus der Intensivierung der Schriftlichkeit, der Verwaltungstätigkeit und des Kontrollwesens in der Frühen Neuzeit ergaben sich völlig neue Anforderungen an die städtischen Amtsträger. Beispielsweise verzichtete das spätmittelalterliche Rechnungswesen in Bayern sowohl bei den Zentral- wie im Bereich der Unterbehörden noch vielfach auf Bilanzen¹⁵⁵. Die Haushalte wurden erst in der Neuzeit überschaubarer. Ebenso erforderte das Eindringen römischrechtlicher Elemente in Jurisdiktion und Verwaltung im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit einen erheblich höheren Aufwand an Zeit und Kenntnissen in diesen Bereichen. Die „Rationalität“ der Amtsführung zwang zu einem immer stärkeren Maß an Überprüf- und Belegbarkeit obrigkeitlichen Handelns. Ablesbar ist diese Entwicklung u.a. in der Residenzstadt. Im 18. Jahrhundert waren schließlich fast alle Inneren Räte Münchens Juristen¹⁵⁶.

Die meisten kleineren Städte konnten sich nicht einmal einen einzigen römischrechtlich Gebildeten leisten. Die Bürgermeister und Räte waren Handwerker¹⁵⁷, die Aufgaben des Stadtrichters übernahm oft der Pfleger bzw. Landrichter¹⁵⁸. Zur Verbesserung der kleinstädtischen Administration ging der Landesherr verschiedene Wege. So bestimmte er, daß die Ratsstellen lebenslang zu besetzen seien, um die Erfahrungen dieser Amtsinhaber zu nutzen¹⁵⁹. Dazu kam die Konfirmationspflicht der Elekten durch Hofrat bzw. Rentmeister¹⁶⁰. Die dem Rentmeisterumritt unterworfenen Städte mußten im 18. Jahrhundert diesen Institutionen gegenüber auch die Qualifikation ihrer neubestellten Stadt- bzw. Marktschreiber nachweisen¹⁶¹.

Vor der Betrachtung der wichtigsten Instrumente und Möglichkeiten landesherrlicher Kontrolle über die Städte soll zunächst am Beispiel des Stiftungswesens gezeigt werden, wie stark die Intensivierung der staatlichen Überwachung Hand in Hand gehen konnte mit der Erweiterung und Erhaltung von Aufgaben der bürgerlichen Obrigkeiten. Liermann hat für die Veränderungen in dem ursprünglich rein kirchliche Aufgabenfeld die Begriffe „Verbürgerlichung“

¹⁵⁵ Vgl. Ziegler, Staatshaushalt; Hoffmann, Trostberg, 65.

¹⁵⁶ Fischer, Verwaltungsorganisation 18. Jahrhundert, 19; Karaisl, Patriziat, 11.

¹⁵⁷ Vgl. Kap. V.3.3.

¹⁵⁸ Vgl. S. 30–34.

¹⁵⁹ Vgl. S. 220.

¹⁶⁰ Vgl. S. 47, 51.

¹⁶¹ Vgl. Hoffmann, Instruktionen, 289 Art. 5.

und „Verweltlichung“ gewählt¹⁶². Beide Phänomene erklären zunächst den Übergang der kirchlichen Stiftungen in rein weltliche des römischen Rechts. Hinzu kommt der erhöhte Finanzbedarf des neuzeitlichen Staates. Dieser brach durch die Erweiterung seiner Funktionen im Bereich des Unterrichts, der Armenfürsorge und der Lenkung der Wirtschaft unmittelbar auch in das Terrain der Stiftungen ein, aus deren großen Finanzreserven er eine Möglichkeit zur Bestreitung dieser Aufgaben sah. Das Instrument, dieses Reservoir auszunutzen, war die zentrale Überwachung durch Visitationen staatlicher Organe, die auch die Kenntnis über den Vermögensstand vermittelten. Nur so war auch die Abschöpfung der Einnahmen und eine Reglementierung möglich¹⁶³.

In Bayern gab es seit 1541 Visitationen der kirchlichen Stiftungen durch herzogliche Kommissare, und dem sogenannten Münchener Konkordat von 1583 war auch eine Visitationsinstruktion für Spitäler, Bruderschaften und Schulen beigelegt¹⁶⁴. Landesherrliche Gesetze und Mandate, die das Stiftungswesen betreffen, setzten besonders zu Beginn des 17. Jahrhunderts ein, zu einer Zeit also, in der sich der absolute Staat zu entfalten begann. Schon in den Rentmeisterumrittsprotokollen des frühen 17. Jahrhunderts finden sich Rechnungszüge der Stiftungen und belegen deren genaue Überprüfung durch die staatliche Mittelbehörde¹⁶⁵. Zusätzlich wurden, z.B. im Jahre 1627, im gesamten Kurfürstentums Visitationen der milden Stiftungen durchgeführt, die sowohl deren Funktionstüchtigkeit als auch ihre Finanzverhältnisse im Auge hatten¹⁶⁶.

Die Überprüfung durch den Rentmeister oder Spezialkommissionen war jedoch nur eine Art staatlicher Endkontrolle. Die eigentliche Leitung und Überwachung für die in den Städten und Märkten angesiedelten Stiftungen lag in der Neuzeit beim Magistrat. So bekräftigte ein Mandat vom 28. Februar 1611 ein älteres, das den Städten und Märkten die „Beywohnung“ und das „Directorium“ der Rechnungen von Kirchen, Benefizien, Spitälern, Almosenstiftungen etc. belassen werden solle. Jedoch wird nun auch in den Städten und Märkten den landesherrlichen Beamten (Pfleger, Landrichter) die „Beywohnung und Inspection“ aufgetragen, damit sie, „wie diesfalls gehauset, Wissenschaft haben, insonderheit auch die durchs ganze Jahr von den Pflegern oder Verwaltern fast bey allen ihren Verrichtungen mißbräuchliche und andere unnothwendige überflüssige Zehrungen abstellen, auch zu Zeiten der bürgerlichen Obrigkeit mit gutem Rath ... zur besserer Ordnung verhalfflich seyn mögen“¹⁶⁷. Genauer äußert sich dann die Polizeiordnung von 1616. Hier wird deutlich, daß der gesamte weltliche Besitz der städtischen Kirchen und Stiftungen der Verwaltung des Magistrats und der staatlichen Kontrolle und Reglementierung unterlag¹⁶⁸. So waren u.a. Verkäufe von Grundbesitz oder das Verleihen von Stiftungskapitalien nur noch mit Erlaubnis der jeweils zuständigen Regierungen möglich¹⁶⁹. Baumaßnahmen von mehr als 10 fl. Umfang bei „vnuermöglichem“ und mehr als 20 fl. bei „ver-

¹⁶² Liermann, Stiftungsrecht, 124.

¹⁶³ Ebd. 125f.

¹⁶⁴ Mitterwieser, Stiftungen, 50f.

¹⁶⁵ Vgl. S. 54f.

¹⁶⁶ BayHStA GL Fas. 4183 Nr. 53; vgl. auch Hoffmann, Trostberg, 83.

¹⁶⁷ MGS IV, 726f.

¹⁶⁸ PO 1616 1. Buch, 9. Titel, 1. 18. Artikel und 5. Buch, 5. Titel, 6. Artikel.

¹⁶⁹ PO 1616 1. Buch, 9. Titel, 16. und 17. Artikel.

möglichen“ Kirchen bedurften ebenfalls dieser Zustimmung¹⁷⁰. Diese Bestimmungen werden durch die Städte- und Märkteinstruktionen von 1670 und 1748 präzisiert und erweitert. 1748 wird für „Gottshäuser, Bruderschaften, Spital, Allmosen vnd all milte Stiftungen“ der Geistliche Rat als zuständige Instanz angegeben, im Falle der Stadt- bzw. Marktkammer waren bei der Hofkammer bzw. den Regierungen Konfirmationen einzuholen¹⁷¹. Die hier genannten Kontrollbestimmungen durch Pfleger bzw. Rentmeister galten natürlich nicht für die Städte, die dem Rentmeisterumritt nicht unterworfen waren.

Die Stiftungen wurden also mehr und mehr als öffentliche Anstalten angesehen und unter kommunale und staatliche Kontrolle gestellt¹⁷². Wenn auch den Städten bis zum Ende der alten Stadtverfassung das Aufsichtsrecht – bzw. die Aufsichtspflicht – verblieb¹⁷³, so war ihnen – mit Ausnahme der Hauptstädte – eine eigenverantwortliche Gestaltung des Kapitalgeschäfts der Stiftungen nicht möglich. Das Beispiel zeigt die enge Verflechtung des Kontrollsystems von Stadt, Landrichter, Rentmeister und Zentralbehörden.

Im folgenden sollen nun die wichtigsten Überwachungsinstitutionen des absolutistischen bayerischen Herrschers betrachtet und der den Städten bleibende Freiraum beleuchtet werden. Um nicht in eine allgemeine Verwaltungsgeschichte des frühneuzeitlichen Staates abzuschweifen, muß sich dieser Überblick weitgehend auf die speziellen Kontrollfunktionen gegenüber den Städten beschränken.

1.3.1. Zentralbehörden

Die zentralbehördliche Aufsicht über die Städte und Märkte erfolgte bis 1779 durch Hofrat, Hofkammer und Geistlichen Rat. Dabei hatten die beiden ersteren Behörden für den Bereich des Rentamtes München einen Doppelcharakter, indem sie hier auch die Aufgaben der Mittelbehörde wahrnahmen. Das Amt des Rentmeisters von München übernahm ein Hofrat, das seines Stellvertreters ein Hofkammerrat. Bei der Behördenreform Karl Theodors von 1779 entstand als neue kollegiale Zentralbehörde die Oberste Landesregierung. Der Hofrat wurde zu einer reinen Justizbehörde, die Hofkammer hatte nur noch Aufgaben im Finanzwesen und bestimmten Wirtschaftsbereichen. Außerdem erhielt die neu geschaffene Behörde Justiz- und Polizeiangelegenheiten der Mittelbehörden übertragen, die Rentämter, die jetzt „Kameralrentdeputationen“ hießen, wurden in ihren Zuständigkeiten beschränkt¹⁷⁴.

Wenn auch die Hauptstädte vom rentmeisterlichen Umritt befreit waren, so hieß das für eine solche landesherrliche Stadt natürlich nicht, daß ihr Magistrat ohne jegliche Aufsicht agieren konnte. Grundsätzlich unterlagen die Hauptstädte jedoch nur einer Kontrollmöglichkeit durch die obersten Landesbehörden, während die einfachen Landstädte und Märkte zusätzlich dem Rentmeister, in bestimmten Fällen auch dem Landrichter unterstanden. Außerdem wurden die Hauptstädte in weit weniger Bereichen und auch seltener kontrolliert, die

¹⁷⁰ PO 1616 I. Buch, 9. Titel, 14. Artikel.

¹⁷¹ Hoffmann, Instruktionen, 317 Art. 53.

¹⁷² Liermann, Stiftungsrecht, 158.

¹⁷³ Hoffmann, Instruktionen, 318 Art. 55.

¹⁷⁴ Belege S. 50.

durchgeführten zentralbehördlichen Eingriffe stellen hier oftmals ad hoc Maßnahmen bei besonderen Umständen dar. Im folgenden sollen einige Aufgaben der Zentralbehörden im Bezug auf diese Hauptstädte betrachtet werden.

Bei den jährlich abzuhaltenden *Ratswahlen* oblag dem Hofrat bzw. später der Obersten Landesregierung die Bestätigung der Inneren Räte der Hauptstädte, während die Konfirmation der Gewählten für die anderen Landstädte durch die Rentmeister erfolgte¹⁷⁵, bzw. später ebenfalls durch die Oberste Landesregierung¹⁷⁶. Dasselbe galt auch bei Rücktrittsgesuchen von Stadträten. Anders als in allen anderen bayerischen Städten behielt sich der Landesherr die Ernennung der Münchener Bürgermeister seit 1598 aus dem Kreis der gewählten Inneren Räte selbst vor¹⁷⁷. Seither wurde es Usus, daß diejenigen, die eine Bürgermeisterstelle anstrebten, sich um diese beim Herzog bzw. Kurfürsten bewarben¹⁷⁸.

Auch die Stellung des *Stadtoberrichters* war seit dem Rudolfinum von 1294 weitgehend ambivalent. Seine Amtsführung stand unter der Kontrolle des Hofrates, und der Herzog bzw. Kurfürst konnte kraft landesherrlicher Autorität in ein Verfahren eingreifen. Die Stadt hatte zwar das Präsentationsrecht, dem Landesherrn stand aber über den Hofratspräsidenten die Belehnung mit dem Blutbann zu¹⁷⁹.

Angesichts der zunehmenden Übersetzung der Handwerke und der Verarmung unterbürgerlicher Schichten¹⁸⁰ sah sich Herzog Maximilian genötigt, den weiteren *Zuzug kapitalloser und schlecht ausgebildeter Gruppen* in die Städte zu verringern. Besonders restriktiv wurde dies jedoch in München überwacht. 1618 ordnete der Herzog an, bevor jemand in die Stadt aufgenommen werde, müsse ihm (bzw. dem Hofrat) darüber Bericht erstattet werden¹⁸¹. In einem kurfürstlichen Reskript vom 6. September 1649 wird der Stadt München befohlen, auch weiterhin monatlich an den Hofrat zu melden, welche Personen der Rat als Bürger aufnimmt und was für ein Vermögen diese haben, damit sie nicht dem Säckel anheimfallen. Allerdings begnügt man sich jetzt mit der nachträglichen Mitteilung¹⁸². Am Ende des 18. Jahrhunderts verschärfte sich diese Überwachungspraxis jedoch erheblich. 1781 wurde dem Magistrat und dem Stadtoberrichter von München verboten, ohne Genehmigung der Oberlandesregierung das kleine Bürgerrecht bzw. die Toleranz und entsprechende Heiratslizenzen zu verleihen. Ursache war die – nach Ansicht des Kurfürsten – zu liberale Einbürgerungspolitik der Stadt bei armen Schichten, die der Gefahr der Verarmung und damit der Versorgungsnotwendigkeit durch das Almosen unterlagen¹⁸³.

Als besonders schmerzhaft – vielleicht gerade weil sie sehr selten vorkamen – wurden von der Residenzstadt einzelne *Visitationen und Rechnungsprüfungen* empfunden. Die Hofkammer befahl der Stadt 1629, die Kammerrechnungen der Jahre 1625 bis 1628 samt Beilagen einzuliefern. Bis 1642 hatte die Zentral-

¹⁷⁵ Rentmeisterinstruktion von 1669, Art. 63; siehe Anhang Nr. 2.

¹⁷⁶ Vgl. z. B. zu Weilheim BayHStA GL Fasz. 4430 Nr. 84.

¹⁷⁷ Fischer, Verwaltungsorganisation 16. und 17. Jahrhundert, 117.

¹⁷⁸ Entsprechende Gesuche für die Zeit seit 1668 in BayHStA GL Fasz. 2627 Nr. 34.

¹⁷⁹ Vgl. S. 27 f. und Löffelmeier, Stadtoberrichter, 71.

¹⁸⁰ Vgl. u. a. Kap. IV. und VIII.6.2.

¹⁸¹ Heydenreuter, Hofrat, 253.

¹⁸² StadtA München Einwohneramt 37; Heydenreuter, Hofrat, 253 Anm. 104, nennt hierfür ein Dekret vom 9. 12. 1649.

¹⁸³ MGS IV, 646.

behörde diese noch nicht wieder zurückgegeben¹⁸⁴. Weit umfangreicher war dagegen eine Visitation, die am 18. September 1640 von Maximilian I. angeordnet wurde, nachdem erhebliche Mißstände in der Stadtverwaltung aufgedeckt worden waren. Der Kommission gehörten Spitzenbeamte des Geheimen Rates, des Hofrates und der Hofkammer an. Das Ergebnis der Visitation liegt in einem Dekret vom 12. September 1642 mit über 80 Artikeln vor, das in seinem Themenspektrum an die Rentmeisterumrittsprotokolle der Landstädte erinnert: Mißstände im Rat, in der Verwaltung, im Polizeiwesen, in den Zünften, im Schul- und besonders im Rechnungswesen etc.¹⁸⁵ Eine ähnlich breit angelegte Visitation Münchens kam nur noch einmal, 1651, zustande. Als Ergebnis wurden hauptsächlich Forderungen gegenüber dem Rat erhoben, die das Gewerbe und den Handel verbessern sollten. Die Hofräte und Hofkammerräte forderten verschiedenste Maßnahmen, angefangen damit, daß in Handels- und Gewerbesachen erfahrene Männer in den Rat gewählt werden sollten, bis hin zur Förderung der Loderer und Tuchmacher, damit diese den Vorkriegsstand ihrer Produktion wieder erreichen könnten¹⁸⁶. In den Jahren 1644 und 1652 wurden jeweils die Kammerrechnungen samt Memorial- und Holzbüchern sowie die Baumeisterrechnungen und die Strafregister der Bußstube der jeweils zwei vorausgehenden Jahre durch die Hofkammer zur Revision angefordert¹⁸⁷. Die starke Kontrolle der Zentralbehörden über die Residenzstadt verdeutlicht das intensive Engagement der Maximilianischen Epoche um eine Verbesserung der Stadtführung sowohl im administrativen wie im ökonomischen Bereich.

Zumindest bis in die Zeit Max III. Joseph läßt sich ein ähnliches Bemühen um die Residenzstadt nicht mehr nachweisen. Die Ausnahme bildet eine Geheime Ratsresolution vom 21. April 1679, die die hohen Ausgaben der Münchener Stadtkammer, insbesondere bei den Besoldungen, beanstandet¹⁸⁸. Diese Beanstandung läßt auf eine Überprüfung der Finanzen schließen. Erst 1767 kam es wieder zu einer solchen Untersuchung der Ratskammer, verursacht durch „Zwistigkeiten“ in dieser städtischen Behörde. Bereits 1749 war bestimmt worden, daß nur der Geheime Rat, nicht mehr die Hofkammer die Rechnungen der Stadt einfordern dürfe. Dennoch kam es 1775 und den Jahren darauf zu Konflikten um die Rechnungsprüfung durch die Zentralbehörden. Als der Stadt am 17. Februar 1775 befohlen wurde, alle Kammerrechnungsverifikationen¹⁸⁹ seit 1745, d. h. von 30 Jahren, der Hofkammer einzureichen, wird dies von der Stadt mit historisch nicht ganz richtigen Argumenten verhindert. Der Magistrat behauptet nämlich am 4. März 1775, der Kurfürst selbst wie auch seine Vorfahren hätten die Kammerrechnungen nie abgefordert. Wenn auch sachlich hinsichtlich der Vorgänge in der Zeit Maximilians I. falsch, so belegen die Behauptungen doch, daß es sich bei dem Befehl des Kurfürsten vom Februar 1775 um einen ganz außergewöhnlichen Vorgang handelte. Die Stadt erreichte schließlich am 6. März dieses Jahres, daß die kurfürstlichen Kommissare zwar die Rechnungs-

¹⁸⁴ StadtA München Kämmerei Nr. 4 Fasz. 1.

¹⁸⁵ Pültz, Stadtvisitation.

¹⁸⁶ Heydenreuter, Hofrat. 253 ff.

¹⁸⁷ StadtA München Kämmerei Nr. 4 Fasz. 1.

¹⁸⁸ StadtA München Kämmerei Nr. 4 Fasz. 2.

¹⁸⁹ Rechnungsverifikationen und -kürzen scheinen dieselbe Bedeutung zu haben, d. h. es handelt sich um Zusammenfassungen der ausführlichen Rechnungen, in die nur die Summen der Einzelstats eingegangen sind.

verifikationen einsehen durften, nicht jedoch die Rechnungen selbst, und daß dies auch im Rathaus zu geschehen habe und nicht in der Hofkammer.

Diese Vorrechte konnte die Stadt unter Kurfürst Karl Theodor nicht mehr behaupten. Bereits am 22. April 1780 richtete dieser einen Befehl an den Münchener Rat, der die Untersuchung der Stadtkammerrechnung von 1779 anordnet. Spätestens 1782 muß die Stadt dem landesherrlichen Drängen nachgeben, als der Kurfürst am 3. Juli für die nächsten Tage eine Untersuchung aller weltlichen Ämter und Rechnungen ankündigt. Der Kommission sollen vom Bürgermeister bis zu den untersten Chargen alle Beamten zur Verfügung stehen. Die Stadt erklärte zwar den Befehl als eine „Bedrohung“, die sie „als freye Stände, getreue Unterthanen und redliche Leute niemals zu erhalten vermuthet hätten“ und der ihrer Ehre und ihrem Ansehen nachtheilig wäre, besonders da sie sich keines Verbrechens schuldig gemacht hätten. Außerdem hätten sie bereits vor vier Monaten zwei Rechnungen der Obersten Landesregierung vorgelegt. Die Oberlandesregierung antwortete am folgenden Tag: Die Kommission diene dem Abbau der hohen Schuldenlast, einer besseren Verwaltung, der Abstellung unnötiger Ausgaben und einer Einschränkung der Mißbräuche. Die kurfürstliche Verordnung werde deshalb von der Kommission umgesetzt¹⁹⁰. Die landesherrliche Visitation des Jahres 1782 läßt wohl am ehesten mit denen von 1640/42 und 1651 vergleichen. Beide Male war die Stadtkammer in außergewöhnlichen Zahlungsschwierigkeiten, ja 1781 mußten sämtliche Zinszahlungen an die Gläubiger eingestellt worden und nicht einmal mehr die Schutzbauten am Isarufer konnten erneuert werden¹⁹¹. Im Jahre 1780 gesteht die Stadt sogar ein, daß 1642 und 1651 die Stadtkammer infolge der Kriegs- und Infektionszeiten in größerer Unordnung gewesen sei und sie durch den Rat und die Hilfe der höchsten Behörden wieder geordnet worden sei¹⁹². Trotzdem belegen die Reaktionen der Stadt und ihr Versuch, die weitgehende Untersuchung 1782 zu verhindern, die Außergewöhnlichkeit des Vorgangs. Die landesherrliche Vollmacht zu solchem Handeln wird jedoch an keiner Stelle in Zweifel gezogen.

Die Zentralbehörden hatten auch gegenüber den sonst den *Rentämtern unterstellten Städten und Märkten* gewisse Aufsichtspflichten. So war es den vom Umritt nicht befreiten Gemeinwesen nicht erlaubt, ohne Konsens der Hofkammer Kredite aufzunehmen. Wollten sie dies bei milden Stiftungen tun, war die Genehmigung des Geistlichen Rats erforderlich¹⁹³. Ebenso war die Hofkammer zuständig für die Bewilligung bei Verkäufen von städtischen Kammergütern und bei Verleihungen städtischer Kapitalien, während der Geistliche Rat dieselbe Funktion für die Kirchen, Bruderschaften sowie die sonstigen geistlichen und milden Stiftungen ausübte. Bei Verkäufen und Verleihungen städtischen Eigentums bzw. Kapitals konnte auch das Rentamt seine Zustimmung geben¹⁹⁴.

1.3.2. Hofoberrichter

Der Hofoberrichter gehörte dem Hofrat an. Das Amt wurde 1589 hauptsächlich für die Strafrechtspflege geschaffen. Er hatte die Aufsicht über den Falken-

¹⁹⁰ StadtA München Kämmerei Nr. 4 Fasz. 6.

¹⁹¹ Vgl. S. 416.

¹⁹² Schreiben vom 22. 5. 1780, worin die Stadt belegen möchte, daß sie nur den kurfürstlichen obersten Behörden untertan sei: StadtA München Kämmerei Nr. 4 Fasz. 6.

¹⁹³ Hoffmann, Instruktionen, 307 Art. 37.

¹⁹⁴ Ebd. 317 Art. 53.

turm, in dem die Malefizverbrecher während ihres Prozesses festgehalten wurden, und führte auch die erste Vernehmung der hier Einsitzenden durch. Unter Maximilian wurde seine Hauptaufgabe jedoch die Durchsetzung der Polizeigesetzgebung in der Residenzstadt. So mußte er auf eine Meile um den Burgfrieden auf liederliche Leute streifen, den Lebensmittelverkauf in der Stadt überwachen und Mitglieder des Hofgesindes im Falle einer Übertretung bei den zuständigen Hofgerichten anzeigen. Gegenüber dem Münchener Magistrat hatte er kein konkurrierendes Strafrecht, sondern er durfte erst eingreifen, wenn die städtischen Behörden bei Polizeivergehen offensichtlich untätig blieben. Nur dann konnte er leichtere Strafen verhängen¹⁹⁵. Dem Hofoberrichter stand in dieser Hinsicht in München eine vergleichbare Kompetenz zu, wie den Landrichtern und Pflegern gegenüber den einfachen Landstädten in ihren Gerichtsbezirken¹⁹⁶.

1.3.3. Rentmeister und Regierungen

Bayern war in der Frühen Neuzeit zunächst in vier (München, Burghausen, Landshut, Straubing), seit 1628 fünf (Amberg) Rentämter eingeteilt. Sie gingen aus den ehemaligen Vitztumämtern hervor. Das Amt des Rentmeisters¹⁹⁷ war Anfang des 15. Jahrhunderts als ein Organ der Finanzaufsicht für jedes Vitztumamt geschaffen worden. Im Laufe des 15. und 16. Jahrhunderts gewann er auch verschiedene jurisdiktionelle Aufgaben, die in einem langen Prozeß von denen des Hofrates und denen der unteren Gerichtsbehörden abgegrenzt wurden. Aus den Vitztumämtern wurden die Rentämter, auch Regierungen genannt. Hinzu kam – und dies wurde mit einer seiner wesentlichsten Aufgaben neben der Rechnungsprüfung – die Durchsetzung der immer umfangreicheren Polizeigesetzgebung in seinem Amtsbezirk. Der Kontrolle des Rentmeisters unterstanden sowohl die landesherrlichen Beamten seines Bezirks, wie auch die Hofmarken, Städte und Märkte. Befreit waren von seiner Überwachung lediglich die Hauptstädte. Besonders effizient war die Arbeit dieser Mittelbehörde durch das persönliche Erscheinen des Rentmeisters „vor Ort“ während der sogenannten „Umritte“. Diese fanden – wenn auch mit oft jahrzehntelangen Unterbrechungen¹⁹⁸ – bis in die Regierungszeit Karl Theodors statt. Die Umritte wurden erst 1779 im Zusammenhang mit der Behördenreform des Kurfürsten endgültig abgeschafft. Die Rentämter behielten danach als „Kameralrentdeputationen“ noch die Finanzfragen in ihrer Zuständigkeit, sowie das Gemeinde- und Stiftungswesen bei den Städten und Märkten und die Aufsicht über die untere Polizei. Die übrigen Kompetenzen gingen an die neue Zentralbehörde der Obersten Landesregierung.

Die Abhängigkeit der Landstädte und Märkte von den Rentämtern betraf alle

¹⁹⁵ Vgl. Heydenreuter, Hofrat 53 f.; ders., Magistrat, 190 f.

¹⁹⁶ Vgl. Kap. III.1.3.4.

¹⁹⁷ Zum Rentmeisteramt vgl. Seydel, Staatsrecht I, 30 ff.; Rosenthal, Gerichtswesen, I 288–321, 414, II 144–184, 274; Schmelzle, Staatshaushalt, 140–144, 166 ff.; Hornung, Beiträge; Rall, Kurbayern, 496; Hüttl, Caspar von Schmid; Heydenreuter, Hofrat, 50 ff.; ders., Gerichts- und Amtsprotokolle; Hoffmann, Probleme 148 f.; ders., Trostberg, 65–68; Ziegler, Dokumente, 95; Kraus (Hg.), Handbuch II (verschiedene Beiträge), 613, 636, 652, 1242 f.

¹⁹⁸ Vgl. die Rentmeisterinstruktion von 1774, wo es heißt, die Rentmeistervisitation sei oft 50 und mehr Jahre unterblieben: MGS I, 348.

Ebenen magistratischen Handelns. Das wichtigste Instrument landesherrlicher Überwachung stellte bis 1779 der Umritt dar. Nicht vergessen werden dürfen jedoch auch die verschiedenen durch den Rentmeister genehmigungspflichtigen städtischen Aufgaben, die jeweils sofort an das Rentamt weiterzuleiten waren. Auch fand ein erheblicher Teil der Rechnungsprüfung – besonders zu Zeiten, als der Umritt nicht durchgeführt wurde – am Sitz des Rentmeisters statt. Die Bücher mußten dann eingesandt werden. Nach 1779 war dies dann der Normalfall¹⁹⁹. Wieweit diese Rechnungsprüfung vollständig war, welche Lücken sie aufwies, das kann beim derzeitigen Forschungsstand nicht gesagt werden. Sicher ist jedoch, daß Max III. Joseph 1774 bei der Neufassung der Rentmeisterinstruktion von der Notwendigkeit des Umritts noch überzeugt war, d. h. daß die Prüfungspraxis ohne das persönliche Erscheinen des Rentmeisters erhebliche Mängel mit sich brachte²⁰⁰. Im folgenden sollen einige wesentliche Aufgaben des Rentmeisters gegenüber den Städten und Märkten näher behandelt werden. Die Aufzählung erhebt keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit.

Zunächst erfolgte durch ihn die *Konfirmation der gewählten Räte* der Landstädte²⁰¹. Dazu mußten die Städte entsprechende Berichte an die Regierung einsenden. Besonders bedrückend empfanden es die Magistrate, daß diese Berichte von den Regierungen an die Pfleger weitergeleitet wurden, worin sie eine Verletzung ihrer Stellung sahen, d. h. ihrer Unmittelbarkeit unter die Regierung²⁰². Allerdings dürften die Konfirmationen keineswegs immer regelmäßig beantragt worden sein. So finden sich immer wieder Klagen, daß Ratsmitglieder ohne die Bestätigung durch die Regierungen ihr Amt ausübten²⁰³. Dies dürfte auch mit den nicht unerheblichen Kosten für den Konsens zusammenhängen, der jedes Jahr eingeholt werden mußte, unabhängig davon, ob ein neuer Rat hinzugekommen ist oder nicht²⁰⁴. Allein die Eidablegung des neuen Rats vor dem dafür zuständigen Landrichter bzw. Pflegskommissar stellte für manche kleine Stadt eine Belastung dar. Als die acht Ratsfreunde des Marktes Inchenhofen 1779 vor dem Pflegskommissar von Aichach erscheinen mußten, beliefen sich die „Ratsverpflichtungs Deputata“ auf 9 fl. 6 x²⁰⁵.

Die Überwachung der *Einbürgerungen* in den Landstädten scheint im 17. Jahrhundert noch weit weniger streng gewesen zu sein, wie in der Residenzstadt. Heydenreuter schließt aus der Untersuchung der Hofratsprotokolle, daß man sich hier eher einer gewissen Willkürlichkeit hingab²⁰⁶. Dies deckt sich mit den Trostberger Befunden. Wir finden hier zwar ein Bürgerbuch für das 17. Jahrhundert, das vom Rentmeister bei seinem Umritt wohl auch kontrolliert wurde. Für eine systematische Konfirmationspraxis wie bei den Ratswahlen läßt sich jedoch kein Hinweis finden. Spätestens im 18. Jahrhundert mußten die Landstädte dann aber jede Bürgeraufnahme beim zuständigen Rentamt bzw. bei der Kameralrentdeputation ratifizieren lassen²⁰⁷. Im Rahmen der *Bewilligungspflicht beim Ver-*

¹⁹⁹ Schmelzle, Staatshaushalt, 144.

²⁰⁰ MGS I, 348.

²⁰¹ Rentmeisterinstruktion von 1669, Art. 63: siehe Anhang Nr. 2.

²⁰² Rosenthal, Gerichtswesen II, 112 f.

²⁰³ Vgl. BayHStA GR Fasz. 261 Nr. 1.

²⁰⁴ Hoffmann, Instruktionen, 291 Art. 7.

²⁰⁵ BayHStA GR Fasz. 261 Nr. 1.

²⁰⁶ Heydenreuter, Hofrat, 253.

²⁰⁷ Hoffmann, Trostberg, 61.

kauf von Kammergütern und zinstragenden Kapitalien der Städte entstand eine doppelte Zuständigkeit von Regierungen und Hofkammer. Wir sind hierauf bereits eingegangen²⁰⁸.

Die *Befugnisse bzw. Aufgaben des Rentmeisters während seines Umritts* wurden in umfangreichen Rentmeisterinstruktionen von 1613, 1669 und 1774 zusammengefaßt, die sich auf alle Ebenen der mittelbehördlichen Kontrollfunktionen beziehen²⁰⁹. Gegenüber den dem Rentmeisterumritt unterworfenen Städten und Märkten lassen sich in der 1669 von Caspar von Schmid verfaßten Instruktion²¹⁰ folgende Aufgabenschwerpunkte feststellen (vgl. Anhang Nr. 2):

- Prüfung der von den Städten selbst abgeurteilten Jurisdiktionsfälle, u.a. durch Einsicht in alle Verhörs-, Brief- und Stadtprotokolle und Ratsbücher (Art. 57, 58, 66);
- Kontrolle der Rechnungen aller dem Magistrat unterstellten Ämter und Kassen, wozu auch die der Bruderschaften, Spitäler, Almosen und anderen milden Stiftungen gehörten, und ob hier alle angeordneten Nachweisbücher geführt werden wie z.B. die Inventarien, Grundbücher etc. (Art. 58, 69, 71, 73–84, 86–89, 98 101, 105, 108, 109);
- Beurteilung der Qualifikation der Funktionsträger wie Schreiber, Rechnungsführer, Lehrer (Art. 59, 60, 92);
- Überprüfung, ob die Amtsverpflichtungen von den bürgerlichen Obrigkeiten erfüllt werden, u.a. wöchentliche Ratssitzungen oder Aufbewahrung des Marktsiegels im Rathaus (Art. 63, 104, 113);
- Belastungen der Bürger durch übertriebenen Aufwand der bürgerlichen Obrigkeit, u.a. bei umfangreichen „Zehrungen“ während der Ratssitzungen oder bei Anfertigung der Meisterstücke wie auch durch unnötige „Verehrungen“, sollen vermieden werden (Art. 93, 94);
- Prüfung, ob nicht durch Magistrat oder andere bürgerliche Funktionsträger Unterschlagungen geschehen sind (Art. 111);
- Feststellung, ob die Stadt gegenüber Hofrat bzw. Regierungen ihren Melde-, „Consens“- , Konfirmations- oder Gehorsamsverpflichtungen nachgekom-

²⁰⁸ Vgl. Kap. S. 46, 49.

²⁰⁹ Instruktion von 22. 4. 1613 abgedruckt in *Ziegler*, Dokumente II, 781–811; Instruktion von 1669 abgedruckt in GS 1771, S. 547–557, Teilabdruck – soweit für die Städte und Märkte einschlägig – im Anhang Nr. 2; Instruktion von 1774 abgedruckt in MGS I, 348–363.

Die Aufgaben des Rentmeisters während des Umritts sind in der Landesfreiheitserklärung von 1553, die auch noch im Landrecht von 1616 einen Abdruck fand, nur sehr pauschal beschrieben (Landrecht 1616, 407f.): „Was die Fürstlichen Rentmaister in ihrem vmbreiten verrichten vnd handeln sollen. Wo vnser Rentmaister vnd Landtschreiber füran vmbreiten, sollen sie ... allein zu vnser notturfft sehen, wie es in jedem Ampt vmb vnser Pfleg, Gericht, Zöll, Meut, Cästn, vnd Vorstambt, auch Schloß, Stätt, Märckt, vnd ander vnser Häuser, auch vnser Getraid, Vrbar, vnd alle andere ligende vnd fahrende Güter, Rennt, Gült, Fäll, Ambtnutzung, Scharwerch, Gericht, vnd Obrigkeit gestalt hab. Auch wie sich ein jeder Ambtman mehrers vnd minders Standts in seinem Ambrt halt, ob er vns, auff vnser Obrigkeit, Herrlichkeit, vnd Gerechtigkeit, die er in seiner Amtsverwaltung hat, mit fleiß sehe, dise Erklärung vnd ander vnser Landbot, vnd Landsordnung halt, die armen Leut nit beschwere, vnd zum Ambrt geschickt sey, oder nachlässigklich, oder eigennützlich handle, oder nit, damit wir vnd sie vns in den Ambtrechnungen, vnd allen andern vnsern notturfften allenthalb darnach fernner wissen zu richten“.

²¹⁰ Vgl. *Hüttl*, Caspar von Schmid, 184.

- men ist, u. a. ob der Rat seine jährliche Wahl hat bestätigen lassen, oder ob alle Veräußerungen von „gemeinen Grundstücken, Geld und Getraidgülden“ von den zuständigen Regierungen bzw. Zentralbehörden genehmigt waren (Art. 63, 68, 79, 105);
- Sorge tragen für die Einhaltung von Handels- und Gewerbebestimmungen, u. a. Abstellung des Fürkaufs und des Hausierhandels (Art. 67);
 - Beitragen zur Verbesserung der „Commercia“ (Art. 67);
 - Feststellung, ob die städtischen Obrigkeiten die Polizeiaufsicht ordnungsgemäß durchführen und die Preis- und Qualitätsvorschriften beachten (Art. 91);
 - Überprüfung, ob das Bürgerrecht nur Personen verliehen wurde, die einen Beruf erlernt haben und sich mit diesem auch ernähren können, damit sie nicht dem „Säckl“ anheimfallen (Art. 95);
 - Überprüfung der Feuereinrichtungen und -vorsorgemaßnahmen (Art. 85);
 - Beobachtung aller Vergehen, die im weitesten Sinne mit religiösen Dingen in Zusammenhang stehen (z. B. Gotteslästerung, Ketzerei, „leichtfertige Bücher“, Konkubinat bei Geistlichen, Arbeit an Feiertagen, Gottesdienstbesuch)(Art. 3, 4, 106);
 - Sicherung des Kirchenbesitzes, u. a. durch Prüfung der Sicherheiten bei Kapitalverleihungen, und Kontrolle aller Kirchenbücher wie Rechnungen, Inventarien, Saalbücher etc. (Art. 5–13);
 - Überprüfung der Sauberkeit auf den Gassen und in den Häusern (Art. 96).

Wie detailliert die rentmeisterliche Kontrolle zu sein hatte, zeigt u. a. Art. 63: „Bey den Strafen ist zu sehen, ob die Rechnungen mit den Strafprotocollis übereinstimmen. Von wem sie dictirt worden, wer das Protocoll gehalten, ob sich dieser oder jener etwas davon zugeeignet, oder ob sie moderirt worden; und damit sich Städt- und Märkt keiner mehrern Jurisdiction anmassen, ist dem Beamten ein Extract von den Marktsstrafen zuzustellen“. Daß es sich hierbei nicht nur um Idealvorstellungen einer zentralistisch absolutistischen Beamtenschaft handelt, sondern die Prüfungen auch tatsächlich entsprechend durchgeführt wurden, zeigen die noch erhaltenen Rentmeisterumrittsprotokolle²¹¹. Sie stellen eine wichtige Quelle der Erforschung aller Bereiche städtischen und ländlichen Lebens in Bayern dar, insbesondere der Sozial-, Wirtschafts- und Mentalitätsgeschichte. Leider gibt es bis heute keine systematische Untersuchung, die sich mit dem Inhalt, der Veränderung, den regionalen Unterschieden (besonders zwischen denen des Rentamtes München und denen der anderen Rentämter), den Erstellungszeiträumen und dem Überlieferungsstand dieses Quellentypus auseinandersetzt und wie sie gegenüber anderen Reihen der Rentämter (z. B. den Vitztumwandelbüchern) abzugrenzen sind. Aber schon die selektive – und damit notwendigerweise auch zufällige – Auswertung zeigt die detaillierte Überprüfung der städtischen Verhältnisse durch den Rentmeister in den Jahren, in denen der Umritt durchgeführt wurde, bzw. durchgeführt werden konnte²¹².

²¹¹ Auszugsweise Edition des Umrittsprotokolls für das Landgericht und die Stadt Weilheim von 1601 in Ziegler, Dokumente II, 673–676; zu den Umrittsprotokollen des Rentamtes Burghausen vgl. die – allerdings veraltete – Arbeit von Hornung, Beiträge.

²¹² Es finden sich mitunter Hinweise, daß der Umritt nicht durchgeführt werden konnte, weil in einer bestimmten Region die Pest herrschte; auch zu Zeiten der österreichischen

Wie weit der Rentmeister in die Amtsführung und die Zustände in den Städten eingriff, kann hier nur an einigen Beispielen aus verschiedenen Bereichen gezeigt werden, wobei in der Auswahl bewußt auf spektakuläre Fälle verzichtet wurde, sondern vielmehr die „Normalität“ das Verhältnis der Städte zum Landesherrn bzw. dessen Mittelbehörde anschaulich machen soll.

Jurisdiktion: Vielfach wurde den bürgerlichen Obrigkeiten im Falle von Beschwerden angelastet, daß sie ihren Gerichtspflichten nicht ordnungsgemäß nachkämen. So hielt der Rentmeister 1660 dem Rat des Marktes Trostberg vor, daß die Polizeiordnung fordere, auch bei Hochzeiten von Ausländern mit zu vielen Gästen diese zu bestrafen, was im Markt aber nicht geschehen sei²¹⁵. Daß sich die Bürgermeister, die ja in den kleineren Städten oftmals Wirte und Brauer waren, für die Reduzierung ihrer eigenen Einnahmen aufgrund solcher landesherrlicher Verordnungen nicht gerade begeisterten, läßt sich denken. Auch die Höhe der Bestrafung wurde verschiedentlich kritisiert. 1670 ermahnte der Rentmeister den Trostberger Rat²¹⁴, einen Bürger wegen „nächtlichen groben umbpoldrns“ mit einem Verweis und „antragung der schellen pro 1 tag vnnd nacht“ verurteilt zu haben, wo doch hierfür nur eine Geldstrafe vorgesehen sei. Überhaupt wurde dem Trostberger Rat am Ende des 17. Jahrhunderts bei Unzucht- bzw. Liederlichkeitsdelikten ein zu strenges Vorgehen vorgeworfen²¹⁵. Andererseits hätte der Magistrat ebenfalls 1670 eine lebensgefährliche Schlägerei zu gering bestaft. Um 1698 wurde dem Rat erklärt, daß es ihm nicht zustehe, Strafen zu vermindern, was er verschiedentlich getan hatte²¹⁶.

Finanzverwaltung: Von den Rechnungen aller städtischen Ämter wurden die wichtigsten Posten in das Protokoll übernommen und verschiedentlich kommentiert. Hierbei rügte man sehr häufig rein formale Fehler. So waren in den Weilheimer Pfarrkirchenrechnungen U. L. Frau von 1607 und 1608 die Rechnungsrreste des Vorjahres auf der Ausgabenseite nicht übertragen worden. Ein Unterschlagungsversuch scheint damit nicht verbunden gewesen zu sein²¹⁷. Entsprechend finden sich Belehrungen für den Stadt- oder Marktschreiber, wie die Rechnungen anzulegen seien und welche Angaben sie enthalten mußten²¹⁸. Diese Tätigkeit scheint auch der Grund für die Gleichförmigkeit der städtischen Buchführung in Bayern zu sein. Gravierend sind die Eingriffe des Rentmeisters besonders dort, wo kein eigentliches Amtsvergehen des Magistrats feststellbar ist. So hatte der Markt Trostberg 1668 zwei ganze Bürgersteuern von seinen Bürgern eingezogen, obwohl die Landschaft als Stadtsteuer nur eine und zwei Drittel Standsteuern ausgeschrieben hatte. Die Differenz zwischen dem Ertrag aus der Bürgersteuer und der an die Landschaft abzuführenden Standsteuer wurde von allen Städten völlig legitim zur Bestreitung der eigenen Kammerausgaben mitverwendet²¹⁹, wobei es aber – wie aus diesem Vorgang abzulesen – nicht statthaft war, mehr als

Besetzungen während des Spanischen und des Österreichischen Erbfolgekrieges fanden keine Umritte statt.

²¹⁵ StAM RL Fasz. 76 Nr. 346 fol. 240.

²¹⁴ StAM RL Fasz. 77 Nr. 348 fol. 95–98.

²¹⁵ StAM RL Fasz. 78 Nr. 351 fol. 786 f., 791 f., 796, 806.

²¹⁶ StAM RL Fasz. 78 Nr. 351 fol. 778 f.

²¹⁷ StAM RL Fasz. 27 Nr. 109 fol. 145.

²¹⁸ Z. B. Trostberg um 1698 zur Verbuchung verliehenen Kapitals: StAM RL Fasz. 78 Nr. 351 fol. 856.

²¹⁹ Vgl. S. 405.

die ausgeschriebenen Simpla von der Bürgerschaft einzufordern. Der Trostberger Magistrat wurde vom Rentmeister bei seinem zwei Jahre später durchgeführten Umritt gerügt, daß er mit diesem Vorgehen die ohnehin schon schwer belastete Bürgerschaft weiter bedrückt habe²²⁰. Ebenfalls griff der Rentmeister in Trostberg 1660 ein, weil der Magistrat verschiedene Marktbedienstete wie Wächter, Organist, Zimmermeister, Maurermeister und Nachtzettelschreiber von der Steuerzahlung aufgrund ihrer geringen Besoldung befreite. Seiner Ansicht nach sollten diese, weil sie im Markt etwas verdienten, auch zu den allgemeinen Unkosten beitragen²²¹. Es sei hier betont, daß die Steuermindereinnahmen in diesem Fall ausschließlich zu Lasten der Marktkammer gingen, die Standsteuersumme, die Trostberg an die Landschaft abführen mußte, blieb davon völlig unberührt. Sehr häufig werden auch die zu großen Zehrungen der Räte oder der Verwalter der Stiftungen am Tag der Rechnungslegung beanstandet. Als der Weilheimer Rat zusammen mit etlichen Prälaten und verschiedenen anderen beim Rechnungsmahl 1608 insgesamt 42 fl. verpraßte, wurde dies drei Jahre später vom Rentmeister bei seinem nächsten Umritt festgestellt und für zukünftige Zeiten verboten²²². Weit weniger konkret und wohl auch etwas hilflos wirken dagegen Forderungen des Rentmeisters wie die an den Friedberger Rat von 1611, die hohe Verschuldung zu verkleinern. Die Stadt hatte bei jährlichen Einnahmen der Kammer von ca. 4.000–5.000 fl. (ohne Anleihen)²²³, zu dieser Zeit 19.600 fl. Schulden, die u. a. durch den Bau eines Brunnenwerks entstanden waren.

Soziale Sicherheit: 1668 hatte der Markt Trostberg den Tagwerker Gabriel Tunzensteiner „seiner vnuermögenheit halber“ gegen eine verminderte Gebühr zum Bürger aufgenommen. Der Rentmeister sah derartiges Handeln als „gar ain schlechtes“ an, da zu befürchten sei, daß solche armen Leute über kurz oder lang „gemainer burgerschafft mit dem allmosen vnnd vnnderhalt auf den hals wachsen“. Dem Magistrat wurde deshalb befohlen, die Finanzen des Marktes besser zu verwalten und solche armen Leute nicht mehr aufzunehmen²²⁴.

Gewerbeaufsicht: Den Friedberger Bäckern war es bis 1611 verwehrt, daß zu den festgelegten Backterminen alle gleichzeitig backen durften. Durch den Rentmeister wird diese Einschränkung verboten²²⁵. In Trostberg wurden 1689 die „meßereyen ellen vnnd gewichter auch abwegungen des brodts“ zu gering und zu klein befunden. Der Rentmeister ordnete die vom Rat versäumte Bestrafung der „delinquenten“ an und die Verteilung des nicht normgerechten Brots an die Armen²²⁶.

Gewerbeförderung: Soweit bisher zu beurteilen, scheint der Rentmeister kaum Möglichkeiten gehabt zu haben, seinem Auftrag hinsichtlich einer Verbesserung der Wirtschaft der Städte nachzukommen. So verfaßt er in dem Trostberger Protokoll des Jahres 1620 unter der Überschrift „erhebung der commertien“ zunächst eine kurze Analyse des vorgefundenen Zustands und schließt daran einen kaum hilfreichen Aufruf an den Magistrat an: „Obwoln bei disem marckht

²²⁰ StAM RL Fasz. 77 Nr. 348 fol. 64 f.

²²¹ StAM RL Fasz. 76 Nr. 346 fol. 238 f.

²²² StAM RL Fasz. 27 Nr. 109 fol. 137

²²³ StAM RL Fasz. 27 Nr. 109.

²²⁴ StAM RL Fasz. 77 Nr. 348 fol. 64; vgl. zum Hintergrund dieser restriktiven Einbürgerungspraxis S. 85 f., 178 ff.

²²⁵ StAM RL Fasz. 27 Nr. 109 fol. 29.

²²⁶ StAM RL Fasz. 78 Nr. 351 fol. 786.

rhein schiffreich wasser noch sonsten solche strassen. das sonderbare firmene gewerb fortzubringen, sondern alain etliche wochen- vnd jarmarkht, ist danoch burgermaister vnd rath gesegt, die commertien sovil möglich zu erheben vnd zu befördern“²²⁷.

Beschwerden der Stadt gegen landesherrliche Beamte: Auf die Konflikte der Städte mit den Landrichtern um die Niedergerichtskompetenzen wurde bereits eingegangen²²⁸. Aber auch die Verwaltung des Umlandes der Städte, die ja kein eigenes Territorium hatten, war für sie von Bedeutung. Diese Verwaltung lag in den Händen der Landrichter. Deren Amtsführung in ihren Bezirken hatte auf die städtischen Gemeinwesen unmittelbare Auswirkungen, nicht zuletzt ökonomische. 1611 beschwerten sich deshalb Bürgermeister und Rat von Weilheim über die Beamten des Landgerichts, daß diese ihrer Aufsichtspflicht gegen den verbotenen Fürkauf auf dem Land nicht nachkämen, der den Markt der Stadt ruiniere²²⁹.

Die Liste der Themen, mit denen sich der Rentmeister bei seinem Umritt zu beschäftigen hatte, ließe sich im gleichen Stil zu allen Punkten der Instruktion von 1669 fortsetzen. Ob dem Trunk ergebene Bürgermeister, zerstrittene Ratskollegien, unfähige Schulmeister, unvollständige Eintragungen der Schreiber in den Rechnungsbüchern oder nur der Hinweis, daß der Gottesdienst wohl bestellt sei – alles scheint den Rentmeister interessiert zu haben. Mitunter findet sich auch die Beschreibung eines speziellen Herkommens oder Privilegs einer Stadt, ohne daß damit ein weiterer Kommentar oder gar ein Vergehen verbunden wäre²³⁰. Angesichts der weiten Aufsichtspflichten des Rentmeisters erscheint die Akzeptanz dieser Institution durch die Städte doch erwähnenswert. Anläßlich des Landtags von 1669 forderte der Stand sogar den Kurfürsten auf, die jährlichen Umritte wieder aufnehmen zu lassen, da die Unkosten für die sonst eingesetzten „Visitations Rät“ viel höher seien. Gegen diese Räte wäre auch keine „appellation“ gestattet²³¹.

1. 3. 4. *Pfleger oder Landrichter*

Anders als beim Rentmeister waren die Kompetenzen des Landrichters bzw. Pflegers gegenüber den Städten von weit größeren Unsicherheiten bestimmt, die dann auch zu ständigen Streitigkeiten führten. Die Abgrenzung der Zuständigkeiten im Bereich der Rechtsprechung²³² wie auch die Mitwirkung des landesherrlichen Beamten bei der Prüfung der Kirchenrechnungen wurden bereits behandelt²³³. Grundsätzlich sei hier nochmals betont, daß die gerichtliche Zuständigkeit erster Instanz der Pfleger üblicherweise eine größere war als die der Landstädte. Darüber hinaus oblagen den Landrichtern noch weitere Aufgaben bezüglich der Städte oder Märkte in ihren Gerichten, sofern diese nicht als Hauptstadt von dieser Einwirkung befreit waren:

²²⁷ StAM RL Fasz. 76 Nr. 343 fol. 12

²²⁸ Vgl. S. 30–33.

²²⁹ StAM RL Fasz. 27 Nr. 109 fol. 150; vgl. hierzu S. 120–123.

²³⁰ Z. B. 1650 „Was den burgern zu Trosparg bey den zoll stöten Trosparg vnd Altenmarkht für privilegia bestanden werden“: StAM RL Fasz. 76 Nr. 345 fol. 18.

²³¹ Krenner, 1669, 498.

²³² Vgl. S. 30–33.

²³³ Vgl. Kap. III.1.3.

- Falls der Magistrat seiner Gewerbe- und Polizeiaufsichtspflicht nicht nachkam, mußte der Landrichter entsprechend handeln²⁵⁴. In dieser Funktion läßt er sich mit dem Hofoberrichter für München vergleichen.
- Die Pfleger hatten gegenüber den Städten und Märkten die Militärhoheit, d. h. sie waren auch für die Aushebung der Bürger zu den Landfahnen wie die militärische Ausbildung und Ausrüstung zuständig²⁵⁵.
- Mit Ausnahme der Hauptstädte erhielten die Städte und Märkte die landesherrlichen Mandate aus der Hand der Pfleger²⁵⁶.
- Der Pfleger hatte die neugewählten Räte der Städte zu vereidigen²⁵⁷.
- Nachtzetteln (= Meldescheine Fremder, die in der Stadt übernachteten) mußten nicht nur dem Bürgermeister übergeben werden, sondern auch ein Exemplar dem Beamten „in loco“²⁵⁸.

1. 3. 5. Visitationen und Spezialkommissionen

Das Wirken von landesherrlich eingesetzten Visitatoren und Kommissionen zur Untersuchung bestimmter Mißstände ist in vielerlei Hinsicht vergleichbar mit den Aufgaben des Rentmeisters während seines Umritts. Der Unterschied liegt darin, daß die Visitationen einmalig eingesetzt wurden und entweder nur ein spezielles Kontrollinteresse – z. B. die Stiftungen – hatten, oder regional beschränkt waren, d. h. mitunter nur eine einzige Stadt betrafen.

Eine besonders umfangreiche Visitation ließ Kurfürst Ferdinand Maria im Vorfeld des letzten Landtags von 1669 in den Städten und Märkten durchführen, wobei eruiert werden sollte, wie deren Wirtschaft verbessert, Mißbräuche abgestellt und eine „universal ordnung“ für die Rentmeisterumritte erstellt werden könnte²⁵⁹. Die Ergebnisse bildeten dann auch tatsächlich die Grundlage der Rentmeisterinstruktion von 1669. Die Berichte der Kommissionen in den verschiedenen Städten ähneln sehr denen in den Rentmeisterumrittsprotokollen. Was fehlt, sind lediglich die ausführlichen Exzerpte aus den Rechnungsbüchern. Aus diesen werden nur bei Beanstandungen Summen genannt. Eine ähnliche Visitationskommission hatte bereits Maximilian I. 1602 eingesetzt, die ebenfalls die Hebung des Gewerbes zum Ziel hatte und die Städte und Märkte des Rentamtes München in den Jahren 1606–09 besuchte²⁴⁰.

Am Beispiel Münchens haben wir bereits im Zusammenhang mit den zentralbehördlichen Kontrollen gesehen, daß die Hauptstädte nicht von jeglicher landesherrlicher Kontrolle in Form von Visitationen befreit waren. Bei diesen

²⁵⁴ Hoffmann, Instruktionen, 297 f. Art. 18.

²⁵⁵ Rosenthal, Gerichtswesen II, 106 f.

²⁵⁶ Ebd. 109.

²⁵⁷ Hoffmann, Ratswahlordnung, 7.

²⁵⁸ Hoffmann, Instruktionen, 301 Art. 24. 1602 beschwerten sich besonders die Vohburger Brauer gegen die beschwerliche Praxis. Sie erklärten, wenn ein Gast um 10 oder 11 Uhr nachts zu ihnen käme und der Nachtzettel nicht umgehend dem Pfleger übergeben würde, erhielten sie alsbald eine Strafe. Andererseits kämen sie um diese Zeit vielfach nicht in das Schloß hinein. Darüber hinaus könnten einige von ihnen nicht schreiben und müßten „bei nächtlicher weill“ erst zu einem Schreiber laufen (BayHStA GR Fasz. 273 Nr. 4).

²⁵⁹ Alle erhaltenen Akten dieser Visitation BayHStA GR Fasz. 266 Nr. 31; vgl. Hoffmann, Instruktionen, 273 f.

²⁴⁰ BayHStA GR Fasz. 273 Nr. 4. Vgl. zu beiden Visitationen die einleitenden Gedanken S. I und allgemein S. 63 f.

besonders privilegierten Städten waren die Prüfungen – zumindest soweit bisher erkennbar – nur an bestimmte Umstände gebunden. Hierzu zählten ganz besonders Schwierigkeiten im Finanzwesen²⁴¹.

1.3.6. Administrationen

Sie wurden nur in Ausnahmesituationen durch den Landesherrn eingesetzt und stellten gewissermaßen eine ultima ratio des Verwaltungshandelns dar. Das berühmteste Beispiel ist wohl die Einsetzung einer landesherrlichen Administrationskommission in München 1790/91 anlässlich der Wirren, die auch zum Kniefall des Rates vor dem Bildnis Karl Theodors führten²⁴². Weit schwerwiegender war jedoch ein anderer Fall. Am 11. Mai 1760 mußte die Stadt Burghausen dem Kurfürsten eine Schuldenlast von 120.000 fl. eingestehen. Dies entsprach etwa dem Dreißigfachen der jährlichen Kammereinnahmen in dieser Zeit²⁴³. Die Stadt wurde daraufhin einer kurfürstlichen Administration unterstellt, die bis 1802 andauerte. In dieser Zeit mußte der Stadtkämmerer seine Ausgaben auf ein Minimum beschränken und selbst diese jeweils von der eingesetzten Deputation genehmigen lassen. 1769 verlor die Stadt auch die Aufsicht über das Spital an die kurfürstliche Kirchendeputation. Eine Instruktion nennt als Aufgaben für einen „künftigen“ Stadtréspizienten am 4. Juni 1796 die Liquidation der Schulden und der Ausstände (nicht bezahlte Forderungen) der Kirchen- und Stadtkammer, die Rechnungsprüfung und die Überwachung von Bürgermeistern bzw. Verwaltern bei der Rechnungsführung, insbesondere aber die Beschränkung der Ausstände. Einem Stadtbaukommissar für Burghausen wurde um dieselbe Zeit zur Aufgabe gemacht, Maurer- und Zimmermeister zu überwachen, die ohne seine Zustimmung keine Arbeiten verrichten durften²⁴⁴.

Für Burghausen war dies jedoch nicht die erste Erfahrung des temporär begrenzten Verlusts seiner hauptstädtischen Vorrechte. Bereits 1651 war es aufgrund eines Berichts der Regierung zu einer kurfürstlichen Visitation gekommen, die unglaubliche Zustände in der Rechnungsführung, unverhältnismäßige Ausstände und kaum mehr zu tilgende Schulden feststellte. Die Stadt wurde erst jetzt zu ordentlicher Rechnungsführung gezwungen, und sie mußte ihre Rechnungen jedes Jahr bis 1698 zur Kontrolle vorlegen²⁴⁵.

In seltsamen Widerspruch hierzu steht das Beharren auf die hauptstädtischen Freiheiten auf anderen, scheinbar nebensächlichen Gebieten. So hatte sich Burghausen 1690/91 geweigert, einem kurfürstlichen Befehl Folge zu leisten, die Zahl der in der Stadt lebenden Bürger, Inwohner, Witwen und Witwer anzugeben. Der Magistrat begründete die Weigerung mit dem Hauptstadtstatus und damit, daß man dem rentmeisterischen Umritt nicht unterworfen sei. Burghausen könne deshalb ein solcher Auftrag nicht zugemutet werden²⁴⁶.

²⁴¹ Vgl. S. 47 ff.

²⁴² Vgl. hierzu *Schattenhofer*, Kniefall; *Bauer*, Umbruch, 255 f.

²⁴³ Vgl. S. 427 f.

²⁴⁴ BayHStA GL Fasz. 407 Nr. 29; GL Fasz. 433 Nr. 119.

²⁴⁵ BayHStA GL Fasz. 433 Nr. 119.

²⁴⁶ BayHStA GL Fasz. 448 Nr. 5.

In einem ersten Schritt der Untersuchung der bayerischen bzw. oberbayerischen Stadt in der Frühen Neuzeit erfolgte eine Annäherung an das Thema über eine Art Standortbestimmung. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Forschung zum Verhältnis absoluter Staat versus intermediäre Gewalten standen folgende Fragen im Vordergrund: Wie sind diese Gemeinwesen rechtlich in den Staat integriert, welche Kompetenzen, Rechte, Freiheiten und Pflichten haben sie gegenüber dem Landesherrn und seiner Bürokratie und wie veränderten sich diese? Es handelt sich hierbei um erste Befunde, die eine weitere systematische Forschung keineswegs ersetzen können. Als wesentlichste Erkenntnis kann jedoch bereits an dieser Stelle formuliert werden, daß die Stellung der bayerischen Stadt im absolutistischen Staatsaufbau weit differenzierter betrachtet werden muß als nur mit den Kategorien der Unterwerfung und Einbindung in die staatliche Bürokratie. Im einzelnen erscheinen hierfür folgende Ergebnisse von Bedeutung:

1. Die Privilegien blieben während der gesamten Frühen Neuzeit eine Art verfassungsmäßige Grundlage des magistratischen Handelns wie des Verhältnisses von Stadt und Landesherr.
2. Wesentliche Einschränkungen alter Freiheiten und Kompetenzen, insbesondere im Gerichtswesen sind nicht feststellbar.
3. Mit Ausnahme der Hauptstädte läßt sich kein stadttypen- bzw. stadtgrößen-spezifischer Privilegienkatalog feststellen. Ja mitunter haben gefreite Märkte weit größere Gerichtskompetenzen als Landstädte.
4. Interessant ist, daß der spektakulärste und wohl auch folgenschwerste Verlust alter Rechte auf ökonomischem Gebiet (Salzhandel) erfolgte. Ein Schritt der allein der Verbesserung der staatlichen Kammereinnahmen diente und keineswegs politisch zu interpretieren ist.
5. Gegenüber den Privilegien, die individuell verliehen wurden, hatte die Gesetzgebung der Neuzeit meist das ganze Land im Auge und zielte damit auf eine größere Rechtseinheit des Territoriums. Dabei war auch die Zurückdrängung des städtischen Statutarrechts zugunsten einer landeseinheitlichen Normsetzung wesentlich. Die jetzt erlassenen Ordnungen, Instruktionen und Edikte lösten jedoch die alten Privilegien nicht ab, sondern basierten auf diesen. In der Regel werden in der Neuzeit die vorhandenen Rechte präzisiert, Ausführungsbestimmungen für Justiz und Verwaltung erlassen und das ständische System in den modernen absolutistischen Staatsaufbau integriert.
6. Ohne die Freiheiten der Städte und Märkte wesentlich anzutasten unterlag die Bedeutung der Privilegien einer entscheidenden Veränderung: Die ursprünglich als genossenschaftlich nutzbare „Rechte“ verliehenen Privilegien wurden im frühneuzeitlichen Territorialstaat zu durch die Staatsbürokratie einklagbaren und zu überwachenden „Pflichten“. Damit gelang der Einbau der intermediären Gewalten in den neuen Staatsaufbau ohne signifikante Rechtsbrüche.
7. Überwachungsmittel für die Einhaltung dieses Rechte-Pflichten-Katalogs war ein abgestuftes und vielschichtiges Kontrollsystem, das durch regelmäßige wie ad hoc Maßnahmen funktionierte. Allein aufgrund der zahlreichen und vielfach erfolgreichen Widerstände der Magistrate, des häufigen Ausfalls auch

als regelmäßig intendierter Visitationen, der in den Quellen geschilderten oft jahrzehntelang andauernden und stets aufs neue gerügten „Mißstände“ etc.²⁴⁷ darf dieses Herrschaftssystem nicht mit der Systematik und Menschenverachtung moderner totalitärer Regime verwechselt werden und auch nicht mit der Effizienz moderner Bürokratien. Außerdem hatten die staatlichen Kontrollen auch eine Schutzfunktion für die Bürger gegenüber ihrer eigenen städtischen Obrigkeit.

8. Wenn auch weitere detaillierte Forschungen hierzu notwendig wären, so lassen sich bereits jetzt Phasen unterschiedlich starken Durchgriffs des Staates auf die Städte feststellen. Dazu gehören die Epoche Maximilians I., das Umfeld des letzten Landtages von 1669 sowie die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts, in denen sowohl in Bezug auf die Normenproduktion als auch hinsichtlich der „Überwachungsaktivitäten“ ein erhöhtes Engagement feststellbar ist.
9. Schließlich ist das Verhältnis Stadt-Landesherr nicht nur als antagonistische Struktur zu verstehen. So konnte der frühneuzeitliche Staat wohl kaum ohne funktionierende Stadtverwaltungen existieren, wie sich anhand der Sorge um die adäquate personelle Besetzung, aus der Konservierung der bis ins 16. Jahrhundert hinein entwickelten Privilegien, aus verschiedenen Kompetenzen der Magistrate über die Stadtgrenzen hinaus etc. ablesen läßt.

2. Territoriale Wirtschaftspolitik und städtische Ökonomie – Elemente des Wirtschaftssystems

2.1. Fragestellung

Die absolutistische Wirtschaftspolitik wird allgemein mit dem Begriff des „Merkantilismus“ umschrieben, in Deutschland auch mit „Kameralismus“²⁴⁸, wobei letzterer „eine Verbindung von volkswirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Theoremen mit verwaltungstechnischen Grundsätzen und bevölkerungspolitischen Zielsetzungen“ darstellt – mithin eine Gleichsetzung nicht statthaft ist²⁴⁹. So umstritten die Anwendung der beiden „ismen“ als erkenntnisfördernde Mittel der Beschreibung einer gesamtwirtschaftlichen Politik absolutistischer Herrscher auch sein mag, Einigkeit herrscht zumindest in der Tatsache, daß das Hauptaugenmerk aller frühneuzeitlicher Wirtschaftspolitik auf der Vermehrung der Staatseinnahmen lag²⁵⁰. Das Ziel einer Wirtschaftspolitik ist danach hauptsächlich in der Steigerung der politischen und militärischen Macht zu suchen, die nur auf dem „Reichtum“ eines Landes aufbauen konnte. Die Aufgabe der Merkantilisten konnte damit nur lauten: „Entwicklung und Wachstum

²⁴⁷ Verschiedene Belege hierfür finden sich in der vorliegenden Arbeit, passim.

²⁴⁸ Vgl. *Kellenbenz*, Wirtschaftsgeschichte I, 297 ff.

²⁴⁹ Zu den Begriffen Merkantilismus und Kameralismus vgl. *Blaich*, Merkantilismus, 1–10, 16 ff.

²⁴⁸ Vgl. *Kellenbenz*, Wirtschaftsgeschichte I, 297 ff.

²⁴⁹ Zu den Begriffen Merkantilismus und Kameralismus vgl. *Blaich*, Merkantilismus, 1–10, 16 ff.

²⁵⁰ Vgl. u. a. *Press*, Merkantilismus, 7.

aller Wirtschaftszweige und aller Produktionsfaktoren, die geeignet sind, den wirtschaftlichen ‚Reichtum‘ des Staates zu mehren“²⁵¹. Das Spannungsfeld der Möglichkeiten und Ergebnisse eines landesherrlichen Eingreifens in die Wirtschaft eines Landes ist so bereits angedeutet. Dieses reichte von fördernden Lenkungsmaßnahmen bis hin zu einem reinen Fiskalismus, der sich nur an der Verbesserung der Kammereinkünfte orientierte.

Begleitet war dieser Impetus von einem neuen Arbeitsethos. Nicht nur in protestantischen Gebieten verstand man sich seit Beginn der Neuzeit auf eine religiös motivierte Arbeitspflicht des Individuums, die der Merkantilismus säkular umdeutete²⁵². Dies konnte und wurde der Wirtschaftspolitik des frühneuzeitlichen Staates dienstbar gemacht, indem man die produktiven Kräfte des Landes zu stärken suchte²⁵³ und Bettelei und „Müßiggang“ kriminalisierte²⁵⁴. Insofern gehören Merkantilismus und wirtschaftliche Disziplin des Individuums – zumindest theoretisch – zusammen²⁵⁵. Vollbeschäftigung aller Arbeitsfähigen war ein Ziel merkantiler Wirtschaftspolitik und -gesetzgebung, mit der man eben nicht nur die Entlastung der öffentlichen Armenkassen, sondern vor allem die allgemeine Produktivität und damit die Einnahmen des Staates zu steigern beabsichtigte.

Unter Maximilian I. wird Bayern eine Vorreiterrolle im neuzeitlichen Modernisierungsprozeß innerhalb des Reiches zugestanden, der sich auch auf den fiskalischen und ökonomischen Bereich erstreckte²⁵⁶. Letztendlich scheiterten viele dieser wirtschaftspolitischen Ansätze jedoch. Andreas Kraus nennt hierfür nicht nur den Krieg als Ursache, sondern besonders auch den Primat des Fiskalismus: „Die Theorie konnte nicht zum vollen Erfolg führen, da sie im Grunde nicht aus den Gegebenheiten der Wirtschaft entwickelt war, sondern von den Möglichkeiten und Erfordernissen der fürstlichen Finanzen her“²⁵⁷. Das so beschriebene Dilemma läßt sich mehr oder minder auch unter den Nachfolgern Maximilians bis zum Ende des alten Wirtschaftssystems um 1799 feststellen. Auf den stets angespannten, mitunter gar katastrophalen Zustand der Staatsfinanzen in den zweihundert Jahren unseres Untersuchungszeitraums kann und muß hier nicht näher eingegangen werden. Wenn auch vergleichbar detaillierte Studien wie die von Walter Ziegler zum 15. Jahrhundert und Heinz Dollinger für die maximilianische Finanzreform vor 1618²⁵⁸ für die spätere Zeit fehlen, so sind wir doch ausreichend über die stets angespannte Schuldensituation informiert²⁵⁹.

Die hierauf aufbauende Wirtschaftspolitik läßt sich mit dem Begriff Merkantilismus nicht einfach umschreiben. Abgesehen davon, daß wir es mit stetigen Veränderungen und Phasenverschiebungen innerhalb der Epoche zu tun haben, verdeckt der Terminus auch das Ineinander von alten – aus dem Mittelalter –

²⁵¹ Vgl. *Blaich*, Merkantilismus, 80.

²⁵² Vgl. *Werner Conze*, Artikel „Arbeit“ in: *Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck* (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe I*, Stuttgart 1979, 154–215.

²⁵³ Vgl. *Klebel*, Pauperproblem, 7 ff.

²⁵⁴ Vgl. S. 393 f.

²⁵⁵ *Oestreich*, Strukturprobleme, 344.

²⁵⁶ *Schilling*, Aufbruch und Krise, 318.

²⁵⁷ *Kraus*, Maximilian I., 62.

²⁵⁸ *Ziegler*, Staatshaushalt; *Dollinger*, Finanzreform.

²⁵⁹ Vgl. u. a. *Hartmann*, Schuldenlast; *ders.*, dette publique; *Immler*, Kirche; *Rosenlechner*, Grundlagen; *Kellermann*, Merkantilismus; *Seitz*, landständische Verordnung.

gewollt wie ungewollt weiterbestehenden Strukturen mit solchen, die das neue „System“ repräsentieren. Wir müssen nun dieses Ineinander im Hinblick auf die städtische Entwicklung Bayerns in der Frühen Neuzeit auf zweierlei Weise befragen:

1. Inwieweit war die absolutistische Politik dazu in der Lage, nicht nur die Staatseinkünfte zu erhöhen, sondern auch aktiv Verbesserungen im Wirtschaftssystem des Landes zu ermöglichen?
2. In welchem Verhältnis stehen die ökonomischen Innovationen zu den alten Strukturen?

Unsere Antworten können notwendigerweise nur selektiv sein. Sie konzentrieren sich auf einzelne zentrale Erscheinungen des frühneuzeitlichen Wirtschaftssystems, von denen sich entscheidende Auswirkungen auf die bayerische Städtelandschaft nachweisen lassen. Ein weiterer für die ökonomische Entwicklung der Städte entscheidender Punkt wird in einem anderen Kontext noch ausführlicher zu behandeln sein: die finanziellen Belastungen der Städte durch den Staat²⁶⁰. Die Ergebnisse dieser Überlegungen werden wir im Fazit dieses Abschnitts vorzunehmen müssen.

2.2. Zeitgenössische Perzeption der ökonomischen Realität in den Städten: Analysemöglichkeiten der Zentralbehörden

Sinnvolle Wirtschaftspolitik beruht auf gesicherten Daten und Vorstellungen des Funktionierens des ökonomischen Kreislaufs. Der frühneuzeitliche Herrscher hatte neben theoretischen Instrumentarien auch die Möglichkeit, sich in gewissem Umfang Kenntnisse der wirtschaftlichen Lage flächendeckend zu verschaffen.

Bis ins ausgehende 18. Jahrhundert standen der bayerischen Bürokratie jedoch kaum landesweite quantitative Daten des Wirtschaftsstandes bzw. der Wirtschaftsentwicklung zur Verfügung. So hatte man im 17. und in den ersten drei Vierteln des 18. Jahrhunderts allenfalls ungefähre Vorstellungen selbst der demographischen Situation. Eine 1679 angeordnete Bevölkerungszählung scheint nie vollendet worden zu sein²⁶¹. Erst durch die Herdstättenanlagen seit 1717 bekam man zumindest über die Zahl der Haushalte im Kurfürstentums Angaben²⁶². Völlig fehlten vor den letzten drei Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts genaue Werte, die über die Gewerbeverteilung, die Produktivität, die gewerblichen Umsätze, den Kapitalmarkt oder die Rentabilität bestimmter Gewerbebranche Auskunft gegeben hätten. Auf Veränderungen des Marktes konnte immer erst dann reagiert werden, wenn sich ein Wandel, z. B. bei der Rohstoffbeschaffung oder beim Absatz, eingestellt hatte und ganze Sparten vom Untergang bedroht waren. Auch die Steuererträge waren allenfalls ein indirekter Indikator für die Wirtschaftskraft des Landes, beruhte die fiskalische Leistung der Bevölkerung doch hauptsächlich auf den Staatsbedürfnissen und weniger auf einer irgendwie in Relation zum Sozialprodukt oder den Gewinnen der Betriebe

²⁶⁰ Vgl. Kap. IX.

²⁶¹ Vgl. S. 141.

²⁶² Vgl. S. 130f., 136 und Kap. IV.3.4.

stehenden Summe²⁶³. Wie kam der Landesherr nun überhaupt an „Wirtschaftsdaten“ und welcher Art waren diese? Die Informationsbeschaffung aus den Städten beruhte auf zwei Säulen:

1. Der Herzog bzw. Kurfürst erhielt immer wieder Angaben zu den verschiedensten Themen durch die Städte selbst, sei es, daß er sie selbst anforderte, oder daß die Städte diese von sich aus ihm übermittelten. Letzteres geschah meistens im Zusammenhang mit Bittschriften (z. B. um Steuererleichterung).
2. Der Landesherr setzte eigene Beamte zur Beurteilung der Städte ein, wobei hier besonders der Rentmeisterritt, aber auch diverse Spezialkommissionen eine Rolle spielten²⁶⁴.

Über unseren gesamten Untersuchungszeitraum finden wir in beiden Bereichen als Quelle den Typus des Berichts, der mehr subjektiv beschreibend, kaum mit objektiv vergleichbarem Zahlenmaterial versehen, mehr oder minder ausführlich war. Daß solche Quellen trotz aller – aus heutiger Sicht – Ungenauigkeit einen sehr lebendigen Eindruck ökonomischer Verhältnisse vermitteln können, zeigen u. a. zwei von Maximilian I. und Ferdinand Maria in Auftrag gegebene Umfragen unter den Städten und Märkten über ihre Gewerbesituation. Die Ergebnisse sollten als Entscheidungshilfe für wirtschaftspolitische Maßnahmen dienen.

Die vom Landesherrn 1602 angeforderten Berichte²⁶⁵ wurden ausnahmslos von den Räten bzw. den Bürgermeistern der Städte und Märkte verfaßt. Der Erhebungsbereich blieb auf das Rentamt München beschränkt. Vereinzelt findet sich eine Stellungnahme des Landrichters (Pflegers). Die Magistrate scheinen zur Beantwortung auch Gutachten der einzelnen Zünfte eingefordert zu haben, da immer wieder Beschwerden bestimmter Berufsgruppen zitiert werden. Die Antworten stammen zum größten Teil noch aus dem Jahr 1602, viele sind jedoch erst Jahre später verfaßt worden, die letzten erhaltenen 1607 (u. a. München, Friedberg) und 1608 (Wemding). Interessant ist dabei auch, daß bei verschiedenen Orten (Pfaffenhofen, Aibling, Rain, Wolfratshausen) Antwortschreiben aus einer ähnlichen Umfrage von 1584/85 beigelegt sind, überschrieben „Aus der fürstlichen Herrn Ränntmaisterer zue München vberrachte Puncten vnnd Articln“. Die hierin enthaltenen Angaben sind in die Analyse der Umfrage von 1602 eingegangen.

Kurfürst Ferdinand Maria ordnete im Vorfeld des letzten Landtags von 1669²⁶⁶ eine Visitation der Städte und Märkte durch die Rentmeister an, die u. a. dazu gedacht war, festzustellen, „wie das landt vnd sonderbar die bei stött vnd märckhten abkhomen gewerb in bässers aufnehmen gebracht (und) alle schädliche vnd verderbliche misbrauch ins khünfftig verhietet (werden können)“²⁶⁷. Die Ergebnisse sollten auch als Grundlage für die neue 1669 erlassene Rentmeisterordnung dienen. Anders als 1602 wurde diese Umfrage im ganzen Kurfürstentums durchgeführt. Da es sich um einen Rentmeisterritt handelte, entstanden die Berichte gleichzeitig und in einheitlicher Form. Den Gravamina der

²⁶³ Vgl. Kap. IX.

²⁶⁴ Vgl. Kap. III.1.3.3. und III.1.3.5.

²⁶⁵ BayHStA GR Fasz. 273 Nr. 4.

²⁶⁶ Vgl. Hoffmann, Instruktionen, 273.

²⁶⁷ BayHStA GR Fasz. 266 Nr. 31.

Städte und Märkte folgte jeweils eine mit „Mainung“ überschriebene Stellungnahme des Rentmeisters. Dieser „Mainung“ läßt sich entnehmen, daß die Beschwerden meist als gerechtfertigt anerkannt wurden. Oftmals folgt der erneuten Wiedergabe der Sache nur ein Verweis auf die Polizeiordnung oder einen entsprechenden Generalbefehl und die Mahnung an die lokalen Beamten, Zuwiderhandlungen abzustellen. Mitunter gibt es auch rührend hilflose Stellungnahmen wie z.B. in Mauerkirchen, wo darauf vertröstet wird, daß die Beschwerden nicht abzuschaffen seien, „bis sich nechstens bessere Zeiten eraigen“. Die Visitationsprotokolle enthalten darüber hinaus noch die Ergebnisse der Prüfung der städtischen Finanzverhältnisse und Verfehlungen gegen die Polizeiordnung in den einzelnen Städten und Märkten. Hier finden sich Beschuldigungen wegen unsauberer Buchführung und Schuldenmacherei der Kämmerer, Amtsmißbrauch der Bürgermeister und Räte, Unterschlagungen etc.

Vergleichbar pauschale und landesweite Umfragen über den Gewerbezustand sind für das 18. Jahrhundert nicht mehr bekannt. Man richtete jetzt vielmehr Anfragen zu konkreten Einzelproblemen an die Magistrate. Entsprechende Quellen werden verschiedentlich noch heranzuziehen sein. Wesentlich ist jedoch, daß mit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts immer stärker das Interesse an exaktem Zahlenmaterial wächst. Zwei Beispiele hierfür seien hier genannt, die im jeweiligen thematischen Kontext noch genauer zu analysieren seien werden: 1769 interessierte eine Spezialkommission des Geheimen Rats die Einnahmestruktur der städtischen Haushalte, deren Verschuldung und die daraus erwachsenden Belastungen²⁶⁸. Die Produktionswerte sowohl für die Inlandsverbrauch wie für den Export wurden erstmals 1792 landesweit erhoben²⁶⁹. Besonders im Fall der letzteren Quelle müssen diese Zahlenergebnisse allerdings noch mit größter Vorsicht analysiert werden, da in dieser Materie an der Kompetenz und den Möglichkeiten des Erhebungspersonals in den Städten erhebliche Zweifel bestehen dürften²⁷⁰.

Seit 1770 beginnt in Bayern auch das statistische Zeitalter mit den ersten landesweiten Bevölkerungs- und Gewerbezahlungen. Erstmals erhalten wir – und erhielten damit auch die Zeitgenossen – genauere Vorstellungen über Einwohner-, Gewerbe-, Beschäftigten- oder Viehzahlen auf Landesebene. Die Schwierigkeiten bei der Erstellung sind symptomatisch für die Unerfahrenheit der Beamten mit dem neuen „rechenhaften“ Denken und für die Abneigung der Stände vor zu genauer Kontrolle, vermuteten sie doch hinter all den neuartigen Aktivitäten nur den landesherrlichen Versuch, sich neue Einnahmequellen zu eröffnen²⁷¹.

2. 3. Zölle und Außenhandelslenkung

Ein Hauptinteresse jeder merkantilen Politik stellte die Erzielung einer positiven Außenhandelsbilanz dar. Neben dem Initiieren bzw. der Förderung von Gewerben und neuen Produktionsmethoden waren die wirksamsten Mittel hierfür, protektionistische Maßnahmen für bestimmte Produkte oder auch generell

²⁶⁸ BayHStA GR Fasz. 263 Nr. 14 und 15; vgl. Kap. IX.3.

²⁶⁹ Die Tabellen für Oberbayern: BayHStA GR Fasz. 830 und 831.

²⁷⁰ Vgl. Kap. VIII.4.

²⁷¹ Vgl. S. 132.

für den gesamten Warenhandel mit dem Ausland zu ergreifen. Dieser Protektionismus bestand aus einem sich verändernden System von Zöllen²⁷² und Außenhandelsverboten. Es wird uns nun zu beschäftigen haben, inwieweit hiermit tatsächlich Wirtschaftspolitik – speziell im Hinblick auf die städtischen Ökonomie – betrieben wurde, oder ob eher fiskalische Interessen im Vordergrund standen.

Die Forschungslage ist in diesem Bereich noch äußerst disparat. Während zur Zollpolitik des 18. Jahrhunderts – insbesondere zur Maut- und Akziseordnung von 1765 – schon Wesentliches bekannt ist²⁷³, läßt sich dies für das 17. Jahrhundert – auch für die Zeit Maximilians I. – noch nicht sagen²⁷⁴. Grundsätzlich fehlen jedoch Arbeiten, die sich mit den ökonomischen Auswirkungen merkantilistischer landesherrlicher Außenhandelsregelungen befassen. Quantitativ verlässliche Angaben über den Import wie den Export zu erlangen, wird jedoch nicht nur durch die Schwierigkeiten der Erfassung und der Interpretation der überlieferten Einnahmen aus Zöllen erschwert, sondern auch durch die vielfältigen Möglichkeiten des Zollbetrugs, von dem der Schmuggel nur eine Variante war²⁷⁵.

Schremmer nimmt an, daß bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges bei der Erhebung der Transitzölle fiskalische Momente im Vordergrund standen, also die Vermehrung der Regaleinkünfte des Landesherrn. Dann sei es jedoch seiner Ansicht nach zu einer „Interessenverschiebung“ gekommen. Seit dieser Zeit wären mehr gesamtwirtschaftliche Überlegungen berücksichtigt worden, bei denen die Verdienstmöglichkeiten der Untertanen aus Spedition, Bewirtung, Reparatur etc. als Faktor einbezogen worden seien²⁷⁶. Quantitativ lassen sich derartige Aussagen noch überhaupt nicht belegen. Tatsache ist jedoch, daß erst 1765 mit der neuen Maut- und Akziseordnung – die systematisch gesamtwirtschaftliche Überlegungen mit den möglichen Gewinnen aus Zolleinnahmen kontrastiert – die Transitzölle größtenteils um mehr als die Hälfte gesenkt wurden. Der Durchfuhrhandel sollte soweit wie möglich geschont werden, damit Wirtsleute, Schmiede, Wagner, Sattler etc. davon profitieren konnten²⁷⁷.

Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand läßt sich in der Zollpolitik eine deutliche Zäsur um 1765 feststellen. Vor diesem Zeitpunkt gelang es in Bayern nicht, ein geschlossenes Zollsystem zu errichten. „Die überwiegend juristisch gebildeten Wirtschaftsräte ... konnten vor allem weder die gesamtwirtschaftlichen Interdependenzen übersehen, noch den wirtschaftsfördernden und den fiskalischen Effekt einer Zollveränderung antizipieren. ... Bis in die zweite Hälfte des

²⁷² Sofern keine Unterscheidung notwendig ist, werden die zeitgenössischen Begriffe „Maut“, „Zoll“ und „Accise“ hier unter dem Oberbegriff „Zoll“ verwendet. *Schmelzle*, Zollwesen, 59, unterscheidet folgendermaßen: „Maut und Zoll ist identisch und bedeutet eine Abgabe von den ein-, aus- und durch das Land gehenden Waren für Inanspruchnahme der Verkehrswege, trägt also nach damaliger Auffassung Gebührencharakter. Accisen sind Steuern, welche von Gegenständen des inländischen Verbrauchs gelegentlich ihrer Einfuhr oder Ausfuhr erhoben werden ...“.

²⁷³ *Schmelzle*, Zollwesen; *Schremmer*, Wirtschaft Bayerns; *Häberle*, Stubenrauch; *ders.*, Zollpolitik; *Kaltenstadler*, Zollverfassung; speziell zum Wollgewerbe: *Kreuter*, Wollgewerbe, 255–267.

²⁷⁴ Hinweise bei *Freyberg*, Pragmatische Geschichte II, 315–332.

²⁷⁵ *Ebd.* 328.

²⁷⁶ *Schremmer*, Wirtschaft Bayerns, 654.

²⁷⁷ *Schmelzle*, Zollwesen, 71 f.

18. Jahrhunderts hinein blieb das Import- und Export-Zollwesen Flick- und Stückwerk“ (Schremmer)²⁷⁸. Ein Urteil wie dieses läßt sich wohl über verschiedene Gebiete frühneuzeitlicher Politik fällen. Gerade im Zollwesen wird dieser Eindruck jedoch noch verstärkt durch den Antagonismus von erwünschtem fiskalischem Erfolg und intendierter wirtschaftsfördernder Maßnahme.

Folgende Themenkreise wären für die Beurteilung der bayerischen Zollpolitik von Bedeutung:

1. Inwieweit wurde der Export von für die inländische gewerbliche Produktion wichtigen Rohstoffen verhindert?
2. Kam es zu Importerleichterungen wichtiger Rohstoffe für das bayerische Gewerbe?
3. Wurde der Export von bayerischen Handwerks- und Manufakturprodukten gefördert?
4. Konnte der Import technisch wie modisch überlegener Güter aus dem Ausland vermindert werden?
5. Welche konkurrierenden Interessen gab es hinsichtlich einer protektionistischen Zollpolitik innerhalb des bayerischen Gewerbes, z. B. zwischen Handel und Handwerk?
6. Wurde der Transitverkehr soweit gefördert, daß für die betroffenen Gewerbe wie Wirte, Fuhrleute, Wagner, Sattler etc. ökonomische Vorteile daraus erwuchsen?
7. Kann überhaupt von Erfolgen dieser Politik im Hinblick auf die bayerischen Gewerbe gesprochen werden?

Unser Überblick muß sich aufgrund des geschilderten Forschungsstandes auf eine exemplarische Auswahl von Indikatoren beschränken, die die oft gegensätzlichen Elemente der bayerischen Zollpolitik in der Frühen Neuzeit beleuchten. Ein abschließendes Urteil über den gesamten zweihundertjährigen Zeitraum ist damit natürlich nicht möglich. Andererseits lassen sich jedoch Konstanten verfolgen, die für die langfristige Entwicklung der städtischen Wirtschaft von Bedeutung waren.

Beginnen wir mit den das Bild der bayerischen Außenhandelspolitik zumindest bis 1765 bestimmenden handels- und gewerbeschädigenden Defizite des bayerischen Zollsystems, die bereits Feyberg in sechs Punkten zusammengefaßt hat²⁷⁹:

1. der Mangel an einer Generaldirektion und einem systematischen Zollwesen;
2. das Anwachsen der Zahl der Zollstationen;
3. die Vielfältigkeit der Tarife;
4. die Belästigungen des Transithandels;
5. die Unzweckmäßigkeit des Verlaufs der Mautstraßen und ihr schlechter Zustand;
6. die Undeutlichkeit, Verschiedenartigkeit und Widersprüchlichkeit der Mautordnungen.

²⁷⁸ Schremmer, *Wirtschaft Bayerns*, 637.

²⁷⁹ Feyberg, *Pragmatische Geschichte II*, 331.

Wie sahen solche Belastungen für Handel und Gewerbe nun konkret aus? Als ein besonderes Hindernis für den Binnenhandel erwies sich während unseres gesamten Untersuchungszeitraums sowohl die Unübersichtlichkeit der zahlreichen Zollstationen wie die hohen finanziellen Belastungen, die für den Transport entstanden. Im Jahre 1608 soll es in Bayern 75 Hauptmautämter und 150 Nebenämter gegeben haben²⁸⁰. 1764 wird deren Zahl mit 106 Hauptmautämtern (27 zu Wasser und 89 zu Lande), 104 Wegezoll-, 178 Aufschlag-, Neuzoll- und Akziseämtern und 304 Beimauten angegeben, ohne die Oberpfalz²⁸¹. Nach den Forschungen Dollingers bestanden jedoch bereits 1608 die 31 1764 noch zusätzlich belegten Hauptmauten²⁸². Die finanz- wie reichspolitischen Ursachen für die Unterschlagung der Angabe dieser Mautämter gegenüber dem Reich müssen uns hier nicht interessieren. Wichtig ist jedoch im Zusammenhang der Untersuchung der Auswirkung des frühneuzeitlichen Zollwesens auf die Wirtschaft des Landes, daß das System der Mautämter im wesentlichen gleich blieb und aus der vermeintlichen Erhöhung der Ämter kein Rückschluß mehr auf eine weitere Erschwerung des Handelsverkehrs gezogen werden kann.

Die Mautämter gehörten nur teilweise dem Staat, teilweise auch den Ständen²⁸³, wodurch auch die Städte selbst wiederum von Pflaster-, Brücken- oder Wegezöllen profitierten. Diese Zölle waren den Städten vielfach zur Bestreitung ihrer hohen Haushaltsdefizite in Form von Privilegien verliehen worden. So erhielt der Markt Dachau den herzoglichen Pflasterzoll 1566 zugesprochen²⁸⁴, der Markt Trostberg 1654 zunächst auf sechs Jahre zur Ausbesserung der Kriegsschäden, wobei dieses Recht bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts immer wieder verlängert wurde²⁸⁵. Berühmt ist der Fall München, als die Stadt 1587 nach dem Verlust des Salzhandels bestimmte Zolleinnahmen als Kompensation erhielt, die für die Kammereinkünfte eine wesentliche Rolle spielten²⁸⁶. Es ist verständlich, daß sich die Landstände mit allen Mitteln wehrten, als Versuche unternommen wurden, das Zollwesen zu reformieren²⁸⁷.

Wenn auch die städtischen Kammereien an dem alten System sehrwohl partizipierten, so bedeutete es für die Bürger und insbesondere für den Handelsmann eine außerordentliche Belastung. Es fehlte an einem einheitlichen Zolltarif für die Stationen, die sowohl in ihren Sätzen wie auch in den Berechnungsgrundlagen erheblich voneinander abwichen. Willkürlichkeit der Erhebung und Bestechlichkeit der Zöllner waren an der Tagesordnung²⁸⁸. Franz Xaver von Stubenrauch berechnete 1762 bei seinen Vorarbeiten zur Maut- und Akziseordnung von 1765 allein die Wegezollbelastung auf 10–20 % des Warenwerts, wobei sich dieser Wert bei unbeladener Rückfahrt verdoppelte²⁸⁹. Besonders der Bürgerstand war von diesem Mittelzoll am stärksten betroffen²⁹⁰.

²⁸⁰ Kraus, Maximilian I., 60.

²⁸¹ Schmelzle, Staatshaushalt, 104; ders., Zollwesen, 60.

²⁸² Dollinger, Finanzreform, 228.

²⁸³ Vgl. Schmelzle, Zollwesen, 68.

²⁸⁴ Hanke, Finanzstruktur, 485.

²⁸⁵ Hoffmann, Trostberg, 77.

²⁸⁶ Schwab, Teuerung, 173.

²⁸⁷ Vgl. Häberle, Stubenrauch, 86–90.

²⁸⁸ Vgl. Schremmer, Wirtschaft Bayerns, 638.

²⁸⁹ Häberle, Stubenrauch, 79.

²⁹⁰ Ebd. 88.

Die bayerische Zollpolitik hatte auch erhebliche Auswirkungen auf den volkswirtschaftlich bedeutenden Transitwarenverkehr. Die entscheidenden Möglichkeiten den Außenhandel zu bestimmen, lagen in der Hand der Landesherren. Lediglich das Recht, Transitzölle zu erheben, war Reichsregal²⁹¹. Zur Verbesserung seiner Zolleinnahmen mußte sich deshalb Maximilian I. an das Reich wenden und erhielt auf dem Regensburger Reichstag am 27. Mai 1609 die Verdoppelung der bisher gültigen Zollsätze zugestanden²⁹². Das hatte jedoch nicht den erwünschten Erfolg. Die Einnahmen stiegen nur von ca. 35.000 fl. auf 42.500 im folgenden Jahr. Die Zollerhöhung hatte zur Folge, daß die ausländischen Fuhrleute Bayern so weit wie möglich umgingen²⁹³. Die wirtschaftlichen Auswirkungen für die am Transitverkehr interessierten Gewerbe durch den erheblich gesunkenen Durchgangsverkehr sind unbekannt.

Beispielhaft ist auch die Verschärfung der Warenkontrollen bei Transitgütern in München 1698²⁹⁴. Eine kurfürstliche Instruktion hatte eine genauere Visitation aller München erreichenden Waren befohlen als dies bisher der Fall war. Die Zunft der Handelsleute und Krämer erklärte daraufhin, als die ersten Auswirkungen deutlich wurden, daß sich die meisten Transito-Güter von München abgewandt hätten und über Donauwörth, Augsburg und Schwaben nach Tirol gebracht würden. Bei diesem Weg müßten die Kaufleute für 1.000 Zentner nur 50 fl. Zoll bezahlen, während sich dieser bei der Route über Bayern auf 183 fl. 20x an vier Mautstätten belaufen würde. Besonders schmerzlich sei das Abwandern des „bekannten“ Aachener Fuhrmanns Georg Kern. Vor der Visitation hätte dieser jährlich 10.000 Zentner durch Bayern geführt, wodurch allein die kurfürstlichen Untertanen 5.000 fl. Fuhrlohn verdient hätten. Ebenso ging es mit den welschen Früchten, Seidenwaren etc., wovon bisher viele tausend Zentner über Mittenwald, München, Pfaffenhofen und Ingolstadt nach Nürnberg, Leipzig und in andere Reichsstädte verbracht worden wären. Wo früher 1.000 Zentner Güter aus Nürnberg, Salzburg, Bozen und anderen Orten durch Bayern nach München gebracht worden seien, seien es jetzt nur noch 200 Zentner. Die Kaufleute würden wegen der Wartezeiten bei den Durchsuchungen lange Aufenthaltszeiten haben, wodurch Kosten und Zehrungen – auch für die Rösser – entstünden, würden auch wichtige Messen verpassen und Verluste durch verdorbene Waren erleiden. Die Aussagen der Kaufleute und Krämer wurde durch die Trockenlader bestätigt. Sie erklärten, der Rückgang des Transitverkehrs durch München mache viele hundert Wagen aus! Die Verluste, die die Münchener hier anführten, mögen übertrieben sein, sie zeigen jedoch auf alle Fälle, wie sensibel der Warenverkehr auf derartige „Störungen“ reagierte.

Erhebliche Belastungen bestimmter Berufsgruppen entstanden auch durch Zollbefreiungen u.a. von Ausländern, die aufgrund außenpolitischer Rück-

²⁹¹ *Schmelzle*, Zollwesen, 60; *Dollinger*, Finanzreform, 182f., widerspricht dem und gibt Beispiele, wo das System der Bewilligungszuständigkeit keineswegs so deutlich war. Die nach Ansicht Dollingers erst auf Kreittmayr zurückgehende Lehre, daß nur Transitzölle der kaiserlichen Bewilligung bedürften, ist in seinen Augen nur „ein Politikum ... eine Waffe unter mehreren im Kampf um die uneingeschränkte Steuerhoheit des Landesherrn bzw. des Territorialstaates um die Vermehrung der staatlichen Einkünfte“ (S. 183).

²⁹² Zu den sieben Jahre dauernden Verhandlungen vgl. *Dollinger*, Finanzreform, 256–279.

²⁹³ *Freyberg*, Pragmatische Geschichte II, 317f.; *Dollinger*, Finanzreform, 274f.

²⁹⁴ Alle folgenden Angaben zu diesem Beispiel BayHStA GL Fasz. 2769 Nr. 1038.

sichten, z. T. auch durch gewerbepolitische Förderungsmaßnahmen in anderen Bereichen, eingetreten waren. Hinzu kommen die unterschiedlichen Privilegien des Prälaten- und Ritterstands, die noch 1736 das Recht erhielten, Getreide zollfrei auszuführen²⁹⁵. Ein kleines Beispiel der Benachteiligung heimischer Gewerbetreibender mag das Gesagte verdeutlichen. 1696 wurde auf kurfürstlichen Befehl der Zoll auf Kramerwaren an den Münchener Toren von 1 bzw. 2x pro Zentner auf einheitlich 3x erhöht. Eine Benachteiligung der Münchener Händler entstand nun nicht primär dadurch, daß ihre Waren jetzt höher belastet waren, sondern daß die Nürnberger Konkurrenten von den Zöllen befreit waren²⁹⁶. Als die Zunft der Handelsleute und Kramer dagegen protestierte, lag ihr Hauptargument entsprechend bei der ungleichmäßigen Belastung durch Abgaben²⁹⁷. Es war dies kein einmaliger Fall, sondern ein grundsätzliches Problem der unüberschaubaren und unsystematischen Zollpolitik. Als Stubenrauch 1762 seine Vorarbeit für die Maut- und Akziseordnung von 1765 erstellte, zeigt auch er die Schwächen des alten Systems u. a. dadurch, daß der bayerische Handelsmann gegenüber dem auswärtigen in verschiedenen Fällen benachteiligt war²⁹⁸.

Dieses fast chaotisch zu bezeichnende Bild des bayerischen Zollwesens in der Frühen Neuzeit muß jedoch kontrastiert werden mit sehr wohl immer wieder versuchten und teilweise auch gelungenen aktiven und systematischen Bemühungen zur Wirtschaftsförderung durch protektionistische Außenhandelspolitik mit Hilfe von Zollschränken, Zollerleichterungen sowie Zollbefreiungen. In der Regierungszeit Maximilians I. läßt sich noch kein geschlossenes System einer Zoll- und Außenhandelspolitik feststellen. Ja die Landschaft beklagt sich 1612 gar, daß Gewerbe und Handel, sobald sie Gewinne abwerfen würden, mit Zöllen oder anderen Abgaben belastet würden. Es wurde vorgeschlagen, zur Förderung der Wirtschaft u. a. die Zölle und Mauten zu senken²⁹⁹. Diesem von der Landschaft abgelehnten Fiskalismus standen verschiedenste Einzelregelungen gegenüber, die der schwierigen Lage des bayerischen Gewerbes Rechnung trugen. Dem für das Land so bedeutenden und vom Niedergang bedrohten Tuch- und Lodengewerbe galt die besondere Sorge des Herzogs³⁰⁰. Deshalb erließ er u. a. 1608 ein Verkaufsverbot für fremde Tuche, mit Ausnahme des Handels auf den Jahrmärkten³⁰¹. Auf diese Weise wollte man die immer spürbarere ausländische Konkurrenz eindämmen³⁰². Beschäftigungspolitische Ursachen hatte auch das

²⁹⁵ Vgl. *Schmelzle*, Zollwesen, 68 f.

²⁹⁶ Die Angabe *Freybergs*, *Pragmatische Geschichte* II, 332, daß man mit Nürnberg durch keine wechselseitigen Verträge mehr gebunden gewesen sei und die seit Kaiser Ludwig bestehende gegenseitige Zollfreiheit nicht mehr bestanden habe, ist also nicht richtig. Zu weiteren derartigen Absprachen vgl. *ebd.* 322, 332 und *Zirngibl*, *Handel*, 733–747.

²⁹⁷ StadtA München Gewerbeamt 4396.

²⁹⁸ *Häberle*, *Stubenrauch*, 72.

²⁹⁹ Vgl. *Kraus*, Maximilian I. 60 f. Die von Kraus angeführte „Verdoppelung der Zollsätze“, die Maximilian 1609 beim Kaiser durchsetzte, ist jedoch kein Widerspruch zu den Forderungen der Landstände und verschiedener Beamter, sondern bezog sich lediglich auf die Abgaben auf Transitwaren (siehe oben, S. 68).

³⁰⁰ Vgl. Kap. III.2.6.2. und VI.3.

³⁰¹ *Freyberg*, *Pragmatische Geschichte* II, 378; *Steck*, Loden- und Tuchmachergewerbe, 42.

³⁰² Vgl. S. 249 f.

Verbot, „vnausgeworchten Schwaiff oder Werpfen“ zu exportieren. Dieser sollte erst in den Städten gewirkt werden³⁰³.

Diese Politik wurde durch eine flexiblere Regelung im Bereich der Rohstoff-sicherung ergänzt. Auf den Wochen- und Jahrmärkten schuf man für „Lein- oder Wollwirker, Loder, Tuchmacher, Hueter, Handschuchmacher, Hosenstricker oder sonst der Handwercker seind, die das Garn oder Woll selbs mit der Hand vnd ihrem Gesind zu ihres Handwercks notturfft gebrauchen vnd verarbeiten“, ein Vorkaufsrecht. Erst wenn diese Handwerke ihren Bedarf an Wolle und Garn befriedigt hatten, durften andere als Käufer auftreten³⁰⁴. Noch strenger regelte Maximilian I. den Handel mit Hanf und Haar. Ausländern wurde der Kauf dieser Rohstoffe nur noch auf den Jahrmärkten erlaubt, wobei er sich vorbehielt, im Falle eines Mangels ein gänzliches Exportverbot zu verhängen. Diese Regelung wurde mit der sozialpolitischen Begründung versehen, daß „die gemaine arme Bawrsleut“ dieses Material zum Spinnen benötigten³⁰⁵. Ähnliche Restriktionen oder gar gänzliche Ausfuhrverbote gab es u.a. für rohe Häute³⁰⁶, für Öl³⁰⁷ und für Malz³⁰⁸.

Mit Ausnahme des Importverbots für Meißner Tuch handelt es sich bei den hier zitierten Vorschriften ausschließlich um Bestimmungen der Polizeiordnung von 1616. Sie sind also nicht einem ephemeren Umstand zuzuschreiben, sondern stellen Konstanten der Maximilianischen Außenwirtschaftspolitik dar. Dennoch bleiben sie im Speziellen stecken. Bestimmte Rohprodukte werden dem heimischen Gewerbe gesichert, ohne daß man jedoch eine generelle Regelung in Form von allgemeinen Import-Export-Richtlinien zu formulieren gewillt oder in der Lage war. Weitere notwendige Maßnahmen verblieben damit der Regelung durch Einzelmandate, die ad hoc erlassen werden konnten. Heinz Dollinger, der auch die Zollpolitik Maximilians im Hinblick auf seine Bedeutung für das staatliche Finanzwesen untersucht hat, kommt aus seiner Perspektive zu einem ähnlichen Ergebnis. Nach seiner Ansicht fehlte bei Maximilians Zollpolitik eine „klare und detaillierte wirtschaftspolitische Gesamtkonzeption“. Im Hinblick auf den Primat der Vermehrung der Staatseinkünfte läßt sich dann eben auch nur ein „Nebeneinander ja Gegeneinander seiner Zoll- und Wirtschaftspolitik“ feststellen³⁰⁹.

Auch in der Folgezeit suchten die Kurfürsten durch zollpolitische Entscheidungen dem heimischen Gewerbe beizustehen. Besonders deutlich wird dies bisher im Textilgewerbe. Ausfuhrverbote richteten sich immer wieder auf Wolle und sogar Schafe. An der wiederholten Einschärfung der Bestimmungen zeigt sich jedoch, daß die Einzelmandate vielfach schlicht in Vergessenheit geraten waren, bzw. nicht beachtet wurden³¹⁰.

Eine besondere Variante der Außenhandelspolitik stellte der Versuch dar, durch staatliche Betriebe den Importanteil zu verringern. Da auf die Manufaktu-

³⁰³ PO 1616 2. Buch, 8. Titel, 8. Artikel.

³⁰⁴ PO 1616 2. Buch, 8. Titel, 2. Artikel.

³⁰⁵ PO 1616 2. Buch, 8. Titel, 4. Artikel.

³⁰⁶ PO 1616 2. Buch, 9. Titel, 2. Artikel.

³⁰⁷ PO 1616 2. Buch, 10. Titel, 1. Artikel.

³⁰⁸ PO 1616 3. Buch, 2. Titel, 14. Artikel.

³⁰⁹ Dollinger, Finanzreform, 226 f.

³¹⁰ Vgl. Kreuter, Wollengewerbe, 255.

ren noch in einem eigenen Kapitel eingegangen wird, sei hier nur auf den Versuch hingewiesen, mit Hilfe von landesherrlichen Schafzuchten den Rohstoffmangel im Wollhandwerk, der im gesamten Untersuchungszeitraum festzustellen ist, zu verringern³¹¹. Die Erfolge waren hier jedoch äußerst gering.

Keine Vereinheitlichung des zersplitterten bayerischen Zollsystems brachte zwar das Zollpatent des Jahres 1722³¹², aber hier lassen sich erstmals Ansätze einer systematischeren Gewerbeförderungspolitik mit Hilfe des Zollwesens feststellen. Bis dahin war – soweit dies bisher zu sagen ist – nur die Zahl der mautpflichtigen Warenarten immer mehr gestiegen³¹³. Unter Max Emanuel waren die Staatsfinanzen durch den Spanischen Erbfolgekrieg, seine sonstigen politischen Abenteuer und seine Verschwendungssucht³¹⁴ schließlich in eine katastrophale Lage geraten³¹⁵. Eine Maßnahme, den drohenden Bankrott abzuwenden, war die Ein- und Ausfuhrakzise von 1722³¹⁶. Sie stellte zwar für die Staatseinnahmen nur einen „Tropfen auf den heißen Stein“ dar³¹⁷, ist aber im Hinblick auf ihre gewerbefördernde Absicht in unserem Kontext von Bedeutung. So heißt es in der Begründung des Zollpatents³¹⁸,

„das zimlich verfallene Commercium ... [solle] ... von solchen Waaren, welche hierinnen selbstn erzeugt und fabricirt werden können, wider auffgerichtet und derentwegen das, was zu Hinterhaltung dessen, von außwendigen Orthen herein kommt, mehrers abgetriben, folgsamb hierdurch der Landmann besser unterhalten und dem, dem Müßiggang und Petl nachhängenden Volck eine Arbeit und Verdienst verschaffet, andern theils aber der schädliche Luxus und kostbare Klayder-Pracht zu des Gemeinen Wesen besten eingezogen werde. So haben Wir ... gnädigst resolvirt, auff einnich gewisse von auswendig herein kommende und theils von Inwendig hinaußgehende mit bessern Fortl in Unseren Landen zuverarbeitthen stehende Kaufmanns-Waaren, Venalien und anders Guth ... Einen Land-Auffschlag oder Taxa zusetzen ... hierunter auch das durch Unsere Lande gehende sogenannte Transito Gut nit verstanden, sondern specialiter außgenommen, mithin das Commercium in Unsern Landen nit abgetriben oder verhindert würdet.“

Die hier formulierten Grundelemente der Zollpolitik Max Emanuels zeigen trotz aller hintergründigen Fiskalpolitik zumindest die Ansätze eines Wirtschaftsförderungsprogramms. Wichtigstes Element ist dabei die Schaffung eines „Investitionsklimas“ für Handwerksprodukte, die im Lande hergestellt werden können, durch eine umfangreiche Zollprotektion vor Fertigproduktimporten und Rohstoffexporten. Entsprechend der großen Bedeutung der Textil- und Lederproduktion für das Land befassen sich auch die weitaus meisten Artikel mit dem Import und Export von Waren, die mit ihr in Verbindung stehen. Daneben finden sich nur Metallwaren, Weine und Öle in der Palette der zusätzlich zu versteuernden Waren. Daß die Staatseinnahmen tatsächlich nicht die einzige Absicht der Zollordnung waren, zeigt sich an dem Verzicht auf Erhöhung der Transitzölle. Deutlich wird der Schutzzollcharakter auch bei der Belegung von Tuchen. Solche, die über 3 fl. die Elle kosteten und kaum im Land produziert

³¹¹ Steck, Loden- und Tuchmachergewerbe, 56; Kreuter, Wollengewerbe, 255.

³¹² Dies behauptet Schremmer, Wirtschaft Bayerns, 638.

³¹³ Doeberl, Entwicklungsgeschichte II, 243.

³¹⁴ U. a. bei der Hochzeit seines Sohnes Karl Albrecht.

³¹⁵ Vgl. Hartmann, wirtschaftliche Initiativen.

³¹⁶ Abdruck in Freyberg, Pragmatische Geschichte II, 323–327.

³¹⁷ Hartmann, wirtschaftliche Initiativen, 92.

³¹⁸ Freyberg, Pragmatische Geschichte II, 323 f.

werden konnten, wurden mit 6x pro Zentner belastet. Das billigere Tuch, das auch die bayerischen Handwerker herstellen konnten, erhielt dagegen einen Zollaufschlag im Falle des Imports von 5fl. (!) pro Zentner³¹⁹. Grundsätzlich ist jedoch zu bemerken, daß es sich bei den Zolltarifen im Dekret von 1722 nur um zusätzliche Abgaben handelt, die bisher bestehenden wurden hiervon nicht berührt³²⁰. Insofern kann auch nicht – wie Schremmer richtig gesehen hat – von einer Straffung des Zollwesens gesprochen werden.

Ein tatsächlicher Durchbruch des Merkantilismus im Zollwesen läßt sich in Bayern erst in der Regierungszeit Max III. Joseph erkennen³²¹. Der Kurfürst hatte bereits 1746 eine Manufakturdeputation gegründet, deren Aufgabe es war, sich mit der Ansiedlungsmöglichkeit von Fabriken aller Art, insbesondere von Tuchmanufakturen auseinanderzusetzen³²². Bereits ein halbes Jahr später, am 2. März 1747, wurde nun ein Mandat erlassen, das die im Entstehen begriffenen „Landmanufakturen“ vor störenden Importen schützen sollte³²³. Wie um den bekannten Vorwürfen gegen das bestehende Zollsystem entgegenzuwirken, wird in Art. 8 versichert, daß die Verordnung „keineswegs zu Vermehrung Unsers Churfürstlichen Aerariums und Aufschlaggefälls, sondern lediglich dem Publiko zu Besten und dahin abzielet, daß denen inländischen Fabrikanten und Handthierungen mehr Arbeit dadurch verschaffet, und der so sehr überhand genommene Bettel und Müßiggang desto leichter abgestellt werden möchte“. Grundsätzlich, nicht wie bisher nur speziell auf bestimmte Produkte beschränkt, wurde jetzt der Außenhandel mit Rohstoffen geregelt (Art. 1): Ohne Erlaubnis der Manufakturdeputation durften Wolle, Flachs, Hanf, Garn, Viehhäute „und was nur immer ... verarbeitet werden kann“ nicht mehr exportiert werden. Der Import von für die Manufakturen notwendigen Rohstoffen wurde von der bisherigen Akzise befreit und nur noch mit der „üblichen“ Maut- und Zollgebühr belegt. Die Einfuhr von Textilfertigprodukten wie „fremde Tuch, Zeug, Leinwand, Hüthe, Strümpf, Handschuh“ sollte weitgehend verhindert werden und der Kurfürst belastete sie deshalb mit weitem Zollaufschlägen (Art. 5 und 6). Dennoch konnten die heimischen Produkte vielfach nicht gegenüber billigeren Importwaren konkurrieren. So wird der schlechte Erfolg der Reichenhaller Baumwollfabrik (gegründet 1760) von Zirngibel darauf zurückgeführt, daß die ausländischen Waren, obwohl sie mit 12x Akzise pro Stück belegt waren, immer noch billiger waren als die der oberbayerischen Fabrik³²⁴.

Allerdings erst mit der Maut- und Akzise Ordnung vom Jahre 1765³²⁵ erhielt Bayern „ein gutes, systematisch aufgebautes Zollwesen und damit ein brauchbares Instrument der indirekten Wirtschaftslenkung“, wie es u. a. Preußen und Sachsen schon besaßen³²⁶. Die Ordnung ist das Werk des Merkantilisten Franz Xaver von Stubenrauch, und sie bildete die Grundlage der Zollpolitik in den altbayerischen Gebieten bis zur freihändlerisch geprägten Ära nach 1799.

³¹⁹ Kreuter, Wollengewerbe, 262; diese hohe Differenz wurde 1747 reduziert.

³²⁰ Freyberg, Pragmatische Geschichte II, 324.

³²¹ Vgl. hierzu auch Schmelzle, Zollwesen, 62.

³²² MGS I, 532 f.

³²³ MGS I, 533 ff.

³²⁴ Zirngibl, Handel, 294.

³²⁵ Abgedruckt in GS 1771, 351–366.

³²⁶ Schremmer, Wirtschaft Bayerns, 639 f.

Da das Regelungswerk bereits weitgehend untersucht ist³²⁷, genügt es, die wichtigsten durch die Ordnung begründeten Veränderungen im Hinblick auf unsere Fragestellung zusammenzufassen³²⁸:

1. Vereinfachung des Zollsystems, u. a. dadurch, daß für Transitwaren nur noch an einer einzigen Mautstelle die Abgaben entrichtet werden mußten, und durch Reduzierung der Zollämter³²⁹.
2. Vereinheitlichung der Zolltarife durch einen an allen Stationen gleichmäßig gültigen Zoll-Katalog, der alle nur möglichen Handelsgüter bis zum Zirkuslöwen enthielt³³⁰.
3. Staffellung der Tarife nach Ver- bzw. Bearbeitungsgrad der Produkte, so daß der Import von Rohstoffen und der Export von Fertigprodukten gefördert wurde. Die Importakzise reichte nach Berechnungen Schremmers von 0,5 Prozent für „unentbehrliche“ Güter wie Rohstoffe und Lebensmittel bis zu 25 Prozent für Waren, die den eigenen Gewerben Konkurrenz boten³³¹.
4. Befreiung des innerbayrischen Warenverkehrs von allen landesherrlichen Binnenzöllen. Nicht aufgehoben werden konnten durch die Maut- und Akziseordnung die verschiedenen Mautgebühren der Stände, die diese als Privilegien erhalten hatten, wie z. B. der Pflasterzoll in vielen Städten³³².

Über die tatsächlichen wirtschaftlichen Auswirkungen der neuen Ordnung nach 1765 ist noch sehr wenig bekannt. Aus den seit 1765 überlieferten bayerischen Handelsbilanzen bis 1799 errechnete Schremmer, daß in diesen 35 Jahren Exporte von ca. 205 Millionen fl. Importe von 205 Millionen fl. gegenüberstanden³³³. In Anbetracht der Tatsache, daß in den Exporten ja ein wesentlicher Anteil aus Salz und Agrarprodukten enthalten war, dürfte nach diesen Zahlen die gewerbefördernde Wirkung der neuen Zollregelungen nicht allzu hoch angesetzt werden.

Ein halbes Jahr nach Inkrafttreten der Maut- und Akziseordnung äußerten sich auf Anfrage des Kurfürsten auch die Münchner Handelsleute und Kramer über die Wirkungen des neuen Zollsystems – wie nicht anders zu erwarten – äußerst negativ³³⁴. Ihre Hauptkritikpunkte waren:

- Sie müßten die Preise ihrer Waren z. T. um ein Drittel und mehr erhöhen; wollte man die gesamte Mehrbelastung an den Verbraucher weitergeben, könnte dies der Käufer nicht mehr bezahlen.
- Der Handelsstand stehe vor der Gefahr des völligen Ruins.
- Er sei nicht mehr in der Lage ein Warenlager zu unterhalten.

³²⁷ Siehe oben in diesem Kapitel.

³²⁸ Unberücksichtigt bleiben müssen dabei die Wirkungen der Ordnung im Hinblick auf eine wirtschaftliche wie politische Integration Bayerns, die Häberle, Zollpolitik, ausführlich erarbeitet hat.

³²⁹ *Schmelzle*, Staatshaushalt 154 f.

³³⁰ *Schremmer*, Wirtschaft Bayerns, 640; *Häberle*, Stubenrauch, 72.

³³¹ *Schremmer*, Wirtschaft Bayerns, 641.

³³² *Schremmer*, Wirtschaft Bayerns, 640 f.; vgl. hierzu u. a. *Hoffmann*, Trostberg, 77.

³³³ *Schremmer*, Wirtschaft Bayerns, 645 f.

³³⁴ BayHStA GR Fasz. 1642 Nr. 74.

- Der hohe Adel kaufe nun im Ausland und die durchreisenden Gäste deckten sich ebenfalls außerhalb der Grenzen ein.
- Das Prinzip, durch Akzise-Erhöhung die inländischen Fabriken zu fördern, sei nicht immer richtig; dies sei nur dann anwendbar, wenn diese auch die geforderten Waren bereitstellten und zum gleichen Preis wie das Ausland produzieren könnten.
- Die Fabriken zögen fremde Bettler ins Land.

Dem Schreiben liegt ein „Extract“ bei, das vergleichend die alte und die neue Importakzise für verschiedene Luxusgüter gegenüberstellt. Daraus ergibt sich, daß bei zahlreichen Produkten die Belastung um mehr als das zehnfache gestiegen war. Am 24. Dezember 1765 formulierte der Landesherr seine Antwort auf die Vorwürfe des Münchener Handelsstands. Im wesentlichen wiederholt er die Grundprinzipien einer auf eine positive Außenhandelsbilanz gerichtete Wirtschaftspolitik. Er belegt zwar schlüssig, daß die Handelsleute bei der Auswahl der mit zusätzlichen Zöllen belegten Waren die extremsten Beispiele benutzt hätten, eine durch die neuen Regelungen verursachte Verteuerung der Importfertigwaren bestreitet er keineswegs. Vielmehr wird den Klägern mangelnde Einsicht in die Wohlfahrt des gesamten Landes vorgeworfen, die nur ihren „Privatnutzen“ sehen würden.

Mit dem Regierungsantritt Kurfürst Karl Theodors sollten auch seine Erblande zolltechnisch vereinigt werden. Man schuf einen „Kommercialverband“ zwischen der Kurpfalz einerseits und den bayerischen, oberpfälzischen, neuburgischen und sulzbachischen Gebieten andererseits, der den Warenaustausch zwischen den Territorien erleichtern, die inländischen Produkte gegenüber den ausländischen bevorzugen und den Gütertransit soweit möglich durch die jeweiligen Erblande lenken sollte. Die wichtigsten Bestimmungen des am 23. September 1778 erlassenen Mandats³⁵⁵ bevorzugten jedoch die gewerblich viel weiter entwickelte und verkehrstechnisch günstiger gelegene Kurpfalz gegenüber den anderen Landen:

- Alle im Umkreis von 10 Stunden um Mannheim gewachsenen Weine werden bei der Einfuhr wie beim Transit in den anderen Erblanden vom Zoll befreit.
- Dieser Zollnachlaß gilt auch für die in den Erblanden gewachsenen rohen Tabakblätter.
- Zur Förderung der nur in der Kurpfalz existierenden Tabakmanufakturen soll Schnupf- und Rauchtobak in den anderen Erblanden beim Import um zwei Drittel, beim Warendurchgang um drei Viertel des normalen Tarifs vom Zoll befreit sein.
- Alle Ein- und Ausfuhrsprellen insbesondere von Manufakturprodukten gegenüber dem Ausland sollen zwischen den Erblanden aufgehoben sein.
- Auf Exportgüter in die Kurpfalz bzw. solche, die durch die Kurpfalz geführt werden, solle keine „Eßitoaccise“ und nur ein Viertel der sonst üblichen Zollgebühren erhoben werden. Umgekehrt sollen für Exporte aus der Kurpfalz, insbesondere Manufaktur- und Fabrikwaren, die in die anderen Erblande gebracht werden, nur das Viertel der sonst üblichen Zollgebühren und ein

³⁵⁵ MGS I, 692 ff.

Drittel der sonst auf derartigen fremden Produkten liegenden „Konsumoaccis“ errechnet werden.

- Alle Waren, die durch die Kurpfalz in die andern Erblande gebracht werden, werden von drei Vierteln der Transitzölle und von der Hälfte der „Konsumoaccis“ befreit. Hierfür wird als Begründung die Förderung der „Speditionsgeschäfte und Frachtverdienste“ der Untertanen genannt.

Besonders die Regelung, die den Warentransport über die Kurpfalz leiten sollte, fand die Ablehnung der Münchener Handelsleute. Sie erklärten im Jahr darauf, daß zwar die Waren aus Holland, den Niederlanden und Frankreich zweifellos die Kurpfalz passieren würden, jedoch diejenigen aus Hamburg, Sachsen, Brandenburg, Schlesien, Böhmen, Triest, Italien und der Schweiz könnten nur durch einen Umweg über die Kurpfalz geleitet werden. Es könne nicht das Ziel des Kurfürsten sein, daß die bayerischen und oberpfälzischen Untertanen für Produkte von letzterer Provenienz 6 fl. pro Zentner mehr zahlen müßten, damit die kurpfälzischen einen Nutzen von 30x bis einen Gulden hätten. Wieviel die Rücknahme der neuen Regelung den Handelsleuten wert gewesen wäre, zeigt ihr Angebot, für die nach ihrer Schätzung ca. 3.000 fl. Gewinn für die Kurpfalz dem Land 20.000 fl. Entschädigung zu leisten³³⁶.

Die Haltung der Städte gegenüber der landesherrlichen Zollpolitik läßt sich kaum definieren. Zu verschieden waren die Interessen ihrer Bürger, bzw. der unterschiedlichen Gewerbesparten. Weshalb der Stand sich letztlich wohl nie völlig auf eine einheitliche Stellungnahme für ein Gesamtzollsystem einigen konnte, macht eine Anfrage Kurfürst Karl Theodors vom 20. August 1788 an die Münchener Gewerbe zu ihren Wünschen bezüglich der Warenzollbelastung deutlich³³⁷. Da steht die Meinung der vom Import abhängigen Handelsleute gegen die schutzzöllisch eingestellten, durch ausländische Konkurrenz bedrängten Handwerker. Rein mit den heimischen Rohstoffen auskommende Gewerbe hatten andere Forderungen als vom Rohstoffimport abhängige. Schließlich gibt es noch diejenigen, die Halbfertigprodukte benötigten, die nur im Ausland produziert wurden, und diese natürlich möglichst unbelastet einzuführen wünschten, dagegen aber den Import von Fertigwaren ihrer Produktpalette gänzlich verhindern wollten. Soweit dies bisher überhaupt zu erkennen ist, wandte sich die bayerische Zollpolitik im Untersuchungszeitraum im Zweifel immer gegen freihändlerische Tendenzen zugunsten des Schutzes des produzierenden Gewerbes.

Wir sind weit davon entfernt, ein abschließendes Urteil über die bayerische Zollpolitik des 17. und 18. Jahrhunderts bezüglich ihrer Wirkungen auf die Gewerbe und den Handel im Inland fällen zu können. Hinlänglich bewiesen sein dürfte allerdings, daß auch vor 1765 kein ungehinderter Fiskalismus in Zollsachen herrschte. Einfachste merkantile Grundideen der Exportförderung, der Importbelastung und des Schutzes der eigenen Wirtschaft galten im gesamten Untersuchungszeitraum. Aus unserer chronologischen Betrachtung der Zollgesetzgebung entsteht der Eindruck, daß es seit Maximilian I. eine kontinuierlichere Entwicklung hin zu einem geschlossenen Zollsystem gegeben hat, als dies die bisherige Betonung der Zäsur von 1765 vermuten ließ. Auch scheint der Gedanke der Gewerbebeförderung – teilweise auch in Verbindung mit dem Manu-

³³⁶ BayHStA GR Fasz. 1642 Nr. 74.

³³⁷ BayHStA GR Fasz. 1642 Nr. 74.

fakturwesen – in den 200 Jahren immer stärker an Boden gewonnen zu haben, auch mitunter zuungunsten von Zolleinnahmen. In der Zollpolitik spielten auch politische Motivationen zur Integration des Landes eine Rolle, wie sie hier nur kurz im Zusammenhang mit der Mannheimer Route anklangen.

Bisher weitgehend unbeachtet geblieben ist, daß nach Aufhebung der landesherrlichen Binnenzölle 1765 diejenigen der Stände weiter existierten. Deren Partikularinteressen – insbesondere der Städte – waren damit stärker als gesamtwirtschaftliche Überlegungen, auch lange nach entsprechenden staatlichen Einsichten.

2. 4. *Zunftverfassung als Grundstruktur der städtischen Wirtschaftsordnung*

Die Zunft stellte nicht nur eine Vereinigung gewerbetreibender Individuen dar, sie griff in das Leben ihrer Mitglieder auf einer Vielzahl von Ebenen von der Geburt bis zum Tod ein. Das Leben in der frühneuzeitlichen Stadt war von ihr geprägt und bestimmt. Magistrate und absolutistische Landesherrn benutzten sie als Institution im Sinne ihrer Ordnungsvorstellungen und Politik, ohne das mittelalterliche Kleid zu zerreißen. Zwischen Interessenkohärenz und Interessenkonflikt mußte so ständig laviert werden⁵³⁸.

Die immer wieder beklagten „Handwerksmißbräuche“ sind vielfach als ein Ausdruck solcher Konflikte zu sehen. Hierzu gehörten der Ausschluß geschickter Gesellen von der Meisterschaft, Defizite in der Ausbildung, unnütze Meisterstücke wie auch die übermäßigen Festgelage nach den Meisterprüfungen auf Kosten des neuen Zunftmitglieds⁵³⁹. Die meisten der am Ende des 18. Jahrhunderts verbotenen Mißbräuche waren bereits am Anfang des 17. Jahrhunderts – vielfach bereits früher – strikt untersagt worden. Aus den Normen und verschiedenen Einzelfällen läßt sich jedoch nur schwer etwas über die tatsächlichen Veränderungen sagen. Das Anwachsen der Klagen gegen die Zünfte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts muß nicht als eine Verschlechterung der Verhältnisse gewertet werden, sondern ist vielmehr – ähnlich wie die Polemik gegen Klöster, Wallfahrten, Feiertage etc. – als eine veränderte „ideologische“ Sichtweise zu bewerten. Diese äußerte sich bzw. kulminierte in einer zunehmenden Diskussion um die mögliche Abschaffung der Zünfte⁵⁴⁰.

Bereits unter Maximilian I. und unter Ferdinand Maria hatte man mit dem Gedanken gespielt, die Gewerbe gänzlich freizugeben. Der Plan wurde aus zwei Gründen fallengelassen: Zum einen war dies ohne reichsrechtliche Vorgabe nicht möglich⁵⁴¹, zum anderen konnte der landesherrliche Merkantilismus auf die Organisationsstrukturen, Ausbildungsleistungen und sonstigen sozialen wie ökonomischen Möglichkeiten des Zunftsystems nicht verzichten⁵⁴².

Die folgende Betrachtung der bayerischen Zunftverfassung kann trotz einer

⁵³⁸ Zum Zunftwesen allgemein vgl. *Wissel*, *Recht und Gewohnheit*; *Abel* (Hg.), *Handwerksgeschichte*; *Kaufhold*, *Deutsches Gewerbe*; *ders.*, *Handwerksgeschichtliche Forschung*; *Elkar* (Hg.), *Handwerk*; *Stürmer* (Hg.), *Herbst*.

⁵³⁹ Vgl. zur zeitgenössischen Diskussion um diese „Mißbräuche“ in Bayern *Puschner*, *Handwerk*, 197 ff.

⁵⁴⁰ Vgl. ausführlich zu dieser Diskussion *Puschner*, *Handwerk*, 184–197.

⁵⁴¹ *Hugendubel*, *Handwerksverfassung*, 53.

⁵⁴² *Ebd.* 52 f., 71; vgl. auch *Kreittmayr*, *Anmerkungen V*, 829.

kaum überblickbaren Literaturfülle zu Einzelproblemen dieses Themas keine bisher fehlende moderne Gesamtuntersuchung des frühmodernen Zunftwesens und seines Aufgabenspektrums in unserem Untersuchungsgebiet ersetzen. Vielmehr soll hier vorrangig über verschiedene Aspekte der Organisationsstruktur, der Integration in den frühmodernen Staatsaufbau und der Kompetenzen die Bedeutung der Handwerke für das Wirtschaftssystem und seine Leistungsfähigkeit beleuchtet werden.

2.4.1. Entstehung und Vermehrung der Zunftladen

Die Anfänge einer genossenschaftlichen Organisation der Handwerker und Händler lassen sich in München seit dem 13. Jahrhundert feststellen, im ausgehenden 14. Jahrhundert haben wir es bereits mit einem weitgehend geschlossenen System zu tun. In der Folgezeit kam es zu einer berufsspezifischen Differenzierung, wodurch die Zahl der Zünfte stetig wuchs: 1459 39 Zünfte, 1475 41, 1500 46, 1600 58, 1799 80³⁴³. Kleinere Gewerbe blieben auch weiterhin mit anderen ähnlicher Art im Zunftverband verbunden. In den meisten anderen altbayerischen Städten können Zünfte durch ihre Ordnungen erst im 15. Jahrhundert und später nachgewiesen werden³⁴⁴. Da es sich jeweils um die ersten urkundlichen Belege handelt, ist anzunehmen, daß die Entstehungszeit in das 14. Jahrhundert hineinreicht³⁴⁵.

Zunftgründungen außerhalb von Städten und Märkten blieben – soweit bisher zu übersehen – erst dem 17. und 18. Jahrhundert vorbehalten. Ende des 18. Jahrhunderts finden sich im Rentamt Burghausen insgesamt 21 Viertelladen in den Herrschaften Hohenaschau, Wald und Wildenwart sowie den Gerichten Marquartstein und Mörmosen, die nicht in Städten oder Märkten ihren Sitz hatten. Sie organisierten die Gewerbe der Binder, Maurer, Müller, Nagelschmiede, Schneider und Zimmerleute. Die Hohenaschauer Schneiderzunft stammte bereits aus dem Jahr 1614³⁴⁶. Diese Entwicklung muß im Zusammenhang mit der starken Verbreitung der Gewerbe auf dem Land gesehen werden. Es zeigt sich hieran die institutionelle Verfestigung des Landgewerbes. Damit verbunden war natürlich auch ein weiterer Zentralitätsverlust der bayerischen Landstadt, dem ursprünglich einzigen Sitz einer Lade.

Es konnte aber auch nicht im Sinne des Landesherrn sein, eine unübersehbare Zahl von Zünften im Land entstehen zu lassen. So versuchten sich die Bäcker der

³⁴³ Mertl, Zünfte (maschinenschriftliche Langfassung), 36; 1799 aus Stellungnahme der Stadt München vom 18.10.1799 betr. Aufhebung der Binnenzölle: BayHStA GR Fasz. 1642 Nr. 74.

³⁴⁴ Aichach 1480/88 Schneider (Keyser/Stoob, Städtebuch, 44); Tölz 1459 Schuster- und Schneiderprivileg (Keyser/Stoob, Städtebuch, 97); Burghausen 1453 Kürschner, 1480 Weber (Keyser/Stoob, Städtebuch 119); Erding 1401 Leinweber, 1453 Schneider, 1470 Wollwirker und Schmiede (Keyser/Stoob, Städtebuch, 178); Landsberg 1441 Schuhmacher, 1463 Schneider (Keyser/Stoob, Städtebuch, 314); Friedberg 1457 Schneider (Stadt- buch Friedberg II, 692); Vilsbiburg 1469 Bäcker, 1476 Metzger (Keyser/Stoob, Städtebuch 691).

³⁴⁵ Vgl. zu Landsberg Keyser/Stoob, Städtebuch, 314; in Landshut sind Zechen und Zünfte der Wollwirker, Schneider, Kramer und Fleischhauer ebenfalls bereits im 14. Jahrhundert belegt: Keyser/Stoob, Städtebuch, 320.

³⁴⁶ BayHStA GR Fasz. 839 Nr. 29.

Klosterhofmark und des Marktes Bruck (heute Fürstenfeldbruck) von der für sie zuständigen Lade im Landgerichtssitz Dachau unabhängig zu machen. Bruck hatte bereits Viertelladen der Brauer, Metzger, Schreiner, Schlosser, Küfner, Schneider und Weber. Am 19. Dezember 1778 wurde den Bäckern der Hofmark jedoch vom Kurfürsten beschieden, daß er gedenke, keine weiteren Viertelladen außerhalb der Gerichtssitze errichten zu lassen³⁴⁷.

2. 4. 2. Einfluß der städtischen Obrigkeit und des Landesherrn

In keiner altbayerischen Stadt waren die Zünfte als Institutionen am Stadtregiment direkt beteiligt. Die Münchener Zunftrevolte und das Zunftregiment von 1397 bis 1403 blieben ein singuläres Intermezzo. Im sogenannten „Wahlbrief“ von 1403 gaben die Bürger, Kaufleute und Handwerker ihren Anspruch auf besondere politische Eigenrechte auf³⁴⁸.

Die Zuständigkeit für den Erlass bzw. die Bestätigung einer Zunftordnung lag in der Frühen Neuzeit beim Rat einer Stadt, bei einer Regierung (= Rentamt) oder beim Landesherrn. Die Zünfte selbst konnten diese Veränderungen durch Proteste bzw. Eingaben beeinflussen, wobei sie hierdurch allerdings einen nicht unerheblichen Einfluß ausübten³⁴⁹. Wie bereits festgestellt, verdränge die landeseinheitliche Gesetzgebungspraxis das städtische Satzungsrecht im Laufe der Zeit immer mehr³⁵⁰. Das gilt auch für das Gewerbewesen. Bestimmungen dazu enthalten neben zahlreichen Einzelmandaten auch die Landesordnungen des 16. Jahrhunderts³⁵¹. Schließlich wurde in der Polizeiordnung von 1616 den Handwerken eine Art Rahmenordnung gegeben, die auch noch im 18. Jahrhundert Gültigkeit behielt. Die allerorten eingerissenen „mißbreuch“, die bereits in den älteren Landesordnungen angeprangert und verboten worden waren, sollten durch eine generelle „visitation vnd reformation“ aller Zunftsätze nach den Bestimmungen der Polizeiordnung abgestellt werden³⁵². Die Polizeiordnung regelte u. a. Fragen des Ausbildungsgangs bis hin zur Meisterschaft³⁵³, grenzte die Zunftbefugnisse gegenüber den obrigkeitlichen genauer ab³⁵⁴, nahm zu den jurisdiktionellen Zuständigkeiten Stellung³⁵⁵, verbot den „gut Montag“ der Gesellen³⁵⁶ und gab auch detaillierte Produktionsvorschriften für bestimmte Gewerbe (u. a. Weber, Metzger, Lederer). In Streitfällen war in Zukunft die Polizeiordnung gegenüber den zünftischen Artikeln übergeordnetes Recht. Dennoch konnte die Polizeiordnung die individuellen Zunftsätze nicht ersetzen. Zu vielfältig waren die Anforderungen bei der Meisterprüfung, die Lehr- und Gesellenzeiten, die Produktionsvorschriften etc. Den Städten und Märkten wurde deshalb aufgetragen, von den Handwerkern Proben ihrer Produkte einzufordern

³⁴⁷ BayHStA GR Fasz. 859 Nr. 32.

³⁴⁸ Vgl. u. a. *Solleder*, München im Mittelalter, 493–523; *Schremmer*, Wirtschaft Bayerns, 32; zuletzt *Rädlinger*, Krise.

³⁴⁹ Hierzu *Haenert*, Preispolitik, 27.

³⁵⁰ Vgl. Kap. III.1.2.2.

³⁵¹ Vgl. *Schlichthörle*, Gewerbebefugnisse I, LXIII f.

³⁵² PO 1616 4. Buch, 1. Titel, 1. Artikel.

³⁵³ PO 1616 4. Buch, 1. Titel passim.

³⁵⁴ PO 1616 4. Buch, 1. Titel, 14. Artikel.

³⁵⁵ PO 1616 4. Buch, 1. Titel, 13. und 20. Artikel.

³⁵⁶ PO 1616 4. Buch, 1. Titel, 19. Artikel.

und unter Berücksichtigung aller Umstände „guete Ordnung vnd Sätz (zu) geben“³⁵⁷.

Die Münchener Zunftordnungen und ihre Ergänzungen durch neue „Sätze“ sind bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts durch den Rat der Stadt erlassen worden³⁵⁸. Die Konfirmation oblag dann dem Hofrat³⁵⁹. Dagegen haben die Ordnungen der Landstädte bereits im 15. Jahrhundert mitunter den Landesherrn als direkten Aussteller³⁶⁰. Spätestens seit dem 17. Jahrhundert liegt diese Kompetenz allein beim Fürsten und seinen Zentralbehörden³⁶¹, bzw. wurden neue, von einem Magistrat erlassene Regelungen durch das zuständige Rentamt konfirmiert³⁶². Allerdings gab es bis ins 18. Jahrhundert eine beträchtliche Zahl von Zunftsätzen, die nicht auf diese Weise bestätigt waren³⁶³. Die Magistrate, die die Entwürfe für die neuen Ordnungen bzw. deren Ergänzung schufen, hatten damit Einfluß auf deren Gestaltung bis ins ausgehende 18. Jahrhundert. Schlichthörles Ansicht, seit Einführung allgemeiner Landesgesetze erscheinen die städtischen „Partikular=Verordnungen ... nur mehr als auf die örtlichen Verhältnisse berechnete Vollzugsnormative“³⁶⁴ mag angesichts der Breite des verbliebenen Regelungsbedarfs übertrieben sein, im Kern beschreibt er die Abhängigkeitsverhältnisse richtig. Grundsätzlich bleibt jedoch festzustellen, daß die Handwerksnormen den städtischen und staatlichen Ordnungsvorstellungen bzw. dem von ihnen intendierten Wirtschaftssystem entsprangen.

Die Inhalte der Ordnungen klafften selbst innerhalb einer Gewerbesparte oftmals von Ort zu Ort weit auseinander, wodurch es sehr häufig zu Streitigkeiten kam, so daß „einer den andern nit für Handwerksgeñoß oder desselben gemachte Arbeit für guet, gerecht vnd geschaumessig halten, noch derselben gesellen befördern wellen“³⁶⁵. Erste Schritte zur Vereinheitlichung der Gewerbeordnungen setzten deshalb unter Maximilian I. ein. 1599 bzw. 1600 forderte der Hofrat die Münchener Handwerksordnungen zur Konfirmierung ein. Sie wurden als beispielgebendes Muster angesehen. Die Aktion muß im Zusammenhang mit den Bemühungen um eine neue Polizeiordnung gesehen werden³⁶⁶.

Zu einer Vereinheitlichung der Gewerbeordnungen der Weber kam es 1630. Vertreter des von Rezession und Übersetzung besonders schwer betroffenen Handwerks aus dem ganzen Kurfürstentum wurden zu diesem Zweck nach Burghausen berufen, um ihre Ordnungen zu vergleichen und abzustimmen. Das Ergebnis wurde durch den Hofrat geprüft und in Einklang mit der Polizeiordnung gebracht. Als institutioneller Rahmen wurden an jedem Rentamtsitz (München, Landshut, Straubing, Burghausen) sogenannte Hauptladen der

³⁵⁷ PO 1616 4. Buch, 2. Titel, 4. Artikel.

³⁵⁸ Vgl. u. a. die Münchener Bäckerordnung von 1536 ff.: BayHStA GR Fasz. 839 Nr. 32 = StadtA München Gewerbeamt 1467.

³⁵⁹ Heydenreuter, Hofrat, 292. Vgl. auch das Dekret von 1642 nach der Visitation der Stadt, das u. a. neue Zunftordnungen zu errichten befiehlt und bestimmt, diese müßten zum Hofrat eingesandt werden (Art. 22): Pülts, Stadtvisitation, 147.

³⁶⁰ Stadtbuch Friedberg, 692.

³⁶¹ Rall, Kurbayern, 502 f.

³⁶² Z. B. Müller und Bäckerordnung von Uttendorf 1637: BayHStA GR Fasz. 839 Nr. 32.

³⁶³ Siehe BayHStA GR Fasz. 836 Nr. 11 und GR Fasz. 839 Nr. 29.

³⁶⁴ Schlichthörle, Gewerbebefugnisse I, LXIII.

³⁶⁵ 1630: BayHStA GR Fasz. 836 Nr. 11.

³⁶⁶ Heydenreuter, Hofrat, 292 f.

Zünfte eingerichtet, in die sich alle Städte und Märkte einverleiben lassen mußten. Bei Streit im Handwerk sollten in Zukunft nur noch zwei oder drei Vertreter der Hauptlade nach München kommen, die im Beisein des Rates verhandelten. Damit sollten die Unkosten vermieden werden, die dabei entstünden, wenn Vertreter aus allen Städten und Märkten anreisen³⁶⁷. Dennoch waren auch in späterer Zeit individuelle Regelungen weiter möglich. So erhielten die Leinweber des Pfliegerichts Braunau 1695 die Erlaubnis, die Lehrzeit in ihrem Handwerk von drei auf vier Jahre auszudehnen³⁶⁸.

Daß die Vereinheitlichungen nicht nur den Leinwebern verordnet wurden, zeigt die Zunftorganisation des Rentamtes Burghausen am Ende des 18. Jahrhunderts. In dem Rentamtssitz waren die Hauptladen von 35 Gewerben beheimatet. Die Zünfte in den anderen Städten, Märkten, Hofmarken etc. wurden nur noch als Viertelladen bezeichnet. Außer dem Rentamtssitz deckte keine Stadt auch nur annähernd das ganze Spektrum der Gewerbe mit Laden ab. Bei zahlreichen Handwerken konnten sich die Meister des Rentamtes nur in Burghausen einzünften lassen (u.a. Glaser, Kürschner, Lebzelter, Sattler, Strumpfstricker), verschiedene Zünfte sind nur an ein oder zwei Orten als Viertellade vertreten (siehe Anhang Nr. 3). Die meisten Viertelladen im Rentamt hatten die Städte und Märkte Neuötting (13), Traunstein (13), Trostberg (13), Vilshofen (12), Reichenhall (10), Tann (7), Kraiburg (7) und Rothalmünster (6)³⁶⁹. Hieraus ergibt sich auch, daß der Einzugsbereich einer Viertellade nicht auf eine Stadt bzw. ein Landgericht beschränkt sein mußte, sondern weit größer sein konnte. So zeigen die Rechnungen der Trostberger Maurerzunft des 17. Jahrhunderts, daß ihr auch Maurer aus der Herrschaft Wald, den Gerichten Kling und Traunstein angehörten³⁷⁰.

Vor der Reform der Weberordnungen waren einheitliche Zunftordnungen bereits auf der Ebene eines Rentamtes üblich, wie z. B. die Glaserordnung für das Rentamt Burghausen aus dem Jahre 1601 belegt³⁷¹. Vermutlich war dies jedoch nur dann der Fall, wenn für ein Gewerbe ausschließlich am Rentamtssitz eine Lade existierte.

Gegenüber der Zeit Maximilians I. brachte das 18. Jahrhundert eine weit systematischere Vereinheitlichung der Zunftordnungen. Ausgangspunkt dieser Reform war die Reichshandwerksordnung Kaiser Karls VI. vom 22. Juni 1731³⁷². Allerdings dauerte es bis 1765, als nach erneuter Publikation des Reichsschlusses eine Revision aller Zunftordnungen angeordnet wurde. Insgesamt waren 860–870 Handwerksordnungen in 56 oder 57 Handwerksgattungen aus dem gesamten Altbayern aufgrund der Aufforderung an den Polizeirat in München eingesandt worden³⁷³. Exemplarisch erstellte man eine Schuhmacherordnung als Grundlage einer „Universal-Handwerks-Ordnung“. Die Konfirmation der Schuhmacherordnung erfolgte am 18. November 1775³⁷⁴. Puschner

³⁶⁷ BayHStA GR Fasz. 836 Nr. 11.

³⁶⁸ BayHStA GR Fasz. 836 Nr. 11 1/3 fol. 310–319.

³⁶⁹ BayHStA GR Fasz. 839 Nr. 29.

³⁷⁰ StadtA Trostberg VII 1b.

³⁷¹ StadtA Trostberg B 13.

³⁷² Die Ordnung ist abgedruckt in MGS IV, 593–603, ebenso bei *Wissell*, Recht und Gewohnheit III, 110–128.

³⁷³ BayHStA GR Fasz. 836 Nr. 11.

³⁷⁴ *Puschner*, Handwerk, 201–204.

führt bis 1796 erst 18 revidierte Zunftordnungen auf, die sich an der Schuhmacherordnung orientierten³⁷⁵. Vor den einschneidenden Veränderungen im Gewerwesen des beginnenden 19. Jahrhunderts kam das Reformwerk also zu keinem Ende.

Das entscheidend Neue seit 1775 war jedoch, daß landesweit einheitliche und gleichlautende Artikel geschaffen wurden. So heißt es u. a. in der Brauerordnung vom 11. November 1776³⁷⁶:

„Alß haben Wir unß über die von Hiesiger Hauptlaad eingesende Handwerchsordnung deren Bierbräuen dann allhiesig bürgerlichen StadtMagistrat sowohl= als denen Handwerchs Commissarien und sammtl. Handwerchsführern beschehener Genauer Vernehmung bey unserem PolliceyRath umständig referiren lassen, und wollen nunmehr sowohl vor die allhiesig Münchnerisch: Hauptlaad als all andere Haupt= und Nebenläden deren Bierbräuen im Ganzen Land, soviel die Hauptsach anbetrifft, folgende ganz gleich lautende Satz: und Ordnungen ertheillet, dann jeden Ortsobrigkeiten der iedmahlig genauesten nachachtungswillen hierauf gemessenst angewiesen haben ...“

Nach der Reform der Zunftordnungen behielt sich der Landesherr allein vor, die Zunftartikel „nach erfordernus deren umständen und zeitläuften zu bessern, zu Aenderen oder gar aufzuheben“³⁷⁷.

Die obrigkeitliche Überwachung der Zünfte wurde zu Beginn des 17. Jahrhunderts erheblich verstärkt. Bereits im 16. Jahrhundert durften die Zünfte ohne Zustimmung des Rates keine Zusammenkünfte einberufen³⁷⁸. Diese Bestimmung war Ausfluß des Einungsverbotes. Die Polizeiordnung von 1616 bestimmt nun zusätzlich, daß bei jeder Handwerkszusammenkunft ein Mitglied des Rates anwesend sein mußte³⁷⁹. In München wurden diese Ratsvertreter „Commissarii“ genannt. Ihre Aufgaben wurden bereits 1613 im Rat festgelegt: Keine Abhaltung von Zünften oder Handwerken ohne ihre Erlaubnis; keine Abstimmung bevor diese ihre Meinung kund getan haben; in Streitfällen sollen sie nach den Sätzen entscheiden; wenn keine Sätze für den Streitfall vorhanden sind, soll der Rat entscheiden; die Sätze sollen zweimal jährlich in ihrer Anwesenheit verlesen werden; das Handwerk soll nur dort gehalten werden, wo es ihnen gefällig und anlegen; Lehrjungen aufdingen und „ledig setzen“ war nur in ihrer Anwesenheit gestattet³⁸⁰. Diese Zuständigkeitsliste ist bei weitem nicht vollständig. Bereits früher war es u. a. üblich, daß bei der Ablegung von Meisterstücken Vertreter des Rates anwesend waren³⁸¹.

Die jurisdiktionelle Kompetenz der Zünfte war äußerst beschränkt und bestand nur innerhalb und gegenüber der Zunftgemeinschaft. Wenn auch Übertretungen vorkamen, so war ihnen in München die Verhängung von Strafen nur bis zu einem Höchstsatz von zwei Pfund Wachs zugestanden³⁸². Die Hälfte die-

³⁷⁵ Ebd. 204 f.

³⁷⁶ Abgedruckt in *Zahn*, Bierbrauer, 71–84, Zitat 71.

³⁷⁷ Brauerordnung von 1776 in *Zahn*, 84; vgl. *Puschner*, Handwerk, dort Schuhmacherordnung von 1775 abgedruckt (S. 336–351), Zitat S. 351.

³⁷⁸ So u. a. in der Münchener Bäckerordnung von 1536 ff.: BayHStA GR Fasz. 839 Nr. 32 = StadtA München Gewerbeamt 1467.

³⁷⁹ PO 1616 4. Buch, 1. Titel, 12. Artikel.

³⁸⁰ StadtA München Gewerbeamt 24.

³⁸¹ Bäckerordnung von 1536 ff. ältester Teil: BayHStA GR Fasz. 839 Nr. 32 = StadtA München Gewerbeamt 1467.

³⁸² Vgl. *Haenert*, Preispolitik, 28 f.

ser Summe mußte an die Stadtkammer abgeführt werden³⁸³. Bei Streitsachen der Zünfte waren die Hauptladen in den Rentamtssitzen Appellationsinstanz der Viertelladen. Die Hauptladen wurden auch zur Abgabe von „Obergutachten“ in Zunftangelegenheiten herangezogen³⁸⁴. Alle übrigen Gewerbestreitsachen standen erstinstanzlich dem Magistrat, bzw. in München dem Stadtbußamt zu. Zweite Instanz bildete der Hofrat, dritte das 1625 errichtete Revisorium, die beide 1779 durch die Oberste Landesregierung als zweite und letzte Instanz abgelöst wurden³⁸⁵. Die Zünfte hatten auch eine Art Pfändungsrecht. Sie durften von Unberechtigten in den Stadtbezirk eingebrachte oder durchgeführte Arbeiten selbst beschlagnahmen. Das Münchener Nahrungsmittelgewerbe besaß auch das Recht, von Käufern, die nicht bar bezahlen konnten, Pfänder zu nehmen und diese selbst zu veräußern³⁸⁶.

2. 4. 3. Ausbildungsgang und Meisterwerdung

2. 4. 3. 1. Lehrzeit

Der Zugang zur Ausbildung im Handwerk stand Söhnen von Bürgern ebenso offen wie von Landbewohnern³⁸⁷. Ausgeschlossen waren nur Kinder von „verdammter Geburt“, d. h. die im Ehebruch, in der Blutschande, von Personen, die ein Keuschheitsgelübde abgelegt hatten, oder von Priestern gezeugt worden waren sowie solche von „Malefizpersonen bey der strengen Frag vnd volziehung der peinlichen Urtheil“³⁸⁸. Gewohnheitsrechtlich hatte sich in den Zünften auch herausgebildet, daß man selbst Mesner- und Forstknechtskinder als unehrlich betrachtete³⁸⁹. Dies wurde strikt untersagt. Uneheliche Kinder von Eltern, „die dazumahl einander hetten zur Ehe haben künden“, sollten vom Papst, Kaiser oder einem Hofpfalzgrafen „legitimiert vnd geehelicht“ werden³⁹⁰. Diese Möglichkeit scheint auch sehr häufig genutzt worden zu sein³⁹¹. Von den Hofpfalzgrafen der Universität Ingolstadt ist die Überlieferung leider nur sehr lückenhaft. Zwischen 1648 und 1803/4 sind 42 Legitimierungsfälle bekannt³⁹². Ein hier nicht verzeichneter Fall aus Trostberg zeigt die völlige Gleichstellung der nachträglich Legitimierten. Der Leinwebersohn Paulus Resch wurde am 27. Juli 1646

³⁸³ Vgl. u. a. den Fall des Loders Caspar Gruber, der gegen die Handwerksordnung Wolle eingekauft hatte, von der Zunft dafür mit 9 fl. gestraft wurde; davon erhielt die Stadt 4 fl. 3 B 15 d: StadtA München Kammerrechnung 1601, fol. 60.

³⁸⁴ Kreuter, Wollengewerbe, 238.

³⁸⁵ Schlichthörle, Gewerbebefugnisse I, LVIII–LXVI.

³⁸⁶ Schlichthörle, Gewerbebefugnisse I, XLV.

³⁸⁷ Vgl. S. 108.

³⁸⁸ PO 1616 4. Buch, 1. Titel, 2. Artikel.

³⁸⁹ Reichsrechtlich wurden bereits 1548 und 1577 die Unehrllichkeitserklärungen von Landgerichts- und Stadtknechten, Holz- und Feldhütern etc. verboten, was 1731 erneuert wurde: MGS IV, 596; Schlichthörle, Gewerbebefugnisse I, XXXVIII behauptet, dies wäre erstmals 1731 geschehen.

³⁹⁰ PO 1616 4. Buch, 1. Titel, 2. Artikel. In den reformierten Gewerbeordnungen nach 1775 heißt es entsprechend, daß diese „Ehrlich geboren oder per subsequens Matrimonium oder inandervige behörig legitimirt“ seien sollen: hier zitiert nach Bäckerordnung, abgedruckt in Schwarz, Handwerk, 210.

³⁹¹ Freundlicher Hinweis Prof. Dr. Ludwig Schmugge, Zürich.

³⁹² Hofpfalzgrafen Register I, 92–95.

von dem Hofpfalzgrafen Balthasar Romanus Speidelin ehelich geborenen Bürgersöhnen gleichgestellt. Dreizehn Jahre später kauft Resch in Trostberg eine Werkstatt mit Leinwebergerechtigkeit, ohne daß seine „Vergangenheit“ dabei erwähnt wird, bzw. eine Rolle spielt³⁹³. Dort, wo sich Widerstand gegen solche Legitimierungsvorhaben bildete, trat der Hofrat dafür ein, diese Barrieren für die betroffenen Kandidaten zu beseitigen³⁹⁴.

Auch Kindern aus armen Familien sollte es ermöglicht werden, wenn sie dafür geeignet waren, ein Handwerk zu lernen. Lehrjungen, deren Eltern das Lehrgeld nicht aufbringen konnten, mußten dafür die doppelte Lehrzeit bei ihrem Meister bleiben, bzw. bei diesem als Gesellen ihr Lehrgeld abdiene. Dieser Brauch sei zwar – so die Polizeiordnung von 1616 – aus der Übung gekommen, solle aber von der örtlichen Obrigkeit wieder befördert werden³⁹⁵. Den Meistern sollte dies auch dadurch schmackhaft gemacht werden, indem man ihnen erlaubte, nach Ablauf der ordentlichen Lehrzeit einen weiteren Lehrjungen zu nehmen, obwohl ansonsten obrigkeitliche Restriktionen auch hinsichtlich der Lehrlings- und Gesellenzahlen bestanden³⁹⁶. Ähnliche Bestimmungen finden sich auch in den revidierten Handwerksordnungen der 18. Jahrhunderts. So sollte ein armer Bäckerjunge anstatt der vorgeschriebenen drei Lehrjahre, vier Jahre bei seinem Meister bleiben, wobei letzterer ihm dieses vierte Jahr auch erlassen konnte³⁹⁷.

Die Lehrzeiten waren je nach Handwerk unterschiedlich, scheinen sich aber im Laufe der Frühen Neuzeit teilweise verlängert zu haben. Mußte ein Bäcker 1536 sein Handwerk nur zwei Jahre lernen³⁹⁸, so lag die Lehrzeit 1778 bei drei Jahren³⁹⁹. Ein Brauer hatte dagegen um 1660 als auch nach der Ordnung von 1776 nur zwei Jahre zu lernen⁴⁰⁰.

2.4.3.2. Gesellenzeit

Die Forderung nach einer Wanderzeit der Gesellen setzte sich in den bayerischen Zünften erst im 16. Jahrhundert durch⁴⁰¹. Damit die Handwerke mit „zu vilen, sonderlichen vnkundigen Maistern nicht vbersetzt werden“, wurde dies zu Beginn des 17. Jahrhunderts auch landesherrlich allgemein festgeschrieben. Ausnahmeregelungen – wie z. B. einen Anwärter vor Ablauf der normalen Gesellenzeit zur Meisterprüfung zuzulassen – waren dabei nicht von der Zunft zu genehmigen, sondern nur von der örtlichen Obrigkeit⁴⁰². Als besonders wichtig wurde dabei auch die Arbeit bei Meistern im Ausland betrachtet, da in verschiedenen Gewerben der Technologievorsprung dort als erheblich galt. Ja man sah gerade

³⁹³ Vgl. Hoffmann, Trostberg, 55 Anm. 5.

³⁹⁴ Heydenreuter, Hofrat, 292.

³⁹⁵ PO 1616 4. Buch, 1. Titel, 4. Artikel.

³⁹⁶ Vgl. S. 88 f.

³⁹⁷ Bäckerordnung von 1778: Schwarz, Handwerk, 218.

³⁹⁸ BayHStA GR Fasz. 839 Nr. 32 = StadtA München Gewerbeamt 1467.

³⁹⁹ Bäckerordnung von 1778: Schwarz, Handwerk, 218.

⁴⁰⁰ Zahn, Bierbrauer, 59, 82.

⁴⁰¹ Mertl, Zünfte (nicht paginierte Druckfassung).

⁴⁰² PO 1616 4. Buch, 1. Titel, 8. Artikel. Ebenso auch die reformierten Zunftordnungen nach 1775; Schlichthörl, Gewerbebefugnisse I, XXXIX, meint, in München sei die Wanderschaft als Voraussetzung der Meisterschaft erst 1661 verbindlich durch Ratsresolution angeordnet worden.

in den Erfahrungen, die die Gesellen und späteren Meister mitbringen würden, eine Möglichkeit, die marode „Landesindustrie wieder zu verbessern“⁴⁰⁵. Die Pflicht zu Wandern als Grundvoraussetzung der Meisterschaft bestand für Gesellen in Bayern bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, üblich war die Wanderschaft noch das gesamte 19. Jahrhundert⁴⁰⁴.

Die Möglichkeit der Wanderschaft erfuhr jedoch – aus außerökonomischen Gründen – Einschränkungen. Eine nicht unwesentliche Ursache für den Niedergang des bayerischen Gewerbes sahen die Münchener Stadtväter anlässlich der Gewerbebefragung Maximilians I. von 1602⁴⁰⁵ darin, daß die „widerwertige religion vast alle fürnemen handels stett teutschen lannds eingenommen (hat)“. Früher hätten nämlich die Eltern ihre Kinder nach Nürnberg, Augsburg, Ulm, Straßburg etc. geschickt, um sich bei Handelsleuten zu verdingen. Dort hätten sie aber eine falsche Religion gelernt. Bestätigt wird diese Darstellung auch durch eine entsprechende Ingolstädter Stellungnahme, wobei es allerdings hier nur als höchst verwerflich betrachtet wird, daß die angehenden jungen Meister gezwungen seien, an die „kezerische[n] Ort“ zu gehen, um ihr Handwerk zu lernen. Nach diesen Darstellungen scheint sich also gegenüber den umliegenden Reichsstädten in Handel und Handwerk in Bayern zumindest im Zeitalter der Gegenreformation eine nicht unerhebliche Ausbildungsinferiorität herausgebildet zu haben, bedingt durch eine religiös verursachte Abgrenzung. In Kriegszeiten konnte die Wanderschaft ins Ausland gänzlich untersagt werden, da man befürchtete, die Gesellen würden zu fremden Militärdiensten gepreßt⁴⁰⁶.

Durch die Schließung der Zünfte und den dadurch verursachten Mangel an Meisterstellen für Gesellen⁴⁰⁷ wurde das wachsende Potential chancenloser bzw. lebenslanger Gesellen zu einem sozialen Problem der Frühen Neuzeit. Das Phänomen ist in der allgemeinen Sozialgeschichte bereits vielfach beleuchtet worden⁴⁰⁸. Auch für Bayern läßt sich zeigen, daß viele wandernde Gesellen ohne Stellen sich irgendwann in der kriminalisierten Schicht der Vaganten wiederfanden⁴⁰⁹, weil sie keine Möglichkeit erhalten hatten, eine Dauerstelle zu besetzen.

Für die Unterstützung der wandernden Gesellen waren die Kommunen zuständig⁴¹⁰. Die „Knechte“ erhielten eine festen Tagessatz, mußten jedoch, sofern sie keine Arbeit fanden, sofort weiterziehen. So bekamen die Gesellen der ungeschenkten Handwerke in Schrobenhausen am Ende des 18. Jahrhunderts die Hilfe aus dem Stadtmosen, die der geschenkten von den Meistern⁴¹¹. Durchziehende Handwerkspersonen erhielten um 1790 in Wasserburg 5–8 x, in

⁴⁰³ Vgl. *Puschner*, Handwerk, 234 f.

⁴⁰⁴ *Ebd.*, 227 f.

⁴⁰⁵ BayHStA GR Fasz. 275 Nr. 4.

⁴⁰⁶ So erging ein solches Verbot z. B. 1804: vgl. *Puschner*, Handwerk, 255 f.

⁴⁰⁷ Vgl. S. 85 f.

⁴⁰⁸ Vgl. u. a. *Schulz*, Handwerksgesellen; *Fröhlich*, soziale Sicherung; *Stürmer* (Hg.), Herbst, 153–224; *Küther*, Menschen.

⁴⁰⁹ Vgl. Kap. VIII.6.3.

⁴¹⁰ Die folgenden Ausführungen folgen BayHStA GR Fasz. 43 Nr. 24 und Fasz. 45 Nr. 26.

⁴¹¹ Zur Diskussion um geschenkte und ungeschenkte Handwerke vgl. *Fröhlich*, soziale Sicherung, 69–71, und *Schulz*, Handwerksgesellen, 129 ff.

Friedberg 3–9x, in Dießen 6x⁴¹². Vielfach waren die Almosenkassen trotz einer Neuordnung überfordert und die Handwerksburschen bettelten wieder an den Fenstern der Häuser. Das rührte jedoch z.T. auch daher, daß verschiedene Handwerke sich weigerten, in die öffentliche Kasse einzubezahlen, und die Unterstützung der Gesellen selbst übernehmen wollten.

2.4.3.3. Meisterschaft und Gerechtigkeitserwerb

Für die meisten Gewerbe war nach Vollendung der Gesellenzeit die Zulassung zur Meisterprüfung die einzige Möglichkeit, Bürger einer Stadt zu werden, Besitz erlangen zu können und heiraten zu dürfen. Die Zulassung zur Meisterschaft war dabei an erhebliche Bedingungen geknüpft. Bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts hatte sich folgendes Forderungspaket entwickelt⁴¹³: Der Kandidat mußte

- ehelicher und ehrlicher Geburt sein,
- die Lehr- und Wanderzeit vollendet,
- die Meisterprüfung bestanden und
- das Bürgerrecht erlangt haben,
- bis zur Meisterprüfung unverheiratet geblieben sein⁴¹⁴,
- sich danach mit einer ehrlichen Frau verehelichen
- und eine Gerechtigkeit an sich gebracht haben⁴¹⁵.

Als Gerechtigkeit wurde allgemein eine Konzession bezeichnet, die die Ausübung eines Gewerbes innerhalb einer Zunft erlaubte. Da in der Frühen Neuzeit sich die meisten Zünfte geschlossen hatten, blieb die Zahl der Gerechtigkeiten weitgehend konstant. Grundsätzlich änderte sich an den oben genannten Forderungen bis zum Ende des 18. Jahrhundert nur wenig. Lediglich die Pflicht, sich zu verheiraten, wurde fallengelassen und der junge Meister sollte sich nur „eines ehrlich und christl. Lebenswandel(s) befeleißigen“⁴¹⁶. Verschiedene durch die zünftische Tradition bedingte Gewohnheiten bei der Meisterwerdung wurden durch den frühabsolutistischen Staat als „Mißbräuche“ bekämpft und zum Schutz der jungen Selbständigen Dekrete und Bestimmungen erlassen. Hierzu gehörte das Verbot von großen Zechgelagen bei den Prüfungen, die unmäßige Kosten verursachten⁴¹⁷, oder die Abschaffung veralteter, unmodischer Meisterstücke, die der Prüfling nachher nicht verkaufen konnte und zu „grossen Vnkosten vnd Schaden, den sie vil Jar zu empfinden haben“, führten⁴¹⁸.

Es war also schwer, den „Sprung“ vom Gesellen zum Meister zu schaffen. Haupthindernis war vor allem die sogenannte „Schließung der Zünfte“, d. h. die

⁴¹² Brauer- und Metzgerknecht hier jedoch nur 3x, weil sie auch etwas von dem jeweiligen Handwerk bekamen.

⁴¹³ Sofern nicht anders zitiert nach *Mertl*, Zünfte, passim, und *Schlichthörle*, Gewerbebefugnisse I, XXXVIII–XLIII.

⁴¹⁴ Vgl. Münchener Bäckerordnung von 1536: BayHStA GR Fasz. 839 Nr. 32 = StadtA München Gewerbeamt 1467; *Schlichthörle*, Gewerbebefugnisse I, XLI hier falsch.

⁴¹⁵ Münchener Bäckerordnung von 1536, ergänzende Sätze vom 10. 11. 1595, zeigt dies bereits deutlich: *Schwarz*, Handwerk, 207.

⁴¹⁶ Z. B. Bäckerordnung von 1778: *Schwarz*, Handwerk, 212.

⁴¹⁷ PO 1616 4. Buch, 1. Titel, 9. Artikel.

⁴¹⁸ PO 1616 4. Buch, 1. Titel, 9. Artikel.

Festsetzung der Zahl der Meister eines bestimmten Gewerbes in einer Stadt. Begannen die entsprechenden Tendenzen innerhalb der Zünfte bereits im 15. Jahrhundert, so wurden seit dem letzten Viertel des 16. Jahrhunderts mit Einverständnis von Rat und Landesherrn immer mehr Gewerbe geschlossen. Die Jahre 1628 und 1689 brachten schließlich kurfürstliche Mandate, die ein „Gesundschrumpfen“ übersetzter Gewerbesparten verordneten⁴¹⁹. Wenn auch nach dem Reichstagsabschied von 1731 die Schließung der Zünfte aufgehoben werden sollte, so blieben doch fast alle bayerischen Handwerke bis 1799 bei dieser Praxis⁴²⁰. Hieran sollten auch die im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts reformierten Zunftordnungen nichts ändern. Erst wenn der Kandidat eine Gerechtigkeit in Aussicht hatte, lag es in der Hand des Rates, ihn nach Prüfung der übrigen Voraussetzungen (vorgeschriebener Ausbildungsgang, eheliche und ehrliche Geburt etc.) zur Meisterprüfung zuzulassen⁴²¹. Auch diese Prüfung erfolgte unter Aufsicht der Ratskommissare⁴²². Ein Geselle, der in einer Stadt oder einem Markt die Meisterschaft erreichen wollte, konnte also nur auf folgenden Wegen eine Gerechtigkeit erwerben:

- Erbschaft,
- Heirat einer Meistertochter oder -witwe,
- Kauf einer vakanten Gerechtigkeit.

Letztere Möglichkeit war sehr teuer, da mit der Gerechtigkeit auch ein Haus mit Werkstatt erworben werden mußte. Beispielsweise wurde in München die Zessionssumme zwar durch Ratsresolution von 1781 und durch kurfürstliches Mandat für eine Schneidergerechtigkeit auf 350 fl. festgelegt, die tatsächlich bezahlten Summen lagen aber – bedingt durch die begrenzte Zahl – erheblich höher. 1804 sollen 2.000 fl. für eine Konzession dieses Handwerks bezahlt worden sein⁴²³. Entsprechend war die Erheiratung einer Gerechtigkeit auch weit häufiger als ein Kauf. Von 132 Neubürgern, die zwischen 1606 und 1671 in dem Markt Trostberg aufgenommen wurden und bei denen die Art des Erwerbs der Gerechtigkeit bekannt ist, kauften nur 22 ihr Gewerbe, die übrigen 110 erheirateten es⁴²⁴. Hierbei handelte es sich um keine Ausnahme⁴²⁵.

Meistersöhne waren grundsätzlich bevorzugt⁴²⁶. Z. B. verbot erst der Reichsschluß von 1731, sie von der Wanderung zu befreien oder ihnen dabei eine kürzere Dauer einzuräumen⁴²⁷. Meister, die Meisterwitwen oder -töchter geheiratet

⁴¹⁹ Mertl, Zünfte (nicht paginierte Druckfassung); Schremmer, Wirtschaft Bayerns, 242; Mauersberg, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 205; der Text des Mandats vom 8. 2. 1628 (zitiert nach Hugendubel, Handwerksverfassung, 45) lautet: „Es sollen alle zünfften im land beschriben und iede auf eine gewisse anzahl gesetzt werden, welche künffftighin nicht mehr zuüberschreiten, was aber dermahlen würckhlich verhandten, soll man lebenslänglich gedulten und gleichwohl absterben lassen, bis auf die determinierte zahl“. Vgl. Heydenreuter, Hofrat, 291.

⁴²⁰ Schremmer, Wirtschaft Bayerns, 242 f.; Ausnahme einige Mangelberufe.

⁴²¹ Mertl, Zünfte, 53.

⁴²² Vgl. S. 81.

⁴²³ Puschner, Handwerk, 121.

⁴²⁴ Hoffmann, Trostberg, 58.

⁴²⁵ Hierzu genauer Kap. IV.4.1.

⁴²⁶ Vgl. Kreittmayr, Anmerkungen V, 826.

⁴²⁷ Schlichthörle, Gewerbebefugnisse I, XL.

hatten, erhielten – neben dem Vorteil, die Gerechtigkeit nicht kaufen zu müssen – geringere Bürgeraufnahmegebühren zugestanden⁴²⁸. Durch diese Bevorzugungen entstand eine Art selbstverständliches Erbrecht der Gerechtigkeiten, eine „Idee der Realität der Gewerbeberechtigten“⁴²⁹. Dieser Zustand wurde durch einen sogenannten „Bürgervergleich“ 1770 in München festgeschrieben, wobei ein Erbrecht bis zu den Neffen zugestanden wurde. Darüber hinaus reservierte man erledigte Gerechtigkeiten vorzüglich Meistersöhnen und -töchtern⁴³⁰. Diese Festschreibung der grundsätzlichen Realität der Gerechtigkeiten (auch „Gerechtes“ genannt) mußte de jure jedoch ungültig bleiben, da sie vom Landesherren hätte sanktioniert werden müssen, und dieser bereits am 25. Juni 1771 die Resolution erließ, „daß die Handwerksgerechtigkeiten sua natura nicht erblich, sondern bloss Personalsachen seyen, welche mit dem Tod wiederum hinweg und der Obrigkeit zur weiteren Verleihung heimfallen“⁴³¹. Dennoch bürgerte sich die Realität der Gewerbeberechtigten immer mehr ein. Erst 1804 kam es zur Verordnung, daß das Entstehen neuer realer Gerechtigkeiten zu verhindern sei⁴³². Hierdurch war aber auch Realität erstmals gesetzlich sanktioniert⁴³³.

Daß die Unterscheidung der Realität oder Personalität der Gerechtigkeit selbst um 1800 für die Bürger kaum eine Rolle spielte, zeigt ein Fall aus Trostberg. Ein Brauer kaufte in dem Markt 1806 eine Brauerei mit Nebengebäuden und Gerechtigkeit für 12.500 fl. Laut Katasterauszug war allein die reale Braugerechtigkeit ca. 750 fl. wert. Als der Käufer ein Jahr später wegen einer Schuldsache über sein Vermögen Auskunft geben sollte, war er nicht in der Lage zu sagen, welcher Art seine Gerechtigkeit war⁴³⁴.

Die Gepflogenheiten wie die Rechtsgrundlagen bei der Vergabe von Gerechtigkeiten waren darauf gerichtet, Besitzkontinuitäten und Tradition der Handwerksfamilien zu erhalten. Der geringe Anteil von Käufen der Gewerbekonzessionen gegenüber anderen Formen des Besitzwechsels belegt dies. Daß jedoch die „Erheiratungen“ viel häufiger waren als die Übergabe an einen Sohn beruhte auf anderen Ursachen⁴³⁵. Neben der Möglichkeit, daß Handwerker verschiedentlich überhaupt keine Söhne hatten, läßt sich eine Erklärung auch darin sehen, daß die jungen Bürgersöhne gar keine Zeit hatten, auf die Übergabe zu warten, wollten sie eine eigene Familie gründen. Die Väter mußten sich selbst meist schlecht als recht von den fast ausschließlich Kleinstbetrieben ernähren. Dem Sohn blieb also nur, nach erfolgter Ausbildung sich selbst eine Subsistenzstelle zu erwerben.

⁴²⁸ Vgl. S. 181 f.

⁴²⁹ *Schlichthörle*, Gewerbebefugnisse I, L; vgl. hierzu und zum folgenden auch *Rummel*, Gewerberechte, 3–8.

⁴³⁰ Abdruck in *Schlichthörle*, Gewerbebefugnisse I, L–LII.

⁴³¹ MGS II, 1364; Ausnahme bildeten solche Gewerbe, zu deren Ausübung besondere Einrichtungen an den Häusern notwendig waren und damit die Gerechtigkeiten an den Gebäuden hafteten. Solche „Realgerechtigkeiten“ waren z.B. bei Brauern, Bäckern und Müllern anerkannt (*Schlichthörle*, Gewerbebefugnisse I, XLIX).

⁴³² Rbl. 1805, 43–48; *Schlichthörle*, Gewerbebefugnisse I, LIII f.

⁴³³ *Schlichthörle*, Gewerbebefugnisse I, LIV; genauer hierzu *Puschner*, Handwerk, 117–147.

⁴³⁴ BayHStA GL Fasz. 4193 Nr. 89.

⁴³⁵ Vgl. ausführlich in Kap. IV.4.1.

Im Sinne der Subsistenzerhaltung der Mitglieder war es ein Grundanliegen zünftischer Regelungen, den Mitmeistern ihre „Nahrung“ zu sichern⁴³⁶. Es stellt sich nun aber die Frage, in welchem Verhältnis diesem Nahrungsprinzip in der Frühen Neuzeit auch ein Erwerbsprinzip zugeordnet war. Mit anderen Worten: Welche Möglichkeiten hatte ein Gewerbetreibender innerhalb der Spielräume der Handwerksordnungen zur Gewinnsteigerung auch über seine Kollegen hinaus?⁴³⁷ Puschner wies in diesem Zusammenhang auch auf Konkurrenzsituationen und -konflikte zwischen verschiedenen Gewerbesparten innerhalb einer Stadt hin⁴³⁸. Wie groß der „Gewinnmaximierungsspielraum“ für einen Handwerker in der frühneuzeitlichen altbayerischen Stadt tatsächlich war, läßt sich jedoch kaum allein an einigen Klagen gegen Handwerker belegen, die die rechtlich fixierten Produktionsgrenzen überschritten hatten, und schon gar nicht anhand der normativen Grundlagen. Im Zusammenhang mit den Steuerbuchanalysen, die unten noch näher dargelegt werden⁴³⁹, wird versucht, auch auf dieses Problem einige Antworten zu geben. So können anhand der Zensusunterschiede innerhalb bestimmter Gewerbe, wie auch zwischen verschiedenen Gewerben Aussagen über ökonomische Ungleichheiten getroffen werden. Ähnliches gilt auch für die überlieferten Produktionsziffern am Ende des 18. Jahrhunderts⁴⁴⁰. Vorweggenommen seien hier nur folgende grundsätzliche Ergebnisse:

1. Es gab eine allen untersuchten Städten ähnliche Steuer- und Produktivitäts-hierarchie der Berufe, die ein sehr weites Spektrum von Ungleichheit umfaßte.
2. Signifikant, mitunter sogar extrem angesichts der restriktiven Produktionsbeschränkungen waren die Steuerdifferenzen innerhalb eines Gewerbes einer einzelnen Stadt.
3. Große Unterschiede lassen sich innerhalb der einzelnen Berufe auch von Stadt zu Stadt feststellen.

Die Produktionsbeschränkungen beruhten auf einer ganzen Restriktionspalette, die Regelungen über die maximale Beschäftigtenzahl, Einschränkungen der Produktionszeiten (z. B. feste Backtage), Begrenzungen der Produktionsmittel (z. B. Zahl der Webstühle) oder der zu verarbeitenden Rohstoffe enthielt. Da diese Fakten aus der umfangreichen Zunftliteratur hinlänglich bekannt sind, mögen hier einige charakteristische Beispiele aus der oberbayerischen Städtelandschaft genügen.

Bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts war die Zahl der Gesellen und Lehrlingen pro Betrieb obrigkeitlich in den Zunftartikeln festgesetzt⁴⁴¹. Verschiedentlich war verordnet, daß ein Meister, nachdem er einen Lehrlingen ausgebildet hatte, in den folgenden Jahren keinen weiteren haben durfte. 1429 wurde diese Sperrfrist z. B. bei den Münchener Loderern auf drei Jahre (= Lehr-

⁴³⁶ Zum Begriff der „Nahrung“ im ländlichen Bereich vgl. *Blickle*, Nahrung.

⁴³⁷ Hierzu die Aussagen der älteren Literatur dargestellt bei *Haenert*, Preispolitik, 18f; vgl. auch *Schremmer*, Wirtschaft Bayerns, 53ff.

⁴³⁸ *Puschner*, Handwerk, 154–158.

⁴³⁹ Vgl. Kap. VIII.

⁴⁴⁰ Vgl. Kap. VIII.4.

⁴⁴¹ *Schlichthörle*, Gewerbebefugnisse I, S. XLIIIf.

zeit) festgelegt⁴⁴², ebensolange bei den Bäckern 1536⁴⁴³. Im kurfürstlichen Mandat vom 9. Januar 1765 wurde nun die Beschränkung der Beschäftigung von Arbeitern, Gesellen und Lehrlingen generell abgeschafft⁴⁴⁴. Die landesherrlichen Regelungen scheinen jedoch in der Wirklichkeit kaum umgesetzt worden zu sein⁴⁴⁵.

Den Münchener Bäckern wurde erst durch Geheime Ratsresolution vom 9. November 1785 die Beschränkung auf bestimmte Backtage aufgehoben⁴⁴⁶. Die reformierte Handwerksordnung von 1778 kannte die drei erlaubten Backtage pro Woche noch, die bereits in der Bäckerordnung des Jahres 1536 festgeschrieben wurden⁴⁴⁷. In Friedberg hatte man sogar eine Regelung, daß zu den festgelegten Backtagen nicht alle Bäcker zugelassen waren. Dieser Modus wurde dann jedoch durch den Rentmeister verboten⁴⁴⁸. Besonders streng waren die Auflagen für die Küchenbäcker. Sie durften zunächst nur an den Fasttagen (normalerweise also nur Freitag und Samstag) backen und ihre Ware verkaufen. Später wurde ihnen dann noch der Dienstag erlaubt, sofern kein weiterer Fasttag in der Woche lag⁴⁴⁹. Den Webern waren nur fünf Werkstühle pro Betrieb erlaubt, um eine genügende Verteilung der Arbeit zu sichern⁴⁵⁰. Noch restriktiver waren die Beschränkungen bei den Tuchmachern, die sich jedoch verschiedentlich änderten⁴⁵¹. Handwerker, die nicht nur bestellte Produkte herstellten, unterhielten neben der Werkstatt z. T. auch öffentliche Läden. Hier durften sie nur selbst verfertigte Waren verkaufen⁴⁵². Ansonsten wäre es zu Überschneidungen mit den Handelsgewerben gekommen.

Wie schnell die Grenzen unternehmerischer Initiative erreicht waren, zeigt ein Fall aus dem Jahre 1725⁴⁵³. Der Münchener Bürger und Bäcker Thomas Grundler hatte seit fünf Jahren einen Vertrag mit der Verwaltung von Schleißheim, nach dem er Schleißheim und die Schwege Graßlfing mit Brot zu versehen habe. Dafür mußte er 150 fl. Bürgschaft leisten. Er lieferte bis zu diesem Zeitpunkt zur Zufriedenheit der Abnehmer. Nun aber beschloß die Münchener Bäckerzunft mit Genehmigung des Bußamtes, daß kein Bäcker wöchentlich mehr als acht Schäffel zu backen befugt sei. Die Backleistung von Grundler wurde wegen Schleißheim und Graßlfing auf ursprünglich 10 später 14 Schäffel begrenzt. Nach dessen Angaben war diese Menge völlig ungenügend. Die Folge war, daß er nach eigenen Angaben bereits zweimal wegen Übertretung dieses Limits vom Bußamt gestraft worden sei. Auf Intervention des Kurfürsten wurde ihm schließlich erlaubt, was für die Erfüllung des Vertrags notwendig sei, backen zu dürfen,

⁴⁴² *Schlichthörle*, Gewerbebefugnisse II, 36.

⁴⁴³ BayHStA GR Fasz. 839 Nr. 32 oder StadtA München Gewerbeamt 1467.

⁴⁴⁴ GS 1771, 432.

⁴⁴⁵ Vgl. *Kreittmayr*, Anmerkungen V, 825.

⁴⁴⁶ *Schlichthörle*, Gewerbebefugnisse I, 65.

⁴⁴⁷ BayHStA GR Fasz. 839 Nr. 32 oder StadtA München Gewerbeamt 1467. Festlegung verschiedener Backtage bereits im 15. Jahrhundert: *Schlichthörle*, Gewerbebefugnisse I, 64.

⁴⁴⁸ StAM RL Fasz. 27 Nr. 109 fol. 29.

⁴⁴⁹ *Schlichthörle*, Gewerbebefugnisse I, 286 f.

⁴⁵⁰ *Schlichthörle*, Gewerbebefugnisse II, 34.

⁴⁵¹ Vgl. *Kreuter*, Wollengewerbe, 238 f.; *Steck*, Loden- und Tuchmachergewerbe, 34.

⁴⁵² *Kreittmayr*, Anmerkungen V, 828.

⁴⁵³ StadtA München Gewerbeamt 1471.

wenn nötig auch täglich. Er dürfe dieses Vorrecht jedoch nicht für den Verkauf in der Stadt nützen.

Die Auseinandersetzung belegt nicht nur die engen Grenzen, die die Zünfte ihren Mitgliedern auferlegten, und ihr genaues Wachen über das Einhalten dieser Vorschriften. Deutlich wird hier auch die Bedeutung des Hofes als Abnehmer, dessen Bedarf zumindest in diesem Fall die Normen des „normalen“ Handwerks sprengte und so einem engagierten Unternehmer größere Möglichkeiten bot als in den bürgerlichen Beschränkungen. Das Hoflieferantentum war wohl im Handwerk die beste Chance, größere Gewinne zu erzielen, da zu diesem Zweck der Landesherr die Betriebe aus den sonst gültigen gesetzlichen Beschränkungen herausnehmen konnte⁴⁵⁴.

Die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte wurde durch das mit landesherrlichem Befehl veröffentlichte kaiserliche Mandat vom 23. April 1772 gestattet, wobei die Umsetzung dieser Bestimmung „jeder Landes- und Ortsobrigkeit zu überlassen seye“⁴⁵⁵. Frauen waren vorher nicht „handwerksfähig“. Witwen war zwar die Fortführung des Handwerks ihres verstorbenen Gatten gestattet, ausgeführt werden mußte dies jedoch durch einen Gesellen. Die Mitarbeit von Frauen, Töchtern und Dienstmägden erfolgte lediglich „in usum rei familiaris et domesticas“⁴⁵⁶. Ein bisher für Bayern völlig unerforschtes Gebiet ist, wie diese gesetzlichen Regelungen in der Realität ausgesehen haben, welche Rolle also die Frau im Handwerk tatsächlich spielte⁴⁵⁷.

2. 4. 5. Zusammenfassung

„Rückgrat“ der städtischen Wirtschaftsordnung in Bayern wie im gesamten Reichsgebiet war die genossenschaftliche Vereinigung der überwiegenden Zahl der produzierenden und handeltreibenden Individuen in den Zünften. Inkorporiert waren hierin nicht nur die Meister, sondern auch die Knechte (= Gesellen) und Lehrlingen – mitunter hatten die Gesellen auch eigene Zünfte. Außerhalb der Zünfte produzierten in den städtischen Gemeinwesen legal nur die Manufakturen, die Hofschutzverwandten und kleinere Nebengewerbe. Aufgrund der numerischen Bedeutung des zünftischen Handwerks blieb dieses bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts für die bayerische Stadt konstitutiv. Die Bestimmungen der Zünfte determinierten weitgehend die Wirtschaftsweise des Landes, monopolisierten die gewerbliche Ausbildung und wirkten sozial disziplinierend. Schremmer formuliert als „Grundprogramm“ der Zünfte die „Förderung des wirtschaftlichen Wachstums unter Vermeidung von Beschäftigungs-, Vermögens- und Einkommensrisiken der Zunftgenossen mit der Nebenbedingung, eine möglichst gleichförmige Einkommens- und Vermögensverteilung bei den Angehörigen eines „Handwerks“ zu erreichen und aufrechtzuerhalten“⁴⁵⁸. Dies alles geschah jedoch nicht aus eigener Satzungsvollmacht, sondern im Auftrag des Magistrats oder des Landesherrn. Politische Macht konnten die Zünfte in Bayern nur in-

⁴⁵⁴ Vgl. die Biographien verschiedener Münchener Räte in Kap. V.3.5.2.

⁴⁵⁵ MGS II, 878.

⁴⁵⁶ *Kreittmayr*, Anmerkungen V, 814.

⁴⁵⁷ Vgl. zu den andernorts bereits vorliegenden Forschungen u. a. *Vogel/Weckel* (Hg.), *Frauen; Wunder. „Er ist die Sonn“*.

⁴⁵⁸ *Schremmer*, *Wirtschaft Bayerns*, 35.

direkt ausüben. Sie waren Lobbyisten ihrer Mitglieder, wenn diese auch gleichzeitig Bürgermeister und Innere Räte der kleineren oder mittleren Städte und Märkte stellten. Das Einungsverbot, eigene Zunftkommissare der Räte, obrigkeitlich erlassene Ordnungen, ständige Kontrolle und nur geringe jurisdiktio-nelle Kompetenzen lassen die Zünfte hauptsächlich als Exekutivorgane erscheinen. Ihre Verfassung veränderte sich nur insoweit, als es die landesherrliche Politik zuließ. Andererseits ist die in ihnen wirksame „mittelalterliche Gerechtigkeitsvorstellung“ (Schremmer)⁴⁵⁹ auch der Rahmen, innerhalb dessen sich die herrscherliche Satzungspolitik für die Zünfte in der Frühen Neuzeit bewegte bzw. bewegen konnte. Nicht das Merkantilssystem, sondern erst die wirtschafts-liberalen Ideen, die eine individuelle Gewinnmaximierung zur Triebfeder ökonomischen Wirkens machten, lösten diesen Rahmen auf. Das Merkantilssystem verstärkte zwar den Druck auf das Gewerbe wegen der Außenhandelsbilanz, zu entscheidenden Veränderungen der Organisationsstruktur und des Wirtschaftssystems kam es trotz Vereinheitlichungen der Zunftordnungen und starker Einbindung der Korporationen in den neuzeitlichen Staat jedoch nicht.

2.5. Preis- und Lohnfestsetzungen

Städtische und staatliche Kompetenzen griffen im Bereich der Errichtung und Kontrolle obrigkeitlicher Preis- und Lohntaxen stark ineinander. Sie orientierten sich hauptsächlich an zwei Prämissen: Zum einen sollten die Verbraucher von zu hohen Belastungen geschützt werden, zum anderen ging es um die Verhinderung des Anschwellens einer als bedrohlich empfundenen Inflation. Während die tatsächlichen Teuerungsraten⁴⁶⁰ und die Auswirkungen der restriktiven Lohnpolitik⁴⁶¹ noch an anderer Stelle betrachtet werden, interessieren im Spannungsfeld zwischen Stadt und Landesherr hier vor allem die jeweiligen Zuständigkeiten.

Die Zünfte hatten in Bayern keine direkte Einflußmöglichkeit auf die Bestimmung der Preise und Löhne⁴⁶². Dennoch gingen Veränderungen der Tarife vielfach auf ihre Initiative zurück, indem sie etwa auf veränderte Rahmenbedingungen (z.B. höhere Rohstoffpreise oder Lohnkosten) aufmerksam machten und damit die städtischen und staatlichen Obrigkeiten zum Handeln veranlaßten⁴⁶³. Soweit bisher zu erkennen, beruhte während des gesamten Untersuchungszeitraums die Fixierung der *Lohnmaxima* auf dem gleichen Prozedere, wie es in der Polizeiordnung von 1616 festgelegt worden war⁴⁶⁴: Zweimal jährlich, zu St. Georg und zu St. Michael, traten neue Lohnfestlegungen in Kraft, die die allgemeine Preisentwicklung berücksichtigten, aber auch „vberflüssige Belohnung“ für „Mawer, Steinmetzen, Zimmerleut vnd dergleichen Handwercker vnd Tagelöhner“ zum Schaden der Landesbewohner verhindern sollten. Die Vorschläge hierzu wurden von den Hauptstädten, d.h. von den Rentamtssitzen, „vmb ratification oder gebürliche mässigung“ dem Hofrat oder den Regierungen eingereicht. War dies geschehen, wurden die neuen Tarife in Städten und Märkten, Landgerichten und Hofmarken angeschlagen. Dies bedeutet, daß für jedes Rent-

⁴⁵⁹ Ebd., 34f.

⁴⁶⁰ Vgl. Kap. VIII.5.

⁴⁶¹ Vgl. S. 388.

⁴⁶² Haenert, Preispolitik, 38.

⁴⁶³ Vgl. u. a. Mauersberg, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 558–564.

⁴⁶⁴ PO 1616 4. Buch, 13. Titel, 1. Artikel.

amt einheitliche Maximallöhne bestimmt wurden, die auf dem Vorschlag der Räte der Hauptstädte beruhten⁴⁶⁵.

Bei den *Preisen* gab es für die gesetzlichen Regelungen im wesentlichen zwei Arten von Bestimmungen. Entweder wurde der Endverbraucherpreis festgelegt, oder aber nur die Gewinnspanne des Produzenten, da z. B. die wechselnden Rohstoffpreise dies erforderlich machten⁴⁶⁶. Hauptsächlich richteten sich die Festsetzungen auf die wichtigsten Grundnahrungsmittel, wie Getreide und Fleisch. Als Beispiel für den Modus der Preisbestimmung mag hier der Fleischsatz dienen.

Da es sich für den Fleischpreis als unmöglich erwies, diesen für ganz Bayern einheitlich zu bestimmen, beließ es die Polizeiordnung von 1616 bei der alten Regelung, nach der dies den örtlichen Obrigkeiten in den Städten, Märkten und auf dem Land oblag. Bei Abweichungen des Preises von einem Pfennig pro Pfund und mehr sollten sich die kleineren Städte an dem Preis der größeren im Umkreis von zwei oder drei Meilen orientieren, insbesondere aber an dem der Hauptstädte. Auch mußte der so festgelegte Satz dem Hofrat bzw. den jeweiligen Regierungen der Rentämter vorgelegt und dann von den örtlichen Gerichtsobrigkeiten veröffentlicht werden. Der Fleischpreis blieb solange in Kraft, bis sich aus bestimmten Gründen – z. B. Veränderungen der Viehpreise – Abänderungen als notwendig erwiesen⁴⁶⁷. Die Überwachung der Einhaltung der festgelegten Tarife oblag wiederum den örtlichen Obrigkeiten, d. h. den Stadt- bzw. Markträten und ihren Dienern⁴⁶⁸. Wenn wohl auch schon früher praktiziert, so ergänzte die Städteinstruktion von 1748 gegenüber der älteren Fassung von 1670, daß auch – im Falle des Versagens der städtischen Aufsichtsorgane – die Gerichtsbeamten in den Städten und Märkten (mit Ausnahme der Hauptstädte) „von Oberinspektionen wegen fürzugreifen und die statuierte Bestrafungen ohne weiters vorzunehmen“ befugt seien⁴⁶⁹. Einen entsprechenden Überwachungsauftrag hatte auch der Rentmeister während seines Umritts⁴⁷⁰.

Diese für die Preisfestlegung und Überwachung festgestellten Kompetenzen galten im wesentlichen auch für Schmalz, Brot und Bier. Preistaxen finden sich ebenso für Fisch, Met, Mehl, Bratwürste, Wachs, Wirtshaussessen etc. Nach Haenert soll sich zumindest für München insofern ein Wandel eingestellt haben, daß der Fleischpreis seit dem 18. Jahrhundert, der Satz für Weizen und Roggen seit 1775 nicht mehr durch den Rat der Stadt, sondern durch den Landesherrn festgelegt wurde⁴⁷¹.

Daß das Spektrum der im Preis obrigkeitlich festgelegten Waren weit über die Nahrungsmittel hinausging, belegt die auf kurfürstlichen Befehl erstellte Preisfestsetzung des Rates von Weilheim aus dem Jahr 1644 (abgedruckt im Anhang Nr. 4). Hier werden soweit möglich detailliert die Tätigkeiten bzw. Produkte von

⁴⁶⁵ Vgl. hierzu u. a. *Schremmer*, Wirtschaft Bayerns, 156; *Hoffmann*, Instruktionen, 514 Anm. 109.

⁴⁶⁶ *Haenert*, Preispolitik, 53.

⁴⁶⁷ PO 1616 4. Buch, 5. Titel, 5. Artikel. Zu den Schwierigkeiten, die Fleischpreise den Veränderungen während der Kipper- und Wipperinflation anzupassen siehe *Heydenreuter*, Hofrat, 286 f.

⁴⁶⁸ Vgl. Städteinstruktionen von 1670 und 1748: *Hoffmann*, Instruktionen, 297 f.

⁴⁶⁹ *Ebd.*, 298.

⁴⁷⁰ Vgl. u. a. die Rentmeisterinstruktion von 1669, Art. 91, im Anhang Nr. 2.

⁴⁷¹ *Haenert*, Preispolitik, 58 Anm. 2, 61 f., 66 f.

Wagnern, Schmieden, Schneidern, Schuhmachern beschrieben und in ihrem Wert festgelegt. Da jedoch bisher entsprechende Aufstellungen nicht bekannt sind und die einschlägigen Ordnungen wie die Städte- oder die Rentmeisterinstruktionen auf sie nicht eingehen, ist es zumindest zweifelhaft, ob sie kontinuierlich in Gebrauch waren, ja noch viel mehr, ob sie überhaupt praktikabel waren.

2.6. Durchbrechung der Zunftverfassung

2.6.1. Landesherrliche Monopole

2.6.1.1. Weißbier

Allein fiskalische Motive stehen für die Einführung des Weißbiermonopols durch Maximilian I.⁴⁷² Während man sich bereits um 1600 staatlicherseits für die hohen Gewinne aus dem Braugeschäft mit weißem Bier interessierte, kamen durch Kauf und Erbfall die Güter der Familie von Degenberg nach 1602 an den bayerischen Staat. Dabei war auch ein Sudwerk, dessen Produktion erhebliche Gewinne abwarf und deshalb weiterbetrieben wurde. Daraufhin wurden weitere landesfürstliche Weißbierbrauhäuser errichtet, u. a. das langfristig bei weitem lukrativste 1607 in München. Zum Monopol wurde die Produktion dieses Getränks dadurch, daß man ein älteres generelles Verbot des Weißbiers nie aufhob, das hauptsächlich wegen des als schädlich angesehenen Weizenverbrauchs erlassen worden war. Die Degenberger hatten zu den wenigen Privilegierten gehört, denen durch landesherrliche Ausnahmeregelung die Herstellung trotzdem erlaubt war⁴⁷³. Die Errichtung des Monopols war also allein durch den Entzug der (widerrufbaren) Privilegien möglich. Damit bedurfte es gar nicht erst des Erbfalls der Degenberger⁴⁷⁴. Die in- und ausländische Konkurrenz wurde auch dadurch ausgeschaltet, daß Maximilian 1611 den Import von Bier wie auch das Brauen von sogenanntem „Mischlingsbier“ (weißes und braunes Bier) generell verbot⁴⁷⁵.

Der Vertrieb des Weißbiers war völlig verschieden zu dem des braunen Biers durch die jeweiligen bürgerlichen Brauer. Die kurfürstlichen Brauhäuser verkauften das monopolisierte Getränk nur faßweise. Der Ausschank erfolgte in den Städten und Märkten durch konzessionierte Bierzäpfler, die den Hofschutz genossen, oder durch bürgerliche Braunbierbrauer und Wirte⁴⁷⁶. Die Produktionsstätten waren anders als beim Braunbier an nur wenigen Orten zentralisiert. Um 1760 gab es in Bayern nur 12 Weißbierbrauereien⁴⁷⁷.

⁴⁷² Allgemein zur Entstehung des herzoglichen Weißbiermonopols jüngst *Letzing*, Bierbrauwesen; diese selbst kleinste Details aufarbeitende und sich darin auch verlierende Dissertation bleibt in ihrer generellen Einschätzung der Bedeutung des Monopols bei einer rein statistischen Sichtweise der älteren Literatur stehen.

⁴⁷³ *Schlichthörle*, Gewerbebefugnisse I, 83 f.; *Schmelzle*, Staatshaushalt, 257; *Letzing*, Bierbrauwesen, enthält eine Aufstellung der neben den Degenbergern existierenden Weißbierbrauereien.

⁴⁷⁴ *Letzing*, Bierbrauwesen, 473.

⁴⁷⁵ *Dollinger*, Finanzreform, 442 Anm. 197.

⁴⁷⁶ *Freyberg*, Pragmatische Geschichte II, 116 f.

⁴⁷⁷ *Schmelzle*, Staatshaushalt, 259.

Die Gewinne für den Fiskus waren in der Tat erheblich. Bereits zwischen 1606 und 1611 verbuchte das Hofzahlamt einen durchschnittlichen jährlichen Gewinn aus der Produktion des Weißbiers von über 11.000 fl., zwischen 1612 und 1617 waren es bereits über 21.000 fl.⁴⁷⁸ Während des 18. Jahrhunderts schwanken die Angaben der Gewinne der Hofkammer aus dem Monopol von über 200.000 bis über 300.000 Gulden. Der Umsatz (also Regiekosten und Reingewinn) lag dabei etwa bei 1 Million fl.⁴⁷⁹ Welche Bedeutung diese Summe volkswirtschaftlich hatte, macht der Vergleich mit dem bayerischen Exportumfang deutlich. Dieser belief sich insgesamt – incl. den bedeutenden Ausfuhr-gütern Salz und Getreide – in der Zeit von 1765 bis 1799 jährlich auf 4 bis 8 Millionen fl.⁴⁸⁰

Für die bürgerlichen Brauer führte der sich stetig mehrende Absatz des staatlichen Weißbiers zu erheblichen Einbußen. Durch die Beschwerden der Städte auf den Landtagen vor dem Dreißigjährigen Krieg wurden zwar einzelne Einschränkungen für den Weißbierverschleiß durchgesetzt⁴⁸¹, grundsätzlich blieben jedoch durch die staatswirtschaftlichen Aktivitäten erhebliche Kapitalmengen der Verfügungsgewalt der privaten gewerblichen Wirtschaft entzogen. Viele Städte beklagten deshalb 1669 die große Zahl der Weißbierzäpfler⁴⁸². Die Umsätze des Weißbiers wurden für die bürgerlichen Brauer um so mehr zur Konkurrenz, weil das Getränk nicht der Besteuerung durch das Ungeld unterlag⁴⁸³. Allerdings sahen sich auch die Weinwirte, Metschenken und Lebzelter von dem Weißbierausschank bedroht, da das monopolisierte Getränk ihre Umsätze schmälerte⁴⁸⁴. Hinzu kam der Verlust für die Stadtkammern, daß insbesondere die Weißbierzäpfler als Hofschutzverwandte keine bürgerlichen Steuern zu bezahlen hatten⁴⁸⁵. Viele bürgerliche Bierbrauer verlegten sich deshalb auf den Ausschank von Weißbier, manche scheinen gar das Sieden des braunen Biers gänzlich aufgegeben zu haben. Die Gewinne aus dem Weißbierausschank waren wohl – zumindest mitunter – weit höher als die aus der eigenen gewerblichen Produktion⁴⁸⁶.

Erst am 6. August 1798 erhielten alle Brauberechtigten durch kurfürstliche Entschließung die Erlaubnis, Weißbier gegen eine Abfindung und gegen ein jährliches „Kammersurrogat“ zu brauen. Ausgenommen waren nur die Münchener

⁴⁷⁸ Dollinger, Finanzreform, 169; über den Anteil des Weißbierwesens an den Gesamteinnahmen Maximilians gibt auch Letzing, Bierbrauwesen, keine neuen Aufschlüsse (vgl. S. 472).

⁴⁷⁹ Schmelzle, Staatshaushalt, 258 f.

⁴⁸⁰ Schremmer, Wirtschaft Bayerns, 645.

⁴⁸¹ Vgl. Freyberg, Pragmatische Geschichte II, 117. So wurde 1642 u. a. bestimmt – oder erneut festgeschrieben –, daß es den Weinwirten nicht gestattet sei, das Weißbier auszuschenken (ebd.). Diese Trennung blieb jedoch nicht. So zeigt u. a. ein Fall aus Trostberg vom Ende des 18. Jahrhunderts, daß kombinierte Wein- und Weißbierschankgerechtigkeiten existierten: BayHStA GL Fasz. 4193 Nr. 89.

⁴⁸² BayHStA GR Fasz. 266 Nr. 31.

⁴⁸³ Dollinger, Finanzreform, 200, nennt als Ausnahme nur Deggendorf; zum Ungeld vgl. u. a. S. 412, 422, 437.

⁴⁸⁴ Vgl. die Beschwerden u. a. von Tölz und Braunau auf dem letzten Landtag von 1669: BayHStA GR Fasz. 266 Nr. 31.

⁴⁸⁵ Vgl. hierzu auch die Beschwerden auf dem letzten Landtag von 1669: Krenner, 1669, 486.

⁴⁸⁶ Krenner, 1669, 520 f.

Brauereien. Seit 1798 entstanden deshalb nur außerhalb der Residenzstadt Weißbierbrauereien, woran sich bis 1844, dem Jahr der völligen Freigabe, nichts geändert hat⁴⁸⁷.

2.6.1.2. Salz

Auf die Errichtung des staatlichen *Salzhandelsmonopols* 1587 wurde im Zusammenhang mit dem damit verbundenen Verlust von Privilegien und den an einzelne Städte geleisteten Ausgleichszahlungen bereits eingegangen⁴⁸⁸. Das bereits ältere *Salzproduktionsmonopol* dürfte für die städtische Wirtschaft Bayerns im allgemeinen kaum eine Rolle gespielt haben. Hier soll nun behandelt werden, welche ökonomischen Auswirkungen diese Umgestaltung des Salzhandelsystems auf die Städte hatte und wie die landesherrliche Politik darauf reagierte.

Bayern war mit seinem Salzhandelsmonopol keineswegs allein. Ein solch einträgliches Mittel zur Erhöhung der Staatseinnahmen hatte man in Schlesien bereits 1562 und in Brandenburg 1583 entdeckt⁴⁸⁹. Vor 1587 war man sich in Bayern der Bedeutung des Salzes für die Gesamtwirtschaft des Landes sehr wohl bewußt: „Salzärzt und salzhandel ist im herzogtumb ... die schatzkamer, daraus all ander gemainer khauffmans gewerb und handtirung, besonder mit wein und traidt ursprung hat“⁴⁹⁰. Durch die Verstaatlichung verblieb der privaten Wirtschaft im wesentlichen nur noch der Kleinhandel mit Salz⁴⁹¹ und der Transport⁴⁹². Auch die Münchener Salzsender, also die Fernhandelskaufleute mit Salz, büßten alle Zwischenhandelsvorrechte ein. Es gab nur noch die lokalen Einzelhändler, die Salzstössel. Mit Hilfe von Darlehensgeschäften mit dem Landesherrn gelang es im 18. Jahrhundert einzelnen großen „Salzkontrahenten“ im Exportabsatz als Zwischenhändler eine wichtige Rolle einzunehmen. Berühmt ist der Meraner Handelsmann Johann Battista Ruffini⁴⁹³. Für den Transport waren 1694 in der Residenzstadt insgesamt acht Eisenhändler und Salzstössler im Geschäft mit Samrössern. Sie besaßen insgesamt 150 Pferde. 1695 werden neun Personen mit 214 Pferden angegeben⁴⁹⁴.

Als 1602 Herzog Maximilian von den Städten und Märkten des Rentamtes München eine Analyse ihrer ökonomischen Zustände einforderte, spielte der verlorene Salzhandel bei den betroffenen Städten eine zentrale Rolle. So erklärte Traunstein 1606, daß der Salzhandel vor 1587 das wichtigste Gewerbe der Stadt gewesen sei, jetzt mußten sich dagegen viele Bürger durch den Feldbau ernähren. Reichenhall stellt seine Lage 1606 ähnlich dar, wie das Burghausen nach seinem Haushaltsbankrott später tun sollte⁴⁹⁵: Durch den Verlust des Salzhandels auf

⁴⁸⁷ *Schlichthörle*, Gewerbebefugnisse I, 84.

⁴⁸⁸ Vgl. S. 35 f.

⁴⁸⁹ *Dollinger*, Finanzreform 369, Anm. 48a.

⁴⁹⁰ Zitiert nach *Dollinger*, Finanzreform, 370, der jedoch keine genaueren Angaben zu dieser Aussage macht.

⁴⁹¹ Vgl. u. a. MGS II, 891 ff; *Ockel*, Salzmonopol, 23.

⁴⁹² Vgl. u. a. *Freyberg*, Pragmatische Geschichte II, 142, und die Beschwerde Neuöttings auf dem Landtag von 1669, weil der Stadt die Salzniederlage genommen wurde und damit neben dem seit 1587 verlorenen Salzhandel nun auch die Gewinne durch die Salzfuhrleute verloren gingen: BayHStA GR Fasz. 266 Nr. 31.

⁴⁹³ *Edlin-Thieme*, Handelsstand, 56 f.

⁴⁹⁴ StadtA München Gewerbeamt 4196.

⁴⁹⁵ Vgl. Kap. IX.2.3.

den eigenen Märkten entfielen nicht nur die Gewinne aus diesem Geschäft, sondern es brächten auch die Fuhrleute nun kein Getreide mehr in die Stadt, das sie ursprünglich als Hinfracht benutzten, während das Salz die Rückfracht darstellte. Entsprechend würde auch das Gastgewerbe unter der Entwicklung leiden. Das aus Salzburg kommende Getreide sei jetzt mit Zoll hoch belastet, was zur Folge habe, daß die Bäcker nicht mehr gegen die in Salzburg konkurrieren könnten. All dies gereiche „ainer ganzen gemain alhier zu mercklichem abnemen“. Rosenheim scheint sich dagegen mit der neuen Entwicklung 1602 bereits abgefunden zu haben. Kurz und bündig wird erklärt, da der Salzhandel abgeschafft sei, wäre jetzt nur noch der Handel mit Wein, Futter und Getreide vorrangig⁴⁹⁶.

Auf dem Landtag von 1612 prallten dann die unterschiedlichen Sichtweisen zwischen Städten und Landesherrn hinsichtlich des Salzhandels scharf aufeinander⁴⁹⁷. Der Stand der Städte legte eine umfangreiche gesamtwirtschaftliche Analyse zu den Folgen der Einrichtung des Monopols vor. Folgende Argumente für die Wiedereinführung eines freien Salzhandels standen den Städten dabei zur Verfügung:

- An den Orten, an denen der Salzhandel vorherrschte, sei dessen Verlust die Hauptursache ihres ökonomischen Niedergangs.
- An dem Handel hätten auch alle anderen Gewerbe, besonders jedoch Wirte, Wagner, Seiler, Schmiede etc. partizipiert.
- Der Salzhandel habe auch anderen Warenhandel befördert, z. B. den Austausch von Salz und Wein.
- Das Vermögen der „armen Puppillen“ (= Waisenkinder) wäre, bis sie erwachsen gewesen seien, vielfach krisensicher im Salzhandel angelegt worden. Eine solche Möglichkeit gäbe es nicht mehr, vielmehr verlören sie ihre Kapitalien jetzt vielfach.
- Auch die Handwerker hätten häufig ihr erspartes Geld im Salzhandel angelegt und die hier erzielten Gewinne wieder in ihre Betriebe investiert. Dadurch hätten sie Waren produzieren können, die auch exportiert worden seien (Loden, Rauchwaren, Handschuhe etc.), während sie sich jetzt vielfach anderen Tätigkeiten, z. B. dem Tagwerk, zuwenden müßten.
- Vermögende Leute hätten ihre Kinder früher lieber an Orte verheiratet, in denen der Salzhandel blühte.

Der Landesherr entgegnete, daß er „nit ermesen“ könne, daß die Veränderung des Salzhandels an der Verarmung der Städte schuld sein könne, da an diesem nur wenige direkt „interessiert“ gewesen seien. Außerdem hätten diese ja ein „Recompenta“ erhalten. Darüber hinaus sei ihnen dieser Handel ja nur aus „Gnaden vnd Privilegien“ gelassen worden.

Die grundsätzlichen Überlegungen der Städte und Märkte erscheinen auch nach modernen betriebs- wie volkswirtschaftlichen Lehren ohne weiteres als tragfähig. Der Stand berücksichtigt – zu seinen Gunsten – gleichermaßen die Primär- wie Sekundäreffekte eines führenden Wirtschaftszweigs, wie sie uns heutzutage im Hinblick auf die Automobilindustrie ohne weiteres geläufig sind. Hervorzuheben ist hier insbesondere die bisher noch völlig unerforschte Bedeutung

⁴⁹⁶ Alle Beispiele BayHStA GR Fasz. 273 Nr. 4.

⁴⁹⁷ Krenner, 1612, 384 ff, 397.

des Salzhandels vor 1587 als hochrentierliche und weitgehend krisensichere Anlagemöglichkeit für Kapitalien. Schwieriger wird die Beurteilung jedoch hinsichtlich der Gewichtung. Z.B. ist es höchst fraglich, ob bei einem höheren Niveau des Investitionskapitalstandes der bayerische Loden tatsächlich hätte weiterhin in gleichen Mengen exportiert werden können. Auch sind bei diffizilen Zusammenhängen wie den Ursachen des Aufstiegs oder Niedergangs eines Marktes monokausale Erklärungen sicher problematisch. Hier müßten auch Kriterien wie der Zentralitätsverlust der Städte durch das Landhandwerk oder der Fürkauf auf dem Lande mit berücksichtigt werden⁴⁹⁸. Dennoch erscheint die Analyse der Städte hinsichtlich der Folgen der Verstaatlichung des Salzhandels als weitgehend schlüssig.

Die Argumentation Maximilians greift dagegen sehr kurz. Die von ihm genannten „Recompenta“ gingen ja nur an die Kämmereien für den Ausfall an Zoll- und Mautgefällen⁴⁹⁹. Der von den Städten problematisierte Verlust an privatwirtschaftlichen Gewinnmöglichkeiten und Investitionskapital dagegen wird vom Herzog überhaupt nicht erkannt, bzw. er ignoriert das Problem aus offensichtlichen Gründen. Er verschanzt sich vielmehr hinter der immer wieder probaten Argumentation der Widerrufbarkeit von Privilegien.

An der einmal gefällten Entscheidung änderte die Diskussion nichts. Für den Staatssäckel war die Einnahmequelle einfach viel zu lukrativ, als daß man auf sie hätte verzichten wollen – koste es was es wolle. Vor dem Dreißigjährigen Krieg lagen die Gewinne des Herzogs aus dem Salzwesen bei ca. 130.000 bis 300.000 fl. jährlich⁵⁰⁰. 1701 werden die Einnahmen mit 443.236 fl., 1760 mit 943.463 fl. und 1795 mit 1.166.028 fl. angegeben⁵⁰¹. Das Salzmonopol stellte deshalb das „wichtigste Kammergut“ des gesamten 18. Jahrhunderts dar⁵⁰². Seine Errichtung und sein Ausbau wird folgerichtig von Dollinger als ein Verdienst für die Erschließung neuer staatlicher Einnahmequellen gewertet⁵⁰³. Gesamtwirtschaftlich stellte dagegen der Verlust derartiger Summen im privatwirtschaftlichen Geldkreislauf einen erheblichen Hemmschuh für die gewerbliche Entwicklung des Landes dar⁵⁰⁴.

Erst im Jahre 1800 wurde ein erster Anlauf unternommen, den Salzhandel wieder in private Hände zu geben. Münchener Handelsleute (Dall'Armi, Miller, v. Sauer, Hopfner, Sabbadini, Steiner, Fleckinger, Cunglmayr, Scheichenpflug, Hetzer, Bruckbräu, Silverio, v. Krempelhueber, Hofer, Spohrer, Hepp, Mayer) hatten eine Salzhandelsgesellschaft gegründet und am 9. Februar dieses Jahres schlossen sie mit dem Kurfürsten einen Vertrag. Von dem Einlagekapital ging ein Teil an die kurfürstliche Hauptkasse, ein Teil blieb in Händen der Gesellschaft. Bereits zwei Jahre später stand das Unternehmen jedoch wieder vor seinem Ende.

⁴⁹⁸ Vgl. Kap. III.2.6.3. und III.2.7.

⁴⁹⁹ Vgl. u. a. S. 428.

⁵⁰⁰ Dollinger, Finanzreform, 167.

⁵⁰¹ Schmelzle, Staatshaushalt, 255. Bei diesen Einnahmen handelt es sich jedoch vermutlich nicht um Reingewinne; in diesen Summen steckt noch ein unbekannter Anteil an Unkosten.

⁵⁰² Schmelzle, Staatshaushalt, 254.

⁵⁰³ Dollinger, Finanzreform, 287.

⁵⁰⁴ Vgl. auch Schremmer, Wirtschaft Bayerns, 163, der in der Verstaatlichung des Salzhandels eine wichtige Ursache für den Niedergang des bayerischen Eigenhandels sieht.

Der Kurfürst verpflichtete sich, das gesamte Einlagekapital – auch das in Händen der Gesellschaft verbliebene – mit sechs Prozent zu verzinsen, während die Gesellschafter zugestanden, keine weiteren Forderungen aus dem Vertrag an den Staat zu richten. Es läßt sich nur vermuten, daß die landesherrliche Bürokratie bei dem Geschäft im letzten Moment einen Rückzieher gemacht hat, anders ließe sich das großzügige Angebot der Verzinsung von Kapitalien, die nie in Händen des Staates waren, wohl kaum erklären⁵⁰⁵.

2.6.2. Manufakturen und angegliederte Verlage

Unser Bild der bayerischen Manufakturen wird fast ausschließlich von der Arbeit von Slawinger⁵⁰⁶ und, auf ihn aufbauend, von Schremmer⁵⁰⁷ geprägt. Ihre, das vorhandene Archivmaterial wie auch die ältere Literatur weitgehend aufarbeitenden Studien bieten die Grundlage für unsere Fragestellung nach der Bedeutung dieser Betriebe für die bayerischen Städte und Märkte. Diese Bedeutung läßt sich durch die Betrachtung folgender Problemkomplexe beschreiben: 1. Stellten die Manufakturen für die Städte ein förderndes Element dar oder bilden sie eher eine belastende Konkurrenz für das zünftische Gewerbe? 2. Wurde von ihnen der Arbeitsmarkt merklich entlastet? 3. Gingen von ihnen positive ökonomische Sekundäreffekte auf die Städte aus? Auf die Verlage wird in diesem Kapitel nur insoweit eingegangen, als sie in Beziehung zu einer Manufaktur standen⁵⁰⁸.

Die Förderung von privaten Manufakturgründungen oder gar ihre Errichtung durch den Staat waren ein integraler Bestandteil der merkantilistischen Wirtschaftspolitik. Die Unternehmen sollten besonders die Außenhandelsbilanz positiv beeinflussen, wobei allerdings für Bayern zumindest eindeutig eine Binnenmarktorientierung im Vordergrund stand, d.h. man – in realistischer Einschätzung der Möglichkeiten – weniger den Export von gewerblichen Fertigprodukten im Auge hatte, sondern vielmehr deren Import so weit wie möglich reduzieren wollte⁵⁰⁹. Haupttriebfeder für die Gründung von Manufakturen war so bis ins ausgehende 18. Jahrhundert der Staat, wenn auch die weitaus meisten in Privatbesitz – teilweise auch mit landesherrlicher Beteiligung – waren⁵¹⁰. Das Interesse der bayerischen Landesherren richtete sich neben der Verbesserung der Außenhandelsbilanz u.a. auf folgende Bereiche: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Einführung neuer Produktionsmethoden, fiskalische Überlegungen und „staatspolitische Zielsetzungen“ wie Erhöhung der Macht und des Ansehens des Fürsten durch Stärkung der Wirtschaftskraft seines Landes. Diese Intentionen wurden ergänzt durch die Gewinnerwartungen eines neu entstehenden privaten Unternehmertyps, wobei „privatwirtschaftliche Renditeerwägungen als Motiv der Manufakturgründungen“ erst am Ende des 18. Jahrhunderts in den Vordergrund traten⁵¹¹. Daß kaum einer dieser frühneuzeitlichen „Großbetriebe“ bis

⁵⁰⁵ StadtA München Gewerbeamt 4200.

⁵⁰⁶ Slawinger, Manufaktur.

⁵⁰⁷ Wirtschaft Bayerns, 501–572; vgl. auch Hartmann, Manufakturgründungsprojekte.

⁵⁰⁸ Vgl. zum Verlagswesen allgemein Kap. VI.3.

⁵⁰⁹ Schremmer, Wirtschaft Bayerns, 536.

⁵¹⁰ Slawinger, Manufaktur, 22.

⁵¹¹ Vgl. Slawinger, Manufaktur, 17–20.

1799 ohne umfangreiche Privilegien, Monopolgewährungen oder erhebliche Zollschutzmaßnahmen eine Chance des Überlebens gehabt hätte, darf als gesichert angesehen werden.

In fast allen deutschen Territorien galt der Grundsatz, daß die Manufaktur keine Konkurrenz für das Handwerk darstellen sollte⁵¹². Schon bei der Einschätzung der bayerischen Haltung diesem „modus vivendi“ gegenüber ist sich die Forschung jedoch uneins. Slawinger sieht das Kurfürstentum dabei als besonders „engherzig“ an⁵¹³, während Schremmer als „unausgesprochene Regel“ erkennen möchte: „Im Zweifel gegen die Zunft“⁵¹⁴. Beide berufen sich jeweils auf signifikante Einzelbeispiele. Aussagekräftiger für unsere Fragestellung erscheinen dagegen Zahlen, die die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Manufakturwesens und dessen regionale wie gewerbesektorielle Verbreitung belegen.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Manufakturbetriebe gegliedert nach Gewerbesektoren in absoluten Zahlen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß es sich nur um die bisher bekannten Unternehmen handelt und die Aufstellung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann. Mit wenigen Ausnahmen sind nur Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten eingegangen.

Manufakturen in Ober- und Niederbayern, der Oberpfalz und den Herzogtümern Sulzbach und Neuburg

Produktions- zweig	Vor 1740	1740– 1749	1750– 1759	1760– 1769	1770– 1779	1780– 1789	1790– 1799
Textil	1	2	3	8	8	11	7
Leder	–	–	–	1	2	4	5
Keramik	3	4	6	5	5	12	13
Glas	18	18	20	18	25	26	27
Metall	9	9	9	13	13	9	9
Instrumente u. Waffen	–	–	–	–	–	–	1
Holz	–	–	–	–	–	–	5
Papier	–	–	–	–	–	1	2
landwirt. Nebenprod.	–	–	–	1	1	1	2
Chemie	–	–	–	–	–	–	–
Nahrungsmittel	–	–	–	1	1	5	7
Zusammen	31	33	38	47	55	69	78

(Quelle: Schremmer, Wirtschaft Bayerns, 510f., nach Slawinger, Manufaktur, 303f.)

Bereits die Zahlen bis um 1800, die ja für das gesamte Kurbayern gelten, geben einen ersten Eindruck der geringen volkswirtschaftlichen Bedeutung der Manufakturen. Von diesen lassen sich in Oberbayern zwischen 1740 und 1800 nur 33 feststellen⁵¹⁵, von denen wiederum fünf keine zehn Jahre existierten und acht

⁵¹² Ebd., 267.

⁵¹³ Ebd.

⁵¹⁴ Schremmer, Wirtschaft Bayerns, 245.

⁵¹⁵ Diese und die folgenden Angaben zu den oberbayerischen Manufakturen wurden zusammengestellt nach Slawinger, Manufaktur, 305–322; es sind nur arbeitsteilige Manufakturunternehmen berücksichtigt, nicht Handwerks- und Verlagsunternehmen, ebd., 2.

zwischen 10 und 20 Jahren. Nur drei der zwischen 1740 und 1800 existierenden Manufakturen sind bereits vor 1750 gegründet worden. 28 dieser oberbayerischen Betriebe waren in oder um München angesiedelt, ansonsten finden sich in Rosenheim, Reichenhall und Aschau je einer, in Friedberg zwei. Im Vordergrund stand in Oberbayern der Textilbereich mit insgesamt 13 Unternehmen, die – wie noch zu zeigen sein wird – auch diejenigen mit der größten wirtschaftlichen und beschäftigungsmäßigen Bedeutung darstellten. Jeweils fünf verarbeiteten Leder oder Metall, je drei produzierten keramische oder Papierprodukte, eine kurz vor 1800 errichtete Manufaktur Möbel und drei verarbeiteten Tabak. Wie Untersuchungen für andere Territorien des Reiches zeigen, spielte das Manufaktur-gewerbe in Bayern im Vergleich mit technisch und ökonomisch fortgeschrittenen Gebieten nur eine untergeordnete Rolle. Keinesfalls messen konnte sich das Kurfürstentum mit Schwaben, den mittleren preußischen Provinzen, der Rheinpfalz und Baden. Wie Bayern jedoch auf diesem Gebiet im deutschen Durchschnitt lag, läßt sich mangels Vergleichsuntersuchungen noch kaum sagen⁵¹⁶.

Während des Untersuchungszeitraums reichte – soweit bisher bekannt – im oberbayerischen Raum die Zahl der fest Beschäftigten von unter 10 bis zu 187 (Porzellanmanufaktur in Nymphenburg) pro Unternehmen, wobei höchstens fünf Betriebe mehr als 50 gleichzeitig unter Brot hatten. Beschäftigungspolitisch weit wirksamer gestaltete sich der verschiedenen Manufakturen angegliederte Verlag, der Heimarbeitern wie Handwerkern ein Auskommen bot. Um 1790 wird geschätzt, daß in allen Manufakturen Kurbayerns (einschließlich der Glashütten, die hauptsächlich im Oberpfälzer und Bayerischen Wald bestanden⁵¹⁷) insgesamt 1400 Menschen beschäftigt waren, zu denen etwa 2.000–3.000 verlegte Handwerker kommen. Im gleichen Gebiet wurden in dieser Zeit 49.000 selbstständige Handwerksmeister, 27.000 Gesellen und 7.500 Lehrlinge und Nebendarbeiter gezählt⁵¹⁸. Dieser pauschale Vergleich darf jedoch nicht verdecken, daß in speziellen Branchen beschäftigungswirksame Erfolge sehr wohl erzielt wurden. So verlegte die Bombasin- und Cottonmanufaktur in München (gegründet 1747) 1770 28, später 40 Weber und beschäftigte die Insassen des 1789 gegründeten Münchener Militärischen Arbeitshauses⁵¹⁹ mit Baumwollspinnen. Neben den in der Manufaktur direkt beschäftigten ca. 150 Personen soll sie auf diese Weise 2.000 Menschen ernährt haben⁵²⁰. Die private Wollzeugmanufaktur in München (1766–85), im Gebäude der Auer Tuchmanufaktur untergebracht, zählte wohl nicht mehr als 10 Beschäftigte, verlegte aber in der Oberpfalz ca. 250 Weber und über 1.000 Spinner. Sie kaufte etwa 20 % aller in der Oberpfalz produzierten Wollzeuge auf⁵²¹. Dagegen waren von 73 (1762) meist im Verlag Beschäftigten der Reichenhaller Bauwoll-Strickwaren-Manufaktur die überwiegende Mehrzahl verheiratete Frauen und Kinder ab neun Jahren⁵²². Verlegte Arbeiter und Handwerker finden sich in Oberbayern in geringem Umfang auch in den Drahtzug- und den Tabakmanufakturen⁵²³. Die

⁵¹⁶ Vgl. *Slawinger*, Manufaktur, 3f., und die dort zitierte Vergleichsliteratur.

⁵¹⁷ *Slawinger*, Manufaktur, 243f.

⁵¹⁸ *Schremmer*, Wirtschaft Bayerns, 540.

⁵¹⁹ Siehe unten S. 102f.

⁵²⁰ *Slawinger*, Manufaktur, 125–134.

⁵²¹ *Ebd.*, 117f.

⁵²² *Ebd.*, 136.

⁵²³ Vgl. *ebd.*, 305–322.

beschäftigungspolitische Intention bei der Vergabe von Privilegien bzw. bei der Gründung von Manufakturen ist in allen hierzu erlassenen Mandaten erwähnt⁵²⁴.

Ein aktives staatliches Engagement bei der Beschaffung fehlender Arbeitsplätze bzw. mangelnder Aufträge im Handwerk lassen sich bereits seit Maximilian I. nachweisen. Seine Versuche einen Verlag für die bereits vor dem Dreißigjährigen Krieg in ihrer Existenz bedrohten Tuchmacher zu organisieren, scheiterten spätestens 1617⁵²⁵. Unter Ägide des Herzogs und mit einem staatlichen zinslosen Darlehen von 4.000 fl. kam es 1613 zur Gründung einer Tripsammet-Manufaktur in München. Sie ist vermutlich in den Wirren des Krieges untergegangen⁵²⁶. Ein weit erfolgreicherer Versuch, das bayerische Textilgewerbe in seiner Leistungsfähigkeit zu steigern, wurde seit 1679 unter Ferdinand Maria mit der Gründung der Tuchmanufaktur in der Au bei München (1679–1720, 1726–1774) in Verbindung mit der Landtuchhandelskompanie (1689–1705) unternommen⁵²⁷. Die Auer Fabrik beschäftigte selbst nur eine geringe Zahl von Arbeitern, ihr arbeitsmarktpolitischer Erfolg lag im Verlag einer großen Zahl von Webern und Spinnern. Bis zu ihrem Konkurs im Spanischen Erbfolgekrieg verlegte sie Wollweber in allen vier Rentämtern. Allein Münchener Gewerbetreibende erhielten zwischen 1682 und 1696 an „paar Verdienst“ von der „Fabrica“ 1.012.202 fl. Darunter finden sich Tuchmacher und Spinnerinnen genauso wie Apotheker, Glaser, Maler, Uhrmacher etc.⁵²⁸. Von außerhalb des Münchener Gebiets lebenden verlegten Wollwebern bezog die Manufaktur im gleichen Zeitraum Gewebe im Wert von 109.357 fl. Sie stammten aus Braunau, Tann, Triftern, Straubing, Landshut, Burghausen, Arnsdorf, Mauerkirchen, Simbach, Pfarrkirchen, Ötting, Mattighofen, Trostberg, Frontenhausen, Schärding, Eggenfelden, Landau, Schrobenhausen, Dingolfing, Ingolstadt und der Oberpfalz⁵²⁹. Kein anderer Verleger hat – soweit bekannt – im Zeitalter des Merkantilismus in Bayern diese Bedeutung auch nur annähernd erreicht⁵³⁰. 1690 erklärte das Commerzkollegium, daß die Tuchmanufaktur in München über 2.000 Personen beschäftige⁵³¹.

Nachdem das Bettlerwesen im Kurfürstentum zum Ende des 17. Jahrhunderts immer mehr zugenommen hatte und man „dergleichen muessiggehenden Leuthen nit genugsambe Arbeit zu verschaffen gewust“, verordnete 1690 ein Mandat⁵³² nach dem Vorbild anderer Königreiche und Länder, „verschaidene fabriquen, auch Woll- vnd Spinn-Häuser aufzurichten“. Als Beispiel wird die Tuchfabrik in der Au genannt, in der täglich „etlich“ Hundert arme Menschen

⁵²⁴ Vgl. u. a. Mandat vom 26. 12. 1728 betr. die von Carl Roman Mayer 1727 errichtete Tabakmanufaktur: BayHStA Kurbayern Generallandesdirektion 513; vgl. auch *Schmitt-Lermann*, Sozialgeschichte, 29 f., zu der von Johann Joachim Becher projektierten Seidenmanufaktur.

⁵²⁵ Vgl. S. 266.

⁵²⁶ *Zimghl*, Handel, 494 f.

⁵²⁷ Zur Auer Tuchmanufaktur vgl. *Doeberl*, Entwicklungsgeschichte I, 88; *Kreuter*, Wollengewerbe, 271–277; *Slawinger*, Manufaktur, 92–97; *Schremmer*, Wirtschaft Bayerns, 487–491, 542 ff.

⁵²⁸ *Kreuter*, Wollengewerbe, 328.

⁵²⁹ *Ebd.*, 329.

⁵³⁰ Vgl. *Schremmer*, Wirtschaft Bayerns, 487–491, 542 f.

⁵³¹ *Schmitt-Lermann*, Sozialgeschichte, 37.

⁵³² BStB 2^oBavar. 960^{VI 48a}, Mandat vom 4. 11. 1690.

Arbeit fänden. Das Mandat verspricht schließlich, „wann sie aller Orthen in ihrer perfection seyn, werden vil tausend armen Personen mit Spinnen, kämmen, Woll-klauben et cetera genugsame Arbeit vnd mithin ihre zimbliche Nahrung wird können verschafft werden“. Tatsächlich entstanden auch Filialen der Auer Tuchfabrik in Amberg, Braunau und Ingolstadt⁵⁵³.

Den Handwerkern sollte durch die Auer Manufaktur keine Konkurrenz entstehen. Deshalb durfte sie nur für das Heer und den Export produzieren, die in der Manufaktur selbst verarbeitete Wolle nur bei kurfürstlichen Schäffereien und in Böhmen, Sachsen und Mähren einkaufen, nicht auf den heimischen Wollmärkten. Dennoch kam es – nach Ansicht des Staates aus Informationsmangel oder Eigennützigkeit – zu Kritik an dem Unternehmen. Diese wurde wohl als gefährlich genug eingestuft, daß der Landesherr am 29. Januar 1693 ein Mandat erließ, worin er besonders auf folgende Punkte erneut hinwies⁵⁵⁴: Hauptziel sei, „vil tausend Persohnen vom Bettel (zu) erretten“, die sich jetzt ehrlich ernähren könnten. Es handele sich auch um kein Monopol, da es den Handelsleuten und allen anderen frei stehe, „Land= Tuech“ zu kaufen, wo sie auch immer wollten. Das Privileg für die Manufakturbetreiber, ausländische Tücher unter 3 fl. pro Elle allein einführen zu dürfen, galt nur als Investitionshilfe und sei jetzt aufgehoben. Darüber hinaus könne die Bürgerschaft der Städte und Märkte jetzt durch Tuchmachermeister vermehrt werden. Geld bliebe so im Land und könne zur Verbesserung des Werks beitragen. In dieser Argumentation vermischen sich Hinweise zur Arbeitsbeschaffung und der Verbesserung der Außenhandelsbilanz mit der angenommenen Möglichkeit, die Zahl der einschlägigen Handwerksstellen in den Städten zu erhöhen, d. h. hiermit auch eine Art der Peuplierungspolitik durchzuführen.

Nach dem Spanischen Erbfolgekrieg wurde die Tuchmanufaktur 1726 erneut gegründet und erhielt wieder das den Handelsleuten verhaßte Einfuhrmonopol für geringwertige Tuche bis 1755. Mit Ausnahme der Jahre 1728 bis 1737, in der die Landschaft die Manufaktur innehatte, war sie bis zu ihrem Ende 1774 in Privatbesitz. Mit der Manufaktur war auch in dieser zweiten Epoche ihres Bestehens ein Verlag in nicht unerheblichem Ausmaß – zumindest zu gewissen Zeiten – verbunden. So beliefen sich die ausständigen Zahlungen der Heeresverwaltung aufgrund von Montierungslieferungen an den damaligen Besitzer, Hofkammerat Joseph von Heiß, auf über 100.000 fl.⁵⁵⁵ Zur Sicherung der Beschäftigung der verlegten Handwerker wie auch der Bettler verbot ein Mandat 1754 den Import „fremden Bomasin und halben Cothonlen“ gänzlich zugunsten der Manufaktur. Jeder könne sich ja in dem Münchener Lager „mit guter und haltbarer Waar in billigem Preyß versehen“⁵⁵⁶. Über den tatsächlichen Umfang des Verlags wie die Leistungsfähigkeit der Manufaktur in dieser Zeit ist jedoch nichts bekannt.

Vorzugsweise den Charakter einer Arbeitsbeschaffungseinrichtung hatte das 1789 in München in den Gebäuden der Auer Manufaktur eingerichtete Militärische Arbeitshaus. Baumann bezeichnet es als „die einzige Beschäftigungsanstalt

⁵⁵³ Doeberl, Entwicklungsgeschichte II, 88.

⁵⁵⁴ BayHStA Kurbayern Generallandesdirektion 510.

⁵⁵⁵ Slawinger, Manufaktur, 96.

⁵⁵⁶ StadtA Ingolstadt A XVI 15, zitiert nach Reproduktion in der Mandatensammlung der Universität Augsburg, Lehrstuhl für bürgerliches Recht und Rechtsgeschichte, Prof. Dr. Hans Schlosser.

für Arme in Altbayern, die keinerlei Straf- oder Zwangscharakter besaß“⁵³⁷. Dem widerspricht jedoch, daß das Haus mit einer Razzia auf die am 1. Januar 1790 besonders zahlreichen Bettler in München eröffnet wurde, von denen 230 am folgenden Tag im Arbeitshaus erscheinen mußten⁵³⁸. Neben den Armen und Bettlern, die hauptsächlich mit Spinnen beschäftigt wurden, fanden auch verschiedene Handwerker ihr Auskommen in dem Arbeitshaus. Zusammen mit den zahlenmäßig den größten Anteil ausmachenden verlegten Webern und Spinnern sollen es insgesamt 1.400 Personen gewesen sein⁵³⁹.

Schon im folgenden Jahr nach der Gründung wird in einem kurfürstlichen Mandat positiv vermerkt, daß sich in mehreren kleinen Städten, Märkten und Dörfern Anstalten nach dem Münchener Vorbild etabliert hätten. Sie dienten zur Ausrottung der Bettelei und des Müßiggangs, zur Versorgung wahrhaft Armer und Hilflöser und zur Förderung des Gewerbes. Da den kleinen Orten die erforderlichen Mittel zum erfolgreichen Betrieb fehlten, sollten alle Orte, die ihren Bedürftigen Arbeit verschafften und sie zum Spinnen anhielten, auf Verlangen aus dem Münchener Militärarbeitshaus Vorschuß an Wolle, Flachs, Hanf etc. erhalten können und bei Einlieferung der verfertigten Gespinste Preis und Spinnerlohn sofort ausbezahlt werden⁵⁴⁰. So wurde in Wasserburg für Arbeitsfähige eine Wollspinnanstalt gegründet, in der bis zum Mai 1791 bereits 20 Stück Tuch gefertigt worden waren⁵⁴¹. Bereits früher waren Spinnhäuser auf freiwilliger Basis wie auch Zucht- und Arbeitshäuser mit Spinnanstalten entstanden, so das „Fabrika-Haus“ auf dem Münchener Rindermarkt 1761 oder das Burghauser Spinnhaus von 1750, das auf der Burg mit dem Arbeitshaus verbunden war⁵⁴².

Als 1799 das Arbeitshaus in München aufgelöst wurde, wurde dies mit der mangelnden Rentabilität begründet. Manufakturen, die in Staatsregie geführt würden – so das Münchener Intelligenzblatt –, produzierten eben grundsätzlich teurer als Privatunternehmen. Dies sei ein allgemein wichtiger Grundsatz der Staatswirtschaft⁵⁴³. Hieraus wird nicht nur deutlich, daß 1799 auch in diesem Bereich eine neue Wirtschaftsphilosophie Einzug gehalten hatte, sondern auch, daß das Arbeitshaus bereits seit seiner Gründung hauptsächlich ein staatlicher Wirtschaftsbetrieb war, die wirtschafts- und sozialpolitischen Wirkungen dagegen wohl nur an zweiter Stelle standen⁵⁴⁴.

Verbunden mit den landesherrlichen Förderungsmaßnahmen für Manufakturen war auch der gelenkte Technologieimport durch Aufnahme ausländischer Spezialisten. Bereits unter Maximilian I. war ein Versuch gescheitert, die Tuchweberei nach „Meißner“ Art, die Kunst des „englischen“ Färbens und die Verbesserung der Tuchbereitung mit Hilfe ausländischer Fachkräfte einzuführen⁵⁴⁵. Die Manufakturen des 18. Jahrhunderts beschäftigten verschiedentlich Handwerker aus internationalen Gewerbezentren, um die neuen Techniken im Kurfürstentums heimisch zu machen. In der Wachseleinwandmanufaktur in

⁵³⁷ *Baumann*, 1984, 137.

⁵³⁸ *Ebd.*, 157.

⁵³⁹ *Slawinger*, Manufaktur, 119.

⁵⁴⁰ Mandat vom 25. 5. 1790: MGS V, 198 f.

⁵⁴¹ BayHStA GR Fasz. 45 Nr. 26.

⁵⁴² Vgl. *Slawinger*, Manufaktur, 76–81.

⁵⁴³ Rbl. 1799, Sp. 661.

⁵⁴⁴ Vgl. *Slawinger*, Manufaktur, 119; *Baumann*, 1984, 158 f.

⁵⁴⁵ *Steck*, Loden- und Tuchmachergewerbe, 53 f.; *Slawinger*, Manufaktur, 91.

München arbeiteten 1764 „erfahrene Leute“ aus der Schweiz, in der 1718 gegründeten kurfürstlichen Gobelinmanufaktur vier französische Arbeiter und die Ledermanufakturen holten ihre Mitarbeiter aus Wien, Innsbruck und dem Rheinland⁵⁴⁶. Dieser Technologieimport war jedoch in den Manufakturen selbst nur begrenzt erfolgreich, wie die Forschungen Slawingers gezeigt haben. Inwieweit durch die neuen Kenntnisse Impulse auf das zünftische Handwerk ausgingen, läßt sich bisher noch kaum sagen. Seine Konkurrenzfähigkeit wurde jedenfalls gegenüber ausländischen Produkten, die auf den bayerischen Markt drängten, im 17. und 18. Jahrhundert ebenso immer schlechter, wie gegenüber den Waren, auf die die bayerischen Erzeugnisse auf fremden Märkten trafen, sofern sie überhaupt noch ausgeführt wurden⁵⁴⁷.

Überschneidungen bei der Produktion zwischen Manufaktur und Handwerk lassen sich verschiedentlich feststellen. Neben dem Textilgewerbe kann dies u. a. für die Sohllederproduktion angenommen werden⁵⁴⁸. Beschwerlicher für einen weit größeren Teil des traditionellen Handwerks waren jedoch die zur Sicherung der Manufakturen erlassenen Schutzzölle. So wurde die Einfuhrakzise für gefärbte Ledersorten zugunsten der Münchener Unternehmen von 3 auf 36x je Pfund erhöht. Da diese jedoch nicht in der Lage waren, den Bedarf der einheimischen Schuhmacher und Sattler auch nur annähernd zu decken, mußte das Handwerk weiterhin das nun erheblich verteuerte Halbfertigprodukt aus dem Ausland beziehen⁵⁴⁹.

Inwieweit die Gewerbe sich von der Manufakturpolitik des Landesherrn am Ende unseres Untersuchungszeitraums betroffen fühlten, läßt sich aus den Stellungnahmen der Münchener Zünfte zur Zollpolitik 1788 ablesen⁵⁵⁰. Die Frage der Zölle war ja aufs Engste mit den protektionistischen Maßnahmen zugunsten der Manufakturen verbunden. Wenig erstaunlich ist, daß die weitaus meisten Gewerbe sich hierzu nicht äußern. Brauer, Metzger, Kürschner, Lebzelter, Hutmacher etc. waren von dem Problem eben überhaupt nicht tangiert. Für verschiedene Handwerke wäre dagegen ein florierendes – allerdings nicht auf Monopole begründetes und damit zu teure Produkte anbietendes – „Fabric-Wesen von unschätzbarem Vorteil gewesen. Die Sattler bemängelten, daß u. a. das Saffian-Leder im Lande nicht von ausreichender Qualität produziert werden könne. Alle Gattungen von Manufakturen seien deshalb zu verbessern und „monopolische negotianten“ abzustellen. Die Weber sahen im Weiterbestehen und Ausbau der Münchener Cotton-Manufaktur die einzige Möglichkeit, weiter in ihrem Beruf existieren zu können. Die 64 Meister und „etwelche tausend arme Spinner“ hätten keine andere Arbeit als die, die ihnen das Unternehmen biete. Dieses hätte seit 40 Jahren zehnmal mehr arme Leute und Kinder ernährt als alle übrigen Manufakturen zusammen.

Selbst innerhalb des Textilgewerbes waren jedoch die Ansichten geteilt. Die Zeugmacher glaubten in der 1762 auf der Trausnitz in Landshut eingerichteten Zeugmanufaktur eine Hauptursache ihres Verfalls erkennen zu können. Hinter-

⁵⁴⁶ Slawinger, Manufakturen, 147 f., 150, 162, 183.

⁵⁴⁷ Vgl. Schremmer, Wirtschaft Bayerns, 239.

⁵⁴⁸ Slawinger, Manufaktur, 162.

⁵⁴⁹ Ebd. 183.

⁵⁵⁰ BayHStA GR Fasz. 1642 Nr. 74; alle folgenden Angaben zu diesen Berichten sind dieser umfangreichen Quelle entnommen und werden nicht mehr eigens zitiert.

grund dieser Behauptung dürfte sein, daß die schließlich in München weiterbetriebene Wollzeugmanufaktur ihre rohen Zeugwaren ausschließlich von in der Oberpfalz verlegten Heimarbeitern und Handwerkern bezog⁵⁵¹. Das Handwerk schlug deshalb vor, auch für die Zeugmacher ein System vergleichbar dem der Cotton-Manufaktur einzurichten.

Die stärkste und auch differenzierteste Kritik gegen die landesherrliche Manufakturpolitik kam vom Münchener Handelsstand, dessen Ablehnung schon während des gesamten 18. Jahrhunderts auf den geschäftsschädigenden Schutzmaßnahmen (Zölle, Einfuhrverbote) und den teilweise schlechten Qualitäten der bayerischen Produkte beruhte. Die Kaufleute gingen bis zum Boykott der Manufakturprodukte⁵⁵². Ihr Widerstand richtete sich 1788 besonders gegen den „monopolischen Zwang“, der von dem Einfuhrverbot oder der Belegung mit hoher Akzise von Importgütern auf viele Jahre hinaus ausgehe. Es bleibe dem Handel nichts anderes übrig, als den „fabriks entrepreneurs“ ihre Waren zu einem willkürlichen Preis abzunehmen oder diese ins Land zu schmuggeln. Die ausländischen Händler verkauften ihre Güter auf den Jahrmärkten billiger, als sie die einheimischen Kaufleute bei den bayerischen Manufakturen beziehen könnten. Ihnen war völlig unverständlich, weshalb dem Seidentücherfabrikanten Grappai alle eingeführten Seiden zur „contrasignirung“ vorgelegt werden mußten, was diese verteuerte, obwohl dieser selbst nur Mailänder Tuche herzustellen vermochte⁵⁵³. Die Tabakmanufaktur in der Au ernähre gerade 16 Familien, wofür die hohe Akzise von 6 fl. pro Zentner Tabak völlig unverständlich sei. Auch würde die Cottonfabrik sofort bankrott gehen, wenn man die Akzise aufheben würde, „weil man ohne diesem im Ausland immer wohlfeiler als bey derselben einkauffet“. Die Schlußfolgerung des Münchener Handelsstandes: „Eine fabrique muß sich zum nutzen des landes durch sich selbst ohne zwang mittels der guten qualität ihrer producten und dennoch wohlfeile preyse, wie auch durch herstellung der benöthigten qualität und sortierung gründen“. Erst 1799 mit dem Übergang zu einer liberaleren Wirtschaftspolitik sollte jedoch seine Vorstellung von einem freieren Markt durch die Aufhebung der Schutzzölle für die Manufakturen verwirklicht werden⁵⁵⁴. Tatsächlich trat auch sofort die Vorhersage der Münchener Kaufleute ein: Der Absatz der Cotton-Manufaktur ging schlagartig zurück⁵⁵⁵.

Welche Wirkungen hatten die Manufakturen nun auf die Städte und Märkte im Sinne unserer eingangs gestellten Fragen?

1. Die meisten Städte und auch Gewerbe waren von den wenigen und meist auch unbedeutenden Manufakturen überhaupt nicht betroffen. Besonders Teile des bedrohten Textilhandwerks profitierten von den Absatzmöglichkeiten an die den Manufakturen angegliederten Verlage. Ja man versuchte sogar von staatlicher Seite hiermit die Zahl der lebensfähigen Meisterbetriebe wieder zu vergrößern. Inwieweit ein noch größerer Niedergang dieser Gewerbesparte verhindert werden konnte, läßt sich nur schwer sagen.

⁵⁵¹ Vgl. *Slawinger*, Manufaktur, 97–118.

⁵⁵² Vgl. *Edlin-Thieme*, Handelsstand, 77 ff.

⁵⁵³ Zu Grappai vgl. *Slawinger*, Manufaktur, 151 f.

⁵⁵⁴ Vgl. *Schremmer*, Wirtschaft Bayerns, 512.

⁵⁵⁵ *Slawinger*, Manufaktur, 132.

Leidtragend an den Manufakturen bzw. an den Einfuhrregelungen, die zu ihrem Schutz erlassen worden waren, war der einheimische Handel durch die Verteuerung oder gar das Verbot des Imports bestimmter Waren. Auch gegenüber den ausländischen Kaufleuten entstanden in bestimmten Bereichen Wettbewerbsnachteile durch ein nur mehr schwer überschaubares System von Zollschränken und -erleichterungen, wie auch durch die verschiedenen Monopole.

2. Der Arbeitsmarkt durfte durch die Einrichtungen im Umfeld der Manufakturen nur in geringem Maße entlastet worden sein. Für die umherwandernden Gesellen und die Bettler war die Zahl der vorhandenen Stellen viel zu gering, um wirksam zu sein. Verbessert haben dürfte sich mitunter die Lage verarmter Handwerkerhaushalte wie von hausarmen Familien, die im Verlag Aufträge erhielten oder in Heimarbeit als Spinner einen Nebenverdienst erhielten.
5. Positive Sekundäreffekte für die Städte und Märkte sind vermutlich dort aufgetreten, wo die Almosenkassen durch die „Beschäftigungsprogramme“ entlastet wurden oder wo die Kaufkraft durch Einkommen aus Arbeit in bzw. für die Manufakturen zunahm.

2. 6. 3. Landhandwerk und -krämerei

Die idealtypische sektorielle Standortaufteilung zwischen Städten als den Sitzen des Gewerbes wie des Handels und dem Land als Ort alleiniger Nahrungsmittelproduktion – ergänzt durch die vier ehehaften Gewerbe Bader, Müller, Schmied und Wirt – gehörte im Bayern der Frühen Neuzeit längst der Vergangenheit an. Gewerbebetriebe auf dem Lande waren im 18. Jahrhundert zur Selbstverständlichkeit geworden. Ausgelöst wurde der von Eckart Schremmer als „Territorialisierung des Gewerbes“ bezeichnete Vorgang durch verschiedene Faktoren⁵⁵⁶: das Anwachsen der Söldenstellen ($\frac{1}{6}$ bis $\frac{1}{32}$ Höfe) auf dem Lande infolge des Bevölkerungswachstums seit dem 14./15. Jahrhundert; der Wunsch der Hofmarksherren ihre Herrschaft auch wirtschaftlich auszubauen; die Schließung der Zünfte in den Städten, die dazu führte, daß sich Gesellen auf der Suche nach Subsistenzstellen auf das Land orientierten. Natürlich darf man nicht davon ausgehen, daß jede Söldenstelle auch ein Gewerbe barg. Aus diesem Grunde läßt sich aber über die genauere quantitative Entwicklung des Landhandwerks noch kaum etwas sagen. Eckart Schremmer hat durch Vergleich der Hoffußstatistiken von 1691 und 1752/60 die Hypothese aufgestellt, daß in diesem Zeitraum der Anteil der ländlichen Anwesen mit Söldengewerbe (Handwerk und Krämerei) von etwa 32 % auf über 45 % gestiegen sei⁵⁵⁷. Diese Zahlen

⁵⁵⁶ Die Forschung zum bayerischen Landhandwerk in der Frühen Neuzeit wird vor allem durch folgende Arbeiten in chronologischer Reihenfolge des Erscheinens bestimmt: *Lieberich*, ländliches Handwerk (1947); *Fried*, Herrschaftsgeschichte (1962); *Hanke*, Sozialstruktur (1969); *Schremmer*, Wirtschaft Bayerns (1970); *ders.*, Standortausweitung (1972); *ders.*, Agrarverfassung (1972); *Fried*, dörfliche Unterschichten (1977).

⁵⁵⁷ *Schremmer*, Standortausweitung, 10ff.

– sollten sie sich auch nach weiteren Untersuchungen als tragfähig erweisen – würden den wachsenden Bevölkerungsdruck auf die Städte im 18. Jahrhundert erklären⁵⁵⁸.

Die bisher immer wieder betonte „Vorreiterrolle“ der Hofmarken bei der Gewerbeansiedlung auf dem Lande ist keineswegs für die gesamte Frühe Neuzeit als gesichert anzunehmen. Dies zeigte schon die entsprechende Untersuchung von 15 Dörfern im Gebiet des heutigen Landkreises Fürstentfeldbruck für die Zeit um 1800. In sechs Hofmarksorten läßt sich gegenüber neun landgerichtlichen Dörfern im Durchschnitt keine höhere Gewerbedichte feststellen⁵⁵⁹. Anhand einer größeren Zahl von Dorfrekonstruktionen ließen sich auch detailliertere Erkenntnisse gewinnen. So wurde für den Wallfahrtsort Tutenhausen exemplarisch gezeigt, daß die Söldenbildung durch den Dreißigjährigen Krieg vorerst zum Stillstand gekommen war, bis sie zu Beginn des 18. Jahrhunderts wieder einsetzte. Die Anwesen erhielten keine nennenswerte Grundausrüstung mehr, wodurch ihre Besitzer besonders auf den Kleinhandel mit den Wallfahrern angewiesen waren. Damit verbunden war eine wachsende Zahl von Dorfhandwerkern⁵⁶⁰. Erst für das ausgehende 18. Jahrhundert besteht durch die Dachsbearbeitung die Möglichkeit, die Verteilung der Gewerbe zwischen Stadt und Land genau anzugeben.

Diese Beschreibung aus den Jahren 1771/81 soll den Ausgangspunkt der folgenden Betrachtung bilden⁵⁶¹ (siehe hierzu die Übersicht in Anhang Nr. 5). Grundsätzlich waren am Ausgang des 18. Jahrhunderts in Bayern fast alle Gewerbe auf dem Land vertreten, ja die Berufe, die hauptsächlich zur Befriedigung von Grundbedürfnissen des Landbewohners dienten, waren hier mitunter in absoluten Zahlen bereits zahlreicher vertreten als in den Städten und Märkten: Hufschmiede, Wagner, Müller, Schneider, Schuhmacher, Weber, Hafner, Maurer, Steinmetze, Salpetersieder, Zimmerleute, Schächler und Bader. Wie waren die einzelnen Gewerbe unter der Gesamtbevölkerung verteilt?

Anteilmäßig pro Kopf der oberbayerischen Bevölkerung finden sich auf dem Land mehr Betriebe als in den Märkten unter den Webern, Hufschmieden und Müllern und gegenüber den Städten bei denselben drei Berufen sowie bei Schuhmachern, Schneidern und Wagnern. Dieses Ergebnis ist angesichts der ehehaften Berufe auf dem Lande noch keineswegs ungewöhnlich. Wollten wir jedoch einen Relationswert finden, der einen Anhaltspunkt darüber gibt, ab welcher Dichte des Auftretens eines Gewerbes auf dem Lande der Weg zu den städtischen Kollegen für den Landbewohner nicht mehr notwendig war (abgesehen davon, daß er sich ohnehin auf den städtischen Markt begeben wollte), so muß dieser stets fiktiv bleiben. Dennoch: Beispielsweise findet sich ein zehnfach und dichteres Auftreten eines Gewerbes in Städten und Märkten gegenüber dem Land nur mehr bei etwa der Hälfte der insgesamt 58 erfaßten Berufe. Dieses Übergewicht behalten die Städte ausschließlich in spezialisierteren bzw. arbeitsteiligeren Gewerben, die – mit Ausnahme der Brauer – zahlenmäßig ohnehin keine große Verbreitung hatten. Schremmer zeigt, daß in den Dörfern meist nicht mehr als 12 ver-

⁵⁵⁸ Vgl. Kap. IV.1.2.

⁵⁵⁹ Hoffmann, sozialer und wirtschaftlicher Wandel, 441 ff.

⁵⁶⁰ Immler, Dorfentwicklung.

⁵⁶¹ Die folgenden Ergebnisse beruhen auf den Untersuchungen von Tyska, Handwerk, 4–9, 109 f.; Schremmer, Standortausweitung, 32 f.

schiedene Gewerbe zu finden waren, weitere dann nur noch vereinzelt auftraten, während sich in den Märkten bis zu 32 verschiedene Gewerbe zahlreich finden und damit erst ein gewisser „Sättigungsbereich“ erreicht wird. Die starke Verbreitung des Landgewerbes wird auch dadurch deutlich, daß auf 100 Einwohner auf dem Lande bereits vier Meister und Gesellen kamen, in den Märkten und Städten dagegen zwölf⁵⁶².

Fassen wir diese Beobachtungen zusammen: Um 1800 ist hinsichtlich der Gewerbeproduktion in bayerischen Städten und Märkten eine Situation abgestuften Zentralitätsverlustes festzustellen. Waren und Nahrungsmittel für den alltäglichen Gebrauch sind in der Herstellung kaum mehr an den städtischen Markt gebunden gewesen. Städtisches „Monopol“ blieben nur die zahlenmäßig unbedeutenderen spezialisierteren Berufe. Aber selbst unter diesen finden sich überraschend viele Meister auf dem Lande: so bei Glasern, Goldschmieden und Ringlern. Wie die moderne Dorfforschung zeigt, war im 18. Jahrhundert in den ländlichen Gebieten eine gewisse gewerbliche Autarkie entstanden⁵⁶³.

Rechtliche Hinderungsgründe für die Ausweitung des Landhandwerks gab es bereits seit langem nicht mehr. Die Polizeiordnung von 1616 gibt detaillierte Bestimmungen, daß der Landmeister sein Handwerk wie alle übrigen Meister zu erlernen habe, jedoch nicht verpflichtet sei, sich in eine Zunft einzukaufen⁵⁶⁴. Den Stadtmeistern ist es dabei unbenommen, Bauernkinder in die Lehre aufzunehmen⁵⁶⁵. Grundsätzlich änderte sich an diesen Bestimmungen bis nach 1800 nur sehr wenig. Aufgrund der Klagen aus den Städten und Märkten und deren augenfälligem Niedergang begann man staatlicherseits jedoch die vorhandenen Regelungen einzuschränken, bzw. für die Landhandwerker zu erschweren. So blieb es zwar bei der Regelung, daß Bauernkinder ein Handwerk erlernen durften, „doch ... [wird] diese Erlaub möglichst eingeschränkt, und hiebey vorzüglichst auf die Bürgerskinder das Augenmerk genommen, sohin den Handwerksmeistern nicht erlaubt werden solle, Bauernkinder in die Lehre aufzunehmen, außer sie sind besonders fähig, und an Bürgerskindern hiezu ein Mangel“⁵⁶⁶. Am 29. August 1788 folgte ein Rescript, in dem bestimmt wurde, daß auf dem Land – außer den vier Ehehaften – das Handwerk nicht mehr vermehrt, sondern nach und nach abgehen solle. Darüber hinaus sollte den Landhandwerkern die Arbeit in den Städten und Märkten, wo sie nicht eingezünftet seien, verwehrt sein und obwohl die „Frim- oder bestellte Arbeit“ auch den uneingezünfteten in den Städten erlaubt sei, sollten sie ihren Auftrag mittels „Attestats“ legitimieren. So wie der Dorfhandwerker nicht verpflichtet sei, sich einzünften zu lassen⁵⁶⁷, so könne auch die Zunft nicht gezwungen werden, ihn anzunehmen. Als Begründung wurde angegeben, daß den Landhandwerken das Arbeiten in den Städten und Märkten gestattet würde, „ohne welcher die wenigste auf dem Land fortkommen könnten, hingegen der auf theueren Pflaster Sizend, und mit bürgerlichen

⁵⁶² Schremmer, Standortausweitung, 24.

⁵⁶³ Vgl. Beck, Unterfinning, 244–249.

⁵⁶⁴ PO 1616 4. Buch, 1. Titel, 8. und 11. Artikel.

⁵⁶⁵ PO 1616 4. Buch, 1. Titel, 5. Artikel.

⁵⁶⁶ Rescript vom 10. 5. 1782: MGS II, 992 f.; weitere Verschärfung am 20. 3. 1783: „Solten auch zu besserer Aufnahm der alle Stände erhaltenden Agrikultur nebst der Obrigkeit bedacht seyn, daß keine Bauernkinder zu den Handwerkern eigentlich dadurch vom platten Land weg und in die Stadt hineinziehen“: MGS IV, 661 f.

⁵⁶⁷ Vgl. PO 1616 4. Buch, 1. Titel, 11. Artikel.

Bürden beladene Handwerksmann mit dem weit wohlfeiler leben und minder onerierten Dorf-Handwerker nicht in gleichen Preys arbeiten kann“⁵⁶⁸. Auch versuchte man die Bildung von Söldenstellen seit Maximilian I. zu begrenzen⁵⁶⁹, besonders das Münchener Gewerbe sollte 1728 durch ein spezielles Errichtungsverbot von Sölden- und Zinshäusern um die Residenzstadt geschützt werden⁵⁷⁰. Diese Politik war verbunden mit den stets aufs neue eingeschränkten Heiratsverboten für Personen ohne sichere Nahrungsstelle, deren Verarmung man befürchtete⁵⁷¹.

Angesichts eines wirtschaftsliberaleren Kurses unter Montgelas trat jedoch gegenüber dem Rescript von 1788 in den Behördenstuben sehr schnell ein Gesinungswandel ein. So bemerkte die zweite Deputation der Generallandesdirektion in einem Memorandum vom 16. August 1799, daß das sich seit dem vorigen Jahrhundert auf dem Lande vermehrte Gewerbe der Bequemlichkeit der wohlhabenden Bauern diene und diesen den Absatz der Naturprodukte erleichtere. Zwar seien einige Handwerksberechtigungen in den Städten abgemindert worden, diese hätten sich jedoch aufs Land verpflanzt⁵⁷². Folgerichtig wurde schließlich 1804 jedem Handwerker die freie Gewerbeausübung, an welchem Orte und in welchem Gerichtsbezirke er auch arbeiten wolle, erlaubt⁵⁷³.

Die Konfliktsituation zwischen Stadt- und Landhandwerkern am Ausgang des Untersuchungszeitraumes wird in einem langjährigen Streit zwischen den Erdinger Schneidermeistern und dem Schneidermeister Johann Weitner aus Langengeisling deutlich⁵⁷⁴. Dieser hatte 1797 mit Einverständnis der Erdinger Zunft im Beisein beider Zunftmeister sein Gewerbe von einer verwitweten Schneidermeisterin gekauft und übte es seither in einer „Miethwohnung“, eine Viertelstunde von Erding entfernt, aus. Die Erdinger Stadtmeister beklagten nun, daß Weitner nicht nur in die Stadt liefere – wie erlaubt –, sondern auch in Erding auf der Stör in den Häusern arbeite. Die Landesdirektion gab dabei den Klägern zunächst recht. Der Landmeister scheint jedoch weitergearbeitet zu haben, da die Erdinger Zunft am 6. April 1805 eine Klage einbrachte, in der sie auch ihre wirtschaftliche Situation schildert: Erding sei mit acht Schneidermeistern in der Stadt übersetzt, da diese „ohne Arbeit, und Nahrung sind“. Sie müßten viele Abgaben leisten, die dem Landmeister erspart blieben, außerdem wären dessen Unkosten weit geringer, da er billiger seine Nahrungsmittel erstehen könnte und größtenteils eigenes Vieh mit Feld- und Wiesengründen besitzen würde. Zwar sei es den Stadtmeistern umgekehrt erlaubt, auf dem Land zu arbeiten, dafür seien sie jedoch nicht „gehörig geübt“. Den acht Erdinger Stadtmeistern stünden im Umkreis von einer Stunde 24 Landmeister gegenüber. Der Landmeister Johann Weitner brachte dagegen vor, daß in seinem Dorf Langengeisling vier weitere Schneider lebten, die, um zu überleben, auch als Tagelöhner arbeiten müßten. Ihm sei die Störarbeit in der Stadt besonders wichtig, da die meisten Brauer und sonstigen Bürgersleute kaum anders als auf der Stör arbeiten ließen und einem

⁵⁶⁸ MGS V, 162.

⁵⁶⁹ PO 1616 4. Buch, 12. Titel, 8. Artikel.

⁵⁷⁰ Doege, Armut, 238.

⁵⁷¹ Vgl. Kap. VIII.6.2.

⁵⁷² BayHStA GR Fasz. 1642 Nr. 74.

⁵⁷³ Rbl. 1804, fol. 298f; vgl. Puschner, Handwerk, 163.

⁵⁷⁴ Der gesamte Vorgang findet sich in BayHStA GR Fasz. 838 Nr. 20.

Schneider wenig oder gar nichts nachschicken würden. Nach der Erklärung der Gewerbefreiheit von 1804 konnte die Entschließung vom 7. Februar 1806 diesen Streit wohl kaum mehr schlichten; dem Magistrat wurde eröffnet, „daß den Landmeistern das Arbeiten in die Stadt eben so wenig, als den Stadtmeistern das Arbeiten auf das Land verwehrt werden solle“. Einschränkend blieb jedoch die allgemeine Bestimmung bestehen, daß es den Landhandwerkern bei der Störarbeit in den Städten nicht erlaubt sei, einen Gesellen mitzubringen.

Ernstzunehmende Klagen gegen das Landhandwerk setzten jedoch nicht erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ein. In der von Maximilian I. 1602 befohlenen Umfrage unter den Städten und Märkten des Rentamtes München über die Ursachen des Niedergangs ihrer Gewerbe tauchen in den Antworten neben Gravamina gegen den Fürkauf und die Stümperei auch solche gegen das legal sich auf dem Land niederlassende Gewerbe auf⁵⁷⁵. Ziel der Kritik sind vor allem die Geuwirte, die den städtischen Absatz untergraben (Rosenheim), sich immer häufiger in einer viertel Meile Entfernung niederlassen (Aibling), Wein über den Eigenverbrauch hinaus aufkaufen und andere Wirte verlegen (Traunstein) oder – anders als die Wirte in den Städten – kaum einer Überwachung bei Hochzeitsfeierlichkeiten unterliegen, wodurch sie unbegrenzt Gäste bewirten können (Pfaffenhofen). Das Entstehen von Brauereien in Adelshofmarken wird nur von Dachau und Rain erwähnt, Schongau beklagt sich dagegen besonders über die bereits zahlreichen Brauereien in den Dörfern des Bischofs von Augsburg, die das eigene Gewerbe schädigten. Auch Bäckereien scheinen bereits zu diesem Zeitpunkt auf dem Lande und in den Hofmarken entstanden zu sein (Rain, Weilheim). Lediglich Tölz und Rain benennen schon ganz allgemein die Tendenz, daß in den Landgerichten und Hofmarken Handwerke aller Art von den Obrigkeiten zugelassen würden. In Tölz stellte sich darüber hinaus ein spezifisches Problem. Seit etwa 50 Jahren habe die Flößerei stark abgenommen, woran nach Ansicht des Magistrats hauptsächlich Richter und Pflugsverwalter schuld seien. Diese hätten nämlich gegen die Polizeiordnung eine Anzahl Sölden durch Güterzerteilungen aufgerichtet. Söldner und Bauernsöhne würden sich nun mit der Flößerei beschäftigen. Außerdem durften die Bauern früher nur bis Tölz fahren; was sie dort nicht verkauften, mußten sie zum Weitertransport einem örtlichen Floßknecht übergeben. Jetzt würden Bauern, Floßknechte und Bürger jedoch gleich gelten, was der Bürgerschaft zum Verderben gereiche.

Bei aller gebotenen Skepsis gegenüber von persönlichem Interesse geprägten Beschwerdeschriften dieser Zeit scheint doch hier eines besonders deutlich zu werden: Den Zeitgenossen wird eine Veränderung der Gewerbestruktur durch die Verlagerung von Handwerk auf das Land bewußt, ohne daß dieses Phänomen freilich bereits die Formen angenommen hätte, die Schremmer für das 18. Jahrhundert als eine „Transformation der Gesellschaftsordnung“⁵⁷⁶ bezeichnet hat. schon 1612 beklagen allerdings die Städte auf dem Landtag, man „will ... nun alles confundirn, stett vnd derffer“⁵⁷⁷.

Nach dem Dreißigjährigen Krieg muß sich die Tendenz beschleunigt haben. Vermutlich 1669, vielleicht auch ein oder zwei Jahre früher, wurden anläßlich einer Visitation der Städte und Märkte des Kurfürstentums deren Gravamina

⁵⁷⁵ BayHStA GR Fasz. 273 Nr. 4.

⁵⁷⁶ *Schremmer*, Standortausweitung, 6.

⁵⁷⁷ *Krenner*, 1612, 362.

aufgezeichnet. Neben den bekannten Beschwerden gegen den Fürkauf und die Hausierer nehmen die Klagen über die Lasten des vergangenen Krieges einen erheblichen Raum ein. Das Landhandwerk wird in drei Fällen (Weilheim, Altenham, Geisenfeld) als der Hauptgrund des Einbruchs, ja des Ruins des städtischen Gewerbes bezeichnet. Die Handwerker hätten keinen Absatz mehr auf dem Land und müßten sich nur noch von der eigenen Bürgerschaft ernähren. Die übrigen Städte und Märkte, die auf das Landgewerbe bezug nehmen, beklagen jedoch meist nur die im Landgericht wie in den Hofmarken entstehenden Brauereien, die Gäuwirte, mitunter auch Metzger, Bäcker, Schuster und andere spezielle Gewerbe auf dem Land⁵⁷⁸. In der Zusammenfassung der Gravamina des Standes für den Landtag heißt es⁵⁷⁹:

„es siehet lestlichen diser Standt mit betriehten Herzen, daß vast alle Handwercher insgemein, für welche doch aigentlich die Stätt vnd Märkht angesehen vnd erhebt sein, auf dem Gey da vnd dort in denen Dörffern introduciert werden, solchergestalten, daß mannichs Dorff in disem einen Marckht vnd mannicher Marckht ein Dorff repraesentiert ...“

Durch den Vergleich der beiden Quellen von 1602 und 1669 deutet sich jedoch mehr an, als nur die Ähnlichkeit der Klagen der Gewerbetreibenden der Städte und Märkte. Vielmehr ist das Handwerk auf dem Gäu 1669 nicht mehr Ausnahme, Neuigkeit, sondern – wenn auch widerwillig – hingenommener Teil des frühneuzeitlichen bayerischen Wirtschaftssystems. Beschwerden richten sich fast ausschließlich auf Fälle, in denen – zumindest nach Ansicht der Magistrate – ein Verstoß gegen die Polizeiordnung vorlag oder die Städte einen erheblichen wirtschaftlichen Nachteil in Kauf nehmen mußten, der als ungerecht empfunden wird.

Wie beim Handwerk läßt sich die Ausweitung der Gewerbes auf das Land auch beim Handel feststellen. Die Polizeiordnung von 1616 erlaubte den Krämern auf dem Lande nur mit sogenannten kurzen Waren zu handeln, d.h. mit Salz, Tabak, Baumöl, Zwirn, Bändern, Spitzen⁵⁸⁰. Bis ins ausgehende 18. Jahrhundert erweiterte sich ihr Angebot immer mehr, besonders – was Zirngibl als sehr schädlich ansieht – auf ausländische Erzeugnisse. Mit Justus Möser ist er der Meinung, daß eine Hauptursache des Niedergangs des Handwerks – wie auch des Handels! – in der Ausbreitung dieser Kramläden und im Verkauf von Importware liege⁵⁸¹. Für die Städte war diese Kramerkonkurrenz schon zu Beginn des 17. Jahrhunderts ein Dorn im Auge. Auf dem Landtag von 1612 beschwerten sie sich gegen Tuchschnitt auf dem Land und „Fretschlerrey“ von Salz, Eisen, Nägeln, Tuch, Seilen, Fastenspeisen, Branntwein, Schafen, Rindern, Schweinen, Wolle, Honig etc. in den Dörfern⁵⁸².

Die Bedeutung der Ausbreitung des Landgewerbes für die gewerbliche Entwicklung der oberbayerischen Städte und Märkte können wir erst nach der detaillierteren Untersuchung der städtischen Entwicklung erfassen. An dieser Stelle ist jedoch bereits ein deutlicher Funktionsverlust der Stadt zu konstatieren, der angesichts des geringen Spezialisierungsgrades des bürgerlichen Handwerks a priori als ökonomisch äußerst schwerwiegend angesehen werden muß.

⁵⁷⁸ BayHStA GR Fasz. 266 Nr. 31.

⁵⁷⁹ Krenner, 1669, 478.

⁵⁸⁰ PO 1616 4. Buch, 3. Titel, 4. Artikel.

⁵⁸¹ Zirngibl, Handel, 749 f.

⁵⁸² Krenner, 1612, 362 f.

Die in Bayern meist als Hofschutzverwandte bezeichneten Freimeister hatten ihre Gewerbeberechtigung durch „special landesherrliche Gnade und Vergünstigung“ erhalten und waren weitgehend von den bürgerlichen und zünftischen Pflichten und Belastungen befreit⁵⁸³. Dagegen unterlagen sie Einschränkungen ihres Absatzes oder der Verpflichtung, kein Personal zu beschäftigen. So erhielten abgedankte Soldaten das Recht, ihr erlerntes Handwerk zu betreiben, durften aber keine Gesellen und Lehrlinge einstellen und nur für das Militär produzieren. Die Hofschneider und sogenannten Fräuleinschneider konnten zwar Gesellen haben, durften aber nicht ausbilden und nur an den Hof liefern. Viele Hofhandwerker wie Hofschmied, Hofglaser, Hofkürschner etc. waren dagegen nur „Titulanten“, die zwar auch Hofaufträge bearbeiteten, aber ansonsten als bürgerliche und zünftische Handwerker und nicht als Freimeister angesehen wurden⁵⁸⁴. Dem Hopfstermeister wurde 1613 untersagt, an andere Personen Brot zu verkaufen als an das Hofgesinde und an die Klöster. Als er um 1700 – wohl wegen Abwesenheit des Hofes von München – seine Produkte öffentlich auch an Bürger verkaufte, protestierten die Bäcker und erinnerten an das Verbot von 1613. Dieses wurde daraufhin am 12. März 1700 erneuert⁵⁸⁵.

Im folgenden sollen die der bürgerlichen Jurisdiktion entzogenen hofschutzbefreiten Gewerbetreibenden im Hinblick auf die landesherrlichen Intentionen dieser Schutzverleihungen, auf die tatsächliche wirtschaftliche Bedeutung der Freimeister und auf die Konflikte zwischen ihnen und dem zünftischen Handwerk betrachtet werden. Ihre rechtliche Sonderstellung innerhalb der Städte wird dagegen im Zusammenhang mit der sozialen Schichtung innerhalb der Städte zu betrachten sein⁵⁸⁶. Die auch mit Hofschutz versehenen Manufakturbetriebe⁵⁸⁷ und die Juden⁵⁸⁸ werden ebenfalls an anderer Stelle behandelt.

In der Literatur wird das vom Landesherrn verliehene Hofschutzprivileg zur Ausübung eines Gewerbes als ein „Korrektiv gegen den Zunftzwang“⁵⁸⁹ oder gar als ein Aushöhlen der bestehenden Zunft- und Ratsverfassung der Städte betrachtet⁵⁹⁰. Wenn auch immer wieder Beschwerden des zünftischen Handwerks gegen die Hofschutzverwandten vorgebracht wurden, so erscheint die bisherige Einschätzung in der Forschung aus zwei Gründen als überzogen: 1. Aus der landesherrlichen Hofschutzverleihungspolitik kann eine derartige Intention nicht abgelesen werden. 2. Soweit die bisher bekannten Quellen zeigen, lassen sich sowohl aus der absoluten Zahl dieser Handwerker, als auch aus deren Berufsstruktur derartige Annahmen nicht belegen.

Akut geworden war das Problem der zum Hof gehörigen Personen, die ein Handwerk führten, zunächst in München. 1561 wurde deren Stellung eindeutig

⁵⁸³ Vgl. allgemein *Herold*, Hofdienst.

⁵⁸⁴ *Kreittmayr*, Anmerkungen V, 839f.

⁵⁸⁵ StadtA München Gewerbeamt 1532. Die Bemerkung bei *Kreittmayr*, Anmerkungen V, 840, der Hopfstermeister lasse Brot durch seine Knechte nicht nur für den Hof, sondern „auch für andere backen“, ist unklar.

⁵⁸⁶ Vgl. Kap. V.4.

⁵⁸⁷ Vgl. Kap. III.2.6.2.

⁵⁸⁸ Vgl. Kap. V.5.

⁵⁸⁹ *Schmelzle*, Staatshaushalt, 78; ähnlich *Puschner*, Handwerker, 169.

⁵⁹⁰ *Schrenmer*, Wirtschaft Bayerns, 240f.

zugunsten der Stadt festgelegt, bzw. das alte Herkommen bestätigt: „Ob aber deren (= der Hofangehörigen, C.H.) ainer oder mer sich neben vnnd in seinem von Vnns habennenden dienst Burgerlicher handthierung vnnd gewerbs wie ander Burger in der Stat alhie gebrauchen wolten, dar Jnn soll es wie von allter gehalten werden, Also das Sy derselben gewerb vnnd Hanndthierung halben (wie billich) die Burgerlichen auflagen vnnd Purden auch mittragen helffen“⁵⁹¹. Darüber hinaus versprach der Herzog keine weiteren Schutzprivilegien an Personen auszustellen, die sich sonst dem bürgerlichen Magistrat unterstellen müßten⁵⁹². Maximilian I. erläuterte diese Bestimmungen 1607 dahingehend, daß es seiner „juri superioritatis zu wider“ sei, einen völligen Verzicht auf derartige Verleihungen zuzugestehen⁵⁹³. 1682 wurde bestimmt, daß Hofdiener zum Schaden der Bürgerschaft kein bürgerliches Gewerbe mehr ausüben sollten, es sei denn durch besondere Bewilligung des Hofes⁵⁹⁴.

Auf dem Landtag von 1669 führten die Städte und Märkte darüber Klage, daß sowohl in München bereits vielmals als auch in Braunau „erst iüngstlich“ gegen die Stadtprivilegien „ein widriges eruolgt“ sei. Wenn auch zunächst von anderen Gewerben ganz allgemein gesprochen wird, so richtet sich die entsprechende Klage vor allem gegen die Weißbierschenken⁵⁹⁵. Die landesherrliche Antwort beschreibt nun die kurfürstlichen Intentionen⁵⁹⁶: 1. Es steht dem Landesherrn grundsätzlich zu, „aus gewissen Vrsachen“ und wenn es „des gemainen Wesens notturfft“ erfordere, den ein oder anderen von der bürgerlichen Jurisdiktion zu exemieren. 2. Solche „exemptiones“ sollten jedoch kein allgemeiner Usus werden. 3. Dies könnte auch kaum so eingeschätzt werden, wenn „alten woluerdienten Hofbedienten“, was ohnehin nur selten geschehe, der Ausschank von Weißbier gestattet werde.

Die Replik des Standes der Städte und Märkte zeigt dann deutlich, daß sich die gesamte Auseinandersetzung tatsächlich um die verhaßte Konkurrenz des landesherrlich monopolisierten Weißbiers drehte. Nach einem einleitenden Dank der Städte, die „exemption“ nicht zur allgemeinen Politik zu machen, folgt ein Widerspruch gezielt gegen die Weißbierschenken. Diese seien – nach Ansicht der Städte – keineswegs alte wohlverdiente Hofbediente, sondern „lauther junge starckhe“ und nie in kurfürstlichen Diensten gestandene Leute. Sie würden darüber hinaus „nit nur die blosse Nahrung machen“, sondern angesichts ihrer Befreiung von den bürgerlichen Lasten auch erhebliche Gewinne einstreichen. Wie erheblich der Profit sein müsse, ersehe man ja auch daraus, daß bürgerliche Brauer das Sieden des braunen Biers aufgegeben hätten und sich nur noch mit dem Ausschank des Weißbiers ernährten, weil dies lukrativer sei. Die Städte bitten deshalb erneut, die Bierzäpfler mit den bürgerlichen Steuern und Abgaben belegen zu dürfen⁵⁹⁷. In der landesherrlichen Duplik wird auf diesen erneuten

⁵⁹¹ Albertinischer Rezeß von 31. 10. 1561 teilweise abgedruckt in: Ziegler, Dokumente I, 318.

⁵⁹² Krenner, 1669, 485; diese Passage bei Ziegler nicht abgedruckt; vgl. gesamten Abdruck in Rbl. 1802, Sp. 637f., 652–58, 670f.

⁵⁹³ Herold, Hofdienst, 86; Heimers, Residenzstadt, 227.

⁵⁹⁴ Herold, Hofdienst, 80.

⁵⁹⁵ Krenner, 1669, 485f.

⁵⁹⁶ Krenner, 1669, 506.

⁵⁹⁷ Krenner, 1669, 520f.

Antrag überhaupt nicht mehr näher eingegangen, sondern nur noch bestätigt, daß es bei der bisherigen Praxis sein Bewenden habe⁵⁹⁸.

Wer neben den Magistraten – die um ihre Steuereinnahmen fürchteten – die Hauptinitiatoren der Klagen gegen die Freimeister waren, geht deutlicher als aus den an Ferdinand Maria gerichteten Gravamina des gesamten Standes aus dem Urmaterial hierfür hervor, das die einzelnen Städte und Märkte nach München entsandten⁵⁹⁹. Die Beschwerden sind meist nach den einzelnen Gewerben gegliedert. Soweit dieses Urmaterial überliefert ist, wenden sich nur die Brauer, Wirte und Lebzelter gegen die Freimeister, und hierbei kritisieren sie ausschließlich das Weißbierausschenken. So erklären die Rieder Brauer, daß es jetzt 14 solcher Schenken in der Stadt gäbe, während es früher nur zwei gewesen seien.

Aus dieser Auseinandersetzung zwischen Städten und Kurfürsten lassen sich zwei wesentliche Erkenntnisse ableiten: 1. Die Konkurrenz der Freimeisterspiele für das bürgerliche Handwerk um 1669 nur gegenüber den Weißbierschenken eine wesentliche Rolle. 2. Der Landesherr benutzte sein Recht der Exemption von Gewerbetreibenden vor allem, nicht um alten Hofbedienten ein Auskommen zu sichern oder um eine ergänzende Gewerbepolitik gegenüber den Zünften zu betreiben, sondern um den Umsatz bei dem verstaatlichten Monoprodukt Weißbier zu erhöhen.

Die für das Ende des Untersuchungszeitraums überlieferten Zahlen der Hofschutzverwandten in den Städten und Märkten belegen, daß diese 1771/81 quantitativ mit wenigen Ausnahmen nur in München eine relative Größe erreichten, ja in manchen Städten kein einziger von ihnen tätig war.

Gewerbetreibende „mit Schutz“ in oberbayerischen Städten 1771/81

Stadt/Markt	Hofschutzverwandte	Stadt/Markt	Hofschutzverwandte
<i>Rentamt München</i>		Schwaben	0
München	335 (davon 10 im Lehel)	Siegenburg	0
Aibling	7	Tölz	0
Aichach	0	Vohburg	0
Aindling	0	Wasserburg	0
Altomünster	0	Wemding	0
Dachau	19	Wolfratshausen	0
Dießen	0	<i>Rentamt Burghausen</i>	
Friedberg	1	Burghausen	0
Gaimersheim	0	Griesbach	7
Grafing	4	Hals	1
Inchenhofen	0	Hartkirchen	8
Ingolstadt	1	Kößlarn	12
Kösching	0	Kraiburg	24
Kühbach	2	Markt I	14
Pförring	0	Neuötting	1
Landsberg	2	Pleinting	0
Rain	6	Reichenhall	4
Rosenheim	2	Rotthalmünster	21
Schongau	0	Tann	0
Schrobenhausen	0	Traunstein	0

(Quelle: BayHStA GR Fasz. 290 Nr. 1, GR Fasz. 302b Nr. 45, 46, 47)

⁵⁹⁸ Krenner, 1669, 531.

⁵⁹⁹ BayHStA GR Fasz. 266 Nr. 31.

Für München ist auch eine Differenzierung der Hofschutzverwandten nach Gewerben möglich. Die nachfolgende Tabelle enthält der Übersichtlichkeit halber nur Berufe, in denen auch Schutzverleihungen durch den Kurfürsten stattgefunden hatten.

Anteil der Hofschutzverwandten an der Gesamtzahl der Gewerbetreibenden in München 1781¹

Beruf	Absolute Zahl	davon „mit Schutz“	Beruf	Absolute Zahl	davon „mit Schutz“
Arzt	4	3	Maler u. Vergolder	63	37
Bader	14	1	Musikanten	98	1
Bäcker	54	1 ²	Nachtwächter	16	2
Barometer- u. Brillenmacher	1	1	Schreiner	31	4
Bierzäpfler	136	136	Schriftgießer	1	1
Bilderdrucker u. -händler	7	1	Sesseltrager	6	6
Bildhauer	8	1	Spiegelmacher	2	2
Büchsenmacher	4	1	Steinmetz	5	1
Dantler	46	4	Stukkateur	2	1
Galanteriehändler	4	2	Tanzmeister	1	1
Geflügelhändler	6	6	Silberspinner	3	3
Goldarbeiter	15	1	Waldhornmacher	1	1
Handelsleute	74	1	Zeugmacher	4	1
Kaffeessieder	18	18	Pfischer	351	19
Kerzengießer	11	5	Hauben- u. Galan- teriemacher	109	1
Kupferhammer	1	1	Juden	21	11
Kupferstecher	4	2	Lehel		10
Laternenanzünder	46	46			
Leinwanddrucker	2	2	Gesamt		335

Anm. 1: 16 Holzmesser, 8 Trockenlader und 10 Weinemmerer sind zwar in der Rubrik „mit Schutz“ in der Quelle eingetragen, wurden hier aber nicht berücksichtigt, da es sich vermutlich um einen Irrtum in der Zuordnung handelt. Alle drei Berufe finden sich vollständig auch bei den Bürger eingereiht, was bei den Hofschutzverwandten nicht üblich ist, außerdem handelt es sich um typische bürgerliche Gewerbe oder sogar städtische Bediente.
Anm. 2: Der Pfistermeister.

(Quelle: BayHStA GR Fasz. 290 Nr. 1, GR Fasz. 302b Nr. 45).

Die Berufsverteilung der Hofschutzverleihungen läßt deutlich erkennen, daß selbst in der Residenzstadt von einem „Korrektiv gegen den Zunftzwang“ am Ende des 18. Jahrhunderts keine Rede sein kann. Selbst wenn der Kurfürst wie 1747 drohte, wenn ein Meister den anderen „an Haltung mehrerer Gesellen oder sonst in seiner Arbeit aus Neid und Mißgunst hindern oder stören sollte“, werde er diese Handwerksmißbräuche abstellen und bei zu „verspürenden Mangel der inländischen Waar“ auswärtigen, erfahrenen Meistern und Gesellen die Gerechtigkeit „gratis nebst etlichen Freyjahren“ erteilen⁶⁰⁰, so kam es zu einer Verwirklichung in größerem Umfang wohl nie⁶⁰¹. Über ein Drittel der Hofschützler

⁶⁰⁰ Mandat vom 2. 3. 1747: MGS I, 534.

⁶⁰¹ So wurden zwischen 1701 und 1718 nur 99 Hofschutzverleihungen aller Art ausgesprochen: *Edlin-Thieme*, Handelsstand, 72; *Heimers*, Residenzstadt, 228.

machen 1781 allein die bereits im Zusammenhang mit dem letzten Landtag von 1669 erörterten Bierzäpfler aus. Verwandt sind diesen als Altersversorgungsstellen die Kaffeesieder. Darauf folgt ein breites Spektrum von Dienstleistungsberufen im Hofdienst (Sesselträger, Laternenanzünder, Nachtwächter, Ärzte etc.). Die Handwerksberufe sind dagegen meist nur mit einem oder zwei Schutzverwandten vertreten, die, ganz abgesehen von ihrem Betätigungsverbot außerhalb des Hofes, aufgrund der geringen numerischen Größe ihr Auskommen wohl allein in kurfürstlichen Diensten finden konnten.

Nach ihren Umsätzen kaum eine Rolle spielten vermutlich auch die verschiedenen Kleinhändler wie Dantler, Geflügel- und Galanteriehändler. Aus dem Protest des Münchener Handelsstandes gegen sie von 1779 läßt sich lediglich ablesen, daß verschiedene der von den Kaufläuten als „Afterhändler“ bezeichneten Hofschutzverwandten bankrott gegangen waren. Man befürchtete nun, daß diese „den sonst in Commercio höchst erforderlichen Credit so mutwillig zu Grunde“ richteten. Als herausragendes Beispiel wird die Hofmanin genannt. Beim Tod ihres Gatten, eines Feldscheren, hätte sie eine Schutzgerechtigkeit für Zucker- und Kaffeehandel erhalten, als Ausgleich dafür, daß sie keine Pension fordere. Nach einigen Jahren hatte sie 12.000 fl. Schulden aufgehäuft und war geflohen⁶⁰². Handelsleute waren als Hofschutzverwandte auch früher kaum vertreten⁶⁰³.

Mit Ausnahme der Weißbierzäpfler spielten also die Hofschutzverwandten gesamtwirtschaftlich gesehen wohl kaum eine Rolle. Die besonders im 18. Jahrhundert ihnen gegenüber immer wieder erhobenen Vorwürfe der Kompetenzüberschreitung⁶⁰⁴ mögen im Einzelfall natürlich berechtigt gewesen sein, eine wirtschaftspolitische Ergänzung der vorhandenen ökonomischen Struktur oder gar eine existentielle Gefahr für das zünftische Handwerk konnten die Freimeister wohl nie darstellen.

Ergänzend sei hier noch erwähnt, daß die Verleihung von Weißbierzäpflergerechtigkeiten auch zur Sicherung des Lebensunterhalts von unterbeschäftigten zünftischen Handwerker bzw. Angestellten und sogar auf Antrag von Zünften durch den Landesherrn geschah. So war nachweislich seit 1665 die Trostberger Maurergerechtigkeit mit einer solchen landesherrlichen verbunden, um dem Marktmaurer eine ausreichende Nahrung zu sichern⁶⁰⁵. Und am 14. April 1698 gestattete der Hofrat dem Handwerk der Münchener Bäcker, daß es dem Glasermeister Hanns Christoph Fidler seine Weißbierschankgerechtigkeit abkauft, um sie ihrem Brothüter zur Verbesserung seines Einkommens zu übergeben⁶⁰⁶. Ein genereller Antagonismus zwischen Freimeistern und traditionellem Handwerk bestand also nicht.

2.7. Gewerbeschutzmaßnahmen

Je stärker der Bevölkerungsdruck auf die beschränkte Anzahl von Subsistenzstellen wurde, je drückender der Einbruch ländlicher gewerblicher Tätigkeit in dem engen Bereich der Städte wurde, desto größer wurde auch die Verlockung

⁶⁰² BayHStA GR Fasz. 1642 Nr. 74.

⁶⁰³ Vgl. *Edlin-Thieme*, Handelsstand, 72.

⁶⁰⁴ Vgl. auch *Puschner*, Handwerk, 170.

⁶⁰⁵ BayHStA GL Fasz. 4193 Nr. 89.

⁶⁰⁶ StadtA München Gewerbeamt 1532.

und der Zwang zu illegaler Gewerbeausübung. Gerade hier waren aber die Ziele des Landesherrn und der Städte weitgehend deckungsgleich – nämlich die Verhinderung unkontrollierter beruflicher Tätigkeit. Für den Fiskus bedeutete diese stets Ausfall von direkten wie indirekten Steuern, für die Städte darüber hinaus unerwünschte Konkurrenz gegenüber dem zünftischen Handwerk. Charakteristisch hierfür sind der Kampf gegen die sogenannten „Pfuscher“ sowie die immer wiederkehrenden Verbote des unerlaubten Zwischenhandels – des „Fürkaufs“.

Die Pfuscher⁶⁰⁷, in den bayerischen Quellen vielfach auch Stümper genannt (weitere synonym benutzte Begriffe sind Störer, Frötter oder Bönhasen), setzten sich zusammen aus Personen⁶⁰⁸, die ein Handwerk nie ordentlich gelernt hatten, es aber illegal ausübten, und solchen, die es zwar gelernt hatten, sich aber nicht an dessen Ordnung hielten. Zu letzteren gehörten solche, die außerhalb des Ortes, an dem sie eingezünftet waren, ihr Handwerk trieben oder die sich mit Hausierern, Personen, die nur fremde Ware verkauften, Gesellen, die bei Fröttern arbeiteten, und Lehrjungen, die bei keinem zugelassenen Meister gelernt hatten, einließen; auch ganze Handwerke konnten zu Stümpfern werden, wenn sie die ihnen auferlegten Grenzen ihrer Tätigkeitsmerkmale überschritten und sich Aufgaben anderer Zünfte anmaßten. Nicht zu den Pfuschern gehörten jedoch diejenigen Handwerker, die sich mit Flick- oder Störarbeiten durch Umherwandern bei ihren Kunden ernährten⁶⁰⁹.

Der Pfuscherei scheinen sich auch immer wieder Handwerker mit dem Hofschutz schuldig gemacht zu haben. 1741 beschwerten sich gegen deren Übertretungen die Münchener zünftischen Schuster, Schneider, Kistler und Bildhauer, u.a. weil sich die Privilegierten angemaßt hätten, Gesellen zu beschäftigen. In einem am 23. März dieses Jahres erlassenen Edikt reagierte der Kurfürst auf die Vorwürfe und drohte den betroffenen Hofschutzverwandten mit empfindlichen Strafen⁶¹⁰.

Wie groß der Anteil der Pfuscherei beim Handel und der Gewerbeproduktion während unseres Untersuchungszeitraums war, wird sich wohl nie auch nur annähernd beziffern lassen. Klagen gegen die Stümper werden schon in der Gewerbeumfrage nach 1602 von verschiedenen Städten geführt. So sollen nach dem Bericht Murnaus von 1606 bereits alle wesentlichen Gewerbe des Marktes davon betroffen gewesen sein. Für die Handwerksmeister war die ungeliebte Konkurrenz nicht nur deshalb von Nachteil, weil sich ihr Absatz schmälerte, sondern auch, weil die unzünftischen Kollegen die verschiedenen Steuern und Abgaben der Meister in den Städten nicht leisten mußten und deshalb kostengünstiger produzierten. Dem Rainer Bericht von 1602 liegt eine Sammlung von Gravamina aus dem Jahre 1584 bei, worin bereits Stellung bezogen wird gegen die zahlreichen Handwerker im Landgricht und den umliegenden Hofmarken, die ihr Gewerbe nicht richtig gelernt hatten und deshalb illegal arbeiteten⁶¹¹. Das Problem scheint sich auch durch die Bevölkerungsverluste des Dreißigjährigen Krieges kaum gebessert zu haben. Weitgehend gleichlautende Beschwerden wie um 1602 finden sich auch auf dem Landtag von 1669 durch einzelne Städte vorge-

⁶⁰⁷ Vgl. allgemein Schulz, Störer.

⁶⁰⁸ Kreittmayr, Anmerkungen V, 837 ff.

⁶⁰⁹ PO 1616 4. Buch, 2. Titel, 7. Artikel.

⁶¹⁰ MGS IV, 612.

⁶¹¹ BayHStA GR Fasz. 273 Nr. 4.

tragen. Die Situation wird jetzt jedoch mit der Auflösung der Ordnung durch den Krieg in Verbindung gebracht⁶¹². Ob und wie weit sich die illegale handwerkliche Tätigkeit dann im 18. Jahrhundert – begründet u. a. durch das Bevölkerungswachstum – tatsächlich intensiviert hat, läßt sich nur vermuten. Sicher ist, daß das Problem sowohl für die kleinen Landstädte wie für die Residenzstadt virulent blieb. So heißt es in einem Mandat von 1769 „die Hausierer und Handwerksstümppler betreffend“, daß sich die Stümpereien „in die Städte und Märkte, sonderbar in die Dörfer und Einöden immer mehr einschleichen, wodurch die berechtigten Handwerker und Professionisten, mithin auch die Städte und Märkte ins Abnehmen gerathen müßten“⁶¹³. Besondere Absatzchancen scheinen sich die Pfscher in der Residenzstadt erhofft zu haben. U. a. 1749⁶¹⁴ und 1767⁶¹⁵ reichten die Gewerbe Münchens geordnet nach Handwerken umfangreiche Beschwerdeschriften gegen die Pfscher an den Hofrat bzw. den Kurfürsten ein, mit denen sie um Abstellung der vorgetragenen „Misbräuche“ baten. Exemplarisch für die Situation in der Residenzstadt ist das Mandat vom 21. April 1749 gegen die Handwerkspfschereien und hier besonders die Bestimmung gegen die illegalen Knöpfmacher⁶¹⁶:

„Sechstens, das Handwerk der allhieſig= verbürgerten Knöpfmachern von denen wider die Pfscher und Frötter habend= und abgebrachten Beschwerden entübriget, einfolglich gnädigst verordnet haben, daß die in hiesiger Stadt so vielfältig sich aufhaltend= und die Knöpfmacherey heimlich treibende, dann in der Stille pfschende, sowohl Weibs= als Manns= Personen ferners nicht geduldet, sondern alles Ernsts abgeschafft werden sollen: Wie dann sowohl die Kauf und Handelsleute, dann das Handwerk der Schneider solche pfschende Leute verabscheuen, und von deren Arbeit was zu nehmen sich enthalten, einfolglich die nöthige Knöpfmacherarbeit bey niemand andern, als bey den verbürgerten Knöpfmachern, oder Hof=befreyten Personen anfrimmen, und verfertigen zu lassen haben.“

Solche Verbote trugen bereits beim Erlaß den Keim des Scheiterns aus zwei Gründen in sich. Einmal waren Arbeiten wie das Herstellen von Knöpfen ohne großen Aufwand zu betreiben und deshalb für kapitalschwache, ständig von Armut und Arbeitslosigkeit bedrohten unterbürgerlichen Schichten leicht durchzuführen. Zum anderen stellten deren kostengünstigere Produktionsbedingungen und deshalb auch niedrigeren Preise für die bürgerlichen Handelsleute und Schneider ein zu verlockendes Angebot dar, als daß sie darauf verzichtet hätten. Dies erscheint wohl nur oberflächlich betrachtet als ein widersprüchliches Handeln, wenn man die Überlegung mit einbezieht, daß die bürgerlichen Schneider ja ihrerseits durch pfschende Kollegen bedroht waren⁶¹⁷.

Genauere quantitative Vorstellungen von der Zahl der Pfscher erhalten wir erst aus der Dachsbergischen Volksbeschreibung von 1771/81, und auch nur für München⁶¹⁸. Unklar bleiben muß bei solchen Zahlen der Erhebungsmodus. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß alle ein Handwerk illegal Ausübenden und in München Ansässigen den Beamten richtige Angaben über ihre Tätigkeit gemacht

⁶¹² BayHStA GR Fasz. 266 Nr. 31.

⁶¹³ Verruf vom 9. 8. 1769: GS 1771, 433.

⁶¹⁴ Vgl. das Mandat vom 21. 4. 1749 in MGS II, 733–736.

⁶¹⁵ BayHStA GR Fasz. 838 Nr. 21.

⁶¹⁶ MGS II, 734 f.

⁶¹⁷ Mandat ebd., 735 Art. 10.

⁶¹⁸ BayHStA GR Fasz. 302b Nr. 45; vgl. Tyszka, Handwerk, 115 f.; Puschner, Handwerk, 409.

haben. Gänzlich unberücksichtigt müssen in dieser Statistik natürlich diejenigen Pfuscher bleiben, die in den „Vororten“ Au oder Haidhausen lebten und nur ihren Absatz in der Residenzstadt fanden. Die folgenden Zahlen stellen also nur die Untergrenze der in München tätigen und wohnhaften Pfuscher dar, keineswegs alle, mit denen die Münchener zünftischen Handwerker konkurrieren mußten.

In München ansässige Pfuscher 1781

Beruf	Anzahl	Beruf	Anzahl
Advokaten	4	Musikanten	14
Bader	10	Perückenmacher ⁴	41
Bierzäpfler ¹	6	Priechler	1
Bilderdrucker	1	Säckler	6
Bildhauer ²	7	Salzstößler	2
Fischer	1	Sattler	2
Gärtner	1	Schäffler	1
Goldarbeiter/ Juwelier ³	7	Schlosser ⁵	4
Hufschmied	1	Schneider u. Fräulein- schneider ⁶	91 + 6
Kaffeesieder und Schokoladenmacher	5 + 1	Schreiner	4
Knopfmacher	4	Schuhmacher	70
Koch	3	Tapezierer	7
Korbmacher	3	Uhrmacher	5
Kramer	10	Weinwirt	4
Lehenrößler	5	Zinngießer	1
Maler	10		
Metzger	13	Zusammen	351

Anm. 1: Hierunter sind keine hofschutzbefreiten Weißbierzäpfler enthalten. Anm. 2: Davon 3 mit Hofschutz. Anm. 3: Davon einer mit Hofschutz. Anm. 4: Davon 5 mit Hofschutz. Anm. 5: Alle 4 mit Hofschutz. Anm. 6: Alle 6 Fräuleinschneider mit Hofschutz.

(Quelle: BayHStA GR Fasz. 302b Nr. 45)

Die 351 erfaßten Pfuscher beschäftigten insgesamt 20 Gesellen und 2 Lehrlinge, davon die Fräuleinschneider allein 5 und die Schreiner 7 Gesellen. Setzt man die Gesamtzahl der Pfuscher in Relation zu den im Steuerbuch von 1792 verzeichneten Haushalten mit einem Gewerbetreibenden als Vorstand (ca. 2.000)⁶¹⁹, so ergibt sich ein Anteil von ca. 15 %. Die Bedeutung dieses Werts verringert sich noch angesichts der Tatsache, daß die Zahl der Beschäftigten pro „Betrieb“ bei den Pfuschern weit geringer war als bei den bürgerlichen Handwerkern.

Dem stehen jedoch einige „belastende“ Kriterien gegenüber. Es wurde bereits betont, daß es sich bei den hier erfaßten Pfuschern um eine Minimalzahl handelt, die in der Realität sicher übertroffen wurde. Außerdem arbeitete ein erhebliches Potential illegaler Handwerker außerhalb des Burgfriedens für den Absatzmarkt in der Stadt⁶²⁰. Hinzu kommt die ungleiche Verteilung der Pfuscher auf verschie-

⁶¹⁹ Vgl. Kap. VI.2.2.1. und Anhang Nr. 7.

⁶²⁰ Vgl. hierzu u. a. die Beschwerde der Münchener Bürgerschaft gegen die Pfuscher in

dene Gewerbebezweige. Während wohl viele Handwerke überhaupt nicht betroffen waren, nahm für andere die Stümperei bedrohliche Ausmaße an. So liegt das Verhältnis von zünftischen Handwerkern zu Pfuscher 1781 bei den Schneidern bei 105:91, den Schuhmachern bei 66:70, den Schlossern bei 18:4, den Metzgern bei 60:13, den Uhrmachern bei 9:5 und bei den bereits erwähnten Knöpfemachern bei 8:4. In diesen Fällen läßt sich wohl ohne Übertreibung von einer Existenzgefährdung des zünftischen Handwerks sprechen.

Es ist davon auszugehen, daß das Problem der Pfuscher letztendlich während des gesamten Untersuchungszeitraums akut war, sowohl für die Residenzstadt wie für die Landstädte. Eine sich nur in Verboten erschöpfende Politik gegen einen Personenkreis, der kaum eine Chance hatte, zum zünftischen Handwerk zugelassen zu werden und seinen Lebensunterhalt legal verdienen zu können, konnte wohl auch kaum auf große Erfolge hoffen.

Das gilt auch für unser zweites Beispiel einer Schutzgesetzgebung, die die alten Wirtschaftsstrukturen zu konservieren versuchte – die Maßnahmen gegen den Zwischenhandel (Fürkauf, Kauderei). Dieser führte nach Ansicht der Zeitgenossen bei Nahrungsmitteln wie bei Rohstoffen zu deren Verteuerung und Verknappung. Für die Städte kam noch erschwerend hinzu, daß der Fürkauf die privilegierten Märkte weitgehend umging, was zu einem erheblichen Zentralitätsverlust der Städte und Märkte führte⁶²¹. Anläßlich der Errichtung der Polizeiordnung von 1616 stellten die Städte deshalb in ihren Gravamina auf dem Landtag von 1612 besonders auch ihre Vorstellungen bezüglich des Zwischenhandels heraus. Ihre wichtigsten Beschwerden richteten sich gegen folgende Handelspraktiken⁶²²:

- Bauern kauften Getreide auch von ihren Nachbarn auf und brächten es entgegen den geltenden Bestimmungen nicht zur nächstgelegenen Schranne, sondern verkauften es im Ausland.
- Ähnliches Unwesen würden die Gäuwirte treiben und „miessiggehende Leuth“, die das Geteide von Haus zu Haus aufkauften und tags wie nachts auch auf dem Wasser „durchschwärzen“, wodurch erhebliche Ausfälle an Mauten und Zöllen entstünden.
- Bauern würden Getreide auf der Schranne und auch von Haus zu Haus aufkaufen, zu Hause dann mit ihrem eigenen „aufschitten“ und es dann „biß auf ein Theyrung hinderhalten“.
- Selbst fürstliche Beamte würden Getreidehandel betreiben.

den angrenzenden Gebieten von Au und Haidhausen und wegen der Wirkungslosigkeit der Maßnahmen gegen diese (BayHStA GR Fasz. 836 Nr. 12).

⁶²¹ So heißt es in der Burghauser Wochenmarktordnung vom 9.2.1768 (BayHStA GR Fasz. 826 Nr. 59): „Nachdeme nun eine Churfürstliche Regierung Burghausen mißfälligst einsehen müssen, was vor ein ausserordentliche Kauderey in denen umliegenden Gerichten mit allen Getrayd=Sorten und übrigen Pfennwerth durch den höchst verderblichen Hauskauf ganz ungescheuht auf das sträflichste getrieben werde, ein gleiches auch auf dem Land bey allen Virtualien mittels wucherischen Fürkauffen geschehe, daß fast nichts mehr in die Stadt und Märkt, besonders in hiesige Hauptstadt zum öffentlichen Verkauf kömme und hierdurch ein ganz ausserordentliche Theuerung, dann allgemein beschwerliche Abgang sich wirklich ergeben“. Zum Niedergang der städtischen Märkte vgl. Kap. VII.2.

⁶²² *Krenner*, 1612, 361–364.

- Die Gäuwirte würden Vieh direkt bei den Bauern aufkaufen, was nur den Metzgern zustünde, dieses dann weiterverkaufen und damit den Fleischpreis in die Höhe treiben.
- Die Fürkäufer sollten zwar nicht abgeschafft werden, wenn sie die „Pfäntwerch“ wieder zu den Märkten brächten. Viele von ihnen würden jedoch Nahrungsmittel wie Schmalz, Eier, Geflügel usw. „sogar bey nechtlicher weil“ aufkaufen und unverzollt nach Augsburg oder andere ausländische Gebiete bringen.

Die Beschwerden der Städte gingen in die Polizeigesetzgebung von 1616 zu einem erheblichen Teil ein. Das zweite Buch der Ordnung beschäftigt sich fast ausschließlich mit der Regelung dieser Handelspraktiken und dem damit verbundenen Marktzwang. Da diese Bestimmungen während unseres gesamten Untersuchungszeitraums die rechtliche Basis für den Warenhandel in den Städten und Märkten darstellten⁶²³, sollen die wichtigsten von ihnen hier zusammengefaßt werden:

- In- und Ausländern ist es nur auf den gefreiten Wochen- und Jahrmärkten erlaubt, Getreide zu kaufen⁶²⁴. Davon ausgenommen sind Wirte, Bäcker, Brauer, Bauern etc., die das Getreide für ihre „Haußnotturfft“ benötigen. Sie dürfen direkt beim Erzeuger – „an den Häusern“ – kaufen⁶²⁵.
- Der Fürkauf von Vieh ist Ausländern und fremden Metzgern nur auf den Jahrmärkten gestattet, Einheimischen, die keine Metzger sind, nur auf den Wochen- und Jahrmärkten. Letztere können jedoch das magere Vieh, das sie selbst mästen wollen, direkt bei den Bauern kaufen⁶²⁶. Einheimische Metzger dürfen ihr Vieh – allerdings nur für den Eigenbedarf – ebenfalls direkt beziehen⁶²⁷.
- Der Schmalzkauf ist den Ausländern nur auf den Jahrmärkten erlaubt⁶²⁸. Dies gilt ebenso für die einheimischen Kramer in den Städten und Märkten, diejenigen auf dem Land dürfen auch auf den Wochenmärkten kaufen⁶²⁹.
- Vom Kaufverbot „an den Ställen oder Häusern“ sind alle befreit, die nur für ihre „Haußnotturfft“ kaufen⁶³⁰.
- Kleinhändlern (Käufler, Fragner, Höckler) ist es erlaubt, Hühner, Eier, Käse, Obst und andere „essende Pfenwerth“ mit Ausnahme von Fisch, Krebsen, Schmalz, Kälbern und anderem Kleinvieh nach dem Bedarf ihrer Läden auch beim Erzeuger direkt aufzukaufen. Diejenigen von ihnen, die in Grenzgebieten leben, können bestimmte Waren auch darüber hinaus unter sehr restriktiven Bedingungen exportieren⁶³¹.
- Neben diesen Kleinhändlern sind keine Fürkäufer zugelassen. Diese Regelung richtet sich insbesondere gegen ausländische „ledige Gesellen“, die keinen Wohnsitz in Bayern haben⁶³².

⁶²³ Vgl. u. a. das Mandat, die Getreidekauderei betreffend, vom 16. 1. 1768: GS 1771, 434 ff.

⁶²⁴ PO 1616 2. Buch, 2. Titel, 1. Artikel.

⁶²⁵ PO 1616 2. Buch, 2. Titel, 2. Artikel.

⁶²⁶ PO 1616 2. Buch, 3. Titel, 1. und 2. Artikel.

⁶²⁷ PO 1616 2. Buch, 3. Titel, 3. Artikel.

⁶²⁸ PO 1616 2. Buch, 5. Titel, 1. Artikel.

⁶²⁹ PO 1616 4. Buch, 1. Titel, 2. Artikel. Die strenge Regelung beim Schmalz kam dadurch zustande, daß viele Kramer das Schmalz über ihren Bedarf hinaus horteten, den Preis verteuerten und teilweise auch aus dem Land brachten.

⁶³⁰ PO 1616 2. Buch, 6. Titel, 1. Artikel.

⁶³¹ PO 1616 2. Buch, 7. Titel, 1. Artikel.

⁶³² PO 1616 2. Buch, 7. Titel, 2. Artikel.

- Den Fürkäuflern ist es verboten, bei den Bauern Ware gegen Ware zu tauschen, sondern sie müssen die Produkte mit Geld bezahlen. Damit soll eine Umgehung der gefreiten Märkte vermieden werden⁶³³.
- Der Garn- und Wollkauf ist nur auf den Wochen- und Jahrmärkten erlaubt. Dort erhalten diejenigen Handwerker, die diese Rohstoffe verarbeiten, ein Vorkaufsrecht. Darüber hinaus ist es jedoch allen gestattet, diese Waren zu kaufen. Letztere Erlaubnis wird dadurch begründet, daß den Ausländern, die viel böhmische, pfälzische oder andere Fremde Wolle zu den einheimischen Märkten bringen, weiterhin ein Anreiz geschaffen wird, nach Bayern zu kommen⁶³⁴.
- Hanf und Haar dürfen die Ausländer nur auf den Jahrmärkten kaufen⁶³⁵.
- Der Fürkauf von Leder und Häuten ist außerhalb der Wochen- und Jahrmärkte verboten. Davon sind Kürschner, Lederer, Rierner und andere Handwerke, die diese Rohstoffe für ihr Gewerbe benötigen, ausgenommen⁶³⁶.
- Den Metzgern ist der Verkauf von rohen Häuten ins Ausland nur gestattet, wenn die inländische Handwerker hierfür keinen Bedarf mehr haben⁶³⁷.
- Der Fürkauf von Öl ist allein auf den Jahrmärkten gestattet⁶³⁸.
- Es wird grundsätzlich jedem Einheimischen verboten, im Auftrag eines Ausländers irgendeine Art von Fürkauf zu betreiben⁶³⁹.
- Es ist verboten, an einem Ort „Pfenwerth vnd Victualia“ aufzukaufen und am selben Ort – mitunter am selben Tag oder dem darauffolgenden – unter Aufschlagung eines Gewinns weiterzuverkaufen⁶⁴⁰.

Diese Regelungen für den Warenaustausch bergen sowohl traditionelle Elemente des Schutzes der alten Privilegien in sich, als auch moderne merkantilistische Überlegungen:

1. Die gefreiten Märkte sollten als die zentralen Orte des Warenaustauschs erhalten bleiben.
2. Der Marktzwang – wie die protektionistische Zollgesetzgebung – hatte auch zum Ziel, den für die heimische Bevölkerung schädlichen, unkontrollierten Abfluß von Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu verhindern.
3. Das Verbot des Zwischenhandels für eine Vielzahl von Produkten sollte der Preisstabilität dienen.
4. Der Marktzwang verhinderte Steuer- und Zollunterschlagungen.

Genausowenig wie sich der Schmuggel verhindern ließ, konnte diese Marktgesetzgebung lückenlos durchgesetzt werden. Das gilt auch für den hier nicht näher zu behandelnden Hausierhandel⁶⁴¹. Ausländern war er nur auf den gefreiten Jahrmärkten erlaubt, ebenso wie Inländern ohne Handelskonzession. Tatsächlich ließ sich der Wanderhandel besonders der Savoyorden, Welschen, Sachsen etc. nur sehr schwer bzw. kaum eindämmen. Die ständigen Klagen der legal

⁶³³ PO 1616 2. Buch, 7. Titel, 3. Artikel.

⁶³⁴ PO 1616 2. Buch, 8. Titel, 1. Artikel.

⁶³⁵ PO 1616 2. Buch, 8. Titel, 4. Artikel.

⁶³⁶ PO 1616 2. Buch, 9. Titel, 1. Artikel.

⁶³⁷ PO 1616 2. Buch, 9. Titel, 2. Artikel.

⁶³⁸ PO 1616 2. Buch, 10. Titel, 1. Artikel.

⁶³⁹ PO 1616 2. Buch, 11. Titel, 1. Artikel.

⁶⁴⁰ PO 1616 2. Buch, 11. Titel, 2. Artikel.

⁶⁴¹ Vgl. *Edlin-Thieme, Handelsstand*, 72–75.

Handeltreibenden wie die stets neuen Verordnungen belegen dies. Für den Landesherrn wie den zünftischen Handelsstand bedeuteten die Hausierer auf verschiedene Weise Einbußen:

- Sie verkauften bevorzugt ausländische Waren,
- waren nicht den bürgerliche Lasten unterworfen,
- umgingen leichter als legale Händler die Maut- und Akzisestationen,
- traten als nicht unerhebliche Konkurrenten auf und
- trugen durch ihren Verkauf auf dem Lande weiter zum Bedeutungsverlust der Städte bei.

Angesichts der dargelegten gesetzlichen Regelung des Warenaustauschs wie auch aufgrund der praktischen Notwendigkeiten, „offizielle“ Orte des Handels zu haben, blieben die Wochen- und Jahrmärkte, die Schranken und Viehmärkte wohl wichtige Plätze des Handels⁶⁴². Wo jedoch die Anreize wegfielen, das Netz der gefreiten Märkte zu nutzen, bzw. sobald es lukrativ war, dieses zu umgehen, nahm man jede Möglichkeit wahr, sich von den Zwangsregelungen zu befreien. Dies konnte soweit gehen, daß – wie wir am Beispiel Burghausen noch sehen werden⁶⁴³ – einstmals bedeutende Handelsstätten weitgehend verödeten. In Verbindung mit der „Territorialisierung des Gewerbes“, das ja auch schon als unmittelbare Konsequenz eine Entwertung der städtischen Märkte beinhaltete, und der Vermehrung der Kramerläden auf dem Lande erlitten die Städte und Märkte einen wesentlichen Zentralitätsverlust während unseres Untersuchungszeitraums. Die Pfuscher schädigten in vergleichbarer Weise wie der Fürkauf Landesherrn und Städte. Gerade an unseren beiden Beispielen zeigt sich die weitgehende Ohnmacht der Schutzgesetzgebung. Sie fand ihre Grenzen nicht nur an der schwer durchzuführenden Exekution, sondern auch an den ökonomischen und sozialen Veränderungen der Neuzeit.

2. 8. Ergebnis: Fiskalismus oder Wirtschaftsförderung?

Zweihundert Jahre bayerischer Wirtschafts- und Fiskalpolitik gegenüber den Städten seit den Zeiten Maximilians I. haben in diesem ersten Versuch eines Überblicks ihre Kontinuitäten, Brüche wie auch inneren Widersprüche gezeigt. Die Basis, auf der das Beschriebene ruhte, darf jedoch nicht vergessen werden: Bayern war ein Agrarland, dessen gewerbliche Produktion sich hauptsächlich auf den regionalen bzw. lokalen Nahmarkt orientierte, wobei gegenüber dem 16. Jahrhundert eine immer größere Absatzmarktverengung eintrat. Dies gilt insbesondere für die Produkte des Textilgewerbes, den einzigen nennenswerten Exportartikeln des Landes. Was gemeinhin als konstitutiv für den Merkantilismus bezeichnet wird – das Manufakturwesen –, spielte für die Ausfuhr in Nachbarländer allenfalls eine marginale Rolle. Die durch landesherrliche Initiative seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts gegründeten Manufakturen konnten den Verlust der Konkurrenzfähigkeit im Ausland nicht kompensieren. Vergleichbare Verlagsunternehmen und der Know-how-Import von qualifizierten

⁶⁴² Vgl. Kap. VII.2.

⁶⁴³ Vgl. Kap. IV.3.3.3., VI.2.2.3., VII.2. und IX.2.3.

Handwerkern durch Maximilian I. scheiterten bereits vor dem Krieg. Wie sah also die Politik, die auf diesen Gegebenheiten aufbauen mußte, aus?

Zu der aus dem Mittelalter überlieferten zünftischen Gewerbeorganisation gab es keine Alternative. Wie bei den politischen und rechtlichen Freiheiten der Städte war der Staat gar nicht in der Lage, sämtliche Aufgaben dieser genossenschaftlichen Institutionen zu übernehmen. Genauso jedoch wie bei den Privilegien integrierte er das Wirken der Zünfte. Sie wurden mehr und mehr zum staatlichen Lenkungsmittel der Wirtschaft. Ihre Restriktionen gegen ein freies Wirtschaften, wie auch ihre Abschließungspolitik können nicht einfach als gruppenegoistische Reaktionen auf die Verengung des Nahrungsspielraums interpretiert werden, sondern sind ebenso Ausdruck landesherrlichen Wollens. Hinsichtlich der Zünfte ist dieses Wollen äußerst traditionell an der Subsistenzsicherung der am Produktionsprozeß bereits Beteiligten ausgerichtet. Die bestehenden Fesseln (z. B. Beschränkungen der Betriebsgröße und der Produktionskapazitäten) verhinderten jedoch das Entstehen einer breiteren kapitalkräftigen Unternehmerschicht.

Andererseits bleibt die Frage, ob eine weitergehende Gewerbefreiheit aufgrund der vorgegebenen Situation nicht vor allem zur völligen Verarmung weiter Handwerkerschichten geführt hätte. Dies erscheint um so wahrscheinlicher, als ja bereits der Druck auf „die Stadt“ durch die Konkurrenz aus dem Umland, besonders durch Landgewerbe und als illegal betrachtete Praktiken wie Pfuscheri und Fürkauf, zu existenzbedrohenden Einbußen geführt hat. Diesen besonders durch das Bevölkerungswachstum⁶⁴⁴ hervorgerufenen Veränderungen war letztlich die herrschende Wirtschaftslehre hilflos ausgeliefert. Es sind an dieser Stelle drei Hauptphasen zu erkennen:

1. Bis zum Dreißigjährigen Krieg nehmen mit dem Bevölkerungswachstum auch die Erscheinungen zu, die zu einem Dezentralisierungsprozeß weg von der Stadt führten.
2. Der Krieg nimmt zwar zunächst den Bevölkerungsdruck, zerstört aber auch weitere zentralörtliche Gravitationsmomente. Z. B. verlieren sich viele Märkte und der Handel verlagert sich stärker aufs Land⁶⁴⁵.
3. Die seit dem Ende des Krieges einsetzende demographische Regenerationsphase erhöht auch wieder den aus dem Subsistenzstellenmangel erwachsenden Drang, viele ursprünglich der Stadt vorbehaltene Handels- und Handwerktätigkeiten legal wie illegal außerhalb der Burgfrieden auszuüben. Der Dezentralisierungsprozeß nahm gegenüber der Vorkriegsphase an Schärfe zu. Aufgrund der schlechten sonstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen kommt es zu einer stetigen Nivellierung von Stadt und Land.

Wo jedoch Möglichkeiten für eine positive wirtschaftliche Entwicklung der Städte vorhanden waren, wurden sie in den meisten Fällen durch die landesherrliche Politik bzw. durch den staatlichen Finanzbedarf systematisch zerstört. Was noch an anderer Stelle zur Steuer- und Anleihepolitik gezeigt wird⁶⁴⁶, war

⁶⁴⁴ Vgl. Kap. IV.1.1.

⁶⁴⁵ Vgl. hierzu S. 278–294.

⁶⁴⁶ Vgl. Kap. IX, besonders S. 442f.

hier schon am Beispiel der landesherrlichen Monopolbetriebe deutlich geworden. Sobald es um den stets desolaten Fiskus ging, wurden auch die letzten Reserven der Städte gefordert. Diese Einschätzung kann selbst die Zollpolitik, bei der immer wieder Signale staatlichen Denkens in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen zu erkennen sind, angesichts der andernorts gezeigte Bedenkenlosigkeit nicht wesentlich verbessern.

IV. Bevölkerung und Stadtgröße

1. Bevölkerungsentwicklung Bayerns in der Frühen Neuzeit

1. 1. Bis zum Dreißigjährigen Krieg

Es läßt sich mit der Quellenlage erklären, daß sich die demographische Forschung in Bayern hauptsächlich mit der Zeit des ausgehenden 18. Jahrhunderts beschäftigt hat. Vor dem im Kurfürstentum 1770 einsetzenden ‚statistischen Zeitalter‘ sind nur selten quantitativ nutzbare Angaben für das gesamte Territorium zu finden. Dies gilt besonders für die Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg.

Bis heute als Paradigma für die Rekonstruktion der Bevölkerungsentwicklung wird die vom Autor selbst als „kritischer Versuch“ verstandene, 1930 entstandene Arbeit von Josef Scheidl über das Landgericht Dachau herangezogen¹. Zuletzt nutzte Manfred Rauh² die beispielhafte Untersuchung. Für die Zeit seit 1445 zeigt Scheidl in dem Landgericht ein kontinuierliches Bevölkerungswachstum, wobei unmittelbar vor dem Dreißigjährigen Krieg die Kurve einen ganz besonders steilen Anstieg markiert. Insgesamt soll die Einwohnerzahl zwischen 1445 und 1600 von 12.624 auf 18.593 angewachsen sein³. Parallel dazu trat auch eine Vermehrung der sogenannten Inwohner ein. Scheidl kann anhand verschiedener Dörfer deren Anteil gegenüber den Hausbesitzern nachweisen: 1532 sind es noch 9,1 %, 1587 16,3 % und 1612 bereits 38,8 %⁴. Die Bevölkerungsvermehrung führte wohl nicht nur im Landgericht Dachau zu einem erheblichen Bevölkerungsdruck, der selbst zu Auswanderungen zwang⁵.

Wenn die Städte und Märkte auch noch lange „zuzugsfreundlich“ waren, so reagierten die Zünfte, später auch die landesherrliche Gesetzgebung, seit dem 15. Jahrhundert auf die vermehrte Zahl der Zuwanderer immer ablehnender, bis hin zur Schließung der Zünfte⁶. Im 15. Jahrhundert hatten sich ganze Tagwerkersiedlungen in bayerischen Städten gebildet, so daß die Städte noch sehr lange als „Auffangbecken“ für den ländlichen Arbeitskräfteüberschuß angesehen werden können⁷.

Für die Zeit um 1600 geht Rauh von einem „Spannungsverhältnis zwischen Nahrungsspielraum und Bevölkerungszahl“ aus⁸. Auf dieses Phänomen, beson-

¹ Scheidl, Bevölkerungsentwicklung.

² Rauh, Bevölkerungsentwicklung.

³ Scheidl, Bevölkerungsentwicklung, 384, 386; seine Berechnungen beruhen auf der Annahme, daß die Haushaltsgrößen in dieser Zeit von 5,3 auf 5,7 angewachsen seien.

⁴ Ebd., 373.

⁵ Ebd., 374.

⁶ Vgl. S. 85 f.

⁷ Schremmer, Wirtschaft Bayerns, 120.

⁸ Rauh, Bevölkerungsentwicklung, 489.

ders auf das Anwachsen besitzloser Bevölkerungsschichten, antwortete die landesherrliche Gesetzgebung mit immer schärferen Dekreten zur Begrenzung dieser Gruppen, u. a. 1553 durch ein Verbot der Dienstbotenheiraten. Darüber hinaus schränkte sie die Ansiedlung von Leerhäuslern ein oder untersagte die Zertrümmerung großer Höfe zugunsten von Sölden⁹. Hintergrund dieser Restriktionen war weniger die Angst vor einer Ernährungskatastrophe, wie sie Malthus im 19. Jahrhundert befürchtete, sondern der „Einkommens- und Vermögensbestand der ‚Vatergeneration‘“ könne nicht erhalten werden¹⁰.

Unsere Vorstellungen von der bayerischen Gesamtbevölkerung vor dem Dreißigjährigen Krieg beruhen nur auf sehr schmaler Zahlenbasis. Die Hofkammer hatte 1619 die Zahl der Herdstätten in Altbayern mit 160.000 angegeben¹¹. In einer Landtafel um 1600 werden 120.816 Feuerstätten in Bayern genannt¹². Rauh vermutet, letztere Quelle beinhaltet nur die Familienzahl auf dem Land. Sollte diese Annahme richtig sein, müßten sich in den Städten und Märkten des Herzogtums etwa 40.000 Herdstätten in dieser Zeit befunden haben¹³, wobei das Bevölkerungswachstum der ersten beiden Jahrzehnte des 17. Jahrhunderts unberücksichtigt bleibt. Die Gesamtbevölkerung in Altbayern wird auf diesen Werten aufbauend auf etwa 900.000 Menschen geschätzt¹⁴.

1. 2. Vom Dreißigjährigen Krieg bis um 1800

Als nach dem Dreißigjährigen Krieg der erste und auch letzte bayerische Landtag 1669 zusammenkam, begründete der Stand der Städte und Märkte seine Forderungen nach Steuernachlässen unter anderem mit seinen erheblichen Bevölkerungsverlusten¹⁵:

„Wo vor disem (d. h. vor dem Krieg, C.H.) in Stätt- vnd Märckhten die Burgerschafft sich auf etlich hundert Mann erstreckhet, man aniezto vast an yedem Orth ain Drittl, die helffte, ia woll thails orthen noch ain mehrers vnd zway Drittl in abgang zellet, massen dann in spee. dero Statt Aichach, Rhain, Landtsperg, auch villen andern Stätt vnd Märkht mehr Burger- schafft hievor diesem zur Zeit der gemachten Steueranlag (1612, C.H.) in 650 Mann bestanden, dauon aniezto mehrers nit (vermutlich Druckfehler in Krenners Edition, der an dieser Stelle „mit“ schreibt, C.H.) als 202 Personen verhanden sein.

Vast ein gleiche mainung hat es auch mit den heisern, sonderlich bey denen ienigen Stätt- vnd Märckhten, welche in dem feindtlichen einfahl in prandt vnd aschen gelegt worden, also

⁹ Schremmer, *Wirtschaft Bayerns*, 113 f.; vgl. auch oben, S. 109.

¹⁰ Schremmer, *Wirtschaft Bayerns*, 106 f.

¹¹ Freyberg, *Pragmatische Geschichte* I, 51; Diepolder, *Volk*, 388. Nicht zu folgen ist Diepolder, *Volk*, 402 Anm. 14, die für 118.212 „Mann“, die in einer Aufstellung Freybergs, *Pragmatische Geschichte* II, 227 f., erwähnt sind und nach der Datierung der entsprechenden Quelle durch Schmelzle, *Staatshaushalt*, 288 f., eindeutig dem Jahr 1691 zugehören, auch die Möglichkeit sieht, diese 1616 zuzuweisen. Die Datierungsprobleme traten auf, weil Freyberg die Quelle ohne Jahresangabe zur Illustration der Verteilung des Grundbesitzes an einer Stelle wiedergibt, an der er ansonsten die Debatten um die Errichtung der Polizeiordnung von 1616 abdruckt. Damit ist auch die gesamte demographische Diskussion, die sich auf diese Quelle stützt und sie gleichzeitig 1616 zuordnet, obsolet: Schremmer, *Wirtschaft Bayerns*, 211; vgl. auch Rauh, *Bevölkerungsentwicklung*, 486 f.

¹² Riezler, *Geschichte Baierns* VI, 23.

¹³ Rauh, *Bevölkerungsentwicklung*, 525 Anm. 123.

¹⁴ Albrecht, *Staat und Gesellschaft*, 626; Rauh, *Bevölkerungsentwicklung*, 472, 488.

¹⁵ Krenner, 1669, 476 f.

vnd dergestalten, daß, wo vor disem ein schöne anzahl gewest, sich aniezto thails orthen vast die helffte oder ain drittl in abgang befindet, inmassen sich eben dises bey erstuermelten Statt Aichach vnd noch vill andere orth mehr verificiert, alwo vor dem ersten schwedischen einfahl 284 wollerpaut vnd hochgiltige heiser gestanden, aniezto aber mehr nit als 149, vnd zwar thails schlechtligh genueg erhebt, vorhanden sein, daß sich also 135 in abgang befinden“.

Die Beispiele, die die Städte und Märkte hier ihrem Kurfürsten vorlegten, sind sicherlich die schlimmsten, die sich unter ihnen finden ließen. Nichts anderes wird auch behauptet. Daß die Verluste jedoch tatsächlich erheblich waren, belegt die vom Landesherrn zugestandene Reduzierung der Standsteuersumme um ein Drittel¹⁶. Dies deckt sich auch mit der bisherigen Forschung, die sich mit den Bevölkerungseinbußen Bayerns durch den „Schwedenkrieg“ auseinandersetzte. So meint Günther Franz, „daß auch Bayern schwerer, als man gemeinhin glaubt, unter dem Krieg zu leiden gehabt“ hat¹⁷. Für das gesamte Land rechnet er mit einem Bevölkerungsverlust von 30–50 %¹⁸. Dieter Albrecht geht für Altbayern von 30 bis 40 % aus¹⁹, Andreas Kraus zitiert Schätzungen von bis zu 50 %²⁰.

Verschiedene Detailstudien haben die Bevölkerungskatastrophen an Einzelbeispielen nachgewiesen²¹. Für das Landgericht Dachau konnte Scheidl zeigen, daß „die Häuserzahl von 1631 erst nach 1690, ... die Einwohnerzahl von 1612, die höchste vor dem Krieg, gar erst um 1770 ... wieder erreicht“ wurde²². Hermann Hörger berechnete außerordentliche Sterblichkeitsraten für die Adels-hofmark und Pfarrei Pähl (Landgericht Weilheim), in der in den Jahren 1633/34 269 Todesopfer zu beklagen waren, während in den zehn vorausgegangenen Jahren die Sterblichkeitsrate bei durchschnittlich etwa 17 Personen pro Jahr lag. Die Bevölkerung konnte sich in dieser Hofmark erstaunlich schnell wieder von diesen Schlägen erholen, zumindest was die Geburtenrate anbetrifft. Hierzu dürfte jedoch nicht unerheblich die Einwanderung von Tirolern nach 1635 beigetragen haben, die Hörger als „Peuplierungsmaßnahme“ bezeichnet²³. In der Klosterhofmark Wessobrunn (Landgericht Weilheim) starben in den Seuchenjahren 1633 bis 1635 insgesamt 320 Menschen bei einer „normalen“ Sterblichkeitsrate von 10,5 Toten pro Jahr (berechnet für die Jahre 1640–1670). Die Pestwelle von 1648/50 hat hier – wie auch in Pähl – keinen stärkeren Niederschlag in erhöhter Sterblichkeit²⁴ gebracht. Wenn Bayern östlich des Inns – anders als die hart betroffenen Rentämter München und Landshut – von feindlichen Übergriffen verschont blieb, so wurde doch weitgehend das ganze Land von den Epidemien der Jahre 1632 und 1647 bis 1649 voll erfaßt²⁵. Unter der zweiten Pestwelle hatte besonders stark das Rentamt Burghausen zu leiden²⁶.

¹⁶ Vgl. S. 16.

¹⁷ Franz, Dreißigjähriger Krieg, 55.

¹⁸ Ebd., 8, 59.

¹⁹ Albrecht, Konfessionelles Zeitalter, 457.

²⁰ Kraus, Geschichte Bayerns, 253.

²¹ Auf entsprechende Arbeiten zu den bayerischen Städten wird unten noch näher eingegangen werden.

²² Scheidl, Bevölkerungsentwicklung, 375.

²³ Hörger, Kirche, 40 ff.

²⁴ Hörger, Kirche, 55 f.

²⁵ Schlögl, Bauern, 71: er nennt als Ausnahmen die ländlichen Regionen der Gerichte Rosenheim und Wasserburg.

²⁶ Ebd.

Übertriebene Verlustangaben, besonders was die Dauer der Nachwirkungen des Krieges angeht, hat allerdings Eckart Schremmer zurückgewiesen, ohne grundsätzlich die katastrophalen Folgen zu leugnen²⁷. So kann er die Behauptung Riezlers meines Erachtens überzeugend widerlegen, am Ende des 18. Jahrhunderts hätten noch 5.000 Höfe aus der Zeit des Krieges „öde“ gelegen²⁸. Inwieweit können diese Befunde tatsächlich für das gesamte Territorium quantitativ nachgewiesen werden?

Ein erster landesweiter Überblick über die Zahl der Herdstätten nach den Angaben für 1600 und 1619 ist wieder für das Jahr 1691 bekannt. In den ländlichen Siedlungen Altbayerns *ohne* die Städte und Märkte erhob man 97.673 Haushalte (85.740 Häuser, 11.933 Inleute). Hinzu kommen einige kleinere Gebiete, die nicht erfaßt wurden²⁹. Diese enthalten nach Schätzungen Diepolders etwa 4.000 Haushalte³⁰. Für einen Vergleich der Herdstättenzahl mit der von 1619 ist zunächst noch zumindest eine ungefähre Vorstellung der Größe der städtischen Bevölkerung um 1700 notwendig. Diese ist jedoch – soweit bisher bekannt – erst für die unmittelbare Nachkriegszeit des Spanischen Erbfolgekrieges zu ermitteln. Im Zusammenhang mit der Herdstättenanlage von 1717 wurden in allen bayerischen Städten und Märkten 20.764 Häuser mit 29.231 Haushalten gezählt³¹. Die einzige Möglichkeit, einen gesamt-bayerischen Vergleich zwischen der überlieferten Zahl von 1616 und der Zeit um 1700 anstellen zu können, besteht in der Addition der ländlichen 97.673 Haushalte 1691 mit den städtischen 29.231 von 1717. Es handelt sich dabei um eine Hilfskonstruktion, die angesichts des dazwischenliegenden Krieges nur durch den Quellenmangel legitimierbar ist. Allerdings können wir davon ausgehen, daß vergleichbare Bevölkerungskatastrophen wie während des Dreißigjährigen Krieges nicht eingetreten sind und der Bestand an Haushalten sich zwischen 1691 und 1717 nicht dramatisch verändert hat³². Die Addition ergibt für Bayern um 1700 insgesamt 126.904 Haushalte. Sollte die Angabe der Hofkammer von 1619 richtig sein, so erreichte die Zahl der Haushalte um 1700 gerade 80 % der Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg. Noch gravierender wären die Bevölkerungsverluste in den Städten gewesen, sofern die obige Schätzung zutrifft, daß diese um 1600 ca. 40.000 Herdstätten umfaßt hätten. Die Städte und Märkte wären dann um 1700 sogar noch um 25 % unter dem Vorkriegsstand gelegen. Zu systematischen „Peuplierungsmaßnahmen“ durch staatliche Initiative kam es in Bayern nach dem Krieg – soweit wir bisher wissen – nicht. Das verhinderte schon der Grundsatz der absoluten Katholizität des Landes³³. Der demographische Wiederaufbau des Landes verzögerte sich vermutlich nicht zuletzt deshalb.

Die Quellen zur Bevölkerungsverminderung zwischen 1618 und 1648/50 sprechen trotz aller quantitativer Unsicherheiten der exakten Bestimmung für den altbayerischen Raum eine so deutliche Sprache, daß die Thesen, die von

²⁷ Schremmer, *Wirtschaft Bayerns*, 210–218.

²⁸ Riezler, *Geschichte Baierns* V, 661; Schremmer, *Wirtschaft Bayerns*, 211–215; vgl. auch Diepolder, *Volk*, 402 Anm. 17.

²⁹ Schmelzle, *Staatshaushalt*, 288f.; bei Freyberg, *Pragmatische Geschichte* II, 227f., nur 85.722 Häuser; Schremmer, *Wirtschaft Bayerns*, 356.

³⁰ Diepolder, *Volk* 388, 402 Anm. 13.

³¹ BayHStA Staatsverwaltung Nr. 1888; vgl. Diepolder, *Volk*, 388.

³² Vgl. unten in diesem Kap. S. 131 f.

³³ Schlögl, *Bauern*, 88f.

einer allgemeinen Überschätzung der Folgen des Krieges ausgehen und sogar einen Bevölkerungsgewinn zwischen 1618 und 1648 erkennen wollen, für Bayern – und wohl auch im Durchschnitt des Gebiets des Deutschen Reiches – übergangen werden können³⁴.

Zur Berechnung der tatsächlichen Bevölkerungsgröße Bayerns um 1700 addiert auch Diepolder die Zahlen der Herdstätten von 1691 und von 1717 und multipliziert die Haushalte der haussässigen Familien mit dem Faktor 5,6, die der Inleute mit 4,0. Sie kommt dabei auf eine Bevölkerungszahl von 678.000 Einwohnern, denen sie noch folgende Personengruppen hinzurechnet, die in den Erhebungen nicht berücksichtigt sind: 7.000 Angehörige des Klerus, 5–6.000 Angehörige adeliger Haushalte und Betriebe und 1.000 Hofbedienstete – alles in allem also 690.000 bis 700.000 Personen³⁵.

Bevölkerungskatastrophen wie infolge des Dreißigjährigen Krieges traten in Bayern in unserem Untersuchungszeitraum nicht mehr ein. Allerdings dürfen die Verluste in Folge von Pestwellen, Hungersnöten und der beiden Erbfolgekriege in Bayern auch nicht unterschätzt werden. Flächendeckende Untersuchungen fehlen hier bisher völlig, wodurch wir weitgehend auf Detailstudien angewiesen sind. So starben in den Kriegsjahren 1704/5 in der Hofmark Wessobrunn immerhin 76 Personen bei einer Normalsterblichkeit zwischen 1640 und 1670 von 10,5 Toten pro Jahr³⁶. Einen ähnlichen Bevölkerungsrückgang nach 1703 konstatiert Hörger auch für Antdorf (Landgericht Ettal), wobei er hierfür nicht nur die direkten Kriegseinwirkungen (Zerstörung von Arbeitsgerät, Ernteschäden, Viehverluste) als Ursachen sieht. Vielmehr macht er hierfür auch die kriegेरischen Unternehmungen Max Emanuels im Pfälzer Erbfolgekrieg (1688–97) verantwortlich. Auch der Geburtenabfall in dem Ort seit 1691 kann auf die Abwesenheit einer größeren Zahl von Familienvätern zurückgeführt werden³⁷. In der Pfarrei Unteraltling (Landkreis Fürstentfeldbruck) starben 1704 und 1705 61 Menschen, während in fünf Vorkriegsjahren (1696–1700) zusammen nur 56 Beerdigungen ins Totenbuch eingetragen wurden³⁸.

Hörger zeigt für das 17. Jahrhundert mit Hilfe der Auswertung von Matrikeln vierer Modelldörfer und der Einbeziehung von (überregionalen) Getreideaus-

³⁴ Eine solche These wurde vertreten durch *Steinberg*, Dreißigjährige Krieg (1967); *ders.*, The Thirty Years' War (1947); jüngst durch *Wehler*, Gesellschaftsgeschichte I (1987), 54; einen Forschungsüberblick über die Bevölkerungsverluste und eine überzeugende Zurückweisung der Thesen von deren Überschätzung bietet jüngst *Vasold*, Bevölkerungsverluste (1993).

³⁵ *Diepolder*, Volk, 389. Sie setzt sich in diesem Beitrag (S. 402, Anm. 26) auch überzeugend mit den problematischen Bevölkerungs- und Armenberechnungen *Hüttls*, Max Emanuel, 34 ff., auseinander. *Rauh*, Bevölkerungsentwicklung, 488, 527 f., schätzt ca. 770.000 Einwohner, wobei er von einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 5,9 Personen ausgeht. Aufgrund umfangreicher Berechnungen möchte er um 1700 eine ähnliche demographische Krisensituation erkennen wie um 1600. Er glaubt dies anhand „überhöhter Ehehalteziffern“ erkennen zu können (S. 528).

³⁶ *Hörger*, Kirche, 56.

³⁷ *Hörger*, Kirche, 52; Hofmark Habach: *Hörger*, Kirche, 46, bezeichnet die Verluste durch direkte Feindeinwirkung als „unbedeutend“; seine Auszählung der Matrikeln zeigt dies auch für Hofmark Pähl (S. 39).

³⁸ *Breit*, Frühe Neuzeit, 149.

fuhr-Sperrmandaten sowie von Seuchenmandaten, daß auf die Bevölkerungsentwicklung Getreidemangel und Seuchen in folgenden Jahren Einfluß hatten: 1610, 1614, 1619–25, 1632 ff., 1675, 1692/93, 1704/05³⁹.

Erst für das ausgehende 18. Jahrhundert stehen für Bayern landesweit durchgeführte statistische Erhebungen zur Verfügung. Ende 1770 wurde für das gesamte Kurfürstentum ohne die Oberpfalz eine Getreidebeschreibung angeordnet, verursacht durch die extremen Preissteigerungen bei diesem Grundnahrungsmittel. Beigefügt wurde dieser Beschreibung die Bevölkerungszahl, getrennt nach Erwachsenen und Kindern. Eine weitere Erhebung nach Haushalten, Berufen, Altersgruppen etc. ließ man nicht durchführen. Die am 11. März 1771 abgeschlossenen „Getreidetabelle pro Anno 1770“ führt insgesamt 982.505 Köpfe (756.017 Erwachsene und 226.488 Kinder) auf. Entscheidend für die weitere Interpretation dieser Zahlen ist jedoch eine beigefügte Erklärung des Verfassers: „Teilsgerichter haben einige rückständige Inkorporationsorte angezeigt. Es ist zu vermuten, dass noch einige Fassionen nachkommen und viele vielleicht mit der Einsendung gar überhaupt zurückbleiben, ansonst wäre die Summe aller Rubriquen stärker ausgefallen“⁴⁰. In Anbetracht der Tatsache, daß „viele ... mit der Einsendung“ von örtlichen Erhebungen in Verzug waren, und deren Zählung nicht in das Ergebnis Eingang finden konnte, kann also die Zahl von 982.505 Köpfen nur als Zwischenergebnis angesehen werden. Diesem folgte – soweit bekannt – nie ein Endergebnis.

Einen weitgehend vollständigen Überblick über die Gesamtbevölkerung Bayerns erhalten wir erstmals durch die am 30. September 1771 angeordnete sogenannte „Dachsberg-Statistik“⁴¹. Ihre Durchführung dauerte allerdings ein ganzes Jahrzehnt. Erst Ende 1781 konnte mit der Personalbeschreibung der Residenzstadt München die Konkription abgeschlossen werden. Behindert wurde die Arbeit nicht nur durch die Landschaft, die die Rechtmäßigkeit einer solchen Anordnung ohne ihre Zustimmung bestritt, sondern auch durch Städte wie München und Ingolstadt, die sich ihrerseits in ihren Rechten bedroht sahen. Erste Beschreibungen einzelner Orte trafen schon sehr bald ein, dagegen hielten verschiedene Gerichte bereits ausgefertigte Antworten zurück, und die letzten Zählungen wurden dann erst 1781 (u. a. München) durchgeführt⁴². Das 1781 zusammengefaßte Ergebnis addiert sich also aus Einzelantworten verstreut aus einem ganzen Jahrzehnt. Diese Zeitspanne fällt zusammen mit der demographischen Erholung nach der Hungerkrise um 1770⁴³. Ein Schnittjahr aus den Erhebungsjahren festzulegen, um von dieser Basis aus Bevölkerungsentwicklungen berechnen zu können, ist deshalb nicht möglich⁴⁴. Wenn im folgenden in dieser

³⁹ Hörger, Kirche, 63 ff.

⁴⁰ Alle Angaben und Zitate zur Getreidebeschreibung von 1770/71 nach Schorer, Volkszählung, 161 ff.; dasselbe Endergebnis auch in BayHStA Sammlung Lori 33.

⁴¹ Zitierung aller Statistiken siehe S. 135 Anm. 57.

⁴² Schorer, Volkszählung, 171–178.

⁴³ Zu dieser Krise, die viele Länder Europas ergriff und besonders im Binnenland, weniger an den Küsten wütete, vgl. allgemein Abel, Massenarmut, 191–257.

⁴⁴ Dagegen Rauh, Bevölkerungsentwicklung, 477, der das Jahr 1779 als fiktives Erhebungsjahr für seine Berechnungen verwendet; richtig ist vielmehr, daß bis Ende 1778 die Rentämter Landshut, Straubing und Burghausen fertiggestellt waren, vom Rentamt München allerdings noch 32 Orte fehlten, darunter auch München, Schorer, Volkszählung, 176.

Untersuchung die Dachsberg-Statistik herangezogen wird, so erfolgt dies deshalb immer mit der Jahresangabe „1771/81“, – sofern nicht das genaue Jahr der Erhebung im speziellen Fall bekannt ist.

Welche demographischen Ergebnisse liefert nun diese Erhebung? In den altbayerischen Rentämtern ohne das Innviertel und ohne die schwäbischen Gebiete lebten 1771/81 nach dem von dem Sekretär Biechl erstellten Gesamtkonspekt 815.195 Menschen⁴⁵. Im im Frieden von Teschen 1779 an den Kaiser gefallenem Innviertel waren 107.357 Personen gezählt worden⁴⁶. Die Dachsbergsche Erhebung nennt für die zu Bayern gehörigen schwäbischen Gebiete in einer eigenen Tabelle 26.941 Seelen⁴⁷. Für einen Vergleich der beiden Erhebungen von 1770/71 und 1771/81 müssen bei letzterer das Innviertel und die schwäbischen Nebengebiete den altbayerischen Rentämtern hinzuaddiert werden. Daraus ergeben sich bei gleichem Beschreibungsraum (Altbayern mit Innviertel und schwäbische Gebiete) folgende Zahlenwerte: 1770/71 982.505 Einwohner zu 1771/81 949.493⁴⁸.

Angesichts der Unvollständigkeit der Zählung von 1770/71 läßt sich an dieser Stelle vorerst nur ein Schluß ziehen: Die durch die Hungersnot dieser Jahre tatsächlich eingetretenen Bevölkerungsverluste müssen in Bayern zwischen beiden Erhebungen noch höher gelegen sein als die aus der Differenz der beiden Werte hervorgehenden ca. 33.000 Menschen (entspricht ca. 3,4 %). Regionale Untersuchungen könnten dies mit Hilfe von Matrikelauswertungen bestätigen. So starben z. B. im Archidiakonat Gars am Inn 1771/72 doppelt so viele Menschen wie in den Jahren davor und danach⁴⁹.

Eine weitere landesweite Konskription wurde 1794 angeordnet und 1796 fertiggestellt. Die von dem Rechnungskommissar der Obersten Landesregierung am 20. März 1796 abgeschlossene „Haupt-General-Tabell“ verzeichnet in den vier altbayerischen Rentämtern 924.234 Seelen⁵⁰. Die Entwicklung der bayerischen Bevölkerung zwischen 1771/81 und 1794/96 kann nun auf der Basis des Gebiets der vier altbayerischen Rentämter mit den schwäbischen Nebenlanden und ohne das Innviertel und die Oberpfalz gezeigt werden. In diesem Gebiet lebten 1771/81 842.136 Menschen, 1794/96 – wie bereits erwähnt – 924.234. Diesen Angaben zufolge wuchs die Bevölkerung also um 82.098 Einwohner (= 9,7 %).

⁴⁵ BayHStA GR Fasz. 290 Nr. 1; vgl. *Rauh*, Bevölkerungsentwicklung 476 Anm. 12.

⁴⁶ BayHStA GR Fasz. 302b Nr. 49; *Schorer*, Volkszählung, 167; *Rauh*, Bevölkerungsentwicklung, 475.

⁴⁷ BayHStA GR Fasz. 302b Nr. 46, so auch *Rauh*, Bevölkerungsentwicklung, 476, Anm. 13.

⁴⁸ Diese Berechnungen basieren auf der Überlegung, soweit möglich nur innerhalb der jeweiligen Erhebung den Raum zu definieren und nicht zu diesem Zweck Zahlenwerte von der einen Statistik auf die andere zu übertragen; dagegen *Rauh*, Bevölkerungsentwicklung, 475 ff., der für seinen Vergleich die Gebietsgrundlagen anders berechnet.

⁴⁹ *Phayer*, Religion, 18.

⁵⁰ BayHStA Staatsverwaltung 2316 II; im Rbl. 1800, Sp. 29–32, im Ergebnis des Rentamts Landshut Druckfehler: statt 211.507 hier nur 211.007; dadurch weicht hier auch das Gesamtergebnis um 500 Personen ab: 923.734; vgl. hierzu auch *Rauh*, Bevölkerungsentwicklung, 476 Anm. 14; die Statistik wird auch bei *Hazzi*, Statistische Aufschlüsse I, Anhang, wiedergegeben, wobei für die Bevölkerungsstärke Altbayerns mit den schwäbischen Gebieten die Tabellen F und G einschlägig sind, aus denen sich jedoch nur eine Bevölkerungszahl von 909.366 ergibt.

Die hier aus den Quellen gezeigten demographischen Entwicklungen – sowohl zwischen 1770/71 und 1771/81 als auch zwischen 1771/81 und 1794/96 dürfen keineswegs die Genauigkeit beanspruchen, die die errechneten Prozentsätze suggerieren. Neben der Unvollständigkeit der Getreideerhebung von 1770/71 gibt es hierfür drei Gründe: 1. Die von den Zeitgenossen selbst eingeräumte Ungenauigkeit, die aus der Unerfahrenheit mit derart großangelegten statistischen Werken beruht⁵¹. 2. Die sehr lange Erhebungsdauer besonders der Dachsberg-Statistik. 3. Bewußte Verfälschungen der Ergebnisse der Stände, die ja für ihre Bereiche die Zählungen selbständig durchführten, infolge von Mißtrauen gegen das neue landesherrliche Instrument und zur Verhinderung vermeintlicher höherer Steuereinschätzungen⁵².

Diese Überlegungen machen es meines Erachtens unmöglich, genauere Angaben über die Bevölkerungsentwicklung in jener Zeit zu machen, die über allgemeine „Trends“ hinausgehen. Äußerst spekulative Berechnungen, die z. B. einen Bevölkerungszuwachs für Gesamtbayern zwischen 1750 und 1800 von 20–25 % annehmen⁵³, ohne auf andere Quellen als die hier angeführten zurückgreifen zu können, dürfen deshalb nur als ein gewisser Anhaltspunkt gesehen werden⁵⁴.

Für einen Vergleich mit den älteren Quellen von 1616/19 bzw. 1691 ist jedoch der Blick auf die Herdstättenzahl von besonderem Wert. Von den statistischen Werken des ausgehenden 18. Jahrhunderts bietet diese Angaben die Dachsberg-sche Konskription. Sie gibt für die altbayerischen Rentämter 170.709 Haushalte an, für die Stadt München 1.700, für die schwäbischen Gebiete 5.750 und für das Innviertel 24.703 Haushalte⁵⁵, zusammen also 202.862 Haushalte. Der Stand von 1619 (160.000 Haushalte) war also um über 25 % überschritten.

Ein *Überblick* über die demographische Entwicklung Altbayerns in der Frühen Neuzeit ist nach dem gegenwärtigen Forschungsstand nur sehr schemenhaft zu gewinnen. Mit Ausnahme der statistischen Werke des letzten Drittels des 18. Jahrhunderts sind die exakten Zahlenwerte, die das ganze Land betreffen, einmalige zufällige Quellenfunde, über deren Verlässlichkeit oder Vergleichbarkeit, geschweige denn ihre Erhebungsgrundlagen kaum etwas gesagt werden kann. Will man diesen Zahlen grundsätzlich einen gewissen Wahrscheinlichkeitswert zugestehen, so schält sich für den Betrachter unter Einbeziehung exemplarischer Studien andeutungsweise folgende grundsätzliche Entwicklung heraus: Bis zum Einbruch des Dreißigjährigen Krieges erlebte Bayern ein stetiges Bevölkerungswachstum besonders der Unterschichten, das sich bis zu einem gewissen Subsistenzkrise entwickelte. Vor Einbruch der Katastrophen der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts fanden sich im Herzogtum 160.000 (1619) Haushalte. Die Bevölkerungsverluste des nun einbrechenden Krieges liegen vermutlich bei 30–50 %. Dabei kann die Frage, ob es sich hierbei tatsächlich um Verluste an Menschenleben oder sogar um ganze Familien handelt – was ja in der Quantität einen erheblichen Unterschied ausmacht –, überhaupt nicht – bzw. noch nicht –

⁵¹ Vgl. Rbl. 1800 Sp. 31 f.; Hoffmann, Probleme, 143.

⁵² Vgl. Schorer, Volkszählung, 167 ff.; Rauh, Bevölkerungsentwicklung, 538.

⁵³ Rauh, Bevölkerungsentwicklung, 481.

⁵⁴ Dies gilt noch mehr für die Überlegungen von Lee, Bevölkerungsentwicklung, der aufgrund der Wirtschaftskrise in Bayern sogar von einem Bevölkerungsrückgang in Bayern in den letzten drei Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts ausgeht; kritisch zu den Zahlenangaben Lees Rauh, Bevölkerungsentwicklung, 473.

⁵⁵ BayHStA GR Fasz. 290 Nr. 1; GR Fasz. 302b Nr. 46 und 49.

diskutiert werden. Sollte für die Zeit um 1700 die errechnete Haushaltszahl von 126.904 annähernd der Wirklichkeit entsprechen, so hätte sich die bayerische Bevölkerung von den Schlägen dieses Krieges bis weit ins 18. Jahrhundert nicht erholt. Wann der Bevölkerungsstand von 1619 wieder erreicht wurde, läßt sich nur schwer sagen, da immer wieder wachstumsrelevante Ereignisse wie örtliche Pestwellen, landesweite Besetzungen, Hungerkrisen etc. – über deren Ausmaß noch kaum eine Vorstellung besteht – über das Land hereinbrachen und damit die Errechnung linearer Zuwachsraten sinnlos machen. Sollten die Berechnungen Diepolders zutreffen, daß die bayerische Bevölkerung um 1700 etwa eine Stärke von 690.000–700.000 hatte, so ist sie bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts um mehr als ein Drittel gewachsen. Weitgehend sicher erscheint zumindest, daß gegen Ende des 18. Jahrhunderts die Bevölkerungsdichte der Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg weit überschritten war.

2. Quellen zur städtischen Demographie

Auf die großen landesweiten Bevölkerungserhebungen in Bayern, die erstmals am Ausgang des 18. Jahrhunderts durchgeführt wurden, ist bereits eingegangen worden⁵⁶: Nach einer 1770 angefertigten Getreidebeschreibung, die neben ihrem eigentlichen Zweck lediglich die Einwohnerzahlen aufnahm, folgten zwischen 1771 und 1781 die Dachsbergsche Konskription, 1792 eine große Gewerbeerhebung, 1794/96 eine weitere Bevölkerungszählung und 1809/10 und 1811/12 die Montgelasstatistiken⁵⁷.

Vor dem Ende des 18. Jahrhunderts kann die Bevölkerungsentwicklung nur in den seltensten Fällen für oberbayerische Städte genauer beziffert werden. Näherungswerte nach Herdstättenanlagen, Steuerverzeichnissen, Musterungsregistern etc. sind jedoch möglich. Diese Quellentypen geben zwar nur Haushalte bzw. deren Vorstände an, über einen Multiplikator läßt sich aber eine ungefähre Vorstellung von der Größe einer Stadt gewinnen. Allerdings ist dieser Multiplikator ebenso umstritten⁵⁸ wie der Versuch, über die Kirchenbücher (Matrikeln) mittels eines Reduktionsfaktors einigermaßen verlässliche Ergebnisse aus den Geburten-, Hochzeits- und Beerdigungsfällen zu erzielen⁵⁹. Durch Kombination beider Methoden soll im folgenden für unsere Beispielstädte deren Bevölkerungsentwicklung soweit möglich zurückverfolgt werden. Wichtige Aufschlüsse gibt schließlich die Zuwanderung in die Städte⁶⁰.

Zur Herdstättenanlage sind hier noch einige grundsätzliche Bemerkungen notwendig. Sie wurde 1717 als Ersatz für das aufgegebene Tabakmonopol eingeführt. Für die Haushaltszahlen bayerischer Städte sind ihre Register die ältesten

⁵⁶ Vgl. S. 132f.

⁵⁷ 1770: BayHStA Sammlung Lori Nr. 33. – 1771/81: BayHStA GR Fasz. 302; Ergebnisse von München BayHStA GR Fasz. 290 Nr. 1. – 1792: BayHStA GR Fasz. 830–832; zusammenfassende Tabellen sind gedruckt in *Hazzi*, Statistische Aufschlüsse, I, 380–397. – 1794/96: BayHStA Staatsverwaltung 2316b; *Hazzi*, Statistische Aufschlüsse, I, Anhang; Rbl. 1800, Sp. 29ff. – 1809/10 und 1811/12: BStB Cgm 6844–6862. Vgl. *Hoffmann*, Probleme, 141 ff.

⁵⁸ Vgl. Kap. IV.3.2.

⁵⁹ Vgl. S. 142f.

⁶⁰ Vgl. Kap. IV.4.

landesweit einheitlichen Quellen. Jeder Haushalt wurde seither mit einer Abgabe von 15 xn belegt, 1729 wurde diese Summe auf 30 x erhöht; 1762 lag sie bei 25 xn, um 1782 endgültig auf 50 x festgelegt zu werden. 1808 ging die Abgabe in der Familiensteuer auf. Die Herdstättenanlage mußte von allen Schichten und Ständen gleichermaßen entrichtet werden, ausgenommen waren lediglich die Klosterfamilien, Geistliche, die in besonderen Pfründehäusern wohnten, „Aus-träger“, die keinen eigenen Haushalt führten, und Arme, die vom Almosen oder auf Gemeindegeldern lebten⁶¹. Zu beachten ist jedoch in den Listen des Urmateri- als der jeweils angegebene „Abgang“, sowohl bei den Hauseigentümern als auch bei den „Inwohnern und Herbergsleuten“. Üblicherweise bedeutet bei ersteren der „Abgang“, daß der Eigentümer entweder eine Institution (Kloster, Kirche, Stadt, Landschaft, Kurfürst etc.) ist oder das Haus nicht selbst bewohnt. Dieser Anteil muß dementsprechend bei der Zahl der Herdstätten abgezogen werden, um die tatsächlichen Haushalte zu erhalten. Anders verhält es sich dage- gen bei den Mietwohnungen. „Abgang“ bezeichnet hier entweder einen Haus- haltsvorstand, der „im allmosen“ oder „im Liebsbund“ lebt, d. h., der arm ist und keine Steuern bezahlen kann, oder aber eine unbewohnte Wohnung. Darüber hinaus gibt es noch einige Sonderfälle. Da der überwiegende Teil allerdings zu den Armen zu zählen ist (1762 in München 95 % aller „Abgang“-Haushalte der Inwohner), wird im folgenden der „Abgang“ der Inwohnerhaushalte von der Gesamtzahl der Haushalte nicht abgezogen.

Die Vergleichbarkeit der Herdstättenanlagen mit den Steuerbüchern im Hin- blick auf die Haushalte ist äußerst problematisch. Um bei ersteren die Familien- zahlen nicht zu klein werden zu lassen und damit Steuerverluste hinnehmen zu müssen, wurden die Herdstätten 1717 sehr weit definiert: So hieß es, „daß unter dem nahmen hauß=vatter nicht allein alle, was stands sie seyen, ohne unter- scheid, welche ein separirte feuerstatt geniessen, sondern auch jene, die bey sel- bigen in hörbergen sitzen, oder solche, so auff gemeinem herd mit andern kochen, oder kost nehmen, so dann nicht de familia seynd, einfolglich unter dem wort familia, oder hausgesind, bloß eines jeden hauß=vaters weib, kind und ehehalten verstanden seyn sollen“⁶². Die für die Rekonstruktion der Bevölke- rungsentwicklung der bayerischen Städte wichtige praktische Bedeutung dieser Vorgabe wird sich noch an den Beispielstädten zeigen. Die Haushaltszahlen dif- ferieren hier gegenüber den Steuerbüchern mitunter erheblich. Dagegen scheint auch die Dachsberg-Statistik ähnliche Kriterien zur Erfassung der Haushalte ver- wendet zu haben wie die Herdstättenanlagen. Zumindest belegen dies die Ver- gleiche in unseren Beispielstädten, wobei auch hier Abweichungen anzunehmen sind, die nicht nur durch unterschiedlichen Erhebungszeiträume und damit in der Zwischenzeit anzunehmende demographische Veränderungen erklärbar sind. Die Steuerbücher werden als Quelle im Zusammenhang mit der Darstel- lung der städtischen Vermögensstruktur näher beschrieben werden⁶³.

Für die folgende diachrone Darstellung müssen also verschiedene Quellen- gattungen herangezogen werden, die teilweise ganz unterschiedliche Erhebungs- kriterien haben und deren Ergebnisse nicht einfach nebeneinander gestellt

⁶¹ Schmetzle, Staatshaushalt, 308 ff.

⁶² BayHStA Staatsverwaltung 1888 (Dekret vom 23. 3. 1717); vgl. Wormer, Bewohner, 34.

⁶³ Vgl. Kap. VIII.1.

werden können. Darüber hinaus lassen sich aus Quellenmangel nicht immer gleiche Jahresschnitte bei allen Beispielstädten anlegen. Die hierbei auftretenden Vergleichbarkeitsprobleme bedürfen am jeweiligen Einzelfall einer Diskussion. Grundsätzlich müssen wir uns bewußt sein, daß die hier erwähnten Quellengattungen zwei verschiedene Adressaten haben: Auf der einen Seite stehen die staatlichen Zentralbehörden, die mit möglichst gleichförmigen Erhebungskriterien eine ‚Totalerfassung‘ der Bevölkerung (bei den statistischen Werken seit 1770) bzw. der Haushalte (bei den Herdstättenanlagen) erreichen wollen. Auf der anderen Seite stehen die städtischen Beamten und die Magistrate, die oft nur ein selektives Beschreibungsinteresse hatten (z. B. steuerzahlende Bürger) und darüber hinaus – trotz aller landesweiten Vereinheitlichung der Registerführung – viele ihrer Tabellwerke individuell ganz verschieden anlegten.

3. Bevölkerungs- und Herdstättenentwicklung der Städte

3.1. *Der Zustand um 1800*

In den Städten und Märkten der vier altbayerischen Rentämter lebten 1794 insgesamt 165.355 Menschen, davon im Rentamt München 84.140, im Rentamt Straubing 33.112, im Rentamt Landshut 31.221 und im Rentamt Burghausen 16.882. Bei einer Gesamtbevölkerung in diesem Gebiet von 878.237 bedeutet dies einen Verstädterungsgrad in Altbayern von etwa 19 Prozent⁶³. Die entsprechenden Werte liegen für München bei 24 Prozent, für Straubing bei 17 Prozent, für Landshut bei 16 Prozent und für Burghausen bei 12 Prozent. Die beiden oberbayerischen Rentämter nehmen also die jeweiligen Extremwerte des Verhältnisses von ländlicher und städtischer Bevölkerung ein.

Die Einwohnerzahlen schwanken bei den Städten zwischen 577 (Grafenau) und 34.277 (München), bei den Märkten zwischen 176 (Julbach) und 2.013 (Tölz). Es zeigt sich also sehr deutlich, daß auch die Bevölkerungsstärke kein klares Unterscheidungskriterium zwischen Stadt und Markt in dieser Zeit mehr bietet (Einwohnerzahlen sämtlicher bayerischer Städte 1794 siehe Anhang Nr. 1)⁶⁴. München läßt mit seinen 34.277 Einwohnern alle anderen bayerischen Städte weit hinter sich; es wird gefolgt von den beiden niederbayerischen Hauptstädten Landshut (7.272 Einwohner) und Straubing (5.428 Einwohner). Im Untersuchungsgebiet von Oberbayern zählt die nächst größere Stadt, Ingolstadt, gerade etwas über 4.100 Einwohner. Unsere beiden Beispielstädte Burghausen und Weilheim gehören mit 2.042 und 1.856 Einwohnern zu einer „gehobenen Mittelschicht“ in der bayerischen Städtelandschaft, wobei Burghausen der kleinste der Rentamtssitze ist. Trostberg hat mit einer Bevölkerung von 809 Personen⁶⁵ unter den Märkten dagegen eine mittlere Position.

⁶³ Die Zahlen wurden den von *Hazzi*, *Statistische Aufschlüsse I*, Tabelle G, veröffentlichten Tabellen entnommen, die in den Gesamtwerten von den anderen hier benutzten Quellen abweichen (vgl. Anm. 50). Es besteht jedoch keine weitere Möglichkeit, die Anteile der städtischen Bevölkerung anders zu ermitteln, da die übrigen Quellen diese nicht extra ausweisen. Für die hier zu errechnenden Werte sind die Abweichungen jedoch ohne Bedeutung.

⁶⁴ Vgl. auch Kap. II.1.

⁶⁵ Diese Zahl ist wahrscheinlich zu hoch; vgl. Kap. IV.3.3.4.

Der Versuch, aus einem Vergleich der Dachsberg-Statistik von 1771/81 und der Erhebung von 1794 eine Entwicklung der Bevölkerungszahlen zu rekonstruieren ist nur unter Vorbehalten durchzuführen. Ungenauigkeit, bewußte Verfälschung und lange Erhebungsdauer, besonders der Statistik von 1771/81, wurden bereits genannt. Hinzu kommt, daß bei kleinen Einheiten – wie sie die Städte nun einmal darstellen – sich statistische Einzelfehler erheblich stärker auswirken, als in großen Einheiten (z. B. in ganzen Territorien)⁶⁶. Dennoch soll eine Gegenüberstellung der beiden wichtigen Quellen der frühen Statistik auch für eine größere Auswahl von oberbayerischen Städten und Märkten versucht werden. Zur Erinnerung: Für das gesamte altbayerische Gebiet erbrachte der Vergleich der beiden Erhebungen ein Bevölkerungswachstum von 9,7 %⁶⁷.

Bevölkerungszahl oberbayerischer Städte und Märkte 1771/81 und 1794

Stadt/Mark	1771/81	1794	Veränderung in Prozent
<i>Städte</i>			
München	37.840	34.277	– 9,4 ¹
Aichach	1.139	1.504	+ 32,0
Burghausen	1.855	2.042	+ 10,1
Friedberg	1.392	1.781	+ 27,9
Ingolstadt	3.640	4.176	+ 14,7
Landsberg	2.069	2.587	+ 25,0
Neuötting	1.420	1.533	+ 8,0
Rain	924	1.122	+ 21,4
Schrobenhausen	1.002	1.483	+ 48,0
Reichenhall	2.191	2.395	+ 9,3
Traunstein	1.520	2.468	+ 62,4
Wasserburg	1.813	1.961	+ 8,2
Weilheim	1.610	1.836	+ 15,3
<i>Märkte</i>			
Altomünster	610	762	+ 24,9
Dachau	771	901	+ 16,9
Dießen	805	998	+ 24,0
Geisenfeld	936	863	– 7,6
Inchenhofen	511	615	+ 20,4
Kraiburg	649	645	– 0,6
Mainburg	738	834	+ 13,0
Rosenheim	1.622	1.396	– 13,9
Trostberg	684	809	+ 18,3
Wolfratshausen	942	924	– 1,9

Ann. 1: 1771/81 ist in München das Militär enthalten in einer Stärke von ca. 5.000 Mann, 1794 vermutlich jedoch nicht (vgl. *Schmelzle*, Staatshaushalt, 31–36; MGS V, 279).

Auffallend ist in vielen hier aufgeführten Städten und Märkten sofort ein erheblich über dem Landesdurchschnitt liegendes Wachstum, wobei für die Extrema in Schrobenhausen und Traunstein eine Erklärung bisher nicht bekannt

⁶⁶ Vgl. das Beispiel Trostberg: *Hoffmann*, Trostberg, 42.

⁶⁷ Vgl. S. 133.

ist. Der Münchener Bevölkerungsrückgang dürfte sich allein aus den 1771/81 enthaltenen Soldaten erklären. Bei einer Stärke von etwa 3.000 würde das bedeuten, daß die Einwohnerschaft der Residenzstadt zwischen den beiden Erhebungen in Wirklichkeit stagnierte⁶⁸. Dem vorsichtigen Interpretationsgrundsatz, den wir uns hinsichtlich der Problematik der beiden Statistiken auferlegt haben, folgend, erscheint hier zunächst nur der Schluß zulässig, daß die meisten Städte und Märkte nach der Hungersnot von 1771/72 einen stärkeren Aufwärtstrend als im Durchschnitt das gesamte Land erlebten.

3.2. Anhaltspunkte zur Frage der Herdstättengrößen

Die meisten frühneuzeitlichen Quellen wie Steuerbücher, Herdstättenanlagen und Zunftverzeichnisse verzeichnen nur Haushalte, nicht jedoch die Zahl der in ihnen lebenden Personen. Entsprechend wichtig für demographische Überlegungen ist deshalb die Frage nach durchschnittlichen Haushaltsgrößen. Die Forschung hat bereits verschiedentlich deutlich gemacht, daß diese Zahl keinesfalls zeitunabhängig für alle Städte als identisch anzunehmen ist⁷⁰, wenn sich auch mittlerweile zum Zwecke ungefährer Schätzungen ein Umrechnungsfaktor 5 als gebräuchlich herauskristallisiert hat⁷¹. Für die bayerischen Städte wurden differenziertere Überlegungen zu den Haushaltsgrößen fast ausschließlich für München angestellt⁷². Die verschiedenen Publikationen geben für die Residenzstadt Faktoren in der Höhe von 4,5⁷³ und 6,0 und mehr an⁷⁴.

Eine exakte Berechnung durchschnittlicher Haushaltsgrößen in den bayerischen Städten kann flächendeckend erstmals mit der Dachsberg-Statistik von 1771/81 durchgeführt werden. Schichtenspezifisch ist dies jedoch nur für die Residenzstadt möglich, da nur von ihr das erforderliche Urmaterial überliefert

⁶⁸ Erwähnenswert ist hier auch der Rückgang der Bevölkerung in den Hauptstädten Landshut und Straubing um 7,6 bzw. um 15,8 %, während sich sonst in Niederbayern ein ähnlicher Trend wie in Oberbayern zeigt.

⁷⁰ Vgl. *Scheidt*, Bevölkerungsentwicklung, 370–375, 384 f.; *Roeck*, Bäcker, 81, für Augsburg, der in der Reichsstadt für 1618 einen Wert von „erheblich über 4,5 Personen“ annimmt, für 1645 dagegen nur 4,4 Personen errechnet; *Diepolder*, Volk, 389, geht für Haussässige auf dem Land von einem Faktor 5,3 und für Inleute von 4,0 aus; *Rauh*, Bevölkerungsentwicklung, 525–528, dessen Schätzungen jedoch auf sehr spekulativer Basis stehen, berechnet für das ländliche Altbayern einen Rückgang der durchschnittlichen Herdstättengrößen von 5,6–5,9 Personen für die Zeit um 1600 und um 1700 auf ca. 4,5 im 18. Jahrhundert. Die hohen Werte um 1600 und um 1700 begründet er mit „überhöhten Ehehaltenziffern“, die Ausdruck einer „Krisensituation der Bevölkerungsentwicklung“ gewesen seien. Eine Entspannung der Situation im 18. Jahrhundert sei auf dem Land dadurch eingetreten, daß die Ehehalten zurückgegangen seien (*Rauh*, Bevölkerungsentwicklung, 528 f.). Zumindest letztere Annahme könnte man bestätigt sehen durch einen Regierungsbefehl aus dem Jahre 1762, worin ein Gutachten zu dem Problem der Abnahme der Bevölkerung im Kurfürstentum angefordert wird, insbesondere wegen des ländlichen Arbeitskräftemangels (*Schorer*, Bettlertum, 183). Andererseits steht dagegen unsere Feststellung des langfristigen Bevölkerungswachstums im 18. Jahrhundert (vgl. Kap. IV.1.2.).

⁷¹ Vgl. *Jütte*, Armenfürsorge, 58, 223, für Köln und Frankfurt; dagegen z. B. *Friedrichs*, Urban Society, 36, der einen Faktor 4 benutzt; allgemeiner *Rödel*, Statistik, 20 ff.

⁷² Ausnahme Trostberg, vgl. *Hoffmann*, Trostberg, 41.

⁷³ *Roeck*, München, 440, basierend auf seinen Augsburger Untersuchungen.

⁷⁴ *Mauersberg*, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 69.

ist ⁷⁵. Um den Aussagen eine breitere Basis zu geben, wurden eine größere Anzahl von Städten und Märkten Oberbayerns ausgewählt.

Herdstättengrößen oberbayerischer Städte und Märkte 1771/81

Stadt/ Markt	Herdstätten	Einwohner	Durchschnittliche Herdstättengröße
<i>Städte</i>			
München	8.829	57.840/55.000 ¹	4,5/4,01
Aichach	252	1.139	4,5
Burghausen	408	1.855	4,5
Friedberg	335	1.392	4,2
Ingolstadt	568	3.640	6,4
Landsberg	490	2.069	4,2
Neuötting	255	1.420	5,6
Rain	201	924	4,6
Reichenhall	397	2.191	5,5
Traunstein	345	1.520	4,4
Wasserburg	375	1.813	4,8
Weilheim	393	1.610	4,1
<i>Märkte</i>			
Dachau	225	771	3,4
Dießen	211	805	3,8
Geisenfeld	249	936	3,8
Kraiburg	184	649	3,5
Mainburg	182	738	4,1
Rosenheim	266	1.396	5,2
Trostberg	154	684	4,4
Wolfratshausen	253	942	3,7

Anm. 1: Ohne Militär.

Die hier ausgewählten Städte unterscheiden sich deutlich von den Märkten durch ihre größeren Herdstätten, trotz einiger „Ausreißer“. Während in den Städten durchschnittlich 4,8 Menschen einen Haushalt bilden, sind es in den Märkten nur 4,0. Die Wohndichte ist in ersteren also höher. Dieses Phänomen ist u. a. dadurch erklärbar, daß der Anteil der Gesellen pro Meister in den Städten über dem der Märkte lag ⁷⁶.

Signifikante Abweichungen von den Durchschnitten stellen die Städte Ingolstadt, Neuötting, Reichenhall und der Markt Rosenheim dar. Für Ingolstadt liegt eine Erklärung in der Funktion der Stadt als Universitäts- und Garnisonssitz, wenn auch Soldaten in der Dachsberg-Statistik nicht einbezogen wurden ⁷⁷. In Reichenhall dürften die zahlreichen Salinenarbeiter eine Rolle gespielt haben. Von der Saline sollen in der Stadt 2.550 Menschen gelebt haben, dazu noch etwa 700 Holzknechte ⁷⁸. Der Verdienst in der landesherrlichen Produktionsstätte war besonders gering, weshalb schließlich eine Baumwoll-Strickwaren-Manufaktur (1760–1807) gegründet wurde ⁷⁹.

⁷⁵ BayHStA GR Fasz. 290 Nr. 1.

⁷⁶ Vgl. S. 243–246.

⁷⁷ *Rauh*, Bevölkerungsentwicklung, 476 Anm. 12.

⁷⁸ *Schremmer*, Wirtschaft Bayerns. 270.

⁷⁹ *Ebd.*

Wie bereits erwähnt, ist für München auch eine differenziertere Bestimmung der Haushaltsgrößen für 1781 möglich. Die durchschnittliche Haushaltsgröße lag bei 4,3 Personen, während sich für Bürger und „Professionisten“ mit Gerechtigkeiten bzw. mit Hofschutzprivileg ein Wert von 4,6 ergibt, für Inleute 2,1, Tagwerker 2,9, Pfuscher 2,8 und Juden 2,6⁸⁰. Für München muß jedoch noch berücksichtigt werden, daß im Gegensatz zu den übrigen Städten das Militär mit enthalten ist, d. h. die Einwohnerstärke hierdurch um ca. 3.000 Personen erhöht ist, die aber nur wenige Herdstätten benötigten (z. B. Offiziere). Würde man dies berücksichtigen, läge die Herdstättengröße für die einwohnerstärkste bayerische Stadt bei nur etwa 4,0. Eine Erklärung hierfür liegt darin, daß sich München in dem Verhältnis von Meistern zu Gesellen nicht wesentlich vom Durchschnitt der bayerischen Städte unterschied, d. h. kaum größere Betriebe hatte⁸¹, aber andererseits ein erheblicher Anteil der Bevölkerung nicht dem Bürgertum angehörte⁸² und kaum Dienstboten, Gesellen oder Lehrlingen beschäftigte. Darüber hinaus besteht für München ein Quellenproblem in der Zahl der Haushalte. Vergleichbare Aufstellungen legen einen niedrigeren numerischen Ansatz nahe⁸³. Wenn diese Annahme zutrifft, wäre die durchschnittliche Haushaltsgröße höher anzusetzen (bei 7.000 Herdstätten 5,0 Personen pro Haushalt).

Genaue Haushaltsgrößen vor 1771/81 können für die oberbayerische Städtelandschaft nur in den seltensten Fällen angegeben werden, ja Quellenfunde dieser Art müssen als großer Glücksfall angesehen werden. Dies gilt auch für eine 1679 für die Städte und Märkte angeordnete Bevölkerungserhebung, die jedoch nur noch in wenigen Ausnahmen erhalten ist, bzw. vermutlich auch nie landesweit zu einem Abschluß kam⁸⁴. Für Trostberg⁸⁵ gibt diese Zählung bei 175 Haushalten 926 Einwohner an, das bedeutet eine durchschnittliche Haushaltsgröße von 5,3 Personen. Bis 1771/81 (4,4 Personen) belegt dies einen erheblichen Rückgang. Eine differenziertere Analyse ergibt dabei für 1679 bei den bürgerlichen Haushalten eine Größe von 6,0, bei den Inwohnern 3,8 und bei den Tagwerkern 3,6 Personen⁸⁶.

Vor der Dachsberg-Statistik sind für die Residenzstadt zweimal Bevölkerungszahlen überliefert. Für 1703 errechnet Mauersberg aus einem Münchener Fortifikationsregister eine durchschnittliche Haushaltsgröße von 5,7 Personen *ohne* Gesellen und Kaufmannsdienner (2.266 Haushalte mit 12.939 Personen)⁸⁷.

⁸⁰	Herdstätten	Personen	durchschnittliche Herdstättengröße
Bürger	2.433	11.097	4,6
Inleutspersonen	338	718	2,1
Tagwerksleute	557	1.605	2,9
Pfuscher	225	630	2,8
Juden	21	56	2,6

⁸¹ Vgl. S. 246, Tabelle.

⁸² Vgl. Kap. V. 4.

⁸³ Vgl. S. 144 ff.

⁸⁴ Die Zählung ist bisher aus Städten nur von Dachau, Erding, Rosenheim, Wasserburg und Trostberg bekannt, bzw. man weiß aus diesen Orten von ihrer Durchführung; vgl. hierzu *Mitterwieser*, Volkszählung; *Keyser/Stoob*, Städtebuch, 611, 719; *Hoffmann*, Probleme, 144; *Hoffmann*, Trostberg, 36–41.

⁸⁵ StadtA Trostberg XI 1.

⁸⁶ *Hoffmann*, Trostberg, 41.

⁸⁷ *Mauersberg*, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 67 f.

Dieser Wert muß jedoch für die gesamte Stadt als viel zu hoch angesehen werden, weil in diesem Register nur die bürgerlichen Haushaltsvorstände mit ihren Mitbewohnern aufgeführt sind, die zur Schanzpflicht herangezogen wurden. Diese 2.266 Haushaltsvorstände machen aber gerade 78,4 % der in dem entsprechenden Steuerbuch von 1700 verzeichneten Zensiten aus. Besonders die Kleinsthaushalte und die Herdstätten der Armen sind in dem Fortifikationsregister eben nicht enthalten. Außerdem ist fraglich, ob die Auskunft Mauersbergs stimmt, daß das Register die in den Handwerkshaushalten lebenden Gesellen nicht enthält. In der von ihm abgedruckten Tabelle finden sich nämlich 720 „Diener“ und 2.602 „Dienstmenschen“, die in die Gesamtpersonenzahl eingegangen sind. Eine Haushaltsgröße von etwa 5,7 *inklusive* Dienstboten und andere Gehilfen wird dagegen auch für die Zeit um 1722 zu vermuten sein. Für dieses Jahr zählte man nämlich in den beiden Pfarreien der Residenzstadt 29.100 Seelen. Da in dieser Zeit mit einer Haushaltszahl von ca. 5.000 zu rechnen ist, ergibt sich eine mittlere Haushaltsgröße von 5,8⁸⁸. Danach hätte sich auch in München die Haushaltsgröße im 18. Jahrhundert vermindert, ganz gleich ob wir für 1781 den niedrigeren Ansatz von 4,0 (bei 8.829 Haushalten) oder den von 5,0 (bei ca. 7.000 Haushalten) heranziehen.

Als ein erstes Ergebnis können wir festhalten, daß die durchschnittliche Haushaltsgröße einer Stadt von verschiedenen Faktoren abhängig ist. Hierzu gehören ihre Größe (kleine Städte haben auch kleinere Haushaltungen), Sozialstruktur und auch Zeitumstände. Ein für den gesamten Untersuchungszeitraum gleicher, für alle Städte und Märkte gültiger Faktor scheidet also aus. Das Problem wird auf andere methodische Weise anhand unserer Beispielstädte in den folgenden Kapiteln nochmals aufgegriffen.

3. 3. Die Entwicklung in den vier Beispielstädten

3. 3. 1. München

Sichere Gesamtbevölkerungszahlen Münchens haben wir für das 18. Jahrhundert. Erstmals ist aus dem Jahre 1722 die Seelenzahl in den beiden Stadtpfarreien mit Einschluß des Lehels überliefert⁸⁹. Die Dachsberg-Statistik folgt dann 1781. Für die frühere Zeit stehen als Quellen zur Bevölkerungsrekonstruktion hauptsächlich die Steuerbücher, Herdstättenregister, Matrikeln und die Bürgerrechtsverleihungen in den Kammerrechnungen zur Verfügung, die in der Forschung – sofern sie überhaupt herangezogen wurden – einen erheblichen Interpretationsspielraum erfuhren. Eine Ursache hierfür ist das bereits erörterte Problem der Familiengrößen, d. h. der Multiplikationsfaktor, mit dem die Haushaltszahl zur „wirklichen“ Einwohnerstärke hochgerechnet wird. Hans Rost hat für die Untersuchung der Münchener Bevölkerungszahl im 17. Jahrhundert erstmals einen anderen methodischen Weg beschritten, auf den bisher jedoch keine Weiterentwicklung folgte. Er errechnete die Bevölkerungstärke in seiner 1902 erschienen Dissertation aus den Geburts-, Ehe- und Sterbezahlen mit Hilfe sogenannter

⁸⁸ Rbl. 1782, 30; vgl. S. 152.

⁸⁹ Wie Anm. 88.

„Süßmilchscher Reduktionsfaktoren“⁹⁰. Kritische Versuche, die Bevölkerungsentwicklung Münchens über die gesamte Frühe Neuzeit hinweg zu verfolgen, finden sich bei Mauersberg⁹¹ und Puschner⁹². Mauersbergs Überlegungen beruhen zum größten Teil auf Angaben der Literatur (u. a. auf Rost), verschiedene Einschätzungen der Stärke bestimmter Bevölkerungsgruppen erscheinen höchst spekulativ und sind auch nicht entsprechend begründet bzw. belegt, besonders sind jedoch die angenommenen durchschnittlichen Familiengrößen mit 6 Personen und mehr als zu hoch anzusehen. Puschner interessierte sich dagegen vorrangig für die Entwicklung im Handwerk, die keineswegs parallel zur Gesamtveränderung verlief, und deshalb erst an anderer Stelle interessieren wird⁹³.

In einem ersten Schritt sollen im folgenden die verschiedenen Quellen zur Münchener demographischen Entwicklung auf ihre Aussagekraft und Vergleichbarkeit hin beleuchtet und einer Auswertung unterzogen werden. Ein zweiter Schritt soll dann in Perioden gegliedert, diese Überlegungen zu Ergebnissen zusammenfassen.

Für den gesamten Untersuchungszeitraum stehen als serielle Quellen zu den Haushaltszahlen nur die Steuerbücher zur Verfügung. Sie geben jedoch nur den Teil der Bevölkerung wieder, der der bürgerlichen Besteuerung unterlag und sämtliche Hausbesitzer, auch wenn diese nicht fiskalisch relevant waren. Diejenigen, die der bürgerlichen Besteuerung unterlagen, sind jedoch nicht einfach mit den Bürgern der Stadt gleichzusetzen. Adelige, Hofschutzverwandte, Kleriker etc. und selbst Fremde erschienen unter bestimmten Voraussetzungen als Zensiten in den Steuerbüchern⁹⁴. Da der nichtbürgerliche Teil nicht in allen Fällen identifiziert werden kann, müssen wir uns mit einem Schätzwert von ca. 10 % in München begnügen. Andererseits sind auch nicht alle Bürger und Beisitzer der Stadt in den Kolumnen eingetragen. Vergleiche mit den Herdstättenlisten und der Dachsberg-Statistik von 1781 werden dies gleich noch zeigen. Aus diesen Gründen ist es methodisch nicht möglich, die für die demographische Entwicklung vorhandenen Quellen ohne weiteres nebeneinander zu stellen.

Die hier wiedergegebenen Schnittjahre entstammen Steuerbuchanalysen in den Arbeiten von Roeck (1619 und 1651)⁹⁵ und Fleischmann (1622)⁹⁶ und den eigenen Auswertungen (1606, 1700 und 1792), die auch noch für die Untersuchung der Berufs- und Vermögensstruktur der Stadt herangezogen werden⁹⁷. Die Münchener Haushaltszahlen entwickelten sich nach den Steuerbüchern wie folgt:

⁹⁰ Rost, München. *Mauersberg*, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 66, ignoriert in seiner Kritik an Rost, daß dieser ja für 1600–1610 selbst angibt, die Geburtszahlen seien für diesen Zeitraum vermutlich noch nicht vollständig (Rost, München, 8). Dieselbe Methode wie für München wandte Rost auch auf Augsburg an: Rost, Augsburg. Kritisch dazu Jahn, Einwohnerzahl.

⁹¹ *Mauersberg*, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 64–74.

⁹² *Puschner*, Handwerk, 26–38.

⁹³ Vgl. S. 255 ff.

⁹⁴ Vgl. Kap. VIII.1.1. und VIII.2.2.1.

⁹⁵ *Roeck*, München.

⁹⁶ *Fleischmann*, Aspekte, 60.

⁹⁷ StadtA München, Steuerbücher von 1606, 1700 und 1792; vgl. Kap. VIII.2.2.1.

Jahr	Haushalte
1606	4.202
1619	4.071
1622	4.144
1631	2.577
1700	2.890
1792	3.120

Der Vergleich mit den Herdstättenanlagen und der mit ihnen vom Erhebungsmodus her verwandten Dachsberg-Statistik zeigt die Problematik einer demographischen Untersuchung der Münchener Bevölkerung, die sich allein auf die vom Magistrat angefertigten Steuerbücher stützt:

Münchener Haushaltszahlen nach den Herdstättenanlagen und der Dachsbergschen Kon-skription (in München 1781 abgeschlossen)

(in Klammern der nicht enthaltene „Abgang“ der Hauseigentümer)

Jahr	Herdstätten	davon unter	
		kurfürstlicher	bürgerlicher
		Jurisdiktion	
1717	4782	?	?
1731	5106	1032	4074
1762	6715 (653)	2125 (368)	4590 (285)
1776	6952 (676)	1834 (331)	5118 (345)
1781	8829	3625 ¹	5204
1785	?	1724 (296)	?
1786	?	1649 (285)	?

Anm. 1: Neben den dem Hof zugehörigen Personenkreisen wurden hierunter auch die 335 Hofschutzverwandten subsumiert.

(Quellen: 1717: BayHStA Staatsverwaltung Nr. 1888; 1731: BayHStA GL Fasz. 2759 Nr. 988; 1762: BayHStA GL Fasz. 2759 Nr. 989; 1776: BayHStA GL Fasz. 2759 Nr. 987; 1781: BayHStA GR Fasz. 290 Nr. 1; 1785 und 1786: BayHStA GL Fasz. 2759 Nr. 987)

Die Differenz zwischen den im Steuerbuch von 1792 aufgeführten 3.120 Zensiten gegenüber den 1781 5.238 unter bürgerlicher Jurisdiktion stehenden Haushalten ist besonders überraschend, da sich hier zwei vergleichbare Schnittjahre gegenüberstehen, zwischen denen keine tatsächlichen Bevölkerungsentwicklungen wie die numerisch erfaßten vorgegangen waren. Bei einer genaueren Analyse werden die Probleme deutlicher. So nennt die Dachsberg-Statistik für 1781 allein 416 Herdstätten von Nadlerinnen, Spinnerinnen, Stickerinnen etc. (in denen insgesamt 519 Menschen leben) und 98 von Haubenmacherinnen und Galanteriearbeiterinnen (mit 132 Köpfen). Außerdem finden sich verschiedene Berufsgruppen, bei denen auch Frauen als Haushaltsvorstände neben den Männern explizit genannt werden (z.B. Dantlerinnen). Das Steuerbuch von 1792 verzeichnet aber überhaupt nur 109 von Frauen geführte Haushalte, deren Mehrzahl solche von bürgerlichen Witwen ausmachen, die für Immobilien, Handwerke und sonstigen Besitz bzw. für der Steuer unterliegende Einnahmen zu steuern haben, also noch nicht einmal mit den verschiedenen 1781 speziell aufgeführten Frauengruppen identisch sind. Ähnliches wie für die Frauenhaushalte gilt auch für die Tagwerkerhaushalte, von denen im Steuerbuch 398 ver-

zeichnet sind, in der Dachsberg-Statistik dagegen allein in der Innenstadt ohne das Lehel 557. In dieser Vorstadt, die ja im Steuerbuch enthalten ist, werden extra nochmals 347 „Tagwerksleut“ gezählt, was wohl etwa 100 Familien entspricht. Dagegen stimmen die Ergebnisse bei den Handwerkerhaushalten zwischen den beiden Quellen meist weitgehend überein, wobei allerdings auch hier mitunter völlig unerklärliche Differenzen vorkommen. Es ist also zu vermuten, daß die Steuerschreiber der Stadt viele Kleinsthaushalte, bei denen ohnehin keine Abgaben zu erwarten waren und die darüber hinaus wohl auch viel stärker fluktuierten als die der Bürger, gar nicht berücksichtigten. Bei der Dachsberg-Statistik, wo es auch um die Ermittlung der Einzelpersonen ging, wurde diese Bevölkerungsgruppe dann aber aufgenommen, wie dies auch ähnlich wohl in den Herdstättenverzeichnissen geschah.

Aber auch die Steuerbücher scheinen untereinander, zumindest was die Frauenhaushalte anbetrifft, nicht kompatibel. Der Rückgang von 939 auf 731 von Frauen geführten Herdstätten zwischen 1606 und 1700 ist allein schon aus der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung verständlich. Daß es 1792 jedoch nur noch 109 gewesen sein sollen, verschließt sich jedoch schon a priori einer sozial-historischen Erklärung. Dies wird ja auch bestätigt durch Überlegungen beim Vergleich mit der Dachsberg-Statistik.

Wie verläuft nun die Entwicklungskurve der Haushalte in München? In den ersten beiden Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts läßt sich trotz der leichten Schwankungen von einem Wert um 4.100–4.200 ausgehen. Durch den ausbrechenden Krieg und seine Folgen, insbesondere die Pestzüge, erlebte die Stadt eine Bevölkerungskatastrophe, bei der sie etwa 38 % ihrer Herdstätten verlor. Die tatsächlichen Verluste an Menschen müssen noch weit höher gelegen haben, da ja Opfer auch in nicht völlig ausgestorbenen Familien zu beklagen waren. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts erholten sich die Haushaltszahlen dann mäßig um 12 %, sie erreichen demnach mit 2.890 Haushalten erst wieder etwa 70 % des Vorkriegsstandes.

Für die weitere Entwicklung muß nun die konstatierte Problematik der Erfassung von Frauenhaushalten berücksichtigt werden. Der einfache Vergleich der beiden Steuerbücher von 1700 und 1792 ergibt eine Steigerung der Haushaltszahlen um etwa 8 %. Rechnet man in beiden Schnittjahren jedoch die Frauenhaushalte ab (1700 731, 1792 109), so ergibt sich ein Wachstum von fast 40 % (von 2.159 auf 3.011) bei den Herdstätten, denen Männer vorstehen. Wenn man dem Ergebnis dieses Verfahrens, das methodisch sicherlich nur als eine Hilfskonstruktion zu bezeichnen ist, eine hypothetische Wahrscheinlichkeit einräumt, würde dies bedeuten, daß auch die „bürgerliche“ Bevölkerung Münchens bis um 1800 wieder den Stand vor dem Dreißigjährigen Krieg erreicht hat. Die Validität dieser Überlegungen wird an den Herdstättenregistern und den anderen demographischen Untersuchungsmethoden zu überprüfen sein.

Die Gesamtentwicklung der Stadt, also auch unter Einschluß der zum Hof gehörigen Einwohnerschaft und der Geistlichkeit, läßt sich nur mit Hilfe der Herdstättenverzeichnisse und der Dachsberg-Statistik untersuchen. Erstere setzen 1717 ein und unterscheiden zwischen Haushalten unter kurfürstlicher und unter bürgerlicher Jurisdiktion. Die in der Dachsberg-Statistik angegebenen Einwohnergruppen können entsprechend zugeordnet werden. Dabei fügen sich die Haushaltszahlen unter bürgerlicher Jurisdiktion zwar weitgehend in das Bild des etwa gleichzeitigen Herdstättenregisters von 1776, diejenigen unter kurfürst-

licher Jurisdiktion weichen jedoch erheblich davon ab. Da die Differenz nur – wenn überhaupt – durch eine genaue vergleichende Analyse der beiden Quellen zu klären wäre und weil die Herdstättenanlagen untereinander ein schlüssiges Bild ergeben, wird bei der Untersuchung der Gesamtzahl der Herdstätten, sowie bei denen unter kurfürstlicher Jurisdiktion auf die Einbeziehung der Dachsberg-Statistik verzichtet werden. Die Erhebung der Haushalte in den Herdstättenanlagen dürfte weitgehend vollständig sein. So erinnerte der Hofherdstättenanlagskassier Johann Baptist Sturbach am 26. September 1779 eigens nochmals an das Generalmandat vom 11. Mai 1762, nach dem „nur allein die vom allgemeinen Almosen lebend wahrhaft arme Personen befreyt“ seien, „all übrig einzelne oder in communione oeconomie führende Familien hingegen, ob selbe gleich in privat Häusern oder in denen Churfürstl. Residenzen oder in andern Hofgebäuden wohnhaft sind“, müßten bezahlen⁹⁸. Angesichts dieser Kriterien ist also auch davon auszugehen, daß die Erhebung von 1781 nicht eigentlich mehr Personenkreise beinhaltet, sondern vielmehr sich die Definition der Herdstätten in den beiden Quellentypen voneinander unterscheidet und damit die in der Dachsberg-Statistik enthaltenen Kopffzahlen wiederum auf die etwa gleichzeitige Herdstättenanlage übertragbar wären.

Kommen wir zu einem Vergleich mit den Steuerbüchern. Zwischen 1717 und 1776 stieg die absolute Zahl der Haushalte nach den Herdstättenverzeichnissen von 4.782 auf 6.952, das entspricht einem Wachstum von etwa 45 %. Den weit- aus größten Zuwachs verzeichnen dabei die Haushalte unter kurfürstlicher Jurisdiktion im zweiten Drittel des Jahrhunderts um mehr als das Doppelte, gehen jedoch dann wieder langsam zurück⁹⁹. Die bürgerlichen Haushalte erleben dagegen ein kontinuierliches aber weitaus langsames Anwachsen. Gegenüber dem ersten vergleichbaren Ausgangsjahr 1731 vermehren sich diese bis 1762 um etwa 13 % gegenüber 106 % bei denen unter kurfürstlicher Jurisdiktion. 1776 liegen diese Prozentwerte bei 26 bzw. 77 wiederum gegenüber dem Ausgangsjahr 1731. Da sich die Gesamtherdstättenzahl zwischen 1717 und 1731 nicht wesentlich verändert hat (Anstieg um 7 %), läßt sich vermuten, daß auch bei den Haushalten unter kurfürstlicher und unter bürgerlicher Jurisdiktion keine wesentlichen Veränderungen eingetreten sind. Diese Ergebnisse belegen die Berechtigung der Zweifel an der einfachen Vergleichbarkeit mit den Gesamtherdstättenzahlen, die aus den Steuerbüchern von 1700 und 1792 hervorgehen. Allerdings erscheint auch im Vergleich der Wert von 40 % Wachstum in diesem Zeitraum nach den Steuerbüchern, was aus der Entwicklung der Haushalte mit männlichen Vorstand hervorgeht, für die bürgerlichen Haushalte als realistisch.

Das äußerst lückenhafte Bild der Bevölkerungsentwicklung Münchens aufgrund von Quellen, die auf Haushalten basieren, soll nun ergänzt werden durch die Auswertung der Kirchenbücher (Matrikeln), soweit diese in München für beide Pfarreien, St. Peter und Unsere Liebe Frau (ULF), erhalten sind¹⁰⁰. Die Geburts- und Sterbezahlen des 17. Jahrhunderts entnehmen wir der Arbeit von Hans Rost¹⁰¹. Für das 18. Jahrhundert mußten die Werte aus den Matrikeln erst

⁹⁸ BayHStA GL Fasz. 2759 Nr. 987.

⁹⁹ Dies wird durch eine Stellungnahme des Herdstättenanlageeinnehmers an den Kurfürsten 1777 bestätigt, der feststellt, die Zahl der Hofhäuser habe sich „einige Jahre her“ vermindert: BayHStA GL Fasz. 2759 Nr. 987.

¹⁰⁰ Nicht berücksichtigt ist die Spitalpfarrei Hl. Geist.

¹⁰¹ Rost, München, 79ff.

ermittelt werden. Mit Hilfe der Tauf- und Beerdigungszahlen soll hier besonders zwei Fragestellungen nachgegangen werden: 1. Inwieweit decken sich die bereits erörterten Herdstättenentwicklungen mit den vitalstatistischen Veränderungen? 2. Welche tatsächlichen Bevölkerungszahlen der Residenzstadt lassen sich sowohl aus dem Vergleich von Steuerbüchern und Herdstättenanlagen einerseits und Matrikeln andererseits mit Hilfe von Haushaltsgrößenfaktoren bzw. Reduktionsfaktoren ermitteln?

Um weitergehende Überlegungen damit zu verbinden, sind die Geburtszahlen aus den Matrikeln der ersten elf Jahre (1600–10) nach Rost nicht sicher genug, da sie vermutlich unvollständig sind¹⁰². Darüber hinaus sind für das beginnende 17. Jahrhundert Beerdigungsbücher teilweise nur für eine Pfarrei überliefert, weshalb Rost die entsprechenden Werte für die Gesamtstadt durch Verhältnisberechnungen aus späterer Zeit ergänzt (s. Tabelle auf S. 149, dort die Zahlen in runden Klammern). In den Jahren, in denen die Beerdigungen von Kindern nicht berücksichtigt wurden bzw. in denen sie nicht explizit ausgewiesen sind, wurden sie unter der Annahme einer 50-prozentigen Kindersterblichkeit ergänzt (in der Tabelle die Zahlen in spitzen Klammern). Die tatsächlich belegbaren Kindersterblichkeitsanteile aus der Zeit von 1691–1800 liegen alle zwischen 47 und 57 %, ohne eine Tendenz anzuzeigen, was dieses Vorgehen als legitim erscheinen läßt¹⁰³.

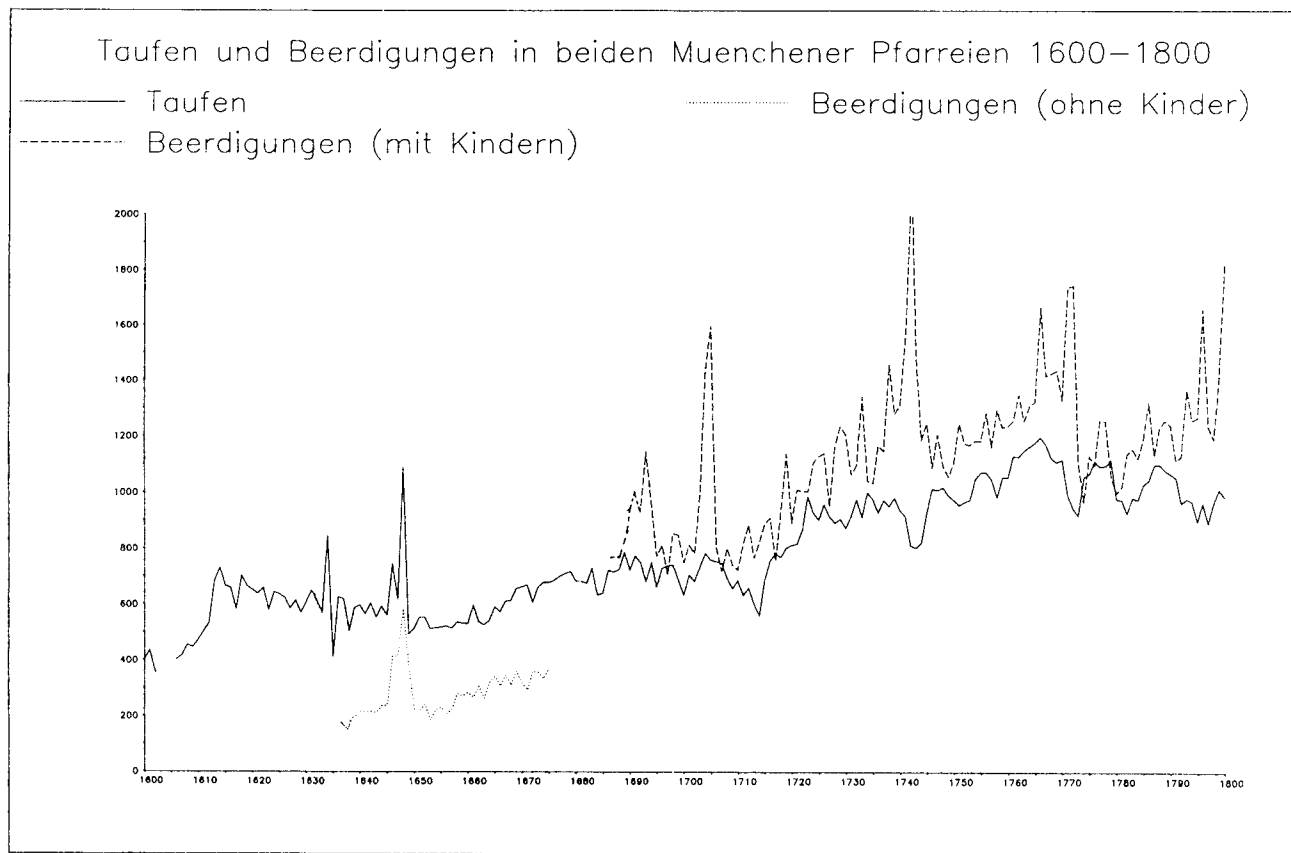
Wegen des langen Untersuchungszeitraums und auch um die langfristigen demographischen Veränderungen gegenüber „ephemerer“ Erscheinungen hervortreten zu lassen, wurden anders als bei der graphischen Darstellung (siehe Graphik Nr. 1) hier – wie auch in den anderen Beispielstädten – meist Zehnjahresdurchschnitte gewählt¹⁰⁴.

Betrachtet man zunächst die langfristigen Veränderungen, so läßt sich zwischen der Dekade 1611–20 und dem ausgehenden 18. Jahrhundert bei den Taufen eine Steigerung um etwa 60 %, bei den Beerdigungen (sowohl Gesamtzahl wie ohne Kinder) um etwa 100 % feststellen. Die Werte der Taufen stagnieren dabei seit der Mitte des 18. Jahrhunderts weitgehend, bei den Beerdigungen schwanken sie seit den 1730er Jahren eher um ca. 550 und 700 (ohne Kinder) bzw. 1200 und 1300 (gesamt). Die Hauptzuwachsrate liegt also vor diesen Stagnationsperioden, wobei besonders auffällig die geringe Auswirkung des Dreißigjährigen Kriegs ist. Angesichts des signifikanten Rückgangs der Haushaltszahlen von 38 % über den Krieg hinweg, lassen sich bei den Taufen allenfalls in der Dekade von 1651–60 Folgen der Katastrophen dieses Krieges konstatieren, bei den Beerdigungen, mit Ausnahme der unmittelbaren Kriegs- und Pestverluste, nur in der unmittelbaren Folgezeit. Bereits in den 1660er und 1670er Jahren ist gegenüber den Vorkriegsdurchschnitten kaum ein Unterschied mehr zu erkennen.

¹⁰² Rost, München, 8.

¹⁰³ Zu diesem Kindersterblichkeitsanteil von ca. 50 Prozent vgl. für München Rost, München, 14 ff., für Landsberg/Lech Schmölz/Schmölz, Landsberg, 506 ff., für Trostberg Hoffmann, Trostberg, 47; allgemein u. a. Ipsen, Bevölkerungsgeschichte, 88; Flinn, Demographic System, 17.

¹⁰⁴ Verschiedene Fünfjahresschnitte fanden nur deshalb Aufnahme, weil die Vorlage von Rost nicht anders umgerechnet werden konnte.



Graphik 1

(In runden Klammern von Rost rekonstruierte Werte aus den Angaben von nur einer Pfarrei; in spitzen Klammern rekonstruierte Werte bei nicht zu ermittelnden Kindersterblichkeitsanteilen – sofern nicht zumindest für eine Pfarrei überliefert, wird ein 50-Prozent-Anteil zugrunde gelegt)

Jahre	Taufen	Gesamt	Beerdigungen ohne Kinder	Kinder in % ¹
1600–10	416,8	?	?	?
1611–20	638,5	(654,2)	⟨ 327,1 ⟩	?
1621–30	614,8	(661,7)	⟨ 330,9 ⟩	?
1631–35	619,6	(2292,7)	⟨ 1146,4 ⟩	?
1636–40	587,8	⟨ 377,2 ⟩	188,6	?
1641–50	633,4	⟨ 628,0 ⟩	314,0	?
1651–60	529,1	⟨ 471,4 ⟩	235,7	?
1661–70	586,2	⟨ 627,6 ⟩	313,8	?
1671–75	658,8	⟨ 683,6 ⟩	341,8	?
1676–80	699,2	(569,0)	⟨ 284,5 ⟩	?
1681–90	703,0	(741,3)	⟨ 370,7 ⟩	?
1691–1700	714,2	877,7	459,2	48
1701–10	718,1	939,8	⟨ 404,1 ⟩	57 (nur ULF)
1711–20	706,5	880,6	⟨ 396,3 ⟩	55 (nur ULF)
1721–30	904,8	1094,6	⟨ 602,0 ⟩	45 (nur ULF)
1731–40	955,8	1193,9	574,4	52
1741–50	928,3	1313,8	691,0	47
1751–60	1023,0	1213,0	577,1	52
1761–70	1146,2	1375,8	640,2	53
1771–80	1036,6	1260,3	585,5	54
1781–90	1027,1	1179,8	546,4	53
1791–1800	966,9	1344,8	642,2	52

Anm. 1: Nur tatsächlich überlieferte, nicht rekonstruierte Anteile.

(Quellen: 1600–1700: Rost, S. 14 f., 79, 81. 1700–1800: AEMF Taufen St. Peter München 1700–1800; Sterbefälle St. Peter München 1700–1800; Taufmatrikel ULF München 1700–1800; Sterbefälle Kinder ULF München 1700–1800; Sterbefälle Erwachsene ULF München 1700–1800).

Aufgrund der in den Sterbebüchern verzeichneten Toten zeigt sich recht deutlich, daß die immer wieder zitierten 15.000 Pestopfer¹⁰⁵ zwischen September 1634 und Februar 1635 zu hoch angesetzt sind. Die Überlegungen Rosts scheinen dagegen schlüssig, daß die Verluste jedenfalls unter 10.000 liegen, wobei zu diesem Mortalitätsergebnis auch Landvolk, das in die Stadt geflohen und dort gestorben war, beigetragen hat. Die Höchstzahl der verstorbenen Stadtbewohner liegt dagegen bei ca. 7.000¹⁰⁶. Aber auch dieser Wert wie auch der erhebliche Rückgang der Haushalte über den Krieg hinweg steht in einem zunächst unerklärlichem Widerspruch zu den geringen längerfristigen Auswirkungen bei Taufen und Beerdigungszahlen. Dieser Widerspruch läßt sich auch nicht durch Einbeziehung der Einbürgerungen in diesem Zeitabschnitt lösen, wenn auch im Verhältnis zur Haushaltszahl die Bedeutung der Zuwanderung im 17. Jahrhun-

¹⁰⁵ Diese Zahl geht auf die Arbeit *Sutners*, Dreißigjähriger Krieg, 36 f., aus dem Jahre 1796 zurück.

¹⁰⁶ Rost, München, 26.

dert größer ist als im 18.¹⁰⁷. Eine weitere Erklärung wäre die von Rost nur in einigen Details aber nie grundsätzlich ins Kalkül gezogene Möglichkeit, daß die Matrikeln der Residenzstadt nicht nur im ersten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts, sondern zumindest bis in die Kriegszeit hinein eben doch nicht vollständig sind.

Für die Zeit nach dem Krieg decken sich dann zumindest die aus den Matrikeln ablesbaren allgemeinen Tendenzen mit den bei den Herdstätten festgestellten. Die Taufen nehmen von den 1650er Jahren bis um 1700 um etwa 35 % zu, die Beerdigungen (sowohl insgesamt wie ohne Kinder) erreichen sogar fast eine Verdoppelung. Im gleichen Zeitraum erholten sich die Herdstättenzahlen – wir erinnern uns – gerade um 12 %. Von der Mitte des 17. Jahrhunderts bis zum Ende des 18. Jahrhunderts verdoppeln sich etwa die Taufen, die Beerdigungen steigen sogar um 150 bis 200 %. Diese Werte würden sich vermindern, wenn wir nicht die unmittelbare Nachkriegsdekade einbezogen hätten, in deren Tiefststand sowohl bei Geburten wie bei Todesfällen sich noch die direkten Nachwirkungen des Krieges besonders deutlich widerspiegeln. Auch zwischen den Herdstättenzahlen der Register von 1717 bis 1776 und den entsprechenden Dekaden der Geburten- und Beerdigungen läßt sich eine direkte Parallelentwicklung feststellen. Die Zuwachsraten belaufen sich in allen drei Bereichen auf ca. 45 %.

In den 150 Jahren zwischen 1650 und 1800 lagen die Beerdigungen um etwa 20 % über den Taufen. Die Stadt war also nicht in der Lage, sich selbst zu regenerieren, sondern benötigte – wollte sie nicht einen Bevölkerungsrückgang erleiden – ständige Zuwanderung von außen¹⁰⁸. Vergleichbare Ergebnisse hat bereits eine ähnliche Untersuchung Landsbergs erbracht¹⁰⁹.

Wie läßt sich nun von diesen Ergebnissen auf die tatsächliche Bevölkerungsstärke Münchens schließen? In der historischen Forschung wird bereits seit langem mit Hilfe von Reduktionsfaktoren versucht Geburten-, Heirats- und Sterbezahlen in einem bestimmten Verhältnis zur Gesamtbevölkerung zu bestimmen¹¹⁰. In jüngerer Zeit hat diese Fragen besonders die Schule um Karl Kisskalt weiterverfolgt¹¹¹.

Für die Frühe Neuzeit hat sich dabei in Städten ein Wert herauskristallisiert von ca. 32 Geburten wie auch 32 Sterbefällen pro Jahr auf 1.000 Einwohner. Diese Geburts- bzw. Sterbeziffer darf nicht zu starr gesehen werden. So wurde immer wieder beobachtet, daß in Zeiten hoher Sterblichkeit auch die Geburtenziffern ansteigen¹¹². Für München errechnen wir für die Zeit um 1800 eine Geburten- und Sterbeziffer von 34,9, für das ausgehende 18. Jahrhundert kommt eine andere Berechnung auf eine Sterbeziffer von 33,0 und eine Geburtenziffer von 29,7¹¹³. Mit letzteren Werten und unter Hinzuziehung von Heiratsziffern hat Rost die Bevölkerungszahlen Münchens für das 17. Jahrhundert zu errechnen gesucht. Er kommt dabei auf folgende Entwicklung¹¹⁴:

¹⁰⁷ Vgl. Kap. IV.4.3.

¹⁰⁸ Vgl. Kap. IV.4.3.

¹⁰⁹ *Schmözl/Schmözl*, Landsberg, 535.

¹¹⁰ *Süßmilch*, göttliche Ordnung (5. Aufl. 1765); für München stellte entsprechende Überlegungen bereits *Westenrieder*, Beschreibung (1782), 229, an.

¹¹¹ Vgl. *Kisskalt*, Sterblichkeit; *Schmözl/Schmözl*, Landsberg.

¹¹² *Schmözl/Schmözl*, Landsberg, 517 f., 535 f.

¹¹³ *Rost*, München, 43 f.

¹¹⁴ *Ebd.* 49 f.

1600–1610	18–22.000
1620	22.000
1630	20.000
1640	18.000
1650	17.000
1660	18.500
1670	21.000
1680	23.000
1690	25.000
1700	24.000

Da diese angenommenen Bevölkerungszahlen auf den oben wiedergegebenen Tauf- und Beerdigungsziffern beruhen, müssen die Werte bis in den Dreißigjährigen Krieg hinein aufgrund der vermuteten Lückenhaftigkeit der Matrikeln als zu niedrig angesehen werden. Unsere Untersuchung der Herdstättenzahlen hatte ergeben, daß diese um 1700 gerade wieder 70 % des Vorkriegsstandes erreicht hatten. Dies würde bedeuten, daß bei einem Bevölkerungsstand von 24.000 um 1700 die Münchener Einwohnerzahl vor dem Dreißigjährigen Krieg bei 34–35.000 Personen gelegen hätte, wobei hier unberücksichtigt bleiben muß, ob die Herdstättenentwicklung und die Bevölkerungsentwicklung wirklich parallel verliefen.

Die Münchener Einwohnerentwicklung zwischen 1600 und 1800 läßt sich nun folgendermaßen rekonstruieren, wobei die Betrachtung in rückwärts-gewandten Schritten erfolgen soll:

1. Die Bevölkerung zählte ohne stationiertes Militär und unter Einschluß von ca. 1.800 zur Geistlichkeit zählenden Personen 1781 nach der Dachsberg-Statistik ca. 35.000 Menschen, nach der Erhebung von 1792 waren es genau 34.277. Die durchschnittlichen jährlichen Taufen und Beerdigungen lagen in dieser Zeit bei 1.027 bzw. 1.180, was Reduktionsfaktoren von 29,3 bzw. 33,7 entspricht. Die höhere Sterblichkeit ist weitgehend für den gesamten Untersuchungszeitraum konstitutiv. Die Herdstättengröße entspricht nach der in der Dachsberg-Statistik angegebenen Haushaltszahl (8.829) ca. 4,0 Personen, nach der etwa gleichzeitigen Herdstättenanlage von 1776 (6.952 Haushalte) ca. 5,0.
2. Die Stadt erlebte zwischen 1700 und dem ausgehenden 18. Jahrhundert einen erheblichen Zuwachs der Einwohnerzahlen. Nach den Herdstättenzählungen stiegen die Haushalte von ca. 4.500 um 1700 auf etwa 7.000 1776 (die 8.829 Haushalte der Dachsberg-Statistik von 1781 sind vermutlich nicht vergleichbar), d. h. um über 50 %. Die in den Steuerbüchern verzeichneten Haushalte, die von Männern geführt wurden, wuchsen von 1700 bis 1792 um fast 40 %. Die Werte in den entsprechenden Jahren bei den Taufen lagen bei + 45 %, bei den Beerdigungen bei + 44 %. Unter Anwendung der obigen Reduktionsfaktoren berechnet sich aus den Taufen eine Bevölkerungszahl um 1700 von 24.400, aus den Beerdigungen eine von etwas über 26.000. Aus dieser Periode existiert nun erstmals eine überlieferte Bevölkerungszahl. 1722 sollen in den beiden Pfarreien 29.097 Köpfe gezählt worden sein¹¹⁵. In derselben Dekade

¹¹⁵ Rbl. 1782, 30.

(1721–50) wurden jährlich durchschnittlich 904,8 Taufen und 1.094,6 Beerdigungen durchgeführt, was Reduktionsfaktoren von 51,1 bzw. 57,6 entspricht. Unter Verwendung dieser Reduktionsfaktoren hätte sich die Bevölkerungszahl um 1700 (Dekade von 1691–1700) auf 22.965 bzw. 23.345 Menschen belaufen. Die Herdstättenzahlen lagen in dieser Zeit zwischen 4.782 (1717) und 5.106 (1731). Selbst bei der sehr hohen Annahme von 5.000 um 1722 lag die Herdstättengröße damit bei 5,8 Personen, d. h. weit über der aus der Dachsberg-Statistik von 1781. Die Herdstättenfaktoren für das ausgehende 18. Jahrhundert, 4,0 bzw. 5,0, liefern für 1700 Einwohnerstärken von 18.000 bzw. 22.500, ein Faktor 5,8 dagegen 26.100. Unter Berücksichtigung aller genannten Indikatoren und in Anbetracht, daß die Geistlichkeit zu dieser Zeit (um 1700) sicherlich über 1.000 Personen umfaßte, ist eine Herdstättengröße von 4,0 wohl kaum realistisch. Wir halten deshalb eine Bevölkerungsgröße von 22.000–24.500 Personen um 1700 als am wahrscheinlichsten. Bis 1722 hätte sie dann auf 29.097 anwachsen können.

3. Die *Periode zwischen 1650 und 1700* ist durch einen weit inhomogeneren Wachstumsprozeß gekennzeichnet. Die in den Steuerbüchern verzeichneten Haushalte steigen lediglich um ca. 12 %, während die Taufen um 35 %, die Beerdigungen sogar um 86 % anwachsen. Da den Angaben in dieser Zeit kaum größere Fehlerquoten unterstellt werden können, zeigt sich besonders hier sehr deutlich, daß nicht über einen längeren Zeitraum hinweg ungeprüft mit denselben Haushaltsgrößen, Reduktionsfaktoren und ähnlichem Zahlenschlüsseln operiert werden kann. Bevor der Versuch unternommen wird, die tatsächliche Bevölkerungsstärke unmittelbar nach dem Dreißigjährigen Krieg zu rekonstruieren, müssen aus den unterschiedlichen Werten verschiedene Schlußfolgerungen gezogen werden. Das starke Zurückbleiben der Haushaltsentwicklung gegenüber den Vitalstatistikdaten kann nur die eine Bedeutung haben, daß zunächst die durch den Krieg reduzierten Herdstättengrößen sich zu einem gewissen Grad regenerierten. D. h. aber auch, daß zwischen 1650 und 1700 die durchschnittliche Personenzahl pro Haushalt angesichts des Übergewichts der Tauf- und Beerdigungszunahmen erheblich angewachsen sein muß. Ebenso läßt das Zurückbleiben der Taufen gegenüber den Beerdigungen darauf schließen, daß in dieser Periode die Bevölkerungsregeneration besonders stark durch Zuwanderung von außen erfolgte. Zwar verzeichnen die Kammerrechnungen zwischen 1650 und 1699 nur etwa 1.851 männliche Neubürger gegenüber 2.062 im vergleichbaren Zeitraum von 1700 bis 1749¹¹⁶. Angesichts des weit niedrigeren Bevölkerungsniveaus in dem auf den Krieg folgenden Zeitabschnitt kommt diesen Wanderungsgewinnen anteilmäßig eben auch eine weit höhere Bedeutung zu. Kommen wir zum Rekonstruktionsversuch der Bevölkerungszahl um 1650. In der demographischen Forschung wird betont, daß gegenüber den Heirats- und Sterbeziffern den Taufziffern die größte Konstanz und damit Bedeutung zukommt. Andererseits wurde ebenso beobachtet, daß besonders in demographischen Katastrophenzeiten sie besonders anwachsen. Angesichts der noch erheblicheren Unsicherheiten bei den Herdstättengrößen und den Beerdigungsziffern müssen die Taufraten von 29,7 pro 1.000 Einwohner als Ausgangsüberlegung

¹¹⁶ Vgl. S. 182.

auch hier benutzt werden. Für die Dekade 1651–60 errechnet sich so eine Bevölkerungszahl Münchens von 17.800 Einwohnern. Unser Reduktionsfaktor 33,7 für die Sterbeziffern erbringt dagegen nur ca. 14.000 Einwohner. Das größte Problem stellt dagegen in dieser Phase die Herdstättenzahl dar, kennen wir doch nur die 2.577 Haushalte des Steuerbuchs von 1651. Für 1700 sind wir von einer Gesamthaushaltzahl der Stadt von 4.500 gegenüber 2.890 in den Steuerbüchern verzeichneten ausgegangen. Wir benutzen für 1651 aus Mangel anderer Möglichkeiten dasselbe Verhältnis und kommen auf ca. 4.000 Haushalte. D.h. wir unterstellen hypothetisch, daß die Herdstätten unter kurfürstlicher Jurisdiktion parallel zu denen unter bürgerlicher Obrigkeit anwuchsen. Deren Größe würde je nach Bevölkerungszahl, die aus den Beerdigungen bzw. aus den Taufen berechnet wurde, zwischen 3,5 und 4,45 schwanken. Da wir aufgrund der herrschenden Forschungsmeinung den aus den Taufwerten errechneten Bevölkerungsgrößen den Vorzug geben wollen, wird die historische Wirklichkeit stärker zu dem höheren Wert tendieren. Hinzu kommt wiederum die Geistlichkeit. Die Münchener Bevölkerungszahl könnte also in der ersten Nachkriegsdekade um 18.000 gelegen haben.

4. Der Bevölkerungsstand der Residenzstadt zu *Anfang des 17. Jahrhunderts* muß durch die bis 1650 eingetretenen demographischen Veränderungen im Dreißigjährigen Krieg erheblich über dem von 1650 liegen. Die in den Steuerbüchern verzeichneten Haushalte reduzierten sich von 4.100 bis 4.200 auf 2.577 (1651), d. h. um 38 %. Die jährliche Anzahl der Taufen und Beerdigungen sinkt von den 1620er Jahren gegenüber der Nachkriegsdekade um 14 bzw. 29 %. Die Auswertung der Zuwanderungszahlen ergibt zwar im Umfeld des Schwedeneinfalls und der anschließenden Pestkatastrophe ein kurzfristiges Anschwellen, dann sinken sie aber in absoluten Werten weit unter das Vorkriegsniveau ab, anteilmäßig an der Herdstättenzahl stagnieren sie etwa. Das kann jedoch nur bedeuten, daß die eingetretenen Verluste kaum durch entsprechend überproportionale Neubürgeraufnahmen kompensiert wurden, bzw. kompensiert werden konnten¹¹⁷, sondern die verbliebenen Haushalte lediglich einen mit der Vorkriegszeit proportionalen Zufluß erhielten. Völlig unklar ist das Verhältnis von in den Steuerbüchern verzeichneten Haushalten und Gesamthaushaltzahl Münchens. Wollten wir das belegte Verhältnis von um 1700 annehmen, so hätte es in München vor dem Dreißigjährigen Krieg etwa 6.400 Haushalte gegeben. Dies steht jedoch im Widerspruch zu den Geburten- und Sterbezahlen. Nach diesen – unter Annahme der bereits bekannten Reduktionsfaktoren – lag die Münchener Bevölkerung bei ca. 22.200 bzw. 19.600 in den 1620er Jahren. Da jedoch die Vermutung besteht, daß die Matrikeleinträge in dieser Zeit noch nicht vollständig sind, wäre hier wohl eine höhere Bevölkerungszahl möglich. Es ist aber auch zu berücksichtigen, daß der Personenkreis, der nicht der bürgerlichen Besteuerung unterlag und dem Hof zugehörte, um 1600 weit kleiner war, als das um 1700 der Fall war. Der gesamte Hofstaat wird zur Zeit des Schwedeneinfalls auf nicht mehr als 2.500 Personen geschätzt¹¹⁸, was bei einer Haushaltsgrößen von 4,5 Personen etwa 550 Herdstätten entspräche. In dem Herdstättenanlagsregister von 1731 finden sich dagegen schon 1.032 Haushalte unter kurfürstlicher Juris-

¹¹⁷ Vgl. Kap. IV.4.3.

¹¹⁸ Mauersberg, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 69.

diktion. Die Herdstättengröße muß vor dem Krieg bei 4,5 oder höher gelegen sein. Daraus errechnen sich bei den in den Steuerbücher festgestellten rund 4.200 Haushalten 18.900 Personen, die um die oben erwähnten 2.500 des Hofes erhöht werden müssen. München hätte zu diesem Zeitpunkt also eine Bevölkerungsstärke von mindestens 21.400 Menschen, zu der noch etwa 1.200 des geistlichen Standes kommen¹¹⁹, zusammen also mehr als 22.600. Hinzu kommen dann die in den Steuerbüchern ebenfalls nicht erfaßten bürgerlichen Haushalte, die aufgrund der besprochenen Differenzen zwischen Herdstättenanlagen und Steuerbüchern um 1700 auch für diese Periode anzunehmen sind.

5. Solleder berechnete für *München um 1500* eine Einwohnerstärke von 13.447. Für den Hof und die Geistlichkeit sind darin geschätzte 1.650 Personen enthalten. Die verbleibenden 11.797 Personen „Laienbevölkerung“ errechnete er aus den 2.145 im Steuerbuch dieses Jahres verzeichneten Haushaltsvorständen mit einem Faktor von 5,5¹²⁰. Auch wenn man an der ein oder anderen Annahme, die zu dieser Bevölkerungszahl führte, Veränderungen vornehmen wollte, würde dies jedoch wenig an dem starken Wachstum der Stadt im 16. Jahrhundert ändern.

Die hier angestellten Überlegungen der Münchener Gesamtbevölkerung ohne Militär zwischen 1500 und 1800 ergeben tabellarisch zusammengefaßt folgendes Bild:

Jahr	Bevölkerungs- zahl	Herdstätten	Herdstätten- größe	Reduktionsfaktor	
				Taufen	Beerdigungen
1500	13.500	mehr als 2150 ¹	5,5	—	—
1600– 1620	mehr als 23.000	mehr als 4.700	ca. 4,8	(27,2)	(29,3)
um 1650	18.000	4.000	4,5	29,4	26,2
um 1700	22.000– 24.500	4.500	4,9–5,4	29,2– 32,5	35,8– 39,9
1722	29.100	5.000	5,8	31,1	37,6
um 1780	35.000	7.000 (8.829)	5,0	29,5	35,7
1792	34.277				

Anm. 1: ohne Hofangehörige.

Je mehr Faktoren bzw. Quellen und Quellentypen wir zur Erörterung der Münchener Bevölkerungsgeschichte zwischen 1600 und 1800 herangezogen haben, desto unklarer wurde scheinbar das Bild. Dies ist richtig und falsch zugleich. Die vermeintliche Sicherheit, die die Analyse allein eines Quellentypus, z.B. der Steuerbücher bietet, führt besonders über einen derart langen Zeitraum in die Irre. Transkribierte und errechnete Zahlenwerte auf weißem Papier suggerieren eine Vergleichbarkeit, die über einen derart langen Zeitraum oftmals nicht

¹¹⁹ *Ebd.*

¹²⁰ *Solleder*, München im Mittelalter, 529–536.

gewährleistet ist. Dies gilt trotz umfangreicher Quellenkritik, da die Veränderungen in der Systematik wie auch in der Einstellung der Zeitgenossen zu bestimmten Phänomenen aus tabellarischen, quantifizierbaren Quellen oftmals nicht erkennbar sind. Deshalb sind parallele Untersuchungen mit anderen Quellen – sofern diese vorhanden sind – in der Frühen Neuzeit unerlässlich. Die hier für die demographischen Veränderungen durchgeführten Überlegungen werden auch bei den weiteren Analysen zur Gewerbeentwicklung und zur Vermögensstruktur von essentieller Bedeutung sein. Wir müssen sie entsprechend auch für die übrigen Beispielstädte durchführen.

3.3.2. Weilheim

Die Weilheimer Bevölkerungsentwicklung hat bisher noch keine Untersuchung erfahren. Dies ist um so verwunderlicher, da aus der Zeit des 16. bis 18. Jahrhunderts zahlreiche Steuerbücher erhalten sind, wie auch die Matrikeln, die für die Pfarrei Maria Himmelfahrt bereits 1633 einsetzen, für die kleiner Pfarrei St. Pölten dagegen erst um 1740. Eine Gesamtbevölkerungszahl ist erstmals aus der Dachsberg-Statistik bekannt: Die Stadt hatte danach 1771/81 eine Bevölkerungsstärke von *1.610 Personen*, 1794 wurden *1.933 Einwohner* gezählt.

Die Weilheimer Bevölkerung ist eine rein bürgerliche, d. h. es gibt keinen Einwohneranteil, der dem Hof zugehört und damit nicht in den Steuerbüchern erscheint. Anders als in München können wir also davon ausgehen, daß die

Weilheim: Haushaltszahlen nach Steuerbüchern, Herdstättenanlagen und Dachsberg-Statistik

Jahr	Haushalte nach	
	Steuerbüchern	Herdstättenanlagen und Dachsberg-Statistik (1771/81)
1573	403	
1579	371	
1580	382	
1585	429	
1589	440	
1602	478	
1603	466	
1617	546	
1624	553	
1638	414	
1643	427	
1650	368	
1700	384	
1715	406	
1717		498
1749		416
1759	391	
1778	367	
1771/81		393
1780	359	

(Quellen: StadtA Weilheim Stadtsteuerrechnungen; BayHStA GL Fasz. 4444 Nr. 151; BayHStA GR Fasz. 302b Nr. 46)

Steuerbücher alle Weilheimer Haushalte im Sinne der Steuerordnung erfassen. Die wenigen Hofschutzverwandten (1771/81 nur vier) können bei diesen Überlegungen ignoriert werden. Die Entwicklung der Haushalte erscheint nach den Steuerbüchern, den Herdstättenanlagen und der Dachsberg-Statistik folgendermaßen (s. Tabelle S. 155):

Mit Ausnahme des Rückgangs zwischen 1573 und 1579 um 32 Haushalte wächst die Herdstättenzahl kontinuierlich bis in die Krisenzeit des Dreißigjährigen Krieges von 371 (1579) auf 553 (1624). Dieser Stand wird bis zum Ende unseres Untersuchungszeitraums nie wieder erreicht. Der Verlust von 33% der Herdstätten zwischen 1624 und 1650 erscheint extrem hoch angesichts der Tatsache, daß durch direkte Feindeinwirkung nur 40 Personen in Weilheim getötet worden sein sollen¹²¹. Selbst die erhöhte Sterblichkeit infolge der Pestwellen (siehe unten) reicht als Erklärung nicht aus. Wir müssen also zusätzlich von einer gewissen Abwanderung aus der Stadt ausgehen.

Die Differenz zwischen den Haushaltszahlen aus dem Steuerbuch von 1715 und der Herdstättenanlage von 1717 um 92 Haushalte ist kaum aus einer wirklichen demographischen Veränderung in diesem Zeitraum zu verstehen, sondern beruht vielmehr auf ebenso unterschiedlichen Erhebungskriterien, wie wir sie bereits für München kennengelernt haben. In der Residenzstadt lagen die in den Steuerbüchern verzeichneten Haushalte etwa 40 % unter denen, die die Herdstättenanlage als bürgerliche Herdstätten bezeichnete. Hier in Weilheim liegt die Differenz bei „nur“ ca. 20 %.

Der Rückgang der Haushalte zwischen 1717 und 1749 läßt sich jedoch historisch erklären. Zum einen unterliegen beide Quellen denselben Erfassungskriterien, zum anderen wird in letzterer explizit auf die erstere Bezug genommen und für die doch signifikante Reduktion der Werte Stadtbrände verantwortlich gemacht. Von den drei Stadtbränden 1733, 1739 und 1744 waren insgesamt 127 Häuser (25 bzw. 11 bzw. 91) betroffen. Vermutlich sind diese jedoch nicht alle gänzlich zerstört worden, da 1749 bereits fast alle abgebrannten Häuser wieder bewohnt waren, mitunter mit einer geringeren Zahl an Herdstätten. Insgesamt standen in diesem Jahr sieben Gebäude öde¹²². Die Stadt hatte jedenfalls nach den Herdstättenverzeichnissen 1749 erst wieder etwa 84 % der Haushalte des Standes von 1717, nach den Steuerbüchern 1759 96 % des Standes von 1715. Die Steuerbücher von 1778 und 1780 wie die Dachsberg-Statistik zeigen ziemlich eindeutig, daß Weilheim im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts gerade so viele Haushalte zählte, wie nach dem Dreißigjährigen Krieg. Daß die Dachsberg-Statistik eine höhere Herdstättenzahl angibt als die Steuerbücher haben wir ja bereits für München kennengelernt und ist auch für Burghausen noch zu zeigen. Allein aus den Haushaltszahlen betrachtet, hat die Kleinstadt Weilheim also besonders durch den Krieg, dann aber auch durch die Stadtbrände Verluste erlitten, die sie bis um 1800 nicht mehr kompensieren konnte.

¹²¹ Nach „Beschreibung was die churfrl. statt Weilhaimb vnd ein ganze burgerschafft alda von ao. 1632 bis 1648 fur kriegsschäden erlitten haben thuet 150597 f 24 kh“ vom 17. 12. 1650: StadtA Weilheim Akte Dreißigjähriger Krieg.

¹²² Beide Herdstättenanlagen BayHStA GL Fasz. 4444/151. Zwischen 1717 und 1749 wurden nur drei Gebäude mit anderen zu größeren zusammengebaut; dies zeigt die Herdstättenanlage von 1749, die auf der Grundlage von der aus dem Jahre 1717 erstellt wurde.

Diese Ergebnisse sollen jetzt mit den Auswertungen der Matrikeln kontrastiert werden (siehe auch Graphik Nr. 2).

Weilheim: Zehnjahresdurchschnitte bei Geburten und Beerdigungen in der Pfarrei Maria Himmelfahrt 1633–1799

Jahre	Taufen	Beerdigungen		
		Gesamt	ohne Kinder	Kinder in %
1633–39	74,0	?	>34,0	?
1640–49	87,4	?	20,5	?
1650–59	61,1	?	17,7	?
1660–69	72,1	?	26,7	?
1670–79	80,8	?	40,5	?
1680–89	73,8	?	33,5 ¹	?
1690–99	66,1	> 39,1	> 27,6 ²	29
1700–09	77,0	49,3	30,0 ³	39
1710–19	67,2	38,4	29,3	24
1720–29	69,2	56,2	32,5	42
1730–39	73,2	75,2	35,7	47
1740–49	64,0	72,8	38,9	47
1750–59	54,3	?	28,3	?
1760–69	51,0	?	28,6	?
1770–79	41,5	?	23,6	?
1780–89	49,7	?	27,5	?
1790–99	56,4	?	29,6	?

Anm. 1: Durchschnitt nur aus acht Jahren gebildet. Anm. 2: Durchschnitt nur aus acht Jahren gebildet. Anm. 3: Durchschnitt nur aus vier Jahren gebildet.

(Quellen: StadtA Weilheim Taufmatrikel der kath. Stadtpfarrei Maria Himmelfahrt 1633–1709, 1709–1761, 1754–1814; Sterbematrikel der kath. Stadtpfarrei Maria Himmelfahrt 1633–1803; alle Bände in Fotokopie).

Weilheim: Zehnjahresdurchschnitte bei Geburten und Beerdigungen in der Pfarrei St. Pölten 1740–1799

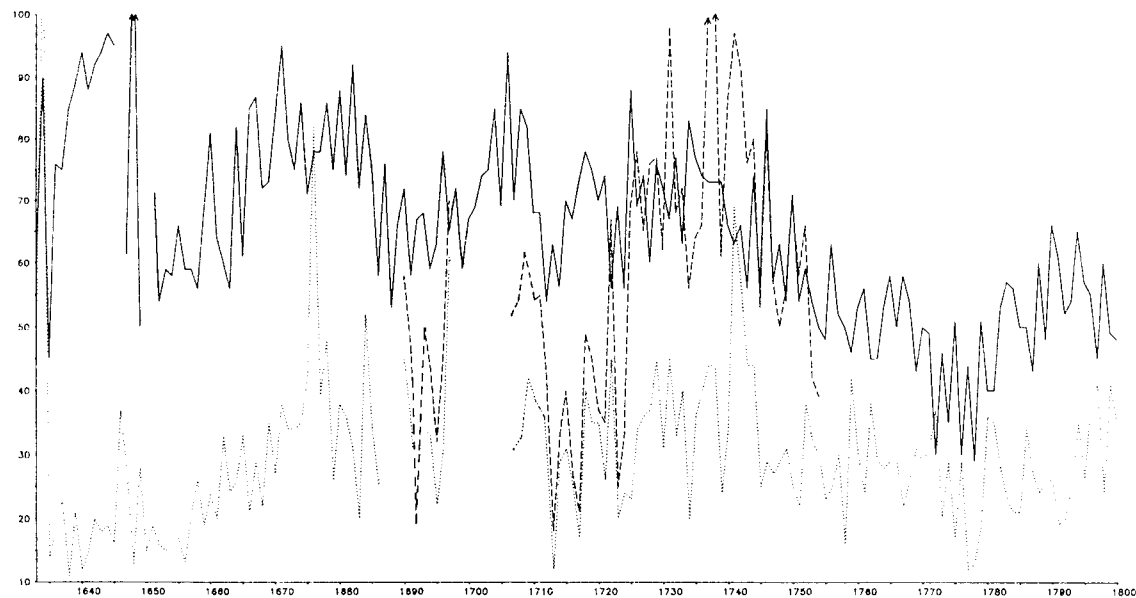
Jahre	Taufen	Beerdigungen (ohne Kinder)
1740–49	13,5	8,0
1750–59	12,2	5,6
1760–69	14,1	5,8
1770–79	10,0	5,0
1780–89	10,0	4,7
1790–99	10,9	5,3

(Quellen: StadtA Weilheim Stadtpfarrei St. Pölten Taufregister I 1736–1859; Stadtpfarrei St. Pölten Sterberegister 1736–1859; beide Bände in Fotokopie).

Eine Rekonstruktion der Weilheimer Bevölkerungsentwicklung aus den Matrikeln hat vor allem mit drei Problemen zu kämpfen. Zum einen schwanken die Tauf- wie die Beerdigungszahlen prozentual ganz erheblich, auch in Zeiträumen in denen eine historische Erklärung dafür nicht ersichtlich ist. Dies hat wohl hauptsächlich etwas mit den geringen statistischen Größen zu tun. Zum anderen sind die Matrikeln der zweiten Pfarrei der Stadt, St. Pölten, erst seit 1736 überliefert, was für die frühere Zeit zur Rekonstruktion der Gesamtzahlen ein anteils-

Taufen und Beerdigungen der Pfarrei Maria Himmelfahrt Weilheim 1633–1800

— Taufen
 - - - Beerdigungen (mit Kindern)
 Beerdigungen (ohne Kinder)



Graphik 2

mäßiges „Hochrechnen“ nach den bekannten Verhältnisse ab 1740 (wegen der Dekandendurchschnitte) notwendig macht, wodurch die Ergebnisse aber hypothetischer werden. Darüber hinaus ist der Anteil der Kindersterblichkeit nur für einen kleineren Teil unseres Untersuchungszeitraums feststellbar. Davon sind die beiden Dekaden von 1690–1709 viel zu lückenhaft bzw. sind zu wenige Jahre überliefert, als daß hierfür verlässliche Werte zu erwarten wären. Überraschend ist auch der Anteil der Kinder an den Beerdigungen 1710–19 mit nur 24 %. Ein extrem niedriger Wert, der a priori – ohne daß hierfür ein Beweis erbracht werden könnte – als zu niedrig erscheint, so daß auf ihm wohl keine weiteren Schlußfolgerungen aufgebaut werden sollten. Verbleiben drei Dekaden, die für die weitere Bearbeitung in dieser Frage als verlässlich anzusehen sind und zwischen 42 und 47 % Kindersterblichkeit angeben. Der Mittelwert, der bei ca. 45 % liegt, soll für die weiteren Überlegungen als Grundlage dienen. Will man nicht auch ihm die Aussagekraft absprechen, so muß davon ausgegangen werden, daß in der Kleinstadt Weilheim die Kindersterblichkeit deutlich unter der der Residenzstadt lag. Ausgehend von diesen Vorbemerkungen kann nun die Interpretation der Weilheimer Geburts- und Sterbezahlen durchgeführt werden.

Laut Dachsberg-Statistik lebten 1771/81 – wie bereits erwähnt – 1.610 Menschen in der Landstadt. In der Dekade von 1770–79, in der die Weilheimer Zahlen erhoben wurden, sind in beiden Pfarreien jährlich durchschnittlich 51,5 Tauen und 28,6 Erwachsenenbeerdigungen verzeichnet. Die Gesamtbeerdigungen unter Einbeziehung der angenommenen 45prozentigen Kindersterblichkeit liegen damit bei 52,0, was Geburten- und Sterbeziffern von 32,0 bzw. 32,3 Promill entspricht. Für 1794 (1.933 Einwohner) bzw. die entsprechende Dekade ergeben sich Werte von 34,8 und 32,8. Inwieweit diese Werte für den Gesamtzeitraum gültig sind, muß überprüft werden. Dies ist durch einen Vergleich der Tauen mit den Beerdigungen möglich. Hierfür werden die unvollständigen bzw. nicht verlässlich erscheinenden Zeitabschnitte 1633–39 und 1690–1719 nicht berücksichtigt. In der Pfarrei Maria Himmelfahrt stehen danach in den verbleibenden 130 Jahren 8.345 Geburten 7.069 Beerdigungen (sofern nicht bekannt, wurde wiederum von einer 45prozentigen Kindersterblichkeit ausgegangen) gegenüber, in St. Pölten sind es zwischen 1740 und 1799 707 Geburten gegenüber 625 Beerdigungen. Damit liegt der Geburtenüberschuß bei 18 bzw. 13 %. Die Geburtsziffer der Dekade von 1770–79, die mit Hilfe der in der Dachsberg-Statistik angegebenen Bevölkerungszahl errechnet wurde, war dagegen in etwa mit der Sterbeziffer identisch, 1794 der Geburtenüberschuß geringer als die rekonstruierten Werte. Damit ist davon auszugehen, daß für den gesamten Untersuchungszeitraum die Weilheimer Vitalstatistik doch erheblich von der der Residenzstadt abweicht. Der Vergleich der absoluten Werte wie der Geburts- und Sterbeziffern ergibt in der Kleinstadt einen relativ großen Anteil der Bevölkerung, der im Laufe seines Lebens abwanderte, bzw. abwandern mußte. Anders dagegen die Residenzstadt, die sich durch eine negative Bevölkerungsbilanz auszeichnet und damit auf Zuwanderung angewiesen war. Entsprechend höher sind dort auch die Neubürgeranteile an der Gesamtbevölkerung¹²⁵.

Wie sieht nun die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung Weilheims aus? Die einzige belegte durchschnittliche Herdstättengröße ist die von 1771/81, wobei sich bei 1.610 Einwohnern und 393 Herdstätten ein Wert von 4,1 ergibt. Da die

¹²⁵ Vgl. Kap. IV.4.3. und IV.4.4.

Steuerbücher von 1778 wie 1780 und die Dachsberg-Statistik etwa gleichzeitig entstanden, ihre Herdstättenzahlen jedoch um 7 bzw. 9 % voneinander abweichen, nehmen wir parallel zu dem Münchener Fall an, daß die Steuerbücher einen gewissen Anteil der Bevölkerung mit Haushalten nicht beinhalten. Zur Rekonstruktion der Einwohnerzahlen Weilheims gehen wir also von der Hypothese aus, daß dies für den gesamten Untersuchungszeitraum zutrifft. Damit ergibt sich aber bei den Steuerbüchern ein Faktor von 4,4–4,5, um auf adäquate Bevölkerungszahlen zu kommen. Er wird bei den folgenden Überlegungen den Herdstättenzahlen dieses Quellentypus' zugrunde gelegt. Aus dem Vergleich der Herdstättenzählung von 1717 mit dem Steuerbuch von 1715 ist davon auszugehen, daß erstere Quellenart um ca. 20 % mehr Haushalte angibt als ein entsprechendes Steuerbuch. Auch dies wird im folgenden entsprechend zu berücksichtigen sein. Bei den Geburten- und Sterbeziffern können wir nicht annehmen, daß die mit Hilfe der Bevölkerungszahl von 1771/81 ermittelten Werte auch für den Gesamtzeitraum zutreffen, da die Taufen ansonsten meist gegenüber den Beerdigungen überwiegen, genau in der Dekade von 1770–79 jedoch in etwa Parität herrschte. Dennoch ist zunächst von Geburts- und Sterbeziffern von 32,0 bzw. 32,3 auszugehen, um überhaupt einen gewissen Überblick über die Wahrscheinlichkeit von Bevölkerungsangaben zu erhalten, die mit dieser Methode berechnet werden. Sofern nicht bekannt, wird der Anteil der Kindersterblichkeit mit 45 % zugrunde gelegt. Der nachfolgende erste Rekonstruktionsversuch der Bevölkerungszahlen Weilheims beruht nun auf der Zusammenführung dieser Überlegungen zu den Haushaltsgrößen und zu den Reduktionsfaktoren (s. Tabelle S. 161).

Bereits auf den ersten Blick ist erkennbar, daß die Bevölkerungsberechnungen, die von den aus der Dachsberg-Statistik hervorgehenden Berechnungsfaktoren abgeleitet sind, ein völlig unklares Bild bieten. Zwischen Einwohnerzahlen, die mit Hilfe der Herdstättengröße 4,4 errechnet wurden, klafft eine weite Kluft zu denen, die mit Hilfe der beiden Reduktionsfaktoren aus den Matrikelwerten ermittelt wurden. Auch zwischen den Zahlen, die auf der Geburtsziffer 32,0 beruhen, und denen, die mit der Sterbeziffer 32,3 berechnet wurden, findet sich ein Unterschied bis um mehr als das Doppelte. Ursache sind hierfür in Weilheim besonders die kleinen statistischen Größen, die erheblich größeren prozentualen Schwankungen unterliegen als in der Residenzstadt, darüber hinaus die vielen fehlenden Matrikelangaben von St. Pölten vor 1740 sowie die großen Lücken in den Kindersterblichkeitswerten in den meisten Dekaden. Hinzu kommt noch der Mangel an Quellen, die für frühere Zeiten die Korrektur der Faktoren ermöglichen, die ja lediglich auf den Einwohnerzahlen der Dachsberg-Statistik beruhen. Die demographische Entwicklung der Kleinstadt Weilheim läßt sich deshalb nur ganz hypothetisch rekonstruieren, wobei im folgenden die Ergebnisse des obigen ersten Versuchs kombiniert werden mit folgenden Annahmen:

1. Die Haushaltsstärken sind sicher nicht über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg konstant, sondern in Friedenszeiten vermutlich größer als unmittelbar nach Kriegen oder anderen demographischen Katastrophen.
2. Die Geburts- und Sterbeziffern sind dahingehend zu korrigieren, daß – wie bereits gezeigt – in Weilheim üblicherweise das Niveau der Taufen über dem der Beerdigungen lag.

(Kursiv sind jeweils die Angaben, die aus den Quellen direkt zu ermitteln waren, die übrigen Zahlen sind nach den oben genannten Berechnungskriterien ermittelte Werte.

Die absoluten Tauf- und Beerdigungszahlen wurden nicht erneut aufgenommen und können in obenstehender Tabelle abgelesen werden; für die Dekaden vor 1740, in denen keine Matrikeln für St. Pölten überliefert sind, wurde für Taufen und Beerdigungen dieser Pfarrei zu den bekannten von Maria Himmelfahrt 20 % hinzuaddiert; die Kindersterblichkeit ist mit 45 % angenommen, sofern diese nicht in den Sterbebüchern angegeben ist.)

Jahr/e	Bevölkerungs- zahl	Haushalte nach		Berechnung aus den Matrikeln
		Steuerbüchern ¹	Herdstättenanlagen ² sowie Statistik von Dachsberg	
1573	1.773	403		
1579	1.632	371		
1602	2.103	478		
1624	2.433	553		
1638	1.822	414		
1633–39	2.297–2.775			x
1650	1.619	368		
1640–49	1.385–3.277			x
1650–59	1.195–2.291			x
1700	1.690	384		
1690–99	2.479/?			x
1700–09	1.831–2.888			x
1715/17	1.786	406	498	
1710–19	1.427–2.520			x
1749	1.464		416	
1740–49	2.422–2.502			x
1759	1.720	391		
1778	1.615	367		
1771/81	1.610		593	
1780	1.580	359		
1794	1.933			

Anm. 1: Herdstättengröße von 4,4 Personen zugrunde gelegt. Anm. 2: Wie Anm. 1, jedoch um 20 % gemäß den Vorüberlegungen auf S. 160 reduziert.

- Die größere Bedeutung kommt den Taufziffern gegenüber den Beerdigungsziffern zu. Diese Annahme beruht auf der Beobachtung, daß erstere grundsätzlich nicht so großen Schwankungen unterliegen wie letztere, aber auch darauf, daß für Weilheim besonders bei den Beerdigungen sehr viele Werte durch Schlußfolgerungen von Angaben in anderen Zeitabschnitten ergänzt werden mußten.
- Die Haushaltsgrößen unterliegen mit Berücksichtigung der Unterschiede der Quellentypen wohl weniger großen statistischen „Ausreißern“ als die Matrikelangaben.

Daraus ergibt sich folgende hypothetische Bevölkerungsentwicklung Weilheims:

1575	1.800
1579	1.650
1602	2.200
1624	2.500
1650	1.600
1700	1.800
1750/60	1.800–1.900
1771/81	1.610
1792	1.935

Diese Zahlen bedürfen noch einiger Erläuterungen:

1575–1624: Die Einwohnerzahlen wurden gegenüber den in dem ersten Rekonstruktionsversuch errechneten etwas erhöht, da durch die lange Friedenszeit und das starke allgemeine Bevölkerungswachstum dieser Zeit auch höhere Haushaltsgrößen anzunehmen sind.

Zu 1650: In der Forschung wurde beobachtet, daß in Zeiten hoher Sterblichkeit auch die Geburtsraten anschwellen; die hier mit Hilfe des Reduktionsfaktors 32,0 von 1771/81 aus den Geburten errechnete Bevölkerungszahl muß schon deshalb als zu hoch angesehen werden. War doch entgegen der Hungerzeit um 1770 um 1650 keine derartige Katastrophenperiode. Außerdem ist wohl kaum wahrscheinlich, daß nach der Pestkatastrophe von 1634 die Bevölkerung der Stadt weit über dem Vorkriegsniveau lag. Denkbar ist jedoch, daß sich in der Stadt noch Flüchtlinge aufhielten, die nicht zur Bürgerschaft gehörten, aber die Geburtenrate erhöhten¹²⁴. Umgekehrt dürften die Sterberaten niedriger gelegen haben als sonst, da die Gebrechlichen und Alten durch die Pest wohl leichter hinweggerafft worden waren, d.h. das Potential aus natürlichen Gründen Sterbender jetzt kleiner war.

Um 1700: Die Matrikelwerte tendieren eindeutig zu einem höheren Ansatz als der aus einer Haushaltsgröße von 4,5 zu errechnende. Auch ist aufgrund der allgemeinen Bevölkerungserholung eine wachsende Personenzahl pro Herdstätte anzunehmen.

Um 1750/60: Trotz Stadtbränden dürfte die Bevölkerungszahl zumindest der um 1700 wieder entsprochen haben. Die Haushaltszahlen der Steuerbücher wie der Vergleich der Matrikelwerte legen dies nahe.

Um 1780: Die Haushalte in den Steuerbüchern sind gegenüber der Mitte des Jahrhunderts wieder abgesunken, ebenfalls die entsprechenden Werte der Matrikel. Die Bevölkerungsentwicklung hat also von 1750 bis 1780 eine negative Bilanz. Für 1771/81 ist erstmals eine sichere Einwohnerzahl (1.610) belegt.

1794: Das starke Wachstum seit 1771/81 erklärt sich auch aus der etwas höheren Geburtenziffer in dieser Zeit und dem stark gestiegenen Zuzug von außen¹²⁵.

¹²⁴ Nach einem Bericht des Magistrats vom 30. 3. 1648 befanden sich in der Stadt zu dieser Zeit 40 Personen „Landtvolckh“, die hierher geflohen waren, hauptsächlich Alte, Frauen und Kinder. Es wären ursprünglich mehr gewesen, wegen der Schweden seien viele jedoch über die Loisach und die Isar ins Oberland geflohen: BayHStA Kurbayern Äußeres Archiv 3008, fol. 94.

¹²⁵ Vgl. Kap. IV.4.4.

3. 3. 3. Burghausen

War die Weilheimer Bevölkerungsrekonstruktion nur mit äußersten Schwierigkeiten und schließlich doch nur sehr hypothetisch möglich, so verstärken sich diese Probleme noch in dem Rentamtssitz Burghausen. Besonders schwerwiegend ist dabei das Fehlen von Quellen, die für die Zeit vor 1690/91 uns eine Vorstellung der Haushaltszahlen geben könnten. Selbst dieser älteste Beleg¹²⁶ stellt dabei nur eine indirekte Angabe dar. Die Stadt hatte sich nämlich geweigert, einem kurfürstlichen Befehl wie die übrigen Städte und Märkte des Rentamtes Folge zu leisten, die Zahl der Bürger, Inwohner, Witwen und Witwer (jeweils nur Haushaltsvorstände) anzugeben. Als Begründung wurde dabei angegeben, man sei eine Hauptstadt, damit vom rentmeisterlichen Umritt befreit, und deshalb könne der Stadt ein solcher Auftrag nicht zugemutet werden¹²⁷. Woher die Ergebnisse schließlich doch kamen, geht aus der Quelle nicht hervor. Für die folgende Zeit bis 1800 sind neben der Dachsberg-Statistik einige Herdstättenanlagsbücher und Servisrechnungen erhalten, jedoch kein einziges Stadtsteuerbuch. Vor 1690 läßt sich in Burghausen nur mit Hilfe der Matrikeln „vorstoßen“, die seit 1641 überliefert sind. Die früheste überlieferte Bevölkerungszahl entstammt wie in Weilheim der Dachsberg-Statistik von 1771/81: 1.855 Menschen. 1794 waren es dann 2.042 Einwohner¹²⁸.

Durch seine Funktion als Rentamtssitz finden sich in Burghausen auch verschiedene Personen, die der kurfürstlichen und nicht der bürgerlichen Jurisdiktion unterstanden. Ähnlich wie für die Residenzstadt muß also ein Rekonstruktionsversuch der Bevölkerungsentwicklung dies berücksichtigen, insbesondere sind die Quellen darauf zu prüfen, welchen Personenkreis sie beschreiben und welchen nicht. Am eindeutigsten sind dabei die Servisrechnungen. Sie entsprechen in ihrem Inhalt etwa den Steuerbüchern, wie sie uns bereits aus München bekannt sind, zeigen also fast ausschließlich die bürgerliche Bevölkerung. 1715 werden noch 17 Hausbesitzer unter Regimentsschutz mit verzeichnet, die aber klar identifizierbar sind und so von der bürgerlichen Bevölkerung abgerechnet werden können¹²⁹. Letztere erfährt nach diesem Quellentyp zwischen 1693 und 1755 folgende Haushaltszahlenentwicklung:

Burghausen: In den Servisrechnungen verzeichnete bürgerliche Herdstätten

Jahr	Herdstätten
1693	347
1715	347 ¹
1755	286

Anm. 1: Dazu kamen noch 17 Hausbesitzer unter Regimentsschutz.

(Quellen: StadtA Burghausen Servis-Rechnungen)

¹²⁶ BayHStA GL Fasz. 448 Nr. 5.

¹²⁷ Vgl. S. 58.

¹²⁸ Hazzi, Statistische Aufschlüsse I, Tafel E.

¹²⁹ Im Schloß befanden sich 1721 insgesamt 35 Herdstätten: BayHStA GL Fasz. 421 Nr. 100.

Diese Servisrechnungen können neben der bereits erwähnten Zählung von 1690/91 ergänzt werden durch diverse Herdstättenanlagsbücher (hier verwendet die von 1719, 1762, 1785 und 1801) und die Dachsberg-Statistik. Letztere zwei Quellen geben auch Aufschluß über den Herdstättenanteil unter kurfürstlicher Jurisdiktion:

Burghauser Haushaltszahlen nach den Herdstättenanlagen und der Dachsberg-Statistik von 1771/81

(in Klammern der nicht enthaltene „Abgang“ der Hauseigentümer)

Jahr	Herdstätten	davon unter	
		kurfürstlicher	bürgerlicher
		Jurisdiktion	
1690/91	?	?	371
1719	429	47	382
1762	468 (95)	64 (38)	404 (57)
1771/81	408	74 ¹	334
1785	430 (75)	48	382
1801	375 (65)	26 ²	349

Anm. 1: 22 Regierungsräte, 27 kurf. Kanzleiverwandte, 11 kurf. u. landschaftliche Beamte, 9 Adelige, 5 ständische Schreiber. Anm. 2: Nur Hauseigentümer, keine Inwohner.

(Quellen: 1690/91: BayHStA GL Fasz. 448 Nr. 5 (= Aufstellung der Bürger, Inwohner, Witwen und Witwer im Rentamt Burghausen auf kurf. Befehl vom 20.12.1690); 1719: BayHStA GL Fasz. 421 Nr. 100; 1762, 1785, 1801: StadtA Burghausen Herdstättenbeschreibungen)

In den beiden Übersichten bestätigen sich im Vergleich annähernd die Zahlen am Ende des 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts, zwischen der Servisrechnung von 1755 mit 286 Haushalten und der Herdstättenanlage von 1762 mit allein 404 Haushalten unter bürgerlicher Jurisdiktion ist jedoch ein derart eklatanter Widerspruch, der – wie auch die folgenden Geburts- und Sterbezahlen belegen – durch eine historische Erklärung nicht zu lösen ist (siehe Graphik Nr. 3).

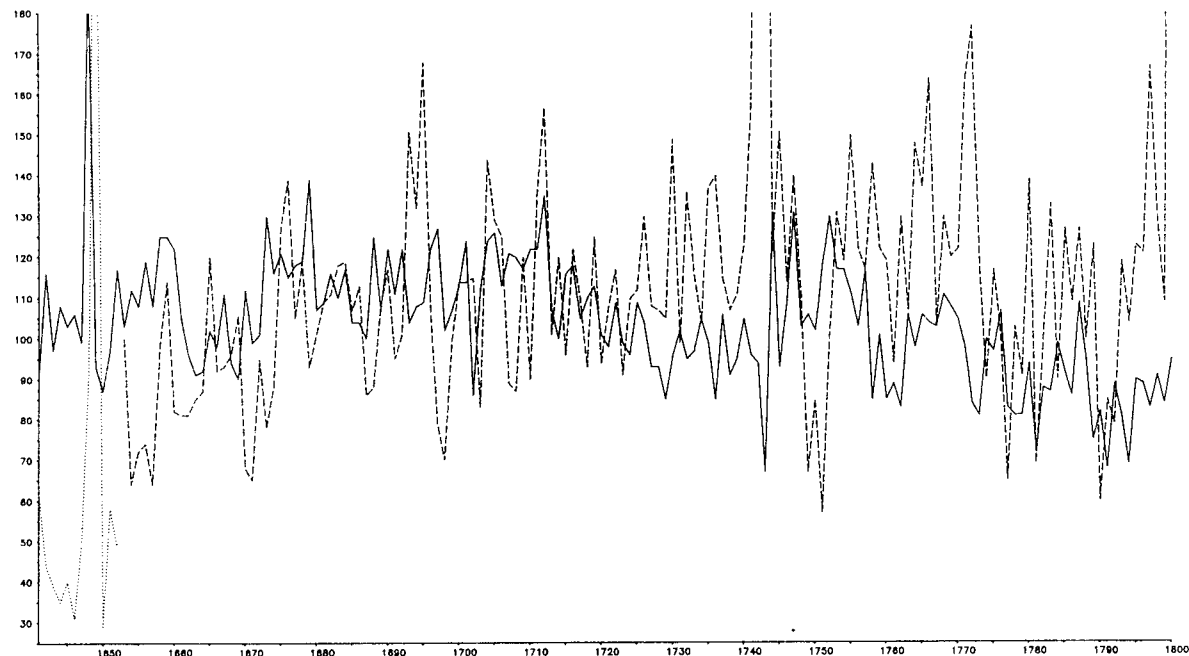
Bevor ein Rekonstruktionsversuch der Burghauser Bevölkerungsentwicklung durchgeführt werden kann, soll noch der Anteil der Kindersterblichkeit in dem Rentamtssitz bestimmt werden. Die Burghauser Matrikeln weisen aus: 1744–47 von 526 Sterbefällen sind 289 Kinder = 55 %, 1763–1772 (ohne 1768) von 1241 Sterbefällen 600 Kinder = 48 %, 1776–82 von 669 Sterbefällen 275 Kinder = 41 %, 1797–99 von 405 Sterbefällen 182 Kinder = 45 %. Da der erste und der letzte Zeitraum lediglich sehr kurze Intervalle umfaßt, kommt den beiden mittleren ein größeres statistisches Gewicht zu. Die hier ermittelten Werte 41 bzw. 48 % lassen es legitim erscheinen, in Burghausen wie schon in Weilheim von einer etwa 45prozentigen Kindersterblichkeit auszugehen. Für die neun Jahre 1641–49 kann so die durchschnittliche jährliche Gesamtsterblichkeit ergänzt werden.

In der Zeit von 1641–1799 stehen insgesamt 16.537 Taufen 18.042 Beerdigungen gegenüber. Die Vitalstatistik zeigt also eine negative Bilanz – wie schon für München gezeigt und aus Landsberg ebenfalls bekannt¹⁵⁰ –, was allerdings

¹⁵⁰ Vgl. Kap. IV. 3.3.1.

Taufen und Beerdigungen der Pfarrei St. Jakob in Burghausen 1641–1800

— Taufen
 Beerdigungen (ohne Kinder)
 - - - - - Beerdigungen (mit Kindern)



Graphik 3

(In spitzen Klammern die rekonstruierte Gesamtsterblichkeit unter Annahme einer 45prozentigen Kindersterblichkeit)

Jahre	Taufen	Beerdigungen	
		gesamt	ohne Kinder
1641–49	111,2	(129,5)	71,2
1650–59	110,1	77,0	
1660–69	100,1	92,3	
1670–79	117,0	97,7	
1680–89	109,9	106,0	
1690–99	115,4	111,9	
1700–09	115,6	112,0	
1710–19	114,8	115,0	
1720–29	98,7	108,2	
1730–39	97,1	121,4	
1740–49	105,5	170,1	
1750–59	110,1	114,7	
1760–69	99,3	125,2	
1770–79	91,7	114,7	
1780–89	89,7	111,8	
1790–99	82,6	109,6	

Anm. 1: Uneheliche Geburten in Burghausen: 1751–59 (ohne 1752) von 869 Geburten 58 unehelich = 7 ‰; 1760–69 von 993 Geburten 63 = 6 ‰; 1770–79 von 917 Geburten 85 = 9 ‰; 1780–89 von 897 Geburten 96 = 10,7 ‰; 1790–92 von 239 Geburten 24 = 10 ‰.

(Quellen: Bistumsarchiv Passau Pfarrbücher Burghausen 1–8, 20, 46)

noch differenziert werden muß. Mit Ausnahme der Kriegsjahre 1641–49 überwiegen die Taufen gegenüber den Sterbefällen bis in die erste Dekade des 18. Jahrhunderts, besonders deutlich in der unmittelbaren Nachkriegszeit von 1650–59. Erst seit 1710 wendet sich dieses Verhältnis, und in keiner nun folgenden Dekade erreicht die jährliche durchschnittliche Taufenzahl den Wert der Beerdigungen. Dies bedeutet jedoch, daß seit dieser Zeit auch eine negative Bevölkerungsbilanz feststellbar sein muß, da die Einbürgerungen die niedrigen Taufzahlen nicht ausgleichen konnten. In den Dekaden von 1710–99 lagen nämlich die jährlichen durchschnittlichen Einbürgerungsfälle nur zwischen 6,1 und 9,6¹⁵¹. Besondere Katastrophenjahre im Berichtszeitraum der Matrikeln waren 1649 und 1742/43. Im Jahr nach Beendigung des Dreißigjährigen Kriegs starben hauptsächlich an den Folgen der Pest mindestens 250 Erwachsene, wobei ein Vermerk im Sterbebuch besagt, daß es noch „viel“ mehr gewesen seien – insbesondere im Holzfeld. Bei dem für die spätere Zeit unterstellten Kindersterb-

¹⁵¹ 1700–09 jährlich durchschnittlich 7,2 Einbürgerungen, 1710–19 6,1, 1720–29 6,9, 1730–39 7,9, 1740–49 9,6. 1750–59 7,1, 1760–69 6,7, 1770–79 7,7, 1780–89 7,3, 1790–99 6,9; ermittelt nach *Asboeck*, Bürgerrechtsbücher; die hier auch aufgeführten Verleihungen von Gerechtigkeiten an Personen, die bereits Bürger waren, blieben selbstverständlich unberücksichtigt.

lichkeitsanteil von 45 % der Beerdigungen wären das etwa 455 Tote. In dieser Dekade (1641–49) lagen die Beerdigungen sonst bei 31 bis 92 gestorbenen Erwachsenen pro Jahr, wobei das Jahr 1648 mit 92 auch bereits eine überproportionale Sterblichkeit anzeigt. In den Jahren 1742 und 1743 starben dann 275 bzw. 443 Menschen (incl. Kinder) gegenüber sonst 67 bis 156 in dieser Dekade. Diese Spitzenwerte gehen auf den Österreichischen Erbfolgekrieg zurück, in dem die Stadt dreimal von österreichischen Truppen erobert bzw. besetzt und ebensooft entsetzt wurde. Darüber hinaus kam es zu verschiedenen Beschießungen Burghausens durch die fremden Truppen. Der tatsächliche Verlust an Menschenleben unter der Stadtbevölkerung und an der Bausubstanz läßt sich nicht beziffern¹³².

Eine Erholung nach dem Erbfolgekrieg konnte die Stadt kaum mehr erwarten. Die Abtretung des Innviertels an Österreich 1779 bedeutete schließlich noch den Verlust eines wichtigen Absatzmarktes des städtischen Gewerbes, wie auch Einzugsgebiets für die Märkte. 1789 beschreibt der Magistrat, daß deshalb „dermahlen alles abgeschnitten ist, und alles gewerb aufgehöret hat, welchertwegen auch bereits alhier mehrer gerechtigkeiten und häuser wirklich vnbesorgt stehen, so niemand erkauffen und sich hierauf ansässig machen wolle“. Burghausen werde deshalb in einigen Jahren einem Marktflecken mehr als einer Hauptstadt gleichen¹³³.

Inwieweit läßt sich nun angesichts dieser Quellenlage die Bevölkerungsentwicklung Burghausens rekonstruieren? Die Dachsberg-Statistik gibt für 1771/1781 1.855 Einwohner in 408 Haushalten an, was 4,5 Personen pro Herdstatt entspricht. In der Dekade 1770–79 wurden jährlich durchschnittlich 91,7 Menschen geboren und starben 114,7. Daraus ergibt sich eine Geburtenziffer von 49,4 und ein Sterbeziffer von 61,8 Promill. Für 1792, in dem 2.042 Menschen in Burghausen gelebt haben sollen, errechnet sich mit den entsprechenden Vitalstatistikwerten der Dekade von 1790–99 eine Geburtenziffer von 40,5 und eine Sterbeziffer von 54,8. Selbst diese niedrigeren Reduktionsfaktoren liegen noch weit über den bisher immer wieder verwendeten Werten, lassen sich jedoch auch in Einklang bringen mit den in Weilheim zu bestimmten Zeiten weit ausbrechenden Werten. Wie in Weilheim erschwert aber gerade diese geringe Konstanz der Reduktionsfaktoren eine gesicherte Ermittlung von Bevölkerungsentwicklungen. Der folgende erste Rekonstruktionsversuch geht nun von den niedrigeren Reduktionsfaktoren und der Herdstättengröße von 4,5 Personen aus. Darüber hinaus werden die Haushaltszahlen der Servisrechnungen um 15 % erhöht, da dieser Anteil etwa den in diesem Quellentyp nicht enthaltenen Herdstätten unter kurfürstlicher Jurisdiktion entspricht (siehe die Tabelle auf S.164 in diesem Kapitel):

¹³² Huber, Burghausen, 305–318.

¹³³ StadtA Burghausen Akten 48.

(Kursiv sind jeweils die Angaben, die aus den Quellen direkt abzulesen waren, die übrigen Zahlen sind nach den oben genannten Berechnungskriterien ermittelte Werte)

	Bevölkerungszahl	Haushalte	Berechnung aus den Matrikeln
1641–49	2.363–2.746	–	x
1650–59	1.405–2.719	–	x
1693	1.796	599	
1690–99	2.041–2.800		x
1755	1.480	529	
1750–59	2.093–2.719		x
1762	2.106	468	
1760–69	2.285–2.452		x
1771/81	1.855	408	
1770–79	2.093–2.264		x
1792	2.042	?	
1790–99	2.000–2.040		x

Die hier – wie bereits in Weilheim beobachtet – extrem abweichenden bzw. variierenden Ergebnisse sollen nun auch für Burghausen unter denselben Annahmen wie für Weilheim zu einer hypothetischen Bevölkerungsentwicklung verschmolzen werden:

Hypothetische Bevölkerungsentwicklung Burghausens

1600	2.500 oder mehr
1640	2.000
1650	1.800
1693	2.000
1755	2.000 (?)
1762	2.200
1771/81	1.855
1792	2.042

5. 5. 4. *Trostberg*

Von dem kleinen Markt Trostberg sind bisher die meisten exakten Bevölkerungszahlen unter den oberbayerischen Städten in unserem Untersuchungszeitraum bekannt¹³⁴. Bereits aus dem Jahre 1679 existiert eine sehr genaue Beschreibung der Einwohner, wobei alle Personen jedes Haushalts (Vorstände, Ehefrauen, Kinder, Gesellen, Gesinde, im Haushalt lebende Elternteile) erfaßt sind. Insgesamt werden 926 Einwohner aufgeführt¹³⁵. Im ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert sind folgende Bevölkerungszahlen überliefert: 1771/81 (Dachsberg-Statistik) 684, 1794 809, 1806¹³⁶ 670 oder 714. 1809/10

¹³⁴ Vgl. Hoffmann, Trostberg, 40–45.

¹³⁵ StadtA Trostberg XI 1; zu dieser Quelle vgl. S. 141, 176 f.

¹³⁶ StadtA Trostberg XI 4.

Montgelas-Statistik) 666. Eine genauere Untersuchung dieser Zahlen legt den Verdacht nahe, daß der Wert von 1794 zu hoch sein könnte¹⁵⁷. Der Markt hatte also einen Bevölkerungsrückgang von ca. 25 % zwischen 1679 und dem ausgehenden 18. Jahrhundert zu verzeichnen, will man dem Wert von 1794 Glauben schenken, immer noch von ca. 12 %.

Die Herdstättenentwicklung läßt sich für Trostberg seit dem beginnenden 16. Jahrhundert verfolgen. Wie bereits aus den anderen Beispielstädten bekannt, spielt auch hier die Berücksichtigung des Quellentypus eine wichtige Rolle.

Trostberg: Herdstättenzahlen nach unterschiedlichen Quellen

Jahr	Herdstätten	Quelle
1513	149	Musterungsregister
1524	131	Musterungsregister
1553	133	Steuerbuch
1579	143	Musterungsregister
1583	145	Musterungsregister
1595	147	Musterungsregister
1610	119	Musterungsregister
1620	158	Musterungsregister
1679	175	Bevölkerungsbeschreibung
1682	151	Defensionssteuerliste
1690/91	156	Bürger/Inwohner Zählung im RA Burghausen ¹⁵⁸
1717	208	Herdstättenanlagsregister
1771/81	154	Dachsberg-Statistik
1798	151	Hazzi, Statistische Aufschlüsse
1807	135	Bürgermilitärregister
1809/10	206	Montgelas-Statistik

(Quellen: 1513, 1524, 1579, 1583, 1595, 1620, 1682: StadtA Trostberg Schützensachen; 1553: StadtA Trostberg B 15; 1610: StAM GL Fasz. 4192 Nr. 88; 1679 StadtA Trostberg XI 1; 1690/91: BayHStA GL Fasz. 448 Nr. 5; 1717: BayHStA Staatsverwaltung Nr. 1888; 1771/81: BayHStA GR Fasz. 302 Nr. 47; 1798: Hazzi, Statistische Aufschlüsse III. 684; 1807: StadtA Trostberg XIV 10; 1809/10: BStB Cgm 6844 ff.)

Da mit Ausnahme des Herdstättenanlagsregisters von 1717 diese Quellen bereits eine genaue Betrachtung erfahren haben¹⁵⁹, genügt es hier neben der Zusammenfassung der bereits bekannten Ergebnisse einige auch im überörtlichen Kontext wichtige und vergleichbare Quellenprobleme anzusprechen. Zunächst ist jedoch die in der früheren Untersuchung nicht berücksichtigte Quelle von 1717 zu betrachten. Wie bereits in München, Weilheim und weniger signifikant auch in Burghausen festgestellt, werden in den Registern für die neue Herdstättensteuer verhältnismäßig mehr Haushalte gezählt als in den meisten anderen Quellentypen. In Trostberg haben wir mit der Bevölkerungsbeschreibung von 1679 eine zeitlich zumindest weitgehend vergleichbare Quelle, da in der Zwischenzeit keine größeren Bevölkerungsveränderungen feststellbar sind

¹⁵⁷ Hoffmann, Trostberg, 42.

¹⁵⁸ Vgl. S. 176f.

¹⁵⁹ Hoffmann, Trostberg, 40–44.

(vgl. unten die Tauf- und Beerdigungszahlen). In diesem Jahr wurden 175 Haushalte gezählt, darüber hinaus sind aber auch noch 25 Witwen verzeichnet, die nicht den übrigen Herdstätten angehörten. Sie sind unter der Überschrift „Verwitbte Inwohnerinnen“ zusammengefaßt und lebten meist allein, verschiedene aber auch zusammen mit Kindern. Insgesamt haben wir es also 1679 mit 198 Haushalten zu tun. Die Zahl liegt nicht allzuweit von den 208 Haushalten von 1717. Andererseits muß berücksichtigt werden, daß die Defensionssteuerliste von 1682 auch ohne diese Witwenhaushalte von 1679 von der drei Jahre älteren Quelle um 24 Haushalte nach unten abweicht. Diese Differenz findet sich kaum bei den bürgerlichen oder den Tagwerkerhaushalten, sondern hauptsächlich bei den „Inwohnern“¹⁴⁰. Was sich aus diesen Quellenvergleichen ganz deutlich – und sicherlich übertragbar auf andere Städte – ablesen läßt, ist die Problematik der Erfassung der unterbürgerlichen und Frauenhaushalte. Die Musterungsverzeichnisse sind, wie die Zahlenreihen zeigen, mit den Steuerregistern vergleichbar in der „Erfassungsbreite“ ihrer Haushaltsvorstände. Eine Bevölkerungsbeschreibung wie die von 1679 hat dagegen ein weit größeres Erhebungsspektrum, ohne daß dies an den Frauenhaushalten, die sich ja auch in den Steuerbüchern finden, ohne weiteres erkennbar wäre. Diese Bevölkerungsbeschreibung ist aber in der Erfassung der Haushalte vergleichbar mit dem Herdstättenanlagsregister von 1717, sofern wir die Witwenhaushalte der Inwohner mit berücksichtigen. Die Abweichung zwischen der Quelle von 1679 und der von 1682, also den Vertretern jeweils eines solchen Erfassungsbereichs, beträgt in Trostberg gerade etwa 30 %. Ein Anteil, wie wir ihn ähnlich auch in München und Weilheim finden.

Diese Überlegungen waren wiederum wichtig für die Berechnung der Haushaltsgrößen. Gehen wir also von der Hypothese aus – und dies ist sicherlich realistisch –, daß die Bevölkerungszahl 926 auch 1682 noch weitgehend gültig war, so stehen dieser drei verschiedene Herdstättenzahlen gegenüber: 198 (1679 mit Witwen), 175 (1679 ohne Witwen) und 151 (1682). Dem entsprechen dann folgende Herdstättengrößen: 4,7, 5,3 und 6,1. Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung, daß die niedrigste Zahl für die vollständigsten Beschreibungen von Haushalten zutreffend wäre, die höchste dagegen für die steuerbuchrelevanten Familienangaben. Wollten wir auch noch für 1717 eine annähernd gleich große Bevölkerung für Trostberg annehmen wie 1679, so würde die Herdstättengröße nach dem Anlagenregister dieses Jahres ebenfalls vergleichbar sein mit der der Bevölkerungsbeschreibung unter Einbeziehung der Witwen.

Eine ähnliche Differenz der Haushaltszahlen ist auch im ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert feststellbar. Bei einer Bevölkerungsgröße von ca. 680 Menschen lag die durchschnittliche Herdstätte zwischen 3,3 und 4,5 Personen. Daraus lassen sich zwei wesentliche Ergebnisse ablesen: 1. Nicht nur die Bevölkerungszahl des Marktes nahm zwischen der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und der Zeit um 1800 erheblich ab, sondern auch die Größe der Familien. 2. Auch um 1800 lassen sich noch keine einheitlichen Definitionen für Haushalte zu Quellen finden, die ihrer Systematik Herdstätten zugrunde legen, bzw. diese beschreiben.

¹⁴⁰ Vgl. S. 217.

Jahre	Taufen	Beerdigungen		
		Gesamt	ohne Kinder	Kinder in %
1680–89	43,5	37,9	19,8	47,8
1690–99	43,7	39,6	20,3	48,7
1700–09	47,0	41,4	17,5	57,7
1710–19	35,1	41,1	20,0	51,3
1720–29	37,7	⟨ 33,7 ⟩ ¹	17,2	49,0 ²
1730–39 ³	32,3	?	20,9	?
1740–49	26,6	45,2	28,9	36,1
1750–59	33,5	30,5	14,3	53,1
1760–69	33,4	37,2	18,1	51,3
1770–79	30,1	39,1	21,1	45,8
1780–89	35,9	32,5	15,6	52,0
1790–99	32,0	31,9	17,3	45,8

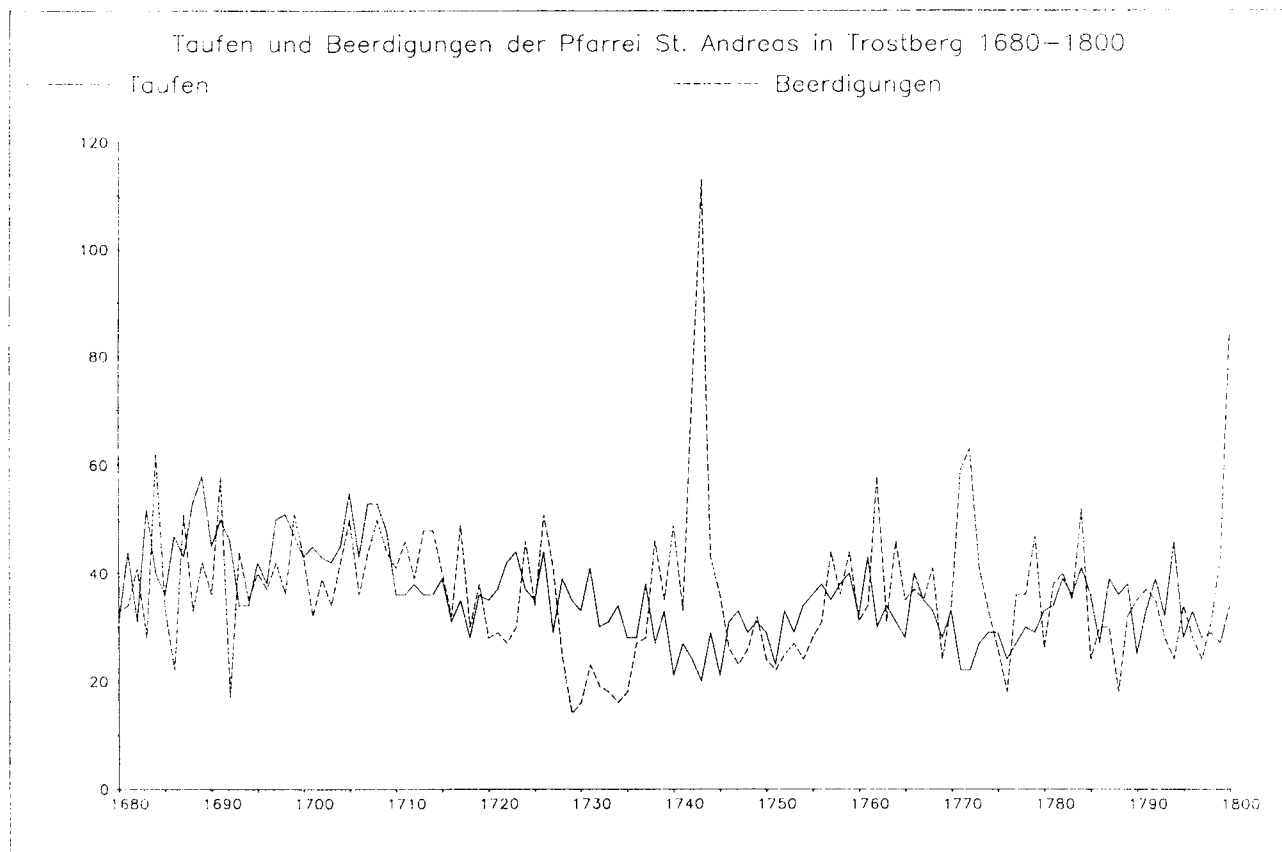
Anm. 1: Die Gesamtzahl wurde rekonstruiert, da für 1729 die Kinderbeerdigungen im Sterbebuch nicht aufgenommen wurden. Anm. 2: Kindersterblichkeit nur für 1720–28 bekannt. Anm. 3: Kindersterblichkeit nur für die Jahre 1737–39 bekannt, in diesen Jahren von 109 Beerdigungen 37 Kinder, d. h. 33,9 %.

(Quellen: Pfarrarchiv Trostberg Kirchenbuch 1680–1737, Taufbuch 1738–1810, Sterberegister 1738–1835)

Die Matrikeln setzen für Trostberg 1680 ein (vgl. Graphik Nr. 4). Es lassen sich damit Geburten- und Sterbeziffern für die Dekade von 1680–89 durch Vergleich mit der Bevölkerungsbeschreibung von 1679 und für die Zeit um 1800 berechnen. Um 1680 lagen diese bei 47,0 bzw. 41,0 Promill, 1771/81 bei 44,0 bzw. 57,2 Promill und um 1800 (Bevölkerungszahl ca. 700 angenommen, Matrikelangaben Dekade 1790–99) bei 45,7 bzw. 45,6. Diese Geburten- und Sterbeziffern sind allerdings nicht übertragbar, da die Pfarrei Trostberg nicht nur die Bevölkerung des Marktes einschloß, sondern darüber hinaus auch ein bestimmtes Gebiet außerhalb des Burgfriedens. Die Ziffern wären also allein für den Markt bzw. unter Berücksichtigung der Gesamtbevölkerung der Pfarrei niedriger. Wir haben es also hier nur mit Rechenwerten zu tun, die von der Annahme ausgehen, daß das Verhältnis zwischen Pfarrei- und Marktbevölkerung parallel verlief und dadurch die Kombinierung der tatsächlichen Marktbevölkerungszahlen mit den tatsächlichen Geburten- und Sterbewerten der Pfarrei zu Ziffern führt, die auch als Berechnungsgrundlage für die Einwohnerzahl des Marktes aus den Matrikeln für die übrige Zeitspanne dienen können. Dies erscheint realistisch, da die Bevölkerung der gesamten Pfarrei nur um einen kleinen Anteil größer war als die des Marktes.

Zwischen 1680 und 1800 (ohne 1729–1736) wurden in Trostberg 4.082 Kinder getauft und 4.269 Beerdigungen durchgeführt, d. h. es starben in diesem Zeitraum um 4,6 % mehr Menschen in dem Markt als geboren wurden¹⁴¹. Aufschlußreicher ist dagegen eine genauere Betrachtung. Bis ins erste Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts überwiegen die Taufen noch ganz erheblich, dann erst kommt es zu der Negativbilanz (wenn auch noch in zwei Dekaden leichte Geburtenüber-

¹⁴¹ Hoffmann, Trostberg, 45.



Graphik 4

schüsse zu verzeichnen sind), die erst wieder in den 1780er Jahren eine Umkehrung erfährt. In Trostberg zeichnen sich zwei signifikante Sterblichkeitsspitzen zwischen 1680 und 1799 ab: 1742/43 und 1771/72. Erstere kennen wir bereits aus Burghausen. Auch hier fielen am Anfang des Österreichischen Erbfolgekrieges überproportional viele Menschen dem Krieg zum Opfer. In München und Weilheim gibt es zwar auch um diese Zeit gewisse Ausschläge, die jedoch im Verhältnis zu den sonstigen Durchschnittswerten nicht so signifikant sind wie in den beiden östlichen Städten des Rentamts Burghausen. Auch die zweite Mortalitäts-spitze 1771/72, die im Zusammenhang mit der Hungerkrise dieser Jahre zu sehen ist, findet sich, wenn auch nicht so ausgeprägt, ebenfalls in München und Burghausen, nicht jedoch in Weilheim.

Auch für Trostberg soll nun für den gesamten Untersuchungszeitraum eine Rekonstruktion der Bevölkerungsentwicklung versucht werden. Diese fällt insofern leichter, da wir hier mit der Bevölkerungszählung von 1679 eine frühe verlässliche Angabe besitzen. Darüber hinaus haben die Vergleiche zwischen den Quellen mit Hilfe dieser Zählung für Trostberg doch auch weit gesichertere Vorstellungen von den Herdstättengrößen gegeben, als dies für die übrigen Städte möglich war.

Die Rekonstruktion beruht nun auf folgenden Annahmen:

- Die in Musterungsverzeichnissen, Steuerbüchern und verwandten Quellen verzeichneten Haushalte müssen mit dem Faktor 6,1 multipliziert werden, um analog zur Bevölkerungsbeschreibung von 1679 auf die volle Einwohnerzahl zu kommen.
- Für die Herdstättenanlagsrechnung von 1717 kommt der Faktor 4,5 zur Anwendung.
- Die Matrikelergebnisse werden mit einem mittleren Reduktionsfaktor von 45 Promill hochgerechnet und dann entsprechend den Tendenzen der absoluten Werte korrigiert.

Trostberg: Vermutliche Bevölkerungsentwicklung

(kursiv die tatsächlich durch Quellen belegten Einwohnerzahlen)

Jahr	Bevölkerungszahl	
	errechnete	angenommene bzw. belegte
1513	909	900
1524	799	800
1553	811	800
1595	897	900
1620	964	970
1679		926
1717	936	900
1710–19	780/913	
1720–29	838/749	800
1730–39	718/?	700
1740–49	591/1004	650
1750–59	744/678	700
1771/81		684
1806		670/714
1809/10		666

3.4. Versuch einer allgemeinen Beschreibung der demographischen Veränderungen in der oberbayerischen Städtelandschaft im 18. Jahrhundert

Eine gleichmäßige Quellengrundlage für die allgemeine Betrachtung der demographischen Veränderungen in den bayerischen Städten und Märkten ist erst für das 18. Jahrhundert vorhanden. Hierzu kann die Herdstättenanlage des Jahres 1717 und die Dachsberg-Statistik von 1771/81 herangezogen werden. Von ersterer ist ein zusammenfassendes Generalregister erhalten, das für alle alt-bayerischen Städte und Märkte die Häuser und Herdstättenzahl wiedergibt¹⁴². Außerdem ist das jeweilige genau nach Haushalten geführte Urmaterial neben dem der Beispielstädte auch von anderen Städten überliefert¹⁴³. Durch einen Vergleich der in dem Generalregister von 1717 enthaltenen Haushalte mit denen, die in der Dachsberg-Statistik von 1771/81 verzeichnet sind, ist ein gewisser Überblick über die städtischen Bevölkerungsveränderungen im 18. Jahrhundert zu erhalten (siehe Tabelle). Allerdings muß hier wiederum auf die bereits verschiedentlich konstatierten Vergleichsprobleme hingewiesen werden (vgl. insbesondere zu München und Trostberg). Dennoch haben wir ja bereits festgestellt, daß die Differenzen in der Definition einer Herdstatt zwischen den beiden hier verglichenen Quellen keinesfalls auch nur annähernd so stark sind, wie gegenüber den Steuerbüchern¹⁴⁴.

Herdstätten 1717 und 1771/81

Stadt/Markt	1717	1771/81	Veränderung in ‰
<i>Rentamt München</i>			
<i>1. Städte</i>			
München	4782	8829	+84,6
Abensberg	153	208	+35,9
Aichach	215	252	+17,2
Donauwörth	527	568	+ 7,8
Friedberg	302	335	+10,9
Ingolstadt	1080 ¹	1001	- 7,3
Landsberg	5752	490	-14,8
Neustadt	173	175	+ 1,2
Pfaffenhofen	288	288	0,0
Rain	162	201	+24,1
Reichenhall	356	397	+11,5
Schongau	353	274	-22,3
Schrobenhausen	334	307	- 8,1
Traunstein	341 ³	345	+ 1,1
Wasserburg	322 ⁴	375	+16,5
Weilheim	498 ⁵	393	-21,1
Wemding	456	362	-20,7

¹⁴² BayHStA Staatsverwaltung 1888.

¹⁴³ Siehe die Tabelle unten mit den entsprechenden Belegen; vgl. auch *Wormer*, Bewohner, 36.

¹⁴⁴ Ein besonders krasses Beispiel für unerklärliche Abweichungen stellt Schongau dar. Die Dachsberg-Statistik 1771/81 nennt 274 Haushalte, eine Herdstättenanzeige von 1790 dagegen 352 Haushalte (eigentlich 392 Herdstätten, aber 40 „Abgänge“ bei den Hauseigentümern): BayHStA GL Fasz. 3581 Nr. 84.

Stadt/Markt	1717	1771/81	Veränderung in ‰
<i>2. Gefreite Märkte</i>			
Aibling	187	176	– 5,9
Aindling	100	107	+ 7,0
Altmannstein	63	105	+66,7
Altomünster	127	146	+15,0
Dachau	179	225	+25,7
Dießen	218	211	– 3,2
Essing	38	44	+15,8
Gaimersheim	163	185	+13,5
Geisenfeld	147	249	+69,4
Grafring	73	90	+23,3
Hohenwart	141	169	+19,9
Inchenhofen	119	134	+12,6
Kösching	193	207	+ 7,3
Kühbach	92	114	+23,9
Mainburg	178	182	+ 2,2
Murnau	223	208	– 6,7
Pförring	132	153	+15,9
Riedenburg	135	153	+13,3
Rosenheim	247	266	+ 7,7
Schwaben	79	71	–10,1
Siegenburg	99	149	+50,5
Tölz	622	444	–28,6
Vohburg	175	170	– 2,9
Wolfratshausen	220	253	+15,0

Summe Rentamt München:

lt. Quelle	14952		
tatsächliche Summe	15081	19011	+26,1

*Rentamt Burghausen**1. Städte*

Burghausen	429 ^b	408	– 4,9
Braunau	398	301	–24,3
Neuötting	320	255	–20,7
Schärding	380	410	+ 7,9

2. Gefreite Märkte

Altham	120	178	+ 48,3
Hartkirchen	32	73	+128,1
Kraiburg	113	184	+ 62,8
Marktl	65	74	+ 13,8
Mattighofen	?	148	?
Mauerkirchen	148	185	+ 25,0
Ried	621	445	– 28,3
Tann	148	175	+ 18,2

Stadt/Markt	1717	1771/81	Veränderung in ‰
Trostberg	208	154	- 26,0
Uttendorf	97	125	+ 28,9
Summe Rentamt Burghausen:			
lt. Quelle	3023		
tatsächliche Summe	3079	3115	+ 1,2 ⁷
Summe Städte und Märkte aller vier Rentämter (lt. Quelle)			
	29231		

Anm. 1: Ingolstadt: 1717 1080, 1752 1049 Herdstätten (BayHStA GL Fasz. 1466/124). Anm. 2: Die detaillierte Zählung nennt 590 Haushalte (BayHStA GL Fasz. 2028/183). Anm. 3: Die detaillierte Zählung nennt 345 Haushalte (BayHStA GL Fasz. 4141/88). Anm. 4: Die detaillierte Zählung nennt 537 Haushalte (BayHStA GL Fasz. 4390/139). Anm. 5: Die detaillierte Zählung nennt 501 Haushalte (BayHStA GL Fasz. 4444/151). Anm. 6: Hier ist die detaillierte Zählung in die Tabelle aufgenommen, worunter auch die Haushalte unter kurfürstlicher Jurisdiktion enthalten sind (BayHStA GL Fasz. 421/100) – in diesem Fall wurde ausnahmsweise diese Zählung übernommen, da im Gegensatz zu München die sonst zitierte zusammenfassende Aufstellung für 1717 mit 373 eine viel zu geringe Herdstättenzahl angeben würde; die in dem Generalregister angegebene Herdstättensumme aller Städte und Märkte weicht entsprechend ab. Anm. 7: Unter der Annahme, daß Mattighofen bei den Herdstätten etwa stagnierte, müßten 1717 148 Herdstätten hinzuaddiert werden, wodurch die Bilanz der Entwicklung im Rentamt sogar negativ würde (- 3,5 ‰).

(Quellen: 1717: BayHStA Staatsverwaltung Nr. 1888; BayHStA GL Fasz. 421 Nr. 100 (für Burghausen)); 1771/81: BayHStA GR Fasz. 302b Nr. 46, 47 und 48.)

Der Vergleich der Haushaltszahlen der Städte und Märkte in den beiden oberbayerischen Rentämtern zwischen 1717 und 1771/81 ergibt zunächst ein uneinheitliches Ergebnis. Im Rentamt München steht ein Wachstum um etwa ein Viertel der weitgehenden Stagnation im Rentamt Burghausen gegenüber. Die Steigerungsrate von ersterem beruht allerdings allein auf dem Zuwachs in der Residenzstadt. Ansonsten ergäbe sich auch hier ziemlich genau das gleiche Bild wie für das östliche Gebiet. Eine genauere Betrachtung zeigt, daß der stärkste Rückgang eher in den größeren Städten und Märkten zu konstatieren ist. Landsberg verliert 85 Haushalte, Ingolstadt 79, Weilheim 105, Tölz 178, Neuötting 65, Braunau 87, Ried 176. Dagegen ist die Bilanz in den meisten Märkten und kleineren Städten eher positiv. Es hat hier wenig Sinn, auf einzelne Beispiele über unsere vier Beispielstädte hinaus einzugehen, da sich stets irgendwelche Sonderentwicklungen konstatieren lassen, die dieses so gewonnene Gesamtbild eher wieder verwässerten als konkretisierten.

Entsprechende Zahlen vor 1717 sind nur für das Rentamt Burghausen überliefert. Dort erging 1690 ein Rentmeisterbefehl an die Städte und Märkte, eine Zählung der Bürger, verwitweten Einwohner und der Inwohner durchzuführen. Die Detailergebnisse dieser Umfrage werden noch im Zusammenhang mit der sozialen Schichtung zu behandeln sein¹⁴⁵. Hier interessiert vor allem die Gesamtpersonenzahl, die mit der Herdstättenzahl von 1717 als annähernd ver-

¹⁴⁵ Vgl. S. 217f.

gleichbar anzusehen ist. Betont werden muß jedoch, daß 1690 nur die Gruppen erfaßt sind, die der bürgerlichen Jurisdiktion unterliegen, was allerdings nur für Burghausen Relevanz hat, da in den anderen Städten des Rentamtes diejenigen, die unter kurfürstlicher Jurisdiktion stehen, quantitativ kaum Bedeutung haben. Die Quelle ¹⁴⁶ wird hier mit der Herdstättenanlage von 1717 kontrastiert, um die Veränderungen über den Spanischen Erbfolgekrieg hinweg zeigen zu können.

Die Haushalte der Städte und Märkte im Rentamt Burghausen 1690/91 und 1717

Stadt/Markt	Personen 1690/91	Haushalte 1717	Differenz
Burghausen	371	373 ¹	+ 0,5 %
Braunau	366	398	+ 8,7 %
Neuötting	214	320	+49,5 %
Schärding	328	380	+15,9 %
Altham	129	120	– 7,0 %
Kraiburg	130	113	–13,1 %
Mattighofen	124	?	?
Marktl	61	65	+ 6,5 %
Mauerkirchen	146	148	+ 1,3 %
Ried	549	621	+13,1 %
Tann	104	148	+42,3 %
Trostberg	156 ²	208	+33,3 %
Uttendorf	123	97	–21,1 %
Zusammen	2.801	2.991 +x (x = ca. 130)	+11,4 %

Anm. 1: Nur die bürgerlichen Haushalte. Anm. 2: Gerade in der Beispielstadt Trostberg scheinen nicht alle Haushalte vergleichbar denen von 1717 erfaßt zu sein; die Herdstättenzahl, die der der Steuerbücher dieser Zeit ähnelt, wie die Tatsache, daß nur drei Witwen angegeben werden, machen dies wahrscheinlich; in allen übrigen hier aufgeführten Städten liegen die Witwenanteile weit höher.

(Quellen: 1690/91: BayHStA GL Fasz. 448 Nr. 5; 1717: BayHStA Staatsverwaltung Nr. 1888)

Mit Ausnahme der Märkte Altham, Kraiburg und Uttendorf erlebten alle Städte und Märkte des Rentamtes Burghausen trotz des über sie hinwegziehen- den Kriegees keine Bevölkerungseinbußen, bzw. – um korrekt zu bleiben – keinen Rückgang an Herdstätten. In dieser Hinsicht hat das ostbayerische Städtegebiet angesichts z. T. zweistelliger Zuwachsraten keine größeren Verluste erlitten. Der Anstieg von 11,4 % bei den Haushalten in den Städten des Rentamts Burg- hausen kann allerdings als absolute Zahl nur als Näherungswert gesehen werden, da gewisse Zweifel an der Kompatibilität der beiden Quellentypen für verschie- dene Städte angebracht sind ¹⁴⁷.

Als Gesamtergebnis der Haushaltsentwicklungen von 1690 bis zum Ende des 18. Jahrhunderts ergeben sich folgende Feststellungen:

¹⁴⁶ ByHStA GL Fasz. 448 Nr. 5.

¹⁴⁷ Vgl. Anm. 2 in obiger Tabelle zum Beispiel Trostberg.

1. Die Residenzstadt muß entsprechend ihrer Sonderexistenz und ihrer herausragenden Größe ausgenommen werden, da sie ansonsten den Blick auf die „Normalentwicklung“ in der bayerischen Städtelandschaft verstellt.
2. Unter der Annahme, die Städte des Rentamtes München erlebten keine wesentlich anderen Veränderungen wie die des Rentamtes Burghausen, dürfen wir davon ausgehen, daß die oberbayerischen Städte seit dem Dreißigjährigen Krieg bis ins beginnende 18. Jahrhundert hinein einen nicht unwesentlichen Zuwachs der Bevölkerung zu verzeichnen hatten. Dabei wurden – wie neben München auch die Beispielstadt Weilheim zeigt – besonders die Folgen des Dreißigjährigen Krieges wenigstens teilweise kompensiert.
3. Während des 18. Jahrhunderts trat dann eine Stagnationsphase der Stadtentwicklung ein. Diese war aber keineswegs einheitlich. Die größeren Gemeinwesen verloren stärker an Bedeutung als die kleineren, die sich sehr wohl gut behaupten konnten, bzw. sogar Zuwächse erzielten.
4. Diese quantitativen Zusammenhänge lassen sich deutlich als eine Verfallsentwicklung des oberbayerischen Städtewesens interpretieren. Die wichtigeren Orte, die Zentren stärkerer Gewerbevielfalt und handwerklicher Produktion sowie größerer regionaler Bedeutung in verschiedenster Hinsicht darstellten, verloren an Kraft, während die kleineren Städte und Märkte kaum zu einer Stärkung des städtischen Elements in Bayern beitragen konnten.
5. Wie bereits an anderer Stelle festgestellt, treten die oberbayerischen Städte erst wieder am Ende des 18. Jahrhunderts in eine allgemeine Wachstumsphase¹⁴⁸.

4. Mobilität

4. 1. Mobilität als Folge des Nahrungsstellenmangels

Neben der über die Matrikeln faßbaren Vitalstatistik darf die Zuwanderung nicht nur als Marginalie der Bevölkerungsentwicklung betrachtet werden. Demographisch gesehen war die Mobilität der frühneuzeitlichen Gesellschaft von entscheidender Bedeutung für eine Stadt. Dies mag wie ein Widerspruch zu Erscheinungen wie der Schließung der Zünfte, der Vorrechte der Meistersöhne bei der Existenzgründung oder der Probleme um den Eigentumscharakter bei Handwerksgerechtigkeiten erscheinen. Dennoch haben sich die bayerischen Städte hauptsächlich von außen regeneriert. Zumindest gilt dies für die hier ausgewerteten Beispiele München und Trostberg. In der Residenzstadt kamen in der Dekade von 1611–20 auf 300 Bürgersöhne, die einen eigenen Haushalt gründeten, 676 Neubürger, was einem Verhältnis von 1:2,25 entspricht. In der weiteren Entwicklung verschlechterte sich dieses zuungunsten der Bürgersöhne: 1651–60 lag es bei 1:3,34 (105:351) und 1774–83 sogar bei 1:4,63 (91:421)¹⁴⁹. Ähnliche

¹⁴⁸ Vgl. Kap. IV.3.1.

¹⁴⁹ Alle Werte ermittelt durch Auswertung der jeweiligen Kammerrechnungen (zu den Quellen vgl. Kap. IV.4.2. sowie 4.3.), wobei die das Bürgerrecht bezahlenden Neubürger mit den von diesem befreiten und nur „Rüstgeld“-pflichtigen Bürgersöhnen kontrastiert wurden. Berücksichtigt werden muß jedoch, daß ein kleinerer Anteil von Inwohnern, die bereits

Erscheinungen finden sich in dem größtmäßig völlig verschiedenen Markt Trostberg. Zwischen 1593 und 1671 kamen auf 190 Bürgersöhne 369 Neubürger (Verhältnis 1:1,94). Zwischen 1784 und 1798 waren es sogar nur 8 Bürgersöhne gegenüber 90 Neubürgern (Verhältnis 1:11,25)¹⁵⁰.

Verheiratet waren von den Neubürgern nur ein kleinerer Teil, selten hatten sie eine eigene Familie. In München waren dies 1765–83 von 677 mindestens 141, d. h. 21 %, die zusammen mit einer Frau das Bürgerrecht erhielten. Dieser Wert dürfte tatsächlich etwas höher liegen, da die Eintragung der Ehefrauen auch in diesem Zeitraum nicht immer ganz vollständig erscheint. In den folgenden Jahren werden sie dann überhaupt nicht mehr verzeichnet. Ein ähnliches Ergebnis erbrachte auch die Trostberger Untersuchung. Für die Zeit zwischen 1606 und 1671 ließ sich bei 132 Neubürgern feststellen, wie sie ihre Gerechtigkeit erworben hatten. 110 von ihnen, d. h. 83 %, hatten sie erheiratet und nur 22 gekauft. Von diesen mußten nicht alle bereits verheiratet sein¹⁵¹.

Angesichts der Subsistenzstellenknappheit im Handwerk sind diese Werte keineswegs überraschend. In Verbindung mit den Überlegungen über das Verhältnis von Bürgersöhnen zu Neubürgern lassen sich diese Erscheinungen auch in einem weiteren Kontext interpretieren. Ohne hier Ergebnisse über die schlechte Ertragslage im Handwerk vorwegnehmen zu müssen, belegen die seltenen Kontinuitäten in der männlichen Erbfolge im Gewerbe und der hohe Anteil an Ehescheidungen von Betrieben also nicht eine Chancenwanderung im Sinne einer möglichen Verbesserung des eigenen „Lebensstandards“, sondern eine Stellenwanderung, d. h. die Suche, überhaupt eine Subsistenzstelle zu finden. Dies ist angesichts der Schließung der Zünfte und vielfach lebenslangem Gesellendasein bereits eine längst bekannte Erscheinung. Das in der Familienforschung als „Stellenmechanismus“ bezeichnete Phänomen erlaubte das Nachrücken eines neuen Meisters erst nach Übergabe durch den Vorgänger oder nach dessen Tod. Aus den hier angeführten Beispielen läßt sich jedoch auch ablesen, wie stark selbst die Handwerkerfamilien von dieser Situation betroffen sind und in welchem hohen Maße ihre Abkömmlinge zur Abwanderung gezwungen waren. Diese Mobilität hat ihre Ursache also in den äußerst geringen Reserven der gewerblichen Wirtschaft, die ein „Mitfüttern“ weiterer für den Produktionsprozeß nicht unbedingt notwendiger Personen im Handwerksbetrieb unmöglich machten. Der Normalzustand war der allein arbeitende Meister, allenfalls zusammen mit einem Gesellen. Der Ertrag bei diesen Betriebsgrößen ließ eine zweite vom Handwerk zehrende Familie einfach nicht zu. Wollte ein Meistersohn nun einen eigenen Haushalt gründen, so konnte dies eben meist nur außerhalb des väterlichen Geschäfts geschehen. An eine Übergabe an die jüngere Generation vor der absoluten Arbeitsunfähigkeit war nicht zu denken. Wovon hätte der Altmeister sonst leben sollen? Der Zwang, in einen anderen Betrieb einzueheiraten bzw. sich einzukaufen war um so stärker, wenn ein Meister mehrere Söhne hatte, sollten diese nicht in die Tagwerkerschaft oder ständig wandernde Gesellschaft sozial absteigen.

längere Zeit – z. T. auch schon seit ihrer Geburt – in der Stadt lebten, das Bürgerrecht wie die übrigen Neubürger erlangen mußten. Es handelt sich bei dieser Gruppe also um einen Aspekt der vertikalen und nicht der horizontalen Mobilität.

¹⁵⁰ Hoffmann, Trostberg, 56, 65.

¹⁵¹ Hoffmann, Trostberg, 58.

Drastisch wird die Situation auch an einem zunächst abseitig erscheinenden Beispiel deutlich, an den hohen Altersunterschieden von Ehepartnern. In einer Beschreibung der Hausarmen des Säckelalmosens in München aus dem Jahre 1629 finden sich insgesamt 112 Ehepaare verzeichnet, wobei hier für uns von besonderem Interesse die Altersangaben sind¹⁵². In 40 Fällen, d.h. bei mehr als einem Drittel, beträgt der Altersunterschied mehr als 10 Jahre, wobei meist die Männer das weit höhere Alter haben. Die Verallgemeinerung der Werte aus einer Almosenliste, die ja nur einen ganz bestimmten Ausschnitt der Gesellschaft beschreibt, scheint in gewissem Umfang statthaft, wenn man bedenkt, daß hier nicht nur unterbürgerliche Schichten verzeichnet sind, sondern auch ein weites Spektrum des Handwerks: Nadler, Loderer, Schneider, Schächler, Weber etc. Allerdings ist auch davon auszugehen, daß es sich bei vielen der hier verzeichneten Ehen um Zweit-, Dritt- oder gar Viertehen handelt, da ja die Almosenempfänger üblicherweise – sofern sie nicht eine Krankheit hatten – nur durch Altersschwäche einen Anspruch auf Unterstützung durch die Stadt hatten. In dieser Quelle finden sich also nicht die vielen neuen Meister, die – um eine Subsistenzstelle zu erhalten – eine Meisterwitwe geheiratet hatten, da sie ja arbeitsfähig und meist auch nicht bedürftig gewesen sind. Wir vermuten unter diesen jedoch ähnliche Altersdifferenzen. Der hier konstatierte hohe Anteil von Ehepaaren mit außergewöhnlichem Altersunterschied in der Almosenliste, wie auch der vermutete bei den Witwenheiraten, legt nahe, ihn hauptsächlich aus ökonomischen Ursachen zu erklären. Die Kategorie „Liebe“ läßt sich aus den spröden statistischen Quellen nicht ablesen. Sie zeigen vielmehr die Notwendigkeit der Flexibilität in Partner- und Ortswahl, um im Kampf um die knappen Nahrungsstellen zu bestehen¹⁵³.

4.2. Quellen

Wenden wir uns nun der Analyse der quantitativen Aspekte der Einbürgerungen zu und damit ihrer demographischen Bedeutung. Als Quellen für die Untersuchung der Zuwanderung stehen hauptsächlich die Kammerrechnungen zur Verfügung. Hier wurde in den meisten Städten jeder Neuaufgenommene mit Name, Herkunftsort, Beruf und Aufnahmegebühr gesondert eingetragen. In München brechen diese detaillierten Nachweise 1787 zugunsten eines pauschalen Verweises auf das „Bürgerbuchregister“ ab, und es wird nur noch jeweils die Gesamtsumme aller Bürgerrechts-, Beisitz- und Toleranzgebühren vermerkt. Die speziellen Register sind jedoch nicht erhalten¹⁵⁴. Ein zeitgenössisches Bürgerbuch aus der Zeit von 1593–1671 gibt es noch im Trostberger Stadtarchiv,

¹⁵² BayHStA GL Fasz. 2729 Nr. 699.

¹⁵³ Vgl. Hanke, Witwen- und Witwenheiraten.

¹⁵⁴ Die sich im Stadtarchiv befindenden „Bürgerbücher“ sind lediglich alphabetische Zusammenstellungen aus den Kammerrechnungen, angefertigt in den 20er Jahren unseres Jahrhunderts: StadtA München Einwohneramt Nr. 186 Bd. 1–4. Diese benutzte auch Roeck, München, 453–456; seine Zahlenwerte weichen jedoch unerklärlicherweise erheblich von den von mir aus den Kammerrechnungen direkt ermittelten Werten ab, so daß seine Ergebnisse hier keine Berücksichtigung finden können. Daran ändert auch der rechnungstechnische Unterschied zwischen Kalenderjahr, nach dem die Bürgerbücher geordnet sind, und dem Rechnungsjahr (März bis Februar) der Kammerrechnungen nichts.

wobei dessen Eintragungen noch weit genauere Angaben enthalten¹⁵⁵ als die entsprechenden Kammerbucheintragungen anderer Städte. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Beschreibung, wie das Handwerk erworben wurde – ob durch Heirat, Kauf, Erbschaft etc. In Burghausen sind Bürgerbücher erhalten, die in den Jahren 1693 bis 1799 entstanden. Sie wurden hauptsächlich für familien-geschichtliche Zwecke bearbeitet und die wesentlichen Angaben aus ihnen veröffentlicht¹⁵⁶. Die Überlieferung solcher Bürgerbücher ist jedoch meines Wissens äußerst selten. Mit der Zuwanderung fassen wir jedoch nur einen Aspekt der horizontalen Mobilität der frühneuzeitlichen städtischen Gesellschaft. Der andere, die Abwanderung, könnte dagegen nur äußerst schwierig und ohne Garantie der Vollständigkeit untersucht werden. Dies ist auch noch kaum versucht worden. Wesentlich hierfür wären die Nachsteuereintragungen in den Kammerrechnungen wie auch Vermerke in den Brief- und Ratsprotokollen. Der zeitliche Aufwand für eine derartige Forschung würde jedoch selbst für einen kurzen Zeitraum höchst intensiv sein¹⁵⁷.

Für die demographische Entwicklung sind besonders folgende Fragestellungen bei der Analyse der Bürgeraufnahmen von Interesse: 1. Wie entwickeln sich diese numerisch während des Untersuchungszeitraums? 2. Woher kamen die Neubürger, und wie verändern sich ihre Herkunftsschwerpunkte? 3. Welche geschlechterspezifischen Unterschiede lassen sich feststellen? 4. In welchem Verhältnis stehen die Bürgeraufnahmen zur Bevölkerungsgröße und zur Vitalstatistik einer Stadt? Diesen Problemstellungen soll im weiteren nachgegangen werden.

4.5. München

In den Kammerrechnungen der Residenzstadt wurde auf Einzelbelege von Einbürgerungen nach 1786 zugunsten von nicht erhaltenen Bürgerbuchregistern generell verzichtet. Bis 1773 finden sich Einnahmen aus Bürgerrechtsverleihungen, aus „Rüstgeldern“¹⁵⁸ und aus Meisterrechts- und Zunftgeldern in getrennten Etatposten, die 1774–1786 zusammengefaßt wurden, wobei die einzelnen Positionen noch spezifiziert blieben. „Bürgerkinder“, worunter Söhne wie Töchter zu verstehen sind, waren von der Zahlung des Bürgerrechtsgeldes befreit, mußten aber als Rüstgeld 2 fl. 30 x pro 100 fl. Heiratsgut bezahlen, dazu noch das halbe Zunft- und Meisterrechtsgeld und 20 x für die „Bescheinung“. Fremde, die von außen zuzogen, hatten das Rüstgeld in gleicher Höhe zu bezahlen, dazu das

¹⁵⁵ StadtA Trostberg B 102.

¹⁵⁶ *Aschoeck*, Bürgerrechtsbücher; für wissenschaftliche Zwecke ist diese Bearbeitung nur eingeschränkt von Nutzen, da nicht deutlich gemacht wird, welche Informationen nicht übernommen wurden; z. B. machen die fehlenden Aufnahmegebühren, die ja abhängig vom Vermögen der Eingebürgerten waren, die Bearbeitung für bestimmte sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Fragestellungen unbrauchbar.

¹⁵⁷ Im Stadtarchiv München existiert ein aus diesen Quellen am Anfang unseres Jahrhunderts zusammengestelltes sog. „Abwanderungsbüchl“ für die Zeit von 1554 bis 1620: StadtA München Einwohneramt Nr. 127; die Art der Eintragungen (immer wieder Nachträge in unterschiedlichsten Schriften) wie auch die numerische Stärke der Abgewanderten läßt darauf schließen, daß dieses Register keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

¹⁵⁸ Unkostenanteil zur Beschaffung von Waffen und Rüstungen für das Zeughaus nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des neuen Haushaltsvorstandes.

volle Zunft- und Meisterrechtsgeld. Letzteres wurde halbiert, sofern der Neubürger eine Bürgerstochter oder -witwe heiratete, die bereits eine Gerechtigkeit besaß. Hinzu kam ebenfalls die „Bescheinung“. Schließlich war da noch das Bürgerrechtsgeld in Höhe von 5 fl. (für Frauen die Hälfte) pro 100 fl. Heiratsgut. Besitzer hatten nur das Beisitzgeld von 2 fl. pro 100 fl. Vermögen zu entrichten und die 20 x für die Eintragung. Verheiratete Neubürger mußten das Vermögen ihrer Frauen mit angeben¹⁵⁹.

Entsprechend diesen Kriterien lassen sich also Neubürger von den Bürgerkindern eindeutig in den Kammerrechnungen unterscheiden, wodurch der obige Vergleich der Anteile von Neubürgern zu Bürgersöhnen relativ eindeutig durchgeführt werden konnte¹⁶⁰. Schwieriger ist die Frage nach dem Frauenanteil an den Neubürgern zu beantworten. Hier läßt sich kaum eine Regel für die Eintragungen in die Rechnungsbücher feststellen. Die Zahl der Frauen schwankt über den Untersuchungszeitraum so stark, daß als Erklärung hierfür nur ein unterschiedlicher Behandlungsmodus in der Systematik der Buchführung in Frage kommt, nicht eine sozialgeschichtlich interpretierbare Veränderung. Frauen werden deshalb bei der Betrachtung der Einbürgerungszahlen getrennt aufgeführt, da nur die Zahlen der Männer (bzw. Familien) in dem gesamten Zeitraum verläßlich erscheinen¹⁶¹.

Durchschnittliche jährliche Bürgeraufnahmen in München 1600–1786

Jahr	Männer bzw. Familien	Frauen	Jahr	Männer bzw. Familien	Frauen
1600–09	56,3	2,0	1700–09	33,1	4,9
1610–19	66,5	6,6	1710–19	35,4	13,5
1620–29	62,2	15,1	1720–29	44,3	20,6
1630–39	67,8	7,8	1730–39	45,2	17,1
1640–49	33,3	11,6	1740–49	48,2	13,0
1650–59	33,3	6,1	1750–59	45,1	14,4
1660–69	34,9	1,9	1760–69	44,5	18,5
1670–79	36,3	0,6	1770–79	36,2	12,9
1680–89	39,0	0,6	1780–86	49,5	11,7
1690–99	41,6	0,1			

(Quelle: StadtA München Kammerrechnungen)

Die Einbürgerungszahlen der Männer (bzw. Familien) korrelieren in ihrer Entwicklung im wesentlichen mit der bereits behandelten Bevölkerungsentwicklung der Stadt. Einem starken Zustrom bis in den Dreißigjährigen Krieg hinein folgt besonders in den 1640er Jahren ein erheblicher Einbruch, der bis zum Ende des Untersuchungszeitraums nicht wieder kompensiert werden kann. Die Einbürgerungen stehen also in einem festen Verhältnis zur allgemeinen Bevölkerungsentwicklung und sind keinesfalls nur als subsidiäres Element zu bezeichnen. Um

¹⁵⁹ Diese Berechnungsgrundlagen sind einem Verzeichnis aus dem Jahre 1749 entnommen: StadtA München Einwohneramt Nr. 197.

¹⁶⁰ Vgl. S. 178f.

¹⁶¹ Auf eine Unterscheidung zwischen allein zugewanderten Männern und solchen, die bereits eine Familie hatten, wurde verzichtet, da diese nicht über den gesamten Untersuchungszeitraum möglich ist.

1600 kommen auf eine Einwanderung etwa 75 in den Steuerbüchern verzeichnete Haushalte, um 1650 sind es 77, um 1700 69¹⁶² und am Ende unseres Untersuchungszeitraums 63. Letzterer Wert muß jedoch entsprechend den Überlegungen zu den im Steuerbuch von 1792 nicht voll erfaßten Frauenhaushalten umgerechnet werden¹⁶³. Damit wären es pro Zuwanderer ca. 82 Haushalte. Der Dreißigjährige Krieg veränderte also an der Bedeutung der Bürgeraufnahmen für die Regeneration der Bevölkerung nichts, lediglich das absolute Niveau war eben erheblich abgesunken. D. h. von einer Zuwanderungswelle infolge frei gewordener Subsistenzstellen kann nicht die Rede sein, wobei jedoch die Neubürger in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts eine wichtigere Rolle spielten als im 18. Jahrhundert. Dies hat insbesondere darin seine Begründung, daß die Neubürgeraufnahme mit dem Bevölkerungswachstum wieder stärker restringiert wurde.

Die demographische Erholung nach dem Dreißigjährigen Krieg wird durch die Zuwanderung bis zum Ende des 17. Jahrhunderts nur sehr behutsam unterstützt. Daran hat auch ein kurfürstliches Dekret vom 3. März 1651 nichts geändert, durch das die vorausgehenden Dekrete aufgehoben wurden, in denen die Zünfte „auf ein gewisse anzahl restringiert worden“ waren. Die Residenzstadt hatte „so starckh von der Manschafft abgenommen“, daß die Schließung der Zünfte nur noch einen Anachronismus darstellte¹⁶⁴.

Auch im Detail zeigen sich einige sehr interessante Erscheinungen. Nach dem Schwedenjahr 1632, in dem nur 15 Männer eingebürgert wurden, schnellte die Zahl der Neubürger 1633 auf 116 und 1634 auf 104. Derartige Werte wurden während des ganzen Untersuchungszeitraums sonst nicht erzielt. Dies mag seine Erklärung in den großen Bevölkerungsumschichtungen finden, die der Schwedeneinfall und die Pestläufe verursacht haben. Nach keinem anderen Konflikt der Frühen Neuzeit lassen sich ähnliche Ausschläge in den Münchener Einbürgerungen mehr feststellen. Während des Spanischen Erbfolgekrieges und der Hungersnot in den 1770er Jahren gehen die Werte etwas zurück, der Österreichische Erbfolgekrieg hinterläßt dagegen bei den Zuwanderungszahlen keine Spuren.

Anders als bei den Männern kann man – wie bereits erwähnt – bei den Aufnahmezahlen der Frauen keineswegs von Vollständigkeit über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg ausgehen. Zunächst jedoch zu der Frage, wer sind diese Frauen, in denen ja die in der Familie mit zuziehenden nicht berücksichtigt sind. Im 17. Jahrhundert enthält die Eintragung in der Kammerrechnung vielfach die Angaben Name, Herkunftsort, Stand (ledig, verwitwet) und eventuell auch ausgeübter Beruf¹⁶⁵. Über die Ursache der Aufnahme erfahren wir zu dieser Zeit nichts. Im 18. Jahrhundert sind fast alle Frauenaufnahmen als Aufnahmen von zukünftigen Ehefrauen verwitweter Bürger zu erkennen. Die eingetragene Formel lautet wie im folgenden Beispiel vom 21. Oktober 1775: „Leonard Höfeln burgerl. verwittibt gewester bäk, für seine 5. ehewirtin Marta, weil. Jos. Rodelin gewesten kramers zu Weilheim ehel. tochter, burgerrecht 10 [Gulden]“¹⁶⁶.

¹⁶² Berechnungsgrundlage ist hier die Einbürgerungsdekade von 1690–99, da sich in der folgenden bereits der Einbruch durch den Spanischen Erbfolgekrieg auswirkt.

¹⁶³ Vgl. S. 144.

¹⁶⁴ StadtA München Einwohneramt Nr. 37.

¹⁶⁵ Nadlerin etc.; Bezeichnungen wie „geweste Melberin“ deuten auf den Witwenstatus.

¹⁶⁶ StadtA München Kammerrechnung 1775, fol. 16.

Wenn dies auch nicht aus den Einträgen der Kammerrechnungen hervorgeht, so läßt sich für die Mehrzahl der Fälle ein vergleichbarer Grund für den Zuzug ebenso im 17. Jahrhundert vermuten. Die Einbürgerung von Personen, die nicht in der Lage waren, sich selbst zu ernähren, war selbst nach den Lockerungen infolge der Verluste des Dreißigjährigen Kriegs vom Landesherrn strikt verboten worden. Auch konnte es kaum im Sinne des Magistrats sein, einem größeren Potential von Menschen das Bürgerrecht zu verleihen, das in absehbarer Zeit Anspruch auf Almosen erheben würde.

Quantitativ betrachtet blieb die Zahl der in den Kammerrechnungen verzeichneten eingebürgerten Frauen weit hinter der der Männer zurück. Auch zeigt sich für die männliche Neubürger eine weit größere Mobilität als bei den Frauen. Exemplarisch wurden hier die Herkunftsangaben der Neubürger aus den Jahren 1600–1619, 1651–1670 und 1765–83 analysiert. In der folgenden Tabelle sind die Anteile von den Frauen, deren Herkunft identifizierbar ist und die von außerhalb des Rentamtes München stammten, in den ersten beiden Intervallen in Klammern gesetzt, da die geringe Quantität statistisch weniger Relevanz hat.

Herkunft der Münchener Neubürger

Jahre	identifizierbare Herkunft		davon nicht RA München		davon nicht Bayern	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1600–1619	877	59	6,8 ‰	(7,7 ‰)	19,4 ‰	(2,5 ‰)
1651–1670	560	42	9,6 ‰	(2,4 ‰)	52,1 ‰	(4,8 ‰)
1765–1783	666	252	20,5 ‰	19,4 ‰	25,9 ‰	7,9 ‰

(Quelle: StadtA München Kammerrechnungen)

Bei genauer Herkunftsanalyse ist der Eindruck der geringeren lokalen Beweglichkeit von Frauen etwas zu differenzierten. Von denen, die eine örtliche Veränderung nach München unternahmen, war der Anteil derer, die zwar aus dem Kurfürstentum aber von außerhalb des engeren Bereichs des Rentamtes kamen, zumindest in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts fast genauso hoch wie der der Männer. Erst für die Zuwanderung aus dem „Ausland“ fallen die Frauen wiederum weit zurück. Einschränkend muß hier jedoch bemerkt werden, daß die Unterscheidung zwischen Bayern und Ausland nicht unbedingt etwas über die Entfernung der Ortsveränderung aussagt. Ein Neubürger, der aus der Reichsstadt Augsburg zuwanderte, hatte einen weit geringeren Weg zurückzulegen als einer der in der Oberpfalz geboren war.

Bei den Männern bzw. Familien zeigen sich deutlich einige Tendenzen ab. Zunächst ein Vergleich der Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg mit den zwei Dekaden nach 1650. Anders als die absolute Zahl der Zuwanderungen, die durch den Krieg zurückgingen, wachsen die Entfernungen zu den Herkunftsorten der Neubürger im Durchschnitt erheblich an. Der Anteil derer, die nicht aus dem Rentamt München stammen, steigt um etwa 40 ‰, und derer, die aus dem Ausland zuwandern, sogar um etwa 65 ‰. Auffallend ist dabei das häufige Vorkommen von Heimatangaben wie Tirol, Kärnten, Steiermark und Land ob der Enns. Erklären lassen sich diese Veränderungen wohl durch die starken Bevölkerungsverluste in Bayern, die die Rekrutierungsmöglichkeiten für qualifizierte Neubürger im eigenen Land schmälerte. Liberalisierung der Zulassung zu den

Zünften und fehlende Konkurrenz der einheimischen Bevölkerung machte demnach die Residenzstadt für Zuwanderer aus vom Krieg weitgehend verschonten Gebieten attraktiv. Eine Rolle spielte auch die Katholizität dieser Herkunftsländer, da Protestanten auch weiterhin keine Chance für eine Aufnahme hatten.

Die Zuwanderung von außerhalb des Rentamtes nimmt bis zum Ende des Untersuchungszeitraum nicht ab. Waren es vor dem Krieg 26,2 % der Neubürger und nach dem Krieg 41,7, so stieg dieser Anteil 1765–83 nochmals auf 44,2 %. Wie bereits oben im Vergleich mit der Bevölkerungszahl gezeigt, so nimmt auch hinsichtlich der räumlichen Betrachtung die Mobilität zu. Gegenüber der unmittelbaren Nachkriegszeit hat diese Beweglichkeit in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine andere Qualität. Der Zustrom aus dem Ausland geht weitgehend auf sein altes Niveau der ersten beiden Dekaden des 17. Jahrhunderts zurück, wofür er aber aus den übrigen kurbayerischen Landen stark zunimmt. Der Regierungsantritt Karl Theodors wirkt sich auf die Herkunftszusammensetzung der Neubürger nicht aus. Nach 1777 sind es bis 1783 gerade drei Zuwanderer aus Mannheim, ein Galanteriehändler (1779) und zwei Schneider (1779 und 1782). Aus der übrigen Kurpfalz wurde niemand in diesem Zeitraum eingebürgert. Für das bürgerliche München spielte die Vereinigung der beiden wittelsbachischen Territorien unter einem Herrscher demographisch keine Rolle. Sicherlich kam hierbei auch der konfessionelle Gegensatz zum Tragen.

4.4. Weilheim

Einen anschaulichen Vergleich mit der Residenzstadt bietet die Landstadt Weilheim. Ähnlichkeiten und Unterschiede machen die stadtypenspezifischen Besonderheiten vor dem allgemeinen demographischen Hintergrund deutlich. Die Quellen für die Einbürgerungen – die Kammerrechnungen – sind weitgehend mit denen von München vergleichbar, so daß in dieser Hinsicht keine Interpretationsprobleme entstehen. Da in der Kleinstadt jedoch die Zahlenbasis viel kleiner ist als in der Residenzstadt, können die analytischen Aussagen vielfach nicht so weit gehen wie dort. Einige wenige Neubürger mehr oder weniger verändern hier bereits oftmals das Bild erheblich, ohne daß dies eine sozialgeschichtlich relevante Bedeutung hätte. Darüber hinaus sind aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts zahlreiche Kammerrechnungen verloren (von den ersten 60 Jahren insgesamt 29, also beinahe die Hälfte), was eine vergleichende Untersuchung der Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg mit der danach erschwert.

Um eine gewisse Vorstellung von der Bedeutung der Zuwanderung für die Bevölkerungsentwicklung dieser oberbayerischen Kleinstadt zu erhalten, soll zunächst wieder das Verhältnis von Neubürgern (Männer bzw. Familien) zu Herdstätten festgestellt werden, wobei u.a. dieselben bzw. ähnliche Schnittjahre ausgewählt wurden wie in München: In der ersten Dekade des 17. Jahrhunderts kamen auf einen Neubürger etwa 78 Haushalte, nach dem Dreißigjährigen Krieg (1650–59) 94, um 1700 waren es 124, 1740–49 77 und um 1770–79 87. Die starken Schwankungen beruhen meines Erachtens mehr auf der kleinen statistischen Basis als auf tatsächlichen demographischen Veränderungen. Ablesen läßt sich jedoch aus diesen Werten, daß die Zuwanderung für die Kleinstadt demographisch eine geringere Rolle spielte als in München. Dies ist besonders deutlich in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, also in der eigentlichen Regenerationsphase nach dem Dreißigjährigen Krieg. Es erscheint auch einleuchtend,

Durchschnittliche jährliche Bürgeraufnahmen in Weilheim 1600–1799

(in Klammern Zahl der überlieferten Jahre, wenn nicht alle zehn Kammerrechnungen erhalten sind)

Jahr	Männer bzw. Familien	Frauen	Jahr	Männer bzw. Familien	Frauen
1600–09 (5)	6,0	7,2	1700–09	5,0	2,3
1610–19 (5)	4,8	9,0	1710–19	4,0	4,1
1620–29 (3)	5,5	4,3	1720–29	6,0	8,1
1630–39 (2)	6,0	7,5	1730–39	7,4	7,0
1640–49 (8)	5,0	4,8	1740–49	5,4	5,6
1650–59 (8)	3,9	5,6	1750–59	5,1	6,0
1660–69	3,6	3,9	1760–69	6,7	7,4
1670–79	5,4	4,9	1770–79	4,2	5,4
1680–89	4,0	2,1	1780–89	6,9	5,2
1690–99	3,1	1,0	1790–99	7,1	4,8

(Quelle: StadtA Weilheim Kammerrechnungen)

daß bei dem vorherrschenden Bevölkerungsmangel eine größere Wahlfreiheit für subsistenzstellensuchende Handwerker bestand und dabei die größere Stadt eine stärkere Attraktivität ausübte. Mit den wachsenden Bevölkerungszahlen im 18. Jahrhundert wird sich dies wohl wieder geändert haben. Auch hat die Geburtsstatistik ja erwiesen, daß die Kleinstadt sich besser aus sich selbst heraus regenerieren konnte als die Residenzstadt.

Anders als in München halten sich die Einbürgerungen von Männern bzw. Familien mit der von Frauen die Waage. Dies läßt zwar auf eine erhöhte Zuzugsmobilität der Frauen in Kleinstädten schließen, darf aber nicht überinterpretiert werden, wie die gleich folgende Herkunftsanalyse zeigen wird. Die zugewanderten Ehefrauen der Weilheimer Bürger entstammten eben zu einem großen Teil aus den umliegenden Dörfern. Das Potential an heiratsfähigen und -willigen Frauen in dieser Kleinstadt war also vermutlich im Verhältnis geringer als in der Residenzstadt.

Die Kurve der jährlichen Einbürgerungen in Weilheim gleicht nur oberflächlich betrachtet der Münchens. Sie erreichen in dem halben Jahrhundert nach dem Dreißigjährigen Krieg, bei weitem nicht die Werte, die das 18. Jahrhundert und die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts kennzeichnen. Die Dekade von 1670–79 ist eine Ausnahme. Der Krieg hat also das Potential an Menschen, das zur Regeneration der Weilheimer Bevölkerung benötigt wurde, erheblich eingeschränkt, bzw. die Stadt konnte diejenigen, die es gab, nicht an sich binden, wie die im Verhältnis weit höheren Einbürgerungsraten der Residenzstadt in dieser Zeit nahelegen. Dies scheint die angenommene nur langsame Erholung der Bevölkerung nach dem Dreißigjährigen Krieg zu bestätigen. Merkliche Einbrüche bei den Männern zeigen sich besonders am Ende des Spanischen Erbfolgekrieges und im Umfeld der Hungerjahre von 1770/71.

Für die Untersuchung der Provenienzen der Weilheimer Neubürger und zugewanderten Frauen sind größere Zeitintervalle notwendig, um überhaupt statistisch signifikante Werte zu erhalten¹⁶⁷. Dies birgt selbstverständlich auch die

¹⁶⁷ Bedingt auch durch den Verlust beinahe der Hälfte der Kammerrechnungen aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts.

Jahre	identifizier- bare Herkunft		davon Bayern ohne RA München		davon nicht Bayern	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1600–1670	174	147	4,0 ^o _o	0,7 ^o _o	8,6 ^o _o	4,8 ^o _o
1765–1800	181	89	2,2 ^o _o	2,2 ^o _o	2,8 ^o _o	5,4 ^o _o

(Quelle: StadtA Weilheim Kammerrechnungen)

Gefahr der Nivellierung verschiedener historischer Entwicklungen in sich, wie dies in dem langen Intervall von 1600 bis 1670 der Fall ist. Um diese „Verwischung“ so weit wie möglich zu vermeiden, beginnen wir mit den in dieser Zeit von außerhalb des Rentamtes München Zugewanderten. In den 11 zwischen 1600 und 1618 erhaltenen Kammerrechnungen lassen sich nur zwei Neubürger feststellen, die nicht aus dem Rentamt München (Landshut) bzw. auch nicht aus dem Herzogtum (Füssen) stammen. Dagegen sind es nach dem Dreißigjährigen Krieg zwischen 1650 und 1670 insgesamt 16, von denen 12 aus dem Ausland stammen, wobei allerdings nur zwei Jahrgänge der Rechnungsbücher fehlen. Wie in München, natürlich auf viel niedrigerem Niveau, wirkt sich also auch in der Kleinstadt die erhöhte überregionale Mobilität nach dem Krieg spürbar aus. An dieser überregionalen Attraktivität verliert Weilheim dann im 18. Jahrhundert, wobei, anders als in der Residenzstadt, auch der Zuzug aus Regionen innerhalb des Kurfürstentums, die nicht in der unmittelbaren Umgebung Weilheims lagen, sichtbar zurückgeht. Man kann diese Entwicklung wohl als eine Art „Provinzialisierung“ bezeichnen.

Wie bereits erwähnt, halten sich zwar die Zahlen der Einbürgerungen von Frauen und Männer in Weilheim annähernd die Waage, die Frauen im 17. Jahrhundert weisen jedoch einen geringeren überregionalen Mobilitätsgrad auf als die Männer. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gleicht sich der der Männer dem der Frauen an und erreicht ein etwa gleich niedriges Niveau. Die weitgehend konstant geringen Werte überregionaler Herkunftsanteile bei den Frauen (1600–70 wie 1765–1800 etwa 5,5^o_o von außerhalb des Rentamts München) beruhen auf der Tatsache, daß diese fast alle als Ehefrauen bereits in der Stadt ansässiger Gewerbetreibender nach Weilheim kamen. Der Grund der Zuwanderung war also für die Frauen meist der gleiche, und eine großräumige Veränderung keineswegs notwendig. Hermann Hörger stellte fest, daß die Heiratsmobilität in Dörfern unter der bäuerlichen Bevölkerung geringer war, als unter der handwerklichen. Bei beiden lag die Grenze des „Heiratsfeldes“ innerhalb eines Tagesmarsches¹⁶⁸. Diese Grenze wurde also auch von der kleinstädtischen Handwerkerschaft selten überschritten.

4. 5. Trostberg

Die Einbürgerungen des Marktes Trostberg sind bereits, soweit es die Quellen zulassen, untersucht¹⁶⁹. Da die Kammerrechnungen des Marktes fast völlig verloren sind, mußte ausschließlich auf ein Bürgeraufnahmebuch von 1593 bis

¹⁶⁸ Hörger, Kirche, 99–109.

¹⁶⁹ Hoffmann, Trostberg, 54–65.

1671¹⁷⁰ und auf Einzelanträge des Marktes um Genehmigung der Bürgeraufnahmen beim Rentamt aus der Zeit zwischen 1784 und 1798 zurückgegriffen werden¹⁷¹. In beiden Quellen sind die Bürgersöhne enthalten.

Zwischen 1593 und 1671 wurden 367 Neubürger (ohne Bürgersöhne und Frauen) aufgenommen, was einem Durchschnitt pro Jahr von etwa 4,6 entspricht, 85 waren es zwischen 1784 und 1798, also 5,5 pro Jahr. Je nach Herdstättenzahl¹⁷² kommen auf einen Eingebürgerten im ersten Zeitraum zwischen 25,9 und 37,2 Haushalte, im zweiten 28,0. Die Zuwanderung hat demnach in dem kleinen Markt Trostberg eine weit größere demographische Bedeutung als in München oder gar in Weilheim. Angesichts weitgehend konstanter Größe des Marktes läßt dies auf eine erheblich höhere Bevölkerungsfluktuation schließen als in den anderen beiden Städten.

Trostberg unterscheidet sich von den beiden anderen Beispielstädten auch durch eine große Konstanz der Einbürgerungszahlen, die selbst durch den Dreißigjährigen Krieg kaum wesentlich beeinflußt werden. Sie belaufen sich im Durchschnitt (incl. Bürgersöhne!) 1624–33 auf 6,2, 1635–44 auf 7,4 und 1650–59 auf 6,3. Im gesamten Zeitintervall von 1593 bis 1671 lag der entsprechende Wert bei 7,1. Zwischen 1784 und 1798 wurden jährlich 6,5 Personen eingebürgert.

Die Grenzstadteigenschaft Trostbergs prägt auch das Bild der Herkunftsanalyse der Neubürger. Dies ist zu berücksichtigen, damit nicht aufgrund der in der Tabelle ablesbaren Provinienzanteile ein vorschneller Vergleich mit der Residenzstadt angestellt wird, die ähnlich hohe Werte bei der Zuwanderung von außerhalb des eigenen Rentamts bzw. auch von außerhalb Bayerns verzeichnet.

Herkunft der Trostberger Neubürger (ohne Frauen)

Jahre	identifizierbare Herkunft	davon Bayern ohne RA Burghausen	davon nicht Bayern
1593–1671	340	19,7 ‰	25,3 ‰
1784–1798	67	26,9 ‰	19,4 ‰

(Quelle: StadtA Trostberg B 102; StAM GL Fasz. 4181 Nr. 45)

Von den 25,3 ‰ Neubürgern 1593–1671, die nicht aus Bayern stammen, kommen zwei Drittel aus dem unmittelbar angrenzenden Erzstift Salzburg, 1784–1789 sind es von den 19,4 ‰ etwas weniger als die Hälfte. Die Zuwanderung aus dem Ausland mit Ausnahme des benachbarten Salzburg ist so zwar immer noch bedeutender als in Weilheim, erreicht aber nicht die Münchener Werte. Anders bei den Neubürgern aus den übrigen bayerischen Gebieten außerhalb des eigenen Rentamtes. Hier erreicht der Markt gegenüber München und Weilheim weit höhere Anteile.

¹⁷⁰ StadtA Trostberg, B 102.

¹⁷¹ StAM GL Fasz. 4181 Nr. 45.

¹⁷² Vgl. S. 169.

Seit der beschleunigten Bevölkerungszunahme, dem privaten und öffentlichen Monumentalbau, der Landflucht und der Industrialisierung im 19. Jahrhundert wachsen unsere Städte immer rascher über ihre alten Grenzen hinaus und werden zu amorphen, sich krebsartig ins Land hinaus ausbreitenden Gebilden. Diese Expansion mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Implikationen steht im scharfen Kontrast zu dem statischen Bild, das die frühneuzeitliche bayerische Stadt vermittelt, mit ihrem meist durch den Barock geprägten Gesamtcharakter. Die Frage, die wir uns an dieser Stelle zu stellen haben, ist deshalb, inwieweit spiegeln sich die bereits festgestellten demographischen Veränderungen in städtebaulichen Entwicklungen wider, bzw. in welcher Korrelation stehen sie zueinander.

5.1. München

Das Stadtbild Münchens erfuhr in der Frühen Neuzeit erhebliche Wandlungen: Bau der Residenz, verschiedener Klöster, der barocken Bastionen und bedeutender Palais' – um nur die hervorstechendsten Beispiele zu nennen. So einschneidend diese Veränderungen nicht nur optisch waren, so spielte sich dies alles doch auf derselben Grundfläche ab, die durch die Ringmauern des 14. Jahrhunderts definiert wurde¹⁷³. Sofern die Schätzungen richtig sind, hat sich jedoch die Bevölkerungszahl zwischen 1500 und 1800 innerhalb des Burgfriedens nahezu verdreifacht¹⁷⁴. Hinzu kam, daß die vielen öffentlichen und kirchlichen Bauten in der Residenzstadt seit dem 16. Jahrhundert immer platzintensiver wurden und so die Einwohner noch mehr beengten. Die Klagen der Bürger hierüber waren sicher berechtigt, und bereits um 1700 muß wohl von einer erheblichen Bauplatzknappheit ausgegangen werden¹⁷⁵. Ein Jahrhundert später waren die Kapazitäten der Stadt erschöpft, die wachsende Bevölkerung aufzunehmen. Joseph Zängl schildert im Jahre 1803 die Verhältnisse so¹⁷⁶:

„Wenn wir uns auch nur einen Zeitraum von 10, ich will nicht sagen von 20 Jahren zurückdenken, so finden wir, daß sich die Volksmenge in München zusehends vermehrt hat. Die Hausmieten, so wie der Kapitalwerth der Häuser selbst, stieg beinahe bis zum Ungeheuern hinan, und obwohl alljährlich neue Stöcke auf alte Häuser aufgesetzt, neue Häuser in und vor der Stadt gebauet, und selbst Klöster in Wohnungen für Zinsleute umgeschaffen wurden, so konnte hiedurch doch nicht dem Bedürfnisse der Wohnungen hinlänglich gesteuert werden. Kaum ist ein neues Haus der Erde entwachsen, so erhält es schon seine Einwohner, ohne erst das so nöthige Austrocknen abwarten zu dürfen, und während seines Baues miethet man schon ein, ehe man weiß, wie der Bau ausfallen werde.“

Eine Vorstellung von der Bebauungssituation zu Beginn des Untersuchungszeitraumes gibt das Modell der Stadt des Straubinger Drechslers Jakob Sandtner von 1571. Schon damals wirkt München bereits sehr eng bebaut, Freiflächen

¹⁷³ Vgl. Schaffer, Entwicklung.

¹⁷⁴ Vgl. S. 154.

¹⁷⁵ Vgl. Lehmbruch, neues München, 520, Anm. 1143.

¹⁷⁶ Joseph Zängl, Plan der neu anzulegenden Vorstadt vom Karls- bis zum Schwabingerthor in München, München 1803 (ohne Paginierung), zitiert nach: Lehmbruch, neues München, 520 Anm. 1143.

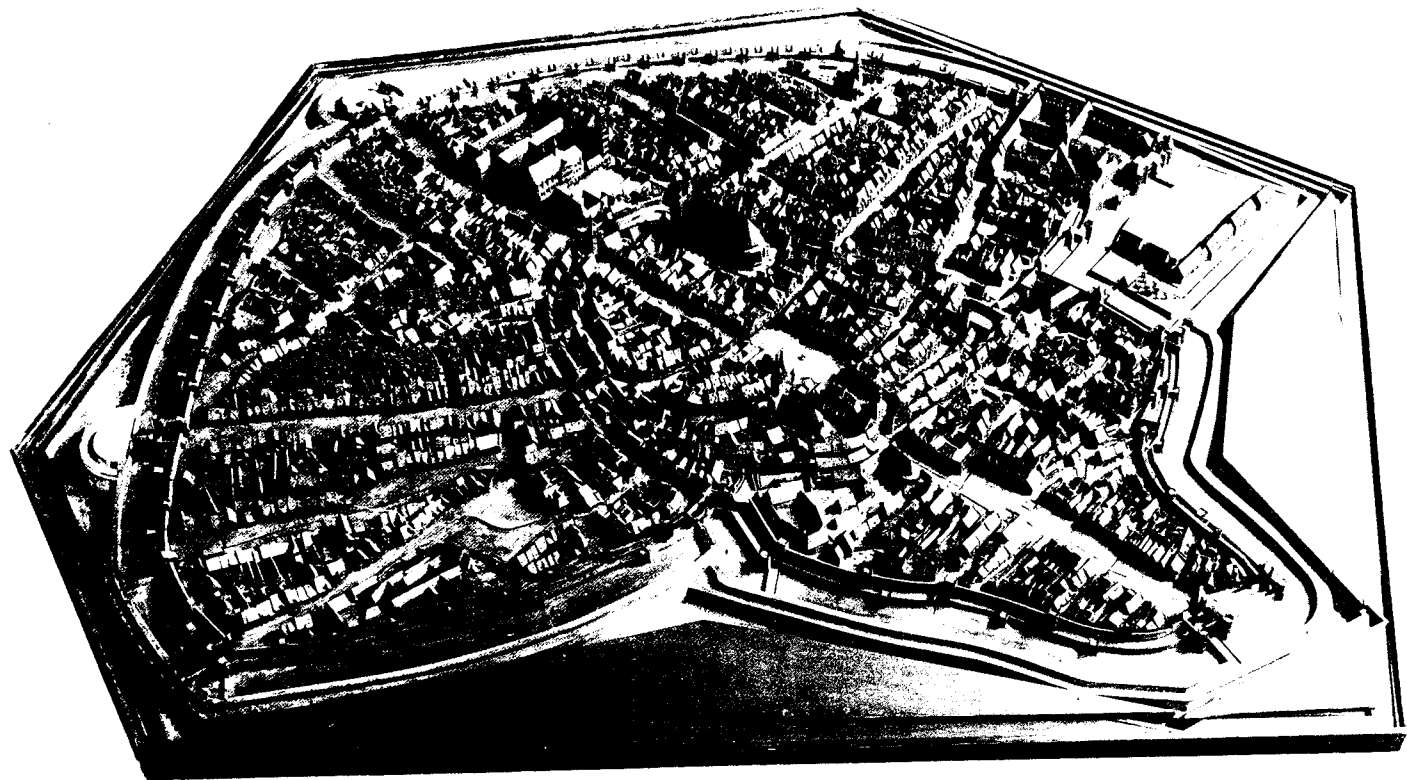


Abb. 1: Modell der Stadt München von Jakob Sandtner aus dem Jahre 1571



Abb. 2: Der Münchener Innenstadtbereich 1571 (Sandtner-Modell)

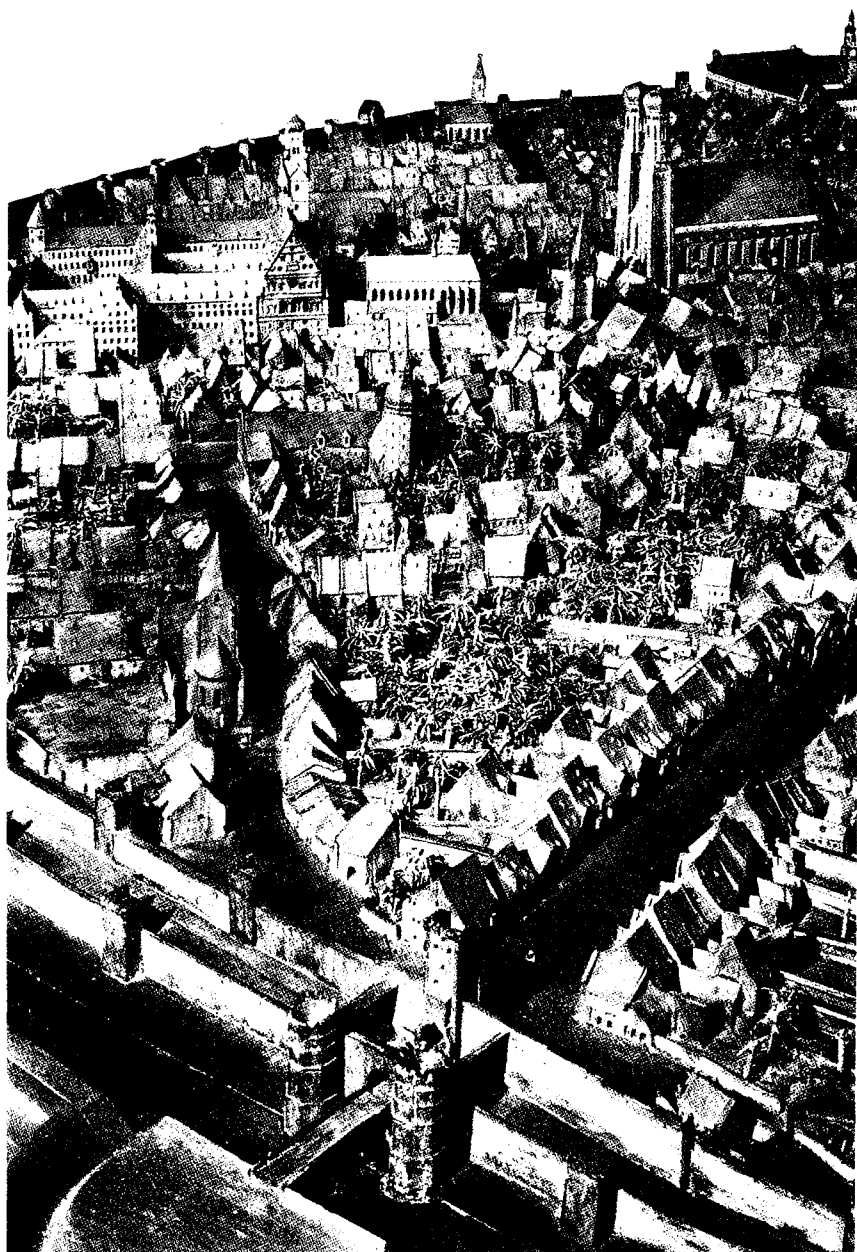


Abb. 5: Südwestlicher Münchener Stadtbezirk (Hackenviertel) 1571 (Sandtner-Modell)

finden sich hauptsächlich noch im Südwesten nahe des Sendlinger Tors¹⁷⁷. Wie die nachfolgende Aufstellung zeigt, wuchs die Residenzstadt aber bis zum Ende des 18. Jahrhunderts noch mindestens um 400 Häuser. Dieser Zuwachs war aber fast ausschließlich auf das Vorstadtgebiet beschränkt. Die Zahl der Gebäude innerhalb der Mauern stagnierte, Neubauten konnten nur auf alten Grundmauern entstehen, bzw. die zwischen 1600 und 1800 verbauten Freiflächen mußten durch Aufnahme von Neubauten die zahlreichen Zusammenlegungen mehrerer kleinerer Häuser zu einem größeren kompensieren. Hierbei bedeutete die Expansion der Baukörper von Klöstern, Kirchen, Adelspalais und landesherrlichen Bauten eine zusätzliche Belastung für die bürgerliche Einwohnerschaft.

München: Häuser und Herdstättenzahlen

Jahr	Häuser		Herdstätten		Haushalte pro Haus	
	Gesamt	Vorstadt	Gesamt	Vorstadt	Gesamt	Vorstadt
1606	1.249	56	> 4.700	111	3,8	2,0
1700	1.348	167	ca. 4.500	180	3,3	1,1
1792	1.655	478	ca. 7.000	815	4,2	1,7

(Quellen: Der Aufstellung liegen die Ergebnisse von Kap. IV. 5.3.1. zugrunde, ergänzt durch weitere Auswertungen der Steuerbücher)

Die Vorstadthäuser konnten den steigenden Bevölkerungsdruck des 18. Jahrhunderts nicht mehr ausgleichen. Ihre durchschnittliche Belegung zeigt, daß sie viel kleiner waren als die Gebäude innerhalb der Stadtmauern. Die Innenstadthäuser, deren Zahl ja stagnierte, mußten also das Gros der zusätzlichen Haushalte aufnehmen, wodurch ihre Belegung stieg.

Daß die Stadt bereits vor dem Dreißigjährigen Krieg sehr dicht bewohnt und nicht nur bebaut gewesen sein muß, darauf weisen die relativ hohen Herdstättenzahlen pro Haus von 1606 hin. Die Klagen von Bürgern und die Mandate des Landesherrn gegen zu starken Zuzug von außen finden hier ihre numerische Bestätigung. Infolge des Krieges nahm die Wohnraumnot in München vorübergehend ab. Noch um 1700 erscheint die Wohnraumlage gegenüber 1606 und 1792 weit entspannter.

5. 2. *Weilheim*

Die Bevölkerungsentwicklung Weilheims unterschied sich – wie bereits gezeigt – erheblich von der der Residenzstadt. War zwar auch in der Landstadt die Einwohnerzahl bis in den Dreißigjährigen Krieg stark angewachsen, so erreichte die Bevölkerungsstärke nach dieser Katastrophenzeit bis zum Ende unseres Untersuchungszeitraums nicht mehr den Stand der 1620er Jahre¹⁷⁸. Überraschenderweise finden diese Veränderungen in den Häuserzahlen keine Entsprechung.

Bevor wir jedoch auf die Quellen und die quantitativen Aspekte eingehen, sind einige topographische Bemerkungen zu Weilheim notwendig. Die eigentliche

¹⁷⁷ Zu den Sandtnerischen Modellen Reitzenstein. alte bairische Stadt.

¹⁷⁸ Vgl. Kap. IV. 5.3.2.

ummauerte Innenstadt der Frühen Neuzeit wurde stets als Unterstadt bezeichnet. Dieser schloß sich im Osten die sogenannte Oberstadt an. Letztere hatte die Form eines Straßendorfes, wobei die Häuser giebelseitig nicht nur auf die Straße gerichtet waren, sondern auch auf den Stadtbach in deren Mitte. Im Süden lag ebenfalls unmittelbar vor den Mauern eine zweite Vorstadt: St. Pölten. Dieser Ursprungskern der Stadt war allerdings in der Frühen Neuzeit bereits weit kleiner als die Oberstadt.

Die Steuerbücher des 16. bis 18. Jahrhunderts sind ebenfalls nach diesen drei Teilen der Stadt gegliedert. Obwohl sie zwischen Bürgern mit Immobilienbesitz und solchen ohne unterscheiden (zumindest für die Unter- und die Oberstadt, nicht jedoch für St. Pölten), kann aus ihnen nur indirekt auf die tatsächliche Häuserzahl geschlossen werden. So gab es nämlich Bürger, die mehrere Häuser besaßen und Immobilien ganz vermieten konnten, andere nannten nur einen Anteil eines Hauses ihr Eigen. Diese Hausbesitzerhaushalte sind deshalb in der nachfolgenden Übersicht nur in Klammern aufgenommen. Die genaue Häuserzahl läßt sich aus zwei anderen Quellen ablesen, einem Grundbuch von 1605/40¹⁷⁹ und den Herdstättenanlagsrechnungen von 1717 und 1749¹⁸⁰. Daneben ist auch hier wiederum die Dachsberg-Statistik einschlägig.

Weilheim: Entwicklung der Häuserzahlen

(In Klammern jeweils Hausbesitzerhaushalte ohne St. Pölten)

Jahr	Häuserzahl		Herdstätten in Oberstadt und St. Pölten
	Ganze Stadt	Oberstadt	
1573	?	?	177
1579	?	?	165
1589	?	?	190
1603	?	?	194
1605/40	238	?	?
1617	?	?	230
1624	?	?	229
1638	(244)	(105)	160
1643	(242)	(110)	175
1650	(230)	(97)	150
1700	(269)	(114)	175
1717	294	?	?
1749	292	?	?
1778	(261)	(136)	202
1771/81	297	?	?

(Quellen: 1605/40: StadtA Weilheim Grundbuch 1640 I und II; 1717 und 1749: BayHStA Gl Fasz. 4444 Nr. 151; 1771/81: BayHStA GR Fasz. 302b Nr. 45; alle übrigen Quellen: StadtA Weilheim Steuerbücher)

¹⁷⁹ StadtA Weilheim Grundbuch 1640 I und II: Die Datierung dieser Quelle ist nicht eindeutig möglich, da sie vermutlich 1605 bereits angelegt wurde – wie ein Eintrag am Anfang des Buchs vermuten läßt – und nach einem gleichmäßigen Hauptteil auch später immer wieder Nachträge erfahren hat. Diese Nachträge konnten hier jedoch nicht berücksichtigt werden, da ihre Einbeziehung die Betrachtung eines klaren Schnittes unmöglich gemacht hätte.

¹⁸⁰ BayHStA GL Fasz. 4444 Nr. 151.

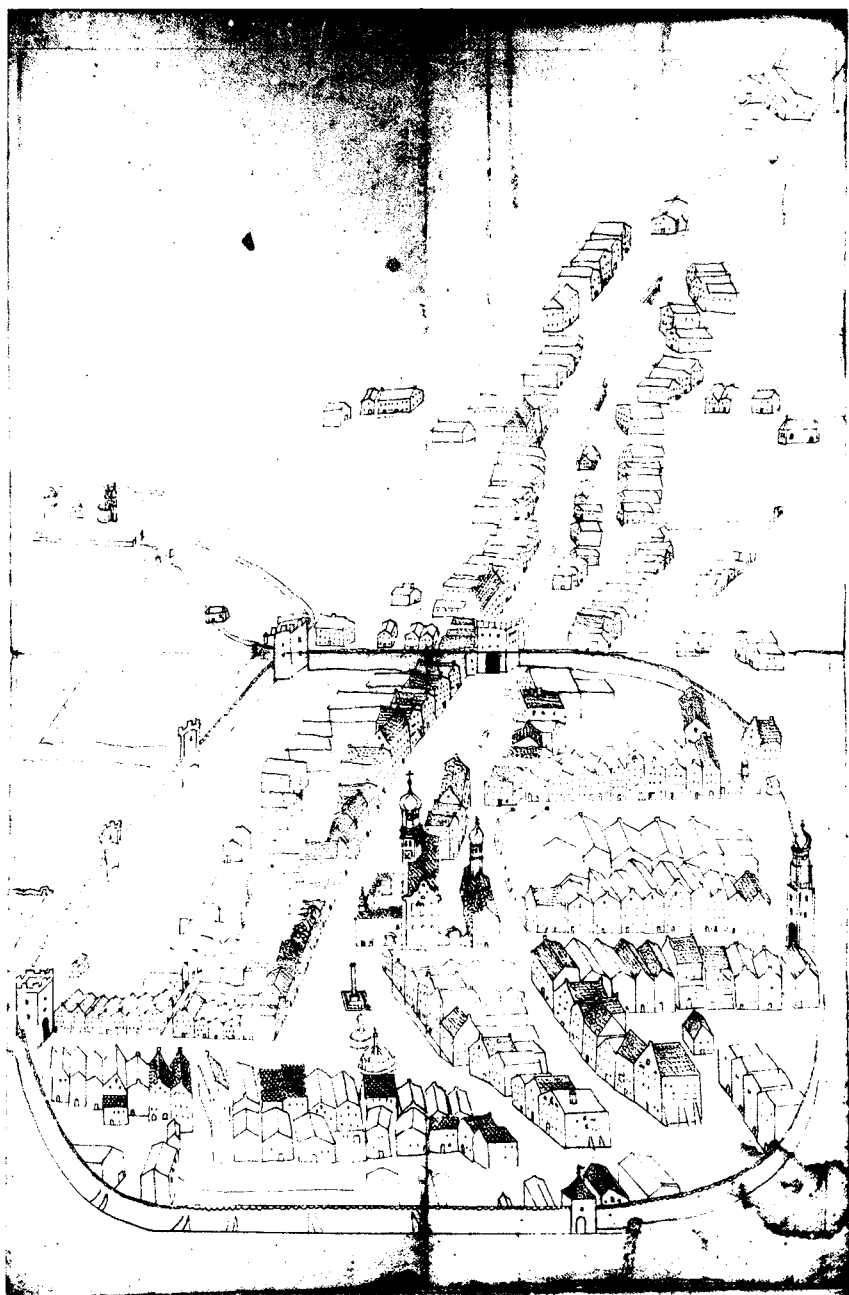


Abb. 5: Weilheim von Westen um 1700. Oben im Bild, außerhalb der Mauern, die sogenannte „Oberstadt“

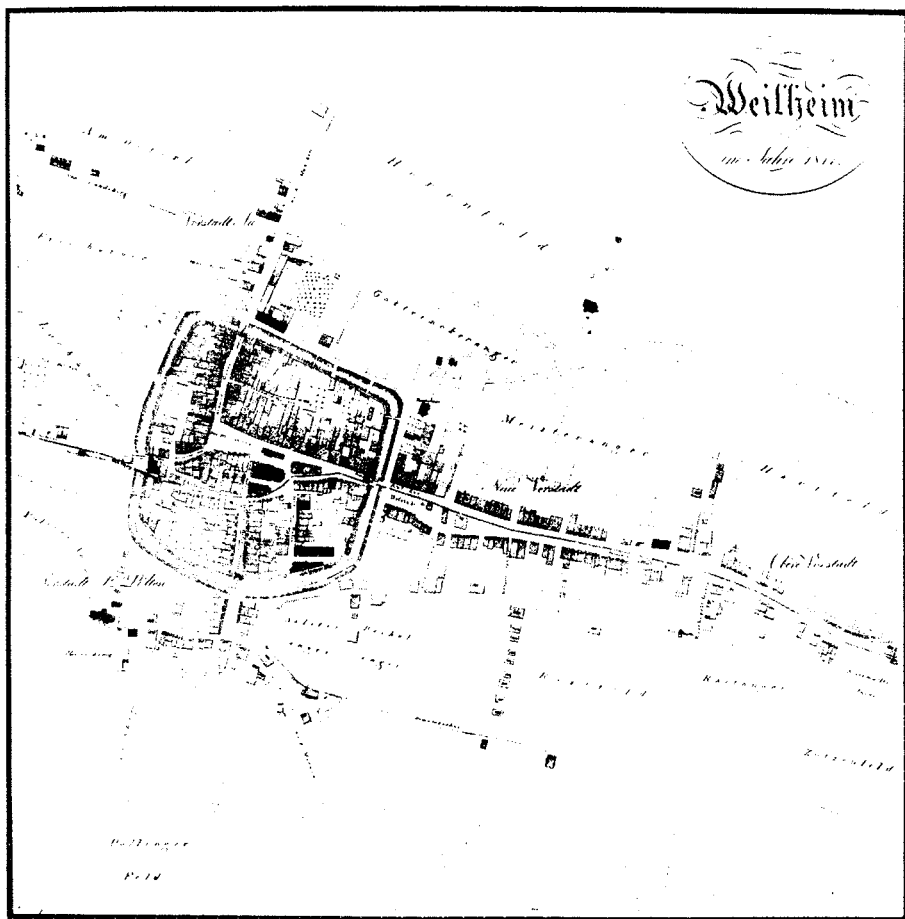


Abb. 6: Katasterplan Weilheims aus dem Jahre 1811

Gehen wir also davon aus, daß die Quellen von 1605/40, 1717, 1749 und 1771/81, die die tatsächliche Häuserzahl angeben, vollständig sind – und dagegen spricht kaum etwas –, so stieg diese in Weilheim seit der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts bis um 1800 um etwa 25 %. Da vermutlich das Grundbuch von 1605/40 in seinem für uns wesentlichen Hauptteil vor dem Dreißigjährigen Krieg entstanden ist, kann sich hierin auch kein vorübergehender Einbruch infolge der kriegerischen Auseinandersetzungen widerspiegeln. Durch den erheblichen Rückgang der Haushalte im selben Zeitraum (von ca. 466 1603 auf 393 1771/81) bedeutet dies eine Verminderung der Belegungswerte von Herdstätten pro Haus von ca. 2,0 auf 1,3. Wir erinnern uns, die Münchener Vergleichszahlen lagen am Ende des 18. Jahrhunderts bei mehr als vier. Daran änderte auch nichts, daß verschiedentlich zwei Häuser zu einem – vermutlich durch Neubau – zusammengelegt wurden. Zwischen 1717 und 1749 geschah dies allein in drei Fällen. Die Stadtbrände von 1733, 1739 und 1744, bei denen insgesamt 127 Häuser betroffen waren, scheinen ebenfalls langfristig keine Nachwirkungen gehabt zu haben. 1749 lagen nur sieben Häuser öde¹⁸¹.

Auf die Vorstadtentwicklung läßt sich ausschließlich mit Hilfe der Hausbesitzerhaushalte schließen. Da sich diese jedoch in der Gesamtstadt annähernd proportional zu den Häuserzahlen verändern, ist vermutlich auch die Annahme berechtigt, daß dies ebenso in der Oberstadt geschah. Die Tabelle zeigt hier eine annähernd parallele Entwicklung in Gesamtstadt wie Oberstadt. Die Herdstättenentwicklung der beiden Vorstädte bleibt dagegen hinter der der Häuser zurück.

Die Kleinstadt Weilheim erlebt also in vielerlei Hinsicht eine gänzlich andere Entwicklung als die Residenzstadt. Einem mäßigen Wachstum der Häuserzahlen, wie auch der Vorstädte steht der bereits konstatierte Bevölkerungsrückgang gegenüber. Zumindest im Hinblick auf den Wohnraum dürften sich die Lebensverhältnisse der Einwohner Weilheims gegenüber vor dem Krieg verbessert haben. Es ist anzunehmen, daß der enorme Anstieg der Haushalte vor dem Krieg hier nicht unerhebliche Probleme verursacht hatte, die sich durch die hohen Einwohnerverluste der 1630er und 1640er Jahre auf grausame Weise gelöst haben.

5.3. Burghausen

Die Glanzzeit der Salzzachstadt lag im Mittelalter, zuletzt war es die Hofhaltung der Gattinnen der Reichen Herzöge von Bayern-Landshut, die Burghausen Ansehen brachte. Nach der Wiedervereinigung der Teilherzogtümer blieb Burghausen nur noch Rentamtssitz. Ihre im wesentlichen erst im 19. Jahrhundert überschrittenen Wachstumsgrenzen erreichte die Stadt Anfang des 14. Jahrhunderts mit der Bildung der „Vorstadt“ im Süden. Diese sogenannte „Vorstadt“ war bereits im Mittelalter innerhalb der Mauern als Teil der Innenstadt integriert und kann deshalb nicht mit den „echten“ Vorstädten in München und Weilheim verglichen werden. Außerhalb der Mauern – unmittelbar an die Vorstadt anschließend – lag das Dorf St. Johannis, das zum Burgfrieden der Stadt gehörte. Wie in Weilheim die Vorstadt St. Pölten, so dürfte auch hier der alte Kern der Stadt Burghausen zu suchen sein¹⁸². Die Ausdehnung, die Burghausen zur Ent-

¹⁸¹ BayHStA GL Fasz. 4444 Nr. 151.

¹⁸² Vgl. *Reitzenstein*, alte bairische Stadt, Burghausen 4f., 16 Anm. 18.

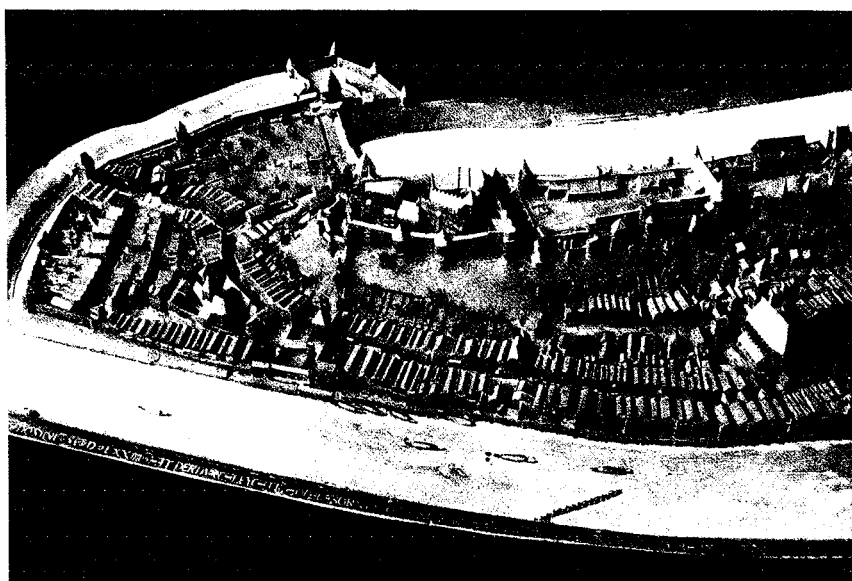
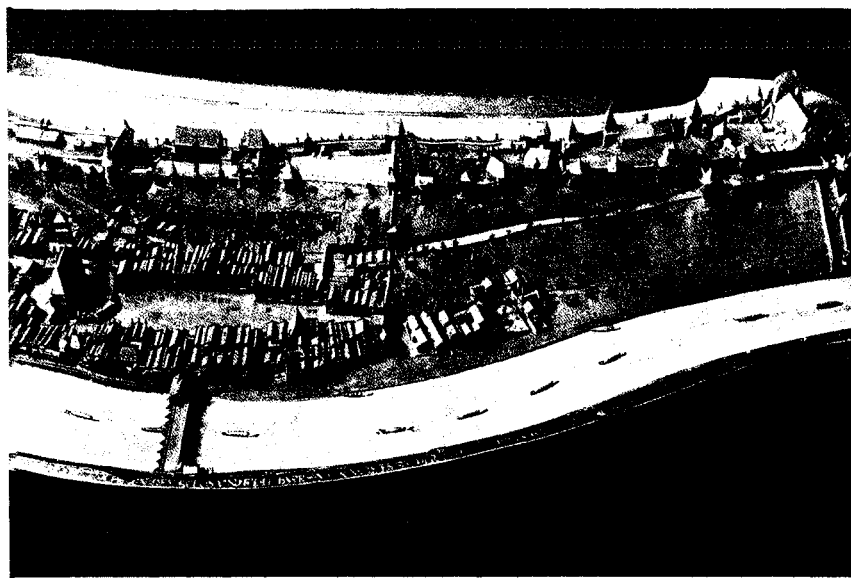


Abb.7 und 8: Burghausen 1574 im Modell von Jakob Sandtner – oben südlicher, unten nördlicher Teil



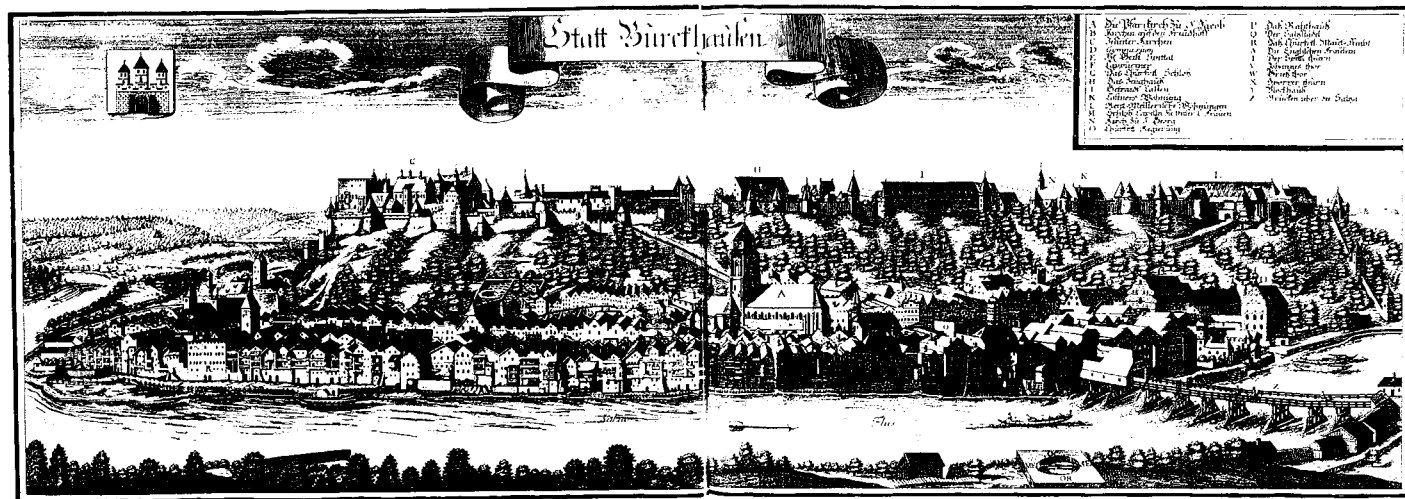


Abb. 9: Burghausen von Osten um 1700 (Stich von Michael Wening)

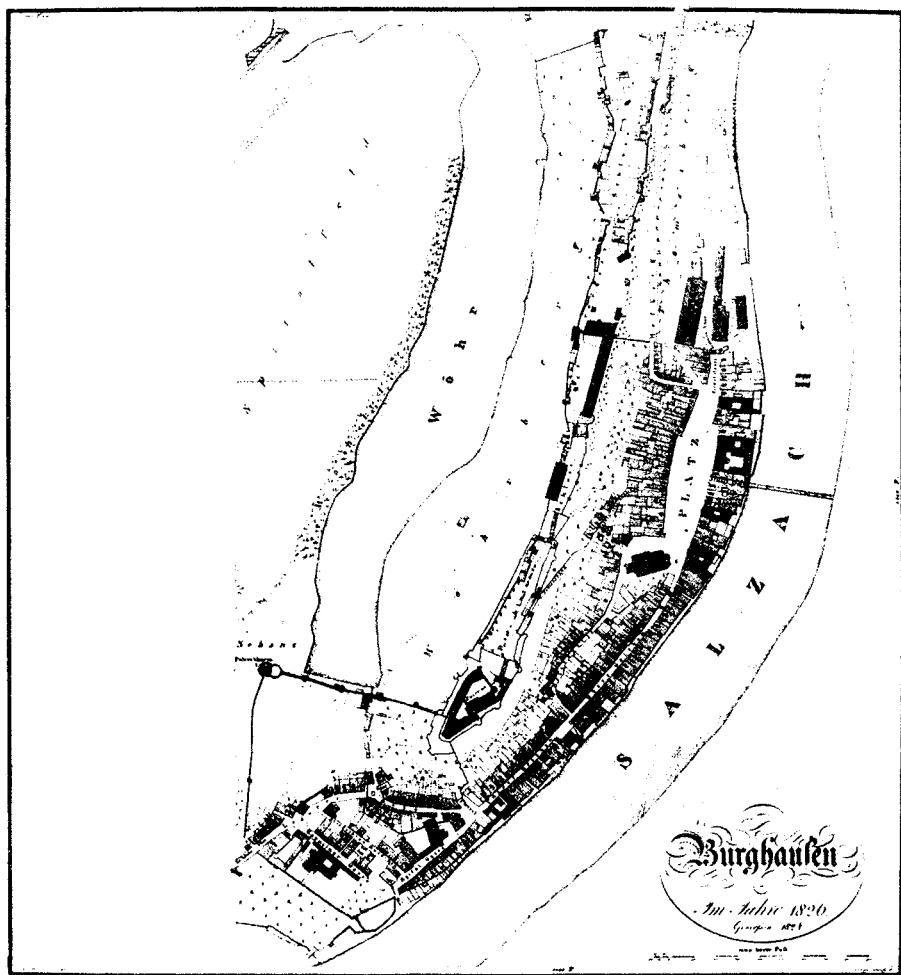


Abb. 10: Katasterplan Burghausens um 1824

stehungszeit des Sandtnerschen Modells von 1574 bereits längst erreicht hatte, wurde bis zum Ende unseres Untersuchungszeitraums nicht mehr überschritten. Dies zeigen Vergleiche des Modells mit dem genauen Stich von Michael Wening, der den Zustand von etwa 1700 wiedergibt¹⁸⁵, und mit einer Katasterkarte von 1824¹⁸⁴. Darüber hinaus finden sich innerhalb des Burgfriedens aber außerhalb der Mauern 1785 lediglich 20 Häuser in dem alten St. Johannes, 8 in Lindach und 2 „im Holtzfeld“¹⁸⁵.

Die Herdstättenrechnung von 1719 gibt in dem Rentamtssitz 298 Häuser an, diejenige von 1785 311¹⁸⁶. Dies dürfte den Stand widerspiegeln, den die Stadt bereits im 17. Jahrhundert hatte. Beziehen wir in diese Überlegungen nun die bereits erörterte hypothetische Bevölkerungsentwicklung mit ein¹⁸⁷. Danach lag die Einwohnerzahl vor dem Dreißigjährigen Krieg erheblich über der um 1800. Deshalb ist sogar gegenüber dem Stand des 16. Jahrhunderts, der ja durch das Sandtnersche Modell festgehalten wird, am Ende unseres Untersuchungszeitraums von einem gewissen Verlust an Häusern innerhalb der Stadt auszugehen, bzw. zumindest von einer weit geringeren Belegung. Letztere betrug sowohl 1719 wie 1785 ca. 1,4 Familien pro Haus. D. h. die Werte lagen weit unter denen Münchens und etwa gleich mit denen Weilheims am Ende des Untersuchungszeitraums, die in letzterem Fall einen erheblichen Rückgang widerspiegeln.

5. 4. Trostberg

Die Stadtentwicklung Trostbergs, soweit sie in unserem Kontext von Interesse ist, wurde bereits untersucht und kann hier kurz zusammengefaßt wiedergegeben werden¹⁸⁸. Als Quellen für diese Untersuchung dienten neben den bereits für die Bevölkerungsrekonstruktion herangezogenen Musterungsregistern, Steuerbüchern und Einwohnerbeschreibungen die Stiche von Merian um 1644 und Wening um 1700 sowie ein Katasterplan von 1824¹⁸⁹. Die schriftlichen Quellen indizieren weitgehend eine Stagnation der Hauszahlenentwicklung seit dem ausgehenden 16. Jahrhundert bis nach 1800. Im 16. Jahrhundert schwanken diese leicht. Die überlieferten absoluten Werte entwickelten sich wie folgt:

Trostberg: Anzahl der Häuser im Markt Trostberg 1515–1810
(ohne Kirchen und öffentliche Gebäude)

Jahr	Häuser	Jahr	Häuser
1515	108	1777	112
1524	98	1800	116
1579	102	1807	118
1595	111	1810	117
1610	107		
1620	107		

¹⁸³ Wening, Burghausen.

¹⁸⁴ Abgedruckt in *Reitzenstein*, alte bairische Stadt, Burghausen 16.

¹⁸⁵ BayHStA GL Fasz. 421 Nr. 100.

¹⁸⁶ 1719: BayHStA GL Fasz. 421 Nr. 100; 1785: StadtA Burghausen Herdstättenbeschreibung 1785.

¹⁸⁷ Vgl. Kap. IV.3.3.3.

¹⁸⁸ Vgl. *Hoffmann*, Trostberg, 54–56.

¹⁸⁹ *Merian*, Topographia Bavariae; *Wening*, Burghausen; StadtA Trostberg XV 4.

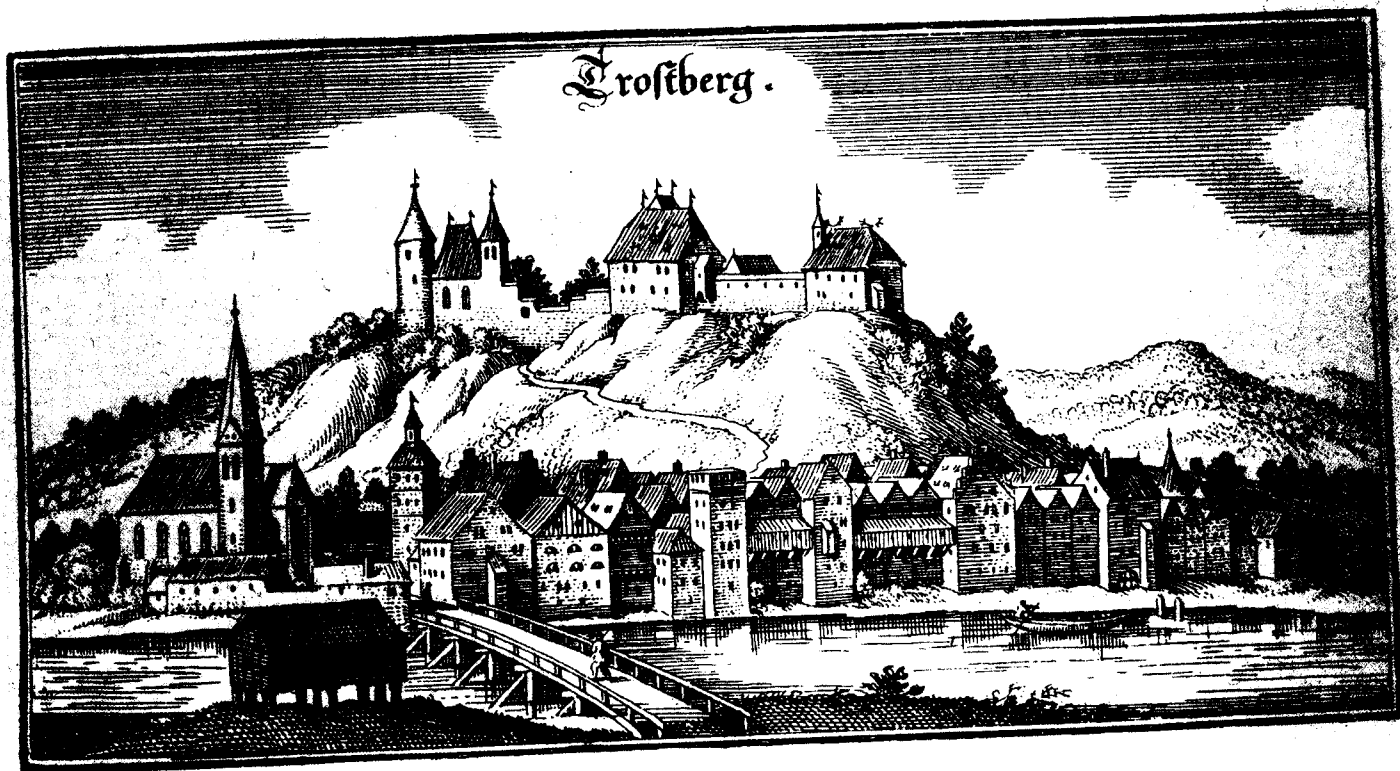


Abb. 11: Trostberg 1644 nach Matthaeus Merian. In der Darstellung fehlt im Bereich westlich der Kirche (im Bild links) die Bebauung. So stand neben der (Pfarr-)Kirche eine spätgotische Kapelle

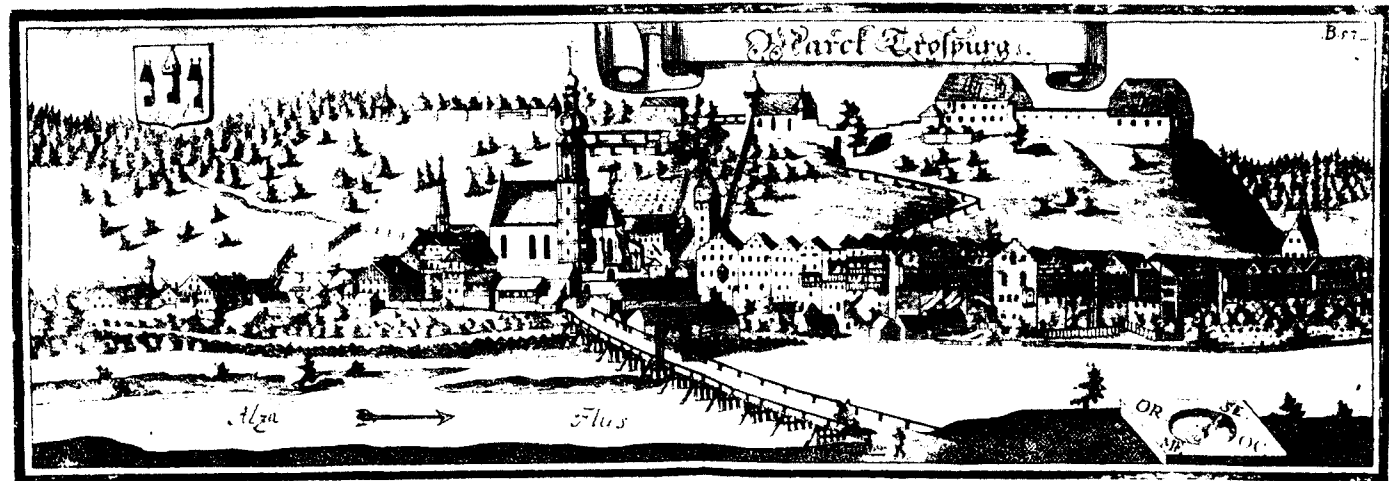
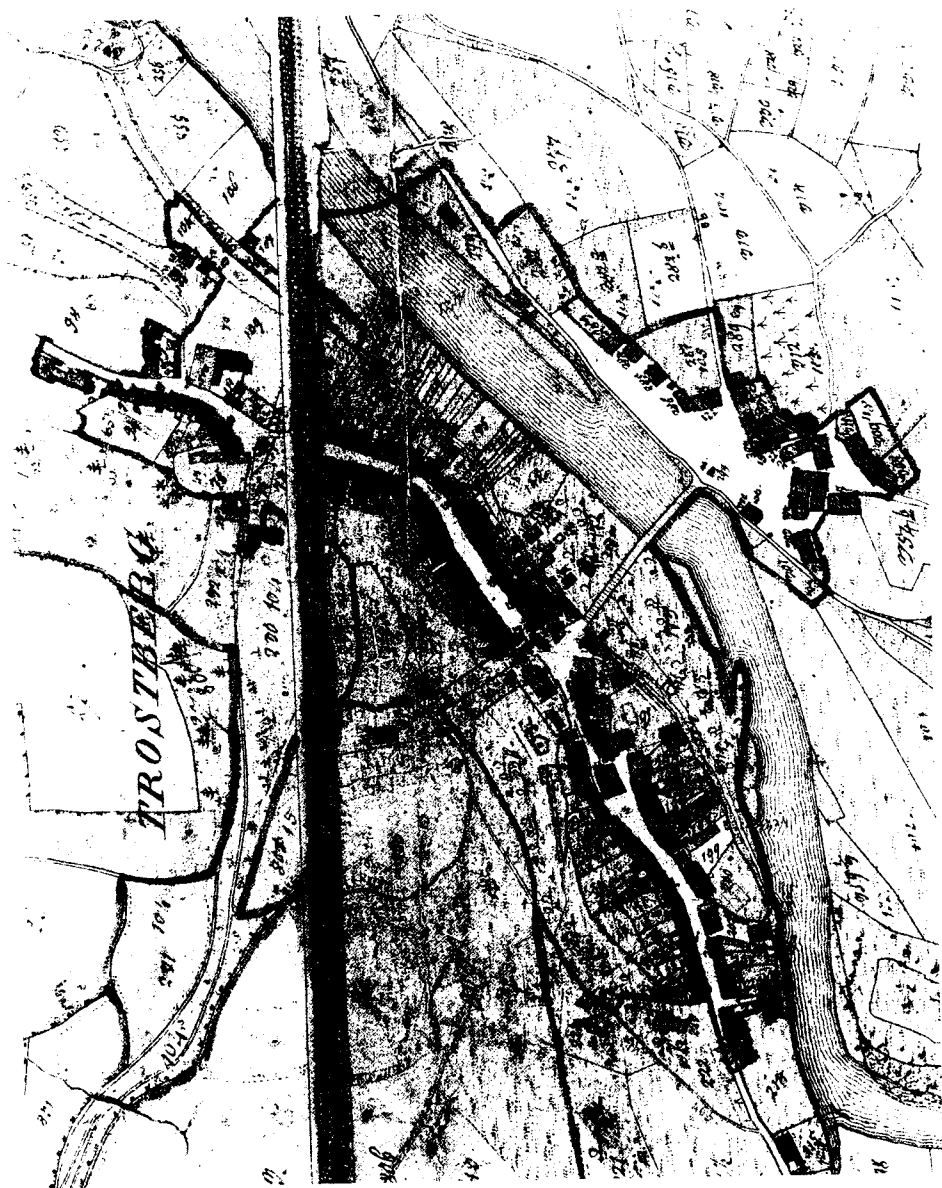


Abb. 12: Trostberg von Südosten um 1700 nach Michael Wening



Das Gros dieser Häuser stand im Bereich des ursprünglichen Marktes zwischen der im Osten angrenzenden Hofmark Schedling und der um 1344 entstandenen ersten Pfarrkirche. Seit dem 15. Jahrhundert entwickelte sich westlich dieses Kernbereichs ein etwas lockerer bebauter Stadtteil, der sehr bald den Namen „Vormarkt“ erhielt. Auch dieser war spätestens 1590 durch ein Stadttor gesichert. Da die Bebauungsmöglichkeiten im Osten durch die angrenzende Hofmark Schedling, im Norden durch den Bergrücken mit der Burg des Landrichters und im Süden durch die Alz beschränkt waren, kam eine Expansion des Marktes nur in westlicher Richtung in Frage.

Die bildlichen Darstellungen zeigen, daß dies in gewissem Umfang auch geschah. Die Erklärung für diese Ausbreitung liegt nicht nur in der geringen Zunahme von Gebäuden zwischen dem beginnenden 17. und dem ausgehenden 18. Jahrhundert, sondern auch in der verschiedentlich feststellbaren Zusammenlegung von zwei oder mehreren Häusern zu einem, wodurch schon bei völlig gleichbleibenden Häuserzahlen eine Erweiterung des Bebauungsgebiets notwendig gewesen wäre. Als Vorstadt läßt sich dieser westliche Bereich jedoch in unserem Untersuchungszeitraum nicht mehr bezeichnen. Er ist Bestandteil des befestigten Marktgebiets, das sich mäßig nach Westen hin ausgedehnt hatte.

Im wesentlichen erweiterte sich die bebaute Fläche des Marktes also zwischen 1600 und 1800 kaum. Angesichts einer rückläufigen Bevölkerungszahl war hierfür auch keine Notwendigkeit. Die Belegung lag 1595 bei 1,3 Herdstätten pro Haus, um 1800 bei etwa dem gleichen Wert, was den niedrigsten Dichten von Weilheim und Burghausen entspricht.

6. Ein Exkurs: die Altersstruktur um 1794

Erstmals für 1794 bietet die landesweite Statistik diese Jahres die Möglichkeit, sich eine Vorstellung von der Alterstruktur der bayerischen Stadtbevölkerung – und auch der Gesamtbevölkerung – zu machen. Allerdings wird hier nur zwischen 1–21jährigen, 22–50jährigen und Über-51jährigen unterschieden. Der Klerus ist dabei nicht berücksichtigt¹⁹⁰.

Altersstruktur 1794 (ohne Klerus)

I. Ländliche und städtische Bevölkerung insgesamt

Rentamt	1–21 Jahre	22–50 Jahre	51 Jahre und älter	Gesamtsumme (ohne Klerus)
München	40 ‰	43 ‰	17 ‰	342.881
Burghausen	41 ‰	43 ‰	17 ‰	141.134

II. Städtische Bevölkerung

Rentamt	1–21 Jahre	22–50 Jahre	51 Jahre und älter	Gesamtsumme (ohne Klerus)
München	36 ‰	45 ‰	19 ‰	83.171
Burghausen	35 ‰	46 ‰	19 ‰	16.600

¹⁹⁰ *Ilazzi*, Statistische Aufschlüsse I. Anhang; Rbl. 1800, Sp. 29 ff.

Stadt/Markt	1–21 Jahre	22–50 Jahre	51 Jahre und älter	Gesamtsumme (ohne Klerus)
München	34 ^o _o	48 ^o _o	19 ^o _o	33.466
Weilheim	37 ^o _o	42 ^o _o	21 ^o _o	1.823
Burghausen	34 ^o _o	47 ^o _o	19 ^o _o	1.972
Trostberg	40 ^o _o	44 ^o _o	16 ^o _o	808

Wenn sich auch die Werte nicht erheblich voneinander unterscheiden, so läßt sich doch eine gewisse Tendenz feststellen: Der Anteil der Unter-22jährigen ist in der Gesamtbevölkerung der jeweiligen Rentämter höher als unter den Bewohnern der Städte und Märkte; bei den 22–50jährigen und den Über-50jährigen ist dies genau umgekehrt. Ohne hier eventuelle unterschiedliche Sterblichkeitsraten zu berücksichtigen, scheint sich in diesen Zahlen ein gewisser Zug der arbeitsfähigen Bevölkerung vom Land in die Stadt in dieser Zeit anzudeuten. Diese Verhältnisse spiegeln sich auch in München und Burghausen wider. Der Markt Trostberg hat dagegen eine dem ländlichen Bereich zugehörige Altersstruktur. Dies läßt auf geringere Arbeitsplatzchancen und auf eine gewisse Abwanderung der Mittelgruppe schließen. In Weilheim scheinen sich andere Bedingungen anzudeuten. Die Stadt wirkt „überaltert“, da der Anteil derer, die hauptsächlich das Arbeitspotential darstellen, d.h. die 22–50jährigen, unterproportional, die Über-50jährigen weit überproportional vertreten sind.

Eine weitergehende Untersuchung der Altersstruktur, die nach der Quelle u. a. auch schichtenspezifisch möglich wäre, oder die Betrachtung weiterer Städte und Märkte ist im Zusammenhang unserer Fragestellungen nur von geringem Erkenntnisinteresse, da ein Vergleich mit früheren Zeiten nicht möglich ist.

7. Ergebnis

Bis in die ersten beiden Dekaden des 17. Jahrhunderts hatte die Gesamtbevölkerung des Landes einen Stand erreicht, der eine demographische Krisensituation hervorrief. Infolgedessen verengte sich der Nahrungsspielraum immer mehr, und die Gesetzgebung reagierte mit verstärkten Disziplinierungs- und Zwangsmaßnahmen, um die Situation nicht weiter eskalieren zu lassen. Während die Städte mit Hilfe eines rigiden Stellenmechanismus sich abschlossen, führte der Bevölkerungsdruck auf dem Lande – bedingt durch das begrenzte Angebot an bäuerlichen Subsistenzstellen – zu einer langsamen Ausweitung des Gewerbespektrums.

Die größte demographische Katastrophe und wohl auch den einzigen großen Bruch in der Bevölkerungsentwicklung stellten dann für Bayern während unseres Untersuchungszeitraums die verschiedenen Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges dar. Hierunter sind die direkten Kriegsbelastungen wie die indirekten – besonders in Form der Pest – gemeint. Wir kennen auch gewisse Bevölkerungsverluste aus der Zeit des Spanischen Erbfolgekriegs, die sich aber keineswegs mit denen des 17. Jahrhunderts vergleichen lassen und auch keine längerfristigen „Spuren“ in der Einwohnerentwicklung des Landes wie der Städte hinterlassen haben.

Die Lage auf dem „Subsistenzstellenmarkt“ war in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts für Qualifizierte günstig geworden. Die Restriktionen für unterbürgerliche und unterbäuerliche Schichten blieben bestehen, deren Chancen für einen sozialen Aufstieg nahmen allerdings erheblich zu. In den Städten haben wir es in der langen Phase von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zum Ende des 18. Jahrhunderts bei differierenden Einzelentwicklungen mit einer weitgehend einheitlichen Grundtendenz zu tun. Eine Ausnahme bildet die Residenzstadt. Ihr Bevölkerungswachstum seit 1650 ist weit schneller und größer als das des Landesdurchschnitts und auch als das der übrigen Städte. Die Ursache ist vor allem in der Anwesenheit des Hofes zu suchen und in den verschiedenen Sekundärfaktoren, die dieser Institution als Wirtschaftsfaktor Bedeutung gaben. Während die anderen Beispielstädte Burghausen, Weilheim und Trostberg den Vorkriegsstand bis 1800 nicht mehr erreichten, überschritt ihn München weit. Dabei ist das Wachstum der Einwohnerschaft unter kurfürstlicher Jurisdiktion überproportional gegenüber der bürgerlichen Bevölkerung. Letztere hat um 1800 wohl erst den Stand vom Anfang des 17. Jahrhunderts knapp wieder erreicht.

Die übrigen oberbayerischen Städte blieben allgemein hinter der demographischen Gesamtentwicklung des Landes zurück, unberührt davon, daß sie von 1648 bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts mitunter erhebliche Zuwachsraten zu verzeichnen hatten. Wann auch im 17. Jahrhundert Teile der Kriegsverluste ausgeglichen werden konnten, so erwies sich das 18. Jahrhundert für die oberbayerischen Städte und Märkte weitgehend als Stagnationsphase. Daß sich die Territorialstädte von den landesweiten Veränderungen abkoppeln konnten, findet eine Erklärung in ihrer, bzw. in der für sie betriebenen Abschließungspolitik. Man erhoffte sich davon, den Stadtbewohnern ihre Existenz auch in einem für ihre Produkte schmalen werdenden Markt zu sichern. Dagegen machte sich der Bevölkerungsdruck auf dem Lande verstärkt bemerkbar. Das dort sich ausweitende Gewerbe resultierte aus der Notwendigkeit, der wachsenden unterbäuerlichen Landbevölkerung eine Ernährungsmöglichkeit zu sichern. Dabei verstärkte sich der bereits bei der Betrachtung der landesherrlichen Wirtschaftspolitik festgestellte Dezentalisierungsprozeß noch über das schon für die Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg festgestellte Maß hinaus.

Nach 1771/81 änderte sich schließlich das Bild. Die städtische Bevölkerung wuchs plötzlich überproportional zur Gesamtbevölkerung des Kurfürstentums an, ohne daß dafür ein bestimmter Grund zu erkennen ist. Anhand der 1794 erstmals überlieferten Altersstruktur lassen sich Indikatoren für einen starken Zuzug in die Städte feststellen.

Mobilität war in den gesamten zweihundert Jahren in zweifacher Hinsicht für die Städte von Bedeutung. Zum einen waren da das beschränkte Stellenangebot und die geringen Möglichkeiten, selbst als Meistersohn in der eigenen Stadt eine Subsistenzstelle zu finden. Zum anderen konnten wir feststellen, daß die Städte normalerweise – eine Ausnahme bildete Weilheim – aus sich selbst heraus nicht ausreichend regenerationsfähig waren, d.h. die Sterblichkeitsrate teilweise erheblich über der Geburtenrate lag. Dennoch fand selbst nach den hohen Verlusten des Dreißigjährigen Krieges und einer daraus erwachsenen liberaleren Einbürgerungspolitik kein „run“ auf die Städte statt. Die Aufnahmezahlen nahmen zwar zu, hielten sich aber in einem Rahmen, der bei weitem nicht ausreichte, die alten Haushaltszahlen schnell wieder zu erreichen.

V. Rechtliche Gliederung der Stadtbevölkerung

1. Zur Darstellung sozialer und ökonomischer Schichten in der Frühen Neuzeit

Nach der Untersuchung der äußeren Abhängigkeiten der oberbayerischen Städte (Verhältnis Stadt-Landesherr) und ihren demographischen Verhältnissen soll nun eine Betrachtung der inneren Strukturen ihrer Bevölkerung erfolgen. Folgen wir der immer wieder zitierten Definition Stanislaw Ossowskis von „Sozialstruktur“ als einem „System der zwischenmenschlichen Abhängigkeiten, Distanzen und Hierarchien sowohl in nichtorganisierter als organisierter Form“¹, so eröffnet sich ein in einer einzelnen Arbeit nicht zu bewältigendes Forschungsfeld von rein verfassungsrechtlichen Fragen bis hin zu subjektiv mentalitätsgeschichtlichen Zeugnissen der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit. Entsprechend vielfältig gestalten sich auch die Interessen bzw. Präferenzen moderner historischer Untersuchungen. Will man in dem Labyrinth der angebotenen Methoden und Ansätze die wichtigsten herauskristallisieren, so gruppieren sich diese wohl um zwei Schwerpunkte. Eine ältere Richtung geht von einer weitgehend politisch-verfassungsrechtlichen Betrachtung städtischer Einwohnerkreise aus. Die gesellschaftliche Stratifikation orientiert sich hiernach an der Zugehörigkeit zu Gruppen wie Patriziat, Zünften oder unterbürgerlichen Schichten. Rolf Sprandel postulierte in der neueren Forschung eine erneute verstärkte Hinwendung zu diesem Ansatz². Demgegenüber steht eine „modernere“ Richtung, die besonders die Vermögensverteilung als wichtigsten Indikator sozialer Ungleichheit auch im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit in den Vordergrund stellt³. Besonders anregend wirkten hier die Arbeiten von Erich Maschke⁴. „Das Leitbild des sozialen Ansehens in der mittelalterlichen Stadt war vom Reichtum bestimmt. Die Vermögenshöhe war in der geldwirtschaftlich orientierten Gesellschaft der Stadt, in welcher der Handel und nicht die Produktion die Möglichkeit zur Bildung großer Vermögen bot, das wichtigste Kriterium der Geltung. ... Darüber hinaus verlieh Reichtum zwar nicht politische Macht, aber er eröffnete den Zugang dazu“⁵.

Die Forschungsrealität sieht aber keineswegs derart antagonistisch aus, wie die hier vorgestellten idealtypischen Richtungen suggerieren. Insbesondere in

¹ Ossowski, Klassenstruktur, 24.

² Sprandel, Neue Forschungen, 130.

³ Vgl. die bereits aus dem Jahre 1926 stammende Arbeit von Jecht, Studien, der den Versuch unternahm, spezifische Vermögensstrukturen gewissen Stadttypen zuzuordnen.

⁴ Maschke, Unterschichten (1967); ders., Mittelschichten (1972); ders., Schichtung (1973).

⁵ Maschke, Unterschichten, 5.

jüngster Zeit gelang es Musteruntersuchungen, „die Vermögenssituation eines Bürgers oder Einwohners mit der Partizipation in anderen sozialen Handlungsfeldern in Beziehung zu setzen.“⁶ Gerade solche Forschungen bezogen aber auch prosopographische Methoden mit ein. Damit werden dann auch Formen vertikaler Mobilität in der vorindustriellen Gesellschaft deutlich. Eine derartige Betrachtung forderte auch Hans-Ulrich Wehler in an Max Weber orientierten ‚Vorüberlegungen zur historischen Analyse sozialer Ungleichheit‘. Er betonte u. a. die Differenz zwischen den „Barrieren des Ständerechts“ und der „sozialen Aufstiegs- und Abstiegsmobilität ... insbesondere im Umfeld der emporkommenden kapitalistischen Handelsfirmen und Gewerbebranchen“⁷.

Aus einem ähnlich breiten Ansatz, wie ihn die Ossowskische Definition nahelegt, entwickelte Jürgen Ellermeyer einen Forschungsplan, der die Methoden zur Erfassung der wichtigsten Unterschiede städtischer Bevölkerung benennt⁸:

1. berufliche Stellung,
2. Anteil an Bürgerrechten und -pflichten,
3. Chancen der Teilhabe an politischer Macht (Ratsfähigkeit),
4. Eigentum an Boden, Wohnung, Betrieb etc.,
5. Einkünfte aus fremder Arbeit (Kapitalanlagen, Renten etc.),
6. geburtsständische Privilegien und Vorteile sozialer Einschätzung,
7. nützliche Beziehungen zu anderen und eigenen Sozialgruppen in und außerhalb der Stadt,
8. Bildung und spezielle Berufsausbildung mit Qualifikationsnachweis.

Die vorliegende Untersuchung ist im wesentlichen diesem Forderungskatalog verpflichtet, ohne ihn auch nur annähernd erfüllen zu können. Unsere Vorgehensweise beruht nun auf einer Zerteilung der Untersuchung der Sozialstruktur der oberbayerischen Städte. In einem ersten Schritt sollen zunächst die rechtliche Stellung der Bürgerschaften, die Zahlenverhältnisse zwischen Bürgern und unterbürgerlichen Schichten sowie nicht der bürgerlichen Jurisdiktion unterstehenden Bevölkerungskreisen geklärt werden. Außerdem fragen wir nach der stadtypenspezifischen Zusammensetzung von politischen Eliten. Der zweite Schritt der Betrachtung der Sozialstruktur folgt erst nach der Darlegung der wirtschaftlichen bzw. gewerblichen Verhältnisse der oberbayerischen Städte, die konstitutiv für ihre vermögensmäßigen Grundgegebenheiten sind. Hierbei interessieren gruppenspezifische (z.B. Gewerbe) und individualspezifische (z.B. Spitzensteuereinzinsen, Ungleichgewichte innerhalb von Berufsguppen) Charakteristika der sozialen Hierarchie.

Die seit Maschke als „klassisch“ zu bezeichnende Dreiteilung der städtischen Gesellschaft in Ober-, Mittel- und Unterschicht hat sich für unsere Zwecke erkenntnistheoretisch als nicht weiter hilfreich erwiesen, ohne daß dieser Ansatz hier generell verworfen werden soll⁹. Unsere vielmehr näher an der historischen

⁶ So *Rüthing*, Höxter, 15. über den von ihm gewählten Ansatz; ähnlich vgl. *Verscharen*, Marburg, der sich insbesondere mit den Führungsschichten Marburgs beschäftigte.

⁷ *Wehler*, Vorüberlegungen, 19.

⁸ *Ellermeyer*, Sozialgruppen, 213.

⁹ Kritisch zu dieser Dreiteilung auch *Rüthing*, Höxter, 15.

Begrifflichkeit orientierte Terminologie beruht vor allem an dem komparativistischen Vorgehen bei z. T. äußerst inhomogenen Untersuchungsobjekten. Es mag dies am Exempel der Maschkeschen „Oberschichten“, die er mit dem Patriziat, bzw. vergleichbaren Führungsschichten gleichsetzt, belegt werden. So wird noch zu zeigen sein, daß die politischen Eliten der oberbayerischen Städte sich aus ganz verschiedenen Gruppen zusammensetzen konnten. Wer beispielsweise in Weilheim einen Inneren Ratssitz oder Bürgermeisterposten lebenslang innehaben konnte, hätte in der Residenzstadt nicht einmal die Chance gehabt, in den Äußeren Rat zu gelangen. Sind es in der Kleinstadt also Handwerker aller Zünfte, die die „Oberschicht“ der Stadt konstituieren, so sind es in der Residenzstadt Patrizier, Handelsleute und Juristen¹⁰. Neben der ständischen Abgeschlossenheit der Münchener „Oberschicht“ gegenüber einer gewerblichen „Mittelschicht“, die mit der Weilheimer „Oberschicht“ sozial vergleichbar ist, klappt darüber hinaus noch eine gewaltige ökonomische Kluft zwischen den beiden „Oberschichten“. Die moderne soziologische Terminologie verdeckt also mehr die Unterschiede, auf deren Erarbeitung es in unserem typologischen Ansatz gerade ankommt. Zur begrifflichen Bestimmung der politischen Eliten benutzen wir deshalb das neutralere Wort „Führungsgruppen“, das keine ökonomischen oder standesmäßigen Konnotationen enthält¹¹.

Die Untersuchung der vermögensmäßigen Schichtung der oberbayerischen Städte beruht primär auf der Analyse von Steuerbüchern. Auf ihre Quellenproblematik wird genauer noch einzugehen sein. An dieser Stelle sind jedoch einige Bemerkungen zu ihrer Aussagekraft hinsichtlich der Sozialstruktur angebracht. Bisher sind im oberbayerischen Raum keine Register bekannt, die die tatsächlichen Vermögenswerte bzw. steuerpflichtigen Objekte auflisten. Die Steuerbücher spiegeln tatsächlich also nur die Zensushierarchie und -differenzen wider, nicht die tatsächlichen Vermögen. Wenn auch von einer gewissen Proportionalität zwischen tatsächlichem ökonomischen Status und Steuerleistung auszugehen ist, so erfährt diese Korrelation doch wesentliche Einschränkungen, wie sie bereits für außerbayerische Städte verschiedentlich betont wurden¹²:

1. Über die städtische Armut geben diese Register kaum Auskunft, sei es, weil sie die entsprechenden Personenkreise überhaupt nicht berücksichtigen, sei es, weil die Verarmung abgesunkener bürgerlicher Schichten nicht deutlich wird, da sie weiterhin einen gewissen Immobilienbesitz ihr eigen nennen¹³.
2. Da die Steuerordnungen wesentlich am Besitz orientiert sind, die tatsächlichen Einkommen des Zensiten aber größtenteils nicht berücksichtigen, können erhebliche Differenzen zwischen Steuervermögen und ökonomischer Leistungsfähigkeit auftreten.
3. Durch pauschalierte Steuersummen – „Compositionen“ genannt –, die nicht einer genauen Einschätzung der Steuerobjekte entstammen, können besonders im Bereich der Spitzensteuerzensiten erhebliche Verzerrungen eintreten.
4. Da kaum auszumachen ist, woraus sich der steuerpflichtige Besitz zusammensetzte (z. B. Immobilienbesitz oder Handelsware), dieser aber z. T. äußerst

¹⁰ Vgl. Kap. V.3.3.

¹¹ Zur Definition vgl. Kap. V.3.1.

¹² Siehe S. 303 Anm. 2 und 3; zu den Grundlagen der Besteuerung vgl. Kap. VIII.1.

¹³ Vgl. Kap. VIII.6.

unterschiedlichen Steuersätzen unterlag, können bei gleichem Zensus ganz unterschiedliche Werte die Grundlage bilden, deren Höhe wir im allgemeinen nicht kennen¹⁴.

5. Über die rechtliche Stellung des Zensiten (Bürger, Inwohner, Fremder, Hofangehöriger mit nur partieller Steuerpflicht) geben die Verzeichnisse vielfach keine Auskunft.

Auch in Anbetracht dieser Unsicherheiten ist eine Abgrenzung von Ober-, Mittel- oder Unterschicht mit Hilfe der Zensusbeträge kaum in wünschenswerter Genauigkeit möglich. Die folgende Untersuchung der Steuerbücher orientiert sich deshalb mehr an Verschiebungen der Relationen über den Untersuchungszeitraum hinweg, an Differenzen zwischen den Städten und an Hierarchien als an absoluten Grenzwerten. Letztere sind in der historischen Realität exakt allenfalls im Bereich derjenigen Zensiten festzustellen, die nur einen Kopfsteuersatz bezahlten. Alle anderen Festlegungen schichtenspezifischer Steuersätze beruhen auf mehr oder minder willkürlicher Setzung des Forschers, denen nur der Charakter von Anhaltspunkten zukommt¹⁵.

2. Stadtbewohner unter bürgerlicher Jurisdiktion

Die Stadtbevölkerung der altbayerischen Städte läßt sich grob in zwei Gruppen einteilen: einerseits in diejenigen, die der Jurisdiktion des Magistrats zumindest teilweise unterstanden, also Bürger, Einwohner minderen Rechts und Fremde, andererseits Personen mit eigenem Gerichtsstand wie der Klerus, der Adel oder die Hofschutzverwandten. So klar die gerichtliche Zuständigkeit auf den ersten Blick auch gewesen war, um die aus ihr resultierende Lastenverteilung – sprich die Zahlung der bürgerlichen Abgaben („munera“) – kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen bezüglich der sogenannten Hofbefreiten, insbesondere zwischen der am stärksten betroffenen Stadt München und dem Landesherren. Hier soll zunächst jedoch nur auf die erstere Gruppe – also jenen Personenkreis, der unter magistratischer Jurisdiktion stand – näher eingegangen werden.

Unsere Ausführungen über die rechtliche Gliederung der städtischen Bevölkerung folgen – sofern nicht anders zitiert – zunächst den „Anmerkungen über den Codicem Maximilianeum Bavaricum Civilem“ von Kreittmayr¹⁶. Wenn er auch einen allgemeinen Anspruch erhebt, so stützt er sich doch meist auf das Münchener Beispiel. Seine Aussagen, soweit sie für unsere Fragestellung relevant sind, gelten vielfach für den gesamten Untersuchungszeitraum, da seine positiven Rechtsgrundlagen sich nicht nur auf zeitgenössische Werke der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erstrecken, sondern u. a. auch auf die Reichs- und

¹⁴ Ausnahme stellt eine Steuermatrikel aus Kraiburg dar, die allerdings nur Immobilienwerte berücksichtigt (vgl. S. 307). *Lauffer*, Trier, konnte dagegen in seiner Untersuchung nicht nur auf Steuerlisten zurückgreifen, sondern auch auf Vermögens- und „Nahrungs“-Schätzungen, die eine weit genauere Vorstellung der Besitzstruktur Triers geben.

¹⁵ Vgl. zu dieser Problematik am Augsburger Beispiel *Hoffmann/Roeck*, Elektronische Datenverarbeitung, 192–195.

¹⁶ *Kreittmayr*, Anmerkungen V, 774–784.

Landesgesetzgebung des 16. und 17. Jahrhunderts wie die bayerische Polizeiordnung von 1616, aber auch auf den Albertinischen Rezeß von 1561, diverse Reichsabschiede dieser Zeit oder auf die Münchener Steuerordnung von 1606¹⁷.

Unter der bürgerlichen Jurisdiktion standen folgende Gruppen: Bürger, Beisitzer, Toleranzler und die Fremden, die nur vorübergehend in der Stadt weilten. Das sogenannte „*große Bürgerrecht*“ bewirkte „die Pflicht und Obliegenheit in Beförderung gemeinen Stadtnutzens und Wendung des Schadens, wozu sich jeder Bürger mittels . . . Eides verbindlich macht, nebst der daraus fließenden Personal=Subjection und dem Foro Domicilii, welches dadurch erlangt wird, item die Fähigkeit zu Raths= und anderen Stadtämtern, dann die Befugniß, das bürgerliche Gewerbe zu treiben, worauf das Bürgerrecht specificce ertheilt ist, wie die Theilnehmung an allen bürgerlichen Stadtrechten, Freiheiten und Privilegien, sammt der Obligation ad Munera Civitatis tam privata, quam publica“¹⁸. Bürgermeister, Ratsherren und Patrizier unterstanden demselben Bürgerrecht, „jedoch in gradu eminentiori“¹⁹. Keine Bürger waren jedoch vor ihrer förmlichen Aufnahme Bürgersöhne. Ebenfalls konnten Bürgersfrauen und ihre Töchter dieses Recht grundsätzlich nicht für sich in Anspruch nehmen. Sie unterlagen jedoch dem Forum civitatis und sind der „bürgerlichen Pflichten und Rechten suo Modo theilhaftig“²⁰. Bedingung für die Bürgerrechtsverleihung war darüber hinaus lange Zeit die Verhehlung des Neubürgers, sofern er bisher ledig war²¹. Diese Auflage wurde jedoch teilweise eingeschränkt²².

Beisitzer waren nur mit dem *kleinen Bürgerrecht* begabt. Sie „treiben zwar kein bürgerliches Gewerbe zum offenen Kram und Laden, werden auch zu Raths= und anderen öffentlichen Stadtämtern nicht leicht gezogen, und geben statt der Bürgersteuer nur das Beisitzgeld; im übrigen aber ist zwischen ihnen und anderen, welche das Große Bürgerrecht haben, circa Forum, et Domicilium, Jura municipalia, und sonst kein Unterschied“²³. Auch Hueber sieht den Unterschied zwischen den beiden Bürgerrechtskategorien hauptsächlich im Wirtschaftlichen: „Diejenigen, denen eine obrigkeitliche Bewilligung auf einen geringeren, persönlichen Nahrungszweig, oder ein geringeres Anwesen (Eigenthum) ertheilt wird, heißen bürgerliche Beisitzer“²⁴. Wie aus anderen Gebieten bekannt, ist ihnen das aktive wie passive Wahlrecht damit weitgehend verschlossen. Politische Führungsaufgaben wie aktive Mitbestimmung an den Belangen der Stadt waren den Bürgern vorbehalten²⁵. Deutlich tritt hier das in älteren verfassungsrechtlich orientierten Arbeiten weitgehend ignorierte Kriterium des „Reichtums“ bzw. des „Besitzes“ hervor. Es ist ein Verdienst Erich Maschkes auf diesen Faktor bei der Untersuchung sozialer städtischer Schichten hingewiesen zu haben²⁶.

¹⁷ Vgl. zur Steuerordnung näher S. 304 f.

¹⁸ *Kreittmayr*, Anmerkungen V, 778.

¹⁹ *Ebd.*, 775.

²⁰ *Ebd.*, 777.

²¹ *Ebd.*

²² Vgl. S. 85.

²³ *Kreittmayr*, Anmerkungen V, 782.

²⁴ *Huebner*, München, 199.

²⁵ Vgl. *Mathis*, Bevölkerungsstruktur, 96 f.; allgemein *Brunner*, Souveränitätsproblem, 338 ff.

²⁶ Vgl. *Maschke*, Unterschichten, 2–5.

Unterhalb des großen und kleinen Bürgerrechts gab es noch die sogenannte „Toleranz“, auch „Stadtsschutz“ genannt. Stadtbewohner mit diesem Aufenthaltsrecht „dürfen ... keine bürgerliche Nahrung treiben, sondern leben nur von ihrer Handarbeit“, standen aber ebenfalls unter der städtischen Gerichtsbarkeit und waren „ad Munera Civitatis“ nach Stand und Vermögen verpflichtet²⁷. Hueber erklärt entsprechend, daß die Toleranz Maurern, Zimmerleuten, Handlangern, Tagelöhnern und ähnlichen Berufsgruppen verliehen wurde²⁸. Der Begriff taucht allerdings meines Wissens erstmals 1787 in den Münchener Kammerrechnungen auf. Die frühere Zeit wie auch die anderen Städte und Märkte kannten ihn nicht. Die Tagelohnberufe fanden sich meist den Beisitzer- bzw. Inwohnerkategorien zugeordnet²⁹, mitunter wird jedoch schon im 17. Jahrhundert in den Quellen eine Gruppe „Tagwerker“ extra ausgeschieden.

Ebenso standen die *Fremden* in der Zeit ihres Aufenthalts unter der städtischen Jurisdiktion. „Einer bürgerlichen Nahrung oder anderer Stadtrechte und Freiheiten aber haben sie sich nicht zu erfreuen“. Dafür unterlagen sie auch nicht den städtischen „Munera“, mit Ausnahme, wenn sie Immobilienbesitz innerhalb des Burgfriedens ihr Eigen nannten³⁰. Dieser wurde dann jedoch weit höher besteuert als der der Bürger. So zahlte ein Münchener Bürger z. B. von jedem Gulden Ewiggeld, den er jährlich einnahm, 8 d, der Fremde dagegen 32 d an die Stadtkammer³¹.

Die Frage nach der zahlenmäßigen Verteilung dieser verschiedenen Bürgerrechtskategorien innerhalb der einzelnen Städte Oberbayerns ist nicht ganz eindeutig zu beantworten. Auf die jeweiligen Quellenprobleme muß deshalb im folgenden immer wieder eingegangen werden. Den ersten umfassenderen Überblick über das Verhältnis von Bürgern zu unterbürgerlichen Schichten bzw. Gruppen, die nicht unter die bürgerliche Jurisdiktion fallen, bietet die Dachsbergische Volksbeschreibung von 1771/81. Die folgende Aufstellung aus dieser Statistik kontrastiert die Gesamthaushalts- mit den Bürger- und Beisitzerzahlen und schließt davon auf die übrigen noch verbleibenden Haushalte. Letztere können dann nur noch Herdstätten einer dritten Kategorie von bürgerlichen Stadtbewohnern sein, oder Haushalte von Personen, die nicht unter der magistratischen Jurisdiktion standen (s. Tabelle S. 215).

Deutlich sichtbar wird hier, daß das Gros der Haushalte einen bürgerlichen Vorstand hatte. Die Beisitzer spielten dagegen nur eine kleinere Rolle, wie auch die der übrigen Einwohnergruppen. Eine Ausnahme stellt – neben Reichenhall – die Residenzstadt dar. Selbst unter den 5.204 Münchener Haushalten unter bürgerlicher Jurisdiktion³² stellten Bürger und Beisitzer nicht einmal die Hälfte. Nicht unerheblich dürfte in München darunter der Anteil derjenigen sein, die nach dem Verlust einer Hofstellung (bzw. die Witwen ehemaliger Hofbediensteter) seit dem Albertinischen Rezeß gezwungen waren, den Besitz in der Stadt an-

²⁷ Kreittmayr, Anmerkungen V, 782.

²⁸ Huebner, München, 199.

²⁹ So auch in dem Mandat vom 7. 9. 1756 (MGS III, 162), das die Aufnahmetaxe für Beisitzer in den Städten und Märkten festlegte und hierbei vor allem die Tagwerker und Handwerker in den Herbergen (d. h. in Miete) nennt.

³⁰ Kreittmayr, Anmerkungen V, 783.

³¹ Nach der Münchener Steuerordnung von 1606, Art. 20 und Art. 73 (StadtA München Steueramt Nr. 636).

³² Vgl. S. 144.

Stadt/Markt	Haushalte	Bürger	Beisitzer	Verbleiben rechnerisch sonstige Haushalte
München ¹	8829 ²	1376	912	6541
Aichach	252	214	0	38
Burghausen	408	274	77	57
Dachau	225	161	2	62
Friedberg	335	283	4	48
Ingolstadt	1001	889	67	45
Kraiburg	184	98	5	81
Landsberg	490	310	0	180
Reichenhall	397	88	0	309
Rosenheim	266	148	48	70
Schongau	274	198	1	75
Schwaben	71	69	2	0
Tölz	444	346	6	92
Traunstein	345	213	41	90
Trostberg	154	90	34	30
Wasserburg	375	212	60	103
Weilheim ⁵	393	440	7	(-54)
Wolftrathausen	253	223	5	25

Anm. 1: Davon im Lehel 507 Herdstätten mit 39 Bürgern und 16 Beisitzern. Anm. 2: Davon 5.204 Haushalte unter bürgerlicher Jurisdiktion (vgl. S. 144). Anm. 3: Für Weilheim liegt vermutlich bei der Zahl der Bürger ein Irrtum vor.

nehmen, wenn sie in ihr bleiben wollten³³. Die Statistik weist aus, daß ein Großteil der Tagwerker in der Residenzstadt den Beisitz bekommen hatte (von 557 Tagwerkerhaushalten in der Stadt ohne die Vorstadt Lehel hatten 383 den Beisitz inne), ja einer selbst das Bürgerrecht. Im Lehel hatten jedoch nur 55 von insgesamt 507 Haushalten Bürger- bzw. Beisitzrecht. Die Mehrheit der Münchener Haushalte in der Innenstadt unterhalb des Beisitzes, d. h. die wohl später sogenannte Toleranzler, rekrutierten sich aus Pfüschern (225, diese und die folgenden Haushaltszahlen ohne Lehel!), Schreibern, Sekretären und Hausoffizianten (151), Privatiers (106), Haubenmacherinnen und Galanteriearbeiterinnen (98), landesherrlichen oder ständischen Pensionisten (319), Bedienten, die nicht bei der Herrschaft wohnten (245), „Inleutpersonen“, die sich meist aus Frauen zusammensetzten, (338) sowie Naderinnen, Wäscherinnen, Strickerinnen und Spinnerinnen (416) und Tagwerkerhaushalten ohne Beisitz (174). Damit hatte München auch innerhalb der „bürgerlichen“ Einwohnerschaft eine sich von den anderen Städten weit unterscheidende Sozialstruktur. Die Vielzahl der hier mit minderem Recht Lebenden ist neben dem residenzstadtspezifischen Anteil von hofnahen bzw. ehemals hofnahen Personen auf das hier weit breitere Betätigungsfeld für Arbeitsuchende zurückzuführen und damit auf die Hoffnung der Unterschichten des Landes, Arbeit und Brot – wenn auch in bescheidenem Rahmen – zu finden.

Beachtenswert ist die Vielzahl von reinen Frauenhaushalten, besonders solcher, die mit einer Berufsbezeichnung versehen sind. München bot somit alleinstehenden Frauen einen in keiner anderen oberbayerischen Stadt gekannten

³³ Vgl. genauer S. 236.

Arbeitsmarkt. Politisch, rechtlich wie ökonomisch spielten diese „berufstätigen“ Frauen jedoch eine sehr viel geringere Rolle³⁴.

Für die Zeit vor 1771 geben oftmals die Steuerbücher und ähnliche die Bevölkerung einer Stadt beschreibende Quellen Auskunft über die rechtliche Zusammensetzung der Einwohner. Diese Verzeichnisse sind meist nach Bürgern mit Besitz und Inwohnern ohne Besitz gegliedert, mitunter findet sich auch eine Dreiteilung, die Tagwerker extra ausweist. Die *Münchener* Steuerbücher sind dagegen nur nach Stadtvierteln, Gassen und Häusern gegliedert und Hinweise über den Rechtsstatus des Zensiten finden sich nicht systematisch. In diesem Fall ermöglicht die Steuerbuchanalyse nur nach der Steuersumme genauere Aussagen, die dann auch in gewissem Umfang die Möglichkeit des Rückschlusses auf den jeweiligen Status des besteuerten Haushaltsvorstandes zuläßt³⁵. So erweist sich für München, daß der Anteil der Haushaltsvorstände, die nur den sogenannten „Habnit“ (d. h. 4ß) oder weniger steuerten, 1606 bei ca. 20– 30 % lag und bis 1792 auf über 50 % anstieg. Da ja der Rechtsstatus weitgehend von der Nahrungsstelle und dem damit verbundenen Besitz abhängig war, kann hier also nur angenommen werden, daß innerhalb der in den Steuerbüchern erfaßten Bevölkerung ein Absinken weiter Schichten in einen niedrigeren Rechtsstatus sichtbar wird, bzw. diese Schichten gegenüber den bürgerlichen Gruppen erheblich zugenommen haben.

Für die *anderen Beispielstädte* können wir genauere Aussagen treffen. Die nachfolgenden Angaben aus Steuerbüchern und ähnlichen Quellen bezeichnen unter „Inwohnern“ diejenigen Stadtbewohner, die keinen eigenen Hausbesitz haben, werden aber „verbürgert“ genannt³⁶. Sie müssen also den Beisitzern der Definition von Kreittmayr gleichgesetzt werden³⁷. Sie waren wie die Bürger steuerpflichtig, reichten jedoch an die Stadtkammern meist nur den Mindeststeuersatz.

Anteil der Inwohner an der Gesamtzahl der Weilheimer Zensiten

Jahr	Haushalte gesamt	Inwohner- haushalte
1650	368	146
1700	384	115
1778	367	54

(Quelle: StadtA Weilheim Steuerbücher)

Anteil der Inwohner an der Gesamtzahl der Burghauser Zensiten

Jahr	Haushalte gesamt	Inwohner- haushalte
1693	347	70
1713	347	68
1755	286	73

(Quelle: StadtA Burghausen Servisrechnungen)

³⁴ Vgl. zur wirtschaftlichen Bedeutung Tabelle auf S. 340 und Anhang 16, S. 505.

³⁵ Vgl. Kap. VIII.2.2.1.

³⁶ So u. a. die Bevölkerungsbeschreibung Trostbergs von 1669: StadtA Trostberg MAX I I.

³⁷ Zu einem älteren im 16. Jahrhundert benutzten Begriff („Haistaler“) vgl. Hoffmann, Trostberg, 40f.

Anteil der Inwohner an der Gesamtzahl der Trostberger Zensiten

Jahr	Haushalte gesamt	Inwohner- haushalte	Tagwerker- haushalte
1610	119	23	
1620	158	57	
1679	175	59	15
1682	151	39	14

(Quelle: *Hoffmann*, Trostberg, 40)

Für die Städte und Märkte des Rentamts Burghausen ist aus dem Jahr 1691 eine Aufstellung nach Bürgern, „wittiber(n)“, „wittiben“ und Inwohnern erhalten³⁸. Aus den beiliegenden Akten geht hervor, daß die einzelnen Städte bei ihren Meldungen teilweise zwischen Inwohnern und Beisitzern unterschieden haben. In die „zusammenfassende Designation“ wurden diese beiden Gruppen jedoch unter „Inwohner“ subsumiert. Für die landesherrliche Bürokratie spielte diese Unterscheidung also kaum eine Rolle. Die Tagwerker sind nicht ausschließlich unter den Inwohnern zu suchen. So meldete der Markt Altham, daß er 14 „angesessene“ Tagwerker beherberge, die auch Bürger seien. Hieran läßt sich erneut erkennen, daß die Kategorisierung auch bei dieser Bevölkerungsgruppe weniger nach berufsspezifischen Merkmalen erfolgte, als nach besitzspezifischen.

Rechtliche Gliederung der städtischen Bevölkerung im Rentamt Burghausen 1691

Stadt	Bürger	Witwer	Witwe	Inwohner	Personen zusammen
Burghausen	259	18	23	71	371
Altham	89	1	10	29	129
Braunau	255	7	71	33	366
Kraiburg	105	2	12	11	130
Marktl	47	3	7	4	61
Mattighofen	101	2	7	14	124
Mauerkirchen	93	0	19	34	146
Neuötting	190	4	12	8	214
Ried	323	26	87	113	549
Schärding	256	8	50	14	328
Tann	59	9	16	20	104
Trostberg	87	11	3	55	156
Uttendorf	95	1	10	17	123
Summe der 4 Städte und 9 Märkte im Rentamt	1.959	92	327	423	2.801

(Quelle: BayHStA GL Fasz. 448 Nr. 5)

Zu den Witwen- und Witwerhaushalten läßt sich in den Akten nichts entnehmen. Wir werden jedoch nicht fehlgehen, sie in ihrem rechtlichen Status eher den Inwohnern zuzuordnen, da Frauen ja ohnehin nicht alle aktiven und passiven

³⁸ BayHStA GL Fasz. 448 Nr. 5.

Bürgerrechte ausüben konnten und in den Witwerhaushalten allein schon wegen ihrer geringen numerischen Bedeutung wohl Haushalte von aus dem Arbeitsprozeß bereits ausgeschiedenen ehemaligen Handwerkern und unterbürgerliche Personen zu verstehen sind.

Wie bereits für das ausgehende 18. Jahrhundert mit Hilfe der Dachsberg-Statistik festgestellt, stellen auch in früherer Zeit die „unterbürgerlichen“ Schichten einen weit geringeren Anteil an den Haushalten der kleineren Städte als die Vollbürger. Außergewöhnlich erscheint jedoch, daß in Weilheim die unterbürgerlichen Herdstätten gegenüber denen der Vollbürger sowohl relativ wie absolut zwischen 1650 und 1778 signifikant abnehmen. Diese Beobachtung deckt sich mit unseren Ergebnissen aus der Untersuchung der demographischen Veränderungen dieser Stadt. Ihre Anziehungskraft auf mobile Schichten war in Relation zur Bevölkerungszahl weit geringer als die anderer Städte, insbesondere der Residenzstadt³⁹. Insgesamt bleibt hier vor allem festzuhalten, daß die unterbürgerlichen Haushalte mit einem geringern Nahrungsweig während des Untersuchungszeitraums in den bayerischen Städten und Märkten üblicherweise in der Minderzahl geblieben sind. Die „Abschottungspolitik“ der Städte wie der Landesherren gegenüber diesen stets an der Grenze zur Armut lebenden Familien und Einzelpersonen hatte also Wirkung. Der Münchener Sonderfall muß dagegen unter den besonderen Bedingungen der Residenzstadt gesehen werden.

3. Städtische Führungsgruppen: Positionen, Funktionen und personelle Zusammensetzung

3.1. Definition

Wie der Begriff ‚Oberschicht‘ ist auch der der ‚Führungsschicht‘ oder der der ‚Führungsgruppe‘ ein künstlicher, der weder in den Quellen begegnet, noch eine immer eindeutige operationalisierbare Abgrenzung bestimmter Personengruppen ermöglicht. ‚Führungsschicht‘ oder ‚Führungsgruppe‘ erscheint aber an dieser Stelle adäquat, da hier der funktionale Aspekt hervortritt. Führung soll hier primär im Sinne politischer Vorrangstellung verstanden werden. Franz Josef Verscharen definiert „politische Führungsschicht“ als „die Gesamtheit aller Personen ..., denen verfassungsmäßige Organe der städtischen Selbstverwaltung zur aktiven Gestaltung des politischen Lebens der Stadt offenstehen“⁴⁰. In einem weiteren Ansatz unterscheidet Heinrich Kramm in seiner umfangreichen und in vielerlei Hinsicht beispielhaften Untersuchung über die Oberschichten mitteldeutscher Städte des 16. Jahrhunderts drei Gruppen: die politischen und die wirtschaftlichen Führungsschichten und die „übrigen herausragenden Gruppen und Kreise, besonders der Intelligenz, die auf der Grundlage der Bildung, des Leistungswissens und vornehmlich durch diese zu Besitz und Vermögen, sozialer Hebung und Achtung, allerdings auch in Verbindung mit anderen Faktoren, gelangten“⁴¹. Übertragen auf unsere Untersuchung soll hier nur das Kriterium der politischen Spitzenposition angesprochen werden unter Berücksichtigung

³⁹ Vgl. Kap. IV.4.4.

⁴⁰ Verscharen, Marburg, 61.

⁴¹ Kramm, Oberschichten, 16.

der ökonomischen Stellung der Funktionsträger. Da im Kontext einer gesamten Städtelandschaft auch Klein- und Kleinststädte zu behandeln sind, muß dabei vielfach von der Vorstellung einer abgeschlossenen „Schicht“ von Familien mit Führungspositionen Abschied genommen werden. Die Frage nach den wirtschaftlichen Oberschichten und inwieweit diese mit den politischen identisch sind, wird im Zusammenhang mit der ökonomischen Struktur der oberbayerischen Städte später behandelt⁴². Die „übrigen Gruppen und Kreise“ im Sinne Kramms setzen sich u. a. aus Angehörigen der Bildungsschichten und der Heilberufe, aus Stadtschreibern und Juristen, Geistlichen und Künstlern zusammen. Wir haben es jedoch bei der Definition dieser Gruppen als Führungsschichten mit weit größeren Problemen zu tun als bei den klar abgrenzbaren Ratspersonen oder bei der Identifizierung von Spitzensteuerzinsen. Hier spielen mentalitätsgeschichtliche Fragestellungen nach dem Sozialprestige einer Person eine weit größere Rolle als die einfache Stellung in der Steuerhierarchie. In unserer Untersuchung wird dieses Problemfeld weitgehend ausgespart.

3. 2. Ratswahl: die Verfassungsnorm

Aus dem Münchener Verfassungsgrundgesetz vom 21. August 1403⁴³, das für die Residenzstadt bis 1767 die gültige Ratswahlordnung darstellte, läßt sich im Hinblick auf die Ratsfähigkeit kaum mehr erkennen, als daß die Räte und Gemeindevertreter Bürger der Stadt sein mußten, die mindestens ein halbes Pfund Münchener Pfennige Steuern bezahlten⁴⁴. Dies entspricht aber für die spätere Zeit gerade eben dem Habnitsatz⁴⁵. Soweit bisher belegt, orientierten sich die Wahlordnungen der meisten anderen oberbayerischen Städte, die konzentriert in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts erlassen wurden, an der Münchener. Hierunter finden sich Städte wie Wasserburg (1507), Traunstein (1510), Rain (1510), Schrobenhausen (1513), Abensberg und Neustadt a. Donau (1513), Rosenheim (1514), Schongau (1523), Burghausen (1529) und Trostberg (1542). Ihre Ordnungen sind mit Ausnahme von Bestimmungen, die mit der Größe der Kommune in Zusammenhang stehen und eine etwas höhere oder niedrigere Zahl von Räten bestimmen, weitestgehend gleichlautend⁴⁶. Als Auswahlkriterium für die von ihnen zu bestimmenden neuen Räte wird den Wählern aufgetragen, „woll angesessen erber burger, in ainer yeden gemelten stat die besten vnnnd nutzlichisten zu ainem rat“ zu bestimmen⁴⁷. Auch die Polizeiordnung von 1616 spricht nur von „tauglichen“ Personen⁴⁸, und erst die Stadt- und Marktinstruktion von 1670 konkretisiert etwas, indem sie festlegt, Ratsstellen sollten nur denjenigen vorbehalten sein, die „wolerfahren“ und „zimlich begütert“ seien, damit sie nicht „blosse Jaherren abgeben“⁴⁹. Zusammenfassend ließe sich daraus schließen, daß in den oberbayerischen Städten ganz allgemein politische

⁴² Vgl. Kap. VIII.

⁴³ *Dirr*, Denkmäler, 604–609.

⁴⁴ *Ebd.*, 605.

⁴⁵ Vgl. S. 305.

⁴⁶ Einzelbelege und Beweisführung siehe *Hoffmann*, Ratswahlordnung.

⁴⁷ Edition der Ordnung von Abensberg und Neustadt a. Donau in *Hoffmann*, Ratswahlordnung.

⁴⁸ PO 1616 1. Buch, 8. Titel, 2. Artikel.

⁴⁹ *Hoffmann*, Instruktionen, 290 Art. 7.

Führungsaufgaben breiten Schichten offenstanden, sofern man die Kriterien Erfahrung und Besitz nicht zu restriktiv definiert.

Einschränkungen erlebte diese Zugangsmöglichkeit zunächst durch landesherrliche Erlasse für ganz Bayern, die eine personelle Kontinuität in den Ratsämtern forderten und Entlassungen vor dem Tod nur in Ausnahmefällen zuließen. So heißt es in der Polizeiordnung von 1616⁵⁰: „Nach deme auch durch abwechslung der Rathspersonen in Stätten vnd Märckten vil vnordnung entstehn, haben wir vor disem durch ausgefertigte Befelch verordnet, ordnen vnd wöllen auch nochmaln, daß fürterhin in Stätt vnd Märckten, die Rathspersonen, so lang sie den Rath mögen besuechen, vnd für tauglich gehalten werden, vnuerendert gelassen, vnd keiner one sondere erhebliche vrsachen, deß Raths entsetzt werden sol.“ An dieser Einstellung änderte sich bis zur Aufhebung der alten Stadtfreiheiten Anfang des 19. Jahrhunderts nichts⁵¹. Unabhängig von den sozialen Gruppen, die schließlich tatsächlich in den Rat gelangten, kann man also angesichts der Kompetenzen, die diesem Gremium gegeben waren, von einer Ratsoligarchie sprechen. Wie geschlossen diese Schicht war, wird noch zu zeigen sein.

Anders als die Auswahlkriterien für die neuen Räte sind die bereits genannten Wahlordnungen für das Wahlverfahren sehr präzise. Da ich dies an anderer Stelle bereits ausführlich dargestellt habe, sollen hier nur die Ergebnisse kurz wiedergegeben werden⁵²: 1. Die Gesamtgemeinde verliert weitgehend jeden Einfluß auf die Ratswahl. Sie darf weder ihren eigenen Wahlmann noch ihre eigenen Vertreter für die Ratsgeschäfte selbst bestimmen. Ihre Zusammenkunft wird fast ausschließlich darauf beschränkt, nach Abschluß der jährlichen Wahl – auf die sie ja keinen Einfluß hat –, dem neuen Rat und den eigenen Vertretern gehorsam zu geloben und „volkomen macht vnd gewalt“ zu geben. 2. In allen Stufen des Wahlvorgangs (Bestimmung der drei Wähler, Wahl von Innerem Rat, von Äußerem Rat und der Gemeindevertreter) hat der Innere Rat in der Stadt die entscheidende Machtposition. 3. Das „letzte Wort“ obliegt jedoch dem Landesherrn. Ihm steht es frei, die Wahl zu bestätigen. Im Falle, daß die Elekten seinen Anforderungen nicht entsprechen, nimmt er eine Umbesetzung nach eigenen Vorstellung vor. Auch behält er sich vor, die Wahlordnungen jederzeit veränderten Verhältnissen anzupassen, d. h. zu verbessern.

Die Münchener Ratswahlordnung erfuhr 1767 und nach 1791 größere Veränderungen⁵³. Aus Gründen, auf die gleich noch einzugehen sein wird, wurde im Wahlregulativ vom 18. Dezember 1767⁵⁴ die Position des Äußeren Rats gestärkt. Seit 1403 war es nämlich üblich, daß dieser einen Wähler aus dem alten Inneren Rat bestimmte, der Innere Rat einen aus dem Äußeren und auch den der Gemeinde⁵⁵, wie es auch in allen anderen Städten und Märkten Oberbayerns gehandhabt wurde⁵⁶. Jetzt bestimmte der Kurfürst für München, daß Innerer wie Äußerer Rat einen Wähler aus den eigenen Reihen festlegen sollten, die beiden

⁵⁰ PO 1616 1. Buch, 8. Titel, 2. Artikel.

⁵¹ Hoffmann, Ratswahlordnung, 10f.

⁵² Die Ausführungen über die Wahlordnungen folgen Hoffmann, Ratswahlordnung.

⁵³ Bei den Wahlordnungen der übrigen Städte scheint dies nicht der Fall zu sein, da diese bis zum Ende der alten Stadtverfassung immer wieder bestätigt wurden, z. B. für Burghausen: BayHStA GL Fasz. 407 Nr. 29.

⁵⁴ StadtA München Bürgermeister und Rat Nr. 44/2.

⁵⁵ Dirr, Denkmäler, 605.

⁵⁶ Hoffmann, Ratswahlordnung, 7 ff.

Gremien zusammen jedoch je sechs Wahlmänner aus der Gemeinde, die wiederum den Wähler der Gemein bestimmen sollten. Alle drei Wähler erhielten von ihrem Gremium nun eine Wahlinstruktion⁵⁷. Sie hatten also ein imperatives Mandat, das es bisher nicht gegeben hat. Der Einfluß des Äußeren Rats wurde so auf zweifache Weise vergrößert: zum einen war er nun gleichberechtigt bei der Bestimmung des Gemeindewählers, zum anderen verlor der Innere Rat die Möglichkeit, durch die Auswahl eines genehmen Wählers aus dem Äußeren Rat die Wahl, bzw. die Zuwahl des neuen Inneren Rats von vornherein in der eigenen Richtung zu bestimmen.

Die Bedeutung dieses Wahlregulativs darf jedoch meines Erachtens nicht überschätzt werden: 1. Die Inneren – wie auch die Äußeren Räte – waren ja auf Lebenszeit gewählt, d. h. ein Wandel konnte sich wohl nur sehr langsam vollziehen. 2. Die Zusammensetzung des Äußeren Rats blieb wie seit 1403 auch weiterhin in Händen des Inneren Rats. 3. Die Gemeinde hat bis zu den Ratswahlbestimmungen von 1791 und dem Wahlbrief vom 1. Dezember 1795 keine Bedeutungsvermehrung erfahren⁵⁸.

3.3. Personelle Zusammensetzung der Magistrate: die Verfassungswirklichkeit

Politische Führung war in der frühneuzeitlichen Stadt vorrangig mit einem Sitz im Rat oder zumindest der Ratsfähigkeit verbunden. Aufschluß über die Zugangsvoraussetzungen zum Rat gaben bereits die Wahlordnungen. Zur Eingrenzung der Führungsgruppen stellen sich nun folgende Fragen: Welche Personen bzw. Personengruppen haben de facto die Möglichkeit und das Recht einen Ratssitz zu erlangen? Inwieweit handelt es sich um geschlossene Kreise? Welche sozialen Unterschiede zwischen den einzelnen Ratsgremien gibt es? Welchen ökonomischen ‚Hintergrund‘ hat ein Ratssitz? Und Schließlich: Wie lassen sich diese Überlegungen nach den verschiedenen oberbayerischen Stadttypen differenzieren?

3.3.1. Burghausen

Den in der Frühen Neuzeit weitgehend einheitlichen Normen steht eine differenziertere stadtypenspezifische Verfassungswirklichkeit gegenüber, die im 17. und 18. Jahrhundert einem erheblichen Wandel unterlag. Um nicht sofort den „Sonderfall“ München bemühen zu müssen, soll hier das Problem zunächst an dem Rentamtssitz Burghausen deutlich gemacht werden. Kurfürst Max Emanuel erhob die Stadt am 8. Juli 1688 zur „Hauptstadt“⁵⁹, wobei dieser Titel aufgrund der Verwaltungsfunktion bereits schon früher gebräuchlich war⁶⁰. Die endgültige Verleihung dieser Ehre brachte keine Erweiterung der Funktionen, sondern war verknüpft mit der Rangordnung der bayerischen Städte untereinander. Da Burghausen seit 1622 den beiden anderen Hauptstädten Landshut und Straubing gleichgestellt und Ingolstadt sogar vorgesetzt war⁶¹, wurde auch eine Klä-

⁵⁷ Fischer, Verwaltungsorganisation 18. Jahrhundert, 7 f.

⁵⁸ Vgl. zu diesem letzten Punkt Fischer, Verwaltungsorganisation 18. Jahrhundert, 9 ff.; Bauer, Umbruch, 256 f., 259 f.

⁵⁹ Huber, Burghausen, 276.

⁶⁰ Krenner, 1669, 241; Dorner, Hauptstadt, 38 f.

⁶¹ Vgl. Krenner, 1669, 241; siehe auch S. 14 f.

rung der gesellschaftlichen Stellung der Bürgermeister und Räte gegenüber den Rentamtsbeamten, insbesondere den dort tätigen Advokaten notwendig. 1643 erhielt der Burghauser Amtsbürgermeister die „pracedenz“ vor dem ältesten Regimentsadvokaten⁶² und am 22. September 1668 bestimmte ein kurfürstlicher Befehl, daß die Bürgermeister der Stadt – wie die Landshuts und Straubings – entweder Geschlechtern entspringen müßten oder solchen Familien, die diesen zum Teil gleich geachtet würden und über „ihre Contract vnd Porgschaften valide zueferttigen“ berechtigt seien⁶³, d. h. also die Siegelmäßigkeit besaßen. Daß Adel, Patriziat und Siegelmäßigkeit keineswegs begrifflich vermengt werden dürfen, wird am Burghauser Beispiel besonders deutlich. Wir haben es mit einer Art Hierarchie in absteigender Ordnung zu tun, wobei letztere Kategorie von Lieberich als eine „Art Halbadel“ bezeichnet wird⁶⁴, sofern diese nicht mit dem Adelsdiplom – das die Siegelmäßigkeit einschloß – verbunden war. Siegelmäßigkeit wurde „nur durch die Geburt und Abkunft, oder durch besondere Gnade und Ertheilung eines Wappenbriefes, wie auch durch Heirath, Präscription oder mittels solcher Würden und Aemter, denen die Siegelmäßigkeit anhängt, mithin fast auf die nämliche Weise wie der Adel, erlangt“⁶⁵. Die Ausfertigung eines Briefes einer siegelmäßigen Person hatte dieselbe Kraft wie „die obrigkeitliche Protokollirung oder Brieferrichtung in Handlungen unsiegelmäßiger Personen“⁶⁶.

Schließlich wurde für Burghausen am 15. Januar 1699 im unmittelbarem Gefolge der Hauptstadternennung die Landshuter Präzedenzordnung übernommen, nach der u. a. bei Prozessionen auf die kurfürstlichen Regimentsräte und Titularräte an dritter Stelle die Bürgermeister folgten und dann auf die nachgeordneten Regierungssekretäre und Doktoren, immatrikulierten Advokaten und Medici dem Alter nach die Inneren Räte der Stadt (Platz 6). Schließlich kamen die Rentschreiber, Landschaftssekretäre etc.⁶⁷ Bedingung für den Vorrang des Bürgermeisters war seit 1688 jedoch, daß niemand mehr zu diesem Amt zugelassen würde, der ein offenes Gewerbe führte. Seither finden sich deshalb in dieser Position allenfalls noch Weinwirte und Apotheker, sonst nur Stadtrichter, Landsteuerer, Landschaftssteuerschreiber etc.⁶⁸ Es scheint sich dabei eine Praxis herausgebildet zu haben, nach der der erste Bürgermeister gleichzeitig der Stadtrichter war. Meist hatte er auch die Position eines Regierungsadvokaten. Der zweite Bürgermeister hatte dann einen bürgerliche Beruf⁶⁹.

Eine als Patriziat zu bezeichnende Oberschicht gab es in Burghausen nur im Mittelalter, zusammengesetzt aus herzoglichen Dienstleuten und Handelsherren, besonders den „Salzherren“⁷⁰. Mit dem Verlust des Salzhandels hatte die Stadt diese reiche Handelsschicht eingebüßt. Daß der Stadt weitgehend eine

⁶² StadtA Burghausen Magistratsurkunde 64 vom 15. 12. 1643; vgl. *Dorner*, Hauptstadt, 41 f.

⁶³ *Krenner*, 1669, 241.

⁶⁴ *Lieberich*, Rittermäßigkeit, 67.

⁶⁵ *Kreittmayr*, Anmerkungen V. 724.

⁶⁶ *Ebd.* 725.

⁶⁷ BayHStA GL Burghausen 26; *Dorner*, Hauptstadt, 42 f.

⁶⁸ StadtA Burghausen Servisrechnungen; BayHStA GL Fasz. 407 Nr. 29; *Dorner*, Hauptstadt, 44.

⁶⁹ U. a. nach BayHStA GL Fasz. 407 Nr. 29.

⁷⁰ *Keyser/Stoob*, Städtebuch, 119.

den für das Bürgermeisteramt erhobenen Anforderungen entsprechende Oberschicht fehlte, zeigten diverse Beschwerden von Regierungsadvokaten im ausgehenden 17. und im 18. Jahrhundert gegen Personen, die man für dieses Amt nicht für würdig erachtete⁷¹. Bezeichnend ist 1790 der Fall des zweiten Bürgermeisters Franz Xaver Moshammer, dessen Tätigkeit als Weinwirt die Rentamtsregierung unter der Würde eines Bürgermeisters einer Hauptstadt ansah und die ihm darüber hinaus auch unerlaubten Fürkauf vorwarf. Die Oberlandesregierung in München stellte Moshammer daraufhin ein Ultimatum, bis Ende des Jahres seine Weinwirtschaft aufzugeben. Andernfalls müsse eine Neuwahl stattfinden. 1791 wurde dann tatsächlich der Handelsmann und Innere Rat Philipp Jakob Mayr gewählt⁷².

Die übrigen Inneren und Äußeren Räte Burghausens setzten sich dagegen aus Vertretern von Handwerk und Handel wie in den noch zu behandelnden kleineren Städten zusammen⁷³. Die durchschnittliche Steuerleistung der Ratsmitglieder und Ratsfamilien (incl. „ratswitfrauen“) liegt jedoch weit über dem allgemeinen Mittel der Stadt: 1693 60x gegenüber 24x der übrigen Bürgerschaft und 12x der Inwohner; 1715 185x gegenüber 102x der übrigen Bürgerschaft und 38x der Inwohner; 1755 215x gegenüber 93x der übrigen Bürgerschaft und 29x der Inwohner⁷⁴.

Der hier kurz dargestellte Fall Burghausen macht die Problematik der Differenz von übertragenem Status aufgrund der Stellung als Verwaltungszentrum und gesellschaftlicher Wirklichkeit eines zur Kleinstadt abgesunkenen ehemaligen Residenzortes und einstigen (Salz-)Handelszentrums deutlich. Um den personellen Anforderungen an die Bürgermeister notdürftig gerecht zu werden, griff man für dieses Amt auf landschaftliche Beamte oder aber auf Mitglieder von Zünften zurück, die eben gerade das Kriterium erfüllten, kein offenes Gewerbe zu führen, und denen die Siegelmäßigkeit wohl qua Amtsträger übertragen war. Die Folge waren eben jene Rangstreitigkeiten mit den Regimentsadvokaten, die sich eine Zurücksetzung beispielsweise gegenüber einem gewöhnlichen Weinwirt nicht bieten lassen wollten. Die übrigen Inneren und Äußeren Räte gehörten meist dem normalen Spektrum gewerblicher Berufe an. Der Bedeutungsverlust Burghausens wird auch daran deutlich, daß 1748 auf Bitten der Bürgerschaft der Innere und Äußere Rat von je zwölf Mitgliedern durch den Geheimen Rat auf zehn reduziert wurde⁷⁵.

Wie für München noch zu zeigen sein wird, griff der Landesherr auch in dem Rentamtssitz aktiv „ex plenitudine potestatis“ in die Besetzung des Rates ein. Am 24. November 1700 wurde der Licentiat Georg Adam Mayr durch Reskript des Geheimen Rats in den Inneren Rat aufgenommen. In der Begründung wird zwar ausdrücklich betont, daß der Stadt die freie Bürgermeisterwahl weiter zugestanden bleibe, aber auf taugliche Persönlichkeiten Rücksicht nehmen müsse⁷⁶. Vermutlich war die „Persona!decke“ für geeignete Bürgermeisterkandidaten zu dünn geworden.

⁷¹ BayHStA GL Burghausen 26; *Dorner*, Hauptstadt, 42.

⁷² BayHStA GL Fasz. 407 Nr. 29.

⁷³ Hierzu fehlen für Burghausen jedoch noch wesentliche Vorarbeiten; die Aussage stützt sich auf die in den Servisrechnungen von 1693, 1715, 1755 und 1785 identifizierbaren Inneren und Äußeren Räte.

⁷⁴ StadtA Burghausen Servisrechnungen.

⁷⁵ BayHStA GL Fasz. 407 Nr. 29.

⁷⁶ *Huber*, Burghausen, 282.

Gegenüber der „normalen“ Bürgerschaft scheinen die meisten Räte lediglich durch eine gehobene Steuerleistung und damit durch ihren größeren Besitz herauszuragen. Trotzdem müssen wir davon ausgehen, daß Burghausen wie Landshut und Straubing bei der personellen Besetzung der politischen Führung eine Zwischenposition zwischen der einfachen Landstadt mit einer der Handwerker-schaft entstammenden nicht geschlossenen Gruppe von Ratsinhabern und der Residenzstadt mit ihren Geschlechtern einnimmt. Diese Führungsgruppen sowohl des Typs der Landstadt wie auch die Münchens sollen im folgenden näher beleuchtet werden.

3.3.2. München

Zur Geschichte des Münchener Rates kann auf eine Reihe von Arbeiten zurückgegriffen werden, die bereits ein sehr gutes Bild der personellen Zusammensetzung der Ratsgremien bieten⁷⁷. Was bisher noch gänzlich fehlt, ist ein Vergleich des Münchener Patriziats und des Rats der Stadt mit dem anderer bayerischer Städte und mit vergleichbaren reichsstädtischen Institutionen. Letzteres kann hier nur in Ansätzen geschehen.

Die Residenzstadt ist die einzige oberbayerische Stadt, in der sich ein *Patriziat* ausgebildet hat⁷⁸. Die Anwendung dieses Begriffs auf die gesellschaftliche Spitzengruppe der Residenzstadt ist weitgehend problemlos, da er sich seit etwa 1550 neben der Bezeichnung „Geschlecht“ – die beiden Termini sind identisch – in den Quellen selbst findet, wie auch aus dem Selbstverständnis dieser Gruppe deutlich wird⁷⁹. Aus seinen Untersuchungen der bayerischen Residenzstadt entwickelt Schattenhofer eine allgemeine Definition. Er versteht unter Patriziat „einen Kreis vermögender Familien, der mit einer gewissen ständischen Exklusivität, die bis zur Ausbildung eines geschlossenen Geburtsstandes gehen konnte, die Macht einer Stadt, den Rat und die wichtigsten Ämter oft ohne verfassungsrechtlichen Auftrag in Händen hatte, und dem sein Reichtum die ehrenamtliche Ausübung des Stadtreignisses und einen gehobenen, adelsähnlichen Lebensstil erlaubte“⁸⁰. Gegenüber verschiedenen anderen Patriziatsdefinitionen fällt bei Schattenhofer die starke Betonung des ökonomischen Aspekts auf⁸¹. Schattenhofers Definition ähnelt stark derjenigen von Alfred Stolze, in dessen Arbeit über die Sünfzen zu Lindau⁸², die Batori als die „beste Formel“ erscheint⁸³. Dagegen spielt in der Erörterung Kreitmays⁸⁴ zum Patriziat das Kriterium keine Rolle.

⁷⁷ Für unseren Untersuchungszeitraum besonders: *Bary*, Verfassung; *Fischer*, Verwaltungsorganisation 16. und 17. Jahrhundert; *ders.*, Verwaltungsorganisation 18. Jahrhundert; *Schattenhofer*, Patriziat; *ders.*, Rat; verschiedene Aufsätze in *Bauer* (Hg.), München; weitgehend überholt *Karaisl*, Patriziat.

⁷⁸ Wenn dies auch mitunter für Ingolstadt behauptet wird (z. B. *Schattenhofer*, Patriziat, 895), so läßt sich dies zumindest für die Neuzeit keineswegs aufrechterhalten (vgl. *Hofmann*, soziale Struktur; *ders.*, Privilegienbuch, 428).

⁷⁹ *Schattenhofer*, Patriziat, 877 f.

⁸⁰ *Ebd.*, 878.

⁸¹ Er steht dabei nicht allein, auch verschiedene andere Autoren legen erhebliches Gewicht auf diesen ökonomischen Aspekt, zumindest für den Erwerb des Patriziats (vgl. *Batori*, Patriziat, 3f.).

⁸² *Stolze*, Sünfzen, 13.

⁸³ *Batori*, Patriziat, 5.

⁸⁴ *Kreitmayer*, Anmerkungen V, 721.

weder bei der Abgrenzung gegenüber dem Adel, noch bei der gegenüber der übrigen Bürgerschaft⁸⁵.

Die Patriziatsforschung ist mittlerweile zu einer fast unübersehbaren Flut angewachsen⁸⁶. Das schwierigste Problem einer adäquaten Definition dieser mehr oder weniger geschlossenen Führungsschicht stellt die Tatsache dar, daß Patriziat „von Hause aus keinen festen Rechtsbegriff“ darstellt⁸⁷. Zu einer „amtlichen Verwendung“ und einer „förmlichen Verleihung“ kommt es erst im 17. Jahrhundert, in den bayerischen Städten Landshut, München und Straubing erst seit 1665⁸⁸. Einigkeit besteht in der Forschung jedoch, daß die Ratsfähigkeit das wichtigste Kriterium der Zugehörigkeit zum Patriziat darstellt⁸⁹. Es stellt sich also die Frage nach dem konkreten rechtlichen und gesellschaftlichen Inhalt dieses Begriffs in den sich verändernden Münchener Verhältnissen des 17. und 18. Jahrhunderts. Wir werden im folgenden ausführlicher diesen Inhalt anhand von vier Punkten näher zu bestimmen suchen.

1. Das Patriziat *schloß sich klar gegenüber der übrigen Bürgerschaft ab und machte für sich bestimmte Standesrechte geltend.*

Um 1500 schloß sich das Münchener Patriziat zu einer eigenen „Geschlechtergesellschaft ständisch geselligen Charakters“ zusammen, deren Mitglieder sich in der Geschlechterstube im ehemaligen Implorhaus am Marktplatz zusammenfanden⁹⁰. Seit dieser Zeit läßt sich ein gesonderter formeller Aufnahmeakt nachweisen⁹¹. Da Geschlechterbücher für München nicht erhalten sind, kann die personelle Zugehörigkeit zum Patriziat nur über die Ratslisten festgestellt werden. Schattenhofer erklärt die Legitimität dieses Vorgehens folgendermaßen: „Eine Wahl in den Inneren Rat bedeutete für eine Familie in jedem Fall die Qualifikation für das Patriziat, bis tief ins 16. Jahrhundert wohl auch die Aufnahme ins Patriziat überhaupt“⁹². Ich möchte hier jedoch noch weitergehen. Zumindest bis zu den Patriziatsverleihungen des Landesherrn in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts waren alle Inneren Räte Mitglieder des Patriziats. So zeigt eine Geschlechterliste⁹³ aus der Zeit um 1630⁹⁴, daß ausnahmslos alle Bürgermeister

⁸⁵ Die Patriziatsdefinition *Karaisls* für München (Patriziat, 16), der nur Familien als dem Patriziat zugehörig gelten lassen will, die zwischen 1295 und 1318 bzw. in späterer Zeit zumindest zwei Generationen einen Inneren Ratssitz innehatten, kann hier getrost übergangen werden, auch wenn sie in der neueren Literatur noch zitiert wird (*Bátori*, Patriziat, 2 f.). Diese Beschreibung läßt jegliche institutionelle und rechtliche Geschlossenheit außer acht, berücksichtigt auch den sogenannten Beamtenadel nicht.

⁸⁶ Literaturzusammenstellung in HRG III, Sp. 1556ff., Stichwort „Patriziat“ von Heinz Lieberich; vgl. auch *Bátori*, Patriziat.

⁸⁷ Lieberich, Stichwort „Patriziat“, in HRG III, Sp. 1551.

⁸⁸ *Ebd.*

⁸⁹ *Bátori*, Patriziat, 3.

⁹⁰ Schattenhofer, Patriziat, 877, 890.

⁹¹ *Ebd.* 891.

⁹² *Ebd.*

⁹³ Schattenhofer war die Überlieferung einer solchen Geschlechteraufstellung nicht bekannt, vgl. Patriziat, 891.

⁹⁴ BayHStA GL Fasz. 2627 Nr. 34; dieser „Geschlechter Zettl“ ist undatiert und einer Korrespondenz zwischen Hofrat und Stadt von 1675 beigelegt; ein Vergleich der Ratspersonen (zusammengestellt in *Fischer*, Verwaltungsorganisation 16. und 17. Jahrhundert, Anlage III) mit den aufgeführten Geschlechterfamilien zeigt jedoch, daß es sich um einen Stand um 1630 handeln muß.

und Inneren Räte den Geschlechtern angehörten (vgl. Anhang Nr. 6). Es finden sich unter den Münchener Geschlechterfamilien auch Witwenhaushalte und unverheiratete Frauen als eigenständige Mitglieder. Ähnliches ist auch aus der Reichsstadt Frankfurt bekannt. Von dort wissen wir, daß sich die Stubenmitgliedschaft auf den ältesten Sohn vererbte und jüngere Söhne, die noch keinen eigenen Hausstand hatten, zusammen mit ihrem Vater auf der Trinkstube verkehren durften⁹⁵. Für München dürften ähnliche Vererbungsgewohnheiten gegolten haben. Der Münchener „Geschlechter Zetl“ wie das Frankfurter Beispiel zeigen jedoch, daß dem Patriziat nicht etwa ganze „Dynastien“ angehörten, sondern nur die einzelne Familie. Dem widerspricht nicht, daß verschiedene Familien eines „Clans“ gleichzeitig dem Patriziat angehörten. Der organisatorische Zusammenschluß kann auch – dies zeigen verschiedene Vergleichsuntersuchungen – als eine Antwort der Geschlechter auf die Bildung der Zünfte verstanden werden. Verschiedene formale Übereinstimmungen wie die Notwendigkeit der eigenen Interessenvertretung nach den Zunftkämpfen scheinen dies nahezu zu legen⁹⁶.

Die Abgrenzung zur Bürgerschaft wird nicht nur darin deutlich, daß diese von den Münchener Patriziern ausgrenzend als „Plebejer“ bezeichnet wurde⁹⁷ und seit 1570 die Anrede „Junker“ für Mitglieder der Geschlechter üblich wurde⁹⁸, sondern auch in den Heiratsgewohnheiten. Von 40 Trauungen Innerer Räte im 17. Jahrhundert, die Fischer nachweisen konnte, fand keine einzige mit einer Handwerkerstochter statt⁹⁹. Das 17. und 18. Jahrhundert ist darüber hinaus gekennzeichnet durch den ständigen Versuch des Patriziats, die gesellschaftliche Gleichstellung mit dem Adel zu erreichen. Dies gelang nie völlig. Kreittmayr beschreibt die Zwischenstellung zwischen Bürgerschaft und Adel deshalb folgendermaßen¹⁰⁰: „So groß aber der Vorzug eines Patricii respectu der übrigen Bürgerschaft auch immer seyn mag, wird doch derselbe qua Patricius nimmermehr für adelig gehalten, er sey denn per diploma Nobilitatis in den Adelstand erhoben, oder sonst adeliger Geburt“.

Nach Erscheinen der Landesordnung von 1578¹⁰¹ richteten die Münchener Geschlechter eine „Supplication“ an den Herzog, daß sie in verschiedenen Punkten, wo sie bisher dem Adel gleichgestellt gewesen seien, nun „postponirt“ würden (Muttergut der Kinder, Ehebruchstrafen, Kleidung)¹⁰². Besonders die Kleiderfrage besorgte die Geschlechter. Als am 26. Juni 1626 eine neue Kleiderordnung erlassen wurde, fühlten sie sich erneut benachteiligt. So baten die alten noch verbliebenen Geschlechter von dieser Ordnung ausgenommen zu werden. Für sie stand dabei mehr auf dem Spiel als nur das Ansehen innerhalb der Stadt. Bisher bestünden nämlich zahlreiche Heiratsverbindungen zu Augsburger und Nürnberger Patrizierfamilien, die dem Adel gleichgestellt wären. Würde ihnen in

⁹⁵ Vgl. Batori, Patriziat, 19.

⁹⁶ Ebd. 15 f.

⁹⁷ Schattenhofer, Patriziat, 891, 896.

⁹⁸ Schwab, Teuerung, 186.

⁹⁹ 16 mit Töchtern aus Patrizierfamilien, 13 aus Honoratiorenfamilien der Stadt, 6 aus Patrizierfamilien anderer Städte, 2 aus Landadelsfamilien, 3 aus Beamtenfamilien; Fischer, Verwaltungsorganisation 16. und 17. Jahrhundert, 50.

¹⁰⁰ Kreittmayr, Anmerkungen V, 722.

¹⁰¹ Albrecht, Staat und Gesellschaft, 656.

¹⁰² StadtA München Bürgermeister und Rat Nr. 99/2.

München diese Bitte abgeschlagen, so würde es ihnen schwerfallen, ihre Familien „zu propagiren“¹⁰³. Tatsächlich hatte Maximilian ein Einsehen und stellte die Ligsalz, Bart und Ridler 1628 dem Adel in der Kleiderordnung gleich¹⁰⁴. Allein aus diesem Vorgang werden zwei wichtige Aspekte deutlich: 1. Das Münchener Patriziat kann keineswegs als einheitliche Schicht verstanden werden. Zwischen den letzten „alten“ Familien und den neu aufgenommenen bestand ein erheblicher sozialer Unterschied. 2. Das Münchener Patriziat schaute zu den wichtigen Reichsstädten auf und mußte um seine Gleichrangigkeit kämpfen, erreichte diese jedoch trotz Konnubium wohl zu keiner Zeit¹⁰⁵.

Als sich der Münchener Rat am 4. Februar 1789 beim Hofkriegsrat beschwerte, daß seinen Mitgliedern das Prädikat „Edelgebohrn“ verweigert werde, wurde ihm auch entsprechend mitgeteilt, daß dieses Vorrecht ganz und gar unbekannt sei. Etwas spöttisch wird noch als Belehrung angefügt, man könne sich ja bei „höchster Stelle“ um eine entsprechende Resolution bemühen. Auf diesem Antwortschreiben findet sich schließlich noch ein Vermerk des Magistrats, daß man es „für dermalen dabey bewenden lassen“ wolle¹⁰⁶. Ähnliche Rangprobleme gegenüber dem Adel kannte auch das reichsstädtische Patriziat. In einem Streit gegen Kaiser und Reichsritterschaft, der sich von Mitte des 17. Jahrhunderts über das ganze 18. Jahrhundert hinzog, unterlag lange Zeit das Nürnberger Patriziat, als es seine Ebenbürtigkeit mit dem Ritterstand festschreiben lassen wollte¹⁰⁷. Allerdings handelt es sich hier um die reichsfreie Ritterschaft, nicht um landsässigen Adel¹⁰⁸. Den allgemein höheren Rang des Nürnberger Patriziats gegenüber dem Münchener zeigte sich auch darin, daß 1808 alle Patrizier der Reichsstadt in die bayerische Adelsmatrikel aufgenommen wurden¹⁰⁹, das bloße Münchener Patriziat dagegen hierfür nicht genügte¹¹⁰.

Die Stellung des Münchener Patriziats gegenüber den landesherrlichen Beamten wie gegenüber den Führungsschichten anderer bayerischer Städte wird in einem vom Hofrat am 20. Dezember 1675 entschiedenen Präzedenzstreit deutlich. Dabei wurde den Bürgermeistern der Vorrang vor den kurfürstlichen Titularräten eingeräumt, die Inneren Räte sollten diesen dann nachgehen¹¹¹. Bürgermeister wie Innere Räte hatten damit in der Präzedenz eine weit bessere Rangstufe eingeräumt bekommen als ihre Burghäuser Kollegen.

2. Die *Exklusivität* wurde bis ins 17. Jahrhundert durch *Kooptation* und *Konnubium* reicher Bürger, in der zweiten Hälfte des 17. und im 18. Jahrhundert durch *Patriziatserhebungen* durch den Kurfürsten durchbrochen und schließlich aufgelöst.

Bis um 1600 war durch Aussterben¹¹², Abwanderung aus Religionsgründen oder Übertritt in den Landadel im Münchener Patriziat ein erheblicher Ge-

¹⁰³ StadtA München Bürgermeister und Rat Nr. 99/3.

¹⁰⁴ Schattenhofer, Patriziat, 895 f.

¹⁰⁵ Vgl. zur Vorrangstellung des Patriziats in Straßburg, Augsburg, Ulm und Nürnberg Endres, Adel und Patriziat, 222 f.

¹⁰⁶ StadtA München Bürgermeister und Rat Nr. 99/3.

¹⁰⁷ Endres, Adel und Patriziat, 233 ff.

¹⁰⁸ Vgl. ebd., 238, zur Einschätzung des Voigtländischen Adels, der eine Zwischenstellung zwischen landsässigem Adel und reichsfreier Ritterschaft einnahm.

¹⁰⁹ Ebd. 238.

¹¹⁰ Schattenhofer, Patriziat, 899.

¹¹¹ BayHStA GL Fasz. 2627 Nr. 34.

¹¹² Siehe u. a. zur Familie Wilbrecht Stahleder, Wilbrecht, 239.

schlechterschwund eingetreten. Die Folge war, daß die Ratssitze im Äußeren Rat, die sich die Inneren Ratsfamilien stets gesichert hatten, nicht mehr besetzt werden konnten und daß eine Konzentration der Ämter in den Händen weniger Familien erfolgte¹¹³. So waren 1630 drei der sechs Bürgermeister des Inneren Rats Angehörige der Familie Ligsalz, die zusätzlich noch einen weiteren Inneren Rat stellte¹¹⁴. München bildet hier unter den Städten mit einer patrizisch geschlossenen Oberschicht keine Ausnahme. Auch in Augsburg hatte die soziale Exklusivität zu einem allmählichen Ausbluten des Patriziats geführt, und 1538 war man – auch durch die Einführung der Reformation – gezwungen, in einem „Pairsschub“ 38 führende Kaufmannsfamilien in die Gesellschaft der Herren- oder Bürgerstube aufzunehmen¹¹⁵. Zu ähnlichen Schüben kam es 1447 bereits in Speyer und 1729 in Nürnberg¹¹⁶.

Die Hürden, in das Patriziat einzudringen, waren jedoch auch in München äußerst hoch. So erreichte Wilhelm Altershaimer als einziger seiner Familie 1615 den Sprung in den Inneren Rat, nachdem die Familie 1584 das Adelsprädikat erhalten hatte und seine Schwester und er Heiraten eingegangen waren, die sie mit den Ratsfamilien Barth, Ligsalz und Ridler verschwägerten¹¹⁷. Ähnliches gilt für Franz Füll, der 1621 ins Patriziat aufgenommen wurde. Auf seine Biographie als Beispiel für eine Aufsteigerkarriere wird gleich noch einzugehen sein. Der Äußere Rat Daniel Pfundmer erreichte den Sprung in den Inneren Rat erst 1650, nachdem er 1642 Sabina Ligsalz geheiratet hatte¹¹⁸.

Die Situation änderte sich unter der Regierung Ferdinand Marias, als die Aufnahme ins Patriziat den Geschlechtern entzogen wurde und das Patriziatsdiplom gleich dem Adelsdiplom durch den Kurfürsten verliehen wurde. Den Kurfürsten gelang es nun, Günstlinge in den Rat zu bringen¹¹⁹. Innere Ratssitze erhielten so Familienmitglieder der Ossinger und Barbier (1670), der Empacher (1691), der Alberti (1694), der Jovi (1729), der Cler (1735) und der Schönberger (1738)¹²⁰. Erstmals wird 1674 vom Landesherrn ein Bürgermeister gegen den Willen des Rats eingesetzt (Mathias Barbier)¹²¹. In der Literatur wird diese Personengruppe in Abgrenzung zum alten Stadtadel und zu vom Inneren Rat selbst ins Patriziat aufgenommenen Familien als „Beamtenadel“ bezeichnet. Der Begriff rührt daher, daß die meisten dieser neuen Patrizier „auf Grund von besonderen Dienstleistungen in der landesherrlichen oder kommunalen Verwaltung ihren Adelsbrief bekommen hatten“¹²². Darunter waren aber auch Personen wie der Medizinalrat Anton Edler von Winter, dem die Würde wegen erfolgreicher Heilung des Kurfürsten 1792/93 zuteil wurde¹²³, oder der 1738 in den Inneren Rat gekommene Hofsporer Schönberger, auf dessen Karriere ebenfalls noch einzugehen

¹¹³ Vgl. *Schattenhofer*, Patriziat, 896 f.

¹¹⁴ *Fischer*, Verwaltungsorganisation 16. und 17. Jahrhundert, Anlage III.

¹¹⁵ *Bátori*, Augsburg.

¹¹⁶ *Lieberich* (wie Anm. 86), Sp. 1555.

¹¹⁷ *Fischer*, Verwaltungsorganisation 16. und 17. Jahrhundert, 55 f.

¹¹⁸ *Ebd.*, 56.

¹¹⁹ *Schattenhofer*, Patriziat, 898.

¹²⁰ *Karaisl*, Patriziat, 12 f.; *Schattenhofer*, Rat, 203; *Fischer*, Verwaltungsorganisation 18. Jahrhundert, 41.

¹²¹ *Fischer*, Verwaltungsorganisation 16. und 17. Jahrhundert, 24.

¹²² *Fischer*, Verwaltungsorganisation 18. Jahrhundert, 18 f.

¹²³ StadtA München Bürgermeister und Rat Nr. 100.

sein wird. Durch diese landesherrlichen Patriziatsverleihungen änderte sich die Struktur des Inneren Rats völlig. Von den 26 Familien, die zwischen 1720 und 1790 die Inneren Ratssitze innehatten, waren von den alten Geschlechtern nur noch die Barth, Ligsalz und Riedler vertreten, vom Stadtadel des 16. Jahrhunderts die Reindl und Schobinger. Alle übrigen gehörten dem sogenannten „Beamtenadel“ des ausgehenden 17. und des 18. Jahrhunderts an¹²⁴. Anders als bei den Vertretern der alten Familien war bei diesen neu Hinzugekommenen eine „Dynastiebildung“ kaum mehr möglich. Nur in seltenen Fällen konnte ein weiteres Familienmitglied einen Sitz im Inneren Rat erlangen¹²⁵. Durch die Neu-Patrizier konnte 1767 der Landesherr auch festschreiben, daß zukünftig nicht mehr als zwei Blutsverwandte bis zum vierten Grad kanonischen Rechts im Rat sitzen durften¹²⁶. Eine ähnliche Entwicklung ist auch aus den Reichsstädten bekannt. Ebenfalls seit dem 17. Jahrhundert lassen sich förmliche kaiserliche Patriziatsdiplome feststellen. Auch hier stießen die Standeserhebungen mitunter auf erheblichen Widerstand der Städte¹²⁷.

Die Biographien zweier bereits genannter Aufsteiger sollen nun den Wandel zwischen 17. und 18. Jahrhundert exemplifizieren. Die eine ist die von Franz Füll, 1621 ins Patriziat aufgenommen, die andere die des Hofsporsers Joseph Anton Schönberger, der 1738 den Sprung in den Inneren Rat schaffte.

Franz Füll kam 1582 auf Veranlassung des Herzogs¹²⁸ aus Landshut und erhielt am 23. März dieses Jahres das Münchener Bürgerrecht für die außerordentlich hohe Summe von 56 fl. 4ß 20d – mit weitem Abstand das höchste Bürgerrechtsgeld, das um diese Zeit bezahlt wurde. Überraschend ist, daß er dennoch als „Cramer“ bezeichnet wird¹²⁹. Sein Vermögen soll er hauptsächlich als Hof- und Heereslieferant und mit Bankgeschäften wie im Handel mit Bozen erworben haben¹³⁰. Im Steuerbuch von 1591 wird er bereits mit 300fl. Steuerleistung geführt, mehr als doppelt soviel wie die des zweitreichsten Bürgers der Stadt. Dabei handelt es sich nicht um eine tatsächliche Einschätzung seines Vermögens, sondern um eine Pauschalsumme („Composition“), wodurch er des „Aids erlassen“ war¹³¹. An dieser Summe änderte sich bis 1606 nichts. In diesem Jahr folgte in der Zensitenhierarchie auf Füll Heinrich Wagner mit gerade 100fl.¹³² Um diese Zeit besaß Füll fünf der wertvollsten Münchener Häuser in den „besten“ Gegenden, darunter eines am Marienplatz, das später die Landschaftspräsidentenwohnung beherbergte und dessen Grundstück 1867 in den Bau des Neuen Rathauses integriert wurde¹³³. Im Jahr 1606 kam er auch in den Äußeren Rat¹³⁴, erst 1621 wurde ihm die Patriziatswürde zuteil¹³⁵ und schließlich 1625 erhielt er einen Sitz im Inneren Rat, den er bis zu seinem Tod 1630

¹²⁴ Fischer, Verwaltungsorganisation 18. Jahrhundert, 18f.

¹²⁵ Ebd., 19.

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ Lieberich (wie Anm. 86), Sp. 1555.

¹²⁸ Edlin-Thieme, Handelsstand, 66.

¹²⁹ StadtA München Kammerrechnung 1582, fol. 52.

¹³⁰ Schattenhofer, Patriziat, 897; Edlin-Thieme, Handelsstand, 66.

¹³¹ StadtA München Steuerbuch 1591.

¹³² StadtA München Steuerbuch 1606.

¹³³ Häuserbuch I, 178.

¹³⁴ Fischer, Verwaltungsorganisation 16. und 17. Jahrhundert, Anhang IV.

¹³⁵ Schattenhofer, Patriziat, 199.

innehatte¹³⁶. Dieser Aufstieg war jedoch im wahrsten Sinne des Worts teuer erkaufte: 1599 ließ er den alten Ägidiusaltar der Frauenkirche erneuern und 1603 erklärte er sich bereit, die Hälfte der Kosten des neuen Bannobogens in der Frauenkirche zu übernehmen¹³⁷. Verschiedentlich griff Füll der Stadt mit Krediten unter die Arme, besonders 1623, als der Kurfürst von München 50.000 fl. Anleihe für seine Kriegskasse forderte, von denen Füll alleine 18.000 fl. übernahm¹³⁸ – die höchste Kreditsumme, die die Stadt während des gesamten Untersuchungszeitraums je erhielt. Davon wurden zwar 2.000 fl. bald darauf zurück-erstattet, der Rest über 16.000 fl. wurde jedoch 1625 in eine Stiftung umgewandelt, die zugunsten armer Leute Hauszinsszahlungen übernahm und Brennholzzuteilungen bezahlte¹³⁹. Die Armen mußten wohl sehr häufig auf ihr Brennholz verzichten, denn besonders bei dieser Kreditsumme sparte sich die Stadt sehr häufig ihre Zinszahlungen bis weit ins 18. Jahrhundert. Vermutlich fiel ihr dies deshalb besonders leicht, da die Verwaltung der Stiftung nach dem Tod Fülls auf den Rat überging¹⁴⁰.

Auch Füll begnügte sich nicht mit seiner herausragenden Stellung in der Stadt. Neben verschiedenen Adelssitzen kaufte er 1596 bereits die Hofmarken Windach und Eresing¹⁴¹, 1600 die Hofmark Grunertshofen¹⁴² und 1609 die Hofmark Kammerberg¹⁴³. 1610 nimmt ihn der Kaiser in den rittermäßigen Reichsadel auf¹⁴⁴. Ein Sohn Fülls, Sebastian, trat schließlich in den Staatsdienst ein und erhielt am 10. Februar 1620 von Herzog Maximilian den Ratstitel¹⁴⁵.

Die Biographie Fülls ist für die Zeit typisch wie auch völlig untypisch. Typisch war der Aufstieg vom Handel zum Hofmarksherrn und Patrizier über den immensen Reichtum, der sich in diesem Mann konzentrierte. Dieser Stand konnte auch erhalten werden: Die Füll saßen noch im 18. Jahrhundert im Rat der Stadt München, erhielten 1691 den Freiherren Titel¹⁴⁶ und behielten ihre Hofmarken bis ins 19. Jahrhundert¹⁴⁷. Untypisch war die Schnelligkeit, mit der dies alles innerhalb einer Generation erreicht werden konnte, und der Reichtum eines Mannes, der bei seiner Einbürgerung noch als „Cramer“ bezeichnet wird.

Diesem Werdegang der Zeit um 1600 steht eine ebenso typisch-untypische Biographie des 18. Jahrhunderts gegenüber. 1731 kam der Hofsporer Joseph Anton Schönberger in den Äußeren und 1738 in den Inneren Rat. Hier war es jedoch nicht der Rat, der ihn wählte, sondern das massive Intervenieren Kurfürst Karl Albrechts zu seinen Gunsten. Schönberger war als Lieferant von Militärgütern zu Ansehen beim Landesherrn aufgestiegen. Der Rat lehnte 1731 das Be-

¹³⁶ Fischer, Verwaltungsorganisation 16. und 17. Jahrhundert, Anhang III.

¹³⁷ Berg, Bannobogen, 314.

¹³⁸ StadtA München Kämmerei 83; Kammerrechnung 1623, fol. 75.

¹³⁹ StadtA München Wohltätigkeitsstiftungen 55; vgl. Fischer, Verwaltungsorganisation 16. und 17. Jahrhundert, 510.

¹⁴⁰ Wie Anm. 139.

¹⁴¹ Fried/Hiereth, Landsberg, 124, 126.

¹⁴² Ebd. 127.

¹⁴³ Fried, Dachau, 232.

¹⁴⁴ Gritzner, Adels Repertorium, 56.

¹⁴⁵ BayHStA Personenselekt Cart 90 Füll.

¹⁴⁶ Kneschke, Adels Lexicon III, 389.

¹⁴⁷ Fried/Hiereth, Landsberg, 124–127.

gehen des Landesherrn erfolglos mit der Begründung ab, die „Dignitas senatoria“ würde abnehmen, wenn im Äußeren Rat ein gemeiner Handwerksmann sitzen würde. Als er dann gar in den Inneren Rat aufgenommen werden sollte, wehrte sich dieses Gremium ebenfalls erfolglos mit dem Argument, der Hofsporer hätte bei seiner Aufnahme in den Äußeren Rat nicht einmal sein Handwerk aufgegeben und gehöre deshalb zur geringsten Bürgerklasse. Gehorsam und Respekt gegenüber dem Rat würde durch die Ernennung eines solchen Mannes erheblich leiden. Schönberg wurde schließlich neben Innerem Rat und Bürgermeister von München u.a. Hofmarksherr, Pfleger und Kastner zu Vilshofen sowie Landschaftsverordneter für das Rentamt Burghausen. Der erbliche Adelstitel verstand sich wohl bei dieser Ämterakkumulation von selbst¹⁴⁸.

Der Unterschied der beiden Karrieren von Füll und Schönberger ist signifikant. Zeitspezifisch sind dabei folgende Aspekte: Um 1600 ist es der Rat, der das neue Mitglied für würdig erachtet, in die eigenen Reihen aufgenommen zu werden. Dieser Anspruch entsteht durch Reichtum wie durch Leistung für die Stadt, vor allem jedoch durch die Tatsache, daß der Kandidat aus der Bürgerschaft kommt. Ganz anders bei Schönberger. Sein „Guthaben“, das er in die Waagschale zu werfen hat, ist allein die Fürsprache des Kurfürsten, der den Widerstand des Magistrats bricht. Wenn wie in letzterem Fall die krasse gegensätzliche Auffassung von Rat und Landesherr auch die Ausnahme war, so zeigen beide Beispiele doch symptomatisch nicht nur das wachsende Eingreifen des Landesherrn in die Ratsbesetzung, sondern auch die Veränderung der sozialen Zusammensetzung des Inneren Rats.

3. Das Münchener Patriziat unterlag seit dem Mittelalter einem ständigen *Feudalisierung* prozeß.

Stahleder konnte nachweisen, daß der Erwerb von Landsitzen und Hofmarken durch Münchener Bürger und Patrizier schon um die Mitte des 13. Jahrhunderts einsetzte und 1469 dadurch einen gewissen Abschluß fand, daß fast alle „alten Familien“ nun einen solchen Landsitz besaßen¹⁴⁹. Bereits im 15. Jahrhundert kündigte sich eine erhebliche Umstrukturierung der städtischen Führungsschicht Münchens an. U. a. durch den Übertritt in den Staatsdienst, den Rückzug auf die Landgüter und Übergang in den Adel der alten Geschlechter sowie das Aussterben konnten neue Schichten in Ratspositionen aufsteigen. Nach Ansicht Stahleders konnten diese nie mehr das „soziale Niveau“ ihrer Vorgänger erreichen¹⁵⁰. Dem Feudalisierungsprozeß, den die „alten“ Familien schon im Mittelalter erlebt hatten und der zu Beginn des Untersuchungszeitraums bereits abgeschlossen war, unterlagen jedoch auch die nach 1600 ins Patriziat aufgenommenen Familien. Zumindest wurde ein Landsitz zusammen mit der Nobilitierung erstrebt. Hierfür stehen erneut die Beispiele Franz Füll und Joseph Anton Schönberger.

Mit Gewährung der „Edelmannsfreiheit“ für den bayerischen landsässigen Adel im sechzigsten Freibrief 1557 trat für die bürgerlichen Rittergutsbesitzer

¹⁴⁸ Schattenhofer, Rat, 199, 203.

¹⁴⁹ Stahleder, Konsolidierung, 136.

¹⁵⁰ Ebd., 138f.

eine neue Situation ein. In dem Erlaß wurde dem Adel auf seinen einschichtigen, im Landgerichtsbezirk liegenden Gütern die Niedergerichtsbarkeit verliehen. Für Bürger galt dieses Privileg jedoch nicht¹⁵¹. Das Patriziat versuchte nun verstärkt, im Hofdienst aufzusteigen, kaiserliche Nobilitierungsbriefe zu erhalten und durch Spezialprivilegierung die Edelmanssfreiheit an sich zu bringen¹⁵². Aus der Angst heraus, ein Ratssitz könnte ihren Adelsprivilegien schädlich sein, gaben im 16. Jahrhundert die Tichtl, Rosenbusch und Hundertpfund, 1623 die Schrenk ihr Bürgerrecht auf und gingen in den Landadel über¹⁵³. Eine ähnliche Entwicklung ist auch vom Ulmer Patriziat bekannt, das dadurch eine Deklassierung durch den Ritteradel vermeiden wollte¹⁵⁴.

4. Im 18. Jahrhundert wurde die *juristische Ausbildung* ein immer entscheidenderes Kriterium für die Aufnahme in den Inneren Rat¹⁵⁵. Seit etwa 1720 scheint sie geradezu Voraussetzung geworden zu sein¹⁵⁶.

Der *Äußere Rat* war ursprünglich als Gemeindevertretung entstanden, in München aber 1403 nach Ansicht Fischers bereits ein zweites „Ratskollegium“ geworden, das „durchaus auch aktiv an den Regierungsgeschäften teilzunehmen hatte“¹⁵⁷. Während der Innere Rat seine Mitglieder aus dem Patriziat, später aus dem Beamtenadel rekrutierte, hatte die Mitgliedschaft im Äußeren Rat weitgehend seine Grundlage in der wirtschaftlichen Stellung des jeweiligen Ratsherrn. Nicht näher eingegangen werden muß hier auf Mitglieder von Familien des Patriziats, für die der Äußere Rat nur eine Art Durchgangsstation für einen Sitz im Inneren Rat war. Diese Gewohnheit kam nach 1670 völlig ab, da viele Innere Ratsfamilien ausstarben (siehe oben) und zu Beginn des 18. Jahrhunderts Supernumerar oder Assessoren Stellen im Inneren Rat geschaffen wurden¹⁵⁸.

Die weitaus größte Gruppe von Äußeren Ratsmitgliedern kommt über die beiden Hauptvoraussetzungen Beruf und Vermögen zu ihren Ämtern. So finden sich nur ganz wenige Äußere Räte, deren Steuersumme unter fünf Gulden liegt¹⁵⁹. Dem entspricht auch die Berufsstruktur. Von 1580 bis 1720 konnte Fischer bei 134 Ratsherren den Beruf identifizieren; 61 von ihnen waren Handelsleute, 34 Gastgebern¹⁶⁰. In der Zeit von 1720 bis 1790 waren es von 100 Ratsherren 52 Handelsleute und 24 Gastgebern¹⁶¹. Zwar finden sich auch bis 1720 noch vereinzelt Handwerker (jeweils ein Bäcker, Barettmacher und Schönfärber), so war es doch weitgehend üblich, mit Aufnahme der Ratstätigkeit die handwerkliche Profession niederzulegen¹⁶². Wenn auch keine geschriebenen

¹⁵¹ Hiereth, Gerichts- und Verwaltungsorganisation, 15f.

¹⁵² Heydenreuter, Magistrat, 197 ff.

¹⁵³ Schattenhofer, Patriziat, 892; Stahleder, Wilbrecht, 246, zu den Rosenbusch.

¹⁵⁴ Endres, Adel und Patriziat, 231.

¹⁵⁵ Fischer, Verwaltungsorganisation 18. Jahrhundert, 19.

¹⁵⁶ Karaisl, Patriziat, 11; zu vergleichbaren Entwicklungen vgl. Endres, Adel und Patriziat, 223.

¹⁵⁷ Fischer, Verwaltungsorganisation 16. und 17. Jahrhundert, 68f.

¹⁵⁸ Ebd., 70f.

¹⁵⁹ Ebd., 74.

¹⁶⁰ Ebd., 77 Anm. 41.

¹⁶¹ Fischer, Verwaltungsorganisation 18. Jahrhundert, 21.

¹⁶² Fischer, Verwaltungsorganisation 16. und 17. Jahrhundert, 22.

Normen für die Besetzung des Äußeren Rats existierten, so war de facto eine handwerkliche Tätigkeit mit der Würde des Amtes in München unvereinbar¹⁶³. Die höhere gesellschaftliche Stellung der Gastgeben beruhte auf der Tatsache, daß sie meist auch Handel trieben. Den Weingastgeben oder -wirten war nach ihren Zunftordnungen erlaubt, mit allen Arten von Wein im Großen wie im Kleinen zu handeln. Um zum Weinschenken in München zugelassen zu werden, mußte der Kandidat zumindest ein Vermögen von 100 Pfund Pfennigen versteuern¹⁶⁴.

Wesentlicher Unterschied zum Inneren Rat ist auch, daß sich im Äußeren keine vergleichbare Familientradition herausgebildet hat. „Der Äußere Rat ist eben einer dauernden familiären Erneuerung und Umgruppierung, einer ständigen Fluktuation unterworfen, die im klaren Gegensatz steht zur starren Traditionsgebundenheit des Patriziats im Inneren Rat“¹⁶⁵.

Im Verhältnis zwischen den einzelnen Gremien des Münchener Rats haben sich im Untersuchungszeitraum wesentliche Verschiebungen in Bezug auf die Einflußmöglichkeiten vollzogen. Die Bürgermeister des Inneren Rats wuchsen seit dem Ende des 16. Jahrhunderts immer mehr aus dem Inneren Rat heraus und bildeten eine geschlossene Gruppe. Dies ist in der seit dieser Zeit einsetzenden Ernennung der Bürgermeister durch den Landesherrn begründet. Bis zum 18. Jahrhundert war schließlich die sogenannte „Senioratsregierung“ entstanden. Der Senioratsrat – auch Bürgermeisterrat oder Stadtkammerrat – brachte immer mehr die gesamte Finanzverwaltung in seine Hände, ohne den anderen Gremien Einblick oder Kontrollmöglichkeiten zu gewähren. Der Äußere Rat wurde damit immer mehr aus der Regierung der Stadt zurückgedrängt, die Gemeindevertretung spielte so gut wie keine Rolle mehr¹⁶⁶.

3.3.3. Weilheim

Völlig andere Verhältnisse treffen wir in der Landstadt Weilheim an. Während des gesamten Untersuchungszeitraums galt für die Besetzung der Ratsgremien folgendes Verfahren, das eine kastenartige Abschließung des Inneren Rats bzw. der Bürgermeister von vornherein ausschloß¹⁶⁷: Wann immer einer der vier Bürgermeister, zwei Inneren Räte und sechs Äußeren Räte ausschied, rückten alle ihm Nachgeordneten um einen Platz nach oben. Der freiwerdende letzte Platz im Äußeren Rat wurde dann in der nächsten Ratswahl neu besetzt. Dieses System hatte sich auch in anderen Kleinstädten ausgebildet, wie Hanke am Beispiel des Marktes Dachau zeigt. Er weist nach, daß in dem Markt zwischen 1660 und 1800 Angehörige von 22 verschiedenen Berufen Innere Räte wurden und daß mit wenigen Ausnahmen „alle Berufsgruppen mit mehr als einem Gulden Bürgersteuer zur ratsfähigen Oberschicht gehörten“¹⁶⁸. Zumindest ähnlich scheint das Verfahren selbst in Ingolstadt gewesen zu sein¹⁶⁹. Auf diese Weise gab es kein

¹⁶³ Fischer, Verwaltungsorganisation 18. Jahrhundert, 22; siehe auch das Beispiel des Hofsporsers Schönberger.

¹⁶⁴ Schlichthörle, Gewerbebefugnisse II, 746, 751 f.

¹⁶⁵ Fischer, Verwaltungsorganisation 16. und 17. Jahrhundert, 73.

¹⁶⁶ Fischer, Verwaltungsorganisation 18. Jahrhundert, 3.

¹⁶⁷ Vgl. Brandt, Geschichte.

¹⁶⁸ Hanke, Finanzstruktur, 351 f.

¹⁶⁹ Hofmann, Privilegienbuch, 428.

unterschiedliches Rekrutierungsfeld zwischen Bürgermeistern und Inneren Räten einerseits und Äußeren Räten andererseits wie in München oder in den Rentamtssitzen. Für Weilheim läßt sich aus der beruflichen Zusammensetzung des Rats auch kein signifikantes Übergewicht eines bestimmten Gewerbes herauslesen¹⁷⁰. Wenn auch Belege dafür fehlen, so scheint man vielmehr sogar darauf geachtet zu haben, Vertreter möglichst vieler Zünfte im Rat zu haben. Ansonsten wäre es kaum erklärlich, weshalb fast ausschließlich jedes Handwerk jeweils nur einem Meister in den Ratsgremien hatte. Auf diese Weise konnten sich auch nie bestimmte Ratsfamilien wie in München bilden. Ein „Schema“ des Weilheimer Rats von 1804 zeigt, daß unter den zwölf Räten keinerlei verwandtschaftliche Beziehungen bestanden, lediglich ein Bürgermeister war der Firmpate eines anderen¹⁷¹.

Die Aufteilung der Ratsämter auf die Zünfte bedeutet jedoch nicht, daß das Verhältnis der Räte untereinander spannungsfrei gewesen wäre und nicht Konflikte aus sozialen und wirtschaftlichen Unterschieden erwachsen wären. So war 1782 der Sattler und bisherige Innere Rat Thomas Walser bei der Ratswahl im Nachrückverfahren zur vierten Bürgermeisterstelle aufgestiegen. Dagegen erhob nun der Kaminfeger Ignaz Weiss im Namen der übrigen Äußeren Räte Einspruch mit der Begründung, Walser hätte eine schlechte Handschrift und müsse mit „seiner windigen Sattlers Profession“ die meiste Zeit auf dem Land zubringen. Weiss gestand Walser allerdings zu, daß ihm die Stelle dem „Rang nach rechtlich und einhellig betroffen hat“¹⁷². Mangelnde Schulbildung und die Notwendigkeit, mit der schlecht bezahlten Störarbeit seinen Lebensunterhalt zu verdienen, wirkten also nach Ansicht der Äußeren Räte Weilheims sozial deklassierend und beeinträchtigten das Ansehen des Bürgermeisteramtes.

Von einer ökonomisch herausragenden Schicht kann bei den Weilheimer Räten nicht gesprochen werden, wenn auch ihre Durchschnittssteuersummen über denen der übrigen Bürger lagen. 1650 zahlte ein Rat ca. 250 x Steuern, während ein Bürger der Innenstadt im Mittel 171 x und einer der Oberstadt 68 x zu erlegen hatte. Die gesamte Bürgerschaft incl. der Inwohner entrichtete im Durchschnitt 79 x¹⁷³. Darüber hinaus war die Steuerstruktur des Rates sehr inhomogen. Dies steht vorrangig mit den unterschiedlichen Berufen, die im Rat vertreten waren, in Beziehung. Der „reiche“ Wirt oder Brauer sitzt hier eben zusammen mit dem „armen“ Gürtler oder Zinngießer an einem Tisch. Innerhalb ihrer Berufsgruppen gehören die Räte aber üblicherweise zu den Spitzenziten.

¹⁷⁰ 1602: 3 Wirte, 1 Kürschner, 1 Rotgerber, 1 Goldschmied, 1 Lebzelter, 1 Brauer, 1 Bäcker, 1 Zinngießer, 1 Gürtler, 1 Tuchhändler; 1650: 2 Rotgerber, 2 Tuchhändler, 1 Kupferschmied, 1 Glaser, 1 Brauer, 2 Bäcker, 1 Lebzelter, 1 Kürschner, 1 Seiler; 1700: 1 Handelsmann, 1 Eisenhändler, 1 Rotgerber, 2 Brauer, 1 Zinngießer, 1 Seiler, 3 Wirte, 1 Lebzelter, 1 Färber; 1750: 2 Brauer, 2 Bäcker, 2 Handelsleute, 1 Uhrmacher, 1 Hafner, 1 Bader, 1 Weißgerber, 1 Säckler, 1 Schlosser; 1800: 1 Glaser, 1 Hutmacher, 1 Kaminfeger, 1 Brauer, 1 Metzger, 1 Bortenwirker, 1 Seiler, 1 Weinwirt, 1 Kürschner, 1 Buchbinder, 1 Seifensieder, 1 Kramer (alle Angaben nach Brandt, Geschichte).

¹⁷¹ BayHStA GL Fasz. 4430 Nr. 84.

¹⁷² BayHStA GL Fasz. 4430 Nr. 84.

¹⁷³ Die entsprechenden Werte um 1700: Räte 223 x, Bürger der Innenstadt 157 x und der Oberstadt 71 x, gesamte Bürgerschaft incl. Inwohner 82 x; alle Werte nach Analyse der Steuerbücher, vgl. Anhang 18.

Daß der Ratssitz von Handwerkern als erhebliche Belastung empfunden wurde und damit das Problem der Abkömmlichkeit auch in einer Kleinstadt eine Rolle spielte, zeigen diverse Gesuche von Weilheimer Ratsmitgliedern an den Landesherrn bzw. die Oberste Landesregierung, mit der Bitte von ihrer Aufgabe entbunden zu werden. So richtet der Rotgerber (= Lederer) Johann Widmann, der seit fünf Jahren dem Inneren Rat angehörte, 1780 an die Oberste Landesregierung die Bitte, von diesem Posten zurücktreten zu dürfen, da er seine Funktion als Rat mit seinem Beruf als nicht „compatibel“ ansieht. Er müsse entweder seine Werkstatt oder die Aufgaben als Rat vernachlässigen; außerdem habe er fünf kleine Kinder. In Weilheim gebe es genügend taugliche Personen, die nicht soviel Arbeit zurücklassen müßten wie er. Die Oberste Landesregierung lehnte zwar zunächst den Rücktritt während der Amtsperiode ab, genehmigte aber am 25. August 1780 ein erneutes Gesuch und befiehlt, bei der nächsten bevorstehenden Wahl einen anderen tauglichen Kandidaten vorzuschlagen. Nachrücker wurde daraufhin der bereits erwähnte Kaminkehrer Ignaz Weiss¹⁷⁴.

Trotz der Durchlässigkeit vom Äußeren zum Inneren Rat entstanden auch in kleineren Städten und Märkten erhebliche Spannungen zwischen beiden Gremien. Die Zentralbehörden sahen die Äußeren Räte stets als die eigentlichen Gemeindevertreter an. Als die Stände anläßlich des Landtags von 1669 die Gravamina der bayerischen Städte sammelten, wurden – wie auch schon für München gezeichnet – Vorwürfe gegen den Inneren Rat verschiedener Städte laut, Amtsanmaßung zu betreiben, den Äußeren Rat von den Ratssitzungen auszuschließen, die übertragenen Ämter zum persönlichen Vorteil auszunutzen und die Stadt- und Verwaltungsdienste in den eigenen Händen zu akkumulieren, wodurch den Äußeren Räten diese nicht „vergunt“ seien. Die landesherrlichen Visitatoren befahlen nun in diesen Städten, die Mißbräuche abzustellen, insbesondere die Äußeren Räte wieder an den Ratssitzungen teilnehmen zu lassen. In Pfaffenhofen wird im Protokoll sogar noch bemerkt, die Äußeren Räte seien hier „merers als die Innere Rhats freundt qualificirt“¹⁷⁵. Der Versuch der Inneren Räte, möglichst viele Ämter in den eigenen Händen zu konzentrieren, wird hauptsächlich dadurch verständlich, daß diese neben dem Prestige- und Machtgewinn stets auch mit gewissen Einnahmen verbunden waren.

4. Stadtbewohner außerhalb der bürgerlichen Jurisdiktion

„Den gefreiten Stadteinwohnern werden wenigstens in hiesigen Landstädten nicht nur alle kurfürstlichen und landschaftlichen Bediente und Hofschutzverwandte, sondern auch der Adel, die Geistlichkeit, und was Jura Legatorum gaudirt, oder unter das Militär gehört, sammt den graduirten und akademischen Personen beigezählt“. Zu den Schutzverwandten gehörten auch die Juden¹⁷⁶. So unterstanden die Angehörigen der Universität von Ingolstadt einer eigenen Gerichtsbarkeit der Hochschule¹⁷⁷. Einwohner der gefreiten Stände verloren

¹⁷⁴ BayHStA GL Fasz. 4430 Nr. 84.

¹⁷⁵ BayHStA GR Fasz. 266 Nr. 31; diese Punkte finden sich natürlich nicht in den dem Landesherrn zusammengefaßt übergebenen Gravamina des Standes der Städte und Märkte auf dem Landtag; vgl. *Krenner*, 1669, 474–502.

¹⁷⁶ *Kreittmayr*, Anmerkungen V, 776.

¹⁷⁷ *Keyser/Stoob*, Städtebuch, 274.

auch dann nicht ihre Befreiung von der magistratischen Obrigkeit, wenn sie lebenslang in der Stadt lebten. Sie waren von den bürgerlichen Abgaben befreit, „außer soviel die *Onera realia* von den *Immobilibus* betrifft, welche sie im Burgfrieden besitzen, womit es aber auch nicht aller Orten gleich gehalten wird“¹⁷⁸.

In *München* waren die gefreiten Stände verpflichtet – sofern sie Hausbesitz im Burgfrieden hatten – die Laternensteuer mitzutragen und Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung von Immobilien zu versteuern. Von jeglichen Einquartierungen wie auch von der hierfür ersatzweise erhobenen Servissteuer waren sie dagegen befreit¹⁷⁹. Grundlage für die Besteuerung der gefreiten Stände während des Untersuchungszeitraums war die städtische Steuerordnung von 1606, die auch die Rechtsverhältnisse derjenigen Personengruppen regelte, die nicht eindeutig dem Hof bzw. der Stadt zugehörig waren. Die wichtigsten einschlägigen Regelungen bezüglich der Hofangehörigen seien hier kurz zusammengefaßt¹⁸⁰:

- Fürstliche Räte, adeliges Hofgesinde und sechs Sekretäre sind für ihre selbst bewohnten Häuser steuerfrei; die Einnahmen aus Vermietungen werden jedoch wie beim übrigen Hofgesinde versteuert. Dem unterliegen auch gefürstete Personen.
- Diese steuerbefreiten Personen müssen Einnahmen aus Zinsen für Wiesen, Äcker, Städel, Gärten, Hofgesindehäuser etc. mit 5d pro 1fl. (= 2,4 %) jährlichen Zins versteuern. Bebauen sie ihre Grundstücke selbst, so wird der mögliche jährliche Zins veranschlagt und versteuert.
- Witwen und Kinder von diesen steuerbefreiten Personen müssen nur den Beisitz annehmen, können aber auch die Bürgerschaft erhalten.
- Witwen und Kinder des übrigen Hofgesindes sind jedoch verpflichtet, das Bürgerrecht anzunehmen, wenn sie in der Stadt wohnen wollen. Dies gilt auch für das beurlaubte Hofgesinde.
- Hofgesinde, das bürgerliche Gewerbe treiben möchte, muß das Bürgerrecht annehmen.
- Frauen von Angehörigen des Hofgesindes, die mit Spinnen, Nähen, Handschuh- und Hosenstricken in der Stadt Geld verdienen, zahlen den halben Kopfsteuersatz (*Habnit*).
- Anderer Adel vom Land, der in der Stadt „aignen rauch haben“ und dort ständig oder nur im Winter leben möchte, kann dies mit Wissen und Einverständnis des Rates tun. Von diesem pflegt man nach Gestalt der Person und des Vermögens „so sy anderst sonsten ainem rhathe gefellig, ain benant gelt jehrlich zenehmen“.

Soweit es den Hof und das Hofgesinde anbetrifft, beruhten diese Regelungen auf dem Albertinischen Rezeß von 1561¹⁸¹. Diese Einigung zwischen Stadt und Herzog war besonders hinsichtlich der unklaren Rechtslage des hier angesprochenen Personenkreises innerhalb der Stadt notwendig geworden¹⁸². Streit gab es auch später immer wieder um die genauen Abgrenzungen, wer nun der bürgerlichen und wer der kurfürstlichen Obrigkeit direkt unterstand. Auf dem Landtag von 1669 wurden exemplarisch die „emeriti“ der kurfürstlichen Kammeralbedienten thematisiert, die sich den städtischen Abgaben entziehen wollten, was aber nach Rechtsauffassung der Residenzstadtvertreter dem Albertinischen Rezeß zuwider lief¹⁸³.

¹⁷⁸ *Kreittmayr*, Anmerkungen V, 782.

¹⁷⁹ *Ebd.*, 783.

¹⁸⁰ StadtA München Steueramt 636.

¹⁸¹ Abgedruckt in *Ziegler*, Dokumente I, 317–322.

¹⁸² Vgl. Kap. III.2.6.4.

¹⁸³ *Krenner*, 1669, 481.

Wie die Abweichungen von den Münchener Regelungen aussehen konnten, zeigt das Beispiel *Burghausen*. Hier wurde 1755 zwischen den gefreiten Ständen der Stadt und dem Magistrat ein Vergleich geschlossen, der die Auseinandersetzungen um die Quatierlasten für Soldaten beenden sollte. Neben den Regierungsangehörigen verpflichtete sich auch das Jesuitenkolleg 25 Jahre einen Quartiers- und Servisbeitrag in Höhe von jährlich zwei Gaststeuern zu leisten, unabhängig davon, ob es tatsächlich zu einem Standquartier von Soldaten kommen würde oder nicht. Dafür wurden sie von jeglicher Einquartierung verschont, außer in „casum extremo necessitatis“¹⁸⁴. Es war allerdings bereits vor 1755 zumindest vorgekommen, daß sich die unter Regimentsschutz Stehenden wie auch kirchliche Institutionen an der Servissteuer für ihre in der Stadt liegenden Häuser beteiligen mußten¹⁸⁵.

Für die meisten anderen *Städte und Märkte* waren Bestimmungen hinsichtlich der Hofangehörigen kaum von Relevanz. In ihnen lebten allenfalls einige hofschutzbefreite Weißbierzäpfler, die dann eben – zum Ärger des Magistrats und der Brauer – von den bürgerlichen Lasten befreit waren¹⁸⁶. So findet sich in der Trostberger Steuerordnung von 1553 zu diesem Thema nur der den Münchener Bestimmungen ähnliche Hinweis, daß es einem Adeligen mit Einverständnis des Magistrats gestattet werden könne, in der Stadt zu leben¹⁸⁷. Darüber hinaus waren die meisten Städte und Märkte Sitz eines Pflegers oder Landrichters. Dieser unterstand selbstverständlich mit seinem Personal ebenfalls nicht der bürgerlichen Obrigkeit, auch wenn diese in der Stadt ihren Wohnsitz hatten.

Ein Sonderfall konnte dann eintreten, wenn sich innerhalb der Stadt ein gefreiter Edelmannssitz befand. Dem Weilheimer Bürgermeister und Handelsmann Caspar Spaiser¹⁸⁸ wurde gegen den Widerstand der Landschaft 1684 für einen solchen Sitz die Befreiung von der Bürgersteuer und von Quartierlasten bestätigt. Er unterlag für diesen Besitz der Rittersteuer¹⁸⁹.

Wie groß war nun der Anteil der Stadtbewohner außerhalb der bürgerlichen Jurisdiktion? Betrachten wir zunächst den mit eigenem Gerichtsstand versehenen *Klerus*.

Anteil des Klerus in den oberbayerischen Städten 1794

		Gesamtbevölkerung	Klerus		Klerus in %
			regularis	saecularis	
Städte des Rentamts	München	54.140	1.187	482	3,1
Städte des Rentamts	Burghausen	16.882	105	70	1,0
Einzelne Städte:	München	34.277	539	272	2,4
	Weilheim	1.856	28	5	1,8
	Burghausen	2.042	53	17	3,4
	Trostberg	809	0	1	0,1

(Quelle: *Hazzi*, Statistische Aufschlüsse I, Tabellenanhang)

¹⁸⁴ StadtA Burghausen Servisrechnung 1755.

¹⁸⁵ StadtA Burghausen Servisrechnung 1715.

¹⁸⁶ Vgl. S. 113 f.

¹⁸⁷ StadtA Trostberg B 15.

¹⁸⁸ Berufszugehörigkeit nach Brandt, Geschichte, 82.

¹⁸⁹ BayHStA GR Fasz. 264, loses Blatt zwischen Nr. 18 und Nr. 19.

In München gab es 1781 13.694 Hofangehörige, kurfürstliche Beamte, Militärpersonen, ohne die hofschutzverwandten Handwerker. Zieht man diese von der Gesamtbevölkerung Münchens ab, ergibt sich entsprechend ein Anteil des Klerus an der bürgerlichen Bevölkerung von ca. 4,0 %. München hatte damit einen höheren Anteil des Klerus an der bürgerlichen (!) Bevölkerung als die meisten übrigen Städte des Rentamtes bzw. Altbayerns (siehe Tabelle oben). Dieser Anteil war jedoch nicht allzu verschieden von dem kleinerer Städte, die ebenfalls ein Kloster in ihren Mauern beherbergten. Burghausen mit seiner schlechten Gewerbesituation und ohne Hofangehörige war wohl noch stärker klerikal geprägt als die Residenzstadt.

Soweit es sich um die Haushaltszahlen unter bürgerlicher und unter *kurfürstlicher Jurisdiktion* handelt, wurden die Ergebnisse aus den vorhandenen Quellen Münchens und Burghausens bereits vorgestellt und diskutiert¹⁹⁰. So standen in der Residenzstadt in den letzten beiden Dritteln des 18. Jahrhunderts ca. 20–40 % aller Haushalte unter kurfürstlicher Jurisdiktion, in Burghausen waren es zwischen 1719 und 1801 ca. 7–14 %. In den anderen beiden Beispielstädten handelt es sich dagegen bei der Gruppe der außerhalb der bürgerlichen Jurisdiktion Stehenden nur um einige wenige Personen, die für die Rekonstruktion der Gesamtbevölkerungszahlen ohne Relevanz sind.

Anteil des Hofes, des Adels, des Militärs sowie der Staats- und Landschaftsbedienten in den oberbayerischen Städten 1771/81¹

	Haushalte gesamt	Haushalte unter kurf. Jurisdiktion	Anteil in ‰
München ²	8.322	5.003	36,1
Weilheim	395	2	0,5
Burghausen	408	74	18,1
Trostberg	154	4	2,6

Anm. 1: Ohne Hofschutzverwandte. Anm. 2: Ohne Lehel.

In München lebten in den 3.003 Haushalten der hier erfaßten Gruppen unter kurfürstlicher Jurisdiktion 13.694 Personen (= 38,3 % der Gesamtbevölkerung ohne Lehel), wobei von den 2.912 Angehörigen der zu dieser Zeit hier stationierten drei Infanterieregimenter und einem Schwadron Dragoner nur 117 Herdstätten gebildet wurden, d.h. die meisten kaserniert waren. Im Zusammenhang mit der Untersuchung der Bevölkerungsentwicklung wurde bereits festgestellt, daß der Zuwachs der Haushalte unter kurfürstlicher Jurisdiktion besonders im Laufe des 18. Jahrhunderts stattfand¹⁹¹, eine Entwicklung, die sich auch für Burghausen bis in die 1770er Jahre zeigt¹⁹².

Wie bereits festgestellt, spielten die hofschutzverwandten Gewerbetreibenden nur in wenigen Städten und Märkten zahlenmäßig eine gewisse aber nicht überzubewertende Rolle, besonders in München mit 335 Vertretern¹⁹³. Verlichen wurde der Hofschutz nur durch die Landesherrschaft selbst¹⁹⁴. Diese Frei-

¹⁹⁰ Vgl. Kap. IV.2, IV.3.3.1. und IV.3.3.3.

¹⁹¹ Vgl. S. 144, 146.

¹⁹² Vgl. S. 164.

¹⁹³ Vgl. S. 115.

¹⁹⁴ Herold, Hofdienst, 82.

meister waren von allen bürgerlichen und Handwerksabgaben befreit¹⁹⁵. Kreittmayr sieht darin eine unerwünschte Konkurrenz gegenüber dem zünftischen Handwerkern und befürwortet die Verleihung solcher Privilegien nur „aus sonderer hochehrlicher Ursache“, beispielsweise um einen „vortrefflichen Künstler“ ins Land zu holen¹⁹⁶. Während der Hofdienst die Exemption von der bürgerlichen Obrigkeit bereits an sich schon enthielt, erlangte der Freimeister sie erst durch die Schutzverleihung, es sei denn, er war bereits früher schon im Hofdienst¹⁹⁷.

Andererseits schloß sich Hofschutz und Bürgerstatus nicht grundsätzlich aus. So waren von den 136 befreiten Weißbierzäpfeln Münchens 1781 39 Bürger und 14 Beisitzer¹⁹⁸. Herold will dies damit erklären, daß beim Hofgesinde lediglich keine Verpflichtung bestand, das Bürgerrecht anzunehmen. „Ein solches dem Rechtssinne nach noch bestehendes Bürgerrecht war aber durch die Bewilligung des Hofschutzes derart ausgehöhlt, daß man kaum noch von einem solchen sprechen konnte“¹⁹⁹. Diese Erklärung übersieht jedoch, daß gerade das Weißbierschankrecht nur vom Kurfürsten verliehen werden konnte und dieses auch für Bürger als wichtiger Nebenverdienst wie als Hauptberuf nicht unerhebliche Attraktivität hatte²⁰⁰. Auch kann der Behauptung Herolds, daß die mit dem Weißbierschankrecht versehenen Bürger von der Besteuerung und der Jurisdiktion des Magistrats wie von den Zunftregeln befreit gewesen seien, in dieser Pauschalität nicht gefolgt werden. So galten im Steuerbuch von 1792 immerhin 75 Weißbierschenken als steuerlich nicht befreit. Sie bezahlten im Durchschnitt eineinhalb Gulden, eine Summe, die allein schon einen gewissen Wohlstand indiziert.

5. Juden

Nachdem 1442 Herzog Albrecht III. in München und 1450 Herzog Ludwig der Reiche in Landshut den Judenschutz endgültig aufgehoben hatten, durften sich im altbayerischen Raum keine Juden mehr aufhalten²⁰¹. Das Aufenthaltsverbot der Polizeiordnung von 1553²⁰² wurde auch in der von 1616 wiederholt. Untersagt wurde den Juden nicht nur, sich in Bayern einen Wohnsitz zu nehmen oder ein Gewerbe zu betreiben, sondern auch mit Bewohnern des Landes in irgend einen Geschäftskontakt zu treten²⁰³. Der Durchzug durch das Herzogtum war Juden nur unter Geleit erlaubt, wobei sie das Land normalerweise innerhalb

¹⁹⁵ Kreittmayr, Anmerkung V, 839.

¹⁹⁶ Ebd., 839.

¹⁹⁷ Herold, Hofdienst, 86.

¹⁹⁸ BayHStA GR Fasz. 302b Nr. 46.

¹⁹⁹ Herold, Hofdienst, 82.

²⁰⁰ Vgl. S. 113 f., 116.

²⁰¹ Volkert, Staat und Gesellschaft, 560; zur Geschichte der Juden in Bayern allgemein vgl. Schwarz, Juden.

²⁰² Vgl. Cohen, Judentum, 262.

²⁰³ PO 1616 5. Buch, 1. Titel, 1. und 5. Artikel. Ausgenommen wurden nur Forderungen von Juden an bayerische Untertanen, die erst später eingebürgert wurden und deren Schulden bei Juden aus der Zeit vor der Einwanderung in das Herzogtum stammten: PO 1616 5. Buch, 1. Titel, 2. Artikel.

eines Tages wieder verlassen mußten²⁰⁴. Diese Regelungen blieben bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts in Kraft.

Zwei Gründe schwächten diese schroffe antijüdische Gesetzgebung ab, bzw. führten schließlich zu ihrer Aufhebung: Zum einen forderten aufklärerische Gedanken immer stärker auch die Judenemanzipation²⁰⁵, zum anderen bedurfte der Staatshaushalt auch der Mittel jüdischer Hoffaktoren²⁰⁶.

Der erste in München wirkende Hoffaktor war seit 1690 der Wiener Jude Samuel Oppenheimer. Schnee bezeichnet ihn als „Deutschlands größten Heereslieferanten“²⁰⁷. Auf ihn folgte der aus Sulzbach stammende Noe Samuel Isaak. Beim Tod Max Emanuels 1726 beliefen sich Isaaks Forderungen an den bayerischen Fiskus auf 2.764.639 fl.²⁰⁸. Interessant erscheint besonders, daß Isaak noch vor Aufhebung der restriktiven Judengesetzgebung in den Salz- und Weinhandel zwischen Württemberg und Bayern mit zum Teil „monopoloiden“ Verträgen einsteigen konnte²⁰⁹. Als der jüdische Kaufmann kurz vor seinem Tode 1757 eine Generalbilanz seiner uneingelösten Forderungen über zwei Millionen Gulden aufstellte, bestritt der bayerische Fiskus nicht nur diese Ansprüche, sondern erhob selbst Forderungen von mehr als drei Millionen Gulden. Edlin-Thieme bezweifelt die beiderseitigen Berechnungen zwar, sieht aber hauptsächlich eine „mangelnde Vertrags- und Rechnungstreue der Kameralverwaltung“²¹⁰. Ähnliches mußte auch Wolf Wertheimer, Sohn einer berühmten österreichischen Hoffaktorenfamilie, erfahren, der 1733 seine Zahlungen an den bayerischen Staat nach einem Verlust von über einer Million Gulden einstellte. Die Wertheimer finden sich jedoch weiter in München und gehörten in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu den angesehensten jüdischen Familien²¹¹. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren die Kreditsummen jüdischer Bankiers für den bayerischen Staat bereits um ein mehrfaches wichtiger geworden als die entsprechenden christlicher, geschweige denn bayerischer Gläubiger. Von letzteren stand die Firma Nocker mit 450.000 fl. an der Spitze²¹². Diese Belege zeigen nicht nur die wachsende Bedeutung jüdischen Kapitals für die Staatsfinanzierung seit dem Übergang vom 17. zum 18. Jahrhundert, sondern vor allem die schwache Ausbildung des bayerischen Handels- und Geldwesens.

Offiziell wurde das Aufenthaltsverbot für Hoffaktoren und Juden mit Freipässen 1750 von Max III. Joseph aufgehoben²¹³. Von nun an wuchs auch die Zahl

²⁰⁴ PO 1616 5. Buch, 1. Titel, 3. Artikel.

²⁰⁵ Vgl. u. a. *Berding*, *Moderner Antisemitismus*, 20–25.

²⁰⁶ Zu den Hoffaktoren im Kurfürstentum Bayern vgl. *Schnee*, *Hofffinanz IV*, 187–213; *Sundheimer*, *jüdische Hochfinanz*.

²⁰⁷ *Schnee*, *Hofffinanz IV*, 187 f.

²⁰⁸ Zu Isaak vgl. *Schnee*, *Hofffinanz IV*, 188–192; *Kilian*, *jüdische Gemeinde*, 15.

²⁰⁹ *Edlin-Thieme*, *Handelsstand*, 75.

²¹⁰ *Ebd.*, 75; ihre Überlegungen gründen auf *Schnee*, *Hofffinanz IV*, 190.

²¹¹ *Edlin-Thieme*, *Handelsstand*, 75; *Schnee*, *Hofffinanz IV*, 192 f.; *Cohen*, *Judenschaft*, 265 f.

²¹² *Edlin-Thieme*, *Handelsstand*, 77.

²¹³ *Kilian*, *jüdische Gemeinde*, 15. Nach *Cohen*, *Judenschaft*, 263, wurde bereits in einem kurfürstlichen Dekret vom 24. 1. 1737 Juden der vorübergehende Aufenthalt gegen einen Leibzoll gestattet, die im Salzhandel, bei Pferdellieferungen, sonstigen Armeelieferungen oder beim Schuldenwerk tätig waren. Der Jude Josef Mändl, Jude aus Kriegshaber bei Augsburg, erhielt schon 1718 vom Geheimen Rat den Hofschutz zuerkannt, sooft er sich in landesherrlichen Diensten in München aufhielt (*Cohen*, *Judenschaft*, 266 Anm. 15).

der Juden in München. 1750 sind es neun Familien mit zusammen 20 Personen, 1781 23 Familien mit 55 Personen, 1798 35 Familien mit 220 Personen²¹⁴ und 1804 98 Familien mit bereits 413 Personen²¹⁵. Hausbesitz konnten Juden jedoch noch nicht erwerben. Die Dachsbergische Volkszählung von 1781 gibt deshalb für München zwar 21 Herdstätten jüdischer Bewohner an, jedoch kein Haus²¹⁶.

Bis zum Ende des Untersuchungszeitraums waren alle in München lebenden Juden Geschäftsleute²¹⁷. Sie hatten jedoch höchst unterschiedliche Vermögen. 1798 wurden zumindest sechs Familien als arm bezeichnet, während man das Vermögen der reichen Pappenheimer auf 72.000 fl. schätzte. Der Durchschnitt scheint zumindest in einem gewissen Wohlstand gelebt zu haben²¹⁸. Sie handelten mit Getreide, Proviant, Fourage, Pferden, Juwelen, Schmuck, Galanteriewaren, Silber, Goldsorten, Wechseln, Geldverleih und Altkleidern. „Es scheint vor allem der Bedarf des Fürsten und der Aristokratie gewesen zu sein, der sie nach München lockte“²¹⁹. Um 1804 hatte sich das soziale Spektrum der Münchener Juden bereits etwas erweitert. Es finden sich jetzt Näherinnen, Krankenpflegerinnen, Rabbiner, Lehrer und Kammerdiener als Haushaltsvorstände, wenn auch in geringer Zahl²²⁰.

Die Herkunft der 98 jüdischen Haushaltsvorstände 1804 zeigt, daß trotz über fünfzigjähriger ständiger Anwesenheit von Juden in München und steigender Zahlen noch keine familiäre Kontinuität in der Stadt bestand: 51 Familien kamen aus Franken, 20 vom Rheingebiet (davon 11 aus der Kurpfalz). 16 aus dem übrigen Süddeutschland, 6 aus Böhmen, Breslau, Berlin, Hamburg und Kurland (bei 5 fehlt die Angabe)²²¹.

Konflikte, in die die Juden verwickelt wurden, traten besonders und zu allererst mit den Münchener Handelsleuten auf. Neben dem Salz- und Pferdehandel bezeichneten diese alle anderen Tätigkeiten der Juden als unzulässig (1782)²²². Als der Kurfürst 1788 eine Umfrage unter den Münchener Zünften zum Thema einer neuen Zollpolitik befahl, konnten sich verschiedenen Gewerbe nicht enthalten, auch Vorwürfe gegen die Juden zu erheben²²³. Allen voran die Handelsleute beklagten sich gegen die „Menge der unberechtigt handelnden Juden“. Sie würden in allen Kaffee-, Wein- und Bierschenken handeln, während den Handelsleuten dies nur in ihren Läden gestattet sei. Mit ihren „Betrügereien“ ruinierten sie ganze Familien. Die Gold- und Silberschmiede äußern diesen Vorwurf ebenfalls und meinten ihn damit zu belegen, daß ihre Konkurrenten Schmuck, Gold, Silber und Juwelen verkauften, die nicht „probhaltig“ seien. Hauptbeweis der jüdischen Unehrlichkeit ist für beide Zünfte jedoch der Fall des Joseph Moyses Mändle. Dieser hätte zu Lebzeiten überall Ansehen und guten Kredit gehabt, bei

²¹⁴ *Cohen*, Judenschaft, 263.

²¹⁵ Diese setzen sich zusammen aus 90 Männern, 67 Frauen, 156 Kindern. 30 Verwandten und 70 Bedienten (*Cahnmann*, Judenbeschreibung).

²¹⁶ BayHStA GR Fasz. 302 Nr. 45 I. u. II.

²¹⁷ *Cohen*, Judenschaft, 267; hier auch die Geschichte zahlreicher Familien zusammengestellt.

²¹⁸ *Cohen*, Judenschaft, 263.

²¹⁹ *Ebd.*, 264 f.

²²⁰ *Cahnmann*, Judenbeschreibung, 182.

²²¹ *Ebd.*, 183.

²²² *Cohen*, Judenschaft, 264.

²²³ BayHStA GR Fasz. 1642 Nr. 74.

seinem Tod wäre jedoch ein riesiger Schuldenverlust bei den hiesigen Kreditoren entstanden. Die Handelsleute behaupten, dieser Verlust hätte die Höhe von 70.000 fl. erreicht, die Gold- und Silberarbeiter gingen von 40.000 fl. aus. Wodurch der Bankrott eingetreten war, wird allerdings nicht erwähnt. Die Familie Mändle war dem bayerischen Staat von 1718 bis 1775 immer wieder als Pferde- und Militärgüterlieferant von Nutzen gewesen. Noch 1796 verlor die – vermutlich verarmte – Witwe einen Prozeß gegen den Fiskus, worauf der Kurfürst ihr eine Entschädigung von 100 fl. gewährte²²⁴. Der Verdacht scheint nicht ganz unbegründet, daß hauptsächlich die schlechte Zahlungsmoral des bayerischen Staates Mändle in den Ruin getrieben hat, weniger ein unsauberes Geschäftsgebaren.

Die Vorwürfe gegen die jüdische Minderheit außerhalb der Zunftregeln und ohne bürgerliche Verpflichtungen haben eine sehr deutliche, mitunter vielleicht auch verständliche Stoßrichtung. Wie bei den übrigen Hofschutzverwandten steht der Versuch der zünftischen Bürgerschaft im Vordergrund, die ungeliebte Konkurrenz auszuschalten, die noch dazu manchen Beschränkungen und Belastungen der normalen Bürger nicht unterworfen war. Verstärkt wurde dieser Kampf durch den relativ engen Markt, den sich zünftische wie außerzünftische Händler teilen mußten. Auch dieses Motiv darf bei der Betrachtung der Ursachen für die in München wie in vielen anderen Städten Deutschlands 1819 ausbrechenden antijüdischen Ausschreitungen, die als sogenannte „Hep-Hep-Bewegung“ bekannt sind²²⁵, nicht übersehen werden.

Die Rechtsstellung der Juden wurde erst seit Anfang des 19. Jahrhunderts stetig verbessert, ein Prozeß der im Judenedikt von 1813 einen vorläufigen Höhepunkt erreichte. Hier wurden ihnen die Zulassung zu Handwerk und Landwirtschaft und die Gemeindebürgerrechte gewährt. Die volle rechtliche Gleichstellung erreichten sie allerdings erst 1871, womit Bayern diese als letzter deutscher Staat einführte²²⁶.

Die Juden in Altbayern waren vor 1800 allein auf München beschränkt. Die Hofschutzverleihungen wie auch ihre beruflichen Tätigkeiten banden sie an die Residenz, die allgemeine Gesetzeslage machte es ihnen unmöglich, andernorts Fuß zu fassen. So läßt sich in der gesamten Frühen Neuzeit in keiner altbayerischen Stadt ein Jude nachweisen, auch nicht in den übrigen sogenannten „Hauptstädten“²²⁷.

²²⁴ Cohen, Jüdenschaft, 266; zu Mändle auch Schnee, Hoffinanz IV, 194 f.

²²⁵ Vgl. Kilian, jüdische Gemeinde, 182; Berding, moderner Antisemitismus 66–71; vgl. auch die Tagebucheintragung Westenrieders von 1796, der von der „entsetzlichen Vermehrung der Juden“ sprach (zitiert nach Bauer, Umbruch, 261).

²²⁶ Vgl. Kilian, jüdische Gemeinde, 4–13; Schwarz, Juden, 171–199, 277 ff.; Spindler (Hg.), Handbuch IV (diverse Beiträge), 51, 217, 236, 245.

²²⁷ Vgl. Keyser/Stoob, Städtebuch, jeweils Punkt 15e; lediglich in einer Quelle von Rosenheim sollen einmal jüdische Handelsleute erwähnt sein (ebd., 613).

VI. Erwerbsstruktur

1. Gewerbestruktur, Handwerkerdichte und Betriebsgrößen um 1800

Die allgemeine Gewerbestruktur Bayerns sowohl des Mittelalters als auch der Frühen Neuzeit wird in der Fachliteratur meist mit den Begriffen „Fehlen großer gewerblicher Produktionszentren“, „räumliche Dezentralisierung“ und „mangelnde Spezialisierung“ belegt. Fast ausschließlich fände sich ein – wenn auch vielfältiges – Grundgewerbe. Dieses sei dann auch – so wird durchaus zu Recht gefolgert – weniger krisenanfällig als exportabhängige Handwerksagglomerationen von Stadtterritorien wie Augsburg, Nürnberg und Ulm gewesen¹. Ohne diese allgemeine Sichtweise in Frage zu stellen, ist eine differenziertere Betrachtung notwendig, die den Blick auf die erheblichen Veränderungen während der Frühen Neuzeit in der bayerischen Städtelandschaft nicht verstellt – die zitierten Rahmenbedingungen sollten jedoch nicht aus den Augen verloren werden.

Bei der Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung in den bayerischen Städten und Märkten wurde bereits darauf hingewiesen, daß einheitliche Quellen zur Erforschung der Demographie und des Gewerbes erst seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts vorhanden sind². Gesamtuntersuchungen der bayerischen Gewerbe für die Zeit bis 1800 stützen sich deshalb fast ausschließlich auf dieses Material. Erstmals systematisch wertete Carl v. Tyszka 1907 die Dachsbergsche Volksbeschreibung von 1771/81 aus. Dabei belegt er vor allem den hohen Anteil des Landhandwerks in Altbayern gegenüber dem städtischen³. So berechnet Tyszka eine durchschnittliche Gewerbedichte im ganzen Land von 5 % (d.h. fünf Gewerbetreibende auf 100 Einwohner), wobei die Werte auf dem Land bei 4 %, in Städten und Märkten jeweils gleichmäßig bei 12 % liegen. In keiner Stadt würde der Anteil der gewerblich Beschäftigten unter der männlichen Bevölkerung 50 % erreichen. Er kommt deshalb zu dem Schluß⁴:

„Die Städte und Märkte waren nicht viel gewerbereicher als das platte Land ... Die weit überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung war nicht gewerbetreibend, sondern war in der Landwirtschaft tätig. Diese war es auch, die dem ganzen Wirtschaftsleben das Gepräge gab ... Und nicht nur allein auf dem platten Lande war die Landwirtschaft heimisch, auch die Bewohner der Städte und Märkte waren zu einem Teile ackerbautreibende Bürger, denn ... [es] waren im Durchschnitt nur 35 % der erwachsenen männlichen Bevölkerung in den Städten Gewerbetreibende“.

¹ Störmer, Wirtschaft, 245.

² Vgl. Kap. IV.

³ Vgl. S. 107f.

⁴ Tyszka, Handwerk, 21.

Die letztere Aussage suggeriert einen hohen Anteil hauptgewerblicher Bauern in den Städten. Dies ist jedoch sicher nicht richtig⁵. Auch bereits aus der von Tyszka benutzten Quelle selbst läßt sich das von ihm formulierte Ergebnis nicht herauslesen. Die Zahlen Tyszkas – bzw. Dachsbergs – besagen lediglich, daß 35 % der männlichen Stadtbevölkerung Handwerksmeister oder Gesellen waren. Diese Gruppe beinhaltet jedoch nicht Lehrlinge, Handeltreibende, Tagelöhner, städtische Bedienstete, Angehörige des Dienstleistungsbereichs (wie z. B. Wirte), Geistliche, Ehehalten, Bettler, Austragspersonen etc. Wie an den Beispielen München, Burghausen, Weilheim und Trostberg noch zu belegen ist, zeigt die gewerbespezifische Addition der in verschiedenen Quellen aufgeführten Herdstätten kaum mehr einen Spielraum für eventuell nicht eigens genannte bäuerliche Haushalte. Darüber hinaus finden sich in den ausgewerteten Steuerbüchern unserer Beispielstädte nur in Weilheim und in Burghausen Haushalte, deren Vorstand mit der Berufsbezeichnung Bauer belegt ist (jeweils nur ein bzw. zwei Personen). Damit ist jedoch nichts über eine eventuelle Nebenerwerbslandwirtschaft gesagt⁶.

Auf der Arbeit von Tyszka aufbauend werden dessen Thesen von Eckart Schremmer differenziert und z. T. auch widersprochen, was den Wert der älteren Arbeit sicherlich nicht mindert. So zeigt Schremmer u. a., daß die Gewerbedichte Bayerns im Vergleich zum gesamten Deutschland über dem Durchschnitt lag. Sowohl nach der Dachsberg-Statistik wie nach der Gewerbeerhebung von 1792 bestätigt sich dieses Ergebnis. So ist es für das „Agrarland Bayern völlig unerwartet“, daß 1792 in Ober- und Niederbayern auf 100 Einwohner im Durchschnitt 7,2 Meister und Gesellen im Handwerk kamen, in Gesamtdeutschland (in den Grenzen von 1914) im Jahre 1816 erst 3,08 Meister und Gesellen⁷. Karl Heinrich Kaufhold nimmt diese Ergebnisse für eine vergleichende Betrachtung über ‚Gewerbelandschaften‘ in der Frühen Neuzeit auf. Ein wesentlicher Teil der Gewerbetreibenden waren jedoch Landhandwerker und Angehörige der unterbäuerlichen Schichten. Da ihr agrarisches Einkommen nicht ausreichte, waren sie auf gewerbliche Zuerwerb angewiesen. „Ausgeprägte Verdichtungen finden sich weder nach Branchen noch in bestimmten Gebieten des Landes, so daß sich der auf den ersten Blick naheliegende Vergleich mit den Textilregionen verbietet“⁸.

Bei der Unterscheidung zwischen Städten und Märkten geht Schremmer durch einen verfeinerten methodischen Ansatz über Tyszka hinaus. Beide zeigen den gleich hohen Anteil von Meistern und Gesellen in dem jeweiligen Typus (12 von 100 Einwohnern). Gehen wir jedoch von den Berufsgruppen aus, die mehr als 50 Meister in ganz Bayern aufwiesen, so zeigt sich bei ihnen ein zunächst überraschendes Ergebnis: Bei diesen Berufen ist die Dichte der selbständigen Handwerker in den Markorten zweieinhalbmals so groß wie in den Städten. So finden sich in Markorten in Relation zur Bevölkerung z. B. 20 % mehr Maurer und 50 % mehr Zimmerleute als in den Städten. Hieraus deutet sich für Schremmer an, daß die kaufkräftige bäuerliche Bevölkerung für Güter des gehobenen Bedarfs eben einen naheliegenden Markt aufsuchte und sich nicht in weiter ent-

⁵ Vgl. Kap. VI.1. und VI.2.

⁶ Vgl. Kap. VI.4.

⁷ Schremmer, *Wirtschaft Bayerns*, 395.

⁸ Kaufhold, *Gewerbelandschaften*, 141 f.

fernte Städte begab. Die hochspezialisierten Berufe fanden sich dagegen fast ausschließlich in den Städten (die genauen Zahlen finden sich in Anhang Nr. 5). Nach Schremmer legen diese Ergebnisse nahe, daß die Städte gegenüber den Märkten wirtschaftlich stagnierten⁹. Diese These erscheint aus verschiedenen Gründen nicht ganz schlüssig, abgesehen davon, daß aus einem einzelnen Schnittjahr keine Entwicklung ablesbar ist:

1. Durch die größere Gewerbedifferenzierung und stärkere Aufgabenspezialisierung in den Städten – insbesondere den Hauptstädten mit den Hof- und Verwaltungsbeamten wie auch aufgrund der hier vorherrschenden vielschichtigeren Sozialstruktur – konnte bei den sogenannten Grundgewerben überhaupt keine so große Gewerbedichte (= Vertreter eines Gewerbes auf eine bestimmte Einwohnerzahl) erreicht werden wie in Kleinstädten, in denen ja fast ausschließlich solche Gewerbetreibenden lebten. Außerdem befanden sich trotz der größeren Berufsdifferenzierung absolut gesehen in den größeren Städten trotzdem mehr Vertreter dieser Grundgewerbe als in den kleineren Städten und Märkten. Es kann allein deshalb nicht aus einer größeren Grundgewerbedichte auf eine erhöhte Gewerbeaktivität geschlossen werden. Vielmehr erscheint in allen städtischen Siedlungen – Städten und Märkten – ein gewisser „Grundbedarf“ an Gewerben für den Ort selbst wie für das Umland vorhanden gewesen zu sein. Ein weiteres Wachstum konnte dann nur über eine größere Differenzierung des Gewerbeangebots oder eine funktionale Erweiterung erzielt werden.

2. Der Schremmerschen These widerspricht auch ein anderes Ergebnis von Tyszka: Die ältere Arbeit zeigt bereits anhand der Quelle von 1771/81, daß in den Städten im Durchschnitt auf jeden zweiten Meister ein Geselle traf, während in den Märkten nur jeder dritte bis vierte Meister einen Gesellen beschäftigte und auf dem flachen Land sogar nur jeder fünfte¹⁰. Auch die Zahl der Lehrlinge pro Betrieb war in den Städten signifikant höher als auf dem Land und in den Märkten. Das heißt jedoch mit anderen Worten, daß die Betriebsgrößen in den Städten die in den Märkten übertrafen. Die überhaupt sehr geringen Betriebsgrößen wurden immer wieder als Ergebnis der schlechten Wirtschaftslage des Handwerks gesehen. Vielleicht gilt jedoch auch der umgekehrte Schluß in Anbetracht der Tatsache, daß die Zahl der Gesellen und Lehrlinge durch die Zunftordnungen begrenzt waren¹¹ und damit dem Kleinunternehmer eine Expansion seines Betriebs verwehrt war.

Betriebsgrößen in Städten, Märkten und auf dem Lande 1771/81

Rentamt	Gesellen/ Meister	Lehrlinge/ Meister
Städte		
München ¹	0,41	0,15
Landshut	0,59	0,20
Straubing	0,55	0,18
Burghausen	0,75	0,15

⁹ Schremmer, *Wirtschaft Bayerns*, 397 ff.

¹⁰ Tyszka, *Handwerk*, 27.

¹¹ Vgl. Kap. III.2.4.3.

Rentamt	Gesellen/ Meister	Lehrlinge/ Meister
Märkte		
Landshut	0,22	0,10
Straubing	0,30	0,13
auf dem Land		
München	0,17	0,05
Landshut	0,28	0,06
Straubing	0,17	0,08
Burghausen	0,34	0,10

Anm. 1: Ohne München; in der Residenzstadt 0,80 Gesellen und 0,22 Lehrlinge pro Meister.

(Quelle: *Tyszka*, *Handwerk*, 26 f., nach Dachsberg-Statistik)

3. Abgesehen von diesen rein quantifizierenden Belegen läßt sich Schremmers Annahme auch nicht aus den erzählenden Quellen ablesen. Wir werden diesen Punkt anhand der Beschreibung der Städte und Märkte Bayerns von Joseph von Hazzi in seinen „Statistischen Aufschlüssen über das Herzogtum Baiern“ anschließend genauer belegen.

An dieser Stelle soll Hazzis Arbeit zusätzlich auf der Basis einer etwas breiteren Fragestellung betrachtet werden, gibt sie doch auch ganz allgemeine Hinweise über Gewerbestruktur und -zustand um 1800. Die „Statistischen Aufschlüsse“ stellen damit auch eine Einführung in die an anderer Stelle noch zu betrachtende Vermögens- und Einkommensstruktur der oberbayerischen Städte dar¹².

Hazzis statistische Angaben entstammen hauptsächlich der Gewerbeerhebung von 1792 und der Bevölkerungszählung von 1794. Interessant sind hier jedoch vor allem seine Eindrücke, mit denen er diese Städtelandschaft beschreibt, wenn sie auch oft die Überheblichkeit des Aufklärers gegenüber dem Kleinstädtisch-Ländlichen widerspiegeln¹³. Seine Beschreibungen im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage der bayerischen Städte und Märkte lassen sich meist auf eine Charakterisierung ihres jeweiligen Gewerbezustandes durch die Noten „gut“, „mittel“ und „schlecht“ zusammenfassen, z. T. tauchen diese Einstufungen auch wörtlich auf. Unser Gewährsmann scheint dabei auf ein immer wiederkehrendes Frageraster zurückzugreifen, was seine Aussagen bei genauerer Betrachtung als objektiver erweist, als manche Invektive gegen Bigotterie, Franziskaner, Wallfahrten, Trunksucht, Unbildung, Aberglaube usw. zunächst vermuten läßt. So ist für ihn stets der Zustand des Braugewerbes ein wichtiger Indikator für die Lage des Handwerks allgemein – eine Methode, die auf der unbestreitbaren Tatsache beruht, daß diese Branche mit zu den bedeutendsten Bayerns zählte¹⁴. Auch werden die Ursachen für Wohlstand bzw. Armut genannt. Hazzi scheut

¹² Vgl. Kap. VIII.

¹³ Zu Joseph Ritter von Hazzi vgl. *Pledl*, Hazzi.

¹⁴ *Rudhart*, *Gewerbe*, 88: „Das eigentliche bayerische Haupt- und Nationalgewerbe ist die Bierbrauerei“; vgl. auch *Riezler*, *Geschichte Baierns* VI, 192; *Störmer*, *Wirtschaft*, 245; *Hoffmann*, *Trostberg*, 115–119.

sich dabei nicht, Wallfahrten als die wichtigste Einkommensquelle eines Ortes hervorzuheben, aber kurfürstliche oder adelige Brauereien auf dem Lande für den Niedergang des Braugewerbes in einer Stadt verantwortlich zu machen. Vielfach wird auch der Feldbau von Bürgern als Quelle ihres Wohlstandes erkannt und der Mangel an spezialisierteren bzw. Exportindustrien in der sich monoton wiederholenden Bemerkung, es gebe in dem jeweils beschriebenen Ort nur „gewöhnliche Professionisten“, klar angesprochen. Die Auswertung von 121 Beschreibungen Hazzis gibt dabei ein äußerst düsteres Bild des städtischen Gewerbezustandes¹⁵:

Gewerbeeinschätzung Hazzis von bayerischen Städten und Märkten um 1800

Bewertung	Zahl der Städte	Zahl der Märkte
gut	6	7
gut-mittel	0	1
mittel	6	18
mittel-schlecht	3	12
schlecht	15	36
unklar	3	14
zusammen	33	88

Zur Verdeutlichung sollen einige Beispiele dienen¹⁶:

*Aichach*¹⁷: „Die reicheren Bürger sind die 10 Brauer (chemals waren es 11, unter den jetzigen sind ein Paar sicher eine halbe Million reich) und Krämer. Es giebt einige 20 Uhrmacher, die aber schlechter stehen als die Friedberger ... [Es] herrscht ... nicht so viele Gelegenheit zum Geldaufwand; daher gehört auch diese Stadt unter die vermöglichsen des Landes.“

*Rosenheim*¹⁸: „Den vorigen Wohlstand bemerkt man ... nur noch aus den vielen Kirchen und geistlichen Stiftungen ... Wohl sind noch Professionisten aller Art vorhanden, aber kein vorzügliches Gewerb. Die Handelsleute, die drei Gerber ..., der Seifensieder und die zwei Weinwirte befinden sich noch am besten, die Brauer, deren nur zwölf sind, im Ganzen mittelmäßig.“

*Weilheim*¹⁹: „Professionisten von allen Gattungen sind hier vorhanden, aber wegen der vielen Klöster umher ... nicht sehr vermöglich; die 13 Brauer, Gerber und Krämer stehen noch erträglich.“

*Burghausen*²⁰: „... denn seit die Regierung oder Justizkollegium und Rentamt, so wie das Gimnasium und Lyceum anderswohin verlegt wurde und das Innviertel an Oestreich kam, befindet sich die Stadt ohne alle Gewerbe, Nahrungsquellen und Kommunikation ...“

*Ingolstadt*²¹: „Man muß leider gestehen, daß hier alles Gewerbe, alle Industrie und Spekulation wie vergraben liegt ..., daß die Gewerbe blos auf Taglohn getrieben werden, und die Bürger unter die Armen zu zählen sind. Ehemals blühten die Tuchmanufakturen hier, und im 16ten Jahrhundert waren über 100 gute Meister in der Stadt, allein gegenwärtig ist nichts mehr vorhanden ...“.

¹⁵ Zur Bewertung der einzelnen Städte siehe *Hoffmann*, Probleme, 155 ff.

¹⁶ Vgl. auch zu Trostberg S. 17.

¹⁷ *Hazzi*, Statistische Aufschlüsse II/1, 303.

¹⁸ *Hazzi*, Statistische Aufschlüsse I, 337.

¹⁹ *Hazzi*, Statistische Aufschlüsse II/1, 66.

²⁰ *Hazzi*, Statistische Aufschlüsse III/2, 867 f.

²¹ *Hazzi*, Statistische Aufschlüsse II/1, 431, 435.

*Landsberg*²²: „Nur 700 Bürger leben noch hier, denn der verlorene Salzhandel ... und die Reformazion hat eine Menge Bürger vertrieben ... Die Bürger sind blos gewöhnliche Professionisten, haben fast keine Gesellen, und stehen schlecht ...“

Die Auswertung der Berichte Hazzis läßt keinen Unterschied des Gewerbezustandes zwischen Städten und Märkten erkennen. Vielmehr muß man, trotz einiger positiver Beispiele von einer tiefen Depression der bayerischen Städte und Märkte am Ende des 18. Jahrhunderts ausgehen. Die Gewerbe vermindern sich eher, von einer Expansion eines Handwerkszweiges ist nirgends die Rede. Nennenswerte Konzentrationen eines Gewerbes, die auch auf einen organisierten Verlag schließen ließen, finden sich außer bei den genannten Uhrmachern von Aichach und Friedberg nur bei den Textilgewerben²³.

2. Die Gewerbeentwicklung seit 1600

2. 1. Allgemeine Tendenzen

Die Gewerbestruktur bzw. die Gewerbesituation um 1800 ist nicht verständlich ohne die Entwicklung, die zu ihr führte. Der vorausgegangenen synchronen Betrachtung muß also die Untersuchung der diachronen Veränderungen folgen, um die eigentliche Bedeutung verschiedener Prozesse und Zustände in der städtischen Ökonomie einschätzen zu können. Die Quellensituation für diese Fragestellung ist jedoch ungleich schlechter als für die Zeit seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert. Die Steuerbücher und verwandte Quellen sind hier die bedeutendsten – und meist auch einzigen – Möglichkeiten, das Gesamtgewerbe einer Stadt oder eines Marktes quantitativ zu überblicken. Übersichten über die Gewerbesituation des gesamten Landes gibt es vor 1771 nicht, allenfalls für spezielle Gewerbesparten finden sich vereinzelt Angaben für das gesamte Territorium. Die fehlenden statistischen Quellen vor 1771 lassen sich jedoch oftmals durch zeitgenössische Berichte und Einschätzungen ersetzen, die zwar kaum quantitativ verwertbares Material enthalten, dafür aber einen Eindruck der Gesamtsituation und der Entwicklungstendenzen vermitteln²⁴.

Um 1600 beginnen derartige Quellen auch in vergleichbarer Form zu entstehen. Der frühabsolutistische Herrscher – namentlich Maximilian I. – begann über neue Informationsbeschaffungsmethoden, sich ein Bild der wirtschaftlichen Situation seines Landes zu machen. Die Ergebnisse sollten als Entscheidungshilfe für wirtschaftspolitische Maßnahmen dienen. Die Umsetzung wurde durch den Dreißigjährigen Krieg wie durch das mangelnde theoretische und praktische ökonomische Instrumentar weitgehend unmöglich. Dasselbe gilt für eine ähnliche Umfrage Kurfürst Ferdinand Marias aus dem Vorfeld des letzten Landtags von 1669. Für das 18. Jahrhundert haben wir eine Vielzahl von berichtenden Quellen – z. T. auch Reiseberichte – deren bedeutendste und systematischste die 1800 bis 1809 erschienenen und bereits besprochenen ‚Statistischen Aufschlüsse über das Herzogtum Baiern‘ des Joseph von Hazzi darstellen²⁵.

²² Hazzi, Statistische Aufschlüsse II/1, 220f.

²³ Vgl. Kap. VI.5.

²⁴ Vgl. zu den Entstehungsumständen dieser Quellen Kap. III.2.2.

²⁵ Vgl. S. 246 ff.

Herzog Maximilian I. begründete seine bereits in der Einleitung zitierte Umfrage vom Jahre 1602 mit dem Niedergang der Gewerbe- und Handelsaktivitäten in seinen Städten. Im Rentamt München wurden diese nun aufgefordert, einen Bericht über folgende Fragen zu verfassen: wichtigste Gewerbe am Ort, deren Zustand, wie diese zu verbessern und gänzlich niedergegangene zu ersetzen seien, die Ursachen für die Abnahme bestimmter Gewerbe²⁶.

Wenig überraschend sind die Antworten, in die auch Ergebnisse einer älteren Umfrage eingegangen sind²⁷, zu den Hauptgewerben. Mit Ausnahme der Textilproduktion wird nirgends eine größere Konzentration eines Gewerbes erkennbar. Je nach Größe weisen die Städte und Märkte ein mehr oder weniger differenziertes Gewerbespektrum auf, wobei als Indikator für die Wirtschaftskraft meist nur die Brauer, Weinwirte, Bäcker, Metzger und Handelsleute im weitesten Sinne herangezogen werden. Fast unisono wird in der letzten Generation ein Niedergang des Gewerbes und der Märkte konstatiert, wenn auch die meisten Bürgermeister noch der Meinung sind, diese Schwierigkeiten überwinden zu können. In vielen Städten und Märkten wie Friedberg, Neustadt an der Donau, Dachau, Rain und Traunstein betrachten die eigentlich gewerbetreibenden Bürger den Nebenerwerb mit Feldbau und Viehzucht zu dieser Zeit als eine ihrer Haupteinnahmequellen.

Die Ursachen für diese Entwicklung werden oftmals in einer Vielzahl von erlaubten und unerlaubten Handels- und Gewerbepraktiken gesehen, die die Stadt als Handwerks- und Handelszentrum ignorierten. Hierzu gehörte der Verkauf von Nahrungsmitteln, Vieh und Garn direkt bei den Bauern, verbunden z. T. mit unerlaubtem Zwischenhandel²⁸ – Fürkauf genannt –, die Errichtung von Brauereien und Wirtschaften auf dem Land, besonders aber in den Hofmarken des Adels und der Klöster, sowie das Entstehen von nicht privilegierten Land- und Hofmarksmärkten²⁹. So macht u. a. der Dachauer Rat den Fürkauf dafür verantwortlich, daß sich die Zahl der Metzger im Markt von vier auf einen reduziert hätte. Das Auftreten des Handwerks allgemein auf dem Land und die damit verbundene Konkurrenz für das städtische wird besonders u. a. von Schongau, München, Tölz, Vohburg und Rain beklagt. Ebenso erscheinen die bereits behandelten Kritikpunkte: Es werden Ausbildungsdefizite festgestellt, die dadurch entstanden seien, daß man die Kinder nicht mehr in die benachbarten Reichsstädte zur Ausbildung lassen könne, da man den Kontakt mit Protestanten vermeiden wolle³⁰. Außerdem bedeute der Verlust des Salzhandels durch dessen Monopolisierung für mehrere Städte eine erhebliche Einbuße³¹.

Verschiedentlich klingt auch bereits die Sorge vor dem Import besserer und billigerer Fertigprodukte – besonders im Textilbereich – an, die u. a. von sogenannten welschen Krämern verkauft wurden. Die differenzierteste Analyse hierzu verfaßte im Rahmen der Umfrage Maximilians I. der Münchener Magistrat. Schwierigkeiten sah man besonders im Fehlen einer größeren Anzahl von Spinnern auf dem Land, dem Kapitalmangel der bayerischen Tuchhersteller und

²⁶ Das gesamte erhaltene Quellenmaterial hierzu in BayHStA GR Fasz. 273 Nr. 4.

²⁷ Vgl. Kap. III.2.2.

²⁸ Vgl. S. 120–123.

²⁹ Vgl. Kap. III.2.6.3. und VII.2.

³⁰ Vgl. S. 84.

³¹ Vgl. Kap. III.2.6.1.2.

deren Unvermögen, ihre Produktion auf den neuesten Stand der Technik zu bringen³². Die Geschlachtgewander – Produzenten für ganz besonders feine Tuche – sahen für Bayern zumindest die Möglichkeit, mittelmäßig gute Tuche von allerlei Farben herstellen zu können. Gegen die Spitzenprodukte der niederländischen Industrie zu konkurrieren, hatte man wohl keine ernsthafte Chance. Dennoch scheint diese Sparte zu Beginn des 17. Jahrhunderts noch eine relativ große Leistungsfähigkeit gehabt zu haben: In den umliegenden Dörfern der Residenzstadt sollen noch an die 3.000 Personen mit Spinnen für die Münchener Tuchmacher beschäftigt gewesen sein. In Rain mußte dagegen das Tuchmacher-, Geschlachtgewander- und Lodenmachergewerbe wegen Unrentabilität aufgegeben werden, wofür u. a. die Inflation verantwortlich gemacht wurde. Die Lodenmacherei verlagsmäßig zu organisieren hatte hier ein Vertreter der Familie Imhoff vergeblich versucht. Eine Ausnahme stellt Abensberg dar. Der Rat der Stadt berichtet von einem insgesamt guten Gewerbe, an dessen Spitze die Wollschlager stünden. Sie verkauften ihrer Produkte an Handelsleute in München, Augsburg und Regensburg.

Für unsere Fragestellung ist wichtig, den Grundtenor der hier zusammengefaßten Stellungnahmen herauszuarbeiten. Die Berichte zum Landhandwerk, Fürkauf wie auch zur Nebenerwerbslandwirtschaft der Bürger belegen einen erheblichen Funktionsverlust der Städte des Rentamts München bereits vor dem Dreißigjährigen Krieg. Diese Veränderungen, die auch als ein Zentralitätsverlust zu verstehen sind, wurden begleitet von einem gewerblichen Niedergang, über dessen Intensität wir bisher jedoch nur vage Vorstellungen haben. Ein Ausweg aus dieser Lage war für die Städte kaum in Sicht, da sich keine „Ersatzindustrien“ anboten. Vielmehr verstärkten Ausbildungsmängel und Technologiedefizite die Konkurrenzschwäche des bayerischen städtischen Handwerks selbst im eigenen Land. Angesichts dieses Szenarios steht es außer Frage, daß sich bereits vor dem Dreißigjährigen Krieg ein signifikanter gewerblicher Niedergang in den Städten vollzog.

Nach dem Krieg ordnete Kurfürst Ferdinand Maria im Vorfeld des Landtags von 1669 eine Visitation der Städte und Märkte durch die Rentmeister an, die u. a. dazu gedacht war, festzustellen, „wie das Landt vnd sonderbar die bei Stött vnd Märckhten abkhomen Gewerb in bässers aufnehmen gebracht (und) alle schödliche vnd verderbliche misbrauch ins khünfftig verhiettet (werden können). Anders als 1602 wurde diese Umfrage im ganzen Kurfürstentum durchgeführt³³.

Um Wiederholungen zu vermeiden, wollen wir an dieser Stelle nur fragen, was sich gegenüber 1602 geändert hat. Auf den ersten Blick fallen bei der Lektüre der Berichte die Kriegsfolgeschäden auf. Brand, Plünderung, Kontributionen, Mord sind natürlich auch 20 Jahre nach dem großen Krieg nicht vergessen. Selbst vom Feind nicht direkt berührte Städte östlich des Inns wie der Markt Trostberg hatten Quartier- und Steuerlasten weit über ihre Leistungsfähigkeit ertragen

³² Ein Bericht aus dem Jahr 1626 beschreibt, daß sich die Geschlachtgewander erboten hätten, ihre Tücher wie die Meißner zu färben. Bei einer Probe hätte sich jedoch gezeigt, daß sie nur schwarz und rot färben konnten. Daraus wären jedoch nur „Ladenhüetter“ geworden, weil sie auch in der Qualität nicht vergleichbar gewesen seien: StadtA München Märkte 512.

³³ BayHStA GR Fasz. 266 Nr. 31.

müssen. Auf die Bevölkerungsverluste wurde bereits eingegangen³⁴. In seinen – wohl aus den hier zitierten Einzelberichten zusammengefaßten – Gravamina auf dem Landtag von 1669 erklärt der Stand der Städte auch die daraus erwachsenen ökonomischen Folgen³⁵: So seien „alle vorneme Commercienvd Handlungen“ verschwunden, niemand hätte genug Vermögen, um einen Verlag zu organisieren, und die Bürgerschaften seien durch Steuer- und andere Kriegsbürden gänzlich um ihr Kapital gekommen. So stehen folgerichtig bei den Klagen der Städte die in ihren Augen überhöhten Steuerlasten im Vordergrund. Die Berechtigung wird darin deutlich, daß noch im selben Jahr das Steuersimplum für sämtliche Städte um ein Drittel reduziert wurde³⁶.

Angesichts der gewaltigen Ausmaße der Menschenverluste und Zerstörungen des Dreißigjährigen Krieges ist es jedoch überraschend, daß diese Kriegsfolgen fast hinter den bereits in der Umfrage von 1602 dargelegten Klagepunkten zurückstehen. Landfremde Händler, attraktive Importwaren, Brauereien auf dem Land, Rückgang der Tuch- und Leinwandherstellung, indirekte Steuern und der Fürkauf nehmen einen breiten Raum ein. Gegenüber der Vorkriegszeit scheinen sich diese strukturellen Veränderungen erheblich beschleunigt zu haben. Die in Bayern wie auch in den angrenzenden schwäbischen Reichsstädten im 16. Jahrhundert herausragende Textilindustrie – das einst einzige wirklich wichtige Exportgewerbe des Herzogtums – kann sich durch die veränderten Konsumgewohnheiten und das Entstehen neuer Produktionszentren – u. a. in Tirol – nicht mehr erholen. Natürlich waren diese Veränderungen durch den Krieg beschleunigt worden. So heißt es in Landsberg, daß von den ehemals 180 Weberwerkstätten, in denen wöchentlich 1.000 Stück Barchent gewebt worden seien, jetzt gerade noch 31 existierten. Als Ursachen werden neben Kriegsruin Absatzmangel für Barchent und der Export von Rohstoffen bezeichnet. Hinzu kommt, daß u. a. das städtische Lodenmacherhandwerk Konkurrenz auf dem Land bekam. So beklagt der Wasserburger Magistrat sich über Bauern, die nicht nur für ihre Hausnotdurft sondern auch für den Verkauf Loden produzierten. Die Folge ist auch in Braunau, daß sich von früher 100 Tuchmachern und Leinwebern nur noch 50 ernähren konnten.

Wie in der Textilbranche scheint sich nach dem Krieg der Konkurrenzdruck auf das städtische Gewerbe ganz allgemein vergrößert zu haben. Stichworte müssen an dieser Stelle genügen: Rückgang bzw. Verfall von Jahr- und Wochenmärkten³⁷, Landhandwerk in allen wichtigen Sparten, durchreisende Händler auf dem Land, die meist pauschalisierend als „Welsche“ bezeichnet werden, und der Landesherr selbst, der mit seinem Weißbiermonopol über sogenannte Weißbierschenken die Einkommen der Brauer beeinträchtigte. In Ried soll die Zahl dieser Weißbierzäpfler von 2 auf 14 zugenommen haben. Deutlich wird auch der erhebliche Wandel durch den Übergang vom Wein zum Bier als „Volksgetränk“. Die Schärdinger Weinwirte reduzierten sich von einstmals 36 auf jetzt 4, die zusammen nicht mehr ausschenken wie früher ein einziger. Ebenso reduzierten sich in Landsberg die Gastgeben von 30 auf 5, über die berichtet wird, daß sie sich „nit hinbringen khönd“.

³⁴ Vgl. Kap. IV. passim.

³⁵ Krenner, 1669, 90 f.; vgl. den gesamten Abschnitt vollständig zitiert S. 1.

³⁶ Vgl. S. 16.

³⁷ Vgl. Kap. VII.2.

Grundsätzlich fällt auf, daß sich nur solche Städte scheinbar einigermaßen behaupten konnten, die an einer irgendwie bevorrechteten Durchgangsstraße lagen. So gehörte 1669 die Stadt Pfaffenhofen wegen ihrer stark frequentierten Landstraße, die München mit den Reichsstädten im Norden verband, zu den wenigen wirklich positiv beurteilten Städten. Beinahe ein Gegenbeispiel ist Schongau: Bereits in der Umfrage von 1602 wird der schlechte Zustand des Gewerbes der Stadt u. a. wegen des Handwerks und der Märkte auf dem Land und in den Hofmarken betont. Fast alles Gewerbe hänge von der ordentlichen Warenniederlage Augsburger Kaufleute für die Güter ab, die nach Italien exportiert würden. Durch den Krieg hatten sich nun die Warenströme verändert. Die für das Gastgewerbe wichtigen „Zehrungen“ nähmen ab. Hinzu kam die Zunahme von Brauereien in dem naheliegenden schwäbischen Gebiet, wo kein Aufschlag erhoben würde. Auf diese Weise kehre in Schongau – so der Rentmeister – kaum mehr jemand ein, es sei denn, die Nacht überrasche ihn.

Zwanzig Jahre nach dem Ende des Dreißigjährigen Kriegs waren die Probleme der Städte und Märkte in zweifacher Weise drückend. Zum einen konnten die unmittelbaren Kriegsfolgen kaum so schnell kompensiert werden. Dazu waren allein schon die Bevölkerungsverluste zu hoch und der Kapitalmangel zu groß. Die strukturellen Veränderungen in den Produktions- und Handelspraktiken, die sich bereits vor dem Krieg eingestellt hatten, bildeten zum anderen einen Hemmschuh für den ökonomischen Aufschwung. Ausländische Konkurrenz, Fürkauf, Landhandwerk etc. hatten sich verstärkt und führten zu weiterem Funktionsverlust der Städte. Eine Regeneration war deshalb allenfalls in sehr langsamen Schritten denkbar.

Für das Ende unseres Untersuchungszeitraums stehen eine Vielzahl von Berichten, Umfragen und Darstellungen zur Verfügung, um den Eindruck der Zeitgenossen von ihren Lebensumständen aus der Sicht der Bürger, wie aus der landesherrlicher Beamter wiederzugeben. Der bereits zitierte Bericht der Oberlandesregierung vom 23. Juni 1780 über den Zustand der bürgerlichen Gewerbschaften³⁸ bringt die verschiedenen und weitgehend einheitlichen Einschätzungen auf den Punkt: 1. Die bayerischen Städte werden von den handwerktreibenden Bürgern immer mehr verlassen, wobei sich viele auf die Hofmarken und das Land zurückziehen, manche auch ins Ausland abwandern. 2. Die in den Städten Verbleibenden wären Handwerker, die aus „gandmässigen, überschuldeten und verdorbenen leuten“ bestünden, oder aber ungelernte Tagelöhner. 3. Im höheren Alter könnten sich diese Stadtbewohner nicht mehr von ihrem Vermögen ernähren, sondern würden dem Almosen verfallen. Dieses niederschmetternde Resümee der täglichen Erfahrungen landesherrlicher Beamter wird schließlich selbst von den Vertretern der Residenzstadt für ihre Bürgerschaft bestätigt³⁹. Sie geben eine umfangreiche Analyse der Ursachen für den Zustand der Stadt:

- Abnehmer für die Produkte der bürgerlichen Handwerker seien allein noch die anderen Bürger und die Staatsbeamten.
- Das Militär biete kaum Absatzmöglichkeiten, da es sich andernorts versorge.
- Der Adel stille seine Bedürfnisse „aus fernen Landen“ oder von seinen Gütern.

³⁸ BayHStA GR Fasz. 836 Nr. 12; vgl. S. 1 f.

³⁹ Schreiben des Magistrats an den Kurfürsten ca. 1788: BayHStA GR Fasz. 836 Nr. 12.

- Letzteres gelte auch für den Klerus, dessen Bedürfnisse zusätzlich durch den Stand eingeschränkt seien.
- Juden handelten in „ungeheurer Zahl“, vertrieben die bürgerlichen Gewerbe und trügen keine bürgerliche „onera“.
- Die Hofschutzverwandten seien sehr zahlreich.
- Es gäbe eine „endlose Menge“ einheimischer wie ausländischer Pfuscher; „jeder Flüchtling und Abentheurer“ lasse sich hier nieder, treibe Handel nach Belieben und zeuge Kinder. Daraus entstehe eine endlose Zahl von Bettlern, die die „arbeitsamen“ Bürger aufzehren.
- Alle umgebenden Ortschaften wie Haidhausen, Au und Falkenau strotzten von neu aufgenommenen Handwerkern und Professionisten, die sich dort nicht ernähren könnten und ihre Fabrikate nach München herein brächten. Obwohl dies verboten worden sei, werde es nicht eingehalten und überwacht.

Abgesehen davon, daß die städtischen Klagen gegen die Juden und die Hofschutzverwandten übertrieben waren⁴⁰, argumentierten Oberlandesregierung wie Magistrat noch auf dem alten Fundament eines Wirtschaftssystems, das auf einer weitgehenden Versorgung des Landes mit Gewerbeprodukten durch ein in den Städten ansässiges zünftisches Bürgertum beruht. Gerade dies stimmte aber schon lange nicht mehr mit der Realität überein. Mit der Distribution der Produktion auf das ganze Land, verbunden mit einem verstärkten Importdruck, mußte sich der Nahrungsspielraum der alten bürgerlichen Schichten schmälern. Da Kompensationen durch modernere Produktionsmethoden sowie neue und auf dem inländischen wie ausländischen Markt konkurrenzfähige Produkte weitgehend ausfielen, blieb als Folge dieser Gesamtkonstellation nur eine Verminderung der handwerklichen Erzeugung in den Städten, die wiederum einen sozialen Abstiegsprozeß durch die Aufnahme größerer Tagewerker-schichten nach sich zog⁴¹.

An dem Verlust der städtischen Zentralitätsfunktion für Gewerbe und Handel hatte sich also seit 1669 kaum etwas geändert, ja vermutlich war dieser Prozeß – u. a. durch das allgemeine Bevölkerungswachstum im 18. Jahrhundert – noch verstärkt worden. Man hat den Eindruck, daß um 1800 ohnehin kaum jemand daran glaubte, das bayerische städtische Gewerbe wieder aufrichten zu können. Die Gewerbe verfielen deshalb darauf, ein anderes altes, wenn auch wenig bewährtes Mittel zu fordern, sich der Konkurrenz zu entledigen – nämlich ein sich immer mehr differenzierendes Schutzzollsystem⁴². Dieses Mittel wurde auch von der Zentralverwaltung gebilligt. Indem sie den schädlichen Geldabfluß stoppen wollte, zielte sie vor allem auf die Verteuerung der ausländischen Waren, die Unterstützung der wenigen inländischen Manufakturen und auf die Sperrung oder zumindest Reduzierung des Rohstoffexports. Verhindert werden konnte der Import hochwertigerer und modischerer Waren dadurch nicht. 1799 urteilt die Generallandesdirektion⁴³, der Passiv-Handel – also der Import –

⁴⁰ Vgl. Kap. III.2.6.4. und V.5.

⁴¹ Verschiedene dieser allgemeinen Aussagen konnten bereits anhand der „Statistischen Aufschlüsse“ Hazzis verifiziert werden. Vgl. auch die folgenden Kapitel.

⁴² Vgl. S. 73 ff.

⁴³ BayHStA GR Fasz. 1642 Nr. 74.

werde in Bayern immer stärker sein als der Aktiv-Handel. Ursache sei der Luxus, durch den mehrere inländische Gewerbe in Verfall geraten seien. Unter Luxusgütern verstand man natürlich vor allem auswärtige Waren, vorrangig Textilien. So seien alle Wolle verarbeitenden Handwerke betroffen, weil sich selbst der Bauernstand der ausländischen, obschon in der „innerlichen“ Qualität schlechten Tücher wegen ihrer Feinheit und Appretur bediene und auch „spersen und seide waaren“ suche.

Die eigentliche Ursache für den Rückstand in der gewerblichen Wirtschaft „seit 150 und mehr Jahren“ gegenüber manchem entfernteren und auch benachbarten Land sah die Oberlandesregierung nicht in dem bisherigen Zollsystem oder andern wirtschaftlichen Ursachen, sondern wohl sehr verkürzt in der „Verschiedenheit der Religionen“, bzw. in den Mißbräuchen, die aus der katholischen entstehe: Viele „feier- oder müsiggang tage, wahlfarten, creuzgänge und andere überflüssige andachten“ schlugen den Gewerbefleis ungemein zurück.

Wie weit das bayerische Handwerk gegenüber dem Ausland am Ende des 18. Jahrhunderts auch in anderen Bereichen zurückgefallen war, zeigt das folgende Beispiel: Auf kurfürstlichen Befehl hin wurden die Münchener Zünfte 1788 befragt, welche Waren zum Wohle des Landes höher, welche niedriger mit Akzise belegt werden sollten⁴⁴. Meist versuchten die verschiedenen Gewerbe natürlich, die ausländische Konkurrenz mit hohen Zöllen abzuschrecken. Viele Handwerke waren jedoch auf den Import verschiedener Produkte angewiesen, die sie zur Weiterverarbeitung brauchten. Hierzu gehörten z. B. die Schwertfeger. Sie führten aus, daß Leonischer Draht weder in Bayern noch in der Pfalz hergestellt würde. Offiziersdegen würden nach der Mode leichter und reiner in Augsburg und Nürnberg gegossen, Stahl- und Eisenarbeiten kämen aus Wien und Frankfurt, bestimmte Griffe aus Nürnberg. Das ausländische Blattgold und Silber sei von besserer Qualität als das hiesige, welches zu viele Zusätze enthalte. Grünes und weißes Pergament wäre zwar in Bayern zu haben, sei aber nicht zu gebrauchen, weil es nicht wie das ausländische geglättet sei. Beinerne Hirschfängergriffe seien im Lande nicht zu haben und müßten aus Nürnberg und dem Bergischen eingeführt werden, und die Klingen kämen aus Solingen. Letztere seien ohnehin mauffrei. Nach Ansicht der Schwertfeger sollten nun auch die anderen genannten Waren vom Zoll befreit werden, dagegen der Import der Schwertfegerfertigprodukte gänzlich verboten werden.

Abschließend soll versucht werden, am Beispiel des Tuchmachergewerbes, für das verschiedene Angaben vorliegen, die Auswirkungen des Konkurrenzdrucks bzw. der veränderten Nachfragegewohnheiten quantitativ nachzuvollziehen. Mit Ausnahme der Manufakturen endete zu Beginn des 17. Jahrhunderts das private Verlagswesen in diesem Bereich fast völlig⁴⁵. Um 1600 sollen im Herzogtum und der Oberpfalz noch zusammen ca. 900 Tuchmachermeister gearbeitet haben, die zahlenmäßig stärksten Zünfte gab es in München, Ingolstadt, Braunau und Erding. In München wirkten um 1618 allein 116 Meister. Ein einziger Webstuhl konnte ca. 30 Personen beschäftigen, hauptsächlich arme Leute mit Nebenarbeiten wie Wollklauben, Zupfen und Spinnen. Um 1691 finden sich in denselben Gebietsgrenzen nur noch 296 Meister. Daneben sanken auch die

⁴⁴ BayHStA GR Fasz. 1642 Nr. 74.

⁴⁵ Vgl. Kap. VI.3.

Betriebsgrößen. In Braunau gab es um 1700 noch 24 Gerechtigkeiten mit 60 Knappen und 200 Spinnerinnen, 1745 nur noch 10 Tuchmacher, fast ausnahmslos ohne Knappen und mit nur noch 51 Spinnerinnen⁴⁶.

2.2. Beispielstädte

Zeitgenössische Urteile stellen nur einen gewissen Ausschnitt aus der historischen, besonders der ökonomischen Wirklichkeit dar. Das „Früher“ und das „Heute“ sind meist kaum in ihrer Relation genau faßbar. Zahlen finden sich selten in berichtenden Quellen, und wenn der Autor von der Vergangenheit spricht – auch in Schreiben der Verwaltung –, so werden selbst in der Frühen Neuzeit meist die Erinnerungen älterer Menschen und nicht quantitativ nutzbares Zahlenmaterial als Autoritäten herangezogen. Die zitierten Berichte für den Landesherrn zeigen zwar Tendenzen an, die jedoch mit genaueren Angaben ergänzt werden sollen. Hierfür müssen wir wieder auf unsere Beispielstädte ausweichen.

Strenger noch als bei den Bevölkerungs- und Herdstättenzahlen muß hier auf die völlige – oder zumindest annähernde – Gleichförmigkeit der Quellen geachtet werden. Da wir bis 1771 hauptsächlich auf Steuerbücher zur Darstellung der Gewerbeentwicklung zurückgreifen müssen, ist die Erhebungsgrundlage mitunter eine andere als bei den Gesamtbeschreibungen von 1771 und später. Um Fehlschlüsse zu vermeiden, muß also die Vergleichbarkeit der Steuerbücher und der Statistiken des ausgehenden 18. Jahrhunderts im Bedarfsfall am Einzelbeispiel geprüft werden⁴⁷. Damit die Veränderungen im Vergleich der verschiedenen Städte deutlich werden, sind die absoluten Stärken sämtlicher Gewerbegruppen auf relative Basiszahlen umgerechnet. Die absoluten Zahlen finden sich, neben der genauen Berufsgruppenzuordnung, im Anhang (Nr. 7–10). Die Gruppenbildung orientierte sich an der Statistik von 1792⁴⁸, wurde jedoch durch die dort nicht weiter differenzierten bzw. nicht angegebenen Handels-, Nahrungsmittel- und Dienstleistungsgewerbe sowie die Tagwerker ergänzt.

2.2.1. München

Die Münchener Steuerbücher bieten durch ihre über das ganze 17. und 18. Jahrhundert hinweg relativ gleichmäßige Führung mit ziemlich vollständigen Berufsangaben (1606 336, 1700 110 und 1792 38 Haushaltsvorstände mit unklarer bzw. ohne Berufsangabe) einen guten Überblick über die Gewerbeentwicklung dieser Zeit⁴⁹. Die Steuerbücher sind für die Entwicklung der Gewerbe des 17. Jahrhunderts bereits von Rost in sehr engen Schnitten (meist 5 Jahres Schnitte) untersucht worden⁵⁰. Seine Ergebnisse werden auch hier Berücksichtigung finden. Ebenso gilt dies für die Arbeit von Roeck über München im Dreißigjährigen Krieg und einige weitere Forschungen, die bereits die

⁴⁶ Alle Angaben nach *Kreuter*, Wollengewerbe, 236, 241, 250, 306 f.; vgl. auch *Zirngibl*, Handel, 421 f., 674–681; *Freyberg*, Pragmatische Geschichte II, 377–383.

⁴⁷ Zur Quelldiskussion vgl. Kap. IV.2.

⁴⁸ BayHStA GR Fasz. 830 und 831 für die Rentämter München und Burghausen.

⁴⁹ Einschränkungen siehe S. 143 ff.

⁵⁰ Rost, München.

Steuerbücher als Grundlage der Gewerbebetrachtung verwendeten⁵¹. Puschner gibt einen Überblick der Münchener Handwerkszahlen bis 1844 hauptsächlich aus dem bereits veröffentlichten Material⁵². Die folgende Übersicht wie auch die entsprechenden der anderen Beispielstädte beinhalten nur Haushalte, denen eine Person vorstand, deren Beruf identifizierbar war. Nicht berücksichtigt sind also alle nicht gewerblichen und nicht dem Dienstleistungsgewerbe zugerechneten Herdstätten. Ebenso unberücksichtigt bleiben die Frauenhaushalte, da über den Untersuchungszeitraum hinweg auch bei berufstätigen Frauen keine Vergleichbarkeit erzielt werden konnte⁵³. Die Einbeziehung der Dachsberg-Statistik hat wesentliche, z. T. unüberwindliche interpretatorische Schwierigkeiten hervorgerufen, so daß für München auf ihre Darstellung verzichtet werden muß. Das Gesamtergebnis wäre auch durch die Einbeziehung der Zahlen von 1781 nicht wesentlich differenziert worden.

Gewerbeentwicklung Münchens 1606–1792 auf der Basis von 1606 (= 100)

(absolute Zahlen siehe Anhang Nr. 7)

Gewerbesparte	1606	1700	1792
Metall	100	59	64
Papier und Farben	100	90	115
Glas und Erde	100	53	55
Holz, Bein und Bau	100	63	121
Leder und Pelz	100	78	86
Textil und Bekleidung	100	44	58
Nahrung	100	87	120
Gesundheit und Chemie	100	94	122
Handel	100	92	167
Dienstleistungen, öffentlich und privat Bediente	100	81	94
Tagwerker	100	72	186
Sonstige Berufe	100	20	51
Gewerbliche Haushalte insgesamt	100	68	101

Anm. 1: Hier nicht berücksichtigt: „Unbekannte“ Gaststeuerzahler, Geistliche, am Hof Tätige, Patrizier und Adel, Frauen und Witwen, Erbgemeinschaften, Doktoren; siehe Anhang Nr. 7.

(Quelle: StadtA München Steuerbücher)

Die bisherige Forschung zur Münchener Handwerksgeschichte hat bereits zweifelsfrei gezeigt, daß der Dreißigjährige Krieg, insbesondere durch seine Pestwellen, einen langen Aufwärtstrend im Gewerbe seit Gründung der Stadt radikal unterbrach⁵⁴. Einzelne Einbrüche vor 1618, insbesondere im Textilbereich, wurden bereits angesprochen⁵⁵. Entsprechende Entwicklungen zwischen 1500 und 1600 konnten für München quantitativ von Rost erfaßt werden⁵⁶. Er

⁵¹ *Fleischmann*, Aspekte; *ders.*, Sozial- und Wohnstruktur; *Lukas-Götz*, Soziale Struktur; *Schlichthörle*, Gewerbebefugnisse I, LXIX–LXXIV.

⁵² *Puschner*, Handwerk, 355–362.

⁵³ Vgl. zu den berufstätigen Frauen S. 144 f.

⁵⁴ *Rost*, München; *Puschner*, Handwerk, 29 f.

⁵⁵ Vgl. S. 249 f.

⁵⁶ *Rost*, München, 56 f.

konstatiert in diesem Zeitraum Rückgänge bei den Fischern, Messerschmieden, Metzgern, Obstlern und Geschlachtgewandern. Was diese rein zahlenmäßigen Ergebnisse jedoch verschleiern bzw. nicht erklären können, ist der Grund des Rückgangs. Handelt es sich tatsächlich in diesen Fällen um eine krisenhafte Entwicklung oder nur um übersetzte Gewerbe, die zu einer „Gesundschumpfung“ verpflichtet wurden?

Für die Zeit nach dem großen Krieg bis zum Ende des 18. Jahrhunderts wird dann ein langsamer Aufwärtstrend konstatiert, wobei jedoch die Gesamtzahlen des Handwerks von vor 1618 nicht mehr erreicht werden⁵⁷. Signifikant ist in der Residenzstadt dabei vor allem die spezifische, ganz unterschiedliche Bevölkerungs- und Gewerbeentwicklung. Nach der Untersuchung der Gesamtbevölkerung Münchens können wir davon ausgehen, daß diese bereits um 1700 wieder auf dem Stand von 1618 war. Um 1800 lag sie dann sogar etwa um ein Drittel höher⁵⁸. Die gewerblichen Haushalte blieben also hinter dieser Entwicklung weit zurück.

Die Untersuchung der drei Münchener Steuerbücher von 1606, 1700 und 1792 belegt unter allen in dieser Quellengattung erfaßten meist bürgerlichen Berufsgruppen zwischen 1606 und 1700 einen Rückgang von 32 % der Haushalte, dann im Laufe des 18. Jahrhunderts ein Anstieg um ca. 50 % (gerechnet von der Basis 1700!), so daß die Gesamtzahl der Haushalte dieser hier untersuchten Gruppen gerade wieder den Vorkriegsstand erreicht hat (1 % über 1606)⁵⁹.

Das entscheidende Ergebnis ist jedoch nicht, daß die gewerblichen Haushalte am Ende des 18. Jahrhunderts wieder ihre Stärke von vor 1618 erreicht haben. Die Veränderungen, die hinter dieser oberflächlichen Betrachtung stehen, deuten ganz andere Strukturentwicklungen an. So verlieren die Berufsgruppen „Metall“ (–36 %), „Glas und Erde“ (–45 %), „Leder und Pelz“ (–14 %) und „Textil und Bekleidung“ (–42 %) erhebliche Anteile gegenüber ihren Vorkriegsstärken. Im Handwerksbereich gewinnen also nur die Gruppen „Papier und Farben“ (+15 %), „Holz, Bein und Bau“ (+21 %) und „Nahrung“ (+20 %). Hierbei spielt allerdings der Papier- und Farbenbereich numerisch kaum eine Rolle. Der Zuwachs der zweiten positiven Gruppe resultiert ausschließlich aus der Baukonjunktur des 18. Jahrhunderts, wovon vermutlich auch ein großer Teil der erheblich anwachsenden Tagelöhnerhaushalte (1606 214, 1700 154, 1792 398) profitierte. Bei den Nahrungsmittelgewerben wird das Wachstum hauptsächlich durch die Bierzäpfler (1606 0, 1700 48, 1792 109) und die Wirte (1606 39, 1700 21, 1792 60) bedingt, wobei erstere meist Hofschutzverwandte darstellen, die das kurfürstlich monopolisierte Weißbier ausschenken. Die Handwerke erreichten also bei weitem trotz erheblichem Bevölkerungswachstums Münchens bis zum Ende des 18. Jahrhunderts nicht mehr die Stärke, die sie vor dem Dreißigjährigen Krieg hatten. Neben dem Bausektor⁶⁰ bilden die Nahrungs-

⁵⁷ Vgl. *Puschner*, Handwerk, 29 f.

⁵⁸ Vgl. hierzu Kap. IV. 3.3.1.

⁵⁹ Kein Widerspruch zu *Puschner*, Handwerk, 29, der das Handwerk speziell ohne Handel und Dienstleistungen untersuchte und zeigt, daß ersteres den Vorkriegsstand bis 1800 nicht mehr erreichte.

⁶⁰ *Puschner*, Handwerk, 40, berücksichtigt bei Zimmerern und Maurern nur die Meisterzahlen, nicht die Gesellen, wodurch die von ihm dargestellte Entwicklungslinie erheblich von unseren Ergebnissen abweicht.

mittelgewerbe eine Ausnahme, die wohl ausschließlich durch die Versorgungsnotwendigkeiten der wachsenden Residenzstadtbevölkerung zu erklären ist.

Der Entwicklung des Handwerks steht die des Handels völlig konträr gegenüber. Sein Anwachsen um 67 % zwischen 1606 und 1792 macht die Bedeutung dieses Zweiges deutlich und muß in engem Kontext mit dem hohen Importaufkommen ausländischer Produkte gesehen werden. Getragen wird dieses positive Ergebnis allerdings ausschließlich von Klein- und Kleinstbetrieben.

Die hier aufgeführten Haushaltszahlenveränderungen, die in den meisten Fällen auch den Betriebszahlen entsprechen, sagen natürlich noch nichts über die Intensität der Unternehmen aus, d. h. über ihre Betriebsgrößen, ihre Umsätze etc. Wenn für diese Fragen auch die Quellenlage sehr schlecht ist, so läßt sich doch mit höchster Wahrscheinlichkeit annehmen, daß sich auch die Beschäftigtenzahl pro Betrieb und die Auftragslage der bürgerlichen Handwerksbetriebe parallel bzw. in Abhängigkeit zur Bevölkerungsentwicklung und zu den Konkurrenzverhältnissen im In- und Ausland (Landhandwerk, Import modischerer Waren, Pfuscher etc.) verändert haben.

2.2.2. Weilheim

Für Weilheim nach 1700 sind keine Steuerlisten mehr erhalten, die über den Beruf der Zensiten Auskunft geben. Die Entwicklung des 18. Jahrhunderts muß deshalb trotz der Vergleichbarkeitsproblematik durch die Gegenüberstellung des Steuerbuchs von 1700 mit der Dachsbergischen Volkszählung von 1771/81 untersucht werden. Darüber hinaus bildet der hohe Prozentsatz von Haushaltsvorständen, deren Beruf nicht genannt wird (1579 93 = 25 %; 1603 98 = 21 %; 1650 62 = 17 %; 1700 73 = 19 %), eine weitere Schwierigkeit der Interpretation. Ähnliche Probleme treten auch in Burghausen und Trostberg auf.

Gewerbeentwicklung Weilheims 1579–1700 auf der Basis von 1603 (= 100)

(absolute Zahlen siehe Anhang Nr. 8)

Gewerbesparte ¹	1579	1603	1650	1700
Metall	75	100	54	67
Papier und Farben	33	100	100	167
Glas und Erde	56	100	69	63
Holz, Bein und Bau	83	100	80	75
Leder und Pelz	84	100	77	94
Textil und Bekleidung	58	100	115	139
Nahrung	74	100	88	87
Gesundheit und Chemie	80	100	60	120
Handel	75	100	200	133
Dienstleistungen, öffentlich und privat Bediente	75	100	100	64
Tagwerker	156	100	122	378
Sonstige Berufe	(200)	100	100	(200)
Unbekannte	95	100	63	74
Gewerbliche Haushalte insgesamt	82	100	83	92

Anm. 1: Hier nicht berücksichtigt: Geistliche, Frauen und Witwen.

(Quellen: StadtA Weilheim Steuerbücher)

Diese Werte können ohne eine Vorüberlegung nicht verglichen werden. Die Zahl der „Unbekannten“, d. h. der Zensiten, deren Namen, nicht aber deren Beruf in den Quellen angegeben ist, ist in Weilheim mit Anteilen von 17–25 % besonders hoch. Wäre dieser Kreis nicht etwas einzuschränken, müßte die Untersuchung der Gewerbeentwicklung für Weilheim als undurchführbar bezeichnet werden. Bei der genaueren Betrachtung der Steuerbücher stellt sich jedoch heraus, daß das Gros der „Unbekannten“ in der Vorstadt (auch Oberstadt genannt) und in St. Hippolyt (heute St. Pölten), also ebenfalls außerhalb der eigentlichen Stadt, lebte (1579 61 von 93 „Unbekannten“, 1603 64 von 98, 1650 47 von 62 und 1700 66 von 73). Viele von ihnen treten in unmittelbarer Nachbarschaft ausschließlich von Tagwerkern, Maurern und Zimmerleuten – also den nach Taglohn beschäftigten unterbürgerlichen Schichten – auf. Die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe läßt sich wohl auch für einige weitere annehmen, deren Steuerleistung dies nahelegt. Es bleibt jedoch ein erklecklicher Rest, über dessen Identität kaum etwas zu sagen ist⁶¹. Die Interpretation der Weilheimer Steuerbücher für die Gewerbeentwicklung kann also nicht den Genauigkeitsgrad für sich beanspruchen, wie die für die Residenzstadt.

Wie in München war die gewerbliche Wirtschaft allgemein noch bis zum Dreißigjährigen Krieg im Wachstum begriffen; der Vergleich der Steuerbücher von 1579 und 1603 zeigt ein Plus von 18 %. Auf den ersten Blick auffällig ist der weit geringere Gewerberückgang in Weilheim gegenüber der Residenzstadt zwischen ca. 1600 und 1700: er beträgt hier nur 8 %. Auch der Dreißigjährige Krieg selbst hat hier – trotz der vielen Pesttoten⁶² – keine so großen Lücken gerissen; die Gewerbe gingen zwischen 1603 und 1650 um 17 % zurück. Von 1700 bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts scheint die Zahl der Haushalte zu stagnieren, die absoluten Zahlen liegen 1700 bei 384, 1781 bei 393. Bevölkerungskatastrophen sind für die Zwischenzeit nicht bekannt (die detaillierten Zahlenergebnisse finden sich im tabellarischen Anhang Nr. 8). Die Stadt hat bis zum Ende des 18. Jahrhunderts den Vorkriegsstand von 1603 bei weitem nicht mehr erreicht.

Bei der Einzelinterpretation der Gewerbesparten scheint sich die Richtigkeit unserer Vorüberlegung bezüglich der Berufszugehörigkeit der „Unbekannten“ zu bestätigen. Die meisten Gewerbe sind trotz der vielen „Unbekannten“ in den erhaltenen Steuerbüchern bis 1700 zahlreicher vertreten als in der vollständigen Statistik der Dachsbergschen Beschreibung von 1771/81. Umgekehrt sind hauptsächlich die Tagwerker, Maurer und Zimmerleute, aber auch die im Handel Beschäftigten 1771/81 signifikant stärker vertreten als 1700. Die hier festgestellten Fakten belegen also eindeutig für das 18. Jahrhundert einen erheblichen Bedeutungsverlust des Handwerks in Weilheim. Die Entwicklung des Bau- bzw. Bauhilfsgewerbes zusammen mit den Tagelöhnern läßt sich dagegen angesichts der vielen „Unbekannten“, die vermutlich zu einem wesentlichen Teil diesen Gruppen angehörten, schwerer einschätzen. Dennoch, selbst wenn wir die gesamten „Unbekannten“ bis 1700 der Gruppe der Tagelöhner allein zurechnen würden – was bestimmt nicht der Realität entspricht – wäre diese Berufsgruppe

⁶¹ Selbst der äußerst zeitaufwendige Vergleich der Namen mit den Matrikeln der beiden Weilheimer Pfarreien würde wohl die Zahl der unbekannten Berufe nur zu einem kleineren Teil verringern. Das Problem der Namensidentitäten und fehlende Berufsbezeichnungen in den Matrikeln etc. seien hier nur als Beispiele genannt.

⁶² Vgl. S. 156f.

bis 1781 erheblich gewachsen. Wie in München läßt sich also auch in Weilheim im 18. Jahrhundert eine merkliche Vermehrung im Baugewerbe und im Handel nachweisen. Anders jedoch als die Residenzstadt verliert das übrige Handwerk in dieser Zeit noch weiter an Bedeutung.

Was läßt sich nun über die Entwicklung bis 1700 im einzelnen sagen? Zahlenmäßig eine weitgehend unbedeutende Rolle spielen die Berufsgruppen „Papier und Farben“ sowie „Gesundheit und Chemie“, die deshalb keine weitere Berücksichtigung finden. Den Münchener Verhältnissen vergleichbar erleben die Sektoren „Metall“, „Glas und Erde“, „Leder und Pelz“ und „Nahrung“ durch den Dreißigjährigen Krieg einen z. T. erheblichen Einbruch, der bis zum Ende des Jahrhunderts nicht ausgeglichen werden konnte. Verblüffend ist der Zuwachs im Textil- und Bekleidungsgewerbe sowie im Handel zwischen 1603 und 1650. Ersteres nimmt sogar noch weiter bis zum Ende des Jahrhunderts zu, um erst im 18. Jahrhundert in eine Rezession zu verfallen. Hier scheint sogar erst vor dem Krieg eine Aufschwungphase eingetreten zu sein, wie die Werte von 1579 zeigen.

2.2.3. Burghausen

In dem Rentamtssitz sind gewerbestatistisch verwertbare Quellen (Servis-Rechnungen) erst seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert erhalten, die letzte stammt von 1755. Die Dachsbergsche Volkszählung muß also auch hier ergänzend herangezogen werden (siehe Anhang Nr. 9).

Gewerbeentwicklung Burghausens 1693–1755 auf der Basis von 1693 (= 100)

(absolute Zahlen siehe Anhang Nr. 9)

Gewerbesparte ¹	1693	1715	1755
Metall	100	77	91
Papier und Farben	100	50	67
Glas und Erde	100	100	50
Holz, Bein und Bau	100	116	80
Leder und Pelz	100	90	70
Textil und Bekleidung	100	100	86
Nahrung	100	104	89
Gesundheit und Chemie	100	50	50
Handel	100	77	85
Dienstleistungen, öffentlich und privat Bediente	100	98	71
Tagwerker	100	136	(9)
Sonstige Berufe	(100	100	50)
Unbekannte	100	100	132
Gewerbliche Haushalte insgesamt	100	97	84

Anm. 1: Hier nicht berücksichtigt: Regimentsangehörige, Ratsbürger ohne Berufsangabe, Adel, Frauen und Witwen, Erbgemeinschaften.

(Quellen: StadtA Burghausen Servis-Rechnungen)

Wie in Weilheim stellt sich vor einer Interpretation des obigen Zahlenmaterials das Problem eines großen Anteils von „Unbekannten“ unter den Haushaltsvorständen (1693 52 von 344, 1715 56 von 360, 1755 69 von 280 – jeweils ohne

Ratsbürger ohne Berufsangabe). Aber auch hier können wir unter diesen „Unbekannten“ eine große Zahl als den Tagwerkern aber vielleicht auch den Maurern und Zimmerleuten zugehörig annehmen. Die größte Zahl der „Unbekannten“ sind nämlich keine Bürger, sondern werden als Inwohner bezeichnet: 1693 30, 1715 29, 1755 53. Darüber hinaus werden aber auch viele der Ratsbürger ohne Berufsbezeichnung angeführt: 1693 11, 1715 15, 1755 15.

Ausnahmslos erlebte Burghausen in den 62 Jahren, die durch die vorhandenen Servisrechnungen zu überblicken sind, in allen Gewerbesparten einen Rückgang, der sich auf insgesamt 16 % beläuft. Neben eventuellen strukturellen Ursachen dürfte dies besonders durch die beiden Erbfolgekriege zu erklären sein, die Burghausen besonders hart trafen⁶³. Der Gewerbestand von 1693 konnte auch bis 1781 meist nicht mehr erreicht werden. Ausnahmen bilden hier nur die Hufschmiede (nicht das gesamte Metallhandwerk) und wiederum die Maurer, Zimmerleute und Tagelöhner. Wie in Weilheim gilt auch in dem Rentamtsitz: selbst wenn 1693–1755 alle „Unbekannten“ Tagwerker wären, wäre ihre Zahl 1781 dennoch erheblich höher. Der annähernde Gleichstand im Nahrungsmittelgewerbe zwischen 1693 und 1781 wird hauptsächlich durch das 1781 erstmalig statistische Auftreten von sechs Fischern bedingt. Nach den gleichen Berechnungskriterien, wie sie für 1693 bis 1755 herangezogen wurden, übertragen auf die Dachsbergsche Volkszählung⁶⁴ wuchs das Gewerbe zwischen 1693 und 1781 um 10 %, zwischen 1755 und 1781 sogar um 26 %. Dieses Wachstum erklärt sich jedoch fast ausschließlich aus der Entwicklung der Tagwerkerhaushalte.

Ein weiteres, die Burghäuser Situation schlaglichtartig beleuchtendes Ergebnis tritt im Vergleich zu Weilheim zutage. Die Landstadt ist in dem Zeitraum, in dem für beide Städte Quellen vorhanden sind, als gewerbereicher einzustufen als der Rentamtsitz. In allen Gewerbesparten liegt letzterer hinter der bevölkerungsmäßig etwas kleineren Landstadt zurück.

2.2.4. *Trostberg*

Im Gegensatz zu den anderen Beispielstädten läßt sich die Gewerbeentwicklung des Marktes Trostberg nicht auf gleichmäßiger Quellenbasis betrachten. Für die Jahre 1595 und 1610 ist auf erhaltene Musterungsregister zurückzugreifen, 1679 wurde eine detaillierte Bevölkerungsbeschreibung in Trostberg durchgeführt und für das ausgehende 18. Jahrhundert erhielt sich ein Steuerbelegungsprotokoll von 1794⁶⁵. Eine genaue Analyse der Bevölkerungsbeschreibung von 1679 sowie der Musterungsverzeichnisse von 1595 und 1610 hat ergeben, daß erstere Quelle grundsätzlich ausführlicher ist als die beiden anderen. Dies gilt insbesondere für die unterbürgerlichen Schichten, die Inwohner⁶⁶. Die Zahl der Haushaltsvorstände ohne angegebene Berufsbezeichnung ist sehr unterschiedlich: 1595 32, 1610 6, 1679 und 1794 keiner.

⁶³ Vgl. S. 166f.

⁶⁴ Nicht als Haushalte innerhalb Gewerbegruppen wurden gezählt und werden auch vermutlich bei Dachsberg nicht in die Gesamtzahl der Haushalte einbezogen: „Liberey-Bediente“ und auswärtige Studenten.

⁶⁵ Zur Quellenbeschreibung vgl. auch S. 168ff.

⁶⁶ Hoffmann, Trostberg, 40.

(absolute Zahlen siehe Anhang Nr. 10)

Gewerbesparte ¹	1595	1610	1679	1794
Metall	125	100	125	115
Papier und Farben	–	–	–	–
Glas und Erde	(200)	100	400	500)
Holz, Bein und Bau	138	100	213	263
Leder und Pelz	139	100	116	100
Textil und Bekleidung	100	100	176	116
Nahrung	90	100	107	75
Gesundheit und Chemie	100	100	133	67
Handel	71	100	100	71
Dienstleistungen, öffentlich und privat Bediente	133	100	367	67
Tagwerker	100	100	283	333
Sonstige Berufe	–	100	–	–
Gewerbliche Haushalte insgesamt	127	100	144	115

Anm. 1: Hier nicht berücksichtigt: Ratsbürger ohne Berufsangabe, Frauen und Witwen.

(Quellen: 1595: StadtA Trostberg Schützensachen; 1610: StAM GL Fasz. 4192 Nr. 88; 1679: StadtA Trostberg XI 1; 1794 StAM GL Fasz. 4182 Nr. 52)

Die Trostberger Interpretation erweist sich gegenüber den anderen Städten wegen der uneinheitlichen Quellensituation als noch problematischer. Die Ergebnisse dürfen deshalb nicht ähnlich „scharf“ formuliert werden. Auch eingedenk der Tatsache, daß die Bevölkerungsbeschreibung von 1679 vielleicht manche Personengruppen einschließt, die die anderen Zählungen nicht erwähnen, deutet sich zunächst für die Zeit von 1679 bis 1794 eine Stagnation, vermutlich sogar ein erheblicher Rückgang in fast allen Berufsgruppen an, mit Ausnahme des bereits aus den anderen Beispielstädten bekannten Falls der Maurer, Zimmerleute und Tagelöhner.

Läßt sich dieses Ergebnis auch in die anderen Entwicklungen einreihen, so ist die Veränderung über den Dreißigjährigen Krieg hinweg ganz außergewöhnlich. Mit Ausnahme des Bereiches „Leder und Pelz“ sind alle Berufsgruppen nach dem Krieg *stärker* vertreten als vor dem Krieg. Bei den *speziellen Gewerben* sieht es im Einzelfall anders aus: Färber, Lederer, Metzger, Schuhmacher, Seiler, Schlosser, Wagner und Weber haben vor dem Krieg – trotz der „Unbekannten“ in den beiden Registern von 1595 und 1610 – mehr Vertreter als 1679, Goldschmiede und Fischer sind nur vor 1618 verzeichnet. Gingen wir von derselben Vollständigkeit der Quellen von 1595 und 1610 aus wie bei der von 1679 dann hätte das gesamte Gewerbe über den Krieg hinweg um 19 bzw. 47 % zugenommen. Die Gesamtentwicklung zwischen 1595 und 1679 läßt sich also nicht mehr eindeutig klären, eine Hypothese sei jedoch gewagt: Die Haushalte der beiden zeitlich fast identischen Quellen von 1679 – also der Bevölkerungszählung – und der uns aus der Bevölkerungsrekonstruktion bereits bekannten Defensionssteueraufstellung von 1682⁶⁷ differieren um 14 %. Angenommen die beiden „Vorkriegsquellen“

⁶⁷ Vgl. S. 170.

hätten gegenüber der tatsächlichen Zahl der Haushalte ein ebensolches „Defizit“, so müßten wir immer noch davon ausgehen, daß die Zahl der Gewerbe über den Krieg hinweg zugenommen hätten. Erklärlich wäre dieses Ergebnis durch folgende Tatsache: Mit Ausnahme der Goldschmiede und Fischer tauchen zahlreiche Gewerbe nach dem Krieg überhaupt das erste Mal auf, nämlich Gürtler, Nadler, Buchbinder, Maler, Brunnengräber, Drechsler, Ringler, Steinbrecher, Nestler, Riemer, Bortenmacher, Strumpfstricker, Walcher, Salpetersieder und Seifensieder. Aufgrund der vielen neuen Berufsarten und ihrer Spezialisiertheit scheint sich hier eine nicht unwesentliche Differenzierung des Gewerbes in dem Markt Trostberg anzudeuten, die gegenüber Städten wie Weilheim oder Burg hausen nicht vergleichbar ist, da diese bereits ein entsprechendes Berufsspektrum besaßen. Zusammen mit der herausragenden Zunahme der Tuchmacher (9 bzw. 7 vor dem Krieg, 24 danach) liegt in dieser Differenzierung wahrscheinlich die Erklärung für die Zunahme der Gewerbe über den Krieg hinweg. In diesem Zusammenhang läßt sich fragen, ob nicht in einer Zeit, in der das Phänomen der „Territorialisierung des Gewerbes“ auf dem flachen Land verstärkt festzustellen war, auch in den kleinen Märkten ein Expansionsschub des Gewerbes einsetzte, der zumindest das Gewerbespektrum erweiterte. Erst das 18. Jahrhundert setzte dieser Entwicklung dann wieder ein Ende.

3. Verlag

Die Ausbildung des Verlagsystems im Spätmittelalter hängt aufs engste mit den verschärften Konkurrenzverhältnissen zusammen, die es dem alten Zunftwesen allein mitunter nicht mehr ermöglichten, den Handwerkern ihre Existenz zu sichern. Die neue Wirtschaftsform wurde aus Süd- und Westeuropa übernommen und erzielte in Deutschland ihre ökonomisch größte Bedeutung im Nürnberger Metallgewerbe und im schwäbischen Tuchgewerbe⁶⁸. Für Bayern fehlt eine spezielle Untersuchung dieses Bereichs noch. Mit Ausnahme derjenigen Verlage, die im Zusammenhang mit den Manufakturgründungen stehen⁶⁹, erscheinen unsere Kenntnisse auf diesem Gebiet mehr auf Zufallsfunden in den Archiven oder auf Nebenentdeckungen bei der Bearbeitung anderer Themen zu beruhen⁷⁰. Andererseits könnte man auch annehmen, daß unsere geringen Kenntnisse geradezu ein Spiegel der weitgehenden Bedeutungslosigkeit des Verlags in Bayern zumindest während des 17. und 18. Jahrhunderts sind. Wäre dies der Fall, so stellte sich weiter die Frage, ob nicht gerade der geringe Umfang an Verlagsunternehmungen in engem Kontext mit den außenwirtschaftlichen Konkurrenzschwierigkeiten des bayerischen Handwerks und seinem weitgehenden Mangel an Exportprodukten steht⁷¹. Versuchen wir also im folgenden auf die beiden Hypothesen näher einzugehen.

⁶⁸ *Sprandel*, Gewerbe, 336 f.; vgl. grundsätzlich *Stromer*, Verlag.

⁶⁹ Vgl. Kap. III.2.6.2.

⁷⁰ Vgl. *Edlin-Thieme*, Handelsstand, 81; *Schremmer*, Wirtschaft Bayerns, 482–501.

⁷¹ Unberücksichtigt bleiben hier Verlage im ländlichen Raum wie die Oberammergauer Bildschnitzer, die Uffinger Schnitzer, die Kröninger Hafner oder genossenschaftliche Zusammenschlüsse wie die Wessobrunner Stukkatoren; vgl. hierzu *Schremmer*, Wirtschaft Bayerns, 494–501.

Als ersten Schritt müssen wir uns einen Überblick über die – soweit bekannten – verlegerischen Aktivitäten in Oberbayern zu verschaffen suchen. Hierzu stehen grundsätzlich zwei Möglichkeiten zur Verfügung: 1. Die Zusammenfassung der bisher aus der Literatur bekannten Fakten und 2. die bereits von Schremmer geäußerte Vermutung, daß sich auf Verlegertätigkeit überall dort schließen lasse, „wo einzelne Handwerksberufe in bestimmten Gegenden auffallend häufig vorkommen“⁷². Die letztere Überlegung erscheint auch deshalb als hilfreich, da bei der geringen Größe der Handwerksbetriebe kaum anzunehmen ist, daß sich die Meister selbst um den Vertrieb ihrer Produkte kümmern konnten, wenn diese nicht nur für den unmittelbaren Nahmarkt bestimmt waren. Ab einer gewissen Konzentration eines Handwerks ist davon jedoch nicht mehr auszugehen.

Stellen wir das vielstrapazierte Textilgewebe vorerst einmal zurück und fragen nach anderen Sparten, in denen sich gewerbliche Konzentrationen in der oberbayerischen Städtelandschaft feststellen lassen. Da erst für das ausgehende 18. Jahrhundert systematische statistische Überblicke existieren, müssen wir also vom Ende des Untersuchungszeitraums ausgehen. Einschlägig sind hierfür die Dachsbergsche Volksbeschreibung⁷³ wie auch die Ermittlung der Gewerbeproduktionswerte von 1792⁷⁴ und die ‚Statistischen Aufschlüsse‘ des Josef von Hazzi. Da ist es dann doch überraschend, daß sich in keiner Stadt bzw. Gruppe von Städten irgend eine stärkere Verbreitung eines Handwerks feststellen läßt, die einen Hinweis auf verlegerische Aktivitäten erlaubt, mit Ausnahme des Uhrmachergewerbes.

1792 wurden in Friedberg 50 Uhrmachermeister gezählt, in Aichach 21 und in Schrobenhausen 10. Die Betriebsgrößen entsprachen dem bayerischen Durchschnitt: In Friedberg kamen auf einen Meister 1,2 Gesellen, Lehrlinge und Nebendarbeiter, in Aichach 1,1 und in Schrobenhausen 0,7. Lediglich für die 24 Aichacher Betriebe sind die – problematischen – Produktivitätswerte überliefert: 492 fl. für im Inland vertriebene Fabrikate, 982 für exportierte, d.h. pro Meister 61,4 fl. (20,5 + 40,9 fl.). Die Ziffern aller 187 Uhrmacher Ober- und Niederbayerns lagen im Durchschnitt bei 176,5 fl.⁷⁵. Damit wäre die ökonomische Bedeutung der um den Lech konzentrierten Vertreter der Branche – sofern die Aichacher Angaben repräsentativ sind – weit unterdurchschnittlich⁷⁶. Beschwerden der Handwerker gegen die schlecht bezahlenden Verleger sind aus den Textilbranchen bekannt⁷⁷. Die Ursache für die geringeren Umsätze dieser Uhrmacher könnte also auch in diesem Zusammenhang zu suchen sein.

Über die Friedberger Uhrmacher sind wir bereits etwas näher informiert. Wenn sich auch die moderne Forschung⁷⁸ immer wieder zumindest am Rande

⁷² Schremmer, *Wirtschaft Bayerns*, 482.

⁷³ BayHStA GR Fasz. 290 Nr. 1 und GR Fasz. 302.

⁷⁴ BayHStA GR Fasz. 830–832.

⁷⁵ Schremmer, *Wirtschaft Bayerns*, 420 f.

⁷⁶ Vgl. zu den Produktivitätswerten allgemein Kap. VIII.4; Hazzi, *Statistische Aufschlüsse* II/1, 303, meint, daß die Aichacher Uhrmacher „schlechter stehen als die Friedberger“; von den Schrobenhauser Uhrmachern weiß er zu berichten (II/1, 385), daß sie „ihre Tage bloß wie Tagelöhner in äußerster Dürftigkeit durchleben“.

⁷⁷ Vgl. Kreuter, *Wollengewerbe*, 270.

⁷⁸ Edlin-Thieme, *Handelsstand*, 82; Schremmer, *Wirtschaft Bayerns*, 493; mehr aus kunsthistorischer Perspektive Rioli-Unger, *Friedberger Uhren aus vier Jahrhunderten*.

mit ihnen befaßt hat, sind die Angaben Hazzis um 1800 für unsere Fragestellung am ergiebigsten⁷⁹. Er berichtet, daß die „Spekulation“ der Augsburger „so vielen Uhrmachern das Dasein verschafte“, die dann auch den Handel übernahmen. Die – Hazzi nennt 60 – Handwerker würden zum Teil ihre Kunst „fabrikmässig“ betreiben, indem sie nur Einzelteile, z. B. Räder, herstellten. Das Gewerbe sei aber seit einer gewissen Zeit im Niedergang, da die Augsburger begonnen hätten, in den schwäbischen Dörfern Uhrmacher in großer Zahl ansässig zu machen. Tatsächlich gaben auch die beiden Augsburger Handelshäuser Krüll und Diez 1805 den Verlag in Friedberg auf, worauf die Friedberger Meister den Landesherrn baten, einen Generalunternehmer zu benennen, der ihre Produktion abnehmen solle. Der Münchener Handelsstand lehnte eine Übernahme ab⁸⁰. Die Friedberger Uhrmacher scheinen jedoch nicht allein auf die Augsburger Kaufleute angewiesen gewesen zu sein, zumindest nicht während ihrer gesamten Blüte. Von dem Uhrmachermeister Philipp Happacher ist aus einem Geschäftsbuch zwischen 1746 und 1770 bekannt, daß er sowohl Uhren und Uhrenteile eigener Herstellung wie auch die von Kollegen bis nach Salzburg, Prag, Wien, Laibach, Schaffhausen, Bern, Würzburg, Frankfurt, Amsterdam, Berlin, Warschau und Danzig verkaufte, wobei sein jährlicher Umsatz die 2.000 Gulden Grenze verschiedentlich überstiegen haben soll⁸¹. Der Friedberger Fall zeigt, daß die verlegerische Initiative ein wesentliches Element der Gewerbeansiedlung und -verbesserung in Bayern hätte bilden können, auch ohne den Rahmen der zünftischen Organisationsstruktur zu verlassen. Symptomatisch für die bayerische Situation ist dabei, daß es Augsburger Handelsleute waren, die diesen Industriezweig hier aufbauten, hauptsächlich wohl, um Standortvorteile wie niedrigere Löhne zu nutzen⁸².

Aus den oberbayerischen Städten ist darüber hinaus kaum ein größeres verlegerisches Unternehmen bekannt, das nicht dem Textilbereich zuzuordnen ist. Schremmer erwähnt als Beispiel für einen kleinen Produzentenverband in Schongau fünf Rot- und zwei Weißgerber, die Kalbfelle bis aus Schwaben und der Schweiz aufkauften, sie färbten und nach Italien verkauften⁸³. Eine sogar noch höhere Zahl von entsprechenden Gerbern läßt sich auch in Weilheim feststellen (vgl. Anhang Nr. 8), wobei besonders die Rotgerber in ihrer Steuerkraft innerhalb der Stadt überdurchschnittlich abschnitten⁸⁴. Von einem wie immer gearteten Zusammenschluß zwischen Produzenten und Kaufleuten, bzw. selbst als Kaufleuten auftretenden Handwerkern, ist hier bisher ebensowenig etwas bekannt wie z. B. in Wemding, das 1792 immerhin 27 Schuhmacher aufzuweisen hatte⁸⁵. Hazzi schätzt dagegen das Wemdinger Handwerk nur sehr gering ein und meint, die Bürger „beschränken sich ... nur bloß auf eignen Verbrauch“⁸⁶.

und *dies. u. a.*, Friedberger Uhren. Friedberg 1993. In diesen Publikationen finden sich auch Hinweise zu älterer Literatur.

⁷⁹ Hazzi, Statistische Aufschlüsse II/1, 271 f.

⁸⁰ Riolini-Unger u. a., Friedberger Uhren. Friedberg 1993, 22; Edlin-Thieme, Handelsstand, 82.

⁸¹ Riolini-Unger u. a., Friedberger Uhren. Friedberg 1993, 21 f.

⁸² Vgl. *Ebd.*, Friedberger Uhren. Friedberg 1993, 13.

⁸³ Schremmer, Wirtschaft Bayerns, 499.

⁸⁴ Vgl. S. 351.

⁸⁵ BayHStA GR Fasz. 830, 831.

⁸⁶ Hazzi, Statistische Aufschlüsse II/1, 411.

Der Schongauer Beleg für einen kleineren Produzentenverband bzw. Verlag läßt vermuten, daß – vielleicht nur für eine kurze Zeit – ähnliche Beispiele auch in anderen Städten entstanden sind.

Entscheidendes Feld verlegerischer Aktivität in Bayern war das Textilgewerbe. Soweit diese im Rahmen des Manufakturwesens lagen, wurde bereits auf sie eingegangen⁸⁷. Hier lag die Initiative jedoch seit dem 17. Jahrhundert meist beim Landesherrn. Auslöser der Gründung war der Niedergang dieser Gewerbe, den man versuchte, so weit wie möglich aufzuhalten. Im 16. Jahrhundert scheinen noch verschiedene Kaufleute in diesem Bereich verlegerisch tätig gewesen zu sein, die nach Berichten aus der Zeit um 1600 jeweils 25–30 Meister versorgt hätten⁸⁸.

Maximilian I. initiierte 1612 deshalb auch außerhalb des Manufakturbereichs einen städtischen Tuchverlag in München, der Vorbildfunktion für andere Städte haben sollte. Von 1613 bis 1617 wurden jährlich zwischen ca. 1.500 (1614) und 750 (1617) Tuche angekauft. Die Tuche setzte man meist im Inland ab, vorzugsweise in die anderen Städte des Rentamtes München. Bereits 1617 mußte der wohlgemeinte Versuch trotz hoher Kredite wieder aufgegeben werden. Der feineren Importstoffe sollen die Münchener Tuche weitgehend verdrängt haben. Die von Friedrich Steck abgedruckten Bilanzen des Stadtkammertuchhandels zeigen auch einen stetigen Ausgabenüberschuß und ein Anwachsen der Außenstände⁸⁹. Mit anderen Worten bedeutet dies, daß der Verlag von Anfang an defizitär wirtschaftete und die Stadtkammer sich wohl dieses Zuschußetatpostens entledigen mußte. In dieser Zeit soll sich auch ein ehemaliger Geschlachtgewander, Matthias Pircher, mit dem Verlag armer Meister beschäftigt haben⁹⁰.

1626 sahen die Münchener Tuchmacher, -scherer und -händler als Ursache für den Niedergang ihrer Gewerbe u. a. das bessere Vertriebssystem für die fremden Tuche. So würden diese von Nürnberger und anderen Kaufleuten ins Land gebracht und dann den Landkrämern und Handelsleuten ein halbes Jahr auf Kommission überlassen. Dagegen könnten die bayerischen Fabrikanten ihre Ware nur gegen Barzahlung – z. T. sogar mit Verlust – abgeben. Auch hätten die Geschlachtgewander nicht das Kapital, ihre Wolle selbst in Böhmen und anderen Orten anzukaufen, sondern wären auf Wollhändler angewiesen. Diese sortierten die bessere Wolle aus und verkauften sie in die Niederlande bzw. nach Italien⁹¹. Das Fehlen von Kaufleuten in Bayern, die sich gezielt mit dem Ankauf von Rohstoffen beschäftigten, wie auch durch Kreditierungen gegenüber den Abnehmern der Fertigprodukte die heimische „Industrie“ verbesserten, hatte damit auch zur Folge, daß der Qualitätsrückstand immer größer wurde.

Ausländischen Verlegern war so auch die Gelegenheit gegeben, die begehrten und wohl häufig auch mangelnden Spinner abzuwerben. 1607 soll es in den Dörfern um München ca. 3.000 von ihnen gegeben haben, wobei sie durch ihre Tätig-

⁸⁷ Vgl. Kap. III.2.6.2.

⁸⁸ Kreuter, Wollengewerbe, 270.

⁸⁹ Steck, Loden- und Tuchmachergewerbe, 44–52. Der ausgewiesene Gewinn bei Steck beruht nur auf der Tatsache, daß weder die unverkauften Restposten wie auch die Außenstände berücksichtigt wurden, was aber in seinem Text nicht genügend deutlich wird.

⁹⁰ Steck, Loden- und Tuchmachergewerbe, 51 f.

⁹¹ Zirngibl, Handel, 674 f.

keit kaum den Hauszins haben verdienen können⁹². Ein Fall aus Ingolstadt zu Anfang des 17. Jahrhunderts kann wohl als paradigmatisch angesehen werden⁹³. Ein Dr. Wolferslinger hatte auf einem Gut außerhalb der Stadt ein Zeugmacher-gewerbe mit etlichen Meistern und Gesellen eingerichtet. Er soll damit den Armen durch Spinnen Arbeit gegeben haben. Die angegebenen 300 Spinner, die für ihn tätig gewesen seien, sind insofern glaubhaft, da man davon ausgehen kann, daß allein ein einziger Webstuhl ca. 30 Personen beschäftigte⁹⁴. Der Nachfolger Wolferslingers, Georg Bosler, organisierte die Spinner nun für die ausländischen, „ketzerischen“ Handelsleute. Damit sei der ganze Verlag außer Landes gegangen. Das betroffene Handwerk wäre dadurch gänzlich blockiert worden und die Handwerker in die angrenzenden schwäbischen Gebiete abgewandert.

Die Loder, deren Produktionszentren in München und Erding lagen, konnten dagegen noch in den Dreißigjährigen Krieg hinein ihren Export, besonders nach Bozen, aufrechterhalten. 1623 waren es 9.000 Stück, die Münchener und Augsburger Handelsleute in der Tiroler Handelsstadt vertrieben. Bis 1626 sank dieser Absatz jedoch auf 2.500 Stück ab. Ursache hierfür war der Rückzug der Kaufleute aus diesem Geschäft, nachdem die Loder versucht hatten, den Handel in die eigene Hand zu nehmen, wie auch die Kipper- und Wipper Inflation. Der Krieg tat dann ein übriges. Nach 1648 kommt es immer wieder zu Klagen der Wollhandwerker, die sich über den Mangel an Verlagen beschwerten, da ihnen selbst das Kapital zum Aufkauf von Rohstoffen auf Vorrat bei günstigen Preisen fehlte und damit ja auch ihre Konkurrenzfähigkeit litt⁹⁵. Für die Münchener Loderer soll es wie für die Tuchmacher dieser Stadt nach dem Krieg keine Verleger mehr gegeben haben, während die Erdinger Loderer noch das ganze 18. Jahrhundert verlegt wurden⁹⁶. Ob eine solche Aussage in dieser Ausschließlichkeit aufrechtzuerhalten ist, kann zwar bezweifelt werden, grundsätzlich belegt jedoch schon die geringe Zahl der Münchener Loderer nach 1648 (vgl. Anhang Nr. 7) ihre weitgehende zahlenmäßige Bedeutungslosigkeit gegenüber ihren Erdinger Kollegen, die um 1750 noch in 77 Werkstätten produzierten. Der Verlag scheint hier jedoch zumindest teilweise über die Zunft abgewickelt worden zu sein. 1726 hatte der Münchener Handelsmann Joseph Nocker nämlich versucht, mit einem Abnahmevertrag die gesamte Produktion anscheinend nur eines Teils des Gewerbes in die Hand zu bekommen. Es beschwerten sich nun die benachteiligten Meister und Nocker mußte den Vertrag an die Zunft abtreten⁹⁷. Um 1750 nahmen die beiden Münchener Kaufleute Höger und Schwayger jedoch fast die ganze Produktion aus dieser Stadt von 2.000–3.000 Stück ab⁹⁸. In anderen Städten sind Versuche, das Lodengewerbe zu verlegen, schon früher gescheitert. Ein Mitglied der Familie Imhof hat in Rain vor 1600 bereits den Verlag dieses Handwerks zusammen mit dem der Geschlachtgewander wieder aufgegeben⁹⁹.

Zumindest in der Gegend um Braunau spielte der Textilveriag im 18. Jahrhun-

⁹² BayHStA GR Fasz. 273 Nr. 4.

⁹³ BayHStA GR Fasz. 273 Nr. 4.

⁹⁴ Kreuter, Wollengewerbe, 241, 250.

⁹⁵ Steck, Loden- und Tuchmachergewerbe, 55; Kreuter, Wollengewerbe, 245, 269f.

⁹⁶ Kreuter, Loden- und Tuchmachergewerbe, 270.

⁹⁷ Vgl. Edlin-Thieme, Handelsstand, 81.

⁹⁸ Kreuter, Wollengewerbe, 307.

⁹⁹ BayHStA GR Fasz. 273 Nr. 4.

dert eine Rolle. Der Händler und Verleger Clement Heiß aus dieser Stadt des Innviertels belieferte seit 1718 die kurfürstliche Armee mit Monturen¹⁰⁰. In Mattighofen wissen wir von einer Leinwandmanufaktur in den 1760er Jahren, bei der es sich ebenfalls um ein dezentrales Verlagsunternehmen handelte¹⁰¹.

Wenn dieser Überblick über das Verlagswesen in den oberbayerischen Städten und Märkten keinesfalls den Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, ist es doch möglich, einige Ergebnisse und Thesen zu formulieren:

1. Das Verlagswesen außerhalb der Manufakturorganisation spielte nur im Textilgewerbe eine gewisse, bisher nicht bezifferbare gesamtwirtschaftliche Rolle. Der Niedergang dieser Branche wurde vermutlich dadurch in manchen Bereichen und Gebieten verzögert, aufgehalten werden konnte er nicht. Hierfür war nicht nur die mangelnde Kapitalbasis der Handwerker bei der Rohstoffbeschaffung verantwortlich, sondern auch die fehlenden innovativen Anregungen, die den technologischen Rückstand gegenüber dem Ausland hätten aufheben können. Die handwerklichen Kleinbetriebe waren dazu nicht in der Lage.
2. Die fehlende verlegerische Initiative durch Handelsleute oder auch Handwerker selbst ließ weitgehend die Möglichkeiten der Ansiedlung von neuen Gewerbezentren verstreichen, die dem singulären Friedberger Fall der Uhrenmacher vergleichbar gewesen wären.
3. Die Zunftverfassung stand der Einrichtung von Verlagen im Prinzip nicht entgegen. Die Friedberger Meister waren alle zünftisch organisiert und unterlagen denselben Restriktionen wie ihre nicht verlegten Kollegen¹⁰². Was die Zünfte jedoch nicht akzeptieren konnten, waren Benachteiligungen einzelner Meister, wie im Fall der Erdinger Loderer deutlich wurde.
4. Ausländische – bekannt sind meist schwäbische – Unternehmer hatten gegenüber den bayerischen Handelsleuten einen wesentlichen Anteil an den ohnehin wenigen verlegerischen Unternehmungen inne. Die Erklärung könnte in einer oder der Kombination der folgenden drei Möglichkeiten liegen: a) Die altbayerischen Handelsleute hatten gegenüber den schwäbischen Konkurrenten weniger unternehmerische Initiative. b) Erstere waren bereits vor dem Dreißigjährigen Krieg aufgrund Kapitalmangels konkurrenzunfähig. c) Sie waren ihren Kollegen in den Handelsmetropolen hinsichtlich der Geschäftsverbindungen wie der Fernstraßenanbindung unterlegen.

4. Ackerbürger, Nebenerwerbslandwirtschaft und Viehhaltung

Veit Ludwig v. Seckendorff meinte in seinem „Teutschen Fürsten-Staat“ von 1656 noch unter dem Eindruck der Kriegsfolgen: „Wo die Bürger und Handwerker in den Städten sich mit Ackerwerk und Viehzucht nähren, geschieht es darum, daß sie auf das bloße Handwerk sich nicht erhalten können ... Ein fleißiger Handwerksmann oder Krämer in der Stadt wird sich mit keinem Ackerbau beladen, sondern diese Vermengung und Verkehrung entsteht

¹⁰⁰ *Slawinger*, Manufaktur, 95.

¹⁰¹ *Ebd.*, 142.

¹⁰² *Riolini-Unger u. a.*, Friedberger Uhren. Friedberg 1993, 17–25.

aus dem Ungeschick des Regiments“¹⁰³. Nach Einschätzung des Hof- und Justizienrats des Herzogs von Sachsen-Gotha war die Nebenerwerbslandwirtschaft bei städtischen Handwerkern also sowohl eine Krisenerscheinung als auch ein Zeichen für eine wirtschaftspolitische Fehlplanung. Betrachten wir jedoch die bayerische Wirklichkeit des gesamten 17. und 18. Jahrhunderts, so erweist sich zumindest für einen Teil des Bürgertums landwirtschaftliche Tätigkeit als unverzichtbar zur Sicherung der Lebenshaltung. Der Grad der Notwendigkeit eines solchen Ergänzungseinkommens war von Stadt zu Stadt, von Gewerbe zu Gewerbe und auch im Laufe der Zeit unterschiedlich, vielfach blieb der eigentlich als Nebentätigkeit verstandene Ackerbau selbst bei Handwerkern sogar die einzige Möglichkeit, die Familie zu ernähren.

Aus der Gewerbebefragung Herzog Maximilians I. von 1602¹⁰⁴ wissen wir, daß die landwirtschaftliche Betätigung durch städtische Handwerker nicht nur eine Kriegsfolge und auch nicht auf kleine, dorfähnliche Märkte beschränkt war. Als einen wesentlichen, wenn nicht sogar entscheidenden Einkommensbestandteil ihrer Wirtschaft bzw. ihrer Bürger nennen diese Beschäftigung Städte und Märkte wie Friedberg, Wemding, Abensberg, Neustadt, Dachau, Kösching, Aibling, Rain, Hohenwart und Traunstein. So heißt es in Aibling, daß die Gewerbe nur mehr „ganz gering und schlecht“ wären und sich die Bürger allein vom Feldbau „ernören vnd hinbringen“ würden. Der Magistrat von Wemding sieht diese Einkommensbasis sogar als Normalität an, wenn er berichtet, die Stadt hätte sich jederzeit in beständigem Frieden, ruhigem Wesen und bürgerlicher Nahrung befunden, besonders durch den Feldbau und die Viehzucht. Die Wemdinger Bürgerschaft hatte nach eigenen Angaben eine nicht unerhebliche Einnahmequelle durch Einstellung, Fütterung und Unterhalt ausländischen, insbesondere ungarischen Viehs. Für die meisten Städte waren Ackerbau und Viehzucht jedoch ein Indikator des wirtschaftlichen Niedergangs und der Armut ihrer Bevölkerung.

Dies wird zweihundert Jahre später durch Josef von Hazzi und Adrian von Riedl nicht anders gewertet¹⁰⁵. Beide Autoren bemerken bei einer Vielzahl von Städten, daß der Feldbau und die Viehzucht wesentliche bzw. Haupteinnahmequelle der Bürger sei. Daß letzteres auch für eine Hauptstadt wie Ingolstadt mit zu dieser Zeit mehr als 4.000 Einwohnern zutraf, ist dann allerdings doch überraschend.

Genauere Vorstellungen über den Anteil der Nebenerwerbslandwirtschaft an den Gesamteinkommen in den oberbayerischen Städten und Märkten während unseres Untersuchungszeitraums geben solche Aussagen natürlich nicht. Am Beispiel Weilheims soll hier zumindest der Versuch unternommen werden, quantitativ faßbare Vorstellungen der Bedeutung dieses Erwerbszweiges für die Bürger zur erlangen. Wir benutzen hierzu ein Grundbuch aus dem Jahre 1640¹⁰⁶ und den Kataster von 1813¹⁰⁷. Aus ihnen ist die landwirtschaftliche Nutzfläche für beide Schnittjahre abzulesen.

Das Grundbuch aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts zählt 256 Immobilienbesitzungen von Bürgern der Stadt (davon sind mindestens sechs Personen

¹⁰³ Zitiert nach *Hubatsch*, Ziele, 38.

¹⁰⁴ BayHStA GR Fasz. 273 Nr. 4.

¹⁰⁵ *Hazzi*, Statistische Aufschlüsse, passim; *Adrian von Riedl*, Reise Atlas, passim.

¹⁰⁶ StadtA Weilheim Grundbuch 1640 Bd. 1 und 2; zu dieser Quelle vgl. genauer S. 195 Anm. 179.

¹⁰⁷ StAM Kataster Nr. 25026–25027.

doppelt genannt), der Kataster von 1815 insgesamt 408 personale Immobilieneigentümer (ohne Kirchen, Stiftungen, Stadtkammer und andere Institutionen). Der landwirtschaftlich nutzbare Besitz der hier erfaßten Bürger setzt sich wie folgt zusammen:

Anteil der städtischen Bewohner mit landwirtschaftlich nutzbarem Besitz an der Gesamtzahl der Immobilieneigentümer Weilheims

	Änger	Wiesen	Äcker	Wald	Gärten	Stadel	Ställe
Absolute Zahl der Eigentümer							
1640	90	53	75	?	173	147	29
1818	?	297	121	333	46	?	?
Anteil an der Gesamtzahl der Immobilieneigentümer in %							
1640	35,2	20,7	29,3	?	67,6	57,4	11,5
1818	?	72,8	29,7	81,6	11,3	?	?

Landwirtschaftlich nutzbare Fläche Weilheimer Bürger 1640

Besitzart	Gesamtfläche in Tagwerk (Äcker in Juchart ¹)	Zahl der Eigentümer	Durchschnittliche Fläche in Tagwerk (Äcker in Juchart)
Änger	190,83	90	2,1
Wiesen	270,25	53	5,1
Äcker	364,00	75	4,9

Anm. 1: Juchart und Tagwerk sind um 1640 gleichzusetzen, wobei über die Größe des Tagwerks für diese Zeit noch Unsicherheiten bestehen; Beck (Naturale Ökonomie, 39 Anm. 29, 187 Anm. 193; Unterfinning, 577) und Schlögl (Bauern, Krieg und Staat, 44 Anm. 85) gehen von ca. 0,6 ha aus.

Land- und forstwirtschaftlich nutzbare Fläche Weilheimer Bürger 1815

Besitzart	Gesamtfläche in Tagwerk ¹	Zahl der Eigentümer ²	Durchschnittliche Fläche in Tagwerk
Gärten	13,26	46	0,28
Wiesen	3848,87	297	12,95
Äcker	1508,83	121	12,46
Wald	3669,82	333	11,02

Anm. 1: Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde das Tagwerk mit etwa 0,34 ha festgesetzt, das alte Juchart (= Tagwerk) entsprach damit 1 1/2 neuen Juchart (= Tagwerk) (Beck, Unterfinning, 577; Hanke, Sozialstruktur 235 Anm. 28). Anm. 2: Nur natürliche Personen, nicht juristische Personen wie Stiftungen, Kirchen etc.

Für beide Schnittjahre zeigt sich, daß besonders die reichen Gewerbe wie Brauer, Metzger, Bäcker oder Müller erheblichen Grundbesitz ihr Eigen nennen, von denen auch eine gewisse Nebenerwerbslandwirtschaft bzw. Viehhaltung erwartet wird. Überraschender ist jedoch der ebenfalls hohe Anteil der Rot-

gerber, Händler und anderer nicht zu den Nahrungsmittelgewerben zu rechnenden Handwerke. Es läßt sich eine Relation feststellen zwischen der Position in der Steuerhierarchie und dem Umfang des Grundbesitzes. Ärmere Schichten wie Zimmerleute, Tagwerker etc. mußten sich dagegen mit wenigen Tagwerk Wiesen oder Wald zufrieden geben, wobei allerdings auch hier Ausnahmen die Regel bestätigen. Reichere Stadtbewohner nahmen demnach auch in größerem Umfang als ärmere Schichten die Möglichkeit wahr, ihre Einkommen durch agrarische Erzeugnisse zu ergänzen bzw. zu entlasten. Ob sie tatsächlich für einen Markt oder lediglich für den Eigenverbrauch wirtschafteten, bleibt unbekannt.

Die hier gegenübergestellten Quellen erweisen sich jedoch nicht gänzlich gleichförmig in ihrem Berichtsumfang und bedürfen deshalb einer kritischen Vorbemerkung, bevor das obige Zahlenmaterial tatsächlich interpretierbar ist. Bereits die erhebliche Differenz der Immobilienbesitzerzahlen (1640 256 gegenüber 1818 408), die hier verzeichnet sind, macht deutlich, daß die Quelle der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts keineswegs alle Haushalte und Einzelpersonen aufführt, wie dies 1818 der Fall ist. Dies ergibt sich aus dem Vergleich mit den Ergebnissen aus der Untersuchung der Entwicklung der Haushalts- und der Bevölkerungszahlen¹⁰⁸. 1640 fehlen besonders diejenigen Personen, die nur einen Anteil an einem Haus hatten wie auch solche, die überhaupt keinen Hausbesitz, sondern nur etwa einen kleinen Waldanteil ihr Eigen nannten. Die weit höhere Zahl der Gärten um 1640 resultiert wohl auch hauptsächlich aus dem unterschiedlichen Erfassungsmodus der beiden Quellen. 1818 werden nämlich Gärten vielfach zusammen mit den – hier nicht wiedergegebenen – Wohn- und Nebengebäudeflächen angegeben und sind von diesen nicht unterschieden. Somit handelt es sich also bei den 1818 angegebenen Gärten vermutlich nur um vom Hausgrundstück externe Flächen. Unter Berücksichtigung dieser Einschränkungen muß ein noch größeres Ansteigen der Bedeutung der Nebenerwerbslandwirtschaft zwischen 1640 und um 1800 angenommen werden als, dies die obigen Zahlen bereits ohnehin indizieren. Bei allen Unsicherheiten des Vergleichs der beiden Quellen können folgende Ergebnisse festgehalten werden:

1. Die absolute Zahl der Einwohner Weilheims, die landwirtschaftlich nutzbare Flächen besaßen, nahm zwischen 1640 und 1818 zu, wie auch ihr relativer Anteil an der Gesamtzahl der Eigentümer von Immobilien, wobei letztere Zunahme noch deutlicher ausfallen würde, wenn die Quelle von 1640 wie die von 1818 alle Haushalte wiedergeben würde, also auch die Besitzer von Häuseranteilen oder gar Mieter.
2. Parallel hierzu vergrößerte sich auch die durchschnittliche landwirtschaftliche Nutzfläche der erfaßten Nebenerwerbslandwirte. Dies gilt auch dann, wenn wir berücksichtigen, daß das Tagwerk (= Juchart) um 1640 etwa 0,6 ha und nach 1800 nur noch 0,34 ha umfaßte¹⁰⁹.
3. Zumindest für Weilheim können wir hieraus schließen, daß die Nebenerwerbslandwirtschaft für die Stadtbewohner eine immer größere ökonomische Bedeutung erlangte, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß um

¹⁰⁸ Vgl. S. 155.

¹⁰⁹ Vgl. die Anmerkungen in den jeweiligen Tabellen auf S. 270.

1800 in erheblichem Umfang öde Gründe in Bayern verteilt bzw. verkauft wurden¹¹⁰, was diese Steigerung ebenfalls begründen mag.

Feldbau betrieben selbst Münchener Bürger in gewissen Ausmaß. In den Kammerrechnungen um 1700 gibt es eine eigene Abteilung „Grund Zins von denen Feldungen hinter der Ring Mauer“. Hierunter heißt es u.a. „Thomas Hefe, Mezger, raicht von ainer Veldung ... 1 f.“¹¹¹. Außerdem besaßen Bürger der Residenzstadt auch außerhalb des Burgfriedens Äcker¹¹². Wir müssen jedoch mit Max Weber davon ausgehen, daß mit der Größe der Stadt die Bedeutung der Nebenerwerbslandwirtschaft umgekehrt proportional verlief¹¹³. Vollerwerbsbauern waren innerhalb der städtischen Burgfrieden selten. In unseren Beispielstädten läßt sich bis auf ein oder zwei Ausnahmen keiner nachweisen¹¹⁴.

Wie in München kauften auch Bürger anderer Städte Bauerngüter oder einzelne, sogenannte walzende Grundstücke außerhalb des Burgfriedens auf. Um diese Besitzungen kam es wiederholt zu Streitigkeiten zwischen den Städten und den Landgerichten, nämlich bei der Frage, wohin hierfür die bürgerlichen Besitzer ihre Steuern zu leisten hatten. Letztlich wurde durch Mandat vom 14. Juni 1785 entschieden, daß die Steuer dorthin zu leisten sei, wo auch die entsprechende Immobilie sich befand, d.h. im landesherrlichen Pfliegergericht oder in einer Hofmark¹¹⁵. Für uns ist hier jedoch weniger der Ausgang des – für die Stadt bzw. Marktkämmerei sicherlich nicht unerheblichen – Streits von Bedeutung, sondern welche Bedeutung dieser agrarisch nutzbare Besitz außerhalb der Stadtgrenzen für die Bürger tatsächlich hatte. Anläßlich des Mandats von 1785 verfaßten die Städte „Anmerkungen“, worin sie auch auf die Entwicklung des städtischen Besitzes auf dem Land eingingen¹¹⁶. So wären diese Güter vor dem Dreißigjährigen Krieg nicht zahlreich gewesen. Erst durch die „wohlfeile“ bei Grundstücken, die durch die Verwüstungen entstanden sei, hätten sich Bürger verstärkt auf dem Land eingekauft. Jetzt, 1785, würden immer mehr bürgerliche Gewerbe auf das Land gezogen, wodurch die Bürger ihre Einkommensverluste verstärkt durch Feldbau und Landwirtschaft ausgleichen müßten.

In diesem Zusammenhang wurden auch verschiedene Berechnungen über den tatsächlichen Steuereinnahmeausfall bei den Landgerichten aufgestellt. Aus ihnen läßt sich zumindest ein gewisser Anhaltspunkt für den tatsächlichen Umfang des Besitzes entnehmen. Bürger der Stadt Reichenhall – hauptsächlich Brauer und Wirte – besaßen 1785 außerhalb des Burgfriedens $1\frac{1}{8}$, $1\frac{1}{16}$, $2\frac{1}{32}$ Höfe, mehr als 76 Tagwerk Wiesen und Äcker, 6 Braukeller und 4 Stadel. Dafür wurde ein Steuerausfall von 14 fl. 41 x angesetzt¹¹⁷. Für das gesamte Rentamt München wurden (mit Stand 1760) entsprechende Summen für freieigene Güter von 597 fl. 12 x und Gerechtigkeitsgüter von 458 fl. 37 x angenommen¹¹⁸, im

¹¹⁰ Vgl. hierzu u.a. auch Hoffmann, Trostberg, 22.

¹¹¹ StadtA München Kammerrechnung 1700. fol. 43 ff.

¹¹² Vgl. BayHStA GL Fasz. 2770 Nr. 1039.

¹¹³ Weber, nichtlegitime Herrschaft, 730.

¹¹⁴ Vgl. S. 478, 482. Allerdings gibt es auch andere Beispiele. In Aindling soll es nach einer Steuerliste von 1768 17 Betriebe gegeben haben, die ausschließlich Landwirtschaft betrieben, bei insgesamt 103 Anwesen in dem Markt: Liebhart, Marktgründung, 92.

¹¹⁵ MGS III, 371 f Nr. 44.

¹¹⁶ BayHStA GR Fasz. 1510 Nr. 221.

¹¹⁷ BayHStA GR Fasz. 264 Nr. 18.

¹¹⁸ Im extra ausgeworfenen Gericht Ingolstadt lagen die Werte bei 7 fl. 18 x und 57 fl. 17 x.

Rentamt Burghausen von 107 fl. 37 x bzw. 281 fl. 4 x. Im allen vier Rentämtern zusammen schätzte man zusammen 3.505 fl. 13 x. Der Umfang dieser Besitzungen schwankte dabei erheblich. So sollen sich im Gericht Weilheim gerade soviel befunden haben, die einen Steuerwert (freieigene und Gerechtigkeitsgüter) von 35 x hatten, während die im Landgericht Dachau eine Spitzenposition mit über 160 fl. erreichten¹¹⁹. Für die Zeit um 1750 berechnet Pankraz Fried nun, daß die Anwesen in bürgerlicher Hand im Landgericht Dachau gerade eben 0,5 % aller Anwesen ausmachten¹²⁰. Nicht zu verwechseln sind diese Art der Güter mit den besonders vom ehemaligen Stadtpatriziat und reichen Kaufleuten aufgekauften Hofmarken etc., deren Güter ja wieder an Bauern ausgegeben wurden.

Für das ausgehende 18. Jahrhundert läßt sich auch erstmals ein Überblick über die Größenordnungen gewinnen, die die Viehhaltung in den Städten und Märkten Bayerns hatte. In der Statistik des Jahres 1794 wird neben den Bevölkerungszahlen auch der „Viehstand“ angegeben¹²¹. Betrachten wir zunächst die absoluten Zahlen des in den Städten und Märkten gehaltenen Viehs im Vergleich zu dem in gesamten Altbayern statistisch aufgenommenen, so zeigt sich bei keiner Tierart ein signifikanter Anteil in den Städten. Gerade einmal die Ziegen erreichen 10 %, alle anderen bleiben weit darunter (siehe folgende Tabelle).

Viehstand in Städten und Märkten und jeweils im gesamten Rentamt 1794

Rentamt	Zahl der St. u. M.	Pferde	Ochsen	Kühe	Rinder	Schafe	Schweine	Geißen
München								
Städte	42	5469	1253	11518	3056	6738	7156	896
Rentamt		81027	18626	71508	12151	131927	69755	8090
Burghausen								
Städte	17	920	305	1796	366	2859	1599	212
Rentamt		26442	9410	54583	32345	145965	47578	4263
Landshut								
Städte	32	2459	366	3805	1018	6565	2923	480
Rentamt		44397	12618	69976	46137	179828	60653	4149
Straubing								
Städte	31	2124	1066	5654	2603	3285	3147	870
Rentamt		19598	42829	68725	52596	59824	53242	8137
Gesamt								
Städte		10972	2990	22773	7043	19447	14825	2458
Rentämter		171464	43483	264792	142229	517544	211228	24639

Ganz anders sieht das Ergebnis jedoch aus, wenn wir nach der Zahl der Tiere pro Kopf der Bevölkerung fragen. Bei den meisten und numerisch bedeutenden Arten kommt auf den „Durchschnittsbayern“ etwa die dreifache Viehstückzahl gegenüber einem „Städter“ (siehe nachfolgende Tabelle). Wir müssen also daraus schließen, daß sich die städtische Bevölkerung zumindest zu einem gewissen Teil aus ihrer eigenen Viehhaltung ernähren konnte.

¹¹⁹ BayHStA GR Fasz. 264 Nr. 19.

¹²⁰ Fried, Herrschaftsgeschichte, 241.

¹²¹ Huzzi, Statistische Aufschlüsse I, Tabellenanhang.

Vielzahl pro Einwohner

	Einwohner- zahl	Pferde	Ochsen	Kühe	Rinder	Schafe	Schweine	Geißen
Altbayern gesamt	878.237	0,20	0,05	0,30	0,16	0,59	0,24	0,03
Altbayern Städte	165.355	0,07	0,02	0,14	0,05	0,12	0,09	0,01

Daß der Anteil der Viehhaltung von Stadt zu Stadt erheblich differieren konnte, zeigt die folgende Übersicht ausgewählter Städte und Märkte Oberbayerns. Hierfür dürften jedoch nicht nur regionale Unterschiede oder ökonomische Notwendigkeiten die Ursache sein, sondern auch innerstädtische Regelungen. So wird beispielsweise für die Münchener Bäcker in ihrer Zunftordnung von 1535 und der erneuerten von 1778 eine Obergrenze der Schweinezahlen festgelegt. Jeder Meister durfte so in der äußeren Stadt maximal 18 Schweine halten, diejenigen der inneren Stadt höchstens sechs¹²². Die Stadt sollte auf diese Weise einigermaßen sauber gehalten werden. Ganz verbieten konnte man die Viehhaltung jedoch auch nicht, war sie doch für viele nicht nur Zuerwerb sondern gehörte – wie bei den Bäckern – geradezu zum Berufsbild. Diese verfütterten ihre Getreideabfälle an eigene Schweine¹²³.

Viehstand in ausgewählten Städten und Märkten Oberbayerns 1794

Stadt	Einwohner- zahl	Pferde	Ochsen	Kühe	Rinder	Schafe	Schweine	Geißen
München	34277	904	317	777	41	1087	392	10
Aichach	1504	125	18	138	7	0	125	13
Dachau	901	90	0	252	58	59	48	8
Friedberg	1781	185	5	731	227	360	116	8
Ingolstadt	4176	303	110	666	178	143	862	155
Landsberg	2587	276	19	511	79	214	348	27
Rain	1122	145	30	367	151	351	197	33
Tölz	2013	132	6	381	25	10	42	30
Siegenburg	576	64	27	164	94	298	201	22
Weilheim	1856	235	59	467	107	434	62	8
Burghausen	2042	85	19	152	7	103	24	4
Kraiburg	645	37	12	81	0	88	23	5
Neuötting	1533	85	13	94	3	299	34	9
Traunstein	2468	77	58	240	23	46	7	19
Trostberg	809	30	9	67	1	18	0	3

¹²² Abdruck der Ordnungen in *Schwarz*, Handwerk, hier 198, 216 f.

¹²³ *Schlichthörle*, Gewerbebefugnisse I, 70.

Ausgehend von der Grundthese, daß die Gewerbe im Bayern der Frühen Neuzeit weitgehend dezentral verteilt waren und keine wesentliche Spezialisierungen erfahren hatten, konnten unsere Betrachtungen diese Annahmen weiter differenzieren und auch verschiedentlich entwicklungsgeschichtlich verfolgen. Dabei bildeten zwei Phänomene den entscheidenden Rahmen, innerhalb dem sich die Städte in ihrer Wirtschaftsstruktur nur verändern konnten. Da ist zum einen die Abschließung der Subsistenzstellen vor einer Übersetzung der Gewerbe, d.h. die Betriebszahlen waren „nach oben“ stets begrenzt, ganz gleich wie stark der Bevölkerungsdruck von außen auch war. Zu dieser Nahrungssicherungspolitik gehörte auch die Beschränkung der Betriebsgrößen. Diesem Phänomen steht zum anderen der Zentralitätsverlust der Städte als Orten der handwerklichen Produktion und des Handels durch die Verbreitung von Landhandwerk und -krämerei gegenüber.

Innerhalb dieses Bedingungsrahmens läßt sich im städtischen Gewerbe eine strukturelle Niedergangstendenz feststellen. Diese war bedingt durch den Absatzmarktverlust auf dem Lande und durch die ausländische Konkurrenz bei verschiedenen – insbesondere textilen – Produkten. Hinzu kommen noch gravierende Technologiedefizite im internationalen Vergleich bei der Herstellung stark nachgefragter Waren und ein Kapitalmangel im Bereich der Investitionsgüter. Verschlimmert und letztlich wohl auch perpetuiert wurden diese Tendenzen durch die drei Kriege des 17. und 18. Jahrhunderts, die das Land unmittelbar betrafen, und die damit verbundenen Verluste an Menschen, Produktionsgütern und Kapital. Versäumt wurde nach 1648 die Chance, vorübergehend befreit vom Bevölkerungsdruck und gewarnt von dessen Folgen in der Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg, Gewerbestruktur und -organisation neben den alten zünftischen Beschränkungen auf eine breitere Basis im Sinne protoindustrieller Industrien zu stellen. Die wenigen existierenden Verlagsunternehmen waren vielfach aus den schwäbischen Reichstädten ins Leben gerufen worden, gesamtwirtschaftlich aber mit Ausnahme des rückläufigen Textilbereichs weitgehend unbedeutend. Die umfangreiche Nebenerwerbslandwirtschaft der städtischen Gewerbetreibenden ist als Ausdruck des urbanen Niedergangs zu bewerten. Dieser ließ sich in allen vier Beispielstädten durch eine „Nivellierung“ der Berufsstruktur im 18. Jahrhundert belegen, wonach hauptsächlich Tagelöhnerberufe einen Aufschwung erlebten, differenziertere Gewerbe aber an Stärke verloren.

Eine Beobachtung, die hier nicht weiter verfolgt werden konnte, stellte scheinbar die Ausnahme von diesem Niedergangsszenario dar. Es handelt sich um die Vermehrung der in dem Markt Trostberg festgestellten Berufsarten über den Dreißigjährigen Krieg hinweg. Sollte sich diese Tendenz auch in anderen Märkten als allgemein herausstellen, so kann darin eine Spielart bzw. eine Erweiterung des Konzepts der „Territorialisierung des Gewerbes“ gesehen werden. Mit anderen Worten ist darunter zu verstehen, daß sich in den Kleinststädten (= die meisten Märkte) vergleichbar mit der Verbreitung des Landhandwerks die ursprünglich begrenzte Zahl an Gewerbesparten vergrößert hat.

VII. Warenaustausch

1. Verkehrsanbindung

Die Betrachtung des Zollwesens zeigte bereits das Interesse der bayerischen Landesherren, den Transithandel möglichst zu fördern, aber auch die Sensibilität, wie dieser Verkehr auf Veränderungen des Zollsystems reagierte, eventuell auch abwanderte und andere Routen benutzte¹. Neben den erwarteten Zolleinnahmen sah man in dem Durchgangsverkehr auch die beschäftigungs- und gewerbefördernden Aspekte. Andererseits lag Bayern in der Frühen Neuzeit weitgehend abseits aller wichtigen Fernhandelswege, nur wenige überregionale Verbindungen kreuzten das Territorium². Für den oberbayerischen Bereich sind hier neben den Wasserstraßen Lech, Isar, Inn, Donau und Salzach³ die Salzstraßen in Ost-West-Richtung⁴ und die über Schongau verlaufende Straße Augsburg-Tirol sowie die Verbindung von Mittenwald über München, Pfaffenhofen, Ingolstadt nach Regensburg bzw. Nürnberg⁵ zu nennen.

Durch den Wegezwang, der eine geregelte Zollüberwachung gewährleisten sollte, waren die Handelsfuhrleute auf die sogenannten „Haupt-, Land- und Commercial-Straßen“ festgelegt⁶. Dies galt sowohl für den Transit- wie für den Import- und Exportwarenverkehr. Im Anhang sind diese Straßen nach einer Quelle aus dem Jahre 1766 beschrieben (siehe Anhang Nr. 11). Danach lagen an diesen Straßen von den oberbayerischen Städten, gefreiten und ungefreiten Märkten Aibling, Aichach, Altenmarkt, Altheim, Braunau, Burghausen, Dachau, Ebersberg, Friedberg, Geisenfeld, Holzkirchen, Ingolstadt, Landsberg, Markt, München, Neuötting, Pfaffenhofen, Rain, Reichenhall, Ried, Rosenheim, Schärding, Schongau, Schrobenhausen, Traunstein, Trostberg, Wasserburg, Weilheim und Wolfratshausen.

Über die Auslastung und Benutzungsintensität dieser Straßen wissen wir für unseren Untersuchungszeitraum nur sehr wenig. Keinesfalls ist jedoch anzunehmen, daß die genannten Städte alle gleichmäßig an dem Transportaufkommen partizipierten. Ganz im Gegenteil klagten viele der in der Anzeige beschriebenen

¹ Vgl. S. 68 und allgemein Kap. III.2.3.

² *Edlin-Thieme*, Handelsstand, 5 ff.; *Schremmer*, Wirtschaft Bayerns, 654–661. Vgl. allgemein *Hassinger*, Verkehrsgeschichte; *ders.*, Verkehr über Brenner und Reschen; *ders.*, Forschungsbericht; *Bergier*, Le trafic; *Lindgren*, Alpenübergänge; *Kellenbenz*, Graubündner Pässe; *ders.*, europäische Wirtschaft.

³ Vgl. *Neweklowsky*, Schifffahrt I; *Gruber*, Isar.

⁴ Vgl. *Wanderwitz*, Salzwesen, 219–266; *Schremmer*, Wirtschaft Bayerns, 178; die mittelalterliche Salzstraßenordnung mit Festlegung der Routen wurde noch 1771 vidimiert: BayHStA GR Fasz. 1264 Nr. 1.

⁵ *Edlin-Thieme*, Handelsstand, 5 f.; *Schremmer*, Wirtschaft Bayerns, 179.

⁶ *Schremmer*, Wirtschaft Bayerns, 23, 573.

gerade wegen des unbedeutenden Verkehrsaufkommens in ihrem Ort⁷. Auf den festgelegten Routen kam es zwischen 1600 und 1800 auch zu erheblichen Verschiebungen der Transportkapazitäten. Wie bereits an dem Schongauer Beispiel gezeigt, konnte die Umgehung einer Stadt – in diesem Falle sogar Bayerns überhaupt – durch die Fuhrleute zu schwerwiegenden ökonomischen Einbußen der örtlichen Gewerbe führen⁸. Einige hier willkürlich zusammengetragene Fakten und Zahlen über den Umfang des Transportwesens sollen exemplarisch eine Ahnung vermitteln, welche Bedeutung für die Städte der Durchgangsverkehr haben konnte. Tatsächlich jedoch belegen diese Werte vor allem unser weitgehendes Unwissen in diesem Bereich.

Auf dem Lech wurden um 1600 ca. 3.500 Flöße jährlich festgestellt, um 1800 ca. 3.300⁹. In Tölz waren es 1782–87 jedes Jahr zwischen 3.275 und 4.195 Flöße, die auf der Isar nach München abgefertigt wurden. Dafür waren in dem Markt 24 Floßmeister mit 100 Knechten tätig¹⁰. Von dieser Wasserstraße profitierten auch die Brauereien in Tölz. Sie schickten jährlich am Ende des 18. Jahrhunderts ca. 100 Flöße mit Bier in die Residenzstadt¹¹. Auf dem Weg von Mittenwald nach München über die Kesselbergstraße sollen vor 1722 jährlich bis zu 10.000 Zentner Transitgut, darunter 1.000 Zentner Seidenstoffe nach Norden bewegt worden sein¹². Ein „bekannter“ Aachener Fuhrunternehmer namens Georg Kern hat nach Auskunft der Münchener Handelsleutezunft am Ende des 17. Jahrhunderts jedes Jahr ebenfalls ca. 10.000 Zentner Transitgüter auf dem Stapel der Residenzstadt aufgelegt. Aus dessen Aktivitäten sollen die bayerischen Untertanen allein 5.000 fl. an Fuhrlohn verdient haben, die Wirte zwischen Ingolstadt und München ca. 10.000 fl.¹³

2. Märkte

Ursache für die Gründung einer Stadt war im altbayerischen Raum in den seltensten Fällen die Lage an einer wichtigsten Handelsstraße und damit der Ausbau zu einem Transportzentrum. Beispiele hierfür sind München oder Landsberg am Lech¹⁴. „Der Typus der neuen Stadt des 13. Jahrhunderts ging vom gewerblichen Markte aus. Die Stadt war gewerbliches Zentrum eines landwirtschaftlichen Bezirks“¹⁵. Die Trennung zwischen Funktion der Stadt und Funktion des Landes darf natürlich bereits im Mittelalter nicht allzu scharf gesehen werden¹⁶. Christaller spricht deshalb nur von einem relativen Bedeutungsüber-

⁷ Ein Beispiel hierfür ist der Markt Trostberg; vgl. *Hoffmann*, Trostberg, 18–21.

⁸ Vgl. S. 252.

⁹ *Neweklowsky*, Schiffahrt I, 549.

¹⁰ *Ebd.* 554; *Gruber*, Isar, 53f.

¹¹ *Neweklowsky*, Schiffahrt I, 557.

¹² *Edlin-Thieme*, Handelsstand, 6.

¹³ BayHStA GL Fasz. 2769 Nr. 1058.

¹⁴ *Planitz*, deutsche Stadt, 163.

¹⁵ *Ebd.* 164. Eine Ausnahme bildet hier der Markt Trostberg. Seine Entstehung verdankt er vermutlich viel eher militärischen als ökonomischen Überlegungen (vgl. *Hoffmann*, Trostberg, 24f.). Ähnliche Gründungsursachen lassen sich auch für Braunau, Burghausen und Neuötting annehmen (*Rothenfelder*, Städtegründer).

¹⁶ Vgl. S. 106f.

schuß der Stadt, da sie Güter und Dienstleistungen über den Eigenbedarf hinaus produziert und so die Landbevölkerung mitversorgt¹⁷.

Will man die Märkte klassifizieren, so bietet sich neben der Unterscheidung zwischen Jahr-, Wochen-, Vieh- und Getreidemärkten zunächst eine nach dem Einzugsbereich, d. h. der Fernwirkung an. Hektor Ammann¹⁸ zeigt in seiner wirtschaftsgeographischen Betrachtung dabei ein Kontinuum vom Nahmarkt bis hin zu den am Fernhandel orientierten Messen. Hierzu gehören die natürlichen Bedingungen der Entwicklung eines Marktes wie geographische Lage und Anschluß an das (supranationale) Verkehrsnetz der Welthandelswege. Mindestens ebenso wichtig für das Leben und später auch Überleben der bayerischen Märkte ist jedoch ihre rechtliche Fundierung und Einbindung in die jeweilige Wirtschaftsordnung und -politik des Landes¹⁹.

Die Grundzüge des Systems der bayerischen Märkte, die uns in der Frühen Neuzeit entgegentreten, entsprechen den mittelalterlichen Privilegien, die zu Beginn der Neuzeit fertig ausgebildet waren und einen entscheidenden Wandel erst wieder am Ende des 18. Jahrhunderts erfahren haben. Jenseits dieser rechtlichen Grundordnung findet jedoch eine Transformation des Wirtschaftslebens statt, die eine entscheidende Wirkung auf die Bedeutung dieser Märkte hatte. Auf verschiedene Aspekte dieser Veränderungen wurde u. a. im Zusammenhang mit dem Landhandwerk²⁰, dem Fürkauf²¹ wie auch der Erwerbsstruktur der oberbayerischen Städte²² bereits eingegangen.

2.1. Waren- und Jahrmärkte

Die wichtigsten Jahrmärkte des Herzogtums bzw. Kurfürstentums hatte mit Abstand *München*. Die beiden Dulten (um Jacobi und um das Dreikönigsfest) dauerten jeweils 14 Tage²³. Der Jakobimarkt ist bereits etwa seit 1310 faßbar, während die Gebnachtsdult (= Dreikönigsdult) vermutlich in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts entstand²⁴. Die Besucherfrequenz scheint sich zwischen 1653 und 1756 – für diese Zeit sind entsprechende Verzeichnisse vorhanden – kaum verändert zu haben. Die Zahl der aufgeschlagenen Stände schwankte auf beiden Dulten etwa zwischen 90 und 150 und sank signifikant nur zu Beginn des Spanischen Erbfolgekrieges auf ca. 50–80 ab. Verschiedene Händler mieteten zwei und mehr Stände²⁵. Für die entsprechenden Jahre ist auch die Herkunft der Händler bekannt, die hier für die Gebnachtsdult in vier verschiedenen Beispieljahren wiedergegeben sei:

¹⁷ Christaller, zentrale Orte, 26f.; vgl. zur Bedeutung der Arbeit des Geographen Christallers für die moderne Stadtgeschichtsforschung Isenmann, deutsche Stadt, 231.

¹⁸ Ammann, Lebensraum.

¹⁹ Vgl. Mitterauer, Problem der zentralen Orte.

²⁰ Vgl. Kap. III.2.6.3.

²¹ Vgl. S. 120–123.

²² Vgl. Kap. VI.

²³ BayHStA GR Fasz. 924 Nr. 1.

²⁴ Schattenhofer, Dulten, 66, 68.

²⁵ StadtA München Dulten und Jahrmärkte 57, 67, 78, 83/1.

Herkunft	1654	1700	1752	1757
München	27	24	24	29
Augsburg	9	6	6	9
Nürnberg	7	10	16	14
Regensburg	0	2	0	0
Frankfurt	7	0	4	0
Sachsen	0	0	2	0
Venedig	1	0	0	0
Steiermark	0	5	2	2
Salzburg	0	0	3	2
Tirol	0	0	0	3
Schweiz	0	0	0	4
Böhmen	0	0	1	0
Konstantinopel	0	0	1	0
sonst. Kurfürstentum	9	8	10	6
Sonstige	4	3	11	3
Unklar	13	6	7	11
Gesamtzahl	77	64	87	83
Gesamtzahl der Stände	108	98,5	143	?

Vermutlich sind damit aber nur die auf den Dulten auftretenden Kaufleute erfaßt, die auch Stände gemietet hatten. Auf der Jakobidult 1712 waren es z. B. 40 weitere, die Gewölbe oder Läden von den Münchner Bürgern für die Dauer der Dult mieteten und damit keine Stände benötigten. Die betroffenen einheimischen Handelsleute mußten ihre Waren dann auf den Dultständen unter ähnlichen Restriktionen auslegen wie die fremden Kaufleute²⁶. Diese fremden und wohl auch kapitalkräftigeren Händler kamen aus Augsburg (10), Nürnberg (3), Regensburg (3), Frankfurt (1), Erlangen (5), anderen Städten und Märkten des Kurfürstentums (4), anderen Reichsgebieten (5) und Savojen (1)²⁷. Die Zahlen belegen sehr deutlich, daß sich die beiden Münchener Dulten nicht annähernd mit den großen Messen der Fernhandelsstädte messen konnten²⁸.

Erst wieder für die Zeit nach 1800 sind Register über die Münchener Dulten erhalten. Auf der Dreikönigsdult 1811 erschienen 517 fremde und einheimische Handelsleute aus Italien, Frankreich, Tirol und Böhmen, verständlicherweise sehr viele aus den umliegenden ehemaligen Reichsstädten, besonders aus Augsburg, wenige dagegen nur aus dem altbayerischen Raum. Auf der Jakobidult 1812 waren es sogar 664 Handelsleute²⁹. Es läßt sich jedoch nur schwer entscheiden, wie die hier in den Registern erfaßten Handelsleute quantitativ vergleichbar sind mit der Zahl der Ständehaber des 17. und 18. Jahrhunderts.

Neben den beiden bedeutenden Dulten erwähnt Schattenhofer³⁰ vier minder bedeutende Quartembermärkte, die zumindest während des gesamten Unter-

²⁶ 1798: BayHStA GR Fasz. 838 Nr. 27.

²⁷ Die Herkunft von acht Händlern ist unbekannt: StadtA München Dulten und Märkte 69.

²⁸ Vgl. *Schattenhofer*, Dulten, 67. Ein Versuch um 1400, die Jakobidult zur Großhandelsmesse auszubauen, scheiterte: *Schremmer*, *Wirtschaft Bayerns*, 161.

²⁹ BayHStA GL Fasz. 2768 Nr. 1030.

³⁰ *Schattenhofer*, Dulten, 73.

suchungszeitraums bestanden haben sollen. Sie dauerten ursprünglich acht Tage und wurden 1727 durch Hofratsbefehl auf drei verkürzt. Auch auf diesen Märkten waren fremde Handwerker und Handelsleute zugelassen. Bedeutend können diese in der Tat nicht gewesen sein. So werden sie in einem „Verzeichniß der meisten in Baiern derzeit abhaltenden öffentlichen Märkten, zu allgemeiner Nachricht herausgegeben Anno 1765“ überhaupt nicht erwähnt (vgl. Anhang Nr. 12). In dem Verzeichnis erscheinen sonst alle Jahrmärkte unserer vier Beispielstädte, lediglich Trostberg wird nicht erwähnt.

In *Burghausen* bestand bis 1345 nur ein einziger Jahrmarkt im Juli (Jakobi), als Kaiser Ludwig der Bayer am 1. Juni dieses Jahres einen zweiten Mitte Oktober (Galli) gewährte. Ein dritter (Philippi und Jakobi) kam schließlich 1460 durch Privileg Herzog Heinrichs des Reichen hinzu. Diese Märkte dauerten jeweils 14 Tage. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts soll deren Dauer dann auf 5 Tage herabgesunken sein³¹. Bei der Stiftung des Galli-Marktes wird ausdrücklich das sichere Geleit je acht Tage vor und nach dem Markt betont³², wobei die Geleitrechte in der Frühen Neuzeit wohl kaum mehr eine Rolle spielten.

Die Entstehung, Verteilung und Zahl der mittelalterlichen Jahrmärkte in *Weilheim* ist nicht völlig klar zu rekonstruieren³³. Fest steht jedoch, daß seit Beginn der Neuzeit zwei solcher Märkte am Johannistag und am Gallustag bestanden, die jeweils nur einen Tag dauerten³⁴. Dies habe nach Angaben des Rats am Ende des 18. Jahrhunderts zu „Mangel und Theuer der Gewerbsartikel“ geführt. Auch der Landrichter bestätigte, daß diese beiden Jahrmärkte zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken seien, indem er das Gesuch der Stadt nach einem dritten Jahrmarkt unterstützte. Dieser wurde am 27. April 1793 für den Laurentiustag bewilligt³⁵.

In *Trostberg* gab es bis 1509 zwei Jahrmärkte, die nun am 10. Januar dieses Jahres um einen weiteren vermehrt wurden³⁶. Als Begründung war hierfür ausschlaggebend, daß der Ort „kein sonder Gewerb noch Handtierung“ besitze³⁷. Nach Angaben Hazzis um 1800 soll einer dieser Märkte „ehemals“ 14 Tage gedauert haben³⁸. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts werden fünf Jahrmärkte genannt³⁹ und 1802 sogar sieben, von denen jetzt jedoch keiner mehr länger als zwei Tage dauerte⁴⁰.

Die Beispiele machen deutlich, daß über die Bedeutung eines Jahrmarkts eher dessen Dauer Auskunft gibt, dagegen die Anzahl in einer Stadt kaum etwas aussagt. Die Vermehrung der Märkte im 18. Jahrhundert scheint ein allgemeines Phänomen in Bayern gewesen zu sein. So erhielt Schongau allein vier neue Märkte zugestanden⁴¹. Diese Entwicklung verlief jedoch für die staatliche Büro-

³¹ *Mittenwieser*, Märkte, 65 f.; vgl. auch BayHStA GR Fasz 924 Nr. 1.

³² *Leidl*, Burghausen, 80 f.

³³ *Böhaimb*, Weilheim, 36, 55 f., 67 f.; *Keyser/Stoob*, Städtebuch, 731.

³⁴ BayHStA GL Fasz. 4450 Nr. 165; *Böhaimb*, Weilheim, 68.

³⁵ BayHStA GL Fasz. 4450 Nr. 165; 1763 und 1802 sind sogar vier Jahrmärkte verzeichnet: BayHStA GR Fasz. 924 Nr. 1.

³⁶ *Hoffmann*, Trostberg, 23.

³⁷ StadtA Trostberg Urkunden 162; BayHStA GL Trostberg 17.

³⁸ *Hazzi*, Statistische Aufschlüsse, III/2, 694.

³⁹ *Hoffmann*, Trostberg, 23.

⁴⁰ BayHStA GR Fasz. 924 Nr. 1.

⁴¹ BayHStA GL Fasz. 4450 Nr. 165.

kratie nicht immer kontrollierbar. Die nichtprivilegierten „Wünckl-Märkte“ wurden meist an besonderen Festtagen oder bei Kreuzgängen von in- und ausländischen Krämern besonders in Hofmarken errichtet, auf denen auch inländische Handwerker ohne Patente erschienen. Nach Ansicht der Regierung zielten diese Märkte darauf hin, einen freien Weg zum Hausieren und zum „contrabandieren“ zu finden. Ihre Zahl läßt sich vermutlich kaum mehr feststellen. Die Regeln eines geordneten Marktbetriebes – wie er bis dahin weitgehend bestanden hat – hatten sich im 18. Jahrhundert immer mehr aufgeweicht. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts wurden immer wieder Versuche unternommen, eine vollständige Übersicht über diese Märkte zu erhalten; die vorhandenen differierenden Aufstellungen geben vermutlich nur eine höchst unvollständige Vorstellung⁴². In einem Entwurf von 1774 für eine Verordnung wird beklagt, daß zum Nachteil der berechtigten Bürger in Städten und Märkten sogar an Vieh- und Pferdemarkten von in- und ausländischen Händlern in öffentlichen Kramläden Waren „in minuto“, d. h. in kleinen Mengen, verkauft würden. Diese Jahrmärkte fänden sich selbst in den kleinsten Dörfern. Hier gäbe es auch allerhand Scharlatane als Augen-, Bauch-, Wund- und Zahnärzte, die der Gesundheit der Landbevölkerung mehr schadeten als nützten. Die Beschwerden der bürgerlichen Apotheker seien berechtigt⁴³. Selbst in unmittelbarer Umgebung der Residenzstadt entstand ein solcher „Viehmarkt auf der Lüften“ im Bereich des heutigen Rosenheimer Platzes. Er war um 1732 voll ausgebildet und wurde erst 1826 verlegt. Die Münchener Metzger konnten sich beim Kauf außerhalb der Stadtmauern den Viehaufschlag sparen, wenn sie das eben erstandene Vieh mit dem sonstigen Weidevieh vermischten und abends in die Stadt trieben⁴⁴.

Über die tatsächliche wirtschaftliche Bedeutung der Jahrmärkte für die Städte läßt sich nur indirekt – über die Beschwerden gegen verschiedenste Beeinträchtigungen – etwas sagen. Hierbei muß jedoch beachtet werden, daß die Interessen „der Stadt“ auch vielgestaltig waren. Die Brauer und Wirte befürworteten natürlich vor allem einen besonders zahlreichen Besuch, ja ihre wirtschaftliche Lage konnte geradezu als Gradmesser für die Bedeutung eines Marktes angesehen werden. Anders die Handwerker, die weit eher eine Abwehrhaltung gegen ausländische Händler einnahmen, die sie als Konkurrenten empfanden. Aus diesem Spannungsverhältnis wird aber auch die schwierige Situation des bayerischen städtischen Gewerbes deutlich. Aus den beiden Umfragen unter den Städten und Märkten über den Zustand des Gewerbes von 1602 und von vor 1669, darüber hinaus aus verschiedene Erhebungen, Anfragen, Beschwerdeschriften etc. hauptsächlich aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts⁴⁵ lassen sich verschiedene allgemeine Feststellungen in Bezug auf die Jahrmärkte treffen:

1. In den meisten oberbayerischen Städten spielten die Jahrmärkte gegenüber den Wochenmärkten in der Frühen Neuzeit kaum mehr eine Rolle.
2. Wie bei den Wochenmärkten bedeutete der zunehmende Fürkauf einen stetigen Funktionsverlust der Jahrmärkte.

⁴² Vgl. BayHStA GR Fasz. 924 Nr. 1 und Anhang Nr. 12.

⁴³ BayHStA GR Fasz. 924 Nr. 1.

⁴⁴ *Schattenhofer*, Dulten, 83.

⁴⁵ Vgl. u. a. BayHStA GR Fasz. 266 Nr. 31; GR Fasz. 273 Nr. 4; 924 Nr. 1; *Krenner*, 1669, 492 f.

5. Nahrungsmittel, Rohstoffe und Halbfertigprodukte waren die einzigen Exportgüter des Landes von Bedeutung. Sie erreichten jedoch die Märkte meist überhaupt nicht mehr, sondern wurden vom Produzenten bzw. Bauern weg direkt ausgeführt.
4. Landhandwerk, Kramer auf dem Land, Pfuscher etc. untergruben bzw. vernichteten den städtischen gewerblichen Einflußbereich auf das Land.
5. Sowohl in kleinen Märkten als auch in der Hauptstadt München wurde der Konkurrenzdruck der ausländischen Handelsleute und Kramer erheblich gefürchtet und bekämpft.
6. Die ausländischen Waren erwiesen sich meist als qualitativ besser, modischer oder/und billiger.
7. Einheimische gewerbliche Fertigprodukte konnten fast nur an Inländer verkauft werden.

Konkurrenz für die altbayerischen Tuchhändler trat in der Regierungszeit Karl Theodors auf den Münchener Dulten in Form der Heidelberger kurpfälzischen Kattunmanufaktur auf. Diese hatte bereits in München einen gewissen Marktanteil erworben und wollte nun auch in andere Städte und Märkte aber auch in die angrenzenden Länder liefern. Dafür beantragte sie, daß ihr auf der „so brächtigen Münchner drey Königsdult“ kostenlos ein Gewölbe zur Exposition ihrer Waren zur Verfügung gestellt würde. Das Kommerzkollegium gab dieser Bitte statt. Die Stadt wehrte sich jedoch gegen diesen Eingriff, indem sie erklärte, weder ein Gewölbe noch eine Hütte seien für die Dult 1781 noch frei. Die Errichtung einer neuen Hütte müsse die Fabrik bezahlen und diese ebenso wie die Münchener Kattunmanufaktur wie auch die Wollzeugmanufaktur verzinsen⁴⁶.

Entsprechend dem starken Konkurrenzdruck und den wirtschaftlichen Problemen des städtischen Handwerks versuchten besonders die Zünfte des produzierenden Gewerbes restriktive Marktordnungen zu erreichen, bzw. diese möglichst eng auszulegen. Beispielhaft ist hierfür die Münchener Tuchordnung vom 8. Juli 1642, die bis 1800 in Kraft blieb. Sie hat auch insofern besondere Bedeutung, da das Textilgewerbe in Bayern in der Frühen Neuzeit immer eines der bedeutendsten Handwerke darstellte. Nach der Münchener Tuchordnung mußten alle Handelsleute ihr Tuch in das verordnete Tuchgewölbe verbringen, ohne daß es vorher geöffnet werden durfte. Dem Tuchverwalter war es erlaubt, dieses Gewölbe nur viermal im Jahr zu öffnen: an den beiden großen Jahrmärkten, am 1. Mai und im Herbst an St. Ursula. Ausgenommen waren hiervon nur die Münchener Tuchhändler. Die fremden Handelsleute durften schließlich nur zu den beiden Jahrmärkten jeweils 8 Tage – nicht die vollen 14 – auf dem Rathaus ihre Tuche verkaufen, an den anderen beiden Terminen waren sie zum Verkauf nur im Gewölbe zugelassen. Ihre einheimischen Kollegen konnten dagegen ihre Waren jederzeit im eigenen Haus oder Laden anbieten. Gemäß einer anderen Verordnung war es zum Schutz der inländischen Tuchmacher auch nicht gestattet, ausländische Tücher unter 3 fl. die Elle zu verkaufen⁴⁷.

Wegen dieser Regelungen kam es 1789 zu einem mehrjährigen Streit zwischen dem Augsburger Handelsmann Johann Elias Meissner und dem Magistrat der

⁴⁶ BayHStA GL Fasz. 2768 Nr. 1030.

⁴⁷ BayHStA GL Fasz. 2769 Nr. 1033.

Stadt, in den sich schließlich die Oberlandesregierung und die Hofkammer einschalteten. Meissner kam nach eigenen Angaben seit 48 Jahren auf die Münchener Dulten, hätte sich nie etwas zuschulden kommen lassen und auch nie Tuchschnitt durchgeführt, d. h. er habe sein Tuch immer in ganzen Stücken – wie verordnet – verkauft. Im vorigen Jahr seien nun hiesige Kaufleute in sein Gewölbe eingedrungen und hätten dies ohne obrigkeitliche Anordnung durchsucht. Diese hätten ein Magistratsverbot erwirkt, wonach es ihm nicht mehr gestattet sei, in seiner „Boutique“ Tuche zu verkaufen, sondern er dies im Rathaus tun müsse. Dies sei aus verschiedenen Gründen für ihn sehr beschwerlich: er müsse an zwei verschiedenen Plätzen verkaufen, was doppeltes Personal bedeute, und er müsse auf dem Rathaus für jedes Stück Tuch – neben der ohnehin fälligen Akzise – 45 x Stadtzoll entrichten. Er möchte deshalb von den doppelten Ausgaben befreit werden. Der Augsburger unterstrich seinen Antrag noch damit, daß kein anderer Ausländer soviel bayerisches Landtuch, Flanell und andere Artikel ins Ausland verkaufe wie er. Meissner konnte sich aber bis 1793 nicht gegen Magistrat, Stadtoberrichter, Oberlandesregierung und Hofkammer durchsetzen, über den weiteren Verlauf des Streits geben die Akten keine Auskunft mehr. Wenige Jahre später hatten sich jedoch die Ansichten auch in dieser Hinsicht völlig gewandelt. In einer Denkschrift vom 30. Juli 1799 „rücksichtlich eines drückenden Monopols bei dem Tuchhandel, und Tuchausschnitts in München“ weist der Finanzminister Karl Freiherr von Hompesch-Bollheim besonders auf die schädlichen Folgen für den „Geschäfts-Trieb“ durch die geltenden Regelungen hin. Sogar Meissner wird von ihm als Beispiel herangezogen, indem er belegt, daß dieser während der ihm erlaubten 8 Tage der Auslage von Tuchen im Rathaus nur 16 Stück abgesetzt habe, wofür die kurfürstliche Consumo Akzise 90 fl. 48 x betragen habe, von ihm dagegen 208 Stück mit 3263 Pfund zurückgesandt werden mußten. Im Januar 1800 dekretierte dann die Generallandesdirektion, daß auf den hiesigen Jahrmärkten allen Lieferanten, die mit Tüchern handelten, der Verlag in ihren Wohnungen, Gewölben und Buden sowie der Verkauf der Tuche viertel-, stück- und ellenweise die ganze Messe hindurch freigegeben sei⁴⁸.

Wie sehr sich mit der Regierungsübernahme durch Max IV. Josef die Zeiten gewandelt hatten, zeigt auch die Verordnung des Jahres 1802, daß alle Jahrmärkte auf Sonn- und Feiertage zu verlegen seien⁴⁹. Maximilian I. hatte 1638 befohlen, Wochenmärkte, sofern sie auf Sonn- oder Feiertage fielen, auf Werktagen zu verlegen, und verboten die Auslage der Waren auf Jahrmärkten an Sonn- und Feiertagen während der Gottesdienstzeiten durchzuführen. Als Begründung diente hier, daß sich zu viele Untertanen vom Kirchgang abhalten ließen⁵⁰.

2.2. Wochenmärkte

Zur allgemeinen Grundversorgung mit Lebensmitteln dienten seit Gründung der Städte und Märkte die allgemeinen Wochenmärkte. In *München* spalteten sich vom allgemeinen Wochenmarkt bereits sehr früh Spezialmärkte ab: 1240 ist der Rindermarkt (später eigene Roß-, Vieh- und Schweinemärkte)⁵¹ belegt.

⁴⁸ BayHStA GL Fasz. 2769 Nr. 1033.

⁴⁹ Rbl. 1802, 575; BayHStA GR Fasz. 924 Nr. 1.

⁵⁰ BayHStA GR Fasz. 924 Nr. 1.

⁵¹ Vgl. S. 287.

1295 ein Fischmarkt, im 14. Jahrhundert ein Weinmarkt, 1587 ein Vogelmarkt, 1782 ein Hundemarkt, 1597 ein Taubenmarkt, ebenfalls 1597 ein Eiermarkt und ein Milchmarkt, 1505 ein Tüntelmarkt, 1567 ein Heu- und Strohmarkt, ebenso 1567 Brennholzmärkte, 1567 ein Krautmarkt, 1782 ein Blumenmarkt; bis 1800 findet sich noch ein Obstmarkt. Vermutlich seit der Gründung der Stadt gab es einen Salzmarkt. Einige von diesen Spezialmärkten blieben Teil des allgemeinen Wochenmarktes, der Dienstags und Samstags zusammen mit der Schranne⁵² abgehalten wurde, andere erhielten eigene Plätze und Tage wie der Weinmarkt, der am Montag abgehalten wurde⁵³. In *Burghausen* sollen dagegen am Ende des 18. Jahrhunderts täglich Viktualienmärkte stattgefunden haben⁵⁴.

In *Weilheim* waren bereits vor Beginn der Hungersnot von 1771 die Waren-, Viktualien-, Viehmärkte und die Schranne der Stadt gänzlich in Verfall geraten, wofür man die Kauderei⁵⁵ und den Aufkauf von Getreide direkt bei den Bauern verantwortlich machte⁵⁶. Seltsamerweise besaß *Weilheim* am Ende des 18. Jahrhunderts keinen Viktualienmarkt mehr. Erst 1792 beantragte die Stadt einen solchen 14tägig am Schranntag. In seiner Stellungnahme verwunderte sich der Landrichter zum einen, warum der Rat dies nicht schon lange getan habe, zum anderen, weshalb die Stadt nicht einen wöchentlichen Markt haben wolle. Auch sei der bisherige Zustand stets Anlaß für die verbotene Kauderei gewesen. Tatsächlich wurde *Weilheim* am 27. April 1793 neben einem dritten Jahrmarkt⁵⁷ ein Wochenmarkt jeweils am Schranntag (Donnerstag) bewilligt⁵⁸.

Vor dem Hintergrund der heraufziehenden Hungersnot von 1771 ließ der Kurfürst die Städte und Märkte befragen, wie die Wochen-, Viktualien- und Viehmärkte angesichts der Kauderei und der Fürkäufe aufrechterhalten werden könnten. Hintergrund waren die starken Preisteigerungen. Die Antworten geben ein deutliches Bild der Lebensmittelversorgung der bayerischen Städte in jener Zeit⁵⁹:

Der Großteil der Städte und Märkte sah in dem erlaubten wie unerlaubten direkten Aufkauf von Nahrungsmitteln und Vieh auf dem Land durch „Vorkäufer“, Fürkäufer, Kauderer, Metzger, Fuhrleute und dem heimlichen Export von Vieh und Getreide eine Hauptursache für die Teuerung und den Niedergang der eigenen Märkte. Vereinzelt seien aus diesem Grund die Wochenmärkte gänzlich eingegangen (z. B. in *Rotthalmünster*). Auf den wöchentlichen Viehmärkten sei oftmals kein Stück kleines Vieh mehr anzutreffen; dieses werde nämlich „gegen tausend“ auf dem Land aufgekauft und außer Landes getrieben. Daß man einen festen „Satz“, d. h. eine Preisbindung, bei Bier, Fleisch und Brot forderte, wie dies „von alters her“ üblich war, zeigt deutlich, daß die alten Mechanismen obrigkeitlicher Preisfestsetzung zumindest in dieser Hungersnot nicht mehr funktionierten.

⁵² Vgl. S. 292.

⁵³ *Schattenhofer*, *Dulten*, passim.

⁵⁴ BayHStA GR Fasz. 924 Nr. 1.

⁵⁵ Kauderei bezeichnet unerlaubte Zwischenhandelspraktiken: vgl. *Schmeller*, *Wörterbuch* I, Sp. 1224.

⁵⁶ BayHStA GR Fasz. 924 Nr. 1.

⁵⁷ Vgl. S. 281

⁵⁸ BayHStA GL Fasz. 4450 Nr. 165.

⁵⁹ BayHStA GR Fasz. 924 Nr. 1.

Besondere Unruhe verursachten die konzessionierten Aufkäufer aus München. In einer Entfernung von acht Stunden um die Residenzstadt hatten sie die Erlaubnis, Getreide, Vieh und andere Pfennwerte direkt beim Erzeuger aufzukaufen, in die Stadt zu verbringen bzw. dort weiterzuverkaufen. Städte und Märkte wie Wasserburg und Tölz sahen dies als unerträgliche Konkurrenz und beschuldigten die Münchener darüber hinaus, neben dem erlaubten „Vorkauf“ unerlaubten Fürkauf zu betreiben. Umgekehrt war es wohl auch für die umliegenden Bauern attraktiver, ihre Waren in eine „Großstadt“ zu bringen. So beklagt sich der Markt Kösching, daß er keinen Wochen-, Viktualien- und Viehmarkt besäße, da die Inwohner, wenn sie etwas über den persönlichen Bedarf hinaus entbehren könnten, dies in die zwei Stunden entfernte Festungsstadt Ingolstadt bringen würden.

Anders sahen dies natürlich „volkreiche“ Städte, die auf ein weiteres Umfeld bei der Nahrungsmittelbeschaffung angewiesen waren. Neben München gehörte hierzu auch Ingolstadt. Die Festungs- und Universitätsstadt legte dar, daß für weiter entlegene Bauern die Anreise auf den Markt sich kaum lohnen würde und die Vorkäufer der Stadt bis aus Pfaffenhofen, Mainburg, Neustadt und Vohburg die Waren herbeischaffen müßten. In den kleinen Städten und Märkten würden sich die Märkte bald aufhören und in den großen Städten sich Mangel einstellen, wenn nicht die Aufkäufer hier erscheinen würden. Von weit abgelegenen Höfen und zu Zeiten der Feldarbeit würden die Bauern ohnehin wenig auf die Märkte bringen, und es käme zu großem Mangel, wenn die „vorkäufer“ die „pfennwerte“ nicht in die Stadt brächten.

Die Umfrage geht weit über den engeren Kontext der Hungersnot hinaus. Als Ursache der Teuerung wird von den Städten die immer größere Konkurrenz gesehen, die sich im Raum außerhalb des leichter zu kontrollierenden Marktes jenseits obrigkeitlicher Privilegien etabliert hat. Bauern, die eigentlich gezwungen waren, ihre Waren auf den nächsten privilegierten Markt zu bringen, konnten so in ersten Ansätzen für sich das Kräftespiel eines freien Marktes kennenlernen. So spiegelt sich dies auch in der Klage Wasserburgs wieder, daß Bauern, „wan sye ie zu weillen einiges derley venale in die statt bringen“ und man ihnen nicht gleich zahlen würde, was sie forderten, trotzig antworten würden, dafür hätten sie nicht in die Stadt gehen müssen, dies hätten sie auch – wenn nicht mehr – von den Krämern erhalten. Grundsätzlich darf aber auch nicht die Sogwirkung der „Großstadt“ übersehen werden, die bereits zu greifen begann. Die Märkte der umliegenden Städte und Märkte wurden in überdurchschnittlichem Maße durch Vorkaufsprivilegien residenzstädtischer Händler und Metzger entwertet, was natürlich auch das Gewerbe dieser kleineren zentralen Orte negativ beeinflusste.

Der Niedergang der Wochenmärkte war jedoch nicht erst eine Erscheinung des 18. Jahrhunderts. Entsprechende Stellungnahmen in den Gewerbeumfragen von 1602 und von vor 1669 belegen dies nicht nur für die Jahrmärkte, sondern auch für die Wochenmärkte⁶⁰. Einen besonderen Einbruch bedeutete jedoch der Dreißigjährige Krieg. In der Städte- und Märkteinstruktion von 1670 heißt es⁶¹:

„Es ist auch vorkommen, daß bey theils Stätt vnd Märckten vor Alters gewisse Wochen= vnd Schneller Märckt auch Traidtschranken gewesen seynd, aber seit der Kriegszeiten

⁶⁰ Vgl. S. 282 f.

⁶¹ Hoffmann, Instruktionen, 299 Art. 20.

von denen Landts Vnderthanen nit mehr gebawet, sonder alle Getraidter vnnnd Pffonwerth ausser Lands als etwan gegen Schwaben, Francken, Böhheim, Oesterreich, auch andere außländische Orth verführt werden ...“.

2.3. Viehmärkte

Bei den Viehmärkten haben wir es teilweise mit Jahrmärkten, teilweise mit Wochenmärkten zu tun. Der *Münchener* Rindermarkt taucht bereits um 1240 in Quellen auf. Spätestens seit dem ausgehenden Mittelalter wurde der Viehmarkt dann auf dem Anger abgehalten. Schattenhofer glaubt jedoch, daß der Markt bis zum Ende des 18. Jahrhunderts für die Versorgung der Stadt mit Schlachtvieh keine entscheidende Rolle gespielt habe. Er begründet dies damit, daß bereits in „frühester Zeit“ die Münchener Metzger ihren Viehbedarf auf auswärtigen Märkten decken mußten und Ochsen bis in der Steiermark und Wien einkauften⁶². Angesichts des Vorkäufersystems der bayerischen „Großstädte“⁶³ ist jedoch fraglich, ob nicht dem Münchener Viehmarkt doch eine entscheidende Bedeutung bei der Distribution von Vieh unter den städtischen Metzgern zukam, zumal kaum anzunehmen ist, daß diese alle persönlich (1606–1792 zwischen 35 und 55 Meister) auf den ländlichen Märkten erschienen oder gar von Hof zu Hof zogen, um ihren Bedarf zu decken. Ein Schweinemarkt ist für den gesamten Untersuchungszeitraum belegt und fand 1765 zweimal wöchentlich statt⁶⁴. Darüber hinaus gab es zwei Hauptvieh- und Roßmärkte, der eine zu Jakobi zur Dultzeit, der andere am Aschermittwoch⁶⁵. Auf dem Jakobimarkt 1804 sollen 1.111 Pferde aufgetrieben worden sein⁶⁶.

Die Hauptstadt *Burghausen* hatte nur einen Schweinemarkt pro Jahr und keinen Pferdemarkt. Begründet wurde dies damit, daß sich für eine Regierungsstadt Viehmärkte nicht schicken würden (um 1781)⁶⁷. Daß damit jedoch nur ein Jahrmarkt gemeint sein konnte, geht aus der Marktordnung vom 9. Februar 1768 für Burghausen hervor. Danach hat es einen wöchentlichen Vieh- und Roßmarkt alle Freitage, „sonderbar aber an den fasten“ gegeben⁶⁸.

Über *Trostberg* berichtet Hazzi um 1800: „Ehemals wurden hier wichtige Maerkte (= Jahrmärkte, C. H.) gehalten ... und man traf allda über 2.000 Pferde an, da man jetzt kaum 100 vorfindet“⁶⁹. Der Schaf- und Schweinemarkt wurde von den Zeitgenossen als unbedeutend eingestuft⁷⁰.

Die zeitliche Abfolge der Viehjahrmärkte war so gestaltet, daß das unverkaufte Vieh von einem beendeten Markt auf einen anderen nahegelegenen Markt weitergetrieben werden konnte, um dann dort angeboten zu werden. So blieben in Rosenheim auf dem Jahrmarkt von 1605 331 Stück Vieh ohne Käufer, die dann zu dem acht Tage später stattfindenden Aiblinger Markt gebracht wurden. Tatsächlich scheint aber das System nicht so gut funktioniert zu haben, denn in

⁶² Schattenhofer, Dulten, 81 f.

⁶³ Vgl. S. 286.

⁶⁴ Schattenhofer, Dulten, 82 f.

⁶⁵ BayHStA GR Fasz. 1628.

⁶⁶ Schattenhofer, Dulten, 84.

⁶⁷ BayHStA GR Fasz. 924 Nr. 1.

⁶⁸ BayHStA GR Fasz. 826 Nr. 59.

⁶⁹ Hazzi, Statistische Aufschlüsse III/2, 694.

⁷⁰ Hoffmann, Trostberg, 23.

dem genannten Jahr ließ Herzog Maximilian von seinen Verwaltungen Aufstellungen anfertigen über das auf den Märkten unverkaufte Vieh. Begründet wurde die Anordnung damit, daß von den Landesuntertanen viel mageres Vieh auf die Jahrmärkte käme, daß diese dann nur mit Schaden oder überhaupt nicht verkaufen könnten und von ihnen wieder nach Hause getrieben werden müßte. Die eingegangenen Antworten geben jedoch kein einheitliches Bild. So waren es in Aichach am Abend St. Bartolomae 1605 gerade 42 Stück, während in dem Markt Schwaben auf dem Kreuzmarkt 1.000 Schweine und 100 Kühe unverkauft blieben. Ursachen werden mit Ausnahme von Aibling keine angegeben; dieser Ort nennt den sehr nahe gelegenen und nur acht Tage früher stattgefundenen Jahrmarkt bei St. Leonhardt. Dagegen glaubt Maximilian die Schuld für das zahlreiche unverkaufte Vieh allgemein bei den inländischen, direkt beim Erzeuger kaufenden Metzgern suchen zu können⁷¹. Der Käuferinzugsbereich scheint allerdings bei diesen Viehmärkten z. T. sehr groß gewesen zu sein. Auf dem Ursulamarkt 1801 im niederbayerischen Schönberg, das immerhin ca. 150 Kilometer von der Residenzstadt entfernt liegt, erstanden sechs Münchener Käufer 44 von insgesamt 248 Ochsen. Unverkauft blieben 91.⁷²

Viehmärkte kamen sehr häufig auch auf dem Lande vor. Dies mag auch mit der für diesen Markttyp nicht so notwendigen „Infrastruktur“ und dem erheblichen Platzbedarf zusammenhängen. Berühmt wurde der Keferloher Markt, der besonders für die Fleischversorgung Münchens Bedeutung hatte. Auf ihm wurden – wie aus dem 16. und dem beginnenden 19. Jahrhundert belegt – mehrere tausend Rinder, Schweine und Schafe gezählt⁷³. Die Städte wehrten sich vehement gegen jede Vermehrung von Viehmärkten auf dem Land, da diese oftmals die besten Einnahmequellen sowohl für die Kämmerei wie für das örtliche Gewerbe darstellten. Als die Bauern um Benediktbeuern 1737 versuchten, einen jährlichen Viehmarkt in Heilbrunn (auf halbem Weg nach Tölz) zu installieren, waren davon Holzkirchen, Tölz, Weilheim und Wolfratshausen unmittelbar betroffen. Vorgeschobene Begründung der Bauern war die angeblich weite Entfernung zu den nächsten Märkten, was aber gerade in diesem Gebiet wohl kaum zutraf. Der Münchener Rat, der zu der Angelegenheit ebenfalls befragt wurde, sah als tatsächlichen Grund des Antrags den Wunsch, Vieh auf diese Weise leichter ins Ausland verkaufen zu können⁷⁴. Hier wird ein grundsätzliches Problem deutlich. Nach der Polizeiordnung von 1616 war der Viehfürkauf für Ausländer nur auf den Jahrmärkten gestattet⁷⁵, wobei den Einheimischen das Vorkaufsrecht zustand. Glaubt man den stets wiederkehrenden Klagen sowohl der Städte wie der Regierung, so waren die meist schwäbischen Viehaufkäufer weitaus zahlungskräftiger als die Einheimischen und verteuerten damit das Vieh, besonders wenn sie es – wie wohl in großem Umfang vorgekommen ist – verbotenerweise direkt bei den Ställen aufkauften. Tatsächlicher Hintergrund des Wunsches der Benediktbeuerer Bauern war es also vermutlich, ihren Verkauf der stärkeren städtischen Aufsicht zu entziehen und gleichzeitig die Viehkauderei zu legitimieren.

⁷¹ BayHStA GR Fasz. 924 Nr. 2.

⁷² BayHStA GR Fasz. 925 Nr. 3.

⁷³ *Schattenhofer*, Dulten, 72.

⁷⁴ BayHStA GL Fasz. 4450 Nr. 165.

⁷⁵ PO 1616 2. Buch, 3. Titel, 1. Artikel.

2. 4. Getreidemärkte und Schranken

Wenn auch in der Praxis kaum voneinander zu trennen, so lassen sich Schranken und Getreidemärkte, die beide meist wöchentlich abgehalten wurden und oftmals Teil eines normalen Wochenmarktes waren, doch idealiter an einigen wesentlichen Kriterien unterscheiden. So war die Schranne stets mit einem festen Schrannengebäude verbunden, da das eingelieferte und nicht verkaufte Getreide bis zum nächsten Schrannentag hier gelagert wurde. Beim Getreidemarkt, auch „Wagenmarkt“ genannt, verkauften die Bauern ihre Ware direkt, was übrig blieb, nahmen sie wieder mit nach Hause⁷⁶.

Die Polizeiordnung von 1616 erlaubte den Getreidekauf nur auf den gewöhnlichen Wochen- und Jahrmärkten⁷⁷. Allerdings konnten alle Bewohner des Landes nach ihrer „Hausnotturfft“ und für Saatgetreide direkt bei den Bauern kaufen, wobei Wirte, Bäcker und Brauer speziell genannt werden⁷⁸. Ausländern und Personen, die diesen Aufkauf bei den Bauern zum Zwecke des Fürkaufs unternahmen, war dies jedoch „bey verliering des Getraidts“ verboten⁷⁹. Durch das Mandat vom 16. Januar 1768 wurden diese Regelungen bestätigt, lediglich kam eine Erläuterung bzw. eine Einschränkung hinzu. Es sollte nämlich Bewohnern aus Orten, an denen eine Schranne oder ein Getreidemarkt angesiedelt war, nicht mehr erlaubt sein, ihr Getreide direkt beim Produzenten zu kaufen⁸⁰. Wie wir für Trostberg noch sehen werden, konnte sich diese Regelung für die Bevölkerung äußerst negativ auswirken. Anlässlich der Hungersnot von 1770/73 wurden die Regelungen weiter verschärft. Pfarrer waren bis zum Mandat vom 19. November 1770 den gefreiten Ständen gleichgestellt, d. h. sie durften von ihren Höfen das Getreide frei verkaufen. Dies wurde ihnen nun ebenfalls wie den Bauern verboten, auch sie mußten ihre Produkte jetzt auf den Markt bzw. die Schranne bringen⁸¹. Im Zuge einer beginnenden Liberalisierung des bayerischen Handelssystems erklärte später Karl Theodor den Getreidekauf für jedermann frei – also auch für Ausländer-, der Ankauf mußte jedoch wie bisher bei den öffentlichen Schranken oder den gefreiten Ständen (Prälaten, Adel, Bürger, Pfarrer) erfolgen⁸². Mit dieser Maßnahme sollte zu allen Zeiten der verbotene Fürkauf verhindert werden. Außerdem mußte, bevor Getreide ausgeführt werden durfte, der inländische Bedarf vorher gedeckt sein⁸³. Daß die Wirklichkeit oft weit von diesen gesetzlichen Regelungen entfernt war, zeigen u. a. die Gravamina der Städte auf dem Landtag von 1669⁸⁴:

„Eben dises geschicht auch mit dem Getraidt, daß selbiges nicht mehr zu denen gefreyten öffentlichen schranken, sondern da vnd dort bey denen heiseren wider die wollberathschlagte Polizeiordnung aufkaufft und in dörrffern Mühlen und anderen vngewöhnlichen Oerthern zu hechsten Nachtaill ... der Churfrtl. Maut und Zohl angeschüttet, volgendts sowoll denen Inländischen, als auch denen tyrollerischen Paurn selbstn auf die äxt in das Tyrol, wie auch in dem Vnterland von denen Karnern in das Salzburgerlandt verfiehrt wirdt.“

⁷⁶ Weishaupt, Getreidehandelspolitik, 23–27.

⁷⁷ PO 1616 2. Buch, 2. Titel, 1. Artikel.

⁷⁸ PO 1616 2. Buch, 2. Titel, 2. Artikel.

⁷⁹ PO 1616 2. Buch, 2. Titel, 1. und 4. Artikel.

⁸⁰ GS 1771, 434.

⁸¹ BayHStA GR Fasz. 826 Nr. 59.

⁸² BayHStA GR Fasz. 826 Nr. 59.

⁸³ So entsprechend bereits die PO 1616 2. Buch, 2. Titel, 4. Artikel.

⁸⁴ Krenner, 1669, 492 f.

Nach Günther Franz verdreifachte sich der bayerische Getreideexport – gemeint ist der legale – im Laufe des 18. Jahrhunderts und belief sich durchschnittlich zwischen 1778 und 1787 auf 182.900 Schäffel. Dieses Ergebnis schlüsselt sich folgendermaßen auf:

Österreich	11.500 Schäffel
Tirol	41.100 Schäffel
Werdenfels	4.500 Schäffel
Böhmen	1.100 Schäffel
Salzburg	18.700 Schäffel
Passau	25.700 Schäffel
Berchtesgaden	7.100 Schäffel
Schwäbischer Kreis	41.700 Schäffel
Fränkischer Kreis	3.100 Schäffel
Regensburg	28.400 Schäffel

Bei einer geschätzten durchschnittlichen Jahresernte von über 5 Millionen Schäffel war also der Exportanteil im ausgehenden 18. Jahrhundert nicht besonders hoch⁸⁵. Vergleicht man die angenommenen Produktionswerte mit dem Volumen, das an die bayerischen Schranken (und Getreidemärkte) angeliefert wurde (ca. 500.000 Schäffel jährlich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts⁸⁶; 616.440 Schäffel 1803 in 9 Monaten⁸⁷), so zeigt sich einerseits, daß nur ein kleiner Teil des Getreides überhaupt über die Schranken und Getreidemärkte verkauft wurde, andererseits, daß von diesem in den Städten verkauften Getreide ein nicht unerheblicher Anteil Exportware war. Umgekehrt war dadurch die Bedeutung einer Schranke nicht nur von ihrem agrarischen Hinterland abhängig, sondern auch von Exportmöglichkeiten, d.h. von Verkehrsverbindungen in absatzstarke Länder (vgl. Anhang Nr. 13).

War im Mittelalter Österreich noch der beste Abnehmer für bayerisches Getreide, so ging dieser Export um die Hälfte zurück, als Böhmen mit pommerischem Korn über Schlesien versorgt wurde⁸⁸. Wie die obige Aufstellung zeigt, lag das Schwergewicht in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mehr im Westen und Süden. Besonders der Augsburger Markt war für die bayerische Getreideausfuhr von herausragender Bedeutung, was für die Zeit des Dreißigjährigen Krieges nachgewiesen wurde. Hauptsächlich wegen des Fehlens einer Verkehrsanbindung der Reichsstadt durch einen schiffbaren Fluß griff Augsburg auf Märkte jenseits einer etwa 50-Km-Grenze nur in Krisenzeiten zurück⁸⁹. Österreichische und tiroler Kornaufkäufer kamen ebenfalls nur bei Unterversorgung ihrer Länder nach Bayern. Frachtkosten, Mauten, Ausfuhrpässe etc. verteuerten das Getreide für sie derart, daß es lukrativer war, es von den Produzenten selbst liefern zu lassen, nicht zuletzt weil diese an den Mautämtern weit weniger Schwierigkeiten hatten und auch Schleichwege für den Schmuggel kannten⁹⁰.

⁸⁵ Bis hier die Zahlen nach *Franz*, Landwarenhandel, 66.

⁸⁶ *Weishaupt*, Getreidehandelspolitik, 23, 28.

⁸⁷ *Franz*, Landwarenhandel, 74.

⁸⁸ *Weishaupt*, Getreidehandelspolitik, 59.

⁸⁹ *Roeck*, Bäcker, 84–93; vgl. auch *Altmann*, Kipper- und Wipperinflation, 61 f., insbesondere zu Friedberg.

⁹⁰ *Weishaupt*, Getreidehandelspolitik, 61.

Das System von Schranken, Getreidemärkten (Wagenmärkten) und Anschütten ist kaum für den gesamten Untersuchungszeitraum rekonstruierbar. Erst für die zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts liegen aus verschiedenen Jahren Übersichten vor, bei denen die Angaben aber variieren. Dies hängt oftmals mit dem Verfall bzw. Neuprivilegierungen von Märkten zusammen. Besonders durch den Dreißigjährigen Krieg lagen die Schranken darnieder und wurden erst durch eine Instruktion Ferdinand Marias 1670 erneut errichtet⁹¹. U. a. wegen mangelnder Aufsichtsmöglichkeiten wurden auch Schranken aufgehoben und existierten als „Winkelschranken“ und „Treidkögl“ weiter. Im 18. Jahrhundert war das Hauptaugenmerk auf die Versorgung der Landeshauptstadt mit Getreide gerichtet, verschiedene Provinzschranken verloren immer mehr an Bedeutung⁹². Auch dienten die kleinen Schranken nur der Versorgung der örtlichen Bevölkerung und der Umgebung, während auf den bedeutenderen Kornmärkten auch auswärtige Käufer, Agenten und Getreidehändler auftraten⁹³. 1770, nach einer Neuregelung des Getreidewesens wegen der Hungersnot in dieser Zeit, bestanden in ganz Bayern 18 Schranken, 30 Getreidemärkte und 8 Anschütten (vgl. Anhang Nr. 14). Die geographische Verteilung war dadurch gegeben, daß alle sieben Wegstunden eine Schranke und alle drei bis vier Stunden ein Wagenmarkt liegen sollte⁹⁴. Für die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts berechnete Carl Weishaupt den durchschnittlichen jährlichen Getreideabsatz der 18 bayerischen Schranken und der 17 wichtigsten Wagenmärkte⁹⁵ (vgl. auch Anhang Nr. 13):

Schranken		Getreidemärkte	
Ort	Schäffel	Ort	Schäffel
München	116.000	Landsberg	31.000
Erding	65.000	Deggendorf	19.000
Aichach	38.000	Kraiburg	7.000
Traunstein	30.000	Friedberg	6.000
Landshut	24.000	Rosenheim	5.000
Vilshofen	23.000	Schrobenhausen	5.000
Pfaffenhofen	22.000	Pfarrkirchen	5.000
Straubing	22.000	Haag	4.000
Ingolstadt	20.000	Neumarkt	4.000
Reichenhall	8.000	Stadtamhof	4.000
Schärding	7.000	Trostberg	4.000
Landau	4.000	Dingolfing	3.000
Wasserburg	4.000	Abensberg	3.000
Rain	4.000	Wolfratshausen	2.000
Kelheim	3.000	Eggenfelden	2.000
Neuötting	3.000	Griesbach	2.000
Burghausen	3.000	Frontenhausen	2.000
Braunau	2.000		

⁹¹ Ebd., 22.

⁹² Ebd., 23.

⁹³ Ebd., 24.

⁹⁴ Ebd., 27.

⁹⁵ Ebd., 25, 27.

Die *Münchener* Schranne fand in der Frühen Neuzeit zweimal wöchentlich statt, am Samstag und am Dienstag. Die Dienstagsschranne verkümmerte jedoch mehr und mehr; in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erreichte der Jahresumsatz vielleicht einmal 4.000 Schäffel, häufig lag er jedoch unter 1.000 Schäffel⁹⁶. Hier wurden nur noch die am Samstag nicht verkauften Getreidereste angeboten⁹⁷. Die Dienstagsschranne wurde 1806 aufgehoben⁹⁸. Der Münchener Getreideumschlagplatz lag in Bayern mit großem Abstand weit an der Spitze (siehe Tabelle oben). Diese Bedeutung beruhte primär auf einer der Residenzstadt eingeräumten und gesicherten Vorrangstellung im 18. Jahrhundert vor anderen Schranken. Auch durften die Schranken und Wagenmärkte um München nicht am selben Tag Kornmarkt halten wie die Landeshauptstadt⁹⁹. Der Export von München spielte nach Weishaupt im 18. Jahrhundert kaum eine Rolle, da hierzu auch die Straßenverbindungen nicht geeignet waren¹⁰⁰. 1621 jedoch beklagten sich die Münchener Bäcker über die vielen tiroler und welschen Unterhändler und Fürkäufer besonders für Weizen. Diese würden den Preis hinauftreiben und sich rühmen, Paßbriefe für mehrere hundert Schäffel zu besitzen¹⁰¹. Auch berichtet das Münchener Stadtberrichteramt 1790, daß sich auf der Schranne wöchentlich viele Untertanen aus dem Gericht Landsberg, aus Türkheim und Mindelheim einfänden würden, das Getreide einkauften und nach Memmingen exportierten, sofern keine Getreidesperre bestünde¹⁰².

Das Getreide wurde bis 1768 „von weit entlegenen Orten und Rentämtern“ durch mit Patenten versehenen Getreidefuhrleuten zur Münchener Schranne angeliefert. Durch das Mandat vom 16. Januar dieses Jahres hob man diese Patente jedoch auf und erlaubte allen Untertanen, Getreide auf den offenen Schranken und Getreidemärkten aufzukaufen und in die Residenzstadt zu bringen. Zur „weiteren Verkaufungswillen“ war es jedoch nicht gestattet, einen anderen Ort anzufahren, was durch ein besonderes Ladescheinsystem gesichert sein sollte. Dies galt auch für die in München verbürgerten Kornkäufer¹⁰³. Wegen der Hungersnot versuchte man am 22. September 1770, den Kornkäufern und privilegierten Getreidehändlern den Aufkauf auf den anderen inländischen Schranken zu verbieten. Dies führte jedoch zu einem Versorgungsengpaß, so daß man am 19. November desselben Jahres die Bestimmung bereits wieder aufhob¹⁰⁴.

Wie die Bedeutung der Münchener Schranne vermuten ließ, gehörten die Kornkäufer der Stadt mit zu einer meist überdurchschnittlich vermögenden

⁹⁶ Ebd., 26.

⁹⁷ Ebd., 24.

⁹⁸ *Schattenhofer*, Dulten, 75 f.

⁹⁹ *Weishaupt*, Getreidehandelspolitik, 24.

¹⁰⁰ Ebd., 60.

¹⁰¹ BayHStA GR Fasz. 826 Nr. 59.

¹⁰² BayHStA GR Fasz. 826 Nr. 59. In einem Memminger Kornhausmemorial von 1555 wird berichtet, daß Getreide aus Augsburg und Landsberg auf den Markt komme und gleich wieder verkauft werde (*Kießling*, Stadt und ihr Land, 459 Anm. 244). Zum Memminger Kornmarkt und -export nach 1648 vgl. *Wolf*, Reichsstädte, 178.

¹⁰³ GS 1771, 435.

¹⁰⁴ BayHStA GR Fasz. 826 Nr. 59.

Schicht – zumindest nach den Steuersummen¹⁰⁵. Ihre Zunft wurde in dem Hungerjahr 1571 errichtet, während bis zu diesem Jahr die Erdinger Kornhändler die einzigen „bürgerlichen Treidanlieferer“ in der Residenzstadt waren. Hatte die Münchener Kornkäuferzunft ursprünglich 20 Stellen, so erhöhte sich deren Zahl bis 1770 auf 28, von denen in diesem Jahr drei ruhten¹⁰⁶.

Die Bedeutung der Schranken für die Wirtschaft der bayerischen Städte war angesichts der fehlenden Gewerbezentren sehr groß. 1771 urteilt die Landschaft: „Wie der Ackerbau die Seele des Vaterlands ist, so die Schranne der Hauptteil des inländischen, besonders des Münchener Commerziums, wonach sich die übrigen Untertanen regulieren“¹⁰⁷. Die Münchener Schranne soll insgesamt zwei Dritteln der Stadtbevölkerung Verdienst und Einkommen gegeben haben¹⁰⁸. Dies ist wohl nur so zu verstehen, daß die „Sekundäreffekte“ auf Nahrungsmittelgewerbe, Wirte, Handwerk erheblich waren.

Bis zur Einführung des Salzhandelsmonopols durch den Landesherren 1587 muß der *Burghauser* Getreidemarkt äußerst belebt gewesen sein. Denn die Fuhrleute, die hier das Salz abholten und ins In- und Ausland abtransportierten, brachten als Gegenfuhr Getreide und andere Nahrungsmittel täglich in die Stadt. Eine Schrankenbewilligung ist erstmals 1553 belegt¹⁰⁹. Mit dem Ende des Salzhandels in der Stadt verloren auch die bis dahin reichen Märkte ihre Bedeutung. An ihre Stelle traten Fürkäufer, die das Getreide direkt beim Erzeuger aufkauften und teilweise auch ins nahegelegene Ausland nach Laufen und Salzburg exportierten. Für die Stadtbürger trat durch die so hinzugekommenen Zwischenhändler eine schmerzliche Teuerung von Nahrungsmitteln ein, ganz abgesehen von dem erheblichen wirtschaftlichen Zentralitätsverlust des städtischen Marktes. Im Jahr 1605 wurde deshalb vom Rat der Stadt bei der Hofkammer ein wöchentlicher Getreidemarkt beantragt, von dem man sich ganz allgemein die Wiederbelebung des Gewerbes versprach¹¹⁰. Durch den Dreißigjährigen Krieg scheint der Burghauser Markt gänzlich bedeutungslos geworden zu sein. 1679 wird deshalb erneut vom Rat eine Erhebung der Wochen- und Getreidemärkte beantragt, mit der Bitte, die Marktzeiten per Dekret in den umliegenden Gerichten und Hofmarken (Ötting, Braunau, Julbach, Mauerkirchen, Mattighofen, Freiburg, Wildshut, Trostberg, Uttendorf, Mörmosen, Forstburghausen, Herrschaft Wald) publik zu machen. Den Untertanen sollte bei Strafe geboten sein, den Markt zu besuchen. Aufgrund dieses Antrags wird auch das erhebliche Einzugsgebiet einer privilegierten Schranne deutlich: es macht etwa den Umkreis

¹⁰⁵ Nach der Steuerbuchanalyse (vgl. S. 473, 502, 506) ergeben sich folgende Werte:

Jahr	Anzahl der erfaßten Korn- käufer	mittl. Steuersumme d. Kornkäufer in d	mittl. Steuersumme aller Zensiten in d
1606	20	414	416
1700	13	456	385
1792	15	1151	576

¹⁰⁶ Franz, Landwarenhandel, 68.

¹⁰⁷ Zitiert nach Weishaupt, Getreidehandelspolitik, 24 f.

¹⁰⁸ Weishaupt, Getreidehandelspolitik, 25.

¹⁰⁹ BayHStA GR Fasz. 826 Nr. 59.

¹¹⁰ Soweit ein ausführlicher Bericht der Stadt an die Hofkammer anlässlich einer landesherrlichen Anfrage, wie die Gewerbe der Stadt zu verbessern seien: BayHStA GL Fasz. 465 Nr. 19.

von 40 km aus. Tatsächlich wurde der Stadt erst am 24. April 1687 eine Getreideschranne mit Wochenmarkt verliehen¹¹¹. Es erwies sich jedoch, daß die Schranne trotz Privilegierung nicht mehr dauerhaft erhalten werden konnte. 1707 war sie bereits seit langer Zeit wieder eingegangen. Selbst die Stadt hatte die Hoffnung begraben und bat nur noch um eine öffentliche Anzeige des Wochenmarkts in den umliegenden Gerichten. Es hatte sich als undurchführbar erwiesen, die Bauern zum Besuch der Schranne zu zwingen, da „auch an disem nit absonderlich volkhreich vnd clainen orth der khauff= vnd consumption sich sehr gering angelassen“¹¹². Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts hat sich daran wenig geändert. Ja durch den Verlust des Innviertels kam schließlich von dort überhaupt nichts mehr nach Burghausen, da dort das Getreide einen höheren Preis erzielte als in Bayern. Hinzu kam das schlechte bäuerliche Hinterland und die Konkurrenz der Schranne von Neuötting¹¹³. Die Stadt sah 1794 die einzige Möglichkeit zur Wiederbelebung der Schranne darin, eine Niederlage für Reichenhaller und Traunsteiner Salz zu schaffen, so daß die Bauernschaft das Salz wieder in Burghausen kaufen müßte und dafür das Getreide auf den Markt brächte¹¹⁴.

Die *Weilheimer* Schranne hatte nur eng begrenzte regionale Bedeutung. Die örtlichen acht Getreidehändler, davon eine Witwe (1797), kauften sogar ihre Ware auf der Münchener Schranne auf und brachten sie in ihre Heimatstadt¹¹⁵. Der Absatzmarkt wird 1709 so beschrieben, daß neben der örtlichen Bevölkerung das Getreide nach Murnau und die umliegenden Dörfer verkauft würde¹¹⁶. In dieser Zeit produzierten viele Kleinbauern selbst nicht genügend Getreide und mußten Saatgut oder Nahrungsmittel zukaufen¹¹⁷. Trotzdem nimmt Weilheim in der „Rangliste“ der Schranken 1803 eine mittlere Position ein (vgl. Anhang Nr. 13), wenn auch der Umsatz gerade nur 10 % der zweitgrößten Bayerns, Erding, ausmacht. Weilheim wird in verschiedenen Aufstellungen der Getreideschranken überhaupt nicht erwähnt¹¹⁸.

Der Markt *Trostberg* versuchte 1771 – letztendlich vergeblich – eine Schranne zu erhalten. Begründet wurde der Antrag mit der neuen Regelung, daß nur noch Bäcker und Brauer zum Aufkauf direkt bei den Höfen der Bauern berechtigt wären, die anderen Bürger aber fünf bis sechs Stunden bis zur nächsten Schranne hätten. Zumindest erbat man sich aber die Erlaubnis für alle Bürger, wieder direkt einkaufen zu dürfen¹¹⁹. Hintergrund des Gesuchs war vermutlich die gerade herrschende Hungersnot bzw. der Getreidemangel. Deutlich wird jedoch auch aus diesem Vorgang, daß es für die Bauernschaft überhaupt nicht mehr attraktiv war, den nahegelegenen Markt zu besuchen.

¹¹¹ StadtA Burghausen A 130.

¹¹² Bericht vom 15. 11. 1707 in: StadtA Burghausen A 130.

¹¹³ Bericht vom 15. 6. 1791 in: StadtA Burghausen A 130.

¹¹⁴ Schreiben des Rats vom 30. 8. 1794 an den Kurfürsten in: StAM GL Fasz. 465 Nr. 19.

¹¹⁵ BayHStA GR Fasz. 826 Nr. 59.

¹¹⁶ BayHStA GR Fasz. 828 Nr. 63 u. 64.

¹¹⁷ Vgl. *Schlögl*, Bauern, 196.

¹¹⁸ U. a. 1790: BayHStA GR Fasz. 827 Nr. 61.

¹¹⁹ BayHStA GL Fasz. 4194 Nr. 115.

3. Überregionaler Handel

Über den bayerischen Handel während unseres Untersuchungszeitraums wurden bereits verschiedene einschlägige Arbeiten verfaßt. Die älteren erschöpfen sich in faktenreichen aber wenig überschaubaren Darstellungen. Sie stellen nach wie vor eine wichtige Detailgrundlage dar¹²⁰, Gesamtstrukturen werden durch sie jedoch kaum deutlich. Die neuere Forschung wird hauptsächlich durch Mauersberg, Edlin-Thieme und Schremmer¹²¹ vertreten. Das Ergebnis der bisherigen Bemühungen, den bayerischen Handel im Zeitalter des Merkantilismus darzustellen, faßt Schremmer in drei Punkten zusammen¹²²:

1. Es fehlte an „einer ansehnlichen Gruppe von großen Kaufmannsfamilien und großen Fernhandelskaufhäusern“. Erst für das letzte Drittel des 18. Jahrhunderts wird das Entstehen eines Kaufmannsstandes in München konstatiert, der sich „nach der Begründung des Königreichs Bayern und der damit verbundenen Aufwertung Münchens als Wirtschaftszentrum“ mit dem Augsburgs und Nürnbergs messen konnte¹²³.
2. Schremmer geht von der Existenz einer Reihe kleiner und mittlerer Verleger aus, „deren Existenz heute mehr vermutet wird, als daß sie bisher im einzelnen genau nachgewiesen worden ist“.
3. Es dominierten die kleinen seßhaften wie fahrenden Detailhändler.

Die drei Thesen, von denen sich die dritte ohnehin von selbst versteht¹²⁴ und die zweite von uns so nicht übernommen werden kann¹²⁵, zeigen vielmehr unsere weitgehende Unkenntnis über den Handel des 17. und 18. Jahrhunderts, so daß wir uns mit diesen Aussagen nicht zufrieden geben können. Trotz der genannten Studien und zahlreicher Untersuchungen zu anderen Themen, die wichtige Einzelinformationen zum Handel enthalten¹²⁶, haben wir von ihm noch kein annähernd geschlossenes Bild. Dieser bisher äußerst lückenhafte Forschungsstand liegt auch zum Teil in der schwierigen Quellenlage begründet, die auf viele Fragen – soweit dies bisher gesagt werden kann – keine Antwort gibt, bzw. eine Fokussierung auf das ausgehende 18. Jahrhundert erzwingt. Aus dem Blickwinkel der bayerischen Stadtgeschichte erscheinen folgende Themen von besonderem Interesse, die noch keine befriedigende Bearbeitung gefunden haben:

- In welchem funktionalen Zusammenhang steht der Handel mit dem heimischen Gewerbe?
- Welchen Anteil haben bayerische Handelsleute am Import- und Exportgeschäft und in welcher Abhängigkeit stehen sie hierbei zu Kaufleuten der Handelsmetropolen?

¹²⁰ Zirngibl, *Handel*; Freyberg, *Pragmatische Geschichte*, passim; Baumann, *Handelswesen*.

¹²¹ Mauersberg, *Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, 170–342; Edlin-Thieme, *Handelsstand*; Schremmer, *Wirtschaft Bayerns*, 590–671.

¹²² *Wirtschaft Bayerns*, 594 f.

¹²³ Diese These geht zurück auf Mauersberg, *Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, 205 f.

¹²⁴ Vgl. Kap. VI.2.

¹²⁵ Vgl. Kap. VI.3.

¹²⁶ Vgl. u. a. die Literatur zum Zollwesen S.65 Anm. 273, 274.

- Welche „wichtigen“ Handelshäuser gibt es überhaupt in Bayern, wie steht es um deren ökonomische Möglichkeiten und wie sind sie im Land verteilt? Entspricht unser auf München konzentrierter Blick überhaupt den Tatsachen?
- Wie ist die Warenverteilung nicht dezentral im ganzen Land produzierter Güter organisiert?

Diese Forschungsdesiderate können hier keineswegs auch nur annäherungsweise erfüllt werden. Um uns jedoch nicht in der Wiederholung aus der Literatur längst bekannter Einzelfakten zu verlieren und dann doch erneut vor dem „Nicht-Wissen“ um entscheidende Zusammenhänge zu stehen, soll hier ein anderer Weg beschritten werden. Wir gehen von der These aus, daß der örtliche Handel, der nur lokale Produkte vertrieb, zwar eine gewisse ökonomische Bedeutung vor Ort erzielen konnte, aber keine wirklichen Impulse für die städtische wie landesweite Wirtschaft bieten konnte. Von entscheidenderer Wirkung waren also diejenigen Handelsaktivitäten, die ein überregionales Handlungsfeld im Auge hatten, d. h. entweder lokale Produkte einem größeren Markt, oder zentral produzierte fremde Erzeugnisse – sei es aus dem In- oder Ausland – dem heimischen Markt zuführten. Wir versuchen hierzu auf folgende vier Fragen erste Antworten zu geben:

1. Welche Funktionen erfüllte der überregionale Handel in Bayern?
2. Welchen ökonomischen Stellenwert nahmen die Handelshäuser in den Städten ein?
3. In welchem Verhältnis (Kooperation-Konkurrenz) stand der Handel zum übrigen Gewerbe?
4. Welche Konkurrenzverhältnisse gab es zwischen inländischen und ausländischen Händlern?

Zu 1.: Bei der *funktionalen Bestimmung des bayerischen Handelswesens* ist insbesondere von Interesse, wie es die Differenzen zwischen regionalem Warenangebot und örtlicher Nachfrage auszugleichen imstande war. Daß die bayerischen Handelshäuser im 17. und 18. Jahrhundert mit wenigen Ausnahmen als Anreger und Förderer einheimischer gewerblicher Produktion – d. h. als Verleger – mit Ausnahme des Textilbereichs weitgehend ausfielen, wurde bereits an anderer Stelle festgestellt¹²⁷. Da in Bayern exportfähige Gewerbeprodukte nur eine untergeordnete Rolle als Handelsobjekte darstellten, stand für den Handel mit gewerblichen Waren der Import ausländischer Produkte im Vordergrund. Landesherrliche protektionistische Zollgesetze trafen deshalb regelmäßig auf den erbitterten Widerstand der Kaufleute, die sich – vorgeblich oder real – in ihrer Existenz bedroht sahen. Besonders deutlich wurde dies anläßlich der Neuregelung des Mautwesens 1765¹²⁸, als systematisch die Einfuhr besonders von Luxuswaren verteuert wurde. Die Absicht des Landesherrn, den Import soweit möglich zu vermindern, war damit direkt gegen die Interessen des Handelsleute gerichtet. Einige Argumente der Münchener Krämer- und Kaufleutenzunft erscheinen für die oben genannte Problemstellung wichtig¹²⁹. So wird behauptet:

¹²⁷ Vgl. Kap. VI.3.

¹²⁸ Vgl. S. 73f.

¹²⁹ BayHStA GR Fasz. 1642 Nr. 74.

tet, durch die steigenden Preise wären sie nicht mehr in der Lage, ein Warenlager zu unterhalten. Da jedoch nur ausländische Produkte betroffen waren, läßt sich daraus schließen, daß sich hauptsächlich solche in diesen Warenlagern befanden. Dies wird bestätigt durch verschiedene überlieferte Inventare Münchener Handelshäuser aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts¹³⁰. Weiterhin beunruhigte den Münchener Handel 1765, daß mit den gestiegenen Importkosten und den verringerten Warenlagern auch der Adel als Kundschaft verloren gehen und dieser sich im Ausland selbst versorgen könnte. Das Argument erscheint in zweifacher Hinsicht als realistisch. Zum einen waren die Stände für den Eigenbedarf von jeglichen Zöllen befreit, zum anderen waren es besonders die höheren Stände und der Hof, die sich nicht an die landesherrlichen Vorgaben hielten¹³¹. Sie befriedigten vor allem ihre Kleidungsbedürfnisse keineswegs durch inländische Produkte, und ihre Modewünsche orientierten sich hauptsächlich an den feineren ausländischen Waren¹³².

Dem Handelsplatz München kam darüber hinaus auch eine wichtige Verteilerfunktion innerhalb Bayerns zu. So versuchte u. a. die Heidelberger kurpfälzische Kattunmanufaktur unter Kurfürst Karl Theodor ihren Absatz in Bayern über die Münchener Dreikönigsdult zu verbessern, d. h. sie wollte von hier in die anderen Städte und Märkte wie auch in die angrenzenden Länder liefern¹³³. Wieweit die Gewerbetreibenden der kleineren Städte und Märkte von diesem Zentrum abhängig waren, zeigt das Beispiel von Tölz am Ende des 18. Jahrhunderts. Die dort ansässigen zwölf Handelsleute holten ihre Waren „größtentheils“ von den Münchener Dulten und Jahrmärkten, ebenso die zwei Kürschner, die ihre sämtlichen Rohmaterialien hier einkauften. Die sieben Kistler brachten dagegen vierteljährlich ihre Arbeiten in die Residenzstadt und einmal jährlich nach Landshut¹³⁴. Münchener Großhändler setzten ihre Waren im ganzen Land ab. Die Geschäftsbeziehungen des Materialwarenhändlers Angelo Sabbadini im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts reichten von der näheren Umgebung der Residenzstadt wie Aichach, Landsberg, Erding bis nach Kraiburg, Landshut und Straubing¹³⁵.

Zu 2.: Die Frage nach der *ökonomischen Bedeutung der Handelshäuser* in den bayerischen Städten und Märkten läßt sich vergleichend vorerst nur mit Hilfe der Steuerbuchanalysen feststellen. Wir nehmen dafür Ergebnisse des folgenden Kapitels vorweg. In München sollen Ende des 18. Jahrhunderts 12 Großhändlern 40 Kleinhandelsgeschäfte, 24 Galanteriewarenhandlungen und 5 Materialistenbetriebe gegenüber gestanden sein¹³⁶. Einer der Großhändler dieser Zeit war Angelo Sabbadini (1781–1820). Er hatte Beziehungen zu allen wichtigen Handelsplätzen Europas. Allein bei der Firma J. G. Peters in Amsterdam bezog er 1784–90 Waren im Wert von 52.980 fl., bei Spangenberg in Augsburg 1786 und 1787 für 61.601 fl.¹³⁷. Sabbadini gehörte 1792 nach unserer Steuerbuchanalyse

¹³⁰ Siehe *Edlin-Thieme*, Handelsstand, 92 f.

¹³¹ Vgl. S. 74

¹³² Vgl. u. a. *Hartmann*, Luxuskäufe; *ders.*, Monarch; *Kruedener*, Absolutismus; diverse Beiträge in *Glaser* (Hg.), Max Emanuel.

¹³³ BayHStA GL Fasz. 2768 Nr. 1030; vgl. S. 283.

¹³⁴ *Ströber*, Tölz, 296 ff.

¹³⁵ *Edlin-Thieme*, Handelsstand, 87.

¹³⁶ *Ebd.*, 85.

¹³⁷ *Ebd.*, 83 f., Anm. 140.

zu den „reichen“ Handelsberufen mit einem Zensus von 20 fl. 35 x¹³⁸. In München gab es in diesem Jahr 52 Personen, die über 20 fl. Steuern zahlten. Diese bestanden zum größten Teil aus Handelsleuten. Sabbadini stand also eher am unteren Rand dieser „Superreichen“ unter den Handelsgewerben. Ein Joseph Anton Oberhuber zahlte 100 fl.¹³⁹, Ulrich Müller, der gleichzeitig Äußerer Rat war, 37 fl. 48 x¹⁴⁰, Jakob Nocker 48 fl. 45 x¹⁴¹, die Erben von Georg Nocker gaben insgesamt ca. 180 fl.¹⁴², Johann Baptist Rudorfers Erben über 136 fl.¹⁴³ oder Ruffinis Erben 30 fl. 7 x¹⁴⁴.

Die herausragende Bedeutung der Residenzstadt innerhalb des Territoriums als Sitz von Handelsgesellschaften wird nicht dadurch widerlegt, daß sich sehr wohl auch in kleineren Städten angesehene, z.T. auch überregional bedeutende Handelsherren finden lassen. Als Beispiele mögen hier nur genannt sein der Schrobenhauser Handelsmann Johann Senser, der 1678 das Tabakmonopol gegen eine jährliche Abgabe von 10.000 fl. an die Hofkammer übernahm¹⁴⁵, oder der Braunauer Tuchverleger Joseph Heiß, der 1737 ein Monopol für Heereslieferungen und Import geringerwertiger ausländischer Tuche im Zusammenhang mit seiner Übernahme der Tuchmanufaktur in der Au erhielt, wobei er 8.000 fl. jährlich an die Kabinettskasse abzuführen hatte¹⁴⁶. Dennoch müssen sie in Oberbayern außerhalb der Residenzstadt als Ausnahmen gelten. In unseren anderen Beispielstädten erreichen die Handelsgewerbe kaum die Steuerwerte der Nahrungsmittelhandwerke¹⁴⁷.

Zu 5.: Ein in manchen Branchen extremer *Antagonismus der Interessen zwischen Handwerk und Handel* war unvermeidlich. Besonders die von Moden und neuen technischen Verfahren betroffenen Handwerke, denen aus Kapitalmangel, Zunftbeschwerden oder Technologiedefiziten eine Anpassung an die veränderten Käuferwünsche nicht in ausreichendem Maße möglich war, kamen in Konflikt mit Großhändlern wie kleinen Hausierern, die mit Importwaren gerade diese Wünsche erfüllen konnten. Diese Tatsachen wurden in den Quellen wie in der einschlägigen Literatur bereits für den gesamten Untersuchungszeitraum so häufig belegt, daß hier im einzelnen darauf nicht mehr eingegangen werden muß¹⁴⁸. Die Krämer standen aber nicht nur im Zentrum der Kritik der betroffenen Handwerke, sondern auch „unabhängige“ Fachleute sahen in ihnen die Ursache des Niedergangs der Gewerbe. Roman Zirngibl meinte noch 1817 in seiner – wohl als spätmerkantilistisch zu bezeichnenden – Sichtweise, die Krämer schädeten besonders, indem ihr vorrangiges Interesse darin bestünde, fremde Güter

¹³⁸ StadtA München Steuerbuch 1792 fol. 139.

¹³⁹ StadtA München Steuerbuch 1792 fol. 138f.

¹⁴⁰ StadtA München Steuerbuch 1792 fol. 151.

¹⁴¹ StadtA München Steuerbuch 1792 fol. 134.

¹⁴² StadtA München Steuerbuch 1792 fol. 134.

¹⁴³ StadtA München Steuerbuch 1792 fol. 133f.

¹⁴⁴ StadtA München Steuerbuch 1792 fol. 128.

¹⁴⁵ Zirngibl, Handel, 475f.

¹⁴⁶ Slawinger, Manufaktur, 95.

¹⁴⁷ Vgl. S. 349, 354, 358.

¹⁴⁸ Verschiedene Belege bieten u.a. die Gravamina auf den Landtagen von 1612 und 1669 (Krenner, 1612; Krenner, 1669), besonders auch die Berichte aus den Städten im Zusammenhang der beiden Gewerbeumfragen von 1602 und vor 1669 (BayHStA GR Fasz. 266 Nr. 31 und GR Fasz. 273 Nr. 4). Zur Literatur siehe Anm. 120, 121.

zu importieren und die Bedürfnisse nach ihnen zu wecken, wodurch Geld aus dem Lande flösse¹⁴⁹. Bevorzugt ausländische Waren vertrieben auch die konzessionierten wie die illegal arbeitenden Hausierer. Diese Wanderhändler stellten auch für den bürgerlichen Händler eine Belastung dar, nicht nur, weil sie eine Konkurrenz bedeuteten, sondern auch, weil sie vielfach Schmuggelgut vertrieben und den bürgerlichen Lasten weitgehend nicht unterworfen waren¹⁵⁰. Der Handelsstand kam auch in die Kritik verschiedener Handwerke, die den Mangel an Kaufleuten beklagten, die verlegerisch tätig wären¹⁵¹.

Zu 4.: Der inländische Händler stand in harter Konkurrenz zu ausländischen Importeuren aller Größenordnungen. Der Handel in Oberdeutschland war zum größten Teil in der Hand der reichsstädtischen Kaufherren, und bei der Vermittlung des Ferntransits waren die Münchener weitgehend auf Nürnberger, Augsburger und Regensburger Kollegen angewiesen¹⁵².

Das starke Auftreten ausländischer Händler auf den Jahrmärkten wurde immer als „nahrungsbeeinträchtigend“ empfunden¹⁵³. So beklagten die Städte 1669 das Erscheinen von Friaulern, Burgundern, Lothringern, Franzosen und anderen „nicht allein bey denen Regierungen vor denen Canzleien (alwo auch kein Innlander yber 3 Tag fail haben solle)“ sondern auch auf allen Kirchweihen, in allen Pfarrhöfen und Wirtstavernen. Das gelte nicht nur für den Absatz der „kurzen Waren“, sondern auch für den Tuchhandel, besonders Meißner Tücher, und den Eisenhandel, den vor allem die Salzburger in Händen hätten. Verschiedentlich seien die heimischen Händler und Kramer gänzlich von den ausländischen verdrängt worden¹⁵⁴.

Die Veränderungen im Import-Export-Geschäft über den Dreißigjährigen Krieg hinweg lassen sich am Beispiel Rosenheims belegen. Bei der Gewerbeumfrage Maximilians I. von 1602 berichten die Bürger des Marktes vor allem über ihre Handelsaktivitäten. Nachdem der Salzhandel aufgehoben worden sei, resultierten jetzt ihre Haupteinnahmen nur noch aus dem Import von Wein aus Tirol und Österreich, dem Futter- und Getreidehandel nach der Grafschaft Tirol, wobei diese Produkte teilweise in Österreich gekauft würden, dem Handel mit wollenem Tuch und Eisenprodukten sowie dem Aufkauf von Leinwand und deren Export¹⁵⁵. Bis 1669 gingen auch Teile dieses Handelsgeschäfts verloren. Tiroler übernahmen den Getreideaufkauf für ihr Land selbst, verkauften auch die Eisenwaren in Bayern, Laufener (Erzbistum Salzburg) Fuhrleute und Säumer verhausierten täglich Wein und die „welschen“ Kramer verkauften ihre Importwaren in Rosenheim¹⁵⁶.

Der hier von den Rosenheimer Handelsleuten geschilderte Verlust war kein singulärer Fall. In den auf dem Landtag von 1669 vorgetragenen Gravamina heißt es, daß sich vor dem Kriege viele hundert Bayern durch den Wein und Getreidehandel „reichlich ernährt vnd sonderbar an dem Inn- vnd Donaustromb

¹⁴⁹ Zirngibl, Handel, 749f.

¹⁵⁰ Edlin-Thieme, Handelsstand, 74.

¹⁵¹ Vgl. S. 251.

¹⁵² Vgl. Edlin-Thieme, Handelsstand, 82f.

¹⁵³ Vgl. S. 283; Edlin-Thieme, Handelsstand, 78.

¹⁵⁴ Krenner, 1669, 490f.

¹⁵⁵ BayHStA GR Fasz. 273 Nr. 4.

¹⁵⁶ BayHStA GR Fasz. 266 Nr. 31.

ein schönes Vermögen erobert haben“. Jetzt aber sei dieser Handel „vast durchgehend“ von den Städten auf das Land transferiert worden. Der Tuch- und Eisenhandel werde nun fast ausschließlich „von denen Ausländtischen“ betrieben¹⁵⁷.

Die Klagen des Handelstandes im 18. Jahrhundert gegen ihre nicht-bayerischen Kollegen richteten sich sowohl gegen deren legale wie illegale Praktiken: Welsche und Savoyarden würden neben den durch Patent bewilligten auch andere Waren beilegen und diese während und außerhalb der gefreiten Jahrmärkte verkaufen. Dies geschehe durch sie persönlich oder durch bedienstete Verkäufer und Hausierer. Das Land sei von solchen „Patentlern“ überschwemmt, die auf eine solche Konzession zwei bis drei „Buben“ halten würden. Den bayerischen Händlern entstand auch ein Konkurrenznachteil daraus, daß sie den „bürgerlichen Bürden“ wie Steuern und Abgaben unterworfen waren, die „unansäsigen“ Ausländer jedoch nicht. Dadurch konnten letztere auch Preisvorteile für sich nutzen¹⁵⁸.

Dem Handelsstand war auch das sogenannte „Musterreiten“ ausländischer Kaufleute, bzw. deren Handlungsbediener ein Dorn im Auge. Nicht nur am Hofe wählten die Kunden anhand von Mustern Textilien, Gold- und Silberwaren etc. aus und bestellten sie. Durch ein Mandat vom 16. September 1779 wurde den ausländischen Händlern der Verkauf mit Musterkarten nur noch während der Markt- und Dultzeiten erlaubt, während die inländischen Händler diese Art der Auftragswerbung das ganze Jahr hindurch praktizieren durften¹⁵⁹.

4. Ergebnis

Der Warenaustausch als Gelenkstelle zwischen handwerklicher Produktion und Endverbraucher ist für die Frühe Neuzeit in Bayern kaum exakt quantitativ faßbar. Allenfalls in wenigen Ausnahmen steht uns vergleichbares oder eine gewisse Größenvorstellung vermittelndes Zahlenmaterial zur Verfügung. Dies gilt für alle Ebenen des Handels und zwar 1. für den Vertrieb direkt durch den Handwerker, der nur seine eigenen Produkte verkaufen durfte, 2. für den binnenländischen Handel und 3. für die Außenwirtschaftsbeziehungen. Die häufigen und teilweise auch sehr umfangreichen erzählenden Darstellungen über den Zustand des Handelsstandes geben mitunter jedoch gewisse Vorstellungen der Zusammenhänge, Probleme, Defizite und Stärken dieses Teils des Wirtschaftssystems, ohne allerdings die fehlende „objektivere“ Zahlenbasis ersetzen zu können. Unter diesen Voraussetzungen erscheinen für das bayerische Handelswesen – insbesondere im Hinblick auf die oberbayerischen Städte und Märkte – folgende Grundvoraussetzungen als konstitutiv:

1. Oberbayern lag weitgehend abseits der wichtigen Verkehrsadern der Frühen Neuzeit.
2. Mit Ausnahme von Textilien gab es kein namhaftes gewerbliches Exportprodukt, mit dem bayerische Händler auf dem internationalen Markt auftreten konnten.

¹⁵⁷ Krenner, 1669, 478.

¹⁵⁸ BayHStA GR Fasz. 839 Nr. 28.

¹⁵⁹ MGS II, 947 Nr. 151; vgl. auch Edlin-Thieme, Handelsstand, 89.

5. Selbst dem Getreideexport über die Schranken der oberbayerischen Städte scheint keine herausragende Rolle zugefallen zu sein
4. Der Handel blieb deshalb im wesentlichen Importgewerbe oder diente der überlokalen Distribution heimischer Produkte innerhalb des eigenen Landes.
5. Innerhalb Oberbayerns kam den Münchener Jahrmärkten eine mehrfache und herausragende Funktion zu: Neben der Versorgung der eigenen Bevölkerung und der Hofangehörigen waren sie Umschlagplatz für die Importwaren des ganzen Landes und hatten auch Verteilerfunktion für zentral produzierte bayerische Waren.
6. Die Jahrmärkte der meisten anderen oberbayerischen Städte dienten nur dem Austausch mit dem unmittelbaren Umland. Dies gilt um so mehr für die Wochen- und Viehmärkte wie für die Schranken und Getreidemärkte.
7. Wie bereits für das Handwerk festgestellt, erlebten die Städte und Märkte auch hinsichtlich des Warenaustauschs einen erheblichen Zentralitätsverlust, der insbesondere durch den Dreißigjährigen Krieg einen Akzelerationsschub erhielt. Immer mehr legale wie illegale Handelsaktivitäten verlagerten sich aufs Land.
8. Die bayerischen Handelsleute waren beim Vertrieb der Importgüter ausländischen Kollegen unterlegen. Letztere hatten bessere Einkaufsmöglichkeiten, waren mobiler, unterlagen vielfach nicht den finanziellen Belastungen durch die diversen Obrigkeiten wie die einheimischen Bürger und konnten sich wohl auch leichter über gewisse Restriktionen hinwegsetzen.
9. Da die bayerischen Kaufleute zu einem wesentlichen Teil auf den Vertrieb von Importgütern angewiesen waren, konnten sie unter diesen Bedingungen nur schwer größere Anteile des Handels an sich ziehen. Der Stand blieb deshalb im Vergleich zu dem der reichsstädtischen Metropolen unbedeutend.
10. Innerhalb Oberbayerns ragt der Münchener Handelsstand weit heraus, da in den übrigen Städten den Kaufleuten kaum jemals eine nennenswerte, die Nahrungsmittelgewerbe übertreffende Rolle zukam.
11. Der bayerische Handel wurde durch die verschiedensten Restriktionen gebremst: merkantilistische Zollpolitik zum Schutz des heimischen Handwerks und zur Beeinflussung des Warenaustauschs mit dem Ziel der Verbesserung der Außenhandelsbilanz, zünftische Beschränkungen, protektionistische Maßnahmen zugunsten der heimischen Manufakturen, Luxusbeschränkungen (Kleiderordnungen).

VIII. Vermögens- und Einkommensstruktur

1. Steuerbücher und Steuerordnungen

Im Gegensatz zur bürgerlich liberalen Gesellschaft wird die Stellung des Einzelnen in der ständischen Gesellschaft viel stärker durch außerökonomische Kriterien bestimmt. Die Zugehörigkeit zu Stand oder Gruppe (Adel, Geistlichkeit, Bürgertum, Bauernstand, Zunft etc.) bezeichnet die soziale Stellung weit mehr als der wesentlichste Sozialprestigefaktor der Moderne, der materielle Besitz. Dennoch darf letzterer Faktor bei der Betrachtung der frühneuzeitlichen Sozialstruktur – insbesondere der städtischen, vom Gesichtspunkt der ständischen Gesellschaft aus weit „egalitäreren“ – nicht unterschätzt werden. Die ökonomische Stellung prädestinierte gerade in den Städten und Märkten zu Ämtern und Einfluß, ja war auch Ausgangspunkt für den weiteren Aufstieg in Adel und Hofämter¹. Auch zeigen zahlreiche Untersuchungen, daß die ökonomischen Gegensätze zwischen den einzelnen Berufsgruppen wie auch selbst zwischen Vertretern ein und desselben Handwerks vielfach meist größer waren, als die am Ausgleich orientierten Zunftordnungen vermuten lassen.

Die entscheidende Quelle für eine Untersuchung der ökonomischen Hierarchie in den Städten sind Steuerbücher. Die Bemessungsgrundlage der Steuern war überall der Besitz, mobiler wie immobil, bzw. Einkünfte daraus². Der Zensus entwickelte sich stets proportional zur Höhe der Bemessungsgrundlage, d. h. doppelt so großer Besitz bzw. doppelt so hohe Einkünfte bedeuteten auch doppelt so hohe Steuern. Progressiv ansteigende Steuersätze kennt erst die jüngste Geschichte. Wir haben also – vorausgesetzt die ganze städtische Gesellschaft ist in der Steuerliste repräsentiert und gleichmäßig erfaßt – in dieser Quelle einen Spiegel der ökonomischen Struktur der Bevölkerung vor uns.

Diese allgemeinen Beobachtungen verdeutlichen die zentrale Bedeutung dieses Quellentypus, müssen aber an verschiedenen Stellen auf die tatsächlichen Grundlagen der Besteuerung hinterfragt werden. Damit werden dann auch die Einschränkungen in der Aussagekraft der Steuerbücher deutlich, die bereits verschiedentlich in der wissenschaftlichen Literatur für nicht-bayerische Städte betont wurden³. Auch ist die Besteuerungsgrundlage in den einzelnen Städten keineswegs einheitlich, sowohl innerhalb der Gruppe der Reichsstädte wie auch

¹ Vgl. Kap. V.3.

² Vgl. u. a. *Weyrauch*, soziale Schichtung; *Bátori/Weyrauch* (Hg.), Kitzingen, darin besonders *Bátori/Metz*, Verteilung; *Fügedi*, Steuerlisten; *Laufer*, Trier; *Rüthing*, Höxter; *Mathis*, Quantitative Methoden; *Clasen*, Steuerbücher; *Hoffmann/Roeck*, Elektronische Datenverarbeitung, dort auch weitere Literatur.

³ Vgl. *Hoffmann/Roeck*, Elektronische Datenverarbeitung, dort ausführlich die Literatur zur allgemeinen Quellenproblematik.

unter den Landstädten. Da die altbayerische Städtelandschaft in dieser Hinsicht bisher noch keine genauere Untersuchung erfahren hat⁴, müssen die hier geltenden Steuerordnungen, soweit es für die Analyse der Vermögensstruktur notwendig ist, betrachtet werden.

1. 1. München

Für die Residenzstadt ist aus dem Untersuchungszeitraum eine umfangreiche Steuerordnung von 1606 überliefert. Diese wurde 1724 von Kurfürst Max Emanuel bestätigt, weitere Konfirmationen folgten dann bis 1778⁵. Vermutlich ist auch die hier ausgewertete Steuer von 1792 ebenfalls noch unter denselben Regularien erhoben worden wie die von 1606⁶. Die Steuerordnung dieses Jahres hat Vorgänger aus den Jahren 1511, 1561 und 1577⁷.

Der Bürger, der für sein Eigentum wie für das seiner Frau und seiner Kinder steuerte, mußte bei der alle sechs bis sieben Jahre stattfindenden Steuereinschätzung („Geschworene Steuer“) den gesamten Besitz wie die steuerpflichtigen sonstigen Einnahmen in und außerhalb der Stadt, auch – falls vorhanden – entsprechende Werte außerhalb des Landes, angeben und versteuern. Bürger, die auch der Rittersteuer unterlagen, durften diese jedoch von der städtischen Summe abziehen. Ausgenommen davon waren diejenigen, die eine „componirte“ Steuer reichten, d. h. die sich mit der Stadt auf eine Pauschalsumme geeinigt hatten und deshalb nicht ihr Vermögen nach der Steuerordnung Punkt für Punkt erklären mußten. Vermutlich handelt es sich bei dieser Gruppe um Spitzensteuerzinsiten, die damit eine Offenlegung ihrer Vermögensverhältnisse umgehen konnten. Für diese Annahme spricht eine ähnliche Regelung im Augsburger Steuerrecht der Zeit⁸, wie auch lange Zeit unverändert hohe und glatte Steuersummen.

Sieht man einmal von dem fast von allen Zinsiten gleichmäßig zu entrichtenden Kopfsteuerbeitrag, dem „Habnit“, ab, so beruhen fast alle Bestimmungen auf der Idee, die regelmäßigen Einnahmen aus Güten, Zinsen und Mieten zu besteuern⁹ (Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen der Steuerordnung von 1606 siehe Anhang Nr. 15). Sogar selbst genutzte Immobilien wurden entsprechend nach heranzuziehenden Vergleichsmieten bzw. -pachten eingeschätzt. Reine Vermögenssteuern spielten dagegen eine Rolle z. B. bei verzinslich angelegtem Geld, Kaufmannswaren, Handwerksgerechtigkeiten verschiedener

⁴ Für den altbayerischen Raum haben sich bisher mit der Problematik der Untersuchung von städtischen Steuerbüchern Forschungen hauptsächlich mit München auseinandergesetzt: *Roeck*, München; *Lukas-Götz*, Steuerordnung; *dies.*, soziale Strukturen; *Fleischmann*, Aspekte; *ders.*, Sozial- und Wohnstruktur. Ausnahme für eine Landstadt Hoffmann, *Trostberg*, 104–109.

⁵ StadtA München Steueramt 636, 647.

⁶ Kreittmayr beruft sich in seinen „Anmerkungen“ ebenfalls noch auf diese Ordnung. So zitiert er z. B. den Art. 82 bezüglich der Steuerfreiheit bzw. -pflicht des Hofgesindes (Bd. V, 783).

⁷ *Lukas-Götz*, Steuerordnung, 92.

⁸ *Roeck*, Stadt I, 431; *Hoffmann/Roeck* 194 f.; *Clasen*, Steuerbücher, 25 f.

⁹ Hier nicht richtig *Roeck*, München, 442, der feste Steuersätze für Häuser, Anger und Äcker angibt. Diese galten aber nur dann, wenn die verschriebenen Ewiggülden den angenommenen Hauszins überschritten, wodurch ohne diese Regelung überhaupt keine Steuern mehr angefallen wären.

Berufe, gelagertem Getreide, Werkzeugen und Vieh. Schulden und Zinszahlungen durften entsprechend abgezogen werden. Keine Berücksichtigung fanden dagegen die ‚normalen‘ Einnahmen aus Gewerbebetrieben, d. h. deren Gewinne. Hierfür dürften auch in den wenigsten Fällen verwertbare Einschätzungskriterien vorgelegen haben. Wir haben es also nach modernen Vorstellungen mit einer weitgehend am Vermögen des Zensiten orientierten Einkommensteuer zu tun, die jedoch ein wesentliches Element unserer heutigen Einkommensteuer – die Gewinne aus selbständiger und unselbständiger Arbeit – nicht berücksichtigt. Genaugenommen unterlag angelegtes Geld einer Doppelbesteuerung, einmal als reine Vermögenssteuer, zum anderen als Einkommenssteuer bei den Zinsen.

Fürstliche Räte, Hofgesinde und deren Familien waren von der bürgerlichen Besteuerung befreit. Wenn sie jedoch in der Stadt Einkünfte aus Mieten, Ewiggeldern oder gewerblichen Tätigkeiten (z. B. Nähen, Spinnen) erzielten, unterlagen auch sie dem Zensus. Adel, der nicht dem Hof angehörte, aber ständig bzw. vorübergehend in der Stadt leben wollte und „aigen rauch“ besaß, mußte mit dem Rat eine Steuersumme vereinbaren¹⁰.

Fragt man sich nach den Gewinnern eines solchen Steuerrechts, so fällt eine Antwort nicht leicht. Zunächst ist man verleitet anzunehmen, da Einkommen und Löhne aus gewerblicher Tätigkeit und Taglohn nicht besteuert werden, dagegen fast ausschließlich Einnahmen aus Besitz bzw. dieser selbst, diese Ordnung als unterschichtenfreundlich zu bezeichnen. Andererseits dürfte der relativ hohe Kopfsteuersatz („Habnit“) von 4ß (= 120 d oder 34 x) doch diese Schichten belastet haben, besonders in Anbetracht der Durchschnittssteuersummen (1606 416 d, 1700 385 d, 1792 164 x oder 574 d). Die Steuerfreiheit für Schatzgeld, Gold, Kleinodien und Hausrat kam natürlich stärker den vermögenderen Familien zugute.

Auf den ersten Blick scheinen die Besteuerungsprocentsätze sehr niedrig zu liegen, für Bürger und Beisitzer maximal 3,8 % bei Ewiggeldern. Allerdings wurden diese Sätze oft mehrmals pro Jahr eingehoben, sei es als Stadt(Stand-)steuer oder als Servissteuer, die den gleichen Sätzen unterlag. Auch waren die Bürger mit vielen anderen Steuern und Abgaben belegt, was sie weit mehr belastete als einen vergleichbaren Handwerker auf dem Land¹¹. Eine besonders hohe Gewinnabschöpfung aus Ewiggeldern, Mieten etc. wurde bei Nicht-Bürgern und Nicht-Beisitzern, also bei Fremden betrieben (5,7–15,2 %).

Vergleicht man die Münchener Ordnung mit entsprechenden aus Augsburg von 1504, 1512, 1568, 1575 und 1583, so lassen sich erhebliche Unterschiede feststellen. Vor allem dienen in der Reichsstadt bei Immobilienbesitz nicht die Erträge als Kriterium der Besteuerung, sondern die tatsächlichen Werte des Eigentums. Liegendes Gut mußte mit 0,25 %, Barschaft mit 0,5 % veranschlagt werden¹².

1. 2. Trostberg und die übrigen oberbayerischen Städte

Wenn auch die Überlieferung von Steuerbüchern in Trostberg sehr schlecht ist – lediglich ein Register von 1553 und ein Steuerbelegungsprotokoll von 1794 ist erhalten –, so findet sich aber der Steuerliste des 16. Jahrhunderts eine Steuer-

¹⁰ Vgl. S. 236.

¹¹ Das geht aus zahllosen Klagen gegen das Landgewerbe hervor.

¹² Clasen, Steuerbücher; Roeck, Stadt I, 48.

ordnung vorangestellt. Diese ist eine wörtlich Kopie der Neuöttinger. Sie enthält in der Einleitung den Hinweis, daß sie auch „ungeverlich zu München, Wasserburg oder Braunaw ... gehalten werden solle“¹³. Das Verbreitungsgebiet dieser Steuerregularien reichte also zumindest vom Rentamt München (München und Wasserburg) über das Rentamt Burghausen (Neuötting und Trostberg) bis ins Innviertel (Braunau), wobei natürlich nicht gesagt ist, ob nicht einzelne Städte der oberbayerischen Raums andere Bestimmungen kannten. Dies kann jedoch aufgrund fehlender flächendeckender Forschungen in diesem Bereich nicht ausgeschlossen werden.

Im Vergleich mit der ein halbes Jahrhundert später entstandenen Münchener Steuerordnung zeigt sich eine sehr große Übereinstimmung, mitunter sogar völlig gleichlautende Bestimmungen¹⁴. Lediglich die Abschnitte über den Adel und das Hofgesinde fehlen in der Trostberger Ordnung. Ausnahme bildet die Regelung für Adelige, die in dem Markt leben wollten, daß dies nur mit Einverständnis des Magistrats geschehen könne. Vielfach unterscheiden sich die beiden Ordnungen nur dadurch, daß in Trostberg 1553 1d Steuer von 1 Pfund Pfennigen Wert berechnet wird, in München 1606 der Denar vom Gulden, was eine gewisse Steuererhöhung beinhalten würde. Auch der Habnit-Satz liegt in Trostberg bei 60d (= 2ß), in München bei 4ß. In der Münchener Steuerordnung von 1561 liegt dieser ebenfalls noch bei 2ß¹⁵.

Bei bestimmten Punkten gibt es jedoch Differenzen in der Steuerhöhe, wo in dem kleinen Markt Trostberg die Prozentsätze z.T. erheblich über denen von München liegen: Gült- und Zinseinnahmen der Bürger (München 2,4 %, Trostberg 5 %; dieselben Sätze gelten für die selbst bewohnten Häuser bzw. genutzten Äcker etc., für die ein Vergleichsmiet- und -pachtsatz berechnet und der dann versteuert wurde), der Bruderschaften, Zünfte, Kirche und Stifte im Ort (München: Ewiggelder 3,8 %, Zinsgelder 2,4 %, Leibgeding 1,4 %; Trostberg: für Gülten und Zinsen 13,3 %)¹⁶ und der Gäste (München: Ewiggelder 15,2 %, Zinsgeld 9,5 %, Leibgeding 5,7 %; Trostberg: Ewigzinsen und Leibgeding 25 %).

Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts scheint jedoch eine gewisse Veränderung in den Besteuerungsgrundsätzen eingetreten zu sein. Da bisher keine entsprechende Ordnung bekannt ist, müssen wir versuchen, diese Modifikationen aus dem sogenannten „Steuer-Belegungs-Protocoll“ Trostbergs vom 28. November 1794 – also einem Steuerregister – zu rekonstruieren¹⁷. Artikel 40 der Städte- und Märkteinstruktion von 1748¹⁸, auf den sich die Einleitung des Protokolls beruft, gibt nur einige allgemeine Hinweise, feste Steuerwerte finden sich hier nicht. Entscheidend ist, daß jetzt der Wert des Immobilienbesitzes als die wichtigste Grundlage der Besteuerung dient, nicht mehr die Einkünfte daraus. Der Zensus wird immer dann verändert, wenn der Besteuerte ein Grundstück, einen

¹³ StadtA Trostberg B 15.

¹⁴ Vgl. die Auswahl der Bestimmungen in Hoffmann, Trostberg, 104.

¹⁵ Lukas-Götz, Steuerordnung, 97.

¹⁶ Hoffmann, Trostberg, 104, in diesem Punkt vermutlich Irrtum: Unter 9. wird dort die Versteuerung von Immobilien unter dem gleichen Prozentsatz genannt; dies dürfte sich jedoch – wie im Fall der selbst genutzten Häuser – auf die Steuer aus den durch Vergleichsmiet- und -pachtsätzen ermittelten möglichen Erträgen beziehen.

¹⁷ StAM GL Fasz. 4182 Nr. 52.

¹⁸ Hoffmann, Instruktionen, 309f.

Stadel etc. veräußert, verliert bzw. hinzubekommt. Das gilt auch für den Wert der Gerechtigkeiten. Armut, Kinder, Krankheit, starke Verschuldung und „Gewerbsabnahme“ sind ebenfalls Kriterien, die Berücksichtigung finden.

Daß nun der Immobilien- und Gerechtigkeitsbesitz wichtigste Steuerobjekte geworden sind, im Gegensatz zu den Münchener und den „alten“ Trostberger Bestimmungen, bestätigt auch eine „Steuer-Matrikul“ des Marktes Kraiburg ebenfalls aus dem Jahre 1794¹⁹. Hier wird der steuerlich relevante Besitz jedes Bewohners des Marktes genau aufgeführt, am Ende eine Schätzsumme des Wertes angegeben und schließlich daraus die Steuersumme errechnet. Diese liegt stets bei 25 x je 100 fl. Schätzwert (= 0,42 %). Steuerlich relevanter Besitz sind hier ausschließlich Immobilien von Häusern bis zu Gärten und Weinkellern, dazu die Gerechtigkeiten. In Kraiburg kannte man darüber hinaus keine weiteren Steuerobjekte. Da es sich bei dieser Quelle um ein Steuermatrikel handelt, die nur die Veranlagung enthält, nicht jedoch die tatsächlichen Einnahmen, ist zu vermuten, daß – wie in Trostberg – bei der Steuereinnahme auf individuelle Umstände jenseits des Besitzwertes Rücksicht genommen werden konnte. Grundsätzlich scheint das Trostberger mit dem Kraiburger Steuersystem 1794 übereinzustimmen.

Für die anderen beiden Beispielstädte, Burghausen und Weilheim, sind keine Steuerordnungen mehr überliefert. Die Erhebungsgrundlage ist aus den vorhandenen Steuerbüchern nur teilweise erkennbar, lediglich aufgrund weniger Bemerkungen lassen sich einige Kriterien der Veranlagung feststellen. Hauptsteuerobjekt war – wie sich aus zahlreichen Hinweisen in den Steuerbüchern ablesen läßt – der Wert des Immobilienbesitzes. Dem Zensus unterworfen waren auch die Handwerksgerechtigkeiten²⁰. In beiden Städten blieben Amtsinhaber wie Torwarte, Wächter, Prokuratoren etc. steuerfrei. Armut ist in beiden Städten eine öfter genannte Begründung für die teilweise oder gänzliche Befreiung. Da es sich bei den Burghauser Steuerbüchern um Servisrechnungen handelt, taucht hier auch verschiedentlich als Freistellungsgrund folgender Zusatz auf: „weillen er stetts quartier getragen“²¹.

Aus diesen Beobachtungen und verstreuten Einzelbemerkungen läßt sich vermuten, daß die Erhebungskriterien Burghausens und Weilheims zumindest in der späteren Zeit denen von Kraiburg und Trostberg ähnelten. Die Münchener Steuerordnung war zu Beginn des Untersuchungszeitraums in Oberbayern weit verbreitet, wurde dann jedoch wohl als zu kompliziert angesehen.

Aus diesen Vergleichsuntersuchungen lassen sich für die weiteren Steuerbuchanalysen folgende Arbeitshypothesen ableiten:

1. Alle Bürgersteuern der oberbayerischen Städte waren am Besitz orientierte Proportionalsteuern.
2. Die Hauptkriterien der Besteuerung unterlagen mit Ausnahme der Residenzstadt einem Wandel von den Einkünften aus Immobilien- und Kapitalbesitz hin zu einer am Wert der Immobilien bemessenen Abgabe. Im folgenden wird von „Vermögenssteuern“, bzw. von „Vermögen“, die diese widerspiegeln,

¹⁹ StadtA Kraiburg Steuer=Matrikel von 1794.

²⁰ 1579 wurde in Weilheim eine Kupferschmiedgerechtigkeit mit 21 x besteuert.

²¹ Zu den in Weilheim zusätzlich erhobenen Wassergeld, Wachtgeld und Bürgersteuer vgl. S. 328.

auch für München gesprochen. Wenn diese Begrifflichkeit auch nicht exakt die Steuerobjekte wiedergibt, so dürfte sie der ökonomischen Realität der beschriebenen Bevölkerungsschichten sehr wohl entsprechen.

3. Armut, Verschuldung etc. waren Gründe für Zensusminderungen.
4. Für die Bürger aller Städte und Märkte ist keine absolute „Steuergleichheit“ anzunehmen, d.h. bei gleichen Besitz- und Vermögensverhältnissen ist von Stadt zu Stadt von unterschiedlichen Steuersummen auszugehen.
5. Dennoch wird im folgenden von einer gewissen Vergleichbarkeit der Steuersummen als Arbeitshypothese ausgegangen. Diese Annahme beruht auf den Beobachtungen bei den Gemeinsamkeiten der Zensusgrundlagen, auf ähnlichen Durchschnittssteuerleistungen der Beispielstädte (um 1700 München 385d, Weilheim 287d, Burghausen 332d, Trostberg unbekannt) sowie auf der Überlegung, daß zu große Steuerungerechtigkeiten innerhalb des Territoriums nicht denkbar sind. Letzteres wird auch durch die Probleme bei der Standsteuereinschätzung bestätigt²². Durch die Veränderungen in der Gesamtsteuerleistung der Bürger einer Stadt im Laufe der Zeit infolge sich wandelnder Vermögensverhältnisse entstanden erhebliche Ungleichgewichte von Stadt zu Stadt, da die Standsteuer der Stadt dem Zensus ihrer Bürger vielfach nicht mehr entsprach. Gerade hieran erweist sich jedoch, daß die Belastungen der Bürger nicht willkürlich der Standsteuerpflicht der jeweiligen Stadt angepaßt wurden.

Für die hier vorgenommenen Untersuchungen zur Vermögensstruktur der oberbayerischen Städte und Märkte mögen diese Kenntnisse des Steuersystems ausreichen. Genauere Analysen städtischer Steuerbücher, besonders mit differenzierteren Fragestellungen, bedürften jedoch auch erheblich besserer Kenntnisse der Besteuerungskriterien und deren Veränderungen. Nach den bisherigen Erfahrungen kann dies nur über die Vermehrung der herangezogenen Beispielstädte geschehen, nicht nur um überhaupt genügend Quellengrundlagen zu finden, sondern auch, um das Spezifische vom Allgemeinen besser unterscheiden zu können.

2. Vermögensverteilung

Es ist a priori anzunehmen, daß sich die anfänglich gestellte Frage nach dem Typus einer Stadt auch durch die Vermögensverteilung mit beantworten läßt. So sind in einer idealtypischen Fernhändlerstadt oder Residenzstadt weit größere Vermögen – und damit auch Vermögensgegensätze – zu vermuten als in einer sogenannten Ackerbürgerstadt. Dieser Hypothese soll hier auf dreifache Weise nachgegangen werden. Zum einen wenden wir uns der Zusammensetzung der Spitzensteuerzensusen zu, zum anderen ist durch mathematische Abstraktionen auch eine Betrachtung der Verteilung bzw. Konzentration der steuerpflichtigen Vermögen und Einkommen in der Bürgerschaft möglich. Schließlich stellen wir noch die Frage nach einer berufs- bzw. gruppenspezifischen Steuerschichtung.

²² Vgl. S. 16f.

2. 1. Die Spitzensteuerzahler

Aufgrund der Ergebnisse der Analyse der Steuerordnungen kann hier davon ausgegangen werden, daß die Steuersummen der Zensiten der bayerischen Städte in einem gewissen Umfang untereinander vergleichbar sind. Wenn am einen Ende der Steuerhierarchie überall die „Habnits“ stehen, so geben die Steuersummen der Spitzensteuerzensiten – und damit der vermögenden Oberschicht einer Stadt – wie auch deren Zusammensetzung einen ersten Hinweis auf die sozio-ökonomischen Unterschiede der Einwohnerschaften der verschiedenen oberbayerischen Städte. In der nachfolgenden Übersicht über die Spitzensteuerzensiten unserer Beispielstädte ist die untere Grenze mit 5 fl. Steuerleistung so gewählt, daß jede Stadt in dieser Übersicht noch Vertreter besitzt. Ansonsten ist der Betrag willkürlich. Personen die mit 5 fl. und mehr besteuert wurden, gehörten in allen Städten einer kleinen ökonomischen Minderheit an²⁵.

Die Spitzensteuerzensiten in den Beispielstädten

(in Klammern deren Anteil an der Gesamtzahl der Besteuernten)

Ort/Jahr	5–10 fl.	10–20 fl.	20–50 fl.	mehr als 50 fl.
München 1606	173 (4,4%)	83 (2,1%)	41 (1,0%)	17 (0,4%)
München 1700	144 (5,4%)	45 (1,7%)	15 (0,6%)	8 (0,3%)
München 1792	240 (8,3%)	133 (4,6%)	42 (1,5%)	10 (0,3%)
Weilheim 1579	4 (1,2%)			
Weilheim 1603	5 (1,1%)			
Weilheim 1650	19 (5,2%)	1 (0,3%)		
Weilheim 1700 ¹	16 (4,2%)	2 (0,5%)		
Weilheim 1778	15 (4,1%)	4 (1,1%)		
Burghausen 1693 ²	16 (4,9%)	9 (2,8%)		
Burghausen 1715	16 (4,6%)	1 (0,3%)		
Burghausen 1755	10 (3,6%)	3 (1,1%)		
Trostberg 1553	3 (1,9%)	1 (0,6%)		
Trostberg 1794	3 (2,1%)	1 (0,7%)		

Anm. 1: Die Gaststeuer in doppelter Höhe des normalen Steuersatzes wurde hier nur einfach berechnet. Anm. 2: Die Servisrechnung wurde nur für zwei Monate erhoben, die jeweilige Steuersumme ist deshalb mit sechs multipliziert.

(Quellen: StadtA München Steuerbücher; StadtA Weilheim Steuerbücher; StadtA Burghausen Servisrechnungen; StadtA Trostberg B 15; StAM GL Fasz. 4182 Nr. 52.)

Die Tabelle zeigt auf den ersten Blick die starke numerische Konzentration „Reicher“ in der Residenzstadt gegenüber den anderen Landstädten. Zensiten mit über 10 fl. Steuerleistung finden sich in den letzteren nur noch vereinzelt, mit über 20 fl. überhaupt nicht mehr. Auch fällt auf, daß sich in Städten gleicher Größe wie Weilheim und Burghausen zu vergleichbaren Zeiten auch zahlenmäßig vergleichbare ökonomische Oberschichten finden. Sollten unsere Beispielstädte sich auch in dieser Hinsicht als exemplarisch für die oberbayerische Städtelandschaft erweisen, so ließe sich die These vertreten, daß mit der Einwohnerstärke der Städte die Zahl der „Reichen“ nicht nur proportional sondern auch

²⁵ Vgl. Kap. VIII.2.2.1.–2.2.4.

überproportional zunimmt. Besonders deutlich wird der „Residenzstadteffekt“ bei den Steuerleistungen über 20 fl. In diesem Bereich läßt sich jedoch auch kaum eine Veränderung in der Sozialstruktur innerhalb der untersuchten zweihundert Jahre feststellen. 1606, 1700 und 1792 setzen sich die Münchener „Superreichen“ fast ausschließlich aus Patriziat – wohl meist durch Handel zu Wohlstand gekommen –, Adel und der Oberschicht der Handelsleute zusammen. Handwerker finden sich in dieser Kategorie nur höchst selten, vorrangig die Wirte und Brauer²⁴. Die herausragende Bedeutung Münchens bezüglich der Vermögenskonzentration ist mit Ausnahme des Adels fast ausschließlich vom Handelskapital geprägt, das kaum auf einheimischer gewerblicher Produktion beruhte.

Vergleichen wir nun die Gruppe der Personen mit einem Zensus zwischen 5 und 20 fl. Das Spektrum der hierin vertretenen Berufe vermehrt sich gegenüber der weit kleineren Gruppe der über 20 fl. Steuernden. 1792 sind es in München ca. 80 identifizierbare Berufe, von denen sich Vertreter in diesem Vermögensbereich finden, darunter Schneider, Schächler, Nadler, Seifensieder, Hufschmiede, Weber und Schuhmacher. An der Spitze der 373 Zensiten umfassenden Gruppe stehen jedoch die Brauer (16), Handelsleute (46), Bäcker (26), Wirte (13), Branntweinbrenner (12) und Melber (11) – um hier nur die Berufe zu nennen, die mehr als zehnmal die Fünf-Gulden-Grenze überschreiten.

In den anderen Beispielsstädten ist das Berufsspektrum der Spitzenzensiten weit kleiner. Auf der Grundlage der jeweils untersuchten Steuerbücher waren es in Burghausen zwölf, in Weilheim acht und in Trostberg lediglich zwei verschiedene Berufe, die mehr als 5 fl. entrichteten. In diesen kleineren und kleinsten Städten lag das Schwergewicht auf den Nahrungsmittelgewerben, insbesondere auf den Brauern. Der Handel spielte anteilmäßig eine weit geringere Rolle als in der Residenzstadt.

Unter der Voraussetzung, daß gleiche Steuersummen in unterschiedlichen Städten tatsächlich vergleichbare Vermögen bzw. steuerpflichtige Einkünfte widerspiegeln, schälen sich hier auch ohne eine entwicklungsgeschichtliche Analyse – die später folgen soll – signifikante Unterschiede zwischen den verschiedenen Stadttypen heraus. Von entscheidender Bedeutung ist der Absatzmarkt der Residenzstadt, der sowohl dem Handelsstand wie auch den produzierenden Gewerben größere Chancen und Umsätze ermöglichte als in den übrigen Landstädten. Damit waren natürlich auch bessere Möglichkeiten der Vermögensbildung verbunden.

2.2. Allgemeine Vermögensverteilung

Die Möglichkeit, mit Hilfe eines Konzentrationsindex²⁵ die Vermögensverteilung in einer Stadt zu beschreiben, wurde bereits verschiedentlich in der wissenschaftlichen Literatur genutzt²⁵. Die Vorteile dieser Methode liegen darin, daß hier mit einer Zahl operiert wird, die zwar aus absoluten Steuerwerten ermittelt ist, aber eine relative Größe darstellt. Gehen wir von der Hypothese aus, daß

²⁴ 1606: 5 Wirte und Brauer, 1 Goldschmied; 1700: 3 Wirte, 1 Buchdrucker; 1792: 8 Brauer, 1 Metzger, 1 Färber, 4 Wirte, 1 Hufschmied, 1 Maurer.

²⁵ Vgl. Fügedi, Steuerlisten; Bátori/Weyrauch (Hg.), Kitzingen; Bátori/Metz, Verteilung; Roeck/Hoffmann, Elektronische Datenverarbeitung, 200ff.; Roeck, Stadt, 400f., 909.

zwischen der absoluten Steuerhöhe und dem tatsächlichen Vermögen eine Korrelation besteht, so lassen sich sowohl diachrone Vergleiche über die Entwicklung der Vermögenskonzentration wie synchrone Vergleiche zwischen verschiedenen Städten anstellen. Dabei spielt es keine Rolle, wie hoch der Prozentsatz ist, mit dem besteuert wird, und ob im Laufe der Zeit sich dieser geändert hat. Wichtig ist nur, daß die Steuern linear, d. h. proportional zum Vermögen anwachsen. Dies ist bei allen Steuersystemen der Frühen Neuzeit der Fall, sieht man einmal von gewissen Freibeträgen, Compositionssummen oder Höchststeuersätzen ab²⁶.

Der hier benutzte Konzentrationsindex schwankt nun zwischen 0 und 1, wobei er sich bei steigender Konzentration der Vermögen immer mehr 1 nähert²⁷. Gesetzt den fiktiven Fall, ein Zensit würde die gesamten Steuern einer Stadt bezahlen, alle anderen nichts, so wäre die Konzentration 1; und umgekehrt, würden alle Zensiten den gleichen Betrag entrichten, wäre der Index 0.

Für den Untersuchungszeitraum sind entsprechende Ergebnisse aus anderen altbayerischen Städten noch kaum vorhanden²⁸. Dagegen ist Augsburg um den

²⁶ Vgl. S. 303 ff.

²⁷ Die Berechnung der hier verwendeten Konzentrationsindizes beruht auf zwei verschiedenen Formeln, die Modifikationen der bei Fügedi, Steuerlisten, wiedergegebenen Formel darstellen. Sie wurden durch Dr. rer. nat. Rudolf Liedl, Universität Tübingen, entwickelt. Die erste Formel ist abhängig von einer Klasseneinteilung der Steuerzahler z. B. in 8er, 10er Gruppen, während die zweite nur noch die einzelnen Steuerleistungen kumuliert, was eine willkürliche, ergebnisverändernde Vorentscheidung des Historikers wie bei der Klasseneinteilung ausschließt. Die Abweichungen durch die Verwendung der einen oder der anderen Formel sind jedoch in einem für uns die angestrebten Aussagen kaum verändernden Toleranzbereich. So ergibt sich z. B. bei der Steuerbuchanalyse Münchens von 1700 nach der ersten Formel ein Konzentrationsindex von 0,7139, nach der zweiten Formel einer von 0,7411. Wir benutzen im folgenden die zweite Formel mit Ausnahme der Trostberger Auswertung und der Münchener von 1618 und 1651. Im Fall Trostbergs werden die Ergebnisse einer Vorstudie zu der vorliegenden Arbeit übernommen (Hoffmann, Trostberg, 108). im Falle Münchens 1618 und 1651 werden die Steuerbuchanalysen mit Hilfe der Dezilenmethode (siehe zu dieser Methode weiter unten in diesem Kapitel) einer anderen Untersuchung übernommen (Roeck, München). Damit war hier nur die Verwendung der ersten Formel möglich. Die beiden Formeln lauten:

$$K = 1 - \sum_{i=1}^n g_i (Z_{i-1} + Z_i)$$

n = Anzahl der Steuerklassen; g_i = Anteil der Steuerzahler in Klasse Nr. i ; z_i = kumulierter Anteil der Steuerleistung der ersten i Klassen ($z_0 = 0$)

$$K = \frac{2}{n} \sum_{i=1}^n is_i - \frac{1}{n}$$

wobei gilt: $s_i \leq s_{i+1}$

n = Anzahl der Steuerzahler; s_i = Anteil der Steuerleistung des Steuerzahlers Nr. i ($i = 1, 2, 3, \dots, n$).

²⁸ Ausnahme ist die bereits genannte Musteruntersuchung Hoffmann, Trostberg.

Dreißigjährigen Krieg bereits äußerst detailliert bearbeitet. Für unsere Betrachtung liegt die Bedeutung dieser Studie besonders darin, daß wir es hier mit einer Fernhandelsstadt im Sinne Max Webers zu tun haben, in der sich Reichtum wie wohl in kaum einer anderen Stadt des Alten Reiches konzentrierte, wenngleich der Höhepunkt auch hier bereits 1618 schon überschritten war. Gerade durch die starken Kontraste zwischen der Reichsstadt und den bayerischen Landstädten lassen sich für uns die Unterschiede klar erkennen und herausarbeiten. Bernd Roeck stellt beim Vergleich zweier Steuerbücher Augsburgs 1618 einen Konzentrationsindex von 0,933 und 1646 von 0,890 fest²⁹. Mit anderen Worten also eine leichte Verflachung der Vermögensgegensätze bei weiterhin extremer Konzentration des Reichtums in wenigen Händen. Keine der bisher entsprechend untersuchten spätmittelalterlichen Städte (Hildesheim, Bautzen, Nördlingen, Esslingen, Mühlhausen, Zürich, Freiburg, Konstanz, Kitzingen)³⁰ erreichte einen derart hohen Wert.

Wie sehen nun die altbayerischen Städte hiergegen aus? Eingabe und Berechnungsgrundlage sind mit denjenigen bei Roeck identisch, wodurch die folgenden Ergebnisse mit denen Augsburgs ohne Schwierigkeit verglichen werden können³¹:

Stadt	Jahr	Konzentrationsindex
München	1606	0,67
München	1618	0,699
München	1651	0,694
München	1700	0,74
München	1792	0,76
Weilheim	1579	0,54
Weilheim	1603	0,54
Weilheim	1650	0,57
Weilheim	1700	0,53
Weilheim	1778	0,52
Burghausen	1693	0,45
Burghausen	1715	0,51
Burghausen	1755	0,51
Trostberg	1553	0,51
Trostberg	1794	0,52

Typologisch betrachtet nimmt die Residenzstadt München also eine mittlere Position bei der Steuerverteilung zwischen der Reichsstadt und den übrigen oberbayerischen Landstädten ein. Die mittleren und kleinen Städte (Weilheim, Burghausen und Trostberg) unterscheiden sich dagegen nicht voneinander. Selbst der kleine Markt Trostberg vereint also ähnliche Vermögensgegensätze in seinen Mauern wie die mehr als doppelt so großen Städte Burghausen und Weilheim. Hier ist nochmals zu betonen, daß nur von Vermögensverteilungen gesprochen wird, nicht von „reicher“ oder „ärmer“. Sicherlich sind die Bewohner Trostbergs

²⁹ Roeck, Stadt, 401, 909.

³⁰ Vgl. Fügedi, Steuerlisten, 74; Bátori/Metz, Verteilung.

³¹ Zu den Quellenangaben siehe Tabelle 'Die Spitzensteuerzinsen in den Beispielstädten' (S. 309). Für München 1618 und 1651 Berechnung nach dem von Roeck, München, 445, gehobenen Zahlenmaterial.

im Durchschnitt ärmer als die Burghausens oder Weilheims wie die Steuersummen der Spitzensteuersensiten (siehe oben) und die absoluten Steuerwerte (siehe unten) zeigen, nur die Verteilung der Vermögen ist identisch.

Daß eine bestimmte Verteilung der Vermögen charakteristisch für einen bestimmten Stadttyp sein kann, zeigt auch die geringe Veränderung der Indizes während unseres Untersuchungszeitraums. Trotz erheblicher demographischer und ökonomischer Einbrüche im 17. und 18. Jahrhundert verändern sich die Werte nicht oder – wie in München und Burghausen – nur geringfügig. Die Bewohner der bayerischen Residenzstadt, die von der Steuer erfaßt wurden, vermitteln steuerlich gesehen also ein einheitlicheres Bild als ihre Augsburger Nachbarn. Das herausragende Handels- und Gewerbekapital Augsburgs fehlt in München.

Die Konzentration der Vermögen wie auch hier eingetretene Veränderungen lassen sich anschaulicher und differenzierter analysierten, indem wir zusätzlich auf die sogenannte Dezilenmethode zurückgreifen³². Bei der Dezilenmethode werden die Censiten nach ihrer Steuerleistung geordnet und in zehn gleiche Klassen geteilt. Würden die Vermögen nun alle gleich groß sein, so müßten auch auf jede Dezile 10 % der Gesamtsteuerleistung entfallen. Inwieweit nun die Verteilung der Vermögen von dieser Gleichverteilung abweicht, gibt Auskunft über die Ungleichheit innerhalb der untersuchten Population.

In die Untersuchung sind alle in den Städten Steuerpflichtigen eingegangen, soweit sie in den Steuerbüchern mit einer identifizierbaren Steuerleistung verzeichnet sind. Dazu gehören also auch alle diejenigen, die nur die Kopfsteuer oder sogar weniger und gar nichts leisteten. Daß damit in München nicht die gesamte Bevölkerung erfaßt ist, wurde bereits erörtert³³. Neben dem keiner Steuerpflicht unterliegenden Hofanteil dürfte es sich bei nicht Verzeichneten hauptsächlich um unterbürgerliche Schichten handeln, die nicht einer Zensusdefinition im Sinne des Steuerrechts entsprachen, worunter insbesondere viele Frauenhaushalte fielen.

2.2.1. München

Wir beginnen mit der Dezilenauswertung der Münchener Steuerbücher und kontrastieren zur Verdeutlichung der Entwicklungen unsere Schnittjahre in einer Übersicht (zur graphischen Verdeutlichung vgl. die Graphiken Nr. 5–7, S. 314–316).

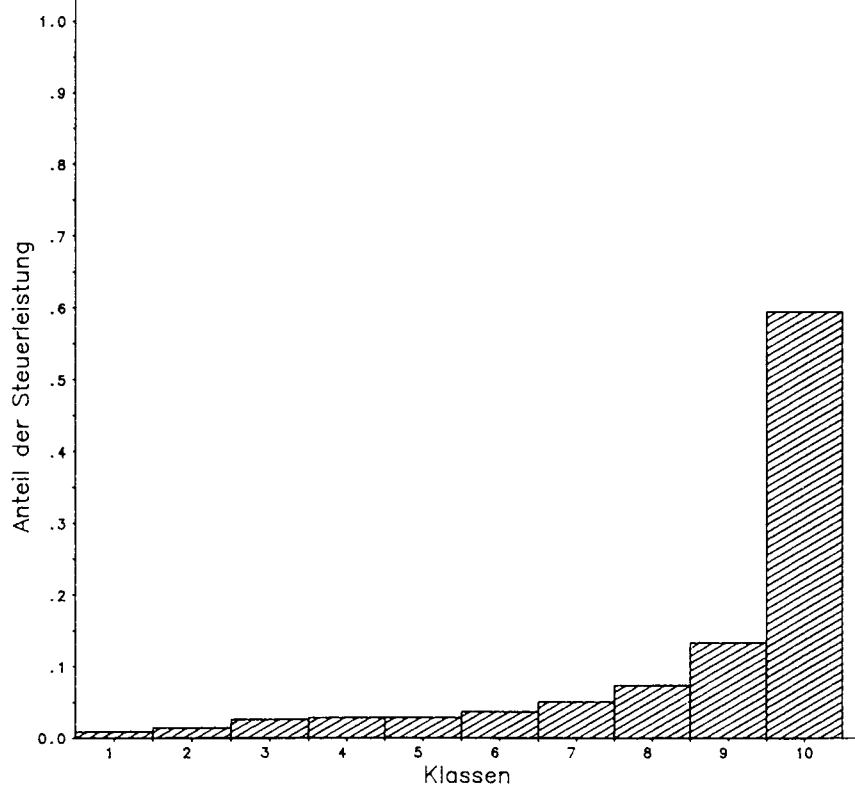
Dezilen der Münchener Steuerbücher: Prozentanteil am gesamten Steueraufkommen von jeweils 10 % der Zensiten, geordnet nach Steuerleistung

Dezile	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
1606	0,9	1,4	2,7	2,9	2,9	3,7	5,1	7,4	13,4	59,6
1700	0,0	0,03	0,05	0,5	2,8	4,4	6,4	10,7	17,4	57,7
1792	0,0	0,0	0,0	0,1	2,0	3,6	5,9	10,5	18,9	59,0

³² Vgl. hierzu u. a. *Fügedi*, Steuerlisten; *Hoffmann/Roeck*, Elektronische Datenverarbeitung, 200f.

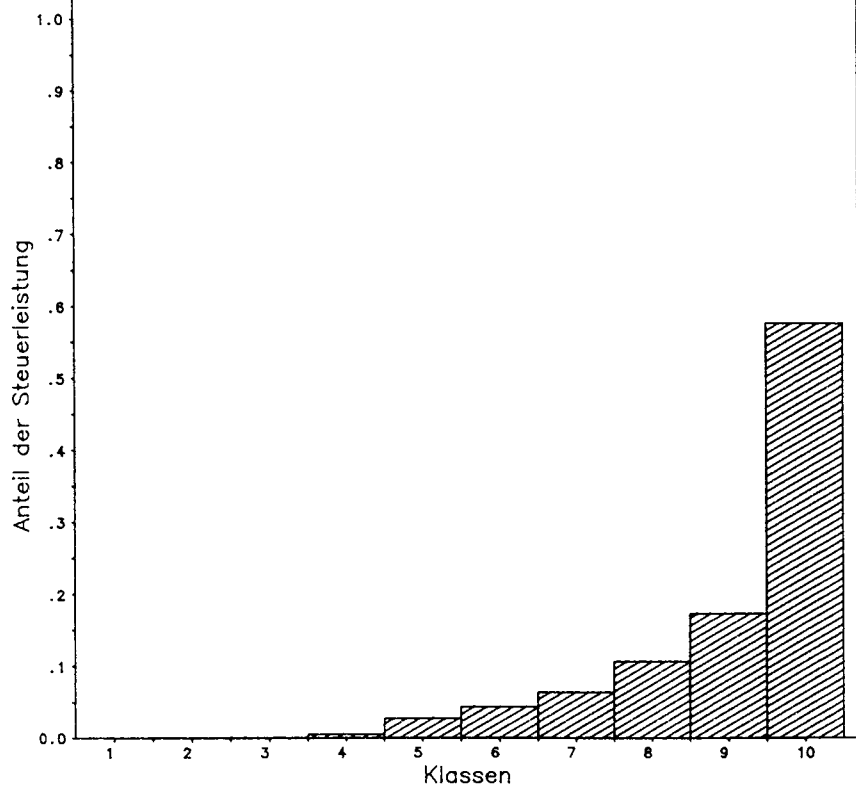
³³ Vgl. S. 143 ff.

Dezilen 1606



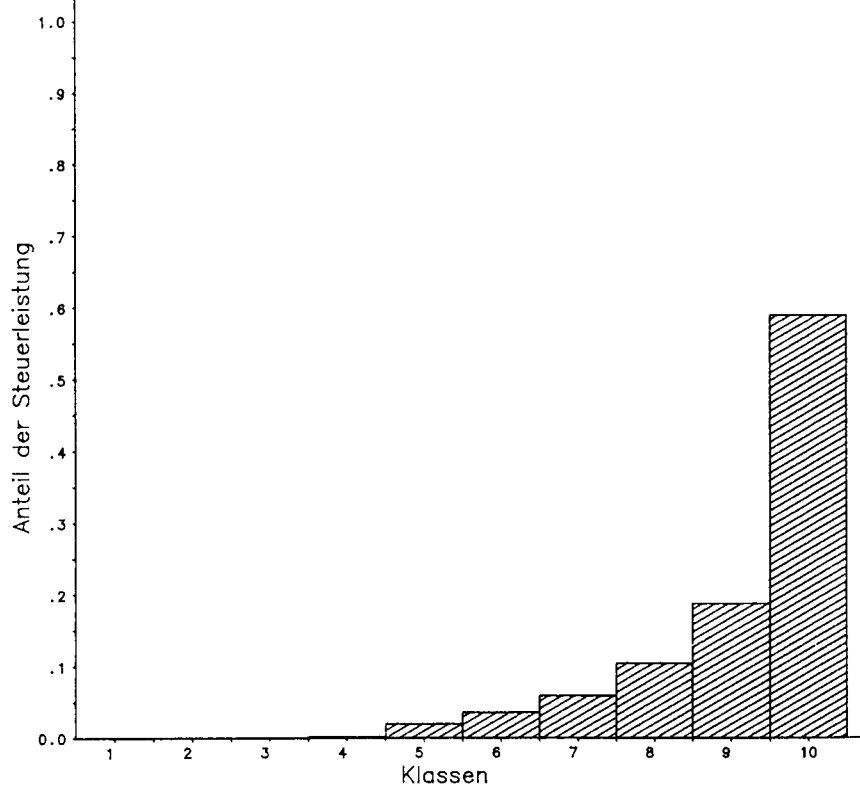
Graphik 5: München, alle Steuerzahler

Dezilen 1700



Graphik 6: München, alle Steuerzahler

Dezilen 1792



Graphik 7: München, alle Steuerzahler

Das Ergebnis dieses Zahlenvergleichs zeigt, daß die reichsten 10 % der Zensiten ihren Vermögensanteil gegenüber der übrigen Bevölkerung bewahren, nicht jedoch ausbauen konnten. Dagegen haben die unteren Schichten erhebliche Verluste gegenüber einer – nennen wir sie – gehobenen Mittelschicht bzw. unteren Oberschicht erlitten, die in der achten und neunten Dezile zu finden sind. Die Erklärung für die Steigerung des Münchener Konzentrationsindex' zwischen 1606 und 1700 ist also in diesem Bereich und nicht in den Spitzengruppen zu suchen. Hier scheinen also ökonomische Umschichtungsprozesse geschehen zu sein.

Welche Steuersummen stehen nun hinter diesen zehn fiktiven Klassen und was können diese über das bereits Gesagte hinaus noch aussagen?

Dezilen der Münchener Steuerbücher: Geleistete Steuersummen in Denaren (d)

Dezile	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
1606	0– 60	60	60– 120	120	120	120– 210	210– 231	231– 416	416– 833	833 –x
1700	0	0– 2	2	2– 70	70– 120	120– 210	210– 315	315– 518	518– 870	870 –x
1792	0	0	0	0– 60	60– 119	119– 210	210– 420	420– 718	718– 1400	1400 –x

So wertvoll diese absoluten Steuersummen noch bei der Betrachtung der Vermögensentwicklung der einzelnen Gewerbe und ihrer Einordnung in eine ökonomische Hierarchie sein werden³⁴, so lassen sich bereits an dieser Stelle die abstrakten Werte der Dezilenmethode konkret anschaulich belegen.

Beginnen wir mit den wirtschaftlich am schlechtesten Gestellten, den in den Steuerordnungen mit dem Habnit-Satz belegten Bürgern und Beisitzern. Diese Kopfsteuer war mit 4 β (= 120 d) festgelegt. Aus der Übersicht ist erkennbar, daß es 1606 zwischen 20 und 30 % der Zensiten waren, die unter diesem Wert blieben, 1700 waren es bereits zwischen 40 und 50 % und 1792 sogar zwischen 50 und 60 %. Hinzu kommt die bereits angestellte Vermutung, daß in den jüngeren Steuerbüchern u.a. „Arme“, Unterschichten oder bestimmte Frauenhaushalte nicht mehr in dem Maße erfaßt wurden, wie dies noch 1606 geschah³⁵. Ein Nachtrag ergänzte die Steuerordnung 1616 dahingehend, daß Almosenempfänger nur noch 2 d zu zahlen hätten³⁶. Die 2 d Zensiten der 2. bis 4. Dezile 1700 setzen sich wohl zum großen Teil aus diesem Personenkreis zusammen, ein kleinerer Teil waren die Stadtamt- und -dienstleute, die ebenfalls mit diesem Steuersatz belegt waren, sofern sie nicht Besitz oder steuerpflichtige Einkünfte ihr Eigen nannten. Es kam also zu einem nicht unerheblichen Anstieg Besitzloser im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts, der in der mathematischen Abstraktion des Konzentrationsindex' durch die Konstanz der Spitzensteuerzensiten und einer ökonomischen Mittelschicht überdeckt wird.

Die 6. Dezile stellt in allen drei Schnittjahren eine gewisse Grenze bei einem Zensus von 4 β – 1 fl. dar. Da der „Habnit“ in München bei 4 β lag, war wohl die-

³⁴ Vgl. Kap. VIII.3.1.

³⁵ Vgl. S. 144 f.

³⁶ Roeck, München, 443.

ser Bereich auch eine den Zeitgenossen bewußte Grenze. Die weitgehend Besitzlosen dürften noch bei Steuerwerten zwischen 4ß und 1 fl. die Mehrheit bilden, wodurch sich ein gewisser Übergangsbereich zwischen Besitzlosen und Besitzern von zu versteuernden Vermögenswerten ergibt, der bei allen drei Schnittjahren bis in die siebte Dezile reicht. Dies bedeutet aber andererseits, daß nur 30–40 % der Zensiten über Vermögen verfügten, die der differenzierteren Besteuerung, wie sie die Münchener Steuerordnung vorschreibt, überhaupt unterlagen.

Bei unseren Überlegungen blieben die Inflationsraten des 17. und 18. Jahrhunderts bisher völlig unberücksichtigt. Können wir diese für die Armen und die Besitzlosen aufgrund der festen Steuersätze weitgehend vernachlässigen, so dürfen sie bei den tatsächlich nach ihrem Besitz und steuerpflichtigen Einnahmen Veranlagten – d. h. den ökonomisch gesehen oberen 30 bis 40 % der Zensiten – nicht außer acht bleiben. Innerhalb der Dezilen 7–10 lassen sich von 1606 über 1700 bis 1792 Steigerungen der Steuersummen feststellen. Besonders stark ist diese Steigerung an der oberen Grenze der 9. Dezile: von 833 über 870 auf 1.400 d. Vergleicht man diese Werte mit den Preissteigerungsraten, so bleiben die Steuersummen gegenüber allen ausgewählten Produkten⁵⁷ in ihrer Entwicklung zurück. Ausgehend von der Überlegung, daß die Besteuerungssätze über den gesamten Untersuchungszeitraum gleichblieben und unsere Beispieldezile sogar eine besonders hohe Steigerung hatte, müssen wir also den Schluß ziehen, daß der Wertzuwachs bei den besteuerten Einkünften und Gütern hinter der Inflation zurückgeblieben und damit ein Realwertverlust eingetreten war.

An dieser Stelle sei ein kurzer Exkurs zur Vorstadtbevölkerung erlaubt. Diese Bevölkerungsgruppe Münchens hatte ja während unseres Untersuchungszeitraums erheblich zugenommen: von 111 Haushalten im Jahre 1606 auf 815 1792⁵⁸. Die Sozialstruktur veränderte sich dabei völlig anders als wir dies für die Gesamtstadt festgestellt haben.

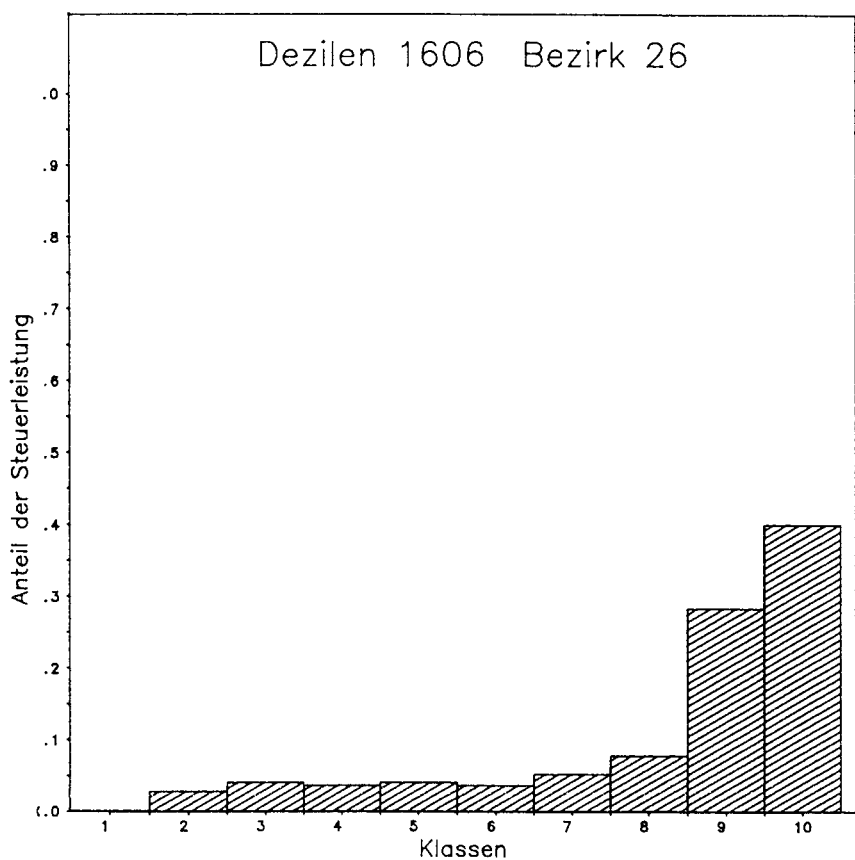
Jahr	Durchschnittliche Steuersumme		Konzentrationsindex	
	Gesamtstadt	Vorstadt	Gesamtstadt	Vorstadt
1606	416 d	309 d	0,67	0,58
1700	385 d	143 d	0,74	0,66
1792	576 d	144 d	0,76	0,78

Inden durchschnittlichen Steuersummen weicht die Vorstadtbevölkerung 1606 nur um ca. ein Viertel von der Gesamtbevölkerung ab. Dieser Abstand wird bis 1792 immer größer, bis schließlich der fiktive „Normalvorstädter“ nur noch ein Viertel des Vermögens eines Innenstädtlers aufzuweisen hat. Andererseits wächst aber die Vermögenskonzentration in der Vorstadt weit stärker an. Liegt sie 1606 noch erheblich unter der der Gesamtstadt, zieht sie mit dieser bis zum Ende des 18. Jahrhundert gleich, obwohl auch die Innenstadt einen gewissen Konzentrationsprozeß durchgemacht hat. Dies wird sehr deutlich bei Vergleich der graphischen Darstellungen der Dezilen (vgl. Graphiken Nr. 8–10, S. 319–321).

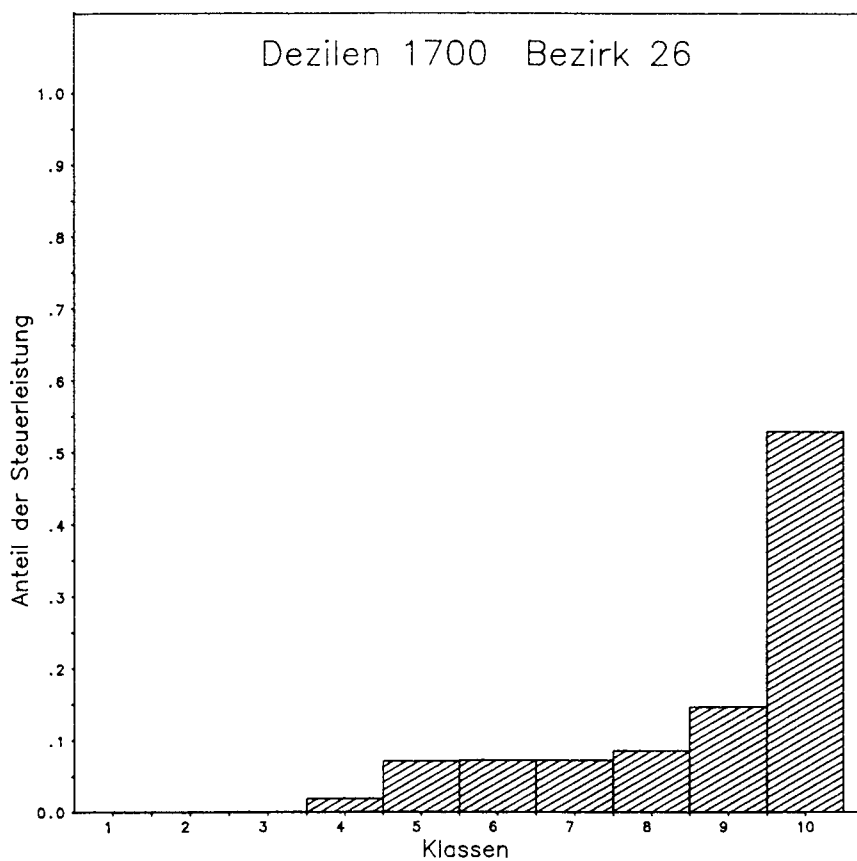
Die Bedeutung dieser mathematischen Ergebnisse liegt auf der Hand. Das erhebliche Wachstum der Vorstadt ließ nicht ein „Elendsquartier“ vor den Toren

⁵⁷ Vgl. S. 368.

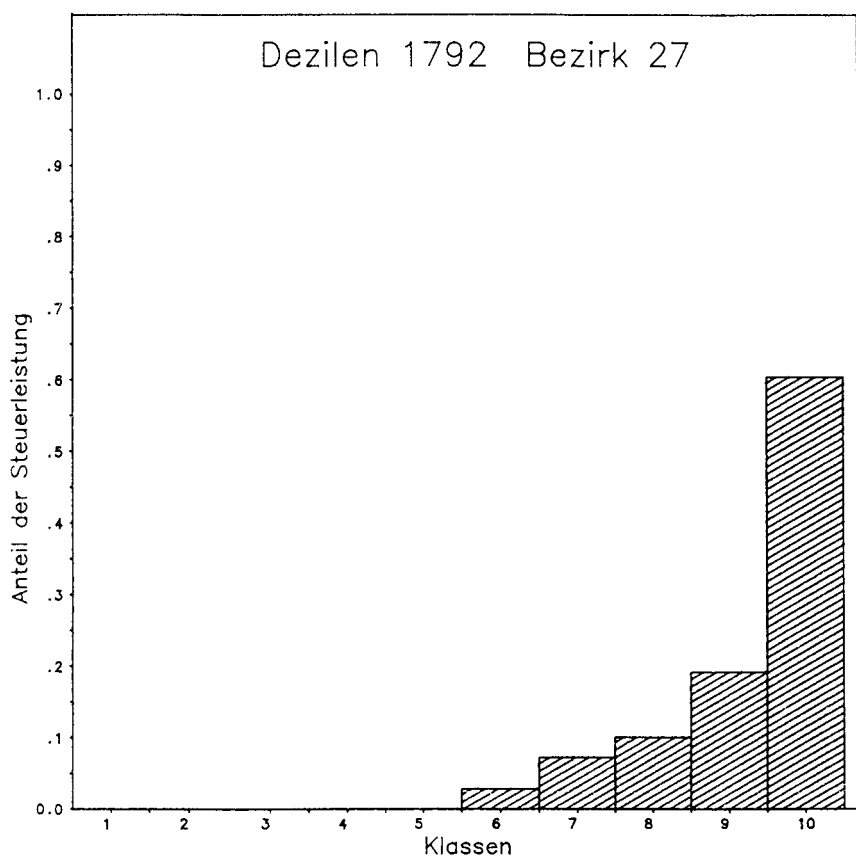
⁵⁸ Vgl. S. 190.



Graphik 8: München, Zensiten der Vorstadt



Graphik 9: München, Zensiten der Vorstadt



Graphik 10: München, Zensiten der Vorstadt

entstehen. Die Vermögensverteilung glich sogar weitgehend der der Innenstadt. Dies geschah aber – wie die durchschnittliche Steuerwerte beweisen – auf einem viel geringeren ökonomischen Niveau. So waren im Lehel 1781 von 507 Haushaltsvorständen nur 39 Bürger und 16 Beisitzer, die übrigen meist Hofschutzverwandte, Inleute und Tagwerker³⁹. Was sich in diesem Ergebnis jedoch andeutet, ist die Proletarisierung der unteren städtischen Schichten. Diese hatte sich ja bereits bei der Betrachtung der Berufsstruktur der gesamten Stadt in dem Anwachsen den Tagelöhnerberufe gezeigt. Sie konzentrierten sich demnach verstärkt in der Vorstadt.

2.2.2. Weilheim

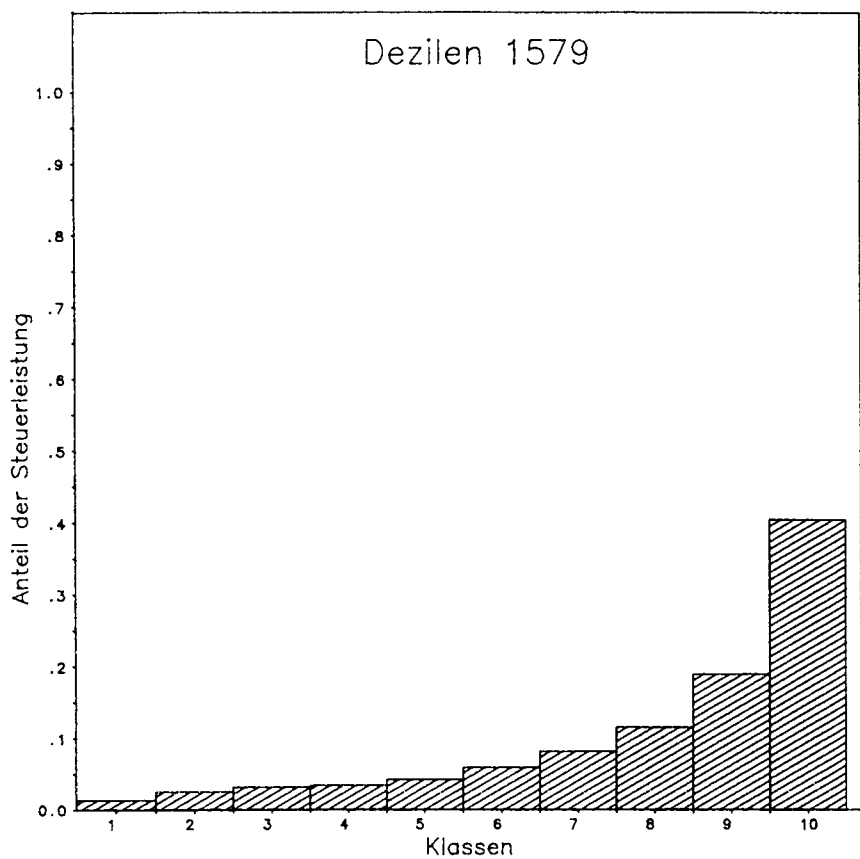
Dezilen der Weilheimer Steuerbücher: Prozentanteil am gesamten Steueraufkommen von jeweils 10 % der Zensiten, geordnet nach Steuerleistung

Dezile	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
1579	1,4	2,5	3,2	3,4	4,2	5,9	8,1	11,6	19,0	40,5
1603	1,2	2,6	3,0	3,0	4,2	5,9	8,3	12,6	19,9	39,3
1650	1,3	2,1	2,3	2,8	4,5	6,0	8,3	11,8	18,2	42,9
1700	2,0	2,2	2,3	3,4	5,3	6,9	8,8	11,9	17,0	40,2
1778	2,0	2,2	3,4	4,6	5,5	6,3	8,1	10,2	13,6	40,2

Was bereits der Konzentrationsindex allgemein gezeigt hat, erweist sich auch bei der Einzelbetrachtung der Dezilen: gegenüber der Residenzstadt hat die Landstadt Weilheim eine weit homogenere Vermögenssteuerverteilung (vgl. die Graphiken Nr. 11–15, S. 323–327). Auch die Konstanz dieser Verteilung innerhalb der Dezilen über unseren Untersuchungszeitraum hinweg ist weit größer als in München. Eine nennenswerte Verschiebung findet sich kaum, lediglich 1778 verliert gegenüber den früheren Schnittjahren die 7.–9. Dezile gegenüber der 3.–5. und der 10. Dezile, die zunehmen. Mit anderen Worten, bis zum letzten Viertel des 18. Jahrhunderts haben die Mittelschichten etwas ökonomisches Gewicht gegenüber den unteren Schichten und den Spitzensteuerzensiten verloren. Insgesamt verteilen sich aber die Vermögen gleichmäßiger, was sich auch in einem nochmaligen leichten Absinken des Konzentrationsindex⁴⁰ bemerkbar macht. Die Entwicklung nimmt also – wenn auch in ganz beschränktem Maß – einen zur Residenzstadt konträren Verlauf.

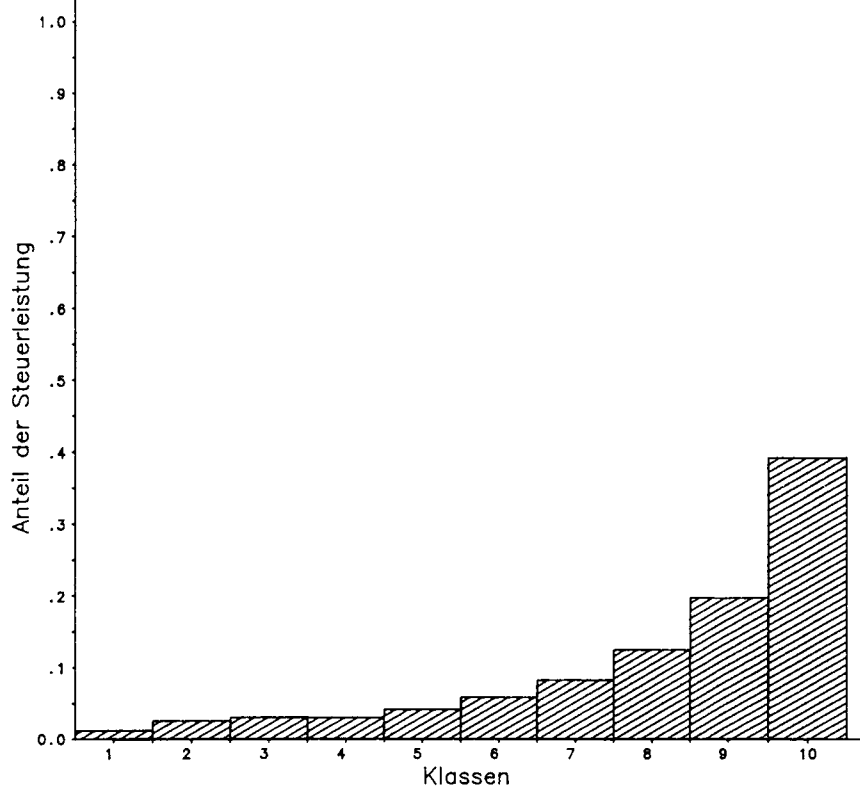
Betrachten wir die konkreten Steuersummen der Dezilen (siehe Tabelle S. 328), so zeigt sich bereits in der ersten Dezile, d.h. den 10% Ärmsten der Stadt, ein erheblicher Unterschied zu München. Es findet sich niemand, der nicht zumindest eine gewisse Steuer entrichtet. Die folgenden Überlegungen werden jedoch zeigen, daß ein gewisser Anteil Armer auch in den Steuerbüchern Weilheims erkennbar ist.

³⁹ BayHStA GR Fasz. 290 Nr. 1; GR Fasz. 302b Nr. 45.

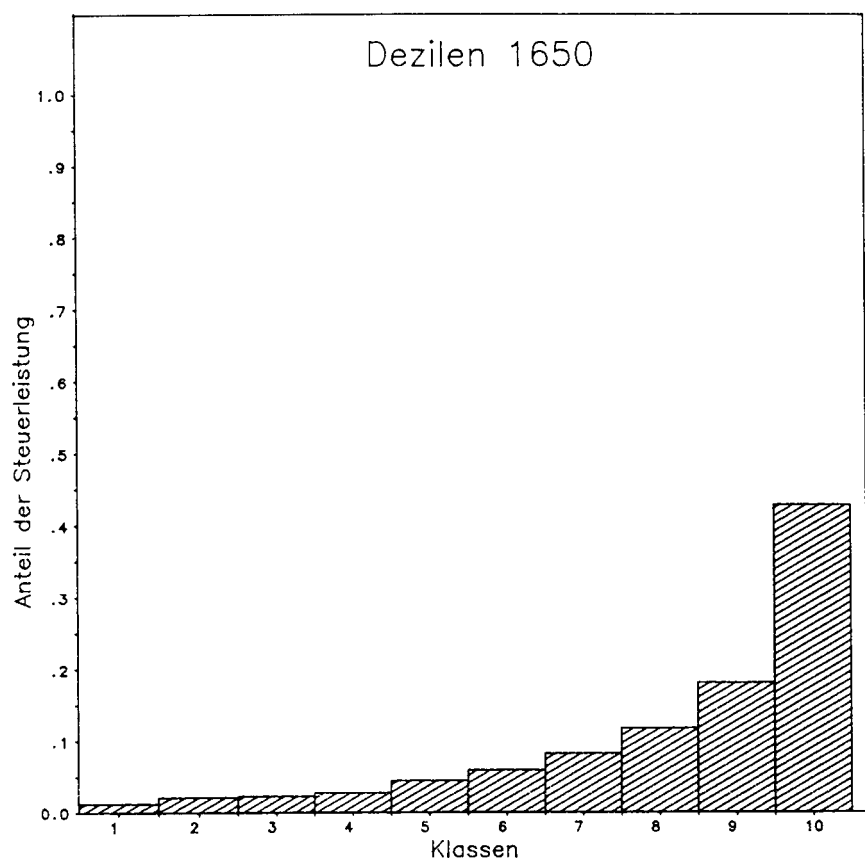


Graphik 11: Weilheim, alle Steuerzahler

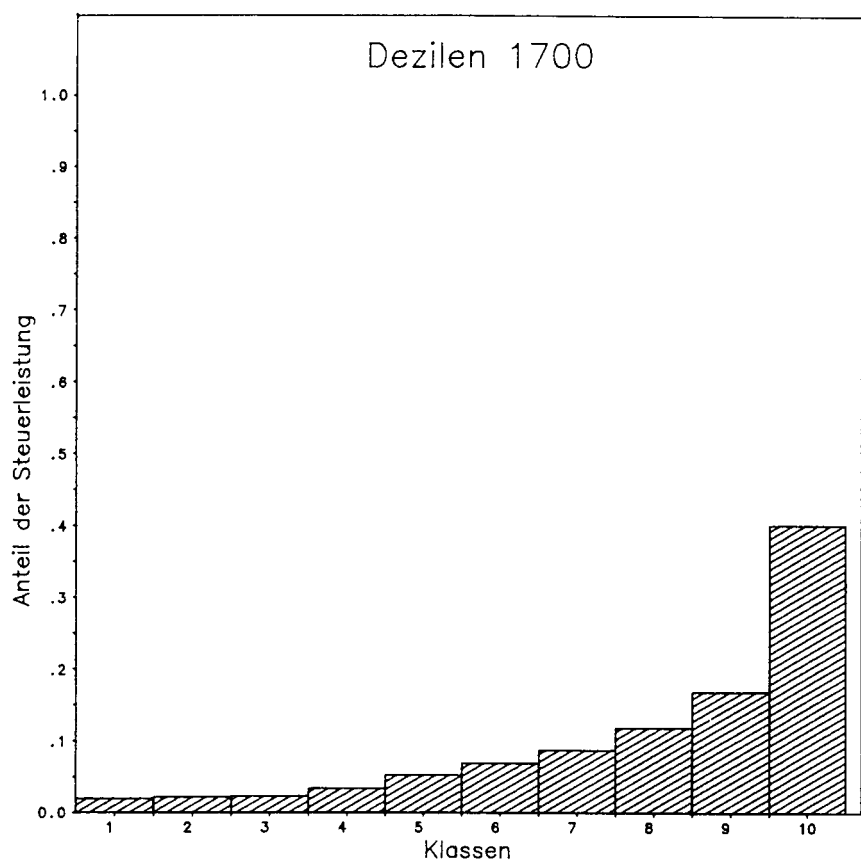
Dezilen 1603



Graphik 12: Weilheim, alle Steuerzahler

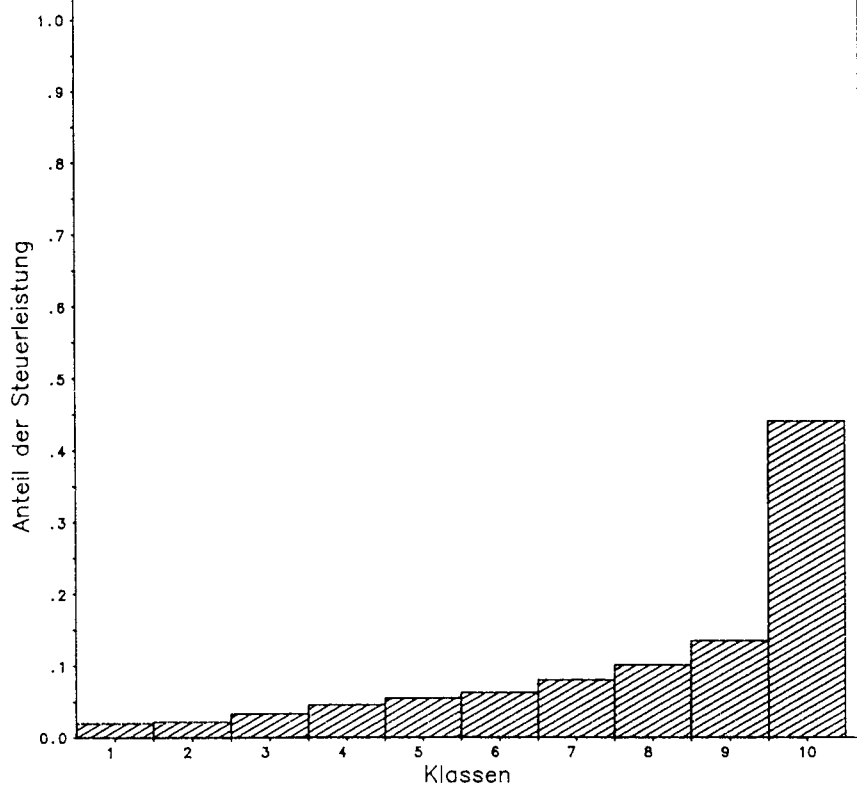


Graphik 13: Weilheim, alle Steuerzahler



Graphik 14: Weilheim, alle Steuerzahler

Dezilen 1778



Graphik 15: Weilheim, alle Steuerzahler

Dezile	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
1579	14– 32	32– 42	42– 52	52– 54	54– 74	74– 102	102– 150	152– 220	220– 358	358 –x
1603	14– 24	24– 52	52	52– 56	56– 91	91– 118	118– 175	175– 274	274– 419	419 –x
1650	21– 42	42– 63	63– 67	67– 105	105– 144	144– 196	196– 270	270– 392	392– 679	679 –x
1700	28– 63	63	63– 67	67– 133	133– 175	175– 224	224– 284	284– 382	382– 650	650 –x
1778	14– 63	63– 67	67– 116	116– 144	144– 168	168– 210	210– 252	252– 315	315– 525	525 –x

Die Steuerbücher von 1579 und 1603, die vermutlich auf der gleichen Erhebungsgrundlage beruhen, deuten bis zum Kriegsbeginn einen Vermögenszuwachs bei den Einwohnern der Stadt an. Dies wird ja auch durch die anderen „Konjunkturdaten“ bestätigt⁴⁰. Der Teilungsstrich zwischen den Dezilen des Jahres 1603 und denen des Jahres 1650 in obiger Tabelle deuten an, daß die Werte nicht einfach miteinander zu vergleichen sind. Für 1650 und 1700 sind neben nach Vermögen abgestuften Steuern noch folgende Abgaben enthalten: 8 x Wachtgeld, 6 x Wassergeld und 6–15 x Bürgersteuer, insgesamt also 20–29 x (= 70–101,5 d). Bürger ohne Immobilienbesitz zahlen nur 18 x (12 x Bürgersteuer und 6 x Wassergeld, sind also vom Wachtgeld befreit) oder 63 d. Die Steuersummen von 1778 legen diese Regelung ebenfalls nahe. 1579 und 1603 ist dagegen nur ein geringes Wachtgeld enthalten. Trotz dieser 1650 zu den Steuersummen hinzugekommenen vermögensunabhängigen Abgaben ist die Erhöhung der Steuersummen über den Dreißigjährigen Krieg hinweg durch entsprechende Veränderungen bei den Steuerobjekten nicht erklärlich. Zumindest in den Dezilen 8–10 liegen die Zuwächse weit über der Höhe der zusätzlichen Abgaben.

Wie wenig diese Veränderung der Steuersummen über die Liquidität der Weilheimer Bürgerschaft Auskunft gibt, läßt sich anhand der Kriegsverluste zwischen 1632 und 1648 sehr deutlich zeigen. Der Magistrat erstellte am 17. Dezember 1650 eine entsprechende „beschreibung“, die Brandschatzungsgelder, Kontributionen, gestohlenen Hausrat, geraubtes Vieh, Zerstörungen von Häusern etc. zusammenfaßt⁴¹. Ohne die regulären Steuern und Anleihen wird der Wert des verlorenen und zerstörten Besitzes mit 150.597 fl. 24 x angegeben. Hierunter ist jedoch eine Position mit einer Pauschalsumme von 100.000 fl. enthalten. Die Gesamtsumme erscheint dennoch als weitgehend glaubwürdig angesichts zahlreicher erhaltener Berichte und Korrespondenzen aus der Zeit des Krieges, die das Grauen jener Jahre in der Ammerstadt belegen. Auf sie kann im einzelnen hier nicht eingegangen werden⁴². Darüber hinaus sind erhebliche Bevölkerungs-

⁴⁰ Vgl. S. 258 f.

⁴¹ StadtA Weilheim Akte Dreißigjähriger Krieg.

⁴² Vgl. BayHStA Kurbayern Äußeres Archiv 2283 fol. 565; 2427 fol. 368; 2428 fol. 331 f.; 2778 fol. 34 und 547; 2887 fol. 43 und 50; 2888 fol. 67; 2894 fol. 22, 174 und 474; 2931 fol. 121; 2945 fol. 48 f. und 71; 3008 fol. 94 und 201; BayHStA GR Fasz. 4430 Nr. 85.

verluste in der Stadt⁴³, Gewerberückgang⁴⁴, Bedeutungsverlust der Märkte⁴⁵ und die schwierige Haushaltssituation der Kämmerei⁴⁶ zu verzeichnen. Die 1650 gegenüber 1603 höheren Steuersummen lassen sich also – neben den genannten neuen Abgaben nur durch Erhöhungen der Steuersätze erklären.

Für die Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg ist davon auszugehen, wer 63 d entrichtet, zahlt nur eine Art Kopfsteuer, ohne daß er steuerpflichtigen Besitz sein Eigen nenne könnte. Diejenigen, die unter dieser Summe bleiben, müssen aus irgendeinem Grunde eine Ermäßigung erlangt haben und – da Amtsinhaber ganz befreit sind und nicht aufgenommen wurden – unter Kranken und Armen zu suchen sein. 1650 umfaßt diese Gruppe mehr als 10 % der Zensiten, 1700 und 1778 weniger als 10 %. Das Armutspotential ist also anteilmäßig in der Landstadt Weilheim weit geringer als in der Residenzstadt. Der sich bei den „ärmeren“ Dezilen zwischen 1650 und 1700 andeutende wirtschaftliche Erholungsprozeß läßt sich aber im Bereich der Besitzenden nicht konstatieren. In allen drei Nachkriegsschnittjahren gehen die Steuerwerte der 8.–10. Dezile zurück. Die Überlegungen zu Weilheim müssen in einem gewissen Grade hypothetisch bleiben, da uns – anders als in München – Steuerordnungen fehlen. Gehen wir aber davon aus, daß – wie in der Residenzstadt – sich in der Nachkriegszeit die fiskalischen Grundlagen nicht geändert haben, so läßt sich nur schließen, daß sich zwar Armut verringerte – oder Personen dieser Gruppe aus der Stadt gedrängt wurden –, Vermögenswerte jedoch nicht mehr weiter geschaffen werden konnten, bzw. sogar verloren gingen. Ein Heranziehen der Inflationsraten wie im Falle Münchens würde diesen Eindruck noch weiter verstärken.

Der viel stärkere Niedergang zwischen 1700 und 1778 als zwischen 1650 und 1700 läßt sich sicherlich zu einem Teil durch die Stadtbrände von 1733, 1739 und 1744 erklären. Wenn auch die Bebauung in 34 Jahren wieder komplettiert wurde, so konnten verständlicherweise unter den schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht alle sonstigen Vermögenswerte bis zu diesem Zeitpunkt ergänzt sein. Hinzu kam der in Weilheim doch erhebliche Funktionsverlust als gewerbliches wie merkantiles Unterzentrum⁴⁷.

Vergleichbar mit München erlauben uns die Quellen eine vermögensmäßige Unterscheidung zwischen Innenstadtbevölkerung und Bewohnern der Vorstadt durchzuführen. Das numerische Gewicht von letzteren ist in der Landstadt – wie bereits festgestellt – seit dem Beginn des Dreißigjährigen Krieges zurückgegangen. Für München zeigte sich, daß die Vorstadtbevölkerung umgekehrt zu ihrer quantitativen Entwicklung in ihrer durchschnittlichen Steuerleistung im Laufe der Zeit abfiel und sich darüber hinaus die Vermögensgegensätze verstärkten. Die Residenzstadtverhältnisse sind in verschiedener Hinsicht also nicht mit denen Weilheims zu vergleichen. Auch die Sozialstruktur der Münchener Vorstadtbevölkerung war eine ganz andere. Finden sich dort zum überwiegenden Teil unterbürgerliche Schichten, so war in Weilheim das Verhältnis von Bürgern zu Inwohnern in der Innenstadt (= Unterstadt) weitgehend identisch mit dem in der Oberstadt. Ähnliches gilt für den anderen Stadtteil vor den Toren, St. Pölten.

⁴³ Vgl. S. 156 f., 162.

⁴⁴ Vgl. S. 258 f.

⁴⁵ Vgl. S. 281, 285.

⁴⁶ Vgl. Kap. IX.2.2.

⁴⁷ Vgl. S. 156 f., 162, 258 ff.

Jahr	Innenstadt (= Unterstadt)	Oberstadt	St. Pölten
1579	191,8	90,5	141,6
1605	198,7	153,6	169,8
1650	336,7	197,8	155,4
1700	356,0	210,0	182,1
1778	387,8	202,7	192,2

Entsprechend sind die durchschnittlichen Steuersummen der Weilheimer Stadtteile weit weniger unterschiedlich als in München. Die absoluten Summen interessieren hier weniger als die Verhältnisse. Die Werte der Innenstadt liegen meist weniger als doppelt so hoch wie die der Oberstadt. Dies zeigt sich auch in St. Pölten, wobei die Bewohner dieses alten Ursprungskerns der Stadt vor dem Krieg sogar denen der Innenstadt annähernd vergleichbare Steuersummen entrichteten, dann jedoch hinter diesen zurückblieben.

Der Vergleich der Vorstadtbevölkerungen zwischen München und Weilheim zeigt entscheidene Unterschiede. In der Residenzstadt kann man wohl von den Anfängen eines wachsenden Großstadtproletariats in der Vorstadt sprechen, während in der Kleinstadt in ihrer vorgeschobenen Bebauung lediglich ein gewisses soziales Gefälle zu konstatieren ist, das sich im Laufe der Zeit nur wenig verschärft. Die Stadt hatte dies dem weit geringeren Zuzug von unterbürgerlichen Schichten aber auch ihrer geringen ökonomischen Attraktivität zu verdanken.

2.2.3. Burghausen

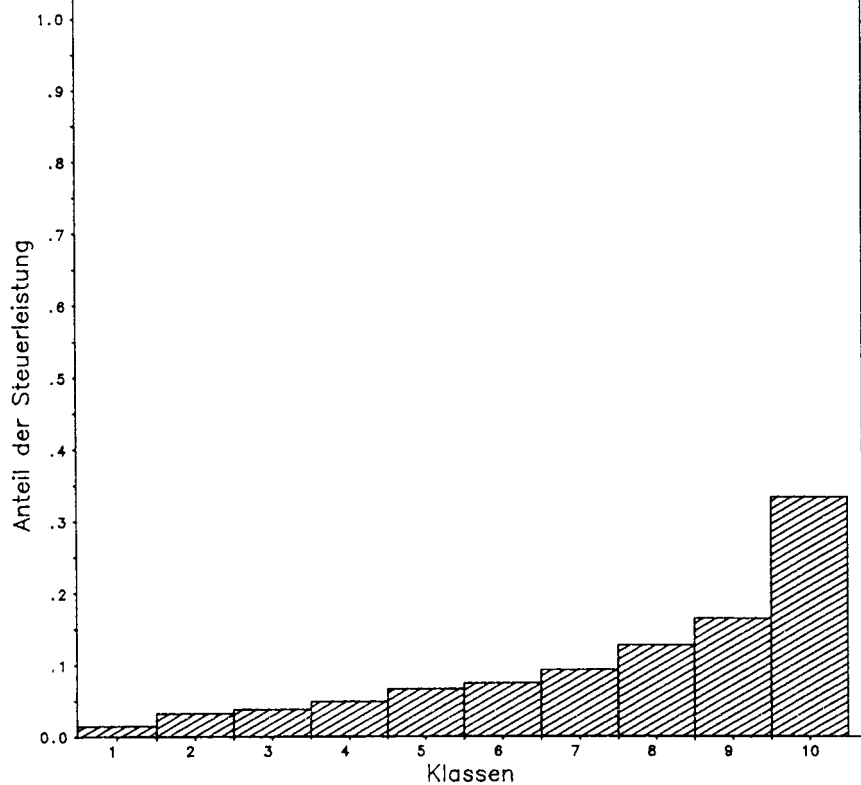
Dezilen der Burghauser Steuerbücher: Prozentanteil am gesamten Steueraufkommen von jeweils 10 % der Zensiten, geordnet nach Steuerleistung

Dezile	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
1693	1,5	3,3	3,8	4,9	6,7	7,5	9,4	12,9	16,6	33,5
1715	0,9	2,5	3,7	3,8	5,0	6,3	9,8	13,7	18,8	35,6
1755	1,6	1,7	2,9	4,0	5,9	7,1	10,0	12,6	17,1	37,2

Die aus dem herausgehobenen „Hauptstadt“-Status zu vermutenden größeren sozialen Gegensätze innerhalb der städtischen Gesellschaft Burghausens lassen sich nicht feststellen. Ganz im Gegenteil sind hier die Vermögensgegensätze noch ausgeglichener als in der Landstadt Weilheim (vgl. die Graphiken Nr. 16–18, S. 331–333). Der Konzentrationsindex hat dies nur in Ansätzen deutlich gemacht⁴⁸. Anhand der obigen Tabelle ist nun erkennbar, daß die Veränderungen in den ökonomischen Gegensätzen der Bevölkerung in der 10. Dezile stattfinden. Wenn diese 10 % der reichsten Bürger zwischen 1693 und 1755 auch in gewissem Maße an Bedeutung zunehmen und damit ein Konzentrationsprozeß festzustellen ist, bleiben doch alle Werte in Burghausen unter denen von Weilheim. Die tatsächliche Bedeutung dieser Aussage eröffnet sich jedoch nur im Vergleich der realen Steuersummen.

⁴⁸ Vgl. S. 312.

Dezilen 1693

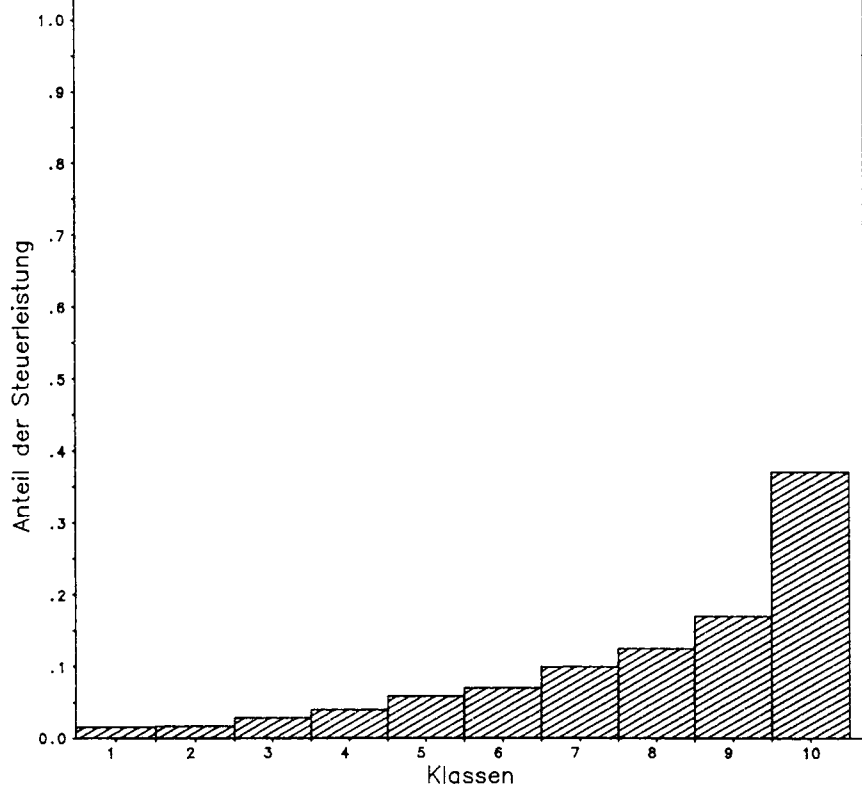


Grahik 16: Burghausen, alle Steuerzahler



Graphik 17: Burghausen, alle Steuerzahler

Dezilen 1755



Graphik 18: Burghausen, alle Steuerzahler

Dezile	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
1693 ¹	0– 28	28	28– 42	42	42– 56	56– 70	70– 105	105– 112	112– 168	168 –x
1715	0– 84	84	84– 126	126	126– 168	168– 252	252– 420	420– 504	504– 714	714 –x
1755	0– 53	53	53– 105	105– 158	158– 210	210– 263	263– 315	315– 420	420– 630	630 –x

Anm. 1: 1693 wurde die Servissteuer nur für zwei Monate eingehoben.

Die Steuersummen von 1715 und 1755 können am besten mit den Weilheimer Werten von 1700 und 1778 verglichen werden. Anders als der Vergleich der Vermögenskonzentrationen vermuten läßt, liegen fast sämtliche realen Werte des Rentamtsitzes über denen der Landstadt. Selbst nach dem für Burghausen besonders einschneidenden Spanischen Erbfolgekrieg (1715) sind die Steuerwerte in dieser Stadt fast durchgängig höher als die Weilheims vor diesem Krieg (1700). Erst nach dem erneuten Einbruch durch den Österreichischen Erbfolgekrieg (1755) finden sich in Burghausen etwa die gleichen Summen wie in Weilheim um 1700.

Was läßt sich nun aus diesem Vergleich ablesen? Bis über die Schwelle zum 18. Jahrhundert scheinen sich in der „Hauptstadt“ Burghausen trotz des verlorenen Salzhandels größere Steuervermögen befunden haben als in der größtmäßig vergleichbaren Landstadt Weilheim. Die rückläufigen Zensuswerte indizieren jedoch für den Rentamtsitz einen rapiden Niedergang der Vermögen. Der Befund wird bestätigt durch eine Beschreibung des Burghauser Magistrats, der 1789 eine völlige Verarmung der Bevölkerung konstatiert. Diese sei kaum in der Lage, sich selbst zu ernähren, geschweige denn Steuern und Anlagen entrichten zu können. Es stünden immer mehr Häuser und Gerechtigkeiten öde⁴⁹.

Nehmen wir für beide Städte die für München aus der Steuerordnung entnommene 1 fl.-Grenze zwischen Unvermögenden und Personen mit einem gewissen Besitz (immobilem oder anderem), so zeigt sich auch hier ein gewisser Unterschied. Beim Vergleich Weilheims für die Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg mit Burghausen 1715 und 1755 erweist sich der Anteil derjenigen, die mehr als einen Gulden steuerten, in Burghausen etwas höher. Die Stadt mit den höheren Vermögenskonzentrationen muß also nicht unbedingt die insgesamt gesehen reichere sein muß. Eine genauere Erklärung für dieses Phänomen kann jedoch erst die Analyse der Berufsgruppen bringen.

Die Servisrechnung von 1693 heranzuziehen ist dagegen problematisch, da die Steuer dieses Jahres nur für zwei Monate eingehoben wurde und mit sechs multipliziert werden müßte. Folgen wir dieser hypothetischen Annahme, so wären die Steuerwerte von 1693 weit höher als die von 1715, der Rückgang in diesem Zeitraum würde den zwischen 1715 und 1755 weit übertreffen. Dies würde dann auch bedeuten, daß die Vernichtung bzw. Abwanderung von Vermögenswerten im Spanischen Erbfolgekrieg weit größer gewesen wäre als durch

⁴⁹ StadtA Burghausen Akten 48.

den Österreichischen Erbfolgekrieg oder in der dazwischenliegenden Friedenszeit.

Das Ergebnis der Steuerbuchanalyse bestätigt tendenziell unsere anderen Indikatoren der Wirtschaftslage Burghausens. Einbrüche durch die beiden Erbfolgekriege wie strukturell bedingte Niedergangstendenzen spiegeln sich auch in den Steuerwerten wider. Wesentlich ist jedoch die Tatsache, daß die Stadt noch vor dem Spanischen Erbfolgekrieg ein höheres Vermögensniveau besaß als die größtmäßig vergleichbare und in der Gewerbedifferenzierung überlegene Landstadt Weilheim⁵⁰. Durch den verlorenen Salzhandel und die auch sonst geringe Gewerbetätigkeit in dem Rentamtssitz sind kaum erheblich größere Kapitalvermögen unter den Bürgern, die ja meist Handwerker waren, festzustellen. Die Unterschiede zwischen Burghausen und Weilheim am Ende des 17. Jahrhunderts dürften also vor allem daraus resultieren, daß die Landstadt noch weit stärker unter den Verlusten des Dreißigjährigen Kriegs zu leiden hatte, von dem die Stadt an der Salzach ja direkt gar nie betroffen wurde. Im 18. Jahrhundert erlitt Burghausen dann einen weit schnelleren ökonomischen Verfall als Weilheim.

2.2.4. Trostberg

Für den Markt Trostberg sind mit den Jahrgängen 1553 und 1794 zwei Steuerbücher überliefert, die den Untersuchungszeitraum annähernd begrenzen, Zwischenschritte sind jedoch aufgrund der fehlenden Überlieferung nicht möglich. Hinzu kommen die Veränderungen der Besteuerungsgrundlagen, auf die bereits eingegangen wurde⁵¹. Die Analyse der Trostberger Steuerbücher darf aus diesen Gründen nur sehr vorsichtig geschehen, da bestimmte absolute numerische Veränderungen nicht unbedingt etwas mit ökonomischen Wandlungsprozessen zu tun haben müssen, sondern in den Quellen begründet sein können.

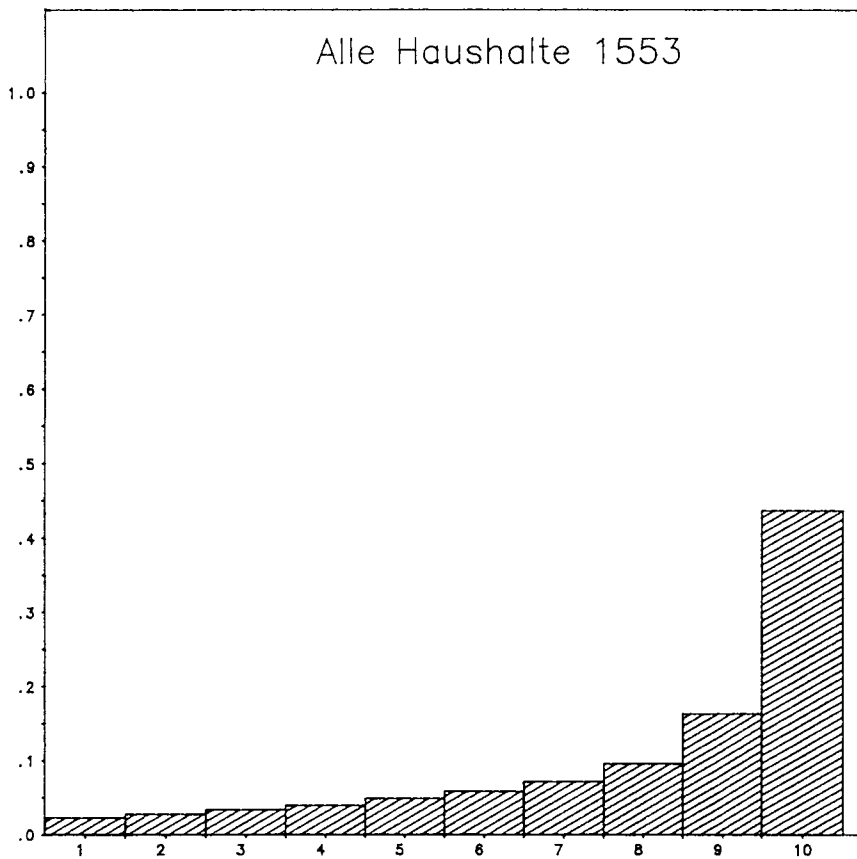
Dezilen der Trostberger Steuerbücher: Prozentanteil am gesamten Steueraufkommen von jeweils 10 % der Zensiten, geordnet nach Steuerleistung

Dezile	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
1553	2,3	2,8	3,4	3,9	4,9	5,9	7,2	9,6	16,4	43,7
1794	1,6	2,4	2,8	3,4	4,5	6,5	8,8	11,4	16,4	42,4

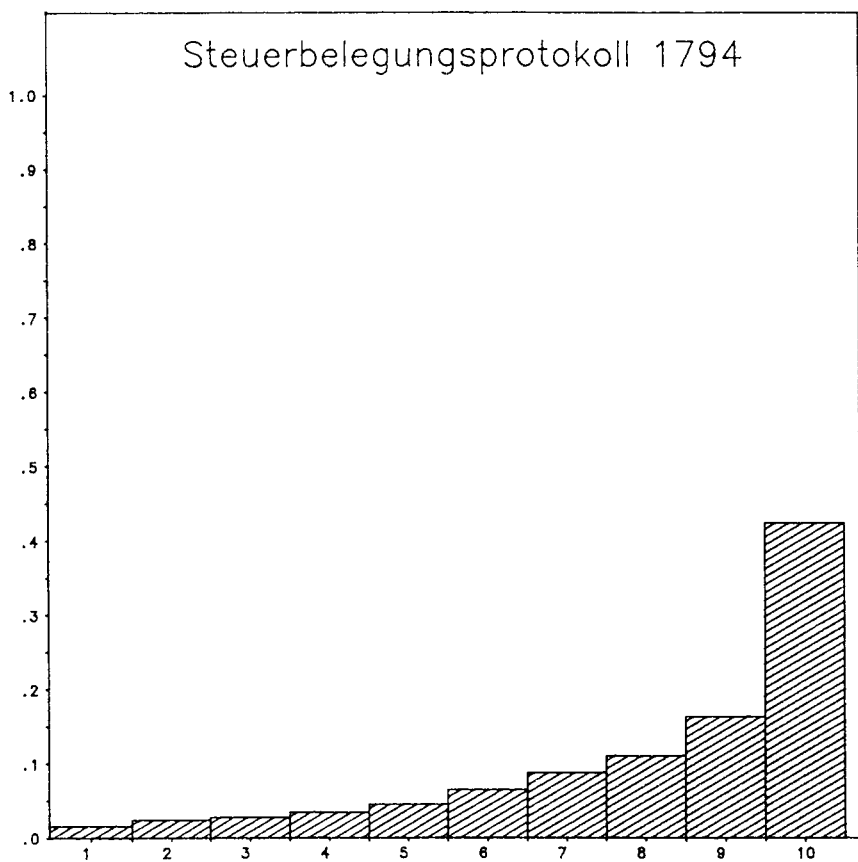
Umso überraschender ist, daß sich die Steuerverteilung in beiden Jahren kaum unterscheidet (vgl. auch die Graphiken Nr. 19 und 20, S. 336 u. 337). Was sich beim Konzentrationsindex bereits angedeutet hatte, zeigt sich jetzt auch im Detail in sämtlichen Vermögensschichten. Wollen wir überhaupt gewissen zahlenmäßig faßbaren Verschiebungen auch einen historischen Realitätsgrad zugestehen, so besteht dieser wohl darin, daß 1794 gegenüber 1553 eine leichte Stärkung einer bürgerlichen Mittelschicht erfolgt ist (feststellbar in der 6.–8. Dezile), während „die Ränder“ geringfügig an steuerlicher Bedeutung verloren. Zu einer gewissen Differenzierung des Ergebnisses kommen wir durch den Vergleich der absoluten durchschnittlichen Zensusleistungen je Dezile.

⁵⁰ Vgl. Kap. VI.2.2.2. und Anhang 8.

⁵¹ Vgl. S. 306 f.



Graphik 19: Trostberg, alle Steuerzahler



Graphik 20: Trostberg, alle Steuerzahler

Dezile	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
1553	50	61	70	81	101	121	148	197	336	959
1794	43	69	80	98	130	186	251	315	467	1124

Trotz der mehr als 200 Jahre, die zwischen den beiden Erhebungen liegen, sind die Steuersummen nur geringfügig gewachsen, in der 1. Dezile sogar kleiner geworden. Wie bereits in den anderen Städten festgestellt, lagen die Zuwachsraten der Zensussummen weit hinter den Inflationsraten der Zeit zurück. In München haben wir daraus auf einen Realwertverlust der steuerpflichtigen Besitzstände und Einkünfte geschlossen. Diese Erklärung läßt sich nun unter Berücksichtigung der genannten möglichen Einschränkungen der Vergleichbarkeit der Quellen auf Trostberg übertragen. Bevölkerungsrückgang⁵², „Verflachung“ des Berufsspektrums⁵³, Zentralitätsverlust der Märkte⁵⁴, Finanzprobleme der Marktkämmerei⁵⁵ wie die an anderer Stelle nachgewiesene hohe Verschuldung der Bürgerschaft⁵⁶ konnten nicht ohne Spuren im Steueraufkommen bleiben.

3. Berufs- und gruppenspezifische Vermögensverteilung

Die allgemeine Untersuchung der städtischen Steuerbücher mit Hilfe von Konzentrationsindizes und Dezilenmethode charakterisierten die Städte im Hinblick auf ihre spezifische Besitzverteilung und machten Veränderungen in der Vermögenssituation deutlich. Die Analyse im Hinblick auf die berufsspezifische Vermögensverteilung und -veränderung hat nun eine zweifache Bedeutung: Zum einen sollen hierdurch die bereits konstatierten Veränderungen in den einzelnen Beispielstädte besser erklärbar werden, zum anderen trägt sie auch zum Verständnis der ökonomischen Entwicklungen in den bayerischen Städten überhaupt bei.

Die Zahlengrundlagen für die folgenden Analysen in drei der Beispielstädte finden sich in jeweils zwei Tabellen im Anhang (Nr. 16–21). Hier sind für alle Gewerbe bzw. alle gesellschaftlichen Gruppen, die in den Steuerbüchern verzeichnet sind, folgende Informationen wiedergegeben:

1. *Durchschnittliche Steuersumme je Zensit.* Alle Summen wurden in Pfennige (d) umgerechnet. Hieraus lassen sich besonders Vergleiche über die Vermögensentwicklung nach *Einzelberufen* innerhalb einer Stadt wie auch zwischen verschiedenen Städten anstellen. Diese Werte dienen auch als Grundlage für die dem Text integrierten übersichtlicheren Tabellen mit den durchschnittlichen Steuersummen nach Berufsgruppen.
2. *Anteil des Gewerbes bzw. der gesellschaftlichen Gruppe am Gesamtsteueraufkommen in Promill.* Der Gesamtanteil einer Gruppe innerhalb der Steuer-

⁵² Vgl. S. 173.

⁵³ Vgl. S. 261 ff.

⁵⁴ Vgl. S. 281, 287.

⁵⁵ Vgl. Kap. IX.2.4.

⁵⁶ Hoffmann, Trostberg, 78–103.

bücher gibt immer deren Gewicht unmittelbar vergleichbar wieder und die Veränderungen sind hier direkt ablesbar.

3. *Durchschnittliche Steuersumme je Zensit eines Gewerbes bzw. einer gesellschaftlichen Gruppe in ihrem Anteil am Gesamtsteueraufkommen des jeweiligen Steuerbuchs in Promill.* Hierbei ist zu beachten, daß diese Zahlenwerte nicht einfach zwischen den verschiedenen Schnittjahren vergleichbar sind. So sinkt beispielsweise die Zahl der Zensiten Münchens zwischen 1606 und 1700 von 3.991 auf 2.681 ab. Dementsprechend steigt der Anteil des mittleren Zensiten aller Gruppen am Gesamtsteueraufkommen von 0,25‰ 1606 auf 0,37‰ um 1700, ohne daß damit eine reale Vermögensänderung verbunden wäre.
4. *Variationskoeffizient der Steuerleistungen der einzelnen Zensiten innerhalb eines Gewerbes oder einer Gruppe*³⁷. Sein Aussagewert ist ein zweifacher: Einerseits wird hier in einer einzigen Zahl die Stärke der Streuung der Steuerwerte innerhalb einer Gruppe bestimmt, womit wir eine Auskunft über deren Vermögenshomogenität erhalten. Andererseits kann hier auch eine Entwicklung abgelesen werden, nämlich ob ein Gewerbe im Laufe der Zeit wirtschaftlich homogener oder inhomogener wird. Dieser Koeffizient ist natürlich nur aussagekräftig, wenn eine gewisse Anzahl von Zensiten in der Gruppe vertreten ist. Bei wenigen Steuerzahlern stellt er lediglich eine mathematische Größe dar, die für eine Analyse keinerlei Bedeutung beanspruchen kann.

Für einen ersten Einstieg in die Analyse der einzelnen Beispielstädte wurde jeweils die unter 1. genannte zusammenfassende Übersicht über die durchschnittlichen Steuersummen der Berufsgruppen erstellt und in den Text integriert. Bei weitergehenden Überlegungen wird im folgenden ohne einen weiteren Verweis auf die Tabellen im Anhang zurückgegriffen. Für München ist dies Anhang Nr. 16 und 17, für Weilheim Nr. 18 und 19, für Burghausen Nr. 20 und 21. Der Beispielmarkt Trostberg wird aufgrund der geringen Zahl der Zensiten und der problematischen Quellenlage auf andere Weise zu analysieren sein.

³⁷ Die Standardabweichung (SA) und der Variationskoeffizient (V) sind Maße dafür, wie stark die Häufigkeitsverteilung einer Untersuchungsgröße (hier der Steuerleistung) um den Mittelwert (M) konzentriert ist. Je kleiner SA und V sind, desto stärker ist diese Konzentration. Ein hoher Wert indiziert also eine große Inhomogenität der Untersuchungsgröße. SA = 0 und V = 0 gelten dann, wenn alle n beobachteten Werte der Untersuchungsgröße gleich sind, also keine Abweichungen vom Mittelwert auftreten.

Es gilt:

$$SA = \sqrt{\frac{1}{n} \sum_{i=1}^n (x_i - M)^2}$$

$$V = \frac{SA}{M}$$

5. 1. München

In unserem Vergleich der steuerlichen Allgemeinentwicklung hat sich die Residenzstadt – abgesehen von den Nicht-Besitzenden – gegenüber den andern Städten als relativ stabil erwiesen. Erst unter Einbeziehung von Inflationsraten ließ sich auch hier ein gewisser Niedergang konstatieren. Bei der Betrachtung der entsprechenden Entwicklungen der Berufsgruppen zeigen sich jedoch erhebliche Veränderungen, die „quer“ zu den allgemeinen Tendenzen liegen.

*Durchschnittliche Steuersumme der Berufsgruppen in Pfennigen in München **

(Zahlen in Klammern: Wenn ein einzelner Zensit die Durchschnittsberechnung erheblich veränderte, wird er nur in der Klammersumme mit berücksichtigt)

1606		1700		1792	
politische Führungsschicht und Adel	2444	Adel	1606	Adel	1615
Handel	1008	Handel	1029	Handel	980
Nahrungsmittel	603 (1185)	am Hof Tätige	767	Nahrungsmittel	819
<i>Mittel d. Steuerbuchs</i>	416	Nahrungsmittel	661	Frauen und Witwen	705
Textil und Bekleidung	386	Gesundheit und Chemie	425	Gesundheit und Chemie	655
am Hof Tätige	350	Textil und Bekleidung	408	Metall	637
Leder und Pelz	328	Metall	395	<i>Mittel d. Steuerbuchs</i>	576
Metall	289	<i>Mittel d. Steuerbuchs</i>	385	am Hof Tätige	567
Gesundheit und Chemie	229	Leder und Pelz	385	Textil und Bekleidung	479
Papier und Farben	220	Glas und Erde	384	Glas und Erde	457
Dienstleistungen etc.	214 (338)	Frauen und Witwen	232	Leder und Pelz	397
Holz, Bein, Bau	210	Papier und Farbe	225	Dienstleistungen etc.	245 (308)
Glas und Erde	190	Dienstleistungen etc.	185	Papier und Farben	237
Frauen und Witwen	173	Holz, Bein, Bau	181	Holz, Bein, Bau	207
Tagwerker	110	Tagwerker	65	Tagwerker	50

* Einschränkung: Die durchschnittliche Steuersumme der Berufsgruppe ist dem Anhang Nr. 16 entnommen und stellt nur einen Durchschnitt der Mittelwerte des Einzelberufe innerhalb der Gruppe dar. Es bleibt unberücksichtigt, ob ein einzelner Beruf durch viele oder wenige Zensiten vertreten ist.

Die Gruppen „politische Führungsschicht“ und „Adel“ bedürfen neben der Analyse einer für die Steuerbuchauswertung adäquaten Definition. Unter „Adel“ werden diejenigen verstanden, die in den Steuerbüchern durch ein entsprechendes Prädikat erkennbar sind, ohne Rücksicht darauf, ob sie nun eine Stellung am Hof einnahmen oder nicht. Zumindest der größte Teil dieser Zensiten steuerte nur für den in der Stadt für sie steuerpflichtigen Besitz, ihr Gesamtbesitz ist damit natürlich nicht erfaßt. Zu ihnen gehörten zahlreiche Hofmarksbesitzer. Angesichts der Steuerfreiheit für die selbst bewohnten Häuser der fürstlichen Räte und des adeligen Hofgesindes zeugen die hohen Steuersummen von erheblichen über den normalen Hausbesitz hinausgehenden Vermögenswerten dieser Bewohnergruppe. Dies gilt auch, wenn man berücksichtigt, daß die Witwen und Kinder dieser Gruppe gezwungen waren, den Besitz anzunehmen, wollten sie nach dem Tod des Familienoberhaupts in der Stadt weiterhin leben. Sie wurden damit normal steuerpflichtig. Mit der zahlenmäßigen Zunahme dieses Personenkreises zwischen 1606 und 1792 steigt auch ihre fiskalische Bedeutung: Die 15 Adeligen von 1606 leisteten gerade 1,9‰ der Gesamtsteuerleistung; 1700 brachten es 87 bereits auf 7,8‰ und 1792 145 auf 50,1‰. Sie erreichen damit am Ende des 18. Jahrhunderts einen sogar etwas höheren Anteil als

beispielsweise die gesamten 133 Metallhandwerker, die ja voll steuerpflichtig waren.

Schwieriger ist die Gruppe „politische Führungsschicht“ in den Steuerbüchern einzugrenzen. In den Schnittjahren 1700 und 1792 ließen sich Vertreter dieser Gruppe nur dadurch herauschälen, indem die Personen mit der Bezeichnung „des Rats“, „des Innern Rats“ oder „Bürgermeister“ extra ausgewählt würden. Familien, deren Oberhaupt gerade kein Amt innehatte, wären damit jedoch nicht zu erfassen. Diese Gruppe wurde deshalb nur für 1606 separat ausgeworfen. In dieser Zeit ist sie eindeutig durch den Ehrentitel „Herr“, „Frau“, „Jung-herr“ oder „Jungfrau“ gekennzeichnet und umrissen. Unter ihnen finden sich Familiennamen wie Barth, Ligsalz, Hundertpfund etc. Auf den Begriff „Patriziat“ mußte hier verzichtet werden, da diese Personen ohne die nicht überlieferten Patriziatslisten nicht vollständig erfaßt werden können, mit dem Titel „Herr“ aber ein weiterer Kreis angesprochen wurde, wie z. B. Äußere Räte, die nicht dem Patriziat angehörten.

An der Spitze aller Steuerzahler stand „Herr“ Franz Fuell (Vill) mit genau 300 fl. Diese Steuersumme wird in den beiden anderen ausgewerteten Steuerbüchern bei weitem nie erreicht. Vermutlich handelt es sich wie bei dem zweitstärksten Zensiten Heinrich Wagner mit 100 fl. um eine „Compositionssumme“, die zwischen Fuell und dem Kämmerer vereinbart war, ohne daß hiermit auf einen wirklichen Vermögensanteil Fuells zu schließen ist⁵⁸. Wie auch aus den anderen Namen dieser Gruppe erkennbar, sind viele von ihnen als Handelsleute zu bezeichnen. Bei der Interpretation der Berufsgruppe „Handel“ ist dies mit zu berücksichtigen. Diese Führungsschicht war auch ganz allgemein unangefochten die ökonomische Spitzengruppe unter den Münchener Zensiten. Ihre 1606 erfaßten 103 Vertreter entrichteten zusammen 156,3‰ der Gesamtsteuersumme und wurden hierin von keiner anderen Gruppe erreicht.

Stets an zweiter Stelle der Steuersummenhierarchie stand die Berufsgruppe „Handel“. Die durchschnittlichen Steuersummen stagnieren allerdings zwischen 1606, 1700 und 1792. Unter Einbeziehung einer gewissen Inflationsrate könnte man sogar von Vermögensverlusten ausgehen. Noch drastischer wird der Gegensatz zwischen 1606 und den beiden Schnittjahren des 18. Jahrhunderts, beziehen wir 1606 die „politische Führungsschicht“ ein, deren Familienoberhäupter ja zum Teil den Handelsberufen zuzuordnen sind. Da sich dieser Anteil jedoch nicht quantifizieren läßt, muß unsere Interpretation für 1606 notwendig vorsichtiger ausfallen. Nach der Systematik der Gruppenbildung dürften auch die Frauenhaushalte der „politischen Führungsschicht“ nicht der entsprechende Berufsgruppe zugeordnet werden, sondern müßten unter „Frauen und Witwen“ fallen. „Herr“ und „Jung-herr“ zusammen erreichen 110,8‰ der Gesamtsteuerleistung. Alle Handelsberufe gemeinsam bringen am Anfang des 17. Jahrhunderts 127,4‰ „auf die Waage“. Würde also die gesamte „politische Führungsschicht“ 1606 aus Handelsleuten bestanden haben, kämen auf die Handelsgewerbe insgesamt 238,2‰. Da dieser Anteil jedoch sicher geringer war, nimmt also der Anteil der Handelsvermögen am Gesamtvermögen der Stadt bis 1700 (225,3‰) zu und hat am Ende des Jahrhunderts etwa die gleiche Höhe (223,1‰). Dieses Ergebnis steht zwar nicht im Widerspruch zu dem bereits bei der Gewerbeentwicklung konstatierten Ergebnis einer nicht unerheblichen zahlen-

⁵⁸ Zu Franz Füll vgl. S. 229 f.

mäßigen Zunahme des Handels während des Untersuchungszeitraums, überrascht aber doch. Die quantitative Zunahme der Vertreter dieser Gruppe bei gleichzeitiger Stagnation des Anteils am Gesamtsteueraufkommen drückt sich in einer erheblichen Bedeutungsminde rung der Steuerkraft des einzelnen Zensiten in den wichtigsten Handelsberufen wie Handelsmann, Kramer und Eisenhändler mit ihren Nebenberufen aus. Die Übersichtstabelle der Durchschnittssteuersummen der Berufsgruppen gibt hier nur ein ungenügendes Bild, da zahlenmäßig weniger bedeutende Berufe hier den Befund verzerren. Deutlich wird dieses Ergebnis durch den Vergleich des durchschnittlichen Anteils am Gesamtsteueraufkommen pro Zensiten mit den Mittelwerten des jeweiligen Steuerbuchs (Beispiel Handelsmann: 1606 2,2‰ bei Mittelwert 0,25‰, 1700 3,14‰ bei Mittelwert 0,37‰, 1792 1,19‰ bei Mittelwert 0,34‰): Der durchschnittliche Handelsmann bezahlte 1606 (ohne die extrem hohen Steuerwerte der „politischen Führungsschicht“) noch den 8,8fachen Durchschnittssatz des Steuerbuchs, 1700 den 8,5fachen und 1792 nur noch den 3,5fachen. Die Verteilung der Steueraufkommen innerhalb des Handelstandes blieb dabei über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg konstant: Der Variationskoeffizient berechnet sich unverändert mit 1,4, was eine relativ große Inhomogenität der Gruppe andeutet.

Das mathematisch aufwendige Verfahren bietet ein überraschend klares Ergebnis. Die quantitative Zunahme der Handelsberufe geht einher mit einem nicht unerheblichen Bedeutungsverlust der einzelnen Zensiten dieser Gruppe. Gesamtwirtschaftlich gesehen, kann der Handelsstand so zwischen 1606 und 1700 seinen Steueranteil erweitern und zwischen 1700 und 1792 erhalten (vgl. Spalte „Anteil des Gewerbes am Gesamtsteueraufkommen“ im Anhang Nr. 16).

Ähnlich wie der Handel hatten die „Nahrungsmittelgewerbe“ durch den Dreißigjährigen Krieg einen weit unterdurchschnittlichen zahlenmäßigen Rückgang zu verzeichnen und am Ende des 18. Jahrhunderts einen um 20 % höheren Stand als 1606. Nach dem Niedergang des Textilhandwerks stellten sie 1700 und 1792 die stärkste Gewerbegruppe. Das Steueraufkommen des durchschnittlichen Lebensmittelgewerbetreibenden lag 1606 ca. 50 % über dem des „Normalzensiten“, ein Vorsprung den er um 1700 noch leicht ausbauen und bis zum Ende des 18. Jahrhunderts halten konnte. Große Zahl und überdurchschnittliche Vermögenssituation geben dem Nahrungsmittelgewerbe den höchsten Anteil an der Gesamtvermögenssteuer aller drei Untersuchungsjahre. Diese Spitzenstellung konnte kontinuierlich ausgebaut werden (1606 191,5‰, 1700 235,7‰, 1792 268,7‰).

An der Spitze standen zunächst die Wirte, die im Laufe der Zeit durch die Brauer abgelöst wurden. Mit wenigen Ausnahmen ist jedoch die Berufsgruppe insgesamt als sehr reich zu bezeichnen, ihre quantitativ bedeutenden Einzelberufe liegen fast alle über den Steuerdurchschnittswerten: hierzu gehören Bäcker, Lebzelter, Müller und natürlich die bereits erwähnten Wirte und Brauer. Lediglich die erst zu Ausgang des 17. und im 18. Jahrhundert immer zahlreicher werdenden Bierzapfler erreichen diese Marke nicht. Diese Aussage trifft nur auf diejenigen zu, die unter die bürgerliche Besteuerung fielen. Viele waren als Hofschutzverwandte überhaupt nicht steuerpflichtig. Aber auch die bürgerlichen Bierzapfler sind deshalb noch lange nicht als „arm“ einzustufen. Vielmehr ist zu bedenken, daß sie ja für ihr Gewerbe keine Produktionsstätte benötigten, die z. B. bei den Brauern ja einen erheblichen Vermögenswert darstellten.

Unter den stärkeren Nahrungsmittelgewerben lassen sich auch kaum eklatante Veränderungen in den Vermögensgegensätzen feststellen, lediglich die Wirte machen hier eine Ausnahme, deren Variationskoeffizient am Ende des Untersuchungszeitraums erheblich höher liegt als zuvor (1606 0,9, 1700 0,8, 1792 1,4). Grundsätzlich zeigt sich jedoch, daß in Berufen mit überdurchschnittlichen Steueranteilen auch dieser Koeffizient in der Regel relativ hoch ist, wie beispielsweise bereits am Handel ersichtlich wurde. *Der reiche Handelsmann*, oder der reiche Brauer existierte also nicht; vielmehr haben wir es in diesen sogenannten „reichen“ Berufen mit erheblichen Vermögensgegensätzen zu tun.

1606 war das „*Textil- und Bekleidungsgewerbe*“ noch die stärkste Berufsgruppe Münchens. Es erreichte nach dem Dreißigjährigen Krieg bis zum Ende des 18. Jahrhunderts gerade noch etwas über 50 % seiner Vorkriegsbedeutung. Wie sah dagegen seine Vermögensentwicklung aus? Ausgehend von der durchschnittlichen Steuersumme eines Vertreters dieser Gruppe zeigt sich gegenüber dem zahlenmäßigen Niedergang eine erhebliche Konstanz seines Vermögens: 1606 und 1700 lag seine Steuerleistung etwa im Mittel aller Zensiten, bis 1792 fiel er dann um etwa 20 % ab. Nominell stieg jedoch die Steuerleistung des Textilhandwerks im Durchschnitt stets an. Verursacht durch den erheblichen zahlenmäßigen Verlust sank entsprechend auch der Anteil der Berufsgruppe am gesamten Steuervermögen über den Dreißigjährigen Krieg hinweg um ca. 30 %, um dann auf dieser Höhe zu stagnieren. Interessant ist jedoch im Bereich der besonders durch Verluste betroffenen textilienproduzierenden Handwerker, den Loderern (1606 111, 1700 18, 1792 16), Tuchmachern (1606 33, 1700 14, 1792 16) und Webern (1606 132, 1700 49, 1792 64), daß die verbliebenen im 18. Jahrhundert erhebliche Steigerungen in der Steuerleistung zu verzeichnen hatten. So blieben die Loderer und Weber zwischen 1700 und 1792 nur leicht unter der Verdoppelung ihrer durchschnittlichen Steuerleistungen, die Tuchmacher verdreifachten diese sogar. Erklärbar ist diese Entwicklung angesichts der doch erheblichen ausländischen Konkurrenz dadurch, daß sich diese Handwerke „gesundschrumpften“. Die Tuchmacher, die etwa die Hälfte ihrer Produktionsstätten verloren hatten, konnten ihren Anteil am Gesamtsteuervermögen der Stadt zwischen 1700 und 1792 beinahe verdoppeln, die Weber mit ähnlicher Gewerbeentwicklung um etwa 50 % steigern. Die Loderer stagnierten dagegen im selben Zeitraum.

Ganz anders sieht es bei den Schneidern aus. Deren zahlenmäßige Kriegsverluste waren weit geringer ausgefallen (1606 120, 1700 95, 1792 107) als bei den drei textilienpoduzierenden Gewerben. Ihre mittleren Vermögenssteuerwerte reduzierten sich dagegen zwischen 1606 und 1700 um fast die Hälfte. Dies war ein Rückgang, den keines der anderen drei genannten Textilhandwerke hinnehmen mußte, das Tuchmacherhandwerk hatte im gleichen Zeitraum seine Vermögenssteuerleistung im Durchschnitt sogar verdoppelt. Im Laufe des 18. Jahrhunderts erholte sich das durchschnittliche Vermögen eines Schneiders nur sehr geringfügig und die Steuerleistung blieb 1792 noch weit unter der von 1606. Trotz der geringen zahlenmäßigen Verluste im Dreißigjährigen Krieg verloren so die Schneider einen erheblichen Anteil am Gesamtsteuervermögen der Stadt (Anteile: 1606 26,6 %, 1700 17,2 %, 1792 14,7 %).

Unabhängig von den konjunkturellen Entwicklungen und veränderten Moden läßt sich am Beispiel des Textilhandwerks deutlich die Nützlichkeit der Reduzierung von Gerechtigkeiten übersetzter Handwerke zeigen. Der durchschnittliche

Schneider erreichte 1792 gerade die im Steuerbuch so deutliche 1 fl.-Grenze, ab der überhaupt ein zu versteuerndes Einkommen gegenüber den sogenannten „Habnitsen“ begann. Die vor dem großen Krieg ärmeren drei textilproduzierenden Gewerbe ließen die Schneider nun z. T. weit hinter sich. Hinzugefügt werden muß jedoch, daß diese vier besonders zahlreichen Textilgewerbe extrem hohe Variationskoeffizienten aufweisen. Wir haben es also in ihren Reihen mit weit überdurchschnittlichen Vermögensgegensätzen zu tun, die allerdings infolge entsprechender Veränderungen und Umstrukturierungen der Wirtschaftslage über die kriegsbedingten Einbrüche hinaus nicht verwundern.

Die „*Leder- und Pelz*“-verarbeitenden Handwerke gehörten in der Residenzstadt zu den Gewerbegruppen, die am Ende des 18. Jahrhunderts erst wieder 86 % ihres Betriebszahlenstandes von vor dem Dreißigjährigen Krieg (1606) erreichten. Ihre durchschnittliche Vermögenssteuerleistung blieb dagegen ziemlich konstant. Sie liegt 1700 etwa 20 % höher als 1606, verändert sich dann bis 1792 jedoch kaum mehr. Für das 17. Jahrhundert verläuft diese Entwicklung konträr zur Normalentwicklung. Darüber hinaus war der rein numerische Rückgang im selben Zeitraum geringer als der Durchschnitt. Auf diese Weise konnte die Berufsgruppe ihren fiskalisch erfaßten Vermögensanteil am Gesamtsteuervermögen von 33,9‰ 1606 auf 40,8‰ 1700 ausbauen. Das 18. Jahrhundert bietet nun sowohl was die zahlenmäßige als auch was die steuerliche Entwicklung anbetrifft gegenüber dem Durchschnitt der Zensiten genau die entgegengesetzte Entwicklung. Folgerichtig sinkt der Anteil am Gesamtsteuervermögen Münchens sogar noch unter den Vorkriegsstand ab (25,1‰).

Innerhalb dieser Berufsgruppe ragen die Schuhmacher zahlenmäßig weit heraus. Da ihre Entwicklung jedoch teilweise anders verläuft als die der gesamten Berufsgruppe, müssen sie in bestimmten Punkten eigens behandelt werden. Zwischen 1606 und 1700 erfahren sie keinerlei Rückgang der Betriebszahlen (1606 52, 1700 53). Dafür aber reduziert sich ihre Steuerleistung in dieser Zeit annähernd um ein Drittel. Da allgemein die Münchener Haushaltszahlen wie die Bevölkerungszahlen im gleichen Zeitraum einen erheblichen Rückgang erlebten und die Nachfrage sich vermutlich entsprechend entwickelt hat, können wir bei den Schuhmachern ein ähnliches Phänomen wie bei den Schneidern vermuten: Das Angebot – und damit die Zahl der Gerechtigkeiten – hat sich nicht an der Nachfrage orientiert und führte damit zu einer nicht unerheblichen Rezession im Handwerk. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts erhöhte sich dann die Zahl der Schuhmacher sogar um ca. 50% (1700 53, 1792 75), die Vermögenssteuerleistung blieb jedoch weitgehend konstant. Im Anbetracht der Preissteigerungsraten des 18. Jahrhunderts muß also von einer weiteren Verarmung dieses Gewerbes ausgegangen werden, trotz einer – aus wirtschaftlicher Sicht – unverünftigen Betriebszahlenzunahme.

Der überdurchschnittliche Rückgang der Betriebszahlen im „*Metallhandwerk*“ (1606 208, 1700 122, 1792 133) findet keine Entsprechung bei den Steuersummen. Die Berufsgruppe lag zu Beginn des 17. Jahrhunderts noch um ca. 30 % unter dem Mittelwert aller Zensiten, erreichte um 1700 diesen Bereich und lag 1792 sogar um ca. 10 % darüber. Der einzelne Gewerbetreibende dieser Handwerksgruppe mußte also im Durchschnitt auch zwischen 1606 und 1700 nicht wie die Vertreter der meisten anderen Sparten Vermögenseinbußen hinnehmen. Angesichts der in diesem Gewerbe ebenfalls sehr niedrigen Steuerleistungen ist es wohl auch hier nicht angebracht, von einem Konzentrationsprozeß

zu sprechen – wenn es auch mathematisch einer ist –, sondern besser von einer Gesundheitschumpfung. Trotz des überdurchschnittlich starken Betriebszahlenrückgangs steigt so der Anteil der Gewerbegruppe am Gesamtsteueraufkommen von 40,7‰ 1606 auf 52,8‰ 1700. Der Abfall um ca. 5‰ im Laufe des 18. Jahrhunderts ist hauptsächlich auf die weit bedeutendere Gewerbezahlzunahme der anderen Berufsgruppen in dieser Zeit zurückzuführen.

Eine gewisse Ausnahme innerhalb der Gruppe stellen die Uhrmacher dar, deren Vermögenssteuerleistung um ca. 50 % zwischen 1700 und 1800 entgegen dem Trend in der Gewerbegruppe sinkt, während ihre Betriebszahl sich verdreifacht (1700 3, 1792 10). Der Anteil am Gesamtsteueraufkommen kann so gerade gehalten werden (1,6‰). Die Verstärkung dieses Handwerks wurde also mit einem ökonomischen Niedergang des einzelnen Gewerbetreibenden und mit erheblich steigenden Vermögensgegensätzen, wie die Variationskoeffizienten andeuten, erkauft.

Eine für die Einzelbetriebe noch weit günstigere steuerliche Entwicklung als die Metallberufe erlebte die Gruppe „*Chemie und Gesundheit*“. Da diese Gewerbe zusätzlich im Laufe des 17. Jahrhunderts kaum zahlenmäßige Verluste hinnehmen mußten und im 18. Jahrhundert um ca. 25 % zunahmen, stieg ihr Anteil am Gesamtsteuervermögen unvergleichlich stark an (1606 6,2‰, 1700 22,5‰, 1792 28,1‰). Ursache für diese äußerst positive Entwicklung dürften die Veränderungen in den Hygienegewohnheiten darstellen. Bezeichnend sind hierfür besonders die Seifensieder. Im 17. Jahrhundert noch kaum vertreten (1606 1, 1700 3) finden sich 1792 11 dieser Handwerker, deren durchschnittliche Vermögenssteuerleistung von 317 d 1700 auf 1450 d 1792 anstieg. Dabei vergrößerten sich die Besitzgegensätze aber nicht, der Variationskoeffizient bleibt bei 0,7. Wenn auch durch die geringe Anzahl der Seifensieder 1700 dieser mathematische Wert nur eine beschränkte Aussagekraft hat, so läßt sich dennoch erkennen, daß die konstatierte Vermögensakkumulation in einem Großteil des Handwerks festzustellen ist. Dieser erreicht so die Spitzengruppe der Steuerzahler. Der entsprechende Anteil des Handwerks am Gesamtsteuervermögen wächst von 0,9‰ 1700 auf 9,3‰ 1792.

Die Berufsgruppe „*Papier und Farben*“ stellt in jeder Hinsicht eine sehr inhomogene statistische Gemeinschaft dar, deren relativ stabiles numerisches Verhalten und deren konstante Vermögenssteuerwerte über den Untersuchungszeitraum hinweg das sehr unterschiedliche Verhalten der einzelnen Berufe verschleiert. Auch haben wir es hier mit sehr starken Veränderungen im Berufsbild zu tun. Bilderdrucker, Glanzierer, Lackierer, Papierer und Vergolder erscheinen in den drei Schnittjahren nur 1792 im Steuerbuch, Farbreiber und Illuminist verschwinden. Diese sieben Berufe machen die Hälfte aller Papier- und Farbenberufe aus. Wir müssen uns also auf die wichtigsten Einzelberufe konzentrieren: Buchbinder, Buchdrucker und Maler.

Die zahlenmäßige Entwicklung der Buchbinder (1606 8, 1700 11, 1792 14) und der Buchdrucker (1606 5, 1700 10, 1792 11) ähnelt einander, die Veränderungen in den durchschnittlichen Vermögenssteuern verlaufen jedoch im 18. Jahrhundert völlig konträr. So steigt der Anteil an der Gesamtsteuerleistung der Buchbinder von 4,5‰ 1700 auf 5,5‰ 1792, im gleichen Zeitraum sinkt dieser Anteil der Buchdrucker jedoch von 7,4 auf 1,9‰.

Die Maler gehörten zu den einzigen Bauhandwerkern, die während des 18. Jahrhunderts einen substantiellen numerischen Niedergang erleiden (1606

30, 1700 23, 1792 15). Auch ihre durchschnittlichen Steuerwerte sinken – wenn auch nicht dramatisch –, was zu einem erheblichen Absinken ihres Anteils am Gesamtsteuervermögen führt (1606 5,2, 1700 6,2, 1792 2,1‰). Hierin dürfte sich der große Stilwandel in der Architektur der Zeit ausdrücken. Der mit vielen Deckenfresken, Gemälden und farbigen Verzierungen versehene Raum wird abgelöst durch nüchterne, der Aufklärung und klassizistischen Gestaltungsprinzipien verpflichtete, meist monochrome Dekorationen. Entsprechend finden sich nun auch Anstreicher in München (1606 0, 1700 2, 1792 4).

Da bereits das Malerhandwerk angesprochen wurde, sollen nun auch die Bauberufe folgen, also die Gewerbegruppe „*Holz, Bein, Bau*“. Wie schon festgestellt⁵⁹, erfuhr sie eine weitgehend ähnliche Entwicklung wie die meisten anderen Gewerbe, der erhebliche Zuwachs zwischen 1700 und 1792 beruht dagegen nur auf der positiven Konjunktur im Bauwesen bei Maurern (1606 68, 1700 32, 1792 104) und bei Zimmerleuten (1606 55, 1700 51, 1792 132). Ihre durchschnittliche Steuersumme zeigt jedoch deutlich, daß die numerische Zunahme nicht mit entsprechendem vermögensmäßigem Gewinn verbunden war. Die Maurer erreichten am Ende des 18. Jahrhunderts gerade die Steuerwerte, die sie vor dem Dreißigjährigen Krieg hatten – 1700 liegen sie sogar noch ca. 20 % darunter –, die Zimmerleute kommen 1792 sogar nur noch auf 50 % ihrer Vorkriegssteuerleistung. In beiden Berufen gab es in München 1792 nur jeweils drei Meister⁶⁰, d.h. die übrigen in den Steuerbüchern erscheinenden Vertreter der Maurer und Zimmerleute waren Gesellen mit eigenem Haushalt, die im Taglohn ihren Lebensunterhalt verdienten. Ihre Lebensverhältnisse müssen angesichts ihrer Steuerleistung zum überwiegenden Teil äußerst schlecht gewesen sein. Der Habnit-Satz lag ja bei 4ß (= 210 d), nur für nachweislich Arme wurde dieser Kopfsteuersatz reduziert. Der durchschnittliche Steuersatz dieser Bauhandwerker erreichte jedoch stets nur etwas über der Hälfte des Habnit-Satzes, der Durchschnitt der Zimmerleute 1792 sogar nur mehr ein Drittel. Die hohen Variationskoeffizienten bei Maurern und Zimmerleuten 1792 (5,9 bzw. 2,9) weisen jedoch auf die extremen Vermögensunterschiede in diesen Berufen hin. Die Gesellen zahlten am Ende des 18. Jahrhunderts meist überhaupt keine Steuern mehr, manche um 30 x (= 105 d), während die Meister zwischen 1 fl. (= 210 d) und 40 fl. 50 x (= 8.575 d) entrichteten. Den Spitzensatz bezahlte der Stadtmaurermeister Mathias Widmann, der damit Platz 16 in der Münchener Steuerhierarchie einnahm. Der Stadtzimmermeister entrichtete 7 fl. (= 1.470 d), und einer seiner Kollegen erreichte sogar 7 fl. 56 x (= 1.666 d).

Der zahlenmäßige Niedergang der Steinmetze (1606 26, 1700 3, 1792 6), denen um 1600 noch eine gewisse Bedeutung zukam, muß dagegen wie bei den Malern im Stilwandel gesucht werden. Vermögensmäßige Einbußen scheinen gegenüber 1606 bei den 1700 verbliebenen Handwerksbetrieben nicht eingetreten zu sein (Steuerdurchschnittswerte: 1606 144 d, 1700 252 d, 1792 230 d), wobei davon auszugehen ist, daß 1606 noch ein relativ großer Anteil der Zensiten dieses Berufs nur Gesellen mit eigenem Haushalt waren.

Den Maurer- und Zimmermannsgesellen vermögensmäßig und durch den Taglohn verwandt sind die *Tagwerker*, deren numerische Entwicklung im Untersuchungszeitraum über dem Durchschnitt der Münchener Haushalte lag (1606

⁵⁹ Vgl. S. 256 f.

⁶⁰ BayHStA GR Fasz. 830.

214, 1700 154, 1792 398). Die entsprechenden Vermögenssteuerwerte sanken dagegen noch stärker als bei den beiden Bauhandwerksberufen. Trotz der extremen Zunahme dieser Tagelöhnerhaushalte im 18. Jahrhundert fallen deshalb ihre Anteile am Gesamtsteueraufkommen von 14,3‰ 1606 über 9,3 1700 auf 6,9 1792. Eine Unsicherheit liegt jedoch – wie bei den Maurer- und Zimmergesellen – noch in der Verringerung des Steuersatzes für Arme 1616 vom halben Habnit Satz (2ß = 60d) oder weniger, je nach Einschätzung des Steuereintnehmers, auf 2d. Da – wie die Steuerwerte belegen – ein großer Teil dieser Berufsgruppe in diesem Bereich liegt, ist dies jedoch bei dem Vergleich zwischen 1606 und 1700 zu berücksichtigen, ohne daß die Auswirkung der Änderung der Steuerordnung in diesem Fall genau quantifizierbar wäre. Da jedoch die Lohnsätze der Tagelöhner stets unter dem der Gesellen der beiden Handwerksberufe liegen⁶¹ und erstere gegenüber letzteren einen weit stärkeren vermögenssteuermäßigen Niedergang erleiden, scheint bei ihnen auch tatsächlich die Verarmung weiter fortgeschritten zu sein. Am Ende unseres Untersuchungszeitraums hat sich allerdings ein Teil der Tagelöhner von diesem Pauperisierungsprozeß emanzipieren können. Die Variationskoeffizienten zeigen, daß die Gruppe 1792 im Hinblick auf ihre Steuerwerte weit inhomogener geworden ist, als sie dies 1606 und 1700 war (1606 0,5, 1700 0,9, 1792 1,9).

In der Berufsgruppe „*Glas und Erde*“ spielen zahlenmäßig nur die Glaser und Hafner eine Rolle. Während die Glaser ihren Stand im Untersuchungszeitraum etwa halten können (1606 11, 1700 9, 1792 10), verlieren die Hafner an Bedeutung (1606 16, 1700 8, 1792 9). Beide haben eine positive Entwicklung der durchschnittlichen Vermögenssteuerwerte zu verzeichnen, wobei allerdings die Glaser die Hafner weit überflügeln, obwohl letztere 1606 noch weit über ersteren standen (Glaser: 1606 278d, 1700 463d, 1792 930d; Hafner: 1606 401d, 1700 569d, 1792 687d). Beide Berufe scheinen in gewisser Hinsicht weniger „Opfer“ einer allgemeinen Konjunktur, sondern mehr technologischer Verbesserungen gewesen zu sein. Die Hafner verloren wohl hauptsächlich durch die Konkurrenz des Porzellans, konnten jedoch durch Gesundschumpfen ihren Besitzstand wahren. Die Fortschritte bei der Glaserzeugung dürfte dagegen den Glasern einen erheblichen Markt geöffnet haben.

Die letzte noch verbleibende Berufsgruppe für München, der Bereich „*Dienstleistungen, öffentlich und privat Bediente*“, ist als Gesamtheit ziemlich amorph. Eigenständige Unternehmer wie die Fuhrleute stehen hier neben einem städtischen oder kirchlichen Angestellten. Andererseits ist eine weitere Differenzierung in Gruppen nur schwer möglich, da sich die Tätigkeiten mitunter überschneiden oder nicht genau definieren lassen. Darüber hinaus wurden städtische Amt- und Dienstleute zwar normal besteuert, für den Habnit, also die für alle zu entrichtende Kopfsteuer, hatten sie nur 2d anstatt 120d (= 4ß) zu zahlen. Außerdem waren alljene steuerfrei, die für die Stadt ein Amt oder einen Dienst verrichteten, sofern sie nicht nebenher ein Gewerbe betrieben. Eine den anderen Berufsgruppen vergleichbare Analyse ist aus diesen Gründen wenig sinnvoll.

Am sichtbarsten wird die Eigentumsstruktur einer Stadt an der Verteilung des *Hausbesitzes* (vgl. die drei Tabellen im Anhang Nr. 23). Die berufsspezifischen Ergebnisse aus der Untersuchung der Steuerstruktur spiegeln sich weitgehend

⁶¹ Vgl. S. 365f.

hier wider. Neben der „politischen Führungsschicht“ (nur 1606) und dem Adel nehmen in allen drei Schnittjahren wie nicht anders zu erwarten Händler, Wirte, Brauer, Bäcker und Metzger eine Spitzenposition ein. „Unterhalb“ dieser Gruppen lassen sich jedoch verschiedene Veränderungen der Schwerpunkte feststellen. Diese sind jedoch weitgehend aus den Analysen der Steuerverteilung erklärbar. Signifikant ist die Zunahme der Gebäude in Hand kirchlicher Institutionen, besonders zwischen 1606 und 1700. Im 18. Jahrhundert gewinnen sie nur noch 12 Häuser hinzu, was anteilmäßig am Gesamthausbestand sogar einen Rückgang bedeutet. Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, daß es sich hierbei nur um quantitative Werte handelt, nicht um qualitative. Die Zunahme der Gesamthäuserzahl zwischen 1700 und 1792 beruht ja hauptsächlich auf der Expansion der Stadt im Bereich der Vorstädte mit ihren zumeist geringerwertigen Unterkünften gegenüber der Innenstadt. In letzterer konzentrierte sich der kirchliche Besitz. Die zahlreichen Klagen der Stadt und ihrer Bürger gegen die Akkumulation für die wachsende Bevölkerung dringend notwendiger Bausubstanz bei der „toten Hand“ findet hiermit ihren zahlenmäßigen Beleg.

Eine andere Beobachtung erscheint von grundsätzlicher Bedeutung. Die Zahl der Gruppen, die 10 und mehr Häuser in ihrem Besitz hatten, nahm zwischen 1700 und 1792 erheblich zu. Andererseits läßt sich gleichzeitig bei Adeligen, Händlern, Brauern, Metzgern, Wirten und Bierzapflern ein gewisser Konzentrationsprozeß feststellen. Zwischen 1606 und 1700 dagegen blieb der Hausbesitz der hier angesprochenen Gruppen weitgehend konstant, Konzentrationen finden sich in geringem Maße, deutlich nur bei kirchlichen Institutionen und Brauern. Da „Adel“ und „politische Führungsschichten“ von 1606 nicht genau definitorisch vom „Adel“ um 1700 abzugrenzen sind, muß ein diesbezüglicher Vergleich unterbleiben.

3.2. Weilheim

Gegenüber der Residenzstadt würden in den anderen Beispielstädten manche Interpretationen bei gleichmäßig intensiver Heranziehung des statistischen Grundlagenmaterials zu weit gehen. Häufig nur sehr wenige Zensiten in einem Beruf oder gar in einer Berufsgruppe schalten hier „Einzelschicksale“ zu wenig aus, als daß man die mathematische Abstraktion als allgemeingültiges Ergebnis ansehen könnte. Auch die vielen Zensiten, deren Beruf unbekannt ist, lassen einen zu „scharfen“ analytischen Zugriff nicht zu. Berücksichtigt werden muß in Weilheim auch, daß zwischen 1603 und 1650 das Steuersystem sich zumindest in sofern geändert hat, daß eine Art Kopfsteuer von mindestens 63 d. bei Bürgern mit Immobilienbesitz von 70–101,5 d eingeführt wurde⁶², die wie der Münchener „Habnit“ (120 d) ertragsunabhängig war. Bedauerlich ist besonders, daß wir in Weilheim durch die fehlenden Berufsangaben in der Steuerliste von 1778 die berufsspezifische Steueranalyse nicht ins 18. Jahrhundert fortsetzen können, sondern um 1700 abbrechen müssen.

⁶² Vgl. S. 328.

Durchschnittliche Steuersumme der Berufsgruppen in Pfennigen in Weilheim *

(Berufsgruppen in Klammern: Ihre numerische Stärke ist so gering, daß die Durchschnittssteuersummen wenig besagen)

1579		1603	
Nahrungsmittel	239	Handel	319
Dienstleist. etc.	175	Nahrungsmittel	305
Leder u. Pelz	166	Dienstleist. etc.	284
<i>Mittelwert</i>	150	(Papier u. Farben	232)
Frauen u. Witwen	149	Leder u. Pelz	210
Handel	127	<i>Mittelwert</i>	172
Metall	122	Metall	118
Glas u. Erde	112	Textil u. Bekl.	118
Textil u. Bekl.	78	Glas u. Erde	103
Holz, Bein, Bau	75	Holz, Bein, Bau	102
Gesundh. u. Chemie	56	Gesundh. u. Chemie	87
(Papier u. Farben	52)	Frauen u. Witwen	72
Tagwerker	46	Tagwerker	69
1650		1700	
Nahrungsmittel	597	Nahrungsmittel	675
Handel	460	Gesundh. u. Chemie	329
Leder u. Pelz	327	<i>Mittelwert</i>	287
<i>Mittelwert</i>	278	Frauen u. Witwen	287
Dienstleist. etc.	206	Glas u. Erde	238
Textil u. Bekl.	194	Textil u. Bekl.	220
Holz, Bein, Bau	162	Metall	219
Metall	155	Handel	202
Tagwerker	126	Leder u. Pelz	168
Glas u. Erde	103	Holz, Bein, Bau	168
Frauen u. Witwen	86	Dienstleist. etc.	149
(Gesundh. u. Chemie	68)	(Papier u. Farben	144)
(Papier u. Farben	63)	Tagwerker	103

* Einschränkung: Die durchschnittliche Steuersumme der Berufsgruppe ist dem Anhang Nr. 18 entnommen und stellt nur einen Durchschnitt der Mittelwerte der Einzelberufe innerhalb der Gruppe dar. Es bleibt also unberücksichtigt, ob ein einzelner Beruf durch viele oder wenige Zensiten vertreten ist.

Bereits an den durchschnittlichen Steuersummen der vier Schnittjahre zeigt sich, daß die bürgerlichen Schichten in Weilheim und München in gewisser Hinsicht verschiedene Stadttypen repräsentieren. Der „*Handel*“ spielte in der Landstadt eine weit geringere Rolle, lediglich 1603 erreichen seine Vertreter in der Vermögenshierarchie eine knappe Spitzenposition. Noch deutlicher wird dies an dem geringen Anteil am Gesamtsteueraufkommen der Stadt: 1579 19%, 1603 61,2%, 1650 109,9%, 1700 40,7%. Der Anteil der Nahrungsmittelgewerbe liegt in diesen Schnittjahren dagegen zwischen 273,8 und 441,1%, d. h. um 1700 überstieg ihr Anteil den des „*Handels*“ um ca. das Zehnfache. In München waren in diesem Jahr die Vermögenssteuersummen der beiden Gewerbegruppen etwa gleich stark. Der signifikante Anstieg des Steueranteils 1603 und 1650 wird von jeweils vier Handelsleuten und drei Tuchhändlern

verursacht. Es kann trotz der vielen unbekannten Berufsbezeichnungen als sicher gelten, daß ähnlich reiche Handeltreibende 1579 und 1700 in der Landstadt nicht zu finden waren, da die Berufe der Spitzenzensiten alle bekannt sind. Daß sich in Weilheim jedoch von 1700 bis zum Ende des 18. Jahrhunderts in diesem Bereich auch vermögensmäßig nicht unwesentliche Veränderungen ergeben haben, kann nur aus der erheblichen Zunahme der Gewerbetreibenden im Handel zwischen 1700 (16) und 1771/81 (36) erschlossen werden. Da die Dachsbergische Volksbeschreibung jedoch keine Steuersummen enthält, das Steuerbuch von 1778 aber keine Berufsbezeichnungen muß diese Annahme Spekulation bleiben.

Die Interpretation der *Nahrungsmittelgewerbe* fällt insofern etwas leichter, weil eine genügend große „Vergleichsmenge“ vorhanden ist, die statistisch verlässlichere Aussagen ermöglicht. Es handelt sich hier um die mit Abstand reichste Gewerbegruppe Weilheims. Ihr Anteil am Gesamtsteueraufkommen der Stadt wuchs kontinuierlich an: 1579 273,8‰, 1603 307,7‰, 1650 411‰, 1700 441,1‰. Um 1700 trug also dieses Gewerbe (ca. 17% der Zensiten) etwa die Hälfte (!) der Gesamtsteuerleistung, die Brauer alleine 252,6‰, also ein Viertel. Daß diese Vermögensakkumulation nicht nur einigen wenigen Vertretern dieser Gewerbegruppe vorbehalten war, zeigt die durchschnittliche Steuersumme: Mit Ausnahme von 1603 stehen die Nahrungsmittelbetriebe stets weit an der Spitze der Zensitenhierarchie. Allerdings liegen auch ihre Variationskoeffizienten mit an der Weilheimer Spitze. Für die Verhältnisse der Landstadt sind dies erhebliche Vermögensgegensätze innerhalb eines Berufsstandes. Wenn auch nicht im Hinblick auf die durchschnittliche Steuersumme, aber nach der Zahl der Betriebe und dem Gesamtsteueranteil kam es wie in der Residenzstadt zu einem Ablösungsprozeß an der Spitze der Berufe von den Wirten zu den Brauern. Letztere erbrachten 1579 erst etwa ein Drittel der Steuersumme der Wirte, um 1700 zahlten sie das Vierfache! Hieran läßt sich der wirtschaftlich dramatische Übergangsprozeß vom Wein zum Bier als Volksgetränk erkennen. Überraschenderweise wandeln sich jedoch die Vermögensgegensätze innerhalb dieser Berufe trotz der erheblichen Veränderungen kaum, die Variationskoeffizienten bleiben weitgehend konstant. Interessant sind die hohen Durchschnittssteuersummen der Lebzelter, die auch in München auffallen. In Weilheim liegen sie unter den Nahrungsmittelgewerben stets über den weit zahlreicheren Metzgern und Bäckern und nur wenig unter den Wirten und Brauern, 1603 sogar über den Brauern. Bemerkenswert sind in Weilheim auch die Bäcker. Ihr hoher Personalstand (1579 18, 1603 24, 1650 17, 1700 16) geht einher mit stets weit überdurchschnittlichen Steuersummen und einem herausragenden Anteil am Gesamtsteueraufkommen der Stadt, wodurch sie unter den Gewerbesparten immer den dritten Platz nach Brauern und Wirten einnahmen. Allerdings läßt sich aus den beiden fiskalischen Werten ein Aufstieg zwischen 1579 und 1603 und ein Abstieg zwischen 1650 und 1700 erkennen, der vermögensmäßig das Gesamtgewerbe 1700 wieder auf den Stand von 1579 zurückwarf, wobei allerdings die durchschnittliche Steuersumme auch unter Berücksichtigung der Einführung der Kopfsteuer um 1700 einen etwa doppelt so hohen Wert erreichte wie im 16. Jahrhundert. Wir können a priori hieraus annehmen, daß die Bäcker – ähnlich wie die Brauer – sich nicht nur von dem städtischen Absatzmarkt ernähren mußten, sondern auch darüber hinaus auf dem Land einen erheblichen Anteil der Produktion vertreiben konnten. Tatsächlich wissen wir bisher nur aus

der Gewerbebefragung des Jahres 1602, daß Weilheimer Bäcker zu dieser Zeit ihre Produkte bis nach Tirol verkauften⁶⁵.

In der Berufsgruppe „*Leder und Pelz*“ spielten nur die Rotgerber oder Lederer eine herausragende Rolle. Unter den Gewerbetreibenden folgen sie mit ihrem Anteil am Gesamtsteueraufkommen (1579 46,9‰, 1603 44,9‰, 1650 41,2‰, 1700 33,4‰) meist unmittelbar auf die reichsten Nahrungsmittelgewerbe Brauer, Wirte und Bäcker (eine Ausnahme bildet das Jahr 1603, Fuhrleute hier reicher). Diesen herausragenden Platz behielten sie auch noch trotz des nicht unerheblichen Rückgangs zwischen 1650 und 1700. Weit schlechter schneiden dagegen die übrigen Gewerbe dieser Berufsgruppe ab. Kürschner, Säckler und Sattler erreichen 1700 sogar im Durchschnitt nur noch den Kopfsteuersatz. Nicht viel besser ergeht es dem zahlenmäßig stärksten Ledergewerbe, den Schuhmachern. Nur um 1603 erreichen sie gerade die Durchschnittssteuersumme der Stadt. Wie in München klafft dann jedoch die weitere Entwicklung weit auseinander. Die Handwerkerzahlen nehmen zu (1579 9, 1603 9, 1650 8, 1700 11), während die betriebswirtschaftlichen Daten alle fallen. 1700 erreicht so der durchschnittliche Schuhmacher nicht einmal mehr 50% der mittleren Steuersumme der Stadt. Ist auch hier durch die nicht durchgeführte Reduzierung von Gerechtigkeiten eine Chance zur wirtschaftlichen Erholung verpaßt worden? Nicht unwesentlich ist die Parallelität von ökonomischem Niedergang und wachsenden Vermögensgegensätzen innerhalb dieses Gewerbes. Der Variationskoeffizient der Schuhmacher erreicht 1700 einen Spitzenwert unter allen Handwerken Weilheims.

Wie wohl in den meisten bayerischen Städten gehört die Berufsgruppe „*Textil und Bekleidung*“ zu den zahlenmäßig bedeutenderen. Während bei Schneidern und Webern dies eher der Normalfall ist, dürften – zumindest in bestimmten Zeiten – die Färber (1650 und 1700 je 7), Hutmacher (1603 7, 1650 9, 1700 8) und Seiler (1579 7, 1603 6, 1650 5, 1700 7) ein gewisses Spezifikum der Stadt dargestellt haben. Von wirklicher Handwerkskonzentration zu sprechen, würde jedoch zu weit gehen. In der vergleichbaren Stadt Burghausen finden sich nur bei den Hutmachern ähnliche Zahlen, und auch in Relation zu der um ein vielfaches größeren Residenzstadt sind diese drei Gewerbe weit überproportional vertreten. Insgesamt erlebt das Textilhandwerk in Weilheim von 1579 bis 1700 einen nicht unwesentlichen ökonomischen Aufschwung. Dies läßt sich an allen uns zur Verfügung stehenden Indikatoren ablesen: Handwerkszahl, durchschnittliche Steuersumme und Anteil am Gesamtsteueraufkommen. Gerade der letztere Wert macht dies besonders deutlich. 1700 ist dieser Anteil nämlich mehr als dreimal so hoch wie noch 1579. Die Entwicklung Weilheims ist also in diesem Fall überhaupt nicht vergleichbar mit der der Residenzstadt im gleichen Zeitraum bis 1700, haben wir doch dort erhebliche Verluste konstatieren müssen. In diesem Fall zeigt sich jedoch, daß die Frage nach der Entwicklung einer Gewerbegruppe nicht alleine ausreicht, um ihre tatsächliche ökonomische Bedeutung zu ermitteln. Die Gruppe insgesamt bleibt stets unter, z. T. weit unter den Steuermittelwerten des entsprechenden Steuerbuchs, als Einzelberuf überschreiten nur die Färber diese zweimal (1603 und 1700). Die positive Einschätzung diese Gewerbe erhält hierdurch also eine erhebliche Relativierung.

⁶⁵ BayHStA GR Fasz. 273 Nr. 4.

Wie schon im Textilgewerbe erweist sich Weilheim gegenüber Burghausen auch bei den *Metallberufen* weitaus gewerbereicher. Dies gilt sowohl für die Zahl der Berufsarten wie für die Zahl ihrer jeweiligen Vertreter, und dies trotz der vielen Zensiten, deren Beruf unbekannt ist. Die Gewerbegruppe erlebt jedoch eine dem Textilbereich vielfach konträre Entwicklung. Sie erreicht nach dem Dreißigjährigen Krieg ihren Vorkriegsstand sowohl bei den Betriebszahlen wie im Anteil am Gesamtsteueraufkommen nicht mehr. Allerdings läßt sich bei den durchschnittlichen Steuersummen der Gewerbegruppe nach 1650 ein gewisser Erholungsprozeß feststellen, die Summen steigen von 155 d 1650 auf 219 d 1700. Besonders deutlich wird dies an den Goldschmieden. Ihre drei verbleibenden Vertreter zahlten 1650 im Durchschnitt nur noch die Kopfsteuer von 63 d, scheinen also durch den Krieg gänzlich ruiniert worden zu sein. Bis 1700 verdoppelt sich jedoch die Zahl der Handwerker von drei auf sechs, ihre durchschnittliche Steuersumme steigt auf etwa das Vierfache und erreicht damit das Vorkriegsniveau (unter Einbeziehung der veränderten Kopfsteuer). Vergleichbar der gesamten Gewerbegruppe hat sich jedoch auch bei den Goldschmieden die Gesamtzahl der Zensiten verringert. Ähnlich wie in München können wir also auch hier von einer Art Gesundschumpungsprozeß ausgehen.

Die numerische Entwicklung im Bereich „*Holz, Bein, Bau*“ kann in Weilheim nur mit Einschränkungen betrachtet werden. Die hohe Zahl von Personen mit unbekanntem Beruf aus den unteren Besitzschichten läßt darauf schließen, daß hierunter auch verschiedentlich Maurer- und Zimmermannsgesellen verborgen sind⁶⁴. Andererseits ist in beiden Berufen zwischen 1700 bei den identifizierbaren Personen und 1771/81, also der Dachsbergischen Volksbeschreibung, ein gewisser Aufwärtstrend festzustellen – schwächer bei den Maurern, stark bei den Zimmerleuten –, der auch der Münchener Entwicklung bei den Bauberufen nicht unähnlich wäre.

Wenn vielleicht auch nicht alle Maurer und Zimmerleute in die Steuerbuchauswertung aus genannten Gründen eingehen konnten, so haben ihre durchschnittlichen Steuerleistungen doch Aussagekraft. Beide Berufe verlieren an zu versteuerndem Vermögen in nicht unerheblichem Maße zwischen 1650 und 1700, über den Krieg hinweg – zwischen 1603 und 1650 – deutet sich dagegen auch unter Einbeziehung der in der Zwischenzeit eingeführten „Kopfsteuer“ ein leichter Aufwärtstrend bzw. Stagnation an. Das gleiche Phänomen läßt sich auch für die Tagwerker feststellen.

Auffallend ist in verschiedenen Berufen der Gewerbegruppe „*Holz, Bein, Bau*“ wie bei den Maurern und Zimmerleuten ein z. T. nicht unerheblicher Rückgang der durchschnittlichen Steuerleistung zwischen 1650 und 1700. Genannt seien hier die Drechsler, Kistler und Schächler. Bei Wagnern und Bildhauern läßt sich dagegen eine gegenläufige Tendenz feststellen, wobei hier die zahlenmäßige Entwicklung der Gewerbetreibenden kein Indikator ist. Dieses letztere Beispiel zeigt, daß bei zu kleinen „Samples“ – wir haben es hier mit Berufen von zwei bis fünf Vertretern zu tun – die Aussagekraft für allgemeinere Erkenntnisse weitgehend verloren geht.

Eindeutigere Ergebnisse bietet wieder die Berufsgruppe „*Glas und Erde*“. Die Glaser halten zwar ihren Betriebszahlenstand über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg, erleben jedoch über den Dreißigjährigen Krieg und

⁶⁴ Vgl. S. 259.

zwischen 1650 und 1700 jeweils einen starken Aufschwung, der sich in weit überproportionaler Zunahme der durchschnittlichen Steuersumme ausdrückt. Die Erklärung hierfür dürfte wie in München im technologischen Fortschritt in diesem Handwerk zu suchen sein. Dasselbe gilt – jedoch mit negativen Vorzeichen – für das Hafnerhandwerk. Dieses verlor in Weilheim – ebenso wie in der Residenzstadt – an Subsistenzstellen (1603 13, 1650 8, 1700 7, 1771/81 4). Vermögensverluste bei den verbleibenden Hafnern – zumindest soweit es die durchschnittlichen Steuersummen andeuten – sind dagegen im gleichen Zeitraum nicht eingetreten. Interessant ist dabei, daß die Hafner um 1600 und um 1700 fast dieselbe Stärke in Weilheim wie in der Residenzstadt hatten und schließlich auch ein ähnliches ökonomisches „Schicksal“.

Die drei verbleibenden Gruppen, „*Papier und Farben*“, „*Gesundheit und Chemie*“ und „*Dienstleistungen, öffentlich und privat Bediente*“, können kaum nach ihrer Vermögensentwicklung für Weilheim speziell untersucht werden. Sind bei den beiden letzteren Berufssparten der Personalstand der verschiedenen Berufe und die hierzu überlieferten Angaben viel zu inhomogen, so finden sich unter „*Papier und Farben*“ nur die Maler vertreten. Wie in München erreichen diese in der Landstadt um 1700 nicht mehr die Vermögenssteuerwerte, die sie vor dem Kriege erreicht hatten. Anders als in der Residenzstadt steigt ihre Zahl in diesen etwa 100 Jahren von drei auf fünf. Da jedoch in der Landstadt die sehr hohe Zahl unbekannter Berufe zu berücksichtigen ist, dürfen wir dieser numerischen Zunahme nicht die Bedeutung beimessen, wie der negativen Entwicklung der Steuerwerte.

5.3. Burghausen

Für den Rentamtsitz Burghausen läßt sich eine gruppenspezifische Analyse der Vermögenssteuerentwicklung nur zwischen 1693 und 1755 durchführen. Über diesen Zeitraum hinaus stehen keine Steuerrechnungen oder ähnliche für diesen Zweck nutzbaren Quellen mehr zur Verfügung. Ein besonderes Quellenproblem stellt sich bei den hier verwendeten Servisrechnungen ein. Die Rechnung von 1693 führt die Servisgelder der Burghauser nur für zwei Monate an, vermutlich war dies der Bedarfsumfang für den Unterhalt des Militärs in diesem Jahr. Die anderen beiden Servisrechnungen von 1715 und 1755 beinhalten dagegen eine volle Steuer. Ist es nun gerechtfertigt, die Werte von 1693 einfach mit sechs zu multiplizieren, um sie den beiden anderen Schnittjahren anzugleichen? Da es keine Hinweise gibt, daß sich die Erhebungsgrundlage zwischen 1693 und 1755 wesentlich geändert hätte, würde dieses Verfahren naheliegen. Andererseits würden dann die durchschnittlichen Steuersummen fast aller Berufe 1693 weit über denen von 1715 liegen, so daß mit dieser „Manipulation“ auch das Ergebnis eines krassen Niedergangs über den Spanischen Erbfolgekrieg hinweg vorgezeichnet wäre. Die durchschnittlichen Steuersummen der drei Steuerbücher würden dann folgende Entwicklung anzeigen: 1693 504 d, 1715 332 d, 1755 309 d. Um jedoch nicht zu hypothetisch zu werden, werden im folgenden neben der einfachen Durchschnittssteuerrhierarchie der Berufsgruppen innerhalb eines Jahrgangs hauptsächlich die Anteile des jeweiligen Berufs am Gesamtsteueraufkommen verglichen werden, die ja unabhängig von der absoluten Steuersumme sind. Darüber hinaus können die absoluten Steuersummen von 1715 und 1755 verglichen werden, die – soweit erkennbar – auf der gleichen Erhebungsgrundlage beruhen.

1693 ¹		1715		1755	
Nahrungsmittel	191	Nahrungsmittel	814	Gesundheit u. Chemie	674
Gesundheit u. Chemie	116	Gesundheit u. Chemie	506	Nahrungsmittel	627
Papier u. Farben	101	Handel	358	Frauen u. Witwen	341
Frauen u. Witwen	96	<i>Mittelwert</i>	332	<i>Mittelwert</i>	309
<i>Mittelwert</i>	84	Glas u. Erde	331	Handel	297
Handel	81	Textil u. Bekleidung	319	Textil u. Bekleidung	265
Leder u. Pelz	74	Metall	304	Leder u. Pelz	257
Metall	71	Leder u. Pelz	279	Metall	237
Glas u. Erde	70	Frauen u. Witwen	244	Holz, Bein, Bau	165
Textil u. Bekleidung	65	Papier u. Farben	224	Dienstleistungen etc.	151
Holz, Bein, Bau	60	Holz, Bein, Bau	208	Papier u. Farben	149
Dienstleistungen etc.	57	Dienstleistungen etc.	168	Glas u. Erde	114
Tagwerker	34	Tagwerker	95	Tagwerker	53

* Einschränkung: Die durchschnittliche Steuersumme der Berufsgruppe ist dem Anhang Nr. 20 entnommen und stellt nur einen Durchschnitt der Mittelwerte der Einzelberufe innerhalb der Gruppe dar. Es bleibt also unberücksichtigt, ob ein einzelner Beruf durch viele oder wenige Zensiten vertreten ist.

Anm. 1: Steuersumme 1693 nur für zwei Monate.

Wie auch in Weilheim kann in Burghausen von einem gewissen Teil der Stadtbewohner der Beruf nicht identifiziert werden. Wir dürfen jedoch davon ausgehen, daß es sich beim größten Teil dieser „Unbekannten“ um unterbürgerliche Schichten, meist Tagelöhner handelt. Bei den Ratsbürgern ist der Brotberuf in den drei Schnittjahren jeweils bei 11 bis 15 von ihnen nicht bekannt. Es wird im folgenden von der Hypothese ausgegangen, daß durch das zahlreiche bürgerliche Berufe umspannende Tätigkeitsfeld dieser Gruppe die statistische Relevanz hinsichtlich der Gesamtbevölkerung relativ gering ist und die Ergebnisse der Analyse der Vermögensentwicklung durch sie nicht wesentlich verzerrt werden⁶⁵.

Eine in jeder Hinsicht herausragende Stellung nimmt in dem Rentamtsitz das *Nahrungsmittelgewerbe* ein. Hier findet sich die mit Abstand größte Zahl von Gewerbetreibenden, die bei weitem höchsten Steuersummen werden entrichtet und ihr Anteil am Gesamtsteueraufkommen der Stadt liegt stets bei 30 bis 37 % (1693 309‰, 1715 365,5‰, 1755 341,2‰). Wie in Weilheim haben in Burghausen in den drei Schnittjahren die Brauer und Wirte eine vermögensmäßig herausragende Stellung. Daß unsere Auswertung diese beiden Berufe tatsächlich weitgehend erfaßt, zeigt der Vergleich mit der Dachsberg-Statistik von 1771/81 (Brauer: 1693 8, 1715 10, 1755 7, 1771/81 10; Wirte: 1693 4, 1715 6, 1755 6, 1771/81 5). Auch in der Stadt an der Salzach liegen ihre Steuerleistungen im Durchschnitt an der Spitze der Zensiten. Die Brauer sind 1715 und 1755 mit ca. 13 % am Gesamtsteueraufkommen beteiligt, was sie als vermögensstärkste Berufsgruppe der Stadt ausweist. Der Anstieg des Anteils der Brauer am Gesamtsteuervolumen von 1693 mit 68,8‰ auf 127,4 bzw. 125,1‰ 1715/1755 ist jedoch weitgehend unerklärlich. Gegenüber ihren Weilheimer Kollegen spielen sie allerdings eine weit geringere Rolle, da diese in der Landstadt zur gleichen

⁶⁵ Die durchschnittlichen Steuersummen der Räte mit unbekanntem Beruf liegen natürlich weit über dem des Gesamtsteuerbuchs: 1693 179 d gegenüber 84 d, 1715 585 d gegenüber 332 d, 1755 942 d gegenüber 309 d.

Zeit allein 25 % der Steuervermögen besitzen. Die kleinere Anzahl der Brauer und ihr geringeres fiskalisches Gewicht in dem Rentamtsitz gegenüber Weilheim könnten auch Hinweise für die verkehrstechnische Randlage sein, in die Burghausen in der Frühen Neuzeit geraten war.

Metzger und Bäcker haben in beiden Städten etwa die gleiche numerische Stärke. Beide Berufe wie auch die Lebzelter erleiden in dem Rentamtsitz zwischen 1693 und 1755 Verluste am Anteil des Gesamtsteueraufkommens. Insgesamt gewinnt jedoch die Gewerbegruppe hauptsächlich durch die wachsenden Anteile der Brauer, Wirte und Müller, wobei sich um 1715 ein Kulminationspunkt ergibt, dem bis 1755 bereits wieder ein Abschwung gefolgt ist, der sich auch in den durchschnittlichen Steuersummen zeigt.

Gegenüber den Nahrungsmittelgewerben spielt der „*Handel*“ in Burghausen kaum eine Rolle. Der Anteil aller seiner identifizierten Zensiten am Gesamtsteuervolumen liegt in allen drei Schnittjahren bei unter fünf Prozent, also etwa bei einem Siebtel der Nahrungsmittelgewerbe, mit abnehmender Tendenz. Zwischen 1715 und 1755 reduzieren sich auch die durchschnittlichen Steuersummen der Handelsleute erheblich⁶⁶. Die übrigen in der Gruppe „*Handel*“ zusammengefaßten Berufe lassen sich einzeln aufgrund der geringen Stärke fiskalisch nicht genauer untersuchen. Trotz der Unsicherheiten durch die beruflich nicht identifizierbaren Personen ist jedoch davon auszugehen, daß das mit Handel befaßte Bürgertum in Burghausen gesamtwirtschaftlich für die Stadt keine wesentliche Rolle gespielt haben kann.

Fragen wir nach der auf die Nahrungsmittelgewerbe folgende, fiskalisch nächst bedeutende Berufsgruppe, so sind dies in weitem Abstand die Handwerker des *Textilbereichs* mit ca. 8–9 % Anteil am Gesamtsteueraufkommen der Stadt. Dies korrespondiert jedoch nicht mit der durchschnittlichen Steuersumme des einzelnen Handwerkers dieser Gruppe, deren Leistung nur bei wenigen Vertretern über dem Mittelwert des gesamten Steuerbuchs liegt, die gesamte Gruppe erreicht diesen Durchschnitt zwischen 1693 und 1755 nie. Der größere Vermögensanteil der Branche resultiert also vorwiegend aus der höheren Anzahl ihrer Zensiten, unter denen numerisch die Hutmacher (4–9), Schneider (11–17) und Weber (7–8) herausragen. Ihre Anzahl wie ihre Steuersummen, die allesamt weit unter dem Gesamtmittel liegen, ähneln den entsprechenden Werten in Weilheim um 1700. Anders als in der Landstadt finden sich aber in dem Rentamtsitz abgesehen von wenigen Tuchmachern, deren Bedeutung von 6 1693 auf 3 1755 abnahm, keine weiteren Textilberufe numerischer Signifikanz. Besonders im Hinblick auf die Tuchmacher ist dies überraschend, galt doch das Rentamt Burghausen als ein „Zentrum“ der Tuchproduktion⁶⁷. Mit diesen Betriebszahlen von Gewerbetreibenden und den zugehörigen Steuerwerten läßt sich für Burghausen auf eine Textilproduktion allenfalls für den engsten Umkreis schließen.

Im „*Leder und Pelz*“ verarbeitenden Gewerbe ergeben sich außer einem zweiprozentigen Rückgang am Anteil des Gesamtsteueraufkommens zwischen 1693 und 1755 (1693 88,1 ‰, 1715 69,8 ‰, 1755 68,8 ‰) auf den ersten Blick keinerlei nennenswerte Veränderungen. In der Stadt sind alle wesentlichen Handwerke dieser Berufsgruppe mit ein oder zwei Gewerbetreibenden, die

⁶⁶ Diese Werte würden sich vermutlich durch den einen oder anderen nicht identifizierbaren Handelsmann unter den Räten etwas verbessern.

⁶⁷ BayHStA GR Fasz. 302 Nr. 46; vgl. Hoffmann, Trostberg, 51.

Lederer sogar einmal mit sechs und die Schuhmacher wie üblich stärker (8–11) vertreten. Vergleichen wir letzteres Handwerk mit dem Weilheims, so zeigt sich, daß dessen Mitglieder nirgends den Steuermittelwert des jeweiligen Steuerbuchs erreichen und, wenn auch die Burghauser Vertreter gegenüber ihrem Mittelwert etwas besser gestellt erscheinen, daß sie in beiden Städten etwa den gleichen Anteil am Gesamtsteueraufkommen haben. Aufgrund dieser Ähnlichkeit der ökonomischen Stellung der Schuhmacher bilden sie eine interessante Kontrastfolie zu anderen Gewerben.

Burghausen und Weilheim haben um 1700 jeweils sechs Lederer (= Rotgerber). Diese erreichen in der Landstadt gegenüber den zahlenmäßig stärkeren Schuhmachern etwa den dreifachen Anteil am Gesamtsteuervolumen der Stadt und gehören auch sonst zu den Spitzenzensiten, während in Burghausen ihr Anteil grundsätzlich weit unter dem der Schuhmacher liegt und ihr durchschnittlicher Steuersatz den Mittelwert weit weniger überragt als der der Weilheimer Kollegen. In diesem Vergleich deutet sich besonders die Problematik an, allein aufgrund von Betriebszahlen oder -größen auf die Gewerbeintensität zu schließen.

Besonders kraß fällt der numerische Vergleich zwischen Weilheim und Burghausen beim *Metallgewerbe* aus. Dieses ist um 1700 in dem Rentamtsitz um mehr als ein Drittel geringer besetzt und 1781 ist die Bilanz für Burghausen nur deshalb positiv, weil hier plötzlich 12 Hufschmiede erscheinen. Für den Rentamtsitz ein äußerst schlechtes Zeichen ist die geringe Besetzung differenzierter Metallberufe wie Goldschmiede, Kupfer- und Messerschmiede, Uhrmacher und Zinngießer. Überraschend ist jedoch besonders, daß Burghausen im 18. Jahrhundert scheinbar nur einen einzigen Goldschmied nähren kann, während dieser Beruf in Weilheim im gleichen Zeitraum vier- bis sechsmal, 1579 und 1603 sogar neunmal vertreten ist. An diesem Eindruck ändert auch die Tatsache nichts, daß der statistisch durchschnittliche Goldschmied in Weilheim um 1700 – und nur dieser Zeitpunkt ist für uns vermögensmäßig vergleichbar – ca. 25 % unter dem mittleren Steuersatz bleibt, der einzige Burghauser 1693 dagegen nur 20 % unter dem Mittelwert seiner Stadt und 1755–1715 ist kein Goldschmied zu identifizieren – ca. 35 % darüber. In beiden Städten erreicht die Gewerbegruppe „Metall“ in keinem Schnittjahr den Durchschnittssteuersatz. Wenn also der „normale“ Metallhandwerker in Landstadt wie Rentamtsitz eine ähnliche ökonomische Stellung einnimmt, in letzterem aber weit geringer repräsentiert ist, so zeigt sich auch in dieser Sparte die Landstadt als gewerbeintensiver.

Die Berufsgruppen „*Papier und Farben*“ und „*Glas und Erde*“ spielen in Burghausen numerisch keinerlei Rolle, ihre wichtigsten Gewerbe waren aber meist in der Stadt zumindest vertreten. Der Rentamtsitz ist hierin mit Weilheim weitgehend vergleichbar, wobei auch hier die Landstadt durch ihre weit zahlreicheren Hafner (6–13, gegenüber Burghausen mit stets 2) als ein gewisses „Minderzentrum“ dieses Gewerbes erscheint. Die steuerliche Leistungsfähigkeit der Hafnermeister ist in beiden Städten unterdurchschnittlich.

Wenn auch zahlenmäßig bedeutungslos, so stehen die Betriebe der *Gesundheits- und Chemieberufe* an der Spitze der Zensitenhierarchie. Getragen wird dieser Vorsprung besonders von den Badern und Seifensiedern. Wie in München haben um 1700 bereits die Bader ein weit überdurchschnittliches Vermögen, im Laufe des 18. Jahrhunderts kommen dann die Seifensieder hinzu. Diese hauptsächlich wohl auf die Hygieneverbesserungen hinweisenden Trends lassen sich

in Weilheim so leicht nicht feststellen, u. a. weil hier das letzte mit Berufsbezeichnungen versehene und erhaltene Steuerbuch aus dem Jahre 1700 stammt. Die Bader haben in dieser Landstadt gerade im Durchschnitt die Kopfsteuer erreicht. Es ist zu vermuten, daß durch das in einem Rentamtsitz vorhandene „gehobene Publikum“ sich auch entsprechende „Moden“ schneller verbreiteten als in den übrigen Städten und Märkten.

Ohne die Maurer und Zimmerleute zeigt sich auch in der Handwerksgruppe „Holz, Bein, Bau“ im Vergleich mit Weilheim eine geringere Vertretung dieses Gewerbebereichs in Burghausen. Lediglich einige Berufe, die in Weilheim nicht vorkommen, mögen den Rentamtsitz kennzeichnen: Bettenmacher, Leisten-schneider, besonders aber die Pflasterer. In den hier zu überblickenden ca. 60 Jahren hat die Berufsgruppe etwa 1 % am Anteil des zu versteuernden Vermögens verloren (1693 62,6‰, 1715 58,1‰, 1755 51,0‰). Die durchschnittliche Steuersumme ging um ca. 20 % zurück, was den allgemeinen Mittelwertrückgang überschreitet. Wir können also von leicht überdurchschnittlichen Vermögensverlusten ausgehen.

Sofern sich – wie auch in Weilheim vermutet – unter den vielen *Unbekannten* der Servisrechnungen von 1693, 1715 und 1755 verschiedentlich neben Tagwerkern auch Maurer- und Zimmermannsgesellen befinden, könnte sich das gezeichnete Bild natürlich beim Rückgang des Anteils am Gesamtsteuervermögen ändern. Der numerische Anstieg dieser beiden Berufe zwischen der mit unvollständigen Berufsangaben versehenen Servissteuerliste von 1755 und der vermutlich weitgehend vollständigen Dachsbergischen Volksbeschreibung aus dem Jahre 1771/81 von 4 auf 11 bei den Maurern und von 8 auf 22 bei den Zimmerleuten könnte aber auch den Tatsachen entsprechen und einen Wiederaufbauschub infolge der Zerstörungen in der Stadt während der beiden Erbfolgekriege indizieren.

In diesem Zusammenhang muß auch die Entwicklung bei den Tagwerkern gesehen werden. Wie in Weilheim zeigt sich auch in Burghausen, eine erhebliche Zunahme der Tagwerker zwischen den drei ausgewählten Servisrechnungsjahren und 1771/81, selbst wenn alle „Unbekannten“ der älteren Rechnungsbücher Tagwerker wären. Dies würde auch einer gewissen Konsequenz der Steuerbücher entsprechen: Ein Teil der „Unbekannten“ (11–15) setzt sich aus Ratspersonen zusammen, die als solche gekennzeichnet sind. Die weitaus meisten von den übrigen (41–54) entstammen jedoch den Inwohnern ohne volles Bürgerrecht. Auch zeigen die Zahlenentwicklungen der übrigen Gewerbe keine „Sprünge“, die auf willkürliche Weglassung von Berufsbezeichnungen durch den Stadtschreiber schließen lassen. Die relativ hohen Durchschnittssteuersummen der „Unbekannten“ resultieren vor allem aus den Abgaben der Räte ohne Berufsbezeichnung und würden sich sonst in den weitaus meisten Fällen sehr eng an diejenigen der eindeutig identifizierten Tagwerker anlehnen. Abschließend läßt sich die Frage sicher nicht mehr klären.

3.4. *Trostberg und Dachau*

In dem Beispielmarkt Trostberg stehen Quellen zur berufsspezifischen Vermögensverteilung erst für das Ende des Untersuchungszeitraums zur Verfügung. Eine München, Weilheim und Burghausen vergleichbare Untersuchung der Veränderungen über einen längeren Zeitraum hinweg schließt sich damit

aus. Da in Weilheim und Burghausen gerade für diese Zeit keine Steuerbücher mit Berufsangaben mehr überliefert sind, bietet sich als „archimedischer Punkt“ für das Trostberger Steuerprotokoll von 1794⁶⁸ in diesem Fall der Markt Dachau, dessen Steuerhierarchie aus dem Jahre 1770 bekannt ist⁶⁹.

Mit Ausnahme der metallverarbeitenden und der „Holz-Bein-Bau“-Berufe überflügeln alle zahlenmäßig relevanten Handwerke in Dachau die Trostberger Kollegen in der Steuerleistung bei weitem (siehe folgende Tabelle). Der Steuermittelwert des westlich von München verkehrsgünstig gelegenen Marktes liegt etwa bei 50 % über dem des – wie bereits festgestellt – von Niedergangerscheinungen verschiedenster Art betroffenen Trostberg. Seine Durchschnittswerte gleichen vielfach denen von Burghausen um 1755, das in dieser Zeit auf einem ökonomischen Tiefstand angelangt war.

Durchschnittliche Steuersumme der Berufsgruppen in Pfennigen in Dachau und Trostberg^a

Dachau 1770		Trostberg 1794	
Nahrungsmittel	1615	Nahrungsmittel	566
Handel	1414	Handel	488
Gesundh. u. Chemie	683	Metall	323
<i>Mittelwert</i>	449	Gesundh. u. Chemie	321
Leder u. Pelz	346	Leder u. Pelz	311
Textil u. Bekl.	278	<i>Mittelwert</i>	305
Metall	229	Glas u. Erde	298
Holz, Bein, Bau	211	Holz, Bein, Bau	250
Glas u. Erde	155	Textil u. Bekl.	223
Dienstleist. etc.	132	Papier u. Farben	210
Papier u. Farben	105	Dienstleist. etc.	105
Tagwerker	91	Tagwerker	67

* Einschränkung: Die durchschnittliche Steuersumme der Berufsgruppe ist dem Anhang Nr. 22 entnommen und stellt nur einen Durchschnitt der Mittelwerte der Einzelberufe innerhalb der Gruppe dar. Es bleibt also unberücksichtigt, ob ein einzelner Beruf durch viele oder wenige Zensiten vertreten ist.

Die Straßenanbindung Dachaus macht sich besonders bei den Bauern und Wirten bemerkbar. In beiden Fällen erreichen die Vertreter dieser Gewerbe in Trostberg nur etwa ein Viertel der Steuerleistung ihrer Kollegen, bei den Lebzeltern ca. ein Drittel (vgl. Anhang Nr. 22). Selbst die Tagelöhner scheinen in Dachau besser gestellt gewesen zu sein, und zwar nicht nur gegenüber Trostberg, sondern auch gegenüber München (1792 durchschnittlich 30 d Steuerleistung) und Burghausen (1755 53 d).

Es stellt sich nun aber die Frage, sind die beiden Überlieferungsjahre 1770 und 1794 überhaupt vergleichbar oder spiegelt sich in den weit geringeren Trostberger Werten eine Entwicklung wider, die Dachau ebenfalls nach 1770 durchlebte. Letzteres mag in einem bestimmten Umfang möglich sein, in vollem Maße der hier festgestellten Steuerr differenzen jedoch wohl kaum. Dagegen spricht schon die unterschiedliche Bewertung der beiden Märkte durch Hazzi um 1800.

⁶⁸ BayHStA GL Fasz. 4182 Nr. 52.

⁶⁹ Hanke, Gesellschaftsgefüge.

Der Aufklärer, der Trostberg ja als völlig verarmt beurteilt⁷⁰, schreibt zu Dachau, es habe „kein besonderes Gewerbe, als der Brauer, vorzüglich wegen der Passage nach Augsburg ... doch befinden sich auch seine übrigen Bürger des Feldbaus und der Wiesen wegen in etwas besserem Zustande als die vieler anderer Städte“⁷¹. Außerdem haben wir es ja mit Steuersummen zu tun, die sich am immobilien Besitz orientierten, was kurzfristige Ausschläge der Zensusleistungen meist ausschließt. In keinem der beiden Märkte ist darüber hinaus eine Katastrophe feststellbar, die entsprechende Vermögensverluste verursacht haben könnte.

4. Produktionswerte und Erträge der Gewerbe um 1800

Über die Einkünfte der Gewerbe in den bayerischen Städten liegen vergleichbare Angaben erstmals für das ausgehende 18. Jahrhundert vor. Die in ganz Bayern 1792 durchgeführte Gewerbeerhebung⁷² unterscheidet dabei zwischen Produktion für den Inlandsverbrauch und für den Export. Allerdings werden für die Nahrungsmittelgewerbe diese Angaben nicht gemacht. Was diese in den Quellen als „Summe der selbst verfertigten Fabrikate“ bezeichneten Zahlen tatsächlich beinhalten – bzw. was nicht –, läßt sich mit endgültiger Bestimmtheit nicht mehr sagen, die Terminologie weist jedoch auf reine Produktionswerte hin⁷³. Von einer Exaktheit vergleichbar modernen Betriebsbilanzen ist allerdings weder aufgrund des Fehlens innerbetrieblicher Buchführung, noch aufgrund der bei solchen Umfragen zu erwartenden Skepsis der Betroffenen hinsichtlich befürchteter neuer Besteuerungen – also was die „Erklärungsehrlichkeit“ anbetrifft – auszugehen⁷⁴.

Diese Überlegungen können durch eine andere Quelle aus dieser Zeit etwas präzisiert werden. Zur Berechnung der Kriegskostenumlage ließ der Münchener Magistrat 1803 einen „Summarischen zusammentrag der bürgerlichen gewerb erträgnissen der zünfte sowohl als einzelnen individuen“ anfertigen, der am 15. Dezember 1803 abgeschlossen wurde⁷⁵. Auf Seiten der Gewerbetreibenden stieß diese Erhebung aus Furcht vor neuen Steuern auf Ablehnung. So schrieben die Bildhauer und Vergolder bereits am 12. Mai 1802 an den Magistrat wegen des Befehls, die jährlichen Verdiensteinnahmen anzugeben, dies sei für sie ganz unerwartet und sehr befremdend. Nach ihrer Ansicht liefe die Aktion auf nichts anderes hinaus, als „eine ganz neue anlage oder sogenannte gewerbs steuer“. Diese Bedenken dürften wohl auch weite Teile des Handwerks bei der landesherrlichen Umfrage von 1792 getragen haben. Die Münchener Aufstellung von 1803 enthält für den Kontext unserer Fragestellung besonders die Erträge – an anderer Stelle werden sie „verdienst einnahmen“ genannt – der Gewerbe der Residenzstadt, worunter sich auch die Nahrungsmittel-, Handels- und Dienstleistungsbetriebe befinden. Für uns ist die Quelle also in zweifacher Hinsicht relevant. Einerseits stellt sie – wenn sie auch 11 Jahre jünger ist – eine Vergleichsmöglich-

⁷⁰ Vgl. S. 17.

⁷¹ Hazzi, Statistische Aufschlüsse III/1, 127 f.

⁷² Siehe Anm. 77 und 80.

⁷³ Schremmer, Wirtschaft Bayerns, 483 Anm. 1.

⁷⁴ Zu den Zahlenwerten vgl. Schremmer, Wirtschaft Bayerns, 424.

⁷⁵ StadtA München Gewerbeamt 13.

keit mit der gesamt-bayerischen Produktionsstatistik dar, andererseits erhalten wir durch sie Einblick in die Einkommensverteilung aller Gewerbe Münchens.

Die Vergleichstabelle (vgl. Anhang Nr. 24) geht von den in der Münchener Ertragsaufstellung 1803 verzeichneten Berufen aus. Berufe die 1792 zusätzlich verzeichnet sind, bzw. nicht eindeutig einer Gewerbebezeichnung von 1803 zuzuordnen waren, sind nicht aufgenommen. Es erweist sich, daß mit wenigen Ausnahmen die Erträge 1803 – zum Teil um ein Vielfaches – höher sind, als die Produktionszahlen von 1792. Wie läßt sich dies erklären? Inflationäre Tendenzen mögen zwar – auch im Anbetracht der Kriegsergebnisse – eine gewisse Rolle spielen, erklären aber keineswegs die teilweise erheblichen und sehr unterschiedlichen Differenzen. Wichtiger erscheint ein anderer Aspekt. Da es sich ja 1792 wohl um Produktionswerte handelt, 1803 aber um Erträge, so könnten die Differenzen vielfach aus der Tatsache herrühren, daß 1803 eben auch die Einnahmen aus Reparaturarbeiten, Taglohn, Störarbeit oder aus vergleichbaren „Arbeitsverträgen“ eingegangen sind. Die Klagen u. a. des Schuhmacherhandwerks in dieser Zeit deuten ja auch darauf hin, daß sich seine Mitglieder – z. T. durch die ausländische Konkurrenz – nur noch als „Flickschuster“ betrachteten. So ist es z. B. ohne weiteres denkbar, daß ein Wagner 1792 nur für 300 fl. neue Produkte fabrizierte, aber sein Betrieb aufgrund von zusätzlichen Reparaturarbeiten 1803 über 1.200 fl. Einnahmen verzeichnen konnte. Wenn wir nun davon ausgehen, daß die in den beiden Erhebungen angegebenen Werte nicht jeglicher Realitätsgrundlage entbehren, sondern einen gewissen Wahrscheinlichkeitsgrad aufweisen, so muß dies auch Konsequenzen für die noch folgende Auswertung der Statistik von 1792 haben.

Das zweite wichtige Ergebnis, das die Münchener Ertragsaufstellung von 1803 liefert, ist das Einnahmenverhältnis aller Gewerbe zueinander. Die Aufstellung nennt insgesamt 1.640 Gewerbebetriebe mit einem Gesamtertrag von 2.044.965 fl., was einem Mittel von rund 1.247 fl. entspricht. Von den zahlenmäßig bedeutenderen Gewerben (mehr als 5 Betriebe) wird dieser Durchschnittswert überschritten von den Bäckern, Bierwirten, Branntweinern, Brauern, Handelsleuten, Hufschmieden, den verschiedenen Metzgern, den Müllern, Säcklern, Seifensiedern, Schächflern, Schlossern und Weingastgebern. Weit an der Spitze der Einkommensskala der Residenzstadt stehen also diejenigen Gewerbebezüge, die die Statistik von 1792 überhaupt nicht erfaßt, nämlich die Nahrungsmittelgewerbe und der Handel. Deren Vorrangstellung hat ja auch bereits die Steuerbuchanalyse für München wie für die anderen Beispielstädte gezeigt⁷⁶.

Kommen wir nun zu der landesweiten Auswertung der Erhebung von 1792. Deren Gesamtergebnis für Altbayern hat Hazzi bereits um 1800 publiziert und wurde durch Schremmer ausgewertet⁷⁷. Die Analyse geschieht nun in zwei Schritten: Zunächst wird das Gesamtergebnis für Altbayern auf unsere Fragestellung hin geprüft. Darauf soll dann für die Städte und Märkte Oberbayerns eine Detailanalyse des erhaltenen und bisher noch nie bearbeiteten Urmaterials vorgenommen werden. Anders als in früheren Darstellungen wird hier auf den Begriff „Umsatz“ für die Zahlenangaben der Statistik ganz verzichtet. Wie bereits dargelegt, läßt sich dieser moderne Terminus nicht in Deckung bringen

⁷⁶ Vgl. Kap. VIII.2.2.1.–2.2.4.

⁷⁷ Hazzi, Statistische Aufschlüsse I, Beilagenteil 380–397; Schremmer, Wirtschaft Bayerns, 414–425.

mit den von den Verfassern der Statistik intendierten Angaben. Umsatz würde nämlich das gesamte Spektrum von dienstleistungsartigen Reparaturarbeiten, Handelsaktivitäten, Störarbeiten etc. einschließen, die eben gerade nicht eingegangen sind.

Aus der Analyse Schremmers für Gesamtbayern sind hier folgende Ergebnisse von Bedeutung:

1. Die durchschnittlichen Produktionszahlen der bayerischen Handwerksbetriebe sind so gering, daß es kaum wahrscheinlich ist, daß sich der einzelne Handwerker davon mit seiner Familie hätte ernähren können (siehe Tabelle unten). Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß unter den von Hazzi wiedergegebenen Werten auch die Landhandwerker einbezogen sind, die sich vermutlich zu einem großen Teil von der Landwirtschaft und vom Taglohn ernährten.

Produktionsleistung des bayerischen Gewerbes 1792

Gewerbegruppe	Produktion in fl.	
	je Meister	je Beschäftigter
Metall	147	82
Leder und Pelz	128	81
Papier und Farben	212	130
Glas und Erde	157	70
Textil	92	59
Holz, Bein und Gebäude	73	23
Gesamt	107	57

(Quelle: Werte übernommen bzw. errechnet nach Schremmer, *Wirtschaft Bayerns*, 416–423)

2. Der Exportanteil der Gewerbe mit bekannten Produktionswerten liegt in Altbayern bei ca. 11 %, im Rentamt München bei 10 und im Rentamt Burghausen bei nur 7,5 %⁷⁸. Da die Zahlen der reichen Nahrungsmittelgewerbe wie Brauer, Metzger, Bäcker nicht enthalten sind, deren Produktion ja nur in den seltensten Fällen ausgeführt werden konnte, liegt der tatsächliche Exportanteil der Gewerbeproduktion noch viel niedriger.

3. Dieses Gesamtergebnis zeigt für die bayerischen Städte eine äußerst problematische Situation in Anbetracht des hohen Anteils des Landhandwerks an der gewerblichen Produktion Bayerns. So waren die Leinweber das Gewerbe mit den mit Abstand höchsten Produktionswerten. Gerade sie lebten aber nur noch zu einem kleinen Teil – 1771/81 waren es ca. 20 % – in den Städten und Märkten; ähnliches gilt für die zweitstärkste Gruppe, die Schuhmacher⁷⁹.

Für eine differenziertere Betrachtung der Verteilung gewerblicher Produktion in den Städten kann auf das ungedruckte Urmaterial zurückgegriffen werden⁸⁰. Es ist jedoch nicht mehr für alle Städte und Märkte Oberbayerns erhalten. Dar-

⁷⁸ Schremmer, *Wirtschaft Bayerns*, 437.

⁷⁹ Vgl. S. 107, 466.

⁸⁰ BayHStA GR Fasz. 830 und 831.

über hinaus fehlen in einzelnen Städte die Produktionszahlen ganz, in anderen für bestimmte Gewerbe. Dort, wo die Werte nicht angegeben werden, fügten die Verfasser allerdings für die Interpretation des Materials – und damit wohl auch für die publizierten Gesamtzahlen – z. T. wichtige Erläuterungen bei.

Die häufigste Erklärung für fehlende Produktionsziffern ist, daß der oder die Handwerker des jeweiligen Gewerbes ihren Unterhalt hauptsächlich oder gänzlich durch die sogenannte „Stör“- oder „Frim“-Arbeit verdienten, d. h. sie zogen umher und arbeiteten im Hause des Kunden um Lohn. Derartige Angaben erscheinen u. a. in der Stadt Schrobenhausen und in den Märkten Gaimersheim, Grafing, Roththalmünster. Daß die Störarbeit unter den städtischen Handwerkern einen weit größeren Umfang hatte, als hier festzustellen, zeigt das Weilheimer Beispiel, wo selbst unter den Räten der Stadt Störarbeiter zu finden sind. Diese Tätigkeit wurde allerdings als deklassierend empfunden⁸¹.

Weiterhin findet sich verschiedentlich der Hinweis auf Lohnarbeit von Handwerksmeistern, die wohl teilweise mit der Störarbeit identisch sein mag, teilweise jedoch auch auf Verlagstätigkeit verweisen könnte, wie bei den sieben Weilheimer Leinwebermeistern. Mitunter sind hierunter wohl auch die Einnahmen aus Reparaturtätigkeiten zu verstehen. Bei den Maurern und Zimmerleuten sowie auch verwandten Berufen liegt der Fall etwas anders. Sie arbeiteten grundsätzlich auf der Basis eines Taglohns. Damit wird auch unsere obige Annahme, daß es sich 1792 ausschließlich um Produktionswerte handelt, bestätigt. Die im Urmaterial fehlenden Zahlen zur Lohn- und Störarbeit können unter diesen Umständen auch nicht in die Gesamtstatistik eingegangen sein.

Einen besonderen Tiefstand des Gewerbes in einzelnen Städten legen Angaben nahe, die darauf verweisen, daß sich die Handwerker meist von ihren eigenen Feldern ernähren würden (z. B. in Inchenhofen oder Kößlarn). Zahlenangaben hierüber gibt es keine. Wie bereits an anderer Stelle gezeigt, kam dem Feldbau auch in anderen Städten und Märkten, für die bei den hier überlieferten Daten keine entsprechenden Vermerke vorliegen, eine erhebliche Bedeutung zu⁸².

Wir kommen nun zur Auswertung der Produktionswerte nach Branchen für die Städte und Märkte Oberbayerns (vgl. als Grundlage der folgenden Ausführungen Anhang Nr. 25). Gewisse Ungereimtheiten des Zahlenmaterials machen jedoch deutlich, daß eine Auswertung die Aussagekraft der Quelle nicht überstrapazieren darf⁸³.

1. Ein erster Vergleich des Gesamtgewerbes Altbayerns mit den oberbayrischen Städten und Märkten zeigt, daß die höchsten Erlöse aus den Handwerksbetrieben in den Städten erzielt wurden, die Ziffern in den Märkten dagegen im Durchschnitt weit darunter lagen – in vergleichbarer Höhe mit denen der Gesamtstatistik (siehe oben)⁸⁴. Die Produktionsleistung der meisten Betriebe

⁸¹ Vgl. S. 234.

⁸² Vgl. S. 269.

⁸³ So ist es nur schwer erklärlich, weshalb Kraiburg eine derart herausragende Stellung unter den Märkten einnehmen konnte.

⁸⁴ Zu berücksichtigen ist hier, daß die Durchschnittswerte für die Städte/Märkte insgesamt, wie auch für die gesamten Berufsgruppen einer Stadt nicht auf der Basis der Einzelbetriebe bzw. Beschäftigten berechnet wurden, sondern nur das Mittel der durchschnittlichen Umsätze je Betrieb bzw. je Beschäftigter der einzelnen Berufsgruppen darstellen; die

in den Märkten läßt sich also auf den ersten Blick viel eher mit denen der Landmeister vergleichen, als mit denen der Städte. Die genauere Betrachtung zeigt sich jedoch ein ähnliches Phänomen, wie wir es bereits bei den Bevölkerungszahlen kennengelernt haben. Die reicheren Märkte haben ein weit größeres Gewerbepotential als manche Stadt.

2. Die Statistik zeigt auch, daß den größeren Städten und Märkten keineswegs immer ein höherer Platz in der Produktivitätshierarchie je Betrieb zukommt, d. h. die Bevölkerungszahl hierfür kein verlässlicher Indikator ist. Ansonsten wäre das verhältnismäßig schlechte Abschneiden Ingolstadts, der zweitgrößten oberbayerischen Stadt, ebenso wenig erklärlich wie die unterschiedlichen Werte bei Vilsbibingen und Aichach, die beide am Ende des 18. Jahrhunderts etwa 1.500 bis 1.600 Einwohner zählten⁸⁵. Ähnliches gilt auch bei den Märkten. Dennoch wird auch hier die überdurchschnittliche Bedeutung der Residenzstadt deutlich. Mit Ausnahme von Schongau, dessen Ergebnis allein durch einige Rotgerbereien bestimmt wird, steht der durchschnittliche Münchener Betrieb weit an der Spitze der Güterproduzenten. Da das Handwerk dieser Stadt weitgehend nur für den lokalen Markt tätig war, wird hier auch der gegenüber den anderen Städte völlig andere, wirtschaftlich potentere und größere Abnehmerkreis deutlich.

3. Aus den Durchschnittswerten läßt sich erkennen, daß es kaum Gewerbegruppen mit herausragenden Produktionskapazitäten in den Städten gab. Die hervorstechende Ausnahme sind die Schongauer Gerber, die im Zusammenhang mit dem Verlagswesen schon behandelt wurden⁸⁶. Die Statistik von 1792 nennt neun Meisterbetriebe mit insgesamt 30 Beschäftigten. Mehr als die Hälfte ihrer Produktion wurde exportiert.

4. Die großen Unterschiede in der Produktivität je Beschäftigter in den Städten und Märkten ist allerdings mindestens ebenso aussagekräftig wie die der Produktivität je Betrieb. Ein Zusammenhang läßt sich in unserer Aufstellung zwischen Produktivität des Betriebs und Produktivität seiner Mitarbeiter ablesen, nämlich insofern, daß je größer die Produktivität des Betriebs, desto größer auch diejenige des einzelnen Beschäftigten war. Daraus läßt sich schließen, daß die Handwerksbetriebe mit unterdurchschnittlichen Werten in den Städten und Märkten nicht genügend Aufträge hatten, um ihre Kapazitäten – und damit die Beschäftigten – auszulasten. Darüber hinaus bestanden bei gleicher durchschnittlicher Beschäftigtenzahl erhebliche Produktionsunterschiede (was sich ja aus der Relation von Produktionswert je Betrieb und Produktionswert je Beschäftigter ablesen läßt). Es ist also anzunehmen, wie ja auch der Vergleich in München mit der Ertragsaufstellung von 1803 und die vielen Hinweise auf produktionsunabhängige Ersatzeinkommen nahelegen, daß viele Handwerker in einem erheblichen Maße aus lohnähnlichen Einnahmen ihre Lebenshaltungskosten bestritten.

Vergleichswerte für das gesamte Bayern sind jedoch tatsächlich auf der Basis pro Beschäftigter bzw. pro Betrieb errechnet.

⁸⁵ Zu den Bevölkerungszahlen der oberbayerischen Städte vgl. Anhang Nr. 1.

⁸⁶ Vgl. S. 265.

Wenn auch andere Faktoren nicht unterschätzt werden dürfen, so war die langfristige Einkommensentwicklung in der Frühen Neuzeit weitgehend abhängig von den Veränderungen der Bevölkerungszahl⁸⁷. Die allgemeine deutsche Entwicklung wird in der modernen Forschung folgendermaßen betrachtet⁸⁸:

- „Preisrevolution“ des 16. Jahrhunderts (1470–1620): Die Löhne (+ 120 %) bleiben in ihrer Entwicklung hinter den Preisen für Getreide (+ 260 %) und tierische Produkte (+ 180 %) zurück, steigen jedoch schneller als die Kosten für gewerbliche Investitionsgüter (+ 80 %) und gewerbliche Waren des täglichen Bedarfs (+ 40 %).
- Zweite Hälfte 17. Jahrhundert: Durch die Bevölkerungsverluste des Dreißigjährigen Krieges sanken die Getreidepreise, die Agrareinkommen waren niedrig, die Reallöhne hoch.
- Um 1700: Durch Kriege, Mißernten und Seuchen kam es zum Anstieg der Agrarpreise und – damit verbunden – zur Verschlechterung der Reallöhne.
- Erste Hälfte 18. Jahrhundert: Agrarpreise waren noch immer auf relativ niedrigem Niveau, wobei jedoch die Bevölkerungszahlen anwuchsen und eine Wende bereits ankündigten.
- Zweite Hälfte 18. Jahrhundert: Nahrungsmittelpreise stiegen erheblich, so daß die Reallöhne an der Schwelle des Existenzminimums lagen (Pauperismus).

Die bayerische Preis-Lohn-Entwicklung der Frühen Neuzeit wurde bereits in verschiedenen Arbeiten angesprochen⁸⁹, noch nie jedoch bisher einer genaueren Untersuchung unterzogen. Wir haben noch nicht einmal geschlossene Reihen von Tagelöhnen aus verschiedenen Gebieten des Kurfürstentums, ja selbst für München brechen die von Elsas wiedergegebenen Zahlen 1765 ab⁹⁰, während zumindest für bestimmte Nahrungsmittel die Werte im gesamten Untersuchungszeitraum bekannt sind (siehe unten). Aufgrund dieser Forschungslage kann im Zusammenhang unserer Themenstellung nur auf folgende Fragen eingegangen werden:

1. Inwieweit läßt sich die bayerische Entwicklung mit der oben genannten „gesamtdeutschen“ vergleichen?
2. Gibt es Unterschiede in der Preis-Lohn-Struktur in regionaler bzw. stadtypenspezifischer Hinsicht?
3. Welche Bedeutung hatten diese Verhältnisse für die ökonomische Entwicklung der Städte und ihrer Bewohner?

Betrachten wir zunächst die Münchener Tagelöhne für Zimmergesellen. Die Überlieferung setzt in den Kammerrechnungen leider erst ab 1625 ein, geht dann

⁸⁷ Vgl. Henning, Handbuch I, 921.

⁸⁸ Henning, vorindustrielles Deutschland, 180, 285; Henning, Handbuch I, 539f., 921 ff.; die Entwicklung für Graz wird ähnlich und sehr differenziert beschrieben durch Popelka, Lebensmittelpreise.

⁸⁹ Haenert, Preispolitik; Schremmer, Wirtschaft Bayerns; Demel, Staatsabsolutismus, 389–408; Gerhard, Löhne; Puschner, Handwerk.

⁹⁰ Elsas, Umriß I, 712.

aber lückenlos bis 1765. Die Vorkriegsentwicklung aufgrund der von Elsas angegebenen einzigen Angabe von 1568 zu rekonstruieren, wäre wohl kaum seriös. Dennoch ist es vorstellbar, daß das Wachstum von 42d pro Tag 1568 auf 52,5d 1625 in Anbetracht der gesamtdeutschen Lohnzunahme durchaus auch den allgemeinen bayerischen Trend realistisch widerspiegelt.

Für die weitere Entwicklung ist es dann doch überraschend, daß – abgesehen von Schwankungen während des Dreißigjährigen Krieges – die Zimmergesellen seit 1651 über mehr als 100 Jahre den gleichen Tagessatz aus der Kämmerei erhielten, den sie bereits vor dem Übergreifen des Krieges auf Bayern bekommen hatten. Da es sich hierbei nicht um obrigkeitlich festgesetzte Lohnmaxima handelt, sondern um tatsächlich ausbezahlte Summen, mag der Vergleich mit der gesamtdeutschen Entwicklung, soweit sie die Forschung bisher rekonstruieren konnte, einen anderen Verlauf für Bayern belegen.

Tagelöhne für Zimmergesellen nach Münchener Kammerrechnungen in Pfennigen

Jahr	Winterlohn		Sommerlohn	
	d/Tag	Basis 1626 (= 100)	d/Tag	Basis 1626 (= 100)
1568	42	75	—	—
1625	52,5	94	—	—
1626	56	100	70	100
1627	52,5	94	63	90
1628	—	—	63	90
1629	—	—	63	90
1630	45,5	81	52,5	75
1631	45,5	81	49	70
1632	45,5	81	49	70
1633	42	75	—	—
1634	52,5	94	70	100
1635	63	113	73,5	105
1636	63	113	70	100
1637	63	113	70	100
1638	63	113	—	—
1639	56	100	—	—
1640	56	100	—	—
1641–43	52,5	94	59,5	85
1644–47	49	88	56	80
1648	56	100	70	100
1649	63	113	70	100
1650	63	113	63	90
1651–1749	56	100	63	90
1750	56	100	70	100
1751–65	56	100	63	90

(Quelle: Elsas, Umriß I, 712).

Für die Taglohnentwicklung verschiedener Berufsgruppen seit der Mitte des 18. Jahrhunderts stehen uns die Materialien Hans-Jürgen Gerhards zur Verfügung⁹¹. Bei den Handlangern, Tagwerkern, Maurer- und Zimmergesellen läßt

⁹¹ Gerhard, Löhne, für München die Seiten 440–451, 463 f., 466–477, 487–491.

sich hieraus ein durchschnittlicher Lohnanstieg zwischen 1750 und 1800 in der Residenzstadt annehmen. Die Unsicherheit der tatsächlich berechenbaren Steigerung liegt in der Tatsache, daß die Werte mitunter von Jahr zu Jahr nicht unerheblichen Schwankungen unterliegen und auch innerhalb der Jahre die Lohndifferenzen teilweise verhältnismäßig groß, vor allem aber nicht gleichmäßig sind. Ein „enormer Lohnanstieg seit der Mitte des 18. Jahrhunderts im Baugewerbe“⁹² ist allerdings aus diesen Zahlen, wie auch aus den bisher bekannten, nicht ablesbar.

Münchener Tagelöhne für Handlanger (1), Maurergesellen (2), Tagwerker (3) und Zimmergesellen (4) in Pfennigen

Jahr	1	2	3	4
1750	56–84	–	21–63	56–70
1751	56	–	35–49	42–56
1752	42–84	56–63	35–60	42–77
1753	56–63	–	42–60	42–70
1754	56	–	42–60	42–77
1755	56–84	56–63	21–60	42
1756	35–70	–	35–60	42–77
1757	56–63	–	21–60	42
1758	56	–	21–60	42
1759	56–84	–	35–60	42
1760	56–84	77	35–60	42
1761	49–84	–	35–60	42–63
1762	42–84	63–70	21–60	42–70
1763	42–84	63–70	21–60	42–70
1764	35–84	56–63	21–60	42–63
1765	35–84	–	21–35	56
1766	56–84	–	21–60	42
1767	56–84	–	21–84	42–77
1768	53–67	–	21–60	42
1769	56–84	–	21–60	42
1770	56–84	–	21–60	2
1771	56–63	–	21–63	42
1772	63	–	21–63	–
1773	–	–	21–63	–
1774	28–84	–	49–126	42–77
1775	32–105	–	42–140	70–77
1776	32–105	–	–	–
1777	32–105	–	–	–
1778	35–53	–	–	–
1779	42–53	–	–	–
1780	53–63	–	–	–
1781	35–56	–	–	–
1782	–	–	–	–
1783	63	–	–	–
1784	–	–	–	–
1785	63	–	–	–
1786	56–84	77	21–140	84–105
1787	–	–	42–84	–
1788	–	–	49–105	81–88

⁹² Puschner, Handwerk, 106.

Fortsetzung	Jahr	1	2	3	4
	1789	--	--	42–126	63–84
	1790	--	--	53–56	--
	1791	--	--	--	77
	1792	--	--	--	--
	1793	--	--	--	--
	1794	63	84–91	42–126	70–84
	1795	--	--	49–158	--
	1796	--	--	42–105	--
	1797	63	112	42–126	--
	1798	--	--	--	--
	1799	--	--	--	--
	1800	--	--	42–84	63–84

(Quelle: Gerhard, Löhne, 440–451, 463f., 466–477, 487–491)

An dieser Stelle ist es jedoch notwendig, die Problematik anzusprechen, inwieweit obrigkeitlich festgelegte Fixlöhne überhaupt den tatsächlich bezahlten Löhnen entsprachen. Wir können nicht einmal davon ausgehen, daß sich die städtischen Kammereien an diese Vorgaben genau hielten. Der Vergleich der von Elsas aus den Münchener Kammerrechnungen gewonnenen tatsächlich bezahlten Löhne mit den gesetzlich vorgeschriebenen Maximallöhnen⁹³ ergibt signifikante Abweichungen. So entsprachen 1700 die wirklich bezahlten – gegenüber den Winterlöhnen höheren – Sommerlöhne der Zimmerleute noch den vorgeschriebenen 18 x (= 63 d), 1729 und 1733 wurden sie jedoch auf die in diesen Jahren festgesetzten 20 x (= 70 d) nicht erhöht und blieben auf dem alten Stand. Das gilt auch für die Jahre 1733 und 1746, für die ebenfalls 20 x Maximallohn möglich gewesen wäre. Um 1762 scheint sich das Blatt zumindest auf dem „öffentlichen Markt“ gewandelt zu haben. Dort – so prangert ein kurfürstlichen Mandat an – habe sich „kein Tagwerker oder Tagwerkerin mehr anderst, als des Tags um 27. und 30. kr. ... verdingen lassen wollen“, obwohl ein Höchstsatz von 15 x festgelegt worden sei⁹⁴. Zum Zeitpunkt dieses Mandats wurden für die immerhin höher qualifizierten Zimmerleute von der Münchener Stadtkammer noch immer lediglich 18 x (= 63 d) bezahlt. Wir müssen also hieraus schließen, daß die Lohnzahlungen der städtischen Auftraggeber sich sehr wohl an den Vorgaben orientierten, ja sie versuchten diese – wie es scheint – sogar zu unterbieten. Dies wird den Magistraten um so leichter gefallen sein, da sie durch zahlreiche umfangreiche Bauprojekte in ihren Städten meist die wichtigsten Arbeitgeber waren. Andererseits scheint sich der „freie Markt“ viel stärker sowohl Angebot und Nachfrage als auch den Subsistenzbedürfnissen der Tagelöhner geöffnet zu haben. Das bedeutet jedoch, daß sich die obrigkeitlichen Lohnrichtlinien als zu starr erwiesen, als daß sie sozialen, demographischen und ökonomischen Kräften hätten entsprechen können.

Zur Feststellung der Kaufkraftentwicklung der von der Münchener Kämmerei bezahlten Löhne vergleichen wir diese mit den Preisen einiger ausgewählter Produkte. Die hier auf der Basis des Durchschnittswertes der ersten Dekade des 17. Jahrhunderts berechnete Preisentwicklung beruht auf dem Tabellenwerk von

⁹³ Abgedruckt bei Schremmer, Wirtschaft Bayerns, 136.

⁹⁴ Verruf vom 17. 9. 1762: GS 1771, 431 Nr. 4; es werden für Zuwiderhandlungen empfindliche Strafen bestimmt.

Elsas, der seine Zahlen den Münchener Kammerrechnungen und den Rechnungen des Hl.-Geist-Spitals entnommen hatte. Ein Vergleich mit den von Seuffert veröffentlichten Getreidepreistabellen seit 1637 ergibt allerdings gewisse Abweichungen⁹⁵. Wenn auch die Hauptzüge der Preisentwicklung bei beiden ähnlich verlaufen, so sind doch die Differenzen in manchen Jahren so erheblich, daß die Interpretation des Zahlenmaterials keine zu „scharfen“ mathematischen Schlüsse zuläßt.

Die herausragende Bedeutung des Getreides für die Einschätzung der Reallohnentwicklung der Frühen Neuzeit wurde immer wieder betont. In den unteren Schichten der städtischen Gesellschaft mußten wohl 50 % und mehr des Lohnes allein für diese Produkte eingesetzt werden, für Nahrungsmittel insgesamt sogar bis zu 80 %⁹⁶.

Preisentwicklung ausgewählter Münchener Waren in Zehnjahresdurchschnitten 1600–1800 auf den Grundlagen der Rechnungen des Kämmerers und des Hl.-Geist-Spitals

(Basis 1600–1609 = 100)

Jahrzehnt	Weizen	Roggen	Rindfleisch	Salz	Märzenbier	Wachs
1600–09	100	100	100	100	100	100
1610–19	105	95	108	105	107	118
1620–29	160	224	146	208	140	177
1630–39	145	119	127	147	156	134
1640–49	109	143	128	142	135	142
1650–59	71	72	106	147	106	135
1660–69	99	91	120	143	121	135
1670–79	96	85	?	161	124	127
1680–89	85	85	?	140	125	125
1690–99	130	153	152	170	144	143
1700–09	110	112	151	202	149	165
1710–09	144	139	177	199	154	149
1720–29	111	110	194	235	140	151
1730–39	111	131	199	240	146	149
1740–49	180	161	220	256	163	181
1750–59	84	152	215	240	165	?
1760–69	69	163/154 ¹	247	245	172 ⁴	?
1770–79	201	363/445	260	265	?	?
1780–89	?	?/144	182 ²	287	?	?
1790–99	150	?/292	361	298/292 ³	?	?
1800–09			441			

Anm. 1: Linke Spalte nach Kämmererrechnungen, rechte Spalte nach Rechnungen des Hl.-Geist-Spitals. Anm. 2: Beruht nur auf einer einzigen Preisangabe für das gesamte Jahrzehnt.

Anm. 3: Alle Preise bis 1791 in Scheiben, 1792–99 in Säcken; da diese beiden Größen nicht genau miteinander vergleichbar sind, wurden hier zwei verschiedene Durchschnittswerte für die Dekade 1790–99 angegeben. Anm. 4: Angaben nur bis 1766.

(Quelle: Elsas, Umriß I, 550 f., 562 ff., 577 ff., 590 ff.)

⁹⁵ Seuffert, Statistik, 123.

⁹⁶ Saalfeld, Bedeutung des Getreides.

Bevor wir mit der Interpretation einsetzen, muß noch auf zwei Vergleichsschwierigkeiten zwischen der Lohn- und der Preistabelle aufmerksam gemacht werden, die auf der unterschiedlich dichten Quellenüberlieferung beruhen. Zum einen mußte die Basiszahl der Tagelöhne auf das Jahr 1626 berechnet werden, während die Überlieferung der Preisentwicklung bereits die Darstellung der ersten Dekade des 17. Jahrhunderts möglich macht, und sich die Basiszahl entsprechend hieran orientiert. Zum anderen ist der abrupte Preisanstieg in der Zeit 1620–29 auf die Folgen der Kipper- und Wipperinflation der ersten Hälfte der Dekade zurückzuführen⁹⁷ und kann deshalb nicht einfach mit den Tagelöhnen der zweiten Hälfte dieser Dekade korreliert werden. Ein Vergleich der Lohn- und Preistabellen läßt nun lediglich folgende Aussagen zu:

1. In den *beiden Vorkriegsdekaden* kommt es bei den meisten Nahrungsmitteln zu einer gemäßigten Preissteigerung. Diese wird begleitet von einem Lohnanstieg, wobei bisher nicht zu klären ist, inwieweit dieser die Inflation ausglich. Aus der Gewerbebefragung von 1602 geht hervor, die Städte und Märkte hätten unter der „langanhaltenden Theuerung“ sehr gelitten. In Aichach wurde sie sogar als Ursache dafür angesehen, daß die Bürgerschaft „erarmet“ sei⁹⁸.
2. Während des *Dreißigjährigen Krieges* sind es zum Teil – auch ohne die Zeit der Hyperinflation 1622/23 – erhebliche Preissteigerungen feststellbar, die nicht von einer vergleichbaren Lohnentwicklung begleitet wurden.
3. In der *zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts* lagen die Preise meist unter dem Kriegsniveau, Weizen und Roggen sogar unter dem Vorkriegsniveau. Erst in der Krisenzeit ab 1690 stiegen die Lebenshaltungskosten wieder auf breiter Front. Ausnahmefall bildet das landesherrlich monopolisierte Salz, das einen kontinuierlichen, weitgehend gleichförmigen Anstieg zu verzeichnen hat⁹⁹. Die Löhne partizipierten an diesen Veränderungen nicht, sie blieben konstant. Das bedeutet jedoch, daß die Lohnempfänger nach dem Krieg durch den allgemeinen Preisrückgang zunächst Reallohngewinne verzeichnen konnten, die ihnen in den darauffolgenden Krisenjahren wieder verloren gingen.
4. Die Entwicklung der Preise der ausgewählten Produkte *von 1700 bis 1769* stellt sich höchst uneinheitlich dar. Deutlich wird, daß Weizen und Roggen viel empfindlicher auf die Störungen durch die beiden Erbfolgekriege reagierten als die übrigen Waren, Weizen dann zwischen 1750 und 1769 einen Preistiefststand erreicht hatte, während Roggen gleichzeitig auf hohem Niveau stagnierte. Rindfleisch wie Salz und Märzenbier unterlagen einem – wenn auch unterschiedlich starken – kontinuierlichen Preisanstieg. Die stagnierenden Tagelöhne indizieren deshalb einen gewissen, wenn auch nicht dramatischen Reallohnverlust. Bei einem preisbewußten Verbraucherverhalten (z. B. statt Roggen Weizen) bestand jedoch die Möglichkeit gewisser Kompensationen.
5. Die Zeit *nach 1770* ist zunächst von der großen Hungersnot von 1770/71 gekennzeichnet¹⁰⁰ die das Preisniveau des Grundnahrungsmittels Getreide in bisher ungekannte Höhen steigen ließ. Es steht außer Frage, daß diese Krise

⁹⁷ Zur Kipper- und Wipperinflation in Altbayern *Altmann*, Kipper- und Wipperinflation.

⁹⁸ BayHStA GR Fasz. 273 Nr. 4.

⁹⁹ Zum Salzpreis vgl. auch *Koch-Sternfeld*, Salzwerke, 115, 320.

¹⁰⁰ Vgl. hierzu *Abel*, Massenarmut, 191–266.

weite Kreise der Bevölkerung in den Hunger trieb und viele ihre Nahrungsmittel mit einem „Normallohn“ nicht mehr bezahlen konnten¹⁰¹. Die Löhne reagierten auf die Teuerung anscheinend überhaupt nicht bzw. erst sehr viel später. Soweit sich die Preise bis 1799 weiterverfolgen lassen, indizieren sie in der letzten Dekade (1790–99) eine Höhe, die in „normalen“ Zeiten bisher unbekannt waren. Bei Rindfleisch und dem landesherrlich monopolisierten Salz wurden sogar absolute Höchstpreise erreicht. Unsere Lohnangaben für die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts reichen nicht aus, um die tatsächliche Reallohnentwicklung bis 1800 genauer verfolgen zu können. Dennoch wird deutlich, daß die Einkommen der vier genannten Berufsgruppen der Preisentwicklung der hier ausgewählten Waren nicht standhalten konnten. Dies bestätigt auch ein Gutachten der Generallandesdirektion vom Februar 1808, das zum Zwecke der erneuten Taglohnfixierung im Bauwesen vom König angefordert worden war. Dort wurden zur Befriedigung der täglichen Bedürfnisse eines alleinstehenden Arbeiters „nach allergeringstem Anschlag“ 43 x für notwendig angesehen, während die gezahlten Löhne bei 52 x für Maurer, 56 x für Zimmerleute und 40 x für Handlanger angegeben werden. Als Fazit wurde angesehen, daß der bezahlte Lohn „den bloßen Ersatz des nothdürftigsten Aufwandes auf Lebens-Mittel ohnehin um ein Weniges“ nur überschreiten würde¹⁰². Tatsächlich gehen diese Überlegungen jedoch teilweise an der Realität vorbei. Viele der Arbeiter aus den genannten Berufsgruppen waren verheiratet und hatten Kinder, mußten Mieten bezahlen oder hatten gar eigenen Immobilienbesitz¹⁰³. Für das ausgehende 18. und beginnende 19. Jahrhundert müssen wir deshalb davon ausgehen, daß diese Berufsgruppen vielfach kaum mehr ihr Existenzminimum für ihre Familien verdienen konnten¹⁰⁴.

Auf die Schwierigkeiten, einen „Warenkorb“ zur Bestimmung der Inflation in der Frühen Neuzeit zu erstellen, ist in der Literatur immer wieder hingewiesen worden¹⁰⁵. Wir wollen auch hier dieses Unterfangen, das einer eigenen Untersuchung bedürfte, nicht beginnen. Es ist jedoch interessant, die private Kostenentwicklung bei den Nahrungsmitteln um ein Beispiel aus einem ganz anderen Bereich zu ergänzen, dem Immobilienmarkt. Er war u. a. auch deshalb von ganz entscheidender ökonomischer Bedeutung für den einzelnen Handwerker, da die Preise für Häuser ja nicht nur die Investitionsmöglichkeiten von Gewerbetreibenden widerspiegeln, sondern auch durch notwendige Kreditaufnahme die Schuldenbelastung wesentlich beeinflussten. War letztere zu hoch, konnte sie die betrieblichen Möglichkeiten des Handwerkers erheblich schmälern, ja bis zum Bankrott führen. Daß dies nicht nur theoretische Überlegungen sind, belegen z. B. die zahllosen Vergantungsfälle von Häusern der Residenzstadt¹⁰⁶ wie auch der vielfach katastrophale Verschuldungsgrad von Gewerbetreibenden, der bisher genauer nur für den Markt Trostberg belegt ist¹⁰⁷. Die Kreditaufnahme ist

¹⁰¹ Vgl. *Hazzi*, *Theuerung*, passim.

¹⁰² Zitiert nach *Demel*, *Staatsabsolutismus*, 403f.

¹⁰³ Vgl. S. 347, 533.

¹⁰⁴ Vgl. auch *Puschner*, *Handwerk*, 110–116.

¹⁰⁵ Vgl. *Saalfeld*, *Bedeutung des Getreides*, 37f.; *Roeck*, *Stadt II*, 554 Anm. 138.

¹⁰⁶ Vgl. *Münchener Häuserbuch* 4 Bde. passim.

¹⁰⁷ *Hoffmann*, *Trostberg*, 97–103.

natürlich nicht nur durch den Kauf der Häuser verursacht, dieser dürfte aber einen großen Anteil daran gehabt haben.

Die nachfolgend in die Tabelle eingegangenen in ihrer Preisentwicklung untersuchten Münchener Häuser sind relativ willkürlich aus dem Kreuz- und dem Angerviertel ausgewählt. Wichtigstes Kriterium war dabei, daß sich die entsprechende Kaufsummenentwicklung ohne weitere Interpretationsprobleme (z. B. Zusammenbau mehrerer Häuser, Kaufsummen für mehrere Häuser in Streubesitz) eindeutig verfolgen ließ. Die Beispiele beruhen auf einer Auswahl von Häusern aller Preiskategorien. Aufgrund der fehlenden Vorarbeiten (Häuserbücher) ist eine entsprechende Untersuchung für andere oberbayerische Städte und Märkte noch nicht möglich.

Preisentwicklung ausgewählter Münchener Häuser 1570–1818

Zeit	Zahl der ausgewählten Häuser	Durchschnittliche Preissteigerung in %
1570/1589–1690/1710	10	416,7
1590/1610–1670/1689	13	160,4
1590/1610–1690/1710	13	290,2
1680/1699–1770/1789	6	138,0
1680/1699–1790/1810	12	222,3
1700/1720–1770/1789	9	176,1
1700/1720–1790/1810	18	331,6
1580/1610–1770/1818	27	739,4
1590/1610–1790/1810	37	912,0

(Quelle: Häuserbuch II: Kreuz Viertel, IV: Angerviertel)

Sehr deutlich zeigt sich, daß die Steigerungsraten um ein Vielfaches über dem der sonstigen Preisentwicklung wie auch der Löhne lagen. Dies gilt sowohl für den gesamten Untersuchungszeitraum wie für die hier bestimmten kürzeren Zeitintervalle. Ein Rückgang hat sich signifikant an verschiedenen Objekten während bzw. nach Ende des Dreißigjährigen Krieges eingestellt. So kostete das Haus der späteren Hartmannstraße 3 1621 noch 1.160 fl., 1660 bezahlte der neue Eigentümer nur noch 900 fl., bis 1682 war der Preis jedoch bereits wieder bei 2.200 fl. Ähnliches läßt sich auch bei teureren Häusern in bester Lage feststellen. Der spätere Marienplatz 26 war 1621 für 5.200 fl. verkauft worden, fiel in seinem Wert bis 1649 auf nur mehr 1.206 fl., erholte sich aber schnell wieder und verlangte 1732 dem neuen Eigentümer einen Kapitalaufwand von 10.500 fl. ab.

Vergessen werden darf bei diesen Überlegungen jedoch nicht, daß es sich bei den Häuserpreissteigerungen nicht um dem Getreidepreis vergleichbare Inflationswerte handelt. Häuser, auch wenn sie wie in unseren Beispielen keine Grundflächenerweiterung durch Zusammenbau mehrerer Immobilien erfuhren, wurden vielfach mit einer verbesserten Ausstattung versehen, aufgestockt oder „nach rückwärts“ vergrößert. Umgekehrt lassen sich auch Wertminderungen denken wie Bau- oder Brandschäden. Das kann im einzelnen nicht mehr rekonstruiert werden. Entscheidend bleibt jedoch, daß der Kapitaleinsatz für den Immobilienerwerb in den 200 Jahren zwischen 1600 und 1800 erheblich gestiegen war. Dies hatte dann schließlich auch Auswirkungen auf die Mietpreise.

Inwieweit läßt sich nun die Münchner Lohn-Preis-Entwicklung mit anderen Landstädten Oberbayerns vergleichen? Da hierzu bisher geschlossene Lohn- und Preisreihen fehlen, müssen wir uns mit einigen wenigen Vergleichen an dieser Stelle begnügen. Bei den gesetzlich fixierten Maximallöhnen von Maurer- und Zimmerergesellen liegt München 1700 bei 18 x, Burghausen bei 16–18 x. 1746 verdienen diese in München 20 x täglich zuzüglich Kost, ihre Burghauser Kollegen nur 19 x¹⁰⁸. Zwischen München und Weilheim sind die feststellbaren Taglohndifferenzen erheblicher. So erhielt ein Weilheimer Zimmermann laut Beleg durch die Kammerrechnungen um 1700 einen Taglohn von 20 x (= 70 d), während sein Münchener Kollege nur 63 d Sommerlohn erhielt. Die gleiche Quellenart der Landstadt weist zwischen 1605 und 1614 für Zimmermeister einen Taglohn von 10 x (= 35 d), für Gesellen von 9 x (= 31,5 d) aus. Das entspricht exakt der Preisfestsetzung des Rates vom 3. März 1644 (vgl. Anhang Nr. 4). Die Münchener Löhne lagen dagegen jedoch um diese Zeit weit darüber. Vergleichen wir diese Ergebnisse mit entsprechenden Zahlen des Marktes Trostberg, so zeigt sich, daß in der Zeit um 1600 die Weilheimer Verhältnisse ohne weiteres auch auf den Markt zu übertragen sind, dessen Kämmerer jedoch um 1700 eher die niedrigeren Münchener Löhne bezahlt¹⁰⁹. Aus diesen wenigen Werten läßt sich selbstverständlich keine Theorie unterschiedlicher Lohnniveaus zwischen Residenzstadt und Landstadt aufbauen. Wesentlich erscheinen allerdings zwei Ergebnisse: 1. Die Münchener Lohnentwicklungen dürfen nicht einfach auf die Landstädte übertragen werden. 2. Die Lohnverhältnisse zwischen Residenzstadt und Landstadt waren keinesfalls konstant, ja sie konnten sich auch umkehren.

Anders stellen sich die Verhältnisse im Bereich der Nahrungsmittelpreise dar. Die Getreidepreise waren obrigkeitlich festgeschrieben, nach Rentämtern festgesetzt und durften nur in einem bestimmten Intervall schwanken¹¹⁰. Beispielsweise verfügte Max III. Josef am 19. Oktober 1745 folgende Festlegung¹¹¹:

Rentamt München: Weizen Höchstpreis 10 fl., Tiefstpreis 9 fl. 30 x
Gerste Höchstpreis 5 fl. 30 x, Tiefstpreis 5 fl.

Rentamt Burghausen: Weizen Höchstpreis 8 fl. 30 x, Tiefstpreis 8 fl.
Gerste Höchstpreis 4 fl., Tiefstpreis 3 fl. 30 x

Diese Preisdifferenz zwischen den beiden Rentämtern läßt sich auch weitgehend in der Hungerkrise 1770/71 feststellen:

Weizenpreise je Schäffel (Monats- bzw. Jahresdurchschnitt)

Zeit	München	Burghausen	Zeit	München	Burghausen
Juli 1770	13 fl 15 x	9 fl	Nov. 1772	22 fl	22 fl
Sept. 1770	21 fl 30 x	12 fl 30 x	1773	22 fl	
März 1771	27 fl 30 x	24 fl	1774	14 fl	
Sept. 1771	23 fl 30 x		1775	12 fl	
Mai 1772	28 fl	32 fl	1776/77	9 fl	
Juli 1772	25 fl				

(Quelle: Hazzi, *Theuerung*, passim)

¹⁰⁸ Vgl. Schremmer, *Wirtschaft Bayerns*, 136.

¹⁰⁹ Hoffmann, *Trostberg*, 76.

¹¹⁰ Zu Preisfestsetzungen für andere Nahrungsmittel und Produkte des täglichen Bedarfs am Beispiel Graz vgl. Popelka, *Lebensmittelpreise*.

¹¹¹ StadtA München Märkte 1.

Die Umkehrung der Preisverhältnisse um den Mai 1772 läßt sich daraus erklären, daß in dieser Zeit die Münchener Schranne aus den kurfürstlichen Magazinen erhebliche Mengen Getreide zugesprochen bekam, um den bereits auf ein Mehrfaches des Normalwerts gestiegenen Preis zu reduzieren¹¹².

Preis- und damit auch in gewissem Sinne Einkommensfestlegungen waren auch die Taxen für Brot und Fleisch, mit denen die örtliche Obrigkeit bzw. der Landesherr Bäckern und Metzgern ihre Warentarife bestimmte. Diesen Handwerkern wurde neben den Unkosten für ihre „Rohmaterialien“ auch die Aufwendungen für Löhne, obrigkeitliche Abgaben, Mieten etc. angerechnet und ein gewisser Gewinn zugestanden. Der hieraus ermittelte Warenpreis hinkte jedoch vielfach – wie Mauersberg für München zeigt – der realen Unkostenentwicklung hinterher, die Handwerker erlitten also oftmals über lange Zeiträume Realeinkommenseinbußen. Ein bekanntes Beispiel ist die Unkostenberechnung bei den Bäckern durch die Backprobe von 1618, die ohne weitere Anpassungen über einhundert Jahre in Kraft war, wodurch viele Unkostenfaktoren in ihrer Veränderung – z. B. Löhne – unberücksichtigt blieben¹¹³. Hierdurch, wie durch die weitgehend festgelegten Produktionsmengen¹¹⁴, war es also für eine Bäcker nur sehr schwer möglich, weiter als seine Kollegen zu expandieren, bzw. höhere Gewinne zu erzielen. Zur besseren Kontrolle wurde auch der Ort des Verkaufs festgelegt¹¹⁵.

Bisher noch kaum untersucht sind obrigkeitliche Preistarife für andere Handwerke wie Wagner, Schmiede, Schneider etc. Ein besonders aufschlußreiches Beispiel ist die Preisfestsetzung des Weilheimer Rates von 1644, die im Anhang abgedruckt ist (siehe Anhang Nr. 4). Da uns bisher vergleichbare Tarife nicht bekannt sind, lassen sich aus diesem einzelnen Schnittjahr natürlich keine Aussagen über die Handwerkereinkommen machen. Bestimmte Hinweise des Tarifs beleuchten jedoch allgemeine Verhältnisse. So wird bei den Sattlern erklärt, für ihre Produkte könne kein fester Satz ermittelt werden, sofern sie jedoch „in eines pauermanns brot arbeitet(en)“ – d. h. auf der Stör seien –, waren ihre Tagelöhne für Meister, Gesellen und Lehrjungen völlig identisch mit denen der Maurer und Zimmerleute. Bei den Handwerkern, bei denen ein Warenpreis festgesetzt worden war, galt, wenn sie auf der Stör arbeiteten, verringerte sich der Preis jeweils um ein Drittel. Dieses Drittel bezieht sich nun vermutlich auf die von dem Auftraggeber übernommenen Unkosten für die Verköstigung des Handwerkers. Bei den Tagelöhnern wird dieser Anteil mit 50 % des Lohns angesetzt. Da der Handwerker jedoch gegenüber dem Tagelöhner weitere Unkosten hatte (Werkzeuge, Unterhaltung der heimischen Werkstatt etc.), so muß angesichts dieser Festlegungen davon ausgegangen werden, daß die tatsächlichen Gewinne der hier betroffenen Handwerker kaum über die der Tagwerkerberufe hinausgehen konnten. Das deckt sich auch mit den Überlegungen Saalfelds zur Taglohnentwicklung in Deutschland vom ausgehenden 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Er geht davon aus, daß die Tagelöhne den Einkommen der kleinen Handwerker wie der besser verdienenden Manufaktur- und Fabrikarbeiter entsprach¹¹⁶.

¹¹² Huzzi, *Theuerung*, 66.

¹¹³ Mauersberg, *Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, 558–564; vgl. auch *Schlichthörle*, *Gewerbebefugnisse I*, 66 f.; *Haenert*, *Preispolitik*, 39.

¹¹⁴ Vgl. S. 88 ff.

¹¹⁵ *Schlichthörle*, *Gewerbebefugnisse I*, 68 f.

¹¹⁶ *Saalfeld*, *Handwerkseinkommen*, 108.

Der Begriff „Armut“ ist bereits häufiger gefallen. Hier sollen nun die verschiedenen Aspekte dieses Phänomens soweit möglich zusammengefaßt werden, um eine gewisse Vorstellung von dem tatsächlichen Ausmaß zu erhalten. Dabei stellt sich zunächst ein definitorisches Problem. Wer ist in der frühneuzeitlichen bayerischen Stadt arm? Die Beantwortung dieser Frage kann sehr restriktiv erfolgen und beispielsweise nur die Almosenempfänger berücksichtigen, oder aber auch stets durch Unterbeschäftigung von dem sozialen Abstieg bedrohte Tagewerker und bürgerliche Gewerbetreibende einbeziehen. Im folgenden soll nun das ganze Spektrum der letzteren Alternative berücksichtigt werden, die nicht nur einer modernen Interpretation Rechnung trägt, sondern bereits seit Thomas von Aquin die Vorstellung von Armut prägt. Dieser hatte die Armen durch Vermögenslosigkeit, Entbehren des physischen Existenzminimums und das Fehlen eines standesgemäßen Lebensunterhalts gekennzeichnet¹¹⁷. Quantitativ ist Armut unter diesen Gesichtspunkten jedoch oftmals nicht genau faßbar.

Selbst neueste Arbeiten zur Armut im altbayerischen Raum haben sich ausschließlich auf Schichten konzentriert, deren gemeinsames Kennzeichen die „fast völlige Besitzlosigkeit“ ist¹¹⁸. Dabei haben verschiedene außerbayerische Untersuchungen und methodische Überlegungen diese „Trennlinie“, die Armut nur auf Schichten mit Fehlen von immobilem Eigentum begrenzt, längst in Frage gestellt¹¹⁹. Ein besonders eindrucksvolles Beispiel stammt aus Nürnberg. Von der 1748 in der Reichsstadt gegründeten Armenschule sind die Berufe der Väter überliefert, deren Kinder aufgrund von Armut unentgeltlich Elementarunterricht erhielten. Unter den 1.418 überlieferten Berufsangaben finden sich erwartungsgemäß viele Gesellen (mindestens 126), Tagelöhner, Soldaten und Bediente, zahlreich sind hier jedoch auch Vertreter des Textilgewerbes, der Wirte (22), der Zimmerleute (20), Kammacher (18) und besonders der Metallgewerbe (193 = 13,6%)¹²⁰. Würden wir also allein die unterbürgerlichen Schichten der Stadtbewohner berücksichtigen, so erfaßten wir nur einen Ausschnitt städtischer Armut und reduzierten das Problem auf einen bestimmten Stand, bzw. präjudizierten, daß Armut in bürgerlichen Schichten bayerischer Städte nicht existent wäre.

Robert Jütte setzte in seiner Untersuchung über Frankfurt am Main und Köln die Mehrzahl der Ursachen von Armut in Verbindung mit dem Begriff „Arbeit“ und entwickelte daraus vier Kategorien: 1. mangelnde Arbeitsfähigkeit, 2. mangelndes Arbeitseinkommen, 3. mangelnde Arbeitsgelegenheit und 4. mangelnder Arbeitswillen¹²¹. Diese Kriterien verbinden meines Erachtens den frühneu-

¹¹⁷ Vgl. hierzu u. a. Endres, Armenproblem, 222.

¹¹⁸ Doege, Armut, 17; vgl. auch Baumann, 1983 und 1984.

¹¹⁹ Vgl. u. a. Weyrauch, soziale Schichtung; Roeck, Arme; ders., Stadt I, 384–394; Fischer, Städtische Armut, bes. 82, erklärt, daß sich Armut und Zünftigkeit keineswegs ausschlossen. Ebenso Verscharen, Marburg, 75f.; dort auch eine weitere Diskussion der Forschungsliteratur hierzu.

¹²⁰ Schubert, Arme Leute, 116f., sieht als Ursachen für die Armut unter den Handwerkern Nürnbergs die Konkurrenz durch Landhandwerker, den Verlust an technologischer Innovation“, die merkantilistischen Zollsperren und das Verlagssystem, das den Meister „aus dem schützenden Verband der Innung herausnahm und dem Lohndiktat des Verlegers unterwarf. Zu Nürnberg vergleiche auch Wiest, Entwicklung, 48ff.

¹²¹ Jütte, Armenfürsorge, 13f. Bereits Endres, Armenproblem, 225, unterscheidet zwi-

zeitlichen Bewußtseinshorizont des Problems mit einem modernen methodischen Ansatz, der auch für die bayerischen Städte erkenntnisfördernd ist. Wir werden uns deshalb dieser Kategorien bedienen, wobei insbesondere die Kategorie der mangelnden Arbeitsgelegenheit auch auf die zünftisch organisierten Meister ausgedehnt werden muß.

6. 1. Mangelnde Arbeitsfähigkeit

Mit der Definition „mangelnde Arbeitsfähigkeit“ lassen sich alle diejenigen beschreiben, die sich in den Almosenlisten finden: Alte, Kranke und Kinder. Ihre Armut wurde als unverschuldet betrachtet, und sie wurden deshalb als die „guten“ Armen angesehen, im Gegensatz zu den „schlechten“ Armen, denen man aufgrund von körperlicher Unversehrtheit oftmals mangelnden Arbeitswillen unterstellte und sie kriminalisierte¹²². Besonders deutlich macht diese Unterscheidung die bayerische Bettelordnung vom 19. 11. 1627¹²³. Sie faßt als unterstützungsberechtigte Arme „alle arme dürfftige Personen, die sich Alters, Kranckheit vnd anderer gebrechen halber one das Almosen nit hinbringen können, dann die Vatter- vnd Muetterlose Waisen, welche selbst nichts in Vermögen ... Item die Wittiben, so mit souilen Kindern beladen, daß sie dieselben mit jhrer Handarbeit noch auß aignem vermögen ... nit erhalten mögen“, zusammen. Keinen Anspruch haben dagegen diejenigen, „welche eigene Häuser, gestifftte Haimeter, Wisen, Ecker, auffligend oder außgelihne Zinßgelt, aigen oder bestandt Vich haben oder auch jhre Handwerch wol treiben vnd dauon vermuetlich ohne das Almuesen sich erhalten mögen, noch auch diejenige, welche sich in Wein-, Wirths-, Bier-, Meth- vnd Branndtweinhäusern auffhalten ...“. An diesem äußerst restriktiven Subsidiaritätsprinzip änderte sich bis zum Ende unseres Untersuchungszeitraums nichts¹²⁴.

Die Frühe Neuzeit steht im Hinblick auf die gesellschaftliche und obrigkeitliche Einstellung zur Armenfürsorge zwischen zwei signifikanten Einschnitten. Auf die Entwicklungen seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert muß im einzelnen hier nicht mehr eingegangen werden, da die entscheidenden Veränderungen sich erst nach 1800 einstellten. Wesentlich ist jedoch für die bayerischen Städte und Märkte am Ende des Untersuchungszeitraums das immer stärker spürbare Engagement des Staates in diesem Bereich¹²⁵. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung im Zusammenhang mit der Beseitigung der Selbstverwaltung der Städte und Märkte zwischen 1802 und 1808¹²⁶. Die Verordnung vom 22. Februar 1808 erklärte das gesamte Armenwesen zu einer „Staatsanstalt“¹²⁷.

schen Arbeitsunfähigen, Arbeitslosen und Arbeitsscheuen, ohne diese Differenzierung in dem knappen Überblicksaufsatz wirklich ausführen zu können.

¹²² Vgl. *Liermann*, Stiftungsrecht I, 163; *Jütte*, Armenfürsorge, 13; *Doege*, Armut, 124.

¹²³ BStB 2^o Bavar. 960^{IV.22}; auszugsweiser Abdruck bei *Ziegler*, Dokumente II, 994–999 Nr. 271.

¹²⁴ Vgl. u. a. die Bettelordnungen vom 27. 7. 1770 (GS 1771, 421–428) und 3. 3. 1780 (MGS II, 948–954).

¹²⁵ Vgl. hierzu *Doege*, Armut; *Baumann*, 1983 und 1984; *Mitterwieser*, Stiftungen, 70–78.

¹²⁶ *Weis*, Begründung, 48.

¹²⁷ *Doege*, Armut, 254.

Die – wie in anderen Bereichen auch – bald darauf einsetzende Rekommunalisierung¹²⁸ gehört jedoch nicht mehr zu unserem Thema.

Der Anfang der Neuzeit ist jedoch hinsichtlich der Einstellung zur Armenunterstützung gekennzeichnet durch die Abwendung von einer Mildtätigkeit hauptsächlich im Sinne der Werkgerechtigkeit – also um des eigenen Seelenheils willen – und von einer Hinwendung zu einer öffentlichen Wohlfahrt, die nur noch den unverschuldet in Armut Geratenen als unterstützungswürdig ansieht¹²⁹. Die Ursachen dieses Wandels sind nicht nur in der Reformation zu suchen und auf reformierte Gebiete beschränkt¹³⁰, sondern auch in einem „rationalpragmatisch ausgerichteten Humanismus“ begründet, der in katholischen Gebieten ebenso zu finden war¹³¹. Praktisch bedeutete dies den Übergang von der rein kirchlich-klösterlichen Kranken- und Armenpflege hin zur alleinigen Trägerschaft der Wohltätigkeitsstiftungen in Händen der Bürgergemeinde. Überwachung und Verwaltung kam in die Hand des Rates¹³². Die Forschung spricht in diesem Zusammenhang von „Verbürgerlichung“ oder „Kommunalisierung“ der Armenfürsorge¹³³.

Bei den Spitälern war die Verwaltung der Temporalien bereits im Spätmittelalter allein in der Hand des Stadtrats¹³⁴. Der Sozialreformer Juan Luis Vives vertrat 1526 in einer der Stadt Brügge gewidmeten Schrift die Auffassung, daß die Armenfürsorge Aufgabe des weltlichen Gemeinwesens sei¹³⁵. Auf dem Reichstag von Augsburg 1530 wurde schließlich die kommunale Unterstützungspflicht reichsrechtlich in der hier erlassenen Polizeordnung festgeschrieben¹³⁶. Diese Regelungen fanden dann Eingang in die Landesordnungen und Mandate der Territorien¹³⁷.

Zahl, Bedeutung und Aufgaben dieser Stiftungen war dabei sehr unterschiedlich. Besonders deutlich wird das an den milden Stiftungshäusern. Am Ende des 18. Jahrhunderts finden sich davon in *München* 37, in verschiedenen Märkten dagegen überhaupt keines. Die hohe Zahl solcher Einrichtungen in München re-

¹²⁸ Vgl. Doege, *Armut*, 259–263.

¹²⁹ Liermann, *Stiftungsrecht* I, 163.

¹³⁰ Vgl. Schmoller, *Armenpflege*, 916–925; Endres, *Armenproblem*, betont besonders die Vorbildfunktion von Luthers Leisniger Kastenordnung von 1523 für die städtischen Armenordnungen von Straßburg, Ulm und Nürnberg (S. 220). Fischer, *Städtische Armut*, 42–45, 142–149, 261–265, hier auch die Diskussion um die Beziehung zwischen Neuordnung der städtischen Armenfürsorge und kirchlicher Reformation; vgl. auch Fischer, *Armut in der Geschichte*, 33 f.

¹³¹ Jütte, *Armenfürsorge*, 31 f.

¹³² Vgl. Liermann, *Stiftungsrecht* I, 79–95.

¹³³ Jütte, *Armenfürsorge*, 20, 356–359; vgl. Sachße/Tennstedt, *Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Vom Spätmittelalter bis zum Ersten Weltkrieg*, Stuttgart u. a. 1980; Fischer, *Städtische Armut*, 156, 161–166, 181 f.; Bog, *Arme*.

¹³⁴ Mittewieser, *Stiftungen*, 25 f. In Altbayern wurden HI-Geist-Spitalstiftungen gegründet in Straubing (1250), München (1253/68), Pfarrkirchen (1517), Burghausen (1526), Wasserburg (1541), Landsberg (1549), Aichach (1554) (Schmitt-Lermann, *Sozialgeschichte*, 9). Vergleichbare Stiftungen waren auch die Bruderhaus-, Leprosenhaus- und ähnliche Stiftungen (ebd.).

¹³⁵ Schmitt-Lermann, *Sozialgeschichte*, 3.

¹³⁶ Jütte, *Armenfürsorge*, 359; Fischer, *Städtische Armut*, 182.

¹³⁷ Für Bayern vgl. u. a. PO 1616 5. Buch, 5. Titel, 6. Artikel und Städte- und Märkteinstruktionen von 1670 und 1748 Artikel Nr. 55–56 (Hoffmann, *Instruktionen*, 317 f.).

sultiert aus den vielen Seelhäusern oder Regelhäusern, die von reichen Patriziern der Stadt zugunsten von weiblichen Familienangehörigen und anderen armen, erwerbsunfähigen Bürgerstöchtern und Dienstboten gestiftet worden waren¹³⁸. Das Heilig-Geist-Spital diente ursprünglich ausschließlich der Armen- und Krankenpflege, seit dem Ende des 15. Jahrhunderts war es hauptsächlich Pfründnerheim¹³⁹. Hinzu kommen das Waisenhaus am Anger, das Bruderhaus am Kreuz, die Leprosenhäuser am Gasteig und in Schwabing, schließlich eine Reihe von Hofspitälern¹⁴⁰ und das Militärwaisenhaus¹⁴¹. 1781 wurden in diesen milden Stiftungshäusern insgesamt 891 Seelen gezählt, von denen 404 Pfründner waren, 139 als arm und krank bezeichnet wurden, 26 im Gasteig lebten und 236 Waisen und arme Kinder waren. Hinzu kamen noch 86 Dienstboten¹⁴². Abgesehen von den Waisen und armen Kindern war also nur ein verschwindend kleiner Anteil derjenigen, die als almosenberechtigt eingestuft wurden (um diese Zeit etwa 1.700; siehe dazu unten in diesem Kapitel), in den Stiftungshäusern untergebracht.

Als Beispiel für eine kleine Stadt mag der *Markt Trostberg* dienen. Hier gab es zwei milde Stiftungshäuser, ein Bruder- und ein Siechhaus, wobei letzteres spätestens seit 1788 leer stand, vermutlich jedoch bereits früher. In diesem Siechhaus fanden 1627 acht „arme personen“ Unterkunft und Verpflegung. 1788 war das Bruderhaus mit 16 Personen belegt, wobei um diese Zeit nur noch „hiesige ohne verschulden in das verderben und armuth geratene bürgers personen“ aufgenommen wurden¹⁴³.

Ebenso unterscheiden sich die beiden Städte erheblich bei den milden Stiftungen, die keine eigenen Häuser betrieben. In Trostberg gab es nur das Reiche Almosen. Dessen Aufgabe war es, die Armen der beiden Stiftungshäuser mitzuversorgen wie die Hausarmen und fremde Durchreisende zu unterstützen¹⁴⁴. Diesem Fonds oblagen also alle Almosenverpflichtungen des Marktes mit Ausnahme der Unterhaltung der beiden milden Stiftungshäuser.

Dem Trostberger Reichen Almosen scheint in München in der Frühen Neuzeit weitgehend das Säckel Almosen zu entsprechen. Das Säckel war für die wöchentliche Almosenverteilung unter den Hausarmen der Stadt zuständig, bildete also die zentrale Armenkasse. Daneben gab es auch in München ein Reiches Almosen, dessen Fundierung auf das Jahr 1449 zurückgeht. Martin Riedler

¹³⁸ Vgl. *Solleder*, München im Mittelalter, 385 f.; *Fischer*, Verwaltungsorganisation 16. und 17. Jahrhundert, 511.

¹³⁹ *Fischer*, Verwaltungsorganisation 16. und 17. Jahrhundert, 512, Anm. 19; das Gesamtvermögen des Heilig-Geist-Spitals aus Grundbesitz und Kapitalien belief sich 1818 auf über 615.000 fl. (*Schattenhofer*, Stiftungen, 18).

¹⁴⁰ Vgl. *Fischer*, Verwaltungsorganisation 16. und 17. Jahrhundert, 511 f.; *Solleder*, München im Mittelalter, 382 ff. Das Josephspital wurde 1626 von Maximilian I. gegründet und mit einem Gründungskapital von 260.000 fl. ausgestattet; es war eingerichtet für 100 Kranke, die in anderen Spitälern keine Hilfe mehr erhalten konnten, Aufnahme fanden zunächst nur Einwohner Münchens, insbesondere Hofbedienstete, dann aber auch andere Landeskinder vor ausländischen (*Schmitt-Lermann*, 23 f.). Darüber hinaus gab es das 1572 gegründete Herzogspital (= St.-Elisabeth-Herzog-Spital) (*Schmitt-Lermann*, 18).

¹⁴¹ *Heimers*, Residenzstadt, 215.

¹⁴² BayHStA GR Fasz. 290 Nr. 1; GR Fasz. 302b Nr. 45 I und II.

¹⁴³ *Hoffmann*, Trostberg, 82–85; *Dachsberg*, gibt für Trostberg drei Stiftungshäuser an, dies ist jedoch falsch.

¹⁴⁴ *Hoffmann*, Trostberg, 83.

richtete es für sechs Hausarme Familien ein. Durch weitere Kapital- und andere Stiftungen war es um 1700 möglich, 15 Armen ein ganzes und 250 ein halbes Almosen zu geben. Die Kapitalfundierung erreichte um 1700 die Höhe von 42.117 fl., um 1800 lag sie bei 50.231 fl.. Aus den Einnahmen dieses Vermögens konnten in den beiden Schnittjahren Ausgaben in Höhe von 2.252 bzw. 2.831 fl. bestritten werden¹⁴⁵. Die Aufwendungen des Säckelalmosens lagen dagegen im ausgehenden 18. Jahrhundert mitunter um 30.000 fl. jährlich¹⁴⁶. Die Kapitalfundierung des Trostberger Reichen Almosens erreichte um 1700 und um 1800 4.058 bzw. 6.279 fl.¹⁴⁷ Dies bedeutet, daß die Stiftung des kleinen Marktes um 1700 etwa 10 % der gleichnamigen der Residenzstadt ausmachte, die Kapitalakkumulation in Trostberg bis 1800 dann aber stärker war als in München. Nimmt man die Fundierung pro Kopf der Einwohner (1781 37.840 gegenüber 684), erscheint das Reiche Almosen Münchens geradezu bedeutungslos: Um 1800 kamen auf jeden Trostberger Einwohner etwa neun Gulden Stiftungskapital, auf jeden Münchener nur 1,3 fl. Ohne das Säckelalmosen wäre die Armenversorgung in der Residenzstadt überhaupt nicht denkbar gewesen.

Fremde Bettler und Pilger erhielten in München wöchentlich aus der Fremdenbüchse eine Zehrung¹⁴⁸. Die Benno-Stiftung war ein 1603 gegründeter Unterstützungsfonds für unschuldig erwerbsunfähig gewordene Handwerker, für Lehrgelder von Halbwaisen und für die Aussteuer von Dienstboten¹⁴⁹. Daneben existierten verschiedene kleinere Stiftungen für Arme wie die Jungferngeldstiftung, die Wadlerspende, die Hölzl-Stiftung oder die Füll-Stiftung¹⁵⁰, die jedoch alle nur einen kleinen Aufgabenbereich hatten¹⁵¹. 1742 entstand aus einer Initiative des Geheimen Rats Franz von Ecker, des Bürgermeisters von Reindl und des Handelsmanns, Wechselherrn und Bankiers Georg Nocker der „Liebesbund“, der zwischen 1743 und 1778 etwa 193.000 fl. an Arme verteilte¹⁵².

Mit der Festlegung einer Unterstützungspflicht war jedoch noch nichts über die finanziellen Möglichkeiten der Spitäler, Armen-, Bruder- und Leprosenhäuser etc., die den Bedürftigen Unterkunft boten, und der verschiedenen Almosenkassen, die hauptsächlich für die Hausarmen und unterstützungsberechtigten vagierenden Bevölkerungsschichten zuständig waren¹⁵³, gesagt. Diese in Form von Stiftungen gegründeten Einrichtungen hatten zwei wesentliche Einnahmequellen für die Unterhaltung ihrer Schutzbefohlenen:

1. Regelmäßige Einkünfte wurden mit den Zinserträgen aus dem Stiftungskapital, das selbst nicht angetastet werden durfte, erzielt¹⁵⁴. Wirtschaftsgeschichtliche Untersuchungen zu diesem Thema fehlen für den altbayerischen

¹⁴⁵ Alle Angaben zum Münchener Reichen Almosen *Destouches*, Reiches Almosen, 53–61; zum Reichen Almosen vgl. auch *Schattenhofer*, Stiftungen, 16.

¹⁴⁶ Belege für 1776 und 1786 BayHStA GR Fasz. 40 Nr. 20/21; GR Fasz. 45 Nr. 27.

¹⁴⁷ *Hoffmann*, Trostberg, 86.

¹⁴⁸ *Fischer*, Verwaltungsorganisation 16. und 17. Jahrhundert, 510 Anm. 10.

¹⁴⁹ *Ebd.*, 510 Anm. 13.

¹⁵⁰ Vgl. S. 230.

¹⁵¹ *Fischer*, Verwaltungsorganisation 16. und 17. Jahrhundert, 509f.; vgl. auch *Schattenhofer*, Stiftungen.

¹⁵² *Schattenhofer*, Stiftungen 24; Nocker entstammt einer aus Hall in Tirol zugewanderten Familie und errichtete auch in Tölz große Stiftungen, *Schattenhofer*, ebd.; vgl. *Brenninger*, Tölz, 15, zu seiner Beteiligung am Tölzer Kalvarienberg.

¹⁵³ Vgl. S. 395 f.

¹⁵⁴ *Hoffmann*, Trostberg, 84 ff.

Raum noch weitgehend¹⁵⁵, Beispiele deuten jedoch auf eine nicht unproblematische Situation. Gerhard Hanke belegt für Dachau um 1700, daß durch wachsende Ausstände besonders bei den Zinszahlungen für die entliehenen Kapitalien der Handlungsspielraum der Stiftungen immer enger wurde¹⁵⁶. Eine ähnliche Entwicklung zeigt auch Schattenhofer für München: 1779 betrugen die Zinsausstände des Hl.-Geist-Spitals 86.695, des Bruderhauses 62.333, des Leprosenhauses am Gasteig 48.275, des Stadtwaisenhauses 32.322, des Reichen Almosens 22.394, des Leprosenhauses in Schwabing 5.635 und des Nockeroder Stadtkrankenhauses 4.317 fl.¹⁵⁷. Ursache hierfür war hauptsächlich die schlechte Zahlungsmoral des Hof- und Kriegszahlamtes sowie der Landschaft¹⁵⁸. Hinzu kamen sinkende Zinssätze im Laufe des 18. Jahrhunderts, die zu erheblichen Einnahmeverlusten bei den Stiftungen führen mußten¹⁵⁹. Völlig unbekannt ist vor allem, inwieweit diese Einbußen durch neue Stiftungen und damit weitere Kapitalakkumulation ausgeglichen werden konnten. Für Trostberg jedenfalls ließ sich am Ende des 18. Jahrhunderts ein gravierender Verfall der Stiftungseinrichtungen feststellen, was zur Reduzierung der Insassen ihrer Häuser zwang¹⁶⁰.

2. Gegenüber den Zinseinnahmen waren die regelmäßig durchgeführten Almosensammlungen auf die freiwillige Spendenfreudigkeit der Bürger angewiesen und schwankten deshalb außerordentlich. Diese Kollekten waren institutionalisiert und fanden regelmäßig jede Woche in allen altbayerischen Städten und Märkten von Haus zu Haus statt¹⁶¹. Hinzu kamen in Kirchen, Gastwirtschaften und auf Straßen aufgestellte Sammelbüchsen¹⁶². Die Priester wurden in Polizeiordnungen dazu aufgerufen, die Bürger zur Mildtätigkeit in den Predigten aufzufordern¹⁶³. Dies scheint jedoch nicht immer genügt zu haben. In München waren während des Dreißigjährigen Kriegs die Mittel der Armenfürsorge soweit zusammengeschrumpft, daß sie der Unterstützung durch den Kurfürsten bedurfte. Nach einem Bericht des Rats von 1655 erhielt der „Söckel“ seit 1639 ununterbrochen eine Zuwendung über 200 fl.¹⁶⁴ Ein ähnlicher Kollaps des Almosenwesens drohte auch in Augsburg bereits seit etwa 1610. Auch hier wurde als ein Hauptgrund der Zulauf zu vieler Armer, in diesem Fall meist Weber, gesehen¹⁶⁵. Den Vorwurf, zu viele besitzlose Neubürger aufgenommen zu haben, hatte auch der bayerische Landesherr an die Stadt München gerichtet¹⁶⁶. In Aibling wird 1790

¹⁵⁵ Beispiele außerhalb Altbayerns vgl. *Fischer*, Städtische Armut, 277–283; *Jütte*, Armenfürsorge; *Roeck*, Stadt II, 615–629; *Clasen*, Armenfürsorge.

¹⁵⁶ *Hanke*, Finanzstruktur, 513 f., 527.

¹⁵⁷ *Schattenhofer*, Stiftungen, 26.

¹⁵⁸ *Ebd.* Vgl. zu diesem Thema u. a. S. 414 f., 442.

¹⁵⁹ *Cohen*, Kredit- und Verschuldungsbeschränkungen, 715; *Hoffmann*, Trostberg, 87; vgl. auch S. 425.

¹⁶⁰ *Hoffmann*, Trostberg, 84.

¹⁶¹ Bettelordnung vom 19. 11. 1627 Art. 3, zitiert nach *Ziegler*, Dokumente II, 995; für das Münchener Säckelalmosen wurde jeden Mittwoch und Freitag gesammelt (*Fischer*, Verwaltungsorganisation 16. und 17. Jahrhundert, 509, Anm. 7).

¹⁶² *Fischer*, Verwaltungsorganisation 16. und 17. Jahrhundert, 509, Anm. 7.

¹⁶³ PO 1616 5. Buch, 5. Titel, 4. Artikel.

¹⁶⁴ BayHStA GL Fasz. 2729 Nr. 699.

¹⁶⁵ *Roeck*, Stadt II, 623.

¹⁶⁶ Vgl. S. 389.

geklagt, die wöchentliche Armenspende würde kaum für die Hausarmen genügen, wo sie doch auch für unterstützungsberechtigte wandernde Gesellen und Studenten ausreichen müßte¹⁶⁷.

Unterstützung in den bayerischen Städten und Märkten zwischen 1600 und 1800 erhielten allerdings auch nicht alle Kranken, Alten und Kinder, die arbeitsunfähig waren, d. h. die „wahren“ Bettler oder Armen im Sinne der Zeitgenossen. Sie mußten eine Art Heimatrecht nachweisen, wie es auch die Gesetzgebung des 19. Jahrhunderts noch kannte¹⁶⁸. So bestimmt die Polizeiordnung von 1616, „daß die recht wissentlich armen Personen, die sich Alters, Kranckheit vnd anderer gebrechen halb one das Allmuesen nit ernehren könden, allein an den orten, da sie geboren seind, oder bißher lang ire wohnung gehabt, es sey in Stätten, Märkten oder auffm Land, sich mit dem Allmuesen vnderhalten, vnd sol inen anderer ort hin vnd wider zu lauffen nicht zugelassen werden“¹⁶⁹. Ein tatsächlicher Unterstützungsanspruch konnte daraus jedoch noch nicht abgeleitet werden. Dieser wurde den Armen in Bayern erst 1869 eingeräumt¹⁷⁰. Im 16. Jahrhundert wurde auch die Berechtigung des öffentlichen Bettelns dahingehend eingeschränkt, daß Almosenberechtigte Bestätigungsurkunden erhielten, die ihnen ausschließlich innerhalb ihres Landgerichtsbezirks das Sammeln erlaubte¹⁷¹. Gänzlich verboten wurde der öffentliche Bettel weitgehend erst seit der Mitte des 18. Jahrhunderts. Nur in ganz wenigen Fällen ließ man Ausnahmeregelungen zu, wie z. B. bei Opfern von Brandkatastrophen, die sogenannte „Brandbriefe“ erhielten und damit legal auch weiterhin betteln durften.

Am Anfang der generellen Bettelverbote stand die Bettelordnung für München vom 2. Januar 1748¹⁷². Ihr folgte eine entsprechende Regelung für ganz Bayern am 27. Juli 1770¹⁷³. Daß diese Verbote keineswegs eingehalten wurden, bzw. eingehalten werden konnten, läßt sich vielfältig belegen. Schon in den Mandaten selbst wird eingestanden, daß die öffentlichen Almosenkassen keineswegs genügend Mittel hätten, die Versorgung der Armen allein zu decken. Darüber hinaus finden sich immer wieder Berichte über die Bettlerscharen in Bayern, insbesondere in München¹⁷⁴. In mehrfacher Hinsicht instruktiv ist die Razzia auf Münchener Bettler, die Benjamin Thompson (seit 1792 Reichsgraf Rumford) anläßlich der Errichtung des Münchener Arbeitshauses durchführen ließ. Hierbei wurden etwa 2.500 Bettler in der Residenzstadt vorübergehend festgenommen¹⁷⁵. Zum einen zeigt sich daran die Unwirksamkeit der Bettelmandate, zum

¹⁶⁷ BayHStA GR Fasz. 43 Nr. 24.

¹⁶⁸ Gegen die Behauptung Klebels, Pauperproblem, 93, die Bestimmungen des Unterstützungswohnsitzes seien erst unter Max IV. Joseph verwirklicht worden, spricht schon allein, daß wohl keine Almosenstiftung oder Stadt mehr für Arme aufgewendet hat, als unbedingt sein mußte.

¹⁶⁹ PO 1616 5. Buch, 5. Titel, 5. Artikel; für das ausgehende 18. Jahrhundert vgl. u. a. die Bettelordnung von 1770 Art. 5–10 (GS 1771 S. 423 f.) mit in dieser Frage differenzierteren Festlegungen.

¹⁷⁰ Vgl. Klebel, Pauperproblem, 94 f.

¹⁷¹ Schmitt-Lermann, Sozialgeschichte, 16. Daß den Armen das Betteln bereits 1627 gänzlich verboten wurde (ebd., 21) ist falsch; vgl. die Bettelordnung vom 19. 11. 1627 (Ziegler, Dokumente II, 994–999).

¹⁷² MGS II, 721–726.

¹⁷³ GS 1771, 421–428 Nr. 2; erneuert am 3. 3. 1780 (MGS II, 948–954).

¹⁷⁴ Vgl. Docge, Armut, 243 f.

¹⁷⁵ Bauer, Umbruch, 254.

anderen aber wird sehr deutlich, daß die in den Almosenlisten der Städte zu findenden Armen nur einen Teil der Bedürftigen ausmachen. In München wurden zu dieser Zeit nur an ca. 1.700 Personen Almosen verteilt (siehe unten). Die erhaltenen Almosenlisten aus den bayerischen Städten geben demnach allenfalls den völlig verarmten und erwerbsunfähigen Anteil an der rechtmäßig in der Stadt lebenden Bevölkerung – also den Bürgern im weiteren Sinne – an. Die übrigen, sei es, es handelte sich um Ausländer, sei es, sie hatten nicht das Bürgerrecht, wurden als Vaganten eingestuft, hielten sich also illegal in der jeweiligen Stadt auf, und mußten ausgewiesen werden¹⁷⁶.

Verzeichnisse von Almosenempfängern sind für die oberbayerischen Städte – soweit bisher bekannt – nur vereinzelt erhalten, das überlieferte Material gibt jedoch einen gewissen Eindruck von sozialer Zusammensetzung und quantitativem Anteil der Rezipienten an der Gesamtbevölkerung. Nach dem Tod Kurfürst Ferdinand Marias 1679 wurden laut testamentarischer Verfügung 25.000 fl. an die Armen des Landes verteilt. Die Summe wurde nach einem nicht mehr bekannten Schlüssel auf alle Städte und Landgerichte Bayerns verteilt¹⁷⁷. So erhielt beispielsweise die Stadt Burghausen 200 fl., Neuötting 125, das zugehörige Gericht 200, der Markt Trostberg 50, das Gericht 220, der Markt Kraiburg 65 und das Gericht 150. Aussagekräftig für den Anteil der Armen an der Bevölkerung sind jedoch nicht diese Summen, sondern die Empfänger in den Städten. Sie sind identisch mit denen, die ohnehin das „normale“ Almosen genossen. Arbeitsfähige Arme wurden auch 1679 nicht berücksichtigt. So erhalten nur 33 Personen des Marktes Inchenhofen eine gewisse Summe, die übrigen werden ausgeschlossen mit der Begründung: „Seindt zwar noch vill arme, jedoch aber junge leuth vorhanden die der arbeith versehen khunden“.

Die nachfolgende Aufstellung gibt die Zahl der Personen an, die eine Unterstützung erhielten. Diese setzen sich zusammen aus Haushaltsvorständen mit Familien, alleinstehenden Frauen und Männern mit und ohne Kinder, aber auch aus Insassen von Armen-, Bruder-, Leprosenhäusern oder Spitälern¹⁷⁸ (s. Tab. S. 382).

Da die Almosenempfänger, wenn es sich teilweise auch um „echte“ Familien handelt, nicht einfach mit Haushalten gleichgesetzt werden dürfen, wird hier als Grundlage der Anteilsberechnung „Almosenempfänger pro 100 Herdstätten“ angegeben. Dies ist nicht zu verwechseln mit dem Anteil der armen Haushalte an der Gesamtzahl der Haushalte. Der tatsächliche Umfang armer Haushalte läßt sich aus der Quelle nicht ablesen. Zur Interpretation der Zahlen muß zunächst die personelle Zusammensetzung der Almosenempfänger an einigen Beispielen betrachtet werden. Einige ganz wenige Waisen bei Pflegeeltern können bei diesen statistischen Überlegungen unberücksichtigt bleiben.

Es sind in den beschriebenen Armen eine sehr unterschiedliche Zahl von Pfründern – also Bewohner der „Heime“ der milden Stiftungen – erhalten: Wolf-

¹⁷⁶ Vgl. S. 392 ff.

¹⁷⁷ BayHStA Fürstensachen 648. Zahlreiche Listen von Städten und Gerichten sind aus dem Rentamt München (BayHStA Fürstensachen 649) und dem Rentamt Burghausen (BayHStA Fürstensachen 650) erhalten. Die Quelle erwähnt und wertet teilweise aus: *Hüttl*, Politik, 730, Anm. 122.

¹⁷⁸ *Hüttl* gibt für einige ausgewählte Städte auch Personenzahlen, dabei handelt es sich jedoch um die gesamte von Armut betroffene Bevölkerung incl. Ehegatten und Kinder, nicht um Haushaltsvorstände.

Almosenempfänger 1679

(Alle Städte und Märkte berücksichtigt, von denen Listen überliefert sind)

Stadt/Markt	Almosen- empfänger (z. T. Herdstätten)	Herdstätten		Almosenempfänger pro 100 Herd- stätten	
		1691	1717	1691	1717
Rentamt München					
S Abensberg	32	?	153	?	20,9
S Aichach	12	?	215	?	5,6
S Pfaffenhofen	40	?	288	?	13,9
S Rain	27	?	162	?	16,7
S Wasserburg	218	?	322	?	67,7
M Aindling	8	?	100	?	8,0
M Altmannstein	12	?	63	?	19,0
M Altomünster	42	?	127	?	33,1
M Gaimersheim	14	?	163	?	8,6
M Geisenfeld	41	?	147	?	27,9
M Inchenhofen	33	?	119	?	27,7
M Kösching	28	?	193	?	14,5
M Kühbach	20	?	92	?	21,7
M Mainburg	31	?	178	?	17,4
M Pförring	13	?	152	?	9,8
M Rosenheim	71	?	247	?	28,7
M Schwaben	16	?	79	?	20,3
M Siegenburg	16	?	99	?	16,2
M Tölz	58	?	622	?	9,3
M Vohburg	17	?	175	?	9,7
M Wolfratshausen	54	?	220	?	24,5
Rentamt Burghausen					
S Braunau	151	366	398	41,3	39,9
S Burghausen	174	371	373	46,9	46,6
S Neuötting	166 ¹	214	320	77,6	51,9
S Schärding	163	328	380	49,7	42,9
M Altenham	54	129	120	41,9	45,0
M Kraiburg	25	130	113	19,2	22,1
M Markt	14	61	65	22,9	21,5
M Mattighofen	52 ¹	124	?	41,9	?
M Mauerskirchen	70	146	148	47,9	47,3
M Ried	141	549	621	25,7	22,7
M Tann	61	104	148	58,7	42,2
M Trostberg	46	156	208	29,5	22,1
M Uttendorf	44	123	97	35,8	45,4

Anm. 1: Ohne Bewohner des Leprosenhauses.

(Quellen: Zahlen der Almosenempfänger BayHStA Fürstensachen 649, 650; zu den Herdstättenzahlen vgl. S. 174–177.)

ratshausen 3, Trostberg 11, Uttendorf 7, Schärding 51, Burghausen 35, Wasserburg 77. Das entspricht einem Anteil von 1,4 bis 23,9 Pfründnern auf 100 Herdstätten¹⁷⁹. Die große Varianz dieser Ergebnisse erscheint zunächst unerklärlich, bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß mit wachsender Größe einer Stadt auch der Anteil der Pfründner steigt. Läßt sich also vermuten, daß in größeren Städten der Anteil derjenigen, die im Alter und bei Krankheit keine Angehörigen oder Familien mehr hatten, die sie pflegen konnten, weit höher lag, als in ländlich geprägten Kleinstädten? Oder war die finanzielle Ausstattung der frühneuzeitlichen „Altenheime“ in bedeutenderen Städte soviel besser? Für beide Hypothesen lassen sich Hinweise finden. Für erstere spricht, daß wohl in den Märkten und kleineren Städten dem Armen – wie für den ländlichen Raum festgestellt wurde – „in vielen Fällen die verwandtschaftlichen und traditionell entwickelten sozialen Absicherungsmechanismen zur Verfügung standen“¹⁸⁰. Die letztere Annahme steht damit in Zusammenhang, daß nur in größeren Städten Schichten zu finden waren, die zu bedeutenderen Stiftungen überhaupt in der Lage waren. Im Bruderhaus des Marktes Trostberg mußte gegen Ende des 18. Jahrhunderts die Belegungszahl von 16 Pfründnern auf die Hälfte reduziert werden, da für sie alle die Einnahmen der zugehörigen Stiftungskasse nicht mehr genügten¹⁸¹. Es ist jedoch zu bedenken, daß keineswegs alle Insassen dieser „Heime“ Arme oder gar Almosenempfänger waren. Viele von ihnen hatten vor Eintritt ein gewisses Vermögen gehabt, das sie der Institution bei der Aufnahme übergeben mußten oder zumindest sollten¹⁸².

Die weitaus meisten unter den Almosenempfängern waren jedoch sogenannte „Hausarme“, Personen also, die entweder noch in der eigenen Wohnung leben konnten, oder bei Verwandten unterkamen. Unter diesen Hausarmen ist besonders der hohe Frauenanteil auffällig. Mit wenigen Ausnahmen stellen allein bestehende Witwen und arbeitsunfähige jüngere Frauen mit und ohne Kinder eine doppelt so hohe Anzahl von Almosenempfängern als Männer bzw. von Männern geführte Haushalte, worin sich ja teilweise auch noch Frauen befanden. Berechnet nach einer Auswahl von Städten kommen 1679 zwischen 1,4 und 9,1 männliche Almosenempfänger auf 100 Haushalte (Ausreißer: Altomünster mit 17,5 Männern auf 100 Haushalte), dagegen 7,9 bis 16,3 weibliche (Haushaltszahlen: Grundlage wie obige Tabelle)¹⁸³.

Angelika Baumann hat für die Zeit um 1800 im altbayerischen Raum ein ähnliches Phänomen festgestellt und es damit begründet, daß Männer in der Fürsorgepolitik benachteiligt worden seien. Bei ihnen hätte man die Unterstützung solange hinausgezögert, „bis der kleinste Rest von Arbeitsfähigkeit ausgenutzt worden war“¹⁸⁴. Diese Benachteiligungsthese läßt allerdings weitgehend die Tatsache unberücksichtigt, daß eine Witwe mit Kindern wohl kaum eine Arbeit hat finden können, die ihren Lebensunterhalt deckte, und Männer beim Besitzrecht – insbesondere verbunden mit Handwerksgerechtigkeiten – bevorzugt waren,

¹⁷⁹ Berechnet jeweils – sofern möglich – auf der Basis der Herdstättenzahlen von 1691, sonst auf der von 1717.

¹⁸⁰ Doege, Armut, 138.

¹⁸¹ Hoffmann, Trostberg, 84.

¹⁸² Abweichende Beispiele vgl. Hoffmann, Trostberg, 84.

¹⁸³ Den hohen Frauenanteil unter den Almosenempfängern stellen u. a. auch fest Fischer, Städtische Armut, 128 f., und Bog, Wachstumsprobleme, 507.

¹⁸⁴ Baumann, 1984, 61–65.

was die Betroffenen dann ohnehin weitgehend als Almosenempfänger im Sinne des rigiden Subsidiaritätsprinzips ausschloß. Einleuchtende Erklärungen bietet Thomas Fischer, der neben einem im 16. Jahrhundert herrschenden Frauenüberschuß besonders auf die „relativ beschränkten Erwerbsmöglichkeiten der Frauen innerhalb der Stadt“ hinweist, aber auch auf Schwierigkeiten von unbegüterten Frauen, einen Ehepartner zu finden¹⁸⁵.

Unter den männlichen Almosenempfängern sind dennoch vereinzelt auch arbeitsfähige Männer feststellbar. So heißt es bei einem Loderer aus Aichach mit sechs Kindern, daß dieser wenig „Nahrung“ hätte, also unterbeschäftigt sei. Hier überschneiden sich also die Kategorien derjenigen, die im Sinne der Armen-gesetzgebung unterstützungsberechtigt waren, mit denen, die aufgrund der Wirt-schaftssituation an Unterbeschäftigung litten und eigentlich nicht die „An-forderungen“ für „wahre Arme“ erfüllten.

Die Zusammensetzung wie auch die großen Schwankungen zwischen den ein-zelnen Städten und Märkten bei den Almosenempfängern lassen nur ungefähre quantifizierende Aussagen über diese Bevölkerungsgruppe in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts zu. Der Anteil der Almosenempfänger, bestehend aus Heim-insassen sowie „hausarmen“ Frauen und Männern, eines großen Teils der Städte und Märkte der Rentämter München und Burghausen (ohne die Resi-denzstadt) variiert zwischen 5,6 und 67,7 auf 100 Herdstätten. Auffällig ist dabei, daß sich die beiden Rentämter dabei erheblich voneinander unterschei-den. Das Rentamt München hat im Durchschnitt einen weit geringeren Prozent-satz an Almosenempfängern als das benachbarte Gebiet im Osten, wobei aller-dings Wasserburg, das noch dem westlichen Rentamt angehört, mit zu den Spit-zenreitern zählt.

Für München ist eine vergleichbare Aufstellung von Armen aus dem Jahre 1629 überliefert¹⁸⁶. Die Zahl der Almosenempfänger im Sinne der Quelle von 1679 beträgt hier 625 (157 Männer mit 112 Ehefrauen, 468 alleinstehende Frauen). Da es in München um diese Zeit (1622) 4.144 Haushalte laut Steuer-buch gab¹⁸⁷, kommen in der Residenzstadt also 15,1 Almosenempfänger auf 100 Haushalte – ein gegenüber den anderen bayerischen Städten nach dem Dreißig-jährigen Krieg verhältnismäßig günstiges Ergebnis. In der benachbarten Reichs-stadt Augsburg wurden um die gleiche Zeit ca. 3.500 Personen vom Almosen unterstützt. Da wir in beiden Städten von etwa gleichen Unterstützungskriterien ausgehen können, lassen sich die Zahlen auch vergleichen¹⁸⁸. In der Lechstadt gab es zu diesem Zeitpunkt etwa 10.000 Haushalte¹⁸⁹, d. h. auf 100 Herdstätten kamen 35 Almosenempfänger. Mit anderen Worten bedeutet dies, in Augsburg war in Relation zur Bevölkerung die Zahl der Almosenempfänger zur gleichen Zeit etwa doppelt so hoch wie in München. Eine Erklärung hierfür dürfte die große Zuwanderung armer Weber in die Reichsstadt sein, die alsbald dem Almosen aufgrund von mangelnden Beschäftigungsmöglichkeiten anheim-fielen¹⁹⁰.

¹⁸⁵ Fischer, Städtische Armut, 129.

¹⁸⁶ BayHStA GL Fasz. 2729 Nr. 699.

¹⁸⁷ Vgl. S. 143 f.

¹⁸⁸ Vgl. Roeck, Stadt II, 614, 619.

¹⁸⁹ Ebd. I, 304.

¹⁹⁰ Ebd. II, 623.

Wir machen einen Sprung zum Ende des Untersuchungszeitraums. In München werden 1755 mit dem Säckelalmsen jeden Freitag 936 Personen bedacht¹⁹¹, deren Zahl bis 1776 auf insgesamt 1.655 steigt¹⁹², was bei 8.829 Haushalten (Stand 1781) einem Wert von 18,7 auf 100 Haushalte entspricht; 1796 sind es 1.764 Almsenempfänger, d.h. 19,9 auf 100 Haushalte¹⁹³. Eine nennenswerte Veränderung gegenüber dem Anfang des 17. Jahrhunderts ist also am Ende des 18. Jahrhunderts nicht zu konstatieren, betrachtet man die Zunahme zwischen 1755 und 1776, ist diese jedoch erheblich.

Für einen Überblick über die Zahl der Almsenempfänger in den anderen oberbayerischen Städten im ausgehenden 18. Jahrhundert stellt – wie so oft – die Dachsbergsche Volksbeschreibung von 1771/81 die erste flächendeckende Quelle dar. Die hier erfolgte Unterscheidung zwischen Bettlern in Armenhäusern und solchen außerhalb – d.h. Armen, die entweder noch einen eigenen Haushalt führen oder bei Verwandten leben – legt nahe, daß wir es hier mit demselben Personenkreis zu tun haben, der auch in den Almsenlisten zu finden ist. Die Angaben der Städte und Märkte lassen jedoch vielfach an der Exaktheit und auch einheitlichen Erhebung zweifeln. Ist es denn zum Beispiel wirklich glaubhaft, daß in Ingolstadt, Friedberg, Rosenheim oder Trostberg keine Hausarmen zu finden sind? Warum gibt es in Trostbergs milden Stiftungshäusern 36 Almsenempfänger und in Weilheim nur 3, während Trostberg keine Hausarmen hat, Weilheim dagegen 26? (s. Tab. S. 386).

Für die Zeit um 1800 sind für verschiedene Städte auch Almsenlisten erhalten, die eine genauere Auswertung erlauben. Sie entstanden im Zusammenhang mit einer Umfrage über den Zustand der Armeinrichtungen in dieser Zeit¹⁹⁴. Zu einer Beurteilung des Umfangs von Armut im Sinne von unterstützungsberechtigten Almsenempfängern läßt sich deshalb nur aus einem Vergleich der Quellen kommen (s. Tab. S. 386).

Der Vergleich des Anteils der Bettler bzw. Almsenempfänger an den Gesamthaushaltszahlen 1771/81 und um 1800 läßt keine Schlüsse auf eine bestimmte Entwicklung zu. Die Werte unterscheiden sich ausnahmslos, wobei in verschiedenen Städten und Märkten eine erhebliche Verbesserung (Rain, Dachau, Kraiburg) wie auch eine erhebliche Verschlechterung der Verhältnisse (Friedberg, Traunstein, Wasserburg, Dießen, Mainburg, Rosenheim) feststellbar ist. Der Anteil von Almsenempfängern an den Haushalten variiert innerhalb des gleichen weiten Intervalls 1679 (5,6–77,6 Almsenempfänger pro 100 Haushalte) und 1771/81 (2,4–77,6 Almsenempfänger pro 100 Haushalte). Das entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung der Städte zwischen 0,6 und 14,1 ‰¹⁹⁵.

¹⁹¹ Schorer, Bettlertum, 203. 1738 wurden in München 477 Personen und in der Vorstadt Au 265 als „almsenwürdig“ eingestuft, für die jährlich 22.000 fl. aufgebracht wurden (Schmitt-Lermann, Sozialgeschichte, 39). Die Herdstättenzählung von 1762 gibt insgesamt 607 im Almsen lebende Inwohner und Inwohnerfamilien an, die eine Herdstätte bewohnen, darin sind 26 Personen „im Liebesbund“ und 31 „Jesuiten-Beter“ enthalten (BayHStA GF Fasz. 2759 Nr. 989).

¹⁹² BayHStA GR Fasz. 40 Nr. 20/21. Diese Almsenempfänger werden folgendermaßen klassifiziert: 1. Klasse, gänzlich „presthafte“, 832; 2. Klasse, zum Teil „presthafte“ und minder Bedürftige, 715; 3. Klasse, mit zur Arbeit untauglichen Kindern beladen, 108.

¹⁹³ BayHStA GR Fasz. 45 Nr. 27.

¹⁹⁴ BayHStA GR Fasz. 43 Nr. 24; GR Fasz. 44 Nr. 25; GR Fasz. 45 Nr. 26.

¹⁹⁵ Dies läßt sich aufgrund der für 1771/81 erhaltenen Einwohnerzahlen berechnen. Bei

Bettler 1771/81

Stadt/Markt (Auswahl)	Milde Stiftungs- häuser	Bettler		Herd- stätten	Ein- wohner	Bettler pro 100	
		im Ar- menhaus	außer- halb			Herd- stätten	Ein- wohner
S München	37		1526	8829	37840	17,3	4,0
S Burghausen	4	16	5	408	1855	5,1	1,1
S Weilheim	1	3	26	393	1610	7,4	1,8
M Trostberg	3	36	0	154	684	23,4	5,3
S Aichach	3	0	23	252	1139	9,1	2,0
S Friedberg	2	10	0	335	1392	3,0	0,7
S Ingolstadt	5	49	0	568	3640	8,6	1,3
S Landsberg	6	0	0	490	2069	—	—
S Neuötting	5	46	45	255	1420	35,7	6,4
S Rain	1	14	37	201	924	25,4	5,5
S Reichenhall	2	35	273	397	2191	77,6	14,1
S Schroben- hausen	2	0	32	307	1002	10,4	3,2
S Traunstein	2	10	33	345	1520	12,5	2,8
S Wasserburg	3	51	27	375	1813	20,8	4,3
M Altomünster	0	0	52	146	610	35,6	8,5
M Dachau	2	0	19	225	771	8,4	2,5
M Dießen	1	5	0	211	805	2,4	0,6
M Inchenhofen	0	0	0	134	511	—	—
M Kraiburg	1	26	30	184	649	30,4	8,6
M Mainburg	3	7	0	182	738	3,8	0,9
M Rosenheim	0 ¹	22	0	266	1396	8,3	1,6
M Wolfrats- hausen	1	1	19	253	942	7,9	2,1

Anm. 1: Der Widerspruch zwischen 22 Bettelleuten im Armenhaus und der Angabe, es existiere kein mildes Stiftungshaus, läßt sich nur durch einen Fehler in der Quelle erklären.

(Quellen: BayHStA GR Fasz. 290 Nr. 1; GR Fasz. 302b Nr. 45–47)

Almosenempfänger um 1800

(Jahreszahl hinter Stadt/Markt gibt Jahr der Zählung der Almosenempfänger an)

Stadt/Markt	Almosen- empfänger (z. T. Herdstätten)	Herdstätten 1771/81	Almosenempfänger pro 100 Herd- stätten
S Friedberg (1791)	46	335	13,7
S Rain (1801)	23	201	11,4
S Traunstein (1804)	58	345	16,8
S Wasserburg (1801)	111	375	29,6
M Dachau (1802)	13	225	5,8
M Dießen (1792)	18	211	8,5
M Kraiburg (1801)	16	184	8,7
M Mainburg (1801)	19	182	10,4
M Rosenheim (1802)	34	266	12,8

(Quellen: BayHStA GR Fasz. 43 Nr. 24; GR Fasz. 44 Nr. 25; GR Fasz. 45 Nr. 26).

Im gesamten altbayerischen Raum ohne das Innviertel wurden 1771/81 1.237 Bettler in Stiftungshäusern und 10.956 außerhalb gezählt, zusammen also 12.193. Bei einer Gesamtbevölkerung in dieser Zeit und im gleichen Raum von 815.195 entspricht dies einem Anteil von ca. 1,5 %¹⁹⁶. Ähnliche Anteilswerte der Hausarmen an der Gesamtbevölkerung sind auch für andere Territorien überliefert¹⁹⁷. Die meisten Städte und Märkte lagen jedoch weit über diesem Anteil. Hierfür dürfte es zwei Hauptgründe geben. Zum einen waren die milden Stiftungshäuser fast ausschließlich in Städten und Märkten gelegen (dies ergibt die Durchsicht der Dachsbergischen Volksbeschreibung), und ein Teil ihrer Insassen waren eben Almosenempfänger. Zum anderen dürfte die Konzentration der Almosenempfänger in den Städten grundsätzlich größer gewesen sein als auf dem Land. Eine derartige Vermutung legt die unterschiedliche Sozialstruktur von Stadt und Land nahe, wird aber auch durch den obigen Zahlenvergleich von 1771/81 bestätigt.

So problematisch die Zahlen im einzelnen auch sein mögen, für unsere Fragestellung belegen sie doch eine interessante Erscheinung der frühneuzeitlichen städtischen Gesellschaft. Angesichts einer unveränderten Gesetzgebung für die Almosenreichung lassen sich am Anteil der „wahren“ Armen im Sinne der Zeitgenossen an der Gesamtbevölkerung kaum wesentliche meßbare Abweichungen in den hier betrachteten Zeitabschnitten feststellen. Unberücksichtigt sind Katastrophenjahre bzw. -zeiten, in denen die Almosenzahlen in die Höhe schnellen konnten. Ein Beispiel hierfür ist die Hungersnot der Jahre nach 1770. Selbst wenn nun aber die demographische Verteilung von Arbeitsfähigen und Arbeitsunfähigen tatsächlich konstant geblieben ist, so dürfen wir nicht auf eben solche konstante soziale Verhältnisse schließen. Vielmehr definiert das frühneuzeitliche Armenrecht einen derart engen Kreis von Unterstützungsberechtigten, der weitgehend von konjunkturellen Veränderungen gar nicht mehr betroffen war.

6. 2. Mangelndes Arbeitseinkommen und mangelnde Arbeitsgelegenheit

Zu geringes Einkommen und der Mangel an Arbeitsmöglichkeiten sind zwar unterschiedliche Phänomene, lassen sich aber in den Quellen meist nicht vonein-

ähnlichen Haushaltsgrößen 1679, dürften diese Werte auch für diese Zeit gelten. Für außerbayerische Gebiete können verschiedene Vergleichsbeispiele angeführt werden. Die Kasseler Armenlisten führten 1785 845 Namen auf, was bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 21.000 Einwohnern 4 % bedeutet (Zahlen nach *Schorer*, Bettlertum, 205, der jedoch fälschlich daraus 4 Unterstützte auf 1000 Einwohner berechnet). Für Augsburg soll der entsprechende Wert am Ende des 18. Jahrhunderts bei etwa drei Prozent gelegen haben (*Schorer*, Bettlertum, 204).

¹⁹⁶ Berechnet nach den Angaben von *Schremmer*, Wirtschaft Bayerns, 388. *Rauh*, Bevölkerungsentwicklung, 497, errechnet 1,8 %. Die zugrunde gelegte Bevölkerungszahl ist diskutiert bei *Rauh*, Bevölkerungsentwicklung 476 Anm. 12. Abweichende Armenzahlen bei *Küthner*, Menschen, 104, der einen Armenanteil von 1,9 für Bayern errechnet, und – wie *Schorer*, Bettlertum, 203 – 15.231 Arme angibt. Auf der Grundlage der Erhebungen von 1792 und 1794 berechnete *Schmelzle*, Staatshaushalt, 35, einen Anteil der Bettler an der „erwachsenen männlichen Bevölkerung“ von 6,13 %. *Endres*, Armenproblem, 223, behauptet, in Bayern wären 1794 6,3 % der Gesamtbevölkerung „völlig auf die Armenfürsorge angewiesen“ gewesen; er zitiert hierfür ohne Seitenangabe die Arbeit von *Schorer*; ein solches Ergebnis läßt sich dort jedoch weder ablesen noch aus den angegebenen Zahlen berechnen.

¹⁹⁷ Vgl. *Schubert*, Arme Leute, 3.

ander trennen. So geben zum Beispiel die erhaltenen Belege meist keine Antwort auf die Frage, ob ein Tagelöhner deshalb in Armut geraten ist, weil er keine Arbeit gefunden hat oder weil er für diese nur ungenügend entlohnt wurde. Genauso wie ein Handwerksmeister, dessen Auftragslage so schlecht war, daß er seine Familie nicht mehr ernähren konnte, hatte dieser Tagelöhner in den seltensten Fällen einen Anspruch auf das Almosen¹⁹⁸. Verschiedene moderne Untersuchungen zum Thema Armut gehen jedoch zu weit, wenn sie damit unterstellen, die frühneuzeitliche Gesellschaft hätte das Problem von struktureller Unterbeschäftigung und damit verbundener kritischer sozialer Lage nicht erkannt oder ignoriert¹⁹⁹. Dagegen sprechen schon die zahlreichen Bemühungen der Fürsten, sich über die Ursachen des Gewerberückgangs zu informieren, die Zünfte auf Stärken zu reduzieren, die den einzelnen Handwerkern ein Auskommen sicherten oder die Heiratsverbote für Unterschichtsangehörige ohne Subsistenzstelle.

Unter den unterbürgerlichen Berufsschichten waren es besonders die Tagelöhner, die meist durch Besitzlosigkeit und in der ständigen Gefahr keine Beschäftigung zu finden, stets am Rande der Verarmung lebten. Gesetze versuchten deshalb, ihren Anteil gegenüber den Ehehalten (Dienstboten) zu vermindern. So lebten Dienstboten in „relativer Geborgenheit“ durch die Versorgung mit Kost und Logis bei ihrem Dienstherrn. Durch Abwanderung ins Tagelöhnerdasein herrschte besonders auf dem Land stets erheblicher Gesindemangel²⁰⁰. Dieser Wunsch nach Abwanderung läßt sich hauptsächlich aus den bedrückenden Verhältnissen des Gesindes im ländlichen Bereich erklären, insbesondere durch das bestehende Heiratsverbot. Für die meisten Dienstboten war ihre Tätigkeit auch nur „Durchgangsstufe auf dem Weg zu einer anderen Lebens- und Arbeitsform“. Hartinger kam für die Oberpfalz und für Niederbayern zu diesem Ergebnis aus der Untersuchung der Altersstruktur dieser Schicht. In seinen Beispieldörfern waren 73 Prozent der Gesindeangehörigen unter 20 Jahren, nur vier Prozent älter als 31 Jahre²⁰¹. Solche Feststellungen korrespondieren mit dem von uns konstatierten wachsenden Tagelöhneranteil in den Städten²⁰².

Das wirtschaftliche Überleben wurde den Tagelöhnern, zu denen man auch die Zimmerleute, Steinmetze und Maurer zählte, darüber hinaus durch die landesherrliche Gesetzgebung schwer gemacht. Die Polizeiordnung von 1616 befahl die jährliche Festlegung von Tagelohnsätzen, die nicht überschritten werden durften, und wollte damit überflüssige Entlohnung von Tagwerkern verhindern²⁰³. Obwohl diese Sätze sich am Existenzminimum orientierten, wurde die örtliche Unterbietung explizit erlaubt²⁰⁴. Auch unter illegalen Praktiken litten die meist im Baugewerbe beschäftigten Tagelöhner. In einer Visitation der Städte und Märkte vor dem Landtag von 1669 stellten die Kommissare fest, daß vielfach den Handwerkern bei öffentlichen Bauten nicht der volle Lohn ausbezahlt würde,

¹⁹⁸ Vgl. S. 375.

¹⁹⁹ Vgl. u. a. *Doege*, Armut, besonders S. 124.

²⁰⁰ *Ay*, Land, 52f.

²⁰¹ *Hartinger*, Bevölkerungs- und Sozialstruktur, 805, 807.

²⁰² Vgl. S. 275. Das Problem der wachsenden Tagelöhnerzahlen in den Städten und Märkten war auch Thema einer Konferenz von Vertretern von Oberlandesregierung und Hofkammer zu Fragen der Bürgerrechtserlangung am 6. 6. 1780 (BayHStA GR Fasz. 836 Nr. 12).

²⁰³ PO 1616 4. Buch, 13. Titel, 1. Artikel.

²⁰⁴ PO 1616 4. Buch, 15. Titel, 4. Artikel.

dieser aber in den Kammerrechnungen als Ausgabe eingetragen sei²⁰⁵. Die Analyse der Steuerbücher hat ja bereits gezeigt, daß diese Verhältnisse nicht ohne Wirkung blieben. Trotz überdurchschnittlichen numerischen Zuwachses scheint diese Gruppe zwischen 1600 und 1800 immer mehr verarmt zu sein. Dies ist u. a. an dem steigenden Anteil von Zensiten dieser Berufsgruppe ablesbar, die nur noch den für Arme reduzierten Mindeststeuersatz zu zahlen hatten²⁰⁶. Von den 154 im Münchener Steuerbuch von 1700 erfaßten Tagwerkern mit eigenem Haushalt lebten 14 vom Almosen. Neben dem jeweiligen Steuerbucheintrag findet sich bei diesen der Vermerk „Soeckl“. Hier spiegeln sich auch die Auswirkungen des Reallohnverfalls in der zweiten Hälfte des 17. und im 18. Jahrhundert wider²⁰⁷.

Anders als bei den unterbürgerlichen Schichten war es bei den zünftischen Handwerkern – neben Alter und Krankheit – meist der Nachfragemangel der sie in den wirtschaftlichen Ruin führte. Die Ursachen dafür – Landhandwerk, Pfusch, Technologierückstand, ausländische Konkurrenz etc. – sind an anderer Stelle behandelt, hier sollen ausschließlich die Auswirkungen betrachtet werden.

Aus der schon mehrfach zitierten Umfrage, die Herzog Maximilian I. 1602 an die Städte richtete und durch die er sich über ihre ökonomische Situation informieren wollte, wird neben den vielen Einzelproblemen in Städten besonders ein genereller Gewerbeniedergang deutlich. Diese Rezession in den Städten des Landes hatte jedoch meist nicht eine Reduzierung der Handwerkerstellen zur Folge, sondern äußerte sich hauptsächlich in Form einer mangelnden Auslastung der Betriebe infolge des Konkurrenzdrucks. Kein Wunder, daß besonders in kleineren Städten und Märkten Viehhaltung und Feldbau vom Nebenerwerb zum Haupterwerb vieler Handwerker wurden²⁰⁸. Neben den Forderungen der Betroffenen auf Abstellung der Ursachen der existenzbedrohenden, zumindest jedoch äußerst unangenehmen Schmälerung des eigenen Nahrungsspielraums konnte man jetzt immer häufiger auch das Wort von der „Übersetzung“ der Handwerke hören. Verbunden mit dieser Feststellung war die Vorstellung, durch eine Verminderung der betroffenen Handwerksstellen die Einkommen der verbleibenden Meister mit ihren Familien zu sichern. Eine solche Interpretation der ökonomischen Zusammenhänge machten sich nicht nur die Zünfte zu eigen, sondern gingen schließlich auch in die landesherrliche Gesetzgebung ein. In einem Mandat vom 16. Februar 1628 wirft der Kurfürst den Magistraten vor, sie hätten die Gewerbe „dermassen angefüllt und überhäuft . . . , daß einer dem anderen seine Nahrung entzogen“ habe. Künftighin solle eine feste Zahl von Handwerkern in jeder Zunft festgelegt werden und die darüber hinausgehenden Stellen „nach Absterben oder sonstigen Hinwegkommen“ nicht neu besetzt werden²⁰⁹. Im darauffolgenden Jahr warf der Kurfürst der Stadt München vor, in ihr befänden sich zu viele arme Bürger, weil solche zu zahlreich aufgenommen würden. Diese würden dann jedoch bald zu Bettlern²¹⁰. In dem Bettelmandat von 1627 wird gar bemerkt, daß sich viele Handwerker, „weil selbige fast aller orten vberlegt, in

²⁰⁵ Vgl. Hoffmann, Instruktionen, 315 Art. 48.

²⁰⁶ Vgl. S. 346 f., 352.

²⁰⁷ Vgl. S. 364–370.

²⁰⁸ Vgl. S. 269.

²⁰⁹ MGS IV, 546 f.

²¹⁰ Schreiben vom 19. 12. 1629: BayHStA GL Fasz. 2729 Nr. 699.

Ehren sich vnd die ihrigen nit hinbringen könden“²¹¹. Nicht nur eine Reduzierung der Handwerkerstellen auf ein gewisses Maß forderte der Landesherr, sondern auch eine ausreichende Qualifizierung der Neubürger. In der Hofmeisterinstruktion von 1613 wurde angeordnet, daß niemand als Bürger aufgenommen werden dürfe, der sein Gewerbe nicht redlich erlernt hätte und sich zu ernähren wisse, damit er nicht zum Almosenempfänger würde²¹².

In den Städten des Kurfürstentums Bayern hatte sich also bereits bevor der Dreißigjährige Krieg über das Land hereinbrach, eine krisenhafte Situation entwickelt. Vielen Handwerkern war es nicht mehr möglich, sich mit ihrem Gewerbe den Lebensunterhalt ausreichend zu verdienen. Das Problem war immerhin groß genug geworden, daß landesweite gesetzliche Regelungen und das direkte Eingreifen des Kurfürsten notwendig wurden. Wieweit die Verarmung bürgerlicher Schichten tatsächlich ging, ist allerdings quantitativ nur schwer faßbar. Zum einen waren sie weitgehend vom Almosen ausgeschlossen und tauchen deshalb nicht in den entsprechenden Listen auf, zum anderen berücksichtigen die Steuerbücher ja nicht das Einkommen aus handwerklicher Tätigkeit und lassen Armut erst dann sichtbar werden, wenn der jeweilige Zensit unterhalb des normalen Mindeststeuersatzes veranschlagt wird, also bereits weitgehend zahlungsunfähig ist. In München sind 1606 20 bis 30 Prozent der vom Steuereinnahmer erfaßten Haushalte davon betroffen²¹³. Entsprechende Angaben lassen sich aus den Vorkriegssteuernbüchern unserer anderen Beispielstädte nicht gewinnen.

Auf grausame Weise löste der Krieg zunächst das Problem des Arbeitskräfteüberangebots. Viele Städte verloren ein Drittel und mehr ihrer Bewohner. Noch zwanzig Jahre nach dem Krieg hatte sich daran nicht viel gebessert, wie die Gravamina der Städte und Märkte auf dem letzten Landtag von 1669 belegen²¹⁴. Die meisten Gewerbe konnten aus diesem Neuanfang zumindest langfristig keinen Gewinn erzielen, wie die Steuerbuchanalysen gezeigt haben. Vielmehr hat die bayerische Stadt, die ja hauptsächlich für den Nahmarkt produzierte, ihre Funktion als zentraler Ort der Gewerbeproduktion weitgehend eingebüßt. Das Landhandwerk war nach dieser Umbruchzeit endgültig etabliert und soweit ausgedehnt, daß die städtische Produktion für das ländliche Gebiet und die Hofmarken in vielen Bereichen nicht mehr gebraucht wurde²¹⁵. Die „Schließung der Zünfte“ darf also nicht als Ursache des gewerblichen Niedergangs der bayerischen Städte verstanden werden, sondern stellt eher eine Antwort auf diesen Niedergang und das Anwachsen vermögensloser Unterschichten dar²¹⁶.

In der Instruktion für die Städte und Märkte von 1670 wurden die Magistrate aufgefordert, nach Möglichkeiten zu suchen, „mehr Gewerbe vnd Handthierungen“ in ihre Gemeinde zu bringen. Als die Instruktion 1748 mit Zusätzen versehen erneut in Druck erschien, wurde der Auftrag, neue Betriebe anzuwerben, mit der Bemerkung eingeschränkt: „zu Verbesserung der Commerzien mit Vortheil“. Besonders aufschlußreich ist aber der Ergänzung am Ende des Artikels:

²¹¹ BStB 2^o Bavar. 960^{IV.22}. Bei Ziegler, Dokumente II, 994–999, der diese Bettelordnung auszugsweise wiedergibt, ist Art. 15, dem diese Passage entstammt, nicht abgedruckt.

²¹² Heydenreuter, Hofrat, 253.

²¹³ Vgl. S. 317.

²¹⁴ Vgl. S. 128 f.

²¹⁵ Vgl. S. 107 f.

²¹⁶ So auch die Forschung zusammenfassend Fischer, Armut in der Geschichte, 38 f.

„Wenn sich aber im Gegenstand bezeigen sollte, daß an einigen Orthen die Zünften übersetzt, folgar sich ohnmöglich alle hinlänglich erhalten und ernähren könnten, so sind ... dergleichen Zünften Lebenslänglich zu gedulden, doch nach Absterben oder sonst Hinwegkommen derjenigen, welche übermäßig oder die künftig zu bestimmende Anzahl übertreffen oder an deren Statt keine andere einzunehmen und förderhin paßiren zu lassen“²¹⁷. Dieser Zusatz ist teilweise wörtlich dem bereits oben zitierten Mandat vom 16. Februar 1628 entnommen. Es war also mittlerweile wieder eine Situation eingetreten, die in weiten Kreisen der städtischen Handwerkerschaft zu einer existenzbedrohenden Unterbeschäftigung geführt hat und die man nur durch eine Verringerung der Stellenzahl glaubte verbessern zu können. Bereits 1670 berichtete der Schongauer Rat von einer weitgehenden Übersetzung der Gewerbe und dem Versuch vieler Handwerker, durch Arbeitsuche in Schwaben dem drohenden „Bettlstab“ zu entgehen²¹⁸.

Folgt man einschlägigen Bemerkungen in den reformierten Zunftordnungen seit 1775²¹⁹, so war bis dahin das Problem der Übersetzung der Handwerke durch restriktive Zulassungszahlen weitgehend abgeschafft. Dennoch, so die Ordnungen, sollen derartige Fälle noch vorgekommen sein, deren Abstellung erneut angemahnt wird²²⁰. Die wirtschaftliche Lage der Städte war trotzdem nicht die gleiche wie vor dem Dreißigjährigen Krieg. Dagegen spricht schon die verstärkte Position der Landhandwerker, die Bevölkerungs- wie auch die Gewerbeentwicklung²²¹. Auch ließen sich bei der Analyse der Steuerbücher in München, Weilheim und Burghausen in der Zeit nach 1648 verschiedene Hinweise auf Niedergangstendenzen finden, wobei aufgrund der unterschiedlichen Überlieferungssituationen und Aussagekraft der Quellen jeweils andere Aspekte und Zeitintervalle besser bzw. schlechter zu beleuchten waren²²². Es ist aufgrund dieser Ergebnisse eindeutig zu belegen, daß den wirtschaftlichen Vorkriegsstand die meisten oberbayerischen Städte bis zum Ende des Untersuchungszeitraums wohl nicht mehr erreichten.

Noch im 17. Jahrhundert ging man davon ab, Armut von Arbeitsfähigen lediglich hinzunehmen, diese zu kriminalisieren oder in Bettelmandaten mit klugen Ratschlägen zu versehen. Schon im Bettelmandat von 1627 wird de facto zumindest regionale Arbeitslosigkeit zugestanden. Denjenigen nämlich, die des Almosen „nit für würdig erckent werden“, sollte Arbeit, „da sie selbige nit haben können, solche anderwärts zusuechen vnnd vnder zuthuen gewisen“ werden²²³. Handwerkern übersetzter Gewerbe wird sogar empfohlen, im Ausland sich um Arbeit zu bewerben²²⁴. Maximilian I. versucht noch bevor der Krieg das Herzogtum überschwemmt, durch die Gründung eines Verlags das niedergehende Textilgewerbe vor Unterbeschäftigung und Armut zu retten²²⁵. Seit der zweiten

²¹⁷ Hoffmann, Instruktionen, 294 f. Art. 13.

²¹⁸ Hofmann, Große Armut, 115.

²¹⁹ Vgl. S. 80 f.

²²⁰ Vgl. u. a. die Schuhmacherordnung 1775, abgedruckt in Puschner, Handwerk, hier S. 344.

²²¹ Vgl. Kap. III.2.6.3., IV.3 und VI.2.

²²² Vgl. Kap. VIII.2. und VIII.3.

²²³ Ziegler, Dokumente II, 996 f.

²²⁴ Wie Anm. 211.

²²⁵ Vgl. S. 266.

Hälfte des 17. Jahrhunderts sind es die Manufakturgründungen und die mit ihnen verbundenen Verlage, auf denen von staatlicher Seite Hoffnungen auf beschäftigungswirksame Impulse ruhten²²⁶.

Der Grad zwischen Personen, die in ökonomische Schwierigkeiten geraten waren und versuchten, durch eigene Initiative außerhalb der „normalen“ Beschäftigungsmöglichkeiten ihren Unterhalt zu verdienen, und solchen, die als Vaganten und Müßiggänger Gefahr liefen, straffällig zu werden, war äußerst schmal. So erhielt der im Münchener Burgfrieden ansässige Zimmermann Georg Feldhofer von der Stadt einen Paß, der es ihm erlaubte, „seine bey sich habende Bilder zu verschleissen“. Als Aufenthaltsorte waren darin „Weilheim, Töltz und anderer orten“ etwas unklar bezeichnet. Menschen wie Feldhofer, den man als Beispiel heranzog, wurden nun in einer Beschwerde des Chefs des Militärjäger-corps, Baron von Bartel, an die Oberlandesregierung als „Bettler und Vaganten“ bezeichnet. Unter anderem ins Miesbacher Gericht würde von diesen aus München, der Au und dem Lechel ein „starker Anlauf“ festzustellen sein; der Stadt ginge es scheinbar nur um die sechs Kreuzer Gebühr für die Ausfertigung des Berechtigungsscheins²²⁷. Einen ähnlichen Vorwurf gegen den Münchener Stadtoberrichter richtete der Pfleger von Aibling 1785 ebenfalls an die Oberlandesregierung. Die „zusammen gerottete Miessiggänger“ waren in diesem Fall „Umläufer auf Wagen“²²⁸. Diese Personengruppe ist nicht vergleichbar mit den kriminalisierten Vaganten, die keine Legitimation für ihre Wanderschaft erhielten, oder mit Handwerksgesellen, die keine Arbeit bei einem Meister fanden und schließlich kriminell wurden²²⁹. Die zitierten Beschwerden richteten sich vielmehr gegen rechtmäßig eingebürgerte Münchener Einwohner, die in der Stadt kein genügendes Auskommen finden konnten.

Aus diesen Beispielen wird kaum der Grad verdeckter Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung und daraus resultierender Armut in den frühneuzeitlichen bayerischen Städten deutlich. Dies ist aufgrund der bisherigen Forschungslage überhaupt nicht möglich, ja es ist fraglich, ob überhaupt Quellen existieren, die hierauf eine befriedigende Antwort geben könnten. Als Ergebnis kann allerdings festgehalten werden, daß mangelndes Arbeitseinkommen und fehlende Arbeitsgelegenheit drückende soziale Probleme darstellten. Sie waren keineswegs allein auf die unterbürgerlichen Schichten begrenzt, sondern reichten weit in das Zunftbürgertum hinein. Nicht einmal die großen Menschenverluste durch den Dreißigjährigen Krieg brachten hiervon längerfristige Befreiung.

6. 5. Fremde Bettler, Vaganten und wandernde Handwerksgesellen: mangelnder Arbeitswille?

Die unterste Schicht der Armen der frühneuzeitlichen Gesellschaft stellen die Nichtseßhaften dar und diejenigen, die sich außerhalb ihrer Heimatorte ihren Lebensunterhalt erbettelten, oftmals auch ergaunern mußten. Diese „Vaganten“, „Landstörzer“, „Hausierer“ oder wie sie die Zeitgenossen auch immer

²²⁶ Vgl. S. 98, 101 ff.

²²⁷ BayHStA GR Fasz. 40 Nr. 20/21.

²²⁸ BayHStA GR Fasz. 43 Nr. 24.

²²⁹ Vgl. S. 395 f.

bezeichneten, waren jedoch keineswegs eine so homogene Schicht, wie sie nach außen hin oftmals erschienen. Unter ihnen fanden sich Kinder von Vaganten, Angehörige unehrlicher Berufe, entlassene oder desertierte Soldaten, Kleinhäusler, Söldner, arbeitslose Tagelöhner, Spielleute, „fahrendes Volk“, Prostituierte, Kesselflicker, vagabundierende Schüler und Studenten etc., aber auch ein großer Anteil von abgesunkenen Handwerkern bzw. Handwerksgesellen²⁵⁰. Auszugehen ist dabei davon, daß es sich bei ihnen vielfach um arbeitsfähige Bettler handelte. Dafür sprechen schon die weiten Wanderwege, die sie oftmals über mehr als nur eine Territorienengrenze führte. Trotzdem kann diese Menschengruppe nicht pauschal als eine „breite Schicht von Arbeitsscheuen“ bezeichnet werden²⁵¹. Dagegen spricht schon das knappe Arbeitsplatzangebot bis zur Überwindung des Pauperismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts²⁵² und die völlig ungenügenden öffentlichen Versorgungseinrichtungen für Arme²⁵³. Ein Unterkommen war häufig nur in der stets unter Diensthofmangel klagenden Landwirtschaft denkbar, was allerdings auch nur den Unverheirateten offenstand²⁵⁴.

Besonders gegen diese arbeitsfähigen Bettler und Vaganten richtete sich die Gesetzgebung des neuzeitlichen Staates²⁵⁵. Sie sah ihre hauptsächliche Aufgabe darin, die Arbeitsfähigen unter den Armen in den normalen Wirtschaftsprozess zu integrieren. Kriminalisierung der nicht als „wahre“ Bettler Anerkannten einerseits und erste Versuche, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu initiieren, andererseits waren die Mittel der von Gerhard Oestreich auch für diesen Bereich bezeichneten „Sozialdisziplinierung“. Für ihn hängen „die Bewegung des Merkantilismus und die wirtschaftliche Disziplin ... auf das engste zusammen“²⁵⁶. Das Arbeitsethos des absoluten Staates und der Aufklärung, das allen Mitglie-

²⁵⁰ Vgl. hierzu: *Lampe*, fahrende Leute; *Danckert*, Unehrlliche Leute; *Endres*, Armenproblem, 226; *Küther*, Menschen, 36 f.; *Schubert*, Arme Leute.

²⁵¹ *Endres*, Armenproblem, 226, begründet diese Aussage mit der keineswegs zutreffenden Behauptung: „Der im 18. Jahrhundert offenkundige Widerspruch zwischen effektivem Mangel an Arbeitskräften und einem Überangebot an unausgenutzten arbeitsunwilligen Kräften erklärt sich aus den vor allem von Max Weber und Sombart betonten inneren Motiven. Die Arbeitsscheuen waren nämlich nicht bereit, ihre bisherigen Lebensgewohnheiten und Lebensformen aufzugeben und sich dem neuen rationalen, kooperativen Produktionstypus und seinem Lohnsystem zu unterwerfen. Diese vorindustrielle Mentalität, der die „bürgerlichen“ Tugenden der Pünktlichkeit, des Gewinn- und Leistungsstrebens sowie der Sparsamkeit unbekannt waren, mußte erst überwunden werden“ (*ebd.* 225 f.). Auch das folgende Argument hat für Bayern kaum Bedeutung: „Die Zahl der Arbeitswilligen aber Arbeitslosen war ... im ganzen nur gering, denn gerade der Merkantilismus und Kameralismus forderten die optimale Ausnützung aller verfügbaren Arbeitskräfte, wie auch die bekannten ‚Peuplierungen‘ zeigen“ (*ebd.*, 225). Von Peuplierungen in nennenswertem Ausmaße ist im Kurfürstentum nichts bekannt. Das beugt auch die restriktive Bevölkerungspolitik, die lediglich unmittelbar nach dem Dreißigjährigen Krieg etwas gelockert wurde (vgl. S. 43 f., 208; siehe auch *Schlögl*, Bauern, 88 f.).

²⁵² Vgl. Ritter, Sozialstaat, 45.

²⁵³ Vgl. u. a. S. 380, 383.

²⁵⁴ Vgl. S. 388.

²⁵⁵ Die Mandate gegen die Bettler wurden immer zahlreicher. Allein im Hochstift Bamberg verabschiedete man zwischen 1549 und 1785 insgesamt 82 landesherrliche Verordnungen in dieser Materie (*Endres*, Armenproblem, 239 Anm. 77).

²⁵⁶ *Oestreich*, Strukturprobleme, 344.

dern der Gesellschaft auferlegte, dem Staate durch ihre Tätigkeit nützlich zu sein, konnte daher Müßiggang verbunden mit Bettel nicht mehr tolerieren²³⁷.

Eine quantitative Erfassung des Gesamtumfangs dieser vagierenden Unterschichten selbst im beginnenden statistischen Zeitalter des 18. Jahrhunderts ist nach den heutigen Erkenntnissen kaum möglich. Angaben gar über eine Korrelation mit der Gesamtbevölkerung sind kaum zu vertrauen²³⁸. Hans Schorer zeigt anhand bayerischer Bettelmandate, daß die Klage der zunehmenden Vaganten, die für die Bevölkerung unerträglich seien, in der gesamten Frühen Neuzeit wie ein Topos gebraucht werden²³⁹. Für die Behauptung Schmelzles, daß „Bayern damals (um 1792, C.H.) das Land war, in dem man der größten Zahl von Bettlern begegnete“²⁴⁰, fehlt jeder Beleg und darf deshalb bezweifelt werden²⁴¹. Allerdings erwiesen sich katholische Länder für Vaganten insofern als attraktiv, da sie hier auf eine mildere Behandlung und wohl auch bessere Unterstützung durch die Bevölkerung hoffen konnten als in protestantischen Gebieten²⁴². Andererseits dürfte dies für Bayern im Vergleich mit den schwäbischen und fränkischen Gebieten für ausländische Bettler nicht unbedingt gelten. Der geschlossene Territorialstaat bot gegenüber den kleinräumigen Territorialverhältnissen im Westen und Norden weit bessere Überwachungsmöglichkeiten. Viele der Wandernden wurden bereits in den Gerichten an der Grenze Bayerns gefangen genommen und unverzüglich ausgewiesen²⁴³. Auch wirkten die drakonischen Strafen insbesondere gegen ausländische Bettler seit dem 16. Jahrhundert vermutlich doch abschreckend, die im 18. Jahrhundert nicht nur die Brandmarkung bei wiederholtem Verstoß vorsahen, sondern sogar die Todesstrafe²⁴⁴.

Um 1600 beschäftigte die benachbarte Reichsstadt Augsburg 16 Gassenknechte und drei Almosenknechte, die für die Ausweisung fremder Bettler aus der Stadt zuständig waren. Von diesen städtischen Bediensteten wurden im Hungerjahr 1572 ca. 10.000 Ausweisungen aus der Stadt vorgenommen, wobei viele der Bettler immer wieder entfernt werden mußten. Die Zahl der Ausweisungen ging im Laufe des Dreißigjährigen Krieges immer mehr zurück, woraus Bernd Roeck schließt, daß besonders diese Unterernährten, für Krankheiten besonders anfälligen Gruppen die Kriegsfolgen wie Lebensmittelknappheit besonders stark dezimierten, sofern sie nicht in den Heeren oder der Kriegswirtschaft ihr Aus-

²³⁷ Vgl. Endres, Armenproblem, 226; Oestreich, Strukturprobleme, 338. Zum Problem der Sozialdisziplinierung im Rahmen der Armenfürsorge siehe Jütte, Disziplinierungsmechanismen, und Dinges, Armenfürsorge.

²³⁸ Die Berechnungen Küthers, Räuber und Gauner, und ders., Menschen, 26 f., für Altbayern zwischen Mitte und Ende des 18. Jahrhunderts, in denen er auf acht bis zehn Prozent schließt, beruhen auf methodisch unzulässigen Annahmen, die in der Forschung auf erhebliche Kritik gestoßen sind: vgl. Arnold, Ländliche Grundsicht, 67 ff., und Schubert, Arme Leute, 3, 341 Anm. 10.

²³⁹ Schorer, Bettlertum, 180–183. Vgl. ebenso allgemein Fischer, Armut in der Geschichte, 38.

²⁴⁰ Schmelzle, Staatshaushalt, 35.

²⁴¹ An Schmelzles Behauptung zweifelte bereits Schorer, Bettlertum, 176 f.

²⁴² Vgl. Endres, Armenproblem, 231.

²⁴³ Zu Bettlerschüben aus Österreich unter Maria Theresia und Josef II. vgl. Endres Armenproblem 230 f.

²⁴⁴ Vgl. Küther, Menschen, 35, 43, 57; zu den Bestimmungen der Landesordnung von 1553 über fremde Bettler vgl. Schmitt-Lermann, Sozialgeschichte, 15.

kommen fanden²⁴⁵. Das Problem der fremden Bettler dürfte in der Residenzstadt München ebenfalls gravierend gewesen sein. Um 1600 waren hier drei den Augsburger Gassenknechten vergleichbare Bettelrichter tätig, die Anfang des 17. Jahrhunderts auf vier vermehrt wurden²⁴⁶. Die Zahl von 2.500 bei der bereits erwähnten Razzia des Jahres 1790 an einem einzigen Tag in der Residenzstadt aufgegriffenen Bettler mag die Größe des sozialen Elends am Ende des Untersuchungszeitraums belegen²⁴⁷.

Das von Rumford 1789 in München gegründete Armeninstitut, dessen Aufgabe es war, diesen Menschen Arbeit zu geben, wurde auch in anderen bayerischen Städten und Märkten eingerichtet. Die Berichte der Städte aus dem Jahr 1791²⁴⁸ äußern sich anfänglich durchweg positiv über den Erfolg. Fast überall wird gemeldet, daß neue Armenkassen zur Versorgung der einheimischen wie der fremden durchreisenden Armen eingerichtet seien und der Bettel weitgehend abgestellt sei. Einige Jahre später sah die Situation wohl bereits wieder anders aus. Aus der Stadt Friedberg sind aufschlußreiche Berichte von 1796 und 1797 erhalten. Der Magistrat erklärte, die Stadt sei von zwei Hauptstraßen (München–Augsburg und Augsburg–Regensburg) durchzogen, auf denen jetzt Bettler aus dem schwäbischen Kreis, der Schweiz, dem Elsaß, Lothringen, den Niederlanden, Regensburg, Österreich, Böhmen, Kärnten, der Steiermark, Schlesien, Salzburg etc. so zahlreich die Stadt heimsuchten, daß der bereits abgeschaffte Bettel wieder so schwer wäre, daß die Hausarmen wie die reicheren Bürger gequält würden. Letztere weigerten sich deshalb, in den Fonds einzuzahlen. Die Armen- und Almosenanstalt sei gänzlich in Verfall geraten. Als Ursache wird hauptsächlich die Kriegszeit genannt²⁴⁹.

Von den Vaganten grundsätzlich zu differenzieren wären die Wandernden, „die sich zwar gelegentlich oder regelmäßig in Ausübung eines Berufs oder auf der Suche nach Arbeit von ihrem Wohnsitz entfernen, sich dabei jedoch nach Auffassung der Behörden, auf jeden Fall aber nach eigenen und allgemeinen gesellschaftlichen Maßstäben immer noch wie die Seßhaften im Rahmen anerkannter Normen bewegten“²⁵⁰. Hierunter fallen vor allem die zahlreichen wandernden Gesellen.

Den Handwerksgehlen war ja eine bestimmte Wanderzeit sogar vorgeschrieben und für sie ein System der ökonomischen Absicherung dafür ausgebildet worden²⁵¹. An ihnen wird aber auch deutlich, wie schmal der Grat zwischen legitimer Mobilität und kriminellm Vagantentum war. Die Entwicklung des Handwerks in der Frühen Neuzeit hatte die Existenznöte dieser Gruppe immer mehr verschärft. Einerseits wurde es immer schwieriger einen dauerhaften Platz bei einem Meister zu erhalten, wodurch die Wanderzeiten immer länger wurden. Andererseits bestand für viele der Gesellen am Ende ihrer Wanderzeit überhaupt keine Aussicht, selbst einen Gewerbebetrieb in einer Stadt als Meister zu übernehmen. Die wachsenden Möglichkeiten das erlernte Handwerk auf dem Land

²⁴⁵ Roeck, Stadt I, 156 f., 462 f.

²⁴⁶ Fischer, Verwaltungsorganisation 16. und 17. Jahrhundert, 515.

²⁴⁷ Vgl. S. 380 f. Um 1780 sollen in München 3.000 Personen ein öffentliches Almosen erhalten haben und 1.200 berufsmäßige Bettler gewesen sein (Ay, Unehrllichkeit, 35).

²⁴⁸ BayHStA GR Fasz. 43 Nr. 24, GR Fasz. 44 Nr. 25, GR Fasz. 45 Nr. 26.

²⁴⁹ BayHStA GR Fasz. 43 Nr. 24.

²⁵⁰ Küther, Menschen, 8.

²⁵¹ Vgl. S. 84 f.

ausüben zu können, war für viele die einzige Chance, eine Existenz aufzubauen. Anderen gelang aber auch dies nicht. Vor allem diese dürften die von Polizeitruppen festgenommenen vagierenden Handwerker sein. Carsten Küther konnte anhand einiger – leider weniger – Beispiele für die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts ihren hohen Anteil an den insgesamt Aufgegriffenen feststellen²⁵². In den bereits erwähnten Berichten der altbayerischen Städte und Märkte über die Entwicklung der Armeninstitute nach 1790 werden immer wieder die wandernden Handwerksburschen neben den Hausarmen als die Hauptempfänger aus diesen Fonds beschrieben. Gerade bei ihnen ließ sich die Bettelei an den Haustüren nicht abstellen, wozu allerdings die Meister selbst beitrugen, die an der alten Sitte festhielten, die Gesellen ihres Gewerbes selbst zu versorgen. Grenzstädte schienen jedoch am stärksten unter der großen Zahl bettelnder Handwerksburschen gelitten zu haben, wie die Berichte aus Friedberg zeigen.

7. Ergebnis

Unter die Frage nach der Vermögens- und Einkommensstruktur der städtischen Bevölkerung wurde ein breites Spektrum von Themen subsumiert. Nur durch deren Verknüpfung ist es jedoch möglich, ein Bild der sozialen Lage aller Schichten nachzeichnen zu können, das trotz alledem angesichts der schwierigen Quellsituation wie der aufwendigen Erhebungsarbeit vorerst nur ein sehr grobes sein kann.

Soweit es möglich war, wurde versucht, Entwicklungslinien zwischen der Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg und dem Ende des 18. Jahrhunderts nachzuzeichnen. Überall dort, wo dies gelang, zeigen sich mehr oder weniger deutliche Niedergangstendenzen. In allen Beispielstädten waren Realwertverluste an den steuerpflichtigen Vermögen feststellbar. Diese Verluste sind Ausdruck der Verschlechterung der Rahmenbedingungen städtischer Wirtschaft. Wichtigster Punkt hierin war der ökonomische Zentralitätsverlust, der die Stadt immer mehr von einem umgebenden – wenn auch meist nur lokalen – Absatzmarkt löste. Das Handwerk wie der Handel innerhalb der Burgfrieden wirkte in wachsendem Ausmaß nur noch für die eigene Bürgerschaft. Hierfür sind die „Verflachung“ der Gewerbestruktur und der wachsende Anteil besitzloser bzw. -armer Schichten ein deutlicher Ausdruck. Der zunehmenden Zahl von Tagelöhnern und Bauhandwerkern steht deren gleichzeitig sinkender Vermögensanteil und Reallohnverfall gegenüber. Ähnliches läßt sich jedoch auch bei zahlreichen anderen Handwerksberufen feststellen, besonders signifikant u.a. bei den Münchener Schuhmachern. Viele dieser von der Pauperisierung Bedrohten suchten einen Ausweg in der sie sozial deklassierenden Störarbeit auf dem Lande. Neben-erwerbslandwirtschaft – ohnehin ein weit verbreiteter Zuerwerbszweig des Handwerks – nahm gesamtwirtschaftlich in den Städten an Bedeutung zu. Daß der Absatzmarkt meist fast völlig auf die eigenen Bürger beschränkt blieb, erweist

²⁵² Küther, Menschen, 37, 105, 111: im Landgericht Biburg waren 1750–52 bei 87 Verhafteten, deren Beruf identifiziert werden konnte, 21 (= 24,1%) Handwerker; 1750 waren es im Landgericht Moosburg von 78 Festgenommenen 38 (= 48,7%); bei einem Bettler Schub von Österreich über die bayerische Grenze 1791/92 waren von 50 Vaganten mit Berufsangabe 21 Handwerker (= 70%).

sich auch an einer weitgehenden Proportionalität zwischen Größe einer Stadt und Produktivität ihrer Gewerbe, die allerdings nur für das ausgehende 18. Jahrhundert nachzuweisen ist.

Wir müssen davon ausgehen, daß die Beschränkungen des Zuzugs, von denen die Schließung der Zünfte nur ein Aspekt ist, letztlich eine stärkere Verelendung weiter bürgerlicher Schichten verhindert haben. Diese Vermutung wird auch über die positiven Auswirkungen auf die Steuerleistungsfähigkeit belegt, wann immer ein Gewerbe die Zahl seiner Mitglieder reduzierte und der Nachfrage anpaßte. Die von der landesherrlichen Gesetzgebung intendierte „Gesund-schrumpfung“ hatte in diesen Fällen meßbare Erfolge zu verzeichnen. Auch die überraschende Konstanz in der städtischen Vermögensstruktur über den gesamten Untersuchungszeitraum indiziert, daß soziale Antagonismen, die ja bei Verelendung größerer Bevölkerungsschichten normalerweise zunehmen, nicht erheblich gewachsen sind. Vielmehr sinkt das Steuergesamtniveau eher gleichmäßig.

Die geringe gewerbliche Bedeutung der oberbayerischen Städte wird auch an der zahlen- wie vermögensmäßig herausragenden Stellung der Nahrungsmittelgewerbe deutlich. Brauer und Wirte, Metzger und Bäcker können geradezu als Indikatoren für die gewerbliche Situation einer Stadt gelten und wurden auch von den Zeitgenossen so gesehen. Nur in den seltensten Fällen erreichen auch andere produzierende Handwerke einmal eine wichtigere Position in der Vermögenshierarchie einer Stadt.

Die Residenzstadt nimmt in verschiedener Hinsicht eine Sonderstellung ein. Zum einen sind die Münchener Vermögensgegensätze weit größer als in den kleineren Städten. Hier finden sich überproportional viele „Reiche“, aber auch ein hoher Anteil an Zensiten, die nur die Kopfsteuer oder weniger entrichten. Letztere nehmen anteilmäßig wie absolut besonders im 18. Jahrhundert stark zu. Zum anderen ist die Stadt eine Art Zentrum des Handelskapitals. Seine Vertreter stellen hier weit vor den sonst führenden Brauern und Wirten eine politische wie ökonomische Führungsschicht dar. Dies hat seine Ursachen in der Bedeutung des Hofes mit seinem gesamten Umfeld als wichtigster Abnehmer der begehrten Importprodukte und in der Umschlagfunktion der Münchener Märkte für in ganz Bayern vertriebene Gewerbeprodukte, die nicht dezentral im Land bzw. dort überhaupt nicht hergestellt wurden. Schließlich profitierten auch die übrigen Handwerke von der potenteren Kundschaft in der Residenzstadt. Im Vergleich zu den anderen oberbayerischen Städten und Märkten liegen ihre Produktivitätswerte um 1800 weit an der Spitze des Landes.

Armut ist ein vielschichtiges Problem der frühneuzeitlichen Stadt. Die über die Almosenlisten feststellbaren Gruppen stellen nur die unterste Schicht nicht arbeitsfähiger, kranker und alter Menschen dar, bei denen das äußerst restriktive Subsidiaritätsprinzip greifen durfte. Allenfalls ein Anteil ehemaliger Handwerker, die für ihren Lebensabend keine Rücklagen bilden konnten, bzw. die sich nicht in Bruderhäuser und ähnliche Institutionen einkaufen konnten, belegen in diesem Bereich die schwierige Einkommenssituation des Gewerbes. Die meisten „wahren“ Armen der Zeit waren konjunkturunabhängig vermögens- und einkommenslos.

Weit schwieriger faßbar ist die Gruppe derjenigen, die durch Unterbeschäftigung, mangelnde Auftragslage oder zu geringes Einkommen an der Elendsgrenze lebten. Diese Schicht möglichst klein zu halten war Ziel des frühneuzeitlichen

Stellenmechanismus', der Heiratsverbote für Personen ohne Subsistenzstelle und der Beschränkung des Zuzugs von Hilfskräften aller Art. Auch hier stellt die Residenzstadt eine Besonderheit dar. In den drei Schnittjahren 1606, 1700 und 1792 der Steuerbuchanalyse zeigt sich ein wachsendes Potential von Einwohnern, die nur die Kopfsteuer oder weniger bezahlten. Diese vermögenslosen Schichten bzw. Personen, die aufgrund von Armut entsprechend eingeschätzt worden waren, erreichen am Ende des 18. Jahrhunderts einen Anteil von 50–60 % der Zensiten, während es 1606 noch 20–30 % und 1700 40–50 % waren. Gerade an diesen Werten zeigt sich jedoch, daß die frühneuzeitliche Pauperisierung im Sinne Wilhelm Abels²⁵³ nicht unbedingt parallel zur Bevölkerungsentwicklung verlief. Vielmehr spielt hier auch der Wandel in den ökonomischen Rahmenbedingungen der städtischen Produktion und ihres Absatzes eine wesentliche Rolle.

In den anderen Beispielstädten ließen sich „Unterschichts“-Zunahmen in diesem Ausmaß nicht konstatieren. Das gleichmäßig sinkende Steuerniveau indiziert vielmehr einen allgemeinen Niedergang. Wie wir an anderen Stellen gesehen haben, bedeutete diese Rezession tatsächlich dann auch die Verarmung der unteren bürgerlichen Schichten. Diese zu quantifizieren, ist dagegen sehr schwierig, da sie ja meist mit Haus- und Grundbesitz versehen und deshalb steuerpflichtig waren, ohne daß hieraus ihre wirkliche aktuelle Einkommenssituation sichtbar würde. Gerade mit einer solchen Schicht müssen wir jedoch auch in der Residenzstadt rechnen, wodurch sich die Prozentsätze von Armen bzw. von Armut unmittelbar Bedrohten noch erhöhen würden.

²⁵³ Vgl. S. 450.

IX. Grundstrukturen und Entwicklungen städtischer Haushalte und deren Verschuldung

1. Forschungsüberblick, Quellen und Quellenkritik

Der Finanzbedarf landesherrlicher Städte wurde von zwei Hauptkomponenten bestimmt: den originär städtischen Bedürfnissen und den davon unabhängigen staatlichen Forderungen an die Kommunen. Für die Interpretation bayerischer Stadthaushalte ist also eine entscheidende Frage, inwieweit die Leistungsfähigkeit der Kammereien diesen doppelten Ansprüchen entsprach und in welcher Abhängigkeit sie voneinander standen. Damit wird auch ein weiterer Aspekt des bereits verschiedentlich angesprochenen Verhältnisses von Stadt und Landesherr beleuchtet.

Es existieren verschiedene Arbeiten, die sich mit altbayerischen städtischen Haushalten auseinandersetzen. Sie unterscheiden sich im wesentlichen in zwei Aspekten. Einige legen größten Wert auf eine möglichst vollständige Wiedergabe aller Etatposten entweder einer einzelnen Kammerrechnung¹ oder einer geschlossenen Reihe über einen längeren Zeitraum hinweg². Andere versuchen dagegen interpretatorisch die Aussagekraft städtischer Haushalte für wirtschaftsgeschichtliche Zusammenhänge in den Vordergrund zu stellen³. Diese Arbeiten können jedoch allenfalls als ein erster Schritt zum Verständnis städtischer Finanzwirtschaft im frühneuzeitlichen Bayern betrachtet werden. Es fehlen systematische Analysen geschlossener Kammerbuchreihen unterschiedlicher „Stadttypen“ – auch für den bisher nicht näher untersuchten Münchener Stadthaushalt –, es fehlen vergleichende Betrachtungen zwischen altbayerischen Städten und es fehlen besonders Untersuchungen zur Interdependenz staatlicher Finanzverwaltung und -politik einerseits und städtischer Haushaltsführung andererseits. Gerade letztere Fragestellung könnte wesentliche Aufschlüsse über die bisher weitgehend nur über die Zentralbehörden betrachtete Finanzpolitik

¹ *Haushofer*, Teisenbach.

² *Schlittmeier*, Landshut; *Hofmann*, Haushalt.

³ Grundsätzlich für das Verständnis altbayerischer Kammerrechnungen *Hanke*, Finanzstruktur; *Hoffmann*, Trostberg, 65–78; dagegen *Mauersberg*, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 470f., gibt zwar in einer Tabelle die „Haupteinnahmeposten“ und „Hauptausgabeposten“ der Münchener Kammerrechnungen von 1550 bis 1806 in 11 Schnittjahren wieder, läßt diese aber ohne jegliche Interpretation und Problematisierung. Darüber hinaus sind seine Gruppenbildungen verschiedener Haushaltspositionen nicht nachvollziehbar. Bei den Schwankungen verschiedener Einnahme- und Ausgabenposten von Jahr zu Jahr ist es außerdem methodisch fragwürdig, ohne Mittelwertberechnungen mehrerer aufeinanderfolgender Etatjahre langfristige Veränderungen betrachten zu wollen. Zu einem speziellen Aspekt des mittelalterlichen Münchener Rechnungswesens siehe *Schwab*, Städtische Kassenführung.

des absolutistischen Staates geben⁴ und würde einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Stellung intermediärer Gewalten innerhalb des frühneuzeitlichen Staates darstellen. Für den außerbayerischen Bereich sind zu den hier dargelegten Forschungsdesideraten bereits wichtige Ergebnisse vorgelegt worden, die methodisch wie faktisch anregend wirken könnten⁵.

Die folgende Untersuchung altbayerischer Stadthaushalte stellt den ersten Versuch einer Analyse der Entwicklung städtischer Finanzen des Territoriums im 17. und 18. Jahrhundert dar. Deshalb kann hier nur einigen zentralen Fragen nachgegangen werden, die über die ökonomische Situation Auskunft geben, wie auch über die finanziellen Spielräume und Abhängigkeiten im territorialen Zusammenhang. Welcher Stellenwert dieser Problemstellung zukommt, drückte prägnant der Münchener Magistrat 1607 angesichts einer wirtschaftlichen Krise aus, die besonders das Textilgewerbe betroffen hatte. Der Rat erklärte, in den Reichsstädten könne den Gewerben durch die städtische Obrigkeit mit Hilfe von Verlagsgründungen und Darlehen aufgeholfen werden, da diese Städte über alle Einkünfte selbst bestimmten. Die Einnahmen der landesherrlichen Stadt reichten jedoch kaum zur Durchführung der notwendigsten Aufgaben⁶.

Hauptquelle für die Untersuchung städtischer Haushalte sind die sogenannten Kammerrechnungen. Dieser Gattungsbegriff muß jedoch noch differenziert werden, da durch die Entstehung von Sonderhaushalten innerhalb der Stadtverwaltungen die Kammerrechnungen im engeren Sinne nicht mehr alle städtischen Einnahmen und Ausgaben wiedergeben. Im folgenden verstehen wir unter dem Begriff „Kammerrechnung“ das zentrale Rechnungsbuch der Kämmerci, in dem entweder alle Haushaltsposten enthalten sind oder in das zumindest die meisten Bilanzen der ausgegliederten Sonderhaushalte eingeflossen sind.

Kaum Probleme für die Interpretation der Kammerrechnungen stellt die Aufsplitterung der Münchener Quellenserie⁷ während des 18. Jahrhunderts in sieben verschiedene Sonderrechnungen (Kammer-, Bauamts-, Isarbrücken-, Stadthaus-, Zeughaus-, Dult- und Schuldenwerksrechnung) dar, die jedoch weiterhin für jedes Jahr in einem gemeinsamen Band vereinigt blieben. Diese Rechnungen beinhalten – meist stärker gegliedert und damit überschaubarer – die gleichen Haushaltstitel wie früher eine einzige. Ein „summarischer Zusammentrag“ vereinigt am Ende jedes Jahres die Bilanzen dieser Sonderrechnungen zu einer mit den älteren Rechnungen vergleichbaren Summe, wobei Einnahmen und Ausgaben weiterhin getrennt aufgeführt werden.

Neben diesen Sonderrechnungen stellen verschiedene Haushaltspositionen im gesamten Untersuchungszeitraum nur die Bilanz der Rechnung einer bestimmten städtischen Einrichtung – eines Amtes – dar, dessen Einnahmen- und Ausgabenseite nicht differenziert in den Kammerrechnungen erscheint. So beläuft sich der Einnahmenüberschuß beim Münchener Ziegelstadel 1600 auf 564 fl., die Gesamteinnahmen lagen aber vor Abzug der Ausgaben bei 2.273 fl. In die

⁴ Vgl. die auf S.61 Anm. 258 und 259 angegebene Literatur; sowie *Schmelzle*, Staatshaushalt, und *Ullmann*, Staatsschulden.

⁵ *Maschke/Sydow*, Städtisches Haushalts- und Rechnungswesen; *Roeck*, Stadt II, 565–603; *Rothe*, Überblick; *ders.*, Finanzwesen; *Karner*, Ausgabenstruktur; *Kreil*, Stadthaushalt; *Buhl*, Niedergang; *Looz-Corswarem*, Finanzwesen; *Vettori*, Finanzhaushalt; *Dirlmeier/Elkar/Fouquet*, Steuer- und Abrechnungswesen.

⁶ BayHStA GR Fasz. 273 Nr. 4.

⁷ StadtA München Kammerrechnungen.

Kammerrechnung ging jedoch nur der Überschuß auf der Einnahmenseite ein. Ähnlich verhält es sich bei den verschiedenen Zollämtern, dem Weinvisieramt, dem Weinstadel wie auch allen anderen öffentlichen Betrieben der Stadt⁸. Im Gegensatz zu diesen Beispielen ist u. a. bei den Einbürgerungen bis 1786 jeder Fall einzeln in der Kammerrechnung verzeichnet, während in anderen Städten – wie in München erst ab 1786 – eigene Bürgerbücher geführt wurden. Vergleichbar mit dieser Quellengattung sind Servis-, Steuer- und andere Rechnungen, die lediglich eine große Zahl von Einzeleinnahmen enthalten und keine Sonderhaushalte darstellen.

Soweit aus den Kammerrechnungen ablesbar, erhielt sich das Haushaltssystem in München das ganze 17. und 18. Jahrhundert hindurch zumindest soweit, daß ein Vergleich der Einnahmen- und Ausgabenentwicklung auch zwischen den meisten Einzelpositionen möglich ist. Eine differenzierte Analyse der Münchener Kammerrechnungen, die hier nicht geleistet werden kann, wird sich besonders mit diesen Ämtern und Sonderhaushalten auseinandersetzen müssen. Bisher liegen hierzu noch keine Forschungen vor⁹.

Die Kammerrechnungen der kleineren bayerischen Städte sind weniger umfangreich, ähneln aber im Aufbau denen der Residenzstadt. Das Ämterwesen ist hier weniger ausgeprägt. Wie u. a. das Weilheimer Beispiel zeigt, entstanden im ausgehenden 18. Jahrhundert im Zuge einer genaueren Finanzwirtschaft auch hier Sonderrechnungen, die jedoch nicht von solch herausragender Bedeutung für den Stadthaushalt waren wie z. B. die Münchener Schuldenwerksrechnung. So finden sich am Ende des 18. Jahrhunderts in Weilheim je eine Pflasterzoll-, eine Ziegel- und eine Servisanlagsrechnung den eigentlichen Kammerrechnungen beigegeben¹⁰. Hier gibt es jedoch rechnungstechnisch einen gravierenden Unterschied zu den Münchener Sonderrechnungen. Ihre Überschüsse wurden in der Kammerrechnung unter „sonderbare Einnahmen“ verbucht. Kam es bei einem dieser Sonderhaushalte zu einem Defizit, so erscheint die entsprechende Differenz unter „sonderbare Ausgaben“. Wir werden im Fall Weilheims diese Sonderhaushalte im Zusammenhang mit dem Gesamthaushalt noch untersuchen, hier sei zum besseren Verständnis nur als Beispiel die Pflasterzollrechnung dieser Stadt herangezogen: Dieser Teilhaushalt verzeichnete in den fünf Jahren zwischen 1790 und 1794 durchschnittlich Einnahmen von 277 fl. und Ausgaben in gleicher Höhe. Die stets ausgeglichene Bilanz lag darin begründet, daß die Differenz über die Kammerrechnung abgeglichen wurde. In den Jahren 1790, 1791 und 1794 wurde der erzielte Einnahmenüberschuß des Pflasterzolls als sogenannte „sonderbare Ausgabe“ hier abgebucht und erscheint entsprechend in der Kammerrechnung unter „sonderbare Einnahme“ als „Pflasterzoll ... Rests Barschaft“ (in Höhe von ca. 100 fl.). Anders 1792: In diesem Jahr wandte die Stadt eine erhebliche Summe für die Reparatur des Pflasters auf. Um das Defizit in der

⁸ Vgl. *Fischer*, Verwaltungsorganisation 16./17. Jahrhundert, passim.

⁹ Zur Verwaltungsgeschichte Münchens siehe *Fischer*, Verwaltungsorganisation 16./17. Jahrhundert; *ders.* Verwaltungsorganisation 18. Jahrhundert.

¹⁰ StadtA Weilheim Kammerrechnungen. Die Weilheimer Servisanlagsrechnung ist eine Sonderrechnung, weil sie nicht die eigentliche Servisrechnung – also die Auflistung aller einzelnen Zensiten mit ihren jeweiligen Steuerleistungen – darstellt, sondern die Einnahmen aus diesem Register kontrastiert mit den Ausgaben wie „Deputata“, Abgabe an die Hofkammer und an die Stadtkammer, und mit einer Bilanz abschließt.

Pflasterzollrechnung auszugleichen, mußte die Kammer 905 fl. zuschießen. Diese Abbuchung erfolge über die Position „sonderbare Ausgaben“.

Das Beispiel der Weilheimer Pflasterzollrechnung ist insofern für das Verständnis der Veränderungen im Haushaltswesen und die Interpretation der Kammerrechnungen der Frühen Neuzeit von Bedeutung, weil es die Problematik des Vergleichs der Bilanzen wie einzelner Etatposten über einen längeren Zeitraum hinweg verdeutlicht. In den von uns herangezogenen Schnittjahren finden sich nämlich um 1600 und um 1700 die Pflasterzolleinnahmen noch als eigener spezifizierter Etatposten in der Kammerrechnung, die damit verbundenen Ausgaben – wie Reparaturen und Besoldungen – ebenfalls. Anders um 1790. Jetzt ist in den Kammerrechnungen nur mehr eine nicht weiter differenzierte Bilanzsumme des Sonderhaushalts, unter den verschiedenste Vorgänge vermengenden Positionen „sonderbare Einnahmen“ bzw. „sonderbare Ausgaben“ zu finden. Die spezifizierten Einzeletatposten der Kammerrechnung vermindern sich durch diese „Vorbilanzierung“ entsprechend, ohne daß hier eine tatsächliche Einbuße zu verzeichnen gewesen wäre. Die Interpretation hat dies zu berücksichtigen. Derartige „Vorbilanzierungen“ finden wir natürlich auch im Münchener Haushalt u. a. im Zollwesen, wo bestimmte Anteile der Einnahmen an den Landesherrn abgeführt wurden, oder der Zöllner eine Beteiligung hatte. Anders als in Weilheim lassen sich in der Residenzstadt jedoch keine entsprechenden formalen Brüche feststellen, die dann bei der Betrachtung der Etatentwicklung berücksichtigt werden müßten.

Für die Burghauser Kammerrechnungen¹¹ gelten im wesentlichen – soweit dies bisher gesagt werden kann – die gleichen formalen Prinzipien wie für Weilheim. Anders als in der Residenzstadt wird die Stadtschuldenrechnung des Rentamtsitztes¹², die weitgehend inhaltlich mit der Münchener Schuldenwerksrechnung identisch ist, nicht wieder mit dem Gesamthaushalt des Kämmerers zusammengeführt, sondern besteht getrennt weiter. Dies dürfte hauptsächlich darin begründet sein, daß dieses Amt in Burghausen durch eine landesherrliche Kommission verwaltet wurde¹³, während die Residenzstadt trotz hoher Schulden ihre Selbstverwaltung nicht in die Hände des Landesherrn legen mußte.

Der Markt Trostberg kennt dagegen keine von der Kammerrechnung getrennten Sonderhaushalte. Die Vergleichbarkeit der Etatsummen ist deshalb um so leichter herstellbar. Da allerdings für den Markt nur sehr wenige Kammerrechnungen überliefert sind, müssen wir auf eine andere Quelle zurückgreifen¹⁴. Diese zweite Hauptquelle zur Rekonstruktion des Haushalts sind die Rentmeisterumrittsprotokolle¹⁵. Von den Rechnungen wurden nur folgende Posten in die Umrittsprotokolle aufgenommen: Einnahmesumme, Ausgabesumme, Rechnungsrest, verliehenes Kapital. Wenn diese Beträge auch denselben Einschränkungen wie die Originalrechnungen unterliegen und auch nur einen groben Überblick verschaffen, so stellen die Protokolle doch für Trostberg angesichts der wenigen erhaltenen Rechnungsbücher eine bedeutende Quelle dar.

Darüber hinaus existierten in jeder Stadt auch Naturalienrechnungen – z. B. für Getreide und Holz –, in die u. a. Zusatzleistungen zur Besoldung städtischer

¹¹ StadtA Burghausen Kammerrechnungen.

¹² Vgl. S. 430.

¹³ Vgl. S. 58.

¹⁴ Vgl. S. 432 f. zu den genauen Belegen.

¹⁵ Vgl. Kap. III.1.3.3.

Bedienter einging. 1700 werden in einer entsprechenden Weilheimer Kammerrechnung insgesamt 230 Klafter Holz verzeichnet, die städtische Bediente von der Hebamme bis zum Ratsherrn erhielten. Diese Ausgaben müssen für unsere Untersuchung unberücksichtigt bleiben, da sie keine Geldwerte wiedergeben.

Grundsätzlich kennen die Kammerrechnungen der bayerischen Städte keine Trennung von Verwaltungs- und Vermögenshaushalt¹⁶. Alte Schuldforderungen, Darlehens- und Immobilientransaktionen aller Art werden wie Verwaltungsgeschäfte auf der Einnahmen- bzw. Ausgabenseite verbucht. Die Bilanzen können deshalb u. a. durch eine hohe Kreditaufnahme stark schwanken. In die Endsummen der Kammerrechnungen der bayerischen Städte sind stets auch die Vorjahresreste – d. h. sowohl die Überschüsse wie die Defizite – eingegangen, teilweise¹⁷ auch die sogenannten „Ausstände“, unter denen nicht beglichene Forderungen – u. a. an Steuerschuldner – zu verstehen sind. Hanke hat bereits für die Rechnungsbücher Dachaus aus der Zeit vor dem Spanischen Erbfolgekrieg darauf hingewiesen, daß es sich in dieser Zeit nicht um reine Kassenrechnungen handelt, vielmehr auf der Einnahmenseite „nicht die Kasseneingänge, sondern die Rechtsansprüche, also die Solleinnahmen verzeichnet“ sind¹⁸. Posten, bei denen keine Hoffnung auf ein Begleichen bestand, wurden sofort auf der Ausgabenseite als Verlust abgeschrieben. So findet sich in der Trostberger Kammerrechnung von 1700 unter der Rubrik „Sonderbare Ausgab vnd Abgang“ der folgende Eintrag¹⁹:

„Georg Glourckher bekant armmer, mit vill khündern beladner tagwercher, der zugleich neben seinem weib vnßslichheit willen die maiste zeit kheinen arbeith vorstehen khann, hat auch die 3. steur nit bezahlen khenten, welche betreff vnd nachgesichen sey, 24 kr.“

Die Ausstände, die nicht oder noch nicht als Verlust abgeschrieben werden mußten, wurden u. a. in Trostberg am Schluß der Rechnung in einer gesonderten Aufstellung zusammengefaßt und Jahr für Jahr übertragen. Sie waren als Vermögenswert jedoch bereits in die Bilanz eingegangen, da ja bei den Solleinnahmen jedes Jahr die kumulativen Aktivrechnungsreste zugerechnet wurden²⁰. Im 18. Jahrhundert sorgte eine verstärkte Verordnungstätigkeit dafür, die Ausstände „genugsam (zu) liquidiren“, wie es in der Stadt- und Marktinstruktion von 1748 heißt²¹. Bereits die Rentmeisterinstruktion von 1669 hatte befohlen, daß über das, „was nicht eingegangen, ordentliche Register geführt, ... das Uneinbringliche aber abgeschrieben werden“ solle²².

Die in den folgenden Kapiteln zentralen Tabellen zur Interpretation der Entwicklung der Etats von München und Weilheim nach den Kammerrechnungen beinhalten zur Verdeutlichung der in die Bilanzen eingegangenen Vorjahreswerte drei verschiedene Bilanzsummen. Diese sind wie folgt zu verstehen:

¹⁶ Vgl. Hanke, Finanzstruktur, 501 f., zu Dachau.

¹⁷ Die Einschränkung „teilweise“ beruht u. a. auf einer Beobachtung in den Weilheimer Kammerrechnungen um 1790, in denen „Alte Ausstände von alten Kämmerern, die nie unter Hauptrest begriffen oder vereinnahmt wurden“, in Höhe von über 1.000 fl. verzeichnet sind.

¹⁸ Hanke, Finanzstruktur, 501.

¹⁹ StadtA Trostberg R 5, fol. 83.

²⁰ Freundlicher Hinweis Dr. Gerhard Hanke.

²¹ Hoffmann, Instruktionen, 306 Art. 35.

²² Siehe Anhang Nr. 2 Art. 73.

„Einnahme- bzw. Ausgabesumme lt. Kammerrechnung“ bedeutet, es wird das Mittel aus den in den herangezogenen Kammerrechnungen ausgewiesenen Summen gebildet, ohne daß eine „Bereinigung“ der Werte durch Abzug der Vorjahresreste etc. durchgeführt wurde.

„Errechnete Einnahme- bzw. Ausgabesumme“ bedeutet, es wird die Addition der einzelnen Etatgruppensummen wiedergegeben, die oftmals von der in der Quelle angegebenen Summe abweicht. Das hat seine Ursache hauptsächlich darin, daß die Gruppen ja Durchschnittswerte aus mehreren Jahren bilden, wodurch Abweichungen durch Kürzungen entstehen, aber auch darin, daß mitunter Etatposten in einer Rechnung vertreten sind, in einer anderen jedoch nicht. Schließlich lassen sich auch zeitgenössische Additionsfehler feststellen.

„Tatsächliche Einnahme- bzw. Ausgabesumme“ bedeutet, die Endsumme ist von Vorjahresresten befreit, d. h. von den in den Kammerrechnungen angegebenen Bilanzsummen wurden die vorjährigen Rechnungsreste abgezogen. Denkbar wäre es auch gewesen, dies bei den „Errechneten Einnahme- bzw. Ausgabesummen“ durchzuführen. Darauf wurde aber zugunsten einer größeren „Quellennähe“ verzichtet. Schwierig ist die Behandlung der bereits angesprochenen „Ausstände“. Die einzelnen Städte behandelten diese rechnungstechnisch nicht gleichmäßig. So finden wir in München differenzierte Angaben über Bargeldübernahme vom Vorjahr und, getrennt davon, über die Ausstände, die gegen Ende des Untersuchungszeitraums sogar noch weiter aufgegliedert wurden²³. Damit läßt sich die tatsächliche Bilanzsumme für das eigentliche Rechnungsjahr ermitteln. Anders dagegen – zumindest teilweise – in vielen kleineren Städten. Der hier angegebene und in die Bilanzsumme eingegangene Rechnungsrest ist ein reiner Rechnungswert aus der Gegenüberstellung der Einnahme- mit der Ausgabesumme der vorjährigen Kammerrechnung. Z. B. können die alten Forderungen (also die „Ausstände“) bei dieser Darstellungsart weit höher sein als der angegebene Rechnungsrest²⁴. Wir kommen deshalb den tatsächlichen Summen des Rechnungsjahres am nächsten, wenn wir diese Rechnungsreste entsprechend subtrahieren, wodurch dann eben nur die Etatpositionen des jeweiligen Rechnungsjahres in unseren Bilanzen berücksichtigt werden²⁵, allerdings inklu-

²³ Es finden sich um diese Zeit keine Rechnungsreste mehr, sondern auf der Haben- wie auf der Sollseite jeweils drei Angaben über Ansprüche und Schulden. *Bei den Einnahmen werden unterschieden: Aktivausstände* beinhalten hauptsächlich unbezahlte Steuern, Zinsansprüche der Stadt etc. *Passivausstände* sind Schulden der Stadt an Handwerker und andere unbeglichene Zahlungsverpflichtungen der Stadt. *Bezahlte Aktivausstände* enthalten in früheren Jahren entstandene Ansprüche der Stadt, die jetzt beglichen wurden. *Bei den Ausgaben werden unterschieden: Bezahlte Passivausstände* sind z. B. von der Stadt bezahlte Handwerker- und Baumaterialrechnungen, die aus früheren Jahren stammten und jetzt beglichen wurden; sie sind eine echte Ausgabe und deshalb nicht von der Bilanzsumme der Ausgaben abzuziehen. *Unbezahlte Passivausstände* bezeichnen entsprechende Summen, die unbezahlt geblieben sind; um die Bilanz nicht zu verfälschen, wurden sie auch in den Einnahmen eingesetzt, siehe „Passivausstände“ unter den Einnahmen. *Unbezahlte Aktivausstände* beschreiben alle Ansprüche der Stadt u. a. aus Steuern, Bürgerrechtsgeldern etc., die bisher nicht beglichen wurden. *Nachlässe und Verluste* müssen ebenfalls von der Bilanzsumme bei den Ausgaben abgezogen werden, da es sich nur um einen Rechnungswert handelt, der mit einer tatsächlichen Ausgabe nichts zu tun hat.

²⁴ Vgl. die Tabelle zu den Weilheimer Kammerrechnungen 1700–1705, S. 420.

²⁵ Vgl. zu diesem Problem weiter Hanke, Finanzstruktur, 501, und Hoffmann, Trostberg, 65 ff.

sive der Ausstände dieses Jahres. Mit dieser Methode lassen sich auch die Kammerrechnungen Münchens weitgehend mit denen vergleichen, die im Stile der Weilheimer, Dachauer oder Trostberger angelegt sind.

Auf einen wesentlichen Punkt aller bayerischen Kammerrechnungen muß hier eingegangen werden, um bei den Einzeluntersuchungen Wiederholungen quellenkritischer Bemerkungen zu vermeiden. Es handelt sich um diejenigen Summen, die die Kämmererei zum großen Teil nur durchlaufen, indem sie z. B. Bürger an die Kammer bezahlten, dann aber an den Landesherrn oder die Landschaft abgeführt werden mußten. Wir werden sie im folgenden als „Durchlaufposten“ bezeichnen. Wichtigstes Beispiel hierfür ist das Steuerwesen. Während die Standsteuer die Abgabe eines Standes an die Landschaft darstellte²⁶, war die sogenannte „Eidsteuer“ oder „Bürgersteuer“ die Abgabe der einzelnen Bürger an die Stadt oder den Markt. Mit Hilfe dieser Vermögenssteuer wurde die jeweilige vom Landesherrn ausgeschriebene Standanlage auf die Bürger umgelegt. Dabei entstand eine Differenz, die dann doch der Stadt zugute kam. So betrugen die Einnahmen des Trostberger Kämmerers 1796 beispielsweise 185 fl. 30 x 1 d für jede der beiden in diesem Jahr ausgeschriebenen Anlagen, während er an die Landschaft pro Simplum 166 fl. 40 x abführen mußte²⁷. Also auch diese Durchlaufposten konnten einen mehr oder weniger großen Gewinn für die Stadt darstellen. Identisch mit der Standanlage waren auch Erhebungsmodus und Umlageverfahren der an das Kriegszahlamt abzuführenden Servisanlage. Sie diente als Ersatzleistung für Naturalquartiere, die die Städte und Märkte vor der Schaffung von Kasernen zu leisten hatten²⁸.

Ähnliches gilt für die landesherrlichen Zwangsanleihen. Das Kapital hierfür wurde zwar als Kredit von der jeweiligen Stadt gegeben, diese verschuldete sich dafür jedoch wiederum bei – sofern es solche überhaupt gab – finanzkräftigen Bürgern, kirchlichen oder milden Stiftungen. Im Gegensatz zu einer mehrmaligen Ausschreibung der Standsteuern hatten die Anleihen den Vorteil der schnellen Verfügbarkeit für den Landesherrn. Außerdem konnte die Bevölkerung auch nicht unendlich mit Steuern belegt werden, bei denen sie keine Rückzahlung wie bei den Anleihen zu erwarten hatte²⁹. Da allerdings durch die staatlichen oder landschaftlichen Einrichtungen vielfach keine oder nur teilweise Zinsen bezahlt wurden, entstanden in den städtischen Haushalten – wie noch zu zeigen ist – gewaltige Deckungslücken.

Inwieweit zu diesen Einnahmeminderungen auch der im 18. Jahrhundert sinkende Zinsfuß beitrug, läßt sich an dieser Stelle noch kaum sagen. Ich habe an anderer Stelle nachgewiesen, daß durch den Rückgang der Darlehenszinsen von 5 auf bis zu 2,5% die Stiftungen in den Städten erhebliche Einkommensverluste erlitten haben³⁰. Es ist zu vermuten, daß auch für die Stadtkammern aus der staatlich initiierten Zinsminderung Nachteile entstanden. So waren die Städte mit ihren Krediten grundsätzlich an die oft lange zurückliegenden Vereinbarungen

²⁶ Vgl. S. 16.

²⁷ StadtA Trostberg R 6.

²⁸ Schmelzle, Staatshaushalt, 303.

²⁹ Vgl. Schmelzle, Staatshaushalt, 384 ff.

³⁰ Hoffmann, Trostberg, 87; lediglich das Faktum des Zinsrückgangs feststellend allgemein Parker, Entstehung, 343; für Bayern Rosenlehner, Grundlagen, 119, und Cohen, Kredit- und Verschuldungsbeschränkungen, 707.

mit ihren Gläubigern gebunden und mußten Änderungen erst genehmigen lassen³¹. Landesherr und Landschaft konnten sich – sofern sie überhaupt Zinsleistungen erbrachten – viel leichter gegenüber den Städten mit „Interesse“ Kürzungen durchsetzen.

Nicht unerwähnt bleiben dürfen im Zusammenhang mit der Rechnungsführung auch Faktoren, die die dunklen Seiten des menschlichen Wesens widerspiegeln: Inkompetenz und unerlaubte Bereicherung. Beispielsweise in den Rentmeisterumrittsprotokollen³² und Visitationsberichten der Städte und Märkte im Vorfeld des letzten Landtags von 1669³³ finden sich Nachlässigkeiten, zu lange nicht eingetriebene Guthaben, Unregelmäßigkeiten bei der Rechnungsführung, zu hohe Zehrungen und Aufwandsentschädigungen, unrechtmäßige Aneignung von Gebühren der Kammer und der Stiftungen und sonstige Formen des Amtsmissbrauchs und Nepotismus bei Räten, Bediensteten der Stadt und den Verwaltern der städtischen Institutionen. Zu einer pflichtbewußten Amtsführung wie zu genauen Kontrollen in diesem Bereich fordern auch an vielen Stellen die beiden Städte- und Märkteinstruktionen von 1670 und 1748 auf, begründet in vielfachen entsprechenden Erfahrungen, Klagen und den Visitationsergebnissen von 1669³⁴. Ernsthafte Gefährdungen der städtischen Verwaltung waren – soweit bekannt – aus diesen Vergehen nicht entstanden, wenn sie auch z. T. in erheblichem Maße belastend wirkten.

Die Haushalte aller vier Beispielstädte können im folgenden nicht völlig gleichförmig untersucht bzw. dargestellt werden. Dies läßt schon die ungleiche Akten- und Rechnungsüberlieferung in mancher Hinsicht nicht zu. Andererseits sind es gerade Einzelaspekte städtischer Haushalte, die nur durch die spezielle Quellenlage eines Gemeinwesens beleuchtet werden, die auch für die gesamte Städtelandschaft von Bedeutung sein können.

Vergleichbar mit der Untersuchung der Steuerbücher wurde bei der Auswahl der Schnittjahre für die Detailuntersuchung der Haushalte Wert darauf gelegt, sie möglichst in „Ruhezzeiten“ und nicht in eine Kriegsperiode oder deren unmittelbare Folgezeit zu legen. Es interessierte also hier vor allem die langfristige Entwicklung prägende „Normalität“. Wenn sich also um 1700 noch Nachwirkungen des Dreißigjährigen Krieges oder um 1790 noch solche der beiden Erbfolgekriege in den Kammerrechnungen konstatieren lassen, so haben wir es hierbei mit den gesamten Untersuchungszeitraum prägenden Phänomenen zu tun, nicht mit ephemeren „Haushaltsschwankungen“ bzw. kurz- oder mittelfristigen Belastungsauswirkungen. Zur Vertiefung und Erweiterung unserer Betrachtung hätte sich neben unseren Schnitten um 1600, um 1700 und um 1790 auch weitere um 1650, 1715/20 und 1750 als interessant erwiesen. Im Sinne einer Untersuchung, für die die Haushaltsproblematik nur einen Teilaspekt darstellt, stößt der Bearbeiter hier jedoch an Grenzen.

Die detailliert betrachteten Schnittjahre konnten Ergänzung finden durch die weitaus weniger zeitaufwendig zu rekonstruierenden Bilanzentwicklungen über einen längeren, bzw. – soweit möglich – den gesamten Untersuchungszeitraum. Bei der Verschuldungsentwicklung der Beispielstädte wurde ebenfalls versucht,

³¹ Die Stadt Weilheim beantragte am 17.3.1749 eine Absenkung ihrer Darlehenszinsätze von 5 auf 3% wegen ihrer hohen Verschuldung: BayHStA GR Fasz. 1517 Nr. 245.

³² Vgl. S. 54 f.

³³ BayHStA GR Fasz. 266 Nr. 31; zu der Visitation vgl. S. 63 f.

³⁴ Hoffmann, Instruktionen.

sie soweit möglich kontinuierlich zu verfolgen. Inwieweit es sich bei den finanziellen Verhältnissen der Beispielstädte um zu verallgemeinernde Phänomene handelt, konnte anhand einer Zusammenstellung der Schulden anderer bayrischer Städte in wichtigen Zeitabschnitten des 18. Jahrhunderts beantwortet werden, die einer landesherrlichen Befragung zu verdanken ist. Aus diesen verschiedenen Blickwinkeln entstand so ein doch sehr zuverlässiges Bild der Gesamtentwicklung oberbayerischer Stadthaushalte im 17. und 18. Jahrhundert.

Es sei hier nochmals betont, es handelt sich bei der vorliegenden Betrachtung um einen ersten Versuch, oberbayerische Stadthaushalte im Zeitalter des Merkantilismus vergleichend zu verstehen. Hauptinteresse ist die allgemeine Entwicklung in zwei Jahrhunderten, die Verschuldungsentwicklung der Städte und Märkte und die Hintergründe für die konstatierten Veränderungen. Details wie die Bedeutung von Schwerpunktverschiebungen bei Etatpositionen, Widerspiegelung wichtiger Ereignisse der Stadtgeschichte, Verfolgung von einzelnen Etatpositionen über einen längeren Zeitraum etc. interessieren hier nur insofern, als sie im Zusammenhang mit der Klärung unserer oben formulierten Fragestellungen Relevanz besitzen.

2. Entwicklung der Haushaltsstruktur und der Verschuldung in den vier Beispielstädten

2.1. München

Die Leistungen der Münchener Kämmererei³⁵ erhöhten sich langfristig im 18. Jahrhundert erheblich, während sie im Laufe des 17. Jahrhunderts sehr viel weniger angestiegen waren. Lagen die durchschnittlichen tatsächlichen Ausgaben der Stadt um 1600 bei ca. 35.000 fl., so stiegen sie bis um 1700 auf ca. 47.000 fl., d. h. um etwa 35 %. Zwischen 1700 und 1790 beträgt dieses Wachstum jedoch 160 %, die durchschnittliche Ausgabesumme liegt bei über 120.000 fl. Pro Kopf der gesamten Bevölkerung³⁶ entsprach dies um 1600 weniger als 1,5 fl., um 1700 mehr als 2 fl. und um 1790 ca. 3,5 fl. Geht man jedoch allein von der bürgerlichen Bevölkerung aus, so lagen die entsprechenden Zahlen am Ende des Untersuchungszeitraums bei ca. 5,7 fl. Was waren die Ursachen für diese Veränderungen?

Der Finanzbedarf einer Stadt drückt sich hauptsächlich in ihren Ausgaben aus. Die Einnahmen mußten dann – und sei es über Kredite – diesen Ausgaben angepaßt werden. Die Belastungen durch landesherrliche Forderungen drücken sich einerseits in den der Stadt abgeforderten Steuern aus, andererseits auch in mit Zwangsanleihen verbundenen Schuldzinsdiensten und Darlehensrückzahlungen. Bei den landesherrlichen Steuern und Standanlagen läßt sich eine erhebliche Steigerung um etwa das Vierfache allein zwischen 1600 und 1700 feststellen. Bis 1790 steigt dann diese Summe nur noch geringfügig um ca. 20 % an. Um 1700 war allerdings die Leistungsfähigkeit der Stadt bereits weit überfordert. Zwischen 1670 und 1718 wurden vom Landesherrn bzw. der österreichischen Besatzungsmacht Standsteuern über insgesamt 409.866 fl. von der Residenzstadt

³⁵ Vgl. zu den Erläuterungen die folgenden beiden Tabellen.

³⁶ Zu den zugrundeliegenden Bevölkerungszahlen vgl. S. 154.

Münchener Kammerrechnungen: Durchschnittliche jährliche Ausgaben

(1 = Durchschnitt in fl.; 2 = Anteil an tatsächl. Ausgabesumme in %))

	1600–1604		1700–1704		1790–1794	
	1	2	1	2	1	2
Landesherrliche Steuern,						
Standanlagen	2 100	6,0	8 225	17,4	10 052	8,1
Schuldzinsendienste ²	5 202	14,8	3 100	6,6	1 161	9,4
Darlehensrückzahlungen,						
Kapitalverleihungen ³	1 010	2,9	720	1,5	21 249	17,2
Haus- und Grundzinsen	89	0,3	146	0,3	887	0,7
Besoldungen, Pensionen ⁴	4 352	12,4	8 400	17,8	26 066	21,1
Baumaßnahmen, Handwerkerlöhne ⁵	8 394	23,9	7 394	15,7	28 736	23,5
Unkosten, Verbrauchsmaterial,						
Aufwandsentschädigungen ⁶	15 589 ¹	44,4	16 675	35,3	16 775	13,6
Soziale Aufgaben ⁷	212	0,6	2 398	5,1	2 485	2,0
Stadtschützen	250	0,7	165	0,3	341	0,3
Bezahlte Passivausstände	–	–	–	–	3 849	3,1
Unbezahlte Passivausstände	–	–	–	–	1 117	–
Unbezahlte Aktivausstände	–	–	–	–	4 983	–
Nachlaß und Verlust	–	–	–	–	855	–
Ausgabensumme lt.						
Kammerrechnungen	35 171		47 201		130 500	
Errechnete Ausgabensumme	37 198		47 223		128 984	
Tatsächliche Ausgabensumme	35 171		47 201		123 545	

Anm. 1: Ohne „Ratsgeschäft“ von 1601 und ohne die Unkosten für den Einzug des Herzogs von Lothringen 1603. Anm. 2: Hierunter wurden aus allen drei Zeiträumen folgende Etatpositionen subsumiert: Ewiggeld, Interessen, Wadlergeld, Gnadengeld, Jungfrauengeld, div. Stipendien. Anm. 3: Hierunter wurden subsumiert: Erkaufte Ewiggelder, abgelöste Ewiggelder, abgelöstes Hauptgut, erkaufte Zinsbriefe, ausgeliehenes Kapital, heimbezahltes Kapital. Anm. 4: Hierunter wurden subsumiert: Amtleute, Torhüter, Beisitzer, Brotwäger, Pensionen und Besoldungen (die beiden letzteren Positionen jeweils in diversen Ämtern). Anm. 5: Hierunter wurden subsumiert: Baumaterial (= „Allerlei Zeug“), Jahrmarkt Jacobi, Handwerksleute, Zimmerleute, Wehr- und Wasserzimmerleute, Maurer und Steinmetze, „aichen grienling“, „rauch wiehrholz“, Pflasterleger, Fisch- und Stadtgräben, Tuffstein, Wasserwerk und Isarberg, Stadtgrabenräumung, Hauptwehr, Hauptgebäude zu Wasser, Hauptgebäude zu Land, Werkzeug, Unterhaltung des Stadtpflasters, der Stadtwage, der Straßen, der Brunnhäuser, der Stadtgräben, der Stadthausgebäude, der Zeughausgebäude etc. Anm. 6: Hierunter wurden subsumiert: Pfundzoll Waagmeister, Aufwandsentschädigungen, Botenlohn, Zehrungen der Ratsgesandten, Umgang bei Fest Corporis Christi, Ratsgeschäfte, Bürgerrecht, „Gemeine“ Ausgaben, Getreidekauf, Holzkauf, Brennholz, Beleuchtung, Wagenfahrt, Zeughaus, Laßgeld, Stadthaus, erkaufte Häuser und Gründe, Stadtschreiberkapelle, Livreen und Kleidungen, Deputata, Schreibmaterial, Siegelpapier, Buchdrucker, Polizcianstalten, Malifiz, Eiswachten etc. Anm. 7: Hierunter wurden subsumiert: „Sterbleiff“ oder Lazarethhaus, Infektionswesen, Bürger im Krankenhaus am Anger, Medikamente, Ärzte, Hebammen, Almosen.

(Quellen: StadtA München Kammerrechnungen)

Münchener Kammerrechnungen: Durchschnittliche jährliche Einnahmen

(1 = Durchschnitt in fl.; 2 = Anteil an tatsächl. Einnahmesumme in ‰)

	1600–1604		1700–1704		1790–1794	
	1	2	1	2	1	2
Stadtsteuer	7 455	22,2	11 026	25,3	28 655	25,0
Nachsteuer	373	1,1	801	1,7	1 247	1,0
Zölle, Gebühren, Büchsen-, Buß- u. Strafgelder ²	9 750	29,0	19 571	41,2	33 751	27,0
Ungeld	5 885	17,5	2 216	4,7	18 309	14,7
Darlehenszinsen, Haus- und Grundabgaben ³	3 936	11,7	9 650	20,4	9 558	7,7
Darlehenaufnahmen, verkaufte Zinsbriefe, getilgte Kapitalien	500	1,5	1 000	2,1	14 855	11,9
Bürger-, Meisterrecht, Zunftgeld etc. ⁴	605	1,8	782	1,7	4 459	3,6
Rüstgeld	340	1,0	294	0,6	1 481	1,2
Verkaufserlöse ⁵	4 751	14,1	1 823	3,8	2 814	2,3
Gemeine Einnahmen	1 965 ¹	5,8	237	0,5	2 607	2,1
Bezahlte Aktivausstände	–	–	–	–	5 162	4,1
Bargeldübernahme vom Vorjahr	20 405	–	3 405	–	–	–
Ausstände	15 342	–	9 927	–	3 667	–
Passivausstände	–	–	–	–	2 496	–
Einnahmesumme lt. Kammerrechnung	69 583 ¹		60 747		131 010	
Errechnete Einnahmesumme	71 487		60 732		129 061	
Tatsächliche Einnahmesumme	33 636 ¹		47 415		124 847	

Anm. 1: Gemeine Einnahmen von 1601 nicht berücksichtigt, da hier 70.000 fl. aus einer Umschuldungsaktion eingetragen wurden, die die durchschnittliche Einnahmenentwicklung verzeichnen würden. Anm. 2: Hierunter wurden aus allen drei Zeiträumen folgende Etatposten subsumiert: „Bleich, Mang, Kellerbüchse“. Eiche am Anger, Heuwaagegelder, Holzlegegelder, Salzzoll, andere Salzgefälle, Land- und Wasserzoll, Zoll vom fremden Bier, Quartembergelder, versch. Büchsengelder, Torzoll und Büchsengeld, Bruckzoll, Standgelder, Pflasterzoll, Pfundzoll, Tuchgewölbe, Leinwandkeller, Weinstadelgefälle, Wasserbaubeiträge, Fuhrlohnungen, Wehranlagen. Anm. 3: Hierunter wurden subsumiert: Laudemien, Stiften und Gülden, Bodenzins, Grundzins der Häuser, Hauszins, Fleischbankzins, Wasserzinse, Zins und Gülden, Stiftdgelder, Zinsen vom Alten Werk, vom Neuen Werk, vom Adel, von den Isarbrüchen, „Gemeine“ Zinsen. Anm. 4: Hierunter wurden auch subsumiert: Beisitzgelder, Toleranzen, „rekognitionen“. Anm. 5: Hierunter wurden subsumiert: Verkaufte Häuser, Verkauf von Holz, Wasser, Baumaterialien, Pferden, Wägen, Stroh, Geschütz, Gewehr, Monturen etc.

(Quellen: StadtA München Kammerrechnungen)

gefordert. Davon mußte ein Viertel (101.000 fl.) nachgelassen werden. Diese Ermäßigungen wären wohl noch höher ausgefallen, wenn solche auch von der Besatzungsmacht zwischen 1706 und 1712 gewährt worden wären, die sich Bittschriften gegenüber meist völlig intransigent verhielt. Dies war schließlich eine Ursache, weshalb die Stadt nach dem Spanischen Erbfolgekrieg sich kaum mehr

in der Lage sah, Darlehenszinsen, Besoldungen und Baumaßnahmen zu finanzieren³⁷. Entsprechend wurden auch in der Folgezeit immer wieder erhebliche Nachlässe gewährt. Ein vollständiger Überblick ist hierüber jedoch nicht zu gewinnen. Es fällt jedoch auf, daß München in fast allen Jahren, aus denen Aufstellungen zu Nachlässen unter den Städten und Märkten des Rentamts überliefert sind, vertreten ist³⁸.

Die Servisanlage, die ja in Höhe einer Standanlage berechnet war³⁹, lag dementsprechend in München bei 4.000 fl. 1755 gelang es der Stadt, eine Verminderung auf 3.000 fl. zu erlangen. Als Antragsbegründung dienten drei Argumente: 1. Klöster, Geistlichkeit und hofbeauftragte Personen hätten viele bürgerliche Häuser an sich gebracht und könnten sich damit den bürgerlichen Lasten entziehen. 2. Die Militärleistungen der Stadt beliefen sich jährlich auf 2.000 fl. 3. Die Bürgerschaft sei durch in milde Stiftungen und Klöster eingebrachte Erbschaften von Bürgern derartig erschöpft, daß die Servisanlage nicht mehr erbracht werden könne⁴⁰. Alle drei Gründe stehen in Beziehung mit der Zahl der Zensiten bzw. deren Vermögenswerten oder den Militärausgaben der Stadt. Die tatsächlichen Einkommensverhältnisse der Zensiten spielten dagegen keine Rolle. Das bedeutet, daß man sich an den gleichen Kategorien orientierte, die auch die Grundlage der Steuerordnung der Residenzstadt für die Bürgersteuer bildeten. Interessant erscheint hier auch, daß sich die Hofkammer auf diese Argumentation eingelassen hat, denn mit gleichem Recht hätte ja in diesem Fall auch die Standsteuer entsprechend ermäßigt werden müssen. Gerade dies ist jedoch seit 1669 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums nicht geschehen.

Da die Verschuldungsentwicklung der Stadt gleich im Anschluß an die Haushaltsentwicklung abgehandelt wird, genügen hier einige wenige Bemerkungen zu den Schuldendiensten und Darlehensrückzahlungen in Münchens Haushalt. Die niedrigeren Zinszahlungen um 1700 gegenüber denen von vor dem Dreißigjährigen Krieg bedeuten keinen Rückgang der Verschuldung, ganz im Gegenteil. Die Stadt war bereits vor dem Spanischen Erbfolgekrieg nicht mehr in der Lage, ihre Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern auch nur annähernd zu erfüllen. In diesen Jahren wurden vielfach nur die halben Zinsschulden ausbezahlt und verschiedene Darlehen überhaupt nicht mehr verzinst. Diese Situation änderte sich erst 1749, als der Kämmerei zur Bekämpfung der Verschuldung ein Bierpfennig gewährt wurde, der jährlich etwa 15.000 fl. erbrachte. Ihm sind auch die Tilgungen um 1790 teilweise zu danken, im Jahresmittel 21.249 fl. Hauptsächlich beruhen diese jedoch auch auf Darlehensaufnahmen in Höhe von durchschnittlich 14.855 fl. pro Jahr. Es handelt sich also größtenteils um Umschuldungen für ablaufende Kredite, der tatsächliche Schuldenberg von ca. 300.000 fl. in dieser Zeit konnte so natürlich nicht abgetragen werden. Daß am Ende des 18. Jahrhunderts immerhin fast 12.000 fl. Zinsen jährlich bezahlt werden konnten, lag jedoch weitgehend an der Gewährung der indirekten Steuer auf braunes Bier.

Besondere Bedarfssteigerungen im originär städtischen Leistungsbereich lagen im Laufe des Untersuchungszeitraums bei den Personalkosten und den

³⁷ BayHStA GR Fasz. 1517 Nr. 245.

³⁸ BayHStA GL Fasz. 2839.

³⁹ Vgl. S. 16f., 453f.

⁴⁰ BayHStA GL Fasz. 2839 Nr. 1516.

Aufwendungen für Bau- und Reparaturmaßnahmen. Erstere stiegen von etwas mehr als 4.000 fl. um 1600 über 8.400 fl. um 1700 auf mehr als 26.000 fl. am Ende des 18. Jahrhunderts, also um das 6,5-fache. Letztere erhöhten sich im gleichen Zeitraum um das 3,5-fache, wobei hier allerdings die gesamte Steigerung auf das 18. Jahrhundert fällt. Anders als bei den Besoldungen müssen wir jedoch davon ausgehen, daß zwischen unseren Beispieljahren erhebliche Schwankungen bei den Bauunkosten auftraten, die dieses Ergebnis in bestimmten Jahren erheblich verzeichnen könnten. Daß diese in diesem Bereich willkürlichen Beispieljahre dennoch in ihren Werten zumindest die Tendenzen der Ausgabenentwicklung richtig andeuten, bestätigen verschiedene „Großbaumaßnahmen“ der Stadt in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, die zu immer neuen finanziellen Hilferufen der Residenzstadt an den Kurfürsten führten. Hierzu gehörten Wasser- und Wehrbauten ebenso wie der Bau eines Salzstadels⁴¹. Die Verwüstung der Isarufer um 1780 verschlang sogar alleine für mehrere Jahre die Hälfte der städtischen Einnahmen⁴².

Auf die Entwicklung der *Gesamteinnahmen* der Münchener Kämmerei muß nicht mehr eigens eingegangen werden, da sie ja parallel zu den Ausgaben verliefen bzw. verlaufen mußten. Die in der Tabelle rückläufigen Ausstände dürfen nicht überinterpretiert werden. Diese unterlagen stets großen Schwankungen. Die Einnahmesteigerungen werden hauptsächlich von drei Etatgruppen getragen: den Stadtsteuern, den Zöllen und den verschiedenen Ungeldern.

Zu den Stadtsteuern: Am Beginn und am Ende des Untersuchungszeitraums erzielte die Kammer aus der Einnahme der Steuern nach Abzug der abzuführenden Standsteuern und Servisgelder erhebliche Gewinne, um 1700 sind diese dagegen anteilmäßig wie absolut im Vergleich eher bescheiden. Das beruht darauf, daß die Einnahmen um diese Zeit nur wenig über dem für die Standsteuer festgelegten Steuersimplum lagen. Wie wir aus den Ergebnissen der Steuerbuchanalyse wissen, hat sich die bürgerliche Bevölkerung Münchens rund 50 Jahre nach dem Dreißigjährigen Krieg von ihren Verlusten noch lange nicht erholt. Sie erreichte erst wieder sehr viel später ihr altes Niveau, in vielerlei Hinsicht sogar nie⁴³. Bei der Standanlage berücksichtigte man diese Verluste jedoch nur einmal, nämlich 1669, allgemein für alle Stände, als sie pauschal um ein Drittel vermindert wurde. Dies hatte für München eine Absenkung von 6.000 auf 4.000 fl. mit sich gebracht. Dennoch – um wieder auf unsere Kammereinnahmen zu kommen – reichte diese Verminderung nicht aus, um die Steuerverluste für die Stadt zu kompensieren. Die steuerpflichtigen Einwohner erbrachten um 1700 nur etwas mehr als die landesherrlichen Anforderungen für die Standsteuer. Bei gleichbleibender Veranlagung sowohl der Stadt bei der Standsteuer als auch der Bürger bei der Stadtsteuer wuchs nun der Gewinn der Stadt pro Simplum bis zum Ende des 18. Jahrhunderts mit der ökonomischen und demographischen Erholung wieder an.

Zu den Zöllen und Gebühren: Neben dem Bierpfennig finden sich unter den Zöllen die größten Etatpositionen der Münchener Kammerrechnungen. Hierunter verbergen sich auch die München für den verlorenen Salzhandel zugestandenen Einnahmen. 1790–94 lagen die Durchschnittseinnahmen allein aus dem

⁴¹ BayHStA GL Fasz. 2838 Nr. 1509; Tröltsch, Finanzgeschichte, 25, 31, 39.

⁴² Tröltsch, Finanzgeschichte, 39.

⁴³ Vgl. Kap. IV.3.3.1.

Torzell, der dem Bauamt zugute kam, bei über 16.000 fl. und beim Salzzoll, ebenfalls für das Bauamt, bei ca. 5.300 fl. Die in der Tabelle zugeordneten Gebühren wie Abgaben im Tuchgewölbe, Weinstadelgefälle, Heuwaagengelder etc. spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Die Zuweisung von Einnahmen zu bestimmten Sonderhaushalten war abhängig von deren Ausgabenbedarf. So wurde u. a. der Pflasterzoll, der jeweils bei den Stadttoren eingenommen wurde, auch unterschiedlichen Ämtern zugeführt. Ähnliches gilt für die verschiedenen Positionen aus Salzgefällen. Für eine Untersuchung der Einnahmentwicklung zwischen 1600 und 1800 in diesem Bereich wäre eine Detailanalyse der einzelnen Etatposten notwendig, die nicht nur diese Verteilungsprobleme berücksichtigt, sondern auch die Gewährung verschiedener Privilegien, deren Begründung wie Laufzeit und die jeweilige Größenordnung der daraus resultierenden Einnahmen.

Zum Ungeld: Beim Ungeld stehen mit Abstand die Einkünfte aus dem sogenannten Bierpfennig im Vordergrund. 1790–94 waren von den 18.309 fl. jährlichen Einnahmen aus indirekten Steuern allein 15.900 fl. Bierpfennigeinnahmen. Wie bei den Zöllen beruhte der Bierpfennig auf immer wieder verlängerten bzw. erneuerten Privilegien zur Kompensation von Haushaltslücken, in diesem Fall besonders der Tilgung und Verzinsung der Schulden (siehe hierzu unten in diesem Kapitel). München gehörte damit zu den Städten, die erst sehr spät den Bierpfennig gewährt bekamen. Tröltzsch weist nach, daß dies 1749 geschah⁴⁴. Die Begründung hierfür finden wir in der Verschuldungsentwicklung der Residenzstadt.

Seit 1890 Walter Tröltzsch die Finanzgeschichte Münchens für die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts untersuchte, hat es keinen ernsthaften Versuch mehr gegeben, eine Entwicklungsgeschichte der *Verschuldung der Münchener Stadtkämmerei* zu schreiben. Die Quellen für die Frage nach dem Schuldenstand eines Stadthaushalts sind vielfältig, als serielle Quelle stehen für München in unserem Untersuchungszeitraum vor allem die Kammerrechnungen zur Verfügung. Ebenfalls hilfreich sind verschiedene erhaltene Zinsregister. Die Art der Eintragungen in den Kammerrechnungen verändert sich jedoch zwischen 1600 und 1800 stark, und ein einfaches Ablesen der Schuldenhöhe an den erfolgten bzw. nicht erfolgten Zinszahlungen ist nicht durchgängig möglich. So wurden mitunter für Kapitalschulden die gesamten Zinsen, manchmal nur die Hälfte, oftmals aber auch gar nichts bezahlt. Die folgende Darstellung versucht hauptsächlich in Fünfzigjahresschritten, die Verschuldung jeweils anhand der entsprechenden Situation und Quellenlage zu rekonstruieren.

Um 1600 enthalten die Kammerrechnungen sämtliche Empfänger von Ewiggeldern, wie die Kapitalzinsen zu dieser Zeit noch genannt werden, mit der jeweils von der Stadtkammer in diesem Jahr geleisteten Summe. Wie hoch das der Stadt geliehene („verschriebene“) Kapital in diesem Jahr war, wird nicht angegeben. Die Ewiggeldsumme beläuft sich im Durchschnitt des Jahrzehnts 1600 bis 1604 auf 3.010 fl.⁴⁵ Die Summe schwankt in dieser Zeit maximal um 150 fl. Angesichts dieser Konstanz und dadurch, daß die Einzeleinträge nirgends einen Verzug in der Zahlung bzw. eine Nachzahlung andeuten, läßt sich an-

⁴⁴ Tröltzsch, Finanzgeschichte, 35 Anm. 2; vgl. zu Trostberg S. 437.

⁴⁵ Hinzu kommt ein auf das Ungeld verschriebenes Ewiggeld, das zwischen 1601 und 1604 mit 2.055 bzw. 2.015 fl. verzinst wurde; eine Erklärung hierfür fehlt bisher.

nehmen, daß wir es hier mit der vollen Ewiggeldverpflichtung der Stadt zu tun haben. Gehen wir von dem zeitüblichen Fünfprozentzinssatz aus⁴⁶, trägt die Stadt eine Ewiggeldschuld von etwa 60.200 fl.⁴⁷

Um 1650 ist die entsprechende Abteilung der Kammerrechnung nicht mehr mit Ewiggeld, sondern mit „Interesse“ überschrieben, was aber keine Bedeutungsveränderung indiziert. Jetzt sind jeweils die Kapitalsummen genannt, für die Zinsen (Interesse) bezahlt wurden. Die Zinsgesamtsumme ist für unseren Zweck weitgehend uninteressant, da der Kämmerer oft nur den halben Zins ausbezahlte. Verschiedene Empfänger erhielten aber auch die volle Summe. Daß die Stadtkammer ungeheure Rückstände bei der Begleichung der Zinszahlungen hatte, zeigt sich daran, daß z. B. erst 1653 für bestimmte Kredite die Interessen von 1641 beglichen wurden. Unter Ausscheidung von Doppelzahlungen für mehr als ein Zinsjahr belaufen sich die jetzt aufgeführten Kapitalschulden 1653 auf 95.456 fl. Ein Vergleich mit der Kammerrechnung von 1652 zeigt, daß in letzterer Kreditsummen über 11.620 fl. verzeichnet sind, die sich 1653 nicht finden. In letzterem Jahr verzinst man demnach Darlehen in der genannten Höhe nicht. Diese Werte werden annähernd bestätigt durch Zinsverzeichnisse, die für 1653 eine Kapitalschuldsumme von 100.691 fl. 5 ß nennen⁴⁸.

Hauptursache dieses Schuldenberges war 1623 eine Anleihe bei der Stadt zur Kriegskasse Maximilians I. über 50.000 fl.. Der Kämmerer mußte diese Summe selbst über Anleihen finanzieren, wobei der größte Teil von Münchener Bürgern stammte. Allein 18.000 fl. erbrachte der Ratsbürger Franz Füll⁴⁹. Nach dem Dreißigjährigen Krieg stagnierte der Schuldenstand dann weitgehend: 1655 101.271 fl., 1660 99.441 fl., 1665 98.481 fl.⁵⁰

Die Kammerrechnung von 1700 gibt die Verschuldung der Stadt vermutlich vollständig wieder. Zumindest läßt sich dies nach Art der Eintragungen annehmen. Die Kreditsummen für das Rechnungsjahr sind nach den Zahlungsterminen geordnet eingetragen, wobei verschiedene Schulden nicht verzinst wurden. Während also um 1650 nur Schuldsummen aufgeführt sind, für die auch in dem jeweiligen Jahr ein „Interesse“ geleistet wurde, finden sich um 1700 alle Kredite vermerkt und der Kämmerer trug schließlich nur noch ein, in welcher Höhe und ob überhaupt Zinsen geleistet wurden⁵¹.

⁴⁶ Literatur wie Anm. 30.

⁴⁷ In der Kammerrechnung von 1601, fol. 62 und 112, ist eine Umschuldungsaktion über 104.759 fl. 6 ß 5 1/4 d beschrieben, die in dieser Ewiggeldschuld nicht berücksichtigt ist. Der Herzog war mit der genannten Summe bei der Stadtkammer verschuldet, während diese wiederum dem Herzog 36.750 fl. 4 ß 12 d schuldete. In dem Rechnungsjahr zahlte nun der Landesherr 70.000 fl. an die Stadt, womit er sich für die Jahre 1594 bis 1600 entschuldete. Die Kämmererei konnte nun ihrerseits sich bei der Landschaft mit 66.000 fl., beim Stadtalmosen mit 1.000 fl. und bei verschiedenen im Schuldenbuch verzeichneten Gläubigern mit 9.045 fl. 1 ß 23 3/4 d entlasten. Hinzu kam eine Landsteuerzahlung von 3.000 fl., zusammen also über 79.000 fl. Ausgaben. Die genannten Summen zeigen ein Kreditvolumen, das – soweit bisher bekannt – bis zum Ende des Untersuchungszeitraums in einer einzigen Aktion nie mehr erreicht wurde.

⁴⁸ StadtA München Kämmererei Nr. 92 Bd. 1.

⁴⁹ StadtA München Kammerrechnung 1623 fol. 75; zu Füll vgl. S. 229 f.

⁵⁰ StadtA München Kämmererei Nr. 92 Bd. 1; dieser Schuldenstand ist auch 1672 noch weitgehend unverändert: StadtA München Kämmererei Nr. 92 Bd. 1a.

⁵¹ Bei einigen Kreditsummen wurden Zinsen auch rückwirkend für 1699 geleistet, was bei der folgenden Schuldsummenberechnung berücksichtigt wurde.

Die in der Kammerrechnung verzeichneten Kapitalschulden hatten 1700 eine Höhe von 87.197 fl. wofür 4.106 fl. Zinsen bezahlt wurden. Der Kämmerer vermerkt eigens, daß diesen Schulden von der Stadt verliehenes Kapital von insgesamt 137.955 fl. gegenüberstehe, wovon 97.175 fl. bei der Landschaft und 35.800 fl. beim Kriegszahlamt liegen würden. Für die Stadt waren dies also keineswegs problematische Verhältnisse. Die Gesamtzinsleistung der Kämmerei entspricht bei dem herrschenden fünfprozentigen Zinssatz auch den Forderungen, wobei allerdings hierin verschiedene Doppelzahlungen für 1699 und 1700 enthalten sind, während andere Schulden nicht verzinst wurden.

Im weiteren entwickelten sich die Zinsleistungen für 1701 bis 1704 wie folgt: 4.141 fl., 2.068 fl., 1.620 fl. und 866 fl. Mit dem Spanischen Erbfolgekrieg trat die Kämmerei wieder, wie nach dem Dreißigjährigen Krieg, in eine Phase sich anhäufender Zinsrückstände ein, den sinkenden Zinsleistungen entsprechende Schuldenrückzahlungen waren nämlich nicht geleistet worden. U.a. zeigt ein Zinsregister, das um 1728 einsetzt, daß in der Folgezeit für verschiedene Kredite über Jahrzehnte keine „Interessen“ mehr bezahlt wurden, in anderen Fällen sehr verspätet; so erhielt ein Gläubiger beispielsweise in einem keineswegs ungewöhnlichen Fall die eigentlich 1739 fälligen Zinsen erst 1746 ausbezahlt. Die anderen „Interessen“ wurden als Ausstände verzeichnet. An eine Tilgung von Krediten war unter diesen Umständen kaum zu denken. Die ältesten 1728 verzeichneten Darlehen stammten noch aus dem Dreißigjährigen Krieg von 1620⁵².

Neben den allgemeinen Haushaltsschwierigkeiten erklärt die Stadt nach dem Krieg in einer Stellungnahme vom 27. Oktober 1719 die wachsenden Zinsrückstände dadurch, daß sie selbst bei ihren Aktivschulden, also den von ihr selbst verliehenen Kapitalien, sehr hohe Ausstände zu verzeichnen habe. Allein von Bundes- und Hofzahlamtskapitalien hätte die Stadt über 50.000 fl. Zinsen nicht erhalten. Es sei deshalb unmöglich, die Passivschulden zu befriedigen⁵³. 1723 waren die Ausstände schon auf 60.000–70.000 fl. angewachsen⁵⁴.

Die Kammerrechnungen sind um 1750 im Hinblick auf die Kapitalschulden und Zinszahlungen ähnlich aufgebaut wie um 1700. Allerdings finden sich hier in vielen Fällen keine Zinsleistungen mehr für die Kapitalien, in anderen Fällen aber solche Leistungen für verschiedene Rechnungsjahre zurück. Gehen wir auch hier von der Vollständigkeit der Schuldsummen aufgrund der Eintragungsart aus, so zeigt sich trotz der beiden Erbfolgekriege ein Rückgang in der Verschuldung der Stadt: 1750 finden sich noch 66.766 fl. 50 x Kredite zu Lasten der Kämmerei, 1755 67.217 fl.⁵⁵ Dies ist um so überraschender, als die Stadt

⁵² StadtA München Kämmerer Nr. 92/6.

⁵³ BayHStA GR Fasz. 1517 Nr. 245.

⁵⁴ BayHStA GR Fasz. 1517 Nr. 245.

⁵⁵ Tröltsch. Finanzgeschichte, 9, nennt für Anfang der 1740er Jahre einen geschätzten Schuldenstand von ca. 100.000 fl., ohne jedoch zu erkennen zu geben, woher diese Summenangabe stammt. Für angebliche Schulden der Stadt bei der Landschaft, die lt. Tröltsch gänzlich unverzinst blieben (S. 9, Anm. 1), finden sich in den Kammerrechnungen keine Hinweise. Zu 1755 zitiert er (S. 26 Anm. 2) eine „Anzeige“ Münchens, wonach sich die älteren Schulden der Stadt auf 165.298 fl. belaufen sollen, die neueren teilweise aus einem Brückenbau resultierenden auf ca. 80.000 fl.; abbezahlt sollen lt. dieser Anzeige 117.940 fl. sein. Unklar bleibt bei dieser Aufstellung, ob die Abzahlungssumme von den erstgenannten Schulden abzuziehen ist, oder ob letztere ursprünglich um diesen Betrag höher waren; da bei Tröltsch auch hierfür die Quellenangabe fehlt, konnte nicht nachgeprüft werden, ob

während des Österreichischen Erbfolgekriegs Anleihen von insgesamt 17.500 fl. aufnehmen mußte, ohne in dieser Zeit etwas tilgen zu können⁵⁶.

Hinzu kam, daß die staatlichen Tilgungen und Schuldendienste weiter schlechter wurden, wodurch die Kämmerei immer stärker belastet wurde. Eine „Specification“ aus dem Jahre 1749 führt über 210.000 fl. Schulden, ausständige Zinsen und andere Ausstände staatlicher Behörden bei der Stadt und ihren darlehengebenden Institutionen wie milden und geistlichen Stiftungen an. Über die Hälfte dieser Summe, ca. 122.500 fl., waren ausständige Zinsen⁵⁷. Allein bei der Stadt hatte die Landschaft 1774 bei einem seit 1700 noch immer weitgehend gleichbleibendem Schuldenstand von 98.175 fl. bereits 49.934 fl. an Zinsausständen⁵⁸.

Bis zum Ende des Jahrhunderts verschlechterte sich die Lage der Kämmerei jedoch katastrophal. 1790 hatten die Kapitalschulden die enorme Höhe von 281.282 fl.⁵⁹ erreicht, stagnierten dann bis etwa 1794/95 auf diesem Niveau, um dann bis 1800 auf 458.300 fl. anzuwachsen⁶⁰. Tröltsch⁶¹ nennt hierfür als Hauptursache die verschiedenen Baumaßnahmen, die sicherlich eine wichtige Rolle spielten. Nicht mehr entscheidend waren um diese Zeit diverse landschaftliche Anleihen bei der Stadt⁶². Die Zinszahlungen liegen in diesem letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts zwischen ca. 10.000 und 13.000 fl., wobei der Zinssatz mittlerweile auf vier Prozent gesunken war.

Daß München nicht gänzlich zahlungsunfähig wurde, ist auf den der Stadt per Dekret vom 16. April 1749 bewilligten bereits angesprochenen Bierpfennig zurückzuführen. Diese indirekte Steuer auf das braune Bier wurde anderen Städ-

auch die Quelle entsprechend zweideutig ist oder nur deren Wiedergabe. Ebenfalls unklar bleibt, ob nicht in diese Summen rückständige Kapitalzinsen eingeflossen sind.

⁵⁶ StadtA München Kammerrechnungen 1742–45; *Tröltsch*, Finanzgeschichte, 13, behauptet dagegen, die Stadt mußte während des Österreichischen Erbfolgekrieges insgesamt 133.000 fl. aufnehmen; diese Summe ist sowohl nach den Eintragungen in den Kammerrechnungen als auch nach der Gesamtschuldenentwicklung unmöglich.

⁵⁷ StadtA München Kämmerei Nr. 46/I.

⁵⁸ StadtA München Kämmerei Nr. 90.

⁵⁹ Tröltsch, Finanzgeschichte, 58.

⁶⁰ Die Kammerrechnungen geben folgende Zahlen: 1794 258.567 fl., 1797 298.867 fl., 1799 346.858 fl., 1800 458.300 fl.

⁶¹ *Tröltsch*, Finanzgeschichte, 58.

⁶² 1796 wurde ein freiwilliges Landschaftsdarlehen von 20.000 fl. erhoben, 1799 eines über 50.000 fl. Diese Anleihen waren – wie bereits während des Dreißigjährigen Krieges – von allen Städten und Märkten abgestuft nach ihrer Leistungsfähigkeit gefordert worden. 1796 und 1799 trug die Landschaft schließlich nur noch die geforderte Summe und den Namen der Stadt in Vordrucke ein. Diese Formulare enthielten auch Handlungsanweisungen für die Beschaffung des Geldes. Hauptsächlich sollten die Ratsmitglieder „als meistens der vermögliche theil“ herangezogen werden, wenn die Kämmerei dazu nicht in der Lage war, dann die übrigen vermögenden Bürger und schließlich die „minder vermöglichen“ mit einem geringen Betrag. Die Landschaft warnt die Städte schließlich noch, dies solle auf freiwillige Weise geschehen, „damit man höherer orten zu keiner selbstigen subrepartition auf jeden bürger sich benothiget finden möge“. Tatsächlich war dann auch die Stadt selbst kaum beteiligt an den Anleihesummen: 1796 gab sie 4.000 fl., 1799 überhaupt nichts hinzu. Sie war also hauptsächlich für die Einhebung von den Bürgern und die Abführung an die Landschaft zuständig. Bei der ersten dieser Anleihen zeichneten meist Bürger und Stiftungen insgesamt 24.986 fl., bei der zweiten sogar 69.174 fl.: StadtA München Kämmerei Nr. 56 Fasz. 1 und 2; Kämmerei Nr. 59; Kammerrechnungen 1790–1800.

ten wegen ihrer Finanzprobleme schon im 17. Jahrhundert gewährt, unter anderen auch Landshut, Ingolstadt⁶³ und Trostberg. Das Geld konnte in München jedoch nicht – wie ursprünglich vorgesehen – nur für die Schuldentilgung genutzt werden, sondern diente immer mehr auch für andere Deckungslücken im Haushalt. Die Suspendierung des Bierpfennigs 1777 brachte die Kämmererei an den Rand des Bankrotts, im März 1781 mußten sämtliche Zinszahlungen an Gläubiger der Stadt eingestellt werden. Die Schuldenlast der Kämmererei hatte 1779 bereits 135.534 fl. 42 x erreicht⁶⁴. Als die Stadt im August 1781 schließlich glaubhaft machen konnte, daß sie soweit zahlungsunfähig sei, daß nicht einmal die Schutzbauten am Isarufer und die Bachauskehr in der Stadt mehr durchgeführt werden könnten, wurde ihr der Bierpfennig wieder genehmigt⁶⁵.

Die folgende Zusammenfassung der Münchener Verschuldungsentwicklung legt bei der Berechnung der Pro-Kopf-Verschuldung jeweils die Gesamtbevölkerung zugrunde. Bei der – die tatsächlichen Belastungsverhältnisse besser beschreibenden – Berücksichtigung allein der bürgerlichen Bevölkerung lagen die entsprechenden Werte 1779 bei 6,3 fl., 1790 bei 13,3 und 1800 bei 21,5.

Verschuldungsentwicklung Münchens

(alle Angaben in fl.)

Jahr	1600	1650	1700	1750	1779	1790	1800
Schuldsumme	60.200	ca. 100.000	87.197	66.766	135.537	281.282	458.300
Pro-Kopf-Verschuldung	< 2,6	5,6	3,8	?	3,9	8,0	15,1

Die Verschuldung der Stadt war also lange Zeit relativ konstant und beschleunigte sich erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Bis einschließlich des Österreichischen Erbfolgekrieges konnte die Stadt die staatlichen Anforderungen selbst tragen, ohne die eigene Verschuldung immer höher schrauben zu müssen. Dennoch traten bereits vor 1750 Kassenprobleme auf, die wohl zu einem nicht unerheblichen Teil aus den nicht erfüllten Verpflichtungen von Staat und Landschaft gegenüber der Stadt – insbesondere ausständige Zinszahlungen – herrührten. Der 1749 gewährte Bierpfennig sollte die Defizite ausgleichen. Notwendige Baumaßnahmen, Anleihen, unbezahlte landesherrliche und landschaftliche Zinsen führten die Stadt schließlich in eine in den letzten beiden Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts sich immer mehr beschleunigende Verschuldung. Angesichts der Darlehensverpflichtungen anderer Städte – die wir im folgenden noch betrachten werden – fällt es jedoch schwer, vor 1795 von einer *Überschuldung* der Residenzstadt zu sprechen.

⁶³ Tröltsch, Finanzgeschichte, 35.

⁶⁴ StadtA München Kammerrechnung 1779; die Angabe von Tröltsch, Finanzgeschichte, 37, die Stadt hätte in diesem Jahr Schulden von 318.941 fl. gehabt, wäre nur erklärlich, wenn diese Summe auch Zinsausstände enthalten würde; Tröltsch nennt als Quelle eine Enquete von 1780 zur Untersuchung des städtischen Haushalts als Quelle, die er jedoch nicht genauer zitiert.

⁶⁵ Tröltsch, Finanzgeschichte, 39.

Wie läßt sich nun die für die Residenzstadt festgestellte Haushaltsentwicklung mit der einer kleinen Landstadt vergleichen, die am Ende des 18. Jahrhunderts etwa fünf Prozent der Einwohner Münchens zählte? Im folgenden richten wir die gleichen Fragen an den Weilheimer Haushalt, wie oben an den der „Großstadt“. Die bereits erörterten wichtigsten Quellenprobleme⁶⁶ werden hier zugunsten einer besseren Lesbarkeit als bekannt vorausgesetzt und nur mehr ergänzt.

Während des Untersuchungszeitraums stieg der Etat des Weilheimer Kämmerers auf mehr als das Vierfache (siehe die folgende Tabelle auf S. 418). Zu berücksichtigen sind allerdings die erheblichen Schwankungen, die hier trotz der gebildeten Zehnjahresschnitte deutlich werden. Während schon die Dekade vor dem Beginn des Dreißigjährigen Kriegs in Bayern einen erheblichen Sprung nach oben verzeichnet, zeigt sich in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts ein wesentlich niedrigeres Niveau als in der Kriegszeit. Auch in der Dekade des Österreichischen Erbfolgekrieges fallen die Etats erheblich zurück. Der extreme Anstieg der Haushaltsbilanzen in der letzten zehn Jahren des 18. Jahrhunderts beruht vor allem auf Veränderungen ab 1794. Demgegenüber haben wir bei der Bevölkerungszahl der Stadt zwischen 1600 und 1800 allenfalls eine Stagnation, wenn nicht sogar einen Rückgang konstatieren müssen. Dies bedeutet deshalb, da der größte Teil des Etats ja von der Bürgerschaft aufgebracht wurde (Ausnahmen u. a. die Zölle), daß die Pro-Kopf-Belastung der Bürger langfristig anstieg. Unter Zugrundelegung der von uns angenommenen Einwohnerzahlen⁶⁷ hatte somit die Kämmererei pro Kopf um 1600 Einnahmen von etwa 1 fl. jährlich zu verzeichnen, die dann wie folgt weiter stiegen: 1620er Jahre 1,2 fl., 1650er Jahre 1,7 fl., um 1700 1,6 fl., 1750er Jahre 2,5 fl., 1770er Jahre 2,3 fl. und um 1800 ca. 5 fl. Dieser Anstieg lag damit über den Inflationsraten der Zeit⁶⁸.

Die Einnahmen lagen besonders gegen Ende des Untersuchungszeitraums tatsächlich sogar noch höher. Ursache hierfür sind die bereits am Beispiel der Pflasterzollrechnung⁶⁹ gezeigten Sonderhaushalte der Stadt Weilheim. Ähnliches wie für die Pflasterzollrechnung gilt für die „Ziegel-Rechnung“. Deren Einnahmen belaufen sich 1790–4 jährlich durchschnittlich auf 1.278 fl. und setzen sich hauptsächlich aus Verkauf von Mauersteinen, Dach- und Pflasterplatten etc. zusammen, Summen, die früher in den Kammerrechnungen erschienen. Ebenso entfallen in letzteren die mit der Ziegelproduktion verbundenen Ausgaben wie Löhne, Reparaturen der Öfen etc., die in dem genannten Zeitraum insgesamt Ausgaben von jährlich 1.058 fl. entsprechen. Lediglich die Bilanzsumme der Ziegelrechnung (der jährliche Durchschnitt der fünf Jahre beträgt 219 fl.) tritt in der Kammerrechnung als Einnahme in Erscheinung.

Ebenso wie bei den Pflasterzöllen und der Ziegelrechnung verhält es sich bei der „Servis-Anlags-Rechnung“. Die eigentlich an die Hofkammer abzuführende Servisanlage war für die Stadtkammer ein lukratives Geschäft. Ähnlich wie die Standsteuer dürfte sie in der Kämmererei nur eine Art Durchlaufposten darstellen, eine Steuer also, die von den Bürgern erhoben und dann an die Hofkammer abge-

⁶⁶ Vgl. Kap. IX.1., speziell zu Weilheim S. 401 f.

⁶⁷ Vgl. S. 162.

⁶⁸ Vgl. Kap. VIII.5.

⁶⁹ Vgl. S. 401 f.

(Ohne Berücksichtigung der Sonderhaushalte. Die in den Kammerrechnungen übertragenen Restsummen der Vorjahresbilanzen wurden abgezogen. Es handelt sich hier also um die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben der jeweiligen Jahre.)

Dekade	Jährlicher Durchschnitt der Einnahmen	Jährlicher Durchschnitt der Ausgaben	Durchschnitt gebil- det aus ... Jahren
1601–10	2100	2190	5
1611–20	3115	3071	3
1621–30	2923	3068	2–3 ¹
1631–40	3445	3084	3
1641–50	2967	2924	8
1651–60	2696	2729	8
1661–70	2253	2354	10
1671–80	2502	2404	10
1681–90	2584	2588	10
1691–1700	2839	2886	9
1701–10	2723	2963	6 ²
1711–20	3188	3433	9
1721–30	3159	3078	9 ³
1731–40	3420	3094	10
1741–50	2237	2009	10
1751–60	4631	4339	10 ⁴
1761–70	3829	3742	10
1771–80	3760	3785	10
1781–90	5445	5558	10
1791–1800	9541	9677	10

Anm. 1: Bei den Einnahmen sind drei, bei den Ausgaben nur zwei Schnittjahre überliefert.

Anm. 2: Die Rechnungen von 1706 und 1707 sind nicht abgeschlossen, die von 1704 und 1709 fehlen. Anm. 3: Für die Jahre 1727 und 1728 existiert nur eine gemeinsame Rechnung; die Rechnung von 1729 fehlt. Anm. 4: Die Kammerrechnung von 1756 fehlt, die Summen konnten jedoch aus der von 1757 rekonstruiert werden.

führt würde. Tatsächlich erhielt die kurfürstliche Behörde auch jährlich aus dieser Steuer zwischen 1790 und 1794 durchschnittlich 210 fl. Eigentlicher Gewinner war jedoch der Kämmerer. In seinen Rechnungen heißt es: „Zur bestreitung der stadtkammer ausgaben wurden vom service amt beygethragen ...“, es folgt jeweils eine nicht unerhebliche Summe, in den untersuchten fünf Jahren im Mittel 625 fl. Die entsprechenden Positionen der folgenden Tabellen zu den landesherrlichen Steuern sowohl auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite in den Kammerrechnungen müßten eigentlich in diesem Zeitraum um die genannten Summen erhöht werden, um tatsächliche Vergleichbarkeit mit den früheren Schnittjahren herstellen zu können⁷⁰.

⁷⁰ Hier wurde auf die Gegenüberstellung der Bilanzsummen der „Servis-Anlags-Rechnung“ verzichtet, da Einnahmen und Ausgaben erheblich voneinander differieren. Zwischen 1790 und 1794 lagen die rechnerischen Einnahmen durchschnittlich bei 2.147 fl., die Ausgaben bei nur 911 fl., wobei sich die Ausgaben hauptsächlich aus den abgeführten Summen an die Hofkammer und die Stadtkämmerei zusammensetzen. Die Erklärung für die große Differenz liegt in den erheblichen Ausständen bei den Servissteuern. Sie betragen im Mittel 1.236 fl. Die Zahlungsrückstände der Bürger liegen also höher als die tatsächlich eingebrachten Servissteuern eines Jahres. Diese Tatsache kann als Spiegel der finanziellen Leistungsfähigkeit der Bürgerschaft verstanden werden.

Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß die Pro-Kopf-Belastung der Weilheimer Bevölkerung um 1790 noch über den bereits festgestellten 5 fl. aus der Kammerrechnungsbilanz lag. Die Sonderhaushalte, von denen am Ende unseres Untersuchungszeitraums nur noch die Bilanzsummen in die Kammerrechnungen eingingen, verdecken bei oberflächlicher Betrachtung das tatsächliche Ausmaß des Anwachsens des öffentlichen Haushalts in der Frühen Neuzeit.

Weilheimer Kammerrechnungen: Durchschnittliche jährliche Ausgaben

(1 = Durchschnitt in fl.; 2 = Anteil an tatsächlicher Ausgabesumme in %)

	1605–1614 ¹		1700–1705 ²		1790–1794	
	1	2	1	2	1	2
Landesherrliche Steuern, Standanlagen etc.	192	6,4	215	8,1	647	8,6
davon: Steuer und Marktzoll	192		215		561	
kurf. Freigeld	–		–		22	
Bürgergulden	–		–		18	
Exerziergulden	–		–		14	
Brautgulden	–		–		32	
Ungeld	992	33,5	–	–	–	–
Schuldzinsendienste, Haus- und Grundzinsen ³	26	0,9	486	18,4	1162	15,4
Darlehensrückzahlungen, Kapitalverleihungen	20	0,7	–	–	367	4,9
Besoldungen	315	10,6	360	13,6	669	8,8
Baumaßnahmen, Handwerkerlöhne ⁴	889	28,8	1256	47,6	3485	46,0
Unkosten, Verbrauchsmaterial, Aufwandsentschädigungen ⁵	440	14,8	176	6,7	509	6,7
Soziale Aufgaben	13	0,4	14	0,5	154	2,0
Stadtschützen	10	0,3	10	0,4	14	0,2
Sonderbare Ausgaben	–	–	113	4,3	442	5,8
Nachlaß und Verlust	–	–	–	–	104	1,4
Negative Rechnungsreste	254		–		–	
Ausgabensumme lt. Kammerrechnungen	3237		2639		7564	
Errechnete Ausgabensumme	3151		2630		7551	
Tatsächliche Ausgabensumme	2983	(96,2)	2639	(99,6)	7564	(99,8)

Anm. 1: 1605, 1609, 1612, 1613, 1614. Anm. 2: 1704 fehlt. Anm. 3: Hierunter wurden folgende Etatposten subsumiert: Beständiger Zins, Kapitalzins, Stipendien. Anm. 4: Hier-

unter wurden folgende Etatposten subsumiert: Jahrmarktsdeputat, Zieglerbesoldung, Zieglers Unkosten, Kalkofenunterhaltung, Treibholz, Holzhackerlöhne, Bauwesen/Baumeister, Maurer-, Zimmerleute- und Tagelöhnerlöhne, Anmerwehrarbeiten, Brunnenwasserarbeiten, Wasserbau-, Deich-, Pflaster-, Quartierhäuser-, Ochsenstadel-, Badhaus- und Amtshauskosten, Grabenmacher, Handwerksleute; zu den entsprechenden Etatposten 1790–94 in der Pflasterzoll- und Zieglerrechnung, die hier nicht mehr eingegangen sind, vgl. auch S.401f. Anm. 5: Hierunter wurden folgende Etatposten subsumiert: Botenlohn, Ehrungen und Schenkungen, Zehrungen, „gemeine“ Ausgaben, Streitigkeiten, Siegel- und Fertiggelder (dem Bürgermeister und dem kurf. Siegelamt zustehend), Steuerdeputata. (Quellen: StadtA Weilheim Kammerrechnungen)

Weilheimer Kammerrechnungen: Durchschnittliche jährliche Einnahmen

(1 = Durchschnitt in fl.; 2 = Anteil an tatsächlichen Einnahmen in ‰)

	1605–1614 ¹		1700–1705 ²		1790–1794	
	1	2	1	2	1	2
Stadtsteuer ⁴	489	16,4	618	23,4	1150	15,2
Nachsteuer	0	0	6	0,2	161	1,7
davon kurf. Freigeld	0		0		25	
Ungeld	1389	46,6	47	1,8	15	0,2
Zölle, Gebühren, Büchsen, Buß- u. Strafgelder ⁵	208	7,0	356	13,5	1295	17,1
Darlehenszinsen, Haus- u. Grund- abgaben ⁶	250	8,4	465	17,6	466	6,2
Darlehenaufnah- men, getilgte Kapitalien	40	1,3	0	0	2240	29,6
Bürgeraufnahmen ⁷	136	4,6	203	7,7	508	6,7
davon: Bürgergulden	0		0		19	
Exerziergulden	0		0		15	
Brautgulden	0		0		32	
Verkaufserlöse ⁸	426	14,3	560	21,2	748	9,9
Sonderbare Einnahmen	0	0	300	11,4	1057	14,0
Rechnungsreste	-254 ³	–	245		1976	
davon Ausstände	?	?	786		1202 ⁹	
Einnahmesumme lt. Kammerrechnung	2978		2885		9542	
Errechnete Ein- nahmesumme	2938		2800		9612	
Tatsächliche Einnahmesumme	2978	(98,6)	2640	(96,8)	7566	(101,0)

Anm. 1: 1605, 1609, 1612, 1613, 1614. Anm. 2: 1704 fehlt. Anm. 3: Bei Ausgaben berücksichtigt. Anm. 4: Zusammen mit der Stadtsteuer wurde auch das Wachtgeld und das Brunnenwassergeld erhoben. Anm. 5: Hierunter wurden folgende Etatposten subsumiert: Jahrmarktsgefälle, Großer Zoll, Altes und Neues Wegzollgeld, Brandschatzungs- und Getreidezoll, Waagegeld, „auswendiger“ Zoll, bürgerliche und Polizeistrafen, an den „fundus pauperum“ geführte Strafgelder, Bestandgeld, Eichgeld, Kornhandelssteuer, Backzins der

Bäcker, Brieffertigungs- und Siegelgeld, Pflasterzoll, Leitergeld. Anm. 6: Hierunter wurden folgende Etatposten subsumiert: Kapitalzins, Eisengülden und Stiftsgeld, Laudemia, Leibrechte, Wasserzins, Anfall und Abzug von Stadtgrunduntertanen, „zufällige“ Einnahmen. Anm. 7: Hierunter wurden folgende Etatposten subsumiert: Bürgerrechte, Feuerkübelgeld, Bürgergulden, Exerziergulden, Brautgulden. Anm. 8: Z. B. aus Mauersteinen, Kalk, Holz. Anm. 9: In der Rechnung werden noch 1.095 fl. Zahlungsausstände früherer Kämmerer genannt, die aber weder in den genannten Rest noch in die Bilanz eingegangen sind.

(Quelle: StadtA Weilheim Kammerrechnungen)

Kommen wir nun zur Detailanalyse der Veränderungen verschiedener Etatgruppen (vgl. zu den Erläuterungen die beiden vorstehenden Tabellen mit den entsprechenden Zahlenwerten). Bei den *Ausgaben* lassen sich gegenüber der Entwicklung des Gesamtetats zwischen 1600 und 1800 besondere Steigerungen in folgenden Bereichen feststellen: Steuern und andere landesherrliche bzw. landschaftliche Abgaben (um ca. 240 %), d. h. bei den zumindest teilweise die städtische Kammer nur durchlaufenden Positionen, Schuldendienste (ca. 4370 %) und Baumaßnahmen mit Handwerkerlöhnen (ca. 290 %). Von den Positionen mit unterproportionalem Wachstum fallen vor allem die Besoldungen der städtischen Bediensteten ins Gewicht (ca. 110 %). Bei Einbeziehung der Sonderhaushalte würde die Etatgruppe der Baumaßnahmen wie auch der Steuern noch stärker ansteigen. Aus diesem Überblick läßt sich vor allem schließen, daß es die immer höheren landesherrlichen Anforderungen wie auch die gestiegenen Kosten für Handwerker waren, die die Bilanzen der Stadt belasteten, sieht man einmal von den kriegsbedingten oder durch die drei Stadtbrände verursachten Verluste ab. Das Anschwellen der Schuldendienste, die das tatsächliche Ausmaß der Verschuldung gar nicht zeigen (siehe unten in diesem Kapitel), sind hiervon die Folge.

Auf der *Einnahmenseite* lassen sich ebenfalls verschiedene bemerkenswerte Entwicklungen feststellen. Unberücksichtigt müssen an dieser Stelle die Veränderungen bei den Darlehensaufnahmen bleiben, die im Zusammenhang mit der Verschuldung der Stadt gleich unten zu betrachten sind. Darüber hinaus haben sie angesichts der langen frühneuzeitlichen Laufzeiten von Krediten bei unseren Fünfjahresdurchschnitten nur einen sehr geringen Aussagewert. Wichtig erscheinen hier dagegen die Veränderungen bei der Standsteuer, die ja teilweise als Durchlaufposition in den Kammerrechnungen zu verstehen ist. Während nämlich die abgeführten Summen an Landesherrn und Landschaft zwischen 1600 und 1800 um ca. 240 % stiegen, wuchsen die Einnahmen im gleichen Zeitraum nur um etwa 130 %. Dies bedeutet, daß die Differenzanteile zwischen Erhebungssumme der Steuern und ihrer Abführungssumme immer kleiner wurden und der Stadt damit verloren gingen. Die Erklärung für dieses Phänomen ist dabei die gleiche wie in München. Die sich vermindernde Differenzsumme spiegelt die geringere Leistungsfähigkeit bzw. -verpflichtung der Bürgerschaft bei den jeweiligen Steuererhebungen wider. In Weilheim liegt dies nicht nur an einem Rückgang der Bevölkerungszahl, sondern auch an verminderten steuerlich relevanten Besitzständen. Die Landstadt erlitt dabei vor allem im 18. Jahrhundert Einbußen, auf die bereits eingegangen wurde⁷¹. Nicht berücksichtigt ist

⁷¹ Vgl. Kap. IV.3.3.2., Kap. VIII.2.2.2. und Kap. VIII.3.2.

in diesen Zahlen die erst im 18. Jahrhundert eingeführte Servissteuer, deren Sonderrechnung bereits besprochen wurde. Aus der Einnahme dieser Sondersteuer konnte die Stadtkammer allerdings nicht unerhebliche Gewinne erzielen.

Kompensiert wurden die Verluste also auch durch diese zusätzliche Steuer, von deren Einnahme die Stadt einen großen Anteil behalten konnte, hauptsächlich jedoch im Bereich der Zölle. Pflasterzoll, Großer Zoll, Altes und Neues Wegegeld etc. beruhten auf älteren und neueren Privilegien, die der Landesherr der finanziell bedrängten Kammer gewährte. Die Gewinne aus der Servissteuer und der alte Pflasterzoll erscheinen jetzt – neben einigen unbedeutenderen Positionen – unter der Rubrik „Sonderbare Einnahmen“, die eigentlich den Kammerrechnungsetatgruppen Steuer und Zölle zuzuweisen wären. Während der Landesherr also selbst seinen eigenen Anteil an den Einkünften aus den Abgaben der Bürgerschaft immer mehr steigerte, mußte er der Stadt an anderer Stelle zumindest für die notwendigsten Aufwendungen und ständigen Unkosten (Baumaßnahmen, Besoldungen, Schuldendienste) diesen Ausgleich gewähren, der allerdings beim Zoll wiederum besonders den Handel, bei der Servissteuer alle Einwohner belastete. Reine Durchlaufposten zugunsten des Landesherrn waren drei im 18. Jahrhundert neu eingeführte zusätzliche Abgaben bei der Bürgeraufnahme: Bürgergulden, Exerziergulden, Brautgulden. Hinzu kam das kurfürstliche Freigeld, das Bürgern, die die Stadt und auch das Land verlassen wollten, zusätzlich zu der der Stadt zustehenden Nachsteuer abgefordert wurde⁷².

Ganz erheblich beeinflusst wird die Vergleichbarkeit der untersuchten Zeitabschnitte durch die unterschiedliche Gewährung des Ungelds. Während nämlich 1605–1614 das landesherrliche Ungeld als Durchlaufposten noch über die Kammerrechnung läuft, wodurch auch ein nicht unerheblicher Gewinn für die Stadt abfiel (Einnahmen im Durchschnitt 1.389 fl., abgeführte Summe an den Herzog 992 fl.), verzeichnet die Kammer in späterer Zeit nur noch die geringe Einnahmesumme aus dem Aufschlag auf Wein, Met und Brantwein, der ihr 1426 als Privileg verliehen worden war⁷³. Soweit die hier untersuchten Zeiträume für die weitere Entwicklung repräsentativ sind, hat Weilheim also nie einen sogenannten Bierpfennig für die Kompensation seiner Haushaltsdefizite bzw. zur Tilgung der Schulden erhalten.

Da wir es bei den gewählten Schnittjahren mit „normalen“ Jahren zu tun haben, also nicht mit Kriegszeiten, die zusätzliche Belastungen mit sich brachten, sind die hier festgestellten Tendenzen als zeittypisch zu verstehen. Zusammengefaßt können sie auf den gemeinsamen Nenner gebracht werden, der Staat erweiterte seine finanziellen Anforderungen an die Landstände, gab dafür jedoch diesen die Möglichkeit, die Verluste über neue Einnahmen gegenüber den eigenen Untertanen zu kompensieren. Das System konnte allerdings nur solange funktionieren, solange diese Untertanen einem solchen Druck gewachsen waren. Wie im folgenden anhand der städtischen Verschuldung zu zeigen sein wird, war dies nicht nur in Weilheim *nicht* der Fall⁷⁴.

Zur Rekonstruktion der Schuldenentwicklung der Stadtkammer Weilheims stehen als Quellen zunächst einmal – wie für München – die Kammerrechnungen

⁷² Vgl. *Kreittmayr*, Anmerkungen V, 785–799; *Hoffmann*, Instruktionen, 305f., 310 Art. 34 und 41.

⁷³ StadtA Weilheim Kammerrechnung 1700.

⁷⁴ Vgl. S. 440–443.

zur Verfügung. Vielfach läßt sich – ebenfalls wie in der Residenzstadt – aus ihnen jedoch nicht die verzinste Kapitalschuldsumme ablesen, sondern diese muß aus Einzelsummen addiert werden, die anlässlich der jeweils fälligen Zinszahlungen eingetragen wurden. Deshalb stellt sich auch für die Landstadt das Problem der Vollständigkeit der Eintragungen. Aus der Rechnungsserie läßt sich nun folgende Entwicklung ablesen:

Verschuldung der Stadt Weilheim 1601–1800 nach den Kammerrechnungen – nicht tatsächliche Verschuldung!

(alle Werte in fl.)

Jahr	Kapital- schulden (soweit angegeben)	bezahlte Zinsen	Zinsaus- stände (soweit (angegeben))
1601	0	0	0
1609	0	0	0
1618	4000	200 ¹	0
1625	?	640	0
1628	11 500 + x*	575	0
1640	17 950*	816	342*
1645	16 572	557	1 260
1646	15 572	297	1 823
1647	15 272	142	2 457
1648	15 252	275	2 946
1649	14 192	726	2 942
1650	14 535	362	3 306
1655	12 360	490	4 149
1660	8 610	305	4 604
1670	8 340	535	4 346
1680	7 860	290	4 255
1690	7 350	320	835
1700	7 350	427	?
1710	7 350	375	unter 100
1719	7 210	347	357*
1730	7 260*	43	440*
1740	8 123*	138	?
1750	8 023*	114	2 878
1760	15 485*	1 068	9 811 + x
1770	15 210*	408	10 348
1780	15 115*	993	8 909
1790	15 340*	754	5 689
1798	32 524*	1 377	2 800
1800	41 279	928	3 028

* Aus einzelnen Etatposten in den Kammerrechnungen errechnet, nicht als Summe in Quelle ablesbar.

Anm. 1: 1617 erscheinen erstmals 200 fl. Zinsen für 4.000 fl. Darlehen des Hochstifts Freising.

(Quellen: StadtA Weilheim Kammerrechnungen)

Damit ist jedoch nicht die ganze Verschuldung der Kammer erfaßt, wie Gegenproben und verschiedene ergänzende Quellenzeugnisse zeigen. Dieses

Ergebnis bereits vorwegnehmend gehen wir von der These aus, daß zumindest in den Jahren, in denen die tatsächliche Schuldsomme und die Eintragungen in den Kammerrechnungen differieren, die Stadt ihren Zinszahlungsverpflichtungen nicht voll nachkommen konnte. Wie sieht nun die tatsächliche Verschuldungsentwicklung der Stadt aus?

In der Zeit unmittelbar nach dem Dreißigjährigen Krieg (1654) schätzten Bürgermeister und Rat die finanzielle Lage Weilheims äußerst schlecht ein. In diesem Bericht erklären sie auch, daß die Schuldsomme der Kammer sich inklusive der nicht bezahlten Zinsen auf 20.000 fl. belaufe⁷⁵. Diese Angabe dürfte sich mit der in den Kammerrechnungen dieser Zeit genannten Schuldsomme von ca. 14.500 fl. weitgehend decken. Das bestätigen auch andere erhaltene Berichte und Eingaben des Rats, die die katastrophalen finanziellen Verhältnisse schildern. So hatte die Stadt 1637 bereits seit vier Jahren keine Standsteuern mehr bezahlen können, wofür dann drei Ratsmitglieder im kurfürstlichen Schloß, dem Sitz des Landrichters, in Arrest genommen wurden. Seit 1644 sind immer wieder Anträge gestellt worden, die Stadtsteuer und den Gerichtszoll für den Pfleger von 38 fl. 6 β nachzulassen, da die Bürger nicht einmal diesen Betrag mehr aufbringen könnten⁷⁶. Die Stadt hatte auch nach 1648 Steuernachlaßanträge gestellt, worin sie ihre geringen Einkünfte und die hohen Schulden belegt. Dabei weist sie u. a. 1662 darauf hin, daß sie seit „etlichen“ Jahren keine Schuldzinsen mehr zu zahlen in der Lage gewesen sei⁷⁷.

Kontributionskosten an die kaiserlichen Heere während des Spanischen Erbfolgekrieges in Höhe von 30.000 fl. wurden nicht über die Kammerrechnung abgerechnet, sondern von den Bürgern direkt eingefordert. In einem Schreiben des Rates von 1705 an die kaiserliche Hofkammer ist allerdings von 22.000 fl. Kapitalschulden die Rede, die landesüblich (d. h. zu 5 %) zu verzinsen seien. Ursache für die hohen Belastungen wären neben noch bestehenden Summen aus dem Dreißigjährigen Krieg u. a. Kosten durch Unglücksfälle sowie die genannten Kontributionen⁷⁸. Wie aus dem Bericht des Bildhauers Ignaz Degler deutlich wird, waren die Reserven der Bürgerschaft durch diese Brandschatzungsgelder endgültig erschöpft⁷⁹. Die Stadt stellte schon im Juli 1705 erneut einen Antrag an die kaiserliche Kammer, die Stadtsteuer an das Pfliggericht von 38 fl. 6 β nachzulassen, weil hierfür keine Mittel mehr vorhanden seien⁸⁰.

In der Kammerrechnung von 1719 finden wir dann eine Zinszahlung von 347 fl. Bei dem für die Zeit allgemeingültigen fünfprozentigen Zinssatz entspricht dies einer Schuldsomme von 6.949 fl. An einer anderen Stelle gibt nun die Kammerrechnung tatsächlich Schulden in Höhe von 7.210 fl. an, also eine ohne weiteres akzeptierbare Abweichung. Allerdings wird gleichzeitig bemerkt, daß die eigentlich fälligen Zinsen 723 fl. betragen hätten, was aber einer Schuldsomme von 14.460 fl. entsprechen würde. Daß diese Summe der Realität näher kommt als die 7.210 fl., zeigt eine Zusammenstellung der Verschuldung bayerischer Städte und Märkte aus dem Jahre 1770, die die Weilheimer Schulden von 1741

⁷⁵ BayHStA GL Fasz. 4430 Nr. 85.

⁷⁶ BayHStA GL Fasz. 4430 Nr. 85.

⁷⁷ BayHStA GL Fasz. 4430 Nr. 85.

⁷⁸ BayHStA GL Fasz. 4430 Nr. 85; vgl. auch *Rid.* Weilheim, 120f.

⁷⁹ Der Originalbericht ist vermutlich verloren, der Inhalt ist bei *Rid.* Weilheim, 117–123 überliefert.

⁸⁰ BayHStA GL Fasz. 4430 Nr. 85.

und 1768 für beide Jahre auf 15.379 fl. beziffert. Zwischen 1719 und 1741 ist es weder zu erheblichen Schuldenaufnahmen noch zu erwähnenswerten Tilgungen gekommen (siehe die folgende Tabelle „Neuverschuldung und Tilgungen“). Während des Österreichischen Erbfolgekrieges wurden nach der genannten Zusammenstellung keine weiteren Kredite in Anspruch genommen. Die Zinsausstände sind für beide Jahre mit 5.604 bzw. 7.166 fl. angegeben⁸¹.

Ein eigener Bericht Weilheims gibt für 1770 einen Schuldenstand von 18.000 fl. an⁸². Ob nun die Schulden zwischen 1741 und 1768/70 tatsächlich, wie die Zusammenstellung von 1770 angibt, bei ca. 15.000 fl. gleichblieben oder auf 18.000 fl. anwuchsen, wie die Stadt in diesem Jahr vorgibt, kann hier nicht mehr beantwortet werden. Letzteres erscheint jedoch aus verschiedenen Gründen wahrscheinlicher:

So soll zwischen 1741 und 1745 die Bevölkerung mit Brandschatzungen, Kriegssteuern und anderen Belastungen über mehrere tausend Gulden belastet worden sein⁸³. Außerdem brannten 1744 in der Oberstadt 115 Häuser ab⁸⁴. Darüber hinaus wird in einen Antrag Weilheims auf „ergiebigem“ Nachlaß der ausständigen Zinsschulden und auf Zinsreduzierung von 5 auf 3 % aus dem Jahre 1749 der Kapitalschuldenstand der Stadt mit 19.801 fl. angegeben, die ausständigen Zinsen (Interessen) mit 15.733 fl.⁸⁵ Aus der Begründung des Antrags läßt sich erkennen, daß der Schuldenstand dieses Jahres die Leistungsfähigkeit der Stadt weit überfordert hatte. Kapitalschuld und ausständige Zinsen beliefen sich auf über 35.000 fl., während die Gesamteinnahmen der Kammer in diesem Jahr gerade 10 % dieser Summe ausmachten⁸⁶. Daß die Stadt allein die 990 fl. Zinsen für das Kapital (Zinseszinsen kannte man nicht) nicht erbringen konnte, ist angesichts dieser Verhältnisse ohne weiteres glaubhaft. Der Antrag der Stadt auf Zinsreduzierung und teilweisen Nachlaß der Zinsschulden erscheint angesichts dieser Verhältnisse äußerst bescheiden. Der Rat begründet die Zahlungsunfähigkeit seiner Bürger mit vier Punkten: 1. Der dreimalige Stadtbrand, 2. die Kriegskosten, worunter sich die Kontributionen auf viele tausend Gulden beliefen, 3. ein „total viehfall“ und 4. schließlich das Hochwasser der letzten Jahre, das Amperbrücke, Stege und die Feldfrüchte zerstört hätte – Schaden: ebenfalls mehrere tausend Gulden.

Wir müssen also davon ausgehen, daß die Kammerrechnungen die tatsächliche Verschuldung der Stadt seit der unmittelbaren Nachkriegszeit des Dreißigjährigen Krieges bis zum Ende des 18. Jahrhunderts nicht wiedergeben, sondern weitgehend nur diejenigen Kredite verzeichnet sind, die auch verzinst wurden. Die hohen Differenzen zwischen der konstatierten tatsächlichen Verschuldung und den Darlehen, für die Interessen bezahlt wurden, sind Beleg für eine nahezu bankrotte Stadt.

Ergänzend zu den Angaben zur Verschuldung geben die Kammerrechnungen auch Aufschluß über Neuverschuldung und Tilgung alter Schulden. Für die Zeit vor 1640 sind zu viele Kammerrechnungen verloren, als daß eine Aufnahme in

⁸¹ BayHStA GR Fasz. 263 Nr. 14 u. 15; vgl. S. 441.

⁸² BayHStA GR Fasz. 263 Nr. 15.

⁸³ Riedl, Reise Atlas; Rid, Weilheim, 130.

⁸⁴ Rid, Weilheim, 131, 134 f.

⁸⁵ BayHStA GR Fasz. 1517 Nr. 245.

⁸⁶ StadtA Weilheim Kammerrechnung 1749: Die Einnahmen betragen in diesem Jahr 3.537 fl.

die folgende Aufstellung sinnvoll gewesen wäre. Schmerzlich ist auch das Fehlen von vier Jahrgängen aus der Zeit des Spanischen Erbfolgekrieges.

Neuverschuldung und Tilgungen der Weilheimer Stadtkammer 1641–1800

(Keine Durchschnitte, sondern absolute Werte! Zahlen in Klammern deuten auf nicht vollständige Zahlengrundlage für alle Jahre wegen Fehlens von Kammerrechnungen hin.)

Dekade	Schuldenaufnahme	Schuldenrückzahlung	Differenz
1641–1650 ¹	(627)	(3.938)	(3.311)
1651–1660 ²	(0)	(4.262)	(4.262)
1661–1670	0	770	770
1671–1680	950	1.252	302
1681–1690	650	867	217
1691–1700 ³	(1.800)	(1.560)	(240)
1701–1710 ⁴	(0)	(0)	(0)
1711–1720 ⁵	(240)	(495)	(255)
1721–1730 ⁶	(1.520)	(795)	(725)
1731–1740	1.272	100	1.172
1741–1750	0	125	125
1751–1760 ⁷	(700)	(1.800)	(1.100)
1761–1770	1.000	1.000	0
1771–1780	250	558	128
1781–1790	7.180	5.185	1.997
1791–1800	38.856	13.433	25.423

Anm. 1: Keine Angaben zu 1642 und 1644, da Kammerrechnung nicht erhalten. Anm. 2: Keine Angaben zu 1651 und 1656, da Kammerrechnungen nicht erhalten. Anm. 3: Keine Angaben zu 1698, da Kammerrechnung nicht erhalten. Anm. 4: Keine Angaben zu 1704, 1706, 1707 und 1709, da Kammerrechnungen nicht erhalten bzw. nicht abgeschlossen wurden. Anm. 5: Keine Angaben zu 1720, da Kammerrechnung nicht erhalten. Anm. 6: Keine Angaben zu 1729, da Kammerrechnung nicht erhalten. Anm. 7: Keine Angaben zu 1756, da Kammerrechnung nicht erhalten.

(Quellen: StadtA Weilheim Kammerrechnungen)

Wenn diese Werte auch aufgrund verschiedener verlorener Kammerrechnungen nicht vollständig sind, so läßt sich aus ihnen doch eine weitere wichtige Erkenntnis ablesen. Außer in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges und im ausgehenden 18. Jahrhundert, vielleicht auch außer der Periode des Spanischen Erbfolgekrieges kam es zu keiner nennenswerten Neuverschuldung, genausowenig aber auch angesichts der Gesamtschuldsumme zu ins Gewicht fallenden Tilgungen. Bis um 1790 gelingt es der Stadt also nicht, den Schuldenberg wesentlich abzubauen, und in der letzten Dekade des 18. Jahrhunderts „explodiert“ die Verschuldung schließlich in nie gekannte Höhen bis über 40.000 fl. In diesen zehn Jahren fielen von jährlich durchschnittlich 9.541 fl. Einnahmen der Stadtkämmerei 3.886 fl., also weit mehr als ein Drittel, allein auf neue Schuldenaufnahmen, denen nur 1.343 fl. Tilgungsleistung gegenüber standen.

Zusammenfassend stellt sich also die Verschuldungsentwicklung der Weilheimer Stadtkämmerei nach den bisherigen Erkenntnissen folgendermaßen dar:

1. Die Verschuldung der Weilheimer Stadtkammer setzte erst mit dem Dreißigjährigen Krieg ein und erreichte bis um 1650 Höhen (ca. 20.000 fl.), von denen nicht einmal mehr die Zinsen bezahlt werden konnten. Entsprechend

stiegen auch die Zinsausstände, deren Summe allein einen gesamten Jahresetat erreichte. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Weilheimer Bevölkerung lag damit bei ca. 12,5 fl.

2. Erstmals für das Jahr 1705 betreten wir dann wieder gesicherten Zahlenboden. Die Verschuldung liegt bei 22.000 fl. (pro Kopf ca. 12,2 fl.). Bis 1741 sinkt sie dann auf ein niedrigeres Niveau (ca. 15.000 fl.; Pro-Kopf-Verschuldung ca. 8,3 fl.).
3. Wenn auch während des Österreichischen Erbfolgekrieges keine neuen Kredite aufgenommen wurden, so hatte sich auch zwischen 1741 und 1768 (über 15.000 fl. Schulden) keine Verbesserung der Lage der 1749 als völlig überschuldet dargestellten Stadt ergeben.
4. Spätestens zu diesem Zeitpunkt konnte auf eine Tilgung der Schulden keine Hoffnung mehr sein. Zunächst wuchsen lediglich die Zinsausstände immer mehr an, seit den 1790er Jahren auch die Kapitalschulden selbst. Um 1800 erreichte diese Schuld ohne die Zinsausstände mehr als die zweifache Höhe derjenigen von 1654 (Pro-Kopf-Verschuldung über 20 fl.).

2.3. Burghausen

Der Entwicklung des Burghauser Haushalts wollen wir uns zunächst über die Verschuldung der Stadt und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung nähern. Auf die Einsetzung einer Administrationskommission durch den Landesherrn wegen der Zahlungsunfähigkeit der Kämmerei 1763 ist bereits eingegangen worden⁸⁷. Hier sollen nun vor allem die Ursachen hierfür näher beleuchtet werden. Wichtigste Quelle zu diesem Thema sind zwei Berichte eines Stadtkammer-, Servis- und Rentamtskommissars, Regierungsrat Edler von Mussinan, vom 10. und 25. Juli 1793⁸⁸. Diese Berichte sollen im folgenden soweit möglich mit Angaben aus anderen Quellen ergänzt werden.

Mussinan schreibt, daß, nachdem es bereits 1500 und 1600 zu Mitteilungen über Mängel in der städtischen Rechnungsführung gekommen sei, am 1. Februar 1651 ein Regierungsbericht an den Kurfürsten über die äußerst schlechte finanzielle Lage der Stadt und ihre Stiftungen gegangen wäre. Die daraufhin eingesetzte Kommission habe neben einer völlig desolaten Rechnungsführung Ausstände von vielen tausend Gulden entdeckt. Bis 1698 wäre die Hauptstadt überwacht und zu einer korrekten Buchführung angehalten worden. 1741 hätten sich jedoch wieder Defizite, in diesem Fall große Ausstände, gezeigt, die darauf beruhten, „daß beynahe die halbe bürgerschaft einige jahre an die stadtkammer ihre ablagen nicht mehr gab“. Als Ursache vermutet der Regierungsrat Säumigkeit der Stadtverwaltung und auch die Kriegszeiten. In der Tat verzeichnen die Kammerrechnungen in dieser Zeit stets hohe Ausstände: 1720 werden diese mit 3.828 fl. 40 x angegeben, 1747 bereits mit 11.148 fl. 16 x und 1751 wieder mit 5.964 fl. 14 x, wobei berücksichtigt werden muß, daß Ausstände regelmäßig abgeschrieben wurden, die nicht mehr einzubringen waren⁸⁹. Die hier wiedergegebenen Werte stellen also nur noch die Summe dar, bei der Hoffnung auf eine

⁸⁷ Vgl. S. 58.

⁸⁸ BayHStA GL Fasz. 433 Nr. 119.

⁸⁹ Vgl. S. 403.

Einbringung bestand. Ausstände wie die hier belegten und auch wie die bereits abbeschriebenen beruhten zu einem großen Teil auf der Zahlungsunfähigkeit von Bürgern für städtische Abgaben. Die Verhältnisse der Kammer hatten sich nach Mussinan immer weiter verschlechtert, so daß der Magistrat am 11. Mai 1760 dem Kurfürsten einen Schuldenstand von 120.000 fl. aus aufgenommenem Kapital (70.000 fl.) und unbezahlten Interessen (50.000 fl.) (= Zinsen) habe eingestehen müssen, mit dem er nicht mehr alleine fertig werden könne. Vergleicht man diese Schuldensumme mit den Kammerrechnungen (siehe Tabelle unten, S. 431), so liegt sie etwa dreißigmal so hoch wie die jährlichen Kammer-einnahmen dieser Zeit. Ein öffentlicher Gantprozeß ließ sich nicht mehr verhindern. Max III. Josef und Karl Theodor gestatteten als eine Art „Soforthilfe“ eine Erhöhung des bisher mit 400 fl. bemessenen Salzkreuzers⁹⁰ auf 1.000 fl., gewährten den Pflasterzoll und einen Bierpfennig der örtlichen Brauer von 1.600 fl., der 1768 auf 1.800 fl. erhöht wurde⁹¹. Die „gratialis cassa“ in Händen der 1763 eingesetzten kurfürstlichen Administration, die aus fünf Regierungsräten bestand, führte dann auch ein rigoroses Regiment. Die vom Landesherrn gewährten Zuschüsse mußten „ehe zur tilgung der stadtgläubiger, dann in höchst nothfall zur bedürfniß der stadt selbst verwendet werden“. Bereits am 17. Oktober 1767 erklärte die Stadt gegenüber dem Kurfürsten, es sei unmöglich, Gebäude, Straßen und Wege von den verbleibenden Stadtkammereinnahmen zu unterhalten⁹². Bis 1793 konnte der Schuldenstand auf 53.937 fl., davon 33.973 fl. Kapitalschulden, der Rest Currentschulden, zurückgeführt und der Zinsrückstand über Nachlässe von fast 30.000 fl. und Zahlungen von etwa 25.000 fl. (wobei auch die seit den 1760er Jahren neu hinzugekommenen Interessenverpflichtungen nicht zu vergessen sind) reduziert werden. An dem Schuldenstand änderte sich dann bis 1800 kaum mehr etwas⁹³. Die Oberadministration über die Burghauser Stadtkammer, Kirchen und Stiftungen wurde erst 1802 im Zusammenhang mit der Auflösung der Regierung Burghausen aufgegeben⁹⁴.

Im Vergleich zu den bereits dargestellten Verhältnissen in München und in Weilheim werden einige wesentliche Unterschiede deutlich. Wenn auch die beiden anderen Beispielstädte nicht annähernd den Verschuldungsgrad Burghausen erreicht hatten, so waren doch für beide Einnahmen wie Pflasterzoll oder Bierpfennig wichtige Einnahmeposten, um die „normalen“ Ausgaben der Stadt bestreiten zu können. Burghausen waren sie neben dem Salzkreuzer, den es ja ursprünglich wegen des Verlusts des Salzhandels erhalten hatte und dessen 400 fl. jährlich eine wesentliche Einnahme für die Stadt dargestellt hatten, seit 1763 für die normale Ausgabenbestreitung entzogen. Neben der extrem beschnittenen Selbstverwaltung war der „Hauptstadt“ damit auch finanziell der Entscheidungsspielraum genommen. Zwischen Einsetzung der Kommission und 1793, also in 30 Jahren, erhielt die Stadt aus diesen Einkünften lediglich 16.758 fl. 9 ¼ x für Reparaturen und andere „Bedürfnisse“, so der Bericht Mussinans. Beachtlich gegenüber München und Weilheim ist allerdings, daß es der Stadt gelang, im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts ihre Schuldensumme zu reduzie-

⁹⁰ Vgl. S. 35f.

⁹¹ StadtA Burghausen Stadtschuldenrechnung 1800.

⁹² StadtA Burghausen Akten 48.

⁹³ StadtA Burghausen Stadtschuldenrechnungen 1793–1800.

⁹⁴ BayHStA GL Fasz. 433 Nr. 119.

ren, wobei ihre Pro-Kopf-Verschuldung am Ende unseres Untersuchungszeitraums noch immer höher liegt als in den beiden anderen Städten. Ohne Zinsausstände lag diese Pro-Kopf-Verschuldung in Burghausen um 1760 bei 32 fl., um 1790 bei noch ca. 25 fl. Weilheim hatte um 1800 einen absoluten Höhepunkt mit 20 fl. erreicht. München – selbst wenn man nur die bürgerliche Bevölkerung zur Grundlage nimmt – 21,5 fl.

Die Frage nach den Ursachen der in Burghausen sicherlich extremen Situation ist mit Mißwirtschaft und Kriegszeiten alleine, wie dies der berichtende Regierungsrat getan hat, nicht zu beantworten. Über die Ursachen kam es schließlich auch zum Streit zwischen Hofkammer und Stadt. Während die Zentralbehörde am 8. Mai 1789 erklärte, die Höhe der Burghauser Verschuldung gehe auf das Konto der Verwaltung, war die Stadt ganz anderer Ansicht. Sie erläuterte am 8. Juli dieses Jahres dem Geheimen Rat, Kriegszeiten, andere „zufällen“, mangelnde Einkünfte und der Verlust des Innviertels als Absatzmarkt seien die Begründung für die derzeitigen Kassenprobleme⁹⁵.

Aus den Kammerrechnungen lassen sich zumindest für einen bestimmten Zeitraum zahlreiche Angaben zu den Gründen der Verschuldung entnehmen. Zwischen 1666 und 1741 sind hier Kapitalanleihen von 70.132 fl. der Stadt verzeichnet, denen im gleichen Zeitraum Tilgungen von 23.535 fl. gegenüberstehen. Von den verbliebenen 46.597 fl. waren 17.800 fl. durch landesherrliche oder landschaftliche Zwangsanleihen verursacht, d.h. mehr als ein Drittel. Wie überzogen die Vorstellungen von der Leistungsfähigkeit der bayerischen Städte war, zeigt das Beispiel der Anleihe aus dem Jahre 1721. Burghausen wurde am 21. Juni dieses Jahres befohlen, 12.000 fl. zur Tilgung der Staatsschulden als Darlehen zu überweisen. Wegen der gänzlichen Unmöglichkeit, diese hohe Summe aufzubringen, wurde sie schließlich auf 4.000 fl. „moderiert“⁹⁶, was immer noch fast die Höhe eines ganzen Jahresetats in dieser Zeit entsprach. Die Summe mußte entsprechend durch städtische Anleihen aufgebracht werden.

Die extrem hohen Ausstandssummen, die zeitweise weit die Höhe eines ganzen Jahresetats überstiegen, besonders im Umfeld der Erbfolgekriege, zeigen die Verarmung der Bürgerschaft an, die nicht mehr in der Lage war, die städtischen Abgaben und Belastungen zu erfüllen. Dies korrespondiert auch mit unseren Überlegungen zur Gewerbeentwicklung und Vermögensverteilung⁹⁷. In dem bereits zitierten Schreiben der Stadt an den Geheimen Rat von 1789 erklärt der Magistrat, daß „die einkünfften der stadtkammer allzeit so ring gewesen, das solche nicht einmahl zu bestreitung der vorhanden vnuermeidlichen pau ausgaben und besoldungen, welche ingleichwohlen auf das ausseriste eingezochen, hinlänglich waren, dan das meiste burgerschafft ... sich zu aller zeit in sehr betrangten vmständen befunden ...“⁹⁸

Kriegskontributionen wurden hauptsächlich von den Bürgern erhoben und finden sich – wie bereits das Weilheimer Beispiel gezeigt hat – nicht als ordentliche Kapitalaufnahmen in den Kammerrechnungen. Dies gilt mitunter anscheinend auch, wenn sie in Form von Krediten gegeben wurden. Von den 70.000 fl. Schuldenstand Burghausens stammen nach einer Zusammenstellung von 1769

⁹⁵ StadtA Burghausen Akten 48.

⁹⁶ StadtA Burghausen Kammerrechnung 1721 fol. 129ff.

⁹⁷ Vgl. Kap. VI.2.2.3. und VIII.3.3.

⁹⁸ StadtA Burghausen Akten 48.

allein ca. 21.000 fl. von einer Franziska Verstholdt aus den Jahren 1705 und 1708 mit der Bedingung, „ohne fernere interesse abreichung, mitls meisten nachlass zu bezahlen: oder die stadt bis auf erfolgend bessere kräftungs zeiten fir einen schuldner behalten können“. Auch im Österreichischen Erbfolgekrieg liehen Bürger 7.335 fl. 46 x der Stadt in ihrer „größten notdurft“⁹⁹. Keine dieser Kapitalaufnahmen aus den beiden Erbfolgekriegen findet sich allerdings in den Kammerrechnungen. Daß die Darlehen der Franziska Verstholdt nach 60 Jahren noch immer nicht getilgt waren, verwundert angesichts sowohl der üblichen Praxis, Kredite sehr lange nicht zurückzuzahlen, als auch wegen der in diesem Fall besonders günstigen Konditionen (u. a. Zinslosigkeit) kaum.

Auf eine genauere Analyse der Burghauser Kammerrechnungen muß hier verzichtet werden. Dies hat seinen Grund nicht nur in den von den Zeitgenossen bereits konstatierten formalen Rechnungsungenauigkeiten im 17. Jahrhundert, sondern auch in Veränderungen in der Rechnungssystematik. So finden sich z. B. die Steuereinnahmen wie -ausgaben erst seit 1768/69 in den Kammerrechnungen und wurden wohl vorher gesondert abgerechnet. Diese Sonderrechnungen sind allerdings nicht überliefert. Außerdem gibt es seit 1769/70 eigene Stadtschuldenrechnungen, die von der kurfürstlichen Administration geführt wurden und vorher in den Kammerrechnungen geführte Positionen wie den Bierpfennig und den Salzkreuzer enthalten. In den Kammerrechnungen findet sich dann nur noch eine Pauschalsumme mit dem Rechnungstitel „Einnahmen von Schuldenabedigungskasse zur Bestreitung der Stadtkammerausgaben (gratial gulden)“. Diese Sonderrechnung hat aber anders als die Weilheimer Sonderrechnungen (z. B. Pflasterzollrechnung oder Zieglerrechnung) ebenfalls eigene Rechnungsreste, die von Jahr zu Jahr weiter verbucht wurden, und die eben nicht völlig als „Sonderbare Einnahmen“ in der Kammerrechnung wieder zusammengeführt werden. Wir müssen deshalb seit den 1760er Jahren von zwei getrennten Rechnungsführungen ausgehen, die ihre Verbindung nur in gewissen Zuschüssen von der Schuldenkasse in die Kämmerei für Baumaßnahmen haben. Dafür bestand allerdings wiederum eine eigene Bauamtsrechnung¹⁰⁰.

Mit diesen Einschränkungen müssen nun auch die hier wiedergegebenen Bilanzsummen der Burghauser Kämmerer gesehen werden. Um die Zahlen in ihrer Bedeutung überhaupt einschätzen zu können, sind folgende grundsätzliche Abweichungen gegenüber Kammerrechnungen anderer Städte einzukalkulieren:

1. Die seit 1768/69 erstmalig in die Rechnung eingegangenen Steuereinnahmen – die auch in Burghausen einen Durchlaufposten darstellen – belaufen sich auf der Einnahmeseite meist auf 1.100 bis 1.200 fl., auf der Ausgabenseite auf 800 bis 1.000 fl.
2. Die Bilanzsumme der Stadtschuldenrechnungen ab 1769/70 liegt jährlich bei ca. 3.000 fl., wobei hiervon der „gratial gulden“ als Übertrag in die Kammerrechnung berücksichtigt werden muß.

⁹⁹ BayHStA GR Fasz. 263 Nr. 14.

¹⁰⁰ StadtA Burghausen Bauamtsrechnungen 1779–1807.

Entwicklung des Burghauser Kammeretats 1601–1800

(Ohne Berücksichtigung der Sonderhaushalte. Die in den Kammerrechnungen übertragenen Restsummen der Vorjahresbilanzen wurden abgezogen. Es handelt sich hier also um die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben der jeweiligen Jahre.)

Dekade	Jährlicher Durchschnitt der Einnahmen	Jährlicher Durchschnitt der Ausgaben	Durchschnitt gebildet aus ... Jahren
1601–10	2271	2360	10
1611–20	2227	2251	9
1621–30	2327	2427	8
1631–40	1904	2344	5
1641–50	2438	2405	10
1651–60	2186	2189	10
1661–70	2410	2418	10
1671–80	2255	2360	10
1681–90	2977	2890	10
1691–1700	3528	3650	10
1701–10	3593	3183	10
1711–20	3775	3814	10
1721–30	5239	5238	10
1731–40	5996	6118	7
1741–50	3378	2640	10
1751–60	3314	3126	10
1761–70	5449	6147	9
1771–80	4000	3855	10
1781–90	3847	3906	10
1791–1800	4284	4072	10

(Quellen: StadtA Burghausen Kammerrechnungen)

Wollte man diese Werte aus den Kammerrechnungen Burghausens in ihrer Entwicklung betrachten, so müßten zumindest bis 1768/69 die Steuersummen hinzuaddiert werden, ab 1769/70 dann die Etats der Stadtschuldenrechnung unter Abzug der zum Bauamt überwiesenen „gratial gulden“. Spätestens an diesem Punkt erweist sich, daß zu einer sinnvollen Interpretation des Burghauser Etats unser derzeitiger Kenntnisstand keinesfalls ausreicht und zu bezweifeln ist, daß angesichts der verlorenen Steuerrechnungen und anderer Sonderrechnungen überhaupt eine unseren beiden anderen Beispielstädten vergleichbare Analyse möglich ist.

Aus der Etatentwicklung der Kammerrechnungen alleine und den hier angestellten Überlegungen zu Sonderrechnungen und Sonderetats lassen sich nur folgende vorsichtige Annahmen formulieren:

1. Grundsätzlich ist zu bemerken, daß der Haushalt der beiden etwa gleich großen Städte Burghausen und Weilheim in seiner Höhe trotz erheblicher temporärer Schwankungen im allgemeinen vergleichbar ist.
2. Das gilt auch für die Steuereinnahmen um 1790. In Anbetracht der ähnlichen Bevölkerungszahlen läßt das auch auf eine annähernd gleiche Belastung der Einwohnerschaft bei Steuern wie anderen Abgaben schließen.
3. Seit dem letzten Drittel des 17. Jahrhunderts ist eine Tendenzwende gegenüber dem Weilheimer Haushalt festzustellen: War bisher unter Einbeziehung der Überlegungen zu den Sonderetats der Etat der Landstadt in den

meisten Dekaden höher, so wandelt sich dies seit dieser Zeit zugunsten Burghausens ins Gegenteil. Die sprunghaften Veränderungen im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts lassen sich wohl angesichts der rechnungstechnischen Ungeübtheiten kaum in ihrer Entwicklung vergleichen.

4. Vielleicht dank der Einwirkung der Kommission ist in Burghausen nicht eine mit Weilheim und München vergleichbare „Explosion“ des Etats und der Verschuldung am Ende des 18. Jahrhunderts festzustellen.

2.4. Trostberg

Die Rekonstruktion des Haushalts von Trostberg in der Frühen Neuzeit ist wegen der schlechten Überlieferung äußerst schwierig. Die Trostberger Kämmererrechnungen sind leider bis ins ausgehende 18. Jahrhundert nur vereinzelt erhalten geblieben, nämlich die Jahre 1495, 1583, 1600, 1700 und 1796 bis 1805. Vereinfacht wird die Betrachtung allerdings durch die Tatsache, daß in dem Markt keine Sonderetats der Kämmerei gebildet und damit auch keine Sonderrechnungen geführt wurden. Mit Hilfe der Rentmeisterumrittsprotokolle können zumindest für eine Anzahl weiterer Rechnungsjahre die Bilanzwerte ergänzt werden. Trotz der Einschränkungen gewährt die folgende Tabelle zumindest einen groben Überblick über die Einnahme- und Ausgabeentwicklung des Trostberger Haushalts (s. Tabelle S. 433).

Auf den ersten Blick fallen einige Jahre mit Einnahme- und Ausgabespitzen auf: 1648, 1697/98 und 1803. Nur der letztere Fall läßt sich jedoch eindeutig rekonstruieren, da wir für dieses Jahr ein Rechnungsbuch zur Verfügung haben, während die anderen beiden Maxima den Rentmeisterumrittsprotokollen entnommen sind. So erhält 1803 die Kammer einen Bierpfennigvorschuß – zumindest auf dem Papier – über 1833 fl. 5 x von den Brauern des Ortes¹⁰¹. Der Vorschuß hat seine Ursache wohl in dem hohen Defizit des Vorjahres (1.230 fl.). Darüber hinaus hatte in Trostberg 1802/1803 das kurfürstliche Leibregiment Standquartier bezogen, wobei aus unbekannten Gründen die Mannschaft nicht auf das Landgericht verteilt werden durfte, sondern das gesamte Regiment im Ort verweilte. Von den hieraus entstandenen Gesamtkosten in Höhe von 2.381 fl. mußte das Landgericht 1.870 fl. tragen. Die den Markt treffenden 511 fl. konnte die Kammer jedoch nicht übernehmen, da sie „an revenien und mitteln so schlecht bestellt“ war. So mußten hierfür auch die Landgerichtsuntertanen haften. Die Ausgaben erhöhten sich entsprechend durch den Rechnungssaldo des Vorjahrs und an die Bürger gezahlte Quartiergelder (684 fl.). Das Bild des rechnerisch positiven Rechnungsabschlusses verdunkelt sich jedoch erheblich, betrachtet man die Ausstände. Sie machen von dem positiven Rest von 2.871 fl. allein 2.372 fl. aus. Weder die Quartiergelder über 511 fl. noch der Bierpfennig waren tatsächlich eingegangen. Das Beispiel von 1803 zeigt, wie sehr aufgrund eines einzigen Ereignisses die Summen schwanken können und besonders Kriegsbelastungen den Haushalt sofort in Unordnung stürzten¹⁰².

¹⁰¹ StadtA Trostberg R 11 fol. 12.

¹⁰² So zeigt auch Sigloch, Pfullingen, 123 f., für Pfullingen, daß die finanziellen Belastungen bei Kriegsleistungen und Einquartierungen im 17. und 18. Jahrhundert bis zu zwei Drittel eines Jahresetats einer Kleinstadt ausmachen konnten.

Entwicklung des Trostberger Kammeretats 1585–1805

(Die in den Kammerrechnungen und den Rentmeisterumrittsprotokollen übertragenen Restsummen der Vorjahresbilanzen wurden abgezogen. Es handelt sich also um die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben mit Ausnahme der nicht eingegangenen „Ausstände“ des jeweiligen Jahres)

Jahr	Einnahmen	mehrfähriger Durchschnitt	Ausgaben	mehrfähriger Durchschnitt	Rest
1583	391	> 416	315	> 389	76
1600	441		463		22
1648	1417	> 1166	1351	> 1108	66
1649	916		866		50
1669	780	> 762	849	> 858	69
1670	744		871		127
1690	801	> 1384	982	> 1322	181
1691	1240		1188		52
1692	929		1000		71
1693	1104		1207		103
1694	1336		1308		28
1695	1187		1219		32
1696	1165		1317		132
1697	2317		1838		479
1698	2631		2285		346
1700	1130		873		257
1796	1988	> 2428	2151	> 2232	163
1798	2638		2128		510
1800	1985		2135		150
1801	2227		2111		116
1802	1751		2981		1230
1803	5653		2782		2871
1804	1574		1624		50
1805	1609		1947		338

(Quellen: StAM RL Fasz. 76/345, 77/348, 78/351; StadtA Trostberg R 3-13)

Einnahmen und Ausgaben des Trostberger Kämmerers stiegen zwischen 1600 und 1800 um etwa das sechsfache. Wie bereits auch für die anderen Beispielstädte festgestellt, überschreiten diese Steigerungsraten die Preissteigerung. Diese Expansion des Haushalts erscheint zwar vor dem Hintergrund des wachsenden Geldbedarfs des modernen Staates keineswegs ungewöhnlich, eingedenk des Bevölkerungsrückgangs Trostbergs ist hieraus jedoch eine erhebliche Steigerung der Belastung des einzelnen Bürgers zu konstatieren. Lag diese pro Kopf um 1600 noch bei ca. einem halben Gulden, so um 1700 bereits bei 1,5 fl. und um 1800 bei 3,5 fl.

Die Steigerung des Etats war dabei nominal im 17. Jahrhundert höher, unter Berücksichtigung der Preissteigerungen sogar noch höher als im 18. Jahrhundert. Zwischen 1700 und 1800 fällt dann der Zuwachs fast hinter der Inflation wieder zurück. Gerade dieses letztere Ergebnis erscheint von besonderem Interesse. Bedeutet es doch nichts anderes, als daß der Magistrat des Marktes erheb-

lich an finanziellem Spielraum einbüßte. Dabei darf nicht vergessen werden, daß ja die überlieferten Jahre 1796 bis 1805 durch die Napoleonischen Kriege eine Zeit extremen Kapitalbedarfs waren. Der Haushalt war 1805 derart angespannt, daß der Kämmerer nicht einmal mehr dazu in der Lage war, die Besoldungen auszusahlen. Die Begründung im Rechnungsbuch lautet lapidar: „kein geld obhanden“¹⁰³. Außerdem resultieren im ausgehenden 18. Jahrhundert allein 400 fl. Einnahmen aus dem Bierpfennig, der um 1700 noch nicht in der Rechnung erscheint. Sofern man es als zulässig betrachtet, die hier untersuchten Perioden in einer Entwicklungslinie zu verbinden, so ließe sich die folgende Hypothese formulieren: Im 17. Jahrhundert expandierte der Haushalt Trostbergs in erheblichem Maße, wobei der Dreißigjährige Krieg einen Gipfelpunkt darstellt. Dagegen deutet sich im 18. Jahrhundert eine Stagnation des realen Haushaltsvolumens an. Bedenkt man den gesteigerten Kapitalbedarf angesichts des Krieges um 1800, der wohl sicherlich als außergewöhnlich anzusehen ist, so ist sogar ein erheblicher Rückgang der „normalen“ Etatsummen anzunehmen. Differenziertere Ergebnisse sind aufgrund der schmalen Quellenbasis aus der allgemeinen Haushaltsentwicklung nicht zu erzielen.

Genaueren Einblick in die finanziellen Verhältnisse der Kämmerei und damit auch der ökonomischen Lage des Marktes gewinnen wir über einzelne Etatposten, wie auch über die beständigen Eingaben des Marktes um eine gerechte Besteuerung. In einem Gesuch an die Landschaft um Steuernachlaß vom 11. September 1780 schildert die Trostberger Bürgerschaft ihre Lage. In diesem Jahr seien bereits zweieinhalb Standsteuern ausgeschrieben worden, dazu mußten noch 25 fl. „Surrogatsgeföhl“ und eine „Servis Anlag“ in Höhe einer Standsteueranlage entrichtet werden – zusammen 608 fl. 20 x. Als Begründung, weshalb der Ort keinesfalls diese Summe aufbringen könnte, werden Wasserschäden durch die Alz genannt, der vom Erzbisum Salzburg unterbrochene Handel, die allgemeine Teuerung und häufige Soldatendurchmärsche. Besonders wird jedoch die als ungerecht empfundene Standsteuerveranlagung Trostbergs gegenüber finanzkräftigeren Orten wie Traunstein und Kraiburg angeprangert¹⁰⁴. Trostberg zahlte zu dieser Zeit 166 fl. 40 x, Traunstein 450 fl. und Kraiburg 83 fl 20 x.

Der zuletzt genannte Vorwurf taucht bereits in einem ähnlichen Schreiben vom 31. Oktober 1738 auf, wo ebenfalls Kraiburg als Beispiel genannt wird. Dieses hätte nur zwei Häuser weniger, läge aber an einer „schiffreichen“ Wasserstraße, hätte außerdem eine Getreideschranne, mehr Handwerker, im Gegensatz zu Trostberg eine „vermöglische“ Bürgerschaft und wäre außerdem keine Grenzstadt. Trostberg dagegen hätte viele Tagwerker und wäre mit 40 Tuchmachern, Brauern und Metzgern „gar woll umb halben theill ybersezt“. Fast täglich würde das Gewerbe zurückgehen, was seine Ursache in dem zahlreichen Landgewerbe habe. Da der Markt aus diesen Gründen kaum mehr die Unterhaltung der Brunnen, des Pflasters und der Hochwassersperranlagen finanzieren könne, hätte er bereits seit 1654 meist einen Steuernachlaß von jährlich 100 fl. erhalten¹⁰⁵.

¹⁰³ StadtA Trostberg Kammerrechnung 1805.

¹⁰⁴ BayHStA GL Fasz. 4182 Nr. 52.

¹⁰⁵ BayHStA GR Fasz. 1518 Nr. 246.

1654 hatte der Markt diese Bewilligung des Steuernachlasses von 100 fl. mit folgenden Begründungen durchsetzen können¹⁰⁶:

1. Der Markt hätte in seinen 100 Herdstätten nur arme Handwerker, die die Steuer nicht entrichten könnten.
2. Das Erzbistum Salzburg, an dessen Grenze der Ort ja liege, hätte Hochzeitsfeiern seiner Untertanen in dem bayerischen Markt verboten und außerdem die Viktualienzufuhr gesperrt.
3. Es bestünde keine verkehrsreiche Straßen- oder Flußverbindung, keine wichtige Getreideschranne noch andere „handlung“, die „ungestuhme“ Alz würde aber hohe Kosten für Wasserbaumaßnahmen verursachen.
4. Die „beständigen“ Kammereinkünfte lägen in dem Markt jährlich bei nur 30 fl. und die „ungewissen“ wie die Bürgerrechtsgelder brächten auch nicht viel. Der Rest müsse von der Bürgerschaft über Steuern und Anlagen erbracht werden, die so verarmt sei, daß selbst die Vornehmsten in Gefahr stünden, auf die Gant zu kommen.
5. Von 5.000 fl. Anleihe hätte die Landschaft dem Markt seit sechseinhalb Jahren keine Zinsen mehr bezahlt.
6. Die Bürgerschaft wäre während des Krieges mit über 34 Militärdurchzügen belastet gewesen.
7. Vor etlichen Jahren wären alle vermögenden Bürger gestorben und die Erben hätten deren Vermögen von etlichen tausend Gulden weggebracht, z. T. sogar ins Ausland.
8. Trostberg sei bei der Standsteuer überhöht veranlagt, was am Kraiburger Beispiel belegt wird.

Die von Trostberg erbetenen Steuernachlässe wurden auch in der Folgezeit gewährt, wie eine Aufstellung für die Jahre 1777 bis 1800 zeigt:

Standsteuernachlässe für Trostberg 1777–1800

Jahr	Nachlaß	Jahr	Nachlaß
1777–79	–	1791	83 fl. 20 x
1780	83 fl. 20 x	1792	83 fl. 20 x
1781–84	–	1793–94	–
1785	250 fl.	1795	83 fl. 20 x
1786	166 fl. 40 x	1796–97	–
1787	250 fl.	1798	83 fl. 20 x
1788	83 fl. 20 x	1799	–
1789	83 fl. 20 x	1800	166 fl. 40 x
1790	–		

(Quelle: BayHStA GL Fasz. 4182/52)

Die Klagen Trostbergs mögen durch das Interesse an einer Minderung der Abgaben übertrieben sein, aber allein die häufigen Nachlässe zeigen die Berechtigung der Forderungen des Marktes. Eine zweite wichtige Erkenntnis läßt sich ebenfalls aus dem dargelegten Material entnehmen. Es ist dies der Einblick in die

¹⁰⁶ BayHStA GR Fasz. 1518 Nr. 246.

niedrige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Trostbergs gegenüber Kraiburg, das aufgrund seiner Standsteueranlage nur halb so groß hätte sein dürfen. Wenn bei der Veranlagung der Städte und Märkte zu Beginn des 16. Jahrhunderts die Besteuerung auf einer realistischen wirtschaftlichen Basis beruht hatte, so muß Trostberg zumindest gegenüber diesem benachbarten Markt unverhältnismäßig hohe Einbußen erlitten haben. Die Steuersumme war jedenfalls für die Trostberger Bürger auf einer existenzbedrohenden Höhe, und zwar nicht nur zu bestimmten Zeiten, sondern durchgehend seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges bis um 1800. Es scheint deshalb nicht unberechtigt, von einer Dauerkrise zu sprechen.

Einen bedeutenden Ausgabenposten des frühneuzeitlichen Haushalts stellen die Löhne und – in moderner Terminologie – die Aufwandsentschädigungen dar. Ihre Berechnung ist insofern problematisch, weil sich die Einzelposten hinter ständig wechselnden Rechnungstiteln verbergen¹⁰⁷. Die nachfolgende Aufstellung zeigt die Entwicklung des Lohnkostenanteils am Gesamthaushalt Trostbergs im Vergleich mit den Steueraufwendungen des Marktes.

Anteil der Lohnkosten (ohne „Wassenwerk“ und „Brunnen“) und der Steuerabgaben am Gesamthaushalt Trostbergs. 1585–1798

Jahr	Gesamtausgaben (nur fl.)	Lohnkosten (nur fl.)	Anteil in ‰	Steuern (nur fl.)	Anteil in ‰
1583	377	58	15	125	33
1600	499	76	15	139	28
1700	874	290	33	329	38
1796	2813	941	33	626	22
1798	2953			347	12

(Quelle: StadtA Trostberg R 3–13)

Die wenigen rekonstruierbaren Werte können wegen der großen Zeitsprünge und des Fehlens vergleichbarer Rechnungen für mehrere aufeinanderfolgende Jahre nur einen groben Anhaltspunkt bieten. Aus der sich hier abzeichnende Entwicklung – erhöhter Anteil der Lohnkosten, dafür verminderter der Steuern im 18. Jahrhundert – läßt sich schließen, daß die Lohnkostenentwicklung im 18. Jahrhundert als Belastungsfaktor für den Markthaushalt auch gegenüber den landesherrlichen Abgaben eine nicht zu vernachlässigende Größe darstellte¹⁰⁸.

Auch Trostberg erhielt wie viele Städte Pflasterzoll und Bierpfennig durch landesherrliches Privileg, um die wachsenden Einnahmelücken zu schließen. Der Pflasterzoll war ursprünglich ein fürstliches Regal, das den Städten und Märkten je nach Bedarf zur Verfügung gestellt werden konnte¹⁰⁹. Er diente zur Reparatur

¹⁰⁷ So findet sich um 1600 der Marktschreiber mit insgesamt 25 fl. 1 ß unter der Rubrik „Diener Besoldung“, während er um 1700 verschiedene Einnahmen hat, die sowohl unter „Besoldung“ als auch unter „Gemein Jerliche Ausgaben“ zu finden sind und insgesamt 104 fl. 25 x 5 hl. ausmachen.

¹⁰⁸ Vgl. zu Ulm *Rothe*, Überblick, 114.

¹⁰⁹ In Dachau wurde der Pflasterzoll seit ca. 1400 vom Herzog eingehoben. 1566 erhielt ihn der Markt zugesprochen (*Hanke*, Finanzstruktur, 485). In Landshut war diese Abgabe im 18. Jahrhundert an die Torwarte verpachtet, wofür diese z. B. 1757 200 fl. an die Stadtkammer entrichten mußten (*Schlittmeier*, Landshut, 26 f.).

des Pflasters innerhalb des Burgfrieds. Bereits 1654 war Trostberg eine solche Abgabe auf sechs Jahre gewährt worden, um die Kriegsschäden auszubessern¹¹⁰.

Ein Bieraufschlag erhielt die Trostberger Marktkammer erstmals durch Max Emanuel am 15. Februar 1690 gewährt, scheiterte aber zunächst am Widerstand der Brauer. Seit dem 20. Oktober 1692 scheint er jedoch ohne größere Pausen bis zu seiner allgemeinen Aufhebung am 24. September 1806 von dem Kämmerer eingezogen worden zu sein¹¹¹. Der Aufschlag sollte dabei ausschließlich den durch Hochwasserschäden der Alz notwendigen Reparaturmaßnahmen und später der Tilgung der durch den Spanischen und Österreichischen Erbfolgekrieg entstandenen Schulden dienen. Um 1746 lag die jährliche Summe bei 390 fl., nach 1760 immer bei 400 fl. Eine Aufstellung für die Jahre 1760 bis 1788 verdeutlicht die Bedeutung des Bierpfennigs an der Entschuldung des Marktes. In den genannten Jahren nahm der Kämmerer aus dieser Steuer 11.600 fl. (= jährlich 400 fl.) ein, wovon 9.185 fl. 11 x zur Schuldentilgung und 1.528 fl. 51 x zu Wasserbaumaßnahmen verwendet worden waren. Der Rest von 885 fl. 58 x sollte ebenfalls zur Verminderung der Schuldenlast beitragen¹¹². Auch der Anteil an den Haushaltseinnahmen macht die Bedeutung des Bierpfennigs deutlich: Zwischen 1796 und 1802 belief sich die durchschnittliche Einnahme des Kämmerers auf 2.117 fl., d. h. allein 19 % hiervon resultierten aus der indirekten Steuer.

Wie hoch war nun die Verschuldung des Marktes tatsächlich und was sind ihre Ursachen? Vor 1700 konnte die Höhe der Kammerschulden nur durch Berechnung der Gütleistungen ermittelt werden (siehe die folgende Tabelle). In den Jahren 1583 und 1600 ist jeweils nur ein Kredit in den Kämmererrechnungen zu finden, wobei 1600 der Markt an einen Wasserburger Tuchmacher 27 fl. Zinsen bezahlte. Da es sich also in beiden Jahren um jeweils nur einen Kredit handelt, ist von einer dauerhaften Verschuldung vor dem Dreißigjährigen Krieg kaum auszugehen, eventuelle unverzinsliche Darlehen bleiben dabei unberücksichtigt.

Schuldenstand der Marktkammer, 1583–1805

1583	1600	1700	1747	1770	1788	1789	1791	1798–1801	1802–05
(20)	(540)	2497 ¹	17097	15344	12551	6951	6951	6801	6401

Anm. 1: (ohne Pfarrkirche St. Andreas)

(Quelle: Die Tabelle ist zusammengestellt nach: StadtA Trostberg R 3. 4, 7–9, 31, 33, 35, Akten II 5; Pfarrarchiv Trostberg Rechnung der Bürgermesse 1700, Rechnung der St.-Erhardi-Bruderschaft 1700, Rechnung von St. Michael 1700, Rechnung von St. Sebastian 1700; BayHStA GL Fasz. 4181 Nr. 44; StAM GL Fasz. 4183 Nr. 53, Trostberg Markt Kammerrechnungen 1802–1805)

¹¹⁰ Für ein Pferd wurde zu dieser Zeit beispielsweise 1 d eingehoben. Dieser Tarif galt bis zum 11. 6. 1773. Von nun an waren folgende Gebühren gültig: vierspänniger Wagen 4 x, einspänniger Wagen 1 x, ein zum Verkauf stehendes Pferd 2 x, ein Ochse oder eine Kuh 2 d, ein Schaf, ein Kalb oder ein Schwein jeweils 1 d. Die Anhebung war notwendig geworden, da die alten Tarife die Reparaturkosten nicht mehr deckten (BayHStA GR Fasz. 266 Nr. 26). Die Einnahmen lagen um 1800 jährlich meist unter 100 fl. (Hoffmann, Trostberg, 77).

¹¹¹ BayHStA GL Fasz. 4181 Nr. 44.

¹¹² BayHStA GL Fasz. 4181 Nr. 44.

Der große Krieg brachte erhebliche Belastungen, deren Folgen bis 1700, wo wir erneut Angaben über den Schuldenstand haben, nicht ausgeglichen werden konnten. Von sicherlich weit über 2.497 fl. in diesem Jahr restierten allein bei Bruderhaus und Reichem Almosen aus diesem Krieg 1.643 fl., für die seit 1648 keine Zinsen mehr bezahlt worden waren. Die Zahlenangaben für 1700 beruhen aus der Berechnung der Einzelrechnungen der Kirchen und milden Stiftungen, wobei die Pfarrkirche St. Andreas – neben Bruderhaus und Reichem Almosen einem der Hauptkreditoren des Marktes – nicht erhalten ist. Zur Bereinigung der jahrzehntealten Ausstände¹¹⁵ und Schulden wurde in diesem Jahr sogar ein „Commissionstag“ anberaumt¹¹⁴, über dessen Ergebnis jedoch nichts überliefert ist. Tiefgreifenden Wandel bzw. Abbau der Schuldenlast konnte er nicht bewirkt haben, dafür sorgten schon die folgenden Kriegsjahre. Bis 1747 stieg die Schuldenlast – hauptsächlich aufgrund der zweimaligen kaiserlichen Besetzung (siehe unten) – auf insgesamt 17.097 fl. In 40 Jahren – bis 1788 – gelang es dem Markt nicht wesentlich, diese Verbindlichkeiten abzutragen.

In diesem Jahr wurde unter den örtlichen Kreditoren eine größere Umschuldung durchgeführt, die die Marktkammer jedoch nur nominell entlastete. Sie geht auf einen Vorschlag des Pfliegerverwesers Johann Andreas Pracher vom 8. März 1786 zurück, der die Finanzsituation schonungslos analysiert hatte¹¹⁵. Die Marktkammer hatte bei der Landschaft Kapitalien in Höhe von 6.016 fl. liegen, die teilweise noch aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges stammten, jedoch nie getilgt worden waren. Andererseits war der Markt wiederum mit 12.551 fl. bei den örtlichen Kirchen und milden Stiftungen verschuldet, bei denen die Landschaft ebenfalls mit 1.748 fl. belastet war¹¹⁶. Der Markt zog sich nun als Gläubiger der Landschaft zurück und übertrug seine Guthaben auf die Stiftungen, womit er sich selbst als Schuldner entlastete. Die Landschaft schuldete dem Markt jedoch weiterhin 2.738 fl.¹¹⁷ Tatsächlich änderte sich jedoch an der Finanzsituation wenig. Es wurden lediglich Buchwerte verschoben, der Markt gewann damit keinen Gulden Spielraum.

Die Pro-Kopf-Verschuldung in Trostberg entsprach damit um 1600 etwa einem halben Gulden, um 1700 vermutlich mehr als 3 fl. Die genaue Summe kann für die Zeit wegen des Fehlens der Rechnung der St.-Andreas-Kirche nicht mehr berechnet werden. Im weiteren Verlauf lag die Verschuldung je Einwohner um 1750 bei ca. 24 fl., 1788 bei ca. 18 fl., 1789, nach der Umschuldung, bei 10 fl. und um 1800 ebenfalls bei etwa 10 fl.

Eine Ursache der Verschuldung des Marktes war der fürstliche Finanzbedarf. Die Steuern sind bereits unter den wichtigsten Haushaltsposten behandelt worden und wirkten ja nur indirekt auf die Marktkammer, da sie auf die Bürger umgelegt wurden. Hier sind also noch die Anleihen zu besprechen. Die folgende Übersicht zeigt die fürstlichen Zwangsanleihen für das 17. und 18. Jahrhundert.

¹¹⁵ 1700 hatten diese Ausstände immerhin bereits die stattliche Höhe von 1.057 fl. erreicht, wobei die ältesten von ihnen aus dem Jahr 1668 stammten. Eine solche Aufstellung findet sich jedoch 1583 und 1600 noch nicht. Vermutlich waren die Forderungen der Kammer wie des Staates und die Leistungsfähigkeit der Bürger im 16. Jahrhundert noch soweit im Einklang, daß keine größere Verschuldung der Bürger eintrat.

¹¹⁴ StadtA Trostberg R 5 fol. 53.

¹¹⁵ StAM GL Fasz. 4183 Nr. 53.

¹¹⁶ StadtA Trostberg II 5.

¹¹⁷ StadtA Trostberg B 108 fol 15.

Sie kann als vollständig gelten, da sie durch verschiedene Aufstellungen verifiziert werden konnte. Für die Zeit der Napoleonischen Kriege sind die Zahlen zu unklar, um in die Aufstellung aufgenommen werden zu können, und für das 16. Jahrhundert fehlen weitgehend die Quellen¹¹⁸.

Fürstliche Anleihen beim Markt Trostberg im 17. und 18. Jahrhundert (in fl.)

1605	1620	1623	1632	1649	1696	1699	1704
1000	2000	2000	1000	1000	500	500	300
1707	1721	1727	1728–33	1741	1736–1747	1767	1796
400	1000	1000	1000	500	(650) ¹	500	400

Anm. 1: Aus Schuldenhöhe rekonstruiert.

(Quellen: Zusammengestellt nach: StadtA Trostberg I 5, XIV 1; BayHStA GR Fasz. 264/17, GL Fasz. 4181/44)

Gegenüber dem Kammeretat nahmen die Anleihen im 18. Jahrhundert stark ab, ja ihre Bedeutung verschwindet im Vergleich zu den anderen Ausgaben und Belastungen fast völlig. Zu Anleihen in nennenswerter Höhe war der Markt auch überhaupt nicht mehr fähig. Als der Kurfürst 1721 und 1741 versuchte, jeweils 2.000 fl. zu erhalten, mußte er seine Forderung aufgrund der Klagen des Marktes auf 1.000 bzw. 500 fl. „moderieren“, und die 400 Gulden Anleihe im Jahre 1796 trug eine Trostberger Riernermeisterin, da sich sonst niemand dazu in der Lage sah, eine solche Summe zu verleihen¹¹⁹.

Für die wachsende Schuldenlast Trostbergs ist hier noch ein zweiter Grund zu nennen: die Kriegslasten und Kontributionen, die jedoch nicht für den gesamten Untersuchungsbereich quantifizierbar sind und auch nicht alle über die Kämmererei liefen, sondern von den Bürgern direkt eingetrieben wurden. Interessant ist eine Aufstellung über die „Durchmarsch-, Standquartier, Nachtlager, Contributiones, Gelt, vnnd Mundtportionen“, die Trostberg zwischen 1700 und 1747 zu leisten hatte. Die Gesamtsumme wird auf 36.622 fl. ohne abgeführte Fourrage beziffert, wobei allein 1705 3.400 fl. und 1742–44 14.728 fl. aufgebracht werden mußten, d. h. in der Zeit der beiden kaiserlichen Besetzungen¹²⁰. Die Anleihen betrugen im gleichen Zeitraum (1700–1742) dagegen nur 4.850 fl., während die Kapitalschulden des Marktes von wohl über 2.273 auf 17.097 fl. kletterten. In den Kriegsbelastungen durch die kaiserlichen Besetzungen ist also – neben dem allgemeinen Wirtschaftsrückgang – die Hauptursache der Finanzmisere Trostbergs im 18. Jahrhundert zu suchen.

3. Die allgemeine Schuldensituation städtischer Haushalte

Bei allen Umfragen zur wirtschaftlichen Lage der Städte und Märkte durch die Landesherren spielte die Frage der Verschuldung der gemeindlichen Haushalte lange Zeit bis ins 18. Jahrhundert hinein eine untergeordnete Rolle. Das Problem

¹¹⁸ Aus dem 16. Jahrhundert sind von 1511 und 1520 zwei herzogliche Anleihen über 100 Pfd. bzw. über 50 fl. bekannt (vgl. Hoffmann, Trostberg, 98 Anm. 113).

¹¹⁹ StadtA Trostberg I 5; BayHStA GR Fasz. 1310 Nr. 31.

¹²⁰ BayHStA GL Fasz. 4181 Nr. 44.

der Überschuldung auch auf dieser Ebene war wohl schon lange bekannt und die vielen Privilegien zur Einnahmeverbesserung der Kommunen wie z. B. Bierpfennig oder Pflasterzölle, Gratialien genannt, zeugen davon. Systematisch einer Betrachtung unterziehend und in den Zusammenhang einer „Städtepolitik“ stellend näherte man sich dem Problem erst unter Max III. Josef. Der Kurfürst errichtete eine Spezialkommission des Geheimen Rats und ließ am 1. September 1769 von den Städten und Märkten wegen der vergangenen Kriegsjahre und dem allgemein konstatierten Niedergang folgende Auskünfte einholen¹²¹:

1. Wie hoch sind die Einnahmen der Städte?
2. Wieviel führen sie jährlich an Steuern ab und wieviel heben sie bei der Bürgerschaft ein?
3. Wieviele Gratialien (d.h. Pflasterzoll, Bierpfennig etc.) genießen sie und welche haben sie davon schon vor 1744 genossen?
4. Welche Schulden und Schuldzinsen haben sie mit diesen Gratialien abgezahlt, welche Schulden haben sie noch, die bereits vor dem Krieg bestanden und welche sind seither hinzugekommen?
5. Welche Bürden sie sonst zu tragen haben (z. B. Wasser- und andere Schäden)?
6. Wie ihre „innerliche wirtschaft, magistrat, industrie, milde stiftungen, ihr credit, ihr gewerb bestehet“ und wie den Gebrechen abgeholfen werden könne?

Die eingegangenen Antworten zeigen nicht nur, daß die Verhältnisse in unseren Beispielstädten – vielleicht mit der extremen Ausnahme Burghausens – keineswegs Ausnahmeerscheinungen darstellten, sondern daß die Kommunen im allgemeinen weit über ihre Leistungsfähigkeit hinaus verschuldet waren. Die überlieferten Angaben enthalten meist den Schuldenstand 1741 und 1768, dazu die Neuverschuldung während und die nach dem Österreichischen Erbfolgekrieg (siehe die folgende Tabelle). Von den 34 Städten und Märkten der Rentämter München und Burghausen, von denen Antworten überliefert sind, kennen wir für 1741 von 30 und 1768 von allen Städten die Schuldenhöhe. Folgende Ergebnisse lassen sich hieraus formulieren:

1. 1741 liegt von 30 Städten bei sechs die Schuldsomme unter ihrer zehnfachen Standsteueranlage, 1768 trifft dies nur noch für vier von 34 Städten zu. Insgesamt läßt sich zwischen den beiden Jahren nur bei sechs Städten eine Verbesserung der Lage feststellen, während 21 sich weiter verschuldeten. Drei blieben etwa auf demselben Stand.
2. Bei der Neuverschuldung lassen sich erhebliche Unterschiede feststellen. Wenn diese auch meist während des Erbfolgekrieges höher war, als in den zwei Dekaden danach, so findet sich häufig auch der umgekehrte Fall. Nur auf die Kriegsauswirkungen ist die Verschuldung der bayerischen Städte also nicht zurückzuführen. Aus der Schuldenaufnahme alleine läßt sich auch nicht unmittelbar auf eine Verbesserung oder Verschlechterung schließen. Vielfach steckt dahinter lediglich eine Umschuldung wie im Falle Friedbergs. Die Stadt nahm zwischen 1741 und 1768 ca. 15.000 fl. neue Kredite auf, reduzierte ihre Schulden aber im gleichen Zeitraum durch Tilgungen von 32.965 auf 23.991 fl.

¹²¹ Diese Umfrage wie auch deren Ergebnisse BayHStA GR Fasz. 263 Nr. 14 und 15.

Verschuldung oberbayerischer Städte und Märkte 1741 bis 1768

Stadt/Markt	Schuldenstand 1741		Schuldenaufnahmen		Schuldenstand 1768	
	Kapital (verzinsl. u. unverzinsl.)	ausstän- dige Zinsen	1741–45	1745–68	Kapital (verzinsl. u. unverzinsl.)	ausstän- dige Zinsen
Abensberg	6.569	1.524	6.783	3.148	594	90
Aichach	11.722	2.453	4.764	2.289	11.411	3.617
Aindling	575	50	2.031	775	2.120	0
Altmannstein	415	20	1.548	1.400	1.315	0
Altomünster	1.858	63	1.370	2.557	3.326	1.000
Burghausen	?	?	7.335	?	72.132	?
Dachau	6.685	1.380	1.000	1.848	4.272	1.598
Dießen	1.500	710	2.516	0	0	0
Donauwörth	27.538	3.597	20.416	11.950	31.644	23.952
Friedberg	32.965	348	9.677	5.454	23.991	238
Gaimersheim	3.040	30	6.122	8.112	8.044	352
Geisenfeld	2.463	177	5.231	1.181	3.516	177
Grafring	345	116	2.512	2.600	2.827	19
Hohenwart	275	23	1.263	1.304	991	25
Inchenhofen	760	0	1.021	2.420	1.840	0
Ingolstadt	?	?	?	?	> 109.268 <	
Kösching	4.600	765	5.863	10.624	9.421	1.749
Kühbach	0	0	706	0	445	0
Mainburg	1.175	0	430	634	1.885	0
Pfaffenhofen	15.069	1.768	?	4.928	20.855	1.804
Pförring	1.700	0	3.255	0	3.810	0
Rain	14.635	2.327	1.932	2.136	11.016	2.585
Reichenhall	11.314	4.197	2.760	1.853	13.858	5.541
Riedenburg	824	542	254	1.353	1.830	531
Schongau	6.656	0	15.672	3.575	> 15.525 <	
Schrobenhausen	13.610	18.763	6.361	0	13.119	28.344
Siegenburg	737	0	0	1.103	1.444	96
Tölz	12.457	5.342	5.000	1.511	9.108	2.685
Traunstein ¹	(2.297)	(940)	11.992	?	8.699	1.858
Vohburg ²	?	?	8.002	2.754	7.311	1.082
Wasserburg	13.696	7.051	0	0	13.696	17.557
Weilheim	15.379	5.604	0	0	15.379	7.166
Wemding	6.935	0	13.815	0	13.650	?
Wolftratshausen	4.866	1.548	4.363	2.374	8.115	2.110

Anm. 1: In Traunstein nur die Schulden 1741 verzeichnet, die 1768 noch bestanden; in der Zwischenzeit abbezahlte oder umgeschuldete Summen finden sich hier nicht. Anm. 2: Vohburg gibt an, daß erst 1745 entsprechende Verzeichnungen in den Kammerrechnungen zu finden seien, diese aber nicht sehr verläßlich wären.

(Quelle: BayHStA GR Fasz. 263 Nr. 14 und 15)

3. Die Höhe der unbezahlten Zinsen orientiert sich meist an der Gesamtkreditsumme, d. h. es läßt sich – ohne daß hier eine feste Regel abgeleitet werden kann – im allgemeinen feststellen, je höher die Verschuldung, desto höher sind auch die Interessenausstände. Besonders schwerwiegend sind dabei Fälle, wo diese Ausstände sogar die Schuldsumme überschreiten, so geschehen in Schrobenhausen und Wasserburg.

Zusammenfassend betrachtet erscheint die allgemeine Lage der oberbayerischen Städte und Märkte ohne weiteres durch unsere Beispielstädte repräsentiert. Ja daß selbst der völlige Bankerott Burghausens kein einmaliger Fall war, soll nun abschließend der Vergleich mit einer anderen Hauptstadt, mit Ingolstadt zeigen, von dessen Magistrat ein sehr genauer Bericht der Lage eingesandt worden war. Diese etwa doppelt so große Stadt wie Burghausen hatte um 1756 Verpflichtungen von insgesamt 179.054 fl. (zum Vergleich: Burghausen um diese Zeit etwa 120.000 fl.), die sich aus 129.662 fl. Kapitalschulden, 35.782 fl. Interesseausständen, 10.060 fl. unbeglichenen Handwerkerforderungen und 3.548 fl. anderen Schulden zusammensetzten. Im Jahre 1700 waren die Kapitalschulden noch bei 58.504 fl., wobei bereits zu diesem Zeitpunkt nach Einschätzung Hofmanns es angesichts der Haushaltslage unmöglich war, nennenswerte Tilgungen vorzunehmen¹²². Welche schwerwiegenden Folgen die städtische Verschuldung für das örtliche Gewerbe hatte, zeigt sich hier besonders bei den Forderungen der Handwerker, die allein mehr als acht Standsteuern (Ingolstadt war mit 1.218 fl. veranlagt) entsprachen. Wie in Burghausen konnte diese Verschuldung nur durch Nachlässe bei den ausständigen Zinsen und durch „Gratitalia“ (= Salzkreuzer und Bierpfennig) von jährlich 4.000 fl. verringert werden. 1769 lag die Schuldenlast dann bei 109.268 fl., was einer Reduzierung von immerhin fast 40 % innerhalb von 13 Jahren entspricht! Interessant ist auch die Erklärung der Stadt für die Höhe der Belastungen. Zwischen 1623 und 1740 wären vom Bundes-, Hof- und vom Kriegszahlamt Zwangsanleihen von zusammen 41.372 fl. bei der Stadt getätigt worden, die vielfach nur zum Teil, mitunter überhaupt nicht verzinst worden seien. Die Stadt hätte so 71.275 fl. an Interessen zu fordern! Hinzu kämen allein im Österreichischen Erbfolgekrieg Kontributionen und andere Zahlungen an die Kriegsvölker von über 30.000 fl. Auch die Einwohner wären durch Scharwerke, Einquartierungen und andere Belastungen so beschwert worden, daß sie in diesem Krieg die Kriegsanlage und die ausgeschriebenen Steuern nicht mehr haben leisten können und viele tausend Gulden von der Stadtkammer als uneinbringlich abgeschrieben werden mußten.

Wie wir bereits bei den Beispielstädten gesehen haben, waren die Schulden der bayerischen Städte und Märkte keineswegs „hausgemacht“, sondern hauptsächlich durch äußere Umstände – insbesondere die rigorose Finanzpolitik des Staates gegenüber den Kommunen – entstanden. Die direkten wie indirekten Kriegsauswirkungen sollen hier einmal unberücksichtigt bleiben. Es waren – wie gezeigt – besonders die staatlichen Zwangsanleihen, die zu den vielfach katastrophalen Haushaltszuständen geführt hatten. Die Zinsdienste gingen nur schleppehend oder überhaupt nicht ein, während sich die Städte ja wiederum selbst zur Aufbringung der für sie riesigen Anleihe summen verschuldet hatten. Zusätzlich wuchsen aber auch die direkten Steuern, die immer wieder bis an die Grenze der Belastbarkeit erhoben bzw. eingefordert wurden¹²³. Die folgende Übersicht zeigt die durchschnittliche jährliche Standsteuer, die die Städte und Märkte zwischen 1593 und 1744 tatsächlich, d.h. nach Abzug der in vielen Fällen unumgänglichen Nachlässe, bezahlt haben:

¹²² Hofmann, Haushalt II, 18, 24.

¹²³ Zum Modus der Steuerverhandlungen zwischen Landesherr und Landständen nach dem letzten Landtag von 1669 vgl. Seitz, landständische Verordnung.

1593–99	17.384	1670–79	37.822
1600–09	11.249	1680–89	42.999
1610–19	14.030	1690–99	51.971
1620–29	20.520	1700–09	38.731
1630–39	14.659	1710–19	44.147
1640–49	18.826	1720–29	32.080
1650–59	21.285	1730–39	45.809
1660–69	33.922	1740–44	15.550

(Quelle: *Freyberg*, *Pragmatische Geschichte I*, Anhang.)

Die ständigen Klagen der Städte und Märkte in individuellen Beschwerden wie auch auf dem Landtag von 1669 wegen der zu hohen Besteuerung über ihre Leistungsfähigkeit hinaus, hatte zwar zur Herabsetzung des Steuersimplums 1669 um ein Drittel geführt¹²⁴, tatsächlich hat sich diese Maßnahme aber nicht belastungsmindernd ausgewirkt. Ganz im Gegenteil stiegen die Anforderungen des Staates durch mehrfache Einhebung des Simplums bis um 1700 sogar erheblich an. Wenn es auch ganz im Sinne eines absolutistischen Territorialherrn gelegen hätte, sich von ständestaatlichen Beschränkungen zu befreien, und Maximilian I. deshalb versucht hatte, sein Hauptaugenmerk auf die indirekten Steuern zu legen, so machten die Kriegswirren solche Vorhaben zunichte. Das 17. Jahrhundert wurde zu einem „Säkulum der direkten Steuer“ (Schlögl)¹²⁵.

Daß die Sandsteuer vielen Städten – bzw. ihren Bewohnern, auf die sie ja umgelegt wurde – mitunter das äußerste abverlangte, zeigen die immer wieder auf neue eingereichten Nachlaßgesuche von mehr oder minder bankerotten Kommunen. Dabei wurde ihnen meist nur ein Teil ihrer Vorstellungen zugestanden. Im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts¹²⁶ sind es aus dem Rentamt München besonders die Städte München, Rain, Schongau, Schrobenhausen, Wasserburg oder Weilheim, die aufgrund ihrer Verschuldung ohnehin als zahlungsunfähig einzustufen gewesen wären, denen immer wieder Nachlässe gewährt wurden. Diese Nachlässe beziehen sich jedoch meist nur auf Steuerforderungen, die über das erste Simplum hinausgingen. Auch davon wurde dann nur ein Teil ermäßigt. Ähnliche Verhältnisse lassen sich bereits seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges feststellen¹²⁷.

4. Ergebnis

Das Erscheinungsbild der meisten bayerischen Landstädte und Märkte um 1803 schildert der Statistiker Joseph von Destouches (1767–1832, seit 1810 korrespondierendes Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften) in den dunkelsten Farben¹²⁸:

¹²⁴ Vgl. S. 16.

¹²⁵ *Schlögl*, *Bauern*, 199, 216.

¹²⁶ Vgl. hierzu besonders BayHStA GL Fasz. 2839.

¹²⁷ Vgl. Kap. IX. 2.; zu den Steuernachlässen sind zahlreiche Akten erhalten, siehe u. a. BayHStA GR Fasz. 1515 Nr. 242, GR Fasz. 1516 Nr. 243, GR Fasz. 1517 Nr. 245.

¹²⁸ Destouches, *Verfall*, 8.

„Wenn Gewerbsamkeit und Industrie verschwinden, und sich ein Arbeiter, ein Produzent kümmerlich von dem anderen nährt, wenn ein Gewerbe das andere erdrückt, die vermöglichen Bürger Banquerotte machen, der Werth der liegenden Güter durch den Mangel der Käufer herabsinkt, wenn die jährlichen nothwendigen Einkünfte der Städte verpachtet, verpfändet, veräußert werden, um wenigst die Zinsen den Gläubigern für Kapitalien zu bezahlen, zu deren Ablösung keine Hoffnung mehr schimmert, wenn die Nachlaßgesuche bey den gewöhnlichen und solchen Abgaben, die jeder häuslicher Bürger entrichten kann und soll, nie nachgelassen werden sollen, so zahlreich, so dringend werden, daß auch diese Abgaben nur mit äusserster Anstrengung bezahlt, oder als ausständig im Reste eingetragen werden müssen; wenn neue Schulden die älteren abtragen sollen, wenn die Bürger den Muth und die Freude zum Leben, seine Obrigkeit das Vertrauen und die Achtung, und die ganze Munizipalität ihr Vermögen, und auch die Mittel verliert, die Lücken auszufüllen, und den Verlust zu ersetzen, dann kann eine Stadt nicht mehr tiefer sinken, dann werden aus dem größten Theile ihrer Bürger arme hilflose Leute, und aus dem größten Theile ihrer übrigen Einwohner täglich Zeugen, oder selbst Theilnehmer ihres gänzlichen Verfalls.“

Dieses Szenario der bürgerlichen Privatverhältnisse war bei der Betrachtung der Haushaltsentwicklung wie der Verschuldung der Städte weitgehend ausgeblendet. Es stellt aber letztlich den Hintergrund – nicht die eigentliche Ursache – der finanziellen Schwierigkeiten der Kämmereien dar.

Die Untersuchung der städtischen öffentlichen Haushalte zeigte, daß die landesherrlichen Anforderungen an die Kassen der Städte und Märkte in Form von Zwangsanleihen und Steuern meist weit deren Leistungsfähigkeit überschritten und somit die festgestellte Verschuldung, teilweise auch Überschuldung mit verursachten. Diese Divergenz zwischen Möglichkeiten und Anforderungen läßt sich erstmals in aller Deutlichkeit während des Dreißigjährigen Kriegs feststellen. Die hier einsetzende Dauerverschuldung erfährt ihre besondere Problematik nicht durch die Tatsache der Schulden an sich, sondern aus der Art und Weise der Praktizierung des Kreditgeschäfts. Das Prozedere und seine Folgen läßt sich über den gesamten Untersuchungszeitraum bei Städten und Märkten immer wieder feststellen: Die durch Landesherren oder Landschaft von einer Stadt geforderte Zwangsanleihe wird zunächst einmal viel zu hoch angesetzt. Nach Verhandlungen mit dem Magistrat „moderiert“ der Fürst diese mitunter ganz erheblich, da die ursprünglichen Anforderungen meist gänzlich jenseits der städtischen Möglichkeiten lagen. Der Magistrat beschafft die verbleibende Summe nun seinerseits bei den örtlichen Kreditinstitutionen wie Kirchen und Stiftungen oder auch direkt bei zahlungskräftigen Bürgern. Bei den Zinsleistungen beginnt nun dieses Verfahren gerade den Kämmereien, aber auch den Bürgern zum Nachteil zu gereichen. Weder die landesherrlichen kreditnehmenden Institutionen wie auch die Landschaft mit ihrem Schuldenabedigungswerk waren in der Lage, langfristig die Zinszahlungen zu garantieren. Jahrelange, mitunter sogar jahrzehntelange Ausstände sind die Folge. Die Städte können schließlich ihrerseits den Zinsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Der Schaden für die Städte, ihre Kämmereien und Bürgerschaften war ein mehrfacher:

1. Hohe Verluste bei den notwendigen Zinseinnahmen, die eigentlich für eigene Verzinsungen und Tilgungen gebraucht worden wären.
2. Kapitalverlust bei den „Kreditinstitutionen“ in den Städten, die dem städtischen Gewerbe mit den nun gebundenen Darlehen finanziell in Form von Investitionskrediten nicht mehr helfen konnten.

5. Kapitalverlust bei den Bürgern, deren Darlehen meist langfristig oder ganz gebunden waren, und die zusätzlich nicht einmal Nutzen aus diesem Geschäft, sprich Zinsen, ziehen konnten.
4. Verlust für die Städte bei den Steuereinnahmen, da sich die Zinseinnahmen wie die Vermögen der Bürger – die ja beide dem Zensus unterlagen – verminderten.

Diese Situation verschlimmerte sich nun durch den erhöhten Steuerdruck im 17. und 18. Jahrhundert. Auch hier wurde immer wieder die äußerste Leistungsfähigkeit der Städte „erprobt“, wie die zahllosen Anträge auf Reduzierung um einen Teil des jeweiligen Simplums belegen. Hinzu kommt die absolute Starrheit des Veranlagungssystems, das keine Anpassungen an die Leistungsfähigkeit der einzelnen Stadt zuließ. Erst wenn eine Stadt nachweisen konnte, daß ihre Bürger absolut zahlungsunfähig waren, gelang es ihr, die Landschaft oder den Fürsten zu einer einmaligen Ermäßigung zu bewegen. Konnten dagegen bei einem erhobenen Simplum einzelne Bürger ihre Steuern an die Kämmerei nicht bezahlen, so ging dies in Form von Ausständen zu Lasten der Stadt. Nicht zuletzt die Höhe dieser Ausstände entschied über die Zahlungsfähigkeit einer Stadtkasse.

Neben diesen von den Staatsbedürfnissen her motivierten Belastungen für die Städte kommen nun noch weitere, die von den Zeitgenossen vielfach unter dem Sammelbegriff der „Teuerung“ zusammengefaßt wurden. Die inflationären Tendenzen u. a. bei den Löhnen und Besoldungen verteuerten letztlich auch die besonders kapitalaufwendigen Baumaßnahmen, u. a. für Brücken, Flußbefestigungen und Nutzbauten, die von den Magistraten zu den kostenintensivsten Teilen ihrer Haushalte gerechnet wurden.

Sowohl bei den Etats wie bei den Schulden lassen sich kaum stadtypenhafte Tendenzen feststellen. Die Zahlen der untenstehenden Vergleichstabelle (s. S. 446) im Detail zu interpretieren, würde lediglich dieselben Erklärungsmuster erbringen, wie wir sie bereits aus der Einzeluntersuchung der Beispielstädte kennen. Überraschend ist bei dieser Übersicht nun jedoch – trotz der extremen Situation einzelner Kämmeereien zu bestimmten Zeiten –, daß unsere Beispielstädte ganz ähnliche Entwicklungen in beiden Bereichen erlebten. Diese näherten sich um 1800 noch weiter an, würden wir für München bei der Pro-Kopf-Verschuldung nicht die Gesamtbevölkerung (13,1 fl.) zugrunde legen, sondern nur die bürgerliche (21,5 fl.), die ja auch tatsächlich alleine diesen Etat bzw. die Verschuldung trug. Da der Hofanteil an der Residenzstadtbevölkerung um 1600 und um 1700 noch nicht so groß war, würden sich die entsprechenden Werte um diese Zeit nicht vergleichbar mit der Zeit um 1800 erhöhen. Zumindest für das 18. Jahrhundert dürfen wir für die anderen oberbayerischen Städte und Märkte angesichts ihrer dargestellten Verschuldungshöhe 1741 und 1768 von ähnlichen Werten wie bei den Beispielstädten ausgehen.

Neben der Feststellung der Überschuldung und sogar Zahlungsunfähigkeit vieler Städte und Märkte ist vor allem diese Gleichförmigkeit der Entwicklung von erschreckender Systematik, die die Städte jeder Größe und Bedeutung in einem gemeinsamen „Schicksal“ vereint: der Unfähigkeit, den finanziellen Anforderungen ihrer Zeit – besonders des absoluten Herrschers – gerecht zu werden. Die den Städten gewährten „Kompensationseinnahmen“ für die hohen Anforderungen konnten letztlich den tatsächlichen Kapitalbedarf nicht decken, belasteten die Bevölkerung aber durch vermehrte Abgaben nur noch mehr.

Stadt	um 1600		um 1700		1790(–1800)	
	Etat	Verschuldung	Etat	Verschuldung	Etat	Verschuldung
München	< 1,5	< 2,4	2,0	3,8	3,5	8,0–13,1
Weilheim	1,0	0	1,6	12,2	> 5	21
Burghausen	> 0,9	?	> 1,8	?	> 2	25
Trostberg	0,5	0,5	1,5	> 3	3,5	10–18

Unerwähnt bei dieser Zusammenschau der wichtigsten Indikatoren für die Ursachen der städtische Finanzsituation sind noch die unter dem Oberbegriff „Kriegskosten“ enthaltenen Belastungen aus drei das Land stark verwüstenden und ausbeutenden Kriegen. Hier ist es der Verlust von Menschen, Produktionsmitteln und Investitionskapital, der langfristig den ökonomischen Aufstieg der oberbayerischen Städtelandschaft mit verhinderte. Quantitativ ist dieser Bereich jedoch vielfach nicht faßbar, läuft doch z. B. der weitaus größte Teil der Kontributionszahlungen und Kriegssteuern nicht über die Stadtkammer. Mitunter liegen hierfür allerdings vage Schätzungen vor.

Inkompetenz und Unterschlagungen mancher Magistrate bei der Finanzverwaltung ihrer Städte mag mit zu dem negativen Erscheinungsbild ihrer Bilanzen beigetragen haben, die tatsächlichen Ursachen für die allgemein zu konstatierenden miserablen Verhältnisse in den Kämmereien sind hier jedoch nicht zu suchen.

X. Zusammenfassung

Die vorliegende Untersuchung ging von einer Typologie der oberbayerischen Territorialstädte aus, die die Kategorien Größe, rechtlicher Status, Funktion und ökonomische Bedeutung zur Grundlage hatte. Diese sollten in ihrer Dynamik und Interdependenz zwischen 1600 und 1800 vor dem Hintergrund der landesherrlichen Politik und ihrer Einwirkungsmöglichkeiten betrachtet werden. Anders als in dem strukturell angelegten Hauptteil ist nun in der Zusammenfassung ein größeres Gewicht auf die chronologische Komponente gelegt und diese kontrastiert mit den überzeitlichen Grundstrukturen. Hierdurch werden aus einer anderen Perspektive die integrierenden Urbanisierungsentwicklungen von den desintegrierenden Veränderungen, die zu einer Deurbanisierung führten, unterschieden.

Beginnen wir die chronologische Zusammenfassung des bisher Erkannten mit dem städtischen Erscheinungsbild vor dem Dreißigjährigen Krieg. Bevölkerungswachstum und Zunahme der Gewerbebetriebe belegen eine Wachstumsphase bis in den Krieg hinein. Der Bevölkerungsdruck vom Land überschritt jedoch die Aufnahmefähigkeit der Städte. Tagelöhner- und Handwerkerzahlen erhöhten sich weit stärker als die Nachfrage nach ihren Leistungen. Die beklagte „Übersetzung“ der Gewerbe hatte bis um 1600 zu einer Verarmung weiter bürgerlicher Schichten geführt und entsprechende landesherrliche Gegenmaßnahmen erfordert. Die Schließung der Zünfte und die Zuzugsbeschränkungen für unterbürgerliche Schichten waren neben Heiratsverboten für Personen ohne Subsistenzstelle die Antwort auf den sich verengenden Nahrungsspielraum.

Parallel hierzu traten seit dem 16. Jahrhundert in verstärktem Maße Phänomene auf, die zu einem ökonomischen Funktionsverlust der alten Stadt führten. Die Verbreitung des Handwerks auf dem Land („Territorialisierung des Gewerbes“) wie auch von Handelsaktivitäten legaler wie illegaler Art trafen die meist allein auf den Nahmarkt als Existenzquelle angewiesenen Städte und Märkte empfindlich. Allerdings war das Spektrum des ländlichen Gewerbeangebots noch nicht vergleichbar differenziert wie am Ende des 18. Jahrhunderts. Zu keiner Zeit – soweit bisher erkennbar – stand hinter diesem entscheidend ein förderndes Handelskapital, das im Sinne eines ausgeprägten Verlagswesens oder gar „proto-industrielle“ Aktivitäten handelte.

Darüber hinaus wurden bereits vor 1618 Konkurrenzschwierigkeiten gegenüber ausländischen Produkten virulent, die sowohl hinsichtlich ihrer technologischen Überlegenheit wie aufgrund ihrer dem Verbrauchergeschmack besser entsprechenden Verarbeitung den Inlandsfabrikaten überlegen waren. Dies führte insbesondere bei einem der bedeutendsten Exporthandwerke, den Tuchmachern, zu einer erheblichen Rezession, die mit Reduzierung der Gewerbezahlen und Verarmung zahlreicher Zunftmitglieder einherging. Hier finden sich auch die ersten uns bekannten – letztlich fehlgeschlagenen – staatlichen Förderungsprogramme für einzelne „Industriezweige“.

Weitere Einbrüche erlebten die Städte durch die Schaffung staatlicher Monopole für den Salzhandel und die Weißbierproduktion. Beide verursachten einen nicht näher zu quantifizierenden, mindestens aber wesentlichen Kapitalverlust in Händen der Bürger. Der Salzhandel mit seinen sekundären Wirkungen auf die Märkte und auf die Präsenz von Handelsvermögen war für viele Städte ein entscheidender Wohlfandsfaktor. Sein Verlust führte im schlimmsten Fall – wie am Beispiel Burghausen zu erkennen – zu einem völligen wirtschaftlichen Verfall. Die staatliche Weißbierherstellung entzog den bürgerlichen Brauern Marktanteile, die darüber hinaus für ihre Produktion mit indirekten Steuern belastet waren.

An den wirtschaftspolitischen Maßnahmen Herzog Maximilians wird frühabsolutistisch-frühmerkantiles Gedankengut deutlich, das zwar in seinen verbalen Äußerungen das Wohl aller Untertanen zum Ziel hatte, in seinen konkreten Maßnahmen aber vorrangig eine positive Außenhandelsbilanz und die Erhöhung der Staatseinnahmen bezweckte. Den Städten gingen so mit der Textilindustrie und dem Salzhandel die wichtigsten Einnahmequellen verloren, die bis zum 19. Jahrhundert nicht durch Ersatzindustrien ausgeglichen werden konnten. Dagegen ist die Legalisierung des Landhandwerks seit dem 16. Jahrhundert der landesherrlichen Politik kaum anzulasten. Der Bevölkerungsdruck konnte kaum mehr anders kompensiert werden, als daß man auf den vermehrt entstehenden Sölden und Leerhäuseln über die Ehehaften hinaus gewerbliche Tätigkeit zuließ. Zudem ist diese Entwicklung auch in anderen Territorien festzustellen.¹

So waren am Vorabend des Dreißigjährigen Krieges trotz zahlreicher Wachstumsbereiche verschiedene Krisenfaktoren erkennbar oder auch schon erheblich spürbar, die der oberbayerischen Stadt das Ende einer ökonomischen Prosperitätsphase wie ihrer funktionalen Sonderstellung als privilegierter Ort der gewerblichen Produktion und des Handels im Territorium anzeigten. Daran änderte sich bis zum Ende der alten Stadt der Frühen Neuzeit nichts mehr. Die Zerstörungen und Verluste der folgenden Kriegsjahre trafen bereits auf einen geschwächten Organismus. Die „apokalyptischen Reiter“ töteten – meist durch die Pestwellen – mitunter mehr als 50 % der Einwohnerschaft einer Stadt, zerstörten Produktionsmittel und vernichteten Investitionskapital. Bisher völlig unbekannt trat nun auch eine langfristige Verschuldung der Kammereien und der Bürger ein, z. T. ausgelöst durch den staatlichen Finanzbedarf. Der frühe und der entwickelte Absolutismus waren dazu übergegangen, ihre Geldbeschaffungsprobleme auf den Rücken der Stände abzuwälzen. Dies geschah in Form einer rigorosen Steuerpolitik wie durch langfristige Zwangsanleihen. Wiederaufbauhilfen – sieht man von Steuernachlässen bei ohnehin weitgehend absoluter Zahlungsunfähigkeit ab – sind keine bekannt.

Der nach dem Krieg eintretende Erholungsprozeß wurde durch verschiedenste Faktoren verzögert. Die Stadt hatte als wirtschaftliches Zentrum lokaler wie regionaler Ebene erheblich an Attraktivität verloren. Märkte waren z. T. ganz abgegangen, die gewerbliche Produktion für die kleiner gewordenen Einwohnerschaften war zurückgegangen und auf dem Lande lockten öde stehende Bauerngüter, die in Zeiten der Überbevölkerung vor dem Kriege für viele unerreichbar geblieben waren. Rudolf Schlögl hat gezeigt, daß bis in die achtziger Jahre des

¹ Schremmer, Baden; Schilling, Die Stadt, 23f.; Schultz, Landhandwerk; Kaufhold, Gewerbelandschaften; Habicht, Stadt- und Landhandwerk. Vgl. auch die Literatur zur „Protoindustrialisierung“ S. 5 Anm. 21.

17. Jahrhunderts selbst in den vom Krieg besonders betroffenen Gebieten „die meisten ertragsstärkeren landwirtschaftlichen Fluren und Anwesen wieder in die Produktion integriert“ waren². In den Städten fällt dagegen auf, daß die Einbürgerungsraten nach den erheblichen Einbrüchen während des Krieges keinen positiven Trend widerspiegeln und erst am Ende des Jahrhunderts langsam zunehmen. Während wir für Burghausen keine entsprechenden Quellen haben, zeigte sich für München und Weilheim, daß die Gewerbezahlen bis 1700 nicht mehr den Vorkriegsstand erreicht hatten, für Trostberg dagegen, daß sogar etwas höhere Betriebszahlen feststellbar sind. Der Markt war von den Kriegswirren direkt nicht betroffen gewesen. Wir erklären den positiven Trend hier vor allen aus einer Gewerbedifferenzierung. Handwerke, die vor 1618 nicht anzutreffen waren, sind nun erstmals vertreten. Sollte Trostberg in diesem Falle repräsentativ sein, dann könnten wir davon ausgehen, daß die kleinen Märkte ihr Waren- und Dienstleistungsangebot erweitern konnten, während sie im 16. Jahrhundert noch auf wenige Grundgewerbe beschränkt waren. Damit würden sie einer Entwicklung unterlegen sein, die parallel zur Territorialisierung des Gewerbes nach dem Dreißigjährigen Krieg verlief: einer weitgehend homogenen Verteilung der Gewerbe auf das gesamte Land bei gleichzeitiger Abminderung der Städte.

Im Verlaufe des 18. Jahrhunderts koppelte sich schließlich die gesamtbayerische demographische Entwicklung von der der Städte und Märkte ab. Die Einwohnerzahl des Kurfürstentums stieg in diesem Jahrhundert wohl um ein Drittel und erreichte um 1800 einen signifikant höheren Stand als vor 1618. Die beiden Erbfolgekriege brachten zwar gewisse Menschenverluste mit sich, keineswegs aber einen Bevölkerungseinbruch. Die statistischen Grundlagen sind auch zu schmal, um den Rückgang infolge der Hungersnot nach 1770 genauer quantifizieren zu können. An dem langfristigen Trend des 18. Jahrhunderts änderte dies jedoch nichts. In den Städten und Märkten, die sich in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts langsam erholten hatten, läßt sich im folgenden Jahrhundert eher eine Stagnationsperiode konstatieren. Da für diese Zeit ein größeres „sample“ zur Verfügung steht, läßt sich die Beobachtung noch differenzieren: Die größeren Gemeinwesen verloren meist an Bevölkerung, während die kleineren ihren Einwohnerstand halten konnten, bzw. diesen mitunter sogar nicht unbeträchtlich ausbauten. Erst im ausgehenden 18. Jahrhundert wuchs die städtische Bevölkerung plötzlich stark an.

Hand in Hand mit der demographischen Stagnation verläuft eine Entdifferenzierung des Gewerbes in den Städten verbunden mit einer Zunahme der Tagelohnberufe. Dieses Phänomen spiegelt sich in einer Abnahme der realen Steuerleistungen sowohl der Gesamtstädte wie auch der einzelnen Berufsgruppen wider. Bei genauerer Betrachtung fällt immer wieder gegenüber der zahlenmäßigen Zunahme der Tagelohnberufe das Absinken ihrer steuerlichen Leistungsfähigkeit auf. Vergleichbare Beobachtungen lassen sich auch bei anderen Handwerksberufen anstellen, die nicht in genügendem Maße die Zahl der Subsistenzstellen der geringer werdenden Nachfrage nach städtischen Gewerbeprodukten angepaßt hatten. Der einfache Stellenmechanismus nach Schließung der Zünfte genügte als Sicherungsinstrument des ökonomischen Auskommens in einer Zeit zunehmenden Konkurrenzdrucks nicht mehr.

² Schlögl, Bauern, 357.

Den kleiner werdenden Marktanteilen der Städte an der gesamtwirtschaftlichen Produktivität Bayerns standen unvermindert hohe Anforderungen des Staates gegenüber. Niemals getilgte Darlehen, unbezahlten Zinsen, weitere Zwangsanleihen und die ungebrochenen Steueranforderungen verschlimmerten die Situation der ohnehin schwierigen urbanen Finanzlage zu einer unerträglichen Überschuldung vieler Städte. Zur Kompensation gewährte Privilegien für Bierpfennige oder Pflasterzölle konnten einen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts meist den zehnfachen Standsteuersatz weit überschreitenden Schuldenstand nicht mehr steuern. Burghausen erreichte gar eine Verschuldung, die den dreißigfachen Jahresetat überstieg. Die zweitgrößte oberbayerische Stadt, Ingolstadt, stand dem Rentamtssitz im Osten bei derartigen Kammervverhältnissen nur wenig nach.

München unterschied sich von den übrigen Vertretern des Standes der Städte und gefeierten Märkte in verschiedener Hinsicht. Die Wachstumsdynamik der Gesamtbevölkerung, die höhere Produktivität je Betrieb, die starke Konzentration größerer und großer Vermögen, die herausragende Bedeutung des Handels gegenüber der sonst vorherrschenden ökonomischen Spitzenstellung der Nahrungsmittelgewerbe, die hohe Gewerbedifferenzierung etc. waren in wesentlichem Maße im fürstlichen Hof wie die durch ihn ausgeübte Anziehungskraft auf die verschiedensten sozialen Gruppen begründet. Andererseits sind die Verhältnisse innerhalb der bürgerlichen Bevölkerung der Residenzstadt meist mit denen in anderen Städten vergleichbar, wenn auch auf höherem „Niveau“. Niedergangstendenzen, „Verflachung“ des Gewerbespektrums, Ohnmacht gegenüber dem in- wie ausländischen Konkurrenzdruck mischen sich mit Problemen eher spezifischer Art, die durch Hofhandwerk oder vermehrtes Auftreten von Pfluschern entstanden.

Wir haben gesehen, daß das Malthusische Szenario, die Verarmung allein aus dem Bevölkerungswachstum zu beschreiben, so wie dies auch Wilhelm Abel für den vorindustriellen Pauperismus getan hat³, im Hinblick auf die oberbayerischen Städte nicht ausreicht. Hier traten in der Frühen Neuzeit, insbesondere seit dem Ende des 16. Jahrhunderts, Konkurrenzverhältnisse auf, die eine Erholung auch dann nicht mehr möglich machten, als die Verluste des Dreißigjährigen Krieges den Bevölkerungsdruck vorübergehend beseitigt hatten. Es waren neue Rahmenbedingungen für die ökonomische Existenz der Städte entstanden, die das alte Wirtschaftssystem in seiner weitgehenden Trennung zwischen Stadt und Land ablösten. Mit Abel müssen wir erkennen, daß die „agrarisch-kleingewerbliche Wirtschaftsweise“ nicht mehr in der Lage war, die entstandenen Probleme zu lösen. Eine Modernisierung der bayerischen Produktionsverhältnisse und ökonomischen Organisationsstrukturen kam über Ansätze nicht hinaus. So schuf die landesherrliche Verwaltung zwar verschiedene Manufakturen, ihre Zahl, Herstellungstechniken und beschränkte Spartendifferenzierung waren jedoch höchst bescheiden und konnten in den oberbayerischen Städten allenfalls im Textilbereich vorübergehend gewisse Erfolge verbuchen. Ebenso war das Handelskapital im Bayern des 17. und 18. Jahrhunderts nicht an der Organisation von Verlagsunternehmen interessiert, bzw. erhoffte sich hieraus keinen Gewinn. Technologiedefizite in der handwerklichen Produktion – u. a. bedingt durch eine Ausbildungsinferiorität gegenüber den meist protestantischen

³ Abel, Massenarmut, 308; ders., Pauperismus, passim.

Exportgewerbezentren – taten schließlich ein übriges, die Spirale aus Konkurrenz, Verlust von Marktanteilen, Kapitalmangel und Verarmung für die Städte im wesentlichen nicht stillstehen zu lassen.

Diese Entwicklungen müssen vor dem Hintergrund der Möglichkeiten der Städte als ständische Territorialstädte gesehen werden. Der ohnehin schmale Bereich, in dem die Magistrate wirtschaftspolitisch tätig werden konnten, wurde durch den meist prekären Finanzzustand der Kammereien weiter eingeschränkt. Mit Ausnahme von Zolltarifen zur Außenhandelsregelung waren Gewerbeförderungsmaßnahmen des Staates nur in sehr beschränktem Maße initiiert worden oder gar erfolgreich. Neben den bereits erwähnten Manufakturen oder Verlagsinitiativen gehörten hierzu auch Versuche, Spezialisten für bestimmte Fertigungstechniken nach Bayern zu holen. Merkantilistische Grundsätze der Wirtschaftspolitik lassen sich im gesamten Untersuchungszeitraum feststellen, zu einer systematischen Verwirklichung war das Land jedoch nicht in der Lage. Diese Politik beschränkte sich letztlich darauf, den Import gewerblicher Fertigprodukte zu minimalisieren und die heimischen Hersteller vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen – beides auf weite Strecken vergeblich.

Die merkantilistische Politik des Absolutismus ist damit vergleichbar mit seinem übrigen Verhältnis gegenüber den Ständen. Wie im wirtschaftlichen Bereich letztlich nur der fiskalische Aspekt eine Rolle spielte, so war es im rechtlichen der Einbau des Standes als intermediäre Gewalt in den Staatsaufbau. An seiner Organisationsstruktur, seinen Privilegien und Kompetenzen änderte sich kaum etwas. Dagegen wurde der eigenständige Handlungsspielraum der Magistrate verengt, die Kontrollmechanismen verfeinert und das Bewußtsein dafür geschaffen, daß es letztlich in der Hand des Fürsten läge, über die Gültigkeit von Freiheiten zu entscheiden, bzw. mit diesen zum Besten des *bonum commune* zu disponieren.

Das 17. und 18. Jahrhundert war aus der Sicht der oberbayerischen Städte eine Krisenperiode. Zentralitätsverluste, abnehmende Gewerbebedeutung und -differenzierung (vermutlich mit einer gewissen Ausnahme der eher ländlich geprägten Märkte), Vermögensverluste der „Durchschnittsbürger“, Abwanderung bzw. Zerstörung von Handelskapital, fehlende Investitionen in Verlagsunternehmen, Verschuldung der Kammereien durch ungenügende Einnahmen und überhöhte staatliche Anforderungen sind Charakteristika dieser Zeit. Selbst die Residenzstadt mit ihrem stark wachsenden Hofanteil an der Bevölkerung bildet in den bürgerlichen Schichten keine Ausnahme. Lediglich ihr ökonomisches Niveau ist höher, auf dem sich dieselben Niedergangsprozesse feststellen lassen. Diese Tendenzen stehen im Kontrast zu einer gewerblichen Aufwertung des Landes. Dadurch kam es zu einer fortschreitenden Nivellierung zwischen Stadt und Land. Die Frühe Neuzeit ist demnach für die oberbayerische Städtelandschaft eine ökonomische Deurbanisierungsphase. Sie endete weitgehend erst in der zweiten Hälfte des 19. und im 20. Jahrhundert⁴.

Diesem Negativbild städtischer wirtschaftlicher Entwicklung stehen als „Aktiva“ die administrativen und judikativen Zentralitätsfunktionen qua Amtstadt bzw. Träger autonomer Herrschaftsrechte gegenüber. Der frühmoderne Staat bedurfte der Städte als Standorte der Ordnungseinrichtungen seiner Zentral-, Mittel- und Unterbehörden. Weitgehend ohne Verluste der alten Privilegien

⁴ Hoffmann, *Aspekte*, 435–441.

wurden die urbanen Zentren in das Herzogtum/Kurfürstentum integriert und hierin instrumentalisiert. Der administrative Bedeutungszuwachs durch die vermehrte frühmoderne Verwaltungstätigkeit brachte aber in den meisten Fällen keine Widerspiegelung im wirtschaftlichen Bereich. Die zentripetalen Kräfte der herrschaftlichen Durchdringung des Landes konnten die zentrifugalen gewerblichen nicht kompensieren. Eine Ausnahme bildete vor allem die Residenzstadt.

Der Betrachter der hier vorgestellten langfristigen Entwicklungslinien muß sich der Problematik einer solchen Vogelschau bewußt bleiben. Der konstatierte ökonomische Niedergang einer ganzen Städtelandschaft, die vermutlich nicht untypisch war für andere Reichsgebiete, kennt seine großen und kleinen Brüche wie auch individuellen Verläufe. Diese wurden hier nicht negiert, konnten jedoch nicht weiter verfolgt werden. Mitunter war aus unterschiedlichen Gründen (Quellenprobleme, fehlende Vorarbeiten etc.) die Wahl einer „Betrachtungshöhe“ notwendig, die das Erkenntnisobjekt fast auf einen Punkt zusammenschrumpfen ließ, ohne daß noch Entwicklungen deutlich werden konnten. Diese Punkte waren dann jedoch Steine eines Mosaiks, das dem angestrebten Gesamtbild „oberbayerische Städtelandschaft im 17. und 18. Jahrhundert“ diene. Es wäre wünschenswert, die Unschärfen in unserer Vedute weiter zu korrigieren und ihre Tiefenschärfe zu erweitern. Dies müßte auf eine dreifache Weise geschehen. Zunächst kommt der weiteren Klärung der hier immer wieder hervorgehobenen Quellenprobleme eine Hauptrolle zu. Es sei hier nochmals betont, daß unsere Aussagen ja auf vielfach inhomogenem Aktenmaterial beruhen. Verschiedenste Gattungen und Provenienzen bilden die Grundlage dieser allenfalls holzschnittartigen Skizze, die in fast allen hier angesprochenen Einzelaspekten einer weitergehenden intensiven Bearbeitung bedarf. Weiterhin wären die hier behandelten Untersuchungsfelder zu erweitern und zu präzisieren. So müßten unsere Kenntnisse der landesherrlichen Wirtschaftspolitik weiter vertieft werden, oder – um ein anderes Beispiel zu nennen – wäre die Vermögensentwicklung der Bevölkerung in den Beispielstädten in dichteren Untersuchungsschritten zu verfolgen. Gerade dadurch würden auch die spezifischen ereignisgeschichtlichen Einflüsse auf die Veränderungen gegenüber den hier betonten Strukturen verdeutlicht werden. Schließlich käme der Einbeziehung von Untersuchungen zusätzlicher Beispielstädte eine in allen stadthistorischen Themenbereichen wichtige Bedeutung zu. Von einem dem agrarischen Bereich vergleichbaren rechts-, sozial- und wirtschaftshistorischen Forschungsstand für die oberbayerischen Städte und Märkte sind wir also noch weit entfernt.

Anhang

1. Die oberbayerischen Städte und Märkte

(Rentamtszuordnung nach Stand 1794)

Stadt/Markt	Einwohner 1794	Standanlage 1669–1808 (in fl.)
-------------	----------------	--------------------------------------

1. Rentamt München

1. Städte

München	34.277	4.000
Aichach	1.504	529
Donauwörth	2.460	–
Friedberg	1.781	300
Ingolstadt	4.176	1.218
Landsberg	2.587	666
Pfaffenhofen a. d. Ilm	1.438	175
Rain	1.122	504
Schongau	1.237	221
Schrobenhausen	1.483	500
Wasserburg	1.961	1.000
Weilheim	1.856	300
Wemding	1.655	416

2. Gefreite Märkte

Aibling	924	100
Aindling	525	80
Altomünster	762	112
Dachau	901	125
Dießen	998	120
Gaimersheim	816	166
Geisenfeld	865	116
Grafing	463	50
Hohenwart	895	100
Holzkirchen	418	40
Inchenhofen	615	150
Kösching	918	150
Kühbach	512	100
Mainburg	834	83
Murnau	1.072	90
Pförring	670	116
Rosenheim	1.622	350
Schwaben	574	36
Siegenburg	576	33
Tölz	2.013	150
Vohburg	892	120
Wolfratshausen	924	60

Stadt/Markt	Einwohner 1794	Standanlage 1669–1808 (in fl.)
<hr/>		
3. Nicht gefreite Märkte		
Bruck (= heute Fürstenfeldbruck)	923	—
Ebersberg	718	—
Gerolfing	?	—
Haag	784	—
Miesbach	661	—
Neubeuern	484	—
Pöttmes	?	—
Prien	?	—
 <i>II. Rentamt Burghausen</i>		
1. Städte		
Burghausen	2.042	500
Neuötting	1.533	522
Reichenhall	2.395	354
Traunstein	2.468	450
Vilshofen	1.593	283
2. Gefreite Märkte		
Griesbach	772	29
Hals	444	33
Kößlarn	484	10
Kraiburg	645	83
Markt	370	41
Pleinting	527	35
Rotthalmünster	808	?
Tann	899	83
Trostberg	809	166
3. Nicht gefreite Märkte		
Aidenbach	?	—
Altenmarkt	?	—
Hartkirchen	390	—
Tüßling	527	—
4. Innviertel (1779 an Österreich)		
4. 1. Städte		
Braunau	?	917
Schärding	?	604
4. 2. Märkte		
Altheim	?	80
Friedburg (nicht gefreit)	?	—
Mauerkirchen	?	116
Mattighofen (nicht gefreit)	?	—
Ried	?	355
Uttendorf	?	58

(Quelle: *Hazzi*, Statistische Aufschlüsse I; *Lieberich*, Landstände)

(Alle Hervorhebungen im Original hier *kursiv* gedruckt)

„[S. 547] 1. Soll sich der Rentmeister in seinem Umritt bey Gerichtern, Städt= und Märkten nicht länger, als es nöthig aufhalten, niemand durch sich oder Subalternen mit Zehrungen, Trinkgeld und dergleichen beschweren, sondern sich mit dem gewöhnlichen Deputat jeden Tags mit 6. fl. für sich, und für den Rentschreiber 2 ½ fl. begnügen, auch Uns hievon das *ratum*, so lang er mit Visitation der Gerichtern zu bringt, aufrechnen, das übrige von Städten und Märkten einbringen, und geringe Märkt zu den nächst gelegenen Orten ziehen, welche in *Subsidium* einen Beytrag zu thun haben.

2. Der Rentschreiber solle die Täg und Zeiten dessen Umritts, auch was er jeden Orts an Deputat und sonst das Jahr hindurch an Installationen der Beamten, Stift= und Zinß auch der Amtleuten oder andern *praestationen*, item an Abschied und Landschuldgeldern eingenommen, der Landschreibereyrechnung *specificé* bey Straf der *amotion* eintragen, allermassen Wir an alle Gericht, Städt= und Märkte Befehl erlassen, daß sie ihm über sein Deputat nichts reichen, auch sich vor dem Umritt so parat halten sollen, damit der Rentmeister sie zeitlich expediren möge, und wer gegen dieses Verboth etwas mehrers annimmt oder giebt, soll exemplarisch gestraft werden.

3. Bey dem Umritt soll er auf Unsre Interesse bedacht seyn, auf Laster und Untugenden sowohl bey geistlichen als weltlichen, insonderheit auf die Gotteslästerung, Ketzerey, leichtfertige Bücher und geistliche Concubinen obacht geben, auch den Befund alsofort zu den Hofrath oder wohin es sonst gehörig, berichten, nicht weniger das verbothene Fleisch essen, übermäßiges Spielen, Arbeiten an Feyertägen und dergleichen nicht nur abschaffen, sondern auch abstraffen.

[S. 548] 4. Wegen Haltung des Gottesdiensts soll er sich erkundigen, item ob der Unterthan nicht mit Sellgerad, Begräbnuß und Stollrechten graviert und sonst durch unzuläßige Getraid, Haar, Schmalz und dergleichen Sammlungen bedrängt werde? ob an Sonn= und Feyertägen Kinderlehr gehalten, und der Gottesdienst von Beamten und Unterthanen fleißig besucht werde?

5. Wegen Versicherung der Kirchencapitalien, soll er die *Decreta* wohl beachten, welche Wir wegen der Borgschaft und dessen Grundherrlichen Consens nächstens zu Verordnen gedenken, massen wenn der Consens noch die Borgen so leicht zu bewirken seynd; folglich den Kirchen ihre *Capitalia* in den Zechschrein liegen bleiben. Es ist aber in den Kirchenrechnungen bezusetzen, wie die Capitalia versichert, und wann die Schuldbriefe errichtet, und dafür neue Obligationis ausgestellt werden, soll solches ohne *novation* geschehen, und die Kirchenröbste zu Einbringung der Ruckständen angehalten werden.

...

7. Die Kirchenrechnungen sollen zu rechter Zeit von dem Oberbeamten aufgenommen, dem Pfarrer um sein Bedenken communiciret, die Aufnahm an keinen Sonn= Feyer= oder Samstag bewerkstelliget, und denen Pfarrern, wann sie sich davon absentiret, kein Deputat paßirt werden.

8. Beamte und Pfarrer sollen die Kirchengelder nicht bey sich behalten, sondern in Beyseyn der Kirchenpröbsten ausgezählt, und in die Zechschrein gelegt, auch diesen über die Ausständ specificierte Extract ertheilt werden.

...

[S. 549] ...

21. Die Verbrechen, welche Rentmeisterisch abzustraffen, sind bereits in der erklärten Landsfreyheit enthalten, doch wollen Wir geschehen lassen, daß er auch andere ähnliche Fälle, wo nemlich böse, ärgerlich und betrüglische Umständ mit unterlaufen und höher als gerichtliche Verbrechen anzusehen sind, abstrafen könne. Und weil diese Straf *infamiam* nach sich ziehet, und die Abgestrafte zu Zeugschaften und ehrlichen Aemtern oder Dingen untüchtig macht, soll hierinn *Discretion* gebraucht werden, und sich diese Straf nicht über 32. Pfund Pfennig erstrecken, solche auch in das Umrittsprotocoll und Vicedom=Libell mit allen Umständen und Bewegungsursachen eingetragen, und wo dagegen appellirt wird, mit der *Execution* eingehalten werden.

...

[S. 552] ...

56. Was an ein oder andern Ort, zu Verbesserung des Commercii dient, soll er fleißig bemerken, taugliche Handwerksleut auf dem Land in die Städt zu bringen suchen, ihnen Beförderung und Rathsstellen versprechen, und wo etwann der Salzverschleiß, daß Breu= und Bergwerkswesen zu besserer Aufnahm zu bringen, nicht ausser Acht lassen.

57. Bey Städten und Märkten, welche nicht besonders privilegiert sind, soll er nicht nur auf die Wirthschaft, sondern auch auf die *procedur in Jurisdictionibus* sehen, und wo Visitations=*Puncta* verhanden, solche schleunig vollziehen lassen. Zu dem Ende soll er sich

58. Alle Verhörs, Briefe, und Stadt=*Protocolle*, auch Rathsbücher, nicht weniger von allen Aemtern die Rechnungen vorlegen lassen, Cassen Visitiren, [S. 553] und ob nicht das Geld nur zum Schein hineingelegt und entlehnt ist, nachfragen.

59. Über die *Qualitaeten* der Rechnungsführer und ob nicht gewisse Gefälle verschlagen sind, soll er sich erkundigen.

60. Zu Stadt= und Marktschreibern soll man *qualificirt* und ehrliche Leute anstellen, solche, soviel es die Städt Einkünften leiden, Besolden, und der Rentmeister sie bey dem Umritt vernehmen, was selbe den Gemeinenwesen nützlich oder schädlich zu seyn beobachtet, was für Partheylichkeiten bey Rath verspüret, was von Gefällen Unterschlagen, oder sonst für Beschwerden vorgegangen.

61. Der Stadtschreiber soll die *Registratur* ordentlich beschreiben, und solche in guter Ordnung versperret halten, worauf der Rentmeister bey der *Visitation* zu reflectiren.

62. Die *Privilegia* aber soll er in ein Buch nach der Jahrzahl zusammenschreiben, und im Rath vorlegen, damit man nicht nöthig habe, die *Originalia* allemal aufzuschlagen.

65. Bey den Rathswahlen soll man nachsehen, ob sie *legitime* vorgegangen, und von dem Hofrath oder Regierungen bestätigt sind, *item* ob alle Wochen Rath gehalten werde, wer dabey erschienen, und ob das *Silentium* fleißig gehalten werde, massen diejenige, welche aus den Rath Schwätzen, ihre Stellen verlohren.

64. Der Stadtschreiber soll das Protocoll halten, Klag, Antwort, *re* und *duplic.* nebst dem Bescheid eintragen, über die Briefereyen in ein eigenes Notenbuch verfertigen, das Protocoll *in Senatu* ablesen, mundiren, keine Blätter auswechseln, und den Begriff derselben *ad marginem* notiren.

65. Wo keine Taxordnung bey Städt= und Märkten vorhanden, bleibt es bey der Policyordnung.

66. Bey den Strafen ist zu sehen, ob die Rechnungen mit den Strafprotocollis übereinstimmen. Von wem sie dictirt worden, wer das Protocoll gehalten, ob sich dieser oder jener etwas davon zugeeignet, oder ob sie moderirt worden; und damit sich Städt= und Märkt keiner mehrern Jurisdiction anmassen, ist dem Beamten ein Extract von den Marktsstrafen zuzustellen.

67. Fürkauf und Hausirer sollen abgestellt, dahingegen die *Commercia* wiederum in Aufnahme gebracht werden.

68. Bürgerliche Obrigkeiten sollen von gemeinen Grundstücken, Geld= und Getraidgülden ohne Consens nichts veräußern, für sich selbst keinen Nachlaß anstiften, Gülden und Steuern thun, und wo der Consens gegeben, den Kaufschilling wiederum zum Besten des gemeinen Wesens verwenden.

69. Bey denen Bauämtern sollen alle Jahr neben der Geld auch Materialrechnungen verfaßt, ohne Vorwissen des ganzen Rathes keine kostbare Gebäu geführt, vorhero ordentliche Anschläge übergeben, die übrige Baumaterialia verkauft, oder in Baustadt verwahrt, dem Bauamtsverwalter und sonst niemand die Schlüssel dazu gelassen, auch ordentliche Wochenzetteln, der Baukosten und Taglohns verfertiget, Werkleut und Tagelöhner mit Namen genennet, was wochentlich gebaut wird, angezeigt, und Bauleut in Beyseyn des Stadtschreibers auf die Hand bezahlt werden.

70. Bauämter sind nicht jedesmal denen Burgermeistern oder Cammerern anzuvertrauen, sondern man soll vielmehr einen innern und äussern Rath dazu brauchen, und jene nur die *direction* und *inspection* führen.

[S. 554] 71. Die Bauamtsrechnungen sollen von *Commissariis* durchgangen, über die Bedenken *Protocolla* gehalten, darüber in *Senatu* referirt, die geschlossene Bescheidspuncta publiciret, in der *Cassa* nachgesehen, von den Verwaltern gleiche Sperr gehalten, und ihnen gestalten Dingen nach, ein *Recompens passiert*, und *ratione quanti* von dem Rentmeister Anfrag gestellt werden.

72. Die Bauverwalter sollen auch zumal auf ihr Begehren abgewechselt werden.

73. Alles beständiges Einkommen, soll fleißig in die Rechnung gebracht, und über das, was nicht eingegangen, ordentliche Register geführt, und Resten eifrig betrieben, das Uncinbringliche aber abgeschrieben werden.

74. Alle Erlagen sind in dem Jahr, wo sie gefallen, zu verrechnen, widrigenfalls zu präsumiren, das man das Geld zu seinem Nutzen gebraucht, und da etwas in Abschlag erlegt wird, soll der Rest *in margine* geschrieben, und solche Post alle folgende Jahre so lange fürgetragen werden, bis sie abgeführt ist, damit sie nicht in Vergessenheit kommt.

75. Bey allen Summen in Einnahm und Ausgab ist beyzusetzen, warum gegen vorige Jahr mehr oder weniger betroffen, und ob es beständig sey, *item* sind alle Ausgaben zu verificiren, und bey Abzahlung der Capitalien die Schuldobligation zurückzunehmen, auch von den Interessen, so die Unbefreyte zu erheben haben, der Steuerabzug nicht zu unterlassen.

76. Stiftungen, welche oft *propter annexa onera* beschwerlich sind, soll man nicht allezeit auf sich nehmen, sondern wo Beschwerde erscheint, sich bey der höhern Obrigkeit anfragen.

77. Wo der Magistrat, in die Unkosten auf eigenen Säckel zu bezahlen, condemnirt, soll man sie in der Stadtrechnung nicht paßiren lassen.

78. Auf den Weinmärkten soll der Stadtmeister das Geld von dem Unterkäufer *specifice* anzeigen, von wem der Wein erkauft, wie viel Wein am Ende des Jahrs noch auf dem Stadl liegen, und wem auch, wie viel baar Geld hinaus geliehen und wieviel noch vorhanden.

79. Zinnsbaare Capitalien sollen nicht gleich transportirt, und andere dagegen aufgenommen, minder neue Schulden ohne Consens gemacht werden.

80. Bey Vormundschaftsrechnungen ist zu sehen, wie oft sie abgelegt, was von Städt= und Märkten für ein Deputat hievon eingeführt, ob ihr Vermögen versichert, und bey mehrern Vormunden gleiche Sperr beobachtet sind.

81. Ferner ist auf die Briefs=*Protocolle* und Saalbücher zu sehen, ob sie in rechter Form sich befinden, ob in der letztern alle Gründ beschrieben, nichts davon und alles authentisirt, und wieviel vom hundert Abfahrt und Anfall darinn specificirt?

82. Bey dem *Service* und Quartiersrechnungen ist zu sehen, ob denen Officieren mehr bezahlt, als ihre Ordinance ausweist, und ob solches durch eine gleiche und proportionirliche Anlag eingebracht worden.

83. Bey der Brandsteuer und Ranzionrechnung soll man auf den Ueberschuß sehen, wohin solcher verwendet, wie die Schätzung mit den Steuerbüchern überein komme, ob nicht die Rathsfreund ihre Grundstücke damal ausgelassen, ob nicht die, welche sich salviert, ein namhaftes contribuiert, und man nichts desto weniger von der Burgerschaft die völlige *Summam* erpreßt habe.

[S. 555] 84. Ueber die *Deposita* sind eigene Bücher und Cassen zu halten, mit Vormerkung ob noch rechtmäßige Erben dazu verhanden, und wo diese nicht da sind, ist solches bey Gericht anzuzeigen, damit es als *bona vacantia* uns heimgeschlagen werden.

85. Der Rentmeister soll sich jeden Orts erkundigen, was für Anstalten wegen des Feuers gemacht werden, ob die Feuerstädte fleißig alle Quatember visitirt, und was für Materie zu nächst an den Camin gelegen sey.

86. Ueber die Nachsteuer soll man auch bey jeder Stadt= und Markt ein eignes Buch halten, das abwegkommende Vermögen eintragen, die Erlag durch des Stadtkammerers Unterschrift attestiren lassen, und wann das Vermögen gar ausser Land gehet, das Freygeld auch für Uns als Landsfürsten besorgen, und deswegen dem Rentmeister eine *Specification* vorlegen.

87. Mit Besoldungen soll *Magistratus* nicht zu weit gehen, kein beständiges Stadtgefall zur Amtsnutzung überlassen, sich selbst kein Recompens ohne gnädigsten Consens machen, weniger bey den Käufen oder Verstiftungen sich den Leykauf zuzueignen, vielmehr auf die Vergrößerung der Gülden denken, und nicht leicht von neuen Leibgeding und Erbrecht ohne augenscheinlichen Nutzen und obrigkeitlichen Consens verleihen.

88. Wo Fischereyen verhanden, sind die Fischwässer zu melden, der Fang jedesmal zu beschreiben, was man davon ehrenhalber verehrt, einzutragen, und alles dem Rentmeister vorzulegen.

89. Ueber die Steuer=Restanten sind ordentliche Register zu halten, und solche zum Theil zu vernehmen, ob sie sich dazu einbekennen.

90. Die Strafen, welche von den Landschafts=*Commissariis* wegen des Bier= und Fleischaufschlags vorgenommen werden, soll Rentmeister in eine *Designation* bringen, und da etwann zu weit damit gegangen worden, es anzeigen.

91. Auf die Policy soll er gute Obacht haben, damit Bier, Fleisch, Brod, und anderes Pfennwerth in billigen Werth erhalten, die Gäst mit Mahl und Futter nicht übernommen, Wein, Bier und Habersatz nicht nach Willkühr der Beschauern, sondern nach dem Kauf regulirt, das Brod Tariffamäßig abgebacken, bey den Metzgern die Zuweg abgeschafft, und die Wagzettel zur Obrigkeit fleißig eingeschickt werden.

92. Zu Schulmeistern sollen tauglich und gottesfürchtige Leute angestellt werden, welche Discretion mit der Jugend brauchen, ihnen das Vagieren und Umlaufen nicht gestatten, sondern sie zur guten Disciplin und Forcht Gottes anweisen, und im Schreiben und Rechenkunst unterrichten sollen. Liederliche, versoffene, und untugendhafte Schüler sollen abgestellt werden, dahingegen soll man taugliche und geschickte Schulmeister mit reifen Pensionen von milden Stiftungen oder Spitalpfünden versehen, ihnen gleich nach den Rathsfreunden den Rang lassen, und eigene Commissarios bestellen, welche nebst dem Pfarrer die Schulvisitationes vorzunehmen.

93. Schädliche Zehrungen bey Rathswahlen, und andern derley Zusammenkünften, auch unnöthige Verehrungen, Abordnungen, Warthgelder für die angenommene Agenten, Sollicitanten, und Advocaten soll man einziehen, unhausliche Burger aber ermahnen, und im Fall sie nicht corrigibiles, von der Stadt= und Markt abschieden.

94. Unnöthige Kösten und Zehrungen bey Meisterstücken, sollen nicht geduldet, die Meister, welche dergleichen veranlassen, zur Restitution angehalten, und die Lehrjungen mit der Hausarbeit verschont werden.

[S. 556] 95. Burgerrecht soll man niemand geben, der nicht seine Profeßion redlich erlernt, und sich so zu nähren im Stand ist, daß er gemeiner Stadt nicht in Säckl falle.

96. Man soll sich auch der Sauberkeit auf der Gassen sowohl als in Häusern befleissen.

97. Bürgerliche Güter, so fiscalisch werden, soll man denen Gerichtern unter dem Vorwand hinterstelliger Steuer und dergleichen nicht verhalten.

98. Wo man des Pflasterzolls berechtigt, soll man solchen durch Abgebung gewisser Zeichen unter den Thoren einbringen, und diese Gefäll monatlich oder wochentlich fleißig verrechnen.

99. Wenn in einer Stadt= oder Markt das Umgelt hergebracht ist, eine *Specification* zu verfassen, wie viel Suden ein jeder Bräu gethan und wieviel Emmer Bier Sud gemacht.

100. Das Bürgergeld ist zu verrechnen, und die Rechnung gegen die Bürgeraufnahmsprotocolla zu halten, und alle Ungleichheit dießfalls abzustellen.

101. Das Waag= Walch und Keßelgeld von ausgelassenen Unschlitt, auch Standgeld und dergleichen unbeständige Ausgaben, sind nicht per Pausch, sondern *specificé* zu verrechnen.

102. Weil vorkommt, daß die Regierungen von Städt= und Märkten die *Protocolla*, Rechnungen und Freyheiten öfters abfordern, und hernach lang liegen lassen, soll der Rentmeister sich informiren, wie viel Streitigkeiten jede Stadt= oder Markt bey den Regierungen anhängig hat, welche Verzeichnuß sodann einzuschicken.

103. Er soll sich ferner erkundigen, ob nicht Beamte, oder von Adel in Städt und Märkten burgerliche Güter an sich bringen, davon wird Steuer, Quartier, Servis, Nachtgeld noch andere *Onera* tragen, sondern selbst durch ihre Leut allerhand burgerliche Gewerb mit Bräuen, Gastungen oder sonst treiben und dadurch der Burgerschaft das Brod vor dem Mund weggenommen, welches *immediate* an uns zu berichten.

104. Das Stadt oder Marktsigill soll weder der Bürgermeister, noch der Stadtschreiber bey sich tragen, sondern solches auf dem Rathhaus versperrter aufbehalten, und gewisse Sigelsherrn verordnet werden.

105. Mit denen Bruderschaften, Spital, Allmosen, und andern milden Stiftungenrechnung soll es wie mit obigen gehalten, keine dahin gehörige Stuck, Güter, Geld, oder Getraidgülden, ohne Unsern Consens veräußert, die schuldige *intee* nicht für sich selbst abgeschrieben werden.

106. Den Magistrat sowohl als die Burgerschaft soll er zum Gottesdienst und der Ehrbarkeit anmahnen, auch der Priesterschaft nicht gestatten, daß die Bürger mit Sellgerad und dergleichen übernehme.

107. Wann über der milden Stiftungen, Grundstücker, keine Saalbücher vorhanden, soll man sich in den Steuerbüchern bey der Landschaft, Gerichtern, und Hofmärchern, worinn sie gelegen, erkundigen.

108. Bey Stiftämtern, Bruderschaften und Verwaltungen, wo eine Hauswirthschaft geführt wird, ist eine Materialrechnung über alles Vieh, Heu, Stroh, Geflügel, Schmalz, Butter, Oel, Eisen, Holz und anders, auch über die Haus und Baumannsfuhrnuß ein ordentliches *Inventarium* zu verfassen.

[S. 557] 109. Ueber der Verstorbenen Pfrinden, Verlassenschaft, soll man auch ein *Inventarium* errichten, und solche hernach der Spitalrechnung beylegen.

110. Des Taglohns halber sind Wochenzetteln zu halten, worinn alle Tagwerker mit Namen beschrieben, auch wo, was und viel Täg jeder gearbeitet, angemerket, und dem Verwalter der Bezahlungswillen übergeben werden.

111. Auf den fundationsmäßigen Unterhalt der Pfrinder, und ob sich nicht die Verwalter etwas davon zueignen, soll der Rentmeister reflectiren.

112. Mit Verkaufung des Getraids, hat man sich bey dem Spital nicht zu übereilen. sondern auf einen hinlänglichen Vorrath zu trachten, damit solcher auf zwey Jahr erklecklich sey, und die Unterthanen sollen die Kuchendienst *in tempore* zu prästiren angehalten werden.

113. Die Schergen soll er auch wohl beobachten, damit sie ihr Amt nicht mehr in Wirthshäusern als anderen Orten verrichten, durch die Finger sehen, die Unterthanen mit Habersammlung, Stroh, Flax, Eyer, Leibbrod, Weynachtsammel, Viehzungen, Roßeisen, und dergleichen beschweren, bey ehehaften, Rauchfängen und Mühlbeschau, ein gewisses fordern in der Unterthanen Feld allershand Früchten bauen, Bittfuhren, Vieheinschlagung und anders von denen Bauern erpressen. Dahingegen viele Verbrechen in der Still hingehen lassen, oder sich deswegen wohl gar vergleichen, im Fall sich nun dergleichen Ungebühr befinden, hat der Rentmeister zwar in diesem und andern Fällen eine Ordnung, Aufnahm oder Abstellung der Amtleuten für sich selbst nicht vorzunehmen; sondern es Unsern Hofrath und Regierung überschreiben, damit dieselbe Unserer erklärten Landsfreyheit Iter Theil 5. Artikel gemäß verfahren, auch soll er Rentmeister sich mit denen An= und Zuständen der Amtleuten Unseren *Decret von 23ten August 1664* gemäß halten und nicht darwider schreiten.

...

116. Der Rentmeister soll die Schergen besonders über das Landsdefensionswesen *examiniren*, wo es mit dem *Exercitio* der jungen Mannschaft stehe, ob die vacirende Plätze ersetzt, ob nicht die Reiche um Geld entlassen worden.

117. All obiges soll der Rentmeister fleißigst observiren über die fleißig und unfleißige, auch taugliche und untaugliche Beamte eine ordentliche *Specification* verfassen, und einen Extract davon zu Unseren eigenen Händen einschicken, über den ganzen Umriss ein vollkommenes *Protocoll* halten, und hievon ein Exemplar zu Unserer Hofkammer einschicken, auch was die Justitz und Policey betrifft, bey denen *Justitz-Dicasteriis* hinterbringen.

Gegeben in Unserer Haupt= und Residenzstadt München den 24ten December Anno 1669.“

(Quelle: GS 1771, 547- 557).

5. Haupt- und Viertelladen des Handwerks im Rentamt Burghausen Ende des 18. Jahrhunderts

(In Klammern jeweils die Zahl der eingezünfteten Meister)

Hauptlade in Burghausen	Viertelladen im Rentamt Burghausen
Bader (13)	Neuötting (12)
Bäcker (14)	Aidenbach (18), Kraiburg (6), Neuötting (14), Reichenhall (9), Rotthalmünster (25), Tann (10), Traunstein (12), Trostberg (9), Vilshofen (21)
Bierbrauer (10)	Kößlarn (4), Kraiburg (5), Neuötting (12), Reichenhall (7), Rotthalmünster (12), Tann (7), Traunstein (6), Trostberg (7), Vilshofen (11)
Binder (16)	Kraiburg (2), Neuötting (3), Reichenhall (3), Rotthalmünster (26), Traunstein (14), Vilshofen (16), Herrschaft Wald (9)
Buchbinder (4)	
Drechsler (6)	
Färber (8)	Trostberg (8)
Glaser (16)	
Gürtler (8)	
Hafner (20)	Traunstein (4), Vilshofen (18)
Kürschner (13)	
Lebzelter (9)	
Lederer (9)	Traunstein (9), Trostberg (2)
Maurer (9)	Kraiburg (?), Gericht Marquartstein (2), Neuötting (1 + 60–70 Gesellen), Traunstein (5), Trostberg (2)
Metzger (12)	Neuötting (9), Reichenhall (9), Rotthalmünster (36), Tann (5), Traunstein (18), Trostberg (28), Vilshofen (28)
Müller (42)	Aidenbach (29), Gericht Griesbach (72), Hals (16 incl. Bäcker), Gericht Marquartstein (27), Neuötting (60), Reichenhall (15), Traunstein (33), Gericht Trostberg (34), Vilshofen (28)
Nagelschmied (4)	Gericht Marquartstein (3)
Rauchfangkehrer (5)	
Riemer (9)	
Säckler (5)	
Sattler (25)	
Seifensieder (8)	
Seiler (8)	
Schneider (19)	Griesbach (92), Herrschaft Hohenaschau (13), Gericht Julbach (52), Kraiburg (4), Gericht Marquartstein (24), Gericht Mörmosen (34), Neuötting (77), Reichenhall (15), Tann (6), Traunstein (39), Trostberg (25), Gericht Tittling

	(34), Vilshofen (126), Herrschaft Wald (13), Herrschaft Wildenwart (12)
Schlosser (17)	Rotthalmünster (28 incl. Schreiner), Traunstein (20 incl. Schreiner), Vilshofen (32 incl. Schreiner)
Schreiner (15)	Neuötting (12), Reichenhall (6), Trostberg (7)
Schuhmacher (14)	Aidenbach (50), Griesbach (107), Herrschaft Hohenaschau (14), Gericht Julbach (22), Kraiburg (4), Kößlarn (29), Gericht Marquartstein (24), Gericht Mörmosen (16), Neuötting (95), Reichenhall (13), Tann (8), Tittling (20), Traunstein (42), Trostberg (27), Vilshofen (78), Herrschaft Wald (13), Herrschaft Wildenwart (13)
Spengler (2)	
Strumpfstriker (21)	
Tuchmacher (4)	Rotthalmünster (13), Tann (19), Trostberg (9), Vilshofen (8)
Tuchscherer (6)	
Wagner u.	
Schmied (27)	Aidenbach (24), Neuötting (70)
Weißgerber (9)	
Zeug-u.	
Leinweber (69)	Aidenbach (48), Griesbach (139), Herrschaft Hohenaschau (19), Kraiburg (4), Kößlarn* (39), Gericht Marquartstein (3), Neuötting (70), Reichenhall (10), Rotthalmünster (34), Tann (21), Traunstein (66), Trostberg (31), Vilshofen (94), Gericht Wald (25), Herrschaft Wildenwart (22)
Zimmermann (11)	Griesbach (15), Gericht Kraiburg (3), Gericht Marquartstein (3), Gericht Mörmosen (5), Gericht Ötting (14), Reichenhall (6 incl. der Maurer), Traunstein (6), Trostberg (30), Vilshofen (18), Gericht Wald (3)

* Inkorporiert der Hauptlade in Landshut

(Quelle: BayHStA GR Fasz. 839 Nr. 29)

4. Preisfestsetzung des Rats zu Weilheim aufgrund kurfürstlichen Befehls vom 3. März 1644 für die Zeit von Georgi bis Michaeli

1. Tagelöhne für Maurer und Zimmerleute, neben „gebürender cosst“:

Meister	11 x
Geselle	9 x
Mörtelrührer	7,5 x
Lehrjunge	8 x
Zuträger	7 x
„Bueben oder Weibsperson“	5 x

2. Wagner

Neuer guter starker Straßenwagen	5–6 fl.
Einfacher neuer Wagen	3,5 fl.

Pflug mit Rädern	1 fl.	36 x
Pflug ohne Räder	1 fl.	
1 Straßenrad		40 x
1 einfaches Bauernrad		30 x
1 Achse		18 x

3. Schmied

Beschlagen eines einfachen Bauernwages ohne das Eisen	3–3,5 fl.	
Beschlagen eines Bauernrads		20–24 x
Beschlagen eines Pferdes, wenn der Bauer das Eisen selbst gibt		8–10 x
Neugeschnittene Hufeisen, wenn der Schmied das Eisen selbst gibt		8–12 x

4. Sattler

Für fertige Ware konnte kein fester Satz bestimmt werden, wenn er aber „in eines pauermanns brot arbeitet“, soll ein Meister samt Speise 11 x, ein Geselle 9 x und ein Junge 6 x erhalten.

5. Schneider

„Den schneiden soll zu lohn erfolgen, wan sie es in ihrem brott machen“ (d. h. wenn sie in der eigenen Werkstatt arbeiten, C. H.):

Von einem „sauberen ausgemachten Claidt“	1 fl.	30 x
Wenn es bürgerlich gemacht ist		48 x
Von einem „gar schlechten“ Kleid		36 x
„Sauberausgemachter“ Mantel	1 fl.	
Von einem „schlechten“		40 x
Von einem „schlechtsten“		24 x
Von „tafeten oder dobinen weiber mieder“	1 fl.	
Von anderem „sauberen“ Mieder		40 x
Von einem „schlechten“ Mieder		8 x
„Sauberer“ Weibermantel		40 x
„Schlechter“ Weibermantel		15 x
Rock, „aufs säuberste ausgemacht“		40 x
„Schlechter weiberrock“		12 x
„Paustmieder“		40 x
„Schlechtes schier mieder“		5 x
„Lideren redo par strümpfe“		12 x
Leinernes Strumpfpaar		4 x
„Strumpf zedopplen“		2 x

Wenn sie auf der Stör arbeiten, soll von jedem Stück der dritte Pfennig gekürzt werden (d. h. der Preis vermindert sich um ein Drittel).

6. Schuhmacher

Wenn sie in der eigenen Werkstatt arbeiten:

„Paar redo mannsschuh, wenn es abgenäht ist“	6 x
„Paar ramen schuh“	8 x
Schuhe mit Absätzen	10 x

Ganz gesteppt und abgesetzt	10 x
„Weiberschuhe auf ramen“	8 x
Ganz gesteppt sauber mit Absatz	14 x
„Gemeine weberschuh auf ramen“	6 x

Wenn sie auf der Stör arbeiten, soll ihnen der dritte Pfennig abgezogen werden (d.h. der Preis vermindert sich um ein Drittel).

7. Tagwerker, alles „neben cosst“

Als Schneider und „mäder“ in der „harten ernte“	8 x
Hafer-Ernte	7 x
Holzacker, Ackermann oder „gemeiner“ Tagwerker	6 x
Strohschneider	8 x
Recher oder Recherin	4–6 x

Wenn sie „aber in ihrem brot arbeiten“, sollen sie wie Maurer und Zimmerleute den doppelten Lohn erhalten.

8. Ehehalten

Oberknecht neben kleinem Aufgeding	13–14 fl.
Mittelknecht neben kleinem Aufgeding	8 fl.
Bub, der Mähen und Schneiden kann	5 fl.
Ein „ringer bub“	2–3 fl.
Oberdirn	3–5 fl.
Mitterdirn	3–4 fl.

(Bei Ober- und Mitterdirn kommen zu dem Lohn drei Paar Schuhe, ein Schleier, 10–12 Ellen Rupfen, ein Pfund Schmeer)

(Quelle: BayHStA GL Fasz. 4451 Nr. 173)

5. Anteil selbständiger Gewerbetreibender an der Bevölkerung in Ober- und Niederbayern nach der Dachsbergischen Volksbeschreibung von 1771/81 auf dem Land, in den Märkten und in den Städten in ausgewählten Gebieten (Gebietsgrundlage siehe S. 468)

Beruf	Anzahl in ausgewählten Gebieten				Auf 10.000 Einwohner			Auf dem Land stärker vertreten
	Land ¹	Märkte ²	Städte ³	Insgesamt	Land	Märkte	Städte	
Weber	3267	249	382	3898	88	77	41	x
Schuhmacher	2077	275	440	2792	56	86	48	x
Zimmerleute	1820	300	563	2683	50	93	61	x
Schneider	1846	238	449	2533	50	74	49	x
Hufschmiede	1449	121	153	1723	40	38	17	x
Müller	1378	83	117	1578	37	26	13	x
Maurer	804	210	511	1525	22	65	56	x
Bäcker	377	260	413	1050	11	81	45	
Handelsleute	401	240	388	1029	11	75	42	
Metzger	364	191	376	931	10	59	41	
Brauer	151	251	447	849	4	78	48	
Schäffler	515	117	180	812	14	36	19	x
Wagner	511	80	90	681	14	25	10	x
Bader	414	62	111	587	11	19	12	x
Schreiner	154	103	149	406	4	32	16	
Hafner	176	62	105	343	5	19	11	x
Sattler	112	87	91	290	3	27	10	
Lederer oder Rotgerber	31	58	133	222	0,8	18	14	
Schlosser	35	68	111	214	0,9	21	12	
Maler	23	35	119	177	0,6	11	13	
Seiler	15	59	97	171	0,4	18	11	
Glaser	36	52	79	167	1	16	9	
Loderer	27	34	105	166	0,7	10	11	
Färber	25	61	76	162	0,7	19	8	
Hutmacher	5	45	73	123	0,1	14	8	
Tuchmacher	6	54	78	138	0,2	17	8	
Weißgerber	7	44	81	132	0,2	14	9	
Uhrmacher	6	10	104	120	0,2	3	11	

Beruf	Anzahl in ausgewählten Gebieten				Auf 10.000 Einwohner			Auf dem Land stärker vertreten
	Land ¹	Märkte ²	Städte ³	Insgesamt	Land	Märkte	Städte	
Drechsler	18	33	64	115	0,5	10	7	
Messer- und Nagelschmiede	28	25	59	112	0,8	8	6	
Strumpfstricker	31	32	44	107	0,8	10	5	
Kürschner	2	38	63	103	0,06	12	7	
Goldschmied	14	6	62	82	0,4	2	7	
Kupferschmiede	1	22	54	77	0,03	7	6	
Bortenmacher	5	14	55	74	0,1	4	6	
Seifensieder	11	16	46	73	0,3	5	5	
Lebzelter	1	22	50	73	0,03	7	5	
Buchbinder	2	9	46	57	0,06	3	5	
Riemer	1	13	40	54	0,03	4	4	
Zinngießer	5	9	33	47	0,1	3	4	
Säckler	–	10	37	47	–	3	4	
Gürtler	–	12	32	44	–	4	3	
Bildhauer	2	13	27	42	0,06	4	3	
Perückenmacher	1	1	39	41	0,03	0,3	4	
Ringler	14	10	13	37	0,4	3	1	
Nadler	1	3	32	36	0,03	1	3	
Rauchfangkehrer	1	4	27	32	0,03	1	3	
Spengler	–	4	27	31	–	1	3	
Büchsenmacher	3	3	25	31	0,1	1	3	
Schleifer	7	2	20	29	0,2	0,6	2	
Nestler	1	8	19	28	0,03	2	2	
Kammacher	2	3	19	24	0,06	1	2	
Knopfmacher	1	–	22	23	0,03	–	2	
Steinmetz	10	–	7	17	0,3	–	0,8	x
Buchdrucker	–	1	13	14	–	0,3	1	
Bürstenbinder	2	–	11	13	0,06	–	1	
Salpetersieder	7	1	1	9	0,2	0,3	0,1	x
Walker	3	–	3	6	0,1	–	0,3	

Anm. 1: Ausgewählte Landgebiete mit ca. 370.000 Einwohnern incl. Hofmarken. Anm. 2: 46 ausgewählte Märkte mit 32.166 Einwohnern. Anm. 3: 33 ausgewählte Städte incl. München mit zusammen 92.300 Einwohnern.

Ausgewählte Gebiete

	Gerichte	Hofmarken	Märkte	Städte
Rentamt München	21	146 von 295	21 von 25	15 von 17
Rentamt Burghausen	7	35 von 98	5 von 12	5 von 5
Rentamt Landshut	12	100 von 351	12 von 26	6 von 6
Rentamt Straubing	15	108 von 192	8 von 21	9 von 10

(Quelle: Berechnet nach Aufstellung in *Tyszka*, *Handwerk*, 109f., 117; Einwohnerzahlenschätzung für das Land *Schremmer*, *Wirtschaft Bayerns*, 391 Anm. 2; ausgewählte Gebiete nach *Schremmer*, *Wirtschaft Bayerns*, 388.)

6. Die Münchener Patriziatsfamilien nach einem „Geschlechter Zett“ aus der Zeit um 1630

Bürgermeister Hans Hörl	Hans Georg Ligsalz
sein Sohn Hans Lienhard	Stephan Plaichshirn
Bürgermeister Friedrich Ligsalz	Franz Füll d. Jüngere
sein Sohn Ferdinand	Andre Hörls Sohn Ferdinand
Bürgermeister Alexander Ligsalz	Max Altershamer
Bürgermeister Sebastian Voglmair	Andre Hörlin (Witwe)
Bürgermeister Albrecht Ligsalz	Caspar Barthin (Witwe)
Bürgermeister Hieronimus Keiss	Wolf Ligsalzin (Witwe)
Wilhelm Altershamer	Khemptnerin (Witwe)
Ferdinand Barth	Schweindlerin (Witwe)
Rudolph Ligsalz	Hauptmann Schöttlin (Witwe)
Franz Füll d. Ältere	Dr. Pinckhnauer (Witwe)
Max Ridler	Junckhfrau Mechtilden Ligsalzin
Hans Heinrich Fendt	beide Jungfrauen Nadlerin
Dr. Schobinger	Jungfrau Ursula Ligsalzin
Wiguleus Widner	Jungfrau Sabina Keissin
Carol Ligsalz	Gabriel Ridlerin (Witwe)
sein Sohn Georg Andre	Marpechlin (Witwe)
Ferdinand Nadler (Stadtberrichter)	Lündauerin (Witwe)
Hans Ligsalz (Stadthauptmann)	Hans Barthin (Witwe)
Hans Ligsalz (Mühlrichter)	Sperin (Witwe)
Hans David Pronner	Sebastian Füllin (Witwe)
Georg Füll	

(Quelle: BayHStA GL Fasz. 2627 Nr. 34; zur Datierung vgl. S. 225 Anm. 94)

7. Berufsstruktur der in den Münchener Steuerbüchern verzeichneten Zensiten

Beruf	1606	1700	1792
1. Metall			
Büchsenmacher, -schifter, Kartätschen-, Gewehrmacher, Waffenschmied	12	9	5
Feilenhauer	1	2	3
Fingerhuter	3	—	—
Gabelmacher	1	3	1
Geschmeidemacher	4	4	6
Glockengießer	1	2	3
Goldarbeiter, -schlager	1	8	16
Golddrahtzieher	—	—	1
Goldschmied	36	13	5
Goldspinner	1	—	—
Gürtler	6	3	7
Harnischmeister	1	—	—
Haubenschmied	4	—	—
Instrumentenmacher	—	—	1
Juwelier	—	1	—
Kupferschmied	14	8	8
Löffelmacher	3	2	—
Messinggießer	—	—	1
Münzer	1	—	—
Messerschmied	12	5	1
Metallarbeiter	—	—	1
Nadler	5	3	3
Petschierstecher	—	—	2
Plattner	3	—	—
Scheibenmacher	9	1	2
Schleifer (Steinschleifer)	7	3	4
Schlosser	27	15	17
Schmied (Huf-, Nagel-, Zeug-, Hammer-, Klingen-)	28	17	13
Schnallenmacher	—	—	5
Schwertfeger	1	—	3
Spengler	7	5	3
Sporer	7	2	1
Silberarbeiter	—	7	7
Silberdrahtzieher	—	1	—
Uhrgehäusemacher	—	—	1
Uhrmacher	6	3	10
Windenmacher	1	1	1
Zainer	2	—	—
Zinngießer	4	4	2
	208	122	133

2. Papier und Farben

Anstreicher	—	2	4
Bilderdrucker	—	—	5
Buchbinder	8	11	14
Buchdrucker	5	10	11
Farbreiber	4	2	—

Beruf	1606	1700	1792
Glanzierer	—	—	4
Gstadlmacher/Schachtel-			
macher	7	1	2
Illuminist	1	2	—
Kartenmacher	4	1	6
Kupferstecher	1	2	1
Lakierer	—	—	2
Maler	30	23	13
Papierer	—	—	4
Vergolder	—	—	3
	60	54	69

3. Glas und Erde

Gipsmacher	1	1	—
Glaser	11	9	10
Hafner	16	8	9
Kalkbrenner	1	—	—
Kristallschneider	1	—	—
Spiegelmacher	—	—	1
Siegelschneider	—	1	—
Steinschneider	3	1	1
Ziegler	5	—	—
	38	20	21

4. Holz, Bein und Bau

Ballierer	3	1	—
Baumeister	1	2	—
Bildhauer, -schnitzer	6	7	6
Bürstenbinder	3	3	3
Drechsler	9	5	7
Geigenmacher	1	—	1
Gipsgießer	1	—	1
Kalkansetzer	2	—	—
Kammacher	—	3	3
Kistler/Schreiner	42	24	32
Klaviermacher	—	—	1
Lautenmacher	1	1	—
Leistenschneider	1	2	3
Maurer	68	32	104
Modelstecher	—	—	1
Mörtlrührer	—	—	1
Orgelmacher	2	1	3
Penselmacher	—	—	3
Pflasterer	9	8	8
Radmacher	3	—	—
Ringler	5	5	2
Sägmüller, -knecht	9	2	8
Sandwerfer	1	1	—
Schäffler / Binder	29	21	25
Schindelmacher	1	—	—
Sesselmacher	1	—	—
Siebler	4	2	3

Beruf	1606	1700	1792
Spaliermacher	—	2	—
Steinmetz	26	3	6
Stockmacher	—	—	2
Stukkateur	1	1	1
Tapezierer	1	—	3
Wannenmacher	2	3	—
Würfelmacher	2	—	—
Wagner	11	8	4
Zimmermann	55	51	132
	300	188	363

5. Leder und Pelz

Absatzpaper, -macher	—	5	—
Kürschner	17	9	8
Lederausschneider, -schneider	2	1	1
Lederer/Rotgerber	18	8	8
Lederzurichter, -bereiter	—	4	—
Nestler	7	4	4
Pergamentmacher	3	—	1
Riemer	9	6	6
Säckler	6	3	6
Sattler	5	5	7
Schuhmacher	52	53	75
Taschner	3	5	4
Weißgerber	26	13	7
	148	116	127

6. Textil und Bekleidung

Barettmacher	5	—	—
Blättersetzer	2	1	1
Bleicher	2	5	2
Bortenmacher (= Posamentierer)	13	9	11
Bortenwirker	—	—	2
Deckenmacher	10	—	—
Färber (Schön-, Schwarz-)	6	4	4
Garnsieder	—	—	3
Haarbeutelmacher	—	—	3
Handschuhmacher	18	1	—
Hosenstricker	13	—	—
Hutmacher	25	11	14
Knappe	35	4	22
Knöpfemacher	2	2	9
Loderer	111	18	16
Mangmeister	1	2	—
Perückenmacher	—	5	15
Samtwirker	1	—	—
Schneider	120	95	107
Schnurmacher	—	1	—
Seidenstricker	7	—	—
Seiler	10	9	11
Seitenmacher	—	1	—
Strumpfstriker	—	3	12

Beruf	1606	1700	1792
Strumpfwirker	—	—	9
Teppichmacher	4	—	1
Tuchhefter	1	—	—
Tuchmacher/Geschlacht- gewander (1606 6+27)	55	14	16
Tuchscherer	10	5	2
Walcher	5	—	1
Weber	132	49	64
Wollklauber	—	4	—
Wollschlager	1	—	—
Zeugmacher	—	8	2
	565	251	327

7. Nahrungs- und Genußmittel

Bäcker	87	74	75
Bierzappler	—	48	109
Branntweinbrenner	6	17	18
Brauer	82	57	67
Essigsieder	1	—	9
Fischer	15	6	8
Kaffeesieder	—	—	5
Kellermeister, Kellerer	7	—	—
Koch	45	17	20
Kornrührer	2	—	—
Kräutler	5	5	1
Lebzelter	16	7	6
Metzger	55	67	65
Müller	25	14	15
Obladenmacher	1	—	—
Obster	10	9	10
Pfistermeister	1	—	—
Schokoladenmacher	—	—	2
Tabakreiber	—	—	6
Weinemmerer	12	8	9
Weinzahler	1	—	—
Wirt	39	21	60
Zuckerbäcker	1	4	5
	405	354	484

8. Gesundheit und Chemie

Apotheker	6	7	8
Arzt	5	9	7
Bader	33	17	22
Barbier	4	8	8
Kerzengießer	—	3	4
Pulvermacher	2	1	—
Seifensieder	1	5	11
Unschlittauslasser	—	—	2
	51	48	62

9. Handel

Bierführer	—	1	6
Buchhändler	2	1	4

Beruf	1606	1700	1792
Dantler	5	—	10
Eisenhändler, -kramer	8	10	15
Handelsmann, Käs-, Kuhkäuf-, Käuf-, Händler, Faktor, Kramer	59	78	147
Kornkäufer, -führer	20	13	15
Materialist	—	1	—
Melber	36	22	33
Priechler (= Leinwand- händler)	5	4	7
Salzstößel	21	10	20
Schmelzer	—	1	—
	154	141	257

10. Dienstleistungen. öffentlich und privat Bediente

Ablaßknecht	1	—	—
Abdecker/Wasenmeister	1	—	1
Bettelrichter	4	—	—
Bote	41	10	2
Brethüter	1	—	—
Briefträger	—	1	2
Brothüter	—	1	2
Brotwäger	1	2	—
Cantor	2	—	—
Canzlist	12	—	—
Diener	4	10	—
Eseltreiber	1	—	—
Floßmeister, -mann	7	9	12
Fuhrmann	27	19	25
Furier	1	—	—
Gärtner	20	59	54
Geiger	6	15	—
Heubinder	—	2	3
Hochzeitslader	1	3	—
Holzhüter	—	1	—
Holzmesser	11	11	13
Jäger	14	—	—
Kaminkehrer/Schornsteinfeger	5	1	3
Kastenknecht	1	—	—
Kohlenmesser	—	—	1
Kornmesser	9	10	10
Kornstecher	1	—	—
Krankenträger, -wärter	—	2	—
Küster	3	4	2
Kutscher	20	1	4
Landhüter	2	—	—
Mesner	6	4	6
Milchmann	—	—	61
Musikant, Spielmann, Pfeifer	36	24	57
Notarius	1	—	—
Organist	5	—	—
Pfenter	1	—	—
Pfleger, Brudermeister, Verwalter	13	7	3

Beruf	1606	1700	1792
Pflegverwalter	1	1	—
Posthalter	—	1	—
Präzeptor	—	1	2
Prokurator	1	3	1
Provisorer	7	—	—
Ratsdiener	3	—	2
Reitknecht	2	—	—
Roßhüter	—	1	—
Rottmeister	2	—	—
Salzmesser	2	—	—
Salzlader	8	—	—
Sämbler	—	5	—
Schreiber (ohne Stadtschreiber)	16	11	2
Schreiber: Stadtschreiber, Stadtviertel, Stadtsteuer-, Stadtkammer-, Tor-, Ungeld-, Lazarett-, Ziegelschreiber	6	11	13
Schulmeister, deutscher	16	10	6
Secretarius	8	2	—
Senftenknecht	1	—	—
Silberdiener	1	—	—
Spanner	4	3	3
Supplicist	9	—	—
Träger	—	7	—
Trockenlader	4	6	7
Totengräber	7	4	3
Umsagknecht	1	—	1
Übersteher (Aufseher)	4	—	—
Wächter, Torwart, Schar- wächter, Stadtsöldner	46	69	25
Wagmeister, Stadtwager	3	2	—
Wäscher	2	—	49
Wechsler	—	—	4
Zöllner	6	4	3
sonstige städtischer Bediente (u. a. Marktmesser, Gant- knecht, Angerhüter, Stadt- richter, Scharfrichter, Un- geldknecht, Wassermeister, Schlögl, Bankknecht, Schwei- nepfleger etc.	38	36	48
	456	371	430
11. Tagwerker			
Tagwerker	214	154	398
12. Doktoren			
Doktor	12	—	—
13. Sonstige Berufe			
Blumenmacher	—	—	2
Corbiner	17	—	—
Falkner	7	—	—
Figurenmacher	—	—	1

Beruf	1606	1700	1792
Galanteriearbeiter	–	–	3
Geschiermeister	1	–	–
Handknecht	1	–	1
Holzzieher	1	–	–
Kleiber	1	–	–
Korbmacher	–	–	2
Kranzbinder	–	–	1
Nachtarbeiter	–	8	9
Ofensetzer	–	–	2
Schaitenknecht	1	–	–
Schauspieler	–	1	–
Scheibenstreicher	1	–	–
Schießer	3	–	–
Schwaiger	1	–	–
Soldat	43	–	–
Umbrellermacher	–	–	3
Vogler, Vogelfänger	7	1	–
Wachspossierer	–	–	2
Waderlmacher	–	–	1
Sonstige	10	9	21
	94	19	48
14. Erbgemeinschaften			
Erbgemeinschaften	14	34	20
15. Frauen und Witwen			
Frau	216	517	28
Witwe	723	214	81
	939	731	109
16. Patrizier und Adelige			
Adel	15	87	145
Frau	39	–	–
Herr	48	–	–
Jungfrau	2	–	–
Jungherr	14	–	–
	118	87	145
17. Am Hof Tätige			
am Hof Tätige	80	77	77
18. Geistliche			
Geistliche	8	9	12
19. Gaststeuerzahler			
Gaststeuerzahler	2	4	–
20. Unbekannte Berufe			
Unbekannt	336	110	38
Zusammen	4202	2890	3120

(Quellen: StadtA München Steuerbücher)

8. Berufsstruktur Weilheims

Beruf	1579	1605	1650	1700	1771/81
1. Metall					
Büchsenmacher, -schifter, Kartätschen-, Gewehrmacher	—	1	—	—	—
Gabelmacher	1	—	—	1	—
Glockengießer	—	1	—	—	—
Goldschmied	9	9	3	6	4
Gürtler	1	3	1	1	1
Nadler	2	3	1	4	2
Petschierstecher	—	—	—	1	—
Schlosser	3	7	5	6	4
Schmied	2	3	—	2	—
Hufschmied	3	3	3	4	3
Kupferschmied	7	8	4	3	2
Messerschmied	7	8	6	2	—
Nagelschmied	—	—	—	—	1
Spengler	—	—	—	—	—
Sporer	1	1	2	1	—
Uhrmacher	1	2	1	1	1
Waffenschmied	1	1	1	2	—
Zeugschmied	—	—	—	—	1
Zinngießer	1	2	1	1	1
	39	52	28	35	23
2. Papier und Farben					
Buchbinder	—	—	—	—	1
Maler	1	3	3	3	2
	1	3	3	3	3
3. Glas und Erde					
Glaser	3	2	2	2	2
Hafner	6	13	8	7	4
Ziegler	—	1	1	1	1
	9	16	11	10	7
4. Holz, Bein und Bau					
Baumeister	1	1	—	1	—
Bildhauer, -schnitzer	1	3	4	2	1
Drechsler	1	3	3	2	3
Kammacher	—	—	—	—	1
Kistler/Schreiner	4	7	5	4	4
Maurer	6	10	9	9	11
Ringler	2	1	—	—	—
Schäffler/Binder/Küfner	4	4	3	3	3
Siebler	—	1	1	—	2
Wagner	3	3	3	3	2
Zimmermann	4	7	4	4	14
	33	40	32	30	41
5. Leder und Pelz					
Kürschner	3	6	4	2	2
Nestler	—	—	—	1	1

Beruf	1579	1605	1650	1700	1771/81
Rierner	1	1	—	2	1
Rotgerber/Lederer	6	9	5	6	5
Säckler	—	3	1	1	1
Sattler	4	1	3	3	4
Schuhmacher	9	9	8	11	8
Weißgerber	3	2	3	3	3
	26	31	24	29	25

6. Textil und Bekleidung

Bortenmacher	—	—	—	1	2
Bortenwirker	—	—	—	2	—
Färber	1	2	7	7	4
Hutmacher	2	7	9	8	5
Loderer	—	—	—	—	1
Schneider	6	10	12	11	12
Seiler	7	6	5	7	4
Strumpfstriker	—	—	—	—	1
Tuschscherer	—	2	—	—	—
Weber	3	6	5	10	7
	19	33	38	46	36

7. Nahrungsmittel

Bäcker	18	24	17	16	9
Brauer	10	23	24	24	14
Fischer	—	1	1	—	1
Koch	—	1	1	2	2
Lebzelter	1	1	4	2	1
Metzger	10	13	13	10	9
Müller	6	6	4	7	2
Obstler	—	—	—	—	1
Wirt	11	7	3	5	6
	56	76	67	66	45

8. Gesundheit und Chemie

Apotheker	—	—	—	1	—
Arzt	1	1	—	—	1
Bader	3	4	3	3	3
Barbier	—	1	—	—	—
Salpetersieder	—	—	—	1	—
Seifensieder	—	—	—	1	1
	4	5	3	6	5

9. Handel

Eisenhändler, -kramer	—	—	—	1	—
Handelsmann	—	4	4	1	35
Karrführer	—	1	—	—	—
Kornführer	3	3	7	3	—
Kornhändler	2	—	1	2	—
Kramer	4	1	7	5	—
Melber	—	—	2	4	1
Tuchhändler	3	—	3	—	—
	9	12	24	16	36

Beruf	1579	1603	1650	1700	1771/81
10. Dienstleistungen, öffentlich und privat Bediente					
Abdecker	—	—	1	1	1
Bettelrichter	—	—	1	—	—
Bote	—	—	—	—	4
Brothüter	—	—	1	—	—
Brudermeister, Pfleger etc.	1	1	—	—	—
Fuhrmann	1	7	—	8	—
Gärtner	—	—	—	—	1
Geiger	—	—	1	—	—
Gerichtsbote	—	—	1	—	—
Gerichtsschreiber	1	1	1	—	—
Holzward	—	—	1	—	—
Jäger	—	—	1	—	—
Kaminkehrer	—	1	1	—	1
Kornmesser	2	2	2	—	4
Mesner	1	2	1	2	3
Musikant	—	—	—	—	5
Pflegsverwalter	—	1	1	—	—
Posthalter	—	—	—	—	1
Prokurator	3	2	—	—	—
Ratsdiener	1	1	—	—	—
Schreiber (ohne Stadtschreiber)	—	—	—	—	1
Schulmeister, deutscher	—	1	—	—	2
Schulmeister, lateinischer	2	1	1	—	—
Stadtbote	—	1	—	1	—
Städtischer Amtmann	1	1	—	—	—
Stadtpfenter	1	—	—	—	—
Stadtschreiber	—	1	1	1	—
Totengräber	—	—	—	1	1
Ungeldknecht	—	—	1	1	—
Viehhüter	—	1	4	—	—
Wächter, Torward, Stadtsöldner	7	4	7	3	2
Wagmeister, Stadtwager	—	—	1	—	—
	21	28	28	18	26
11. Tagwerker					
Tagwerker	14	9	11	34	147
12. Doktoren					
Doktor	—	—	—	—	—
13. Sonstige Berufe					
Bauer	2	1	1	1	—
Primissarius	—	—	—	1	—
	2	1	1	2	—
14. Erbgemeinschaften					
Erbgemeinschaften	—	—	—	—	—
15. Frauen und Witwen					
Frau	7	12	2	—	—
Witwe	42	46	34	13	—
	49	58	36	13	—

Beruf	1579	1603	1650	1700	1771/81
16. Ratsbürger					
Ratsbürger	–	–	–	–	(12) ¹
17. Am Hof Tätige					
Am Hof Tätige	–	–	–	–	–
18. Geistliche					
Geistliche	1	3	–	1	7
19. Gaststeuerzahler					
Gaststeuerzahler	–	–	–	–	–
20. Unbekannte Berufe					
Unbekannt	93	98	62	73	–
Zusammen	376	465	368	384	393

Anm. 1: Zusätzlich unter den bürgerlichen Berufen gezählt.

(Quellen: 1579, 1603, 1650, 1700: StadtA Weilheim Steuerbücher; 1771/81: BayHStA GR Fasz. 302b Nr. 46)

9. Berufsstruktur Burghausens

Beruf	1693	1715	1755	1771/81
1. Metall				
Büchsenmacher, -schifter, Kartätschen-, Gewehrmacher	1	1	1	1
Goldschmied	1	–	1	1
Gürtler	1	1	1	1
Nadler	–	2	1	1
Schleifer	–	–	1	1
Schlosser	4	3	3	4
Schmied	8	1	4	–
Hufschmied	–	2	1	12
Kupferschmied	1	2	2	–
Messerschmied	1	1	1	1
Nagelschmied	–	–	–	1
Spengler	1	1	1	1
Sporer	1	1	1	1
Uhrmacher	1	1	1	2
Zinngießer	2	1	1	–
	22	17	20	27
2. Papier und Farben				
Buchbinder	2	1	1	1
Kartenmacher	1	1	1	–
Maler	3	1	1	2
Papierer	–	–	1	–
	6	3	4	3
3. Glas und Erde				
Glaser	2	2	–	1
Hafner	2	2	2	2
	4	4	2	3

Beruf	1695	1715	1755	1771/81
4. Holz, Bein und Bau				
Bettenmacher	—	—	1	—
Bildhauer, -schnitzer	—	1	—	1
Bürstenbinder	—	1	—	—
Drechsler	1	1	1	1
Kammacher	—	—	1	1
Leistenschneider	—	1	—	—
Maurer	9	7	4	11
Pflasterer	—	1	1	1
Ringler	—	—	—	1
Schäffler/Binder/Küfner	5	4	4	4
Schreiner	5	4	5	4
Siebler	1	—	—	1
Wagner	2	2	2	1
Zimmermann	10	14	8	22
	31	36	25	48
5. Leder und Pelz				
Kürschner	5	5	2	2
Lederer/Rotgerber	6	2	5	4
Lederzurichter	1	1	1	—
Nestler	1	1	1	1
Pergamentmacher	2	5	—	—
Rierner	2	2	2	2
Säckler	2	1	1	1
Sattler	2	2	2	2
Schuhmacher	9	11	8	10
Weißgerber	2	1	1	2
	50	27	21	24
6. Textil und Bekleidung				
Bortenmacher	1	1	1	1
Färber	1	1	2	2
Hutmacher	9	7	4	4
Knappe	1	—	—	—
Knöpfemacher	—	—	1	1
Perückenmacher	—	1	1	1
Schneider	11	17	12	12
Seiler	5	2	2	2
Strumpfstriker	1	1	2	2
Tuchmacher	6	4	5	5
Tuchscherer	1	1	—	1
Weber	8	7	8	7
	42	42	56	56
7. Nahrungs- und Genußmittel				
Bäcker	15	16	10	10
Brauer	8	10	7	10
Fischer	—	—	—	6
Koch	1	2	5	4
Lebzelter	2	1	1	1
Metzger	17	16	15	10

Beruf	1693	1715	1755	1771/81
Müller	6	4	7	6
Wirt	4	6	6	5
	53	55	47	52

8. Gesundheit und Chemie

Apotheker	1	—	—	1
Arzt	2	1	—	1
Bader	4	3	3	3
Pulvermacher	1	—	—	—
Seifensieder	—	1	1	1
	8	4	4	5

9. Handel

Bierführer	3	3	1	—
Dantler	1	—	—	—
Eisenhändler, -kramer	1	—	—	—
Fragner	1	1	1	3
Handelsmann	3	4	4	7
Kramer	2	1	3	—
Lemoni Händler	—	—	—	1
Melber	2	1	2	—
	15	10	11	11

10. Dienstleistungen, öffentlich und privat Bediente

Advokat	—	—	—	5
Aufleger	9	8	9	—
Bote	8	—	3	5
Cantor	—	1	—	—
Chorregent	—	1	—	—
Faßzieher	—	—	—	9
Fuhrmann	1	—	2	—
Gärtner	1	—	2	—
Geiger	—	—	1	—
Kaminkehrer	2	2	1	—
Kornmesser	1	2	3	—
Lehenrößler	—	—	—	1
Liberey Bediente	—	—	—	25
Mesner	2	3	1	4
Musikant	1	—	2	7
Organist	—	1	—	—
Prokurator	1	1	—	—
Salzscheibenzwicker	—	3	2	1
Scharwachter	2	—	—	—
Schiffmeister	10	14	4	—
Schreiber	1	—	—	5
Schulmeister, deutscher	—	—	—	2
Stadtbote	—	3	—	—
Städtischer Bedienter	1	—	2	2
Totengräber	2	—	—	1
Wächter, Torwart, Stadtsöldner	3	5	—	6
Wasenmeister/Scharfrichter	—	—	—	1
	45	44	32	74

Beruf	1693	1715	1755	1771/81
11. Tagwerker				
Tagwerker	11	15	1	83
12. Doktoren				
Doktor	–	–	–	–
13. Sonstige Berufe				
Bauer	–	2	2	–
Glasträger	–	1	–	–
Ofensetzer	1	–	–	–
Poechler	3	–	–	–
Studenten, auswärtige	–	–	–	13
Tennmeister	–	1	–	–
	4	4	2	13
14. Erbgemeinschaften				
Erbgemeinschaften	1	–	–	–
15. Frauen und Witwen				
Frau	3	–	2	–
Kostgeherin	–	–	–	9
Witwe	13	23	–	–
	16	23	2	9
16. Ratsbürger und Adelige				
Adel	–	–	1	9
„Frau/Ratswitwe“	5	5	3	–
„Herr“ (sofern Beruf nicht angegeben)	11	15	15	(20) ¹
„Jungfrau“	2	–	–	–
	18	17	19	9 + (20)
17. Regiment				
Regiment/kurf. u. Landschaftsbediente incl. Regierungsräte	–	18	–	60
18. Geistliche				
Geistlicher	–	–	–	13
Religiose	–	–	–	74
19. Gaststeuerzahler				
Gaststeuerzahler	–	–	–	–
20. Unbekannte Berufe				
Unbekannt ²	41	41	54	–
Zusammen	344	360	280	

Anm. 1: Wohl zusätzlich unter bürgerlichen Berufen gezählt. Anm. 2: Hinzu kommen die unbekannten Berufe der unter 16. angeführten Ratsbürger.

(Quellen: 1693, 1715, 1755: StadtA Burghausen Servis Rechnungen; 1771/81: BayHStA GR Fasz. 302 Nr. 47)

10. Berufsstruktur Trostbergs

Beruf	1595	1610	1679	1794
1. Metall				
Goldschmied	1	—	—	—
Gürtler	—	—	1	1
Nadler	—	—	1	—
Schlosser	3	2	2	2
Schmied (Huf-, Kupfer-, Messer-, Nagel-)	6	6	6	5
Zinngießer	—	—	—	1
	10	8	10	9
2. Papier und Farben				
Buchbinder	—	—	1	1
Maler	—	—	1	1
	—	—	2	2
3. Glas und Erde				
Glaser	1	—	2	1
Hafner	1	1	2	2
	2	1	4	3
4. Holz, Bein und Bau				
Bildhauer, -schnitzer	—	—	—	1
Brunnengräber	—	—	1	—
Drechsler	—	—	1	1
Maurer	2	2	3	7
Ringler	—	—	1	—
Schäffler/Binder/Küfner	2	2	3	1
Schreiner	2	2	2	1
Steinbrecher	—	—	2	—
Wagner	4	1	1	1
Zimmermann	1	1	3	9
	11	8	17	21
5. Leder und Pelz				
Kürschner	2	1	1	2
Lederer/Rotgerber	6	6	5	2
Nestler	—	—	1	—
Riemer	—	—	1	1
Säckler	—	—	—	1
Sattler	2	1	1	1
Schuhmacher	7	4	4	5
Weißgerber	1	1	2	1
	18	13	15	13
6. Textil und Bekleidung				
Bortenmacher	—	—	1	1
Färber	4	4	2	2
Hutmacher	2	1	3	2
Schneider	5	4	5	3

Beruf	1595	1610	1679	1794
Seiler	2	1	1	1
Strumpfstriker	—	—	1	1
Tuchmacher/-knappe	9	7	24	11
Tuchscherer	1	2	2	2
Walcher	—	—	1	1
Weber	2	6	4	5
	25	25	44	29
7. Nahrungsmittel				
Bäcker	11	8	11	7
Brauer	6	7	8	7
Fischer	1	—	—	—
Lebzelter	1	—	1	1
Metzger	6	8	6	5
Wirt	2	7	6	2
	27	30	32	22
8. Gesundheit und Chemie				
Bader	2	2	—	1
Barbier	1	1	2	—
Salpetersieder	—	—	1	—
Seifensieder	—	—	1	1
	3	3	4	2
9. Handel				
Bierführer	—	—	—	1
Fragner	—	—	—	2
Handelsmann/Kramer	4	7	7	2
Karner	1	—	—	—
	5	7	7	5
10. Dienstleistungen, öffentlich und privat Bediente				
Bote	1	—	—	—
Brothüter	—	1	—	—
Fuhrmann	—	—	1	—
Gärtner	—	—	1	—
Geiger	2	1	—	—
Gerichtsschreiber	—	1	—	—
Kaminkehrer	—	—	—	1
Marktschreiber	—	—	1	—
Mesner	—	—	1	—
Organist	—	—	1	1
Pfleger (zu Wald)	1	—	—	—
Prokurator	—	—	2	—
sonstige städtische Bediente	—	—	4	—
	4	3	11	2
11. Tagwerker				
Tagwerker	6	6	17	20
12. Doktoren				
Doktor	—	—	—	—

Beruf	1595	1610	1679	1794
13. Sonstige Berufe				
Soldat	—	3	—	—
14. Erbgemeinschaften mit Behausungen	(20)	(14)	—	—
15. Frauen und Witwen				
Frau	1	—	—	4
Witwe	—	—	8 (+ 23)	—
	1	—	8 (+ 23)	4
16. Ratsbürger				
Ratsbürger ohne Berufsangabe	4	3	—	—
17. Am Hof Tätige	—	—	—	—
18. Geistliche				
Geistliche	—	—	—	—
19. Gaststeuerzahler				
Gaststeuerzahler	—	—	—	—
20. Unbekannte Berufe				
Unbekannt	32	6	—	—
Zusammen	148	116	171 (+ 23)	132

(Quellen: 1595: StadtA Trostberg Schützensachen; 1610: StAM GL Fasz. 4192 Nr. 88; 1679: StadtA Trostberg XI 1; 1794: StAM GL Fasz. 4182 Nr. 52)

*11. „Anzeige über die in den Churlanden zu Baiern für dermal vorhandenen
Haupt= Land= und Commercial=Straßen. Verfaßt Anno 1766.*

a) Von München.

1. Ueber Dachau und Friedberg nacher Augsburg, chausirt.
2. Ueber Dachau, Aichach und Rhain nacher Donauwörth, chaußirt.
3. Ueber Pfaffenhofen, Börsbach, Ingolstadt nacher Eychstädt, noch nicht völlig chaußirt.
4. Ueber Pfaffenhofen, Geisenfeld, Neustadt, Abensperg, Abach nacher Regensburg, noch nicht vollends chaußirt.
5. Ueber Erting, Landshut, Straubing, Cham und Furth in Böhmeim, bis auf ein wenig chausirt.
6. Ueber Haag, Ampfing, Oetting, Märkl, Braunau und Ried nacher Oberösterreich, chaußirt. Dann von Oetting über Burghausen in das Salzburgerland, noch nicht chaußirt.
7. Ueber Ebersperg, Wasserburg bis Altenmarkt und gegen das Salzburgerische, chaußirt. Dann von Altenmarkt nacher Traunstein und Reichenhall, auch chaußirt.

8. Ueber Aybling nacher Rosenheim, chaußirt, und von Aybling über Fischbach ins Tyrol, noch nicht völlig chaußirt.
9. Ueber Holzkirchen, Gmundt und Kreuth ins Achenthall, Lands Tyrol, nicht chaußirt.
10. Ueber Wolfertshausen, Benedicktbayern nacher Mittenwald und, dann in Tyrol, nicht chaußirt.
11. Ueber Starnberg, Weilheim nacher Peitingen, und dann auf Schongau und Füssen ec. noch nicht völlig erhoben.
12. Ueber Inning, Landsperg und Mindelheim nacher Memmingen, chaußirt.

b) Von Augsburg.

13. Die sogenannte Rottstraße über das Lechfeld, Spöttingen, Römmerkössel, Schongau, Peitingen, Amergau, und Mittenwald in das Land Tyroll, noch nicht völlig chaußirt. Dann von gedachtem Schongau über Steingaden und Hohenschwangau nacher Reite Lands Tyroll, noch nicht völlig chaußirt.
14. Ueber Friedberg, Aichach, Schrobenhausen nach Ingolstadt und Geisenfeld, noch nicht vollends chaußirt.
15. Ueber Lechhausen, Wäldau nacher Neuburg, noch nicht völlig chaußirt.

c) Von Regensburg.

16. Ueber Stadt am Hof nacher Edertshausen, wie auch nach Regensstauf: beydes ins Norgau, chaußirt.
17. Ueber Straubing, Plädling, Vilshofen, theils nacher Passau, theils nacher Schärding, und St. Willibald, nacher Oberösterreich, meistens chaußirt.

d) Von Passau.

18. Ueber Schärding, Ried, Straßwalchen nacher Salzburg, chaußirt.
19. Ueber Schärding, Altheim nacher Braunau, chaußirt.
20. Ueber die sogenannte Riß und Zwiesel ins Königreich Böhmeim, noch nicht chaußirt.

e) Von Landshut.

21. Ueber Rottenburg, Kelheim nacher Hemau im Nordgau, noch nicht völlig chaußirt.
22. Ueber Vilsbyburg, Neumarkt, Neuötting, Trosperg und Altenmarkt in das Salzburgerland, meistens chaußirt.“

(Quelle: MGS I, 594).

12. ..Verzeichniß. Der meisten in Baiern derzeit abhaltenden öffentlichen Märkten, zu allgemeiner Nachricht herausgegeben Anno 1765.

- Abbach (Markt)* Am Sonntag vor der Creutz=Woche und am Matthäus Tag im Herbst Jahrmarkt.
- Abensperg (Stadt)* Am Sonntag Cantate, dan zu Martini, und Nicolai Jahr= und zugleich Viehmarkt.
- Aybling (Markt)* Auf Pauli=Bekehrung, Georgi, Maria=Himmelfahrt, Maria=Geburt, und Andreas Jahrmarkt.
- Aichach (Stadt)* Am St. Veits=Tag, St. Bartholomäus, und am Tag der H. H. Simon und Judas Aposteln, Jahrmarkt, wie auch am Vor=Abend dieser Tagen Vieh= und in der Fasten alle Wochen Roßmarkt.
- Allerstorf (Gerichts Abensperg)* Am Tag Mariä=Verkündigung Jahrmarkt.
- Altenötting (Markt)* Am Heil. Dreyfaltigkeit Sonntag und zu Michaeli Jahrmarkt, und daurt ersterer 14= und letzterer 8 Tage.
- Altham (Markt)* Am Sonntag nach Corporis Christi, Lorenzi, und Unschuldigen Kindlein=Tag, Jahrmarkt.
- Altmanstein (Markt)* Am Tag H. Creutz Erfindung, St. Veits=, Jacobi=, Catharinä= und Thomas Tag, Jahr= und zugleich Viehmarkt.
- Altomünster (Markt)* In Mittefasten, zu Pfingsten, am Magdalena= und Gallus=Tag, Jahr= und am Vor=Abend St. Gallus Viehmarkt.
- Ainling (Markt)* Zu Ostern, Michaeli, und Weyhnachten Jahr= und zugleich Viehmarkt.
- Apperstorf (Gerichts Vohburg)* Am Lorenzen=Tag Jahr= und Viehmarkt.
- St. Bartholomä (Gerichts Braunau)* Am St. Bartholomäus Tag Jahrmarkt.
- Byburg (Markt)* Am Creutz=Erfindungs=Tag, St. Dionysi, Pauli=Bekehrung, Philippi und Jacobi, Johannis Baptistä, Jahrmarkt.
- Braunau (Stadt)* Am Pfingst=Montag, Sonntag nach Martini Jahr= dan alle Donnerstag in der Fasten, und forderst Mittfasten Roßmarkt.
- Burghausen (Haupt=Stadt)* Am Philippi und Jacobi, item Jacobi Tag, und Sonntag nach Galli, Jahr= am Thomas Tag aber Schweinmarkt.
- Cammin (Stadt)* Alle 4 Wochen ein Viehmarkt.
- Creyburg (Markt)* Am Himmelfahrt Christi, Martini, Egidi, und Magdalena Tag, dan zu Mittfasten Waaren= und zugleich an ersteren beyden Tagen Roßmarkt.
- Dachau (Markt)* Den ersten Sonntag in der Fasten. am Sonntag nach Christi Himmelfahrt, und am Sonntag nach Matthäus im Herbst, Jahr= Vieh= und zugleich Roßmarkt.
- Deggendorf (Stadt)* Am Erchtag nach ersten Fasten=Sonntag, am dritten Sonntag nach Pfingsten, und am Erchtag nach St. Gallus: 3 Waaren= und am Erchtag nach Judica, am ersten Tag May, am Sonntag nach Mariä Himmelfahrt, und am Nicolai Tag. 4 Ochsen= oder Viehmarkt.
- Dierlewang (Markt)* Am Tag der H. H. Simon und Judas; dan am Sonntag vor St. Catharina Viehmarkt.

Dietfurth (Stadt) Zu Liechtmessen, Ostern, Pfingsten, St. Wilibald, St. Egidi, Aller Heiligen und Thomas, 7 Jahrmarkt.

Dingolfing (Stadt) Am Tag der H. H. Aposteln Philippi und Jacobi, am Sonntag nach St. Ulrich, am Sonntag vor Michaeli, dan zu Martini, und am Tag des H. Thomas, Jahrmarkt, den 29. April und den 9. Nov. aber Vieh= wie auch den 30. April und den 10. Nov. Roßmarkt.

Dorffen (Markt) Am Sonntag vor Maria Liechtmessen, Sonntag Invocabit, Sonntag Laetare, am Oster= Montag, Sonntag Cantate, St. Veits= Jacobi= Bartholomäi= Galli= und St. Thomas Tag, Jahrmarkt.

Ebersperg (Markt) Auf St. Sebastiani, und den zweyten Sonntag nach Ostern, Jahr= und Viehmarkt.

Engenfelden (Markt) Am Tag St. Erhardi, Liechtmessen, Johannis des Taufers, zu St. Egidi, und Nicolai Jahrmarkt.

Erding (Stadt) Am Tag Pauli Bekehrung, Heil. Creutz Erfindung, Am Fest der H. H. Aposteln Peter und Pauli, Mariä Magdalenä, Michaeli, und Catharinä, Jahr= und zugleich Roß= und Viehmarkt.

Eschlcamm (Markt) Am Sonntag Vocem Jucunditatis & c. und am Sonntag vor Jacobi, Jahr= und wochentlich am Erchtag ein Viehmarkt.

Euchendorf (Markt) Den ersten Sonntag nach St. Philippi und Jacobi, auf St. Gilgen= und Thomas Tag Jahrmarkt.

Fürstenfeld=Pruck (Markt) Am St. Magdalena= und St. Thomas Tag Jahrmarkt.

Frantenhausen (Markt) Am Christi Himmelfahrt=Fest, am Tag des H. Apostels Jacob, und St. Barbara Tag Jahrmarkt; dan alle Erchtag in der Fasten einen Roß= und von Michaeli biß Martini an solchen Tagen einen Schweinmarkt.

Freysing (Stadt) Am St. Sigmunden= Veits= Mariä Himmelfahrt= und Mariä Geburts=Tag Jahrmarkt.

Fridberg (Stadt) Am Erchtag in der Charwoche, Pfingst= Erchtag, St. Matthäus Tag im Herbst, Jahrmarkt.

Gamersheim (Markt) Den ersten Sonntag nach Ostern, und am Sontag nach Aller Seelen Jahrmarkt.

Gängkofen (Markt) Auf Peter und Pauli, am Tag Mariä=Himmelfahrt, und St. Elisabeth Jahr= und jedesmals an dem Vor=Abend erstbesagter Tagen ein Viehmarkt.

Gärching (Gerichts Landsperg) Am Sonntag nach Catharinä Jahr= und zugleich Roßmarkt.

Geisenfeld (Markt) Zu Pfingsten, Jacobi, und Michaeli Jahr= wie auch alle Samstag in der Fasten Roß= und am Tag vor Michaeli Viehmarkt.

Geisenhausen (Markt) Am Montag nach Christi=Himmelfahrt, am St. Ulrichs= Tag, und am Montag nach St. Michaeli, Jahr= und zugleich Viehmarkt.

Geislhöring (Markt) Am Sonntag nach Georgi, am Sonntag nach St. Maria Magdalena, am St. Egidi Tag, und am Sonntag nach St. Catharina, Jahr= und an diesem letztern Tag zugleich auch ein Schweinmarkt.

Gern (Gerichts Engenfelden) Den 17.^{ten} April Dult Eingang und dauert 14. Tage.

- Gillamoß (Gerichts Abensperg)* Am St. Egidii Tag ein Jahr= und zugleich Viehmarkt.
- Gräfinng (Markt)* Am Oster=Erchtag, und Catharinä Tag Jahr= und nebstbey Garn= und Viehmarkt.
- Grafrath (Dorf Gerichts Starnberg)* Den 1.^{ten} May, 7.^{ten} Juni und 4.^{ten} Juli Jahrmarkt.
- Graßau (Dorf, Gerichts Marquartstain)* Von Michaeli biß Georgi Alle Donnerstags: in der Fasten aber alle Freytag ein Viehmarkt.
- Grasenhhausen (Hofmarch)* Am Sonn= und Montag nach Dionysi, Jahr= und Viehmarkt.
- Grauenau (Stadt)* Am neuen Jahrs=Tag, und Donnerstag vor St. Catharina, Viehmarkt.
- Häbach (Hofmarch)* Am Tag des Heil. Ulrichs Jahr= und Viehmarkt.
- Haag (Markt)* Alle Quatemer=Mitwoch, dan am Mittwoch vor Liechtmessen, und zu Mittefasten Jahrmarkt, am jeden darauf folgenden Donnerstag aber Roßmarkt, wie auch von Ostern biß Pfingsten alle Montag Schaaf= und Schweinmarkt.
- Hohenaschau (Hofmarch)* Am Heil. Dreyfaltigkeit=Sonntag, und Mariä=Geburts=Tag Jahrmarkt.
- Hohenwarth (Markt)* Zu Georgi, Peter und Pauli, und Martini, Jahr= und zugleich Vieh= und Roßmarkt.
- Inchenhofen (Markt)* Am St. Margarethen= und Elisabethen Tag Jahrmarkt.
- Ingolstadt (Stadt)* Auf Heil. Creutz Erfindung, und auf St. Matthäus Tag, Jahrmarkt.
- Kefelohe (Gerichts Wolfertshausen)* Am Montag nach Egidien Viehmarkt.
- Khüebach (Markt)* Am Tag St. Ulrich, und St. Mang, Viehmarkt.
- Kösching (Markt)* Am Sonntag nach Liechtmessen, am Sonntag nach Peter und Pauli, und am Sonntag nach Gallus Jahrmarkt.
- Köstlarn (Markt)* Am Sonntag nach Christi Himmelfahrt, am Sonntag nach St. Antonien Tag, und am Sonntag nach St. Dionysi, Jahrmarkt.
- Körzting (Markt)* Am Sonntag nach Liechtmessen, Christi Himmelfahrt, St. Veits=Tag, Sonntag nach Jacobi, Sonntag nach Mariä=Geburt, Sonntag nach Simon und Judas, und zu Heil. Weyhnachten Jahr= und alle 4. Wochen Viehmärkte.
- Landau (Stadt)* Zu St. Sebastiani, Georgi, Johannes des Taufers, Galli und, St. Andreen des Apostels Waaren= und zugleich Viehmarkt.
- Landshut (Haupt=Stadt)* Am Bartholomäi Tag Jahrmarkt 8. Tag lang und also am 2.^{ten} Sonntag nach Ostern, dan am St. Thomas Tag Viehmarkt.
- Landsperg (Stadt)* Am Freytag in der anderten Fasten= Wochen, und am St. Veits=Tag Jahrmarkt.
- Langquaidt (Markt)* Zu Liechtmessen, Christi Himmelfahrt, und Jacobi, Jahrmarkt.
- Märktl (Markt)* Am Tag St. Erasmus, Sonntag nach St. Gallus, und Sonntag nach Simonis und Judas, Jahrmarkt.

- Marquartstain (Schloß)* Am Donnerstag vor St. Veith ein Jahr= und von Georgi bis Michaeli alle Donnerstag Viehmarkt.
- Maurkirchen (Markt)* Pauli=Bekehrung, am St. Gilgen=Tag, Sonntag vor Egidi, Jahr= und am Freytag vor Egidi ein Garnmarkt.
- Mauthkirchen (Gerichts Rosenheim)* Am Tag Pauli=Bekehrung, am St. Johannes des Taufers, und am Sonntag nach Michaeli, Jahr= und an diesem letztern zugleich Viehmarkt.
- Miespach (Markt)* Am Montag vorm Palmtag, Montag vor St. Michaelis, am St. Thomas=Tag Jahrmarkt.
- Mündlheim (Stadt)* Am Sonntag nach Ostern, und am Sonntag nach Mariä=Geburt Jahrmarkt.
- München (Residenz=Stadt)* Zu Heil. 3 König, und auf Jacobi, jedesmal 14. Tag lang Jahrmarkt: dan zween Haupt= Vieh= respective Roßmärkte, nämlich der erste am Aschermittwoche: der zweyte am Jacobi=Tag: Item alle Wochen am Donnerstag Ordinari=Viehmarkt: und falls selbigen Tags das Vieh nicht alles verkauft wird, auch allemal des folgenden Freytags; endlichen alle Wochen Montags Nachmittag, und Erchtag Vormittags Schweinmarkt.
- Mospurg (Stadt)* Am Donnerstag nach Mittefasten, am Pfingst=Erchtag, und Mittwoch, dan am Tag der Heil. Ursula Jahr= auch Vieh= und Schweinmarkt.
- Nandlstadt (Markt)* Am Montag nach Invocabit, am Tag St. Johannes Baptistä, und zu Martini Jahr= und zugleich Viehmarkt.
- Neukirchen (Markt)* Am Grünen=Donnerstag, am Sonntag Exaudi, Johannes des Taufers, am St. Magdalena= und Nicolai=Tag, Jahr= und alle Wochen am Donnerstag Viehmarkt.
- Neumarkt (Markt)* Sonntag nach Georgi, Sonntag nach dem Fronleichnams=Tag, am Tag des Heil. Matthäus und St. Catharina Jahr= und Viehmarkt.
- Neünötting (Stadt)* 4. Jahrmärkt, welche 14. Täg jederzeit andauern, als am Pauli=Bekehrungs=Fest, zu Pfingsten, zu St. Michaeli, und Andreas, dan sonderbar am Fest des Heil. Thomä Apostels einen Viehmarkt.
- Obing (Gerichts Cling)* Den 5.^{ten} Sonntag in der Fasten Jahr= und am Vor=Abend Garnmarkt.
- Osterhofen (Stadt)* Zu Heil. Liechtmessen, Pfingsten, am St. Margaretha, Dionysi, und Martini=Tag Jahrmarkt.
- Peiß (ein Dorf, Gerichts Aybling)* Am Sonntag Laetare, am Sonntag Trinitatis, St. Ulrich, Gallus, und Martinus Jahrmarkt.
- Perke (ein Dorf, Gerichts Vohburg)* Am St. Leonhardi=Tag Viehmarkt.
- Pfaffenhofen (Stadt)* Zu Pauli=Bekehrung, Philippi und Jacobi, Johannis des Taufers, und Andreas Jahr= und alle Erchtag des Jahrs hindurch ein Vieh= und Roßmarkt.
- Pfarrkirchen (Markt)* Am St. Magdalena, Heil. Creutz=Tag im Herbst, St. Simon und Judä, und Thomas, Jahrmärkte.
- Pfeffenhausen (Markt)* St. Veits= St. Magdalenä=Tag, zu Martini, und am Montag in der zweyten Fasten=Woche Jahr= wie auch alle Donnerstag durchs ganze Jahr Viehmarkt.

Pföring (Markt) In St. Erhardi, Sebastiani, Georgi, Johannes des Taufers, Wendelins= und Leonharden=Tag Jahrmarkt.

Pogen (Markt) Am Fest Mariä=Verkündigung, am Heil. Creutz=Tag, dan den 12.^{ten} Junii, und Mariä=Himmelfahrt Jahrmarkt.

Pöornbach (Hofmarch, Gerichts Pfaffenhofen) Am Fest U. L. Frauen Himmelfahrt, Jahr= und den Tag zuvor Viehmarkt.

Reichenhall (Stadt) Am Tag Philippi und Jacobi, am St. Gallus=Tag, jedesmal 8. Tag lang Jahrmarkt.

Regen (Markt) Am Tag Pauli=Bekehrung, den ersten Samstag in der Fasten, Samstag vor Mittefasten. H. Creutz=Erfindungs=Tag, am Samstag vor Pfingsten, Johannes des Taufers, Sonntag nächst Jacobi, Mariä=Geburts=Tag, Michaeli, Samstag vor Catharina, und St. Thomas, sammentliche Waaren= und Viehmärkte.

Reyspach (Markt) Zu Liechtmessen, am Sonntag Exaudi und Michaelis Viehmarkt.

Ried (Markt) Zu Peter und Pauli, Egidi, und Nicolai, Jahr= und Viehmarkt.

Riegersbrunn (ein Dorf, Gerichts Schwaben) Am Tag des Heil. Leonhards, und am Sonntag vor dem Scapulier=Fest Jahr= und Viehmärkt.

Rohr (Markt) Am Tag St. Johannis des Taufers, U. L. Frauen Geburt, und St. Andreas Jahrmarkt.

Rhain (Stadt) Zu Pauli=Bekehrung, Philippi und Jacobi, Magdalenä, und Martini, Jahrmarkt, am Vor=Abend dieser Tagen aber allzeit Viehmarkt.

Rosenheim (Markt) Den 8.^{ten} Tag vor St. Georgi, dan einen vom Aschermittwoch Abends biß Donnerstag Nachts, darauf in Christi=Himmelfahrts= und Nicolai=Tag Jahrmarkt, wie auch am Donnerstag nach dem Ascher=Mittwoch, am Donnerstag nach Invocavit, am Donnerstag nach Reminiscere, und am Donnerstag nach dem Sonntag Occuli, item den 16.^{ten} April Roß= und Viehmarkt.

Rotalminster (Markt) Auf St. Bartholomäus, den 2^{ten} Sonntag nach Pfingsten, und am St. Andreas Tag, Jahrmarkt, und noch sonderbar alle Sonntag in der Fasten Roß= und Schweinmarkt.

Rottenbuch (Hofmarch, Gerichts Schongau) Am U. L. Frauen Geburts=Tag, Jahr= und Roßmarkt.

Rottenburg (Markt) Am St. Ulrichs, St. Michaels= und St. Thomas, Jahrmarkt.

Seefeld (Hofmarch, Gerichts Weilheim) Am St. Peteri und Pauli und St. Catharinä, Jahrmarkt.

Schärding (Stadt) St. Florians, Jacobi, und Martini=Tag Jahrmarkt.

Schönberg (Markt) Am St. Margarethen Jahrmarkt, wie auch zu Pauli=Bekehrung, St. Georgi, und Ursula, Viehmärkte.

Schongau (Stadt) Zu Pauli=Bekehrung, und am Tag der heiligen Simon und Judas, Jahr= und zugleich Viehmarkt.

Schrobenhausen (Stadt) Am Tag Christi Himmelfahrt, der Heil. Afra, und des Heil. Thomas Jahr= wie auch alle Wochen in der Fasten Viehmarkt.

Simbach (Markt) Am St. Ulrichs, Bartholomäus, und Catharina=Tag, Jahrmarkt.

- Stadt am Hof (Stadt)* Acht Tag nach St. Georgen, und acht Tag nach St. Michaelis, Jahrmärkte, jeder 14. Tage lang.
- Steingaden (Hofmarch, Gerichts Schongau)* Am Tag des Heil. Johannes des Tauers, Jahrmarkt.
- Straubing (Haupt=Stadt)* Zu Peter und Pauli, Laurenzi, Mariä Geburt, und am Sonntag nach Michaeli, Jahr= und zugleich Vieh= und Roßmarkt.
- Schwaben (Markt)* Alle 4. Quatember Sonntag, Jahr= und in denen Montägen darauf Viehmärkte.
- Traunstein (Stadt)* Am Sonntag vor Liechtmessen, am Sonntag nach Ostern Quasimodi geniti, Sonntag nach Bartholomäi, und am Sonntag nach Martini Jahrmarkt. In der Fasten aber alle Donnerstag Roß= und zugleich Viehmärkte.
- Vilshofen (Stadt)* Am Sonntag nach Erhardi, am Sonntag Judica, den dritten Sonntag nach dem Fronleichnams=Tag, am St. Bartholomäus=, und am Tag S. S. Simonis & Judä, Jahr= und zugleich Viehmärkte.
- Vohburg (Markt)* Zu Petri und Pauli, und Catharinä Jahrmarkt, und am Vorabend St. Catharinä Schweinmarkt.
- Wasserburg (Stadt)* Am ersten Sonntag nach Georgi, zu Michaeli, jedesmal 8. Tag lang Jahr= und am St. Michaels=Tag Roßmarkt.
- Wartenberg (Markt)* Zu Georgi, und Laurenzi Jahrmarkt.
- Weilheim (Stadt)* Am Palm=Sonntag, Heil. Creutzmarkt, am Tag Johannes und Pauli, und Gallus, Jahrmarkt.
- Winhöring (Hofmarch, Gerichts Neuenötting)* Am Mittwoch nach Pfingsten Viehmarkt.
- Wolfertshausen (Markt)* Am Montag nach Mittefasten, am Erchtag nach dem Heil. Dreyfaltigkeit=Sonntag, am Sonntag und Montag nach dem Fest Mariä Geburt, am Montag nach Martini, am Sonntag vor Laurenzi Jahr= und Viehmärkt.
- Wollnzach (Markt)* Am Tag der Auffahrt Christi, St. Laurenzen. und Simon und Judas, Viehmarkt.
- Wurmansquik (Markt)* Zu Mittefasten, Pfingsten, Margaretha, und Catharinä Jahrmarkt.“

(Quelle: BayHStA GR Fasz. 1628: Beilage zur „Churbaierischen Mauth= und Accis=Ordnung“ von 1765).

13. Gesamtwert von auf den bayerischen Schranken 1803 in 9 Monaten
angeliefertem Getreide (Weizen, Korn, Gerste, Hafer)

Ort	Gesamtwert in fl.
München	2.559.644
Erding	940.529
Traunstein	625.001
Vilshofen	454.785
Landsberg	431.898
Landshut	416.571
Lauingen	412.965
Straubing	357.352
Aichach	346.521
Ingolstadt	276.445
Deggendorf	250.080
Pfaffenhofen	191.174
Neumarkt-Opf.	173.418
Neuburg	149.264
Rosenheim	120.964
Haag	116.462
Murnau	107.392
Friedberg	101.038
Weilheim	97.937
Geisenfeld	87.630
Reichenhall	85.171
Kraiburg	84.230
Rotthalmünster	73.270
Schrobenhausen	72.480
Frontenhausen	61.033
Rain	53.191
Wasserburg	51.689
Neuötting	45.083
Dingolfing	44.544
Amberg	42.884
Cham	31.530
Schongau	21.536
Eggenfelden	18.705
Abensberg	7.748
Pfarrkirchen	7.655
Hohenwart	5.716
Mainburg	2.351
Holzkirchen	695

(Quelle: Franz, Landwarenhandel, 74)

14. Schranken, Getreidemärkte und Anschütten in den bayerischen Städten und Märkten nach der Neueinteilung von 1770

Ort	Schranne	Getreidemarkt	Anschütten	Wochentag
<i>Rentamt München</i>				
Abensberg		x		Sa
Aibling		x		Mo
Aichach	x			Mi
Donauwörth	x			Sa
Friedberg	x			Do
Haag		x		Do
Ingolstadt		x		Sa
Landsberg		x		Mi
München	xx			Di, Sa
Mainburg		x		Fr
Pfaffenhofen		x		Mi
Reichenhall		x (?)		Mo
Rain	x			Mi
Riedenburg		x		Do
Rosenheim		x	x	Di
Schrobenhausen		x		Do
Traunstein	x			Sa
Vohburg		x		Fr
Wasserburg		x	x	Mo
Weilheim	x			Di
Wolfratshausen		x		Mo
<i>Rentamt Burghausen</i>				
Altheim		x		Di
Braunau	x		x	Mi
Burghausen	x			Fr
Kraiburg		x		Sa
Neuötting	xx		x	Mi
Ried	x			Di
Schärding	xx		x	Mo, Fr
Trostberg		x		Sa
<i>Rentamt Landshut</i>				
Dingolfing		x		Di
Eggenfelden		x		Di
Erding	x			Do
Frontenhausen		x		Di
Griesbach		x		Do
Landau	x			Mo
Landshut		x		Di
Moosburg		x		Do
Neumarkt		x		Mi
Osterhofen		x		Sa
Pfarrkirchen		x		Mo
Vilshofen	x		x	Fr
Wurmannsquick		x		Sa

Ort	Schranne	Getreidemarkt	Anschütte	Wochentag
<i>Rentamt Straubing</i>				
Cham	x			Sa
Deggendorf		x		Sa
Furth		x		Fr
Kelheim	x (?)			Mi
Pfatter			x	—
Stadtamhof		x		Mo
Straubing	x		x	Sa
Zusammen	18	30	8	

(Quelle: BayHStA GR Fasz. 826 Nr.59; vgl. Franz, Landwarenhandel, 75 f., jedoch mit verschiedenen Übertragungsfehlern)

15. Zusammenfassung der wesentlichsten Bestimmungen der Münchener Steuerordnung von 1606

(Die angegebenen Prozentzahlen sind gerundet)

Schatzgeld (auch Gold), das nicht verzinslich angelegt wurde, Silbergeschirr und andere „Clainoter“, Hausrat usw., mit denen kein Gewerbe betrieben wird, sind steuerfrei.

Verzinslich angelegtes Geld: pro 20 fl. 8 d Steuer (= 0,2 %).

Ewiggeldeinnahmen: pro 1 fl. 8 d Steuer (= 3,8 %).

Geldanlagen in Gesellschaften: Zinsen daraus werden wie Ewiggeldeinnahmen versteuert.

Kaufmannswaren, „böse“ Schulden und Geld, das gewerblich angelegt wurde: pro 1 fl. 1 d Steuer (= ca. 0,5 %).

Leibgeding (Einkünfte aus Besitz, der nicht der betreffenden Person gehört, die sie aber auf Lebenszeit nutzen kann): pro 1 fl. 3 d (= 1,4 %).

Einnahmen aus Pacht-/Mietzins für Häuser, Wiesen, Äcker, Gärten, Stadel etc.: pro 1 fl. 5 d Steuer (= 2,4 %).

Wer sein Haus selbst bewohnt, muß dafür einen „zimblischen“ Mietzins ansetzen und diesen pro 1 fl. mit 5 d versteuern (= 2,4 %). Dies gilt auch für selbst genutzte Wiesen, Äcker etc.

Wer sein Feld selbst bebaut, soll $\frac{2}{3}$ des Ertrags als Unkosten nicht versteuern, $\frac{1}{3}$ muß er versteuern.

Wenn bei selbstbewohntem und selbstgenutztem Eigentum der angenommene Hauszins (Bestandzins) ebenso hoch ist wie die verschriebenen Ewiggülten, gelten die folgenden Steuersätze:

- pro Haus mit mehr als 1.000fl. Wert 1 fl. Steuer
- pro Haus mit weniger als 1.000 fl. Wert 30 x Steuer
- pro Tagwerk Anger 4 x Steuer
- pro Krautacker 2 x Steuer
- pro Joch Acker 6 x Steuer

Gülteinnahmen (Getreide, Schmalz, Dienste) werden in Geld umgerechnet (z. B. Anschlag für ein Schäffel Getreide 3 fl. 30 x) und pro 1 fl. mit 5 d versteuert (= 2,4 %). Dieser Steuersatz gilt auch für bereits kapitalisierte Gülteinnahmen.

Auf dem Kasten gelagertes Getreide: pro 20 fl. veranschlagtem Wert 8 d (= 0,2 %). Getreide zum Eigenbedarf wird nicht besteuert.

Pro 100 fl. Schulden auf Kaufmannswaren können 40 d Steuer abgezogen werden.

Auf den eigenen Besitz verschriebenes Ewiggeld kann von den Einnahmen, Schulden dürfen vom Vermögen abgezogen werden.

Fahrnis (mobile Investitionsgüter): Schafe, Weidevieh, Schweine, Pferde pro 1 fl. Wert 1 d Steuer (= 0,5 %); Hauskühe und „lustshalber“ gehaltene Pferde jeweils 1 x Steuer; Wagen, Karren, Pflüge, Werkzeuge pro 1 fl. Wert 1 d Steuer (= 0,5 %); Silbergeschirr und sonstiges Inventar, das Wirte benötigen, pro 1 fl. Wert 1 d Steuer (= 0,5 %); Vorrat an Wein, Met, Bier, Hafer, Malz, Hopfen etc. pro 1 fl. Wert 1 d Steuer (= 0,5 %).

Folgende Handwerke steuerten für ihre Gewerbeberechtigung zusätzlich: Wirte, Metschenken, Tuchmacher und Eisenkramer, die auch Salzstößelgerechtigkeit haben, jeweils 1 fl., Eisenkramer ohne diese 3 β 15 d, Brauer 6 β, Branntweinschenken und Kramer jeweils 4 β, Salzstößler 3 β 15 d, Melber und Käskäufel jeweils 3 β, Kornkäufel 2 β, Obster 1 β.

Den Habnit hat jeder zusätzlich zu seiner Steuersumme zu geben (= 4 β), diejenigen, die weniger als 1 fl. Steuern zu geben haben, geben nur den Habnit.

Wer vom Almosen lebt, gibt nur den halben Habnit, der Steuerer ist jedoch berechtigt, „discretion“ zu gebrauchen und nur 1 β oder gar nichts zu nehmen¹.

Eehalten, die keine eigene Wohnung haben, sind steuerfrei, außer sie haben Einnahmen aus Ewiggülden, Bestandszinsen etc.

Eehalten mit eigener Wohnung oder Kammer (z. B. Naderinnen, Hebammen) geben den Habnit.

Klöster, Seelhäuser, Messen und Jahrtagstiftungen, Priester und ihre Eehalten, Bruderschaften, Zünfte, alle Kirchen, denen der Rat Pfleger und Kirchenpröbste bestimmt, Pfründner, Diener der Almosen und der Kirchen zahlen von Ewiggeldern im Burgfried wie Bürger pro 1 fl. Einnahme 8 d Steuer (= 3,8 %), vom Zinsgeld pro 1 fl. Einnahme 5 d (= 2,4 %) und vom 1 fl. Leibgeding 3 d (= 1,4 %). Davon befreit sind Spital, Bruderhaus, Waisenhaus, Siechhaus und andere Almosenstiftungen.

Nicht-Bürger und Nicht-Beisitzer Münchens und deren Eehalten wie die Eehalten des Hofgesindes zahlen pro 1 fl. Einnahme aus Ewiggeldern auf Immobilien im Burgfried 32 d (= 15,2 %), von 1 fl. Zinsgeld 20 d (= 9,5 %) und von 1 fl. Leibgeding 12 d (= 5,7 %).

Stadtamtleute und -dienstleute zahlen für den Habnit 2 d, sonst werden sie wie die übrigen Bürger besteuert.

¹ 1616 wurde diese Bevölkerungsgruppe noch weiter entlastet, indem in einem Zusatz zur Steuerordnung für sie nur noch ein Betrag von 2 d als Kopfsteuer festgesetzt wurde (Roeck, München, 443).

Wer Ämter innehat und Dienst für die Stadt tut, ist steuerfrei, wenn er sonst kein Gewerbe teibt; ansonsten ist er steuerpflichtig.

Fürstliche Räte, adeliges Hofgesinde und sechs Sekretäre sind für ihre selbst bewohnten Häuser steuerfrei; die Einnahmen aus Vermietungen werden jedoch wie beim übrigen Hofgesinde versteuert. Dem unterliegen auch gefürstete Personen.

Diese steuerbefreiten Personen müssen Einnahmen aus Zinsen für Wiesen, Äcker, Städel, Gärten, Hofgesindehäuser etc. mit 5 d pro 1 fl. (= 2,4 %) jährlichen Zins versteuern. Bebauen sie ihre Grundstücke selbst, so wird der mögliche jährliche Zins veranschlagt und versteuert.

Witwen und Kinder von diesen steuerbefreiten Personen müssen nur den Beisitz annehmen, können aber auch die Bürgerschaft erhalten.

Witwen und Kinder des übrigen Hofgesindes sind jedoch verpflichtet, das Bürgerrecht anzunehmen, wenn sie in der Stadt wohnen wollen. Dies gilt auch für das beurlaubte Hofgesinde.

Hofgesinde, das bürgerliche Gewerbe treiben möchte, muß das Bürgerrecht annehmen.

Frauen von Angehörigen des Hofgesindes, die mit Spinnen, Nähen, Handschuh- und Hosenstricken in der Stadt arbeiten, zahlen den halben Habnit.

Anderer Adel vom Land, der in der Stadt „aignen rauch“ haben und dort ständig oder nur im Winter leben möchte, kann dies mit Wissen und Einverständnis des Rates tun. Von diesem pflegt man nach Gestalt der Person und des Vermögens, „so Sy anderst sonsten ainem Rhate gefellig, ain benant Gelt Jehrlich zenemen“.

Ehehalten, Hausknechte, Diener, Dienstboten und wer um Jahressold dient, soll sieben Jahre in drei verschiedenen Diensten sein, um das Bürgerrecht zu erdienen.

Wer das Bürgerrecht nicht erdient hat, soll vom Steuerer abgewiesen werden. Etliche „junge Eheleuth“ und andere, die nicht Bürger sind, haben sich nämlich als Bürger eingeschlichen und, um den Rat zu betrügen, wie Bürger die Steuer bezahlt.

(Quelle: StadtA München Steueramt 636)

16. Berufs- und gruppenspezifische Steuerbuchanalyse Münchens (I)

Beruf	Durchschnittliche Steuersumme je Zensit in Pfennigen			Anteil des Gewerbes am Gesamtsteueraufkommen in Promill		
	1606	1700	1792	1606	1700	1792
1. Metall						
Büchsenmacher, -schifter, Kartätschen-, Gewehr- macher, Waffenschmied	218	157	484	1,4	1,1	1,4
Feilenhauer	140	205	620	0,1	0,4	1,1
Fingerhuter	322	—	—	0,6	—	—
Gabelmacher	317	647	802	0,2	1,9	0,5
Geschmeidemacher	155	313	629	0,4	1,2	2,2
Glockengießer	1230	1040	513	0,7	2,0	0,9
Goldarbeiter, -schlager	485	621	365	0,5	4,8	3,4
Golddrahtzieher	—	—	1855	—	—	1,1
Goldschmied	625	441	851	12,4	5,1	2,5
Goldspinner	120	—	—	0,1	—	—
Gürtler	247	347	641	0,9	1,0	2,6
Harnischmeister	120	—	—	0,1	—	—
Haubenschmied	165	—	—	0,4	—	—
Instrumentenmacher	—	—	0	—	—	0,0
Juwelier	—	0	—	—	0,0	—
Kupferschmied	360	520	893	3,0	4,0	4,2
Löffelmacher	120	180	—	0,2	0,3	—
Messinggießer	—	—	0	—	—	0,0
Münzer	200	—	—	0,1	—	—
Messerschmied	252	307	3483	1,8	1,5	2,0
Metallarbeiter	—	—	0	—	—	0,0
Nadler	279	314	593	0,8	0,9	1,0
Petschierstecher	—	—	60	—	—	0,1
Plattner	343	—	—	0,6	—	—
Scheibenmacher	181	0	—	1,0	0,0	—
Schleifer (Steinschleifer)	186	190	477/0	0,8	0,6	0,8/0,0
Schlosser	264	480	748	4,3	7,0	7,5
Schmied	386	285	778	6,5	2,5	2,3
Hufschmied	—	845	1508	—	6,6	7,1
Schnallenmacher	—	—	90	—	—	0,3
Schwertfeger	210	—	70	0,1	—	0,1
Spengler	185	176	275	0,8	0,9	0,5
Sporer	215	320	210	0,9	0,6	0,1
Silberarbeiter	—	759	651	—	5,1	2,7
Silberdrahtzieher	—	0	—	—	0,0	—
Uhrgehäusemacher	—	—	0	—	—	0,0
Uhrmacher	170	548	279	0,6	1,6	1,6
Windenmacher	168	210	711	0,1	0,2	0,4
Zainer	120	—	—	0,1	—	—
Zinngießer	585	913	887	1,4	3,5	1,0
Durchschnitt der/Anteil der Einzelberufe /Berufsgruppe	289	393	637	40,7	52,8	47,4

Beruf	Durchschnittliche Steuersumme je Zensit in Pfennigen			Anteil des Gewerbes am Gesamtsteueraufkommen in Promill		
	1606	1700	1792	1606	1700	1792
2. Papier und Farben						
Anstreicher	—	2	176	—	0,0	0,4
Bilderdrucker	—	—	63	—	—	0,2
Buchbinder	258	424	667	1,2	4,5	5,5
Buchdrucker	262	759	296	0,8	7,4	1,9
Farbreiber	120	0	—	0,3	0,0	—
Glanzierer	—	—	186	—	—	0,4
Gstadlmacher/Schachtel- macher	269	150	189	1,1	0,0	0,2
Illuminist	168	210	—	0,1	0,4	—
Kartenmacher	156	2	352	0,4	0,0	1,2
Kupferstecher	—	186	151	—	0,4	0,1
Lakierer	—	—	310	—	—	0,4
Maler	308	292	274	5,2	6,2	2,1
Papierer	—	—	79	—	—	0,2
Vergolder	—	—	105	—	—	0,2

Durchschnitt der Einzelberufe	/Anteil der Berufsgruppe	220	225	237	9,1	18,9	12,8
-------------------------------	--------------------------	-----	-----	-----	-----	------	------

3. Glas und Erde

Gipsmacher	120	—	—	0,1	—	—
Glaser	278	463	930	1,8	4,0	5,5
Hafner	401	569	687	3,9	4,4	3,6
Kalkbrenner	120	—	—	0,1	—	—
Kristallschneider	120	—	—	0,1	—	—
Siegelschneider	—	—	0	—	—	0,0
Steinschneider	190	120	210	0,3	0,1	0,1
Ziegler	102	—	—	0,3	—	—

Durchschnitt der Einzelberufe	/Anteil der Berufsgruppe	190	384	457	6,6	8,5	9,2
-------------------------------	--------------------------	-----	-----	-----	-----	-----	-----

4. Holz, Bein und Bau

Ballierer	210/210	150	—	0,1/0,3	0,1	—
Baumeister	122	4	—	0,1	0,0	—
Bildhauer, -schnitzer	279	283	81	1,0	1,6	0,3
Binder/Küfner	—	331	14	—	0,3	0,0
Bürstenbinder	116	93	1245	0,2	0,3	2,2
Drechsler	269	245	202	1,5	1,2	0,8
Geigenmacher	120	—	0	0,1	—	0,0
Gipsgießer	525	—	0	0,3	—	0,0
Kalkansetzer	165	—	—	0,2	—	—
Kammacher	—	123	50	—	0,4	0,1
Kistler	296	336	489	7,3	7,8	8,9
Klaviermacher	—	—	210	—	—	0,1
Lautenmacher	210	0	—	0,1	0,0	—

Beruf	Durchschnittliche Steuersumme je Zensit in Pfennigen			Anteil des Gewerbes am Gesamtsteueraufkommen in Promill		
	1606	1700	1792	1606	1700	1792
Leistenschneider	120	120	75	0,1	0,2	0,1
Maurer	142	115	144	5,6	3,5	8,7
Modelstecher	—	—	0	—	—	0,0
Mörtlrührer	—	—	0	—	—	0,0
Orgelmacher	290	210	95	0,3	0,2	0,2
Penselmacher	—	—	0	—	—	0,0
Pflasterer	107	51	1	0,6	0,4	0
Radmacher	504	—	—	0,9	—	—
Ringler	191	289	—/352	0,6	1,4	—/0,4
Sägmüller, -knecht	151	174	150	0,8	0,5	0,7
Sandwerfer	120	105	—	0,1	0,1	—
Schäffler	257	372	522	4,5	7,2	7,0
Schindelmacher	60	—	—	0,0	—	—
Schreiner	210	—	—	0,1	—	—
Siebler	155	195	1	0,4	0,4	0,0
Spaliermacher	—	53	—	—	0,1	—
Steinmetz	144	252	230	2,3	0,7	0,8
Stockmacher	—	—	495	—	—	0,6
Stukkateur	120	180	319	0,1	0,2	0,2
Tapezierer	390	—	79	0,2	—	0,1
Wannenmacher	218	126	—	0,5	0,4	—
Würfelmacher	170	—	—	0,2	—	—
Wagner	276	585	547	1,8	3,0	1,3
Zimmermann	140	143	74	4,6	6,6	5,7

Durchschnitt der Einzelberufe	/	Anteil der Berufsgruppe	210	181	207	34,7	36,4	38,2
-------------------------------	---	-------------------------	-----	-----	-----	------	------	------

5. Leder und Pelz

Absatzpapier, -macher	—	97	—	—	0,5	—
Kürschner	352	371	247	3,6	3,2	1,2
Lederausschneider, -schneider	177	120	0	0,2	0,1	0,0
Lederer	495	1009	1036	5,4	7,8	4,3
Lederzurichter, -praiter	—	279	—	—	1,1	—
Nestler	207	500	158	0,9	1,9	0,4
Pergamentmacher	230	—	210	0,4	—	0,1
Rierner	265	480	279	1,4	2,8	1,0
Säckler	427	170	323	1,5	0,5	1,1
Sattler	372	502	499	1,1	2,4	2,0
Schuhmacher	317	234	245	9,9	12,0	10,5
Taschner	180	300	616	0,3	1,5	1,4
Weißgerber	585	558	751	9,2	7,0	3,1

Durchschnitt der Einzelberufe	/	Anteil der Berufsgruppe	328	385	397	33,9	40,8	25,1
-------------------------------	---	-------------------------	-----	-----	-----	------	------	------

6. Textil und Bekleidung

Blättersetzer	168	2	389	0,2	0,0	0,2
Bleicher	1102	267	89	1,3	1,3	0,1

Beruf	Durchschnittliche Steuersumme je Zensit in Pfennigen			Anteil des Gewerbes am Gesamtsteueraufkommen in Promill		
	1606	1700	1792	1606	1700	1792
Bortenmacher (= Posamentierer)	582	464	595	4,6	4,1	3,8
Bortenwirker	—	—	224	—	—	0,3
Deckenmacher	114	—	—	0,7	—	—
Färber (Schön-, Schwarz-)	316	888	1996	1,1	3,4	4,7
Garnsieder	—	—	314	—	—	0,6
Haarbeutelmacher	—	—	105	—	—	0,2
Handschuhmacher	218	1232	—	2,4	1,2	—
Hosenstricker	111	—	—	0,9	—	—
Hutmacher	247	477	338	3,7	5,1	2,8
Knappe	114	2	31	2,4	0,0	0,4
Knöpfungemacher	260	406	240	0,3	0,8	1,3
Loderer	331	221	404	22,1	3,9	3,8
Mangmeister	436	1165	—	0,3	2,3	—
Paretmacher	1363	—	—	4,1	—	—
Perückenmacher	—	268	331	—	1,3	2,9
Samtwirker	540	—	—	0,3	—	—
Schneider	371	191	236	26,6	17,2	14,7
Schnurmacher	—	105	—	—	0,1	—
Seidenstricker	805	—	—	2,9	—	—
Seiler	301	542	663	1,8	4,7	4,3
Seitenmacher	—	725	—	—	0,7	—
Strumpfstriker	—	223	277	—	0,6	1,9
Strumpfwirker	—	—	105	—	—	0,6
Teppichmacher	120	—	105	0,1	—	0,1
Tuchhefter	930	—	—	0,6	—	—
Tuchmacher/Geschlacht- gewander	252	536	1508	5,0	7,3	13,3
Tuchscherer	442	364	921	2,7	1,8	1,1
Walcher	120	—	889	0,2	—	0,5
Weber	197	182	328	15,7	8,6	12,3
Wollklauber	—	92	—	—	0,4	—
Wollschlager	60	—	—	0,0	—	—
Zeugmacher	—	215	450	—	1,7	0,5

Durchschnitt der Einzelberufe	386	408	479	100,0	66,5	70,4
/Anteil der Berufsgruppe						

7. Nahrungs- und Genußmittel

Bäcker	513	535	996	26,9	38,3	42,6
Bierzappler	—	166	311	—	7,4	13,7
Branntweinbrenner	279	1355	2039	1,0	22,3	21,5
Brauer	1023	1237	2359	50,5	68,3	92,6
Essigsieder	120	—	397	0,1	—	2,1
Fischer	392	421	537	3,1	2,4	2,5
Kaffeesieder	—	—	248	—	—	0,7
Kellermeister, Kellerer	143	—	—	0,5	—	—
Koch	226	523	807	5,7	8,6	9,0

Beruf	Durchschnittliche Steuersumme je Zensit in Pfennigen			Anteil des Gewerbes am Gesamtsteueraufkommen in Promill		
	1606	1700	1792	1606	1700	1792
Kornrührer	120	—	—	0,1	—	—
Kräutler	242	268	361	0,7	1,3	0,2
Lebzelter	1648	1069	1780	15,9	7,3	6,3
Metzger	533	415	671	17,0	25,7	25,2
Müller	617	768	929	8,2	9,7	7,1
Obladenmacher	1034	—	—	0,6	—	—
Obster	360	171	253	2,2	1,5	1,5
Schokoladenmacher	—	—	1503	—	—	1,8
Tabakreiber	—	—	35	—	—	0,1
Weinemmerer	222	64	60	1,6	0,5	0,3
Weinzahler	10503	—	—	6,3	—	—
Wirt	2175	2045	1229	51,1	41,6	41,1
Zuckerbäcker	—	211	219	—	0,8	0,4
Durchschnitt der /Anteil der Be- Einzelberufe /rufsguppe (ohne Weinzahler)	1185 (603)	661	819	191,5	235,7	268,7

8. Gesundheit und Chemie

Apotheker	120	789	562	0,1	4,6	2,3
Arzt	196	307	179	0,5	2,1	0,7
Bader	205	543	804	4,1	8,9	10,4
Barbier	533	633	861	1,3	4,9	4,0
Kerzengießer	—	384	477	—	1,1	1,1
Pulvermacher	107	0	—	0,1	0,0	—
Seifensieder	210	317	1450	0,1	0,9	9,3
Unschlittauslasser	—	—	240	—	—	0,3
Durchschnitt der /Anteil der Be- Einzelberufe /rufsguppe	229	425	655	6,2	22,5	28,1

9. Handel

Bierführer	—	2	917	—	0,0	2,7
Buchhändler	248	1330	815	0,3	1,3	1,9
Dantler	113	—	371	0,2	—	2,2
Eisenhändler, -kramer	2714	2296	1855	13,1	22,2	16,3
Handelsmann, Käs-, Kuh- käufl, Käufl, Faktor, Händler, Tuchmaniger	3656	3244	2022	66,0	163,4	158,8
Kornführer	120	—	—	0,1	—	—
Kornkäufler	414	456	1051	4,5	5,7	10,1
Kramer	1547	735	410	27,0	16,4	2,6
Materialist	—	1950	—	—	1,9	—
Melber	526	403	1086	11,1	8,6	21,0
Priechler	414	337	973	1,2	1,3	4,0
Salzstößel	323	458	301	3,9	4,4	3,5
Schmelzer	—	105	—	—	0,1	—
Durchschnitt der /Anteil der Be- Einzelberufe /rufsguppe	1008	1029	980	127,4	225,3	223,1

Beruf	Durchschnittliche Steuersumme je Zensit in Pfennigen			Anteil des Gewerbes am Gesamtsteueraufkommen in Promill		
	1606	1700	1792	1606	1700	1792
10. Dienstleistungen, öffentlich und privat Bediente						
Abdecker/Wasenmeister	2	—	0	0,0	—	0,0
Ablaßknecht	2	—	—	0,0	—	—
Bettelrichter	2	—	—	0,0	—	—
Bote	111	245	2595	2,7	2,1	3,0
Bretthüter	210	—	—	0,0	—	—
Briefträger	—	4	53	—	0,0	0,1
Brothüter	—	620	700	—	0,6	0,8
Brotwäger	120	88	—	0,1	0,2	—
Cantor	44	—	—	0,1	—	—
Canzlist	368	—	—	0,2	—	—
Diener	168	437	—	0,4	4,2	—
Eseltreiber	160	—	—	0,1	—	—
Floßmeister, -mann	277	159	361	1,2	1,4	2,5
Fuhrmann	164	355	341	2,7	6,2	4,8
Furier	120	—	—	0,1	—	—
Gärtner	156	176	333	1,4	9,9	10,3
Geiger	140	97	—	0,5	1,2	—
Heubinder	—	2	35	—	0,0	0,1
Holzhüter	—	255	7	—	0,2	0,0
Holzmesser	136	77	158	0,9	0,8	1,2
Hochzeitslader	370	51	—	0,2	0,1	—
Jäger	113	—	—	0,6	—	—
Kaminkehrer	204	780	744	0,5	0,8	1,3
Kastenknecht	210	—	—	0,1	—	—
Kirchlicher Verwalter	105	260	—	0,1	0,5	—
Kohlenmesser	—	—	119	—	—	0,1
Kornmesser	438	857	1472	2,4	8,3	8,6
Kornstecher	670	—	—	0,4	—	—
Krankenträger, -wärter	—	80	—	—	0,2	—
Küster	481	58	613	0,9	0,2	0,7
Kutscher	134	—	65	1,5	—	0,2
Landhüter	225	—	—	0,3	—	—
Mesner	35	111	145	0,1	0,4	0,5
Milchmann	—	—	112	—	—	3,9
Musikant, Spielmann, Pfeifer etc.	147	157	70	2,9	3,2	2,3
Notarius	382	—	—	0,2	—	—
Organist	119	—	—	0,4	—	—
Pfenter	4895	—	—	2,9	—	—
Pfleger, Brudermeister	111	165	84	0,5	0,6	0,1
Pflegverwalter	2870	160	—	1,7	0,2	—
Posthalter	—	259	—	—	0,3	—
Präzeptor	—	0	53	—	0,0	0,1
Prokurator	328	0	406	0,2	0,0	0,2
Provisorer	85	—	—	0,4	—	—
Ratsdiener	121	—	84	0,2	—	0,1
Reitknecht	126	—	—	0,2	—	—
Roßhüter	—	157	—	—	0,2	—

Beruf	Durchschnittliche Steuersumme je Zensit in Pfennigen			Anteil des Gewerbes am Gesamtsteueraufkommen in Promill		
	1606	1700	1792	1606	1700	1792
Rottmeister	189	—	—	0,2	—	—
Salzmesser	210	—	—	0,3	—	—
Salzlader	209	—	—	1,0	—	—
Sämbler	—	2	—	—	0,0	—
Scharwächter	—	4	5	—	0,2	0,0
Schreiber (ohne Stadt- schreiber)	422	165	376	2,8	1,8	0,4
Schulmeister, deutscher	157	123	60	1,5	1,2	0,2
Secretarius	330	0	—	0,2	0,0	—
Senftenknecht	120	—	—	0,1	—	—
Silberdiener	312	—	—	0,2	—	—
Spanner	143	198	119	0,3	0,6	0,2
Stadtschreiber etc.	596	91	179	1,8	1,0	1,4
Supplicist	212	—	—	1,1	—	—
Träger	—	255	—	—	1,7	—
Trockenlader	201	105	278	0,5	0,6	1,1
Totengräber	2	40	75	0,0	0,2	0,1
Umsagknecht	190	—	0	0,1	—	0,0
Übersteher (Aufseher)	96	—	—	0,2	—	—
Verwalter	299	420	879	0,4	0,4	0,5
Wächter, Torwart, Stadtsöldner	98	40	140	2,1	0,7	1,5
Wagmeister, Stadtwager	1052	215	—	1,9	0,4	—
Wäscher	120	—	72	0,1	—	2,0
Wechsler	—	—	192	—	—	0,4
Ziegelschreiber	477	—	—	0,5	—	—
Zöllner	141	42	6	0,5	0,2	0,0
Städtischer Bedienter (sonstige)	36	182	172	0,8	5,8	4,6
Durchschnitt der /Anteil der Be- Einzelberufe /rufsguppe (ohne Pfenter, Pflegverwalter, Bote)	338 (214)	183	308 (243)	43,6	56,6	53,3
11. Tagwerker						
Tagwerker	110	63	30	14,3	9,3	6,9
12. Doktoren						
Doktor	568	—	—	1,7	—	—
13. Sonstige Berufe						
Blumenmacher	—	—	520	—	—	0,6
Corbiner	229	—	—	1,5	—	—
Falkner	249	—	—	0,9	—	—
Figurenmacher	—	—	0	—	—	0,0

Beruf	Durchschnittliche Steuersumme je Zensit in Pfennigen			Anteil des Gewerbes am Gesamtsteueraufkommen in Promill		
	1606	1700	1792	1606	1700	1792
Galanteriarbeiter	–	–	156	–	–	0,5
Geschiermeister	510	–	–	0,5	–	–
Handknecht	120	–	105	0,1	–	0,1
Holzzieher	120	–	–	0,1	–	–
Kleiber	440	–	–	0,5	–	–
Korbmacher	–	–	0	–	–	0,0
Kranzbinder	–	–	0	–	–	0,0
Nacharbeiter	–	87	12	–	0,7	0,1
Ofensetzer	–	–	53	–	–	0,1
Schaitenknecht	120	–	–	0,1	–	–
Schauspieler	–	0	–	–	0,0	–
Scheibenstreicher	2	–	–	0,0	–	–
Schießer	120	–	–	0,2	–	–
Schwaiger	498	–	–	0,3	–	–
Soldat	105	–	–	2,7	–	–
Umbrellermacher	–	–	135	–	–	0,2
Vogler, Vogelfänger	200	2	–	0,8	0,0	–
Wachspossierer	–	–	53	–	–	0,1
Waderlmacher	–	–	420	–	–	0,2
Sonstiger	187	59	308	1,1	0,5	3,4

Durchschnitt der Einzelberufe	/Anteil der Berufsgruppe	223	37	147	8,3	1,2	5,1
-------------------------------	--------------------------	-----	----	-----	-----	-----	-----

14. Erbgemeinschaften

Erbengemeinschaften	1725	3029	2739	7,3	44,0	28,9
---------------------	------	------	------	-----	------	------

15. Frauen und Witwen

Frau	137	69	580	17,2	34,0	7,8
Witwe	208	394	830	89,7	77,4	37,9
Durchschnitt/Gesamtanteil	173	232	705	106,9	111,4	45,7

16. Politische Führungsschicht und Adel

Adel	1050	1606	1613	1,9	7,8	50,1
„Frau“	2344	–	–	43,7	–	–
„Herr“	4241	–	–	86,8	–	–
„Jungfrau“	1519	–	–	1,8	–	–
„Jungherr“	3066	–	–	24,0	–	–
Durchschnitt/Gesamtanteil	2444	1606	1613	158,2	7,8	50,1

17. Am Hof Tätige

Am Hof Tätige	330	767	567	6,0	20,8	21,6
---------------	-----	-----	-----	-----	------	------

18. Geistliche

Geistliche	327	278	710	0,6	1,1	3,7
------------	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Beruf	Durchschnittliche Steuersumme je Zensit in Pfennigen			Anteil des Gewerbes am Gesamtsteueraufkommen in Promill		
	1606	1700	1792	1606	1700	1792
19. Gaststeuerzahler						
Gaststeuerzahler	550	2300	–	0,3	6,7	–
20. Unbekannte Berufe						
Unbekannt	516	226	215	97,7	20,8	2,8
21. Institutionen						
Kirchen	499	611	2782	3,0	12,4	58,7
Zünfte	120	–	–	0,1	–	–
Durchschnitt/Gesamtanteil	310	611	2782	3,1	12,4	58,7
Durchschnitt aller Zensiten	416	385	576	998,1	999,5	999,8

17. Berufs- und gruppenspezifische Steuerbuchanalyse Münchens (II)

Beruf	Durchschnittlicher Anteil am Gesamtsteueraufkommen pro Zensit in ‰ (gerundet)			Variationskoeffizient der Steuerleistung		
	1606	1700	1792	1606	1700	1792
	von 3991	von 2681	von 2964			
	Zensiten					
1. Metall						
Büchsenmacher, -schifter, Kartätschen-, Gewehr- macher, Waffenschmied	0,13	0,16	0,28	0,4	0,9	1,2
Feilenhauer	0,10	0,20	0,37	0,0	0,02	0,7
Fingerhuter	0,20	–	–	0,3	–	–
Gabelmacher	0,20	0,63	0,50	0,0	0,2	0,0
Geschmeidemacher	0,10	0,30	0,43	0,4	0,9	1,2
Glockengießer	0,70	1,00	0,20	0,0	0,2	1,4
Goldarbeiter, -schlager	0,30	0,60	0,21	0,0	0,4	0,9
Golddrahtzieher	–	–	1,10	–	–	0,0
Goldschmied	0,38	0,43	0,50	1,4	1,1	1,3
Goldspinner	0,10	–	–	0,0	–	–
Gürtler	0,15	0,33	0,37	0,6	0,6	1,9
Harnischmeister	0,10	–	–	0,0	–	–
Haubenschmied	0,10	–	–	0,3	–	–
Instrumentenmacher	–	–	0,0	–	–	0,0
Juwelier	–	0,00	–	–	0,0	–
Kupferschmied	0,21	0,50	0,53	1,1	0,6	0,6

Beruf	Durchschnittlicher Anteil am am Gesamtsteueraufkommen pro Zensit in ‰ (gerundet)			Variationskoeffizient der Steuerleistung		
	1606 von 3991	1700 von 2681	1792 von 2964	1606	1700	1792
	Zensiten					
Löffelmacher	0,07	0,15	–	0,0	0,2	–
Messinggießer	–	–	0,0	–	–	0,0
Münzer	0,10	–	–	0,0	–	–
Messerschmied	0,15	0,30	2,00	0,5	0,3	0,0
Metallarbeiter	–	–	0,0	–	–	0,0
Nadler	0,16	0,30	0,33	0,6	0,8	0,8
Petschierstecher	–	–	0,05	–	–	1,0
Plattner	0,20	–	–	0,5	–	–
Scheibenmacher	0,11	0,0	–	0,6	0,0	–
Schleifer (Steinschleifer)	0,11	0,20	0,27/0,0	0,5	0,8	0,3/0,0
Schlosser	0,16	0,47	0,44	0,6	0,6	0,6
Schmied	0,23	0,28	0,46	0,9	1,1	0,5
Hufschmied	–	0,83	0,89	–	0,6	0,8
Schnallenmacher	–	–	0,06	–	–	0,9
Schwertfeger	0,10	–	0,03	0,0	–	1,4
Spengler	0,11	0,18	0,17	0,2	0,9	0,3
Sporer	0,13	0,30	0,10	0,5	0,2	0,0
Silberarbeiter	–	0,73	0,39	–	0,7	1,2
Silberdrahtzieher	–	0,0	–	–	0,0	–
Uhrgehäusemaker	–	–	0,0	–	–	0,0
Uhrmacher	0,10	0,53	0,16	0,4	0,7	1,0
Windenmacher	0,10	0,20	0,40	0,0	0,0	0,0
Zainer	0,05	–	–	0,0	–	–
Zinngießer	0,35	0,88	0,50	0,3	0,2	0,3
2. Papier und Farben						
Anstreicher	–	0,0	0,10	–	1,0	1,0
Bilderdrucker	–	–	0,04	–	–	0,8
Buchbinder	0,15	0,41	0,39	0,4	1,0	1,1
Buchdrucker	0,16	0,74	0,17	1,4	2,4	1,4
Farbreiber	0,08	0,0	–	0,0	0,0	–
Glanzierer	–	–	0,10	–	–	1,1
Gstadlmacher/ Schachtelmacher	0,16	0,10	0,10	0,5	0,0	0,1
Illuminist	0,10	0,20	–	0,0	0,0	–
Kartenmacher	0,10	0,0	0,20	0,1	0,0	1,5
Kupferstecher	–	0,20	0,10	–	0,4	0,0
Lakierer	–	–	0,20	–	–	0,3
Maler	0,19	0,28	0,16	0,7	0,9	0,9
Papierer	–	–	0,05	–	–	0,6
Vergolder	–	–	0,07	–	–	0,8
3. Glas und Erde						
Gipsmacher	0,10	–	–	0,0	–	–
Glaser	0,16	0,44	0,55	0,7	0,3	0,9

Beruf	Durchschnittlicher Anteil am Gesamtsteueraufkommen pro Zensit in ‰ (gerundet)			Variationskoeffizient der Steuerleistung		
	1606	1700	1792	1606	1700	1792
	von 3991	von 2681	von 2964			
	Zensiten					
Hafner	0,24	0,55	0,40	1,0	0,2	0,5
Kalkbrenner	0,10	–	–	0,0	–	–
Kristallschneider	0,10	–	–	0,0	–	–
Siegelschneider	–	–	0,0	–	–	0,0
Steinschneider	0,10	0,10	0,10	0,5	0,0	0,0
Ziegler	0,06	–	–	0,7	–	–

4. Holz, Bein und Bau

Ballierer	0,10/0,05	0,1	–	0,0/0,0	0,0	–
Baumeister	0,10	0,0	–	0,0	0,0	–
Bildhauer, -schnitzer	0,17	0,27	0,05	0,7	0,5	2,2
Binder/Küfner	–	0,30	0,0	–	0,0	1,0
Bürstenbinder	0,70	0,10	0,73	0,4	1,0	0,5
Drechsler	0,17	0,24	0,11	0,6	0,2	1,1
Geigenmacher	0,10	–	0,0	0,0	–	0,0
Gipsgießer	0,30	–	0,0	0,0	–	0,0
Kalkansetzer	0,10	–	–	0,3	–	–
Kammacher	–	0,15	0,03	–	0,7	1,4
Kistler	0,18	0,30	0,29	0,7	0,4	1,2
Klaviermacher	–	–	0,10	–	–	0,0
Lautenmacher	0,10	0,0	–	0,0	0,0	–
Leistenschneider	0,10	0,10	0,03	0,0	0,0	0,7
Maurer	0,08	0,11	0,08	0,7	1,3	5,9
Modelstecher	–	–	0,0	–	–	0,0
Mörtlrührer	–	–	0,0	–	–	0,0
Orgelmacher	0,15	0,20	0,07	0,3	0,0	1,4
Penselmacher	–	–	0,0	–	–	0,0
Pflasterer	0,07	0,05	0,0	0,2	1,0	2,6
Radmacher	0,30	–	–	0,7	–	–
Ringler	0,12	0,28	0,20	0,5	0,7	0,5
Sägmüller, -knecht	0,09	0,15	0,09	0,5	0,2	1,5
Sandwerfer	0,10	0,10	–	0,0	0,0	–
Schäffler	0,15	0,36	0,30	0,7	0,6	0,6
Schindelmacher	0,0	–	–	0,0	–	–
Schreiner	0,10	–	–	0,0	–	–
Siebler	0,10	0,20	0,0	0,4	0,8	1,4
Spaliermacher	–	0,05	–	–	1,0	–
Steinmetz	0,09	0,23	0,13	0,7	0,8	1,5
Stockmacher	–	–	0,30	–	–	0,3
Stukkateur	0,10	0,20	0,20	0,0	0,0	0,0
Tapezierer	0,20	–	0,03	0,0	–	0,7
Wannenmacher	0,15	0,13	–	0,4	0,7	–
Würfelmacher	0,10	–	–	0,01	–	–
Wagner	0,16	0,38	0,33	1,0	0,9	0,9
Zimmermann	0,09	0,14	0,04	0,5	1,0	2,9

Beruf	Durchschnittlicher Anteil am Gesamtsteueraufkommen pro Zensit in ‰ (gerundet)			Variationskoeffizient der Steuerleistung		
	1606 von 3991	1700 von 2681	1792 von 2964	1606	1700	1792
Zensiten						
5. Leder und Pelz						
Absatzpaper, -macher	—	0,10	—	—	0,5	—
Kürschner	0,21	0,36	0,15	0,7	0,5	0,8
Lederausschneider, -schneider	0,10	0,10	0,0	0,02	0,0	0,0
Lederer	0,30	0,98	0,61	0,7	0,4	0,7
Lederzurichter, -praiter	—	0,28	—	—	0,4	—
Nestler	0,13	0,48	0,10	0,2	0,6	1,1
Pergamentmacher	0,13	—	0,10	0,4	—	0,0
Riemer	0,16	0,47	0,17	0,4	0,4	1,6
Säckler	0,25	0,17	0,18	0,9	1,2	1,4
Sattler	0,22	0,48	0,29	0,8	0,8	1,0
Schuhmacher	0,19	0,23	0,14	1,3	0,7	1,3
Taschner	0,10	0,30	0,35	0,2	0,4	0,7
Weißgerber	0,35	0,54	0,44	0,9	0,7	0,7
6. Textil und Bekleidung						
Blättersetzer	0,10	0,0	0,20	0,0	0,0	0,0
Bleicher	0,65	0,26	0,05	0,0	0,9	1,0
Bortenmacher (= Posamentierer)	0,35	0,46	0,35	1,8	0,8	1,6
Bortenwirker	—	—	0,15	—	—	0,1
Deckenmacher	0,07	—	—	0,2	—	—
Färber (Schön-, Schwarz-)	0,18	0,85	1,18	0,4	0,4	1,1
Garnsieder	—	—	0,20	—	—	0,3
Haarbeutelmacher	—	—	0,07	—	—	0,0
Handschuhmacher	0,13	1,20	—	0,5	0,0	—
Hosenstricker	0,07	—	—	0,2	—	—
Hutmacher	0,15	0,46	0,20	0,7	1,3	1,0
Knapp	0,07	0,0	0,02	0,3	0,6	1,7
Knöpflmacher	0,15	0,40	0,14	0,4	0,2	0,5
Loderer	0,20	0,22	0,24	1,1	1,0	1,9
Mangmeister	0,30	1,15	—	0,0	1,0	—
Paretmacher	0,82	—	—	1,0	—	—
Perückenmacher	—	0,26	0,19	—	0,6	0,9
Samtwirker	0,30	—	—	0,0	—	—
Schneider	0,22	0,18	0,14	1,5	0,8	1,9
Schnurmacher	—	0,10	—	—	0,0	—
Seidenstricker	0,48	—	—	1,2	—	—
Seiler	0,18	0,52	0,39	0,8	0,5	1,1
Seitenmacher	—	0,70	—	—	0,0	—
Strumpfstriker	—	0,20	0,16	—	0,8	1,1
Strumpfwirker	—	—	0,07	—	—	1,3
Teppichmacher	0,05	—	0,10	0,0	—	0,0
Tuchhefter	0,60	—	—	0,0	—	—

Beruf	Durchschnittlicher Anteil am Gesamtsteueraufkommen pro Zensit in ‰ (gerundet)			Variationskoeffizient der Steuerleistung		
	1606 von 3991	1700 von 2681	1792 von 2964	1606	1700	1792
	Zensiten					
Tuchmacher/Geschlacht- gewander	0,15	0,50	0,89	0,9	2,2	2,5
Tuschscherer	0,27	0,36	0,55	0,6	0,4	0,01
Walcher	0,07	–	0,50	0,0	–	0,0
Weber	0,12	0,18	0,19	1,0	0,9	1,2
Wollklauber	–	0,10	–	–	0,3	–
Wollschlager	0,0	–	–	0,0	–	–
Zeugmacher	–	0,21	0,25	–	2,5	1,0

7. Nahrungs- und Genußmittel

Bäcker	0,31	0,52	0,58	0,9	0,6	0,8
Bierzäpfler	–	0,16	0,18	–	1,1	1,5
Branntweinbrenner	0,17	1,31	1,19	0,5	0,5	1,0
Brauer	0,62	1,20	1,38	0,8	0,5	0,8
Essigsieder	0,10	–	0,23	0,0	–	0,9
Fischer	0,24	0,40	0,31	1,0	0,3	0,5
Kaffeesieder	–	–	0,14	–	–	0,7
Kellermeister, Kellerer	0,08	–	–	0,2	–	–
Koch	0,14	0,50	0,47	0,9	0,6	1,1
Kornrührer	0,05	–	–	0,0	–	–
Kräutler	0,14	0,26	0,20	0,4	0,5	0,0
Lebzelter	1,00	1,04	1,05	0,6	0,6	0,7
Metzger	0,32	0,40	0,39	1,0	0,8	1,2
Müller	0,37	0,75	0,55	0,9	1,0	1,3
Obladenmacher	0,60	–	–	0,0	–	–
Obster	0,22	0,17	0,15	0,6	0,5	1,0
Schokoladenmacher	–	–	0,90	–	–	0,1
Tabakreiber	–	–	0,02	–	–	1,4
Weinemmerer	0,13	0,60	0,03	0,8	0,2	0,0
Weinzahler	6,30	–	–	0,0	–	–
Wirt	1,31	1,98	0,72	0,9	0,8	1,4
Zuckerbäcker	–	0,20	0,13	–	0,9	0,1

8. Gesundheit und Chemie

Apotheker	0,10	0,77	0,33	0,0	1,3	0,6
Arzt	0,13	0,30	0,10	0,6	1,1	0,8
Bader	0,12	0,50	0,47	0,7	0,5	1,0
Barbier	0,30	0,61	0,50	0,2	0,3	0,8
Kerzengießer	–	0,37	0,28	–	0,9	1,0
Pulvermacher	0,10	0,0	–	0,0	0,0	–
Seifensieder	0,10	0,30	0,85	0,0	0,7	0,7
Unschlittauslasser	–	–	0,15	–	–	0,5

9. Handel

Bierführer	–	0,0	0,54	–	0,0	0,7
Buchhändler	0,15	1,30	0,48	0,2	0,0	0,5

Beruf	Durchschnittlicher Anteil am Gesamtsteueraufkommen pro Zensit in ‰ (gerundet)			Variationskoeffizient der Steuerleistung		
	1606	1700	1792	1606	1700	1792
	von 3991	von 2681	von 2964			
	Zensiten					
Dantle	0,07	–	0,22	0,4	–	1,3
Eisenhändler, -kramer	1,60	2,22	1,09	0,6	0,5	1,3
Handesmann, Käs-, Kuh- käufer, Käufer, Faktor, Händler	2,20	3,14	1,19	1,4	1,4	1,4
speziell Kramer	0,93	0,71	0,24	1,1	0,6	1,7
Kornführer	0,05	–	–	0,0	–	–
Kornkäufer	0,25	0,44	0,67	0,5	0,8	1,6
Materialist	–	1,90	–	–	0,0	–
Melber	0,32	0,39	0,64	0,7	0,7	0,9
Prießler	0,24	0,33	0,57	0,5	0,9	0,6
Salzstößel	0,20	0,44	0,18	0,5	0,4	0,7
Schmezer	–	0,10	–	–	0,0	–

10. Dienstleistungen, öffentlich und privat Bediente

Abdecker/Wasenmeister	0,0	–	0,0	0,0	–	0,0
Ablaßknecht	0,0	–	–	0,0	–	–
Bettelrichter	0,0	–	–	0,0	–	–
Bote	0,07	0,23	1,50	0,3	1,9	0,3
Bretthüter	0,10	–	–	0,0	–	–
Briefträger	–	0,0	0,05	–	0,0	1,0
Brothüter	–	0,60	0,40	–	0,0	1,0
Brotwäger	0,10	0,10	–	0,0	1,0	–
Cantor	0,05	–	–	1,0	–	–
Canzlist	0,22	–	–	1,0	–	–
Diener	0,10	0,42	–	0,5	1,4	–
Eseltreiber	0,10	–	–	0,0	–	–
Floßmeister, -mann	0,17	0,16	0,21	0,7	0,4	1,5
Fuhrmann	0,10	0,34	0,20	0,4	1,2	0,8
Furier	0,10	–	–	0,0	–	–
Gärtner	0,09	0,17	0,19	0,4	0,9	1,0
Geiger	0,08	0,09	–	0,4	0,5	–
Heubinder	–	0,0	0,03	–	1,0	1,4
Holzthüter	–	0,20	0,0	–	0,0	0,0
Holzmesser	0,08	0,07	0,09	0,4	0,7	1,1
Hochzeitslader	0,20	0,03	–	0,0	1,4	–
Jäger	0,07	–	–	0,2	–	–
Kaminkehrer	0,12	0,80	0,43	0,7	0,0	0,6
Kastenknecht	0,10	–	–	0,0	–	–
Kirchlicher Verwalter	0,05	0,25	–	0,1	0,2	–
Kohlenmesser	–	–	0,1	–	–	0,0
Kornmesser	0,27	0,83	0,86	0,7	0,5	0,7
Kornstecher	0,40	–	–	0,0	–	–
Krankenträger, -wärter	–	0,1	–	–	1,0	–
Küster	0,30	0,05	0,35	0,9	1,0	0,2
Kutscher	0,08	–	0,05	0,3	–	1,7
Landthüter	0,15	–	–	1,0	–	–

Beruf	Durchschnittlicher Anteil am Gesamtsteueraufkommen pro Zensit in ‰ (gerundet)			Variationskoeffizient der Steuerleistung		
	1606 von 3991	1700 von 2681	1792 von 2964	1606	1700	1792
	Zensiten					
Mesner	0,02	0,10	0,08	2,1	1,7	1,7
Milchmann	—	—	0,07	—	—	1,4
Musikant, Spielmann, Pfeifer etc.	0,09	0,15	0,04	0,9	1,1	5,3
Notarius	0,20	—	—	0,0	—	—
Organist	0,08	—	—	0,9	—	—
Pfenter	2,90	—	—	0,0	—	—
Pfleger, Brudermeister	1,70	0,20	0,05	0,0	0,0	0,9
Pflegverwalter	0,06	0,15	—	0,9	1,3	—
Posthalter	—	0,30	—	—	0,0	—
Präzeptor	—	0,0	0,05	—	0,0	1,0
Prokurator	0,20	0,20	0,20	0,0	0,0	0,0
Provisor	0,06	—	—	0,5	—	—
Ratsdiener	0,07	—	0,05	1,4	—	0,9
Reitknecht	0,10	—	—	0,05	—	—
Roßhüter	—	0,20	—	—	0,0	—
Rottmeister	0,10	—	—	1,0	—	—
Salzmesser	0,15	—	—	0,4	—	—
Salzlader	0,13	—	—	0,7	—	—
Sämbler	—	0,0	—	—	0,6	—
Scharwächter	—	0,0	0,0	—	0,3	0,6
Schreiber (ohne Stadt- schreiber)	0,25	0,16	0,20	1,0	1,8	0,6
Schulmeister, deutscher	0,09	0,12	0,03	1,0	0,3	1,0
Secretarius	0,20	0,0	—	0,0	0,0	—
Senftenknecht	0,10	—	—	0,0	—	—
Silberdiener	0,20	—	—	0,0	—	—
Spanner	0,08	0,20	0,07	0,3	1,0	0,0
Stadtschreiber etc.	0,36	0,09	0,11	1,3	3,1	5,3
Supplicist	0,12	—	—	0,4	—	—
Träger	—	0,24	—	—	0,8	—
Trockenlader	0,13	0,10	0,16	0,4	0,2	0,6
Totengräber	0,0	0,05	0,03	0,0	1,2	0,7
Umsagknecht	0,10	—	0,0	0,0	—	0,0
Übersteher (Aufseher)	0,05	—	—	0,6	—	—
Verwalter	0,20	0,40	0,50	0,2	0,0	0,0
Wächter, Torwart, Stadt- söldner	0,06	0,04	0,08	0,9	5,1	1,9
Wagmeister, Stadtwager	0,60	0,20	—	1,2	1,0	—
Wäscher	0,05	—	0,04	0,0	—	1,9
Wechsler	—	—	0,10	—	—	0,4
Ziegelschreiber	0,30	—	—	0,0	—	—
Zöllner	0,08	0,05	0,0	1,4	1,6	0,3
Städtischer Bedienter (sonstige)	0,02	0,18	0,10	1,8	3,0	2,4
11. Tagwerker						
Tagwerker	0,07	0,06	0,02	0,5	0,9	1,9

Beruf	Durchschnittlicher Anteil am Gesamtsteueraufkommen pro Zensit in ‰ (gerundet)			Variationskoeffizient der Steuerleistung		
	1606 von 3991	1700 von 2681	1792 von 2964	1606	1700	1792
<hr/>						
Zensiten						
<hr/>						
12. Doktoren						
Doktor	0,34	—	—	0,8	—	—
13. Sonstige Berufe						
Blumenmacher	—	—	0,30	—	—	1,0
Corbiner	0,13/0,15	—	—	0,5/0,6	—	—
Falkner	0,15	—	—	0,9	—	—
Figurenmacher	—	—	0,0	—	—	0,0
Galanteriearbeiter	—	—	0,1	—	—	0,7
Geschiermeister	0,30	—	—	0,0	—	—
Handknecht	0,10	—	0,10	0,0	—	0,0
Holzzieher	0,10	—	—	0,0	—	—
Kleiber	0,30	—	—	0,0	—	—
Korbmacher	—	—	0,0	—	—	0,0
Kranzbinder	—	—	0,0	—	—	0,0
Nachtarbeiter	—	0,09	0,01	—	0,6	2,8
Ofensetzer	—	—	0,05	—	—	1,0
Schaitenknecht	0,10	—	—	0,0	—	—
Schauspieler	—	0,0	—	—	0,0	—
Scheibnstreicher	0,0	—	—	0,0	—	—
Schießer	0,07	—	—	0,0	—	—
Schwaiger	0,30	—	—	0,0	—	—
Soldat	0,06	—	—	0,4	—	—
Umbrellermacher	—	—	0,07	—	—	0,2
Vogler, Vogelfänger	0,11	0,0	—	1,4	0,0	—
Wachspossierer	—	—	0,05	—	—	1,0
Waderlmacher	—	—	0,20	—	—	0,0
Sonstiger	0,11	0,06	0,18	0,7	0,9	1,5
14. Erbgemeinschaften						
Erbgemeinschaften	1,04	2,90	1,61	0,5	1,5	1,8
15. Frauen und Witwen						
Frau	0,08	0,07	0,34	2,7	4,6	2,0
Witwe	0,12	0,38	0,49	2,3	1,6	1,3
16. Politische Führungsschicht und Adel						
Adel	0,60	1,56	0,95	0,7	1,0	1,4
„Frau“	1,41	—	—	1,2	—	—
„Herr“	2,55	—	—	1,0	—	—
„Jungfrau“	0,90	—	—	0,4	—	—
„Jungherr“	1,80	—	—	1,0	—	—
17. Am Hof Tätige						
Am Hof Tätige	0,20	0,74	0,33	2,7	0,9	1,1

Beruf	Durchschnittlicher Anteil am Gesamtsteueraufkommen pro Zensit in ‰ (gerundet)			Variationskoeffizient der Steuerleistung		
	1606 von 3991	1700 von 2681	1792 von 2964	1606	1700	1792
<hr/>						
18. Geistliche						
Geistliche	0,20	0,28	0,41	0,4	0,4	0,8
19. Gaststeuerzahler						
Gaststeuerzahler	0,30	2,35	—	0,0	1,2	—
20. Unbekannte Berufe						
Unbekannt	0,31	0,21	0,13	2,6	5,3	1,5
21. Institutionen						
Kirchen	0,30	0,59	1,63	0,8	1,1	1,4
Zünfte	0,10	—	—	0,0	—	—
Durchschnitt aller Zensiten	0,25	0,37	0,34			

18. Berufs- und gruppenspezifische Steuerbuchanalyse Weilheims (I)

Beruf	Durchschnittliche Steuer- summe je Zensit in Pfennigen				Anteil des Gewerbes am Gesamt- steueraufkommen in Promill			
	1579	1603	1650	1700	1579	1603	1650	1700
<hr/>								
1. Metall								
Büchsenmacher, -schifter, Kartätschen, Gewehrmacher	—	52	—	—	—	0,7	—	—
Gabelmacher	42	—	—	147	0,8	—	—	1,3
Glockengießer	—	78	—	—	—	1,0	—	—
Goldschmied	148	182	63	221	25,8	22,0	1,9	12,1
Gürtler	154	120	63	63	3,0	4,8	0,6	0,6
Nadler	84	205	144	147	3,2	5,5	1,4	5,4
Petschierstecher	—	—	—	63	—	—	—	0,6
Schlosser	97	125	216	376	5,6	11,7	10,6	20,6
Schmied	96	74	—	166	3,7	3,0	—	3,0
Hufschmied	201	132	207	249	11,7	5,3	6,1	9,1
Kupferschmied	112	149	342	305	15,2	16,0	13,4	8,3
Messerschmied	112	81	113	126	15,2	8,7	6,6	2,3
Sporer	151	87	172	308	2,9	1,2	3,4	2,8
Uhrmacher	226	103	130	291	4,4	2,8	1,3	2,6
Waffenschmied	42	—	196	193	0,8	—	1,9	3,5
Zinngießer	117	141	63	378	2,3	3,8	0,6	3,4
Durchschnitt der /Anteil der Be- Einzelberufe /rufsgruppe	122	118	155	219	94,6	86,5	47,8	75,6

Beruf	Durchschnittliche Steuer- summe je Zensit in Pfennigen				Anteil des Gewerbes am Gesamt- steueraufkommen in Promill			
	1579	1603	1650	1700	1579	1603	1650	1700
2. Papier und Farben								
Maler	52	252	63	144	1,0	9,3	1,9	6,6
3. Glas und Erde								
Glaser	95	52	200	305	5,5	1,4	3,9	5,6
Hafner	129	144	243	242	14,9	23,2	19,1	15,5
Ziegler	—	112	102	168	—	1,5	1,0	1,5
Durchschnitt der Einzelberufe	112	103	103	238	20,4	26,1	24,0	22,6
4. Holz, Bein und Bau								
Baumeister	46	93	—	329	0,9	1,2	—	3,0
Bildhauer, -schnitzer	97	209	137	191	1,9	8,4	5,4	3,5
Drechsler	32	84	158	63	0,6	3,4	4,6	1,1
Kistler	100	68	116	63	7,7	6,4	5,7	2,3
Maurer	60	74	212	149	7,0	8,0	18,7	12,3
Ringler	42	56	—	—	1,6	0,8	—	—
Schäffler	83	113	219	190	6,4	6,1	6,5	8,7
Siebler	—	123	175	—	—	1,7	1,7	—
Wagner	151	102	109	211	11,6	4,1	3,2	5,8
Zimmermann	64	98	170	147	4,9	9,2	6,7	5,4
Durchschnitt der Einzelberufe	75	102	162	168	42,6	49,3	52,5	42,1
5. Leder und Pelz								
Kürschner	174	103	151	63	10,1	8,3	5,9	1,1
Nestler	—	—	—	63	—	—	—	0,6
Riemer	52	—	—	109	1,0	—	—	2,0
Rotgerber (Lederer)	405	371	840	610	46,9	44,9	41,2	33,4
Säckler	—	389	392	63	—	5,2	3,8	0,6
Sattler	52	52	209	63	4,0	0,7	6,1	1,7
Schuhmacher	115	173	160	115	17,7	18,6	12,6	11,5
Weißgerber	199	168	209	261	11,5	4,5	6,1	7,2
Durchschnitt der Einzelberufe	166	210	327	168	91,2	82,2	75,7	58,1
6. Textil und Bekleidung								
Bortenmacher	—	—	—	63	—	—	—	0,6
Bortenwirker	—	—	—	232	—	—	—	4,1
Färber	42	274	221	373	0,8	7,3	15,1	23,8
Hutmacher	117	145	224	228	4,5	13,7	19,8	16,7
Schneider	91	72	91	198	10,6	8,7	10,7	19,9
Seiler	89	62	267	280	10,3	4,2	13,1	17,9
Tuchscherer	—	73	—	—	—	2,0	—	—
Weber	53	82	169	163	3,1	6,6	8,3	14,8
Durchschnitt der Einzelberufe	78	118	194	220	29,3	42,5	67,0	97,8

Beruf	Durchschnittliche Steuer- summe je Zensit in Pfennigen				Anteil des Gewerbes am Gesamt- steueraufkommen in Promill			
	1579	1603	1650	1700	1579	1603	1650	1700
7. Nahrungsmittel								
Bäcker	191	272	604	459	62,7	87,6	100,8	67,0
Brauer	250	346	808	1154	48,4	106,8	190,3	252,6
Fischer	–	137	119	–	–	1,8	1,2	–
Koch	–	157	63	411	–	2,1	0,6	7,5
Lebzelter	208	508	702	900	4,0	6,8	27,5	16,4
Metzger	144	133	160	259	27,8	23,2	20,4	23,6
Müller	55	158	196	196	6,3	10,6	7,7	12,5
Wirt	586	732	2123	1348	124,6	68,8	62,5	61,5
Durchschnitt der Einzelberufe	239	305	597	675	273,8	307,7	411,0	441,1
8. Gesundheit und Chemie								
Apotheker	–	–	–	305	–	–	–	2,8
Arzt	52	159	–	–	1,0	2,1	–	–
Bader	59	49	68	63	3,4	2,6	2,0	0,6
Barbier	–	52	–	–	–	0,7	–	–
Salpetersieder	–	–	–	553	–	–	–	5,0
Seifensieder	–	–	–	396	–	–	–	3,6
Durchschnitt der Einzelberufe	56	87	68	329	4,4	5,4	2,0	12,0
9. Handel								
Eisenhändler, -kramer	–	–	–	63	–	–	–	0,6
Handelsmann	–	372	937	53	–	20,0	36,8	0,5
Karrenführer	–	253	–	–	–	3,4	–	–
Kornführer	86	217	383	246	3,0	8,8	26,3	6,7
Kornhändler	165	–	109	322	6,4	–	1,1	5,9
Kramer	130	52	219	454	7,6	0,7	15,0	20,7
Melber	–	–	208	172	–	–	4,1	6,3
Tuchhändler	–	703	904	–	–	28,3	26,6	–
Durchschnitt der Einzelberufe	127	319	460	201	19,0	61,2	109,9	40,7
10. Dienstleistungen, öffentlich und privat Bediente								
Abdecker	–	–	319	147	–	–	3,1	1,3
Bettelrichter	–	–	25	–	–	–	0,2	–
Brothüter	–	–	63	–	–	–	0,6	–
Brudermeister, Pfleger etc.	24	–	–	–	0,5	–	–	–
Fuhrmann	516	507	–	306	10,0	47,7	–	22,3
Geiger	–	–	63	–	–	–	0,6	–
Gerichtsbote	–	–	63	–	–	–	0,6	–
Gerichtsschreiber	508	672	553	–	9,8	9,0	5,4	–
Holzwart	–	–	25	–	–	–	0,2	–
Jäger	–	–	172	–	–	–	1,7	–
Kaminkehrer	–	52	105	–	–	0,7	1,0	–
Kornmesser	72	108	233	–	2,8	2,9	4,6	–
Mesner	–	77	63	217	–	1,0	0,6	0,4

Beruf	Durchschnittliche Steuer- summe je Zensit in Pfennigen				Anteil des Gewerbes am Gesamt- steueraufkommen in Promill			
	1579	1603	1650	1700	1579	1603	1650	1700
Pflegsverwalter	–	668	1390	–	–	9,0	13,6	–
Prokurator	39	–	–	–	0,8	–	–	–
Schulmeister, lateinischer	–	–	21	–	–	–	0,2	–
Stadtbote	–	–	–	67	–	–	–	0,6
Städtischer Amtmann	24	–	–	–	0,5	–	–	–
Stadtschreiber	–	–	280	259	–	–	2,7	2,4
Totengräber	–	–	–	67	–	–	–	0,6
Ungeldknecht	–	–	217	63	–	–	2,1	0,6
Viehhüter	–	75	49	–	–	1,0	1,9	–
Wächter, Torwart, Stadtsöldner	40	113	51	63	0,8	1,5	3,5	1,7
Wagmeister, Stadtwager	–	–	21	–	–	–	0,2	–
Durchschnitt der /Anteil der Be- Einzelberufe /rufgruppe	175	284	206	149	25,2	72,8	42,8	29,9
11. Tagwerker								
Tagwerker	46	69	126	103	12,5	8,4	13,6	32,1
12. Doktoren								
13. Sonstige Berufe								
Bauer	278	390	126	63	10,8	5,2	1,2	0,6
Primissarius	–	–	–	200	–	–	–	1,8
Durchschnitt der /Anteil der Be- Einzelberufe /rufgruppe	278	390	126	132	10,8	5,2	1,2	2,4
14. Erbgemeinschaften								
15. Frauen und Witwen								
Frau	225	48	42	–	21,7	7,7	0,8	–
Witwe	73	95	129	287	57,9	57,4	42,9	34,1
Durchschnitt/Gesamtanteil	149	72	86	287	79,6	65,1	43,7	34,1
16. Ratsbürger								
17. Am Hof Tätige								
18. Geistliche								
Geistliche	400	76	–	371	7,7	2,0	–	3,4
19. Gaststeuerzahler								
20. Unbekannte Berufe								
Unbekannt	169	145	178	148	287,9	176,6	106,4	98,4
					1008,1	1003,0	999,5	996,9
Durchschnitt aller Zensiten	150	172	278	287				

19. Berufs- und gruppenspezifische Steuerbuchanalyse Weilheims (II)

Beruf	Durchschnittlicher Anteil am Gesamtsteueraufkommen pro Zensit in ‰ (gerundet)				Variationskoeffizient der Steuerleistung			
	1579	1603	1650	1700	1579	1603	1650	1700
	von 345	von 432	von 367	von 382				
Zensiten								
1. Metall								
Büchsenmacher, -schifter, Kartätschen-, Gewehr- macher	—	0,7	—	—	—	0,0	—	—
Gabelmacher	0,8	—	—	1,3	0,0	—	—	0,0
Glockengießer	—	1,0	—	—	—	0,0	—	—
Goldschmied	2,87	2,44	0,65	2,02	0,9	0,5	0,0	0,9
Gürtler	3,0	1,6	0,6	0,6	0,0	0,4	0,0	0,0
Nadler	1,6	2,75	1,4	1,35	0,4	0,3	0,0	0,6
Petschierstecher	—	—	—	0,6	—	—	—	0,0
Schlosser	1,87	1,67	2,12	3,43	0,4	0,5	0,4	0,3
Schmied	1,85	1,0	—	1,5	0,1	0,4	—	0,4
Hufschmied	3,9	1,77	2,03	2,28	0,3	0,5	0,1	0,4
Kupferschmied	2,17	2,0	3,35	2,77	0,3	0,8	0,5	0,2
Messerschmied	2,17	1,09	1,1	1,15	0,9	0,5	0,6	0,5
Sporer	2,9	1,2	1,7	2,8	0,0	0,0	0,4	0,0
Uhrmacher	4,4	1,4	1,3	2,6	0,0	0,5	0,0	0,0
Waffenschmied	0,8	—	1,9	1,75	0,0	—	0,0	0,0
Zinngießer	2,3	1,9	0,6	3,4	0,0	0,6	0,0	0,0
2. Papier und Farben								
Maler	1,0	3,1	0,65	1,32	0,0	1,0	0,0	1,1
3. Glas und Erde								
Glaser	1,83	0,7	1,95	2,8	0,3	0,0	0,1	0,1
Hafner	2,48	1,93	2,39	2,21	0,6	0,7	0,4	0,3
Ziegler	—	1,5	1,0	1,5	—	0,0	0,0	0,0
4. Holz, Bein und Bau								
Baumeister	0,9	1,2	—	3,0	0,0	0,0	—	0,0
Bildhauer, -schnitzer	1,9	2,8	1,35	1,75	0,0	0,8	1,0	0,7
Drechsler	0,6	1,13	1,53	0,55	0,0	0,3	0,5	0,0
Kistler	1,93	0,91	1,14	0,58	0,3	0,5	0,9	0,0
Maurer	1,17	1,0	2,08	1,37	0,4	0,5	0,6	0,7
Ringler	0,8	0,8	—	—	0,0	0,0	—	—
Schäffler	1,6	1,53	2,17	1,74	0,3	0,2	0,5	0,4
Siebler	—	1,7	1,7	—	—	0,0	0,0	—
Wagner	2,9	1,37	1,07	1,93	1,0	0,4	0,6	0,2
Zimmermann	1,23	1,31	1,68	1,3	0,3	0,4	0,4	0,3/0,0
5. Leder und Pelz								
Kürschner	3,37	1,38	1,48	0,55	0,7	0,7	0,7	0,0
Nestler	—	—	—	0,6	—	—	—	0,0

Beruf	Durchschnittlicher Anteil am Gesamtsteueraufkommen pro Zensit in ‰ (gerundet)				Variationskoeffizient der Steuerleistung			
	1579	1603	1650	1700	1579	1603	1650	1700
	von 345	von 432	von 367	von 382				
	Zensiten							
Rierner	1,0	—	—	1,0	0,0	—	—	0,4
Rotgerber (Lederer)	7,8	4,99	8,24	5,57	1,0	1,0	0,6	0,3
Säckler	—	5,2	3,8	0,6	—	0,0	0,0	0,0
Sattler	1,0	0,7	2,03	0,57	0,0	0,0	1,0	0,0
Schuhmacher	2,21	2,33	1,58	1,05	0,5	0,7	0,9	1,0
Weißgerber	5,83	2,25	2,03	2,4	0,5	0,7	0,7	0,6

6. Textil und Bekleidung

Bortenmacher	—	—	—	0,6	—	—	—	0,0
Bortenwirker	—	—	—	2,05	—	—	—	0,0
Färber	0,8	3,65	2,16	3,4	0,0	0,2	0,8	0,5
Hutmacher	2,25	1,96	2,2	2,09	0,3	0,7	0,7	0,6
Schneider	1,77	0,97	0,89	1,81	0,5	0,5	0,5	0,9
Seiler	1,72	0,84	2,62	2,55	0,6	0,5	0,6	0,7
Tuchscherer	—	1,0	—	—	—	0,5	—	—
Weber	1,05	1,1	1,66	1,48	0,5	0,4	0,5	0,5

7. Nahrungsmittel

Bäcker	3,69	3,65	5,93	4,19	0,7	0,8	0,7	0,4
Brauer	4,84	4,64	7,93	10,53	0,4	0,6	0,5	0,4
Fischer	—	1,8	1,2	—	—	0,0	0,0	—
Koch	—	2,1	0,6	3,75	—	0,0	0,0	0,3
Lebzelter	4,0	6,8	6,88	8,2	0,0	0,0	0,2	0,4
Metzger	2,78	1,78	1,57	2,36	0,7	1,0	0,9	0,5
Müller	1,05	2,12	1,93	1,79	0,4	0,4	0,7	0,9
Wirt	11,33	9,83	20,83	12,30	0,5	0,8	0,5	0,5

8. Gesundheit und Chemie

Apotheker	—	—	—	2,8	—	—	—	0,0
Arzt	1,0	2,1	—	—	0,0	0,0	—	—
Bader	1,13	0,65	0,67	0,6	0,3	0,1	0,6	0,0
Barbier	—	0,7	—	—	—	0,0	—	—
Salpetersieder	—	—	—	5,0	—	—	—	0,0
Seifensieder	—	—	—	3,6	—	—	—	0,0

9. Handel

Eisenhändler, -kramer	—	—	—	0,6	—	—	—	0,0
Handelsmann	—	5,0	9,2	0,5	—	0,4	0,8	0,0
Karrenführer	—	3,4	—	—	—	0,0	—	—
Kornführer	1,67	2,93	3,76	2,23	0,3	0,4	0,5	0,1
Kornhändler	3,2	—	1,1	2,95	0,6	—	0,0	0,0
Kramer	2,53	0,7	2,14	4,14	0,6	0,0	0,7	0,7
Melber	—	—	2,05	1,58	—	—	0,5	0,4
Tuchhändler	—	9,43	8,87	—	—	0,5	0,6	—

Beruf	Durchschnittlicher Anteil am Gesamtsteueraufkommen pro Zensit in ‰ (gerundet)				Variationskoeffizient der Steuerleistung			
	1579	1603	1650	1700	1579	1603	1650	1700
	von 345	von 432	von 567	von 382				
	Zensiten							

10. Dienstleistungen, öffentlich und privat Bediente

Abdecker	–	–	5,1	1,5	–	–	0,0	0,0
Bettelrichter	–	–	0,2	–	–	–	0,0	–
Brothüter	–	–	0,6	–	–	–	0,0	–
Brudermeister, Pfleger etc.	0,5	–	–	–	0,0	–	–	–
Fuhrmann	10,0	6,81	–	2,79	0,0	0,3	–	0,3
Geiger	–	–	0,6	–	–	–	0,0	–
Gerichtsbote	–	–	0,6	–	–	–	0,0	–
Gerichtsschreiber	9,8	9,0	5,4	–	0,0	0,0	0,0	–
Holzward	–	–	0,2	–	–	–	0,0	–
Jäger	–	–	1,7	–	–	–	0,0	–
Kaminkehrer	–	0,7	1,0	–	–	0,0	0,0	–
Kornmesser	1,4	1,45	2,3	–	0,3	0,1	0,9	–
Mesner	–	1,0	0,6	2,0	–	0,0	0,0	0,8
Pflegsverwalter	–	–	13,6	–	–	–	0,0	–
Pflegers Substitut	–	9,0	–	–	–	0,0	–	–
Prokurator	0,8	–	–	–	0,0	–	–	–
Schulmeister, lateinischer	–	–	0,2	–	–	–	0,0	–
Stadtbote	–	–	–	0,6	–	–	–	0,0
Städtischer Amtmann	0,5	–	–	–	0,0	–	–	–
Stadtschreiber	–	–	2,7	2,4	–	–	0,0	0,0
Totengräber	–	–	–	0,6	–	–	–	0,0
Ungeldknecht	–	–	2,1	0,6	–	–	0,0	0,0
Viehhüter	–	1,0	0,48	–	–	0,0	0,5	–
Wächter, Torward, Stadt- söldner	0,8	1,5	0,5	0,57	0,0	0,0	0,9	0,0
Wagmeister, Stadtwager	–	–	0,2	–	–	–	0,0	–

11. Tagwerker

Tagwerker	0,89	0,93	1,24	0,94	0,3	0,6	0,4	0,5
-----------	------	------	------	------	-----	-----	-----	-----

12. Doktoren

13. Sonstige Berufe

Bauer	5,4	5,2	1,2	0,6	0,3	0,0	0,0	0,0
Primissarius	–	–	–	1,8	–	–	–	0,0

14. Erbgemeinschaften

15. Frauen und Witwen

Frau	4,94	0,64	0,4	–	1,0	1,6	0,0	–
Witwe	1,41	1,28	1,26	2,62	2,5	1,7	1,3	1,5

16. Ratsbürger

17. Am Hof Tätige

Beruf	Durchschnittlicher Anteil am Gesamtsteueraufkommen pro Zensit in ‰ (gerundet)				Variationskoeffizient der Steuerleistung			
	1579 von 345	1603 von 432	1650 von 367	1700 von 382	1579	1603	1650	1700
Zensiten								
18. Geistliche								
Geistliche	7,7	1,0	–	3,4	0,0	0,3	–	0,0
19. Gaststeuerzahler								
20. Unbekannte Berufe								
Unbekannt	3,27	1,94	1,74	1,35	1,3	1,6	0,9	0,7
Durchschnitt aller Zensiten	2,9	2,31	2,72	2,62				

20. Berufs- und gruppenspezifische Steuerbuchanalyse Burghausens (I)

Beruf	Durchschnittliche Steuersumme je Zensit in Pfennigen			Anteil des Gewerbes am Gesamtsteueraufkommen in Promill		
	1693	1715	1755	1693	1715	1755
1. Metall						
Büchsenmacher, -schifter, Kartätschen-, Gewehr- macher	42	168	105	1,5	1,5	1,2
Goldschmied	70	–	420	2,5	–	4,9
Gürtler	56	168	315	2,0	1,5	3,6
Nadler	–	189	420	–	3,3	4,9
Schleifer	–	–	105	–	–	1,2
Schlosser	70	196	228	10,2	5,1	7,9
Schmied	73	504	411	21,2	4,4	19,0
Hufschmied	–	462	53	–	8,0	0,6
Kupferschmied	112	578	315	4,1	10,0	7,3
Messerschmied	56	126	53	2,0	1,1	0,6
Spengler	105	210	105	3,8	1,8	1,2
Sporer	28	126	105	1,0	1,1	1,2
Uhrmacher	112	504	368	4,1	4,4	4,3
Zinngießer	56	420	315	4,1	3,6	3,6
Durchschnitt der Einzelberufe	71	304	237	56,5	45,8	61,5
/Anteil der Berufsgruppe						
2. Papier und Farben						
Buchbinder	63	210	210	4,6	1,8	2,4
Kartenmacher	161	210	70	5,9	1,8	0,8
Maler	79	252	105	8,7	2,2	1,2
Papierer	–	–	210	–	–	2,4
Durchschnitt der Einzelberufe	101	224	149	19,2	5,8	6,8
/Anteil der Berufsgruppe						

Beruf	Durchschnittliche Steuersumme je Zensit in Pfennigen			Anteil des Gewerbes am Gesamtsteueraufkommen in Promill		
	1606	1700	1792	1606	1700	1792
3. Glas und Erde						
Glaser	77	420	–	5,6	7,3	–
Hafner	63	242	114	4,6	4,2	2,6
Durchschnitt der Einzelberufe	70	331	114	10,2	11,5	2,6
4. Holz, Bein und Bau						
Bettenmacher	–	–	210	–	–	2,4
Bildhauer, -schnitzer	–	420	–	–	3,6	–
Binder/Küfner	78	420	263	14,3	14,6	12,1
Bürstenbinder	–	126	–	–	1,1	–
Drechsler	70	210	105	2,5	1,8	1,2
Kammacher	–	–	63	–	–	0,7
Leistenschneider	–	84	–	–	0,7	–
Maurer	48	126	137	15,8	7,6	6,3
Pflasterer	–	0	53	–	0,0	0,6
Schreiner	65	266	245	7,1	6,9	8,5
Siebler	28	–	–	1,0	–	–
Wagner	91	284	263	6,6	4,9	6,1
Zimmermann	42	139	142	15,5	16,9	13,1
Durchschnitt der Einzelberufe	60	208	165	62,6	58,1	51,0
5. Leder und Pelz						
Kürschner	112	315	368	12,2	8,2	8,5
Lederzurichter	42	210	210	1,5	1,8	2,4
Nestler	28	168	119	1,0	1,5	1,4
Pergamentmacher	84	168	–	6,1	4,4	–
Riemer	77	315	263	5,6	5,5	6,1
Rotgerber (Lederer)	91	504	385	19,9	8,7	13,4
Säckler	70	168	315	5,1	1,5	3,6
Sattler	77	525	394	5,6	9,1	9,1
Schuhmacher	78	292	263	25,5	27,8	24,3
Weißgerber	77	126	0	5,6	1,1	0,0
Durchschnitt der Einzelberufe	74	279	257	88,1	69,8	68,8
6. Textil und Bekleidung						
Bortenmacher	112	210	158	4,1	1,8	1,8
Färber	84	630	473	3,1	5,5	10,9
Hutmacher	40	234	223	13,3	14,2	10,3
Knappe	14	–	–	0,5	–	–
Knöpfungemacher	–	–	105	–	–	1,2
Perückenmacher	–	168	420	–	1,5	4,9
Schneider	80	168	155	32,1	24,8	21,5
Seiler	79	525	578	8,7	9,1	13,4
Strumpfstricker	28	504	184	1,0	4,4	4,3

Beruf	Durchschnittliche Steuersumme je Zensit in Pfennigen			Anteil des Gewerbes am Gesamtsteueraufkommen in Promill		
	1606	1700	1792	1606	1700	1792
Tuchmacher	50	196	193	9,2	5,1	6,7
Tuchscherer	112	420	—	4,1	3,6	—
Weber	52	138	140	13,5	8,4	13,0

Durchschnitt der Einzelberufe	/Anteil der Berufsgruppe	65	319	263	89,4	78,4	87,7
-------------------------------	--------------------------	----	-----	-----	------	------	------

7. Nahrungs- und Genußmittel

Bäcker	126	536	504	69,1	77,3	58,3
Brauer	378	1470	1545	68,8	127,4	125,1
Koch	42	945	251	1,5	16,4	8,7
Lebzelter	280	840	525	20,4	7,5	6,1
Metzger	137	571	355	84,7	79,2	53,4
Müller	142	609	506	31,1	21,1	41,0
Wirt	229	707	700	33,4	36,8	48,6

Durchschnitt der Einzelberufe	/Anteil der Berufsgruppe	191	814	627	309,0	365,5	341,2
-------------------------------	--------------------------	-----	-----	-----	-------	-------	-------

8. Gesundheit und Chemie

Apotheker	224	—	—	8,2	—	—
Arzt	70	168	—	5,1	1,5	—
Bader	112	847	665	16,3	22,0	23,1
Pulvermacher	56	—	—	2,0	—	—
Seifensieder	—	504	683	—	4,4	7,9

Durchschnitt der Einzelberufe	/Anteil der Berufsgruppe	116	506	674	31,6	27,9	31,0
-------------------------------	--------------------------	-----	-----	-----	------	------	------

9. Handel

Bierführer	51	231	263	5,6	6,0	3,0
Dantler	28	—	—	1,0	—	—
Eisenhändler, -kramer	0	—	—	0,0	—	—
Fragner	42	84	210	1,5	0,7	2,4
Handelsmann	247	1076	486	27,0	37,3	22,5
Kramer	123	315	315	8,9	2,7	10,9
Melber	77	84	210	5,6	0,7	4,9

Durchschnitt der Einzelberufe	/Anteil der Berufsgruppe	81	358	297	49,6	47,4	43,7
-------------------------------	--------------------------	----	-----	-----	------	------	------

10. Dienstleistungen, öffentlich und privat Bediente

Aufleger	61	137	151	19,9	9,5	15,7
Bote	39	—	95	5,6	—	3,3
Fuhrmann	210	—	292	7,6	—	6,8
Gärtner	14	—	156	0,5	—	3,6
Geiger	—	—	53	—	—	0,6
Kaminkehrer	63	210	210	4,6	3,6	2,4
Kornmesser	28	126	202	1,0	1,1	7,0
Mesner	56	168	210	4,1	1,5	2,4

Beruf	Durchschnittliche Steuersumme je Zensit in Pfennigen			Anteil des Gewerbes am Gesamtsteueraufkommen in Promill		
	1606	1700	1792	1606	1700	1792
Musikant	42	—	55	1,5	—	1,2
Prokurator	56	—	—	2,0	—	—
Salzscheibenzwicker	—	98	125	—	2,5	2,8
Schiffmeister	48	114	184	17,3	15,8	8,5
Stadtbote	—	258	—	—	6,2	—
Totengräber	42	—	—	1,5	—	—
Wächter, Torwart, Stadt- söldner	28	252	—	1,0	2,2	—
Städtischer Bedienter (sonstige)	56	—	77	2,0	—	0,9
Durchschnitt der /Anteil der Be- Einzelberufe /rufsguppe	57	168	151	68,6	40,4	55,2
11. Tagwerker						
Tagwerker	34	95	55	13,8	12,4	0,6
12. Doktoren						
13. Sonstige Berufe						
Bauer	—	840	698	—	14,6	16,2
Glastrager	—	126	—	—	1,1	—
Korbmacher	—	—	105	—	—	1,2
Ofensetzer	28	—	—	1,0	—	—
Poechler	93	—	—	10,2	—	—
Tennmeister	—	84	—	—	0,7	—
Durchschnitt der /Anteil der Be- Einzelberufe /rufsguppe	61	350	402	11,2	16,4	17,4
14. Erbgemeinschaften						
Erbgemeinschaften	112	—	—	4,1	—	—
15. Frauen und Witwen						
Frau	37	—	473	4,1	—	10,9
„Frau“	155	—	210	28,3	—	2,4
„Jungfrau“	168	—	—	12,2	—	—
Witwe	24	244	341	11,2	57,2	7,9
Durchschnitt/Gesamtanteil	96	244	341	55,8	57,2	21,2
16. Adelige						
Adel	—	—	105	—	—	1,2
17. Regiment						
Regiment	—	264	—	—	41,1	—
18. Geistliche						

Beruf	Durchschnittliche Steuersumme je Zensit in Pfennigen			Anteil des Gewerbes am Gesamtsteueraufkommen in Promill		
	1606	1700	1792	1606	1700	1792
19. Gaststeuerzahler						
20. Unbekannte Berufe						
Unbekannt	75	267	262	127,7	122,7	209,4
21. Kurfürstliche Gebäude	28	–	–	2,0	–	–
Durchschnitt aller Zensiten	84	332	309	999,4	1000,4	998,1

21. Berufs- und gruppenspezifische Steuerbuchanalyse Burghausens (II)

Beruf	Durchschnittlicher Anteil am Gesamtsteueraufkommen pro Zensit in ‰ (gerundet)			Variationskoeffizient der Steuerleistung		
	1693 von 327	1715 von 347	1755 von 280	1693	1715	1755
	Zensiten					
1. Metall						
Büchsenmacher, -schifter, Kartätschen-, Gewehr- macher	1,5	1,5	1,2	0,0	0,0	0,0
Goldschmied	2,5	–	4,9	0,0	–	0,0
Gürtler	2,0	1,5	3,6	0,0	0,0	0,0
Nadler	–	1,65	4,9	–	0,3	0,0
Schleifer	–	–	1,2	–	–	0,0
Schlosser	2,6	1,7	2,63	0,0	0,1	0,1
Schmied	2,65	4,4	4,75	0,4	0,0	0,2
Hufschmied	–	4,0	0,6	–	0,1	0,0
Kupferschmied	4,1	5,0	3,65	0,0	0,5	0,3
Messerschmied	2,0	1,1	0,6	0,0	0,0	0,0
Spengler	3,8	1,8	1,2	0,0	0,0	0,0
Sporer	1,0	1,1	1,2	0,0	0,0	0,0
Uhrmacher	4,1	4,4	4,3	0,0	0,0	0,0
Zinngießer	2,05	3,6	3,6	0,3	0,0	0,0
2. Papier und Farben						
Buchbinder	2,3	1,8	2,4	0,8	0,0	0,0
Kartenmacher	5,9	1,8	0,8	0,0	0,0	0,0
Maler	2,9	2,2	1,2	0,4	0,0	0,0
Papierer	–	–	2,4	–	–	0,0
3. Glas und Erde						
Glaser	2,8	3,65	–	0,1	0,0	–
Hafner	2,3	2,1	1,3	0,3	0,3	0,4

Beruf	Durchschnittlicher Anteil am Gesamtsteueraufkommen pro Zensit in ‰ (gerundet)			Variationskoeffizient der Steuerleistung		
	1693 von 327	1715 von 347	1755 von 280	1693	1715	1755
Zensiten						
<hr/>						
4. Holz, Bein und Bau						
Bettenmacher	—	—	2,4	—	—	0,0
Bildhauer, -schnitzer	—	3,6	—	—	0,0	—
Binder/Küfner	2,86	3,65	3,05	0,4	0,4	0,6
Bürstenbinder	—	1,1	—	—	0,0	—
Drechsler	2,5	1,8	1,2	0,0	0,0	0,0
Kammacher	—	—	0,7	—	—	0,0
Leistenschneider	—	0,7	—	—	0,0	—
Maurer	1,76	1,09	1,58	0,2	0,4	0,4
Pflasterer	—	0,0	0,6	—	0,0	0,0
Schreiner	2,37	2,3	2,85	0,3	0,6	0,3
Siebler	1,0	—	—	0,0	—	—
Wagner	3,3	2,45	3,05	0,2	0,1	0,2
Zimmermann	1,53	1,21	1,64	0,4	0,4	0,8
5. Leder und Pelz						
Kürschner	4,07	2,73	4,25	0,4	0,5	0,1
Lederzurichter	1,5	1,8	2,4	0,0	0,0	0,0
Nestler	1,0	1,5	1,4	0,0	0,0	0,0
Pergamentmacher	3,05	1,47	—	0,7	1,1	—
Rierner	2,8	2,75	3,05	0,1	0,0	0,2
Rotgerber (Lederer)	3,32	4,35	4,47	0,4	0,0	0,1
Säckler	2,55	1,5	3,6	0,2	0,0	0,0
Sattler	2,8	4,55	4,55	0,5	0,2	0,1
Schuhmacher	2,85	2,53	3,04	0,3	0,5	0,3
Weißgerber	2,8	1,1	0,0	0,5	0,0	0,0
6. Textil und Bekleidung						
Bortenmacher	4,1	1,8	1,8	0,0	0,0	0,0
Färber	3,1	5,5	5,45	0,0	0,0	0,1
Hutmacher	1,48	2,03	2,58	0,7	0,7	0,2
Knappe	0,5	—	—	0,0	—	—
Knöpfemacher	—	—	1,2	—	—	0,0
Perückenmacher	—	1,5	4,9	—	0,0	0,0
Schneider	2,92	1,46	1,79	0,6	0,7	0,6
Seiler	2,9	4,55	6,7	1,2	0,6	0,5
Strumpfstriker	1,00	4,4	2,15	0,0	0,0	0,1
Tuchmacher	1,84	1,7	2,25	0,5	0,9	0,3
Tuchscherer	4,1	3,6	—	0,0	0,0	—
Weber	1,9	1,2	1,63	0,6	0,5	0,2
7. Nahrungs- und Genußmittel						
Bäcker	4,6	4,83	5,85	0,8	0,7	0,5
Brauer	13,76	12,74	17,87	0,2	0,3	0,2
Koch	1,5	8,2	2,9	0,0	0,7	0,5
Lebzelter	10,2	7,3	6,1	0,0	0,0	0,0

Beruf	Durchschnittlicher Anteil am Gesamtsteueraufkommen pro Zensit in ‰ (gerundet)			Variationskoeffizient der Steuerleistung		
	1693 von 327	1715 von 347	1755 von 280	1693	1715	1755
	Zensiten					
Metzger	4,98	4,95	4,11	0,4	0,6	0,4
Müller	5,18	5,28	5,86	0,2	0,4	0,4
Wirt	8,35	6,13	8,1	0,6	0,5	0,3
8. Gesundheit und Chemie						
Apotheker	8,2	–	–	0,0	–	–
Arzt	2,55	1,5	–	0,0	0,0	–
Bader	4,08	7,33	7,7	0,4	0,1	0,2
Pulvermacher	2,0	–	–	0,0	–	–
Seifensieder	–	4,4	7,9	–	0,0	0,0
9. Handel						
Bierführer	1,87	2,0	3,0	0,8	0,3	0,0
Dantler	1,0	–	–	0,0	–	–
Eisenhändler, -kramer	0,0	–	–	0,0	–	–
Fragner	1,5	0,7	2,4	0,0	0,0	0,0
Handelsmann	9,0	9,33	5,63	0,5	0,3	0,3
Kramer	4,45	2,7	3,63	0,1	0,0	0,6
Melber	2,8	0,7	2,45	0,5	0,0	0,0
10. Dienstleistungen, öffentlich und privat Bediente						
Aufleger	2,21	1,19	1,74	0,2	0,2	0,3
Bote	1,4	–	1,1	0,3	–	0,3
Fuhrmann	7,6	–	3,4	0,0	–	0,6
Gärtner	0,5	–	1,8	0,0	–	0,0
Geiger	–	–	0,6	–	–	0,0
Kaminkehrer	2,3	1,8	2,4	0,3	1,0	0,0
Kornmesser	1,0	1,1	2,33	0,0	0,0	0,7
Mesner	2,05	1,5	2,4	0,0	0,0	0,0
Musikant	1,5	–	0,6	0,0	–	0,0
Prokurator	2,0	–	–	0,0	–	–
Salzscheibenzwicker	–	0,83	1,4	–	0,2	0,1
Schiffmeister	1,73	0,99	2,13	0,3	0,5	0,1
Stadtbote	–	2,07	–	–	0,5	–
Totengräber	1,5	–	–	0,0	–	–
Wächter, Torwart, Stadt- söldner	1,0	2,2	–	0,0	0,0	–
Städtischer Bedienter (sonstige)	2,0	–	0,9	0,0	–	0,0
11. Tagwerker						
Tagwerker	1,25	0,83	0,6	0,5	0,3	0,0
12. Doktoren						

Beruf	Durchschnittlicher Anteil am Gesamtsteueraufkommen pro Zensit in ‰ (gerundet)			Variationskoeffizient der Steuerleistung		
	1693 von 327	1715 von 347	1755 von 280	1693	1715	1755
Zensiten						
<hr/>						
13. Sonstige Berufe						
Bauer	–	7,3	8,1	–	0,0	0,2
Glasträger	–	1,1	–	–	0,0	–
Korbmacher	–	–	1,2	–	–	0,0
Ofensetzer	1,0	–	–	0,0	–	–
Poechler	3,4	–	–	0,2	–	–
Tennmeister	–	0,7	–	–	0,0	–
14. Erbgemeinschaften						
Erbgemeinschaften	4,1	–	–	0,0	–	–
15. Frauen und Witwen						
Frau	1,37	–	5,45	0,4	–	0,3
„Frau“	5,66	–	2,4	1,2	–	0,0
„Jungfrau“	6,1	–	–	0,0	–	–
Witwe	0,86	2,12	3,95	0,8	1,2	0,1
16. Adelige						
Adel	–	–	1,2	–	–	0,0
17. Regiment						
Regiment	–	2,28	–	–	0,6	–
18. Geistliche						
19. Gaststeuerzahler						
20. Unbekannte Berufe						
Unbekannt	0,27	0,23	3,03	1,5	1,1	1,8
21. Kurfürstliche Gebäude	1,0	–	–	0,5	–	–
<hr/>						
Durchschnitt aller Zensiten	3,06	2,88	3,57			

22. Durchschnittliche Bürgersteuer in den Märkten Dachau (1770)
und Trostberg (1794) in Pfennigen

Beruf	Dachau	Trostberg
1. Metall		
Gürtler	–	210
Hufschmied	–	683
Kupferschmied	252	700
Nagelschmied	–	193
Schleifer	91	–
Schlosser	168	210
Schmied	581	88
Uhrmacher	53	–
Zinngießer	–	175
Durchschnitt	229	323
2. Papier und Farben		
Buchbinder	–	263
Maler	105	156
Durchschnitt	105	210
3. Glas und Erde		
Glaser	196	280
Hafner	217	315
Ziegler	53 (1711)	–
Durchschnitt	155	298
4. Holz, Bein und Bau		
Bildhauer, -schnitzer	343	140
Drechsler	91	140
Kistler	291	–
Maurer	84	84
Orgelmacher	427	–
Schäffler/Binder/Küfner	298	704
Siebler	53	–
Stukkateur	140 (1711)	–
Tischler	–	315
Wagner	252	280
Zimmermann	126	84
Durchschnitt	211	250
5. Leder und Pelz		
Kürschner	137	368
Rierner	627	315
Rotgerber (Lederer)	669	420
Säckler	53	151
Sattler	270	326
Schuhmacher	168	105
Weißgerber	501	490
Durchschnitt	346	311

Beruf	Dachau	Trostberg
-------	--------	-----------

6. Textil und Bekleidung

Bortenmacher	—	105
Bortenwirker	651	—
Färber	522	630
Hutmacher	53	175
Loderer	98	—
Schneider	140	53
Seiler	315	315
Stricker	—	315
Strumpfwirker	224	—
Tuchmacher/-knappe	—	165
Tuschscherer	—	256
Walcher	—	112
Weber	221	105
Durchschnitt	278	223

7. Nahrungsmittel

Bäcker	826	389
Brauer	5095	1229
Fischer	214	—
Lebzelter	1722	525
Metzger	424	305
Müller	1512	—
Wirt	1512	382
Durchschnitt	1615	566

8. Gesundheit und Chemie

Bader	—	361
Seifensieder	—	280
Wundarzt	683	—
Durchschnitt	683	321

9. Handel

Bierführer	—	119
Fragner	—	123
Handelsmann/Kramer	1414	1222
Durchschnitt	1414	488

10. Dienstleistungen, öffentlich und privat Bediente

Bote	137	—
Gärtner	56	—
Kaminkehrer	210	105
Marktschreiber	steuerfrei	—
Mesner	steuerfrei	—
Musikant	91	—
Organist	—	105
Pflasterzöllner	105	—
Ratsdiener	steuerfrei	—

Beruf	Dachau	Trostberg
Schulmeister	steuerfrei	--
Wasenmeister	194	--
Durchschnitt	132	105
11. Tagwerker		
Tagwerker	91	67
12. Sonstige Berufe		
Privatier	154	--
Durchschnitt aller Zensiten	449	305

(Quellen: *Hanke*, Gesellschaftsgefüge; *Hoffmann*, Trostberg, 110f.)

23. Hausbesitz in München

I. Nach dem Steuerbuch von 1606

Eigentümer	Zahl der Häuser	Anteil am Gesamt- hausbesitz in %	Bemerkungen
Politische Führungsgruppen	102	8,2	
Kirche	95	7,6	incl. Klöster, Messen, geistl. u. milde Stiftungen etc.
Brauer	58	4,6	
Bäcker	49	3,9	
Stadt	43	3,4	
Händler	43	3,4	incl. Handelsmann, Kramer, Kornkäuf, Eisenhändler, Pricchler.
Landesherr/Haus Wittelsbach	37	3,0	
Metzger	35	2,8	
Wirte	35	2,8	Gastgeben etc. ohne Bierzapfler
Leinweber	26	2,1	
Loderer	23	1,8	
Schneider	22	1,8	
Lebzelter	15	1,2	
Weißgerber	15	1,2	
Müller	15	1,2	
Schäffler	14	1,1	
Adel	12	1,0	
Goldschmied	12	1,0	
Kistler	12	1,0	
Hutmacher	11	0,9	
Doktor	11	0,9	
Koch	10	0,8	
Witwen und Frauen	112	9,0	

Eigentümer	Zahl der Häuser	Anteil am Gesamt- hausbesitz in ‰	Bemerkungen
Erben	14	1,1	
Unbekannt	135	10,8	
Sonstige	302	24,2	
Insgesamt	1249	100,0	

(Quelle: StadtA München Steuerbuch 1606)

II. Nach dem Steuerbuch von 1700

Eigentümer	Zahl der Häuser	Anteil am Gesamt- hausbesitz in ‰	Bemerkungen
Kirche	130	9,6	wie 160
Adel	99	7,3	incl. kurfürstl. Beamte mit Adelstitel
am Hof/Tätige	78	5,8	ohne Adelstitel
Brauer	73	5,4	
Händler	69	5,1	wie 1606
Bäcker	56	4,1	
Stadt	49	3,6	
Metzger	42	3,1	
Wirte	29	2,1	wie 1606
Landesherr/Haus Wittelsbach	26	1,9	
Branntweiner	25	1,9	
Gärtner	20	1,5	
Koch	15	1,1	
Musiker	14	1,0	
Kistler	13	1,0	
Weißgerber	12	0,9	
Leinweber	12	0,9	
Städtischer Bedienter	12	0,9	
Bierzäpfler	11	0,8	
Geistlicher	10	0,7	
Witwen und Frauen	121	9,0	
Erben	55	4,0	
Unbekannt	55	4,0	
Sonstige	322	23,9	
Insgesamt	1348	100,0	

(Quelle: StadtA München Steuerbuch 1700)

III. Nach dem Steuerbuch von 1792

Eigentümer	Zahl der Häuser	Anteil am Gesamt- hausbesitz in %	Bemerkungen
Adel	153	9,2	wie 1700
Kirche	142	8,6	wie 1606
Händler	109	6,6	wie 1606
Brauer	104	6,3	
am Hof Tätige	76	4,6	wie 1700
Stadt	62	3,7	
Wirt	56	3,4	wie 1606
Metzger	55	3,3	
Landesherr/Haus Wittelsbach	54	3,3	
Bäcker	47	2,8	
Bierzäpfler	38	2,3	
Gärtner	37	2,2	
Branntweiner	27	1,6	
Kistler	25	1,5	
Milchmann	24	1,5	
Melber	23	1,4	
Schuhmacher	21	1,3	
Schäffler	19	1,1	
Tagwerker	19	1,1	
Zimmermann	19	1,1	
Schlosser	16	1,0	
Wäscher	16	1,0	
Koch	15	0,9	
Leinweber	14	0,8	
Schneider	13	0,8	
Landschaft	12	0,7	
Städtischer Bedienter	11	0,7	
Müller	11	0,7	
Bader	10	0,6	
Lederer	10	0,6	
Geistlicher	10	0,6	
Witwen und Frauen	66	4,0	
Erben	19	1,1	
Unbekannt	28	1,7	
Sonstige	294	17,8	
Insgesamt	1655	100,0	

(Quelle: StadtA München Steuerbuch 1792)

24. Erträge der Münchener Gewerbe von 1803 im Vergleich mit den Produktionswerten des Jahres 1792

Gewerbe	Ertrag je Betrieb 1803	Produktion je Betrieb 1792
Brauer	8563	
Buchdrucker	6067	433
Bote	5500	
Weingastgeber	3068	
Müller	2962	
Handelsstand	2738	
Glockengießer	2650	
Lebzelter	2520	
Sattler	2460	800
Schokoladenmacher	2300	
Schlosser	2211	1667
Kaminfcger	2133	
Hufschmied	2113	1000
Färber (Schön-/Schwarz-)	2050	100/733
Steinmetzmeister	2000	1000
Bierführer	1933	
Apotheker	1900	
Weißgerber	1850	400
Buchhändler	1833	
Gipsmüller	1800	1510
Seifensieder	1606	
Jungmetzger	1567	
Kaffeeschenk	1510	
Metzger vom alten Fleisch	1500	
Rindermetzger	1482	
Branntweiner	1468	
Bierwirt	1413	
Geschmeidemacher	1400	200
Säckler	1367	50
Kartenmacher	1350	1475
Bürstenbinder	1333	633
Schäffler	1333	226
Gürtler	1320	140
Bäcker	1252	
Wagner	1243	300
Garnsieder	1200	
Tuchscherer	1200	1300
Goldschlager	1200	
Strumpfwirker	1171	100
Koch	1067	
Lederer	1025	2959
Uhrmacher	1020	211
Hutmacher	1014	171
Zimmermeister	1000	300
Buchbinder	992	579
Kupferschmied	967	800
Spengler	950	300
Lehenrößler	941	
Kürschner	938	722
Nadler	938	167

Gewerbe	Ertrag je Betrieb 1803	Produktion je Betrieb 1792
Tuchmacher	933	500
Kistlermeister	931	
Melber	917	
Siebmacher	900	100
Feilenhauer	883	
Gold- und Silberarbeiter	883	276
Bortenmacher	871	636
Beinringler	850	133
Kammacher	833	333
Uhrgehäusemaker	833	
Schuhmacher	825	2331
Eisenhändler	816	
Schleifer	813	
Fischer	800	
Floßmeister	800	
Geflügelhändler	800	
Nestler	800	50
Perückenmacher	786	
Maurermeister	783	267
Seilermeister	770	519
Glaser	750	353
Stockmacher	750	310
Messerschmied und Schwertfeger	750	450/400
Gärtner	738	
Zuckerbäcker	720	
Taschnermeister	716	250
Hafner	711	494
Sporer	700	150
Nagelschmied	700	450
Büchsenmacher	680	367
Dantler	675	
Anstreicher	650	150
Korbmacher	650	
Schneider	639	180
Früchtehändler und Wein- branntschenk	633	
Wundarzt	613	
Kornmesser	610	
Orgelmacher	583	133
Tapezierer	575	150
Priechler	550	
Käskäufler	531	
Gärtnergeselle	515	
Milchmann	500	
Umbrellermacher	500	
Wäscher und Glansierer	500	
Stockmacher	500	
Büchschensifter	500	200
Essigsieder	500	
Krauthändler	500	
Kornkäufer	488	
Rierner	479	317

Gewerbe	Ertrag je Betrieb 1805	Produktion je Betrieb 1792
Bayerweinschenk	475	
Zinngießer	460	300
Pergamenter	450	150
Obster	431	
Loderer	428	292
Maler	411	111
Schnaperlmacher	400	
Schachtelmacher	400	
Bildhauer	390	160
Drechsler	386	229
Salzstößel	376	
Webermeister	358	1553
Küchelbäcker	350	
Knöpfemacher	330	394
Bilderdrucker	300	
Weinbranntweinschenk	300	
Wildpredhändler	300	
Dantler am Anger	300	
Haubenmacher	300	
Strumpfstricker	275	104
Spanner	200	
Weinemmerer	200	
Trockenlader	200	
Stadtmusikant	200	
Holzmesser	115	
Zeugmacher	75	

(Quellen: StadtA München Gewerbeamt 13; BayHStA GR Fasz. 830)

25. Produktionswerte jeweils pro Betrieb (A) und pro Beschäftigter (B) – Meister, Gesellen, Lehrlinge und Nebenarbeiter – in Gulden 1792

	Metall		Leder/Pelz		Papier/Farb.		Glas/Erde		Textil		Holz/B./B.		Durchschnitt	
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B
1. Städte														
München	829	195	1621	319	507	181	410	131	665	173	234	47	711	174
Schongau	106	69	2846 ³	1396 ³	–	–	150	86	194	120	112	86	682	351
Burghausen	156	86	622	303	300	225	400	160	351	176	229 ²	108 ²	343	176
Donauwörth	311	166	279	134	439	220	278	192	304	193	309	129	320	172
Wasserburg	253	112	707	347	145	97	171	71	443	169	210	101	320	150
Vilshofen	280	134	279	155	275	183	247	95	343	161	192	60	273	131
Reichenhall	212	78	628	302	27	27	183	138	129	73	163	79	224	116
Neuötting	212	86	258	126	120	80	195	87	200	98	197	26	197	84
Weilheim	209	101	216	126	–	–	200 ¹	80 ¹	184	113	782	432	177	93
Ingolstadt	155	76	201	98	114	98	128	41	110	69	161	39	145	70
Rain	77	51	161	115	38	25	–	–	–	–	–	–	(92)	(65)
Wemding	69	50	48	36	57	57	191	96	49	37	67	31	80	51
Aichach	67	33	129	65	30	23	17	9	78	39	322	19 ²	59	31
Durchschnitt														
Städte gesamt	226	95	615	271	187	111	214	99	254	118	165	64	277	126
2. Märkte														
Kraiburg	500	190	463	191	313	313	150	113	593	193	506	177	421	196
Hals	515	172	182	101	–	–	–	–	336	159	350	66	346	125
Rotthalmünster	185	79	386	175	150	150	110	35	298	128	147	31	212	100
Rosenheim	176	83	304	119	150 ^b	75	183	92	243	112	216	50	212	89
Trostberg	234	109	193	129	150	150	122	91	171	119	352	50	204	108
Kößlarn	100	50	160	111	35 ^b	35	200	120	359	192	83	63	136	95
Tann	103	52	179	110	–	–	60	36	326	174	83	65	150	87

	Metall		Leder/Pelz		Papier/Farb.		Glas/Erde		Textil		Holz/B./B.		Durchschnitt	
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B
Kühbach	122	73	101	70	50 ⁵	50	198	132	195	130	103	90	128	91
Hartkirchen	150	75	30	30	—	—	—	—	155	89	—	—	112	65
Markt	168	63	74	46	100 ^b	100	105	70	66	44	145 ⁴	25	110	58
Tölz	61	30	195	91	65	52	100	83	63	34	60	22	91	52
Dachau	111	97	127	83	50 ^b	50	70	44	56	45	126	45	90	61
Pförring	100 ⁷	100	110	70	—	—	80	80	79	50	77	60	89	72
Griesbach	53	36	171	94	30 ^b	30	60	30	119	65	60	10	82	44
Pleinting	106	106	73	63	—	—	100	67	53	71	62 ⁴	21	79	60
Aibling	56	35	108	62	100	100	40	42	99	70	43	13	74	54
Schwaben	67	50	70	39	15 ^b	15	133	44	48	27	49	7	64	30
Wolfratshausen	110	66	102	71	30	20	51	36	49	44	31	13	62	42
Inchenhofen	83	42	38	26	—	—	26	17	12	12	71 ⁴	25	46	24
Vohburg	48	29	40	26	13	13	38	19	58	38	57	21	42	24
Mainburg	26	14	34	29	—	—	85	39	29	24	22	13	39	24
Siegenburg	9	9	12	10	8	8	14	11	8	8	8	4	10	8
Aindling	4	2	5	4	—	—	3	2	1	1	3	2	3	2
Durchschnitt														
Märkte gesamt	134	68	137	76	84	77	92	57	149	80	121	40	123	66

¹ Nur Hafner (4 Betriebe).

² Ohne Maurer und Zimmerleute.

³ Dieser hohe Umsatz wird allein von den Rotgerbern getragen.

⁴ Kein Maurermeister enthalten bzw. berücksichtigt.

⁵ Nur ein Anstreicher.

⁶ Nur ein Maler.

⁷ Nur ein Schlosser.

(Quelle: BayHStA GR Fasz. 830 und 831)

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Zitierweise

Alle Quellenzitate orientieren sich an folgenden Übertragungskriterien:

Gedruckte Quellen werden genau nach der Vorlage übernommen.

Ungedruckte Quellen werden buchstabengetreu übertragen, mit Ausnahme von Satzanfängen und Eigennamen wird alles klein geschrieben, es erfolgt eine behutsame Anpassung an die moderne Interpunktion, Auflösungen von Abkürzungen sind nicht weiter gekennzeichnet, Ergänzungen erscheinen in eckigen Klammern.

2. Ungedruckte Quellen

Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (BayHStA)

Generalregistratur (GR Fasz.):

40, 43, 44, 45, 261, 263, 264, 266, 273, 290, 302, 826, 827, 828, 830, 831, 832, 836, 838, 839, 924, 925, 1264, 1310, 1510, 1515, 1516, 1517, 1518, 1628, 1642.

Gerichtsliteralien (GL Fasz.):

407, 421, 433, 448, 465, 1466, 2028, 2627, 2729, 2759, 2768, 2769, 2770, 2838, 2839, 3581, 4141, 4181, 4182, 4183, 4193, 4194, 4390, 4430, 4444, 4450, 4451.

Gerichtsliteralien (GL):

Burghausen 26, Trostberg 17, Weilheim 43.

Staatsverwaltung:

1888, 2316.

Kurbayern Äußeres Archiv:

2283, 2427, 2428, 2778, 2887, 2888, 2894, 2931, 3008.

Kurbayern Generallandesdirektion:

510.

Fürstensachen:

649, 650.

Sammlung Lori:

33.

Personenselekt:

Cart 90 Füll.

Staatsarchiv München (StAM)

Gerichtsliteralien (GL Fasz.):

465, 4181, 4182, 4192.

Rentmeisterliteralien (RL):

Fasz. 27 Nr. 109, Fasz. 76 Nr. 343, Fasz. 76 Nr. 345, Fasz. 76 Nr. 346, Fasz. 77 Nr. 348, Fasz. 78 Nr. 351.

Kataster:

25026, 25027.

Kartensammlung:

2766, 2785, 2786.

Bayerische Staatsbibliothek München (BSB)

Codex Germanicus Monacensis (Cgm) 6844–6862

Archiv des Erzbistums München Freising (AEMF)

Matrikeln:

Taufen St. Peter München 1700–1800,
Sterbefälle St. Peter München 1700–1800,
Taufmatrikel ULF München 1700–1800,
Sterbefälle Kinder ULF München 1700–1800,
Sterbefälle Erwachsene ULF München 1700–1800.

Bistumsarchiv Passau

Pfarrbücher:

Burghausen 1–8, 20, 46.

Pfarrarchiv Trostberg

Matrikeln:

Kirchenbuch 1680–1737;
Taufbuch 1738–1810;
Sterberegister 1738–1835.

Stadtarchiv Burghausen

Kammerrechnungen:

1600–1800.

Akten:

48, 130.

Magistratsurkunden:

64.

Servisrechnungen:

1693, 1715, 1755, 1785.

Herdstättenbeschreibungen:

1762, 1785, 1801.

Stadtarchiv Kraiburg

Steuer-Matrikel von 1794

Stadtarchiv München

Bürgermeister und Rat:

44/2, 99/2, 99/3, 99/5, 100.

Einwohneramt:

37, 127, 186, 197.

Kämmerei:

4, 46/I, 56, 59, 83, 90, 92, Kammerrechnungen von 1582. 1600–1800.

Gewerbeamt:

13, 24, 1467, 1532, 4196, 4200, 4396.

Steueramt:

636, 647, Steuerbücher von 1591, 1606, 1700, 1792.

Dulten und Jahrmärkte:

57, 67, 78, 83/1.

Märkte:

1, 512.

Stadtarchiv Trostberg

Akten:

I 5, II 5, VII 1b, XI 1, XI 4, XIV 10, Schützensachen.

Bücher (B):

13, 15, 102.

Rechnungen (R):

5, 6, 11.

Urkunden:

162.

Stadtarchiv Weilheim

Stadtsteuerrechnungen:

1573, 1579, 1580, 1585, 1589, 1602, 1603, 1617, 1624, 1638, 1643, 1650, 1700,
1715, 1759, 1778, 1780.

Kammerrechnungen:

1600–1800.

Matrikeln (alle Bände in Fotokopie):

Taufmatrikel Maria Himmelfahrt 1633–1709, 1709–1761, 1754–1814;
Sterbematrikel Maria Himmelfahrt 1633–1803;
St. Pölten Taufregister I 1736–1859;
St. Pölten Sterberegister 1736–1859.

Grundbuch 1640 I und II.

Akte Dreißigjähriger Krieg.

5. Gedruckte Quellen und Literatur

- Abel, Wilhelm*, Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Europa. Versuch einer Synopsis, Hamburg/Berlin 1974.
- Ders.*, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter, 3. Aufl. Hamburg/Berlin 1978.
- Ders.*, Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert (= Deutsche Agrargeschichte 2), Stuttgart 1967.
- Ders.*, Zur Entwicklung des Sozialprodukts in Deutschland im 16. Jahrhundert, in: JNÖSt 173 (1961), 448–489.
- Ders.*, Der Pauperismus in Deutschland am Vorabend der industriellen Revolution (= Vortragsreihe d. Gesellschaft für westfälische Wirtschaftsgeschichte Dortmund 14), Dortmund 1966.
- Ders.*, Stufen der Ernährung. Eine historische Skizze (= kleine Vandenhoeck-Reihe 1467), Göttingen 1981.
- Ders.*, (Hg.), Handwerksgeschichte in neuer Sicht (= Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte. 1), 2. Aufl. Göttingen 1978.
- Albert, Joh. Baptist*, Bayerns Zollwesen aus dem ältesten bis auf unsere Zeiten, München 1829.
- Albrecht, Dieter*, Das Landgericht Weilheim (= Historischer Atlas von Bayern. Teil Altbayern. Heft 4), München 1952.
- Ders.*, Das Konfessionelle Zeitalter. Zweiter Teil: Die Herzöge Wilhelm V. und Maximilian I., in: Andreas Kraus (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 2, 2. Aufl. München 1988, 393–458.
- Ders.*, Staat und Gesellschaft. Zweiter Teil: 1500–1745, in: Andreas Kraus (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 2, 2. Aufl. München 1988, 625–663.
- Ders.*, Die kirchlich-religiöse Entwicklung. Zweiter Teil: 1500–1745, in: Andreas Kraus (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 2, 2. Aufl. München 1988, 702–735.
- Altmann, Hans Christian*, Die Kipper- und Wipperinflation in Bayern (1620–25). Ein Beitrag zur Strukturanalyse des frühabsolutistischen Staates (= MBM, 63), München 1976.
- Ammann, Hektor*, Deutschland und die Tuchindustrie Nordwesteuropas im Mittelalter, in: Hansische Geschichtsblätter 72 (1954), 1–62.
- Ders.*, Vom Lebensraum der mittelalterlichen Stadt, in: Berichte zur deutschen Landeskunde 31 (1963), 284–316.
- Andermann, Kurt* (Hg.), Residenzen. Aspekte hauptstädtischer Zentralität von der Frühen Neuzeit bis zum Ende der Monarchie (= Oberrheinische Studien, 10), Sigmaringen 1992.
- Anegg, Ernst*, Zur Gewerbestruktur und Gewerbepolitik Bayerns während der Regierung Montgelas, München 1965.
- Anneser, Max/Liebhart, Wilhelm/Oberhauser, Heribert/Wagner, Rudolf*, 500 Jahre Marktrecht Kühbach. Beiträge zur Geschichte von Kloster und Marktgemeinde. Festschrift des Marktes Kühbach, Kühbach 1981.
- Aretin, Karl Otmar Frhr. von*, Bayerns Weg zum souveränen Staat. Landstände und konstitutionelle Monarchie 1714–1818, München 1976.
- Arnold, Dieter*, Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Stadt Rinteln im 17. und 18. Jahrhundert (= Schaumburger Studien, Heft 16), Rinteln 1966.
- Arnold, Hermann*, Ländliche Grundsicht und Gaunertum. Zur Kritik von Küthers Buch: Räuber und Gauner in Deutschland, in: Zeitschrift f. Agrargeschichte u. Agrarsoziologie 25 (1977), 67 ff.

- Asboeck, Anton (Bearb.), Die Bürgerrechtsbücher der Stadt Burghausen (= Burghauser Geschichtsblätter, 24 (1939)). Burghausen 1939.
- Aston, Trevor (Hg.), Crisis in Europe, 1560–1660. Essays from Past and Present. 3. Aufl. London 1963.
- Aubin, Hermann / Zorn, Wolfgang (Hg.), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 1: Von der Frühzeit bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, Stuttgart 1971 (Nachdruck 1978).
- Auer, Franz, Das Stadtrecht von München. Nach bisher ungedruckten Handschriften mit Rücksicht auf die noch geltenden Rechtssätze und Rechtsinstitute herausgegeben, München 1840 (Neudruck Aalen 1969).
- Auerhammer, H., Die Gerichtsbarkeit der Stadt Ingolstadt im Mittelalter, in: SHVI 64 (1955), 3–49.
- Ay, Karl-Ludwig, Unehrllichkeit, Vagantentum und Bettelwesen in der vorindustriellen Gesellschaft (anhand bayerischer Quellen), in: Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte 8 (1979), 13–37.
- Ders., Land und Fürst im alten Bayern (16.–18. Jahrhundert), Regensburg 1988.
- Ders., Max Weber über die Stadt, in: Fritz Mayrhofer (Hg.), Stadtgeschichtsforschung. Aspekte, Tendenzen, Perspektiven, Linz/Donau 1993, 69–80.
- Bärmann, Johann, Die Verfassungsgeschichte Münchens im Mittelalter, Weimar 1938.
- Bary, Roswitha v., Verfassung und Verwaltung der Stadt München (1158–1560), 3 Bde., (masch.) München 1956.
- Bátori, Ingrid / Weyrauch, Erdmann (Hg.), Die bürgerliche Elite der Stadt Kitzingen. Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte einer landesherrlichen Stadt im 16. Jahrhundert (= Spätmittelalter und Frühe Neuzeit, 11), Stuttgart 1982.
- Bátori, Ingrid, Die Reichsstadt Augsburg im 18. Jahrhundert. Verfassung, Finanzen und Reformversuche (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 22), Göttingen 1969.
- Dies., Besitzstruktur in der Stadt Kitzingen zur Zeit der Reformation, in: Festgabe für E. W. Zeeden., München 1976, 128–141.
- Dies., Das Patriziat der deutschen Stadt, in: Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege 2 (1975), 1–30.
- Dies./Metz Rainer, Die Verteilung der bürgerlichen Vermögen im 16. Jahrhundert, in: Bátori, Ingrid / Erdmann Weyrauch (Hg.), Die bürgerliche Elite der Stadt Kitzingen. Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte einer landesherrlichen Stadt im 16. Jahrhundert (= Spätmittelalter und Frühe Neuzeit 11), Stuttgart 1982, 92–99.
- Bauer, Fritz, Rosenheim – Zentrum seit 1000 Jahren, in: Das bayerische Inn-Oberland 45 (1985), 5–60.
- Bauer, Richard (Hg.), Geschichte der Stadt München, München 1992.
- Ders., Stadt und Stadtverfassung im Umbruch – Niedergang, Ende und Neubegründung kommunaler Eigenständigkeit 1767 bis 1818, in: Richard Bauer (Hg.), Geschichte der Stadt München, München 1992, 244–273.
- Ders./Schlosser, Hans (Hg.), Wiguläus Xaver Aloys Freiherr von Kreittmayr. 1705–1790. Ein Leben für Recht, Staat und Politik, München 1991.
- Baumann, Adalbert, Das bayerische Handelswesen im 18. Jahrhundert speziell unter Kurfürst Max III. Joseph, Kaiserslautern 1898.
- Baumann, Angelika, „Armut muß verächtlich bleiben“. Verwaltete Armut und Lebenssituation verarmter Unterschichten um 1800 in Bayern, in: Richard van Dülmen (Hg.), Kultur der einfachen Leute: Bayer. Volksleben vom 16. bis zum 19. Jahrhundert, München 1983, 151–179; 241–250.

- Dies.*, „Armut ist hier wahrhaft zu haus“. Vorindustrieller Pauperismus und Einrichtung der Armenpflege in Bayern um 1800 (= MBM. 132), München 1984.
- Baur*, Veronika, Kleiderordnungen in Bayern vom 14. bis zum 19. Jahrhundert (= MBM 62), München 1975.
- Beck*, Rainer, Naturale Ökonomie. Unterfinning: Bäuerliche Wirtschaft in einem oberbayerischen Dorf des frühen 18. Jahrhunderts (= Forschungshefte des Bayerischen Nationalmuseums München, 11), München 1986.
- Ders.*, Unterfinning. Ländliche Welt vor Anbruch der Moderne, München 1993.
- Berding*, Helmut, Moderner Antisemitismus in Deutschland (= Edition Suhrkamp NF 257), Frankfurt a. Main 1988.
- Bettger*, Roland, Das Handwerk in Augsburg beim Übergang der Stadt an das Königreich Bayern. Städtisches Gewerbe unter dem Einfluß politischer Veränderungen (Abh. z. Gesch. der Stadt Augsburg, 25), Augsburg 1979.
- Berg*, Karin, Der ehemalige „Bennobogen“ der Münchner Frauenkirche, in: Hubert Glaser (Hg.), Wittelsbach und Bayern, Bd. II/1: Um Glauben und Reich. Kurfürst Maximilian I., München 1980, 312–317.
- Bergier*, Jean-Francois, Le trafic à travers les Alpes et les liaisons transalpines du Haut Moyen Age au XVII^e siècle., in: Il sistema alpino, economica e transiti, Bd. III, Bari 1973, 1–72.
- Blaich*, Fritz, Fleischpreise und Fleischversorgung in Oberdeutschland im 16. Jahrhundert, in: Wolfram Fischer (Hg.), Beiträge zu Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur im 16. und 19. Jahrhundert, Berlin 1971, 29–56.
- Ders.*, Die Epoche des Merkantilismus (= Wissenschaftliche Paperbacks, 3. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte), Wiesbaden 1973.
- Ders.*, Die Wirtschaftspolitik des Reichstags im Heiligen Römischen Reich. Ein Beitrag zur Problemgeschichte wirtschaftlichen Gestaltens (= Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, 16), Stuttgart 1970.
- Blendinger*, Friedrich, Die Bevölkerungsbewegung in der ehemaligen Reichsstadt Weißenburg im Nordgau von rund 1580–1720 (= Archiv für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik, Beiheft 8), Leipzig 1940.
- Blickle*, Renate, Nahrung und Eigentum als Kategorien in der ständischen Gesellschaft, in: Winfried Schulze (Hg.), Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität (= Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien, 12), München 1988, 73–94.
- Böhaimb*, Carl August, Chronik der Stadt Weilheim vom Ursprunge der Stadt bis auf die neueste Zeit, Weilheim 1865.
- Bog*, Ingomar, Wachstumsprobleme der oberdeutschen Wirtschaft 1540–1618, in: JNÖSt 179 (1966), 493–537.
- Ders.*, Über Arme und Armenfürsorge in Oberdeutschland und in der Eidgenossenschaft im 15. und 16. Jahrhundert, in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 34/35 (1975), 983–1001.
- Ders.*, Wirtschaft und Gesellschaft Nürnbergs im Zeitalter des Merkantilismus, in: VSWG 57 (1970), 289–322.
- Ders.*, Funktionen der Stadt in Geschichte und Gegenwart. Versuch über Konstanten städtischer Existenz, in: Othmar Pickl (Hg.), Die Stadt in Geschichte und Gegenwart (= Grazer Forschungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 2), Graz 1973.
- Börsting*, Heinrich, Geschichte der Matrikeln von der Frühkirche bis zur Gegenwart, Freiburg 1959.
- Bolte*, Karl Martin, Einige Anmerkungen zur Problematik der Analyse von „Schichtungen“ in sozialen Systemen, in: D. V. Glass/R. König (Hg.), Soziale Schichtung und soziale Mobilität, (= Kölner Zeitschrift f. Soziologie, Sonderheft 5, 1961), 29–53.

- Bosl, Karl*, Alt(en)stadt und Neustadt als Typen in Bayern, in: Helmut Jäger, Franz Petri, Heinz Quirin (Hg.), *Civitatum Communitas. Studien zum europäischen Städtewesen*. FS Heinz Stoob zum 65. Geburtstag, Köln/Wien 1984, 158–180.
- Ders.*, Typen der Stadt in Bayern. Der soziale und wirtschaftliche Aufstieg der Städte des Bürgertums in bayerischen Landen, in: *ZbLG* 33, 1 (1970), 1–23.
- Ders.*, Die Geschichte der Repräsentation in Bayern. Landständische Bewegung, landständische Verfassung, Landesausschuß und altständische Gesellschaft (= *Bosl/Lenk*, Repräsentation und Parlamentarismus in Bayern vom 13. bis zum 20. Jahrhundert. Eine politische Geschichte des Volkes in Bayern, Bd. 1), München 1974.
- Ders.*, Die bayerische Stadt im Mittelalter und Neuzeit. Altbayern – Franken – Schwaben, Regensburg 1988.
- Brundt, Peter*, Geschichte des Rats der Stadt Weilheim i. OB. von 1368 bis zur Gegenwart, (Zulassungsarbeit, masch.) Weilheim 1969.
- Braun, Hans-Joachim*, Economic Theory and Policy in Germany 1750–1800, in: *Journal of European Economic History* 4 (1975), 301–322.
- Breit, Stefan*, Frühe Neuzeit, in: Heyo Busley u. a. (Hg.), *Der Landkreis Fürstenfeldbruck. Natur-Geschichte-Kultur*, Fürstenfeldbruck 1992, 142–165.
- Brenninger, Georg*, Bad Tölz (= Schnell Kunstführer 103), 4. Aufl. München/Zürich 1991.
- Brosig, Bernd*, Die Geschichte des Heilig-Geist-Spitals zu Burghausen 1512–1652. (Zulassungsarbeit masch.) München 1971.
- Brückl, Josef*, Das Leprosenhaus auf dem Gesteig in den Kriegsjahren 1632/33, in: *OA* 93 (1971), 142–144.
- Brunner, Otto*, Souveränitätsproblem und Sozialstruktur in den deutschen Reichsstädten der frühen Neuzeit, in: *VSWG* 50 (1963), 329–360.
- Ders.*, Das „ganze Haus“ und die alteuropäische „Ökonomik“, in: *ders.*, *Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte*, 2. Aufl. Göttingen 1968, 103–127; erstmals in *ZNÖSt* 13 (1950).
- Bull, Karl-Otto*, Die erste „Volkszählung“ des deutschen Südwestens. Die Bevölkerung des Hochstifts Speyer um 1530, in: Kurt Andermann/ Hermann Ehmer (Hg.), *Bevölkerungsstatistik an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit. Quellen und methodische Probleme im überregionalen Vergleich* (= *Oberrheinische Studien*, 8), Sigmaringen 1990, 109–136.
- Bulst, Neithard/Jean-Philippe Genet* (Hg.), *La Ville, la bourgeoisie et la genèse de l'état moderne (XII^e – XVIII^e siècles)*, Paris 1988.
- Bulst, Neithard/Jochen Hook/Franz Irsigler* (Hg.), *Bevölkerung, Wirtschaft und Gesellschaft. Stadt-Land-Beziehungen in Deutschland und Frankreich, 14.–19. Jahrhundert*, Trier 1985.
- Burgholzer, Joseph*, Stadtgeschichte von München als Wegweiser für Freunde und Reisende, Bd. I, München 1796.
- Burkard, Tertulina*, Landgerichte Wasserburg und Kling (Historischer Atlas von Bayern. Teil Altbayern 15), München 1965.
- Buzas, Ladislaus*, Bibliographie zur Geschichte der Universität Ingolstadt – Landshut – München 1472–1982, München 1984.
- Cahnmann, Werner J.*, Die Münchener Judenbeschreibung von 1804, in: *Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland* 7 (1937), 180–188.
- Chittolini, Giorgio/Willoweit, Dietmar* (Hg.), *Statuten, Städte und Territorien zwischen Mittelalter und Neuzeit in Italien und Deutschland* (= *Schriften des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient* 3), Berlin 1992.
- Christ, Günter*, Stadt, Staat, Konfession, administrative und städtebauliche Akzente, in: Wilhelm Rausch (Hg.), *Die Städte Mitteleuropas im 17. und 18. Jahrhundert* (= *Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas* 5), Linz/Donau 1981, 212–236.

- Christaller, Walter*, Die zentralen Orte in Süddeutschland. Eine ökonomisch-geographische Untersuchung über die Gesetzmäßigkeit der Verbreitung und Entwicklung der Siedlungen mit städtischen Funktionen, Darmstadt 1968 (Erstauflage Jena 1933).
- Christel, Gerhard*, Die Malefizprozeßordnung des Codex Maximilianeus von 1616, dargestellt in ihrem Verhältnis zur Carolina und den Rechtsquellen des 16. Jahrhunderts im Herzogtum Bayern, Regensburg 1975.
- Clark, Peter* (Hg.), *Small Towns in Early Modern Europe* (= *Themes in International Urban History* 3), Cambridge 1995.
- Clasen, Claus-Peter*, Die Augsburger Steuerbücher um 1600, Augsburg 1976.
- Ders.*, Armenfürsorge in Augsburg vor dem Dreißigjährigen Kriege, in: *ZHVS* 78 (1984), 65–115.
- Cohen, Arthur*, Die Verschuldung des bäuerlichen Grundbesitzes in Bayern (1598–1745), Leipzig 1906.
- Ders.*, Kredit- und Verschuldungsbeschränkungen beim bäuerlichen Grundbesitz in Bayern im 17. und 18. Jahrhundert, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 139 (1933, II), 705–717.
- Ders.*, Die Münchener Judenschaft 1750–1861. Eine bevölkerungs- und wirtschaftsgeschichtliche Studie, in: *Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland* 2 (1930), 262–283.
- Conze, Werner*, Vom „Pöbel“ zum „Proletariat“. Sozialgeschichtliche Voraussetzungen für den Sozialismus in Deutschland, in: *VSWG* 41 (1954), 333–364.
- Dachs, Hans*, Ein Marktrecht des Landshuter Rechtskreises. Das Marktrechtsprivileg von Dörfen a. d. Isen vom Jahr 1331, in: *ZbLG* 18 (1955), 291–307.
- Danckert, Werner*, Unehrlche Leute. Die verfehmten Berufe, Bern/München 1963, 2. Aufl. 1979.
- Danhauser, Konrad*, Topographische Geschichte der Stadt Aichach und ihrer Umgebung, in *OA* 19 (1858/60), 1–42.
- Demel, Walter*, Der bayerische Staatsabsolutismus 1806/08–1817. Staats- und gesellschaftspolitische Motivationen und Hintergründe der Reformära in der ersten Phase des Königreichs Bayern (= *Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte*, 76), München 1983.
- Destouches, Ernst v.*, Das ehemalige Spital und die Kirche der Barmherzigen Brüder zu St. Max vor dem Sendlingertore. Urkundliche Beiträge zur Geschichte Münchens, in: *OA* 29 (1869–70), 273–292.
- Ders.*, Das ehem. Spital und die Kirche der Elisabetherinnen zu den fünf Wunden vor dem Sendlingertore. Urkundliche Beiträge zur Geschichte Münchens, in: *OA* 29 (1869–70), 293–322.
- Ders.*, Urkundliche Beiträge zur Geschichte Münchens (1. München zur Zeit der schwedischen Invasion im Jahre 1632, 2. Das Reiche Almosen, 3. München zur Zeit der französischen Occupation im Jahre 1800), in: *OA* 31 (1871), 39–70.
- Destouches, Joseph von*, Ueber den Verfall der Staedte und Maerkte und die Mittel, ihnen wieder zuhelfen, Ulm 1803.
- Diepolder, Gertrud*, Das Volk in Kurbayern zur Zeit des Kurfürsten Max Emanuel. Beobachtungen zur Demographie, in: *Hubert Glaser* (Hg.), *Kurfürst Max Emanuel und Europa um 1700*, Bd. 2: *Zur Geschichte und Kunstgeschichte der Max-Emanuel-Zeit*, München 1976, 387–405.
- Dilcher, Gerhard*, Die genossenschaftliche Struktur von Gilden und Zünften, in: *Berent Schweinököper* (Hg.), *Gilden und Zünfte. kaufmännische und gewerbliche Genossenschaften im frühen und hohen Mittelalter*, Sigmaringen 1985, 71–112.
- Dinges, Martin*, Frühneuzeitliche Armenfürsorge als Sozialdisziplinierung? Probleme mit einem Konzept, in: *Geschichte und Gesellschaft* 17 (1991), 5–29.

- Dirlmeier*, Ulf, Untersuchungen zu Einkommensverhältnissen und Lebenshaltungskosten in oberdeutschen Städten des Spätmittelalters (Mitte 14. bis Anfang 16. Jahrhundert) (= Abhandlungen d. Heidelberger Akademie der Wiss., Philosoph.-hist. Klasse, Ig. 1978, I. Abt.), Heidelberg 1978.
- Ders./Elkar*, Rainer S./*Fouquet*, Gerhard, Mittelalterliches und frühneuzeitliches Steuer- und Abrechnungswesen, in: Jürgen *Reulecke* (Hg.), Stadtgeschichte als Zivilisationsgeschichte. Beiträge zum Wandel städtischer Wirtschafts-, Lebens- und Wahrnehmungsweisen (= Siegener Studien, 47), Siegen 1990, 11–22.
- Dirr*, Pius, Denkmäler des Münchner Stadtrechts, Bd. 1 (= Bayerische Rechtsquellen 1), München 1934.
- Döbereiner*, Manfred, Residenz- und Bürgerstadt – Münchens Weg zur relativen Selbständigkeit 1294–1365, in: Richard *Bauer* (Hg.), Geschichte der Stadt München, München 1992, 61–96.
- Doeberl*, Michael, Entwicklungsgeschichte Bayerns, 3 Bde., München 1916–31.
- Doege*, Michael, Armut in Preußen und Bayern 1770 – 1840 (= MBM 157), München 1991.
- Döhler*, Chr., Kurtze Beschreibung der Handwerks-Rechte und Gewohnheiten nach der heutigen Observanz, Jena 1730.
- Dölker*, Wolfgang, Das Herbergsrecht in der Münchener Au (= MBM 18), München 1969.
- Dollinger*, Hans, Studien zur Finanzreform Maximilians I. von Bayern in den Jahren 1598–1618. Ein Beitrag zur Geschichte des Frühabsolutismus (= Schriftenreihe der Bay. Akad. d. Wiss., 8), Göttingen 1968.
- Dorner*, Johann, Als Burghausen Hauptstadt war, in: Alois *Buchleitner*/Johann *Dorner*/Max *Hingerl*/Josef *Pfennigmann*, Sechshundert Jahre Rentamt Burghausen (= Burghausener Geschichtsblätter 47 (1992)), Burghausen 1992, 38–46.
- Drollinger*, Kuno, Kleine Städte Südwestdeutschlands. Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Städte im rechtsrheinischen Teil des Hochstifts Speyer bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts (= Veröffentlichungen der Komm. f. geschichtl. Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B Forschungen, 48), Stuttgart 1968.
- Dussler*, Georg, Stadt Schongau am Lech. Bürgeraufnahmen und Abzugsgeld von 1481–1750. Aus den Stadtkammerrechnungen, München 1975.
- Dussler*, Hildebrand, Reiseberichte über München und Oberbayern vom 16. bis zum 19. Jahrhundert, in: OA 93 (1971) 29–45.
- Ders.*, Ein Pariser Reisewerk von 1672 schildert München, in: OA 97 (1973), 340–344.
- Ders.*, Zwei österreichische Benediktiner besichtigen im Jahre 1779 Altbayern, insbesondere München, in: OA 97 (1973) 345–358.
- Eberle*, Franz Xaver, Die Organisation des Reichenhaller Salzwesens unter dem herzoglichen und kurfürstlichen Produktions- und Handelsmonopol, München 1910.
- Edlin-Thieme*, Margareta, Studien zur Geschichte des Münchener Handelsstandes im 18. Jahrhundert (= Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 11), Stuttgart 1969.
- Ehbrecht*, Wilfried, Literaturbesprechung. Neue Veröffentlichungen zur vergleichenden Städtegeschichte 1979–1986, in: BliDtLg 123 (1987), 299–604.
- Elben*, Ruth, Das Patriziat der Reichsstadt Rottweil. Von den Anfängen bis zum Jahre 1550 (= Veröff. der Komm. f. geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, 30), Stuttgart 1964.
- Elias*, Norbert, Die höfische Gesellschaft. Untersuchungen zur Soziologie des Königtums und der höfischen Aristokratie mit einer Einleitung: Soziologie und Geschichtswissenschaft, Neuwied/Berlin 1975.
- Elkar*, Rainer S., Umriss einer Geschichte der Gesellenwanderungen im Übergang von der Frühen Neuzeit zur Neuzeit. Problemskizze und Zwischenergebnisse, in: *ders.* (Hg.), Deutsches Handwerk im Spätmittelalter und Frühen Neuzeit. Sozialgeschichte - Volks-

- kunde Literaturgeschichte (= Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 9), Göttingen 1985, 85–116.
- Ders.* (Hg.), Deutsches Handwerk im Spätmittelalter und Frühen Neuzeit. Sozialgesch.-Volkskunde-Literaturgeschichte (= Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 9), Göttingen 1985.
- Ders.*, Wandernde Gesellen in und aus Oberdeutschland. Quantitative Studien zur Sozialgeschichte des Handwerks vom 17. bis zum 19. Jahrhundert, in: Ulrich Engelhardt (Hg.), Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert (= Industrielle Welt 37), Stuttgart 1984, 262–293.
- Ellermeyer*, Jürgen, „Schichtung“ und „Sozialstruktur“ in spätmittelalterlichen Städten. Zur Verwendbarkeit sozialwissenschaftlicher Kategorien in historischer Forschung, in: Geschichte und Gesellschaft 6 (1980), 125–149.
- Ders.*, Sozialgruppen, Selbstverständnis, Vermögen und städtische Verordnungen. Ein Diskussionsbeitrag zur Erforschung spätmittelalterlichen Stadtgesellschaft, in: BILDtLg 113 (1977), 203–275.
- Ders.*, Vorindustrielle Städte als Forschungsaufgabe. Warum lassen sich unsere Kenntnisse über Sozialstruktur und Unterschichten noch verbessern?, in: Die Alte Stadt 7 (1980), 276–295.
- Elsas*, Moritz J., Umriß einer Geschichte der Preise und Löhne in Deutschland vom ausgehenden Mittelalter bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, Bd. 1, Leiden 1936.
- Elser*, Friedrich, Die obrigkeitliche Fleischpreispolitik in München bis zum Beginn des Dreißigjährigen Krieges, Diss. Frankfurt/Main, 1933.
- Elze*, Reinhard/*Fasoli*, Gina (Hg.), Stadtadel und Bürgertum in den italienischen und deutschen Städten des Spätmittelalters (= Schriften des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient, 2), Berlin 1991.
- Endres*, Rudolf, Das Armenproblem im Zeitalter des Absolutismus, in: Franklin Kopitzsch (Hg.), Aufklärung, Absolutismus und Bürgertum in Deutschland, München 1976, 220–241.
- Ders.*, Adel und Patriziat in Oberdeutschland, in: Winfried Schulze (Hg.): Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität (= Schriften des Hist. Kollegs Kolloquien 12), München 1988, 221–238.
- Ders.*, Adel in der Frühen Neuzeit (= Enzyklopädie Deutscher Geschichte 18), München 1993.
- Ders.*, Zur Einwohnerzahl und Bevölkerungsstruktur Nürnbergs im 15./16. Jahrhundert, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg 57 (1970), 242–271.
- Ennen*, Edith, Artikel „Markt und Stadt“, in: HRG III, 330–337.
- Erdmannsdorffer*, Karl, Das Bürgerhaus in München, Tübingen 1972.
- Ettel*, Ernst, Kösching und sein Burgfrieden 1664–1790, in: SHVI 75 (1966), 17–36.
- Ders.*, Privilegien und Freiheiten des Marktes Kösching von 1366–1760, in: SHVI 74 (1965), 54–72.
- Eversley*, D.E.C., Bevölkerung, Wirtschaft und Gesellschaft, in: Wolfgang Köllmann/Peter Marschalck (Hg.), Bevölkerungsgeschichte (= Neue wissenschaftl. Bibliothek, 54. Geschichte), Köln 1972, 93–153.
- Fairchild*, Cissie C., Poverty and charity in Aix-en-Provence 1640–1789, London 1976.
- Fischer*, Anton, Die Verwaltungsorganisation Münchens im 16. und 17. Jahrhundert, München 1951 (masch.).
- Ders.*, Die Verwaltungsorganisation Münchens im 18. Jahrhundert, (masch.) München o.J.
- Ders.*, Zur Geschichte des Münchener bürgerlichen Braugewerbes (= Jahrbuch Gesellschaft f. die Geschichte u. Bibliographie des Brauwesens 1958), Berlin 1958.

- Fischer, Ludwig Wilhelm*, Topographische Geschichte der Stadt Rain, in: OA 19 (1858/60), 45–90.
- Fischer, Thomas*, Städtische Armut und Armenfürsorge im 15. und 16. Jahrhundert. Sozialgeschichtliche Untersuchungen am Beispiel der Städte Basel, Freiburg i. B. und Straßburg (= Göttinger Beiträge zur Wissenschafts- und Sozialgeschichte 4), Göttingen 1979.
- Ders.*, Der Beginn frühmoderner Sozialpolitik in den deutschen Städten des 16. Jahrhunderts, in: Christoph *Sachße*/Florian *Tennstedt* (Hg.), Jahrbuch der Sozialarbeit 4. Geschichte und Geschichten, Reinbeck b. Hamburg 1981, 46–68.
- Fischer, Wolfram*, Handwerksrecht und Handwerkswirtschaft um 1800. Studien zur Sozial- und Wirtschaftsverfassung vor der industriellen Revolution, Berlin 1955.
- Ders.* (Hg.), Beiträge zu Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur im 16. und 19. Jahrhundert (= Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik, NF. 63), Berlin 1971.
- Ders.*, Armut in der Geschichte. Erscheinungsformen und Lösungsversuche der „Sozialen Frage“ in Europa seit dem Mittelalter (= Kleine Vandenhoeck-Reihe 1476), Göttingen 1982.
- Fleischmann, Philipp J.*, Aspekte der Sozialtopographie einer Residenzstadt. Dargestellt am Beispiel München im Jahr 1622, (Magisterarbeit masch.) München 1990.
- Ders.*, Sozialtopographie einer Residenzstadt. Die Münchener Sozial- und Wohnstruktur am Vorabend des Dreißigjährigen Krieges, in: OA 117/118 (1993/94), 261–288.
- Flinn, Michael W.*, The European Demographic System 1500–1820, Brighton 1981.
- François, Etienne*, Des républiques marchandes aux capitales politiques: remarques sur la hiérarchie urbaine du saint-empire à l'époque moderne, in: Revue d'Histoire Moderne et Contemporaine 25 (1978), 578–603.
- Franz, Günter*, Der Dreißigjährige Krieg und das deutsche Volk. Untersuchungen zur Bevölkerungs- und Agrargeschichte (= Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, 7), 4. Aufl. Stuttgart 1979.
- Ders.*, Die Geschichte des Landwarenhandels, in: *ders.*/Wilhelm *Abel*/Gisbert *Cascorbi* (Hg.), Der deutsche Landwarenhandel, Hannover 1960, 13–110.
- Freilinger, Hubert*, Ingolstadt (= Historischer Atlas von Bayern, Teil Altbayern 46), München 1977.
- Freyberg, Max Frhr. von*, Pragmatische Geschichte der bayerischen Gesetzgebung und Staatsverwaltung seit den Zeiten Maximilian I., Bd. I–IV, Leipzig 1836–38.
- Fried, Pankraz*, Die Landgerichte Dachau und Kranzberg (= Historischer Atlas von Bayern, Teil Altbayern, Heft 11/12), München 1958.
- Ders.*, Herrschaftsgeschichte der altbayerischen Landgerichte Dachau und Kranzberg (= Studien zur bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte, 1), München 1962.
- Ders.*, Zur Geschichte der Steuer in Bayern, in: ZbLG 27 (1964), 570–599.
- Ders.*, Historisch-statistische Beiträge zur Geschichte des Kleinbauerntums (Söldnertums) im westlichen Oberbayern, in: Mitt. Geogr. Ges. München 51 (1966), 5–39.
- Ders.*, Die Sozialentwicklung im Bauerntum und Landvolk, in: Max *Spindler* (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV: Bayerische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, 1. Teilband: Staat und Politik, München 1974/75, 749–780.
- Ders.*, Zur Geschichte der dörflichen Unterschichten in den ländlichen Siedlungen Bayerisch-Schwabens, in: ZHVS 71 (1977), 109–123.
- Ders.*, Die Entstehung der Landesherrschaft in Altbayern, Franken und Schwaben im Lichte der Historischen Atlasforschung, in: Andreas *Kraus* (Hg.), Land und Reich – Stamm und Nation. Probleme und Perspektiven bayerischer Geschichte. Festgabe für Max Spindler zum 90. Geburtstag, Bd. I, München 1984, 1–13.

- Ders./Hiereth*, Sebastian, Landgericht Landsberg und Pfliegergericht Rauhenlechsberg. Landgericht, Hochgericht und Landkreis Schongau (= Historischer Atlas von Bayern, Teil Altbayern, 22/23), München 1971.
- Friedrichs*, Christopher R., Urban Society in an Age of War. Nördlingen 1580–1720, Princeton 1979.
- Friedrichs*, Jürgen, Methoden empirischer Sozialforschung (= WV Studium, 28), 12. Aufl. Opladen 1984.
- Fröhlich*, Sigrid, Die soziale Sicherung bei Zünften und Gesellenverbänden (= Sozialpol. Schriften 48), Berlin 1976.
- Fügedi*, Erik, Steuerlisten, Vermögen und soziale Gruppen in mittelalterlichen Städten, in: Ingrid Batori (Hg.), Städtische Gesellschaft und Reformation. Kleine Schriften 2 (= Spätmittelalter und Frühe Neuzeit 12), Stuttgart 1980, 58–96.
- Furger*, Fridolin, Zum Verlagssystem als Organisationsform des Frühkapitalismus im Textilgewerbe, München 1927.
- Gadient*, Rudolf, Bettler, Frevler, Armenhändler, Zürich 1991.
- Gengler*, Heinrich G., Deutsche Stadtrechte des Mittelalters (Quellen zu den Stadtrechten von Aichach, Amberg, Donauwörth, Friedberg, Ingolstadt, Landsberg, Landshut, München, Rain, Schongau, Traunstein), Nürnberg 1852.
- Gerhard*, Hans-Jürgen, Löhne im vor- und frühindustriellen Deutschland. Materialien zur Entwicklung von Lohnsätzen von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts (= Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 7), Göttingen 1984.
- Gerstner*, Joseph, Geschichte der Stadt Ingolstadt in Oberbayern, München 1853.
- Gerteis*, Klaus, Die deutschen Städte in der Frühen Neuzeit. Zur Vorgeschichte der 'bürgerlichen Welt', Darmstadt 1986.
- Geschichte des alpinen Salzwesens. Vorträge, gehalten anlässlich der Tagung des Geschichtsausschusses der Gesellschaft Dt. Metallhütten- und Bergleute in Berchtesgaden 16. bis 18. Oktober 1980 (= Leobener Grüne Hefte NF 3), Wien 1982.
- Gierke*, Otto von, Das deutsche Genossenschaftsrecht, Bd. 1, Berlin 1868.
- Gierl*, Irmgard, Die Einrichtung der Weilheimer Bürgerhäuser von 1650–1724, in: Bayerisches Jahrbuch f. Volkskunde 1969, 120–124.
- Glaser*, Hubert (Hg.), Kurfürst Max Emanuel. Bayern und Europa um 1700, Bd. 1: Zur Geschichte und Kunstgeschichte der Max-Emanuel-Zeit, München 1976.
- Gleba*, Gudrun, Die Gemeinde als alternatives Ordnungsmodell. Zur sozialen und politischen Differenzierung des Gemeindebegriffs in den innerstädtischen Auseinandersetzungen des 14. und 15. Jahrhunderts, Mainz, Magdeburg, München, Lübeck (= Böhlau Dissertationen zur mittelalterlichen Geschichte 7), Köln/Wien 1989.
- Gräf*, Holger Th., The Impact of Territorial state building on German small towns, c. 1500–1800, in: Peter Clark (Hg.), Towns and Networks in Early Modern Europe, Leicester 1990, 56–66.
- Ders.*, Kleinstädte in Hessen, 1500–1800, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins NF 76 (1991), 13–34.
- Ders.*, Small Towns in Early Modern Germany: The Case of Hesse 1500–1800, in: Peter Clark (Hg.), Small Towns in Early Modern Europe (= Themes in International Urban History, 3), Cambridge 1995, 184–205.
- Grassinger*, Joseph, Geschichte der Pfarrei und des Marktes Aibling, 3 Teile, in: OA 18 (1857), 16–112, 163–224, 227–298.
- Gritzner*, Maximilian, Bayerisches Adels-Repertorium der letzten drei Jahrhunderte, Gölitz 1880.
- Gruber*, Christian, Die Bedeutung der Isar als Verkehrsstraße. Wissenschaftliche Beilage zum 22. Jahresbericht der Handelsschule der Kgl. Haupt- und Residenzstadt München, München 1890, 1–86.

- Grünzinger, M.* Die Bürgerschaft der Stadt Ingolstadt von 1700–1750, in: SHVI 61 (1952), 31–45.
- Günter, Helmut*, Das bayerische Landrecht von 1616 (= Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte 66), 1. Halbband: Text, München 1969.
- Günther, Adolf*, Geschichte der älteren bayerischen Statistik (= Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern, 77), München 1910.
- Gutton, Jean-Pierre* La societe et les pauvres. L'exemple de la generalite de Lyon, 1534–1789, Paris 1970.
- Habicht, Bernd*, Stadt- und Landhandwerk im südlichen Niedersachsen im 18. Jahrhundert. Ein wirtschaftsgeschichtlicher Beitrag unter Berücksichtigung von Bedingungen des Zugangs zum Markt (= Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 10), Göttingen 1983.
- Hacker, Fritz*, Das Burghäuser Stadtrecht vom 21. 3. 1307, in: Burghäuser Geschichtsblätter 2 (1912/13), 1–41.
- Häberle, Eckehard, Franz Xaver* von Stubenrauch und die Auseinandersetzung zwischen Kurfürst und Landschaftsverordnung um die staatliche Wirtschaftspolitik Bayerns von 1765, in: ZbLG 37 (1974), 49–92.
- Ders.*, Zollpolitik und Integration im 18. Jahrhundert. Untersuchungen zur wirtschaftlichen und politischen Integration in Bayern von 1765 bis 1811 (= MBM 52), München 1974.
- Haenert, Franziska*, Preispolitik im Handwerk vom 16.–18. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Münchener Verhältnisse, München 1957.
- Häuserbuch der Stadt München, hg. v. Stadtarchiv München, 4 Bde. und Registerband, München 1958–1977.
- Häutle, Christian*, Altbayerische Stadtrechte, Teil 1, in: OA 45 (1888/89); Teil 2, in: OA 47 (1891/92).
- Hammermayer, Ludwig*, Staatliche Herrschaftsordnung und altständische Repräsentation, in: Andreas Kraus (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 2, 2. Aufl. München 1988, 1236–1266.
- Hanke, Gerhard*, Zur Sozialstruktur der ländlichen Siedlungen Altbayerns im 17. und 18. Jahrhundert, in: Gesellschaft und Herrschaft. Forschungen zu sozial- und landesgeschichtlichen Problemen vornehmlich in Bayern (= Eine Festgabe für Karl Bosl zum 60. Geburtstag), München 1969, 219–270.
- Ders.*, Finanzstruktur und finanzielle Lage einer altbayerischen Kleinstadt vor dem Spanischen Erbfolgekrieg. Dargestellt am Beispiel des Marktes Dachau und seiner Pfarrkirchenstiftung, in: ZbLG 41 (1978), 475–528.
- Ders.*, Zum Gesellschaftsgefüge der altbayerischen Kleinstadt im 17. und 18. Jahrhundert. Dargestellt am Beispiel des Marktes Dachau, in: Gesellschaftsgeschichte. Festschrift für Karl Bosl zum 80. Geburtstag, hg. von Ferdinand Seibt, Bd. 1, München 1988, 344–365.
- Ders.*, Witwen- und Witwerheiraten in Dachau (1700–1899), in: Amperland 27 (1991), 167–172.
- Ders.*, Zur Herkunft von Bestandteilen der Ampertracht. Anbieter auf den Dachauer Jahrmärkten der 1830er Jahre, in: Amperland 28 (1992), 346 ff.
- Ders.*, Die Versorgung des Marktes Dachau mit Ledererzeugnissen und Rauchwaren. Anbieter auf den Dachauer Jahrmärkten der 1830er Jahre, in: Amperland 28 (1992), 388 ff.
- Hartig, Otto/Mitterwieser, Alois/Moser, E.*, Bayerisches Handwerk in seinen alten Zunftordnungen, 1927.
- Hartinger, Walter*, Zur Bevölkerungs- und Sozialstruktur von Oberpfalz und Niederbayern in vorindustrieller Zeit, in: ZbLG 39 (1976), 785–822.

- Ders.*, Bayerisches Dienstbotenleben auf dem Lande vom 16. bis 18. Jahrhundert, in: ZbLG 38 (1975), 598–638.
- Hartmann*, Peter Claus, Die Subsidien- und Finanzpolitik. Kurfürst Max Emanuels von Bayern im Spanischen Erbfolgekrieg, in: ZbLG 32 (1969), 238–289.
- Ders.*, Merkantilistische Manufakturgründungsprojekte unter Kurfürst Max Emanuel von Bayern in den Jahren 1718 bis 1721, in: VSWG 56 (1969), 162–177.
- Ders.*, Luxuskäufe des Münchener Hofes in Paris (1718–1727), in: Francia 1 (1972), 350–360.
- Ders.*, Die wirtschaftlichen Initiativen und die Finanzpolitik des Kurfürsten Max Emanuel, in: Hubert Glaser (Hg.), Kurfürst Max Emanuel. Bayern und Europa um 1700, Bd. I: Zur Geschichte und Kunstgeschichte der Max-Emanuel-Zeit, München 1976, 88–94.
- Ders.*, La dette publique dans les Etats allemands au XVIII^e et au début du XIX^e siècle: la situation en Bavière, en Bade et en Prusse, in: La dette publique aux XVIII^e et XIX^e siècles. Son développement sur le plan local, régional et national. 9e Coll. International Spa, Actes (= Coll. Hist. Pro Civitate, 58), Bruxelles 1980, 277–291.
- Ders.*, Die Schuldenlast Bayerns von Kurfürst Max Emanuel bis König Ludwig I., in: Andreas Kraus (Hg.), Land und Reich. Stamm und Nation. Probleme und Perspektiven bayerischer Geschichte. Festgabe für Max Spindler zum 90. Geburtstag, Bd. 2: Frühe Neuzeit (= Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, 79), München 1984.
- Ders.*, Monarch, Hofgesellschaft und höfische Ökonomie. Wirtschaft und Gesellschaft in neuzeitlichen Residenzen, in: Kurt Andermann (Hg.), Residenzen. Aspekte hauptstädtischer Zentralität von der Frühen Neuzeit bis zum Ende der Monarchie (= Oberrheinische Studien, 10), Sigmaringen 1992, 73–82.
- Hassinger*, Herbert, Johann Joachim Becker 1635–1682. Ein Beitrag zur Geschichte des Merkantilismus, Wien 1951.
- Ders.*, Der Verkehr über Brenner und Reschen vom Ende des 13. bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Neue Beiträge zur geschichtlichen Landeskunde Tirols. Festschrift zum 70. Geburtstag von em. o. Prof. Dr. Franz Huter (= Tiroler Wirtschaftsstudien 26. Folge), Innsbruck 1969, 137–194.
- Ders.*, Forschungsbericht. Zur Verkehrsgeschichte der Alpenpässe in der vorindustriellen Zeit, in: VSWG 66 (1978), 441–465.
- Ders.*, Geschichte des Zollwesens, Handels und Verkehrs in den östlichen Alpenländern vom Spätmittelalter bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts, Bd. 1: Regionaler Teil, Erste Hälfte: West-Kärnten-Salzburg, Stuttgart 1987.
- Hauptbeschreibung der churfürstlichen Hauptstadt Ingolstadt, verfaßt den 15. Dez. anno 1762, in: SHVI 26 (1901), 1–40.
- Haushofer*, Josef, Die Bürger- und Mitwohneraufnahmen in Eggenfelden von 1548 bis 1806, 1. Teil, in: Heimat an Rott und Inn, Eggenfelden 1971, 115–168.
- Ders.*, Die Teisenbacher Marktkammerrechnung vom Jahr 1755, in: Der Storchenturm 12 (1971), 14–45.
- Ders.*, Zur Organisation der Handwerke im südöstlichen Niederbayern. Nach Quellen des 15. bis 18. Jahrhunderts, in: Der Storchenturm 14 (1972), 1–22.
- Hazzi*, Joseph, Statistische Aufschlüsse über das Herzogtum Baiern, 4 Bde., Nürnberg 1801–09.
- Ders.*, Betrachtungen über Theuerung und Noth der Vergangenheit und Gegenwart, München 1818.
- Hecker*, Erwin, München als feste Stadt und Garnison: Geschichte einer Garnisonstadt, München 1963.

- Hecker*, Hans-Joachim, Um Glaube und Recht – Die „fürstliche“ Stadt 1505 bis 1561, in: Richard Bauer (Hg.), Geschichte der Stadt München, München 1992, 148–165.
- Heerde*, Walter, Haidhausen. Geschichte einer Münchener Vorstadt (= OA 98 (1974)), München 1974.
- Heimers*, Manfred Peter, Die Strukturen einer barocken Residenzstadt – München zwischen Dreißigjährigem Krieg und dem Vorabend der Französischen Revolution, in: Richard Bauer (Hg.), Geschichte der Stadt München, München 1992, 211–245.
- Heinz*, Joachim, Bleibe im Lande, und nähre dich redlich! Zur Geschichte der pfälzischen Auswanderung vom Ende des 17. bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts (= Beiträge zur pfälzischen Geschichte 1), Kaiserslautern 1989.
- Heiserer*, Joseph, Topographische Geschichte der Stadt Wasserburg am Inn, in: OA 19 (1858/60), 251–344.
- Helm*, Reinhardt, 750 Jahre Stadt Weilheim in Oberbayern, Weilheim 1987.
- Helmbrecht*, Alois, Die Zunft der Kalt- und Kupferschmiede in Oberbayern. Ein Beitrag zur Geschichte des Zunftwesens, München 1934.
- Helmreich*, Karl, Die geschichtliche Entwicklung der bayerischen Gemeindeverfassung vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Jahre 1818, Ansbach 1909.
- Henning*, Friedrich-Wilhelm, Die Wirtschaftsstruktur mitteleuropäischer Gebiete an der Wende zum 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der gewerblichen Bereiche, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F. 63 (1971), 101–168.
- Ders.*, Das vorindustrielle Deutschland 800 bis 1800 (= Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 1), 4. Aufl. Paderborn u. a. 1985.
- Ders.*, Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, Bd. 1: Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte im Mittelalter und in der frühen Neuzeit, Paderborn 1991.
- Herold*, Eugen, Hofdienst und Hofschutz, (Diss. jur. masch.) München 1956.
- Herrmann*, Hermann, Topographische Geschichte der Stadt Reichenhall und ihrer Umgebung, in: OA 19 (1858/60), 91–166.
- Herwig*, Christoph Justus, Beiträge zur Geschichte des bayerischen Zollwesens, Bamberg 1861.
- Heydenreuter*, Reinhard, Gerichts- und Amtsprotokolle in Altbayern. Zur Entwicklung des gerichtlichen und grundherrlichen Amtsbuchwesens, in: Mitteilungen für die Archivpflege in Bayern 25/26 (1979/80), 11–46.
- Ders.*, Die Behördenreform Maximilians I., in: Hubert Glaser (Hg.), Wittelsbach und Bayern, Bd. II/1: Um Glauben und Reich. Kurfürst Maximilian I., München 1980, 237–251.
- Ders.*, Der landesherrliche Hofrat unter Herzog und Kurfürst Maximilian I. von Bayern (1598–1651) (= Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, 72), München 1981.
- Ders.*, Recht, Verfassung und Verwaltung in Bayern 1505–1946 (Ausstellungskatalog), München 1981.
- Ders.*, Kaiser Ludwig der Bayer und das Stadtrecht, in: Wilhelm Liebhart/Rudolf Wagner (Hg.), Aichach im Mittelalter, Aichach 1985, 111–130.
- Ders.*, Marktrecht und Verfassung in alter Zeit, in: Wilhelm Liebhart (Hg.), Inchenhofen. Wallfahrt, Zisterzienser, Markt, Sigmaringen 1992, 213–226.
- Ders.*, Der Magistrat als Befehlsempfänger – Die Disziplinierung der Stadtoberkeit 1579 bis 1651, in: Richard Bauer (Hg.), Geschichte der Stadt München, München 1992, 189–210.
- Hiereth*, Sebastian, Die Ottonische Handfeste von 1311 und die niederbayerischen Städte und Märkte, in: ZbLG 33 (1970), 135–154.

- Ders.*, Die bayerische Gerichts- und Verwaltungsorganisation vom 13. bis 19. Jahrhundert. Einführung zum Verständnis der Karten und Texte, München 1950.
- Ders.*, Moosburg. Rechtsentwicklung, Rechtsprechung und Verwaltung in einem niederbayerischen Landgericht (= Studien zur bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte, 12), München 1986.
- Ders.*, Die Entwicklung des Moosburger Stadtrechts von 1331 bis 1731, in: VHVfN 105 (1979), 21–76.
- Ders.*/Siegfried Massier, Geschichte des Marktes Nandlstadt, Nandlstadt 1981.
- Hildebrand, Bruno, Zur Geschichte der deutschen Wollindustrie, in: JNÖSt 6 (1866).
- Ders.*, Vergangenheit und Gegenwart der deutschen Leinenindustrie, in: JNÖSt 13 (1869).
- Hinkelmann, Sigrid, Die Bürgeraufnahmen der Stadt Dingolfing von 1743 bis 1808, in: Der Storchenturm 5 (1970), Heft 10, 20–31.
- Hintermayr, Leo, Wemding im Dreißigjährigen Krieg, Wemding 1989.
- Hitzlberger, Hans, Das Steuerbewilligungsrecht der Landstände in Bayern im Zeitalter des Absolutismus und seine Auswirkungen auf die Verfassung von 1818, (Diss. masch.) Erlangen 1949.
- Hobsbawm, Eric J., The Overall Crisis of the European Economy in the Seventeenth Century, in: Trevor Aston (Hg.), Crisis in Europe, 1560–1660. Essays from Past and Present, 3. Aufl. London 1963, 5–58; ursprünglich in: Past and Present 5 (1954), 33–53, und 6 (1954), 44–65.
- Hörger, Hermann, Der Spanische Erbfolgekrieg und die Jahre der Volkserhebung 1705/1706 nach den Pfarrmatrikeln der Hofmarken Antdorf und Habach, in: Jahrbuch des Vereins f. Augsburgs Bistumsgeschichte 6 (1972), 94–115.
- Ders.*, Kirche, Dorfreligion und bäuerliche Gesellschaft. Strukturanalysen zur gesellschaftsgebundenen Religiosität ländlicher Unterschichten des 17. bis 19. Jahrhunderts, aufgezeigt an bayerischen Beispielen, Teil 1 (= Studien zur altbayerischen Kirchengeschichte, 5), München 1978.
- Hoessle, Max von, Geschichte der Flößerei auf der Isar, Diss. München 1921.
- Hoffmann, Carl A./Roeck, Bernd, Elektronische Datenverarbeitung und Steuerbücher. Möglichkeiten und Grenzen der rechnergestützten Auswertung massenhafter Daten am Beispiel der Augsburger Steuerbücher von 1618 und 1646, in: ZHVS 81 (1988), 191–216.
- Hoffmann, Carl A., Probleme einer vergleichenden Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der altbayerischen Städte und Märkte in der frühen Neuzeit, in: Joachim Jahn/Wolfgang Hartung/Immo Eberl (Hg.), Oberdeutsche Städte im Vergleich. Mittelalter und Frühe Neuzeit (= REGIO. Forschungen zur schwäbischen Regionalgeschichte, 2), Sigmaringendorf 1989, 138–157.
- Ders.*, Der Markt Trostberg in der Frühen Neuzeit. Aspekte der demographischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung eines altbayerischen Marktes, in: OA 114 (1990), 7–140.
- Ders.*, Wurzeln der Trostberger Gegenwart. Die Entwicklung von der Ackerbürgersiedlung zur Industriestadt, in: Der Heimatspiegel. Beilage zum Trostberger Tagblatt, 1990/5–8.
- Ders.*, Aspekte des sozialen und wirtschaftlichen Wandels im ländlichen Bereich Altbayerns. Dargestellt am Beispiel des Bezirks Bruck im 19. Jahrhundert, in: ZbLG 54 (1991), 435–488.
- Ders.*, Die reformierte Ratswahlordnung für oberbayerische Städte und Märkte vom Anfang des 16. Jahrhunderts, in: Elisabeth Lukas-Götz u. a. (Hg.), Quellen zur Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte bayerischer Städte in Spätmittelalter und Früher Neuzeit, Festgabe für Wilhelm Störmer zum 65. Geburtstag (= Materialien zur bayerischen Landesgeschichte 11), München 1993, 1–16.

- Ders.*, Die kurfürstlichen Instruktionen für die Magistrate der bayerischen Städte und Märkte aus den Jahren 1670 und 1748, in: Elisabeth *Lukas-Götz* u. a. (Hg.), Quellen zur Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte bayerischer Städte in Spätmittelalter und Früher Neuzeit, Festgabe für Wilhelm Störmer zum 65. Geburtstag (= Materialien zur bayerischen Landesgeschichte, 11), München 1993, 271–320.
- Hoffmann*, Ludwig, Geschichte der direkten Steuern in Bayern vom Ende des 13. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, Leipzig 1883.
- Hoffmeister*, Alexander von, Das Medizinalwesen im Kurfürstentum Bayern. Wirken und Einfluß der Leib- und Hofärzte auf Gesetzgebung und Organisation, München 1975.
- Hofmann*, Siegfried, Der Rat der Stadt Ingolstadt und die Gegenreformation im Spiegel der Ratsprotokolle der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts, in: SHVI 73 (1964), 5–25, und 75 (1966), 5–17.
- Ders.*, Das Privilegienbuch der Stadt, in: Theodor *Müller*/Wilhelm *Reissmüller* (Hg.), Ingolstadt. Die Herzogsstadt. Die Universitätsstadt. Die Festung, Bd. 1, Ingolstadt 1974, 425–452.
- Ders.*, Die soziale Struktur der Bevölkerung Ingolstadts im ausgehenden 17. Jahrhundert, in: SHVI 74 (1975), 15–53.
- Ders.*, Der Haushalt der Stadt Ingolstadt von 1614–1700 aufgrund der Stadtkammerrechnungen, 2 Teile, in: SHVI 78 (1969) 5–44, 79 (1979), 5–50.
- Hofmann*, Siegfried, Beiträge zu einer Chronik der Stadt Schongau (bis 1700), in: Lech-Isar-Land 1968, 1–51.
- Ders.*, Beiträge zu einer Chronik der Stadt Schongau (1700–1777), in: Lech-Isar-Land 1969, 13–63.
- Ders.*, Beiträge zu einer Chronik der Stadt Schongau (1777–1797), in: Lech-Isar-Land 1970, 31–45.
- Ders.*, Beiträge zu einer Chronik der Stadt Schongau, in: Lech-Isar-Land 1971, 18–41.
- Ders.*, Kurze Stadtgeschichte von Schongau, in: Lech-Isar-Land 1974, 146–150.
- Ders.*, Chronik der Stadt Schongau, in: Lech-Isar-Land 1975, 45–81.
- Ders.*, Große Armut der Schongauer Bürgerschaft 1677, in: Lech-Isar-Land 1984, 115.
- Hofpfalzgrafen-Register, hg. v. Herold Verein f. Heraldik, Genealogie und verwandte Wissenschaften, Bd. 1, Berlin 1964.
- Hornung*, Hans, Beiträge zur inneren Geschichte Bayerns vom 16. bis 18. Jahrhundert aus den Umrissprotokollen der Rentmeister des Rentamtes Burghausen, München 1915.
- Hubatsch*, Walther, Ziele und Maßnahmen landesherrlicher Politik im Absolutismus gegenüber den Städten aus der Sicht des Verwaltungshistorikers, in: Volker *Press* (Hg.), Städtewesen und Merkantilismus in Mitteleuropa (= Städteforschung, Reihe A 14), Köln/Wien 1983, 30–44.
- Huber*, Johann Georg Bonifaz, Geschichte der Stadt Burghausen, Burghausen 1862.
- Huebner*, Lorenz, Beschreibung der kurbaierischen Haupt- und Residenzstadt Muenchen und ihrer Umgebung, verbunden mit ihrer Geschichte, zweite Abteilung: Statistik, München 1805.
- Hüttl*, Ludwig, Caspar von Schmid (1622–1693), ein kurbayerischer Staatsmann aus dem Zeitalter Ludwigs XIV. (= MBM, 29), München 1971.
- Ders.*, Die Politik des bayerischen Kurfürsten Max Emanuel im Lichte der französischen und österreichischer Quellen, in: ZbLG 39 (1976), 693–775.
- Hugendubel*, Wolf, Studien zur bayerischen Handwerksverfassung im 17. und 18. Jahrhundert. Die Landesgesetzgebung in d. Reichsschluß von 1731, Saarbrücken 1976.
- Huhn*, Adalbert, Geschichte des Spitales, der Kirche und der Pfarrei zum heiligen Geiste in München, München 1893.

- Huntemann*, Hans, Bierproduktion und Bierverbrauch in Deutschland vom 15. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1970.
- Imhof*, Arthur E., Demographische Stadtstrukturen in der frühen Neuzeit, in: Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege 2 (1975), 190–227.
- Ders.*, Entwicklung der Lebenserwartung in Deutschland (17. bis 19. Jahrhundert), Weinheim 1990.
- Immler*, Gerhard, Kurfürst Maximilian I. und die Kirche. Aspekte seiner Finanzpolitik während des Dreißigjährigen Krieges, in: ZbLG 51 (1988), 387–409.
- Ders.*, Dorfentwicklung und Klosterherrschaft. Tüntenhäuser in der Frühen Neuzeit (16.–18. Jahrhundert), in: Ferdinand *Kramer* (Hg.), Tüntenhäuser. Vom Herrenhof zum Wallfahrtsdorf. Geschichtliche Grundlagen seiner Dorfentwicklung, Weißenhorn 1991, 61–72.
- Ipsen*, Gunther, Bevölkerungsgeschichte, in: Wolfgang *Köllmann* / Peter *Marschalck* (Hg.), Bevölkerungsgeschichte (= Neue wissenschaftliche Bibliothek, 54. Geschichte), Köln 1972, 84–92.
- Irsigler*, Franz, Stadt und Umland in der historischen Forschung: Theorien und Konzepte, in: Neithard *Bulst* / Jochen *Hooch* / Franz *Irsigler* (Hg.), Bevölkerung, Wirtschaft und Gesellschaft. Stadt-Land-Beziehungen in Deutschland und Frankreich 14. bis 19. Jahrhundert, Trier 1983, 13–38.
- Isenmann*, Eberhard, Die deutsche Stadt im Spätmittelalter 1250–1500. Stadtgestalt, Recht, Stadtrecht, Kirche, Gesellschaft, Wirtschaft (= UTB für Wissenschaft. Große Reihe), Stuttgart 1988.
- Jahn*, Georg, Zur Gewerbepolitik der deutschen Landesfürsten vom 16. bis 18. Jahrhundert, Leipzig 1909.
- Jahn*, Joachim, Augsburgs Einwohnerzahl im 16. Jahrhundert. Ein statistischer Versuch, in: ZbLG 39 (1976), 379–396.
- Jahn*, Joachim / *Hartung*, Wolfgang (Hg.), Gewerbe und Handel vor der Industrialisierung. Regionale und überregionale Verflechtungen im 17. und 18. Jahrhundert (= Regio Historica. Forschungen zur süddeutschen Regionalgeschichte 1), Sigmaringendorf 1991.
- Jecht*, Horst, Studien zur gesellschaftlichen Struktur mittelalterlicher Städte, in: VSWG 19 (1926), 48–85.
- Johanek*, Peter (Hg.), Vorträge und Forschungen zur Residenzenfrage (= Residenzenforschung 1), Sigmaringen 1990.
- Jütte*, Robert, Obrigkeitliche Armenfürsorge in deutschen Reichsstädten der frühen Neuzeit. Städtisches Armenwesen in Frankfurt am Main und Köln (= Kölner historische Abhandlungen, 31), Köln/Wien 1984.
- Kaltenstadler*, Wilhelm, Bayerische Zollverfassung und Zollpolitik 1769–77. Beiträge zur bayerisch-österreichischen Handelspolitik, in: ZbLG 30 (1967), 654–730.
- Kaphan*, Fritz, Der Zusammenbruch der deutschen Kreditwirtschaft im 17. Jahrhundert und der Dreißigjährige Krieg, in: Deutsche Geschichtsblätter 13 (1912), 139–162.
- Karaisl von Karais*, Franz von, Zur Geschichte des Münchener Patriziats (= Schriften des Bayerischen Landesvereins f. Familienkunde e.V., 5), Kallmünz 1938.
- Ders.*, Beiträge zur Geschichte des bürgerlichen Bräuwesens in München bis um 1800 (= Beiträge zur Entwicklung des Braugewerbes in den städtischen Gemeinwesen, 3), Berlin 1940.
- Karner*, Stefan, Zur Ausgabenstruktur einer frühneuzeitlichen Kleinstadt in Österreich: Möglichkeiten beim Einsatz der EDV, in: VSWG 71 (1984), 357–376.
- Kasenbacher*, Anton, Traunstein, Grabenstätt 1982.

- Kaufhold*, Karl Heinrich, Grundzüge des handwerklichen Lebensstandards in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: Werner *Conze* / Ulrich *Engelhardt* (Hg.), Arbeiter im Industrialisierungsprozeß (= Industrielle Welt, 28), Stuttgart 1979, 156–162.
- Ders.*, Das Deutsche Gewerbe am Ende des 18. Jahrhunderts. Handwerk, Verlag und Manufaktur, in: Helmut *Berding* / Hans-Peter *Ullmann* (Hg.), Deutschland zwischen Revolution und Restauration, Königstein/Ts. 1981, 311–327.
- Ders.*, Handwerksgeschichtliche Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Überlegungen zur Entwicklung und zum Stande, in: Ulrich *Engelhardt* (Hg.), Handwerk in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, (= Industrielle Welt, 37), Stuttgart 1984, 20–36.
- Ders.*, Gewerbelandschaften in der frühen Neuzeit (1650–1800), in: Hans *Pohl* (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften bis ins 20. Jahrhundert (VSWG Beihefte 78), Stuttgart 1986, 112–202.
- Kellenbenz*, Hermann, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Bd. I: Von den Anfängen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, München 1977.
- Ders.*, Die Graubündner Pässe im Rahmen der Verkehrsbeziehungen zwischen Oberdeutschland und Italien (Ende Mittelalter – frühe Neuzeit), in: Uta Lindgren (Hg.), Alpenübergänge vor 1850. Landkarten – Straßen – Verkehr (= Beihefte 83 der VSWG), Wiesbaden/Stuttgart 1987, 27–46.
- Ders.*, Die europäische Wirtschaft um die Mitte des 17. Jahrhunderts und die Alpenpässe, in: Louis *Carlen* / Gabriel *Imboden* (Hg.), Wirtschaft des alpinen Raums im 17. Jahrhundert, Brig 1988, 15–32.
- Ders.*, Verfassungsentwicklung und Stadtwirtschaft in der Frühen Neuzeit, in: Michael *Stolleis* (Hg.), Recht, Verfassung und Verwaltung in der frühneuzeitlichen Stadt, Köln/Wien 1991, 1–18.
- Kellermann*, Hans, Der Merkantilismus in Bayern, (Diss. masch.) München o. J.
- Keyser*, Erich (Hg.), Bibliographie zur Städtegeschichte Deutschlands, Köln/Wien 1969.
- Ders.*, Bevölkerungsgeschichte Deutschlands, Leipzig 1941.
- Ders.* / *Stoob*, Heinz (Hg.), Bayerisches Städtebuch Teil 2 (= Deutsches Städtebuch. Handbuch der städtischen Geschichte, V/2), Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1974.
- Kießling*, Rolf, Herrschaft-Markt-Landbesitz. Aspekte der Zentralität und der Stadt-Land-Beziehungen spätmittelalterlicher Städte an ostschwäbischen Beispielen, in: Emil *Meynen* (Hg.), Zentralität als Problem der mittelalterlichen Stadtgeschichtsforschung (= Städteforschung, 8), Köln/Wien 1979, 180–218.
- Ders.*, Umlandpolitik, wirtschaftliche Verflechtung und innerstädtischer Konflikt in den schwäbischen Reichsstädten an der Wende vom Mittelalter zur Frühen Neuzeit, in: Joachim *Jahn* / Wolfgang *Hartung* / Immo *Eberl* (Hg.), Oberdeutsche Städte im Vergleich. Mittelalter und Frühe Neuzeit (= REGIO. Forschungen zur schwäbischen Regionalgeschichte, 2), Sigmaringendorf 1989, 115–137.
- Ders.*, Die Stadt und ihr Land. Umlandpolitik, Bürgerbesitz und Wirtschaftsgefüge in Ostschwaben vom 14. bis ins 16. Jahrhundert (= Städteforschung, Reihe A 29), Köln/Wien 1989.
- Ders.*, Entwicklungstendenzen im ostschwäbischen Textilrevier während der Frühen Neuzeit, in: Joachim *Jahn* / Wolfgang *Hartung* (Hg.), Gewerbe und Handel vor der Industrialisierung. Regionale und überregionale Verflechtungen im 17. und 18. Jahrhundert (= Regio Historica. Forschungen zur süddeutschen Regionalgeschichte, 1), Sigmaringendorf 1991, S. 27–48.
- Kilian*, Hendrikje, Die jüdische Gemeinde in München 1813–1871 (= MBM 145), München 1989.
- Kindermann*, Gottfried-Karl, Zur Methodik der internationalen Konstellationsanalyse, in: *ders.* (Hg.), Grundelemente der Weltpolitik (= Serie Piper, 224), 2. Aufl. München 1981, 68–106.

- Kirchgässner, Bernhard/Reuter, Fritz* (Hg.), Städtische Randgruppen und Minderheiten (= Stadt in der Geschichte. Veröff. des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung 13). Sigmaringen 1986.
- Kirchgässner, Bernhard/Scholtz, Gunter* (Hg.), Stadt und Krieg (Stadt in der Geschichte. Veröff. des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung. 15). Sigmaringen 1989.
- Kirchgässner, Bernhard*, Probleme quantitativer Erfassung städt. Unterschichten im Spätmittelalter, besonders in den Reichsstädten Konstanz und Esslingen, in: Erich Maschke/Jürgen Sydow (Hg.), Gesellschaftliche Unterschichten in den südwestdeutschen Städten (= Veröff. der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Forschungen 41), Stuttgart 1967, 75–89.
- Kisskalt, Karl*, Epidemiologisch-statistische Untersuchungen über die Sterblichkeit von 1600–1800, in: Archiv für Hygiene und Bakteriologie 137 (1953), 27–42.
- Klebel, Ernst*, Die Städte und Märkte des bayerischen Stammesgebietes in der Siedlungsgeschichte, in: ZbLG 12 (1940), 37–95.
- Klebel, Hubert*, Das Pauperproblem in der Zeit des Spätmerkantilismus und beginnenden Liberalismus in Bayern. Eine sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Untersuchung zur Entwicklung der Arbeitsverhältnisse und der staatlichen Wohlfahrtspolitik, (Diss. masch.) München 1953.
- Klein, Ernst*, Die öffentlichen Finanzen in Deutschland (1500–1870) (= Wissenschaftliche Paperbacks, 6. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte), Wiesbaden 1974.
- Ders.*, Die Tuchweberei am unteren Inn und an der unteren Salzach im 15. und 16. Jahrhundert nach Salzburger Quellen, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde 106 (1966), 115–139.
- Klein, J. W.*, Ueber Armuth, Abstellung des Bettelns und Versorgung der Armen, Nördlingen 1792.
- Kneschke, Ernst Heinrich* (Hg.), Neues allgemeines Deutsches Adels-Lexicon, Bd. III, Leipzig 1929.
- Knittler, Herbert*, Städte und Märkte. Herrschaftsstruktur und Ständebildung, Bd. 2, München 1973.
- Koch-Sternfeld, Josef Ernst von*, Die deutschen, insbesondere bayerischen und österreichischen Salzwerke zunächst im Mittelalter, München 1836 (Neudruck Aalen 1969).
- Kocka, Jürgen*, Sozialgeschichte. Begriff-Entwicklung-Probleme (= Kleine Vandenhoeck-Reihe, 1434), 2. Aufl. Göttingen 1986.
- Koenigsberger, Helmut Georg*, Die Krise des 17. Jahrhunderts, in: ZHF 9 (1982), 143–165.
- Koerner, Fritz*, Die Bevölkerungszahl und -dichte in Mitteleuropa zum Beginn der Neuzeit, in: Forschungen und Fortschritte 33 (11), 325–331.
- Kohl, Werner*, Recht und Geschichte der alten Münchener Mühlen (= MBM 15), München 1969.
- Kramm, Heinrich*, Studien über die Oberschichten der mitteldeutschen Städte im 16. Jahrhundert, 2 Teilbände, Köln/Wien 1981.
- Kraus, Andreas*, Die Residenz und ihre geistigen, künstlerischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen im 19. Jahrhundert, dargestellt am Beispiel Münchens, in: BILDtLg 123 (1987), 83–125.
- Ders.*, Geschichte Bayerns. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 2. Aufl. München 1988.
- Ders.* (Hg. in Nachfolge von Max Spindler), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 2: Das alte Bayern. Der Territorialstaat vom Ausgang des 12. Jahrhunderts bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, 2. Aufl. München 1988.
- Ders.*, Maximilian I. Bayerns großer Kurfürst, Graz u. a. 1990.

- Krause, Hermann*, Dauer und Vergänglichkeit im mittelalterlichen Recht, in: ZRG GA 75 (1958), 206–251.
- Kreil, Dieter*, Der Stadthaushalt von Schwäbisch Hall im 15./16. Jahrhundert. Eine finanzgeschichtliche Untersuchung (= Forschungen aus Württembergisch-Franken, 1), Schwäbisch Hall 1967.
- Kreilinger, Kilian*, Trostberg St. Andreas mit Nebenkirchen. Mariä Himmelfahrt Schwarzau (= Schnell Kunstführer, 1649), München/Zürich 1988.
- Kreittmayr, Wiguläus Xaverius Aloysius Frhr. v.*, Anmerkungen über den Codicem Maximilianeum Bavaricum Civilem, V. Theil, München 1844.
- Krenner, Franz von*, Der Landtag im Churfürstenthum Baiern vom Jahre 1669, o. O. 1802.
- Ders.*, Der Landtag im Herzogthum Baiern vom Jahre 1612, o. O. 1805.
- Kriechbaum, Eduard*, Alte Salzstraßen zwischen Alpen und Böhmen, in: Archiv für Landes- und Volksforschung 2 (1938), 417–433.
- Kriedte, Peter/Medick, Hans/Schlumbohm, Jürgen*, Industrialisierung vor der Industrialisierung. Gewerbliche Warenproduktion auf dem Land in der Formierungsperiode des Kapitalismus (= Veröff. des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 53), Göttingen 1977.
- Kriedte, Peter*, Die Stadt im Prozeß der europäischen Proto-Industrialisierung, in: Die alte Stadt 9 (1982), 19–51.
- Kreuter, B.*, Beiträge zur Geschichte der Wollengewerbe in Bayern im Zeitalter des Merkantilsystems, in: OA 50 (1897/98), 231–338.
- Kronshage, Walter*, Die Bevölkerung Göttingens. Ein demographischer Beitrag zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte vom 14. bis 17. Jahrhundert (= Studien zur Geschichte der Stadt Göttingen, 1), Göttingen 1960.
- Kruedener, Jürgen v.*, Die Rolle des Hofes im Absolutismus (= Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 19), Stuttgart 1973.
- Ders.*, Die Rolle des Hofes im absoluten Fürstenstaat am Beispiel des bayerischen Hofes zur Zeit des Kurfürsten Max Emanuel, in: Hubert Glaser (Hg.), Kurfürst Max Emanuel. Bayern und Europa um 1700, Bd. I: Zur Geschichte und Kunstgeschichte der Max-Emanuel-Zeit, München 1976, 113–124.
- Krüger, Kersten* (Hg.), Sozialstruktur der Stadt Oldenburg 1630 und 1678, Oldenburg 1986.
- Ksoll, Margit*, Die wirtschaftlichen Verhältnisse des bayerischen Adels 1600 bis 1679. Dargestellt an den Familien Törring-Jettenbach, Törring zum Stein sowie Haslang zu Haslangkreit und Haslang zu Hohenkammer (= Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, 83), München 1986.
- Küther, Carsten*, Menschen auf der Straße. Vagierende Unterschichten in Bayern, Franken und Schwaben in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 56), Göttingen 1983.
- Kuhn, Hanns*, Einbürgerungen in Ingolstadt 1523 – 64, in: SHVI 55 (1937), 30–39.
- Kunstmann, Friedrich*, Die Volkszählung im Amte Wildenwart nach einer Beschreibung vom 27. November 1679, in: OA 16 (1856/57), 330–332.
- Kunze, Michael*, Zum Kompetenzkonflikt zwischen städtischer und herzoglicher Strafgerichtsbarkeit in Münchener Hexenprozessen, in: ZRG GA 87 (1970), 305–314.
- Lampe, Th.*, Die fahrenden Leute in der deutschen Vergangenheit (= Monographien zur deutschen Kulturgeschichte, 10), Leipzig 1902.
- Landau, Johann*, Die Arbeiterfrage in Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert und ihre Behandlung in der deutschen Kameralwissenschaft. Studien zur Frage der Entstehung und des Ursprungs arbeitspolitischer Probleme und Ideen der Neuzeit, Zürich 1915.

- Landrecht/Policey: Gerichts- Malefiz- vnd andere Ordnungen des Fürstenthumben Obern vnd Nidern Bayrn. München 1616.
- Lanzinner*, Maximilian, Fürst, Räte und Landstände. Die Entstehung der Zentralbehörden in Bayern 1511–1598 (= Veröff. des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 61), Göttingen 1979.
- Lauffer*, Wolfgang, Die Sozialstruktur der Stadt Trier in der frühen Neuzeit (= Rheinisches Archiv, 86), Bonn 1973.
- Lederer*, Wilhelm, Bürgerbuch der Stadt Kulmbach 1250–1769 (= Die Plessenburg, 26), Kulmbach 1967.
- Lee*, Robert W., Zur Bevölkerungsgeschichte Bayerns 1750–1850. Britische Forschungsergebnisse, in: VSWG 62 (1975), 309–338.
- Lehmbruch*, Hans, Aspekte der Stadtentwicklung Münchens 1775–1825, in: Winfried *Nerdinger* (Hg.), Klassizismus in Bayern, Schwaben und Franken. Ausstellungskatalog. München 1980, 29–36.
- Ders.*, Ein neues München: Stadtplanung und Stadtentwicklung um 1800. Forschungen und Dokumente. Eine Festgabe des Historischen Vereins von Oberbayern zum 150. Gründungsjubiläum, Buchendorf 1987.
- Leidl*, Georg, Rechtsgeschichte der Stadt Burghausen a. d. Salzach bis zum Ausgang des Mittelalters (= Burghauser Geschichtsblätter, 27), Burghausen 1960.
- Leiser*, Wolfgang, Strafgerichtsbarkeit in Süddeutschland. Formen und Entwicklungen (= Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte, 9), Köln/Wien 1971.
- Leiss*, Hans, Beiträge zur Entwicklung von Stadt und Markt in Niederbayern vom 10. bis 15. Jahrhundert, Erlangen 1936.
- Leitschuh*, Max, Auswirkungen des Spanischen Erbfolgekrieges auf die Klöster Benediktbeuren und Tegernsee sowie auf das Münchner Jesuitengymnasium, in: Beiträge zur altbayerischen Kirchengeschichte 24/1 (1970), 90–99.
- Lerner*, Franz, Die Haupthandelswege zur Frankfurter Messe. Ein Zufallsfund aus dem 18. Jahrhundert, in: VSWG 79 (1992), 177–188.
- Le Roy Ladurie*, Emmanuel (Hg.), La Ville Classique de la Renaissance aux Révolutions (= George Duby, Histoire de la France urbaine, 3), Paris 1981.
- Letzing*, Heinrich, Die Geschichte des Bierbrauwesens der Wittelsbacher. Die Gründung des Hofbräuhauses München und die Entstehung des herzoglichen Weißbiermonopols in der Auseinandersetzung mit den Landständen bis zum Landtag von 1612 sowie die Grundlagen des Bierzwangs. Studien zum Staatshaushalt, zur Verwaltungspraxis, zur Wirtschafts-, sozial- und Agrargeschichte des Alten Bayern, Augsburg 1995.
- Lieberich*, Heinz, Das ländliche Handwerk in Altbayern vom 16.–18. Jahrhundert, in: Mitteilungen für die Archivpflege in Oberbayern 27 (1947), 721–740.
- Ders.*, Der Bürgerstand in der bayerischen Landschaft, in: Mitteilungen für die Archivpflege in Oberbayern 24 (1945), 653–665; erneuter Abdruck in *ders.*, Die bayerischen Landstände 1313/40–1807 (= Materialien zur bay. Landesgeschichte, 7), München 1990, 223–238.
- Ders.*, Die bayerischen Landstände 1313/40–1807 (= Materialien zur bay. Landesgeschichte, 7), München 1990.
- Ders.*, Übersicht über die Gerichtsprotokolle der oberbayerischen Städte und Märkte, in: Mitteilungen für die Archivpflege in Oberbayern 1 (1940), 1–40.
- Ders.*, Rittermäßigkeit und bürgerliche Gleichheit. Anmerkungen zur gesellschaftlichen Stellung des Bürgers im Mittelalter, in: Sten *Gagnér*/Hans *Schlosser*/Wolfgang *Wiegand* (Hg.), Festschrift für Hermann Krause, Köln/Wien 1975, 66–93.
- Liebhart*, Wilhelm, Kloster, Wallfahrt und Markt in Oberbayern, in: StMOSB 88 (1977).

- Ders.*, Die Marktgründung in Aindling im 15. Jahrhundert, in: Altbayern in Schwaben 1977/78, 82–108.
- Ders.*, Gesellschaft und Wirtschaft, in: *ders.*/Rudolf Wagner (Hg.), Aichach im Mittelalter, Aichach 1985, 223–234.
- Ders.*, Bürgermeister, Rat und Verwaltung, in: *ders.*/Rudolf Wagner (Hg.), Aichach im Mittelalter, Aichach 1985, 235–246.
- Liermann*, Hans, Handbuch des Stiftungsrechts, Bd. 1: Geschichte des Stiftungsrechts, Tübingen 1963.
- Lindgren*, Uta, Europas Armut. Probleme, Methoden, Ergebnisse einer Untersuchungsserie, in: *Saeculum* 28 (1977), 396–418.
- Dies.*, Alpenübergänge von Bayern nach Italien 1500 – 1850. Landkarten – Straßen – Verkehr mit einem Beitrag von Ludwig Pauli, München 1986.
- Lippmann*, Karl, Das Ewiggeld in München, Dachau 1910.
- Listl*, Rosemarie, Die Ingolstädter Handwerkerverbände bis zur beginnenden Neuzeit im Rahmen der allgemeinen Entwicklung des Zunftwesens in Deutschland, (Diss. masch.) München 1955.
- Dies.*, Die Ingolstädter Handwerkerverbände bis zur beginnenden Neuzeit im Rahmen der allgemeinen Entwicklung des Zunftwesens in Deutschland, in: *SHVI* 66 (1957), 3–46.
- Löffelmeier*, Anton, Die Ordnung für den Münchner Stadtoberichter aus dem Jahre 1560, in: Elisabeth *Lukas-Götz* u. a. (Hg.), Quellen zur Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte bayerischer Städte in Spätmittelalter und Früher Neuzeit, Festgabe für Wilhelm Störmer zum 65. Geburtstag (= Materialien zur bayerischen Landesgeschichte, 11), München 1993, 47–90.
- Looz-Corswarem*, Clemens Graf von, Das Finanzwesen der Stadt Köln im 18. Jahrhundert. Beitrag zur Verwaltungsgeschichte einer Reichsstadt, Köln 1978.
- Lukas-Götz*, Elisabeth, Zur sozialen Struktur Münchens im 16. Jahrhundert. Eine Auswertung des Münchner Häuserbuchs, (Magisterarbeit masch.) München 1987.
- Dies.*, Die Münchner Steuerordnung aus dem Jahre 1561, in: Elisabeth *Lukas-Götz* u. a. (Hg.), Quellen zur Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte bayerischer Städte in Spätmittelalter und Früher Neuzeit, Festgabe für Wilhelm Störmer zum 65. Geburtstag (= Materialien zur bayerischen Landesgeschichte, 11), München 1993, 91–132.
- Dies.*/Kramer, Ferdinand/Merz, Johannes (Hg.), Quellen zur Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte bayerischer Städte in Spätmittelalter und Früher Neuzeit, Festgabe für Wilhelm Störmer zum 65. Geburtstag (= Materialien zur bayerischen Landesgeschichte, 11), München 1993
- Lütge*, Friedrich, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Ein Überblick, 3. Aufl. Berlin/Heidelberg/New York 1979.
- Ders.*, Strukturelle und konjunkturelle Wandlungen in der deutschen Wirtschaft vor Ausbruch des Dreißigjährigen Kriegs (= Bayerische Akademie der Wissenschaften, Phil.-histor. Klasse, Sitzungsberichte, Jg. 1958 Heft 5), München 1958.
- Ders.*, Die wirtschaftliche Lage Deutschlands vor Ausbruch des Dreißigjährigen Kriegs, in: *JNÖSt* 170 (1958), 43–99, erweitert in: *ders.*, Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Gesammelte Abhandlungen, Stuttgart 1963.
- Ders.*, Die bayerische Grundherrschaft. Untersuchungen über die Agrarverfassung Altbayern im 16.–18. Jahrhundert, Stuttgart 1949.
- Ders.*, Reich und Wirtschaft. Zur Reichsgewerbe- und Reichshandelspolitik im 15.–18. Jahrhundert (Vortragsreihe der Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte, 8), 1961.
- Mackenroth*, Gerhard, Bevölkerungslehre, Berlin 1953.

- Mager, Wolfgang, Protoindustrialisierung und Protoindustrie. Vom Nutzen und Nachteil zweier Konzepte, in: *Geschichte und Gesellschaft* 14 (1988), 275–305.
- Maier, Hans, Sozialdisziplinierung – ein Begriff und seine Grenzen, in: Paulo Prodi (Hg.), *Glaube und Eid. Treueformeln, Glaubensbekenntnisse und Sozialdisziplinierung zwischen Mittelalter und Neuzeit* (= Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 28), München 1993, 237–240.
- Malisch, Kurt, Die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges auf Bayern, in: *Frieden ernährt – Krieg und Unfrieden zerstört* (= 27. Jahrbuch des historischen Vereins für Nördlingen und das Ries), Nördlingen 1985, 91–120.
- Mann, Harald Johannes, Die Stadt Rain und der Dreißigjährige Krieg. Die Schlacht bei Rain vom 14./15. April 1632 im geschichtlichen Zusammenhang, Rain 1984.
- Martin, A., Topographie und Statistik des Königlich Bayerischen Landgerichts Au bei München, mit Berücksichtigung der medizinischen Verhältnisse desselben, München 1837.
- Maschke, Erich, Die Unterschichten der mittelalterlichen Städte Deutschlands, in: ders./Jürgen Sydow (Hg.), *Gesellschaftliche Unterschichten in den südwestdeutschen Städten* (= Veröff. d. Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Forschungen 41), Stuttgart 1967, 1–74.
- Ders., Mittelschichten in den deutschen Städten des Mittelalters, in: ders./Jürgen Sydow (Hg.), *Städtische Mittelschichten* (= Veröff. d. Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Forschungen, 69), Stuttgart 1972, 1–31.
- Ders., Die Schichtung der mittelalterlichen Stadtbevölkerung Deutschlands als Problem der Forschung, in: *Mélanges en honneur de Fernand Brandel. Méthodologie de l'histoire et des sciences humaines*. Toulouse 1975, 367–376.
- Ders., Städte und Menschen. Beiträge zur Geschichte der Stadt, der Wirtschaft und Gesellschaft 1959–1977, Wiesbaden 1980.
- Maschke, Erich/Sydow, Jürgen (Hg.), *Gesellschaftliche Unterschichten in den südwestdeutschen Städten* (= Veröff. der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Forschungen 41), Stuttgart 1967.
- Dies. (Hg.), *Verwaltung und Gesellschaft in der südwestdeutschen Stadt des 17. und 18. Jahrhunderts* (= Veröff. d. Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Forschungen, 58), Stuttgart 1969.
- Dies. (Hg.), *Städtische Mittelschichten* (= Veröff. d. Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Forschungen, 69), Stuttgart 1972.
- Dies. (Hg.), *Städtisches Haushalts- und Rechnungswesen* (= Stadt in der Geschichte, 2), Sigmaringen 1977.
- Mathis, Franz, *Zur Bevölkerungsstruktur österreichischer Städte im 17. Jahrhundert* (= Sozial- und wirtschaftshistorische Studien, 11), München 1977.
- Ders., Quantitative Methoden zur Erforschung von Sozialstrukturen vorindustrieller Städte, in: *Veröffentlichungen des Verbandes österreichischer Geschichtsvereine* 21 (1977), 107–127.
- Ders., Quantitative Methoden zur Erforschung von Sozialstrukturen vorindustrieller Städte, in: *Bericht über den 13. österr. Historikertag in Klagenfurt 1976*, Wien 1977, 107–127.
- Ders./Riedmann, Josef (Hg.), *Exportgewerbe und Außenhandel vor der industriellen Revolution*. Festschrift für Univ.-Prof. Dr. Georg Zwanowetz (= Veröffentlichung in der Univ. Innsbruck, 142), Innsbruck 1984.
- Mauersberg, Hans, *Wirtschafts- und Sozialgeschichte zentraleuropäischer Städte in neuerer Zeit*. Dargestellt an den Beispielen von Basel, Frankfurt a. Main, Hamburg, Hannover und München, Göttingen 1960.

- Mauerner*, Roman, Entwicklung und Funktionswandel der Märkte in Altbayern seit 1800 (= MBM, 30), München 1971.
- Mayer*, Manfred, Bayerns Handel im Mittelalter und in der Neuzeit, München 1893.
- Mayr*, Georg, Ueber die Grenzen der Vergleichbarkeit statistischer Erhebungen mit einer Skizze der Entwicklung des Handwerks in den bayerischen Städten diesseits des Rheins, München 1866.
- Meier*, Thomas, Handwerk, Hauswerk, Heimarbeit. Nichtagrarische Tätigkeiten und Erwerbsformen in einem traditionellen Ackerbaugebiet des 18. Jahrhunderts, Zürich 1986.
- Meixner*, Hans, Rosenheim und das Salz, in: Das bayerische Inn-Oberland 22 (1951), 7–39.
- Mendels*, Franklin F., Proto-Industrialization: The First Phase of the Industrialization Process, in: Journal of Economic History 32 (1972), 241–261.
- Merian*, Matthaeus, Topographia Bavariae, 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1657 (Neudruck Kassel/Basel 1962).
- Mertl*, Leonhard, Die Münchener Zünfte von ihrer Entstehung bis zum Ausgang des Dreißigjährigen Krieges, deren Verfassung und Gerichtsbarkeit, (Diss. masch.) München 1922; gekürzte Druckfassung nicht paginiert.
- Meyer*, F., Das Wirken der landesherrlichen Gewalt in München, (Diss. masch.) Erlangen 1954.
- Meynen*, Emil (Hg.), Zentralität als Problem der mittelalterlichen Stadtgeschichtsforschung (= Städteforschung, 8), Köln/Wien 1979.
- Meyr*, Georg Karl (Hg.), Sammlung der Kurpfalz-Baierischen allgemeinen und besonderen Landes-Verordnungen, Bd. 1 München 1784, Bd. 2 München 1784, Bd. 3 München 1788, Bd. 4 München 1788, Bd. 5 München 1797, Bd. 6 München 1799... (zitiert MGS I...).
- Mitterauer*, Michael, Markt und Stadt im Mittelalter. Beiträge zur historischen Zentralitätsforschung (= Monographien zur Geschichte des Mittelalters, 21), Stuttgart 1980.
- Ders.*, Das Problem der zentralen Orte als sozial- und wirtschaftshistorische Forschungsaufgabe, in: VSWG 58 (1971), 433–467, und in: *ders.*, Markt und Stadt im Mittelalter. Beiträge zur historischen Zentralitätsforschung (= Monographien zur Geschichte des Mittelalters, 21), Stuttgart 1980, 22–51.
- Mitterwieser*, Alois, Geschichte der Stiftungen und des Stiftungsrechts in Bayern, Würzburg 1907.
- Ders.*, Eine kurbayerische Volkszählung im Jahre 1679, in: Bayerland 22 (1911), 93–95.
- Ders.*, Die Märkte von Burghausen, in: Anton *Asboeck* (Hg.), 700 Jahre Stadt Burghausen. FS zur 700-Jahrfeier der Stadterhebung 1235–1935, Burghausen 1935, 65–70.
- Mollat*, Michel, Etudes sur L'Histoire de la Pauvreté, 2 Teile (= Publications de la Sorbonne, Série „Etudes“ 8), Paris 1974.
- Mols*, Roger, Die Bevölkerung Europas 1500–1700, in: Carlo M. *Cipolla*/Knut *Borchardt* (Hg.), Europäische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 2: Sechzehntes und siebzehntes Jahrhundert, Stuttgart/New York 1979, 5–49.
- Mommsen*, Hans/*Schulze*, Winfried (Hg.), Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung (= Geschichte und Gesellschaft. Bochumer Historische Studien, 24), Stuttgart 1981.
- Mottl*, Felix, Die Gerichtsverfassung der Stadt Schrobenhausen, (Diss. masch.) München 1951.
- Müller*, Johannes, Das Rodwesen Bayerns und Tirols im Spätmittelalter und zu Beginn der Neuzeit, in: VSWG 3 (1905), 362–420, VSWG 4, 556–626.

- Müller-Armack*, Alfred, Generalogie der Wirtschaftsstile. Die geistesgeschichtlichen Ursprünge der Staats- und Wirtschaftsformen bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, Stuttgart 1944.
- Neweklowsky*, Ernst, Die Schifffahrt und Flößerei im Raume der oberen Donau, 3 Bde. (= Schriftenreihe des Instituts für Landeskunde von Oberösterreich, 5, 6, 16), Linz 1952–64.
- Nusser*, Hans, Kurbayerns Maut- und Zollpolitik im Spiegel der Gesetzgebung, (Diss. masch.) München 1943.
- Ockel*, Hans, Die Entstehung des landesherrlichen Salzmonopols in Bayern und seine Verwaltung im 17. Jahrhundert, in: *Forschungen zur Geschichte Bayerns* 7 (1899), 1–35.
- Oefele*, Edmund von, Privileg des Marktes Dorfen, in: *OA* 32 (1872/73), 359f.
- Oestreich*, Gerhard, Strukturprobleme des europäischen Absolutismus, in: *VSWG* 53 (1968), 329–347.
- Ott*, Herbert, Die Akzise in Bayern im 18. Jahrhundert, (Diss. masch.), Erlangen 1951.
- Pallauf*, Sebastian, Die Schifffahrt auf dem Innstrom. I.: Allgemeines, in: *Das bayerische Inn-Oberland* 5 (1906) 45–48. II.: Die Form der alten Roß- und Getreide-Schifffahrt, in: ebd. 5 (1906) 67–70. III.: Stein-Holz-Obsttransport. Die Inn-Dampf-Schifffahrt, in: ebd. 6 (1907) 3–5.
- Parker*, Geoffrey, Die Entstehung des modernen Geld- und Finanzwesens in Europa 1500–1730, in: Carlo M. *Cipolla* / Knut *Borchardt* (Hg.), *Europäische Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 2: Sechzehntes und siebzehntes Jahrhundert, Stuttgart/New York 1979, 335–380.
- Ders.*, *Europe in Crisis 1598–1648 (The Fontana History of Europe)*, Glasgow 1979.
- Ders.* / *Smith*, Lesley M. (Hg.), *The General Crisis of the Seventeenth Century*, London u. a. 1985.
- Pfennigmann*, Josef, Die Pest in Altötting und Burghausen vor 300 Jahren, in: *Inn-Salzach-Land* 1 (1949), 12 ff.
- Pflanz*, Eduard, Die Weber in Landsberg, in: *Landsberger Geschichtsblätter* 73–74 (1974/75), 84–87.
- Pfretzschner*, Albert, Das Bürgerbuch der Stadt Laufen an der Salzach, in: *Blätter des bayerischen Landesvereins für Familienkunde* 21 (1958), 58–78.
- Pfund*, Karl, Invasion der Schweden in Tölz 1632, in: *OA* 42 (1885), 327–331.
- Phayer*, Finton M., Religion und das gewöhnliche Volk in Bayern in der Zeit von 1750–1850 (= *MBM*, 21), München 1970.
- Pickl*, Othmar, Die wirtschaftliche Lage der Städte und Märkte der Steiermark im 16. Jahrhundert, in: *Wilhelm Rausch* (Hg.), *Die Stadt an der Schwelle zur Neuzeit*, Linz/Donau 1980, 93–128.
- Pitz*, Ernst, Entstehung und Umfang statistischer Quellen in der vorindustriellen Zeit, in: *Winfried Ehbrecht* (Hg.), *Voraussetzungen und Methoden geschichtlicher Städteforschung*, Köln/Wien 1979, 47–74.
- Planitz*, Hans, Studien zur Rechtsgeschichte des deutschen Patriziats, in: *MIÖG* 58 (1950), 317–335.
- Ders.*, *Die deutsche Stadt im Mittelalter. Von der Römerzeit bis zu den Zunftkämpfen*, Weimar 1954, 4. Aufl. Weimar 1975.
- Pledl*, Wolfgang, Joseph Ritter von Hazzi. Das Leben des Aufklärers, Statistikers und Agrarpolitikers, in: *Schönere Heimat* 76 (1987), 147–154.
- Popelka*, Fritz, Die Lebensmittelpreise und Löhne in Graz vom 16. bis 18. Jahrhundert, in: *VSWG* 23 (1930), 157–218.
- Prechtl*, J. B., Kurze Chronik des Marktes Wartenberg in Oberbayern, in: *OA* 37 (1878), 237–323.

- Press*, Volker, Konflikte zwischen Rat und Bürgerschaft in einer bayer. Landstadt zwischen dem 16. und 17. Jahrhundert, in: *Stadt Erding*, 2. Aufl. Erding 1980, 153–164.
- Ders.* (Hg.), Städtewesen und Merkantilismus in Mitteleuropa (= Städteforschung, Reihe A, 14), Köln/Wien 1983.
- Ders.*, Der Merkantilismus und die Städte. Eine Einleitung, in: *ders.* (Hg.), Städtewesen und Merkantilismus in Mitteleuropa (= Städteforschung, Reihe A, 14), Köln/Wien 1983, 1–14
- Ders.*, Soziale Folgen des Dreißigjährigen Krieges, in: Winfried *Schulze* (Hg.), Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität (= Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien, 12), München 1988, 239–268.
- Probst*, Christian, Lieber bayrisch sterben. Der bayrische Volksaufstand der Jahre 1705 und 1706, München 1978.
- Proesler*, Hans, Das gesamtdeutsche Handwerk im Spiegel der Reichsgesetzgebung von 1530–1806, Berlin 1954.
- Pültz*, Gernot, Das kurfürstliche Dekret zum Abschluß der Münchener Stadtvisitation aus dem Jahre 1642, in: Elisabeth *Lukas-Götz* u.a. (Hg.), Quellen zur Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte bayerischer Städte in Spätmittelalter und Früher Neuzeit, Festgabe für Wilhelm Störmer zum 65. Geburtstag (= Materialien zur bayerischen Landesgeschichte, 11), München 1993, 133–168.
- Puschner*, Uwe, Handwerk zwischen Tradition und Wandel. Das Münchner Handwerk an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert (= Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 13), Göttingen 1988.
- Ders.*, Lohn- und Lebensstandard. Arbeiter- und Handwerkerlöhne in München und Augsburg in vor- und frühindustrieller Zeit, in: Rainer A. *Müller* (Hg.), Aufbruch ins Industriezeitalter, Bd.2: Aufsätze zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns von 1750–1850 (= Veröffentl. zur Bayerische Geschichte und Kultur 4/85), München 1985, 383–401.
- Rädlinger*, Christine, Die große Krise – Finanzielle Probleme und Verfassungskämpfe 1365 bis 1403, in: Richard *Bauer* (Hg.), Geschichte der Stadt München, München 1992, 97–119.
- Rall*, Hans, Kurbayern in der letzten Epoche der alten Reichsverfassung 1745–1801 (= Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, 45), München 1952.
- Rasp*, Karl, Geschichte und Einrichtung der amtlichen Statistik im Königreich Bayern, München 1895.
- Rauh*, Manfred, Die bayerische Bevölkerungsentwicklung vor 1800. Ausnahme oder Regelfall?, in: *ZbLG* 51 (1980), 471–601.
- Ders.*, Verwaltung, Stände und Finanzen. Studien zu Staatsaufbau und Staatsentwicklung Bayerns unter dem späteren Absolutismus (= Studien zur bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte, 14), München 1988.
- Reiger*, Hans, Der Burgfried des Marktes Rosenheim nach der Beschreibung von 1619/1773, in: *Das bayerische Inn-Oberland* 36 (1970), 99–106.
- Reitzenstein*, Alexander von, Die alte bairische Stadt in den Modellen des Drechslermeisters Jakob Sandtner, gefertigt in den Jahren 1568–1574 im Auftrag Herzog Albrechts V. von Bayern, München 1967.
- Renaud*, Joseph v., Beiträge zur Entwicklung der Grundrente und Wohnungsfrage in München, Leipzig 1904.
- Residenzstädte und ihre Bedeutung im Territorialstaat des 17. und 18. Jahrhunderts. Vorträge des Kolloquiums vom 22. und 23. Juni 1990 im Spiegelsaal der Forschungs- und Landesbibliothek Gotha, Gotha 1990.
- Rid*, Hans, Aus Weilheims Vergangenheit, Weilheim 1950.

- Riedenauer*, Erwin, Kaiser und Patriziat, in: ZbLG 30 (1967), 526–655.
- Ders.*, Zur politischen und strategischen Bedeutung der Tiroler Alpenpässe für die Territorialstaaten der Frühen Neuzeit, in: ZbLG 50 (1987), 323–362.
- Riedl*, Adrian von, Reise Atlas von Bayern oder Geographisch-geometrische Darstellung aller bajrischen Haupt- und Landstraßen mit den daranliegenden Ortschaften und Gegenden, München 1796.
- Riezler*, Sigmund von, Geschichte Baierns, 8 Bde., Gotha 1878–1914 (Neudruck Aalen 1964).
- Riolini-Unger*, Adelheid, Friedberger Uhren aus vier Jahrhunderten, in: Stadtbuch Friedberg, hg. v. der Stadt Friedberg, Bd. 2, Friedberg 1991, 632–650.
- Dies./Frieß*, Peter/*Hügin*, Johann, Friedberger Uhren. Begleitband zur Ausstellung Friedberger Uhren 17.–19. Jahrhundert, Friedberg 1993.
- Ritter*, Gerhard A., Der Sozialstaat – Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München 1989.
- Roeck*, Bernd, Bäcker, Brot und Getreide in Augsburg. Zur Geschichte des Bäckerhandwerks und zur Versorgungspolitik der Reichsstadt im Zeitalter des Dreißigjährigen Krieges, Sigmaringen 1987.
- Ders.*, Bayern und der Dreißigjährige Krieg. Demographische, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen am Beispiel Münchens, in: Geschichte und Gesellschaft 17 (1991), 434–458.
- Ders.*, Eine Stadt in Krieg und Frieden. Studien zur Geschichte der Reichsstadt Augsburg zwischen Kalenderstreit und Parität, 2 Bde. (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 37), Göttingen 1989.
- Rödel*, Walter G., Mainz und seine Bevölkerung im 17. und 18. Jahrhundert. Demographische Entwicklung, Lebensverhältnisse und soziale Strukturen in einer geistlichen Residenzstadt (= Geschichtliche Landeskunde, 28), Stuttgart 1985.
- Ders.*, „Statistik“ in vorstatistischer Zeit. Möglichkeiten und Probleme der Erforschung frühneuzeitlicher Populationen, in: Kurt *Andermann*/Hermann *Ehmer* (Hg.), Bevölkerungsstatistik in der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit. Quellen und methodische Probleme im überregionalen Vergleich (= Oberrheinische Studien, 8), Sigmaringen 1990, 9–26.
- Ders.*, Im Schatten des Hofes – die Bevölkerung der frühneuzeitlichen Residenzstadt, in: Kurt *Andermann* (Hg.), Residenzen. Aspekte hauptstädtischer Zentralität von der Frühen Neuzeit bis zum Ende der Monarchie (= Oberrheinische Studien, 10), Sigmaringen 1992, 83–112.
- Rössler*, Hellmuth, Deutsches Patriziat 1430–1740 (= Schriften zur Problematik der deutschen Führungsschichten in der Neuzeit, 3), Limburg 1968.
- Rosenlechner*, August, Die Grundlagen des Wirtschaftslebens in Bayern unter Kurfürst Maximilian III. Joseph, in: Forschungen zur Geschichte Bayerns, 16 (1908), 109–119, 155–176.
- Rosenthal*, Eduard, Geschichte des Gerichtswesens und der Verwaltungsorganisation Baierns, 2 Bde., Würzburg 1889/1906 (Neudruck Aalen 1968).
- Ders.*, Beiträge zur deutschen Stadtrechtsgeschichte, Heft 1 und 2 (alles Erschienene). Zur Rechtsgeschichte der Städte Landshut und Straubing nebst Mitteilungen aus ungedruckten Stadtbüchern, Würzburg 1883 (Neudruck Aalen 1970).
- Rost*, Hans, Bevölkerungs- und Gewerbestatistik Münchens im 17. Jahrhundert, München 1902.
- Ders.*, Die Bevölkerungszahl der Stadt Augsburg bis zum Jahre 1900, in: Feierstunde. Unterhaltungsblatt zur Augsburger Postzeitung, Augsburg 1905.

- Rothe, Kurt*, Überblick über das städtische Haushaltswesen der Reichsstadt Ulm im 18. Jahrhundert. in: Erich *Maschke*/Jürgen *Sydow* (Hg.), Städtisches Haushalts- und Rechnungswesen (= Stadt in der Geschichte, 2), Sigmaringen 1977, 108–117.
- Ders.*, Das Finanzwesen der Reichsstadt Ulm im 18. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte (= Forschungen zur Gesch. der Stadt Ulm), Ulm 1991.
- Rothenfelder, Ludwig*, Die Wittelsbacher als Städtegründer in Bayern von Otto I. dem Großen bis auf Ludwig IV. den Bayern (1180–1347), Landshut 1911.
- Rudhart, Ignatz*, Ueber die Gewerbe, den Handel, und die Staatsverfassung des Königreichs Bayern (= Ueber den Zustand des Königreichs Bayern nach amtlichen Quellen, 2), Erlangen 1827.
- Rummel, Rudolf*, Entstehung und Wesen der realen Gewerberechte nach bayerischem Landrecht unter Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung des realen Wirtschaftsgewerbes, Kulmbach 1931.
- Russell, J. C.*, Die Bevölkerung Europas 500–1500, in: Carlo M. *Cipolla*/Knut *Borchardt* (Hg.), Europäische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 1: Mittelalter, Stuttgart/New York 1978, 13–43.
- Rüthing, Heinrich*, Höxter um 1500. Analyse einer Stadtgesellschaft (= Studien und Quellen zur westfälischen Geschichte, 22), Paderborn 1986.
- Saalfeld, Diedrich*, Handwerkseinkommen in Deutschland vom ausgehenden 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Bewertung von Handwerkerlöhnen in der Übergangsperiode zum industriellen Zeitalter, in: Wilhelm *Abel* (Hg.), Handwerks-geschichte in neuer Sicht (= Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 1), Göttingen 1978, 65–120.
- Ders.*, Die Bedeutung des Getreides für die Haushaltungen städtischer Verbraucher in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Hans-Günther *Schlöter* (Hg.), Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Geschichte und Gegenwart. FS Wilhelm *Abel* (= Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 44), Hannover 1964, 26–38.
- Sachße, Christoph*/*Tennstedt, Florian*, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Vom Spätmittelalter bis zum Ersten Weltkrieg. Stuttgart 1980.
- Dies.* (Hg.), Soziale Sicherheit und soziale Disziplinierung. Beiträge zu einer historischen Theorie der Sozialpolitik (Edition Suhrkamp NF 323), Frankfurt a. M. 1986.
- Sailer, Ludwig*, Trostberg. Stadt und Land im Spiegel der Geschichte. Trostberg 1949.
- Sammlung der newest und merkwürdigsten Churbaierischen Generalien und Landes-verordnungen, hg. v. anonym/W. X. A. Frhr. v. *Kreittmayr*. München 1771 (zitiert GS 1771).
- Schaffer, Reinhold*, Die Entwicklung des mittelalterlichen Grundrisses der Stadt München, in: Häuserbuch der Stadt München, hg. v. Stadtarchiv München, Bd. I, München 1958, VII–XVII.
- Schattenhofer, Michael*, München als kurfürstliche Residenzstadt, in: ZbLG 30 (1967), 1203–1231.
- Ders.*, Landtage und Erbhuldigungen im alten Ratnaus zu München, in: ZbLG 35, I (1970), 155–182.
- Ders.*, Stiftungen und Stifter in Münchens Vergangenheit. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte Münchens, in: Beiträge zur altbayerischen Kirchengeschichte, 28 (1974), 11–30.
- Ders.*, Von Kirchen, Kurfürsten & Kaffeesiedern et cetera. Aus Münchens Vergangenheit (= Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München, 78), München 1974.
- Ders.*, Die Geschichte des Münchner Rats, in: *ders.*, Von Kirchen, Kurfürsten & Kaffeesiedern et cetera. Aus Münchens Vergangenheit (= Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München, 78), München 1974, 177–210.

- Ders.*, Der Kniefall des Münchner Rats vor dem Bild des Kurfürsten Karl Theodor, in: *ders.*, Von Kirchen, Kurfürsten & Kaffeesiedern et cetera. Aus Münchens Vergangenheit (= Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München, 78), München 1974, 211–251.
- Ders.*, Das Münchner Patriziat, in: ZbLG 38, 3 (1975), 877–899.
- Ders.*, Aus der Münchner Wirtschaftsgeschichte, in: Andreas Kraus, Land und Reich, Stamm und Nation. Probleme und Perspektiven bayerischen Geschichte, Festgabe für Max Spindler zum 90. Geburtstag, Bd. 1, München 1984, 447–464.
- Ders.*, Beiträge zur Geschichte der Stadt München (= OA 109, 1 (1984)), München 1984.
- Ders.*, Die alten Münchner Märkte und Dulten, in: *ders.*, Beiträge zur Geschichte der Stadt München (= OA 109, 1 (1984)), München 1984, 66–98.
- Ders.*, Die Wittelsbacher als Stadtherren von München, in: *ders.*, Beiträge zur Geschichte der Stadt München (= OA 109, 1 (1984)), 39–52.
- Scheidl*, Josef, Die Bevölkerungsentwicklung des altbayerischen Landgerichts Dachau im Laufe früherer Jahrhunderte, in: ZbLG 3 (1930), 356–386.
- Scheuerbrandt*, Arnold, Südwestdeutsche Stadttypen und Städtegruppen bis zum frühen 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Kulturlandschaftsgeschichte und zur kulturräumlichen Gliederung des nördlichen Baden-Württemberg und seinen Nachbargebieten (= Heidelberger Geographische Arbeiten, Heft 32), Heidelberg 1972.
- Schilling*, Heinz, Aufbruch und Krise. Deutschland 1517–1648 (= Das Reich und die Deutschen), Berlin 1988.
- Ders.*, Stadt und frühmoderner Territorialstaat: Stadtrepublikanismus versus Fürstensouveränität, in: *Stolleis*, Michael (Hg.), Recht, Verfassung und Verwaltung in der frühneuzeitlichen Stadt, Köln/Wien 1991, 19–40.
- Ders.*, Die Stadt in der Frühen Neuzeit (= Enzyklopädie d. deutschen Geschichte, 24), München 1993.
- Schindler*, Norbert, Widerspenstige Leute. Studien zur Volkskultur in der frühen Neuzeit, Frankfurt a. Main 1992.
- Schlichthörle*, Anton, Die Gewerbebefugnisse der K. Haupt- und Residenzstadt München. Ein Beitrag zur Kenntniß und Praxis des Gewerbewesens in Deutschland, 2 Bde., Erlangen 1844/45.
- Schlittmeier*, Andreas, Die Entwicklung der kommunalen Finanzen der Stadt Landshut von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, in: VHVfN 83/2 (1959), 1–95.
- Schlögl*, Rudolf, Bauern, Krieg und Staat. Oberbayerische Bauernwirtschaft und frühmoderner Staat im 17. Jahrhundert (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 89), Göttingen 1988.
- Schlosser*, Hans, Spätmittelalterlicher Zivilprozeß nach bayerischen Quellen. Gerichtsverfassung und Rechtsgang (= Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte, 8), Köln/Wien 1971.
- Ders.*, Braurechte, Brauer und Braustätten in München. Zur Rechts- und Sozialgeschichte des spätmittelalterlichen Brauwesens, Ebelsbach 1981.
- Ders.*, Rechtsetzung und Gesetzgebungsverständnis im Territorialstaat Bayern im 16. Jahrhundert, in: ZbLG 50 (1987) 41–61.
- Ders.*, Statutarrecht und Landesherrschaft in Bayern, in: Giorgio Chittolini/Dietmar Willoweit (Hg.), Statuten, Städte und Territorien zwischen Mittelalter und Neuzeit in Italien und Deutschland, Berlin 1992, 177–194.
- Schmeller*, Johann Andreas, Bayerisches Wörterbuch, 2 Bde., 2. Aufl. München 1872–77 (Neudruck München 1985).
- Schmelzle*, Hans, Der Staatshaushalt des Herzogtums Bayern im 18. Jahrhundert (= Münchener volkswirtschaftliche Studien, 41), Stuttgart 1900.
- Ders.*, Das bayerische Zollwesen im 18. Jahrhundert, in: OA 56 (1912), 59–87.

- Schmid*, Ulrich, Burghausen und das Salz, in: Heimatland 5 (1954), 49–56, 65–72, 73–80.
- Ders.*, Aus dem Burghausen des spanischen Erbfolgekrieges, in: Heimatland 4 (1953), 22 ff.
- Ders.*, Die Burghauser Märkte, in: Heimatland 6 (1955), 41–48, 49–51.
- Schmidbauer*, L., Zur Geschichte Burghausens im 17. Jahrhundert, in: Burghauser Geschichtsblätter 7 (1917), 1–62.
- Schmitt-Lermann*, Hans, Beiträge zur bayerischen Sozialgeschichte, München 1969.
- Schmoller*, Gustav, Entstehung, Wesen und Bedeutung der neueren Armenpflege, in: Sitzungsberichte der kgl. preuß. Akademie d. Wiss., 1902, Berlin 1902, 916–925.
- Schmölz*, Franz/*Schmölz*, Therese, Die Sterblichkeit in Landsberg am Lech von 1585–1875, in: Archiv f. Hygiene und Bakteriologie 136 (1952), 504–540.
- Schnee*, Heinrich, Die Hoffinanz und der moderne Staat. Geschichte und System der Hoffaktoren an deutschen Fürstenhöfen im Zeitalter des Absolutismus, Bd. IV: Hoffaktoren an süddeutschen Fürstenhöfen nebst Studien zur Geschichte des Hoffaktorentums in Deutschland, Berlin 1963.
- Schöller*, Peter, Aufgaben und Probleme der Stadtgeographie, in: Erdkunde (7) 1953, 161–184.
- Schorer*, Hans, Die Vornahme der kurbayerischen Volkszählung von 1771/81, in: Archivallische Zeitschrift, NF. 11 (1904) (Reprint 1975), 157–185.
- Ders.*, Das Bettlertum in Kurbayern in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Forschungen zur Geschichte Bayerns 12 (1904), 176–207.
- Ders.*, Münchens Bevölkerung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Forschungen zur Geschichte Bayerns 9 (1903), 145–155.
- Schremmer*, Eckart, Die Wirtschaft Bayerns. Vom hohen Mittelalter bis zum Beginn der Industrialisierung. Bergbau – Gewerbe – Handel, München 1970.
- Ders.*, Agrarverfassung und Wirtschaftsstruktur. Die süddeutsche Hofmark – eine Wirtschaftsherrschaft?, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 20 (1972), 42–65.
- Ders.*, Standortausweitung der Warenproduktion im langfristigen Wirtschaftswachstum. Zur Stadt-Land-Arbeitsteilung im Gewerbe des 18. Jahrhunderts, in: VSWG 59 (1972), 1–40.
- Ders.*, Industrialisierung vor der Industrialisierung. Anmerkungen zu einem Konzept der Proto-Industrialisierung, in: Geschichte und Gesellschaft 6 (1980), 420–448.
- Ders.*, Zu wenig städtisches und zu viel ländliches Gewerbe in Baden um 1790?, in: Hermann Kellenbenz / Hans Pohl (Hg.), Historia Socialis et Oeconomica. FS für Wolfgang Zorn zum 65. Geburtstag (= VSWG Beihefte 84), Stuttgart 1987, 316–329.
- Ders.*, Gewerbe und Handel, 2 Teile, in: Andreas Kraus (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 2, 2. Aufl. München 1988, 754–805.
- Schröcker*, Sebastian, Die Kirchenpflegschaft. Die Verwaltung des Niederkirchenvermögens durch Laien seit dem ausgehenden Mittelalter, Paderborn 1934.
- Ders.*, Die Verwaltung des Ortskirchenvermögens nach kirchlichem und staatlichem Recht, Paderborn 1935.
- Schubert*, Ernst, Arme Leute, Bettler und Gauner im Franken des 18. Jahrhunderts, Neustadt a. d. Aisch 1983.
- Schultheiß*, Werner, Die Münchener Gewerbeverfassung im Mittelalter, München 1936.
- Schultz*, Helga, Die Ausweitung des Landhandwerks vor der industriellen Revolution. Begünstigende Faktoren und Bedeutung für die „Protoindustrialisierung“, in: JbFWG 1982/III, 79–90.
- Dies.*, Kleinstädte im 17. und 18. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 14 (1987), 209–217.

- Schulz*, Knut, Störer, Stümpler, Pfuscher, Bönhasen und „Fremde“. Wandel und Konsequenzen der städtischen Bevölkerungs- und Gewerbepolitik seit der Mitte des 16. Jahrhunderts., in: *Helmut Jäger/Franz Petri/Heinz Quirin* (Hg.), *Civitas Communitas. Studien zum europäischen Städtewesen. FS Heinz Stöob zum 65. Geburtstag*. Bd. 2 (= Städteforschung, Reihe A, 21, T. 2), Köln/Wien 1984, 683–705.
- Ders.*, Handwerksgelesen und Lohnarbeiter. Untersuchungen zur oberrheinischen und oberdeutschen Stadtgeschichte des 14. bis 17. Jahrhunderts, Sigmaringen 1985.
- Schulze*, Winfried, Gerhard Oestreichs Begriff „Sozialdisziplinierung in der Frühen Neuzeit“, in: *ZHF* 14 (1987), 265–302.
- Ders.* (Hg.), Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität (= Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien, 12), München 1988.
- Ders.*, Die ständische Gesellschaft des 16./17. Jahrhunderts als Problem von Statik und Dynamik, in: *ders.* (Hg.), Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität (= Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien, 12), München 1988, 1–17.
- Schwab*, Ingo, Städtische Kassenführung und revolutionäre Rechnungsprüfung. Überlegungen zu Kammerrechnungen und Steuerbüchern im Spätmittelalter, in: *Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde* 36 (1990), 171–186.
- Ders.*, Zeiten der Teuerung – Versorgungsprobleme in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, in: *Richard Bauer* (Hg.), *Geschichte der Stadt München*, München 1992, 166–188.
- Schwarz*, Johann, Die frühere Bruderschaft der Bäckergelesen in München, München 1886.
- Ders.*, Das Handwerk der Bäcker in München, München 1899.
- Schwarz*, Stefan, Die Juden in Bayern im Wandel der Zeiten (= *Geschichte und Staat* 241/243), 2. Aufl. München/Wien 1980.
- Seitz*, Jutta, Die landständische Verordnung in Bayern im Übergang von der altständischen Repräsentation zum modernen Staat 1778–1808, (Diss. masch.) München 1986/87.
- Seuffert*, G. K. (Bearb.), Statistik des Getreide- und Viktualienhandels im Königreich Bayern mit Berücksichtigung des Auslandes, München 1857.
- Seydel*, Max v., Bayerisches Staatsrecht, 6 Bde., München/Freiburg 1884–1893.
- Sigloch*, Lothar, Der Gemeindehaushalt der württembergischen Landstadt Pfullingen von 1656 bis 1874, in: *Erich Maschke/Jürgen Sydow* (Hg.), Städtisches Haushalts- und Rechnungswesen (= *Stadt in der Geschichte*, 2), Sigmaringen 1977, 118–126.
- Simonsfeld*, Henry, Der Fondaco dei Tedeschi in Venedig, 2 Bde., 1. Bd.: Urkunden von 1225–1653, 2. Bd.: Geschichtliches etc., Stuttgart 1887.
- Slawinger*, Gerhard, Die Manufaktur in Kurbayern. Die Anfänge der großgewerblichen Entwicklung in der Übergangsepoche vom Merkantilismus zum Liberalismus 1740–1833 (= *Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, 8), Stuttgart 1966.
- Solleder*, Fridolin, München im Mittelalter, München/Berlin 1938.
- Ders.*, Das Münchener Steuerwesen, Diss. München 1910.
- Sombart*, Werner, Der moderne Kapitalismus, Bd. I/1, München/Leipzig 1928 (Neudruck München 1987).
- Spilker*, Ernst Moritz, Bayerns Gewerbe 1815 – 1965. (= *Volkswirtschaftliche Forschungsbeiträge* 2), München 1985.
- Spindler*, Max (Hg.): Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV: Das neue Bayern. 1800–1970, 2 Teilbände, München 1974/75.
- Sprandel*, Rolf, Gewerbe und Handel 1350–1500, in: *Hermann Aubin/Wolfgang Zorn* (Hg.), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 1: Von der Frühzeit bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Stuttgart 1971, 335–357.

- Ders.*, Neue Forschungen über Vermögensverhältnisse in hansischen Städten, in: Wilfried *Ehbrecht* (Hg.), Voraussetzungen und Methoden geschichtlicher Städteforschung (= Städteforschung Reihe A, 7), Köln/Wien 1979, 129–138.
- Spree*, Reinhard, Lange Wellen wirtschaftlicher Entwicklung in der Neuzeit. Historische Befunde, Erklärungen und Untersuchungsmethoden (= Historische Sozialforschung, Beiheft 4), Köln 1991.
- Stadtbuch Friedberg, hg. von der Stadt Friedberg, 2 Bde., Friedberg 1991.
- Stahleder*, Helmuth, Bierbrauer und ihre Braustätten. Ein Beitrag zur Gewerbe-Topographie Münchens im Mittelalter, in: OA 107 (1982), 1–164.
- Ders.*, Beiträge zur Geschichte Münchner Bürgergeschlechter im Mittelalter. Die Wilbrecht, Rosenbusch, Pütrich, in: OA 114 (1990), 227–281.
- Ders.*, Konsolidierung und Ausbau der bürgerlichen Stadt – München im 15. Jahrhundert, in: Richard *Bauer* (Hg.), Geschichte der Stadt München, München 1992, 120–147.
- Steck*, Friedrich, Das Münchener Loden- und Tuchmachergewerbe bis zum 18. Jahrhundert, München 1940.
- Steiger*, Margarete, Das Pfändungsrecht der bayerischen Städte und Märkte auf dem Land (= MBM, 141), München 1987.
- Steinberg*, Sigfrid H., The Thirti Years' War: A New Interpretation, in: History 31 (1947), 89–102.
- Ders.*, Der Dreißigjährige Krieg und der Kampf um die Vorherrschaft in Europa 1600–1660, Göttingen 1967.
- Stella*, Gerhard, Bibliographie der Stadt Rosenheim, in: Das bayerische Inn-Oberland 36 (1970), 107–229.
- Stenger*, Birgit, „Fürstliche Stadt München“ (1530) – „Fürstliche Hauptstadt“ (1575). Ein sozialtopographischer Beitrag zur Geschichte Münchens im 16. Jahrhundert, in: BllDtLdG 123 (1987), 127–136.
- Stier*, Bernhard, Fürsorge und Disziplinierung im Zeitalter des Absolutismus. Das Pforzheimer Zucht- und Waisenhaus und die badische Sozialpolitik im 18. Jahrhundert, Sigmaaringen 1988.
- Stieve*, Felix, Zur Geschichte des Finanzwesens und der Staatswirtschaft in Baiern unter den Herzögen Wilhelm V. und Maximilian I., in: Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften München 1881, 19–94.
- Stievernann*, Dieter, Städtewesen in Südwestfalen. Die Städte des Märkischen Sauerlandes im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit (= Spätmittelalter und frühe Neuzeit, Tübinger Beiträge zur Geschichtsforschung, 6), Stuttgart 1978.
- Stolleis*, Michael (Hg.), Recht, Verfassung und Verwaltung in der frühneuzeitlichen Stadt, Köln/Wien 1991.
- Störmer*, Wilhelm, Wirtschaft und Bürgertum in den altbayerischen Städten unter dem zunehmenden absolutistischen Einfluß der Landesfürsten, in: Wilhelm *Rausch* (Hg.), Die Städte Mitteleuropas im 17. und 18. Jahrhundert (Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas, 5), Linz/Donau 1981, 237–266.
- Ders.*, Zur Bedeutung altbayerischer Städte im Spätmittelalter, in: VHVfN 109 (1983), 113–133.
- Ders.*, Auswertungsmöglichkeiten der „Statistik“ des Historischen Atlas von Bayern aufgezeigt an oberbayerischen Beispielen, in: Andreas *Kraus* (Hg.), Land und Reich – Stamm und Nation. Probleme und Perspektiven bayerischer Geschichte. Festgabe für Max Spindler zum 90. Geburtstag, Bd. I, München 1984, 15–33.
- Ders.*, Stadt und Stadtherr im wittelsbachischen Altbayern des 14. Jahrhundert, in: Wilhelm *Rausch* (Hg.), Stadt und Stadtherr im 14. Jahrhundert. Entwicklungen und Funktionen (= Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas, 2), Linz 1972, 257–282.
- Stolze*, Alfred Otto, Die Sünfzen zu Lindau. Das Patriziat einer schwäbischen Reichsstadt, Lindau/Konstanz 1956.

- Stoob*, Heinz, Minderstädte. Formen der Stadtentstehung im Spätmittelalter, in: VSWG 46 (1959), 1–28.
- Ders.*, Über frühneuzeitliche Städtetypen, in: *ders.*: Forschungen zum Städtewesen in Europa, Bd. 1: Räume, Formen und Schichten der mitteleuropäischen Städte. Eine Aufsatzfolge, Köln/Wien 1970, 246–284.
- Straub*, Eberhard, Repraesentatio maiestatis oder Churbayerische Freudenfeste. Die höfischen Feste in der Münchener Residenz vom 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts (= MBM, 14), München 1969.
- Strieder*, Jakob, Studien zur Geschichte kapitalistischer Organisationsformen. Kartelle, Monopole und Aktiengesellschaften im Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit, München und Leipzig 1914.
- Ströber*, Joseph A., Beschreibung des Landgerichts Tölz, in: Lorenz v. Westenrieder (Hg.) Beyträge zur vaterländischen Historie, Geographie, Statistik etc., Bd. 5, München 1794, 245–314.
- Stromer*, Wolfgang von, Der Verlag als strategisches System einer an gutem Geld armen Wirtschaft, am Beispiel Oberdeutschlands in Mittelalter und Früher Neuzeit, in: VSWG 78 (1991), 153–171.
- Ders.*, Verflechtungen oberdeutscher Wirtschaftszentren am Beginn der Neuzeit, in: Wilhelm Rausch (Hg.), Die Stadt an der Schwelle zur Neuzeit (Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas, 4), Linz 1980, 21–40.
- Ders.*, Gewerbereviere und Protoindustrien im Spätmittelalter und Frühneuzeit, in: Hans Pohl (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert (= VSWG Beihefte 78), Stuttgart 1986, 39–111.
- Stürmer*, Michael (Hg.), Herbst des Alten Handwerks. Zur Sozialgeschichte des 18. Jahrhunderts (= dtv. Dokumente Nr. 2914), München 1979.
- Ders.*, Höfische Kultur und frühmoderne Unternehmer. Zur Ökonomie des Luxus im 18. Jahrhundert, in: HZ 229 (1979), 265–297.
- Sundheimer*, Paul, Die jüdische Hochfinanz und der bayerische Staat im 18. Jahrhundert, in: Zeitschrift für das gesamte Finanzwesen 41. Jg., Bd. 1 und 2, Stuttgart/Berlin 1924.
- Süßmilch*, Johann Peter, Die göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts, 3. Aufl. Berlin 1765, 4. Aufl. Berlin 1775.
- Sutner*, Georg von, München während des dreißigjährigen Krieges. Eine Rede an dem höchst erfreulichen Geburtsfeste Sr. Churfürstl. Durchlaucht Carl Theodor in einer öffentlichen akademischen Versammlung auf dem churf. Bibliotheksaale, München 1795.
- Sydow*, Jürgen, Anfänge des Städtewesens in Bayern und Österreich, in: Wilhelm Rausch (Hg.), Die Städte Mitteleuropas im 12. und 13. Jahrhundert (= Beiträge zur Geschichte und Städte Mitteleuropas, 5), Linz 1963, 55–76.
- Treffeisen*, Jürgen/Andermann, Kurt (Hg.), Landesherrliche Städte in Südwestdeutschland (= Oberrheinische Studien, 12), Sigmaringen 1994.
- Trevor-Roper*, Hugh Redwald, The General Crisis of the Seventeenth Century, in: Trevor Aston (Hg.), Crisis in Europe, 1560–1660. Essays from Past and Present, 7. Aufl. London 1980, 59–95, ursprünglich in Past and Present 16 (1959).
- Ders.*, Religion, Reformation und sozialer Umbruch. Die Krisis des 17. Jahrhunderts, Frankfurt a. Main/Berlin 1970.
- Tröltzsch*, Walter, Beiträge zur Finanzgeschichte Münchens in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts (Der städtische sog. Bierpfennig), Stuttgart 1890.
- Trost*, Michael, Geschichte des Marktes Geisenfeld, in OA 37 (1878), 50–236.
- Tyszka*, Carl von, Handwerk und Handwerker in Bayern im 18. Jahrhundert. Eine wirtschaftsgeschichtliche Studie über die bayerische Gewerbeverfassung im 18. Jahrhundert, München 1907.

- Ullmann*, Hans-Peter, Staatsschulden und Reformpolitik. Die Entstehung moderner öffentlicher Schulden in Bayern und Baden 1780–1820 (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 82), 2 Bde., Göttingen 1986.
- Vasold*, Manfred, Pest, Not und schwere Plagen. Seuchen und Epidemien vom Mittelalter bis heute, München 1991.
- Ders.*, Die deutschen Bevölkerungsverluste während des Dreißigjährigen Krieges, in: *ZbLG* 56,1 (1993), 147–160.
- Verscharen*, Franz-Josef, Gesellschaft und Verfassung der Stadt Marburg beim Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit. Sozialer und politischer Wandel der Stadt vom 13. bis zum 16. Jahrhundert im Spiegel ihrer politischen Führungsschicht (= Untersuchungen und Materialien zur Verfassungs- und Landesgeschichte, 9), Marburg 1985.
- Vettori*, Arthur, Finanzhaushalt und Wirtschaftsverwaltung Basels (1681 bis 1789). Wirtschafts- und Lebensverhältnisse einer Gesellschaft zwischen Tradition und Umbruch (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, 149), Basel 1984.
- Vietzen*, Hermann, Der Münchner Salzhandel im Mittelalter 1158–1587 (= Kultur und Geschichte, 8), München 1936.
- Vogel*, Barbara/*Weckel*, Ulrike (Hg.), Frauen in der Ständegesellschaft. Leben und Arbeiten in der Stadt vom späten Mittelalter bis zur Neuzeit (= Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte, 4), Hamburg 1991.
- Vogt*, Ernst, Landsberg am Lech im Dreißigjährigen Krieg, in: *Landsberger Geschichtsblätter* 70–71 (1972/73), 7–21.
- Ders.*, Die Panduren vor Landsberg. Die Stadt am Lech im Österreichischen Erbfolgekrieg 1740–1748, in: *Landsberger Geschichtsblätter* 75–76 (1976/77), 176–181.
- Völler*, Franz Josef, Zunfthandwerk des Kurfürsten Karl Theodor für das Maurerhandwerk vom 22. Februar 1779. Mit einer kurzen Darstellung des Zunftwesens überhaupt, in: *Das Bayerland* 14 (1903) 451–453, 464–466, 472–473, 487–490.
- Volkert*, Wilhelm, Staat und Gesellschaft. Erster Teil: Bis 1500, in: *Andreas Kraus* (Hg.), *Handbuch der bayerischen Geschichte*, Bd. 2, 2. Aufl. München 1988, 536–624.
- Vries*, Jan de, *European Urbanisation 1500–1800*, London 1984.
- Wachendorf*, Helmut, Die wirtschaftliche Stellung der Frau in den deutschen Städten des späten Mittelalters, Hamburg 1934.
- Wagner*, Johann Joseph, Nachträgliche Beilagen zur topographischen Geschichte der Stadt Traunstein, in: *OA* 21 (1859/61), 126–147.
- Ders.*, Topographische Geschichte der Stadt Traunstein, in: *OA* 19 (1858/60), 167–246.
- Wagner*, Rudolf, Das Heilig-Geist-Spital. Gründung, Spitalleben und Grundbesitz bis zum Dreißigjährigen Krieg, in: *Wilhelm Liebhart/Rudolf Wagner* (Hg.), *Aichach im Mittelalter*, Aichach 1985, 131–158.
- Wunderwitz*, Heinrich, Studien zum mittelalterlichen Salzwesen in Bayern (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, 73), München 1984.
- Ders.*, Salzhandel und Salzproduktion – Indikatoren für die Entwicklung der hochmittelalterlichen altbayerischen Stadtlandschaft, in: *Wilhelm Rausch* (Hg.), *Stadt und Salz* (= Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas, 10), Linz 1988.
- Weber*, Max, Die nichtlegitime Herrschaft (Typologie der Städte), in: *ders.*, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, 5. Aufl. Tübingen 1976, 727–814.
- Wehler*, Hans-Ulrich, Vorüberlegungen zur historischen Analyse sozialer Ungleichheit, in: *ders.*, *Klassen in der europäischen Sozialgeschichte*, Göttingen 1979, 9–32.
- Ders.*, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 1: Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur defensiven Modernisierung der Reformära 1700–1815, München 1987.
- Wehner*, Anton, Die Gerichtsverfassung der Stadt München von der Entstehung bis zum Untergang der Rathsverfassung, München 1876.

- Weindl, Hans, Die Entwicklung der persönlichen und realen Gewerberechte unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Altbayern, in: Mitteilungen f. d. Archivpflege in Bayern, 5 1/2 (1959), 2–11.
- Weis, Eberhard, Gesellschaftsstrukturen und Gesellschaftsentwicklung in der frühen Neuzeit, in: Karl Bosl/Eberhard Weis, Die Gesellschaft in Deutschland, Bd. I: Von der fränkischen Zeit bis 1848, München 1976.
- Ders., Die Begründung des modernen bayerischen Staates unter König Max I. (1799–1825), in: Max Spindler (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV: Bayerische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, 1. Teilband: Staat und Politik, München 1974/75, 3–86.
- Ders., Neue Forschungsrichtungen in der Geschichtswissenschaft, insbesondere der Sozialgeschichte, gezeigt am Beispiel der Frühen Neuzeit (16. bis beginnendes 19. Jahrhundert), in: Historisches Jahrbuch 102 (1982), 390–417.
- Weishaupt, Carl, Altbayerische Getreidehandelspolitik. Beitrag zur neueren bayerischen Wirtschaftsgeschichte, (Diss. masch.) Bonn 1922.
- Weiss, Josef A., Die Integration der Gemeinden in den modernen bayerischen Staat. Zur Entstehung der kommunalen Selbstverwaltung in Bayern (1799–1818) (= Studien zur bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte, 11), München 1986.
- Wening, Michael, Historico-topographica descriptio. Anderer Thail: Das Rentamt Burghausen, München 1721 (Neudruck München 1975).
- Westenrieder, Lorenz v., Vom Verfall des Loden- und Tuchhandels in Bayern, und den Mitteln, ihm abzuhelpen (Jahrbuch der Menschengeschichte in Bayern, 1. Teil 2), 1783.
- Ders., Beschreibung der Haupt- und Residenzstadt München (im gegenwärtigen Zustande), München 1782 (Neudruck München 1984).
- Ders., Gedanken über die heutige Bevölkerung der Haupt- und Residenzstadt München, in: ders., Beyträge zur vaterländischen Historie, Geographie, Statistik etc., Bd. I. München 1788, 252–330.
- Weyrauch, Erdmann, Über soziale Schichtung, in: Ingrid Bátor (Hg.), Städtische Gesellschaft und Reformation. Kleine Schriften 2 (= Spätmittelalter und Frühe Neuzeit, 12), Stuttgart 1980, 5–57.
- Wiesbauer, Franz Xaver, Herdstättenbeschreibung der churfürstlichen Hauptstadt Burghausen v. 7. August 1762, in: Burghauser Geschichtsblätter 13 (1923), 20–50.
- Wiese-Schorn, Luise, Von der autonomen zur beauftragten Selbstverwaltung. Die Integration der deutschen Stadt in den Territorialstaat am Beispiel der Verwaltungsgeschichte von Osnabrück und Göttingen in der frühen Neuzeit, in: Osnabrücker Mitteilungen 82 (1976), 29–59.
- Wiest, Ekkehard, Die Entwicklung des Nürnberger Gewerbes zwischen 1648 und 1806 (= Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 12), Stuttgart 1968.
- Wildgruber, Martin, Wasserburg im Tagebuch der Äbtissin Haidenbucher von Frauenchiemsee 1609–1648, in: Heimat am Inn 10 (1990), 157–200.
- Willoweit, Dietmar, Rechtsgrundlagen der Territorialgewalt. Landesobrigkeit, Herrschaftsrechte und Territorium in der Rechtswissenschaft der Neuzeit (= Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte, 11), Wien/Köln 1975.
- Ders., Struktur und Funktion intermediärer Gewalten im Ancien Régime, in: Gesellschaftliche Strukturen als Verfassungsproblem. Intermediäre Gewalten, Assoziationen, Öffentliche Körperschaften im 18. und 19. Jahrhundert (= Beihefte zu „Der Staat 2/1978“), Berlin 1978, 9–27.
- Wilmersdoerffer, Theodor, Beiträge zur Geschichte der Vorstädte Münchens, in: OA 58 (1914), 1–143.
- Windhager, J., Das Stadtrecht von Burghausen vom 21. März 1307, in: Burghauser Geschichtsblätter 11 (1921), 3–38.

- Ders.*, Bürgerliche Ratswahl der Stadt Burghausen von 1668/69, in: Burghauser Geschichtsblätter 11 (1921), 39.
- Wissell*, Rudolf, Des alten Handwerks Recht zu Gewohnheit, Bd. 1–6, hg. v. E. Schraepler (= Einzelveröffentlichungen der historischen Kommission zu Berlin, 7), Berlin 1971–87.
- Wittmütz*, Volkmar, Die Gravamina der bayerischen Stände im 16. und 17. Jahrhundert als Quelle für die wirtschaftliche Situation und Entwicklung Bayerns (= MBM, 26), München 1970.
- Wohlhaupter*, Eugen, Hoch- und Niedergericht in der mittelalterlichen Gerichtsverfassung Bayerns (Deutschrechtliche Beiträge, 12, 2), Heidelberg 1929.
- Wolf*, Thomas, Reichsstädte in Kriegszeiten. Untersuchungen zur Verfassungs-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte von Isny, Lindau, Memmingen und Ravensburg im 17. Jahrhundert (= Memminger Forschungen, 2), Memmingen 1991.
- Wormer*, Eberhard, Die Bewohner der bayerischen Landstadt im 18. Jahrhundert. Nach dem Herdstättenverzeichnis des Jahres 1717 für die Städte Burghausen, Wasserburg und Weilheim, München 1987.
- Wunder*, Heide, „Er ist die Sonn', sie ist der Mond“. Frauen in der Frühen Neuzeit, München 1992.
- Zahn*, Christian (Bearb.), Die Handwerksordnungen der Münchener Bierbrauer vom Jahre 1660 und 1776, München 1910.
- Ziegler*, Walter, Studien zum Staatshaushalt Bayerns in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Die regulären Kammereinkünfte des Herzogtums Niederbayern 1450–1500, München 1981.
- Ders.* (Bearb.), Altbayern von 1550–1651, 2 Bde. (= Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern, Abt. 1: Altbayern vom Frühmittelalter bis 1800, 2 Teil 1 und 2), München 1992.
- Zils*, Wilhelm (Hg.), Bayerisches Handwerk in seinen alten Zunftordnungen. Ein Beitrag zur Geschichte des bayerischen Handwerks und Zunftwesens (= Beiträge zur bayerischen Kulturgeschichte, 1), München 1927.
- Zirngibl*, Roman, Geschichte des bayerischen Handels (= Abhandlungen der bayerischen Akademie der Wissenschaften, 4), München 1817.
- Zorn*, Wolfgang, Schwerpunkte der deutschen Ausfuhrindustrie im 18. Jahrhundert, in: JNÖSt 173 (1961), 422–447.
- Ders.*, Kleine Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns 1806–1933 (= Bayerische Heimatforschung, 14), München 1962.
- Ders.*, Die wirtschaftliche Struktur Altbayerns im Vormärz (1815–1848), in: OA 93 (1971), 190–206.
- Ders.*, Bayerns Gewerbe, Handel und Verkehr (1806–1970), in: Max Spindler (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV: Bayerische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, 1. Teilband: Staat und Politik, München 1974/75, 781–845.

Bildnachweis

- Abbildung 1 (S. 190): „Modell der Stadt München von Jakob Sandtner aus dem Jahre 1571“; Wiedergabe mit Genehmigung des Bayerischen Nationalmuseums München
- Abbildung 2 (S. 191): „Der Münchener Innenstadtbereich 1571 (Sandtner Modell)“; Wiedergabe mit Genehmigung des Bayerischen Nationalmuseums München
- Abbildung 3 (S. 192): „Südwestlicher Münchener Stadtbezirk (Hackenviertel)“; Wiedergabe mit Genehmigung des Bayerischen Nationalmuseums München
- Abbildung 4 (S. 193): „Katasterplan Münchens von 1809“; Wiedergabe mit Genehmigung des Bayer. Landesvermessungsamtes, Nr. 369/97
- Abbildung 5 (S. 196): „Weilheim von Westen um 1700 ...“; BayHStA Plansammlung 8502a
- Abbildung 6 (S. 197): „Katasterplan Weilheims aus dem Jahre 1811“; Wiedergabe mit Genehmigung des Bayer. Landesvermessungsamtes, Nr. 369/97
- Abbildungen 7 u. 8 (S. 199): „Burghausen 1574 im Modell von Jakob Sandtner – oben südlicher, unten nördlicher Teil“; Wiedergabe mit Genehmigung des Bayerischen Nationalmuseums München
- Abbildung 9 (S. 200): „Burghausen von Osten um 1700 (Stich von Michael Wening)“; Michael Wening, *Historico-topographica descriptio. Anderer Thail: Das Rentamt Burgkhausen*, München 1721
- Abbildung 10 (S. 201): „Katasterplan Burghausens um 1824“; Wiedergabe mit Genehmigung des Bayer. Landesvermessungsamtes, Nr. 369/97
- Abbildung 11 (S. 203): „Trostberg 1644 nach Matthaeus Merian ...“; Matthaeus Merian, *Topographia Bavariae*, 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1657
- Abbildung 12 (S. 204): „Trostberg von Südosten um 1700 nach Michael Wening“; Michael Wening, *Historico-topographica descriptio. Anderer Thail: Das Rentamt Burgkhausen*, München 1721
- Abbildung 13 (S. 205): „Katasterplan Trostbergs von 1824“; StadtA Trostberg Akten XV 4

Orts- und Personenregister

Bei den Ortsnamen wurde auf die Aufnahme der vier Beispielstädte Burghausen, München, Trostberg und Weilheim sowie auf die Bezeichnungen „Bayern“, „Ober-“ und „Niederbayern“ verzichtet. Belege in den Fußnoten werden kursiv wiedergegeben.

Abkürzungen im Register: Bgm. Bürgermeister, Fam. = Familie, Frhr. = Freiherr, Gf. = Graf, Hzg. = Herzog, Hzgt. = Herzogtum, K. = Kaiser, Kf. = Kurfürst, Kft. = Kurfürstentum, Kg. = König, Kgr. = Königreich, Lgt. = Landgericht/Pfleggericht, M. = Markt, Mgft. = Markgrafschaft, Mü. = München, St. = Stadt.

- Abbach, M. 485, 487
 Abenberg, St. 17, 174, 219, 219, 250, 269, 291, 441, 485, 487, 493, 494
 Achental 486
 Aibling, M. 17, 63, 110, 114, 175, 269, 277, 287, 288, 379, 392, 453, 486, 487, 494, 538
 Aichach, St. 15, 17, 30, 32, 34, 51, 77, 114, 128, 129, 138, 140, 174, 215, 247, 248, 264, 264, 274, 277, 288, 291, 297, 363, 369, 376, 382, 384, 386, 441, 453, 485, 486, 487, 493, 494, 537
 Aidenbach, M. 454, 462, 463
 Aindling, M. 17, 31, 114, 175, 272, 382, 441, 453, 487, 538
 Alberti, Mü. Patrizierfam. 228
 Albrecht III. der Fromme, Hzg. v. Oberbayern 1438–1460 239
 Albrecht V., Hzg. v. Bayern 1550–1579 31, 32, 38
 Allersdorf 487
 Altenham, M. 111, 382
 Altenmarkt, M. 13, 277, 454, 485, 486
 Altershaimer (Altershamer), Max, Mü. Patrizier 468
 Altershaimer (Altershamer), Wilhelm, Mü. Innerer Rat 228, 468
 Altheim, M. 17, 175, 177, 217, 277, 454, 486, 487, 494
 Altmannstein, M. 17, 175, 382, 441, 487
 Altomünster, M. 15, 17, 114, 138, 175, 382, 383, 386, 441, 453, 487
 Altötting, M. 487
 Alz 206, 434, 435
 Amberg, St. 17, 102, 493
 Amberg, Rentamt 50
 Ammergau 486
 Ampfing 485
 Amsterdam 265, 297
 Antdorf 131
 Appersdorf 487
 Arnsdorf 101
 Aschau, siehe Hohenaschau
 Au, Lgt. 101, 102, 105, 119, 120, 253, 298, 392
 Augsburg 13, 68, 84, 110, 121, 139, 143, 212, 226, 227, 243, 250, 252, 254, 265, 267, 277, 280, 283, 284, 290, 292, 293, 297, 299, 304, 305, 311, 312, 313, 359, 376, 379, 384, 394, 395, 485, 486
 Baden, Mgft. 100
 Bamberg, Hochstift 393
 Barbier, Mü. Patrizierfam. 228
 Barbier, Mathias, Mü. Bgm. 228
 Bart(h), Mü. Patrizierfam. 227, 228, 229, 341
 Barth, Ferdinand, Mü. Patrizier 468
 Barthin, Caspar, Mü. Patrizierin 468
 Barthin, Hans, Witwe, Mü. Patrizierin 468
 Baumburg, Kloster 13
 Bautzen 312
 Bayerbach, M. 17
 Bayerischer Wald 100
 Becher, Johann Joachim (1635–1682), Kameralist 101
 Benediktbeuern 288, 486
 Berchtesgaden, Fürstpropstei 290
 Berlin 13, 241, 265
 Bern 265
 Biburg, M. 42, 487

- Biburg, Lgt. 596
 Biechl, Sekretär 135
 Bogen, M. 491
 Böhmen, Kgr. 75, 102, 122, 241, 266,
 280, 287, 290, 395, 485, 486
 Bosler, Georg, Verleger 267
 Bozen 68, 229, 267
 Brandenburg, Kft. 75, 95
 Braunau, St. 14, 15, 17, 80, 94, 101,
 102, 113, 175, 176, 177, 217, 251,
 254, 255, 267, 277, 278, 291, 306,
 382, 454, 485, 486, 487, 494
 Braunau, Lgt. 293
 Breslau 13, 241
 Bruck, M., heute Fürstenfeldbruck 13,
 17, 78, 454, 488
 Bruckbräu, Mü. Handelsmann 97
 Brügge 376
 Burgund 299
- Cham, St. 485, 487, 493, 495
 Cler, Mü. Patrizierfam. 228
 Cunglmayr, Mü. Handelsmann 97
- Dachau, M. 17, 32, 67, 78, 110, 114,
 138, 140, 141, 175, 215, 233, 249,
 269, 274, 277, 358, 379, 385, 386,
 403, 403, 405, 436, 441, 453, 485,
 487, 529–531, 538
 Dachau, Lgt. 127, 129, 273
 Dachsberg, Johann Nepomuk Joseph v.
 (1733–1798) Statistiker, Rentmei-
 ster i. Landshut 244
 Dall'Armi, Andreas Michael Ritter u.
 Edler v. (1765–1842), Mü. Han-
 delsmann u. Bankier 97
 Degenberg, Fam. 93
 Deggendorf, St. 94, 291, 487, 493, 495
 Degler, Ignaz, Bildhauer 424
 Destouches, Joseph Anton v. (1767–
 1832), Statistiker 443
 Dießen, M. 17, 85, 114, 138, 140, 175,
 385, 386, 441, 453
 Dietfurt, St. 26, 488
 Diez, Augsburger Handelshaus 265
 Dingolfing, St. 36, 101, 291, 488, 493,
 494
 Dirlwang, M. 487
 Donau 277, 299
 Donauwörth, St. 17, 68, 174, 441, 453,
 485, 494, 537
 Dorfen, M. 488
 Dresden 13
- Ebersberg, M. 277, 454, 485, 488
 Ecker, Franz von, Geheimer Rat 378
 Edertshausen 486
 Eggenfelden, M. 101, 291, 488, 493,
 494
 Eichstädt, St. 485
 Elsaß 395
 Empacher, Mü. Patrizierfam. 228
 Erding, St. 77, 109, 141, 254, 267, 268,
 291, 293, 294, 297, 485, 488, 493,
 494
 Eresing, Hofmark 230
 Erlangen 280
 Eschlkam, M. 488
 Essing, M. 17, 175
 Esslingen 312
 Ettal, Kloster 14
 Ettal, Lgt. 131
 Eichendorf, M. 488
- Falkenau 253
 Feldhofer, Georg, Zimmermann 392
 Fendt, Hans Heinrich, Mü. Patrizier 468
 Ferdinand Maria, Kf. v. Bayern 1651–
 1679, 38, 39, 57, 63, 76, 101, 114,
 228, 248, 250, 291, 381
 Fidler, Hanns Christoph, Glasermeister
 116
 Fischbach 486
 Fleckinger, Mü. Handelsmann 97
 Franken 241, 287
 Frankfurt a. Main 139, 226, 254, 265,
 280, 374
 Fränkischer Kreis 290
 Frankreich, Kgr. 75, 280, 299
 Freiburg i. Breisgau 312
 Freising, St. 488
 Freising, Hochstift 423
 Friaul 299
 Friedberg, St. 15, 17, 55, 63, 77, 85, 89,
 100, 114, 138, 140, 174, 215, 247,
 248, 249, 264, 264, 265, 268, 269,
 274, 277, 291, 385, 386, 395, 440,
 441, 453, 485, 486, 488, 493, 494
 Friedburg, M. 454
 Friedburg, Lgt. 293
 Frontenhausen, M. 101, 291, 488, 493,
 494
 Füll (Vill), Franz, Handelsmann, Mü.
 Innerer Rat 228, 229, 230, 231,
 341, 378, 413, 468
 Füll, Franz, der Jüngere, Mü. Patrizier
 468
 Füll, Georg, Mü. Patrizier 468

- Füll, Sebastian, herzogl. Rat 230
 Füllin, Sebastian, Witwe, Mü. Patrizierin 468
 Furth im Wald, St. 485, 495
 Füssen 187, 486
- Gaimersheim, M. 17, 114, 175, 362, 382, 441, 453, 488
 Gangkofen, M. 488
 Gärching 488
 Gars am Inn, Archidikonat 133
 Geisenfeld, M. 17, 111, 138, 140, 175, 277, 382, 441, 453, 485, 486, 488, 493
 Geisenhausen, M. 488
 Geiselhöring, M. 488
 Gern 488
 Gerolfing, M. 454
 Gillamoß 489
 Glourckher, Georg, Tagwerker 403
 Gmund a. Tegernsee 486
 Grafenau, St. 137, 489
 Grafing, M. 17, 114, 175, 362, 441, 453, 489
 Grafrath 489
 Grappai, Fabrikant 105
 Grasenhausen 489
 Grassau 489
 Graßlfing, Schweige 89
 Griesbach, M. 114, 291, 454, 462, 463, 494, 538
 Griesbach, Lgt. 462
 Gruber, Caspar, Lodermeister 82
 Grundler, Thomas, Bäcker 89
 Grunertshofen, Hofmark 230
 Guggenberg zu Pettmeß, Georg v., Weilheimer Landrichter 37
- Haag, M. 291, 454, 485, 489, 493, 494
 Habach, Hofmark 489
 Haidhausen, Hofmark 119, 120, 253
 Hall i. Tirol 378
 Hals, M. 114, 462, 537
 Hamburg 13, 75, 241
 Happacher, Philipp, Uhrmachermeister 265
 Hartkirchen, M. 114, 175, 454, 538
 Hazzi, Josef Ritter v. (1768–1845), Statistiker, Agrarpolitiker 246–248, 253, 264, 265, 269, 281, 287, 358 f, 360, 361
 Hefe, Thomas, Metzger 272
 Heidelberg 297
 Heilbrunn, heute Bad Heilbrunn 288
- Heinrich XVI. d. Reiche, Hzg. v. Niederbayern 1393–1450 281
 Heiß, Clement, Verleger 268
 Heiß, Joseph v., Hofkammerrat, Tuchverleger 102, 298
 Hemau, M. 486
 Hepp, Joseph, Mü. Handelsmann 97
 Hetzer, Mü. Handelsmann 97
 Hildesheim 312
 Hofer, Mü. Handelsmann 97
 Höfeln, Leonhard, Bäcker 183
 Höfeln, Marta 183
 Höger, Mü. Handelsmann 267
 Hohenaschau, Herrschaft 77, 100, 462, 463, 489
 Hohenschwangau 486
 Hohenwart, M. 17, 175, 269, 441, 453, 489, 493
 Holland 75
 Holzkirchen, M. 14, 17, 277, 288, 453, 486, 493
 Hölzl, Mü. Fam. 378
 Hompesch-Bollheim, Franz Karl Frhr. v. (1741–1800), bay. Finanzminister 284
 Hopfner, Mü. Handelsmann 97
 Hörl, Ferdinand, Mü. Patrizier 468
 Hörl, Hans, Mü. Bgm. 468
 Hörl, Hans Lienhard, Mü. Patrizier 468
 Hörlin, Andre, Witwe, Mü. Patrizierin 468
 Hundertpfund, Mü. Patrizierfam. 232, 341
- Imhoff, Fam. 250, 267
 Inchenhofen, M. 15, 17, 51, 114, 138, 175, 362, 381, 382, 386, 441, 453, 489, 538
 Ingolstadt, St. 12, 14, 15, 17, 27, 28, 32, 37, 41, 68, 84, 101, 102, 114, 132, 137, 138, 140, 174, 176, 215, 221, 233, 247, 254, 267, 269, 272, 274, 277, 278, 286, 291, 385, 386, 416, 441, 442, 450, 453, 485, 486, 489, 493, 494, 537
 Ingolstadt, Hofkastenamt 31
 Ingolstadt, Universität 82, 235
 Inn 277, 299
 Inning 486
 Innsbruck 104
 Innviertel 3, 11, 133, 167, 247, 268, 294, 306, 387
 Isaak, Noe Samuel, Hoffaktor 240
 Isar 17, 162, 277, 278
 Italien 5, 265, 266, 280

- Johann IV., Hzg. v. Oberbayern 1460–1463 28
- Joseph I., Kg. 1690–1711, K. seit 1705 26
- Joseph II., Kg. 1764–1790, K. seit 1765 394
- Jovi, Mü. Patrizierfam. 228
- Julbach, M. 157
- Julbach, Lgt. 293, 462, 463
- Kammerberg, Hofmark 230
- Karl VI., K. 1711–1740 80
- Karl Albrecht, Kf. v. Bayern 1726–1745, K. (= Karl VII.) 1742–1745 230
- Karl (IV.) Theodor, Kf. v. d. Pfalz 1742–1799, Kf. v. Pfalz-Bayern 1777–1799 12, 23, 33, 40, 46, 49, 50, 58, 74, 75, 185, 283, 289, 297, 428
- Kärnten 184, 395
- Keferloh 288, 489
- Keiss, Hieronimus, Mü. Bgm. 468
- Keissin, Sabina, Mü. Patrizierin 468
- Kelheim, St. 291, 486, 495
- Kern, Georg, Fuhrunternehmer 68, 278
- Kesselberg 278
- Khemptnerin, Witwe, Mü. Patrizierin 468
- Kitzingen 312
- Kling, Lgt. 80
- Köln 139, 374
- Königsberg 13
- Konstantinopel 280
- Konstanz 312, 317
- Kösching, M. 17, 31, 114, 175, 269, 382, 441, 453, 489
- Kösching, Lgt. 31
- Kößlarn, M. 114, 362, 454, 462, 463, 489, 537
- Kötzting, M. 489
- Kraiburg, M. 17, 80, 114, 138, 140, 175, 177, 212, 215, 217, 274, 291, 297, 307, 381, 382, 385, 386, 434, 435, 436, 454, 462, 463, 487, 493, 494, 537
- Kraiburg, Lgt. 381, 463
- Kreittmayr, Wiguläus Xaverius Aloysius Frhr. v. (1705–1790), Jurist, Wirkl. Geh. Rat 26, 40, 68, 212, 216, 224, 226, 239
- Krempelhueber, v., Mü. Handelsmann 97
- Kreuth 486
- Kriegshaber 240
- Kröningen 263
- Krüll, Augsburger Handelshaus 265
- Kühbach, M. 17, 114, 175, 382, 441, 453, 489, 538
- Kurland 241
- Kurpfalz 74, 75, 185, 241
- Laibach 265
- Landau a. d. Isar, St. 101, 291, 489, 494
- Landsberg, St. 14, 15, 17, 31, 37, 77, 114, 128, 138, 140, 147, 150, 164, 174, 176, 215, 248, 251, 274, 277, 278, 291, 292, 297, 376, 386, 453, 486, 489, 493, 494
- Landsberg, Lgt. 292
- Landshut, St. 14, 15, 17, 25, 27, 41, 77, 79, 101, 104, 137, 221, 222, 225, 229, 251, 291, 297, 416, 436, 485, 486, 489, 493, 494
- Landshut, Rentamt 50, 129, 132, 137, 187, 245, 246, 273, 468
- Langengeisling 109
- Langquaid, M. 489
- Laufen, St. 293, 299
- Lauingen, St. 493
- Lech 277, 278
- Lechfeld 486
- Lechhausen 486
- Leipzig 68
- Leisnig 376
- Ligsalz, Mü. Patrizierfam. 227, 228, 229, 341
- Ligsalz, Albrecht, Mü. Bgm. 468
- Ligsalz, Alexander, Mü. Bgm. 468
- Ligsalz, Carol, Mü. Patrizier 468
- Ligsalz, Ferdinand, Mü. Patrizier 468
- Ligsalz, Friedrich, Mü. Bgm. 468
- Ligsalz, Georg Andre, Mü. Patrizier 468
- Ligsalz, Hans, Mü. Stadthauptmann 468
- Ligsalz, Hans, Mü. Mühlrichter 468
- Ligsalz, Hans Georg, Mü. Patrizier 468
- Ligsalz, Rudolf, Mü. Patrizier 468
- Ligsalz, Sabina, Mü. Patrizierin 228
- Ligsalz, Mechtilden, Mü. Patrizierin 468
- Ligsalzin, Ursula, Mü. Patrizierin 468
- Ligsalzin, Wolf, Witwe, Mü. Patrizierin 468
- Lindau 224
- Loisach 162
- Lothringen 299, 395
- Ludwig IX. d. Reiche, Hzg. v. Niederbayern 1450–1479 239
- Ludwig IV. d. Bayer, Hzg. von Oberbayern 1294–1347, Kg. 1314–1347, K. seit 1328 30, 35, 69, 281
- Lündauerin, Witwe, Mü. Patrizierin 468

- Mähren 102
Mainburg, M. 138, 140, 175, 286, 382, 385, 386, 441, 453, 493, 494, 538
Malthus, Thomas Robert, Volkswirtschaftler (1766–1834) 128
Mändl(e), Josef Moyses, Handelsmann 240
Mändl(e), jüdische Handelsfam. 242
Mannheim 12, 74, 185
Marburg 210
Maria Theresia, Kg.in v. Ungarn und Böhmen 1740–1780, Gemahlin K. Franz I. 394
Marktl, M. 17, 114, 175, 177, 217, 277, 382, 454, 485, 489, 538
Marpechin, Witwe, Mü. Patrizierin 468
Marquartstein, Lgt. 77, 462, 463, 490
Mattighofen, M. 17, 101, 175, 176, 177, 217, 268, 382, 454
Mattighofen, Lgt. 293
Mauerkirchen, M. 17, 101, 175, 177, 217, 382, 454, 490
Mauerkirchen, Lgt. 293
Mauthkirchen 490
Maximilian I., Hzg. v. Bayern 1597–1651, Kf. seit 1623 1, 22, 23, 24, 26, 34, 35, 38, 47, 48, 50, 57, 60, 61, 63, 65, 68, 69, 69, 70, 75, 76, 79, 80, 84, 93, 95, 97, 101, 103, 109, 110, 113, 123, 124, 227, 230, 248, 249, 266, 269, 284, 288, 299, 389, 391, 413, 443, 448
Maximilian II. Emanuel, Kf. v. Bayern 1679–1726 71, 131, 221, 240, 304, 437
Maximilian III. Josef, Kf. v. Bayern 1745–1777 36, 40, 48, 51, 72, 240, 428, 440
Maximilian IV. Josef, Kf. v. Bayern 1777–1799, Kg. 1799–1825 284, 380
Mayer, Mü. Handelsmann 97
Mayer, Carl Roman, Handelsmann 101
Mayr, Georg Adam, Jurist 223
Mayr, Philipp Jakob, Handelsmann, Burghauser Bgm. 223
Meissner, Johann Elias, Augsburger Handelsmann 283, 284
Memmingen 292, 292, 486
Merian, Matthaeus (1593–1650), Kupferstecher 202, 203
Meyr, Georg Karl, Hofratssekretär und Registrator 40
Miesbach, M. 454, 490
Miesbach, Lgt. 392
Miller, Johann Ulrich, Mü. Handelsmann 97
Mindelheim, St. 17, 292, 486, 490
Mittenwald, M. 68, 277, 278, 486
Montgelas, Maximilian Gf. v. (1759–1838), bay. Minister 109
Moosburg, St. 32, 490, 494
Moosburg, Lgt. 396
Mörmoosen, Lgt. 77, 293, 462, 463
Möser, Justus (1720–94), Historiker 111
Moshhammer, Franz Xaver, Weinwirt, Burghauser Bgm. 223
Mühlhausen 312
Murnau, M. 14, 17, 117, 175, 294, 453, 493
Müller, Ulrich, Mü. Handelsmann 298
Mussinam, Joseph Anton Edler (seit 1809 Ritter) v. (1766–1837), Historiker, zuletzt Geh. Rat 427, 428
Nadler, Ferdinand, Mü. Stadtberrichter 468
Nadlerin, zwei Mü. Patrizierinnen 468
Nandlstadt, M. 490
Neubeuern, M. 454
Neuburg, St. 493
Neuburg, Hzgt. 99, 486
Neukirchen, M. 490
Neumarkt, M. 291, 486, 490, 493, 494
Neuötting, St. 17, 80, 95, 101, 114, 138, 140, 175, 176, 177, 217, 274, 277, 278, 291, 294, 306, 381, 382, 386, 454, 462, 463, 485, 486, 490, 493, 494, 537
Neuötting, Lgt. 293, 381, 463
Neustadt a. d. Donau, St. 17, 32, 174, 219, 219, 249, 269, 286, 485
Niederlande 75, 266, 395
Nocker, Bankhaus 240
Nocker, Georg, Mü. Handelsmann u. Bankier 298, 378, 378
Nocker, Joseph, Mü. Handelsmann 267, 298
Nordgau 486
Nördlingen 312
Nymphenburg 100
Nürnberg 68, 69, 69, 84, 226, 227, 227, 228, 243, 254, 263, 266, 277, 280, 295, 299, 374, 374, 376
Oberammergeau 17, 263
Oberösterreich 485, 486
Oberhuber, Joseph Anton, Mü. Handelsmann 298
Oberpfalz 99, 101, 105, 132, 133, 184, 254, 388

- Oberpfälzer Wald 100
 Obing 490
 Oppenheimer, Samuel, Hoffaktor 240
 Ossinger, Mü. Patrizierfam. 228
 Osterhofen, St. 490, 494
 Österreich 167, 247, 287, 290, 299, 394, 395, 396

 Pähl, Hofmark 129, 131
 Pähl, Pfarrer 129
 Pappenheimer, jüdische Handelsfam. 241
 Passau, 290, 486
 Peiß 490
 Peiting 486
 Perke 490
 Peters, J. G., Firma 297
 Pfaffenhofen a. d. Ilm, St. 17, 63, 68, 110, 174, 235, 252, 277, 286, 291, 382, 441, 453, 485, 490, 493, 494
 Pfatter 495
 Pfarrkirchen, M. 101, 291, 376, 490, 493, 494
 Pfeffenhausen, M. 490
 Pförring, M. 17, 114, 175, 382, 441, 453, 491, 538
 Pfullingen 432
 Pfundmer, Daniel, Mü. Innerer Rat 228
 Pinckhnauer, Dr., Witwe, Mü. Patrizierin 468
 Pircher, Matthias, Verleger, Geschlechtgewander 266
 Plaichshirn, Stephan, Mü. Patrizier 468
 Plattling, M. 486
 Pleinting, M. 114, 454, 538
 Pörnbach, Hofmark 485, 491
 Pöttmes, M. 454
 Pracher, Johann Andreas, Pflegverweser 438
 Prag 13, 265
 Prien, M. 454
 Pronner, Hans David, Mü. Patrizier 468

 Rain, St. 13, 15, 17, 63, 110, 114, 117, 128, 138, 140, 174, 219, 249, 250, 267, 269, 274, 277, 291, 382, 385, 386, 441, 443, 453, 485, 491, 493, 494, 537
 Regen, M. 491
 Regensburg 250, 277, 280, 290, 299, 395, 485, 486
 Regenstein 486
 Reichenhall, St. 17, 35, 80, 95, 100, 114, 138, 140, 174, 214, 215, 272, 277, 291, 294, 386, 441, 454, 462, 463, 485, 491, 537
 Reindl, Mü. Patrizierfam. 229
 Reindl, Franz von Paula von, Mü. Bgm. 378
 Reisbach, M. 491
 Reutte 486
 Rheinpfalz 100
 Riedenburg, M. 175, 441, 494
 Resch, Paulus, Leinweber 82, 83
 Rheinland 104
 Ridler, Mü. Patrizierfam. 227, 228, 229
 Ried, M. 17, 114, 175, 176, 177, 217, 251, 277, 382, 454, 485, 486, 491, 494
 Riedenburg, M. 17
 Riedl, Adrian v. (1746–1809), Hofkammerrat, Geometer 269
 Riedler, Martin, Mü. Patrizier 377
 Ridler, Max, Mü. Patrizier 468
 Ridlerin, Gabriel, Witwe, Mü. Patrizierin 468
 Riegertsbrunn 491
 Rieß 486
 Rodelin, Josef, Kramer 183
 Rohr, M. 17, 491
 Römerkessel 486
 Rosenbusch, Mü. Patrizierfam. 232, 232
 Rosenheim, M. 17, 35, 96, 100, 110, 114, 138, 140, 141, 175, 215, 219, 242, 247, 277, 287, 291, 299, 382, 385, 386, 453, 486, 491, 493, 494, 537
 Rosenheim, Lgt. 129
 Rottenbuch, Hofmark 491
 Rottenburg a. d. Laaber, M. 486, 491
 Rothalmünster, M. 80, 114, 285, 362, 454, 462, 463, 491, 493, 537
 Rudorfer, Johann Baptist, Mü. Handelsmann 298
 Ruffini, Johann Battista, Mü. Handelsmann 95
 Ruffini, Fam. 298
 Rumford, Reichsgraf siehe Thompson Benjamin

 Sabbadini, Angelo, Mü. Handelsmann 97, 297, 298
 Sachsen 75, 102, 122, 280
 Sachsen-Gotha, Hzgt. 269
 Salzach 277
 Salzburg, St. 68, 265, 280, 293, 299
 Salzburg, Erzstift 18, 96, 188, 289, 290, 395, 434, 435, 485, 486
 Sandtner, Jakob (16. Jhdt.), Drechsler 189, 190, 191, 192, 199, 202

- Sankt Bartholomä 487
 Sankt Willibald 486
 Sauer, v., Mü. Handelsmann 97
 Savoyen 122, 280, 300
 Schaffhausen 265
 Schärding, St. 15, 17, 35, 101, 175, 177, 217, 251, 277, 291, 382, 383, 454, 486, 491, 494
 Schedling, Hofmark 206
 Scheichenpflug, Mü. Handelsmann 97
 Schleißheim, Schloß 89
 Schlesien 75, 95, 290, 395
 Schmid, Caspar v. (1622–1693), Kanzler 52
 Schobinger, Patrizierfam. 229
 Schobinger, Dr., Mü. Patrizier 468
 Schönberg, M. 288, 491
 Schönberger, Mü. Patrizierfam. 228
 Schönberger, Joseph Anton, Hofsporer, Mü. Patrizier 228, 230, 231, 233
 Schongau, St. 17, 114, 174, 174, 215, 219, 249, 252, 265, 266, 277, 278, 281, 363, 391, 441, 443, 453, 486, 491, 493, 537
 Schöttlin, Hauptmannswitwe. Mü. Patrizierin 468
 Schrobenhausen, St. 17, 32, 33, 84, 101, 114, 138, 174, 219, 264, 264, 277, 291, 362, 386, 441, 443, 453, 486, 491, 493, 494
 Schwaben, M. 17, 175, 215, 382, 453, 492, 538
 Schwaben 68, 100, 114, 265, 287, 288
 Schwabing 377, 379
 Schwäbischer Kreis 290
 Schwayger, Mü. Handelsmann 267
 Schweden, Kgr. 162
 Schweidlerin, Witwe, Mü. Patrizierin 468
 Schweiz 75, 104, 265, 280, 395
 Seckendorff, Veit Ludwig v. (1626–1692), Staatstheoretiker 268
 Seefeld, Hofmark 491
 Senser, Johann, Schrobenhauser Handelsmann 298
 Siegenburg, M. 17, 114, 175, 274, 382, 441, 453, 538
 Sigmund, Kg. 1410–1437, K. seit 1433 37
 Sigmund, Hg. v. Oberbayern 1460–1467 28
 Silverio, Mü. Handelsmann 97
 Simbach, M. 101, 491
 Solingen 254
 Spaier, Caspar, Handelsmann, Weilheimer Bgm. 237
 Speidelin, Balthasar Romanus, Hofpfalzgraf 83
 Sperin, Witwe, Mü. Patrizierin 468
 Speyer 228
 Spöhrer, Mü. Handelsmann 97
 Spöttingen 486
 Stadtamhof, St. 291, 486, 492, 495
 Starnberg 486
 Steiermark 184, 280, 395
 Steingaden, Hofmark 486, 492
 Steiner, Mü. Handelsmann 97
 Stöttner, Albrecht, Pfliegerverwalter i. Tölz 38
 Straßburg 84, 227, 376
 Straßwalchen, M. 486
 Straubing, St. 14, 15, 17, 27, 41, 79, 101, 137, 221, 222, 225, 291, 297, 376, 485, 486, 492, 493, 495
 Straubing, Rentamt 50, 152, 137, 245, 246, 273, 468
 Stubenrauch, Franz Xaver Frhr. v. (1718–1793), Wirkl. Geh. Rat 67, 72
 Sturbach, Johann Baptist, Hofherdstättenanlagskassier 146
 Sulzbach, Hgzt. 99
 Tann, M. 17, 80, 101, 114, 175, 177, 217, 382, 454, 462, 463, 537
 Tegernsee, Kloster 14
 Thomas von Aquin (1225/26–1274), Philosoph 374
 Thompson, Benjamin, seit 1792 Reichsgraf Rumford 380, 395
 Tichtl, Patrizierfam. 232
 Tirol 68, 184, 251, 267, 277, 280, 289, 290, 299, 486
 Tittling, M. 463
 Tittling, Lgt. 462
 Tölz, M. 13, 16, 17, 38, 77, 94, 110, 114, 137, 175, 176, 215, 249, 274, 278, 286, 288, 297, 378, 382, 392, 441, 453, 538
 Traunstein, St. 17, 35, 80, 95, 110, 114, 138, 140, 174, 215, 249, 269, 274, 277, 291, 294, 385, 386, 434, 441, 454, 462, 463, 485, 492, 493, 494
 Traunstein, Lgt. 80
 Trier 212
 Triest 75
 Triftern 101
 Tuntzenhausen 107
 Türkheim 292
 Tüßling, M. 13, 454

- Uffing 265
 Ulm 84, 227, 232, 243, 376
 Unsinnin, Kürschnerin 34
 Unteraltling, Pfarrei 131
 Uttendorf, M. 17, 176, 177, 217, 382, 383, 454
 Uttendorf, Lgt. 293

 Venedig 280
 Verstholdt, Franziska 430
 Vilsbiburg, M. 37, 77, 486
 Vilshofen, St. 80, 291, 363, 454, 462, 463, 486, 492, 493, 494, 537
 Vives, Juan Luis (1492–1540), span. Humanist 376
 Voglmair, Sebastian, Mü. Bgm. 468
 Vohburg, M. 17, 32, 57, 114, 175, 249, 286, 382, 441, 453, 492, 494, 538
 Voigtland 227

 Wadler, Burkard, Mü. Patrizier 378
 Wagner, Heinrich 229, 341
 Wald, Herrschaft 77, 80, 293, 462, 463
 Waldau 486
 Walser, Thomas, Sattler, Weilheimer Bgm. 234
 Warschau 265
 Wartenberg, M. 492
 Wasserburg, St. 14, 15, 17, 27, 29, 35, 84, 103, 114, 138, 140, 141, 174, 215, 219, 251, 263, 277, 286, 291, 306, 376, 382, 383, 384, 385, 386, 437, 441, 443, 453, 485, 492, 493, 494, 537
 Wasserburg, Lgt. 129

 Weiss, Ignaz, Kaminfeger, Weilheimer Innerer Rat 234, 235
 Weitner, Johann, Schneider 109
 Wending, St. 17, 63, 114, 174, 265, 269, 441, 453, 537
 Wening, Michael (1645–1718), Kupferstecher 200, 202, 204
 Werdenfels 290
 Wertheimer, Wolf, Hoffaktor 240
 Wessobrunn, Hofmark 129, 131
 Widmann, Mathias, Mü. Stadtmaurermeister 346
 Widner, Wiguleus, Mü. Patrizier 468
 Widmann, Johann, Rotgerber, Weilheimer Innerer Rat 235
 Wien 13, 104, 254, 265
 Wiesensteig, St. 17
 Wildenwart, Herrschaft 77, 463
 Wildshut, Lgt. 293
 Windach, Hofmark 230
 Winhöring, Hofmark 492
 Winter, Anton Edler v., Medizinalrat, Mü. Patrizier 228
 Wolfersinger, Dr., Verleger 267
 Wolfratshausen, M. 17, 63, 114, 138, 140, 175, 215, 277, 288, 291, 382, 383, 386, 441, 453, 486, 492, 494, 538
 Wolnzach, M. 492
 Wurmannsquick, M. 492, 494
 Würzburg 265

 Zirngibl, Roman OSB (1740–1816), Historiker 298
 Zürich 312
 Zwiesel, M. 486

Lebenslauf

Dr. phil. Carl Albin Hoffmann M. A.

27. 6. 1960 Geboren in Erlangen. Eltern: Dr. med. Friedrich A. Hoffmann, Facharzt für Psychiatrie und Neurologie, und Johanna Hoffmann, Fotografin.
- 1966–1976 Besuch der Grund-, Haupt- und Realschule Trostberg.
- 1976–1979 Berufsausbildung als Fotograf.
- 1978–1982 Abendgymnasium München, neusprachlicher Zweig, Abitur.
- 1982/83 Grundwehrdienst in Murnau und Traunstein.
- Seit WS 1983/84 Studium an der Ludwig-Maximilians-Universität München der Neueren und Mittelalterlichen Geschichte, Neueren Deutschen Literatur, Politik und Soziologie.
- 1985–1989 Studentische Hilfskraft am Institut für Neuere Geschichte, Lehrstuhl Prof. Dr. Eberhard Weis.
- 1986/87 Mitarbeit an dem DFG-Projekt „Augsburg im Dreißigjährigen Krieg“, Leiter Prof. Dr. Bernd Roeck.
- 1987/88 Wissenschaftliche Hilfskraft am Historischen Kolleg München für Prof. Dr. Roger Dufrasse, Paris.
- WS 1988/89 Magisterprüfung an der Ludwig-Maximilians-Universität München; Fächerkombination Neuere Geschichte, Mittelalterliche Geschichte, Neuere Deutsche Literatur.
- 1989–1993 Projektleiter und Mitautor einer Geschichte des Landkreises Fürstentfeldbruck.
- 1993–1997 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Augsburg, Juristische Fakultät, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Rechtsgeschichte, für das DFG-Projekt „Entstehung des Öffentlichen Strafrechts“.
- WS 1994/95 Promotion an der Ludwig-Maximilians-Universität München; Fächerkombination: Neuere Geschichte, Bayerische Landesgeschichte und Neuere Deutsche Literatur.
- Seit WS 1995/96 Lehraufträge an der Universität Augsburg.

München, im August 1997

